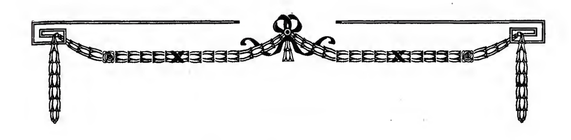


aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Jahrgang 1907.

F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W 35, Steglitzer Straße 81.



Sach-Register 1907.

A

B

C.

D

E

F

G

H

J

K

L

M

S

T

U

V

W

Z

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 1. Berlin, 3. Januar 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen" zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen" stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Ein Blick ins alte Jahr.

Wieder haben wir ein altes Jahr zu Grabe getragen und einem neuen mit tausend Wünschen und Hoffnungen beim Klange der Silvesterglocken den Willkommengruß geboten. Wieder hat sich ein Kreis geschlossen, ein Abschnitt vollendet, und wieder stehen wir an der offenen Pforte des Janustempels, dessen Kopf nach zwei Seiten gleichzeitig blickt: prüfend in die Vergangenheit, hoffend in die Zukunft. Von all dem vielen, was vor 365 Tagen als Neujahrswünsche unsere Herzen füllte, hat nur der kleinste Teil sich erfüllt, und wir wissen es: auch heute übers Jahr wird die Bilanz kaum eine andere sein. Und dennoch übt der Moment des Jahreswechsels die alte magische Wirkung, daß jeder sich im Besitze von Fortunas Wunschhütlein glaubt und seinen schon halb aufgegebenen Hoffnungen plötzlich wieder Flügel wachsen sieht:

> Die Welt wird alt und wird wieder jung
> Und der Mensch hofft immer Verbesserung . . .

In der deutschen Wirtschaftsgeschichte wird das Jahr 1906, das Säkularjahr der tiefsten politischen Erniedrigung Preußen-Deutschlands, stets zu den schwarzen gerechnet werden. Die drückende Verteuerung wichtiger Lebens- und Verkehrsmittel und die gespannte Lage des gesamten Geldmarktes geben ihm seine charakteristische Signatur. In zweiter Linie waren es die drohende Marokkoaffäre mit der Algeciras-Konferenz und der ganze Komplex unserer eigenen Kolonialfragen samt der unerwarteten Reichstagsexplosion vom 13. Dezember, die der Jahreszahl 1906 ihre historische Denkwürdigkeit sichern. Auf dem speziellen Gebiete dagegen, das in diesen Blättern zur Diskussion zu stehen pflegt, hat sich das Jahr weder im guten noch im schlechten Sinne durch besonders wichtige Ereignisse oder Wandlungen ausgezeichnet, und in dem bunten Auf und Nieder der Begebenheiten findet sich zum mindesten keine, die man „himmelhoch jauchzend" oder „zu Tode betrübt" registrieren müßte. Die Dinge sind im wesentlichen geblieben, wo sie waren, und in dem Verhältnis von Gut und Schlimm, von Recht und Unrecht, von Licht und Finsternis hat sich kaum etwas merkliches verschoben.

Mit den alten Freunden haben wir uns auch im entschwundenen Jahre immer wieder zu beschäftigen gehabt: mit dem unvermeidlichen Grafen Pückler, dessen auffällige Begnadigung zu Festungshaft eine der ersten Taten des neuen Justizministers Beseler war, und der sowohl als beurlaubter wie als entlassener Häftling ungestraft weiter öffentlich den Schlagobodro und Raubgrafen spielen durfte; mit Herrn Stöcker, der kurz zuvor sein siebzigstes Lebensjahr vollendet hatte, ohne daß das ehrwürdige Patriarchenalter die Temperatur seines alten Hasses hätte dämpfen können; mit dem glorreichen Abgeordneten für Pyritz-Saatzig Herrn Pastor Krösell, dessen Kerbholz sich im Laufe des Jahres derart überfüllte, daß die Wirtschaftliche Vereinigung ihm den Stuhl vor die Tür setzte. Auch der Mann, dessen Lorbeeren seinen Landsmann Krösell nicht schlafen ließen, der einst vielbelachte Rektor a. D. Ahlwardt tauchte im alten Jahre wieder aus der Verschollenheit auf, diesmal zur Abwechslung nicht mehr als Juden-, sondern als Jesuitentöter ausgerüstet. Seines dereinst in so manchen Versammlungen ausgeströmten Geistes hat neuerdings sein literaturbeflissener Gesinnungsgenosse Professor Adolf Bartels in Weimar einen starken Hauch verspürt und bemüht sich redlich, in diesem Sinne öffentlich zu wirken. In ihm, der sich nicht an die urteilslose Masse, sondern an die halbgebildete bürgerliche Mittelschicht zu wenden und die Waffen der Kritik und Aesthetik mit ebensoviel taktischem Geschick als einseitiger Borniertheit für seine tendenziösen Zwecke zu verwerten weiß, sehen wir heute den gefährlichsten Vertreter der von uns bekämpften Richtung, weil seine scheinbar wissenschaftliche Methode der unbewiesenen Behauptungen und skrupellosen Verallgemeinerungen auch relativ urteilsfähige Kreise nur zu leicht zu täuschen und zu überzeugen versteht.

Der Name Bartels hat sich insbesondere mit dem Namen Heinrich Heines neuerdings zu einem schrillen Mißklang verbunden. Das geschah bei der fünfzigsten Wiederkehr von Heines Todestage, die im Februar eine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten zum Erlaß eines

Aufrufs für ein Heinedenkmal veranlaßte: jenes Denkmals, für das sich bisher in Düsseldorf, Mainz u.s.w. kein Fleckchen deutscher Erde hatte finden lassen, weil man die menschlichen Schwächen des in gährender Zeit herangewachsenen Publizisten von den unverlierbaren, der ganzen Welt gehörenden Schöpfungen des großen Dichters nicht trennen wollte oder konnte. Dieses Denkmal, für dessen Errichtung die Mittel bereits zu einem großen Teile aus freiwilligen Spenden zusammengeflossen sind, erfreute sich der wütendsten Bekämpfung aller Apostel des Antisemitismus. Protestversammlungen in Berlin (wo Herr Stöcker im Verein mit dem Lizentiaten Mumm dagegen eiferte und geiferte) und in Frankfurt a. M. wurden gegen den Plan mobil gemacht, und selbst der frei und groß denkende junge Großherzog von Hessen mußte sich Beschimpfungen der antisemitischen Presse gefallen lassen, weil er die Errichtung des Denkmals als wünschenswert bezeichnet hatte. Den Haupttrumpf aber spielte, wie gesagt, Herr Bartels mit einem dickleibigem Buche über Heinrich Heine aus, dessen hämischer Untertitel „Auch ein Denkmal" schon seine Tendenz verrät. Mit diesem alles Maß der Gehässigkeit überschreitenden Pamphlet, das sich schon als rein literarhistorische Leistung als ein mit allen Mängeln der Flüchtigkeit ausgestattetes Machwerk erwies, hat Herr Bartels den Ast, auf dem er sitzt, so stark angesägt, daß auch viele von denen, die bis dahin seine wissenschaftlichen Qualitäten mit der gebotenen Einschränkung zu schätzen wußten, mit Abscheu von ihm abwandten.

Auf parlamentarischem Gebiete waren nur wenige Gelegenheiten gegeben, antisemitischen Uebergriffen oder Velleitäten entgegenzutreten. Gleich zu Beginn des Jahres konnte im Abgeordnetenhaus der neue Justizminister Beseler über die vielbesprochene Affäre des „Vereins christlicher Referendare" in Breslau, wo ein von einem dortigen Landgerichtsrat verfaßtes antisemitisches Tischlied gesungen worden war, eine sachlich befriedigende Auskunft über die erfolgte Disziplinierung des dichtenden Richters und richtenden Dichters erteilen. Am 21. März beschäftigte sich der Reichstag mit den Vorgängen bei der Reichstagsersatzwahl in Eisenach, wo es dank der unerhörten Provokationen der Antisemiten zu erheblichen Ruhestörungen gekommen war. Der April brachte im Wallothause die sozialdemokratische Interpellation wegen der zahlreichen Ausweisungen russischer Juden, deren Beantwortung jedoch vom Grafen Posadowsky mit dem Hinweis auf die Unzuständigkeit des Reichstags für preußische Angelegenheiten abgelehnt wurde, sowie bald danach die vom Abg. Träger begründete freisinnige Interpellation über dieselbe Angelegenheit im Landtage, auf die der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg ziemlich à la Tall-grand antwortete, ohne eine der Mehrheit des Hauses genügende Rechtfertigung der verübten Härten zu geben. Bei den Verhandlungen über die vielumstrittene preußische Schulgesetzvorlage gab der § 24, der die Parität der jüdischen Schulen ausschalten sollte, besonders den Abgeordneten Cassel und Peltasohn Gelegenheit zu wirksamer Opposition, so daß der unbillige Paragraph in der Tat eine Umarbeitung erfuhr, die wenigstens einem Teile der gerechten Forderungen Rechnung trug. Aus den Annalen des Reichstags ist sodann noch die Kassierung der Wahl des Abgeordneten Raab (für Schmalkalden-Eschwege) zu erwähnen, d. h. die Wahlkommission erklärte die Wahl — „schon" nach 3½ Jahren! — für ungültig, und Herr Raab zog es vor sein Mandat rasch noch freiwillig niederzulegen, ehe es ihm abgesprochen wurde. Viel Diäten sollten ihm durch dieses Harakiri nicht entgehen, da schon wenige Tage später der gesamte derzeitige Reichstag — für „ungültig" erklärt wurde. Dieser praktisch bedeutungslosen antisemitischen Niederlage war am 20. Juli der Wahlsieg des Abgeordneten Herzog in Hofgeismar-Rinteln vorangegangen.

Bei dieser letzten Gelegenheit hatte sich mit besonderer Schärfe der Bruderzwist zwischen der deutschsozialen Partei unter Führung des „Junkers" Liebermann von Sonnenberg und der mehr radikalen Deutschen Reformpartei offenbart, der augenblicklich der politischen Existenz des Antisemitismus die charakteristische Note gibt, wie sich im bevorstehenden Wahlkampf noch deutlicher herausstellen dürfte. In dieser Zersplitterung liegt zweifellos eine heilsame Schwächung des Parteiantisemitismus überhaupt. Daß speziell der sogen. Geschäftsantisemitismus in unaufhaltsamen Niedergang begriffen ist, zeigten die Schicksalswechselfälle der finanziell schwergeprüften „Staatsbürgerzeitung", die sich zuletzt unter Herrn Stöckers Fittiche flüchten mußte, um sich noch für eine Weile das nackte Leben zu erhalten, und zeigte der geräuschlose Hintritt der „Deutschen Wacht" in Dresden, des langjährigen Moniteurs des königlich sächsischen Antisemitentums und seines Oberhauptes Oswald Zimmermann. Auch die eklatante Niederlage der Antisemiten bei den Stadtverordnetenwahlen der sächsischen Residenz warf noch ganz kürzlich ein grelles Streiflicht auf den Rückgang des dortigen Antisemitentums. Erfreulich war auch die Niederlage der Antisemiten und ihrer Alliirten bei den Kommunalwahlen in Frankfurt a. M. — Einen empfindlichen intellektuellen Verlust erlitt die deutschsoziale Partei durch den Tod des Abgeordneten Grafen Reventlow, einer der wenigen intakten und auch für den politischen Gegner respektablen Persönlichkeiten, über die der Antisemitismus unter seinen Führern verfügen konnte.

Außer diesen fühlbaren Einbußen hatte man auf jener Seite noch andere Schmerzen oder mindestens Verdrießlichkeiten zu tragen, aus denen man nach Möglichkeit parteipolitisches Kapital zu schlagen trachtete. Die Verleihung des Adels an zwei jüdische Großindustrielle, die Herren Friedlaender und Cara, ließ die gesamte antisemitische Presse überschäumen wie ein Brausepulver, und das mit deutlicher Tendenz gegen die höchste Person des Staates geprägte Schlagwort Ballinismus avancierte alsbald zu einer Lieblingsphrase aller antisemitischen Tintenkulis. Auch erlebte man den schwer verwindbaren Aerger, den einstigen Hauptmann Dreyfus, mit dessen „Affäre" sich Jahre lang so trefflich krebsen ließ, durch einen feierlichen Regierungsakt glänzend rehabilitiert und seine Unschuld vor der ganzen Kulturwelt anerkannt zu sehen. Eine ebenfalls recht bittere Pille war die Ernennung des Juden Oskar Straus zum Handelsminister der nordamerikanischen Union, um so mehr, als sich unsere Handelsbeziehungen zu Nordamerika z. Zt. im Stadium neuer Vertragsverhandlungen befinden. Und selbst im eigenen Lande mußte man mehr als einen Affront dieser Art erleben! Hatte schon im Frühjahr die Ernennung zweier jüdischer Oberlandesgerichtsräte und eines Kammergerichtsrats durch den Justizminister Beseler die antisemitischen Haare zum Sträuben gebracht, so wurde diese Entsetzlichkeit womöglich noch überboten durch die unerwartete Berufung des „Judenstämmlings" Dernburg auf den wichtigeren Regierungsposten eines Kolonialdirektors — obendrein als unmittelbaren Nachfolger eines deutschen Prinzen aus souveränem Fürstenhause! Ein „Börsenjobber" an der Spitze des deutschen Kolonialwesens, bald vielleicht mit dem Range eines Ministers, ein Mann, dessen Großeltern noch hessische Juden gewesen waren, als regierender Herr in der Wilhelmstraße — diese Katastrophe kam zu plötzlich, um gleich in ihrer ganzen Furchtbarkeit erkannt zu werden. Die kurze Amtsdauer Dernburgs und seine überraschenden parlamentarischen Erfolge, die den unmittelbaren Anlaß zur Auflösung des Reichstags gaben, haben ihm auf antisemitischer Seite

bisher noch Schonzeit gelassen: über ein Kleines aber wird gegen diesen Mann die Hetze ebenso und noch schärfer entbrennen, wie ehedem gegen den gleichfalls dem Judentum entstammenden Kolonialdirektor Dr. Kayser: nur daß dieser aus Bismarcks Diplomatenschule hervorgegangene Beamte aus minder hartem Holze geschnitzt war, als der in amerikanischer Luft gestählte und als „Sanitätsrat“ verfahrener Unternehmungen erprobte Bankdirektor.

So bleibt zur Zeit der einzige Hort und das eigentliche Dorado des Antisemitismus noch immer unser östliches Nachbarreich. Zwar ist dort dank der brutalsten Gewaltpolitik der Machthaber, die freiheitliche Bewegung der Massen scheinbar ins Stocken geraten und dürfte erst nach dem Zusammentritt der neuen Duma wieder zum Durchbruch kommen, aber dem System, die Erbitterung des Volkes in geeigneten Momenten auf die schwergeprüften Juden abzulenken — dem erprobten System der Bartholomäusnacht — ist man treu geblieben, und den Greueln von Kischinew und Homel, den zahllosen Massakers in den südrussischen Städten reihte sich der Fronleichnamstag von Bialystok mit seinem Blutbad würdig an. Wer noch irgend zweifelte, daß alle Progroms der letzten Jahre nur von den russischen Verwaltungsbehörden selbst künstlich inszeniert worden warin, den mußten die sensationellen Enthüllungen des Fürsten Urussow in der Reichsduma mit Schauder und Empörung erfüllen und ihm die Frage auf die Lippen drängen: „Wann wird der Retter kommen diesem Lande?“

* * *

Mitten in die Zeit allgemeiner politischer Unruhe und Erregung fällt diesmal die Jahreswende. Wochen heißer Kämpfe und Wahlschlachten stehen uns bevor, Kämpfe, durch deren Ausgang das Geschick des deutschen Volkes vielleicht auf viele Jahre hinaus bestimmt wird. Niemand kann wissen, was sie uns bringen, und in die Hoffnung, die jeder neue Jahresbeginn in uns weckt, schleicht sich diesmal auch wohl die bange Sorge um das, was die nächste Zukunft bringen muß. Möge über der bevorstehenden Entscheidung ein guter Stern stehen, möge sie so ausfallen, daß sie der Wohlfahrt des deutschen Volkes, dem Kulturfortschritt, dem Sieg des Guten und des Rechtes zur Förderung verhelfe! Dies sei unsere Hoffnung und unser Neujahrswunsch für 1907!

Zu den Reichstagswahlen.

Nicht alle antisemitischen Gruppen haben in ihren Wahlkundgebungen den Antisemitismus ignoriert. Der von der bisherigen Reichstagsfraktion der **Reformpartei** erlassene Wahlaufruf gibt zwar in erster Reihe die Parole aus: Gegen die rote und schwarze Internationale!, betont aber zugleich den antisemitischen Charakter der Partei.

Liebermann von Sonnenberg hat große Rosinen im Sack. In seinem Neujahrsartikel sagt er: „Verdoppelung der deutschsozialen Mandate und Verstärkung der Wirtschaftlichen Vereinigung um mindestens 10 Abgeordnete ist erreichbar“. Das heißt doch, den Mund etwas voll genommen.

Die **„Politischen Gedichte“** von **Hans v. Mosch** werden zum Kampfe gegen Rom, Juda und die Sozialdemokratie empfohlen. Die schönen Lieder sollen den Antisemiten als Schlachtgesänge dienen. Es ist auffällig, daß dieser moderne Tyrtäus nicht selbst kandidiert.

Der Wahlkampf in dem bisher von Kröfell vertretenen Kreise **Pyritz-Saatzig** hat, wie man uns von dort schreibt, mit großer Lebhaftigkeit eingesetzt, und zwar entfalten vor allem die Liberalen, die Dr. Rud. Breitscheidt-**Berlin** als Kandidaten aufgestellt haben, eine rührige Tätigkeit. Dr. Breitscheidt sprach in zahlreichen Orten schon mit großem Erfolg. Eine Versammlung in Stargard war ungeheuer stark besucht und ebenso eine in der Hochburg Kröfells, in Pyritz, wo neben dem Kandidaten auch D. Naumann unter großem Beifall redete. Das merkwürdigste ist, daß man nicht so recht weiß, wo Kröfell sich zur Zeit befindet. Nachdem er in der ersten Woche nach der Auflösung sehr eifrig gearbeitet hatte, verschwand er plötzlich von der Bildfläche, angeblich um in England zu heiraten. Für ihn besorgt inzwischen der Redakteur seines Moniteurs „Der Mittelstand“ die Agitation und man ist gespannt, ob Kröfell überhaupt noch wieder in den Kreis seiner Anhänger zurückkehren wird. Solcher Anhänger aber hat er noch viele und wenn auch hier und da die Sympathien für ihn stark abgekühlt sind, so gelingt es seinen demagogischen Manieren doch immer wieder, wankelmütig gewordene Freunde zurückzugewinnen.

Die Liberalen haben also eine gewaltige Arbeit zu leisten, eine Arbeit, die große Opfer erfordert. Von konservativer Seite ist der Landtagsabgeordnete Hans Edler Herr zu Puttlitz aufgestellt worden, dem zum Lobe nichts weiter nachgesagt werden kann, als daß er persönlich liebenswürdig und freundlich sein soll. Die Konservativen bekämpfen in Kröfell natürlich nur den lästigen Rivalen, der ihnen den Kreis abgenommen hat. In Antisemitismus stehen sie ihm nicht nach, wie 1903 zwischen Haupt- und Stichwahl der konservative Mandatsbewerber zu versichern nicht müde wurde.

Es scheint sich zu bestätigen, daß die Wirtschaftliche Vereinigung Herrn Kröfell den Laufpaß gegeben hat. Wenigstens schrieb Liebermann von Sonnenberg dem Dr. Röficke, dem zweiten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, unter dem 19. Dezember: „Ich habe dem Herrn Kröfell am Auflösungstage auf sein Befragen vor Zeugen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir ihn nicht mehr als zu uns gehörig betrachten.“

Im Wahlkreise **Rosenberg-Löbau** stimmten die Liberalen der konservativen Kandidatur des Grafen Fink von Finkenstein zu, nachdem dieser über verschiedene Punkte befriedigende Erklärungen abgegeben, u. a. versichert hatte, daß er kein Antisemit sei.

Wie das Organ der antisemitischen Reformpartei erklärt, werden deren Anhänger für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Schröder im Kreise **Kassel-Melsungen** stimmen. Da sich auch die beiden freisinnigen Gruppen für Schröder erklärt haben, dürften dessen Aussichten, statt des seitherigen deutschsozialen Abg. Lattmann, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, sehr gewachsen sein.

Als Kandidat aller Liberalen im Wahlkreise **Rinteln-Hofgeismar** ist gegenüber dem bisherigen deutschsozialen Abg. Herzog der Rechtsanwalt und Notar Röhrig, Vorsitzender des Fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ in Berlin aufgestellt worden. Die Reformer haben den Hauptmann a. D. Simons nominiert.

Der Landesausschuß der freisinnigen Partei für das **Großherzogtum Hessen** war am 30. Dezember abermals in Frankfurt zusammengetreten, um endgültig über die Reichstagskandidaturen in Hessen Beschluß zu fassen. Es wurde allseitig bedauert, daß die Verständigung mit den Nationalliberalen an deren übertriebenen Forderungen und völlig unzureichendem Entgegenkommen gescheitert sei. Trotzdem wurde beschlossen, dem Landesausschuß der nationalliberalen Partei nochmals eine gegenseitige Unterstützung in den Wahlkreisen Gießen und Alzey-Bingen vorzuschlagen. Die Nationalliberalen lehnten auch diesen Vorschlag ab, da sie die Kandidatur Schmidt in Alzey-Bingen nur dann unterstützen könnten, wenn die Freisinnigen für den nationalliberalen Besitzstand in Worms

und Gießen-Friedberg (also auch für die Herren v. Heyl und Graf Oriola) einträten. Damit sind die Verhandlungen endgültig und auf der ganzen Linie gescheitert.

Im Wahlkreise **Bensheim-Erbach** haben die deutschsozialen Antisemiten den Buchhändler Otto Rippel-Hagen als Kandidaten aufgestellt.

Die **Mannheimer sozialdemokratische „Volksstimme"** spricht mit Bezug auf die Freisinnigen von „verdächtig krummen Nasen" und schließt ihren Artikel mit dem Satze: „Vater meiniges, wie hast du dich verändert, seitdem der Bankdirektor Junker und Juden fusioniert hat." Diese antisemitischen Mätzchen entbehren um so weniger eines komischen Beigeschmacks, als der sozialdemokratische Kandidat des Mannheimer Wahlkreises Rechtsanwalt Dr. Frank — selbst Jude ist!

* * *

Thüringer Reichstagswahlkreise und die Antisemiten.

Alle Wahlkreise stehen im Zeichen des Wahlkampfes. Die ursprünglich geplante Einigung ist zwar nicht allenthalben zustande gekommen, dennoch dürfen die vereinigten liberalen Parteien von dem Erfolg ihrer Bemühungen befriedigt sein. Bei dem in verschiedenen Wahlkreisen zustande gekommenen Kartell sind die beiden freisinnigen Parteien, Volkspartei und Vereinigung, sowie die nationalliberale Partei beteiligt. Das Kartell ist perfekt geworden im ersten und zweiten Weimarischen Reichstagswahlkreise (Weimar-Apolda und Eisenach-Dermbach), im ersten und zweiten Meiningischen Wahlkreise, (Meiningen und Sonnenberg), in Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen, im Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza-Weißensee und in Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.

In einzelnen thüringischen Wahlkreisen liegt die Situation etwa derart:

Weimar-Apolda.

Der bisherige Vertreter des Wahlkreises, Parteisekretär August Baudert (Sozialdemokrat), kandidiert wieder. Die freisinnige Volkspartei und die nationalliberale Partei haben sich geeinigt und stellen gemeinsam den freisinnigen Nürnberger Schulinspektor Weiß auf. Die Nationalliberalen haben ihren ursprünglichen Plan, den Gymnasialprofessor Dr. Scheidemantel-Weimar aufzustellen, fallen lassen und im Interesse des Zusammengehens mit den Freisinnigen und der wirksamen Bekämpfung des Antisemiten, sich der freisinnigen Kandidatur angeschlossen. Trotzdem die Konservativen von der Regierung des Großherzogtums einen Wink erhalten hatten, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, um eine Zersplitterung der bürgerlichen Parteien zu vermeiden und so die Wahlchancen des Sozialdemokraten zu verringern, gingen sie mit fliegenden Fahnen zu den Antisemiten über. Die Antisemiten haben den Oberamtsrichter Gräf aus Geisa aufgestellt. Dieser Kandidatur haben sich außer den Konservativen, die Stöckerschen Christlichsozialen und der Bund der Landwirte angeschlossen. Im Jahre 1903 erhielten Antisemiten, Bündler und Konservative 5737 Nationalliberale 3771, Freisinnige Vereinigung 2924, Sozialdemokraten 10865 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Sozialdemokrat Baudert mit 12826 Stimmen über den antisemitischen Landwirt Ziehn, der 11995 Stimmen erhielt.

Die liberalen Alliierten hoffen diesmal in die Stichwahl zu kommen, sollten aber die Sozialdemokraten gleich im ersten Wahlgang siegen, so tragen die Antisemiten mit ihrer nichtswürdigen Kampfesweise gegen den Liberalismus die Schuld.

Eisenach-Dermbach.

Bisher vertreten durch Wilhelm Schack (deutschsozialer Antisemit). Im Jahre 1903 war der nationalliberale Oberförster Frieß gewählt worden, der 1905 auf einer Studienreise der Reichstagsabgeordneten in Afrika starb. Bei der Ersatzwahl im November 1905 wurde Schack gewählt. Freisinnige und nationalliberale Partei haben sich nun für die Neuwahlen geeinigt und stellen gemeinsam den nationalliberalen Archivdirektor Dr. Winter-Magdeburg auf. Winter ist ein durch und durch liberaler Mann, der im Kampfe wider den Antisemitismus sich große Verdienste erworben hat. Die Sozialdemokraten stellen wieder ihren bisherigen Kandidaten, den Parteisekretär Leber auf, die Antisemiten, Konservative und Bündler den Verbandsdirektor Schack. Im Jahre 1905 erhielten in der Hauptwahl die Sozialdemokraten 6886, die Antisemiten 4045, die Nationalliberalen 2780, die Freisinnige Volkspartei 2698 Stimmen. Für den Zählkandidaten des Zentrums wurden 1014 Stimmen abgegeben. In der Stichwahl siegte der Antisemit Schack mit 10048 Stimmen über den Sozialdemokraten Leber, der 8636 Stimmen erhielt. Wie verlautet, stellt das Zentrum im ersten Wahlgang den bisherigen Vertreter Fuldas, Müller-Fulda wieder als Zählkandidaten auf, hat aber den Antisemiten bereits versprochen, in der Stichwahl geschlossen für sie einzutreten.

Jena-Neustadt-Blankenhain.

Bisheriger Vertreter der Nationalliberale Paul Lehmann. Lehmann gehört zum äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen. Er vereinigt daher auch die Stimmen der Antisemiten, Konservativen und Bündler auf seine Kandidatur, ohne deren Hilfe er nicht in die Stichwahl käme, denen er aber dafür auch bindende Interessenversprechungen abgeben muß. Die Jungliberalen des Wahlkreises wollten anfangs einen weniger agrarisch-antisemitischen Vertreter wählen, drangen aber mit ihrer Meinung nicht durch. Im Jahre 1903 erhielten die Nationalliberalen 7349, die Freisinnige Volkspartei 442, die Freisinnige Vereinigung 5304 und die Sozialdemokraten 9364 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale Lehmann mit 11 749 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Leutert, der 11 371 Stimmen erhielt. Die Freisinnige Volkspartei hat diesmal mit der Freisinnigen Vereinigung einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt, den Lithographen Christian Tischendörfer aus Berlin.

Meiningen.

Bisheriger Vertreter des Wahlkreises war Dr. Ernst Müller (Freisinnige Volkspartei). Die Freisinnige Volkspartei hat natürlich ihren bewährten Vertreter wieder aufgestellt. Die Sozialdemokraten stellen den Schriftsteller Wehder-Sonneberg auf. Die Nationalliberalen sind sich bisher noch nicht schlüssig geworden, ob sie schon in der Hauptwahl für den Freisinnigen eintreten wollen, oder erst in der Stichwahl. Es verlautet jedoch, daß eine Einigung schon für den ersten Wahlgang bevorsteht. Die liberale Einigung würde der Freisinnigen Volkspartei das Mandat sichern und es verhüten, daß der Antisemit in die Stichwahl kommt. Die Antisemiten haben sich für 1907 einen ganz feudalen Herrn als Kandidaten ausgesucht. Der Rittergutsbesitzer, Oberst z. D. von Stieglitz, der antisemitische Renommierkandidat läßt sofort in die Welt hinausposaunen, daß er auch der Erkorene der Mittelstandspartei sei. Gerade der Meininger Wahlkreis ist ein sehr schlechtes antisemitisches Versuchskaninchen. Im Jahre 1903 erhielten die Antisemiten 4915, die Nationalliberalen 3891, die Freisinnige Volkspartei 6477 und die Sozialdemokraten 4757 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Freisinnige Volksparteiler Dr. Müller über den Antisemiten von Wangenheim mit 11 434 gegen 7411 Stimmen.

Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.

Der Wahlkreis wurde bisher von Landgerichtsrat **Hagemann** (natianalliberal), vertreten. Die Antisemiten glauden diesmal den Wahlkreis, erodern zu können. Sie haben zunächst die Konservativen veranlaßt, keine eigene Kandidatur aufzustellen, haben sich dem Bund der Landwirte mit Herz und Hand verpflichtet, den sag. Mittelstandsrettern eine goldene Stufenleiter des Handwerks vargegaukelt und unter Varspiegelung falscher Tatsachen Professor **Suchsland**-Halle aufgestellt. Die Aufstellung dieses konfusen Antisemiten war für die wahren Vertreter der Bürgerschaft ein Signal. Die liberale Einigung wurde beschlossen und die Freisinnige Volkspartei stellte alle Wahlchancen hintenan, um jede Zersplitterung des Bürgertums zu verhüten und schloß sich der nationalliberalen Kandidatur Hagemann an. Die Sazialdemakraten haden Redakteur **Schulz**-Berlin aufgestellt. Es ist große Gefahr varhanden, daß der Antisemit in die Stichwahl kammt. Es kammt ganz auf die Haltung des Zentrums an, welches das Zünglein an der Wage bildet. Im Jahre 1903 erhielten die Konservativen 5424, die Antisemiten 4313, die Nationalliberalen 6687, das Zentrum 1163 und die Sozialdemokraten 15260 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Nationalliberale Hagemann mit 17 153 über den Sazialdemokraten Schulz, der 17 063 Stimmen erhielt. L.

Antisemitismus im Heere.

Herr S. **Griesbach** in Beverungen schreibt uns:

Mein Sahn diente im Jahre 1905—1906 als Einjährig-Freiwilliger im Infanterie-Regiment van Wittich (3 Kurhessisches) Nr. 83 zu Kassel. In diesem Regiment war der Hauptmann Stropp van der 8. Kampagnie, bei welcher mein Sahn diente, als graßer Antisemit bekannt. Im Regimente dienten drei Einjährige jüdischen Glaubens, von denen nur mein Sohn zum Offizierunterrichte zugelassen wurde. Am 1. April wurde er aus diesem Unterrichte ausgewiesen und ebenfawenig wie die beiden anderen Juden befärdert, ging auch edenfa wie die deiden ohne Beförderung ad. Es lag absolut kein Grund zu dieser Zurückstellung var; mein Sohn wurde nicht nur van seinen Kameraden, sondern auch van seinen Vargesetzten als strammer Soldat bezeichnet. Ich fuhr, lediglich um festzustellen, ob hier Antisemitismus vorläge, nach Kassel und desuchte den Oberst, welcher mir versprach, die Angelegenheit zu prüfen und mir Nachricht darüber zu geben. Kurze Zeit darauf erhielt ich folgendes Schreiben:

Kassel, den 12. 11. 06.

An
Herrn Griesbach
in
Beverungen i. W.

Euer Wohlgeboren teile ich meinem Versprechen gemäß, nachdem Herr Oberleutnant Weber nunmehr vom Urlaub zurückgekehrt ist, den Grund mit, weshalb Ihr Herr Sohn, welcher bis 30. September d. J. hier bei der 8. Kompanie als Einjährig-Freiwilliger gedient hat, nicht zum Gefreiten befördert worden ist.

Ihr Herr Sohn hat sich während seiner Dienstzeit nichts zu schulden kommen lassen, ist im Gegenteil gewissenhaft und pflichttreu gewesen, konnte jedoch nicht zum Gefreiten befördert werden, da ihm vorläufig die Eigenschaften, als Vorgesetzter aufzutreten, abgehen, was unbedingt von jedem zur Reserve entlassenen Gefreiten verlangt werden muß für den Fall einer Mobilmachung. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Ihr Herr Sohn im Laufe der Reserve-Uebung diese Eigenschaften erlangen kann.

Achtungsvoll ergebenst
gez. von Schlabrendorff,
Oberst und Kommandeur des Inf.-Regiments von Wittich
(3. Kurheff.) Nr. 83.

Hierauf antwortete ich:

An Herrn
Oberst von Schlabrendorff,
Kommandeur des Inf.-Regiments von Wittich (3. Kurhess.) Nr. 83,
Kassel.

Euer Hochwohlgeboren danke ich ergebenst für das Schreiben vom 12. d. Mts. Die mir gütigst erteilte Auskunft kann mich indessen nicht beruhigen. Ich kann nicht annehmen, daß ein Einjährig-Freiwilliger, dem solche Zeugnisse zur Seite stehen, wie Euer Hochwohlgeboren mir zu übermitteln die Güte hatte, und wie Herr Oberleutnant Weber sie meinem Sohne erteilte, sich nicht die Fähigkeiten, die von einem Gefreiten verlangt werden, erworben hat, zumal, da ich aus meiner eigenen Dienstzeit weiß, daß laut höherem Ausspruche jeder gewissenhafte und pflichttreue Einjährig-Freiwillige den Posten eines Unteroffiziers auszufüllen imstande ist. Natürlich liegt es mir fern, die Ansicht Euer Hochwohlgeboren einer Prüfung unterziehen zu wollen, vielmehr glaube ich, daß in der Angelegenheit Momente mitspielen, die Euer Hochwohlgeboren selbst unbekannt sind. In meiner Annahme bestärken mich einige Aeußerungen des Herrn Hauptmanns Stropp, die mir mitgeteilt wurden und die ich Euer Hochwohlgeboren in beiliegendem Schriftstück zu unterbreiten mir erlaube

Hochachtungsvoll
S. Griesbach.

Die **Aeußerungen des Hauptmanns Stropp** lauten:

Ständige Redensarten: Der dritte Mann hinter dem Juden usw. Es ist ein Lärm wie in einer Judenschule. Wenn jemand auffällt, so ist er ein Jude ader ein Einjähriger. Natürlich wieder ein Jude. Die Juden und Judengenassen verderben alles. Judengenossen-Einjährige. Na Sie dummer Itzig, was wackeln Sie mit dem Kopfe? Es ist heute kein Schabbes! (Gemeint war Muskelier Nußbaum. Exerzierplatz **Farst am 11. April** 1906.) Die ganze Judengesellschaft exerziert heute nach. (Forst am 11. April 1906)

Hierauf antwartete der Herr Oberst in amtlichem Kuvert (Militaria 215 P.):

Inf.-Regiment von Wittich
(3. Kurhess.) Nr. 83. Kassel, den 3. 12. 06.
J.-Nr. 215 Persönlich.

Von Ihrem Schreiben betreffend die Aeußerungen des Herrn Hauptmann Stropp habe ich Kenntnis genommen und den Herrn zur Rechenschaft gezogen. Außerdem habe ich Maßregeln getroffen, daß ich hoffe, daß derartiges für die Zukunft nicht wieder vorkommt.

von Schlabrendorff
Oberst und Regiments-Kommandeur.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stettin, 25. Dezember. Die Verhandlung des hiesigen Landgerichts am Sannabend gegen den Redakteur der „Hochwacht", **Th Hübbe**, wegen Beleidigung des Kunstmalers Leain endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshaf nahm den Einwand des Angeklagten für erwiesen an, daß er, adwahl er die betr. Nummer als verantwortlich gezeichnet hat, an der Redaktion nicht beteiligt war, da er schwer krank war.

Vermischtes.

Die jüdischen Korporationen an der Berliner Universität. Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 51 Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Erklärung der Verbindung im K. C. Sprevia zu Berlin, in

der bezüglich des Vorgehens der „Vereinigung Jüdischer Korporationen“ bei den Lesehallenwahlen gesagt wird, daß diese Vereinigung neben nationaljüdischen Korporationen auch solche umfasse, die durchaus auf deutschvaterländischem Boden stehen.

Die Form dieser Erklärung ist geeignet, Mißverständnisse hervorzurufen. Es sei deshalb ausdrücklich betont, daß die dem Kartell zionistischer Verbindungen angehörende unterfertigte Korporation selbstverständlich — wie jede Korporation an einer deutschen Universität — beansprucht, als „auf deutschvaterländischem Boden stehend“ angesehen zu werden.

Das freudige Bekenntnis zum jüdischen Volkstum und die Mitarbeit an allen Bestrebungen, die seinem Wohle dienen, ist für uns eine moralische Pflicht, die in keinerlei Gegensatz zu unserer vaterländischen Gesinnung steht

Die h. t. im K. Z. V. präsidierende
Verbindung Hasmonaea.

I. A.:
Richard Lichtheim,
stud. phil.

Das Ritualmordmärchen im Konversationslexikon. Aus Leserkreisen wurde die „N. Fr. Pr.“ aufmerksam gemacht: In Meyers „Konversationslexikon“, 7. Auflage, 1. Band, Seite 280, findet sich unter dem Schlagworte „Antisemiten“ am angeführten Orte folgende merkwürdige Bemerkung: „. . . zugleich wuchs in Ungarn die Bewegung infolge jüdischer Ritualmorde. . . .“

Darauf erhielt das Blatt aus Leipzig von der Redaktion von Meyers „Kleinem Konversationslexikon“ nachstehende Mitteilung: Der von Ihnen in Nr. 15203 unter „Ritualmordmärchen im Konversationslexikon“ gerügte Fehler ist durch versehentliche Weglassung des Wortes „angeblicher“ bei der Korrektur entstanden und im Artikel „Blutbeschuldigung“ richtiggestellt durch den Satz: „In keinem (Falle) war jedoch ein jüdischer Ritualmord nachzuweisen.“

Straßburg. Die Opposition, die nicht ohne Grund gegen die Begründung besonderer konfessioneller Turnvereine besteht, kam anläßlich der Begründung eines jüdischen Turnvereins in unserer Stadt zum Ausdruck. Ein vorbereitendes Komitee hatte es als Notwendigkeit bezeichnet, die Juden, die nicht gern in allgemeinen Turnvereinen sich betätigen, durch Einrichtung besonderer Vereine zum Turnen heranzuziehen. In der konstituierenden Versammlung sprach Redakteur Berger aus Köln über Ziele und Zwecke der jüdischen Turnbewegung. Ihm trat im Verlauf der Diskussion stud. Wallerstein entschieden entgegen, indem er auf die Verkehrtheit und Schädlichkeiten derartiger konfessioneller Abschließungsbestrebungen hinwies. Die Toleranz und das Entgegenkommen der Straßburger Turn- und Sportvereine ließe nichts zu wünschen übrig. Im übrigen gab auch Herr Berger zu, daß die jüdische Bevölkerung im Elsaß eine angesehenere Stellung hätte, als ihre Glaubensgenossen im übrigen Deutschland. Er stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß man der jungen, jüdischen Generation, die unbestreitbar in der körperlichen Entwickelung sehr zurück sei, durch die Bildung einer jüdischen Turnerorganisation Gelegenheit geben müsse, sich turnerisch auszubilden, ohne dem Spott der besser Entwickelten anheimzufallen. Diesem Gedanken gegenüber vertrat Herr Wallerstein die Ansicht, man dürfe einer falschen Scham der jungen jüdischen Turner nicht durch eine derartige konfessionelle turnerische Abschließung Rechnung tragen. Im übrigen drehte sich die zeitweise etwas erregte Diskussion um die prinzipielle Frage, ob die jüdische Turnbewegung zionistisch gefärbt sei oder nicht. Zu einer Verständigung kam es nicht. Es erfolgte die Begründung eines „Straßburger jüdischen Turnvereins“; ihm traten ungefähr 60 junge Leute, teils Studenten, teils Kaufleute bei.

Eine „Zionistenrede“. Das Wiener „Deutsche Volksblatt“ vom 22. Dezember brachte einen Auszug aus einer angeblichen Zionistenrede, deren Inhalt ganz im Stil der berüchtigten „Großrabbinerrede“ gehalten ist. Dem „Feuilleton“ sind folgende erläuternde Bemerkungen vorausgeschickt:

„Der Geheimrat der jüdischen Politik! Unter diesem Titel erschien jüngst in Broschürenform eine in einer Zionistenversammlung gehaltene Rede, der wir im nachfolgenden einige Sätze entnehmen wollen. Wir müssen jedoch schon voraus bemerken, daß das, was der Redner und Verfasser dieser Broschüre, ein Jude namens M. L. Mardbinad, darbringt, durchaus nicht den Titel eines Geheimnisses verdient, da darin nichts zu finden ist, was nicht schon längst bekannt wäre. Interessant aber ist diese Zionistenrede aus dem Grunde, weil sie ein Bekenntnis ist für das ganze Judentum und eine Bestätigung dessen, was man eben schon weiß, was jedoch von Juden und Judenfreunden gerne geleugnet wird.

Indem wir aus Herrn Mordbinads Zionistenrede einen kleinen Auszug geben, enthalten wir uns jeder Bemerkung und jedes Zusatzes. Der Zionist sagt einer am 18. d. M. im Abgeordnetenhause eingebrachten Interpellation zufolge:

Auf unsere Anfrage teilt uns das Zentralbureau der Zionistischen Vereinigung für Deutschland mit, daß es sich um eine **unverschämte Lüge** handele. Weder sei jemals eine solche Broschüre von einem Zionisten verfaßt noch sei jemals eine solche Rede gehalten worden.

Uebrigens trägt die Geschichte den Stempel der Erfindung so deutlich auf der Stirn, daß man annehmen sollte, die Antisemiten im österreichischen Abgeordnetenhause würden doch Bedenken tragen, sich für das Machwerk ins Zeug zu legen.

Gegen das schweizerische Schächtverbot hat sich im Großen Rat von Basel der Führer der Katholiken, Dr. Feigenwinter, in sehr entschiedener Weise gewandt und es offen ausgesprochen, daß es nicht aus irgendwelchen sachlichen Gründen, sondern lediglich durch einen rngherzigen und törichten Antisemitismus herbeigeführt sei. Gegenüber den verächtlichen Motiven, aus denen heraus es entstanden ist, betonte der katholische Deputierte die Pflicht, den durch das Schächtverbot gegenüber den Juden verübten Gewissenszwang zu beseitigen. „Man weiß,“ so führte Dr. Feigenwinter aus, „wie durch das Schächtverbot die Gewissen bedrückt werden. Deshalb wird aber kein Pfund geschächtetes Fleisch weniger gegessen. Vielmehr sind die Israeliten nun gezwungen, geschächtetes Fleisch aus dem Ausland zu beziehen, was ihnen Hunderttausende unnötiger Kosten verursacht, aber doch nur die Schweiz schwer schädigt. Wir sollten uns hüten, auf derartige Dinge einzugehen. Denn es nützt nichts und kann höchstens diejenigen, die sich hier nicht zu verteidigen in der Lage sind, beleidigen.“

Bischof und jüdischer Unterpräfekt. Aus Meaux (Frankreich) wird geschrieben: Bekanntlich sind in Ausführung des Gesetzes über die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich, die Palais und Residenzen der Kirchenfürsten und kirchlichen Würdenträger als Staatseigentum erklärt worden; die bisherigen kirchlichen Inhaber der Gebäude werden jetzt von Staatswegen zum Verlassen derselben aufgefordert und im Falle der Weigerung gewaltsame Exmission angedroht. Hier in unserer Stadt erhielt nun der Unterpräfekt M. Weill, ein Jude, den Auftrag, den Bischof Monsignore de Brieg zum Verlassen des Palais aufzufordern, andernfalls Zwangsmaßregeln angewendet werden würden. Herr Weill hat sich vergangenen Sonntag dieser Aufgabe mit großem Geschick und Erfolg unterzogen.

Es ist jedenfalls keine schlechte Ironie, daß hier im modernen Frankreich ein Jude einen Bischof aus seinem bischöflichen Palais ausweist — während doch fast das ganze Mittelalter hindurch, die katholischen Kirchenfürsten meist die Juden ausgewiesen oder deren Ausweisung aus ihrem Vaterlande veranlaßten. Selbstverständlich hat in diesem Fall nicht der Jude, sondern der Staatsbeamte Weill lediglich die Durchführung eines Staatsgesetzes zu bewirken.

Ueber antisemitische Ausschreitungen in Rumänien wird der „Frankfurter Ztg." aus Bukarest, 24. Dezember, berichtet:

Rumänien ist das Eldorado der Antisemiten. Keine Stimme erhebt sich da, um gegen sie aufzutreten. Minister, Universitäts- und sonstige Professoren, Politiker &c. alles macht in Antisemitismus. Ein sonst ganz guter Professor, der vielgenannte Herr Jorga, kämpft in verschiedenen Zeitschriften, die er herausgibt, in bekannter antisemitischer Manier. Herr Jorga — was anerkennenswert ist — bemüht sich nicht einmal, seinem Antisemitismus das bekannte wissenschaftliche Mäntelchen umzuhängen. Er führt den Kampf mit den bekannten Waffen des Radauantisemitismus, läßt an den Juden nicht ein gutes Haar, fordert offen deren Verfolgung und bedient sich einer Sprache, der sich ein gebildeter Mensch schämen müßte. Und mit diesen feinen Werken dringt Herr Jorga in die Schuljugend ein, unter der er sich die meisten Anhänger um so leichter erwerben konnte, als die Lehrer seine Propaganda aufs wirksamste unterstützen und als sich im ganzen Lande kein Mann findet, der vorurteilslos und furchtlos genug wäre, um diesen gemeingefährlichen Treibereien entgegenzutreten. Ja, die große liberale Partei unterstützt sie aufs wirksamste durch ihre offiziöse Presse, die von einem solch bornierten Antisemitismus ist, daß man — würde man die hiesigen Politiker nicht kennen — befürchten müßte, das kommende liberale Regime könnte ein Plehwesches werden. Unter den Konservativen ist natürlich der Antisemitismus nicht geringer. Die Verfassung gewährt den „Fremden", also den Juden das sehr zweifelhafte Recht individuell das Bürgerrecht bei den Kammern zu erbitten. Das betreffende Gesuch muß an den Justizminister gerichtet werden, der, nachdem eine Taxe erlegt worden ist, es auf dem für Gesetzentwürfe üblichen Wege an die Kammern leitet. Der jetzige Justizminister und der Ministerpräsident haben es aber für gut befunden, die eingegangenen Gesuche zurückzuhalten und sie nicht dem Könige zur Unterfertigung vorzulegen, so daß die Interessenten nicht einmal vor die Kammern gelangen konnten, wo übrigens in 90 von hundert Fällen gegen ihr Gesuch gestimmt wird. Die Folgen dieser antisemitischen Strömung machen sich bereits bemerkbar. Vor einigen Tagen hatte der hiesige jüdische Frauenverein ein Wohltätigkeitsfest im Atheneum angekündigt. Das Programm bestand aus einem rumänischen Stücke, das Künstler des National-Theaters aufführen wollten. Im vorigen Jahre hatte im gleichen Saale eine ähnliche Vorstellung stattgefunden, die in größter Ruhe verlief. Für die diesjährige Aufführung waren bereits sämtliche Karten verkauft, als am Tage der Aufführung das Komitee des Damenvereins benachrichtigt wurde, die Polizei verbiete die Vorstellung. Da es Feiertag war und die Blätter nicht erschienen, stand dem Komitee kein Mittel zur Verfügung, um das Publikum über das erfolgte Verbot zu unterrichten. Am Abend kamen denn auch verschiedene Personen, Männer und Frauen, ins Atheneum. Sie fanden den Saal gesperrt, dafür wurden sie von einigen jungen Leuten empfangen, die sie in unflätigster Weise schmähten und gegen einige Damen sogar tätlich wurden. Eine Anfrage beim Polizeipräfekten ergab, derselbe habe die Vorstellung verboten, weil das rumänische Atheneum nicht an eine jüdische Gesellschaft vermietet werden darf. Dabei ist dieses Gebäude durch eine öffentliche Lotterie, an der sich die Juden rege beteiligt haben, errichtet worden. Andererseits heißt es, die Vorstellung sei auf Drängen der Studenten verboten worden, die mit judenfeindlichen Demonstrationen drohten. Wieder andere meinen, man habe eine Wohltätigkeits-Vorstellung der jüdischen Damen nicht dulden wollen, weil im vorigen Jahre eine solche der rumänischen Damen verhindert worden sei. Dabei vergißt man, daß die vorjährige Vorstellung in französischer Sprache im National-Theater stattfinden sollte, während die „fremden" Juden rumänisch zu spielen beabsichtigten. Einige Tage nach diesem Vorfalle fanden antisemitische Ausschreitungen in Craiova statt. Ein Telegramm darüber an die „Frankfurter Zeitung" wurde mir zurückgeschickt auf Grund eines berüchtigten Paragraphen der Telegraphenordnung, der durch eine Interpretation, in der Herr Dem. Sturdza Meister war, geradezu eine Zensur einsetzt. Ich muß also auf diesem Wege einige Details geben. Die Zionisten hatten in dem Saale eines jüdischen Vereins eine Maccabäerfeier veranstaltet. Schüler des Gymnasiums schlugen Fenster und Türen ein und drangen in den Saal, in dem sich auch Frauen und Kinder befanden, eine wahre Panik hervorrufend. Die Polizei konnte die Ruhe nicht herstellen und die Gymnasiasten zogen durch mehrere Straßen, mißhandelten Juden und auch Christen, die sie für Juden hielten, zertrümmerten Scheiben an mehreren Häusern und an dem israelitischen Tempel. Spät erst konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Wenn die antisemitische Hetze weiter geht und wenn geduldet wird, daß bezahlte Agents provocateurs in der Mitte der Hauptstadt unter dem Vorwande, ein antisemitisches Blatt zu verschleißen, zu Mord und Totschlag gegen die Juden auffordern — dürfte die Zukunft schlimmere Ereignisse bringen, als die Kundgebung der Craiovaer Schuljugend. — Soeben eingetroffene Meldungen aus Craiova besagen, daß die Unruhen sich heute wiederholt haben. Diesmal sind es nicht mehr Schüler, sondern Leute, richtige Hooligans, die sich ans Werk machen. Die Polizei erweist sich noch immer als ohnmächtig.

Heimatlos.

Es war ein unbehagliches Wetter. Grauweißer Dezemberschnee deckte zwar noch die Fluren zu, aber schon waren feuchte Winde gierig dabei ihn aufzufressen. Die schwarze Erde der Felder kam schon hier und da zum Vorschein, nur auf festerem Grunde lagerten noch weiße Schichten.

Der breite felsenfeste Bahndamm, der sich durch die norddeutsche Ebene hinzog, war noch in die weiße Hülle gekleidet, auf der die Lichter des auf schmalen Gleisen dahinrollenden Personenzuges Eydtkuhnen-Berlin zitternde Bilder malten. Es war eine trübe Winternacht; in den Lüften tobten die Winde, und auf der Erde bildeten sich immer größere Wasserlachen; sie war nicht mehr imstande, die Menge des Wassers zu fassen. Traurig schauten laubleere Bäume auf die verwüsteten Felder, nur selten rang sich ein Strahl des Mondes aus den zusammengeballten Wolken hervor.

In dem Eisenbahnzuge, der in monotoner Langsamkeit seines Weges dahintrottete, waren nur wenige wach. Gähnend schüttete der Heizer immer wieder aufs neue schwarze Kohlen in den feurigen Schlund, die Schaffner hockten im Halbschlummer in ihren Wachthäuschen, die wie die Schwalbennester an den einzelnen Wagen klebten; nur der Lokomotivführer schaute mit scharfen Augen die Strecke entlang, die sein Dampfroß Stück für Stück unermüdlich zurücklegte.

Die Passagiere drückten sich gegen die hölzernen Wände und schliefen mit unruhigen Träumen. In den Waggons IV. Klasse war nur hier und dort noch Leben. Zu Dutzenden lagen sie hier zusammengepfercht auf harten Bänken, auf der kalten Diele oder auf Koffern und Körben. Der Dunst schlechten Tabaks lagerte über dem Raume und machte fast den schwachen Lichtschein, der von der Decke kam, erblassen.

Im letzten Wagen, der durch den unruhigen Lauf der Maschine bald nach rechts, bald nach links geschleudert wurde, beleuchtete das flackernde Licht ein düsteres Bild. Berge von Kisten und Säcken türmten sich bis zur Decke auf, dazwischen lagen Menschen, halb schlafend, halb wachend.

Aus einer Ecke drang ein leises Stöhnen. Ein armes vergrämtes Weib lag hier im heißen Fieber, dicht an die Kranke geschmiegt zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen im unmündigen Alter. Sie schlafen, während das Hirn der kranken Mutter in wilden Fieberphantasien arbeitet. Sie denkt zurück an die Zeit glücklichen Familienlebens in dem kleinen russischen Grenzstädtchen. Sahen die großen Herren auch sie, die Juden, scheel über die Schulter an, so herrschte doch noch Ruhe und Ordnung im Orte, wenn auch der allgewaltige Pristaw es prächtig verstand, die israelitischen Gemeindemitglieder gehörig zu schröpfen. Doch dann kam der Krieg und dann die — Kosaken. Furchtbare Tage des Raubens und Mordens folgten dem Einzuge dieser zügellosen Schar. Der Vater, der die Seinen schützen wollte, wurde ein Opfer der Soldateska, die Frau schlugen die Kosaken erbarmungslos mit

der zischenden Nagaika nieder, die Kinder entgingen in einer finsteren Ecke kauernd nur wie durch ein Wunder den Späherblicken der Mordbrenner.

Freundliche Nachbarn schafften nach dem Abzuge der Schergen die schwerverletzte Mutter aus dem brennenden Hause, boten den weinenden Kindern eine vorläufige Heimstätte. Als die Mutter nach wochenlangem Siechtum wieder auf die Gasse treten konnte, zeigte ihr ein Trümmerhaufen den Platz ihrer früheren Wohnstätte an. Des Gatten beraubt, ohne Mittel, auf die Hilfe gutherziger Menschen angewiesen, mit zwei unmündigen Kindern stand sie allein in dem Lande, das sie bisher als ihre Heimat betrachtete, und das ihr nun alles genommen hatte.

Was tun in dieser Not? Ein Brief wohlhabender Verwandter, die zu Beginn der Unruhen nach dem deutschen Nachbarlande geflüchtet waren, rief sie nach Deutschland. Sie folgte gern dem Rufe, nur fort! fort! war ihr Streben, fort! aus dem Lande, das seine eigenen Kinder vernichtete.

Die letzten Groschen wanderten in die Hände der Beamten zur Erreichung der nötigen Pässe. Dann machte sie sich totkrank auf den Weg. Auf elenden Holzwagen erreichte sie mit den Kindern nach beschwerlicher Fahrt in schneidender Kälte die Grenze. Aufatmend betraten die Vertriebenen den deutschen Boden. Wird sich ihnen hier eine zweite Heimat bieten? Berlin war ihr nächstes Ziel. Nur mühsam hielt sich die Kranke noch aufrecht, die Hoffnung, bald ein Ruheplätzchen zu finden, bewahrte sie allein noch vor dem Zusammenbrechen ihrer Kräfte, aber schon tobte das Fieber in ihren Adern.

Jetzt fuhr sie in dem rollenden Zuge der neuen Heimat entgegen Als der Morgen graute, war sie fast am Ende ihrer Kräfte. Der wohltuende Schlummer der Bewußtlosigkeit umfing sie, selbst das leise Weinen der erschreckten Kinder weckte sie nicht auf. Arme Arbeiterfrauen, die nach dem Westen wollten, nahmen sich hilfreich der Schwerkranken an.

So erreichte sie die Hauptstadt des Reiches. Ein Krankenhaus, dessen Tore mildbenkende Menschen ihr und den Ihren öffneten, nahm sie in seinen grauen Mauern auf, nachdem man an vielen Türen sie barsch zurückgewiesen hatte. Man hatte ihr alle Briefe zurückgebracht, die sie an sie gerichtet. Nun ging sie selbst auf die Suche. Charlottenburg war nicht weit, auch die Kantstraße hatte sie bald gefunden. — Da war die richtige Nummer! — „Freilich," brummte der mürrische Verwalter auf ihre bescheidene Frage, „der hat hier gewohnt, hier" „ er wies auf eine Fensterreihe — „im zweiten Stock; vor vier Wochen aber zog er los mit Kind und Kegel — man hatte ihn ausgewiesen." — „A u s g e w i e s e n?" stammelte die blasse Frau und faßte nach einer Stütze. „Warum ausgewiesen? Was hat er getan?" — „Was weiß ich," lachte der Alte kurz auf. „Was braucht's Gründe, wenn man jemand ausweisen will."

Die Fremde wankte weiter. Sie wußte jetzt, auch hier würde sie k e i n e z w e i t e Heimat finden. H. F.

Briefkasten.

Abonnent. Besten Dank für die Uebersendung der „H u n g a r i a", des K r e i s b l a t t e s für den Kreis Hörter, welches die Parole „K a u f t n i c h t b e i J u d e n!" wie folgt begründet: „Es ist eine geradezu selbstverständlich Pflicht, daß wir bei Weihnachtseinkäufen des Bibelwortes gedenken: „Tuet Gutes jedermann, vornehmlich aber des Glaubens Genossen!" Weihnachtseinkäufe sollten nur bei christlichen Geschäftsleuten gemacht werden, bei Leuten, die in der Einheit des Geistes und Glaubens mit uns unter den Christbaum treten, und das Christfest feiern. Das ist keine Gehässigkeit gegen ein anderes Religionsbekenntnis, sondern einfach eine Forderung der Billigkeit."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 2. | Berlin, 9. Januar 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Fenoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemitische Wahlmanöver.

Obwohl man nach den Erfahrungen früherer Jahre auf einen unfairen Wahlkampf seitens der Antisemiten in den von diesen in Angriff genommenen Wahlkreisen gefaßt war, spottet das Benehmen der Antisemiten doch jeder Beschreibung. Lassen wir die Tatsachen reden.

Der Wahlkreis Eisenach-Dermbach war schon im Jahre 1905 ein Musterwahlkreis für die antisemitischen Manöver. Im Jahre 1907 dürfte, wie uns aus dem Wahlkreise geschrieben wird, der Wahlkampf sich in Formen bewegen, die geradezu unerhört sind und den antisemitischen Wahlmachern den letzten Rest von Achtung nehmen, den man ihrer ohnehin arg in Mißkredit gekommenen Agitation vielleicht hie und da, in konservativen Kreisen noch gezollt hat. Im Interesse des deutschen Liberalismus sollten die nachstehend wiedergegebenen Tatsachen eine möglichst große Verbreitung finden, und es ist Sorge dafür getragen, daß das Material der führenden Presse aller politischen Parteien unterbreitet wird.

Am 3. Januar eröffnete der Antisemit Schack im Eisenacher „Tivoli“ die Wahlbewegung durch eine Versammlung, zu der er alle politischen Parteien eingeladen hatte. Trotzdem er laut Ankündigung sein Wahlprogramm entwickeln wollte, wußte er dieses in seiner Rede vollständig zu umgehen und derart zu verschleiern, daß die anwesenden Führer der nationalliberalen Partei und der Freisinnigen Volkspartei ihn wegen seiner Stellung zu den wichtigsten Fragen interpellieren mußten. Der freisinnige Rechtsanwalt Dr. Sommerfeld wies mit Entrüstung die zahlreichen Verdächtigungen, die sich Schack in seinen Ausführungen gegen die Freisinnige Volkspartei geleistet hatte, zurück, so daß Schack revozieren mußte. Auch falsche Abstimmungsmärchen über die Freisinnigen, die er den Wählern aufgetischt hatte, mußte er berichtigen. Der freisinnige Sprecher kennzeichnete das Gebahren Schacks in der Versammlung als einen Versuch, einen Keil zwischen die geeinten liberalen Parteien zu treiben, wofür dem Antisemiten kein Mittel verwerflich genug sei. Schack hatte in seiner Rede den Kandidaten der liberalen Parteien, den Archivdirektor Dr. Winter, den er nach eigener Angabe nicht kennt, als einen in nationaler Beziehung unzuverlässigen Kandidaten bezeichnet und ähnliche von niederer Denkweise zeugende Verdächtigungen gegen ihn ausgestreut. Trotzdem der Kreis seit Begründung des Deutschen Reiches liberal vertreten war und erst seit einem Jahre in antisemitischem Besitz ist, nannte Schack die Kandidatur der vereinigten liberalen Parteien gegenüber seiner allein berechtigten (!) Aufstellung, eine Sonderkandidatur. Treffend charakterisierte der Führer der Eisenacher Nationalliberalen, Professor Flex diese Kühnheit als typisch für die antisemitische Wahlmache. Jetzt betrat ein Herr Thomas in grüner Joppe und Schaftstiefeln die Rednertribüne, um als notleidender Agrarier für die Großgrundbesitzer des Eisenacher Oberlandes einzutreten und für Schack gegen Judenfreisinn und „unsichere Kantonisten“, wie er den ihm gleichfalls unbekannten nationalliberalen Kandidaten titulierte, Stimmung zu machen. In Redewendungen, die kaum wiederzugeben sind, bewarf er die verbündeten Parteien mit Schmutz und wußte sich, dank seiner bei den Antisemiten beliebten Redeweise, Beifall zu erringen. Allerdings nur auf 24 Stunden. Am anderen Tage schrieb die freisinnige „Eisenacher Tagespost“:

„Eine antisemitische Potemkinade!“

„Wir stellen hier öffentlich fest, daß das Auftreten dieses angeblichen Landwirts ein plumpes Wahlmanöver war. Thomas ist „Bureau-Landwirt“, d. h. der maskierte Landwirt ist niemand anders als ein Hamburger Wanderredner des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und bezahlter Agitator des Herrn Schack, der hier seinem Verbandvorsteher mit anderen vorläufig noch in Reserve bleibenden Drahtziehern Statistendienste leistet. Ein gröberer Humbug kann so leicht nicht geschaffen werden, und wir warnen die Wähler des gesamten Wahlkreises, auf diesen oder einen ähnlichen Schwindel hereinzufallen. Schack und die Antisemiten sind durch dieses Täuschungsmanöver in den Augen aller, denen die Politik keine Farce ist, die ehrlich mitarbeiten wollen am Wohle der Gesamtheit und redlich dem Vaterland und nicht nur kleinen Interessengruppen dienen wollen, gerichtet. Ein solcher Kandidat, der aus der Politik eine Komödie macht, Sonderinteressen der Großgrundbesitzer durch einen Pseudolandwirt, der sonst in Hamburg auf dem Kontorsessel sitzt, vertreten läßt, ist unwert als nationaler Kandidat zu gelten. Er ist ein politischer Charlatan, dem wir mit Entrüstung die Maske vom Gesicht reißen.“

Am 5. Januar, bei der ersten Versammlung, die die vereinigten liberalen Parteien abhielten und in der sich der liberale Kandidat Winter seinen Wählern vorstellte, drängten sich die Antisemiten ein und

versuchten durch provokatorische Reden und Zwischenrufr, die allgemeine Entrüstung erregten, die Versammlung zu sprengen. Als dies mißlang, hielt der bewußte Thomas gegen den Willen der Mehrheit der Versammlung eine Hetzrede, deren Spitze: „Grenzsperre gegen Juden", ein einstimmiges „Pfui" erregte. Thomas gab zu, aus Hamburg zu kommen, und der öffentlich grbrandmarkte Antisemit nannte den Kandidaten Winter einen „Bücherwurm" und beschimpfte einzelne Persanen der Versammlung, ohne daß man die Macht hatte, ihm dies zu wehren. Er verdächtigte den „rasaraten" Freisinn drs Verrats am liberalen Bündnis und pravazierte den anwesenden freisinnigen Kandidaten van 1905, Chefredakteur Kühner, dem er varwarf, er habe ihn (also Thomas), um Amt und Brot gebracht. Unter allgemeinem Beifall charakterisierte Kühner die ganze von den Antisemiten wohlvordereitete Komödie. Jetzt trat Thomas vor, zag einen Brief aus der Tasche, den er angedlich ananym von Reichstagswählern Eisenachs erhalten haden wollte, und begann ihn zu verlesen. Es handelte sich um ein unsauberes antisemitisches Pamphlet widerlichster Art. Aber selbst dieser Haupttrumpf nißglückte. „Fälschung! — Schwindel!" erschall es aus den Wählerrrihen und Thomas mußte den Brief wieder einstecken. Den stürmischen „Raus"rufen leisteten die Antisemiten keine Falge, versuchten vielmehr bis zum Schluß die von ca. 1300 Wählern besuchte Versammlung zu stören. — Jedes weitere Wart dürfte überflüssig sein. Saarbeiten die Antisemiten 1907. Da sie diese unredlichen Manipulatianen, die bisher — was zu detanen ist — von keiner Partei angewrndet wordrn sind, sichrr auch in nuderen Wahlkreisen versuchen werden, seien sie auch an dieser Stelle, zu Nutz und Frommen der deutschen Wählerschaft festgenagelt.

Zur Wahlbewegung.

Im Wahlkreise **Deutsch-Krone** hat der antisemitische Kandidat, Rechtsanwalt Simons, nur geringe Aussichten. Erläßt doch selbst der Varstand des früheren antisemitischen Vereins folgenden Aufruf: „Alle diejenigen, wrlche dem frührren antisemitischen Verein in Jastraw angehört haben, bitten wir, bei der devorstehenden Wahl zum Reichstage keinem anderen als unserem bisherigen Abgeordneten, dem Rittergutsbesitzer und Wirklichen Grhrimen Oberregierungsrat Gamp auf Hebran-Damnitz dir Stimmr zu geden, da er in letzter Zeit, wo es irgend ging, Vorteile für Jastrow erwirkt hat und dies auch für dir Zukunft tun wird."

Im Wahlkreise **Arnswalde-Friedeberg** treten die Kanservativen und der Bund der Landwirte gleich im ersten Wahlgange für densrlden Hrrrn Bruhn ein, der bei drr Wahl van 1903 nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen die Junker wetterte und vorgad, die Interessen des kleinen Mannes und des Mittelstandes grgen dir Junker zu vertretrn. — Die Sozialdemokraten haben wieder einen Kandidaten aufgestellt. Wie verlautrt, wird dies auch von liberaler Seite geschehen.

Die antisemitische „Deutsche Hachwacht" macht ihrem Aerger darüber Luft, daß ihrem Freunde Ernst Frökich, dem disherigen Vertreter des Wahlkreises **Ost- und West-Sternberg** seitens des Bundrs der Landwirte insofern rin Knüppel zwischen die Beinr geworfen warden sei, als der Bund die Kandidatur des kanservativen Herrn v. Kaphengst unterstütze. Auf eine Anfrage bei dem Vorstande des Bundes der Landwirte habe dieser erwidert, daß die Vertrauensmänner des Bundes die Kandidatur des Herrn v. Kaphengst gutgeheißen hätten und daß der Bundesvarstand an diesen Beschluß gebunden sei. Man habe sich über die Art beklagt, wie Frölich und seine Freunde im Jahre 1903 agitiert hätten; ferner sei Frölich nicht Bundesmitglied und wohne nicht in dem Wahlkreise.

Ueber die antisemitische Agitatian lesen wir in drr „Kreuzztg.":

„Herr Frölich hai sich seinen Freund Herrn v. Mosch ous Berlin mitgebrocht. Er selbst spricht im allgemeinen moßvall und besonnen, Herr v. Mosch dagegen kopiert mit vielem Glück und unleugbarem Geschick den bekonnten Grafen Pückler. In einer von über 300 Wählern besuchten Versammlung in der Kreisstodt Reppen, in der dieser in moßlosester Weise gegen die Juden hetzte — „wie die Bienen ihre Drohnenschlacht abhielten, so müßte dos Ungeziefer im deutschen Volksleben ousgerattet werden!" — wurde ihm eine derbe Züchtigung zuteil. Der Redner der Konservotiven, Postor Proeller-Reppen nötigie ihn durch die ernste Sochlichkeit seiner Ausführungen, der Sprecher der Liberolen, Lehrer Zabel-Schöneberg, durch vernichtenden Spott, die Wählerversommlung durch stürmische Pfui- und Schlußrufe zum Verzicht ouf sein moßloses Schimpfen und Toben. Wir glouben, doß Herr Frölich in Herrn v. Mosch den Totengräber für seine Porteirichtung für dos Sternberger Lond mit großem Geschick gewählt hot."

Herr Frölich scheint seinen Wahlkreis für sehr sicher zu halten. Denn im „Gasthaus" sieht er sich — er gibt seldst an, Gastwirt zu sein — nach rednerischer Beschäftigung für die nächsten Wachen um. Er teilt mit, daß er erst kürzlich einrn Vartrag in einem Gastwirtsverein gehalten hade und zu weiteren gern bereit sei und zwar ohne jegliches Entgelt. — Die Gastwirte scheinen sich aber um die Varträge ihres antisemitischen Kallegen nicht zu reißen.

Von liberaler Seite kandidiert der Lehrer Sparfeld-Schöneberg. Die Sazialdemakraten haben den Tapezierer Freiwaldt-Pankow aufgestellt.

Der antisemitische Kandidat für den Wahlkreis **Randow-Greifenhagen**, Professor Paul Foerster, hat seine Kandidatur zugunsten des konservativen Brwerbers, des Rittergutsbesitzers v. Steinäcker, zurückgezagen.

Im Wahlkreise **Liegnitz-Haynau-Goldberg** leuchten die Freisinnigen dem Mittelstands-Kandidaten, Kaufmann Buchholz aus Schäneberg, gehörig heim. In einrm Flugblatt wird var dem „Fuchs" gewarnt, der sich ein Mittelstands-Mäntelchen umgehängt habe; wenn aber der Wind nur leise wehe, dann sehe unter dem Mäntelchen die hachmütige Junkerkleidung und dir Reitpeitsche des vierfachen Rittergutsbesitzers hervor. Dann hrißt es weiter:

„Wer hot diesen Kondidoten aufgestellt? Die „Deutsche Mittelstandsvereinigung, Ortsgruppe Liegnitz". Aus welchen Leuten desteht diese Vereinigung und seit wonn? Var wenigen Tagen existierie diese „Ortsgruppe Liegnitz" überhaupt nach nicht. Der Houpimacher ist der dekonnte Antisemit Herztg, und die ganze Ortsgruppe zähli 19 Monn. Es ist gonz klor, doß diese 19 Mann und die ganze Deutsche Mittelstondsvereinigung, deren Schulden bisher van ihrem reichen Vorsitzenden dezohlt warden sind, in Liegnitz keinen eigenen Kandidaten oufstellen könnten, wenn nicht andere Leute hinter ihnen ständen. Wer sind diese Leute? Die Konservoitiven und Agrarier!"

Und zum Schluß heißt es:

„Kein Wort vom Zentrum findet sich in dem Buchholz-Flugbloit. Werter Leser, merkst du etwos? Unter der Parole „Kompf gegen das Zentrum" wollten die sogenonnten „notionolen" Porteten, zu denen sich die Freunde van Buchholz doch immer in erster Linie zählen, in den Wohlkompf ziehen. In Liegnitz hört mon nichts davon. Warum? Weil Oskor Buchhalz, das Mitglied des Evangeltschen Bundes, auf dte Unterstützung durch dte Zentrumsgetstlichkett spekuliert, weil er hofft, die kothalischen Wähler würden sich ohne weiteres für ihn on die Urne treiben lossen!

Mitbürger aus ollen Ständen, Wähler unseres Wohlkretses! Die Kandidotur Buchhalz segelt unter folscher Flogge, sie nennt sich mittelständlerisch und tst in Wohrheit kanservattv, sie gibt var, die Interessen des Handwerks zu vertreten und wird van den Groß-

grundbesitzern subventioniert! Wähler in Stadt und Land, zeigt, daß man nicht mit euch Versteck spielen kann, zeigt, daß ihr trotz der Maske erkannt habt, was darunter steckt und gebt die einzig richtige Antwort auf das Buchholz-Flugblatt und wählt Fischbeck!"

Im Wahlkreise **Fritzlar-Homberg-Ziegenhain** haben die Liberalen, hauptsächlich auf Betreiben aus Lehrerkreisen, gegen Liebermann von Sonnenberg den Lehrer Heinrich Freudenstein aufgestellt.

Im Wahlkreise **Flensburg-Apenrade** ist von den deutschsozialen Antisemiten Graf Reventlow, ein Bruder des verstorbenen Abgeordneten, aufgestellt. Außerdem kandidieren ein Sozialdemokrat, ein Däne, ein Freisinniger und ein vom Bund der Landwirte unterstützter Nationalliberaler.

Aus dem Wahlkreise **Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf** wird uns geschrieben:

„Eine am 3. Januar in Biedenkopf stattgefundene öffentliche Wählerversammlung wies einen recht zahlreichen Besuch auf. Herr Professor Caner-Elberfeld referierte. Er wies nach, wie nötig dem deutschen Volke ein starker Liberalismus sei. Der bisherige Vertreter des hiesigen Wahlkreises, Herr Stöcker, sei nicht der geeignete Mann. Ihm fühle die Fühlung mit den industriellen Bedürfnissen des Landes. Das habe seine Zustimmung zu den verschiedenen reaktionären Gesetzen deutlich bewiesen. Der unabhängige nationale Wahlausschuß in Siegen habe deshalb in der Person des Arbeitersekretärs Ziegler einen Mann gefunden, der das Vertrauen der breitesten Volksmassen besitze. Der Umstand, daß Ziegler sich im Falle seiner Wahl als Hospitant der Freisinnigen Vereinigung anschließe, beweise seine durchaus freiheitliche Grundstimmung. Nachdem eine Anzahl Redner sich der Kandidatur gegenüber freundlich geäußert hatten, bildete sich zur Betreibung einer entschiedenen Agitation im Kreise Biedenkopf ein Wahlausschuß, an dessen Spitze Herr Fabrikant W. Jüngst-Battenberg steht. — Eine weitere Versammlung fand am 5. Januar in Weidenau statt. Hier entwickelte Herr Reichstagskandidat Ziegler in etwa zweistündiger Rede sein Programm. Er trat für eine entschieden nationale Politik ein, betonte aber, es sei Pflicht der nationalen Parteien, da wo sich Mißstände zeigen, wie in unseren Kolonien, den Finger in die offene Wunde zu legen. Das Volk verlange eine freiheitliche Politik. Kolonial- und Weltpolitik müßten getragen sein von den breiten Volksmassen. Das geschehe aber nur, wenn das Volk frei sei. In der Aussprache trat ein Mitglied des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes auf, der die Sachlichkeit Zieglers anerkannte, aber die Ursache der kolonialen Mißstände den — Juden in die Schuhe schob. Es war Ziegler leicht, ihn unter dem Beifall der Versammlung glänzend abzuführen, indem er sagte, er, Ziegler, sei ebensowenig für den Klassenhaß wie für den Rassenhaß. Ersteren zu schüren überlasse er den Sozialdemokraten, letzteren dem Herrn Stöcker. — Die Stimmung in allen Versammlungen war recht gut.

In bezug auf die in einigen **kurhessischen** Wahlkreisen zu beobachtende Taktik ist es innerhalb der antisemitischen Reformpartei zu hellem Aufruhr gekommen. Im Gegensatz zu den dortigen Parteigenossen, welche in **Kassel-Melsungen** und in **Hofgeismar-Rinteln** den Kandidaten der antisemitischen „Bruderpartei" eigene Kandidaten gegenüberstellen, erklärt sich die Zentralleitung der Partei gegen solche Sonderkandidaturen. Die „Staatsbürgerztg." brachte am 5. Januar folgende Zuschrift des Abg. **Werner**:

„In Ihrer Zeitung ist die Mitteilung enthalten, die Deutsche Reformpartei habe in Hofgeismar-Wolfhagen als Kandidaten Herrn Hauptmann a. D. Simons-Kassel aufgestellt. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Parteileitung weiß von einer derartigen Nominierung nichts und würde einer solchen die Zustimmung versagen. Auch für Kassel-Melsungen wird die Parteileitung ihre Zustimmung zur Aufstellung einer eigenen Kandidatur versagen. Die Reformpartei will keine Zersplitterung der antisemitischen Stimmen: kein Reformer darf gegen Lattmann stimmen."

Gleichzeitig aber verkündet der Hauptmann a. D. Simons in der in Kassel erscheinenden „Hessischen Rundschau", daß er sowohl in Hofgeismar wie in Kassel kandidiere. Und in derselben Nummer (von 6. Januar) bringt das Blatt unter der Ueberschrift „Deutschsoziale Wahlmanöver" folgenden scharfen Artikel gegen die Kandidatur Lattmann:

„Recht eigenartige Mittel wenden die deutschsozialen Wahlmacher und ihr Kandidat Lattmann an, um den durch die verkehrte und reaktionäre Politik dieser Partei völlig verfahrenen Wahlkarren wieder in das rechte Geleis zu bringen. Fangen wir zunächst mit dem Kandidaten an. Man traute kaum seinen Ohren, als er in der Versammlung am 28. Dezember vorigen Jahres sein Programm entwickelte. Man glaubte einen Kandidaten der deutschen Reformpartei zu hören, so freiheitliche Töne schlug Herr Lattmann an. Leider stehen seine Ausführungen vielfach mit den praktischen Taten seiner Partei in Widerspruch. So trat er z. B. für volle Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts ein; verriet aber wohlweislich nicht, daß gerade seine Partei erst im vorigen Jahre einen Antrag auf Beschränkung dieses Rechts im Reichstag eingebracht hat, die glücklicherweise ins Wasser fiel. Ferner erklärte er sich für volle Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, verschwieg aber den Antrag seiner Partei zur Bekämpfung der politischen Satire und seine berüchtigte Simplizissimusrede, die selbst sein leider zu früh verstorbener Fraktionskollege Reventlow verurteilte, indem er gegen den Antrag seiner eigenen Partei stimmte. Die Annahme der sog. Reichsfinanzreform durch seine Partei suchte Herr Lattmann wieder recht harmlos hinzustellen. Wir richten an ihn daher die Frage, ob die in dem sog. Mantelgesetz enthaltenen volks-, mittelstands- und verkehrsfeindlichen Steuern zur Erhebung gekommen wären, wenn die Mehrheit der Reichstagsmitglieder die Reichsfinanzreform abgelehnt hätte? Vielleicht gibt Herr Lattmann in der nächsten Versammlung hierüber Auskunft. Bei der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen suchte der Herr Amtsgerichtsrat ebenfalls verschiedene Widersprüche zu vertuschen oder zu verheimlichen. So protestierte er z. B. ganz entschieden gegen die Ausschaltung des Fleischereigewerbes durch städtische Großschlächtereien. Daß die Produktivgenossenschaften der Beamtenkonsumvereine ebenfalls das Gewerbe ausschalten, hütete er sich zu sagen, obwohl doch gerade der weit über 2000 Mitglieder zählende Kasseler Eisenbahnbeamtenkonsumverein mit seiner Bäckerei und Eigenschlachterei ihm die beste Gelegenheit hierzu bot. Er brauchte also nicht zum Frankfurter Beispiele zu greifen. Die kleinen Kaufleute, Bäcker- und Fleischermeister im Wahlkreise Kassel-Melsungen hoffen zuversichtlich, daß Herr Lattmann in der Versammlung am 16. Januar das Versäumte nachholen wird. Für die Handwerkerfrage zeigte der deutschsoziale Kandidat kein großes Verständnis. . . .

Bei der Beamtenfrage schilderte er in bewegten Worten die schlechten finanziellen Verhältnisse der Unterbeamten. Er verstieg sich sogar zu dem Ausspruch des reformerischen Abgeordneten Werner, den dieser bei dem Antrage auf Erhöhung der Ministergehälter von 36 000 auf 50 000 Mk. getan hat: „Bei der Gehaltserhöhung für die Beamten müsse man von unten und nicht von oben anfangen." Während aber Herr Werner getreu diesem Grundsatz gegen die Erhöhung der Ministergehälter stimmte, gab der Schmalkaldener Amtsgerichtsrat seine Stimme dafür ab. Als hoffähiger Mann durfte er es mit den hohen Herren nicht verderben. Die unteren Beamten können ja noch etwas warten. Die brauchen die Erhöhung ja nicht zur Repräsentation, sondern zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Trotzdem besitzt Herr Lattmann die Kühnheit, von den Unterbeamten ihre Wahlstimme zu verlangen. Er scheint nicht mehr den schönen Spruch zu kennen: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber." Soviel von dem Herrn Kandidaten der konservativen, bündlerischen und deutsch-christlich-sozialen Mischmaschpartei, als welcher er in der Diskussion von dem früheren Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Herrn Kaufmann Klönne, mit scharfen, aber treffenden Worten hingestellt wurde.

. . . . Eine recht bunte Gesellschaft bilden die Wahlmacher des Herrn Lattmann. Blau und grün wird ihnen und ihrem Kandidaten auch um die Augen werden, wenn sie das Wahlresultat am 25. Januar 1907 zu Gesicht bekommen.

Ob trotz dieser entschiedenen Opposition gegen die Kandidatur Lattmann die Parteileitung ihren Willen durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Uebrigens erklärt der Hauptmann a. D. Simons, daß er im Besitz der offiziellen Zustimmung der Parteileitung der Reformpartei, unterschrieben von dem Vorsitzenden Zimmermann, sei. Ebenso habe die Parteileitung nichts gegen seine Kandidatur in Kassel-Melsungen einzuwenden.

Das wird ja immer amüsanter.

In einer in Bebra abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte wurde mit 61 gegen 7 Stimmen der konservativ-agrarische Herr v. Bodelschwingh-Schwarzenhasel als Kandidat aufgestellt. Die übrigen sieben Stimmen waren auf den seit-

herigen Vertreter, den reformerischen Antisemiten Werner gefallen. Mit diesem Beschluß scheint das Schicksal Werners, der 15 Jahre lang den Wahlkreis **Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld** vertrat, entschieden.

Die antisemitischen Reformer im Königreich **Sachsen** haben außer in Zschopau-Marienberg und Bautzen-Bischofswerda, wo die bisherigen Abgg. Zimmermann und Gräfe wieder kandidieren, auch in den Wahlkreisen **Borna** und **Meißen** Kandidaten proklamiert, nämlich den Kaufmann Kurt Fritzsche-Leipzig und den Landwirt (früheren Abgeordneten) Gäbel.

Im Wahlkreise **Gießen** haben die Freisinnigen beschlossen, trotz parteipolitischer Bedenken in Rücksicht darauf, daß es bei einer freisinnigen Sonderkandidatur zu einer Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und agrarischen Antisemiten komme, aus der der Bauernbündler Köhler-Langsdorf als Sieger hervorgehen würde, den Nationalliberalen Heyligenstädt als gemeinsamen Kandidaten anzunehmen.

Die deutschsozialen Antisemiten in **Darmstadt** haben sich entschieden, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und für den nationalliberalen Kandidaten Osann einzutreten.

Aus **Baden** schreibt unser ☐ Korrespondent:

Eigentliche Antisemiten-Kandidaturen gibt es, wie wir schon vorausgesagt hatten, ohne an ein vorzeitiges Reichstagsende zu denken, in Baden nicht mehr. Man schämt sich des Antisemitismus als politischen Prinzips und die Firmenänderungen der Antisemiten in Nord- und Mittel-Deutschland sind ja auch mehr oder weniger Beweis dafür, daß man sich schämt, Antisemit zu heißen. Aber benutzt wird der Antisemitismus nach wie vor im Wahlkampf und ganz besonders sind es in Baden Konservative, die ihn benutzen, um die ohnehin antisemitisch gesinnten Agrarier für sich zu gewinnen. Daß das Zentrum diese Konservativen, Agrarier und Antisemiten in mehreren Wahlkreisen unterstützt und gleich für sie mit eintreten will, entspringt der Bosheit, dem Rachegefühl gegen den liberalen Block. Aber daß sich die konservativen Protestanten nicht schämen, solche Bosheit auszubeuten, Hilfe vom Todfeind anzunehmen, gibt wohl Veranlassung, daß man an hohen maßgebenden Stellen sich einmal diese Konservativen näher betrachtet. Uebrigens ist z. B. in Heidelberg wohl noch ein wirtschaftlicher Grund in Betracht gezogen worden, den Konservativen gleich zu unterstützen; man spart dadurch alle Wahlkosten, da der Kandidat selbst dafür aufkommen wird. Solche Vorgänge sind es, welche immer wieder Fr. Bodenstedts Ausspruch zur Geltung verhelfen, daß die Politik den Charakter verderbe. Charaktere, die sich so verderben lassen, dürften aber ohnehin nicht viel wert sein.

Wiener Brief.

I.

(Hofrat Dr. Geßmann. — Eine Rede Dr. Luegers. — Dr. Luegers Tagewerk. — Dr. Wittels Erbe. — Niederösterreichische Landesbahnen.)

Wien, den 5. Januar 1907.

Das neue Jahr fängt gut an. Dem großen antisemitischen Wahlstrategen und niederösterreichischen Unterrichtsminister Dr. Geßmann wurde der Hofratstitel verliehen. Der einstige kleine Beamte der Universitäts-Bibliothek hat eine sehr rasche Karriere gemacht, seidem er sich der christlichsozialen Volksverhetzung widmet. Vor einigen Jahren wurde ihm der Rang eines Regierungsrats verliehen und jetzt schon hat er eine ansehnlich höhere Sprosse erklommen. Die Erklärungen für diese ungewöhnliche Ehrung gehen weit auseinander. Das „Deutsche Volksblatt“, in dessen Haus es bekanntlich zwei kaiserliche Räte gibt, begrüßt den „ersten antisemitischen Hofrat“ mit einem schwungvollen Leitartikel, der in der Rangerhebung gleichsam „die offizielle Anerkennung der antisemitischen Grundsätze durch den Monarchen“ erblickt. Auf der anderen Seite sieht man in der Titelverleihung eine Anerkennung der Verdienste, die sich die Christlichsozialen um das Zustandekommen der Wahlreform erworben haben. Es soll nun nicht geleugnet werden, daß die Wiener Rathauspartei durch ihre allerdings etwas verspätet eingenommene wahlreformfreundliche Haltung das Zustandekommen des großen Reformwerkes wesentlich fördert. Diese Stellungnahme ist jedoch nicht auf selbstlose Freiheitsbegeisterung zurückzuführen, sondern auf die Erwartung eines guten Geschäftes. Aus dem christlichsozialen Saulus wurde erst ein erleuchteter Paulus, als die Regierung durch die ganz unverhältnismäßige Bevorzugung der niederösterreichischen Landgemeinden Gewähr schaffte, daß der antisemitische Mandatsbesitz selbst bei außerordentlichen Erfolgen der freiheitlichen Parteien und der Sozialdemokratie keine Einbuße erleiden werde. Die Christlichsozialen hätten sich den Ast, auf dem sie sitzen, abgesägt, wenn sie trotz dieses glänzenden Angebots bei ihrer ursprünglich wahlreformgegnerischen Taktik geblieben wären. Daß aber eine Partei für die Befolgung der Selbsterhaltungspflichten eine allerhöchste Auszeichnung erhält, ist sicherlich ein ganz ungewöhnliches Vorkommnis. Doch selbst wenn die Regierung sich der irrigen Anschauung hingeben sollte, daß die Christlichsozialen aus Idealismus oder einem freiheitlichen Prinzip zuliebe die Wahlreformvorlage annahmen, bleibt immer noch die Frage offen, weshalb ein antisemitischen Führer eine Ehrung erfahren mußte, bevor anderen um das Zustandekommen des allgemeinen Stimmrechtes nicht weniger verdienten Parlamentariern die gleiche Auszeichnung zuteil wurde?

Die Christlichsozialen nehmen eben eine Ausnahmestellung ein und sie lassen keine Gelegenheit vorübergehen, ohne dies aufs neue zu bekunden. Donnerstag fand die Beeidigung von 57 neuen Wiener Bürgern statt, wobei der Bürgermeister Dr. Lueger an die jüngsten Wiener eine Ansprache hielt, die von parteipolitischer Selbstüberhebung förmlich strotzt. „Ihre Aufgabe wird es sein“ — sagte der christlichsoziale Parteichef — „dafür zu sorgen, daß die staatserhaltenden Parteien zum Siege gelangen und insbesondere jene Partei, von der man behaupten kann, daß sie beinahe die einzige ist, die ein rein österreichisches Programm besitzt, das dahin zielt, daß das Reich beisammen und unabhängig nach allen Richtungen bleibe.“ — Diese Ansprache stellt eine Taktlosigkeit dar, die nicht genug scharf gerügt werden kann. Als Parteiführer mag Dr. Lueger immerhin die Werbetrommel für die Christlichsozialen schlagen, als Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt aber müßte er über den Parteien stehen. In dem Augenblicke, in dem er sich mit der großen golbenen Kette schmückt, hat der Parteimann zu verstummen, denn das Oberhaupt der Stadt, der erste Beamte der Bewohnerschaft, tritt in Aktion. Allein ganz abgesehen davon, daß Dr. Lueger durch die neuliche Parteinahme die Pflichten seiner Bürgermeisterstellung gröblich verletzte, verschlimmerte er seine Position noch dadurch, daß er den denkbar ungünstigsten Augenblick für die christlichsoziale Propaganda wählte. Die Beeidigung neuer Bürger ist ein viel zu feierlicher Anlaß für agitatorische Experimente. . .

Um vom Ernst zum Spaß überzugehen, wollen wir hier eine Rubrik getreulich wiedergeben, die sich in dem sonst sehr nützlichen Jahrbuch der Stadt Wien für 1907 findet. Die Verfasser dieses Handbuches bringen unter anderem auch eine Lokal-Chronik, die durch die tendenen

Tatsachenaufzählung langweilig wirken würde, wenn nicht ein Kapitel, das dem Bürgermeister gewidmet ist, einige Erheiterung brächte. Wer wissen will, worin das Tagewerk des ersten Bürgermeisters der Donaustadt nach den Anschauungen der offiziellen Chronisten besteht, der vertiefe sich in die Lektüre der nachfolgenden Buchstelle:

Bürgermeister von Wien.

10. Oktober 1905. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Franz und Marie Krenn . . .

27. November 1905. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Leopold und Josefa Bock . . .

13. Jänner 1906. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Anton und Antonia Wittek . . .

15. Jänner 1906. Audienz des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger bei Seiner Majestät dem Kaiser.

29. Jänner 1906. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Karl und Barbara Ficker . .

21. April 1906. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Josef und Josefa Führich . . .

23. April 1906. Audienz des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger bei Seiner Majestät dem Kaiser.

15. Mai 1906. Feier der goldenen Hochzeit der Ehepaare Franz Tlapak und dessen Gattin Barbara und Franz Machod und dessen Gattin Anna . . .

16. Mai 1906. Feier der goldenen Hochzeit des Ehepaares Anton Gradner und dessen Gattin Katharina. .

21. Mai 1906. Goldene Hochzeit des Ehepaares Johann und Marie Kleißner . . .

22. Mai 1906. Pflanzung einer Lueger-Eiche im Rathauspark zur Erinnerung an den 60. Geburtstag des Bürgermeisters.

14. Juni 1906. Reise des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger nach Bukarest zur Eröffnung der Ausstellung.

15. Juni 1906. Ehrungen des Herrn Bürgermeisters auf seiner Reise nach Rumänien in Czernowitz, Krakau und Bukarest.

21. Juni 1906. Darbringung von Ovationen seitens der Bevölkerung bei der Rückkehr des Herrn Bürgermeisters aus Rumänien.

9. Juli 1906. Besichtigung des fertiggestellten Lagerkellers in Gumpoldskirchen durch den Bürgermeister. .

15. Juli 1906. Reise des Herrn Bürgermeisters zur Erholung nach Karlsbad.

11. September 1906. Goldene Hochzeit des Ehepaares Johann und Marie Eleger . . .

11. September 1906. Goldene Hochzeit des Ehepaares Richard und Leopoldine Knierer . . .

12. September 1906. Große Abordnung der Marchgemeinden beim Ministerpräsidenten unter Führung des Bürgermeisters . . .

13. September 1906. Goldene Hochzeit des Ehepaares Sebastian und Viktoria Weingärtner. .

13. September 1906. Goldene Hochzeit des Ehepaares Josef und Marie Pollak . .

16. September 1906. Goldene Hochzeit des Herrn Roman Bider und dessen Gemahlin Karoline . . .

Zur Ehre Dr. Karl Luegers wollen wir konstatieren, daß er schließlich mehr geleistet hat, als das sonst sehr gewissenhafte, weil auf statistischen Zahlen aufgebaute Jahrbuch der Stadt Wien aufzuweisen weiß.

Dieser Tage wurde man an einen Günstling — oder eigentlich richtiger Gönner — der Wiener Rathauspartei unangenehm erinnert. Die Verkehrsstörungen auf der am 1. Januar in Staatsbetrieb übernommenen Kaiser-Ferdinands-Nordbahn sind nicht zuletzt auf die unglückliche Hand zurückzuführen, die Herr v. Wittek als österreichischer Eisenbahn-Minister bewieß. In gänzlicher Verkennung der wirtschaftlichen Verhältnisse schob er die Verstaatlichung der Privatbahnen hinaus, weil er glaubte, daß die Bahnbilanzen ihren Höhepunkt erreicht hätten und in der Zukunft eine absteigende Tendenz zeigen würden. Wäre diese Prognose eingetreten, dann hätte der Staat durch die Verschleppung allerdings einen Vorteil erreicht. Es trat jedoch das Gegenteil ein. Nicht genug daran, hatte der Staat auch noch unter anderen, vielleicht nicht weniger peinlichen Folgen zu leiden. Die Nordbahn, die ja wußte, daß die Verstaatlichung nicht lange auf sich warten lassen könne, vermied jede überflüssige Investition und nützte das vorhandene Betriebsmaterial aus, soweit es nur ging. Als der Staat die Nordbahn übernahm, waren nicht nur nicht genügend viele, sondern auch fast vollständig abgenützte Maschinen in Betrieb, so daß eine völlige Verkehrsstörung, die sogar zur zeitweiligen Sistierung der Güteraufnahme führte, platzgreifen mußte. Herr von Derschatta, der gegenwärtige Eisenbahnminister, hat nun die Suppe auszulöffeln, die ihm von seinem christlichsozialen Vorgänger eingebrockt wurde. Als Eisenbahnfachleute haben die Antisemiten entschieden Pech. Noch ist der vorjährige Prozeß in Erinnerung, der ein nicht sehr günstiges Licht auf die Zustände einer „kleinen Eisenbahndirektion" — in der Direktion der niederösterreichischen Landesbahnen — warf. Nun zeigt es sich wieder, daß die christlichsoziale Landtagsmajorität ganz kopflos an den Bau einen Landesbahn nach dem Wallfahrtsorte Mariazell schritt. Von der Vorlage eines ordnungsmäßigen Kostenanschlages war seinerzeit keine Rede und jetzt macht man die traurige Wahrnehmung, daß die Kostenziffer, mit der man anfangs gerechnet hatte, um fast 100 Prozent überschritten werden muß. Dabei ging die Bauführung ganz glatt vonstatten. Keine Elementarereignisse, keine unvorhergesehenen technischen Schwierigkeiten stellten erhöhte Ansprüche an den Landessäckel. Herr Dr. Pattai, der Leiter des niederösterreichischen Landeseisenbahnwesens kann sich in einer Richtung mit seinem christlichsozialen Parteigenossen v. Wittek messen: Beide bekunden eine gleiche Ungeschicklichkeit. Der eine zeichnete sich beim Bau der neuen Alpenbahnen durch die enorme Kosten-Ueberschreitung aus, der andere hat die teure Mariazeller Bahn auf dem Gewissen. rm.

Amerikanischer Brief.

Das große Ereignis für die Juden in den Vereinigten Staaten ist zur Zeit die Anwesenheit des früheren Dumamitgliedes Dr. Lewin, der auch vom Präsidenten Roosevelt empfangen worden ist. Er hat in verschiedenen Städten Vorträge gehalten, natürlich über die Lage der Juden in Rußland, an welcher die fast zur Hälfte aus russischen Juden bestehende amerikanische Judenschaft direkt wie indirekt im höchsten Maße interessiert ist.

Daß die russischen Juden so viel zu leiden hatten, schreibt Dr. Lewin vor allem ihrer bisherigen vollständigen politischen Unerfahrenheit zu und deren Folge, dem Fehlen jeder Organisation. Doch seien diese Uebelstände bereits mehr oder weniger überwunden. Das zeigte sich beispielsweise schon bei den letzten Dumawahlen. Die Wahlbeteiligung der Juden war viel lebhafter als die der Christen. Bemerkenswert auch ist, daß jeder Jude sein Wahlrecht wie eine religiöse Pflicht zu erfüllen schien.

Wirkliche Vorteile von der jetzigen Regierung für die Juden erwartet Dr. Lewin nicht. Die Reformversprechungen der Minister werden nur gemacht zum Zweck der Täuschung und haben daher gar keine praktische Bedeutung. Selbst wenn Stolypin heute eine Konzession machen würde, würde

er oder sein Nachfolger sie morgen widerrufen. Die einzige Hoffnung ist die Duma. Die russischen Juden werden nur dann aufatmen können, wenn es die russischen Christen können, und das wird erst der Fall sein, wenn eine konstitutionelle Regierung mit einer gewählten Duma und einem dieser verantwortlichen Ministerium in Rußland eingeführt sein wird. Die aufgelöste Duma war sich vollständig klar darüber, daß Christen und Juden, Mohamedaner und Heiden vollständig gleichberechtigt sein sollten.

Bemerkenswert sind noch zwei Mitteilungen, die Dr. Lewin machte. Er bestätigt, daß in Rußland verhältnismäßig doppelt so viele Juden in der Landwirtschaft und als Schmiede, Maurer, Tischler beschäftigt seien als in Deutschland. Ferner behauptet er, daß die katholischen Polen die Juden mehr haßten und sich ihnen gegenüber brutalere Ausschreitungen erlaubten, als die griechisch-katholischen Russen.

Jakob Schiff, der bekannte Chef des Bankhauses Kuhn, Loeb und Co. hat jüngst in einer Ansprache auf das Nachdrücklichste in Abrede gestellt, daß sein Haus etwas mit russischen Anleihen zu tun haben werde. Im Gegenteil gab er der Hoffnung Ausdruck, daß jede jüdische Firma und jeder Freund der Freiheit dieselbe Haltung einnehmen werden, bis Rußland den Barbarismus abgestreift haben und sich einer zivilisierten Regierung erfreuen werde.

Bis das der Fall sein wird, wird die Wolga noch manchen Tropfen ins Meer führen. In Rußland hat so ziemlich Jeder sein eigenes Rezept zur Lösung der Judenfrage. Sind die Minister einig, dann haben die Großfürsten etwas anderes zu sagen, und der Selbstherrscher beschließt nach seinem unmaßgeblichen und doch nur zu maßgebendem eigenen Ermessen. Graf Heyden will die Juden „immer langsam voran" emanzipieren. Ein anderer bekannter Staatsmann Schipoff ist bereit den Juden sofort die vollständige Gleichberechtigung zuzugestehen mit Ausnahme des Rechts, Grundbesitz zu erwerben. Er begründet diese Ausnahme damit, daß man ohnehin nicht genug Land habe, um den Landhunger der Bauern zu befriedigen. Man wird abwarten müssen, wie die neue Duma sich zu dem jüdischen Problem stellt und welche praktische Bedeutung die Stellungnahme der Duma haben wird.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Liebermann von Sonnenberg sendet der reformerischen „Hessischen Rundschau" folgende Berichtigung:

In Nr. 48 der „Hessischen Rundschau" vom 16. Dezbr. wird in einem Artikel unter der Ueberschrift „Die Hessische Rundschau im Reichstag" behauptet, daß ich nicht die Hilfe der Gerichte gegen das genannte Blatt angerufen hätte. Diese Behauptung ist falsch. Der Strafantrag ist fristgerecht bei der Königlichen Staatsanwaltschaft zu Kassel gestellt worden.

Hierzu bemerkt das Blatt:

„Wir geben die Berichtigung selbstverständlich gern wieder. Unser früherer Schriftleiter, Herr Wilke, stellt in dem Artikel „Die Hessische Rundschau im Reichstage" einfach fest, daß seit der Veröffentlichung seiner Liebermann-Skizzen 4 Monate ins Land gegangen sind, ohne daß ihm, dem Hauptbeteiligten, etwas von einer Strafanzeige bekannt geworden ist. Das berechtigte ihn zu der Annahme, daß Herr von Liebermann keinen rechtzeitigen Strafantrag gestellt habe, denn der Regel nach wird der Beschuldigte alsbald zur Sache vernommen. Hat aber Herr von Liebermann den Strafantrag gerade noch rechtzeitig gestellt, so ist es uns recht, und wir haben auch nichts dagegen, wenn die Sache zur gerichtlichen Verhandlung kommt. Die Nachricht von der durch uns berühmt gewordenen Aeußerung des Abgeordneten Liebermann über die seelischen und körperlichen Eigentümlichkeiten seiner Getreuen war uns direkt aus seinem Wahlkreise zugegangen. Man wird ja sehen, was der Wahrheitsbeweis ergibt, den Herr Wilke führen will. Hoffentlich findet die Hauptverhandlung vor dem 25. Januar 1907 statt."

Ueber eine Verurteilung Kröfells und seines Redakteurs Kemper durch das Schöffengericht in Pyritz berichtet das „Pyritzer Kreisblatt" unter dem 8. Januar wie folgt:

„Zunächst wird verhandelt gegen den Druckereidirektor Wilhelm Kröfell und den Bücherrevisor Carl Großkreutz. Beide sind beschuldigt, am 8. Mai 1906 in der Versammlung des Ein- und Verkaufs-Vereins in das Protokollbuch des Vereins geschrieben zu haben: „Hierauf entfernt sich Hans Lange, indem er das Protokollbuch stiehlt." Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Angeklagte Kröfell die beiden Schöffen „als konservative Männer" ab. Diesen Ablehnungsantrag weist das Gericht zurück, da der Vorwurf politischer Gegnerschaft nicht ausreichend ist, die Ablehnung zu begründen. Einige andere Anträge, die die Vertagung der Sache bezweckten, werden ebenfalls abgelehnt, da das Gericht nur über die Frage der Beleidigung zu urteilen hat. In längerer Ausführung erklärt der Angeklagte, daß die Generalversammlung einstimmig den beleidigenden Vermerk in das Protokollbuch einzutragen verlangte; er behauptet ferner, daß die Tat Langes offenbarer Diebstahl gewesen sei und er sei auch heute noch dieser Ansicht. Der Angeklagte Großkreutz gibt an, es habe ihm ferngelegen, Lange zu beleidigen, ihm sei das Protokoll durch Kröfell in die Feder diktiert worden, auch wisse er nicht, wie er dazu gekommen sei, das Protokoll zu unterschreiben. Er sei Angestellter der Genossenschaft gewesen mit einem Gehalt von 250 Mk. monatlich, das er leider auch heute teilweise noch nicht erhalten habe. Er bittet um seine Freisprechung. Der Antrag des Amtsanwalt gegen den Angeklagten Kröfell lautet auf 1 Monat Gefängnis, gegen Großkreutz auf Freisprechung, da er nicht absichtlich gehandelt habe. Nach längeren Ausführungen des Verteidigers des Nebenklägers, Rechtsanwalt Haase, des Verteidigers des Angeklagten, Justizrat Falk-Stargard, und einer Selbstverteidigung des Angeklagten Kröfell erkennt der Gerichtshof gegen den Angeklagten Kröfell auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen und Publikationsbefugnis für den Beleidigten. Der Angeklagte Großkreutz wird zu 30 Mark Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis verurteilt.

In den beiden noch gegen Kröfell anstehenden Strafsachen lehnt der Angeklagte den ganzen Gerichtshof als befangen ab, worauf die beiden Sachen vertagt werden.

Der Redakteur Friedrich Kemper aus Pyritz hat sich wegen Beleidigung des Rittergutsbesitzers Lange-Klüden, begangen durch eine Notiz im „Mittelstand" von 6. September 1906, über eine Gerichtsverhandlung in Stargard, an deren Spitze im Fettdruck stand „Hans Lange stiehlt das Protokoll", zu verantworten. Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen, stellt der Amtsanwalt Antrag auf eine Bestrafung mit 3 Monat Gefängnis, da Geldstrafen auf den Angeklagten keinen Eindruck machen, der ja als vollkommen mittelloser Mann bereits den Offenbarungseid geleistet habe, Geldstrafen ja auch eventl. von der Partei bezahlt oder im Wege der Sammlung aufgebracht würden. Das Gericht sieht trotz der hohen Vorstrafen des Angeklagten wegen Beleidigung von einer Freiheitsstrafe nochmals ab und verurteilt den Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe eventl. für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis.

Dr. Paul Liman kann bekanntlich sowohl rechts wie links schreiben. Rechts schreibt er als Mitarbeiter der „Deutschen Tageszig.", links als Redakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten". Obwohl er von jüdischer Abstammung ist, so bekämpft er doch mit dem Fanatismus eines Renegaten das Judentum, wo und wie er kann. Die „Leipz. Volksztg." erinnert daran, daß er bei

den Wahlen von 1903 das Leipziger Judentum verhöhnte, indem er von ihm schrieb, es werde mit fliegenden Kaftanen durch das Wahlklosett eilen und sein Wahlpapier in die Urne werfen. Jetzt legt er schon wieder in derselben Weise los, diesmal in der „Deutschen Tagesztg." wo er sich folgenden „Witz" leistet:

„Es heißt, daß unsere jüdischen Mitbürger sich als echte, tadellose Deutsche fühlen, und ein Wehgeschrei ertönt von Dan bis Bersaba, wenn jemand leise Zweifel wagt. In dem Organ jedoch, das von Juden für Juden geschrieben wird, nennt man es eine „schmachvolle Selbsterniedrigung", für konservative Kandidaten zu stimmen. Daß Konservative für den jüdischen Arzt Mugdan Mann für Mann eintreten, wird nicht in Rechnung gestellt: und doch gibt es keine größere Dummheit, als jetzt, in einem Kampfe, in dem es sich um so große nationale Ziele handelt, wieder ausschließlich das jüdische Interesse in den Vordergrund zu schieben, daß der deutsche Patriotismus des Judentums dort aufhört, wo die semitische Empfindlichkeit anfängt; also ziemlich früh. Und soll denn so völlig vergessen sein, wie reiche Gaben sich in all diesen Zeiten auf den Scheitel Israels senkten, da Herr Friedländer Ahnherr künftiger Ritterknaben wurde und Herr Kopsch die Brust mit dem Orden schmücken durfte, der die Inschrift trägt: „Wirke im Andenken an Kaiser Wilhelm den Großen." (Das ist Unsinn!) Zum Festmahl im Kaiserschloß wurden James Simon, Paul Schwabach und Isidor der Löwe geladen und eines Börsenmannes Tochter, eine Rose von Jericho, ward dem Kaiserpaar vorgestellt. Und das alles ist vergessen? Blut ist dicker als Wasser: Berlin W. W. stimmte für Herrn Arons, des Herrn von Bleichröder noch ungeadelten Schwäher."

Selbst die „Leipziger Volksztg.", die sehr gern in Antisemitismus macht, ist empört über diese Geschmacklosigkeit und bemerkt dazu:

„Diese Leistung des braven Saul Lippmann ist nun selbst der „Deutschen Tagesztg." zu dumm, und sie druckt sie nicht ab, ohne durch eine redaktionelle „Vorbemerkung" jede Verantwortung für diese traurige antisemitische Schmiererei abgelehnt zu haben."

XX **Studentisches.** Die A. D. B.-Burschenschaften werden von den „alten" ultraantisemitischen Burschenschaften ihrer modernen Ideen wegen gern über die Schulter angesehen, was aber nicht hindert, daß der Gedanke der „Reformburschenschaften" immer mehr um sich greift, während die „alten" Burschenschaften im Verhältnis zu der Länge ihres Bestehens und der Reklame, die sie jederzeit für sich machen, nur kümmerlich ihr Dasein fristen. Zu diesen „alten" Burschenschaften rechnen sich auch die im Rüdesheimer D. C. vereinigten Burschenschaften an den Technischen Hochschulen, die auf streng antisemitischem Boden stehen. Ihnen sind natürlich die A. D. B.-Burschenschaften, die ihnen beim Keilbetrieb ganz gehörig Abbruch tun, ein Dorn im Auge und sie nehmen jede Gelegenheit wahr, sich an ihnen zu reiben.

Da hatte die Burschenschaft Rugia im „Allgemeinen Deutschen Burschenbunde" (A. D. B.), die in Darmstadt besteht, zu Beginn dieses Semesters, wie es allgemein bei den Korporationen üblich ist, an die neu immatrikulierten Studierenden Einladungskarten gesandt. Um die jungen Studenten aber gleich über das Wesen der Burschenschaft Rugia aufzuklären, hatte sie auf der Einladungskarte zugleich einen kurzen Auszug der Satzungen gegeben. Darüber gerieten die Herren vom Rüdesheimer D. C. gar arg in den Harnisch. Das ging ihnen wider den Streich. Sie mußten fürchten, daß ihr Keilgeschäft dadurch empfindlich gestört würde. In ihrem Verbandsorgan, dem „Deutschen Burschenschafter", kühlten sie denn auch ihr Mütchen an den A- D. B.-ern und schrieben:

„Es wäre aber zu erwägen, ob es nicht gut wäre, dann eine Keilerei im großen Stile einzuleiten und eine Art „Kommanditgesellschaft für burschenschaftliche Ideale" zu gründen; die zahlreichen Semiten im „A. D. B." würde eine derartige Frage kraft ihrer natürlichen Veranlagung sicher zur größten Zufriedenheit aller Beteiligten lösen."

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Das alte Jahr würde sich baß freuen im Himmel droben, daß es noch Leute gibt, die den „Geist der alten Burschenschaft" pflegen, wenn auch hier und da ein paar Orientalen die „christlich-deutsche" Erziehung mimen."

Die A- D. B.-Zeitschrift hält in ihrer Erwiderung dem „vornehmen" alten Burschenschafter den Satz aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" vor: „Jeder, der in heutiger Zeit in politischen Kämpfen gestanden hat, wird die Wahrnehmung gemacht haben, daß Parteimänner, über deren Wohlerzogenheit und Rechtlichkeit im Privatleben nie Zweifel aufgekommen sind, sobald sie in Kämpfe der Art geraten, sich von den Regeln des Ehrgefühls und der Schicklichkeit, deren Autorität sie sonst anerkennen, für entbunden halten." —

Daß aber der „Geist der alten Burschenschaft" weder in den Rüdesheimer D. C. Burschenschaften noch in der „Deutschen Burschenschaft" lebt, diese Tatsache wird niemand bestreiten, der nur einigermaßen das Tun und Treiben dieser verbohrt antisemitischen Herren beobachtet hat.

Dem „Deutschen Burschenschafter" wurde von der angegriffenen Burschenschaft Rugia eine Erklärung zugesandt, er zog es vor, sie nicht zu veröffentlichen, da sie ihm nicht sachlich genug erschien.

Die Stellung der „Deutschen Turnerschaft". In der letzten Nummer des vergangenen Jahres kennzeichnet die „Deutsche Turnzeitung" die Stellung der „Deutschen Turnerschaft" folgendermaßen:

„Die „Deutsche Turnerschaft" muß wie bisher nach dem Grundsatz handeln: Und jeder echte deutsche Mann soll Freund und Bruder heißen! Bei der Aufnahme wird nicht gefragt: Bist Du Arbeiter oder Landmann oder Beamter? Verdienst Du Dein Brot im blauen Kittel mit Deiner Hände Arbeit oder in der Schreibstube oder auf dem Acker? Wir fragen nicht danach: Welcher politischen Partei gehörst Du an? In den Vereinen der Deutschen Turnerschaft darf es weder soziale, noch religiöse Schichtungen geben; da sind alle gleichberechtigten Glieder einer im gleichen Sinne wirkenden Vereinigung. Die Verschiedenheiten schwinden vor dem gemeinsamen Streben, edle Männlichkeit in sich zu wecken und zu nähren." —

Vermischtes.

Der bekannte französische Deputierte Jaurès hat sich in einem sehr scharfen Leitartikel seiner „Humanité" gegen die jüdischen Finanzleute Frankreichs gewendet, die im Gegensatz zu ihren englischen und amerikanischen Glaubensgenossen die russische Regierung durch Gewährung neuer Anleihen in ihrem Kampfe gegen die Duma und gegen die Emanzipation der Juden unterstützen möchten. Jaurès behauptet, daß die Bankhäuser Lazard, Emersdorffer, Gans, Weisweiller, Seligmann, Kahn, Sulzbach, Levy und Louis Hirsch die letzte Anleihe deckten und daß sie von ihren Kunden nicht die Zahlung des gesetzlich vorgeschriebenen zehnten Teils des gezeichneten Betrags verlangten, sondern sich mit dem zwanzigsten und dreißigsten Teil begnügten. Jaurès kündigt an,

daß er die Regierung interpellieren werde, ob sie eine solche Umgehung des französischen Gesetzes fernerhin dulden wolle. Jaurès bespricht dann die von der „Banque française pour le Commerce et l'Industrie" und von der Russischen Internationalen Bank projektierte Kombination zur Beschaffung des Materials für die russischen Eisenbahnen; er stimmt der Ansicht zu, daß es sich um eine verschleierte Aktion zugunsten der russischen Regierung handle, die, wie Graf Witte sich einem Korrespondenten des „Daily Telegraph" gegenüber geäußert haben soll, zur Deckung der noch vor dem Zusammentritt der Duma entrierten Schulden dienen soll. Von zwei Seiten hat man allerdings die Nachricht von der neuen Anleihe als unwahr bezeichnet, und zwar war es einerseits der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten, andererseits die russische Regierung. Aber wir glauben, daß Jaurès doch Recht hat.

Die Juden von Salonik.

Von Alexander L. Kielland.*)

Salonik liegt mit einer breiten, offenen Reede gerade dem Olymp gegenüber – dem Olympos selber, hoch und heilig, mit weißen Schneemassen und einem Bogen von blauen Bergen zu beiden Seiten.

Die Stadt steigt ziemlich steil den Berg hinan, und rings um die ganze Stadtgrenze zieht sich eine der guten, alten Mauern mit Zinnen und Türmen und Scharten.

Durch unzählige kleine einsame Straßen, wo man vor den hohen Gartenmauern nichts sieht, erreichte ich eins der Tore in der Verteidigungsmauer. Da lag ein friedlicher Storch auf einem alten, hohen Neste, und durch das offene Tor gingen geputzte Juden und Jüdinnen mit Kindern; es war erst Samstag Morgen.

Wenn ich ein Jude wäre und in Nordeuropa wohnte, wo sie immer hören müssen, daß sie schwarz und klein und schiefbeinig sind, würde ich jedes Jahr nach Salonik wie in ein Bad reisen. Ich würde meine Stammverwandten aufsuchen, den zobelverbrämten Kaftan und die hellen, feinen Unterkleider anlegen; und in der Freude über die Schönheit des auserwählten Volkes, wie sie sich hier bewahrt und entwickelt hat, würde ich meine Beine strecken und meinen Rücken gerade richten und meine Seele mit Verachtung gegen die Nordländer mit den hohen Hüten und den wässerigen Augen erfüllen.

Nie habe ich schönere Männer als diese Juden in Salonik gesehen, die am Sabbatmorgen in den Straßen oder außerhalb der Mauern spazieren gingen, und nie einen feineren Ausdruck auf den Gesichtern. Ein Wohlwollen, das keine Angst davor hatte, sich zu zeigen, und doch eine Würde, die hoch erhoben war über die halb verlorene englische Steifheit, worin wir alle gern ein wenig herumpfuschen – besonders auf Reisen.

Mit zwei jungen Juden, die ich für Brüder hielt, ging ich lange zusammen. Es kam dadurch, daß ein mit Heu und Unkraut beladener Esel uns drei in eine Ecke zusammendrückte, wo wir alle mit Stielen und Gras behangen wurden. Wir lächelten einander zu bei dem gemeinsamen Mißgeschick, konnten natürlich gegenseitig kein Wort verstehen; aber wir lasen uns gegenseitig die Halme ab, und wir fühlten, jeder auf seiner Seite: hätten wir nur reden können, so wären wir Freunde und Gleichgesinnte gewesen; wir verstanden, daß etwas Gleiches und etwas Gemeinsames uns verband, aber konnten nur mit den Augen erklären, daß wir uns verstanden. Indessen fuhren wir fort zusammen zu gehen – wie zufällig – die Straße hinauf. Bisweilen kamen wir im Gedränge dicht aneinander, und wir lächelten; und so freuten wir uns gewissermaßen gegenseitig unserer Gesellschaft.

Sie waren hochgewachsen, wie das ganze Geschlecht vom portugiesischen Schlag. Haar und Bart von ungewöhnlicher Schönheit, warme, braune Haut und kluge Augen, und vor allem eine Ruhe und eine Sicherheit, die sie weit von dem unterschieden, was man sonst unter Juden versteht.

Und dazu kam, daß in Salonik all die schwere und grobe Arbeit von den Juden besorgt wurde – zum Beispiel im Hafen. Am Samstag, wo sie also in ihren langen pelzverbrämten Kaftans spazieren gingen, war kein Boot am Quai aufzutreiben. Und bei der Löschung des Schiffes zeigte es sich, daß an diesem Tage, wo wir als Auslader und Lastträger die Bekenner anderer Götter hatten, nicht der dritte Teil verrichtet wurde; außerdem eilte die ganze Bande an Land, lange ehe die Sonne unterging, weil ein wenig Wind zu wehen anfing.

Erst der Anblick dieser Nachkommen der alten Juden machte mir die Geschichte des Josephus, die ich halb ungläubig diesen Winter gelesen habe, begreiflich. Denn der Eindruck von den Juden, den wir aus unserer biblischen Geschichte bekommen, ist im Grunde der, daß sie ein kleines, umhergetriebenes Volk waren, rings um einen Tempel, von dem wir wußten, daß er zu Schutt und Asche werden würde. Ein Volk, das immer in der Klemme war und nur durch übernatürliches Eingreifen aufrechterhalten werden konnte, ein Volk, das sich, wie Jakob, unter höherem Schutz mit Lug und Trug vorwärtsbrachte.

Aber in den Juden von Salonik findet man die unbeugsame Kraft wieder, von der Josephus erzählt, ein Heldenvolk – sa ziemlich das hartnäckigste, das die Römer zu beugen hatten, mit einer Hauptstadt, deren Prachtbauten in der Ferne wie ein hoher, schneeweißer Berg erschienen ....

*) Diese Schilderung ist der Reisestudie „Salonik" des verstorbenen norwegischen Dichters entnommen, die mit anderen Skizzen in dem Buche „Menschen und Tiere" (übersetzt von Dr. Friedrich Leskien und Marie Leskien-Lie, Verlag von Georg Merseburger in Leipzig erschienen ist.

Das Inhaltsverzeichnis für 1906 ist dieser Nummer der „Mitteilungen" beigelegt.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 3. | Berlin, 16. Januar 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

1,10 Mk.
sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3676.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Ueber amtliche Wahlbeeinflussungen zu Gunsten der Antisemiten

wird uns aus dem Wahlkreise Eisenach-Dermbach geschrieben:

Der von den vereinigten liberalen Parteien in Eisenach aufgestellte nationalliberale Kandidat, Archivdirektor Dr. Winter, hielt am 5. Januar eine Versammlung ab, in der die Antisemiten skandalierten und den Versuch unternahmen, die Auflösung durch Erregung eines Tumults herbeizuführen. Dies mißlang. Inzwischen hat sich ergeben, daß von den Antisemiten gewisse Hamburger Elemente engagiert sind, zu dem Zwecke, in gegnerische Versammlungen einzudringen, dort Radauszenen zu provozieren und die Zusammenkünfte der Gegner zu sprengen. Der Führer dieser zweifelhaften Elemente ist der Hamburger Hetzapostel und Söldling Schacks, Thomas, der in der letzten Nummer der „Mitteilungen" bereits genügend gekennzeichnet wurde. Thomas ist Pseudolandwirt und ein ehemaliger Stadtreisender, der bereits vor Jahren aus den Versammlungen des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes in Eisenach und anderen Orten hinausgeworfen wurde, weil er Lärmszenen aufführte. Thomas ist demnach ein gerissener politischer Komödiant und die nachstehende Angelegenheit wird dadurch nur noch unverständlicher.

Das Wahlbureau der nationalliberalen Partei, das auch gleichzeitig das offizielle Bureau der freisinnigen Parteien Eisenachs ist, gibt unterm 8. Januar bekannt:

„Der Großherzogliche Bezirkskommissar von Eisenach traf auf einer Reise durch den Wahlkreis am 7. Januar auch in Uetterroda mit dem antisemitischen Wanderredner Thomas ein. Im Beisein des Regierungsbeamten wurde der Saal für die Versammlung des antisemitischen Kandidaten Schack bestellt und die Versammlung bei der Behörde angemeldet. Gleichzeitig bemühte sich der Regierungsbeamte angelegentlich um die Anbringung der gegen die vereinigten liberalen Parteien gerichteten antisemitischen Wahlplakate."

Amtliche Wahlbeeinflussungen sollen, nach den offiziösen Versicherungen der Reichsregierung, in diesem Wahlkampfe überhaupt nicht vorkommen. Was im Reiche Geltung haben soll, muß aber in den einzelnen Bundesstaaten auch gehalten werden. Wir glauben daher, daß die Weimarische Regierung und der Wahlkreis Eisenach hiervon keine Ausnahme bilden dürfen. — Der vom Wahlbureau geschilderte Vorgang läßt auf eine ganz intensive amtliche Wahlarbeit schließen, gegen welche energisch protestiert werden muß. Der nationalliberale Kandidat Eisenachs, Herr Dr. Winter, hat erklärt, er hoffe durch eigene Kraft als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorzugehen. Die Anhänger der antisemitischen Kandidatur müssen sehr von der Schwäche ihrer jetzigen Position durchdrungen sein, daß sie den amtlichen Apparat zur Unterstützung ihrer Propaganda brauchen. Die Eisenacher Presse schrieb am 9. Januar: „Wir protestieren hiermit nachdrücklich gegen die amtliche Wahlmache und hoffen, daß nötigenfalls von höherer Stelle aus den in die Antisemiterei verirrten Beamten klar gemacht wird, daß sie sich jeder Einmischung in den Kampf der Parteien zu enthalten haben."

Auf die gesamte nicht antisemitische Wählerschaft des Wahlkreises hat es einen deprimierenden Eindruck gemacht, höhere Regierungsbeamte mit derartigen Elementen des Antisemitismus à la Thomas Hand in Hand arbeiten zu sehen. Die Weimarische Regierung, d. h. das Ministerium, sah sich dann auch zu einer Erklärung im Regierungsblatt veranlaßt, die allerdings die Ereignisse nicht ungeschehen machen kann, scheinbar aber auch ihre Wirkung vollständig verfehlt hat. Im Weimarischen Regierungsorgan wird offiziell (am 11. Januar) versichert, daß zur Vermeidung von Wahlprotesten den sämtlichen Bezirksdirektoren des Großherzogtums wiederholt die strengste Zurückhaltung im Wahlkampfe zur Pflicht gemacht worden ist. Weiterhin wird erklärt, eine Prüfung des oben geschilderten Vorganges habe ergeben, daß von einer amtlichen Wahlbeeinflussung keine Rede sein könne. — Demgegenüber ist zunächst mit Genugtuung zu konstatieren, daß an maßgebender Regierungsstelle amtliche Wahlbeeinflussungen verurteilt werden. Der Passus, daß den Bezirksdirektoren wiederholt die strengste Zurückhaltung zur Pflicht gemacht worden ist, weist aber darauf hin, daß Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind und daß es wiederholter Instruktionen des Ministeriums bedurfte, um einzelne Regierungsbeamte in ihren antisemitischen Gefühlen zu zügeln. Diese Beihilfe amtlicher Personen zu Gunsten antisemitischer Demagogen ist aber das Beschämende in diesem Wahlkampfe und hat auf weite Kreise der Bevölkerung, angesichts der Versicherungen, die die Reichsregierung vor Beginn der Wahlen dem Liberalismus gegeben hat, verstimmend gewirkt. Die Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben. Der als Schwindler entlarvte Hamburger Agitator Thomas, der, um der Wahlagitation der Antisemiten mehr Nachdruck zu verleihen, mit dem höchsten Regierungsbeamten im Kreise von Ort zu Ort reist, hat auf die kleinen und kleinsten Ortsgewaltigen des Wahlkreises eine ansteckende Wirkung gehabt. Das Resultat ist, daß die Antisemiten im Wahl-

kreis Eisenach jetzt vollständig mit behördlichem Apparat arbeiten.

Auch hierfür sollen die Tatsachen sprechen. Der Regierungserlaß über das Verbot amtlicher Wahleinmischung erschien am 11. Januar im Amtsblatt. Am 12. Januar konnte das Wahlbureau der vereinigten liberalen Parteien in Eisenach bereits feststellen, daß in der Stadt Creuzburg der Bezirkskommissar und Thomas genau in derselben Weise operiert haben, wie in Uetteroda. Außerdem wird aus einer ganzen Anzahl kleinerer Ortschaften gemeldet, daß die Gemeindebehörden zum Schutze der Antisemitten vertrauliche Instruktionen erhalten haben. Allenthalben schließen sich jetzt die Dorfbürgermeister den Antisemiten an und betreiben deren Geschäfte. Nachdem sie von den höchsten Regierungsbeamten des Wahlkreises gelernt haben, wie man den Antisemitismus unterstützt, versuchen sich die kleinen Amtsgewaltigen auf diesem bisher ungewohnten Gebiete und schlagen hierbei die tollsten Kapriolen. In Dankmarshausen sammelte der Gemeindediener im Auftrag des Bürgermeisters auf einer im Gemeindeamt ausgearbeiten Sammelliste für den Wahlfonds der Antisemiten bei der Bürgerschaft. Es ist also nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, die Antisemiten arbeiten vollständig mit behördlichem Apparat gegen den Liberalismus.

Aber sie genießen auch polizeilichen Schutz gegen die Sozialdemokraten. Aus Eichrodt wird gemeldet: Am 10. Januar hielt Schack hier eine Versammlung ab. Am Schlusse seiner Rede kam der antisemitische Wanderredner Thomas mit drei Beamten Schacks, die im benachbarten Farnroda eine schlechtbesuchte Versammlung abgehalten hatten und daher sehr verärgert und ungehalten waren. In bierseligster Laune ergriffen die vier Hetzapostel nacheinander das Wort, um in nicht wiederzugebenden Ausdrücken gegen die anwesenden Sozialdemokraten zu polemisieren. Als ein Arbeiter Reinhard, ein älterer Mann, die häßlichen persönlichen Beschimpfungen zurückwies, drangen die Antisemiten in rohester Weise auf ihn ein, worauf ein großer Tumult entstand. Als die Antisemiten sahen, daß sie Dank ihrer Impertinenz in diesem Orte ausgespielt hatten, retirierten sie, ohne die Versammlung zu schließen, unter unparlamentarischen Redensarten zur Tür. Wie aus der Erde gestampft, sah man plötzlich Helme blitzen. Die Antisemiten hatten sich Polizei in der Droschke mitgebracht. Daher fühlten sie sich sicher und sie fuhren, von den Verwünschungen der friedlichen Eichrodter verfolgt, seelenvergnügt unter polizeilicher Deckung wieder nach Eisenach zurück.

Zur Wahlbewegung.

Zu Gunsten des antisemitischen Kandidaten in **Deutsch-Krone**, des Rechtsanwalts Simons, richtet Herr Wilhelm Bruhn in einem Flugblatt eine Ansprache an die Wähler, in welchem zum Kampfe für deutsche Ehre aufgefordert wird. Herr Wilhelm Bruhn und deutsche Ehre! Wie reimt sich das zusammen! Herr Bruhn, der, um sich und sein Blatt über Wasser zu halten, jahrelang einen übergeschnappten schlesischen Grafen pekuniär ausgenutzt hat und jetzt ein pornographisches Wochenblatt herausgibt. Die Empfehlung einer Kandidatur durch Hrn. Bruhn kann derselben in den Augen aller auf Reinlichkeit haltenden Wähler nicht zum Vorteil gereichen.

* *

In dem Wahlkreise **Ost- und West-Sternberg** stehen, wie man uns von dort berichtet, dem bisherigen Mandatsinhaber, Selterwasserfabrikanten Frölich, Stadtverordneten in Potsdam, der Mitglied der antisemitischen Reformpartei ist, gegenüber der Konservative von Kaphengst, Rittergutsbesitzer auf Kahlow, der Sozialdemokrat Fretwaldt, Gemeindevertreter in Pankow, und der Liberale Lehrer Sparfeld in Schöneberg, der sich im Falle seiner Wahl der Freisinnigen Vereinigung anschließen würde. Bei der letzten Wahl (1903) war die Stimmung, besonders in den Städten, ausgesprochen gegen die Konservativen, die bis dahin stets das Mandat besaßen. Es gelang deshalb dem Antisemiten, der sich diese Stimmung klug zu nutze machte und außerdem in bekannter demagogischer Weise mit maßlosen Versprechungen arbeitete, in die Stichwahl zu kommen, in der er dann mit sozialdemokratischer Hilfe siegte. Diesmal wird der Antisemit, selbst wenn er in die Stichwahl mit dem Konservativen kommen sollte, auf keinen Fall gewählt, da die Sozialdemokratie bereits jetzt für diesen Fall Stimmenthaltung proklamiert hat. Wohl aber wäre die Wahl des freisinnigen Kandidaten möglich, wenn er in die Stichwahl gelangte. Leider ist seit 13 Jahren für den Liberalismus im Kreise garnichts geschehen. Trotzdem war die Aufnahme überall überraschend günstig. Bisher hielt Herr Sparfeld schon 22 sehr gut besuchte Versammlungen ab, in denen seine Ausführungen stets lebhaften Beifall fanden. Selbst in ländlichen Bezirken war es möglich, die Konservativen zu überwinden. Besonders gute Aussichten scheint der Liberalismus im Warthebruch und im rein ländlichen Ziebinger Winkel zu haben. Den Antisemiten trat in ihren eigenen Versammlungen in Reppen und Zielenzig mit großem Erfolg entgegen der freisinnige Stadtverordnete Zobel-Schöneberg. Die Antisemiten haben sich selbst sehr geschadet durch das Auftreten ihres Großmeisters Hans von Mosch, der sich z. B. in Reppen in so unflätigen Schimpfereien auf das Judentum erging, daß ihm aus der Versammlung ein allgemeines „Pfui!" entgegentönte. Ueberall hieß es gegenüber den Liberalen: „Wäret Ihr das vorige Mal gekommen, so war der Erfolg Euch sicher. Denn wir sind gar keine Antisemiten, wir wollten nur keinen Konservativen!"

Aber auch diesmal sind bei der rastlosen Arbeit des Herrn Sparfeld, der täglich zwei Versammlungen abhält, die Aussichten durchaus günstig. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er mit dem Konservativen in die Stichwahl kommt. Man hat bereits seine Gefährlichkeit erkannt, da man ihm in eine Reihe von Versammlungen antisemitische Radauredner nachschickte und ihm in mehreren Dörfern, wie Bottschow, Schönow die Säle abtrieb. In der Nachbarschaft des Herrn von Kaphengst sind Säle überhaupt nicht zu haben.

Es wird aber dafür gesorgt werden, daß vor dem Wahltage jeder Wähler seine Stimmzettel erhält. Die Stimmenzahl für den liberalen Kandidaten wird trotz alles Druckes eine sehr beträchtliche sein.

Wer ist Redakteur Sommerburg? Zur Kennzeichnung dieses antisemitischen Agitators wird dem „Vorwärts" geschrieben:

„Mit Vergnügen las ich den Bericht über das erste Debüt dieses Herrn im Niederbarnimer Wahlkreise, ist er doch eine von den Naturen, die ihre politische Anschauung wie ihre Wäsche wechseln. Bei der Reichstagswahl 1903 fungierte Sommerburg als Impresaria des Antisemiten Frölich im Sternberger Kreise, wo er als wütiger Antisemit in jeder Versammlung ein halbes Dutzend Juden schächtete. Daß er die Sozialdemokratie nicht verschonte, versteht sich am Rande und seine Kraftausdrücke wie seine Manieren erregten in jedem anständigen Politiker Ekel. Daß er es aber auch anders kann, beweist ein Brief, den er an den sozialdemokratischen Kandidaten des Sternberger Kreises, Genossen Freiwaldt, zurzeit geschrieben hat, als Frölich in die Stichwahl mit dem Konservativen kam. Daß er die „rote Bande" als „Sehr geehrter Herr" anredet, sei nur nebenbei erwähnt; wenn er auch in Versammlungen die Sozialdemokratie mit „Schärfe" angegriffen habe, so möchte man es als „Abwehr" einiger Schreier ansehen, die ja immer zu finden seien, ferner möchte man es dem Kandidaten der Antisemiten nicht entgelten lassen und Freiwaldt dafür sorgen, daß in der Stichwahl die Arbeiter für den Antisemiten eintreten. Daß er die „roten

Hunde“ inständig bittet und hochachtungsvoll begrüßt hat, mögen die Genossen sich merken, mit denen er gegenwärtig zusammenkommt. —

Als Antwort auf den Brief wurde in der „Märkischen Volksstimme“ ein Aufruf für Stimmenthaltung veröffentlicht. In den Kreis- und Ortsblättern wurden dann spaltenlange Aufrufe veröffentlicht mit den Unterschriften: „Ein Arbeiter“, „Das sozialdemokratische Wahlkomitee“, in welchen „die rote Kohorte“ aufgefordert wurde, in der Stichwahl nur Frölich zu wählen. So wurde 1903 im Sternberger Kreise ein Antisemit gewählt durch die ödeste Klopffechterei und durch Pseudo-Aufrufe.“

* * *

Aus dem Wahlkreise **Oels-Wartenberg** wird uns geschrieben:

„Herr v. Kardorff hat für die Reichspartei den Kreis lange Jahre hindurch vertreten. Jetzt hat er auf seine Kandidatur verzichtet. Einem Interviewer gegenüber äußerte er sich darüber folgendermaßen: Es sei ihm nicht leicht geworden, der Stätte Valet zu sagen, an der er so manchen Strauß ausgefochten hat. Aber er glaubte im Hinblick auf seine 79 Jahre entsagen zu müssen. Zwar der Arbeit im Reichstag selbst fühlte er sich noch gewachsen, nicht aber einem Wahlfeldzuge im Winter. Wäre die Wahl im Sommer zu schlagen gewesen, so hätte er sich wohl noch einmal daran beteiligt, aber in der jetzigen Jahreszeit in 30 und mehr verschiedene Ortschaften zu reisen und sich der scharfen Gegnerschaft, insbesondere der Antisemiten, die in Oels-Wartenberg großen Anhang haben, zu erwehren, das vermeinte er sich nicht mehr zumuten zu dürfen. —

Der letzte Grund für die Ablehnung einer neuen Kandidatur war also für den ollen Parlamentarier die Scheu vor der skrupellosen Agitation der Antisemiten. Und diese haben auch bereits mit einer wilden Wahlmache eingesetzt. Der Zahnarzt Strumpf aus Berlin, der frühere Reformer, der jetzt begeisterter Deutschsozialer ist, sucht jetzt das Erbe Kardorffs anzutreten. Er bereist bereits den Wahlkreis und hält überall Versammlungen, geleitet von treuen Berliner Freunden, die bereits bei der vorigen Wahl die Gegend unsicher machten.

Zunächst haben die Antisemiten ein umfangreiches Flugblatt herausgebracht, das in großem Format das Bildnis des wackeren Herrn Strumpf zeigt und in dem Herr Strumpf per „Ihr“ zu seinen „lieben Freunden“ redet. Er hofft, daß durch diese Jovialität ihm die Herzen der Oels-Wartenberger Bauern im Nu zufliegen werden. „Es ist mir jetzt volle vier Wochen hindurch beschieden: mit Euch zusammen zu sein,“ heißt es da. „Schwer ist die Aufgabe, die mir gestellt worden ist. Aber meine Freunde haben gerufen, und da ist es mir eine herzliche Freude, meine Pflicht gegen mein Volk und das Vaterland erfüllen zu dürfen.“ Wer hat Herrn Strumpf gerufen, daß er seiner Pflicht gegen „sein Volk“ nachkommen soll? Vielleicht die feindlichen Brüder, die poor Reformer in Oels-Wartenberg, die ihn das vorige Mal aufgestellt haben? Sie denken ja nicht daran, hätten sie nur ein paar Groschen in der Tasche, dann würden sie dem „Bruder“ Deutschsozialen mit einer Gegenkandidatur schon gehörig auf den Pelz rücken.

Herr Strumpf nennt sich diesmal Abgesandter der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ nationaler Parteien, wobei er das Wort „wirtschaftlichen“ ganz klein drucken läßt und in Riesenlettern hinsetzt: „Vereinigung“ nationaler Parteien. Welche „nationalen Parteien“ mögen das nur sein, die gerade Herrn Strumpf auf den Schild gehoben haben? In Betracht kommen wohl nur die fünf „Deutschnationalen Handlungsgehilfen“, die in Oels eine Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes darstellen.

Dieser „Wirtschaftlichen Vereinigung“ gehört die Zukunft, weiß Herr Strumpf zu berichten, weil sie allein unerschrocken und unabhängig nach oben und unten, gegen Juden, Sozialdemokratie und alle sonstigen inneren und äußeren Reichsfeinde für die gesamten werktätigen Volksschichten, den Mittelstand und die Arbeiterschaft in Stadt und Land, kraftvoll kämpft.“

Diese famose „Wirtschaftliche Vereinigung“, das urreaktionäre Anhängsel der Rechten, soll also nach Herrn Strumpf eine Arbeiter- und Mittelstandsvertretung sein. Zugleich besitzt er die Stirn, die Juden in gemeinster Weise zu beschimpfen. Fürwahr, der gesinnungstreue Herr ist seiner ehemaligen reformerischen, wie seiner jetzigen deutschsozialen Brüder wert. Vielleicht tritt er bei der nächsten Wahl schon als Kandidat der dritten antisemitischen Richtung, des Volksbundes, im Wahlkreise auf.

In endlos langen Rodomontaden wendet sich dann Herr Strumpf an seine „Mitbürger“ in Oels-Wartenberg und macht seinem Groll gegen Juden und „Judensöldlinge“ gehörig Luft. Natürlich muß er aber auch dem konservativen Wahlgegner auf den Leib rücken. Es mag ihm schwer genug fallen, den sonstigen treuen Bundesgefährten bekämpfen zu müssen. Er tut es mit aller Vorsicht, er ist noch päpstlicher wie der Papst, noch konservativer wie die Konservativen, und seiner Männerbrust entquellen hehre patriotische Töne. Der größte Vorwurf aber, den er ihnen macht, ist folgender: „In der Judenfrage, die doch für unser Volk zu den wichtigsten gehört, versagt auch stets die Tatkraft der Konservativen. Im Jahre 1901 haben sie z. B. in der Provinz Posen gegen die Polen einen deutschen Wahlverein gegründet. Der Aufruf dazu war zur Hälfte von den Spitzen des konservativen Adels, zur Hälfte von Juden unterschrieben.“ — —

Das ist der echte „nationale“ Antisemit, wie er im Buche steht. Lieber gönnt er ein Mandat einem Polen, als vielleicht einem Juden, obgleich er, wenn er selbst dabei in Betracht kommt, sich nicht entblödet, schamlos um Judenstimmen zu buhlen. Das ist die Art „echter Volksmänner“.

Herrn Strumpfs Impresario, von dem die Konservativen im vorigen Wahlkampfe allerlei Sonderbares zu erzählen wußten, sucht diesmal dem zuvorzukommen. Er droht nämlich ganz energisch: „Sollte aber der jetzige Wahlkampf ähnliche persönliche Verdächtigungen bringen, so würde ich die Ehrabschneider eigenhändig züchtigen.“ —

Die antisemitische Meute, die auf den Wahlkreis losgelassen ist, scheint sich also schon auf Prügeleien mit den Konservativen einzulassen.

Der konservative Kandidat Enen reist inzwischen gleichfalls eifrig umher. Die vereinigten Liberalen haben soeben den Universitätsprofessor Dr. Kaufmann aufgestellt.“

* * *

Gegen den Kandidaten der Konservativen, Antisemiten und Mittelständler im Wahlkreise **Liegnitz-Haynau-Goldberg**, Herrn **Buchholz**-Schöneberg, veröffentlicht der Vorstand der Vereinigung Schöneberger Lehrer für Kommunal- und Schulpolitik folgende Erklärung:

Seitens der konservativen Partei wird Herr Kaufmann Oskar Buchholz aus Schöneberg als Kandidat empfohlen. Nach dem Berichte der „Liegnitzer Zeitung“ vom 30. Dezember 1906 hat Herr Buchholz erklärt, daß er ein großer Freund der Beamten und Lehrer sei. Demgegenüber stellen wir fest, daß die von ihm hier geleitete Mittelstandsvereinigung diejenigen Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlung bekämpft hat, die von der hiesigen Lehrer- und Beamtenschaft unterstützt worden sind. Damit hat Herr Buchholz zur Genüge gezeigt, daß es ihm mit der Vertretung der Interessen der Lehrer und Beamten nicht ernst ist.

Darum bitten wir, einen Mann, der schon in kleinen Verhältnissen unser Vertrauen nicht genießen kann, in keiner Weise zu unterstützen, aber ihn gar zu wählen.

*

Von sozialdemokratischer Seite ist behauptet worden, der gemeinsame Kandidat der bürgerlichen Parteien in **Magdeburg**, Fleischermeister Kobelt, sei Antisemit. Demgegenüber erklärt die antisemitische „Sachsenschau“:

Kobelt hat niemals einen Pfennig für eine antisemitische Organisation bezahlt, hat auch niemals eine antisemitische Versammlung besucht.

So gern wir einen Mann wie Kobelt in unseren Reihen gesehen hätten, so haben wir leider auf seine Mitgliedschaft verzichten müssen. Es ist uns Reformern so garnicht leicht geworden, gleich für Kobelt einzutreten. Aber im Interesse der gemeinsamen Sache haben wir das Opfer gebracht.

*

Im **Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf**, dem bisherigen Wahlkreise Stöckers, so schreibt man der „Frankf. Ztg.", kommt die Agitation schärfer in Fluß, seit die Anhänger der sozialliberalen Kandidatur Ziegler mit eingreifen. Die Stöckerschen bitten in Bochum sowohl als in Iserlohn die Nationalliberalen, die dortigen Wahlkomitees möchten auf das hiesige einwirken, damit Stöcker keine nationalliberale Gegenkandidatur gegenübertrete. Alle christlichsozialen Agitatoren sind hier zusammengezogen, von Mumm angefangen, und es ist weder politische Erkenntnis noch liebenswürdiges Entgegenkommen, wenn sie in fast sämtlichen Wahlkreisen des Westens auf eigene Kandidaturen verzichten. Der Stöckersche Kreis ist bedroht durch die Kandidatur Ziegler. Das „Reich" bezeichnete sie noch vor wenigen Tagen als einen Erkelenzschen Fastnachtsscherz. Der Nationalliberale Kreutz ist ja ein Kandidat mit gut liberalem Einschlag, der aber handelspolitisch auf bismärckischem Standpunkt steht und sozialpolitisch selbst Forderungen für Handlungsgehilfen ablehnt, die Herr Bassermann im Reichstag als Antrag eingestellt hat. Schon deshalb mußten alle Versuche, die vornehmlich von Arbeitern getragene Kandidatur Ziegler rückgängig zu machen, erfolglos bleiben. Die Sozialdemokratie ist hier bedeutungslos, und sie dürfte, nachdem von bürgerlich-liberaler Seite ein Arbeiter aufgestellt ist, diesmal noch weniger Stimmen als früher erhalten. — Große Erregung herrscht bei den Freisinnigen. Die hiesige Parteileitung hat beschlossen, den Ziegler für den Nationalliberalen einzutreten. Es war vorauszusehen, daß große Teile der freisinnigen Wähler mit diesem Beschluß vor den Kopf gestoßen würden. Im Kreise Biedenkopf hat sich das zunächst in einem Aufruf des freisinnigen Wahlkomitees für den Kreis Biedenkopf kundgegeben, der alle entschieden freigesinnten Wähler des Wahlkreises auffordert, Herrn Ziegler die Stimme zu geben. Aehnlich denken die freisinnigen Wähler in den anderen Kreisen. Die rund zwanzig Versammlungen, die bisher von den Anhängern Zieglers stattfanden, wiesen meist einen überraschend starken Besuch auf. Wenn sich auch das Resultat der Mehrheit nicht voraussehen läßt, so ist sicher, daß die Stöckerschen diesmal schwer zu ringen haben. Und auf die Dauer wird der Kreis bestimmt in die Hände eines nichtsozialdemokratischen Arbeiters kommen.

Hierzu bemerkt das demokratische Blatt: „Der Verfasser dieser Einsendung übersieht bei seiner Bemerkung über die freisinnige Parteileitung, daß deren Uebereinkommen mit den Nationalliberalen, das auf einer Abmachung für ganz Westfalen beruht, getroffen war, bevor die Kandidatur Ziegler aufgestellt wurde. Es ist wohl anzunehmen, daß es dieser Kandidatur gelingen wird, auch Wählerkreise heranzuziehen, die sonst vielleicht untätig zur Seite gestanden hätten, und so der freiheitlichen Sache neue Anhänger zuzuführen. Im übrigen wird die Hauptsache sein, den Wahlkreis endlich von der Vertretung durch Stöcker zu befreien."

*

Im **19. hannoverschen Wahlkreise** ist, wie man uns von dort schreibt, noch in letzter Stunde eine Spaltung im liberalen Lager eingetreten und vom freisinnigen Verein der Unterweserstädte ist die Kandidatur Remmers proklamiert. Der Kreis ist 1903 dank dem einmütigen Zusammenstehen aller Liberalen dem bündlerischen Abgeordneten Dr. Hahn entrissen. Die jetzt im liberalen Lager ausgebrochene Fehde ist insofern bedauerlich, als es unter den gegebenen Umständen schwerlich gelingen wird, zu verhüten, daß Dr. Hahn in die Stichwahl kommt, der dann höchstwahrscheinlich auch das Mandat zurückerobert. Betrug doch 1903 die Mehrheit des liberalen Kandidaten Dr. Böttger kaum 400 Stimmen! Die Bündler sind unermüdlich in der Wahlarbeit und die gesamte Lokalpresse mit Ausnahme der Zeitungen der Weserhäfen stellt sich in ihren Dienst. Der antisemitische Pferdefuß kommt dabei ziemlich unverhüllt zur Erscheinung. Die Ortsgruppen der deutschsozialen Partei, die von Hamburg und Cuxhaven aus ins Leben gerufen sind und bisher ein ziemlich beschauliches Dasein führten, so daß man ihre Existenz kaum bemerkte, rühren sich gewaltig und leisten mit ihrer verhetzenden Kleinarbeit der Kandidatur Dr. Hahn wichtige Dienste, wie ihr ja auch schon von einer Agitationsreise Liebermanns von Sonnenberg durch den 19. hannoverschen Wahlkreis vorgearbeitet worden ist. Es wird also aller Energie der liberalen Elemente bedürfen, um den Sieg des bündlerisch-antisemitischen Kandidaten Dr. Hahn, der hier unter dem Parteinamen „deutschnational" auftritt, wahrscheinlich in der Absicht, die in der Politik wenig bewanderte ländliche Bevölkerung des Wahlkreises durch den Anklang von national-liberal zu ködern und einzufangen, zu verhindern, vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie das Mandat nicht gleich im ersten Wahlgange erobert und damit der bündlerischen Herrlichkeit ein jähes Ende bereitet.

*

Im **18. hannoverschen Wahlkreise** haben die Bündler ihren Kandidaten von der Nachwahl im Oktober v. J., den Gutsbesitzer Klövemann, wieder auf den Schild erhoben. Er hatte damals einen ganz unerwarteten Erfolg erzielt und seine Stimmenzahl war gegen 1903 von rund 1800 auf ca. 3600 angeschwollen. Immerhin bedeutet das noch keine ernste Gefahr, da nicht anzunehmen ist, daß der 18. Kreis, der sich erst vor so wenigen Wochen mit großer Mehrheit für den liberalen Kandidaten Reese erklärt hat, nun in bündlerisch-antisemitischen Sinne votieren würde, und das um so weniger, als im liberalen Lager des 18. Kreises die Einigkeit erhalten geblieben ist und die dort gut organisierten Freisinnigen gleich im ersten Wahlgange für den liberalen Kompromißkandidaten Senator Reese-Stade stimmen wollen.

*

Einen interessanten Beitrag zu dem Streit der antisemitischen Bruderparteien bei den Wahlen in **Kurhessen** liefert die reformerische „Hessische Rundschau" in nachstehendem Artikel vom 13. 1.:

Die Agitation in den von der deutschen Reformpartei in Angriff genommenen hessischen Wahlkreisen hat nun kräftig eingesetzt und wird auch in bisher Weise weitergeführt werden. An allen Orten, wo bisher Versammlungen abgehalten worden sind, mußten wir leider die traurige Wahrnehmung machen, daß die deutschsozialen Parteisekretäre über die deutsche Reformpartei die größten Unwahrheiten und Verleumdungen verbreitet haben. So ist z. B. überall in Versammlungen und durch Flugblätter die grobe Unwahrheit ausgestreut worden, die Reformpartei habe bisher noch nichts für die Landwirtschaft in den Parlamenten getan, sie sei eine Feindin des Mittelstandes in Stadt und Land, ja sie vertrete sogar die Interessen der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und der Arbeiter in der schlimmsten Weise, sie liebäugele mit der vaterlandslosen Sozialdemokratie usw. Nur die deutschsoziale Partei ganz allein vertrete die Interessen der Landwirte und Handwerker. Schwerere Lügen sind wohl selten über eine echt nationale und mittelstandsfreundliche Partei von einer auch „national" sein wollenden ausgesprochen worden. Unseren Rednern ist es natürlich ein Leichtes, an der Hand von Tatsachen die Unwahrheit dieser gehässigen Behauptungen nachzuweisen. Auch hier bewahrheitet sich also wieder der Spruch: „Lügen haben kurze Beine." Den deutschsozialen Agenten aber raten wir in ihrem eigenen Interesse in Zukunft solche Verleumdungen zu unterlassen, wenn sie nicht von unseren nunmehr aufgeklärten Parteigenossen in öffentlicher Versammlung als wissentliche Verbreiter von Unwahrheiten und Verleumdungen entlarvt werden wollen.

Sonderbare Ehrbegriffe haben auch die Führer der christlich-sozialen Partei. Obwohl sie der Parteileitung der deutschen Reformpartei die schriftliche Erklärung gegeben haben, im Wahl-

kreise Marburg-Kirchhain-Frankenberg nur den reformerischen Kandidaten zu unterstützen, haben sie jetzt beschlossen, dem bündlerisch-konservativen-deutschsozialen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. So halten diese „Musterchristen" ihr Wort. Diesen „evangelischen Jesuiten" heiligt aber auch der Zweck die Mittel. Dr. Böhme aber kann stolz sein auf die beiden Parteien und deren Führer. Der deutschsoziale Lattmann hat sich immer noch nicht gereinigt von dem bekannten Verdacht des Wortbruchs und seine Busenfreunde, die leitenden christlichsozialen Männer begehen einen solchen Wortbruch in aller Oeffentlichkeit. Diese netten Bruderparteien sind wirklich einander würdig. Zu bedauern sind nur die armen Betörten, die solchen „wahrheitsliebenden" Parteien Folge leisten.

Zu unserer Freude können wir aber feststellen, daß diese deutsch-christlich-sozialen Wölfe in Schafskleidern immer mehr erkannt werden. Aus den unserer Schriftleitung zahlreich zugehenden Schriftstücken ist diese erfreuliche Tatsache deutlich zu ersehen. So gehen uns immerwährend Schreiben aus Wildungen, Arolsen, Corbach und andern Orten des Fürstentums Waldeck zu, in denen wir aufgefordert werden, dem konservativ-deutschsozialen Junker von Richthofen einen reformerischen Volksmann entgegenzustellen. Ebenso ging uns aus München von 3 deutschnationalen Handlungsgehilfen B., G. und M., eifrigen Lesern der „Hess. Rundsch.", eine Aufforderung zu, in allen hessischen Wahlkreisen den deutschsozialen Kandidaten reformerische entgegenzustellen, um eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen. „Heil", so schließt die Karte, „Heil dem freiheitlichen Deutschnationalis! Nieder mit der großagrarisch-deutschsozial-konservativen Reaktion!"

Auch in dem Wahlkreise des deutschsozialen Führers mehrt sich die Zahl derer, welche mit der reaktionären einseitig bündlerischen Politik Liebermanns von Sonnenberg unzufrieden sind. Namentlich die Schwälmer Bauern haben ihm aus dem bekannten Grunde die Treue gekündigt. Teilnahmlos oder direkt im Lager der nationalliberalen Gegner sehen sie der Wahl entgegen.

Am eindringlichsten aber ergeht der Ruf an uns im Wahlkreise Kassel-Melsungen, wo der dem ostpreußischen Junker Liebermann an Hochmut und Rückständigkeit nicht nachstehende Amtsgerichtsrat Lattmann den deutschsozialen Karren gründlich verfahren hat. Genau aber so steht es im Wahlkreise des bündlerischen Porzellanmalers Raab. Namentlich die Gewerbetreibenden wollen von diesem Manne nichts mehr wissen. Eine große Erbitterung herrscht endlich auch im Wahlkreise des Bürgermeisters Herzog, weil dieser an dem Entscheidungstage nicht im Reichstag war und an der Abstimmung über die Bewilligung der erforderlichen Mittel für die südwestafrikanischen Kolonien nicht teilgenommen hat. Seine früheren Wähler sehen jetzt ein, wie gefährlich es ist, einen abhängigen Beamten zu wählen. Ein unabhängiger Abgeordneter wäre nicht durch Repräsentationspflichten von der Erfüllung seiner Abgeordnetenpflicht abgehalten worden. Trotzdem stellt die deutschsoziale Partei mit Vorliebe immer wieder neue Kandidaten aus dem Beamtenstande auf. Herr Liebermann scheint seine frühere Reichstagsrede gegen die Beamtenkandidaturen und die darin vorgebrachten Gründe gegen solche Abgeordnete völlig vergessen zu haben. Dafür werden wir aber diese Worte des deutschsozialen Führers den Wählern immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen.

In derselben Nummer des antisemitischen Blattes finden wir folgende Erklärung:

Gegenüber den verschiedenen Gerüchten, daß die Kandidatur des Herrn Hauptmanns a. D. Ernst Simons nicht von der Parteileitung der deutschen Reformpartei aufgestellt worden sei, stellen wir hiermit nochmals ausdrücklich fest, daß diese Kandidatur die Zustimmung aller hierfür in Betracht kommenden Instanzen erhalten hat. Die freudige Aufnahme, welche unser Kandidat überall im Wahlkreise Hofgeismar-Wolfhagen-Rinteln gefunden hat, zeigt uns auch, daß die Aufstellung dieser Kandidatur einem wirklichen Bedürfnis entsprach.

Der Vorstand des Landesverbandes der deutschen Reformpartei für Hessen und Waldeck.

Wie mag der Abg. Werner dazu gekommen sein, jene Erklärung gegen die Kandidatur Simons in der „Staatsbürgerztg." zu veröffentlichen.

* * *

Die nationalliberale Sonderkandidatur im Wahlkreise **Marburg**, die lediglich den Antisemiten zugute kommt, wird auch von einsichtigen Nationalliberalen entschieden verurteilt. Die „Hessische Landesztg." veröffentlicht folgende Zuschrift, die einer ihrer Freunde aus Kassel erhielt: „Verehrter Herr Professor! Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze und verehre. Wollen Sie mir da einen Brief in unserem groben Kasseler Wahlton gestatten, einen Brief, der möglicherweise — ich kenne die Marburger Parteiverhältnisse nicht — Sie selber trifft! Wer ist der „Politiker" gewesen, der die ganze aussichtslose Sonderkandidatur Siebert aufgebracht hat? Eine solche Dummheit ist nur in Deutschland und auch da nur in einer Universitätsstadt möglich. Ich Nationalliberaler wünsche Ihnen, daß Sie keine hundert Stimmen auf Ihre Kandidatur Siebert bekommen. Die Marburger mögen die Kundgebung Bülows lesen und dann die Kandidatur Siebert zurückziehen! Zum Selbstmord und zur Selbstverfleischung ist für uns Liberale die Zeit nicht angetan! Sind Sie getroffen von dem, was ich sage, dann bitte ich, mir zu verzeihen. Sind Sie aber meiner Ansicht, dann wäre es mir recht und erwünscht, wenn Sie die entsprechende Stelle meines Briefes in Marburger Blättern veröffentlichen mit folgender Unterschrift: Prof. Sunkel, Vorstandsmitglied des nationalliberalen Wahlvereins zu Kassel." Die „Hess. Landesztg." ist ermächtigt worden, diesen Brief im Wortlaute zu veröffentlichen.

* * *

Aus dem Wahlkreise **Eschwege-Schmalkalden** wird uns geschrieben: Als der Antisemit Raab in einer Versammlung gefragt wurde, weshalb die Antisemiten im Wahlkampfe ihr Programm stets in der Tasche behielten und über den Antisemitismus selbst Schweigen beobachteten, erklärte er: „Wenn die Zeit herangekommen ist, werden wir Farbe bekennen." In einer Versammlung in Schmalkalden mußte Raab zugeben, daß die Antisemiten von dem Bunde der Landwirte ausgekauft worden sind und nur unter der Bedingung Beihilfen zu ihrem Wahlfonds erhalten haben, daß sie sich ehrenwörtlich verpflichten, im neuen Reichstag gegen die Grenzöffnung für Schweine zu stimmen. — Kommentar überflüssig.

* * *

Ein **antisemitischer Betrug** wird durch folgende Veröffentlichung in einer Reihe thüringischer Blätter noch rechtzeitig vor den Wahlen aufgedeckt:

„In einer Anzahl von Wahlkreisen bezeichnen sich die deutschsozialen Antisemiten als die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften. Demgegenüber sei festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften ohne Ausnahme mit der Agitation zu Gunsten deutschsozialer Kandidaten nicht das Mindeste zu tun haben. Die christlichen Gewerkschaften stehen als solche dem Wahlkampf neutral gegenüber und überlassen es jedem einzelnen Gewerkschaftler dasjenige zu tun, was er für richtig hält."

Eine weitere Kundgebung der christlichen Arbeiterverbände befindet sich in der „Eisenacher Tagespost." Der Schlußpassus lautet:

„Wir wollen noch besonders zum Ausdruck bringen, daß es nicht richtig ist und der Wahrheit nicht entspricht, wenn in Wahlkundgebungen für den Antisemiten Schack der Anschein zu erwecken gesucht wird, daß die christlichen Arbeiter-Verbände für diesen Herrn eintreten. Es ist dies durchaus nicht der Fall.

Chr. Kott,
Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes.

* * *

Das Zentrum hat für den Wahlkreis **Eisenach-Dermbach** wegen der wüsten konfessionellen Verhetzung des Antisemiten Schack Wahlenthaltung proklamiert.

* * *

×× Aus dem Wahlkreise **Meiningen** schreibt man uns:

Dem Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien, Dr. Müller-Meiningen steht hier der Antisemit Wegener aus Wilmersdorf-Berlin gegenüber. Wegener

nennt sich Verleger und Apotheker. In der ersten Versammlung in **Hildburghausen** eröffnete der Kandidat, mangels eines Wahlkomitees, selbst die Versammlung; ein Beweis für die frivole Art der Antisemiten, sich auf Befehl ihrer Fraktion in einem x-beliebigen Wahlkreis **selbst aufzustellen**. Die Hildburghausener „Neuesten Nachrichten“ schreiben über diesen „Monstrekandidaten“:

„Der Redner bewegte sich meist in allgemeinen Redensarten und trotz künstlicher Ekstase und Aufwand großer Stimmittel konnten seine unklaren Ausführungen nicht den allerleisesten Beifall auch nur eines Zuhörers erringen. Kläglich war der Schluß usw.“

Der Antisemit Wegener erklärte kurz und bündig, er sei, wie im Grunde ihrer Seele **alle seine Freunde ein Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts**. Trotzdem hat dieser „Wahlrechtsapotheker“ die Dreistigkeit, dem bewährten Vertreter Meiningens, dem freisinnigen Dr. **Müller** vorzuwerfen, er habe an **verderblichen Beschlüssen** des Reichstags teilgenommen, sei daher ein **Volksfeind und antinational**, während er (Wegener) allein der Kandidat **vereinigter nationaler Parteien** sei. In Meiningen haben sich bekanntlich alle bürgerlichen Parteien auf Dr. **Müller** geeinigt, auch die Nationalliberalen. Das nennt der Antisemit „**Wahlschacher**!“ Eine Stunde weiter nordwärts von Hildburghausen liegt **Eisenach**. Dort nannte der Antisemit die vereinigten liberalen Parteien: „**Mischmaschparteien**“. Dabei prangen auf den Reklamen dieses Herrn Kandidaten folgende Parteien, die ihn angeblich aufgestellt haben und die er **alle vertreten** will:

„Wirtschaftliche Vereinigung, deutschsoziale Partei, christlich-soziale Partei, Bund der Landwirte, deutsche Mittelstandsvereinigung, nationaler Arbeiterwahlausschuß.“

Die Königin von Rumänien über Juden und Judentum.

Carmen Sylva, die Königin von Rumänien, veröffentlicht im Januarheft der literarischen Beilage der Zeitschrift „Mode vom Heute“ unter dem Titel „Mein Penatenwinkel“ ihre Memoiren. Sie beginnt mit Erinnerungen an den Bonner Philologen **Jakob Bernays** und knüpft daran ein Urteil über Juden und Judentum, das sich ungewollt zu dem schärfsten Verdikt über die Behandlung, die den Juden in Rumänien widerfährt, gestaltet. Die Dichterin auf dem Königsthrone schreibt:

„Ein Freund unseres (des Fürstlich Wiedschen) Hauses war der große Gelehrte Bernays. Er brachte manche Stunde bei meiner Mutter zu, die an seinen Lippen hing und unablässig von ihm lernte. Aber gegessen hat er nie bei uns, was mich als Kind oft betrübte. Er erklärte, da er Jude sei, so wolle er an seinen Gebräuchen festhalten. Er kannte das Neue Testament besser, als wir; seine Gedanken waren von außerordentlicher Tiefe. Erst später erfuhr ich, daß er der intime Freund von Ernest Renan gewesen ist und mit ihm in Korrespondenz stand. Er sagte immer, die einzige Religion, die von jedem Fetischismus frei ist, das sei die jüdische. Er hatte recht. Denn das Christentum hat sich allem Fetischismus, den es in den verschiedenen Ländern vorfand, anbequemen müssen. Das ist die Schattenseite einer Religion, die Propaganda machen will. Sie muß Konzessionen machen und verliert dabei an Gehalt. ... Bernays hatte es sehr schwer, er konnte als Jude damals keine Professur haben, und war vielleicht der größte Gelehrte, den Bonn aufzuweisen hatte. Mir kam er manchmal ein wenig unheimlich vor hinter seiner dunklen Brille und mit dem ernsten Gesicht, das er geradeaus hielt, da er bei seiner Kurzsichtigkeit doch Niemanden erkannte. Schade, daß ich noch so jung war, um seinen Gesprächen lauschen zu dürfen! Ich bekam nur einzelne Brocken davon, und die ganze Verehrung, die meine Eltern ihm zollten. Am Abend ließ ihn meine Mutter immer von einem Diener mit einer Laterne nach Hause begleiten, da er wegen seiner Kurzsichtigkeit ängstlich war in der Dunkelheit. ... Ich wage nicht, Bernays zu zitieren, da er mir nicht widersprechen kann, wenn ich mich irre, aber seine Gestalt konnte ich nicht unerwähnt lassen, da er so große Verehrung in unserem Hause genoß und uns tief imponierte. Ich hätte gerade seine religiösen Ideen von ihm gern hören wollen. Denn ich war ein sehr frommes Kind und dachte viel über Religion nach. Jeden Morgen hatten wir bei unserer Mutter Religionsstunde und lernten täglich einen Spruch auswendig. Meine Eltern unterhielten sich stundenlang mit ihm und hatten unglaubliche Freude an der Größe und Weite seiner Anschauungen. Ich hätte ihn, Renan und Tolstoi zusammen sprechen hören mögen! Noch Jahre nachher wurde er oft in unserem Hause zitiert: „Bernays dachte so, Bernays sagte immer!“ Er hat einen nachhaltigen Einfluß ausgeübt durch die Macht seiner Persönlichkeit und seines ausgedehnten Wissens. Damals hatte er einen großen Kummer darüber, daß sein Bruder Christ wurde. Ich muß sagen, er hatte Recht! Ich habe ganz das Gefühl der Rumänen, die von einem Uebergetretenen sagen: „S'a turcit!“ Er ist Türke oder Mohamedaner geworden. Das sagen sie auch von einem, der Christ wird, und es gefällt ihnen gar nicht, sogar, wenn man in ihre Kirche übertritt. ... In unserem Hause ist Nathan der Weise ein täglicher Gast, da wir alle Konfessionen in der eigenen Familie vertreten haben! Katholisch, protestantisch und orthodox, ebenso im Hause auch einen Juden als Sekretär haben! Und gerade ein Israelit ist es, der meine Hauptstütze in allen Wohltätigkeitssachen ist. Oberst Broeiner trug im Kriege von 77 zwei schwere Wunden davon, wurde dann Sekretär bei uns und opferte sich mit Begeisterung auf für alle Armen und Leidenden, die von uns Hilfe erwarten. Und es hat noch nie den leisesten Zwist oder die kleinste Uneinigkeit gegeben, sondern jeder hat die Kirche des anderen mit der größten Hochachtung behandelt; die Kinder haben nie empfunden, daß sie eine andere Kirche hatten als wir; also hier ist der Beweis, daß es auf die Andachtsformen gar nicht ankommt! Man muß nur die Form mit Geist füllen und suchen, den Geist der ersten Christen hineinzulegen, aus der Zeit, da sie sich keinem Heidentum hatten anbequemen müssen und ihren Glauben den anderen mundgerecht zu machen suchten. Die Juden haben ihre Religion reiner erhalten, als die Christen, das ist eine beschämende Tatsache, aber sie haben sich auch nie den vorhandenen Religionen angepaßt, um die ihrige einzuführen, sie haben jahrhundertelang Verfolgung ausgehalten und sind nicht abgewichen und haben ihren Glauben nie aufgedrängt oder einzuführen gesucht. Die Judenverfolgung ist darum auch nicht Sache der Religion, sondern der Rasse; die Völker wollen sich's nicht gefallen lassen, ein anderes Volk in ihrer Mitte stärker werden zu sehen, als sie sich selbst fühlen. Es ist sehr einfach. In Rumänien ist es noch einfacher. Das Land ist schwach bevölkert, die Handwerke sind absolut in den Händen der Fremden, und da kamen nun die Hungerjahre, deren Folgen sich erst jetzt fühlbar machen. Es wird nicht mehr gekauft, nach gebaut, noch bestellt, und da sind nicht nur Juden, sondern auch Protestanten und Katholiken scharenweise ausgewandert, einfach weil sie keinen Lebensunterhalt mehr fanden. Sie haben keinerlei Verfolgung erfahren, denn das Land leidet unter ihrem Abgang; aber als die Bauern hungerten, hat die ganze Welt zugesehen, mit der größten Gleichgültigkeit, nun da es die Gewerbetreibenden betrifft, ist die ganze Welt in Bewegung. In den letzten Monaten haben sechsunddreißig protestantische Familien Bukarest verlassen, weil

sie keinen Verdienst mehr fanden. Die Not war eben sehr groß, und es wird noch ein paar Jahre dauern, bevor die beiden Hungerjahre vergessen und überwunden sind. Wenn kein Halm mehr steht, die Felder aussehen wie Tennen, das Vieh mit Erde im Magen zu Tausenden stirbt, dann gibt es auch kein Gewerbe mehr, dann steht eben alles still. Die Christen haben ihren Judenhaß und die ewige Verfolgung, die sie dieses bewunderungswürdige Volk haben erdulden lassen, mit der Kreuzigung Christi entschuldigt. Seien wir ganz ehrlich gegen uns selbst! Was würden wohl die heutigen Christen tun, wenn Christus wieder erschiene? Ich fürchte, sie würden nicht einmal Hosiannah schreien, sondern ihn sofort für einen gefährlichen Sozialisten erklären und wenigstens in ein Irrenhaus sperren. . . . Die Juden sind das einzige Volk, das keinen Verfall erlebt. Sie bleiben fest und stark und einig, in sich geschlossen, einander hilfreich, gesund und kinderreich und mächtig. Und das alles verdanken sie einem einzigen Manne, dem größten Herrscher, den die Welt gesehen, dem König der Könige, dem weisesten Arzte, dem größten Psychologen und Physiologen, den es je gegeben: Moses. Wer könnte auf dem Throne leben, ohne vor Moses in Anbetung niederzuknien? Er war ein Herrscher, der sein Volk erst gemacht hat, und der es so gebaut hat, daß es allen Stürmen trotzen konnte. Hätte die Welt die mosaischen Gesetze angenommen, sie würde vor Tuberkulose und Krebs, Diphtheritis und wie alle die verheerenden Seuchen der Reihe nach geheißen haben, bewahrt geblieben sein. Jetzt spricht man von der Perlsucht der Kühe und der Trichinose der Schweine; Moses hatte sein Volk davor beschützt, lange bevor man bakteriologische Institute kannte. Heutzutage beschäftigt man die künftigen Herrscher mit Soldaten. War Moses ein schlechter Heerführer, dafür, daß er der größte Arzt war? Wann haben die Juden die größten Siege erfochten? Wann waren sie Helden und haben Wunder von Tapferkeit geleistet? Als sie meinten, Gott streite für sie und mit ihnen. Erst als sie fühlten, daß sie in Sünde verfallen waren und von der Strenge ihrer Gesetze nichts mehr wissen wollten, da lehrte sie das schlechte Gewissen auch die Furcht, und sie mußten zerstreut werden, um wieder zur alten Frömmigkeit zurückgeführt zu werden durch großes Unglück. Wäre es ihnen weiter gut gegangen, so war die Gefahr groß, daß das einzige monotheistische Volk zugrunde ging, was für die Menschheit vielleicht Jahrhunderte von Rückgang bedeutet hätte. Das jüdische Volk sollte als Hefe gebraucht werden, um alle anderen Völker zu durchsetzen und mit seiner überwiegenden Intelligenz auf höhere Bahnen zu lenken. Denn die größere Gesundheit machte ihren Geist viel geweckter, ihre Seelenkräfte freier, das Leiden machte sie genügsam und sparsam. Anstatt sie zu verfolgen, sollte man von ihnen lernen. Und diejenigen, die für den Thron vorbereitet werden, sollten, wie Moses, in den Wissenschaften erzogen werden, zumal den ärztlichen, und die Bibel mehr studieren, als irgend ein anderes Buch. Aber da werden die wunderbaren Kapitel übersprungen, weil alles bei Namen genannt wird, was ein Herrscher durchaus wissen muß, wenn er seinem Volke im Geringsten nützlich sein soll, weil da Gesetze gegeben sind, von deren Tragweite er gar keine Ahnung hat, wenn er die Schäden nicht kennt, gegen welche diese Satzungen so weise ankämpfen. Karl der Große, Harun al Raschid und Cäsar müssen sich vor Moses beugen, denn alle ihre Reiche sind nicht mehr, aber Moses' Reich verbreitet sich unablässig und wächst immerfort. Die einzige Gefahr für sein Volk ist, wenn es nicht mehr verfolgt wird, seine strengen Satzungen vernachlässigt und denen nachlebt, die glänzender aussehen, dabei aber an Krankheiten zugrunde gehen, vor denen ihr Riesenherrscher sie zu bewahren gewußt hat. Wir vergessen manchmal, daß wir von der Bibel, diesem wunderbarsten aller Bücher, leben und zehren, daß wir ganz leicht alle Bücher, außer dieser Lebensquelle, entbehren können. Das ist Wahrheit und Dichtung, wie sie nie wieder erstehen kann! Denn mit unerschütterlicher Wahrhaftigkeit ist die Geschichte erzählt, und die größten Dichter der Welt sind wohl die Propheten gewesen; von David nicht zu reden, der vielleicht kein großer König, aber ein wahrhaftiger Mensch und ein sehr großer Dichter war. Wer hätte je wieder die tiefe Menschenkenntnis von Moses erreicht, der den Mut hatte, vier Generationen seines entnervten und entarteten Volkes zugrunde gehen zu lassen, bevor er ihnen das Land anwies, in welchem sie sich mit neuem Blute und frischer Kraft ansiedeln konnten? Wer denkt an den eisernen Willen, der diesen Menschen beseelt? Er durfte Wasser aus dem Felsen schlagen, er verbrachte noch weit Größeres, er durfte die Gesetztafeln in gerechtem Zorn zerbrechen, weil er es in seiner Macht hatte, neue zu schreiben. Und wer sich in die Propheten versenkt, wird reichen Trost darin finden. In dunklen, schlaflosen Nächten ist nichts so trostreich, als Jesaias und Jeremias, und viele Stellen in den andern; man kann sich nie satt daran lesen, wenn alle anderen Bücher verstummen und keinen Trost gewähren. Es ist eigentlich ganz unnötig, andere Andachtsbücher zu schreiben, man lese nur die Propheten! Dort steht alles Erdenleid gebucht, und die würdevolle Klage dazu, mit der man sein Herz erleichtern kann. Es ist sonderbar. Wir leben und zehren alle von der Bibel und gestatten uns, das Volk zu verachten, welches das Buch der Bücher hervorgebracht. Wir verachten es wohl auch nicht, sondern wir fürchten es eher, weil wir seine Kraft ahnen und immer uns wehren, in der Furcht, ganz von demselben überflutet und unsererseits unterdrückt zu werden. Aber warum lernen die Christen nicht von ihnen? Wir sind ja aus dem Judentum hervorgegangen; warum wenden wir uns ab und verleugnen unsere Herkunft? Wenigstens unsere geistige Herkunft ist dort, und nirgends anders. Jawohl, Indien, aber in direkter Linie Judäa! Sagen wir, daß Dante, Shakespeare, Sophokles, Michel Angelo, Goethe keinem Volke angehört haben, und Christus erst recht nicht, so müssen wir doch gestehen, daß es nicht ohne Bedeutung ist, in welchem Volke der Menschheit höchste Geister erscheinen, und daß man sich fragen sollte, warum hier und nicht dort, warum in diesem Gewande und in keinem anderen? Christus konnte nur in einem leidensvollen, unterdrückten, traurigen Volke des Leidens Apotheose errichten, zu den Armen sprechen und die Reichen mit Schande überhäufen. Die Juden konnten ihn nicht verstehen, da sie den Messias erwarteten, der sie äußerlich wieder zu Macht und Glanz und Herrlichkeit bringen sollte, und im Leiden keinen Glanz und keine Macht erkannten. Das Christentum selbst blieb nur so lange rein, als es verfolgt war. In der Stunde, da es zu Macht und Ehren gelangt war, hörte es vollkommen auf, Christentum zu sein. Kehrte Christus jetzt wieder, so würde er erstaunt sein, zu sehen, wer sich Christ nennt!

Die Juden haben keine solche Entzweiungen in ihrer Mitte, wie die Christen, die Juden wären nie in die Verrücktheit der Kreuzzüge verfallen, die Juden haben keine Dogmen gemacht, die von den anderen bestritten werden können. Wo sind Christi Dogmen? In der Bergpredigt? Oder in seinen Worten, wenn er sagte, wir sollten arm sein und den Armen helfen? Er hat wohl nie geträumt, daß über das „filioque" sich die Christenheit unwiederbringlich entzweien und spalten würde; daß über sein heiliges, letztes Mahl, das er seinen armen, verlorenen Schäflein zum Trost in der Erinnerung lassen wollte, unendliche Streitigkeiten entstehen würden, daß in seinem Namen Inquisition und Scheiterhaufen, Martern, wie sie die Hölle nicht erfunden, ausgeübt werden würden! Er wollte Moses' Lehre vervollkommnen und ihr eine Milde hinzufügen,

die derselben noch mangelte, aber die Menschen waren nicht reif für die Milde und verzerrten sie zu einer scheußlichen Fratze. Das Judentum kennt keinen Aberglauben. Es liegt vielleicht in seiner Rasse, es ist keinem Aberglauben zugänglich, oder liegt es an Moses, der so gesund aufbaute und ihm genug Hilfe gab, ohne den Trost des Aberglaubens. Aberglaube ist ja nur Hilflosigkeit. Der Jude ist aber nie hilflos, wenn er an seinen Gesetzen festhält. Die haben für alles gesorgt, an alles gedacht, die passen für die gute und die böse Stunde. Die leiten so sicher wie die Bundeslade durch die Wüste. Wir lernen die Bibel, sobald wir lallen können, und mißhandeln das Volk, das sie uns geschenkt. Mir sagte einmal ein geistreicher Jude: „Ich wünsche Ihnen, daß einmal Ihre Geschichte so geschrieben wird, wie die unserige, und daß man dieselbe in Ihren Kirchen als Andachtsbuch lesen kann, so wie wir es tun.“ Warum kam nie ein anderes Volk auf den Einfall, seine Geschichte so zu schreiben? Weil uns die Bibel genügt; sie ist die Geschichte der Menschheit, sie enthält schon alles, sonst hätte wohl Christus sich nach Indien, Persien oder China gewandt, um seine Lehre auf die dortigen Bücher zu bauen, die er offenbar genau kannte. Moses hat aus Aegypten alle die Weisheit genommen, die er dort schöpfen konnte, dann aber weiter darüber hinaus Inspirationen gehabt, die wohl berechtigen, an seinen unmittelbaren Verkehr mit der Gottheit zu glauben. Seine Stirn leuchtete, weil Gott sie berührt, von heiliger Begeisterung, weil er glaubte, weil er Vertrauen hatte, mehr als alle, die ihn umgaben! Warum glauben wir denn nicht mehr so? Wir können das auch! Wir sind nicht von Gott verlassen. Wenn es einen Schöpfer gibt, so wird er seine Wunderwelt auch zusammenhalten und nicht verlassen. Warum glauben wir denn nicht? Wir sehen alle Tage, daß die Wissenschaft so sehr Stückwerk ist, daß dieselbe große Entdeckung kaum ein paar Tage oder ein paar Jahre bestanden hat und über den Haufen geworfen wird. In dem halben Jahrhundert, das ich überschauen kann, habe ich so viele Wissenschaften entstehen und vergehen sehen, so viele wunderbare Entdeckungen machen sehen und verwerfen, so viel apodiktische Lehren aufstellen sehen und verlachen, daß ich täglich mehr zu dem allereinfachsten Kinderglauben zurückkehre und auf Erleuchtung hoffe, wie die alten Propheten. Das waren doch keine Kinder, und sie haben die bitterste Not und das schwerste Unglück überdauert, nur, weil ihr Glaube nicht wankte! Die wurden von keiner Wissenschaft getragen. Moses, der alle damalige Wissenschaft inne hatte und weit darüber hinaus war durch sein erhabenes Genie, hatte kindlichsten Glauben und ein felsenfestes Vertrauen. Denn wie oft stand er ganz allein in den brandenden Wogen einer betörten, kindischen Menge! Columbus hat nichts getan im Vergleich zu Moses! Wir sind von früher Kindheit daran gewöhnt, an Moses zu denken, daß wir nicht mehr genug über seine Riesengestalt staunen; nur wenn sie uns in Michel Angelos Zügen entgegentritt, erfassen wir sie nun einmal, da ein Genie das andere verstand und ihm über die Jahrhunderte hinaus den rechten Ausdruck verlieh. Er stellte bildlicht die höchste Kraft dar und tat wohl daran, denn in Moses ist wohl die höchste menschliche Kraft gewesen, die auf Erden erschienen ist. Sein Werk steht, da alle anderen zugrunde gegangen sind. Riesenvölker, ungeheure Zivilisationen sind weggefegt, das Volk Moses' steht. Wir sind voll Neid und Mißgunst, statt zu bewundern. Die einzigen Juden, die in Verfall geraten können, sind diejenigen, die Christen werden und sich dem Christentum anbequemen, nicht dem Christentum in seiner ersten Gestalt, sondern dem, was man heutzutage Christentum nennt, und das Tolstoi mit Recht verweigert, dafür zu halten. Unser heutiges Christentum ist lauter Aberglauben und Fetischismus: davon ist das Judentum, dank Moses, für immer frei. Und Christus hatte es nicht hineingebracht, sondern der Kontakt mit den heidnischen Völkern. Deswegen sollen die Juden nicht die Unvorsichtigkeit begehen, sich den Verhältnissen anpassen zu wollen. Daran werden sie zugrunde gehen, wie die Christen zugrunde gegangen sind. Moses tut man die Ehre an, an seiner Existenz zu zweifeln. Heutzutage ist es Mode geworden, jedem Heroworship einfach den Rücken zu wenden, indem man die Frage umdreht und behauptet, die Menschheit sei nicht imstande, eine solche Geistes- und Seelengröße hervorzubringen. Solch ein „Testimonium paupertatis“ sich selbst auszustellen, scheint mir unbedachtsam. Wir sollten im Gegenteil unsere Helden als das einzige Gewisse behandeln, als das Einzige, das der Menschheit überhaupt erst Existenzberechtigung verleiht. Statt zu zweifeln und zu kritteln, lieber einen zweiten Moses hervorbringen, der noch einmal seinem Volke solche Kraft schenkt, daß es alle anderen Völker überdauert. Die einzige Gefahr für das Judentum würde äußere Macht sein; schon jeder große Reichtum ist eine Gefahr, aber nun gar Macht könnte es an den Rand des Abgrunds führen. Die anderen Völker haben ihm unbewußt den größten Dienst geleistet, indem sie das Volk unterdrückt und verfolgt haben. Es ist dadurch fromm geblieben und einfach und hat in sich zusammengeschlossen dagestanden, um nicht fortgeweht zu werden. Was würden wohl Jesaias und Jeremias zu den heutigen sogenannten Christen sagen? Was würden sie sagen, wenn eine Dame sich hundert Hüte in einem Jahre kauft und die Armen hungern läßt? Ach, leider ist die Bibel noch heute ebenso wahr als damals. Deswegen ist sie nicht zu erschöpfen, wieviel tausend Predigten auch umsonst und vergebens darüber gehalten worden sind. Es ist, als sollten die Völker selbst ihren Untergang bereiten. Sie müssen gerade das tun, was ihnen am unzuträglichsten ist und sie am schnellsten ins Verderben stürzt, oder in ausgebrannte Schlacken verwandelt. Die Erde brauchte keine Hölle zu sein, wenn man sie selbst zum Paradiese machte. Sie wird immer ein Ort der Prüfung sein, da der Körper dem Verfall bestimmt ist, und der Tod das einzig Sichere. Aber an einem so ernsten Orte, wo der Tod der Kern und der Schlüssel und das Schlußwort von allem ist, sollte der Leichtsinn verbannt sein, statt immer wieder in Aehren zu schießen. Das goldene Kalb wird noch heute umtanzt, obgleich man seine tönernen Füße kennt. Die Rotte Korah lehnt sich noch heute auf, obgleich sie weiß, daß der sichere Tod unter ihr gähnt. Es nannte jemand die Erde: „L'ile du Diable!“ So schlimm brauchte sie aber nicht zu sein, wenn man sie selbst zu etwas Besserem machen wollte, aber nicht durch Luxus, Prunksucht und Tollen, sondern durch Mitleid und Vergeben, durch Dulden und Befreien, durch Sanftmut und Frieden. Es steht alles in der Bergpredigt, es steht alles in Moses' Gesetzbüchern, aber die Menschen scheinen manchmal vom Teufel besessen und stürzen sich selbst in den Abgrund. Und Jeremias weint noch immer vergebens. Und Jerusalem steht nicht wieder auf. Möchte man wohl das Jerusalem, wo alljährlich die Grabkapelle zu einer Stätte der Schande und der Schmach gemacht wird? Möchten die Juden das Jerusalem, wie es heute ist? Es gibt kein Zion auf der Erde, denn die Menschen haben es zerstört und wissen nicht, wie man es wieder ausbaut. Nur ganz einfach, ganz kindlich, so wie die Bibelmenschen, die auch bereit waren, ihren einzigen Sohn einer Idee zu opfern, ohne Widerrede, ohne Zaudern, fromm und bescheiden. Wir lernen die Bibel, wenn wir lallen, und verstehen sie mit grauen Haaren dennoch nicht! Ich möchte Bernays zu Füßen sitzen, wie es Steadge in seiner Zeit tat, als er mit ihm die Evangelien auf Griechisch las, und sie von ihm auslegen hören, in der heutigen Zeit, mit den heutigen Kämpfen und Verkehrtheiten und Errungenschaften. Es wäre der Mühe wert! Er sah tief und weit!“

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 4. Berlin, 23. Januar 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3676.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Genott, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die antisemitische Gefahr.

Aus liberalen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Gefahr des Antisemitismus bildet ein altes Thema, dem man kaum noch neue Seiten abzugewinnen vermag, und heutzutage, wo man gern paradox ist, um nur nicht trivial zu erscheinen, geht man gern solchen Materien aus dem Wege. Und doch ist diese Gefahr noch lange nicht in ihrer ganzen Größe in Deutschland bekannt. Wie wäre es sonst möglich, daß große Teile der Bevölkerung dieser Gefahr gegenüber so teilnahmslos daständen. Unterschätzt man sie, oder hält man sie für so groß, daß eine Bekämpfung nutzlos wäre? Jedenfalls ist diese Indolenz sehr bedauerlich, denn dem Kampfe gegen diese potenzierte rückschrittliche Bewegung werden dadurch viele Kräfte entzogen.

Sieht man sich die Resultate der letzten Reichstagswahlen genau an, dann belehren uns die beredten Ziffern, welche traurige Folgen der politische Indifferentismus gezeitigt hat. In zwei Drittel aller Wahlkreise, in denen der Antisemitismus durchkam, war der Sieg nur durch die Gedankenlosigkeit anderer Parteien möglich. Aus eigener Kraft haben nämlich die Antisemiten — wir betrachten hier alte Richtungen als Einheit — nur wenige Mandate erlangen können, die anderen haben sie meistens nur in der Stichwahl durch die Hilfe aller möglichen Parteien errungen. Man findet unter diesen merkwürdigen Gönnern des Antisemitismus tatsächlich alle politischen Parteien vertreten und man fragt sich unwillkürlich: wäre dies möglich, wenn das wahre Wesen des Antisemitismus bekannt wäre? Hätten diese Parteien den antisemitischen Kandidaten unterstützt, wenn sie die kulturell und sittlich verheerenden Tendenzen dieser politischen Richtung erkannt hätten? Wir haben eine viel zu hohe Achtung vor dem deutschen Volke, um diese Fragen bejahen zu können.

Sehen wir uns die Sache genauer an. Wenn Konservative und Bündler den Antisemiten unterstützen, so ist das natürlich. In den meisten Fällen ist ja zwischen ihnen und den „reinen" Antisemiten kaum ein quantitativer, geschweige qualitativer Unterschied zu konstatieren. Ritter und Landsknechte der Reaktionsgarde gehören zusammen und während der Wahlen geht sogar der gesellschaftliche Unterschied verloren. Wenn das Zentrum sich eines antisemitischen Kandidaten annimmt, so ist das auch noch begreiflich. Denn die Herren Antisemiten tragen da, wo es das Geschäft erheischt, gern ein religiöses Mäntelchen zur Schau, nennen sich christlich und geben vor, gegen den Unglauben und gegen die Unsittlichkeit zu kämpfen. Solche Lockrufe machen Eindruck. Aber in einigen Fällen sehen wir, daß der Antisemit nicht ohne Hilfe der Nationalliberalen, Sozialdemokraten und leider auch der Freisinnigen gewählt worden wäre, und das macht die Sache problematisch. Wenn solche Parteien, denen bei allen Abweichungen doch die liberale Grundlage gemein ist, sich entschließen, ihre Hilfe einem Antisemiten zu leihen, so muß die Erkenntnis des Antisemitismus noch eine sehr geringe sein. Von Parteien kann man natürlich streng logisch hier nicht sprechen, denn eine Parole für den Antisemiten haben diese Parteien nie ausgegeben, aber schließlich ist der Begriff der Partei doch etwas Abstraktes, ihre konkrete Kraft liegt in der Anhängerschaft, und die Wähler haben durch ihren Wahlzettel tatsächlich den Antisemitismus gefördert. Die persönlichen Gefühle scheinen oft auch in der Politik stärker als die Ideen zu sein, und Sympathien und Antipathien spielen hier eine gar große Rolle. Hier ist der kranke Punkt, wo die Macht der Atavismen, wo die mangelhafte Aufklärung ihre unheilvolle Wirkung ausüben.

Es ist psychologisch interessant, den gedanklichen Irrwegen dieser Wähler nachzugehen und die Motive ihrer Handlungen zu untersuchen. Da stehen sich in einem Wahlkreise bei einer Stichwahl ein antisemitischer und ein sozialdemokratischer Kandidat gegenüber. Der liberale Wähler gerät nun in eine arge Gewissensangst und er entschließt sich schweren Herzens, dem Antisemiten seine Stimme zu geben. Gewiß, dieser Bürger ist gut liberal, aber er fürchtet den Umsturz. Er weiß wohl, daß der Antisemit durch und durch reaktionär ist, aber er betrachtet ihn als das geringere Uebel, weil er um keinen Preis der Welt den „Revolutionären" unterstützen möchte. Aber ist denn der Antisemitismus nicht im Grunde der denkbar größte Umsturz? Erstrebt er nicht schlimmeres als den Sozialismus, die Anarchie? Zerstört er nicht den Boden, auf dem unsere ganze moderne Entwicklung ruht? Und ist er nicht in der Art des Kampfes, in der Verhetzung der Klassen und Stände, in der Aufwühlung aller niedrigen Leidenschaften noch schlimmer als die Sozialdemokratie?

In einem anderen Wahlkreise fechten in der Stichwahl die Kandidaten des Zentrums und des Antisemitismus gegeneinander, und der liberale Bürger, der die feige Wahlenthaltung mit Recht verachtet, soll durch seine Stimme bekunden, wer von beiden für ihn das geringere Uebel ist. Er ist innerlich gewiß gegen den Antisemitismus, aber der Antisemit beteuert mit so viel Pathos seine nationale Gesinnung, und den Anhänger des Zentrums dagegen fürchtet er als nicht genügend national. So geht

er hin und wählt den Antisemiten. Aber kann man denn das Deutschtum schlimmer schädigen als durch die konfessionelle Zerklüftung und die Rassenverwirrung, die unsere Antisemiten seit zwanzig Jahren geschäfts- und berufsmäßig betreiben? Ist der Antisemitismus nicht der größte Hemmschuh bei jedem nationalen Fortschritt, bei jedem großen Kulturwert? Aber — die Worte sind's, die uns berauschen, und die klare, nüchterne Ueberlegung schwindet.

In einem dritten Wahlkreise ringen Nationalliberale und Antisemiten um das Mandat. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen den Ausschlag geben. Nun ist der antisemitische Kandidat, weil das Geschäft es erfordert, plötzlich furchtbar arbeiterfreundlich. Er hat sein soziales Herz entdeckt und schwärmt für alle wirtschaftlichen Fortschritte, die dazu angetan sind, die Lage des Arbeiters zu verbessern. So verkündet er es wenigstens in der Volksversammlung in schönen Worten, und natürlich muß man, wie im Theater, um seine Lichtseiten hervorzuheben, auch viel Schatten werfen. So schimpft er wild auf die „Blutsauger", auf die „gesättigten Existenzen", auf die „grausamen Industriellen und übermütigen Couponschneider". Der Sozialdemokrat hört diese Klänge und glaubt, am Ende stehe dieser Mann aus dem Volke ihm doch näher als der reiche nationalliberale Bourgois. Aber — merkt ihr es denn nicht? — diese Freiheitsliebe ist unecht und die Volksfreundlichkeit eine widerliche Komödie. Derselbe Herr, der sich so revolutionär gibt, wird morgen mit dem konservativen Junker fraternisieren und für die Verteuerung des Brotes und Fleisches warm eintreten. In welcher Frage ist denn der Antisemit überhaupt zuverlässig? Nicht einmal bei der Wahrung des Reichstagswahlrechtes darf man ihm vertrauen. Der Arbeiter hat in Wirklichkeit von ihm nichts zu erwarten als kalten Hohn.

Jede Partei hat ihre eigenen Ziele und Wege und beim heftigen Kampfe um die politische Herrschaft zeigen sich die Differenzen und Gegensätze am stärksten. Aber das darf wohl gesagt werden, es gibt in der Politik keinen größeren Gegensatz der Weltanschauung und der Auffassung der öffentlichen Dinge und der Staatsidee als zwischen Liberalismus und Antisemitismus. Der wirkliche liberale Bürger kann mit manchen Parteien wenigstens in verschiedenen Fragen harmonieren, mit dem Antisemitismus kann er auch nicht einen Schritt zusammen gehen, weil hier der Boden, auf dem alles Recht und aller moderne Fortschritt ruht, das gleiche Recht aller Bürger, die öffentliche Gerechtigkeit gänzlich fehlt. Das sollte sich jeder Wähler vor Augen halten. Es gibt in der Gegenwart trotz aller Konflikte keine größere Gefahr als die antisemitische, weil sie uns das Beste zu nehmen droht, den modernen Staat, die menschliche Kultur.

Das traurigste und komischste ist, daß manchmal auch in jüdischen Kreisen selbst diese Gefahr nicht erkannt wird. Es ist schon vorgekommen, daß jüdische Wähler aus falschen nationalen und patriotischen Erwägungen heraus dem antisemitischen Kandidaten ihre Stimmen gaben. Vom menschlichen Standpunkte betrachtet mag man diese Selbstüberwindung als interessantes Experiment bewundern, aber politisch ist das der denkbar größte Fehler. Es kommt nie viel dabei heraus, wenn die Menschen sich gar zu sehr objektivieren wollen. Ein Jude, der einem Antisemiten seine Stimme gibt, handelt in jedem Falle selbstmörderisch.

Auch daß manche Juden dem Kampfe gegen den Antisemitismus indifferent gegenüberstehen, muß bedauert werden. Meistens ist es freilich nicht der Mangel an Opferfreudigkeit, sondern der schwach entwickelte politische Sinn, der dies verschuldet. Die einen sagen: ein Antisemit mehr oder weniger im Reichstage, was tut das? Die Hauptsache ist ja, das gesellschaftliche Leben, das antisemitisch verseucht ist, und dagegen können wir nicht ankämpfen. Es ist gewiß viel Wahres daran, aber in dieser allgemeinen Form ist der Satz sicherlich falsch. Ein Antisemit mehr bedeutet immerhin eine Vergrößerung der Gefahr. Jedes Gift tut seine Wirkung, wenn nicht zeitig dagegen etwas geschieht. Schon während der Wahl wird durch den Antisemitismus viel Unheil bei der Agitation angerichtet und nachher im Reichstage hat der antisemitische Abgeordnete die denkbar günstigste Tribüne für seine kulturfeindliche Arbeit. Von hier aus kann er am wirksamsten agitieren. Dazu kommt noch der Nimbus, der ihn als Abgeordneter in gewissen Volkskreisen umgibt, und dann — die freie Eisenbahnfahrt, die ihm das Agitieren im ganzen Reiche ungemein erleichtert. Auch das ist nicht wahr, daß der gesellschaftliche Antisemitismus nicht zu bekämpfen ist. Das hieße, an der Macht des Fortschrittes verzweifeln. Er ist durch eine gute Volksbildung und durch eine gesunde Volksaufklärung zu bekämpfen, und jeder sollte sein Teil dazu beitragen, um alles zu fördern, was diesem Ziele dient.

Politik ist kein Handwerk, das nur berufsmäßig ausgeübt werden darf. Jeder gute Bürger, der dem Geschicke des Vaterlandes nicht teilnahmslos gegenübersteht, soll seine politische Ueberzeugung betätigen. Jedermann, der den Fortschritt liebt, soll mitwirken, die Reaktion zu bekämpfen und das höchste liberale Ideal zu erstreben: freie, gleiche Bürger im glücklichen Vaterlande!

Antisemitische Sprengkolonnen in Tätigkeit.

Die Antisemiten schreien stets nach Ausnahmegesetzen, wenn ihnen ein Gegner unbequem wird. Unvergessen ist in dieser Beziehung der 21. März 1906, an dem der Abg. Liebermann v. Sonnenberg im Reichstage einen Attentatsversuch auf die Versammlungsfreiheit unternahm. Der Antisemitenführer sagte zur Begründung seines Attentates auf den § 17 des Reichswahlgesetzes u. a. folgendes:

„In einem modernen stark bevölkerten Staat kann Freiheit ohne Ordnung nicht bestehen. Es muß der Einzelne einen Teil seiner persönlichen Freiheit daran geben, zugunsten der Freiheit aller. Anderenfalls gelangt man zur Willkür des Stärkeren, zum Faustrecht im bildlichen, wohl auch im buchstäblichen Sinne des Wortes. Man braucht einfach nur unmündige Burschen in eine Versammlung planmäßig hineinzuschicken, sie müssen sich so hinsetzen, daß der überwachende Beamte sie sieht; der Vorsitzende fordert sie auf das Lokal zu verlassen; sie gehen nicht, — und die Versammlung wird aufgelöst. Die Versammlungssprengungen, die unsere gegnerischen Parteien bisher ausgeübt haben, werden bei Annahme unseres Antrags für die Folge unmöglich sein. Die Sozialdemokraten pflegen die ihnen in anderen Versammlungen gewährte Redefreiheit ins endlose auszunutzen und wenn eine Erwiderung erfolgen soll, unter Geschrei und Absingen der Marseillaise einfach den Saal zu verlassen."

Soweit Herr v. Liebermann, der als Leitmotiv seines Antrags die Vorkommnisse bei der Stichwahl in Eisenach im Jahre 1905 bezeichnete. Nun ist Theorie und Praxis bei den Antisemiten von jeher himmelweit verschieden gewesen. Mit Entrüstung haben die Antisemiten v. Liebermann, Lattmann und Raab in jener Reichstagssitzung dem Hohen Hause von Versammlungssprengungen, Tumulten und persönlichen Chikanen erzählt, die in der Eisenacher Nachwahl den antisemitischen Engeln ganz unverschuldet passiert sind. Man sollte meinen, daß die Antisemiten nunmehr alles vermeiden würden, was geeignet wäre, ähnliche Vorkommnisse zu provozieren. Aber weit gefehlt, — es ist ja gerade die Taktik der Antisemiten, mit den verlästerten Waffen der Gegner zu kämpfen. Der Antrag Liebermann richtete sich speziell gegen die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei hat denn auch, obwohl der Antrag im Reichstag mit großer Majorität abgelehnt wurde, die richtige Lehre aus den Verhandlungen am 21. März 1906 gezogen und, um auch den Schein

zu vermeiden, in gegnerischen Versammlungen als Friedensstörer bezeichnet zu werden, für die Reichstagswahlen 1907 die Parole ausgegeben: „**Besucht keine gegnerischen Versammlungen.**“ Durch diese vernünftige und nur zu billigende Taktik ist allerdings den Antisemiten eine sehr beliebte und vielleicht auch sehr wirksame Waffe entwunden worden. Mit Vorliebe verbreiteten die Antisemiten am Tage vor der Wahl in Massenauflagen im ganzen Wahlkreis Extrablätter, die blutrünstige Geschichten über die Gegner enthielten und mit den Worten begannen: „Die Revolution ist in ..... ausgebrochen,“ während es am Schlusse hieß: „Das Vaterland ist in Gefahr.“ Da sie meist in Wahlkreisen mit großer Landbevölkerung kandidieren, haben diese sensationellen und tatsachenfälschenden blutigen Flugblätter, die am Wahltage verbreitet werden, meist überraschende Erfolge gezeitigt, da es den gegnerischen Parteien nicht mehr möglich war, diese in der Nacht gedruckten Lügenpamphlete richtig zu stellen.

Es trifft sich nun seltsam, daß gerade im Wahlkreis Eisenach die Antisemiten auf ihre neue, durchaus verwerfliche Taktik festgenagelt werden können; eine Wahlmache, wie sie in derartiger systematischer Verallgemeinerung noch bei keiner Partei und in keinem Wahlkreis festgestellt werden konnte.

Der Verbandsvorsteher Wilhelm Schack, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, arbeitet in Eisenach nicht nur mit behördlichem Apparat, er arbeitet nach den Feststellungen der vereinigten liberalen Parteien des dortigen Wahlkreises auch mit Sprengkolonnen und einem Heer bezahlter Wanderredner, Agitatoren und ähnlicher Volksverhetzer, die sich zum größten Teil aus den Beamten des fanatisierten antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes zusammensetzen, die sich in bedauerlicher Verblendung unnmehr mit Seele und Leib dem Antisemitismus verschrieben haben. Die Antisemiten bearbeiten den Wahlkreis durch vier Wahlbureaus, während die gegnerischen Parteien nur je ein Wahlbureau haben. Unter Führung der hinlänglich bekannten Agitatoren Thomas, Redakteur Döring, v. Pein, Redakteur (?) Frahm sind, nach Berichten der „Erfurter Tribune“ mehrere Dutzend antisemitischer Handlungsgehilfen im Wahlkreis eingetroffen, deren Hauptaufgabe im „Sprengen gegnerischer Versammlungen“ besteht. Es sind nach den Berichten Eisenacher Blätter in den verschiedenen Orten des Kreises förmliche Sprengkolonnen stationiert, über deren Tätigkeit recht erbauliche Dinge gemeldet werden. Am 17. Januar sprach der sozialdemokratische Kandidat, Landtagsabgeordneter Leber in Wohlmuthhausen. Der in Dermbach stationierte (d. h. nur für die Wahlzeit) Handlungsgehilfe und Agitator v. Pein unterbrach schon kurz nach Beginn der Wahlrede den Referenten mit den Worten: „Wie lange gedenken Sie noch zu sprechen?“ Als v. Pein fortwährend den Redner durch Zwischenrufe und hämische Bemerkungen unterbrochen hatte, wurde ihm das Wort erteilt. Er sprach über eine Stunde und griff die Gegner unter dem Johlen einiger mitgebrachter antisemitischer Jünglinge mit derartig ordinären Worten an, daß sich selbst die anwesenden Anhänger des Bundes der Landwirte, denen man ja gewiß nicht nachsagen kann, daß sie zimperlich sind, darüber entrüsteten. Nachdem die antisemitischen Versammlungsstörer den anständigen Wählern so das Verweilen in der Versammlung unmöglich gemacht hatten und der Saal sich zu leeren begann, zogen die Antisemiten mit Hallah ab. Auf die Bitten des Abg. Leber, ihm erst Gelegenheit zu geben, die ungeheuerlichen persönlichen Beleidigungen zurückzuweisen und nicht feige zu kneifen, antwortete v. Pein mit höhnischem Lachen und verschwand in der Nacht. Er hatte seinen Willen, die Versammlung zu sprengen, erreicht. Nur mit Mühe gelang es Leber, Handgreiflichkeiten zu verhindern.

Ein noch viel krasseres Beispiel; das klipp und klar beweist, daß die Antisemiten Sprengkolonnen einexerzieren und in Anwendung bringen, zeigt folgende Veröffentlichung:

„**Ein Bürgermeister an der Spitze antisemitischer Sprengkolonnen!**“ Am Dannerstag war in Unterbreizbach eine Versammlung der sozialdemakratischen Partei einberufen warden. Kurz var Beginn stellte sich der Bürgermeister dem Einberufer und Referenten als Versammlungsüberwacher var und bat um die Namen, die ihm bereitwilligst angegeben wurden. Der Saal war van Antisemiten geschickt besetzt worden. Als der Referent beginnen wallte, stand ein Antisemit auf, hielt eine kurze Ansprache, ohne daß ihm das Wart erteilt warden war und brachte ein Kaiserhach aus. Dann wurde vom Bürgermeister das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ intoniert, bei welchem alle Antisemiten kräftig alle Strophen mitsangen. Kaum war diese Pravokatian darüber und der Referent, Helbig aus Erfurt, wallte beginnen, begann ein ahrenbetäubender Lärm und alles sang durcheinander. Der Einberufer bat um Ruhe und ersuchte den Bürgermeister, mit dafür zu sorgen, daß die Versammlung nicht weiter gestört werde. Der Bürgermeister erklärte jedoch: „Das könne er wahl, aber er brauche das nicht“, warauf er wieder weitersang. Verschiedene Lieder, wie: „Ach, welche Lust an der Sarah-Brust“, „Mensch Du bist betragen“, „Heil Dir im Siegerkranz“, falgten in bunter Abwechslung. Ueber eine Stunde wurde bei fleißigem Prasittrinken dieses Manöver fortgesetzt und der edle Zweck, den Gegner tatzusingen, erreicht. Als die beiden Sazialdemakraten, das Nutzlase ihrer weiteren Anwesenheit einsehend, das Lakal verlassen wallten, wurden sie umringt und beleidigt. „Wir wählen Schack!“ wurde gebrüllt. Auf die Bemerkung des Einberufers, daß er sich beschweren werde, stellte sich der Bürgermeister drahend var ihn hin und verlangte zu wissen, über was er sich beschweren wolle und ob man ihn vielleicht einschüchtern wolle. Andere wieder riefen: „Wir werden Euch begleiten, daß Ihr das Wiederkommen vergeßt.

Die ganze **Versammlungssprengerei hatte man am Abend vorher in dem betreffenden Lokale verabredet.** Generalprobe und Erstaufführung klappten varzüglich.“

Ein Kommentar zu derartigen Vergewaltigungen, die wie ein Hohn auf das Wart „Versammlungsfreiheit“ klingen, wäre überflüssig, wenn nicht die Antisemiten im Reichstag den Antrag Liebermann eingebracht hätten. Dieser Antrag richtet sich gegen das verwerfliche Vorgehen in den eigenen Reihen. Wenn man die Eingangs des Artikels erwähnte Begründung des Antragstellers auf die Taktik der Antisemiten im Wahlkampfe 1907 anwendet, wird man finden, daß sie in allen Punkten zutrifft. Die Antisemiten verstehen es eben am besten, sich selbst zu charakterisieren.

Im Jahre 1905 erklärte Schack auf eine sozialdemokratische Anfrage: „Behauptungen wie die, antisemitische Handlungsgehilfen seien als Sprengkolonnen organisiert, haben mit Wahrheit nichts gemein.“ Der antisemitische Mandatbewerber von Eisenach kann sich aus dem „Handbuch für die Vertrauensmänner des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“, dessen Vorsitzender er ist, vom Gegenteil überzeugen. In diesem Handbuch findet sich u. a. ein ABC für Sprengkolonnen, das die Antisemiten nunmehr in die Praxis übertragen haben. Von dem Odium werden sich die Liebermänner und Konsorten jetzt, wo ihre politischen Gewaltakte festgestellt sind, so leicht nicht mehr reinigen.

Zur Wahlbewegung.

Im Wahlkreise **Friedeberg-Arnswalde** gibt es doch noch Antisemiten, welche sich schämen, dem von Antisemiten, Bündlern und Konservativen auf den Schild gehobenen Herrn Wilhelm Bruhn ihre Stimme zu geben. Sie haben dem Professor Paul

Förster eine Kandidatur angeboten, der sie annahm und sich mit folgendem Aufruf an die Wähler wandte:

Viele Wähler des Wahlkreises erklären mir u. a. brieflich und mündlich, daß sie aus bestimmten Gründen nicht gewillt sind, bei der bevorstehenden Wahl ihre Stimme für einen der aufgestellten Bewerber abzugeben; ja daß viele vielleicht für den Sozialdemokraten stimmen werden, wenn nicht ein ihnen genehmer Bewerber aufgestellt wird. Sie ersuchen mich darum, mich noch in letzter Stunde aufstellen zu lassen, damit auch ihnen die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen, geboten werde.

Auf keinen Fall dürfen Stimmen, am wenigsten dieses Mal verloren gehen. Ich folge darum dem Rufe, als einer vaterländischen Pflicht, um alle diese Stimmen, die bei der Hauptwahl verloren gehen könnten, zu sammeln. Die „Partei der Nichtwähler“ möge für mich, den alten Bekannten von den 90er Jahren her, stimmen. Auch ferner will ich dann gute Kameradschaft mit ihnen halten.

Meine politische Stellung ist durch meine Tätigkeit im Reichstage (1893—98) und im öffentlichen Leben und durch meine Vorträge und Schriften genügend bekannt. Weiteres auszuführen überlasse ich dem Wahlausschusse und dessen Rednern.

Mein Wahlspruch ist:

Gerade durch ohne Wanken und Schwanken, Für Volk und Vaterland, vor allem für den deutschen Mittelstand und kleinen Mann!

Heil!

Dr. Paul Förster.

Am Tage der Errichtung des Deutschen Reiches.

Der letzte Passus ruft uns die scharfen Worte in Erinnerung, mit denen Professor Förster bei seinem im Jahre 1897 erfolgten Austritt aus der Reichstagsfraktion den Mittelstandsschwindel seiner Partei geißelte. Der Mittelstandsschwindel der Antisemiten ist nach heute in voller Blüte. — Försters Kandidatur in dem bisherigen Bruhnschen Wahlkreise ist natürlich nur als eine Zählkandidatur anzusehen.

* *

Der frühere Geschäftsfreund des Herrn Bruhn, Graf Pückler, hat sich nun wirklich im **5. Berliner** Wahlkreise als Kandidat aufgestellt. Unter anderem hielt er auch am 18. d. M. eine Wählerversammlung ab, die aber der polizeilichen Auflösung verfiel. Er forderte nämlich auf, man solle ihn, Graf Pückler, in den Reichstag wählen, dann werde alles anders werden. Durch ihn werde Christus die Rettung des Lebens schicken und jedem Christen Schwerter in die Hand geben, um damit die Straßen Berlins zu säubern. Bei diesen Worten löste der überwachende Polizeileutnant die Versammlung auf.

* *

Der konservative Verein in **Stettin** hat den Beschluß gefaßt, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen. Er überläßt es jedem einzelnen Mitgliede, bei der Hauptwahl seine Stimme nach bestem Ermessen abzugeben, verpflichtet aber jedenfalls zur Beteiligung an der Stichwahl, um unter allen Umständen gegen den Sozialdemokraten zu stimmen.

Es kandidieren somit der Liberale Dr. Dohrn, der Sozialdemokrat Herbert und der Antisemit Sepke.

* *

Im Wahlkreise **Oels-Wartenberg** hat die Freundschaft zwischen Bündlern und Antisemiten ein Loch bekommen. Der antisemitische Kandidat, Zahnarzt Strumpf, ist aus dem Bunde der Landwirte ausgeschlossen worden, weil er sich geweigert, seine Kandidatur gegen den ebenfalls dem Bunde angehörigen Oberamtmann Enen niederzulegen, wozu er nach dem Bundesstatut verpflichtet war.

* *

Aus **Breslau** schreibt man uns:

Die Antisemiten, die in der schlesischen Hauptstadt vollständig abgewirtschaftet haben und bei der letzten Reichstagswahl in den beiden Breslauer städtischen Wahlkreisen insgesamt nur etwa 600 Stimmen aufbrachten, schlagen natürlich bei der jetzigen Wahl wieder hohe Töne an, als ob sie über viele Tausende von Anhängern zu verfügen hätten. Sie hielten da eine „Mittelstandsversammlung“ ab, d. h. der antisemitische Verein versammelte sich an einem Abend einmal unter diesem von den Antisemiten schon vielfach so schmählich mißbrauchten Namen. Die Herren, die sich zum „Deutschen Volksbunde“ rechnen, empfahlen sich gegenseitig — denn Gäste waren nicht erschienen — für den Breslauer Westen Wahlenthaltung, „denn der Freisinn sei in wirtschaftspolitischen Fragen schließlich noch gefährlicher wie die Sozialdemokratie“. Nun kommt es ja bei den 30 000 Stimmen, die in Breslau West etwa abgegeben werden, auf die 300 Volksbündler wahrhaftig nicht an, aber es ist doch interessant, daß die „Hochwacht“-Leute, die sonst den Mund mit nationalen Phrasen nicht voll genug nehmen können, hier die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen, nur weil es gegen den verhaßten Freisinn geht. Dabei ist diese freisinnige Kandidatur von allen bürgerlichen Kreisen, sogar von den Konservativen gebilligt. Für den in Breslau Ost aufgestellten konservativen Fürsten Hatzfeldt wollen die 300 Antisemiten eintreten, weil er „der Mittelstandsfrage sein Interesse entgegen bringt“. Man einigte sich zum Schluß der Vereinsversammlung auf eine Resolution, in der man zum Schluß recht hochtrabend erklärte: „Eine Bindung für nachfolgende Wahlen für alle Körperschaften in Reich, Staat und Kommune legen wir uns mit diesem Zugeständnisse nicht auf.“ —

Hoffentlich sind die bürgerlichen Parteien recht vorsichtig in ihrem Verhalten, damit sie diese 600 Mannen in Breslau nicht vor den Kopf stoßen — sonst stellen diese womöglich zwei eigene „Ernst“-Kandidaten auf. —

* *

Der Wirrwarr in **Flensburg-Apenrade**, schreibt man der „Voss. Ztg.“ von dort, spottet jeder Beschreibung. Er ist das Ergebnis der Verbrüderung bäuerlichen Bündlertums mit dem dunkelsten Antisemitismus. Noch im Jahre 1898 siegte der Judenhasser Raab in diesem Kreise, in dem es keine Juden gibt. Im Jahre 1903 fiel der Kreis dann der kleinen Minderheitspartei der Sozialdemokraten in den Schoß. Jetzt ist er nur durch eine linksliberale Kandidatur zurückzugewinnen. Ein Teil der Nationalliberalen stimmte bei der letzten Reichstagswahl für den freisinnigen Kandidaten Walgast. Bei dieser Wahl haben die Flensburger Nationalliberalen es vorgezogen, das alte Kartell wieder zu erneuern: sie nehmen einen Mann der alten Raabschen Koalition, und dieser verpflichtet sich, im Fall der Wahl in die nationalliberale Fraktion einzutreten. Dies Verhältnis ist jetzt vollständig und in aller Oeffentlichkeit klargestellt. Vor einigen Tagen fragte Graf Reventlow, der Kandidat der Deutschsozialen, nach dem politischen Glaubensbekenntnis des Flensburger Nationalliberalen, worauf der bekannte Agrarier P. Jensen-Ausacker die Antwort erteilte, Herr Wommelsdorf sei nach außen nationalliberal und nach innen gehöre er zum Bunde der Landwirte. Herr Wommelsdorf hat diese Auskunft noch in sehr interessanter Weise ergänzt. Als ihm vor wenig Tagen in einer Flensburger Versammlung zugerufen wurde, daß er ja noch Mitglied der deutschsozialen Partei sei, bestätigte er das mit der Versicherung, daß er nach seiner Wahl den antisemitischen Bann verlasse, um als „überzeugter Nationalliberaler“ seinen Eintritt ins Parlament zu machen.

Liebermann von Sonnenberg erklärt nun aber, Wommelsdorf sei vom Vorstand der deutschsozialen Partei infolge seiner Kandidatur ausgeschlossen worden. Die Nationalliberalen haben mit ihrem Kandidaten wahrlich keine Ehre eingelegt; sie hätten besser getan, mit den Freisinnigen gemeinsam vorzugehen.

Mit den Chancen Stöckers in seinem bisherigen Wahlkreise **Siegen** scheint es nicht zum Besten bestellt zu sein. Das mag zum Teil daran liegen, daß Herr Stöcker wegen seines Gesundheitszustandes nicht imstande ist, an dem Wahlkampfe sich persönlich zu beteiligen. Seine Anhänger rechnen denn auch kaum auf einen Sieg im ersten Wahlgang, wie es 1903 der Fall gewesen ist.

* * *

Von einem antisemitischen Druckfehler weiß das „Israel. Gemeindeblatt“ wie folgt zu berichten:

Von **Neuwied** wurde uns dieser Tage ein zugunsten der Kandidatur des gemeinsamen nationalen Kandidaten Landrat von Elbe in Neuwied verbreitetes nationalliberales Flugblatt übersandt. Dasselbe enthielt folgenden merkwürdigen Passus: „Und wie die Konfession, so muß auch jeder Parteiunterschied zurücktreten, sobald es gilt, des Reiches Ehre gegen Reichsfeinde zu schützen! Und reichsfeindlich ist das Zentrum, solange es in Gemeinschaft mit Sozialdemokraten, Juden, Welfen und Dänen die Mittel zur Stärkung des Ansehens des Deutschen Reiches verweigert.“ Die Sache kam uns so ungeheuerlich vor, daß wir sofort an ein Mißverständnis glauben mußten. Wir fühlten uns aber doch veranlaßt, eine Klarstellung der Angelegenheit herbeizuführen. Die Geschäftsstelle des Provinzialvorstandes der nationalliberalen Partei für die Rheinprovinz teilte uns sofort brieflich mit, daß eine Bekämpfung der Juden, als vollständig ihrer politischen Auffassung zuwiderlaufend, bezeichnet werden müsse. Es müsse offenbar ein Irrtum unterlaufen sein. Bald darauf erhielten wir noch ein zweites Schreiben folgenden Inhalts:

Köln, den 16. Januar 1907.

Soeben erhalten wir Nachricht aus Neuwied, die uns bestätigt, daß der Druckfehlerteufel seinen Possen gespielt hat. Im Manuskript hieß es „Polen“, das der Setzer für „Juden“ gelesen hat, was bei flüchtiger Schrift wohl möglich war. Der Anfang des Satzes, der das Wort enthält, schließt übrigens die Möglichkeit aus, daß die Neuwieder Front gegen die Juden gemacht haben könnten.

Der Partei-Obmann teilt mir noch mit, daß von einer Auflage von 18 000 Flugblättern 2000 falsch herausgingen, während 4000 vernichtet und 12 000 richtig, d. h. mit dem Worte „Polen“ herausgegeben wurden.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß damit die bedauerliche Angelegenheit erledigt ist.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
C. Peters, Generalsekretär.

* * *

Zur Wahl in **Marburg** teilt die „Hessische Rundschau“ mit, daß die Reformer wegen Erkrankung des von ihnen designierten Kandidaten, des Rechtsanwalts Harmony, beschlossen haben, von der Durchführung der Kandidatur für diese Wahl Abstand zu nehmen, aber von den übrigen aufgestellten Kandidaten keinen zu empfehlen, sondern den Angehörigen der Partei die Beteiligung an der Wahl freizustellen.

Das Blatt fügt hinzu: „Die Vertrauensmänner ließen sich bei diesem Beschlusse von der Erwägung leiten, daß die Partei, wie die Wahl auch ausfallen möge, den Wahlkreis sofort wieder in Angriff nehmen müsse und daher an dem Ausfall der jetzigen Wahl nicht erheblich interessiert sei. Wir heben den letzten Teil des Beschlusses besonders hervor. Sollten die Deutschsozialen in gewohnter Wahrheitsliebe das Gerücht verbreiten, unser Kandidat sei zugunsten des Ihrigen zurückgetreten, so nageln wir dies von vornherein als gröbliche Unwahrheit fest. Wir bekämpfen die Deutschsozialen mit derselben Entschiedenheit, wie bisher und bedauern, daß der erwähnte unglückliche Zufall uns bei dieser Wahl verhindert, dem Kampf in Marburg, Kassel und anderen hessischen Kreisen den wünschenswerten Nachdruck zu geben.“

* * *

Wir hatten die Mitteilung gebracht, daß der frühere Abgeordnete und jetzige Reichstagskandidat Raab in **Eschwege-Schmalkalden** gesagt hat, der Bund der Landwirte habe den Antisemiten nur unter der Bedingung Beihilfen zum Wahlfonds gewährt, daß sie sich ehrenwörtlich verpflichteten, im neuen Reichstage gegen die Grenzöffnung für Schweine zu stimmen. Hierauf erwiderte das Organ des Bundes der Landwirte:

„Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß der Bund der Landwirte von keinem Kandidaten die Abgabe des Ehrenwortes verlangt hat. Der Bund der Landwirte hat auch bei diesen Wahlen nichts anderes getan, als von den Kandidaten, die auf seine Unterstützung Anspruch machten, die Anerkennung seiner Forderungen verlangt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt also zu, erstens, daß die Deutschsozialen vom Bund der Landwirte pekuniäre Unterstützung erhalten, und zweitens, daß sie sich dafür verpflichtet haben, gegen die Aufhebung der Beschränkungen für die Schweineeinfuhr zu stimmen. Ob der Bund dem Antisemiten Raab und seinen deutschsozialen Genossen ein „Ehrenwort“ abgenommen hat oder nicht, bemerkt hierzu mit Recht die „Freisinnige Zeitung“, ist für die Sache ganz unerheblich. Wir vermögen auch beim besten Willen keinen Unterschied zwischen dem Wort eines Mannes und einem Ehrenwort zu erkennen. Dem Bund der Landwirte scheint es aber vollständig unbekannt zu sein, daß es eine Verfassung des Deutschen Reiches gibt, deren Art. 29 lautet: „Die Mitglieder des Reichstags sind .... an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden“. Für eine Partei, die bei jeder Gelegenheit so sehr ihre Loyalität und ihr verfassungsfreundliches Herz betont, ist doch ein solcher Verstoß gegen die Reichsverfassung am allerunziemlichsten. Aber bekanntlich haben die Bündler schon von jeher versucht, Reichstagskandidaten in dem Netz imperativer Mandate zu fangen. Es ist jämmerlich genug, wenn sich Leute finden, die in ihrem Mandatshunger sich zu solchen entwürdigenden und ungesetzlichen Zusagen verstehen. Noch blamabler aber ist es, wenn, wie in diesem Falle, die deutschsozialen Antisemiten sogar durch die Bindung in einer ganz genauen Einzelabstimmung sich die finanzielle Beihilfe einer politischen Gruppe erbetteln.

* * *

Die sozialdemokratische **„Münchener Post“** gefällt sich, um den Gegnern am Zeuge zu flicken, in antisemitischen Allüren. Sie verhöhnt den Kolonialdirektor Dernburg als „den Heros aus Judderstamm, vor dessen Kolonialkarren die liberalen Helden und freisinnigen Wadenstrümpfler im schwarz-weiß-roten Nationalkostüm einhertanzten wie weiland König David vor der Bundeslade, indem sie lockend den Regierungsmännern ihre welkenden Reize anpriesen: Geht nur weiter auf so glorreichen Pfaden und erhöht semitische Bankokraten über blaublütige Bürokraten. Ein Kaufmann, ein Bankdirektor, der Sohn eines liberalen Journalisten und Sprößling semitischen Blutes, wurde stellvertretender Kolonialdirektor, wird bald Staatssekretär des Reichskolonialamtes: Welche Wendung durch Wilhelms Fügung! Ist so Unerhörtes nicht Grund genug, den stolzen Traum vom Anbruch des goldenen Zeitalters der jüdischen Reserveoffiziere und der Ministerschaft des Herrn Ballin zu träumen? Der große Augenblick erfordert ein großes Geschlecht: Wozu länger die wenig profitable Aschenbrödelrolle der grollenden Opposition spielen und abseits stehend zusehen müssen, wie andere die besten Happen wegschnappen, während man doch so gern den angesammelten Fonds deutscher Mannentreue in Regierungsämter, Offiziersepaulettes, Orden, Einladungen zu höfischen

Ball- und Regattafesten umsetzen möchte?" In diesem Jargon bewegt sich die Polemik der „N. Post" gegen das „Regierungskartell der Rassenkämpfer" fort.

* * *

Aus **Baden** wird uns geschrieben:

Wenn ich bisher angenommen hatte, die Antisemiten seien in Baden politisch fertig und man schäme sich politisch antisemitisch zu sein, so hatte ich mich doch geirrt. Denn der konservative Kandidat für Heidelberg-Mosbach, dem vor seiner Aufstellung die Zentrumsstimmen zugesichert waren, der Verlagsbuchhändler Winter, hat aus dem Sammelsurium von Parteichen, welche ihn empfehlen, sich die Deutschsozialen herausgesucht und erklärt, er sei Mitglied dieser Parteigruppe. Das kommt von der Firmenänderung, daß man sich so irrt, wie ich es getan. Winter ist als Stöckerianer erzogen und so nennt er sich jetzt Deutschsozialer. Wenn diese Zeilen gedruckt sind, wird man wissen, welchen Fang er mit der neuen Firma machte.

* * *

Aus dem Wahlkreis **Weimar** wird uns geschrieben: Hier wirtschaftet der Generalsekretär Henningsen nach berühmtem Muster zugunsten des antisemitischen Kandidaten Oberamtsrichter Graef. Der Vorstand des nationalliberalen Vereins veröffentlicht folgende Erklärung:

„In Wort und Schrift, in Parteiversammlungen und Flugblättern geht der für den antisemitischen Kandidaten Graef tätige Agitator Henningsen aus Hamburg mit falschen Behauptungen hausieren, u. s. f. . . . gerade aus diesem Grunde (gehässige Agitation. D. Red.), werden viele Konservative und Mitglieder des Bundes der Landwirte nach ihren uns gegebenen Versicherungen für unseren (den freisinnigen Schulinspektor Weiß) Kandidaten stimmen. Herr Henningsen weiß das auch schon, denn von Allstedt aus ist ihm bereits geschrieben worden und zwar im Auftrag sämtlicher bürgerlichen Parteien, gar nicht erst mit dem Antisemiten Herrn Graef dorthin zu kommen, da für derartige Politik dort weder Meinung noch Stimmung sei."

Das ist allerdings eine bittere Abfuhr, noch dazu auch von den bündlerischen Freunden.

* * *

Aus dem Wahlkreis **Eisenach-Dermbach** berichtet man uns: Wie verlautet, ist zwischen dem antisemitischen Kandidaten und dem Zentrum doch noch in letzter Stunde ein Kuhhandel zustandegekommen. Das Zentrum hat sich bereit erklärt, die Antisemiten in einigen Wahlkreisen, in denen das Zentrum keine eigene Kandidatur aufstellt, gleich im ersten Wahlgang bezw. in der Stichwahl zu unterstützen. Es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Antisemiten dafür dem Zentrum Zugeständnisse gemacht haben. Das führende Zentrumsorgan für Thüringen und Hessen, die „Fuldaer Zeitung", hatte bereits erklärt, daß auf keinen Fall der Antisemit Schack gewählt werden dürfe und im Anschluß hieran Wahlenthaltung proklamiert. Neuerdings empfiehlt dasselbe Blatt die Wahl Schacks. Was ist hinter den Kulissen vorgegangen? Schack hat sich bedingungslos dem Bund der Landwirte verpflichtet. Sollte er und mit ihm seine Gesinnungsgenossen nun auch dem Zentrum Versprechungen gemacht haben, so darf man auf die Abstimmungen der „Wirtschaftlichen Vereinigung", die schon bisher eine bunte Meinungsmusterkarte boten, gespannt sein.

Nachschrift. Trotzdem Schack in öffentlicher Volksversammlung erklärt hat, er habe niemals dem Zentrum irgendwelche Zusagen gegeben, gedenke es auch nie zu tun und habe mit dem Zentrum keinerlei Gemeinschaft, wird heute aus Zentrumskreisen gemeldet, daß Schack nach dieser Erklärung dem Zentrum bindende schriftliche Erklärungen abgegeben hat, sodaß das Zentrum offiziell dazu auffordert, den Antisemiten zu wählen.

Die Antisemiten im Bunde mit den Regierungsfeinden und diese Genossenschaft die Frucht einer dreisten Unwahrhaftigkeit, das schlägt allerdings dem Faß den Boden aus. Auf die Zusagen, die Schack dem Zentrum gegeben, darf man neugierig sein.

* * *

Aus dem Wahlkreise **Waldeck-Pyrmont** wird gemeldet: Landesdirektor v. Saldern untersagte den Volksschullehrern die Wahlagitation für den freisinnigen Kandidaten Dr. Potthoff. Für den antisemitischen Kandidaten Frhrn. v. Richthofen dagegen dürfen die Lehrer öffentlich eintreten. Die Freisinnigen haben infolgedessen wegen ungleichmäßiger Behandlung eine Beschwerde an den Reichskanzler gerichtet.

Wiener Brief.

II.

(Die Großschlächterei. — Antisemitische Kandidaturen. — Die Antisemiten und die Regierung. — Die Rumänen-Deputation. — Kein Programm.)

Wien, den 20. Januar 1907.

Unlängst sprach man von einer Krise im Wiener Rathause. Ein Blatt, das eine diesbezügliche Nachricht brachte, mußte seinen Lesern am nächsten Tage zwei amtliche Dementis vorlegen. Im Rathause ist also alles in schönster Ordnung, weshalb sollte man sich auch aufregen? Daß die Krise, in der sich die Großschlächterei befindet, zu erregten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Magistratsdirektor Dr. Weißkirchner und dem Bürgermeister Dr. Lueger führen könnte, vermag nur der anzunehmen, der nicht weiß, daß die Christlichsozialen schon ärgere Schlappen mit der ihnen eigenen Gleichgültigkeit hingenommen haben. Aus dem Kampfe gegen die „Fleischjuden" und gegen die übermütigen Fleischhauer, den der Bürgermeister von Wien so siegesbewußt und mit Stolz in der Brust unternommen hat, ist also nichts anderes geworden als ein schwächlicher Aktionsversuch, der die Gemeinde Hunderttausende kosten wird. Das städtische Uebernahmsamt hat sozusagen schon zugesperrt, weil die verstockten Landwirte den Verkehr mit den „jüdischen" Viehkommissionären vorzogen und keine Notwendigkeit fühlten, die christlichsozialen Vermittlerdienste in Anspruch zu nehmen. Die Wiener Großschlächterei aber wird demnächst in andere Hände übergehen, weil — ja weil Dr. Lueger vor dem Wahlkampfe die Fronde der christlichsozialen Fleischhauer, die noch verschiedene andere Gewerbekategorien mit sich fortreißen könnte, fürchtet. So wird denn, wie ein Wiener Blatt witzig bemerkte, die Großschlächterei abgeschlachtet. Der Bürgermeister hat vor nicht allzulanger Zeit die Gerüchte über den beabsichtigten Verkauf der Großschlächterei dementieren lassen, nun ist es doch evident, daß die geleugneten Verhandlungen wirklich geführt wurden, wenn auch vielleicht durch Zwischenmänner. Am 7. d. M. fand die Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Wiener Fleischhauer statt, auf deren Tagesordnung ein Referat über den Kauf der Aktien-Großschlächterei durch die Genossenschaft der Fleischhauer stand. Der Gemeinderat Hütter, der gleichzeitig Obmann der Fleischhauergenossenschaft ist, hat mithin den großen Volksbürgermeister wirklich in die kleine Tasche gesteckt. Man sieht aus diesem Beispiele, in welch schwierige Situationen eine Partei kommen muß, die es allen möglichen Bevölkerungskreisen rechttun will. Der Gedanke, der der Gründung der unter kommunalem Einflusse stehenden Großschlächterei zugrundelag, war durchaus gesund. Die Kommune schuf im Vereine mit anderen Instituten eine Unternehmung, die die Aufgabe hatte, der großstädtischen Bevölkerung mit Umgehung der Großfleischhauer mög-

lichst billiges Fleisch zu liefern. Ursprünglich wurde daran gedacht, die kleinen Detail-Fleischhauer mit dem Verkauf der Produkte zu betrauen, als aber dann von der Genossenschaft eine Gegenagitation eingeleitet ward, entschloß man sich zur Errichtung selbständiger Filialen. Es heißt nun, das Unternehmen habe bisher große Summen eingebüßt und sei deshalb nicht haltbar. Wäre das der Fall, so würde dies lediglich eine schlechte Geschäftsführung beweisen, denn ein kapitalkräftiges gut geleitetes Institut müßte unbedingt die Konkurrenz mit den Großfleischhauern aufnehmen können, die keineswegs draufzuzahlen gewöhnt sind. Aber sachliche Erwägungen erscheinen bei Taten der Christlichsozialen niemals am Platze. Dr. Lueger will in seinem Lager Ruhe haben: das genügt. Und der Magistratsdirektor, der sich für die Großschlächterei so sehr exponiert hat, lenkt gefügig ein. Ein gutes Amt ist ihm mehr wert als eine feste Meinung. Als guter Mensch gönnt er Herrn Hütter den Triumph.

Die näherrückenden österreichischen Reichsratswahlen beschäftigen die Antisemiten bereits in vollem Maße. Die Mitteilungen, die bisher über die Kandidaturen auftauchten, sind sehr interessant. Sie zeigen, daß die Christlichsozialen sich in mancher „Hochburg“ nicht mehr ganz sicher fühlen. So verläßt der Bürgermeister seinen angestammten Bezirk, in dem er schon als Demokrat kandidierte; er siedelt vom V. Bezirk in den XIII. über, wo er sich geborgen glaubt. In einer der letzten Agitationsversammlungen „produzierte“ sich nach langer Zeit wieder einmal Ernst Schneider, der kurz und bündig erklärte, daß seine Partei dem Ministerpräsidenten gesagt habe, sie würde Herrn von Becks Kandidatur nicht unterstützen, wenn die Regierung das Herrenhaus nicht zugunsten einiger reaktionärer Paragraphen der Gewerbeordnung umstimmen würde. Der Herr von Wien sprach, Oesterreichs Ministerpräsident lief, bot alle seine Ueberredungskunst auf und die Verhandlung des Gesetzes ging wirklich zur Zufriedenheit des Gewerberetters Ernst Schneider vonstatten. Herr von Beck kann nun beruhigt in den Wahlkampf eintreten.

Ueber die näheren Umstände der Kandidatur und über die Ziele des Regierungschefs bringt ein durchaus seriöses Blatt — die „Grazer Tagespost“ — Aufklärungen, denen wir eine interessante Stelle entnehmen:

„. . . . So hat der Ministerpräsident Freiherr von Beck nach Rücksprache mit den christlichsozialen Führern für einen der drei von den Christlichsozialen beherrschten Wahlkreise der inneren Stadt Wien seine Kandidatur angemeldet. Natürlich wird sich der Ministerpräsident als Parteiloser zur Wahl stellen; allein seine Kandidatur scheint doch mit einer großen parteipolitischen Transaktion im Zusammenhange zu stehen. Heißt es doch, daß die Fusion der christlichsozialen Partei mit den Resten der klerikalen zu einer starken Zentrumspartei zu den Lieblingsgedanken des Ministerpräsidenten gehört. Der Bürgermeister ist einem solchen Plane allerdings entschieden abgeneigt, allein ebenso wie seine Krankheit im verflossenen Jahre ihn daran gehindert hat, der Wahlreformbewegung eine andere Richtung zu geben, muß man damit rechnen, daß seine Widerstandskraft nicht mehr stark genug sein wird, um diese Fusion zu verhindern, obgleich er von ihr, und zwar mit gutem Grunde, die Zertrümmerung der christlichsozialen Partei, wie er sie geschaffen hat und wie sie imstande war, dem Ansturme der Sozialdemokratie erfolgreich zu widerstehen, voraussieht.“

Wir glauben kein weiteres Wort hinzufügen zu müssen, denn wir charakterisierten die Regierung Beck bereits bei ihrem Amtsantritte als klerikal-antisemitisches Kabinett.

In Wien klappt es nicht mehr ganz. Die schönsten Veranstaltungen mißglücken den Christlichsozialen. Seit Wochen trommelten sie die Bevölkerung zu einem glänzenden Empfang der „Rumänen-Deputation“ auf, doch als diese in der Mitte der Woche eintraf, fehlten die zehntausend entzückten Zuschauer, auf die der Bürgermeister gerechnet hatte und die von den christlichsozialen Blättern sozusagen auf den Platz kommandiert waren. Mit der Rumänen-Deputation hat es sein eigenes Bewenden. Die Wiener Antisemiten treiben in der letzten Zeit große Politik; Oesterreich ist ihnen zu klein, sie wollen auch im Auslande von sich reden machen. Anläßlich der vorjährigen Bukarester Ausstellung waren die Rathausherren mit großem Tamtam nach der rumänischen Hauptstadt gefahren, wo sie aus eigener Machtvollkommenheit die Vertretung Oesterreichs übernahmen und sich auf das glänzendste feiern ließen. Nun sind die Abgesandten der Bukarester Gemeindevertretung nach Wien gekommen, um die schöne Stadt kennen zu lernen und die freundschaftlichen Beziehungen zu den Antisemiten aufzufrischen und zu vertiefen. Die Wiener Rathausherren hätten ihren Gästen gern einen großen Empfang bereitet, und sie ließen es auch an Anstrengungen nicht fehlen, aber sie konnten die Massen nicht auf die Straßen, durch die der Einzug stattfand, ziehen und so mußten sie auf die Staffage verzichten.

Vor einigen Tagen machte eine Notiz die Runde durch die Blätter, die ein großes Ereignis in Aussicht stellte. Es hieß, daß die Christlichsozialen den durch seine orthographischen und grammatikalischen Schreibfehler berühmten Abgeordneten Wohlmeyer mit der Abfassung eines Parteiprogramms betraut haben. Endlich wäre also die Gelegenheit geboten gewesen, schwarz auf weiß zu lesen, was die Antisemiten wollen, welche Prinzipien sie haben und wie sie sich zu einzelnen Fragen des öffentlichen Lebens stellen. Natürlich war das nur eine Zeitungsente. Den Christlichsozialen fällt es, wie sie sich zu versichern beeilten, gar nicht ein, ein einheitliches Programm aufzustellen. Wozu auch? Sie haben mit dem Grundsatze: Das beste Prinzip ist die Prinzipienlosigkeit! schon so viele Schlachten gewonnen.

rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Auf dem Reichskommers des Vereins Deutscher Studenten, welcher am 15. Januar stattfand, ist wieder etwas Judenhetze getrieben worden. In dem Berichte der „Kreuzztg.“ heißt es bei der Wiedergabe der Ausführungen eines der Redner, des stud. jur. Hermann Kastner: „Auch einen Hieb auf das internationale Judentum setzte es.“ — Der Kronprinz, dessen Anwesenheit auf dem Kommers im Januar 1905 die Antisemiten nach Kräften ausgeschlachtet haben, ließ dieses Mal in letzter Stunde absagen, da er durch eine Reise nach Nauen verhindert sei, der an ihn ergangenen Einladung zu entsprechen.

Vom Grafen Pückler. Das Reichsgericht hat am 15. Januar die Revision des Grafen Pückler-Klein-Tschirne verworfen, der am 20. Oktober v. J. vom Landgericht Berlin wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten, begangen durch Reden und Flugblätter, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Ein Judenhetzer abgeblitzt. Aus Sinzenich (Kreis Euskirchen) wird dem „Isr. Gemeindeblatt“ geschrieben:

„Eine Versammlung, deren Verlauf wohl in heutiger Zeit zu den Seltenheiten gerechnet werden kann, fand vor kurzem hier statt. Der Rheinische Bauernverein, dessen Hauptsitz in Köln ist, hatte hierher einen Redner gesandt, um auch die hiesige Gemeinde zum Beitritt zum Verein zu veranlassen. Schon seit 14 Tagen war diese Versammlung durch Plakate sowie durch einzelne Einladungen, welche auch wir Juden erhielten, auf den 20. Dezember festgesetzt worden. So waren denn auch die hiesigen Juden auf der Versammlung vollständig vertreten, um eventuell ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, da be-

lanniermeise derartige Versammlungen häufig durch antisemitische Reden und antisemitische Kraftausdrücke „gewürzt" zu sein pflegen. Im Verlauf der Versammlung, in der der Redner ca. zwei Stunden sprach, wurden ganz besonders die jüdischen Kaufleute und Händler sehr stark angegriffen. Ausdrücke, wie z. B. „die mit den langen, platten Füßen", „schwarze Bärte", „lange, krumme Nasen", „Juden" 2c. kamen wohl in jedem Absatze vor, ebenso betonte der Redner ganz besonders, daß wohl der Cohn, Levy und der Isaaksohn seine Töchter Judith und Rebecka auf Kosten der Bauern in die Sommerfrische schicken könnte. Redner schloß seinen Vortrag mit der Bemerkung, daß dieser Verein ein rein christlicher sei und auch Gott einem derartigen Verein seine Hilfe nicht versagen würde. Zum Schlusse wurden die anwesenden Herren aufgefordert, durch Unterschrift dem Rheinischen Bauernverein beizutreten. Es sei hervorgehoben, daß die hiesige Bevölkerung außer 7 jüdischen Familien nur aus Katholiken besteht. — Nachdem der Redner geendet, ergriff zunächst das Wort das Gemeinderatsmitglied Herr Rentier Jeon Nagelschmitz (Christ). „Eine solche Unverschämtheit," so führte er aus, „ist hier noch nicht vorgekommen. Wir haben hier 7 jüdische achtbare Familien wohnen und haben bis jetzt keinen Unterschied zwischen Juden und Christen gefunden und stets mit denselben in bestem Einvernehmen gelebt. Eine derartige Beleidigung, wie sie hier unseren jüdischen Mitbürgern angetan worden, kann ich unter keinen Umständen gutheißen und niemals werde ich einem derartigen Verein beitreten, der solche Hetzereien veranlaßt. Ich glaube wohl, im Sinne aller hiesigen Zuhörer gesprochen zu haben." Hierauf bemerkte das Gemeinderatsmitglied Herr Peter Nagelschmitz, daß es wohl nicht im Sinne des Vereins wäre, einen derartigen antisemitischen Redner aufs Land zu schicken, und bemerkte gleichzeitig, daß ein solcher Mensch unbedingt an die Luft gesetzt werden müsse. Nachdem noch verschiedene hiesige Redner, ganz besonders auch Herr Josef Zimmermann (gleichfalls Gemeinderatsmitglied), sowie die anwesenden christlichen und jüdischen Bürger ihre schärfste Mißbilligung über eine derartige Rede ausgesprochen hatten, kam es überhaupt nicht dazu, die Liste zum Beitreten zirkulieren zu lassen, und der Redner mußte als betrübter Lohgerber von dannen ziehen. Wir aber rufen insbesondere auch den nichtjüdischen wackeren Männern, die der antisemitischen Schmach den Einzug in Sinzenich verhinderten, ein ehrlich gemeintes Bravo! zu. Wenn man den antisemitischen Hetzern allerorten so entgegentreten würde, würde diesen berufsmäßigen Unfriedenstiftern bald die Lust an ihrem Hetzgeschäft vergehen."

Vermischtes.

Berner über Judentum und Christentum. Der kürzlich verstorbene berühmte Strafrechtslehrer Albert Friedrich Berner hat sich, wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, in einer nur engeren Kreisen bekannten Schrift in interessanter Weise über „Judentum und Christentum und ihre Zukunft" geäußert. Er geht in dieser Arbeit, einem Vortrag, den er 1891 im Berliner Unions-Verein gehalten hat, von den einschlägigen Schriften Renans aus. Der berühmte Gelehrte hatte sich in einem Aufsatze in der „Revue des deux Mondes" dahin geäußert, daß das Christentum keineswegs eine Fortsetzung des Judentums sei, sondern eine im Schoße des Judentums selbst vollzogene Reaktion gegen den herrschenden Geist des Judentums. Sokrates und Plato seien in weit höherem Maße unsere Vorfahren als die rohen Beduinen aus der Zeit Josuas und Davids. Etwa zwanzig Jahre später aber in seiner berühmten Abhandlung über „Judentum und Christentum" hat Renan diesen Standpunkt vollständig aufgegeben. Die ganze erste christliche Generation, sagt jetzt Renan, sei wesentlich jüdisch gewesen, und Paulus habe damals entschieden eine Ausnahmestellung eingenommen. Erst etwa hundert Jahre nach Christi Geburt setzte eine feindselige Strömung gegen das Judentum ein, die zur vollständigen Spaltung geführt habe, nachdem das Christentum unter Konstantin dem Großen im vierten Jahrhundert zur Staatsreligion geworden sei. Zuversichtlich erklärt jetzt Renan: „Das Judentum, welches in der Vergangenheit so Großes geleistet hat, wird auch noch für die Zukunft von Bedeutung sein. Die reine Religion, die die gesamte Menschheit vereinen kann, wird die Verwirklichung der Religion des Jesaias sein, die ideale, von ihren Schlacken gereinigte jüdische Religion." So weit Renan. Daran anknüpfend führt nun Berner aus, daß das heutige Christentum wesentlich an zwei Schäden leide, an seinen polytheistischen Elementen, die durch die Berührung mit dem Heidentum entstanden seien, vor allem aber an seiner scholastischen Dogmatik. In dem gegenwärtigen Kampfe gegen den Unglauben könne das Judentum, in dem die stärksten historischen Wurzeln des Monotheismus liegen, für die Neubildung des Christentums sehr wesentliche Dienste leisten. Das Judentum sei nicht mehr zu einer Weltreligion berufen, schon weil es sich nicht von dem Gedanken, eine nationale Religion zu sein, befreien könne. Andererseits sei eine Bekehrung der Juden zu einem noch polytheistisch gefärbten und durch scholastische Dogmatik verunstalteten Christentum durchaus nicht wünschenswert, bestehe doch seine historische Mission, wenn man einmal von allem Prophetismus absieht, in der entschiedenen Behauptung des reinen Monotheismus. Wenn nun aber einerseits das Christentum die Reinheit und Einfalt des Monotheismus zurückeroberte, wie groß würde doch auch andererseits der Gewinn für das Judentum sein, wenn es sich einem so geläuterten Christentum anschlösse! Es würde sich endlich herausretten aus seiner traurigen Isolierung, aus der historischen Sackgasse, in welcher es seit der talmudischen Reaktion feststeckt. Ein ernsthafter Gegensatz zwischen der christlichen und jüdischen Moral bestehe nicht; weit größere Schwierigkeiten bilde der Glaube an die Person Christi selbst. Bereits Lessing unterscheide zwischen der persönlichen Religion Christi und der christlichen Religion. „Jene ist die Religion, die Christus selbst als Mensch übte, die Religion der Frömmigkeit und der Menschenliebe; diese die Religion, welche Christus selbst als übermenschliches Wesen verehrt. Jene ist vollkommen klar und für alle Menschen, diese ist so ungewiß und zweideutig, so daß keine zwei Menschen darüber einig sind." Bekanntlich wollen neuere moderne Strömungen einer freien Theologie, wie etwa Kalthoff sie vertrat, von der Person Christi vollständig absehen. Berner spricht sich entschieden dagegen aus. Er hält eine Loslösung des Christentums von der Person seines Begründers für unmöglich, verspricht sich aber nichts von den Resultaten der historischen Kritik, wie sie seit Strauß ausgeübt wird. Derjenige Christus, der wirklich in der christlichen Religion lebe, sei die Gestalt des ganzen neuen Testaments; an dieses hätten wir uns zu halten, gleichviel, ob sein Christus den historischen Tatsachen entspreche oder nicht. Jedenfalls entziehe sich die Person Christi jeder dogmatischen Formulierung, und es müsse völlige Freiheit hinsichtlich ihrer Auffassung gewährt sein. Zum Schluß seiner Ausführungen stellt Berner folgende These auf: „Die Religion der Zukunft wird sein: ein vom Wunderglauben befreites, durch den Wiedereintritt des Judentums im Gottesglauben gefestigtes, und von aller dogmatischen Scholastik wie von allem polytheistischen Beisatz gereinigtes Christentum."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Emil Bürger, Magdeburgerstr. 14. — H. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 5. Berlin, 30. Januar 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Bensit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Reichstagswahlen und die Antisemiten.

Die Wahlschlacht ist geschlagen. Erst der Ausgang der zahlreichen Stichwahlen wird eine volle Würdigung des Gesamtergebnisses ermöglichen. Doch läßt sich schon heute die Frage, wie der Antisemitismus abgeschnitten hat, annähernd beantworten. Wenigstens in bezug auf die Erwerbung von Mandaten, während zum Zwecke der Feststellung der Zahl der für die antisemitischen Kandidaten abgegebenen Stimmen die amtliche Statistik abgewartet werden muß.

Im verflossenen Reichstage zählten die antisemitischen Gruppen 14 Mitglieder, und zwar die Reformpartei 6, die Deutschsozialen 5, die Christlichsozialen 2. Hierzu kam der eine Partei für sich bildende Herr Kröfell.

Von den Reformern sind am 25. Januar Zimmermann (Zschopau-Marienberg), Graefe (Bautzen) und Bruhn (Arnswalde-Friedeberg) wiedergewählt worden, Frölich (Ost- und West-Sternberg) und Bödler (Schlochau-Flatow) durchgefallen. Letzterer verlor im Vergleich zu 1903 fast 3000 Stimmen und doch hatte er wenige Tage vor der Wahl die Kühnheit, seine Wiederwahl als „totsicher" hinzustellen. Werner hat sein Hersfeld-Rotenburger Mandat in einer Stichwahl mit dem Zentrum zu verteidigen. In die Stichwahl sind ferner gelangt der frühere Abg. Bindewald in Alsfeld-Lauterbach-Schotten mit dem bisherigen nationalliberalen Inhaber des Mandats Wallau und der frühere Abgeordnete Gäbel in Meißen-Großenhain mit dem bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Nitzschke. — Von den sonstigen reformerischen Kandidaturen nennen wir noch die des Rechtsanwalts Siman in Deutsch-Krone, welcher trotz gewaltiger Anstrengungen es nicht einmal zu einer Stichwahl brachte.

Der Führer der Deutschsozialen, Liebermann von Sonnenberg, ist in seinem alten Wahlkreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain im ersten Wahlgang gewählt worden. Seine Parteigenossen, die bisherigen Abgeordneten Lattmann (Kassel-Melsungen), Herzog (Rinteln-Hofgeismar), Raab (Eschwege-Schmalkalden) und Schack (Eisenach) stehen in Stichwahlen mit Sozialdemokraten. Außerdem befinden sich folgende deutschsoziale Kandidaten in engeren Wahlen: Dr. Böhme in Marburg mit dem bisherigen freisinnigen Abgeordneten v. Gerlach, der frühere Abgeordnete Köhler in Gießen mit dem bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Heyligenstädt, Gräf in Weimar mit dem bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Baudert, Freiherr v. Richthofen in Waldeck-Pyrmont mit dem bisherigen freisinnigen Abgeordneten Potthof. — Erfolglos blieben die Kandidaturen von Graf Reventlow in Flensburg, Müller in Lauenburg, Strumpf in Oels, Bähr in Friedberg-Büdingen.

Stöcker ist in Siegen im ersten Wahlgange wiedergewählt worden, ebenso mit Hilfe des Zentrums der Parteisekretär der Christlichsozialen, Dr. Burckhardt in Dillenburg. In Stichwahl befinden sich Behrens in Wetzlar-Altenkirchen mit dem bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Krämer und Rippel in Erbach-Bensheim mit dem bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Haas.

Herrn Kröfells Laufbahn als Volksvertreter ist abgeschlossen. Sein Pyritz-Saatziger Mandat haben ihm die Konservativen entrissen.

Der Deutsche Volksbund, ein schwer definierbares antisemitisches Gebilde, verschwindet von der parlamentarischen Bildfläche, nachdem die von ihnen protegierten Herren Frölich und Kröfell unterlegen sind und auch Herr Sepke seinen Ehrgeiz, Stettin im Reichstage zu vertreten, nicht befriedigen kann. Auf Herrn Sepke hatte man die größten Hoffnungen gesetzt; einen Tag vor der Wahl schrieb die „Deutsche Hochwacht": „Entweder Sepke schlägt in der Hauptwahl beide Gegner oder er kommt mit Fritz Herbert in die Stichwahl." Und was geschah? Der Sozialdemokrat erhielt ca. 14 000, der Freisinnige Dr. Dohrn ca. 13 000 und Herr Sepke — ca. 3000 Stimmen!

Zur Vervollständigung des Situationsbildes sei noch erwähnt, daß Ahlwardt in Neustettin von ca. 12 300 abgegebenen Stimmen nur ca. 1900 erhalten hat, Graf Pückler in Berlin ca. 200. Diese beiden Outsiders „gehören auch zum Ganzen" so gut wie Herr Wilhelm Bruhn, ihr einstiger Impresario.

Wie wird fortan die antisemitische Vertretung im deutschen Parlament beschaffen sein? Ohne uns auf eine Abwägung der Chancen in den bevorstehenden Stichwahlen im einzelnen einzulassen, möchten wir die Vermutung aussprechen, daß die Antisemiten in der alten Stärke in den Reichstag zurückkehren werden. Wenn sie sich auch mit weitergehenden Hoffnungen getragen haben, so ist doch die Tatsache, daß die Antisemiten in unverminderter Zahl wiederkehren, unerfreulich genug. Ihre Erfolge sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie dieses Mal wie kaum jemals zuvor mit den unsaubersten Mitteln den Wahlkampf geführt haben. Das gilt besonders von den Anhängern des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Hierzu

kommt die Unterstützung, welche den Antisemiten von dem Bund der Landwirte in immer weiterem Umfange zuteil wird. Die Deutschsozialen können nur als Kostgänger des Bündiertums ihre Existenz fristen, und so ist es gekommen, daß selbst die „radikalen" hessischen Antisemiten mit fliegenden Fahnen in das deutschsoziale Lager übergegangen sind.

Man wird deshalb dem politischen Antisemitismus nur dann wirksam entgegentreten können, wenn man zugleich den Bund der Landwirte und sonstige Richtungen, die ihn offen oder geheim begünstigen, bekämpft.

Als eine weitere Ursache des für die Antisemiten relativ günstigen Wahlresultats ist der Umstand anzusehen, daß die durch den nationalen Elan, der die Wahlen beherrscht hat, hervorgerufenen Parteikoalitionen auch den Antisemiten zugute kamen. Es kann trotzdem keine Rede davon sein, daß die Neuwahlen von 1907 einen Aufschwung des Antisemitismus gezeigt haben. Man braucht bloß auf die kläglichen Wahlergebnisse der Antisemiten und der mit ihnen verbündeten Konservativen in der Reichshauptstadt, wo die Stöckersche Bewegung einst ihren Ausgang genommen hat, hinzuweisen, sowie auf die Tatsache, daß in vielen anderen Gegenden unseres Vaterlandes die Versuche der Antisemiten, Boden zu gewinnen, gescheitert sind, um zu erkennen, daß die Antisemiten keinen Grund zu prahlerischem Gebahren haben. Im Jahre 1893 sind 16 Antisemiten in den Reichstag eingezogen, und wenn jetzt eine fast gleiche Zahl dort erscheinen sollte, so sind wir überzeugt, daß die Herrlichkeit nicht lange dauern wird, wenn die Gegner des Antisemitismus ihre Schuldigkeit tun und durch rastlose Aufklärungsarbeit und feste Organisationen die Bewegung einzudämmen bemüht sind.

Wahlergebnisse vom 25. Januar.

Reformpartei.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Arnswalde-Friedeberg:	Ref.	9519
	Soz.	2514
	D. Volksbund	110
	Freis. Vp.	110

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Ost- u. West-Sternberg:	Konf.	8669
	Ref.	5159
	Soz.	1556
	Freis. Vgg.	860

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Schlochau-Flatow:	Konf.	10 138
	Pole	5454
	Ref.	4097
	Zentr.	2905
	Soz.	163
	Zerspl.	31

Stichwahl zwischen Konf. und Pol.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Deutsch-Krone:	Reichsp.	4827
	Zentr.	3324
	Ref.	2705
	Soz.	353

Stichwahl zwischen Reichsp. und Zentr.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Hersfeld-Rotenburg:	Ref.	7527
	Zentr.	3316
	Konf.	3314
	Soz.	1777
	Frs. Vp.	165

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Bautzen-Kamenz:	Ref.	20 387
	Soz.	8584
	Zentr.	189

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Meißen-Großenhain:	Soz.	14 119
	Ref.	6943
	Konf.	6590
	Freis. Vp.	3443
	Zentr.	116

Stichwahl zwischen Soz. und Ref.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Borna:	Reichsp.	10 812
	Soz.	9783
	Ref.	4777

Stichwahl zwischen Reichsp. und Soz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Zschopau-Marienberg:	Ref.	15 600
	Soz.	11 900

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Alsfeld-Lauterbach:	Ref.	6455
	Nationallib.	6200
	Freis. Vp.	1419
	Soz	1194

Stichwahl zwischen Ref. und Nationallib.

Deutschsoz. Partei.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Fritzlar-Homberg:	Deutschsoz.	8882
	Freis. Vgg.	3682
	Soz.	773
	Zentr.	44

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Kassel-Melsungen:	Soz.	17 075
	Deutschsoz.	11 793
	Nationallib.	9479
	Hess. Rchtsp.	731

Stichwahl zwischen Soz. und Deutschsoz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Eschwege-Schmalkalden:	Deutschsoz.	8943
	Soz.	7264
	Freis. Vp.	5444

Stichwahl zwischen Deutschsoz. und Soz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Eisenach:	Soz.	7858
	Deutschsoz	6986
	Nationallib.	6103

Stichwahl zwischen Soz. und Deutschsoz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Rinteln-Hofgeismar:	Deutschsoz.	8877
	Soz.	4805
	Freis. Vp.	2516
	Ref.	2032
	Zentr.	642
	Hess. Rechtsp.	126

Stichwahl zwischen Deutschsoz. und Soz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Waldeck-Pyrmont:	Freis. Vgg.	4609
	Deutschsoz.	4056
	Nationallib.	1373
	Soz.	1122

Stichwahl zwischen Freis. Vgg. und Deutschsoz.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Marburg:	Deutschsoz.	9075
	Freis. Vgg.	4391
	Zentr.	2371
	Soz.	1554
	Nationallib.	1073
	Hess. Rechtsp.	52

Stichwahl zwischen Deutschsoz. und Freis. Vgg.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Gießen:	Deutschsoz.	8950
	Nationallib.	7486
	Soz.	6445

Stichwahl zwischen Deutschsoz. und Nationallib.

Wahlkreis	Partei	Stimmen
Flensburg:	Nationallib.	6983
	Soz.	6237
	Freis. Vp.	4982

	Däne	3249
	Deutschsoz.	2844
	Zentr.	75

Stichwahl zwischen Nationallib. und Soz.

Weimar:	Soz.	11 365
	Deutschsoz.	8807
	Freis. Vp.	7200

Stichwahl zwischen Soz. und Deutschsoz.

Lauenburg-Mölln:	Soz.	3869
	Freis. Vgg.	3836
	Deutschsoz.	3548

Stichwahl zwischen Soz. und Freis. Vgg.

Christlichsoziale Partei.

Siegen-Wittgenstein:	Christlichsoz.	15 861
	Nationallib.	8282
	Zentr.	3065
	Freis. Vgg.	2957
	Soz.	949

Dillenburg:	Christlichsoz.	11 161
	Nationallib.	9072
	Soz.	1020

Wetzlar:	Nationallib.	8725
	Christlichsoz.	7730
	Konf.	7197
	Soz.	2572

Stichwahl zwischen Nationallib. und Christlichsoz.

Erbach-Bensheim:	Nationallib.	8575
	Christlichsoz.	6749
	Soz.	5592

Stichwahl zwischen Nationallib. und Christlichsoz.

Lennep-Mettmann:	Soz.	21 378
	Freis. Vp.	16 659
	Christlichsoz.	7065
	Zentr.	6240
	Pole	44

Stichwahl zwischen Soz. und Freis. Vp.

Hagen-Schwelm:	Freis. Vp.	18 030
	Soz.	17 578
	Zentr.	5049
	Christlichsoz.	1675

Stichwahl zwischen Freis. Vp. und Soz.

* * *

Pyritz-Saatzig:	Konf.	11 270
	Krösell	4496
	Freis. Vgg.	3322
	Soz.	1874

Wahlbetrachtungen.

Ueber die Reichstagswahl in **Frankfurt a. M.** schreibt unser dortiges Bureau:

„Seit dem Jahre 1903 konnte man unausgesetzt von dem Anwachsen des Antisemitismus und seiner Anhänger in unserer Stadt hören, und vor der Wahl entfaltete diese Partei — nachdem sie bei den Stadtverordnetenwahlen eine arge Niederlage erfahren — eine rührige Agitation. Dazu hatte sie einen Kandidaten aufgestellt, für den sie vielleicht noch mehr Sympathien erhoffen konnte, als für den vom Jahre 1903.

Trotz dieses günstigen Faktors, trotz lebhafter Wahlagitation beträgt der Zuwachs im Verlauf von vier Jahren ganze 600 Stimmen. Diese Ziffer würde an und für sich schon jeden Kommentar erübrigen, aber sie gewinnt noch gewaltig an Bedeutung, wenn man den Stimmenzuwachs der Liberalen und Sozialdemokraten zum Vergleich heranzieht. Es erhielten erstere 1903 7533, 1907 17 562, letztere 1903 20 079, 1907 28 578 Stimmen."

* * *

Aus dem Wahlkreise **Eschwege-Schmalkalden** wird uns geschrieben:

„Die Liberalen haben für ihren Kandidaten Lehrer Kimpel tapfer gekämpft, aber der in allen Farben schillernde Mittelstandsretter Raab kämpfte mit vergifteten Geschossen und mit den skrupellosen Mitteln, deren sich eben nur Antisemiten zu bedienen verstehen. Das Resultat kann auch hier, wo wie allenthalben eine starke Wahlbeteiligung zu konstatieren ist, nicht weiter überraschen. Der Antisemit Raab erhielt 8934 Stimmen, (gegen 4550 bei der Hauptwahl 1904), der Freisinnige Kimpel erhielt 5444 Stimmen, (gegen 4083 im Jahre 1904), der Sozialdemokrat Eckardt erhielt 7264 Stimmen, (gegen 5826 im Jahre 1904). Der Antisemit hat seine Stimmenzahl verdoppelt, was dadurch zu erklären ist, daß er auf dem Lande den letzten Wähler zur Urne schleppte und den Bauern das Paradies auf Erden versprochen hatte. Aus dem Wahlkampfe sei noch folgendes Vorkommnis erwähnt: Der angebliche Redakteur Richard Döring aus Hamburg hielt in Schmalkalden eine Versammlung ab, um die Ideen des Antisemitismus darzulegen. In seinem Vortrage verhöhnte und glossierte er auch unseren verstorbenen Kaiser Friedrich und zwar in so gehässiger Weise, daß alle Anwesenden empört waren und auf einmütigen Protest der antisemitische Schmäher und Freund Raabs aus der Versammlung gewiesen werden mußte. Als sich die Presse aller Schattierungen über die jedem Pietätsgefühl ins Gesicht schlagenden Vorgänge entrüstete, erklärte Döring, er habe nur Worte wiedergegeben, die Bismarck in einer Unterredung mit Dr. Liman gesprochen habe. Dieses mysteriöse Bismarckzitat ist aber, was wir hier ein für allemal feststellen wollen, auch auf die Gefahr hin, das Gedächtnis Dr. Limans bloßzustellen, gefälscht!"

* * *

Aus dem Großherzogtum **Sachsen-Weimar** wird uns geschrieben:

„Das Großherzogtum hat drei Reichstagswahlkreise. Im ersten und zweiten Weimarischen Wahlkreise kommen die Antisemiten in die Stichwahl. Das ist ein betrübendes Resultat und beweist, daß die wüste, volksverhetzende Agitation der Antisemiten im Lande Schillers und Goethes gewissen Volksschichten die gesunde Urteilskraft getrübt hat. In Weimar und Eisenach sind die liberalen Kandidaten, die gemeinsam von der freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Partei aufgestellt worden waren, den antisemitischen Kandidaten unterlegen. Der neugeeinte Liberalismus hoffte mit seinem nationalen und liberalen Ehrenschild über die reaktionäre Firma zu siegen. In Weimar der freisinnige, in Eisenach der nationalliberale Bewerber, beide haben ehrlich und in parlamentarischen Formen gekämpft, aber Weimar und Eisenach sind der politischen Brunnenvergiftung erlegen. Es ist für weite Kreise der Bevölkerung dieser Wahlkreise damit eine bedauerliche Situation eingetreten, die gerade die konservativen Elemente, die einerseits die Wahlkreise gern vor einer sozialdemokratischen Vertretung bewahren wollten, andererseits aber die Antisemiten in die Stichwahl brachten, verhindern konnten. Die Wählerschaft steht mit großer Majorität hinter den Parteien der Linken, und es ist eine unberechtigte Zumutung zu verlangen, daß man einer winzigen Majorität von Anti-

semiten, Bündleen und Konservativen die Vertretung der beiden Wahlkreise überläßt. Im einzelnen ist die Situation wie folgt:

Im Wahlkreis **Weimar** wurden 1903 im ganzen 23 297 Stimmen abgegeben, bei der diesjährigen Reichstagswahl 28 578, also zirka 89 Prozent aller Stimmen. Das Wahlresultat, Schulinspektor **Weiß** (freisinnige Volkspartei) 7349, Parteisekretär **Baudert** (Sozialdemokrat) 12 052, Amtsgerichtsrat **Graef** (Antisemit 9087 Stimmen, zeigt zunächst das Anwachsen der liberalen Stimmen van 2924 auf 7349, also fast auf das Dreifache, was allerdings zum größten Teil durch das Zusammengehen mit den Nationalliberalen bewirkt wurde. Der Sozialdemokrat hat zirka 1200 Stimmen neu gewonnen. In der Stichwahl siegte 1903 Baudert mit 12 826 Stimmen über den Agrarier, der 11 995 Stimmen erhielt. Der Antisemit Graef hat gegen 1903 schon im ersten Wahlgang ein Plus von 3350 Stimmen. Die zum Wahlkreis gehörigen Städte Weimar und Apolda haben sich nach dem Ziffernausweis ziemlich kühl gegen den Antisemiten verhalten. Im ländlichen Wahlkreis dagegen hat die skrupellose Agitation der Antisemiten gesiegt. Die vereinigten Liberalen haben es an Arbeitsfreude nicht fehlen lassen, aber sie waren der unehrlichen Kampfesweise der antisemitischen Wahlmacher **Henningsen** und Genossen gegenüber machtlos. Die bezahlten Helfershelfer des Herrn Graef haben es weder an Herabsetzung des Kandidaten Weiß, noch an Verunglimpfung des Wahlbündnisses der vereinigten liberalen Parteien fehlen lassen. Es dürfte den vereinigten liberalen Parteien daher schwer werden für die Stichwahl eine gemeinsame Wahlparole auszugeben. Die antisemitische Kampfesweise hat selbst rechtsstehende Nationalliberale abgeschreckt und der Antisemit Graef, der persönlich für die Machenschaften seiner Wahlmacher verantwortlich ist, wird in der Stichwahl eine sehr unglückliche Rolle spielen. Am Tage vor der Hauptwahl ließen die Antisemiten ein Wahlinserat mit vielen Unterschriften erscheinen, das auch **Namen von Arbeitern** enthielt. Wie das sozialdemokratische Wahlkomitee feststellt, sind die Arbeiter **gar nicht vorher gefragt** worden. Das nationalliberale Organ der Stadt Weimar, die Weimarische Landeszeitung „Deutschland" erklärte nach am 24. Januar:

„Die Herren Graef, Henningsen, Hesse usw. haben allgemein in der Bevölkerung eine **tiefe Mißstimmung** über ihre Agitation hinterlassen. Wir haben begründete Besorgnis, daß **viele Elemente von der äußersten Rechten bis zur Linken aus diesem Grunde in der Stichwahl,** falls der Antisemit hineinkommt, **der Urne fernbleiben** werden; neue Wähler zu erobern, ist diese Art und Weise der Agitation, die in einer Großstadt, wie Hamburg am Platze sein mag, hier auf keinen Fall geeignet."

Da haben die Antisemiten die Quittung für ihr Verhalten. Die Partei, deren Anhänger auf so unrühmliche Weise ihre Mandate erkämpfen, ist es nicht wert, daß liberale deutsche Männer für sie in die Schanzen treten.

Aehnlich wie in Weimar ist es auch in **Eisenach**. Die Hoffnungen der vereinigten liberalen Parteien, ihren Kandidaten Dr. **Winter** in die Stichwahl zu bringen, haben sich nicht erfüllt. Der Vertreter der gefährlichsten und verwerflichsten Reaktion Wilhelm **Schack** kommt wieder, wie bei der Nachwahl 1905, mit dem sozialdemokratischen Parteisekretär **Leber** in die Stichwahl. Das Wahlergebnis ist folgendes: Dr. **Winter** 6088, **Leber** 7862, **Schack** 7012 Stimmen. Der Antisemit hat 1905 nur 4049 Stimmen gehabt. Das Anschwellen seiner Stimmenzahl hat er zunächst dem **Zentrum** zu verdanken, dem er trotz aller dreisten Ableugnungen **schriftliche** und **bindende** Versprechungen gegeben hat. Der Pakt wurde zwar nicht direkt abgeschlossen, aber Herr Giesberts in Essen hat die Liebenden zusammengekuppelt und die Agrarier und Konservativen des Wahlkreises stellen sich blind und dulden stillschweigend die antisemitische Liaison mit dem Zentrum. In zweiter Linie haben die **unerhörten Verhetzungen** und **gewissenlosen Agitationen** Schacks und seiner Leute, die die ländliche Bevölkerung zugunsten des Antisemitismus bearbeiteten, dieses Ergebnis der Wahl herbeigeführt. Das freigesinnte, unabhängige Bürgertum des Wahlkreises soll nun entscheiden. Ein Blick auf die Wahlziffern genügt, um zu zeigen, daß der Wahlkreis in seiner gewaltigen Majorität eine **liberale**, oder aber eine weit links stehende Vertretung fordert. Aber die ländlichen Wähler, die weniger politisch aufgeklärt sind, haben den Versprechungen der Antisemiten Glauben geschenkt und man muß es der Zukunft überlassen, durch die Ereignisse der ländlichen Bevölkerung die Augen zu öffnen über die politische Verirrung, der sie nach einer über das erlaubte Maß gehenden Verhetzung verfallen ist. Die Wartburgstadt, Luthers Zufluchtsort, ist van 50 Hamburger antisemitischen Jünglingen, Angehörigen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, bearbeitet worden. Aus der großen Handelsstadt sind die Händler ausgezogen und haben mit ihrem Geld und ihrem unlauteren Geschäftsgebahren die Wartburgstadt zu erkaufen gesucht.

Die Ursache des Anwachsens der antisemitischen Stimmen im Großherzogtum ist kein Geheimnis. Gewisse Regierungskreise kokettieren schon seit langer Zeit mit den gewissenlosen Demagogen. In der Weimarer Musenstadt hat Bartels den Boden vorbereitet, in Eisenach haben die höchsten Regierungsorgane parteiisch für die Antisemiten in die Wahl eingegriffen. Amtliche Personen stellten sich allenthalben den Wahlmachern Graefs und Schacks zur Verfügung und die kleinen Gemeinden stimmten demzufolge teilweise geschlossen antisemitisch. Die Parteien der Linken wurden im Eisenacher Kreis durch Versammlungsstörungen, organisierte Sprengkolonnen und nichtswürdige, in letzter Stunde ausgesprengte Verdächtigungen in ihrer Organisation und Agitation empfindlich gestört und behindert. Andererseits mußten die Parteien der Linken die Erfahrung machen, daß die ländlichen Wähler über das wahre Wesen des Antisemitismus so gut wie nicht aufgeklärt sind. **Ja sogar unter den Juden** des ländlichen Wahlkreises ist man durch die falsche Firmierung: „Wirtschaftliche Vereinigung" vielfach im Zweifel gewesen, ob diese Kandidaten, die es geschickt verstehen, ihre wahren Endziele und Bestrebungen zu verbergen, wirklich Antisemiten sind. Aufklärung ist hier dringend vonnöten, damit die Antisemiten nicht länger im Trüben fischen können."

* * *

Folgende **Berichtigung** ist uns zugegangen:

Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspreßgesetzes ersuche ich um folgende Berichtigung der in Nr. 3 Ihres Vereinsblattes vom 16. d. Mts. über amtliche Wahlbeeinflussungen im Wahlkreise Eisenach-Dermbach enthaltenen Mitteilungen:

1. Es ist **unrichtig**, daß in meinem Beisein von Herrn Thomas aus Hamburg eine Wahlversammlung angemeldet worden ist und ein Saal für eine solche bestellt wurde. Auch habe ich mich in keiner Weise um Anbringung von Wahlplakaten für den Kandidaten der wirtschaftlichen Vereinigung bekümmert.

   Mein ganz vorübergehendes Zusammentreffen mit Herrn Thomas am fraglichen Tage war ein zufälliges, wie mir auch Herr Thomas bis dahin überhaupt persönlich unbekannt war.

2. Eine **Reise durch den Wahlkreis** ist von mir weder am 7. ds. Mts. noch sonst an einem Tage

seit Auflösung des Reichstages gemacht worden. Ich habe nur am 7. ds. Mts. in einem Orte des Bezirks dienstliche Angelegenheiten erledigt.

3. Der höchste Regierungsbeamte des Bezirks bin nicht ich, sondern ist der Großherzogliche Bezirksdirektor, dem ich als Hilfsbeamter und Stellvertreter für den Fall der Behinderung beigegeben bin.

4. Dieser steht der ganzen Angelegenheit vollkommen fern und hat von ihr erst durch die Zeitungsnotizen Kenntnis erhalten.

5. Wie nach der vom Großherzoglichen Staatsministerium getroffenen Feststellung vorliegend von einer amtlichen Wahlbeeinflussung keine Rede sein kann, so sind auch früher keine amtlichen Wahlbeeinflussungen hier vorgekommen.

Eisenach, den 22. Januar 1907.

König,
Bezirkskommissar.

* * *

Der von den Liberalen unterstützte konservative Kandidat in **Schlochau-Flatow**, Rittergutsbesitzer Wildens, der den Antisemiten Böckler aus der Stichwahl verdrängt hat, sagte in einer Versammlung zu Schlochau am 22. Januar:

„Böckler ist als Antisemit gewählt worden und hat nur in der Stichwahl die Stimmen der anderen Deutschen erhalten. Er ist und bleibt ein Feind vieler Einwohner des Wahlkreises. Es kann nur zu Haß und Feindschaft unter der Bevölkerung führen, wenn wir dauernd einen Antisemiten zum Vertreter haben. Und, meine Herren, Sie wünschen doch nicht, daß sich hier in diesem Wahlkreise Szenen wiederholen wie wir sie hier in der Nachbarschaft, in Konitz, gehabt haben."

In derselben Versammlung verlas ein anderer **Konservativer, der Hauptmann v. Lieres eine Stelle aus einer Reichstagsrede, die bisher unwidersprochen geblieben sei. Am 10. März 1904 sagte Böckler:**

„Ich habe ja die Ehre einen der verjudetsten Wahlkreise im Reiche zu vertreten. Aber ich möchte dagegen protestieren, daß wenigstens die Juden im Kriege jemals Tapferkeit gezeigt hätten! — —"

„Meine Herren!" — fuhr Hauptmann v. Lieres fort — „Ich von meinem Standpunkt muß hiergegen protestieren. Wenn sich Herr Böckler erlaubt, im Reichstage in dieser wegwerfenden Weise von Bewohnern des Wahlkreises zu sprechen, die ihm bei der Stichwahl zum Siege verholfen haben, so muß ich mir so etwas von meinem Standpunkte als evangelischer Christ energisch verbitten und ich kann mir, da wir ihm zu seinem Reichstagsmandat verholfen haben, das nicht gefallen lassen und muß dagegen protestieren."

* * *

Der „Ostdeutschen Tagesztg." entnehmen wir eine Zuschrift des Schriftführers des deutschen Wahlvereins in **Czarnikau-Filehne**, in der es heißt: Der Vorstand dieses Wahlvereins stehe den von den Liberalen behaupteten Saalabtreibungen gänzlich fern. Nach dem, was der Vorstand darüber wisse, seien die Saalverweigerungen sowohl in Selgenau als auch im Kreise Filehne lediglich aus eigenem Antriebe der Saalbesitzer erfolgt, und zwar falle dies in erster Linie aus dem Grunde geschehen sein, weil der liberale Kandidat Dr. Preuß Israelit sei. — Der Sachverhalt wird ja noch klargestellt werden. Sollte es aber wahr sein, daß den Liberalen in dem Wahlkreise Czarnikau-Filehne aus einem so verwerflichen Grunde die Agitation erschwert worden ist, dann um so schlimmer. Man sollte doch meinen: **Wenigstens in den Ostmarken wäre es Pflicht aller Deutschen, ohne Unterschied der Konfession, zusammen zu halten.**

* * *

Ueber **antisemitische Zweiseelen-Theorien** schreibt die „Hessische Landeszeitung":

„Die Antisemiten, die sich auf ihre Charakterstärke oft so besonders viel zu gute tun, sind manchmal merkwürdige Leute. Da ist z. B. der bekannte Köhler-Langsdorf, früher der von Liebermann von Sonnenberg bestgehaßte Mann, der Herrn Liebermann Gleiches mit Gleichem vergalt. Jetzt ist er in Gießen Kandidat der Deutschsozialen, d. h. der Liebermannschen Antisemiten. In Nauen dagegen hatte er eine Kandidatur für die Reformer, d. h. die Zimmermannschen Antisemiten, übernommen! Ebenso vielseitig ist Köhlers alter Freund und Gesinnungsgenosse, der in einer peinlichen Prozeßsache jüngst vielgenannte Herr Hirschel. Dieser Herr Hirschel, einst wilder Gegner des Bundes der Landwirte, jetzt Bundesbeamter, hat folgendes Kunststück fertig gebracht: Am 13. Januar sprach er im Kreise Gießen für den antisemitischen Kandidaten Köhler gegen den Nationalliberalen Heyligenstädt, am 15. Januar im Kreise Friedberg für den nationalliberalen Kandidaten Grafen Oriola gegen den Antisemiten Bähr. Ein noch rascheres „Umdrehen" kann man nicht gut verlangen. Wenn nur Herrn Hirschel im Drange der Wahlgeschäfte nicht einmal das Malheur passiert, daß er aus Versehen im Wahlkreise Gießen eine nationalliberale und im Kreise Friedberg eine antisemitische Rede hält! Die Folgen wären schrecklich, wenn er so, ganz wider Willen, nur wegen eines geographischen Irrtums gegen seinen eigenen Kandidaten redete."

* * *

Aus dem Wahlkreise **Würzburg** schreibt die bauernbündlerisch-antisemitische „N. Bayer. Landesztg.":

„Gerstenberg quittiert den Juden. Sehr viele Juden haben bei der Reichstagswahl am 25. Jan. wieder für den Zentrumskandidaten Herrn Dr. Thaler und damit gegen den von den Zentrumsherren als Judenstämmling, Bankengründer, Börsenjobber und Faschingsnarren beschimpften Kolonialdirektor Dernburg offen agitiert und gestimmt. Die Juden erhielten die Quittung für geleistete Schächterdienste bereits am 26. Januar in dem von Herrn Benefiziaten und Abg. Gerstenberger redigierten „Fränkischen Bauer" zugeteilt. Derselbe schreibt:

„1. Wenn's nicht sein muß, handelt überhaupt nicht mit den Juden! Kauft einander selbst eure Sachen ab und teilt unter euch den Profit, den ihr sonst den Juden gebt!

2. Sorgt möglichst für Verbreitung selbsterlebter Judenkniffe und -Pfiffe und -Schliche, damit eure Standesgenossen damit bekannt werden und sich nicht einseifen lassen!"

Der „Fränkische Bauer", in dem dies steht, ist ein für Bauern bestimmtes Wochenblatt. Im täglich erscheinenden, vom gleichen Herrn Gerstenberger redigierten „Fränkischen Volksblatt" ist so etwas nicht zu lesen, denn sonst bekäme es ja von jüdischen Firmen keine Inseratenaufträge mehr, mit denen es ganze Seiten seines alleinechtkatholischen Papiers tapeziert."

Aus dem antisemitischen Lager.

Die finanzielle Lage des Stöckerschen „Reich" bezw. der „Staatsbürgerzeitung" ist so gefährdet, daß Herr Stöcker einen dringenden Aufruf an „treue Protestanten" erläßt, in dem er es als nötig bezeichnet, „daß evangelische Männer und Frauen in der Höhe von 30 000 Mark für das Blatt eintreten, damit es bestimmt weiter erscheinen kann." Herr Stöcker erzählt bei dieser Gelegenheit:

„Ein großgesinnter Patriot gab dazu 150 000 Mk. Als diese Summe nicht ausreichte, haben Freunde der Sache große Opfer gebracht, der eine 10 000 Mk., ein anderer 15 000 Mk., ein dritter 36 000 Mk. Ich habe vor vier Monaten zu einem Fonds von 60 000 Mk. aufgerufen, ohne den Zweck zu bezeichnen, der damit gemeint sei. Aber es handelt sich um die Erhaltung des „Reich."

Stöcker berichtet, daß sein damaliger Aufruf nicht den genügenden Erfolg hatte, und versucht es darum jetzt

noch einmal mit einem Appell. Wenn das „Reich“ eingehe, so gehe damit die große Summe von 250 000 Mark verloren.

Graf Pückler vor Gericht. Wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten hatte sich am 23. der Graf Pückler-Klein-Tschirne wiederum vor der 3. Strafkammer des Berliner Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner zu verantworten. Es handelte sich um eine am 5. November in Kellers Festsälen stattgehabte Versammlung, in der der Angeklagte über den „Antisemitismus und seine Feinde“ sprach. Zu den inneren Feinden rechnete er Leute wie den Grafen Reventlow, wobei er die Bemerkung machte: „Jetzt ist der Hund einfach verreckt!“, ferner die kleinen antisemitischen Blätter, die „von den Juden bestochen seien“. Zu den äußeren Feinden gehören nach seiner Meinung die preußischen Behörden. „Wer mit diesem Korps der Rache zu tun habe, sei verloren. Hol sie der Teufel!“ Er habe bei dem Kaiser Audienzen nachgesucht, aber gar keine Antwort darauf erhalten, während Juden wie Ballin und Mendelssohn empfangen werden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede hat der Angeklagte nach den Aufzeichnungen des überwachenden Polizeileutnants v. Herrfurth sich dahin geäußert: Die Offiziere hätten sich bisher von den Juden freigehalten, „sie könnten uns aber unterstützen und eine frische und fidele Bierreise mit uns mitmachen.“ Er hat dann ferner davon gesprochen, daß man die Juden „anpumpen“ müsse. Diese Bemerkung soll unter Hinweis auf einen kurz vorher ausgeführten Einbruchsdiebstahl gemacht sein. „Zu den Juden müssen Sie hingehen und sie anpumpen; da kann die Polizei nichts machen. Vor einigen Tagen haben auch einige forsche Kerle bei Salinger & Leppmann 40 000 Mark gepumpt, die sie bisher nicht zurückgebracht haben. Wenn Sie sich etwas vornehmen und zum kleinen Cohn gehen, dann müssen Sie nicht allein hingehen.“ Der Angeklagte bestritt die Absicht gehabt zu haben, zu Gewalttätigkeiten aufzufordern. Das seien Versammlungsscherze, ohne die ein Führer des Volks in großen Versammlungen nicht auskommen könne. Die Harmlosigkeit seiner Aeußerungen ergebe sich aus der Tatsache, daß die Versammlung nicht aufgelöst wurde. Im übrigen bitte er um Vertagung, weil er dem Polizeileutnant Ohrenzeugen aus jener Versammlung gegenüberstellen wolle.

Zu dem Termin war von der Staatsanwaltschaft auch Medizinalrat Dr. Hoffmann als Sachverständiger geladen. Ueber den Grund dieser Ladung befragt, äußerte sich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Artelt dahin: Wenn man in Betracht zieht die Familie des Angeklagten, seinen Bildungsgrad, die Tatsache, daß er des Königs Rock getragen und die Rechtswissenschaft studiert hat, wenn man ferner in Betracht zieht die Tätigkeit, die der Graf seit vielen Jahren ausübt, und wenn man endlich erwägt, daß er trotz der Erfahrungen, die er in kriminalistischer Beziehung an sich selbst hat machen müssen, sich nicht veranlaßt gesehen hat, seine Tätigkeit anders zu gestalten, so liegt der Gedanke nahe, daß bei dem Grafen ein geistiger Defekt vorhanden ist, daß er sich nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befinde. Bei dieser Sachlage hält es die Staatsanwaltschaft für notwendig, den Grafen auf seinen Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. — Der Angeklagte widersprach diesem Antrage, den er für einen kolossalen Schimpf ansehe, den ihm die Staatsanwaltschaft antue. Er wisse garnicht, wie die Staatsanwaltschaft zu einem solchen Antrage komme. Die Judenfrage könne man nicht mit Glacéhandschuhen anfassen, dazu gehöre eine eiserne Faust. Das weise doch nicht auf Verrücktheit hin.

Der Gerichtshof beschloß Vertagung. Der Antrag des Staatsanwalts auf Beobachtung des Angeklagten wurde abgelehnt, da die vorgebrachten Tatsachen einen Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zu begründen nicht geeignet seien.

Ein neuer Pückler-Prozeß steht bevor. Vom Untersuchungsrichter werden gegenwärtig die Mitglieder des Bureaus der Pückler-Versammlung vernommen, die am 12. Dezember in den Andreassälen stattfand. Graf Pückler hatte in jener Versammlung beleidigende Aeußerungen über den neuen Kolonialdirektor Dernburg und über die Richter in Moabit gemacht. Die Anklage erstreckt sich auch auf die vorhergegangene Pückler-Versammlung im Artushof, bei der Pückler gleichfalls die Mitglieder des Gerichtshofes, der ihn verurteilt hatte, mit Schmähungen überhäufte.

Von Herrn Kröfell. Aus Stargard, 23. Januar, wird berichtet: Vor der Strafkammer des Landgerichts wurde gestern gegen Herrn Kröfell wegen Beleidigung der Pyritzer Polizeibeamten, begangen in einer öffentlichen Volksversammlung am 14. August 1905, und wegen Beleidigung des Staatsanwalts Graf v. Bredow, begangen in der öffentlichen Volksversammlung am 27. Juli 1905, verhandelt. Den Vorsitz des Gerichtshofes führte Herr Landgerichtsrat Spitzner. Die Verteidigung führte in beiden Sachen Herr Justizrat Falk-Stargard. Der Angeklagte wurde in der ersten Sache zu 3 Mk. und in der zweiten Sache zu 75 Mk. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts in der zweiten Sache lautete auf 4 Wochen Gefängnis, der Gerichtshof nahm aber an, daß unter den obwaltenden Verhältnissen der Angeklagte nicht wider besseres Wissen gehandelt habe und ließ deshalb eine Geldstrafe von 75 Mk. unter Tragung der Kosten für ausreichend erscheinen, außerdem wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis im „Mittelstand“ und der „Stargarder Zeitung“ zugesprochen.

XX **Der „Akademische Bund Ethos“ und die „Judenfrage“.** Vor zwei oder drei Jahren hat sich an den Berliner Hochschulen ein „Akademischer Bund Ethos“ aufgetan, der der deutschen Studentenschaft aus dem moralischen Sumpfe, in dem sie sich nach den Behauptungen der Bundesgelehrten befinden soll, heraushelfen will. Man will den deutschen Studenten sittlich umwerten, ihn ethisch-ästhetisch erziehen und ihm sexuale Ethik ins Herz pflanzen. Der Bund, der von den Behörden sogar mit Geldmitteln subventioniert wurde, entfaltete eine große Agitation mit Hilfe von „Altfreunden“, d. h. bekannten Hochschuldozenten, die seine Bestrebungen öffentlich guthießen. So kam man auch dazu, einige Ortsgruppen an anderen Hochschulen im Reiche zu gründen; auch ein eigenes Organ schaffen sich die jungen Herren an, in dem sie ihr Herz der Oeffentlichkeit ausschütteten.

Die Sache ging ihren langsamen Gang, und man begann bereits die ethischen Bündler zu vergessen. Das war diesen nun aber durchaus nicht recht, denn die Hauptsache bei der Bundesgründung war schließlich bei den meisten doch die, ihre eigene wichtige Persönlichkeit ein wenig in den Vordergrund der Dinge zu schieben.

Man mußte wieder etwas von sich reden machen und folgte dem Drängen reaktionärer Elemente und beschloß, alle Juden aus dem Bunde auszuschließen. Mit den jüdischen Kommilitonen, die von dem Bunde ersprießliche Arbeit erhofft hatten, gingen aber nun auch viele Christen ihrer Wege, da sie einsahen, daß von einer Gruppe, die von so kleinlichen Gesichtspunkten regiert wird, unmöglich eine großzügige ethische Reform ausgehen kann.

Das hatten die führenden Herren vom „Ethos“ freilich nicht erwartet, und man suchte die scheidenden christ-

lichen Kommilitonen mit allen Mitteln zu halten, freilich ohne Erfolg.

Der Bund „arbeitete“ dann weiter in seiner gewohnten Weise. Er weist vielleicht in ganz Deutschland noch 100 bis 200 Mitglieder auf, trotzdem ist er das Schoßkind der Berliner Universitätsbehörde, die ihm im Notfalle auch gern mit Geldmitteln, die von Studenten für allgemein studentische Zwecke erhoben werden, unter die Arme greift.

In der letzten Nummer des vergangenen Jahrgangs der Bundesblätter wird nun wieder von einem Bundesmitgliede die „Judenfrage“ angeschnitten und der seinerzeitige Ausschluß der jüdischen Kommilitonen als bedauerlich hingestellt. Einer der jungen Führer des Bundes legt sich demgegenüber nun in der ersten Nummer des neuen Jahrgangs für den damaligen Mehrheitsbeschluß energisch ins Zeug. Er gibt zu, daß die Zahl der reaktionären Judenhasser damals nicht viel die der toleranten Bundesmitglieder überwog. „Denn,“ heißt es in seinem „Zur Judenfrage“ überschriebenen Abwehrartikel, „wer die Geschichte unseres Bundes kennt, weiß, welch ein scharfer Widerstreit es seinerzeit gewesen ist, als die Judenfrage auf der Tagesordnung stand. Zu groß war die Ueberzahl nicht, welche die Entscheidung fällte, doch zahlreich waren die Austritte, welche darauf erfolgten.“ — Nach diesem Eingeständnis sucht der Verteidiger des Bundes dann in schwülstigen verschwommenen Darstellungen den Nachweis zu führen, daß die Ausschließung der Juden vollkommen dem Wesen und Streben des Bundes entspricht.

„Unser deutsches Volk,“ heißt es weiter, „ist in seiner Entwickelung auf einem Punkt angelangt, der für seine Zukunft entscheidend ist. Die Not unseres Volkes, besonders die Korruption des Sexuallebens, brennt uns auf dem Herzen. — Wir wollen eine Neuerstehung bester deutscher Art.“ — Der Verfasser fürchtet nun, daß durch die Aufnahme von Juden in den Bund dieser international werden würde, denn die Juden in Deutschland seien keine Deutschen, sondern Fremde, etwa wie die Russen und Siamesen.

„Die gewaltige Kluft Arier-Semit“, heißt es fernerhin, „ist nicht überbrückbar. — — — Wir müssen an der Tatsache festhalten, daß Judentum und Deutschtum etwas Verschiedenes sind usw. — Es wäre sinnlos und geradezu schädlich, stammesfremde Elemente in den Bund aufzunehmen.“ —

Der Verfasser schließt mit der Erklärung: „Im einzelnen wird jeder bei einigem Nachdenken einsehen, welche Differenzen sich bei Stammesverschiedenheit ergeben müssen in der Stellungnahme zur Kunst, Literatur, Gesetzgebung, zu sozialen Fragen, Ehe und sexuellen Problemen, Dinge, die sämtlich in ihrer Entwicklung von der Stammeseigenart abhängen und deren Probleme dementsprechend nur aus dieser Stammeseigenart heraus behandelt werden können.“

Krasser Antisemitismus spricht aus jeder Zeile des Ethos-Artikels. Wie können denkende Menschen sich die Lösung sittlicher Probleme anmaßen, wenn sie selbst noch den niedrigsten, verächtlichsten Instinkten fröhnen. Das ist Schaumschlägerei und Selbstbetrug, deren Grundursachen in einer krankhaften Eitelkeit zu suchen sind.

Gewiß ist auf dem Gebiete der sexuellen Ethik gerade in der Studentenschaft noch viel zu leisten, aber die Herren, die sich da im „Ethos“ zusammengefunden haben, sind nicht dazu berufen, hier Wandel zu schaffen. Ihre Worte können in der Studentenschaft keinen Widerhall finden. Die Herren täten gut, sich als Zweigverein des Vereins Deutscher Studenten aufzutun, der wird sie mit Freuden willkommen heißen.

XX **Die Gegensätze in den „Vereinen Deutscher Studenten“** haben sich im Anschluß an den Fall Naumann so zugespitzt, daß man dieser inneren Krise eine ernstere Bedeutung zuschreiben muß. In den „Akademischen Blättern“ wurde zwar das offizielle Beschwichtigungshorn geblasen, aber die Gemüter hatten sich schon so sehr erhitzt, daß Anfang Januar eine außerordentliche Tagung einberufen werden mußte. Dieser außerordentliche Vertretertag sollte entscheiden, ob die antisemitisch-konservative Richtung einiger Berliner Alten Herren in den Vereinen allein maßgebend bleiben soll oder ob man daneben auch einer freieren Auffassung nationaler Betätigung Raum gewähren wolle. Namentlich die süd- und westdeutschen Vereine deutscher Studenten denken nicht daran, sich dem Kommando der Berliner Herren zu fügen, die so gern bei der Hand sind, sich als Ketzerrichter zu betätigen. Die Gegensätze im Kyffhäuserverbande sind durch das antisemitische Treiben des Berliner Vereins, der bei jeder Gelegenheit mit heiligem Eifer seinen Judenhaß hervorkehrt, nachgerade so groß geworden, daß der Gedanke einer Trennung im Verbande schon ernstlich erörtert wird. Auf dem außerordentlichen Verbandstage hat man die Risse noch einmal notdürftig überkleistert. Die Berliner mußten nachgeben, und es wurde eine Resolution gefaßt, die den einzelnen Vereinen eine freiere Betätigung nationaler Ideen gewährleistet und die sich gegen das starre rein antisemitische Prinzip des Berliner Vereins ausspricht. Die Krise ist aber damit noch nicht beendet.

Vermischtes.

Konfessioneller Turnunterricht. Zu Speiersdorf in der bayerischen Rheinpfalz besteht eine evangelische und eine katholische Schule; in der einen wie in der anderen werden Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet, da die Schulen nur einklassig sind. Nun ordnete, wie die „Deutsche Turnztg.“ berichtet, die Regierung an, daß der Turnunterricht für Knaben und Mädchen getrennt zu erteilen sei. Die beiden Lehrer einigten sich dahin, daß der evangelische alle Mädchen, der katholische alle Knaben unterrichtete. Das ging auch ganz gut, bis der Kaplan dahinter kam. Dieser erklärte, daß die Erteilung des Turnunterrichts durch einen evangelischen Lehrer eine Gefahr für den Glauben der katholischen Kinder bedeute und unter keinen Umständen zu dulden sei! Die Entscheidung der Regierung steht noch aus. — Ein anderes Bild: In den Schweizer Orten Oerlikon, Neuenburg und Binningen sollten drei katholische Kirchen gebaut und die Mittel durch Veranstaltung von Lotterien beschafft werden. Da die betreffenden Gegenden viele Protestanten aufweisen, so wurde in den Aufrufen und Inseraten klüglich verschwiegen, daß es sich um den Bau katholischer Kirchen handelte; die Gaben und Gewinne flossen denn auch namentlich von seiten der evangelischen Gewerbetreibenden reichlich. Einer der letzteren kam dahinter und beschwerte sich bei dem Veranstalter der Lotterie über jenes Verschweigen. Wie lautete die Antwort des Hochwürdigen: „Es ist nicht angemessen und heutzutage nicht mehr üblich, die Konfession immer und immer wieder in den Vordergrund zu rücken!“

„Deutschnationale“ Bildung. Ein Kinderfräulein des Herrn Isaacsen in Hamburg erhielt vor einiger Zeit eine Postkarte per Adresse ihres Bruders, eines Angestellten des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Dieser gab dem bestellenden Briefträger als die zeitweilige Adresse seiner Schwester an: „Jetzt bei Jude Isaacsen, Holstenwall 13.“ Diese Adresse stand mit der Unterschrift des Briefträgers oben auf der Karte. Auf die Beschwerde des Herrn J.

bekam derselbe von dem Kaiserlichen Postamt 3 in Hamburg folgenden Bescheid: „Auf Ihre hier mündlich angebrachte Beschwerde wird Ihnen unter Rückgabe der überreichten Postkarte ergebenst erwidert, daß der Bestellvermerk so, wie er auf der Postkarte steht, durch den bestellenden Boten des Postamts 15 niedergeschrieben worden ist. Dieser Bote ist ein einfältiger Mensch, dem die Absicht zu beleidigen fern gelegen hat, sondern der nur mechanisch das niedergeschrieben hat, was ihm bei dem Bestellungsversuche gesagt wurde. Indem das Postamt sein Bedauern über das Vorkommnis ausdrückt, wird Ihnen gleichzeitig mitgeteilt, daß der Bote entsprechend belehrt worden ist." — Dazu führt die Erziehung der deutschnationalen Führer.

Die Juden und die Dumawahlen.

Hüben wie drüben, auf seiten der Regierung, der Parteien und selbst der Juden herrscht Uneinigkeit in betreff der besten Lösung der Judenfrage. Die Regierung sieht wohl ein, daß etwas zur Erleichterung des Loses der Juden geschehen müsse, ja sogar, daß man schon zu lange mit der Gewährung von Erleichterungen gewartet habe. Noch mehr. Der konservative Publizist Serimatnikoff gibt in einem von Stolypin inspirierten Artikel der Rossija zu, daß die Zusammenpferchung der Juden in dem Rayon ein Fehler gewesen sei, da dieser sich zu einem Akkumulator für die revolutionäre Energie des jüdischen Proletariats habe entwickeln müssen. Denn Leute, die genötigt seien, von einem Hering und zwei Kartoffeln in der Woche zu leben, könnten nichts von bürgerlichen Pflichten verstehen. Die Loyalität hört auf, wo der Hunger anfängt. Trotz dieser etwas späten Erkenntnis will die Regierung sich nicht zur vollständigen Emanzipation der Juden entschließen, die nach unserer wiederholt an dieser Stelle ausgesprochenen Ueberzeugung allein die Quelle des Uebels verstopfen würde.

Auch Graf Iwan Tolstoi erklärt in einem in der „Strana" veröffentlichten Aufsatz über die Judenfrage, sich für die vollständige Emanzipation. „Als Gentleman," schreibt er, „gebe ich mein Wort, daß ich unter den Dutzenden von Juden, die ich genau kenne, und unter den Tausenden, mit denen ich zusammengekommen bin in meinem Leben, keinen größeren Prozentsatz schlechter Menschen gefunden habe als unter Christen. Es steckt kein Sinn darin, die Rechte der Juden stückweise zu erweitern. Das einzig richtige ist, allen Bürgern ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität die vollständige Gleichberechtigung zu gewähren. Nur durch eine solche Lösung der Judenfrage wird die russische Regierung und das russische Volk den Beweis erbringen, daß sie entschlossen sind, europäisch zu werden und nicht asiatisch zu bleiben." Zu bloßen Zugeständnissen hat Graf Tolstoi kein Vertrauen, weil er weiß, wie die Regierung dann, was sie heute gewährt, morgen wieder zurücknimmt.

Nun stehen die Dumawahlen bevor, und die Juden, die doch das lebhafteste Interesse daran hätten, geeint nach einem festen Programm vorzugehen, sind in verschiedene Parteien geteilt. Zum Teil ist das ja mit der politischen Unerfahrenheit der jüdischen Massen zu entschuldigen, obwohl sie immerhin mehr verstehen, worauf es ankommt, als die russischen Bauern. Der Bund, der bei den ersten Dumawahlen teilnahmlos beiseite stand, wird sich dieses Mal an den Wahlen beteiligen, aber er wird mehr sozialdemokratische Ziele verfolgen als jüdische Interessen im Auge haben. Die Zionisten und Nationaljuden wollen im Gegenteil nur jüdische Gesichtspunkte berücksichtigen. Sie wollen weder Kadetten noch Sozialdemokraten, sondern nur solche Juden wählen, die feierlich versprechen, vor allem für den Schutz der nationalen und bürgerlichen Rechte der Juden einzutreten. Sie wollen so viele Juden als möglich in die Duma wählen, die jüdische Interessen vertreten; was ihre sonstigen Ansichten und Ueberzeugungen sind, ist ihnen von untergeordneter Bedeutung. Sie sagen, die anderen Nationalitäten machen es ja ebenso.

Dieser jüdisch-nationalistische Standpunkt wird aber nicht nur von anderen Juden nicht geteilt, sondern auch sogar auf das entschiedenste bekämpft. Das diese Richtung vertretende Organ betont, die allgemeinen russischen Fragen seien für die Juden gleichfalls von größter Bedeutung, und die einseitige Vertretung jüdischer Interessen sei ungerecht, unpatriotisch und für die Juden selbst ungemein gefährlich.

Indessen darf nicht vergessen werden, daß die Juden überhaupt noch weniger nach einem bestimmten Programm, einer ausgegebenen Wahlparole ihre Stimmen abgeben, als vielmehr diejenigen wählen, die ihr persönliches Vertrauen genießen. So ist es bei den ersten Dumawahlen vorgekommen, daß in denselben Wahlkreisen dieselben Juden Mitglieder in die Duma schickten, die auf entgegengesetztem Standpunkt standen. Es wählten beispielsweise die Juden in Grodno einen Nationaljuden und einen Assimilationsfreund. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich bei den bevorstehenden Wahlen dieser Vorgang wiederholen wird.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 6. | Berlin, 6. Februar 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Beitrag des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Bankrat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Reichstagswahlen

haben den antisemitischen Gruppen einen kleinen Zuwachs gebracht. Die Zahl der antisemitischen Abgeordneten ist von 14 auf 17 gestiegen. In den Hauptwahlen sind, wie wir mitgeteilt haben, 6 Antisemiten gewählt worden, und zwar die Reformer Zimmermann, Gräfe, Bruhn, der Deutschsoziale Liebermann von Sonnenberg und die Christlichsozialen Stöcker und Burckhardt.

Die Stichwahlen sind für die Antisemiten günstig ausgefallen, da 11 Mandate ihnen zufielen. Wiedergewählt wurden die Deutschsozialen Lattmann, Herzog, Raab, Schack, neugewählt Gräf in Weimar-Apolda, Köhler in Gießen und Dr. Böhme in Marburg. Die beiden letztgenannten Kreise waren schon in früheren Legislaturperioden in den Händen der Antisemiten. Die Reformer behaupteten Hersfeld-Rotenburg (Werner) und eroberten zwei Wahlkreise, die sie schon früher besessen hatten, nämlich Alsfeld-Lauterbach (Bindewald) und Meißen-Großenhain (Gäbel). Auch der Stöckerpartei ist es gelungen, noch einen der Ihrigen durchzubringen, den Arbeitersekretär Behrens, der dem Nationalliberalen Krämer den Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen entriß.

Unterlegen sind in Waldeck-Pyrmont der Deutschsoziale Frhr. v. Richthofen und in Bensheim-Erbach der Christlichsoziale Rippel.

Im neuen Reichstage werden somit 8 Deutschsoziale, 6 Reformer und 3 Stöckerianer Platz nehmen.

Ohne die den Antisemiten zuteil gewordene Verstärkung irgendwie beschönigen zu wollen, müssen wir dabei beharren, daß zum Pessimismus kein Grund vorliegt. Wie die antisemitische Agitation in Berlin, Hannover, Baden und anderen Gegenden abgewirtschaftet hat, so wird es durch eine intensive planmäßige Gegenbewegung möglich sein, sie aus ihren bisherigen Domänen, wie Kurhessen, Großherzogtum Hessen, Sachsen zu verdrängen. Freilich nur, wenn auch die politischen Parteien ihre Schuldigkeit tun. Das geschieht aber nicht, wenn Liberale, wie es dieses Mal der Fall war, den Antisemiten, also den schlimmsten Gegnern des obersten Prinzips des Liberalismus und des Verfassungsstaates: der Gleichberechtigung aller Bürger, den Weg in die Volksvertretung bahnen.

* * *

Aus dem Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden schreibt man uns:

Man sagt zwar, daß alles schon einmal dagewesen sei, aber Tatsachen, wie sie in unserem Wahlkreise vorliegen, scheinen dieses Wort Lügen strafen zu sollen. In diesem Wahlkreise kandidierte bei der Hauptwahl der entschieden freisinnige Lehrer Kimpel, der, wie man uns mitteilte, besonders als Kämpfer gegen den Antisemitismus eine bemerkenswerte Energie gezeigt hatte. Diese Energie entwickelte er auch während der Agitation für die Wahl am 25. Januar. Bei der Stichwahl aber fiel die Gesinnungstüchtigkeit des Herrn Kimpel ins Wasser. — Man hat inzwischen gelesen, daß die „vereinigten Liberalen" im Einverständnis mit Herrn Kimpel die Parole für den antisemitischen Kandidaten ausgegeben haben. Nun erfahren wir — wir schreiben dies am Tage der Stichwahl —, daß eine Woche vor der Hauptwahl der „Vaterländische Wahlausschuß" (bekanntlich identisch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie) an den Kandidaten Kimpel mit dem Ersuchen herantrat, eine bündige Erklärung abzugeben, ob er im Falle einer Stichwahl für den „nationalen" Kandidaten eintreten wolle. Herr K. lehnte anfangs entschieden ab, wurde aber dann durch einstimmigen Beschluß der drei freisinnigen Vereine in Eschwege, Witzenhausen, Schmalkalden, gezwungen, die gewünschte Erklärung doch noch abzugeben, weil die Leiter des Wahlkampfes ihm auf das bündigste erklärten, daß jede weitere Agitaion für den Liberalismus angesichts der jetzt von der Regierung aufgeworfenen nationalen Frage erfolglos sei. —

Man — d. h. die „vereinigten liberalen Parteien" — zwingt den freisinnigen Kandidaten, die Parole zugunsten des Antisemiten auszugeben, und dieser wackere freisinnige Kandidat kapituliert! Ein Bild des Jammers: die Reaktion siegt mit Hilfe der sogenannten freigesinnten Elemente. Dieses trostlose Bild zeigt der Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden!

* * *

Die antisemitischen Spekulanten. Unter dieser Ueberschrift geht uns der folgende Artikel zu:

Dem aufmerksamen Betrachter der Reichstagswahlen wird es nicht entgangen sein, daß die antisemitischen Gruppen bei der Aufstellung ihrer Kandidaten mit einem gewissen System operiert haben, das, wie der Erfolg ergibt, wenn es planmäßig angewendet wird, eine Gefahr für den deutschen Liberalismus in seiner Gesamtheit bildet. In Wahlkreisen, in denen nach Ausweis

der Abstimmungsziffern früherer Wahlen die bürgerliche Linke das Anrecht auf die Vertretung im Reichstag an erster Stelle besitzt, während der reaktionäre Kandidat, konservativer oder bündlerischer Schattierung erst an zweiter Stelle kommt, nisten sich die Antisemiten ein. Sie fragen nicht, ob die in dem in Angriff genommenen Wahlkreis überhaupt eine ihr Vorgehen rechtfertigende antisemitische Strömung vorhanden ist, sie *spekulieren* einfach an der Hand der Wahlziffern *auf das Mandat*. Da die Antisemiten ihrer ganzen Tendenz nach den reaktionären Parteien als Fleisch von ihrem Fleische politisch verwandt sind, finden die Mandatspekulanten bei ihrem Liebeswerben um die Kandidatur bei den Konservativen, Landwirtbündlern und Mittelstandsparteilern stets bereitwilligste Aufnahme. Wenn in dem betr. Wahlkreis die Konservativen und der Bund der Landwirte bisher getrennt vorgingen, geht mit der Aufstellung des Antisemiten die unter Aufwand spitzfindigster Programmsophistik bewahrte Selbständigkeit in die Brüche und die Fusion unter antisemitischem Banner ist im Handumdrehen hergestellt. Dieses plötzliche Aufgeben des selbständigen politischen Vorgehens beim Auftauchen des Antisemiten hat für Eingeweihte längst nichts Geheimnisvolles mehr an sich. Der Vorgang erklärt sich sehr einfach aus der Bürgschaft, die die *bindenden, meist schriftlich abgeschlossenen Verträge* der antisemitischen Mandathändler mit ihren bisherigen Konkurrenten bieten und aus der auf Spekulation basierenden Abschätzung der Gewinnchance. Ein derartiges reaktionäres Wahlbündnis unter antisemitischer Führung wird meist in den Wahlkreisen, die nach Ausweis der Wahlziffern überwiegend *links* wählen, abgeschlossen und charakterisiert sich infolge seiner auf bestimmte Neigungen und Instinkte der Wählerschaft spekulierenden Voraussetzungen als ein *politisches Geschäft*. So kennzeichnen sich die Kandidaturen der *Reformer* in Bautzen und Meißen-Großenhain, der *Deutschsozialen* in Kassel, Eschwege-Schmalkalden, Eisenach, Weimar, Marburg und Waldeck-Pyrmont. Der antisemitische Kandidat *muß* sich zunächst auf die Hauptpunkte des *konservativen Programms verpflichten* und dann von dem *Bund der Landwirte* auf das *extreme Agrarprogramm eingeschworen*. So ausgerüstet tritt der Antisemit vor die Wähler hin und proklamiert sich als Kandidat des hilfsbedürftigen *Mittelstandes*, der von der Großindustrie angeblich zerdrückten *Kleingewerbetreibenden* und der *Handwerker*, die durch den Befähigungsnachweis selig gemacht werden sollen. Der Antisemit hat die Stirn, den kleinen Gewerbetreibenden *Sonderversprechungen* zu machen, die mit den bereits abgegebenen bindenden Erklärungen an die Konservativen und Bündler *direkt kollidieren*. Diese Zweiseelentheorie ist das ureigenste Produkt des Antisemitismus und nur der Vertrauensseligkeit des vom Glück weniger begünstigten kleinen Gewerbetreibenden, der irrtümlicherweise den Mittelstand mit seinen Interessen allein identifiziert und nicht bedenkt, daß heute ein ganz anderer Mittelstand erstanden ist, als zur Zeit des zünftlerischen Mittelalters, hat der Antisemit das Gelingen seiner Spekulation zu danken. Das Pharisäertum, das sich im heutigen Antisemitismus wiederspiegelt und im Operieren unter falscher Flagge in den Sonderabkommen mit einzelnen Berufs- und Volksschichten und in zweifelhafter unlauterer Haltung bei den Abstimmungen im Reichstag klar zutage tritt, ist das charakteristischste Merkmal der Demagogie, bei dem die Aufklärungsarbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus einsetzen muß. *Die Maske vom Gesicht herunter!* Zeigt dem Volke, daß das Wort „*national*“ zu Unrecht von spekulativen Geschäftspolitikern gemißbraucht wird und oft nur der bewußten Irreführung der Wählermassen gilt. Beweist den Wählern, daß die Verbündeten der Reaktion in Wahrheit die *Feinde des Mittelstandes* sind und ihm durch die hohe Zollpolitik, die Lebens- und Genußmittelsteuern, die Besteuerung des Verkehrs auf der einen Seite *alles abnehmen*, was sie ihm auf der anderen Seite — meistens hinter verschlossenen Türen und unverbindlich — versprechen. Um nun den vielfachen Versprechungen an die so verschieden gearteten Volksschichten gerecht zu werden, sind die Antisemiten, die meist in der Wirtschaftlichen Vereinigung ihren Sitz haben, *gezwungen*, ihre Ueberzeugung wie das Hemd zu wechseln und demgemäß so *buntschedig abzustimmen*, wie dies an dieser Stelle schon so oft treffend gekennzeichnet worden ist. Da muß sich denn der Antisemit, der sich seinen Wählern und deren entgegengesetzten Interessen gegenüber in einer Zwangslage befindet, oft bei ein und demselben Gesetzentwurf der *Abstimmung enthalten*, dann bei Paragraph 3 mit „*Ja*“, bei Paragraph 4 mit „*Nein*“ *stimmen*, wenn der betr. Abgeordnete es, um keine Konfusion anzurichten, nicht lieber vorzieht, der kritischen Sitzung ganz *fern* zu bleiben.

In der Hauptsache richtet sich nun die Spekulation der Antisemiten auf die *Stichwahlen*. Vor der Hauptwahl operieren sie durch ihre *skrupellose Agitation* und die *Volksschichten gegeneinander ausspielende Verhetzung* so maßlos, daß die bürgerlichen Parteien gezwungen sind, ihnen ihre *ganze Aufmerksamkeit* zuzuwenden und den Kampf gegen die Sozialdemokraten an zweiter Stelle zu führen. Das hat den Zweck, es zu verhindern, daß der Sozialdemokrat in der Hauptwahl ganz ausgeschaltet wird und nachher in der Stichwahl den bürgerlichen Gegenkandidaten zum Siege verhilft. In anderen Wahlkreisen, wo diese Situation nicht zutrifft, tritt das Wort „*national*“ in Aktion. Die Antisemiten nehmen für sich das Recht in Anspruch, die *einzigen national zuverlässigen Kandidaten* zu sein, während dem bürgerlichen, meist liberalen Gegenkandidaten, oft in persönlich verletzender Weise, die zuverlässige nationale Gesinnung abgesprochen wird. Das mußten in diesem Wahlkampf in Meiningen der freisinnige Volksparteiler Dr. *Müller*-Meiningen, in Eisenach der nationalliberale Kandidat Dr. *Winter*, in Weimar der freisinnige Schulinspektor *Weiß* über sich ergehen lassen. Haben dann die Antisemiten ihr Ziel erreicht und es durchgesetzt, in die Stichwahl zu kommen, ändert sich urplötzlich ihre Taktik. Der verhaßte Gegner ist plötzlich der geschätzte Mitbewerber und mit gleißnerisch-schmeichelnden Worten wird an seine *nationale* Gesinnung appelliert, um eine Erklärung zugunsten der antisemitischen Kandidatur gegen den reichsfeindlichen Sozialdemokraten zu ergattern. So geht die *Spekulation* der antisemitischen Mandathändler, und die in Zwangslage befindliche Gegenpartei muß zusehen, wie der im Wahlkreis am geringsten vertretenen Partei der vielen Mühe Preis, das Mandat anheimfällt. Wenn man von diesem Gesichtspunkte aus einige Stichwahlparolen der diesjährigen Wahlperiode betrachtet, wird man die Richtigkeit der obigen Behauptungen bestätigt finden.

In *Eisenach-Dermbach* z. B. hat die Leitung der *nationalliberalen* Partei eine Stichwahlparole zugunsten des *Antisemiten Schack* ausgegeben. Dagegen haben die *Freisinnigen*, die bei der Hauptwahl mit den Nationalliberalen gemeinsam vorgingen, die Parole ausgegeben: *Kein freisinniger Mann kann für den Antisemiten eintreten!*

In *Weimar* treten die *Freisinnigen*, in *Eschwege-Schmalkalden* und in *Kassel* die *Freisinnigen* und die *Nationalliberalen* in der Stichwahl *für den Antisemiten* ein.

Die antisemitische Spekulation ist also wieder einmal in vielen Wahlkreisen geglückt und der Liberalismus, in Deutschland muß mit der Faust in der Tasche dabei stehen, wenn antisemitische Spekulanten ihm Wahlkreise, auf die er nach Lage der Dinge ein Anrecht hätte, mühelos fortschnappen. A. L.

Unseres Erachtens haben es die Liberalen in der Hand, den antisemitischen Spekulanten das Handwerk zu legen; sie brauchen nur dafür zu sorgen, daß die antisemitischen Kandidaten durchfallen.

* * *

Der in **Elberfeld-Barmen** von den sämtlichen bürgerlichen Parteien unterstützte christlich-nationale Kandidat, Oberlehrer Linz, der über den Sozialdemokraten den Sieg davontrug, hat über seine Stellung zum Judentum und zum Antisemitismus eine befriedigende Erklärung abgegeben. In einer Versammlung wurde der folgende Brief des Kandidaten verlesen:

„In Erwiderung Ihrer gefl. Anfrage möchte ich darauf hinweisen, daß in den 15 Jahren, die ich bereits im öffentlichen Leben stehe, nie ein unfreundliches oder wohl gar hartes Wort über unsere israelitischen Mitbürger über meine Lippen gekommen ist. Ich bin ein Feind jeder Hetze und deshalb selbstverständlich auch jeder Judenhetze, und ich würde nie meine Zustimmung dazu geben, daß die religiösen Gefühle unserer Israeliten verletzt oder ihre staatsbürgerlichen Rechte verkümmert würden."

Der Abg. Linz wird der Reichspartei beitreten.

* * *

In Arnswalde-Friedeberg hat die Zählkandidatur Foerster, wie wir mitgeteilt haben, Fiasko gemacht. Nur etwas über 100 Stimmen vereinigte der Herr Professor auf sich. Uebrigens ist ihm seine „Quertreiberei" von Herrn Bruhn und seinen Anhängern sehr verübelt worden und auch Ahlwardt hat wegen seines Eintretens für Foerster den Zorn seiner ehemaligen Freunde auf sich geladen, die in einer öffentlichen Erklärung sagen:

Wenn Herr Ahlwardt bei der Empfehlung der Wahl des Herrn Foerster sich an seine alten Freunde und Wähler mit der Bitte wendet, das ihm entgegengebrachte Vertrauen auf Herrn Foerster übertragen zu wollen, so stellen wir demgegenüber fest, daß Herr Ahlwardt kein Vertrauen in unserem Wahlkreise besitzt. Nicht nur seine früheren Gegnerischen, sondern auch die antisemitischen Wähler sind froh, daß sie Herrn Ahlwardt los sind."

Undank ist der Welt Lohn.

* * *

Unser **Badener** Korrespondent schreibt:

Nach der Mitteilung der Wahlergebnisse vom 25. Januar in Nr. 5 d. Bl. scheint man die Heidelberger Verhältnisse unrichtig aufgefaßt zu haben und die dortige Stichwahl als zwischen Nationalliberalen und Konservativen zu betrachten. Sie ist aber in der Tat eine Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen Beck, welcher den Wahlkreis durch zwei Perioden vertreten hat, und dem Christlichsozialen Winter, den wir infolge eines Schreibfehlers früher als Deutschsozial bezeichneten, aber den Fehler schon dadurch korrigiert hatten, daß wir ihn als im Stöckerschen Geist erzogen kennzeichneten. Winter wurde von einem Wahlausschuß der Konservativen, Deutschsozialen, Christlichsozialen und Bündlern empfohlen und vom Zentrum mitgewählt. Er hat sich selbst in Versammlungen als Christlichsozialer bezeichnet, also ist die Wahl zwischen Nationalliberalen und Christlichsozialen. Seine Vielseitigkeit hat auch heute noch die Firma Mittelständler und Handwerkerkandidat zugelassen. Und doch erzielte er, obgleich das Zentrum allein stets über 7000 Stimmen aufbrachte, nur insgesamt 8480 Stimmen. Ueber seine Aussichtslosigkeit bei der Stichwahl war mithin kein Zweifel, und wenn ihn, wie verlautet, das Zentrum bei der Stichwahl im Stich läßt, dann wird es eine klägliche Minderheit sein, die für ihn eintritt.

Die Frage ist entschieden, wenn diese Zeilen vor die Leser kommen, wir werden daher nicht veranlaßt sein, nachmals darüber zu berichten, aber das können wir heute schon durch die Tatsache beweisen: In Baden ist kein Boden für Antisemiten, sie mögen sich christlich- oder deutschsozial nennen, sie mögen Verbündete suchen, wo sie wollen.

„Ghettokandidaten."

Das leitende zionistische Blatt „Die Welt" höhnt zur großen Freude der „Staatsbürgerzeitung", daß jüdische Reichstagskandidaten nur in solchen Kreisen aufgestellt worden seien, in welchen ihre Nichtwahl sicher gewesen sein soll, daß die deutschen Juden trotz dieser offenen und frechen Mißachtung, trotz diesem heuchlerischen Gebahren so wenig Würde und Selbstbewußtsein haben, sich zum Mittelpunkte solchen tollen und abgeschmackten Stammspaßes zu machen und daß die deutsche Judenheit kläglicherweise sich für gut genug hält, ihre Stimmen und Wahlgelder dazu herzugeben.

Es ist wirklich rührend, ein „Judenblatt" und die „Staatsbürgerzeitung" so ein Herz und eine Seele zu sehen. Es ist wirklich interessant, das Berliner Antisemitenblatt so mit besorgt zu wissen für die Würde und das Selbstbewußtsein, die Stimmen und die Wahlgelder der deutschen Juden. Als es sich um antisemitische Wahlkandidaturen handelte, da galt es als vereinbar mit der jüdischen Würde und dem jüdischen Selbstbewußtsein, daß die Juden, statt einem Polen oder Sozialdemokraten die Stimmen zu geben, sogar antisemitische Kandidaten wählen. Und wenn das nicht geschah, wenn Juden sich weigerten, die Rolle der allergrößten Kälber zu spielen, die ihre Metzger selber wählen, dann besaßen diese Juden nicht Mangel an Würde und Selbstbewußtsein, sondern sie waren Feinde des Vaterlandes, Landes- und Volksverräter.

Wir müssen gestehen, daß wir einstweilen sehr zufrieden sind, daß mit der Politik der Nichtaufstellung jüdischer Reichstagskandidaten gebrochen worden ist, wenn auch vorläufig noch keine jüdischen Reichstagsabgeordneten außer solche sozialdemokratischer Richtung gewählt sein sollten. Die Aufstellung von Kandidaten ist eine berechenbare freie Tat, die Wahl ist unberechenbar, wie die jüngsten Reichstagswahlen gewiß klar genug dargetan haben. Daß jüdische Kandidaten nur in solchen Kreisen aufgestellt worden sein sollen, in welchen an ein Durchkommen von vornherein nicht zu denken war, ist eine Behauptung, für die dem ausländischen Zionistenblatte Unkenntnis der Verhältnisse zur Entschuldigung dienen mag, die jedoch bei dem deutschen Antisemitenblatt auf Rechnung seiner berüchtigten Verleumdungssucht gesetzt werden muß.

In Deutschland haben wohl die Konservativen, das Zentrum, die Polen und etliche andere Fraktionen und Fraktiönchen ihre unbedingt sicheren Wahlkreise, nicht aber die Liberalen, zumal die mehr links stehenden Liberalen. Wie viele von der freisinnigen Volkspartei, von der freisinnigen Vereinigung sind denn dieses Mal oder 1903 gleich im ersten Wahlgange gewählt worden? und just von diesen an den Fingern einer Hand abzuzählenden Kandidaten sollte durchaus wenigstens einer ein Jude sein? Die Juden selbst sind weit entfernt davon, zu verlangen, daß aus Rücksicht auf sie alle anderen lokalen, pietätsvollen zc. Rücksichten hintangesetzt werden sollen. Die Juden würden sogar nicht einmal die Aufstellung jüdischer Kandidaten betont haben, wenn nicht die Nichtaufstellung gerade von antisemitischer Seite als ein Beweis antisemitischer Gesinnung sogar liberaler Kreise ausposaunt worden wäre. Die Juden freuen sich, wenn von ihren Glaubensgenossen einer und der andere würdig befunden wird, als Volksvertreter im Deutschen Reichstage zu sitzen, aber sie verlangen

nicht, daß durchaus jüdische Kandidaten aufgestellt oder gewählt werden sollen. In Ländern, wo sie als Juden nicht in ihren Rechten bedroht werden, legen die Juden gar kein Gewicht darauf, jüdische Interessen besonders zu vertreten. Die jüdischen Abgeordneten gehören einer oder der anderen politischen Partei an, und von ihrer religiösen Zugehörigkeit, von ihrer Abstammung ist niemals die Rede. Auch im Deutschen Reichstag würde es Juden niemals einfallen, nach Art etwa der Polen, eine besondere Fraktion zu bilden, denn sie wissen sehr wohl, daß, wenn sie gewählt werden, sie gewählt werden, um die Interessen des deutschen Volkes, nicht aber die Interessen der Juden wahrzunehmen. Das wird sie freilich nicht abhalten, die Interessen auch der Juden zu vertreten, wenn diese ungerecht verletzt würden. Volksvertreter haben eben die Pflicht, nach Möglichkeit jedes öffentliche Unrecht zu verhüten.

Im höchsten Grade lächerlich geradezu ist, daß die „Staatsbürgerzeitung" triumphiert, weil die verschiedenen antisemitischen Gruppen im Gegensatz zu den Niederlagen der jüdischen Reichstagskandidaten, die wir natürlich nicht als Niederlagen der Juden, sondern als solche der von diesen Kandidaten vertretenen politischen Parteien auffassen, es auf eine halbe Million Stimmen gebracht haben. Aber ist nicht diese halbe Million Stimmen gewonnen worden von so und so vielen Parteichen, mit Hilfe so und so vieler anderer bürgerlicher Parteien, und weil die antisemitische Fahne möglichst v e r st e c k t worden ist?

Mit seltener Unkenntnis aber Verleugnung der doch gar nicht so fernen Vergangenheit behauptet die „Staatsbürgerzeitung" in ihrem „Ghettokandidaten" überschriebenen Artikel in der letzten Sonntagsnummer, daß bisher nur Sozialdemokraten das Kunststück fertig gebracht haben, jüdische Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden. Und die Lasker, Bamberger, Simson, sind sie schon vergessen? Und war nicht gerade, als diese im Reichstag saßen, der nationale Aufschwung am allermächtigsten?

Kunst und Antisemitismus.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

Es berührt peinlich, einem sonst ernsthaften, besonnenen und wohlmeinenden Kritiker, wie Herrn Willy P a st o r, den Kunst- und Musikreferenten der „Täglichen Rundschau", plötzlich auf den Pfaden zu begegnen, die sonst Herr Adolf Bartels und seinesgleichen zu wandeln pflegen. In zwei Artikeln mit dem etwas schrillen Titel „Verschmutztes Urteil — verschmutzte Kunst („Tägl. Rundschau", Unterh.-Beilage N. 14 und 19) zieht dieser Publizist gegen gewisse dekadente und sonstige Erscheinungen unseres Kunst- und Literaturlebens zu Felde, leider nicht ohne die ganze Schuld an der Existenz und der öffentlichen Geltung dieser Erscheinungen a u s s ch l i e ß l i ch auf seiten des Judentums zu suchen. Es muß zugegeben werden, daß Herr Pastor sich bei seinen Anklagen Mäßigung insofern auferlegt, als er zwischen sich und dem Pückler-Bartels-Antisemitismus einen deutlichen Strich zieht und den vielfach fördernden Nutzen der jüdischen Intelligenz auf kulturellem Gebiete nicht in Abrede stellen will. Auch bemerkt er ausdrücklich, daß er für die von ihm beleuchteten Zustände nicht das Judentum als solches verantwortlich machen möchte, sondern nur „die penetranteste Auslese aus dem unglücklichsten aller Völker." Wenn man's so hört, möcht's leiblich scheinen, und man könnte sich mit einem Mann, der sich wenigstens bemüht, gerecht zu sein, wohl auseinandersetzen, denn wir sind die letzten, die in jedem unserer jüdischen Mitbürger eine ideale Lichtgestalt sehen oder bestreiten wollen, daß nicht auch auf jüdischer Seite Ausartungen und Verfehlungen gegen die Reinheit der Kunst vorkommen, die man je nach Geschmack und Anschauung bedauerlich oder auch schädlich finden kann. Kommt man uns aber mit Behauptungen von so vager Allgemeinheit, wie der, daß einzig und allein „der verjudete Berliner Westen und die ihm ergebene verjudete Presse" an der „Verschmutzung" unserer Kunst die Schuld trage, so müssen wir eine derartige durch nichts bewiesene These für ebenso frivol als lächerlich erklären. Vergeblich suchen wir in Pastors Artikeln nach einer noch so bescheidenen Handhabe für diese schwere Bezichtigung. Man höre ihn selbst:

„Seht euch das rein semitische Schrifttum an: die Phantasie dieser Orientalen arbeitet mit einer unheimlichen Behendigkeit, wo sich's um sexuelle Dinge handelt. Es ist die Phantasie des Harems. Wie sie heute über gewisse „Kunstwerke" urteilen, wie sie geschäftig bemüht sind, diese Urteile auf uns zu übertragen, führen sie den Harem wieder (?) in Europa ein. Nicht den wohlverschlossenen, sondern einen unsichtbaren, aber darum nicht weniger wirklichen, ja in seiner Wirkung gefährlicheren ... Das sind Tatsachen, die wir uns klar zu Bewußtsein führen wollen, ehe es zu spät ist. Hier droht den Völkern Europas die schlimmste Entartung. Gelingt es ihnen, das zu überwinden, dann können sie ruhigen Blickes den Anmarsch jeder „gelben Gefahr" erwarten ..."

So viel Worte, so viel Preisrätsel! Wir zerbrechen uns vergeblich den Kopf, auf wen oder was diese reichlich dunkeln Anspielungen gemünzt sein sollten. Wo in aller Welt hat Herr Pastor in unserer modernen Literatur eine „Phantasie des Harems" gefunden? Wir glauben auf diesem Gebiete ziemlich gründlich Bescheid zu wissen und müssen sagen, daß wir darin zwar nicht lauter harmlose, aber sicher nur gänzlich haremlose Erscheinungen kennen gelernt haben. Wo sind denn diese sexuellen Schrecklichkeiten, die das „rein semitische Schrifttum" verbrochen haben soll und von denen — o Entsetzen! — den Völkern Europas eine schlimmere als die gelbe Gefahr drohen soll? Wer schreibt sie? Wer druckt sie? Wer liest sie? Erschrocken lassen wir rasch die jüdischen Autoren der Gegenwart Revue passieren, um die Schuldigen zu ermitteln. Blumenthal oder Kadelburg können wohl nicht gemeint sein; also vielleicht Hofmannsthal? Arthur Schnitzler? Fulda? Georg Hirschfeld? Jakob Wassermann? Georg Engel, der Verfasser von „Hann Klüth"? Felix Philippi? Hugo Salus? Stefan Zweig? Felix Hollaender? J. J. David? Wo und wann hat einer von ihnen Haremsphantasien lebendig werden lassen? Einzig Schnitzler hat mit seinem Dialogbande „Reigen" gelegentlich ein stark sexuelles Buch geschrieben, aber auf eine solche vereinzelte Ausnahme wird wohl Herr Pastor das Gebäude seiner schweren Anschuldigung nicht errichtet haben wollen. Was also meint er? — Wir warten auf Antwort.

Nachdem dann weiter — wieder in der allgemeinsten Form, die niemals widerlegbar ist, weil sie sich jenseits aller Tatsachen stellt — der verderbliche Einfluß der jüdischen Intelligenz (soll wohl heißen: Kritik) auf die Wandlungen der Aesthetik behandelt worden ist, kommt Pastor auf die unheilvolle Rolle zu sprechen, die das Berliner Premierenpublikum auf unser ganzes Theaterleben ausübe. Nun liegt es uns ganz fern, gerade für dieses Publikum eine Lanze einlegen zu wollen, in dem oft genug müßige, sensations- und skandalsüchtige Elemente ihr Wesen treiben (dessen besserer Teil freilich auch andererseits die literarische Intelligenz Berlins repräsentiert), aber abgesehen davon, daß dieses Premierenpublikum, das Herr Pastor für eine berlinisch-jüdische Eigentümlichkeit zu halten scheint, in allen Großstädten der Welt mutatis mutandis ebenso existiert und wirkt, — was weiß Herr Pastor diesem Publikum vorzuwerfen? Nichts anderes, als daß es einen Autor wie Frank W e d e k i n d auf den Schild erhoben habe, den viel bewunderten und noch mehr gescholtenen Ver-

fasser des „Erdgeist" und ähnlicher zynischer Gewagtheiten. Allerdings ist Wedekind unglücklicherweise zufällig kein Jude, das räumt Pastor auch ein, aber „das Berliner Premierenpublikum und seine Exponenten", d. h. die Kritiker, haben ihn „unter Hunderten ihn erwählt für den Erfolg." Voilà! Also daß die „gemeinen" Stücke eines nichtjüdischen Autors zu Erfolg gelangen konnten, soll ganz allein die Schuld des verjudeten Berlin W. sein, und darum Räuber und Mörder! Dem wäre ja zunächst mal einiges entgegenzuhalten: z. B. daß der Verleger Wedekinds, der zuerst seine Bücher und Stücke lanciert hat, Herr Albert Langen war, also kein Jude; ferner daß der zeitweise getriebene Wedekind-Kultus nicht von Berlin ausging, sondern von München („Elf Scharfrichter") und ganz besonders von Nürnberg, wo der Direktor des Intimen Theaters, Emil Meßthaler (gleichfalls Nichtjude) sich zum förmlichen Apostel Wedekinds machte und seinen Stücken durch Gastspielreisen weitere Verbreitung gab. In Berlin hat lediglich „Erdgeist" dank Reinhardts vorzüglicher Inszenierung und dank der Leistung einer schauspielerischen Spezialistin in der weiblichen Hauptrolle seinen Dauererfolg errungen — einen jener Erfolge, wie jede Spielzeit ihrer ein Dutzend bringt: andere Werke Wedekinds wie „Der Marquis von Keith", „Der Liebestrank", „So ist das Leben" ließ man glatt durchfallen und „Hidalla" verdankt einen gewissen Sensationserfolg einzig dem Umstand, daß Wedekind darin als Karl Hetman auftrat, einer Rolle, in der er sich selber spielte. Dem Berliner Premierenpublikum aber und dem „verjudeten Berlin W." vorzuwerfen, es habe diesen Autor „unter Hunderten für den Erfolg erwählt", ist eine blindwillkürliche Behauptung: insbesondere ist das jüngste Werk Wedekinds, das kleine Bordellbrama „Totentanz" über das sich Pastor hauptsächlich erregt, in Berlin niemals aufgeführt worden, ebensowenig die berüchtigte „Büchse der Pandora."

Wenn also Herr Pastor nach seinen höchst allgemeinen und mystischen Auslassungen über die schwüle Haremsphantasie des semitischen Schrifttums und den verderblichen Einfluß des verjudeten Premierenpublikums weiter nichts Greifbares zum Beweise vorzubringen weiß, als die Fabel von dem jüdischerseits mit der Erfolgsgloriole gekrönten Wedekind, so muß er sich gefallen lassen, daß wir das für eine Faselei erklären. Wo er eigentlich seine gründlichen Beobachtungen über die Wechselwirkungen des Premierenpublikums und der Erfolge gesammelt haben will, da ihn sein Beruf als Opern- und Konzertkritiker allabendlich im Dienste hält, möchten wir dahingestellt sein lassen. Weshalb aber erwähnt Herr Pastor mit keinem Wort das Berliner K o n z e r t publikum, das er kennen muß und von dem er wissen dürfte, daß das jüdische Element darin mindestens so stark vertreten ist, wie in dem Publikum der Premieren? Ist es ihm unbequem einzuräumen, daß das Interesse an künstlerischen Dingen, sei es Theater, Musik oder bildende Kunst, in dem als materialistisch und nur erwerbsbeflissen verschrieenen Judentum überhaupt ungewöhnlich stark zutage tritt, und daß es deshalb nicht Wunder nehmen kann, wenn in dem gesamten Kunstpublikum, so weit es Erfolge und Mißerfolge mitbestimmt, der jüdische Prozentsatz verhältnismäßig stärker hervortritt? Hat man deswegen schon etwas von einer Verjudung des Berliner Musiklebens gehört (abgesehen von den neulich hier gekennzeichneten Einfältigkeiten des Herrn Pudor)? Und doch fehlen hier die „Exponenten", d. h. die jüdischen Kritiker fast gänzlich, denn der Zufall will es, daß die Musikkritiker fast aller führenden Berliner Blätter Nichtjuden sind. Allerdings legen hier Namen wie Josef Joachim, Siegfried Ochs, Leo Blech u. a. den Schmähsüchtigen Schweigen auf.

Herr Pastor kommt dann in seinem zweiten Artikel in das Gebiet der bildenden Kunst, also auf sein eigenes kritisches Beobachtungsfeld, auf dem er zuständig ist, und spießt sich als abschreckendes Beispiel der „jüdischen Sinnlichkeit" den Maler und Zeichner Thomas Theodor Heine auf die Nadel. Heine ist Jude, und sein durch den Simplizissimus bekannt gewordenes Buch „Bilder aus dem Familienleben" enthält zweifellos manche grobe Ausschreitung und Geschmackswidrigkeit in Wort und Bild. Aber „Sinnlichkeit"?! In diesen laugenscharfen, förmlich die Augen beizenden Satiren, die zumeist halbverhungerte, skelettmagere Proletarier den fettgemästeten Bourgeois gegenüberstellen, in diesen gezeichneten Orgien eines bitterbösen Klassenhasses Sinnlichkeit? Und obendrein „jüdische" Sinnlichkeit? Was enthalten dann wohl die raffiniert komponierten Alkoven- und Boudoirbilder des Herrn von Reznicek, was die Nachtcafé- und Dirnenbilder von Wilke, Bruno Paul (dem neugebackenen Berliner Museumsdirektor) und anderen Simplizissimuszeichnern? Und was hat Heine an galliger Schärfe vor Olaf Gulbransson voraus? Aber weil Heine der einzige Jude unter den verschiedenen künstlerischen Mitarbeitern des „Simplizissimus" ist, darum gilt ihm allein der Angriff, ist er allein das Prototyp einer „verschmutzten Kunst".

Wir sprechen gerade einen Th. Th. Heine bei allem Talent von schlimmen Geschmacksünden nicht frei und geben ihn als Künstler j e d e r Kritik preis. Ihn aber an einen Extrapranger zu stellen und als Vertreter einer „jüdischen Sinnlichkeit" und Entartung mit Pfeilen zu bespicken, das geht nicht an, und daß es geschieht, ist nur ein neuer Beweis dafür, wie das antisemitische Vorurteil auch sonst maßvolle Publizisten dazu verleitet, in der von Herrn Bartels als Gewerbe betriebenen Manier das Judentum als Träger und Ausgangspunkt aller möglichen volksvergiftenden und kulturschädlichen Strömungen zu verdächtigen. Die Unhaltbarkeit dieser verhetzenden Verallgemeinerungsmethode aufzuzeigen, werden wir uns immer und immer wieder durch genauere Beleuchtung solcher Polemiken angelegen sein lassen, wenngleich auch hier das Wort gilt: Plus cela change, plus c'est la même chose.

Amerikanischer Brief.

Wie lange Amerika wohl noch es besser haben wird als der alte Kontinent mit seinen Burgen und Schlössern? Der berühmte amerikanische Humorist M a r k T w a i n geißelt in einem Magazinartikel die auch minder hervorragenden Personen oft aufgefallene Sucht der Amerikaner, ihre Töchter und Millionen betitelten Taugenichtsen an den Hals zu werfen, ihre snobische Exklusivität, sobald sie es zu etwas gebracht haben, und andere Lächerlichkeiten, die sie mit europäischen Narren gemein haben, welchen letzteren wenigstens die Gewohnheit zur Entschuldigung dienen kann.

Die schlimmste und gefährlichste amerikanische Unart aber ist der R a s s e n h a ß, der ihnen am allerwenigsten hätte zugetraut werden sollen. Dieser Rassenhaß bedroht das Land mit den größten Gefahren. Augenblicklich hat er ihnen den Konflikt mit J a p a n eingetragen, der zeitweise ein so böses Aussehen gewonnen hat, daß man allen Ernstes von der Möglichkeit eines Krieges mit Japan sprach, eines Krieges, der, wie er auch enden mochte, den Amerikanern nur Schaden, kaum erwähnenswerten neuen Nutzen bringen konnte. Wenn C h i n a erst einmal erwacht, wird es sich die amerikanische Behandlung oder vielmehr Mißhandlung der chinesischen Einwanderer sicherlich auch nicht gefallen lassen. Daß die den N e g e r n entgegengebrachte Verachtung hüben wie drüben die schlimmsten Verbrechen verschuldet, den Amerikanern die schwierigsten Probleme aufgebürdet hat, ja sogar das Land mit einem furchtbaren Bürgerkrieg bedroht, ist jedermann bekannt.

Im Vergleich mit den von diesen vom Rassenhaß verschuldeten Gefahren spielt der amerikanische Antisemitismus, der seit der Einwanderung der russischen und rumänischen Juden beachtenswert geworden ist, immer noch eine ganz unbedeutende Rolle. Aber schädlich wirkt auch er schon jetzt, und sogar das altehrwürdige Boston, das amerikanische Athen, das so gern geistig vornehm tut, hat darunter empfindlich zu leiden. Hier haben nämlich die konservativen Yankees einen großen Einfluß, und die Folge davon ist, daß Boston immer mehr zurückgeht. Der Mayor Fitzgerald, der die Stadt, deren Haupt er ist, doch kennen muß, macht ausdrücklich die Abgeschlossenheit der puritanischen Bostoner gegenüber allen fremden Elementen für diesen Rückgang verantwortlich „Sehen Sie sich," sagte er zu einem Gewährsmann des „Bostoner Herald", „die Namen auf den Firmenschildern an. Was sehen Sie? Ueberall die Namen aus England eingewanderter Familien. Engherzig und hartnäckig ersticken diese alten Familien die enthusiastische Seele der jungen Iren. Dem Geschäftseifer der Juden kommen sie mit Kälte entgegen. Junge Leute aus der Provinz, die einen englischen Namen haben, ziehen sie jungen Leuten vor, die in Boston geboren, aber von fremder Abstammung sind, wenn diese auch die Stadt lieben und für sie arbeiten wollen. Boston ist der einzige Platz im Lande, vielleicht die einzige Stadt in der Welt, wo die Juden nicht die vollste Gelegenheit hatten zur Entfaltung ihrer großen natürlichen Gaben. Die Atmosphäre ist zu kalt, zu rauh. Die mächtige Geschäftsorganisation in der Stadt, die etwa tausend Mitglieder hat, weist nur ein Dutzend, vielleicht 20 irische Namen und ganze zwei Juden auf. Ist das ein richtiges Verhältnis in einem großen amerikanischen Geschäftszentrum? Ich weiß sehr wohl, was man zur Begründung dieses Standes der Dinge sagt. Wir wollen die Juden nicht hineinlassen, denn sie werden die Amerikaner verdrängen und sich gewisser Geschäftszweige ganz bemächtigen. Aber ist nicht der amerikanische Jude ein guter Amerikaner? Und ist er nicht so gut ein Bürger wie jeder andere Bürger? Und was ist die Folge, wenn man sie fernhält? Sehen Sie, was Boston an New York verloren hat. Die ganze Konfektion. Ist das gut für Boston? Ist es gut, industrielle und kommerzielle Möglichkeiten sich entschlüpfen zu lassen? Sollen wir uns dabei beruhigen und uns entschädigt halten mit dem exklusiven echten Amerikanertum?"

Das sollten sich gar viele in Deutschland, die mit ihrem Deutschtum renommieren, gesagt sein lassen.

Dabei sollte eigentlich gerade Boston die jüdische Einwanderung eher begünstigen Denn ein anderes Bostoner Blatt, der „Boston Transcript", betont ausdrücklich, daß in den von russischen Juden bewohnten ärmlichen Straßen des New Yorker Ostens mehr Kultur vorhanden ist als in der Fünften Avenue, die, wie bekannt, die von den amerikanischen Milliardären bevorzugte Straße New Yorks und vielleicht die reichste Straße in der Welt ist. Man gehe nur, sagt der Gewährsmann etwa, in ein Restaurant einer elenden Judengasse nach dem Theater. Da wird man bis zwei Uhr nachts die edelste Unterhaltung in ganz New York finden, da wird man sprechen hören von Tolstoi und Spencer, von Kunst und der höchsten Literatur, von glänzenden gesellschaftlichen Idealen, von einer schönen fleckenlosen Welt, die noch kommen soll. Hier strömen Dichter, Schauspieler, Schriftsteller, Denker bei russischem Tee ihre Seelen aus. Hier ist die Apotheose der Boheme.

Danach hätte der bekannte jüdische Schriftsteller Zangwill gar nicht so unrecht, wenn er dem „New York Herald" zufolge sagt: Die jüdischen Massen, die jetzt nach Amerika strömen, bilden den zivilisiertesten Bestandteil der ganzen Einwanderung. Nicht nur repräsentieren sie eine alte und hochmoralische Kultur, sondern ihre Vertrautheit mit hebräischer und „jiddischer" Literatur stellt sie auf eine weit höhere Stufe literarischer Bildung als das Gros der Einwanderer. Die russischen Juden besonders sind eines solchen Idealismus fähig, daß er fast ihr Unglück ist in der praktischen Welt. Und gerade eines solchen idealistischen Elements bedarf das heutige Amerika. Was aber die bürgerlichen Tugenden betrifft, so sagt der bekannte Schriftsteller Burton J. Hendrick in einem eingehenden Aufsatz in M. Clures Magazin: Die jüdischen Einwanderer gehören zu den besten Bürgern der Vereinigten Staaten und sind in ganz hervorragendem Maße befähigt, amerikanische Bürger zu werden.

In der Tat hätte selbst die massenhafte Einwanderung von Juden aus Rußland, Rumänien und Galizien wohl niemals besondere Aufmerksamkeit erregt und wäre sie noch weniger die Ursache gewesen, daß man auch in Amerika jetzt ernstlich von der Möglichkeit einer antisemitischen Gefahr spricht, wenn nicht diese jüdischen Einwanderer unglücklicherweise zum weitaus größten Teil in New York landeten und blieben. New York beherbergt jetzt wohl 800 000 Juden und ist die größte Judenstadt, die es jemals in der Weltgeschichte gegeben hat. Man hat nun versucht, die eingewanderten Juden mehr über das Land zu verteilen. Aber das ist eine schwierige, kostspielige und langwierige Geschichte. So ist denn der Plan aufgetaucht, eine Schiffslinie nach Galveston zu eröffnen und von dort aus die Eingewanderten über Texas und andere Süd- und Weststaaten zu verteilen. Es war sogar davon die Rede, die Nordhäfen den Einwanderern ganz zu verschließen. Der Plan mit Galveston ist indessen bereits der Ausführung nahe. Zwei Rothschild haben je 200 000 Mk., ein anderer Jude, der nicht genannt sein will, eine halbe Million zu diesem Zweck hergegeben.

Wie bekannt, pflegen antisemitische Zeitungen, manchmal aber auch andere, wenn es sich um einen jüdischen Verbrecher handelt, gern zu erwähnen, daß es ein Jude sei, während man nie von einem katholischen Mörder oder protestantischen Fälscher vermerkt, welcher Religion er angehört. Doch das sind bei den antisemitischen Blättern kleine Bosheiten, bei den anderen kleine Entgleisungen des Gefühls für Recht und Billigkeit. Wenn von Juden etwas Rühmliches gemeldet wird, wird nicht so regelmäßig, ja nur selten bemerkt, daß der Betreffende ein Jude sei. Eine solche Entgleisung ist auch dem Historiker James Ford Rhodes in seinem Werke „Geschichte der Vereinigten Staaten" an einer bestimmten Stelle passiert. Darauf schrieb Herr Louis Marshal, einer der bekanntesten jüdischen Führer, an ihn:

„Warum, bitte, war es nötig, von einem dieser diebischen Gouverneure (es handelt sich um die berüchtigten Carpet-Baggers) zu erwähnen, daß er ein Jude war? Wenn die historische Wahrheit eines Hinweises auf seinen Glauben bedürfte, warum erstreckte sich Ihre Untersuchung nicht auch auf die Erforschung der speziellen christlichen Konfession oder Sekte, der der erfahrenere Dieb angehörte. Wenn Sie das Wort Jude in ethnologischem Sinne brauchten, wäre es nicht ebenso interessant für Ihre Leser, zu erfahren, welcher Abstammung der andere Dieb angehörte? In den sieben lehrreichen Bänden, in welchen Sie die Schurkereien eines Vierteljahrhunderts bloßgelegt haben, fanden Sie es nur in diesem einzigen Falle nötig, die erwähnte Bezeichnung zu machen. Was ist aus dieser außerordentlichen Entgleisung zu schließen? Aufrichtig hoffe ich nicht, daß Sie angesteckt worden sind von jenem blinden und unvernünftigen Vorurteil, das den traurigsten Fleck der modernen Zivilisation ausmacht. Indes meine Kritik ist noch nicht zu Ende. Wenn Sie auf geschichtliche Wahrheit Gewicht legten, dann würden Sie gefunden haben, daß, wenn auch der Vater jenes korupten Gouverneurs von jüdischer Abstammung war, seine Mutter eine Christin

gewesen ist, und zwar nach ihrem Namen zu urteilen, von schottischer oder irischer Herkunft. Sie war eine Miß Mc Clenehan, und von ihrem Sohn sagt Elzas in seiner authentischen Geschichte der Juden von Süd-Carolina, daß er nicht als Jude erzogen wurde, und daß auch seine Beziehungen in keiner Weise jüdische waren. Ueber ein Jahrhundert hatten seine Vorfahren von väterlicher Seite als ehrbare Bürger in Süd-Carolina gelebt. Sie haben die Sache der Revolution unterstützt und waren hervorragend im geschäftlichen und beruflichen Leben; sein Vater hat seinem Staate bemerkenswerte Dienste geleistet. Warum dann legen Sie das Verbrechen dieses entarteten Sohnes dem jüdischen eher als dem christlichen Blute zur Last, das in seinen Adern strömte? Unter solchen Umständen fühle ich mich berechtigt, Sie zu bitten, die anstößige Bemerkung, auf welche ich Ihre Aufmerksamkeit gelenkt habe, in den kommenden Auflagen, die das gelehrte Werk so sehr verdient, auszumerzen."

Nicht minder bezeichnend wir dieser Brief ist die Antwort des amerikanischen Gelehrten. Es heißt darin: „Hätte irgend jemand an mich die Frage gerichtet, „ob ich infiziert sei von jenem blinden und unvernünftigen Vorurteil?", dann hätte ich erwidert: „ganz entschieden Nein." Ich fürchte jedoch, daß die von Ihnen zitierte Stelle eine unbewußte Wirkung desselben ist. Jedenfalls ist die Angabe, gegen welche Sie protestieren, nicht zu verteidigen, und sie wird in allen künftigen Auflagen des Werkes weggelassen werden. Ich danke Ihnen, daß Sie meine Aufmerksamkeit darauf gelenkt haben" usw.

Welcher noch so elende antisemitische Reporter und selbst nicht antisemitische, würde sich in Deutschland in so liebenswürdiger Weise eine Zensur gefallen lassen und eine Korrektur versprechen? Aber es muß betont werden und ist an dieser Stelle schon des öfteren betont worden, daß es in Amerika in den weitesten Kreisen einen Antisemitismus nicht gibt, und daß auch die gebildete Welt, ja die Geistlichkeit einen Antisemitismus nicht kennt. Er ist ausschließlich bei konkurrenzfürchtenden Arbeitern zu finden, also aus wirtschaftlichen Gründen, und bei solchen wohlhabend gewordenen Amerikanern, die als richtige Snobs sich ein Air zu geben trachten.

Wie selbst Geistliche in den Vereinigten Staaten über Judentum und Christentum denken, das geht aus folgendem hervor. Der Rev. Dr. E. A. Wasson, ein protestantischer Geistlicher, Rektor der St. Stephanskirche, schreibt in einem kirchlichen Monatsblatte „The Crown" u. a.:

„Wenn ein Mensch noch den Satzungen der jüdischen Religion lebt, kann da ernstlich behauptet werden, daß er zu einer anderen Religion bekehrt werden müßte? Wenn einer noch den Geboten des Alten Testaments lebt, dann lebt er auch nach denen des Neuen Testaments, denn die beiden sind im Grunde nicht bloß einander gleich, sondern ein und dasselbe. Wenn einer die moralischen und religiösen Gebote des Alten Testaments befolgt, dann liebt er auch Gott, und liebt er seinen Nächsten wie sich selbst. Er wird dann gerecht sein und in Demut mit seinem Gotte gehen. Er wird sogar seine Feinde lieben. Wenn sein Feind hungert, wird er ihm zu essen geben, wenn er nackt ist, wird er ihn kleiden; wenn er in Not ist, wird er ihm beistehen. Er wird die Armen, die obdachlos sind, in sein Haus bringen. Tut er alles dies, dann sage ich, daß er ein guter Christ ist. Man wird einwenden, er tut oder alles dies nicht. Gewiß, es ist wahr; die Juden tun alles dies nicht, aber tut es etwa der Christ mehr als der Jude? Kümmern sich die Christen mehr um ihre Armen? Notorisch ist, daß sie es nicht tun, nicht annähernd so gut. . . . . Es macht nicht den geringsten Unterschied, welcher Religion ein Mensch angehört, wohl aber macht es einen sehr großen Unterschied, wie die Leute selbst sind. Die Welt ist zu verständig geworden, um über Namen und Dogmen zu streiten. Sie ist dazu gelangt, anzuerkennen, daß die guten Menschen jeder Religion, jeder Rasse im Grunde zu der einen Religion gehören, man mag sie nennen wie man will."

Welcher deutsche Geistliche würde dergleichen in einem kirchlichen Blatte zu veröffentlichen wagen, selbst wenn er geistig hoch genug stände so zu denken?

Aus dem antisemitischen Lager.

Aus Hamburg, 2. Februar, wird uns geschrieben: Bei den heutigen halbschächtigen Erneuerungswahlen zur Bürgerschaft haben unsere Antisemiten — pardon, hat unsere Wirtschaftliche Vereinigung trotz des neuen berüchtigten Wahlgesetzes, das ihnen einige Chancen eröffnete, ganz kläglich abgeschnitten. Die genauen Zahlen liegen bis zur Stunde noch nicht vor, doch ist bereits amtlich die Verteilung der 38 Mandate nach der Stimmenzahl der betreffenden „Liste" vorgenommen; ein Mandat fällt ihnen zu. Verloren hat der bisherige Inhaber derselben seinen Sitz, und wenn ihn in diesen schweren Zeitläuften etwas trösten kann, so werden das wohl die Eisenacher — Nationalliberalen tun. An seine Stelle kommt Herr Justus Pape Buchhändler. Was der gute Mann allein unter 160 Mitgliedern ausrichten wird, — warten wir's in stiller Heiterkeit ab. Herrn Schack, dem Direktor der Deutschnationalen Handlungsgehilfen, muß es besonders schmerzlich sein, daß ein anderer — zukünftiger kaufmännischer Direktor, nämlich der des Handlungskommis-Vereins von 1858, der liberale Oberlehrer Dr. Curt Swét, Mitglied der Bürgerschaft geworden ist! Und das in der Hochburg der „Nationalen"!

Meines Erachtens hat Herr Schack Grund, sich über seine Getreuen sehr zu beklagen; würden sie ihre Stimmen auch nur zum Teil auf ihn vereinigt haben, so wäre es bei unserem jetzigen Wahlsystem ein Leichtes gewesen, ihn durchzubringen. Auch der große Friedrich Raab ist mit Glanz durchgefallen.

Von etwa 320 000 Stimmen (jeder Wähler hat 12 —) erhielt ihre Liste rund 8000 d. h. $2^1/_2$ %! Sic transit gloria antisemitica! Näheres, sobald die offiziellen Zahlen vorliegen. —

(Soeben kommen die amtlichen Zahlen: Von 331 441 erhielt die W. V. 11 001, also etwa 3%! Welch' beschämendes Resultat, nachdem man sogar so weitherzig war, auch solche Herren auf die Liste zu setzen, die nicht auf das „Programm" eingeschworen waren!)

Vermischtes.

Russische Paßvorschriften für deutsche Handlungsreisende jüdischer Konfession. Eine Firma des Oppelner Bezirks beklagte sich bei der Handelskammer zu Oppeln über die russischen Paßvorschriften für deutsche Handlungsreisende jüdischer Konfession. Die Handelskammer zu Oppeln erteilte der Firma am 19. Januar 1907 nachstehende Antwort:

„Die weitverbreitete Annahme, daß durch den neuen deutsch-russischen Handelsvertrag, ebenso wie die frühere Verschiedenheit in der Gültigkeit des Visums, auch alle übrigen Sonderbestimmungen für Reisende jüdischen Glaubens beseitigt worden seien, ist leider nicht zutreffend.

Durch die Zusatzbestimmung zu Art. 12 des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages wird lediglich bestimmt, daß die Gültigkeitsdauer des Paßvisums auch für deutsche Handlungsreisende mosaischer Religion sich wie für Reisende christlicher Religion auf 6 Monat erstreckt, und ferner, daß hinsichtlich der Erteilung der Gewerbescheine und des Betrages der Gebühren hierfür ein Unterschied zwischen den Personen der christlichen Religion und denjenigen der mosaischen Religion nicht gemacht werde. Eine Aenderung der im inneren Rußland geltenden Ausnahmebestimmungen für russische Staatsangehörige mosaischen Glaubens hat durch den neuen Handelsvertrag nicht stattgefunden, wie das auch aus Art. 1 Abs. 2 des deutsch-russischen Handelsvertrages hervorgeht. Art. 1 Abs. 1 des neuen deutsch-

russischen Handelsvertrages besagt zwar, „daß die Angehörigen eines der beiden vertragschließenden Teile, welche sich in dem Gebiete des anderen Teiles niedergelassen haben, aber sich dort vorübergehend aufhalten, dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte genießen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden sollen als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiete des andern Teiles in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben, wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes.“

Im Abs. 2 des Art. 1 wird dagegen ausdrücklich folgendes bestimmt: „Es herrscht jedoch darüber Einverständnis, daß durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschließenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.“ Die Rechtslage ist hiernach die, daß in Rußland weilende Ausländer sich denselben Bestimmungen unterwerfen müssen, die für Inländer gelten. Da nun in Rußland für russische Staatsangehörige mosaischer Religion Ausnahmebestimmungen bestehen, müssen auch Angehörige fremder Staaten, soweit sie der mosaischen Religion angehören, während ihrer Reisen in Rußland sich diesen Bestimmungen unterziehen.

Unter diesen Umständen glauben wir, daß die Bestrebungen, eine Aenderung dieser Verhältnisse zu erreichen, gegenwärtig irgend welchen Erfolg kaum haben dürften, da nicht anzunehmen ist, daß Rußland Ausländer günstiger behandeln wird, wie eigene Staatsangehörige. Die Behauptung, daß die deutschen Behörden bei der Ausstellung der Pässe die Angehörigen mosaischer Religion als Juden bezeichnen, ist unseres Wissens nicht zutreffend. Soweit uns bekannt, enthalten die deutschen Paßformulare keine Angaben über die Religionsangehörigkeit. Diese Angaben werden vielmehr, wie aus uns vorliegenden Schriftstücken hervorgeht, von den russischen Konsulaten gefordert, da die Erteilung des Paßvisums bei Juden von der Beibringung verschiedener Sonderbescheinigungen abhängig gemacht wird.

Die Behauptung, daß die einschränkenden Bestimmungen, denen sich deutsche Handlungsreisende jüdischen Glaubens in Rußland unterwerfen müssen, für Reisende englischer und amerikanischer Nation nicht Anwendung finden, ist uns schon mehrfach begegnet, jedoch sind uns tatsächlich Beweise hierfür bis jetzt nicht beigebracht worden. Solange es aber nicht möglich ist, nachzuweisen, daß deutsche Handlungsreisende jüdischer Religion tatsächlich ungünstiger behandelt werden wie Angehörige jüdischen Glaubens anderer Staaten, wird sich die deutsche Staatsregierung kaum bewegen lassen, bei der russischen Regierung irgend welche Schritte zu unternehmen.

Sollte Ihnen aber zuverlässiges Material nach dieser Richtung hin zur Verfügung stehen, so bitten wir um Einsendung desselben, und behalten wir uns alsdann vor, der Sache näher zu treten. Ebenso sind wir gern bereit, Ihre Beschwerden wegen der von Ihnen erwähnten Mißstände bei der Erlangung des Ausgangsstempels weiterzugeben. Wir müssen Sie jedoch ersuchen, die Mißstände in den einzelnen Fällen näher darzulegen und uns auch anzugeben, welche russischen Behörden an den bezeichneten Mißständen die Schuld tragen.“

Mit Graziadio Isaia Ascoli, der am 21. Januar in Mailand im Alter von 77 Jahren gestorben ist, verliert die Wissenschaft der vergleichenden Sprachforschung einen ihrer scharfsinnigsten und vielseitigsten Vertreter, Italien einen seinen berühmtesten, auch im Auslande bekanntesten und anerkanntesten Gelehrten. Geboren am 16. Juli 1829 in Görz, von israelitischen Eltern, war er ursprünglich für den Kaufmannsstand bestimmt, wandte sich aber schon sehr früh dem Studium der Sprachwissenschaft zu und brachte es auf autodidaktischem Wege durch Energie und Fleiß dahin, daß er bereits im 16. Lebensjahre eine Aufsehen erregende Arbeit über die Verwandtschaft des walachischen Dialekts mit dem von Friaul veröffentlichen konnte. Er befestigte seinen wissenschaftlichen Ruf durch das bedeutende Werk „Studii orientali e linguistici“ (1854 ff.), eine Sammlung von sprachwissenschaftlichen Abhandlungen, die manche originelle und beachtenswerte Ansicht aussprechen; u. a. behauptet er das Vorhandensein zahlreicher semitischer Elemente im Etruskischen. Dieses Werk, das die Aufmerksamkeit der gelehrten Welt auf den jugendlichen Sprachforscher lenkte, trug ihm 1860 die Berufung auf den Lehrstuhl der Sprachwissenschaft an der Academia scientifico-letteraria in Mailand ein, deren Präsident er später wurde und an der er eine ebenso umfassende als einflußreiche Lehrtätigkeit ausübte. Ascoli hat das Interesse für Sanskrit und Sprachvergleichung, für romanische Philologie und für tiefere wissenschaftliche Erkenntnis des Sprachgeistes in Italien wirksam und nachhaltig gefördert, eine große Anzahl der namhaftesten jüngeren Sprachforscher seines Landes, wie Morosi, Giussani, Dall'Oca, Gubernatis u. a. sind aus seiner Schule hervorgegangen. 1888 ehrte die italienische Regierung seine Verdienste durch Ernennung zum Senator des Königreichs. Im Jahre 1902 trat er von seinem akademischen Lehramt zurück. Die Zahl seiner wissenschaftlichen Publikationen ist sehr bedeutend. Die meisten davon haben auch im Auslande, speziell bei den deutschen Fachgenossen, rückhaltlose Anerkennung gefunden und ihm namentlich den Ruf eines der ersten Kenner der romanischen Mundarten und des Lautwandels in den indogermanischen Sprachen verschafft. Ascoli war Mitglied fast aller wichtigeren gelehrten Gesellschaften des In- und Auslandes, so korrespondierendes Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften, der Académie des Inscriptions et des Belles-lettres u. a. Vor wenigen Jahren wurde er auch zum Ritter der Friedensklasse des preußischen Ordens Pour le mérite ernannt.

Zum Andenken an John Hay. Vor kurzem wurde in der Synagoge zu Philadelphia in den Vereinigten Staaten ein sehr schönes Fenster dem im vorigen Jahre gestorbenen Staatssekretär John Hay gewidmet, in Anerkennung seiner Bestrebungen, die Verfolgung der Israeliten in Rußland zu verhindern und die Regierung des Zaren zu bewegen, ihnen gleiche Rechte mit den übrigen russischen Untertanen zu gewähren. Ohne Zweifel ist die in der allerletzten Zeit etwas verbesserte Lage der dortigen Juden, obwohl bis jetzt von keinem großen Belang, Herrn Hays Einschreiten und der von ihm eingelegten ernsten und energischen Verwahrung gegen ihre grausame Behandlung wenigstens zum Teil zu verdanken. Bei der feierlichen Enthüllung des Fensters haben der Staatssekretär Root, der Handelssekretär Strauß und der frühere amerikanische Gesandte in Berlin Andrew D. White die Reden gehalten. Auch die Musik war ganz ausgezeichnet und dürfte die bei dieser Gelegenheit gemachte Bemerkung eines hervorragenden Sachverständigen bestätigen, daß die Juden in Amerika mehr zur Pflege und Veredelung der schönen Künste beitragen, als irgend eine andere Gesellschaftsklasse. Wer die darauf bezüglichen dortigen Verhältnisse genau kennt, wird diesen Verdienst zu schätzen wissen und diesem Lob gewiß beistimmen. E. P. E.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.





Berlin, 13. Februar 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 2. März 1907, abends 8 Uhr,

findet in **Berlin** im **Landesausstellungspark, Eingang Alt-Moabit** (Haupteingang), **im Klausensaal**, die diesjährige

ordentliche General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Unsere Stellung zum Antisemitismus in und nach den Reichstagswahlen.
   Referent: Herr **Dr.** Th. Barth-Berlin.
3. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M., im Februar 1907.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. **Wilhelm Foerster.** Stadtrat **H. Flinsch.**

Charles L. Hallgarten.

Antisemitisches Wahl-A-B-C.

Streiflichter auf die Agitationstechnik der Antisemiten.

Der politische Antisemitismus ist nicht minder gefährlich, wie der „wissenschaftliche“. Während dieser den Schein von Berechtigung, den er zu besitzen glaubt, wissenschaftlich zu dokumentieren sucht, zeitigt jener politische Abenteurer und verkrachte Existenzen, die in pharisäischer Maske unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, auf die niedrigsten und rohesten menschlichen Instinkte spekulierend, breite Volksschichten mit ihrem gefährlichen Gift infizieren. Die heutigen Führer dieses politischen Antisemitismus sind ohne Ausnahme Geschäftspolitiker; Menschen, denen ihr demagogisches Gewerbe entweder zur Befriedigung ihrer Eitelkeit oder ehrgeizigen Pläne dient, wenn sie nicht gar zu jener Sorte Politiker zu zählen sind, die die schamlose Aufreizung und die Verhetzung gegen ihre jüdischen Mitbürger ausschließlich als Geschäft ansehen und danach trachten, sich auf dieser Basis eine vielleicht einkömmliche, aber auch in dem gleichen Maße anrüchige Existenz zu gründen. Die antisemitische Bewegung fördert ihre Bestrebungen hauptsächlich durch die antisemitische Presse und den parlamentarischen Antisemitismus.

Die antisemitische Presse hat nur verschwindend wenig Tageszeitungen in Deutschland zur Verfügung, was einerseits klar beweist, daß eine Verallgemeinerung der antisemitischen Tendenzen auf ein politisch geschultes Publikum unmöglich ist, andererseits aber, speziell durch das Eingehen der führenden Antisemitenorgane, klar zutage treten läßt, daß derartige volksschädigenden Bestrebungen keinem wirklichen Bedürfnis der Deutschen entsprechen, ja dem germanischen Empfinden direkt fernstehen, demnach also erst künstlich gezüchtet und durch unreine Spekulationen zur Konjunktur gemacht werden müssen.

In dem Maße, wie die antisemitische Spekulation auf dem Zeitungsmarkt als Tagesbedarf bankerott macht, schießen die periodisch erscheinenden Antisemitenorgane und Fachschriften mit antisemitischer Tendenz, üppig wie Pilze aus der Erde. Diese künstlichen Sumpfpflanzen gaukeln in politisch ruhigen Zeiten ihrem aus Geschäft oder Neigung abonnierten Publikum ein Paradies vor, das auf Erden sein würde, wenn die Juden zu Parias verdammt wären. Darin gleicht der Antisemitismus sehr dem Sozialismus. Er täuscht seinen Anhänger einen rosigen, phantastischen Zukunftsstaat vor und versucht à conto dieses frommen Betrugs seine gläubigen Schäflein möglichst stark zu rupfen und zu seinen verderblichen, politisch unfruchtbaren Plänen zu mißbrauchen. Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen und Verblendeten, die über schmackhaft zurechtgestutzten phantastischen Gebilden die historische Entwickelung der Tatsachen vergessen haben. Nur ist der Antisemitismus weit gefährlicher als andere angeblich schädigende politische Bestrebungen, da die Antisemiten von ihrer Führern bewußt in die Irre geführt und gegen die Wahrheit geblendet werden. Der antisemitische Irrgarten ist ein engmaschiges Lügengewebe, strotzend von falschen Behauptungen und künstlich darauf konstruierten unwahrhaftigen und falschen Schlüssen. Das langsam wirkende, schleichende Gift des Preß-Antisemitismus wird wesentlich gefährlicher durch den rein politischen parlamentarischen Antisemitismus.

Der parlamentarische Antisemitismus ist in den letzten fünf Jahren merklich abgeflaut und hat erst bei den nunmehr beendeten Wahlen eine wenn auch nicht allzu belangreiche, so doch immerhin beachtenswerte Verstärkung erfahren. Sie besteht in einem Zuwachs von drei Reichstagsmandaten, hat aber beileibe nicht ihren Ursprung in dem Wiederaufleben der antisemitischen Bewegung, wie die antisemitischen Parteiführer gern glauben machen möchten, sondern in dem Zusammenhalten der bürgerlichen und rechtsstehenden Parteien gegen die Sozialdemokratie, im Sinne der nationalen Regierungsparole und in der oft kuriosen und vom Standpunkt des Liberalismus gänzlich verkehrten Stichwahltaktik der bürgerlichen Parteien gegenüber antisemitischen Kandidaturen. Es heißt denn doch aus der Not eine Tugend machen, diese Tatsachen agitatorisch als einen Erfolg des Antisemitismus auszunutzen, entspricht aber im übrigen der antisemitischen Taktik, ständig im Trüben zu fischen.

Im vergangenen Wahlkampf sind nun die Auswüchse und unsauberen Wahlmachenschaften der Antisemiten so flagrant zutage getreten, daß es angebracht erscheint, die gehässige Agitation zu einem Vademecum für künftige Wahlen und zur Kennzeichnung der antisemitischen Verlogenheit kurz zusammen zu stellen.

Die Antisemiten stellen mit Vorliebe ihre Kandidaten in Wahlkreisen mit vorwiegend ländlicher bezw. politisch weniger erfahrener Bevölkerung auf.

Die antisemitischen Mandatsbewerber treten meist als Mischmaschkandidaten mehrerer dem Antisemitismus gesinnungsverwandten Parteigruppen auf, weil sie überzeugt sind, daß der reine Antisemitismus heutzutage seine Anziehungskraft durch die permanente aufklärende Gegenbewegung vollständig eingebüßt hat.

Die Verschleierung des Antisemitismus zeigt sich schon in der Bezeichnung der Kandidatur, die meist unter der falschen Flagge: „die nationale“, oder „die der nationalen Parteien“ segelt. Diese den Tatsachen nicht entsprechende Firmierung wird von den Antisemiten auch dann aufrecht erhalten, wenn ein liberaler Gegenkandidat vorhanden ist, der entschieden gegen den Mißbrauch mit dem Worte „national“ protestiert. In diesem Falle wird durch den antisemitischen Kandidaten einfach die nationale Gesinnung des liberalen Gegenkandidaten angezweifelt und somit der Ankläger zum Angeklagten gemacht.

Die gesinnungsverwandten Parteien, die in der Hauptsache antisemitische Kandidaturen unterstützen und ihr „Ja“ und „Amen“ auch dann zu einer Kandidatur hergeben, wenn sie in dem betreffenden Wahlkreise nur verschwindend wenige Anhänger oder gar völlig unvertreten sind, setzen sich zusammen aus dem Bund der Landwirte, der Deutschen Mittelstandsvereinigung und in einzelnen Fällen dem sog. Nationalen Arbeiterwahlausschuß. Die deutschsoziale Partei und die christlichsoziale Partei gehen wohl stets konform. Die Reformer sondern sich in vereinzelten Fällen in der Hauptwahl ab, finden sich aber nach dem Muster der schönen Seelen, in der Stichwahl wieder zu gemeinsamer Mandatjagd zusammen.

Die deutschsozialen Antisemiten spannen, seitdem der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in in ihrer Fraktion sitzt, mit Vorliebe diesen Interessenverband vor ihren Parteiwagen. Die meist jugendlichen Anhänger dieses antisemitischen Verbandes haben das Erbe des sog. Radauantisemitismus angetreten und bilden bei den Wahlmachenschaften der Deutschsozialen die Schutztruppe. In den verschiedenen Wahlkreisen werden agitatorisch geschulte und für den

Wahlkampf einexerzierte Wanderredner und Verbandsbeamte im Wahlbureau stationiert. Oft werden auf diese Weise vier bis fünf Wahlbureaus in den gefährdeten Orten des Wahlkreises gebildet. Jedem Agitator sind zwei bis drei Handlungsgehilfen meist aus Hamburg beigegeben, die für die Schreibarbeit, Flugblattverteilung, in Versammlungen als Sprengkolonnenführer und am Wahltage als Schlepper verwendet werden. Der das Wahlbureau leitende Agitator hält in den letzten vier Wochen vor der Wahl selbstverständlich in allen kleinen Orten und Dörfern Versammlungen ab und betätigt sich bei seinem täglichen Verkehr mit den Wählern, im Wirtshaus, in gegnerischen Versammlungen, die er zu stören bestrebt ist, und durch den behördlichen Apparat, der ihm in vielen Fällen zur Verfügung steht, eifrig im Stimmenfang. Am Tage vor der Wahl werden von diesem Zweig-Wahlbureau oft verlogene Flugblätter verbreitet, die entweder Unwahrheiten oder Verleumdungen über die gegnerischen Parteien enthalten, oder gar mit gefälschten Unterschriften plötzlich das Eintreten der gegnerischen Parteien für den Antisemiten verkünden. Diese Taktik, die an Unehrlichkeit nicht mehr zu überbieten ist, wird meist am Tage vor der Stichwahl angewandt und zwar im letzten Augenblick, so daß eine Richtigstellung durch die Gegner nicht mehr möglich ist. Auch bereits ausgegebene Stichwahlparolen werden auf diese Art in gewissenloser Weise zugunsten der Antisemiten gefälscht.

Die Antisemiten sind auch in verschiedenen Wahlkreisen die Kandidaten der Konservativen. Da sie aber meist gleichzeitig dem Bund der Landwirte ehrenwörtliche oder bindende Versprechungen gegeben haben und andererseits den Mitrelstand retten wollen, sind sie verpflichtet, um allen Teilen gerecht zu werden, den einzelnen Interessengruppen Sonderversprechungen zu machen, was meist hinter verschlossenen Türen geschieht. Gleichzeitig haben sie sich für diese Fälle ein Programm mit doppeltem Boden zurechtgemacht, das die städtischen und ländlichen Interessen gesondert behandelt und oft beide Bevölkerungsschichten gegeneinander ausspielt.

Die Antisemiten erklären geflissentlich vor Beginn des Wahlkampfes, daß sie sich einer streng sachlichen Kampfesweise befleißigen werden. Sie bezwecken hierdurch zunächst ihren Gegnern die etwa beabsichtigte Schärfe und Entschiedenheit der Bekämpfung unmöglich zu machen — was ihnen leider auch in den meisten Fällen gelingt —, andererseits benutzen sie das Argument der sachlichen Kampfesweise, um desto ungenierter in persönlich verletzender, gehässiger und unehrlicher Form die gegnerischen Parteien und deren Kandidaten zu beschimpfen. Nagelt man die Antisemiten auf derartige Machenschaften fest, so zetern sie über die unsachliche und wenig nationale gegnerische Kampfesweise. Dieses komödiantenhafte Gebahren, das den Wahlkampf zur Farce gestaltet, tragen die Antisemiten auch in den Versammlungen zur Schau; speziell dann, wenn sie — was mit Vorliebe geschieht — in gegnerischen Versammlungen mit einem Troß Anhänger erscheinen und unter Ausnutzung des politischen Anstandes des Gegners und Verkennung des Zwecks gegnerischer Versammlungen oft über eine Stunde in provokatorischer Form reden und polemisieren. Da es sich in vielen Fällen um auswärtige Agitatoren bei derartigen Eindringlingen in fremde Versammlungen handelt, ist folgendes Mittel mit Erfolg angewendet worden: Beschränkung der Redezeit in der Diskussion auf fünf Minuten. Diskussion nur für Redner, die länger als ein Jahr im Wahlkreis ansässig sind. — Bei derartigen Uebergriffen antisemitischer Redner ist speziell auf die Drohungen zu achten, die von den um den Effekt einer langen Rede gebrachten Agitatoren ausgestoßen werden. Eine Nachgiebigkeit darf selbst dann nicht gezeigt werden, wenn die antisemitische Sprengkolonne in Tätigkeit tritt. Die Vertagung der Versammlung auf fünf Minuten und das Entfernen absichtlich störender, politisch unreifer Elemente genügen meist, um den geregelten Weiterverlauf der Versammlung zu sichern.

Am Wahltage unterhalten die Antisemiten nicht nur am Hauptorte des Wahlkreises, sondern auch in den kleineren Ortschaften einen geregelten Schleppdienst. Der Schlepper bringt dem säumigen Wähler außer einem letzten Appell eine Postkarte, auf dem meist unter Anschwärzung der Gegner die Phrase steht: „Das Vaterland ruft Sie, um (Name des Kandidaten) zu wählen.“ Gleichzeitig überreicht der Schlepper dem Wähler einen Stimmzettel und geleitet den Säumigen bis zur Tür des Wahlraumes, es verhindernd, daß der Stimmzettel eines Gegenkandidaten überreicht wird. An Stichwahltagen wenden sich die Antisemiten oft mit Erfolg an die Wähler, die im ersten Wahlgang nicht gewählt haben, was vielfach von den gegnerischen Parteien versäumt wird.

Diese kleine Blütenlese aus der antisemitischen Wahlagitation, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, wird gelegentlich einmal fortgesetzt werden.

Wiener Brief.

III.

(Schwere Kandidaturen. — Die meuternden Genossenschaften. — Das nervöse „Deutsche Volksblatt“. — Dr. Luegers Krankheit. — Der alte Jude.)

Wien, den 9. Februar 1907.

Die Reichsratswahlen, die in Oesterreich im Mai stattfinden werden, beschäftigen jetzt die Oeffentlichkeit in starkem Maße. Auch die Christlichsozialen stürzen sich bereits in die Vorbereitungen, aber sie machen dabei schlechte Erfahrungen. Die Disziplin ist in der Partei bedenklich gelockert, die Führer haben die Massen nicht mehr in der Hand und allerorts stößt man auf Meuterei. Die Lösung der Kandidatenfrage macht den Herren viel Kopfzerbrechen, denn es zeigen sich überall Strömungen, die sich gegen die offiziellen Kandidaturen richten. Für einzelne der Matadore waren überhaupt keine passende Wahlbezirke aufzutreiben. Obwohl sich der Bürgermeister persönlich dafür einsetzte, daß der Landtagsabgeordnete Silberer im ersten Bezirke aufgestellt werde, hat das Bezirkswahlkomitee anders entschieden und Herr Silberer sucht heute noch ein sicheres Plätzchen. Selbst Dr. Pattai, der erste als Antisemit gewählte Abgeordnete Wiens, hatte schwere Not, seine Kandidatur in seinem angestammten Wahlbezirke durchzusetzen. Am 4. dſs. Mts. fand in Mariahilf eine Versammlung des Vereins „Mittelstand“ statt, in der mit Dr. Pattai scharfe Abrechnung gehalten wurde. Der Handelskammerrat Wegl, einer von den vielen mandatshungrigen Antisemiten, fand, daß der bisherige Abgeordnete für den Gewerbestand zu wenig getan habe, und kam zu dem für ihn sehr naheliegenden Schlusse, daß es am besten sei, wenn er sich selbst als Kandidat aufstelle. Unter großen Schwierigkeiten gelang es Dr. Pattai, die Fronde niederzukämpfen und so zu vereiteln, daß ihm der Stuhl vor die Tür gestellt ward. Die gewerblichen Genossenschaften, diese Schoßkinder der Christlichsozialen, wiederholen jetzt

tagtäglich ihr Klagelied, daß die Antisemiten für den Mittelstand praktisch nichts geleistet hätten. Die Schneider und Schuhmacher Wiens, die so lange zur Gardetruppe Luegers gehört haben, murren laut und die anderen Gewerbegruppen tun dasselbe. Natürlich darf man nicht annehmen, daß diese Leute plötzlich zu modernen Menschen geworden seien; vorerst sind sie unzufrieden, weil die Antisemiten, die das Blaue vom Himmel versprachen, nicht genug an reaktionärer Gewerbereform leisteten. Die Armen im Geiste, denen die christlichsozialen Agitatoren die Köpfe verdreht haben, würden es am liebsten sehen, wenn man das Recht auf eine bestimmte Kundschaft gesetzlich festlegen wollte. Jemehr Mittelalter, desto besser. Vorläufig haben diese Kreise also erst einsehen gelernt, daß die christlichsoziale Gewerbeteterei ein Humbug sei und sie beginnen, sich immer mehr von ihren bisherigen Günstlingen zurückzuziehen. Der Glaube an die Wunderkraft reaktionärer Reformen ist noch nicht geschwunden, aber das wird sicher in einem späteren Stadium geschehen. Vorläufig wanken nur die Fundamente, auf denen die christlichsoziale Macht in Wien errichtet ist.

Sind es die Wahlaufregungen, die das „Deutsche Volksblatt" jetzt so sehr nervös machen, oder ist die Gereiztheit auf den bedrohlichen Abonnentenschwund zurückzuführen? Ich meine, das letztere wird die Ursache sein. Das führende christlichsoziale Organ, das vor Jahren große Auflagen hatte, druckt derzeit an Wochentagen nur mehr 18 000 Exemplare und es kann nicht geleugnet werden, daß solche Ergebnisse danach angetan seien, die Nerven zu reizen. In seiner Erregung bindet das „Deutsche Volksblatt" mit allen möglichen und unmöglichen Leuten an und es schlägt sich mit seinen besten Freunden von früher herum. Der von Herrn Vergani so wacker protegierte Stadtrat Oppenberger bekam jüngst eine hübsche Lektion. Er hatte durch die „Rathauskorrespondenz" einen Artikel verbreiten lassen, in dem er sich bitter darüber beschwerte, daß jetzt in ernster Zeit der Kampf gegen die „Judenpresse" nur von einigen aufrechten christlichsozialen Männern geführt werden müsse, während es hierfür an großen antisemitischen Blättern ganz fehle. Diese Blasphemie kränkte Herrn Vergani gar bitterlich und er tauchte seine spitzeste Feder tief in die Tinte. Der Stadtrat Oppenberger möge sich's gesagt sein lassen, las man alsdann, daß es noch ein „Deutsches Volksblatt" gebe, mit dem er nicht spaßen dürfe. Im übrigen solle er ja nur recht bescheiden sein, denn das „Deutsche Volksblatt" kämpfe schon viel länger für die christlichsoziale Sache als er . . . Das ist allerdings nicht ganz richtig und beweist, daß die Schreiber des „Deutschen Volksblatt" nicht allein schlechte Historiker sind, sondern auch ein schwaches Gedächtnis haben. Herr Vergani hat nämlich in der Zeit, der er sich rühmt, an der Seite des Herrn Schönerer gestanden und sicherlich nicht gedacht, daß er einst hinter Dr. Lueger herlaufen werde.

Auch gegen die Klerikalen zog Herr Vergani zu Felde. Auf dem letzten Wiener Katholikentage war die Gründung eines Piusvereins beschlossen worden, der sich die Unterstützung der „christlichen" Presse zur Aufgabe machte. Das „Deutsche Volksblatt", das scheinbar das Gras wachsen hört, glaubte nun aus verschiedenen Anzeichen schließen zu müssen, daß der Verein die Gründung eines neuen großen Blattes in Wien beabsichtige, und sofort schlug es Lärm. Das „Deutsche Volksblatt" gab sich erst einigermaßen zufrieden, als die „Reichspost" versicherte, daß von einem neuen Konkurrenzunternehmen nicht gesprochen werden könne. Der Piusverein denke nur daran, eine Korrespondenz herauszugeben, die zur Verbesserung der klerikalen und christlichsozialen Provinzpresse dienen soll.

Dr. Karl Lueger, dessen Krankheit immer ernster wird, wurde dieser Tage vom Kaiser durch die Verleihung des Großkreuzes des Franz Josef-Ordens ausgezeichnet. Rein menschlich betrachtet ist es gewiß tragisch, daß die Kräfte des Mannes jetzt zusehends schwinden, da er dem Ziele seiner Wünsche so nahe ist. Die niederösterreichische Wahlkreiseinteilung garantiert den Christlichsozialen sozusagen die Existenz einer verhältnismäßig starken parlamentarischen Fraktion und Dr. Lueger könnte an der Spitze derselben ins neue Parlament einziehen, wenn das Schicksal ihn den Tag erleben läßt. Vielleicht überdenkt der Bürgermeister jetzt in den Wochen seines schweren Siechtums, was er an dem Staate und an der Gesellschaft verbrochen hat, als er die Wogen des Antisemitismus rastlos aufpeitschte. In den letzten Monaten und Wochen bemühte er sich rechtschaffen, einen Zug zur Versöhnlichkeit zu bekunden. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß er sogar schon seit Jahren bemüht war, die extrem-antisemitischen Elemente niederzuhalten und eine ruhigere Politik zu befolgen. Doch nicht überall hat das Bibelwort, daß die reuigen Sünder besser seien als die Gerechten, einen Anspruch auf volle Geltung. Wer großes Talent um des Ehrgeizes willen mißbraucht, der sucht vergebens Buße zu tun.

Wir Wilde sind doch bessere Menschen! Was haben die Christlichsozialen nicht seit Jahren über die sogenannte „Judenpresse" zusammengeschimpft. Jetzt aber anerkennt Dr. Lueger selbst die taktvolle Haltung, die sie während seiner Krankheit an den Tag legt. Schließlich reicht politische Gegnerschaft nicht bis zum Bette eines Schwerkranken; es blieb immer den christlichsozialen Blättern vorbehalten, an der Bahre noch Flegeleien zu begehen. Und diese vielverlästerten Juden, auf die Herr Schneider Schußprämien aussetzen wollte, die Herr Gregorig an die Laternenpfähle anzuknüpfen gedachte und die Herr Dr. Lueger zu vernichten versprach: wie verhalten sich diese „rachegierigen, entarteten Hebräer"? Die christlichsoziale Rathauskorrespondenz berichtet täglich, daß aus allen Gesellschaftskreisen Teilnahmsbezeigungen einlaufen und die „Reichspost", die ihren Lesern sonst täglich auf zwölf Seiten erzählt, daß die Israeliten alle Schlechtigkeiten dieser Welt verkörpern, brachte gestern, vielleicht zum ersten Mal ohne hämische Bemerkung, das Wort Jude aus der Feder. Sie schrieb: „Nur Angehörige des engsten Kreises fanden Zutritt in das Krankenzimmer. Unter den Abgewiesenen befand sich auch ein alter Jude. Er kam ins Rathaus und erkundigte sich zuerst um das Befinden Dr. Luegers. Dann brachte er seine Bitte vor: Er sei ein Gesundbeter und wolle ans Krankenbett Dr. Luegers geführt werden, um dort zu beten. Dem Manne konnte dieser Wunsch nicht erfüllt werden . . ."

Ja, die Antisemiten können von den Opfern ihrer Angriffe und ihres Spottes noch so manches lernen, vor allem: Menschlichkeit. -rm-

Aus dem antisemitischen Lager.

Ahlwardt, Bruhn und Foerster. In seinem Wochenblatt „Die Wahrheit" — lucus a non lucendo — antwortet Bruhn auf die von Plad-Podgorski gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, die Prof. Foerster zur Uebernahme einer indirekt gegen Bruhn gerichteten Zählkandidatur in Arnswalde-Friedeberg veranlaßten, folgendermaßen:

„Eine Schmähschrift niedrigster Art, verfaßt von einem Manne, der berufsmäßig in solchen Dingen arbeitet, wurde zu tausenden überall im Wahlkreise verbreitet. Gleichzeitig übersandte Professor Dr. Foerster, Lehrer am Kaiser Wilhelm-Realgymnasium zu Berlin, dieses Pamphlet an den Wahlkreis-Vorsitzenden des Bundes der Landwirte mit der Mitteilung, er habe sich als Kandidat für Arnswalde-Friedeberg aufgestellt, er sei Mitglied des Bundes der Landwirte, Mitglied der Mittelstandsvereinigung und Hauptmann der Landwehr; ihn hätten viele Wähler

gerufen; er bitte, seine Kandidatur zu unterstützen. Nachdem seine Abgesandten vergeblich versucht hatten, die antisemitischen Vertrauensmänner zu gewinnen, wandte sich Professor Foerster an die Wählerschaft mit einem Aufruf, in dem er sich als einen ausgezeichneten Mann schilderte; einen besseren könnten die Wähler nie als Kandidaten erhalten. Der frühere Vertreter des Wahlkreises, Rektor a. D. Ahlwardt, empfahl in einem Flugblatt das ebenfalls ein pamphletisches Meisterstück gegen Herrn Bruhn war, die Wahl seines „bewährten Freundes“ Prof. Dr. Foerster. Seinen alten Freunden und Wählern riete er dringend, „dem überaus glücklichen Beschluß der Vertrauensmänner des Wahlkreises gemäß sich der Person des Prof. Dr. Foerster zu versichern“. Zahlreiche Berliner Agitatoren vom „Deutschen Volksbund“ des Prof. Foerster überschütteten den Wahlkreis mit diesen verleumderischen Flugschriften. Die Berechnung ging dahin, die Wähler im letzten Augenblick durch einen Ueberfall niederträchtigster Art auf Herrn Bruhn, ohne daß diesem die Möglichkeit der Abwehr blieb, auf Prof. Dr. Foerster zu drängen. Die gegen Herrn Bruhn erhobenen Beschuldigungen waren durchaus dazu angetan.

Die Foerster, Ahlwardt und ihre Helfershelfer hatten ihre Pläne gemacht, ohne den geraden und ehrlichen Sinn der Bevölkerung des Wahlkreises in Rechnung zu stellen. Herr Bruhn konnte über die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen noch in allen wichtigen Orten Aufklärung geben. Den Vertrauensmännern, die früher die Wahlen Ahlwardts organisiert hatten, war es nicht möglich, in allen Zeitungen des Wahlkreises auf die Werbungen Foersters und Ahlwardts durch eine mit Namensunterschriften versehene Erklärung die richtige Antwort zu geben. „Die Herren Ahlwardt und Foerster seien von keinem gerufen; das Vorgehen sei ein Verrat an der nationalen Sache. Trotz aller der gegen Herrn Bruhn geschleuderten Verleumdungen besitze dieser das volle Vertrauen der Unterzeichneten. Wenn Herr Ahlwardt sich an seine alten Freunde wende, mit der Bitte, das ihm entgegengebrachte Vertrauen auf Herrn Foerster zu übertragen, so sei demgegenüber festzustellen, daß Herr Ahlwardt kein Vertrauen im Wahlkreise besitze. Nicht nur die gegnerischen, sondern auch seine früheren Wähler seien froh, daß sie Ahlwardt los seien.“ Das war die Lektion, die den Herren erteilt wurde. Der Wahltag brachte eine vernichtende Niederlage für die Foerster und Ahlwardt. Es wurden im ganzen Wahlkreise für Prof. Dr. Foerster 115 Stimmen abgegeben. Herr Bruhn erhielt 13 068 Stimmen, beinahe viermal so viel als seine Gegner zusammen. Ob Prof. Dr. Foerster die Ohrfeige fühlt? Aber auch sein Partner, sein „bewährter Freund“ Ahlwardt, hat seinen Lohn bekommen; er kandidierte jetzt in Neustettin für den Reichstag. Im Jahre 1903 hatte er dort 4600 Stimmen bekommen, sein konservativer Gegner 5600. Am vergangenen Freitag kam über Ahlwardt, der ein würdiger Genosse des Verfassers der jetzt gegen Bruhn verbreiteten Schmähschrift ist, desselben Mannes, der ihm s. Zt. in der „Alten“-Angelegenheit der Miquel-Verleumdungs-Affäre sekundierte, das Strafgericht: Ahlwardt erhielt 1800 Stimmen; der Konservative wurde mit mehr als 8000 Stimmen gewählt. Also eine völlige Fahnenflucht der Wähler der letzten Wahl. Sie wollen ebensowenig wie die Arnswalde-Friedeberger von Ahlwardt wissen. Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Die blamierten Europäer Foerster und Ahlwardt können sich nun gegenseitig trösten; sie werden sehen müssen, ohne den Reichstag fertig zu werden!“

Amüsant ist, wie Prof. Foerster angesichts des in der Tat für ihn blamablen Ausfalls der Wahl nunmehr den Rückzug antritt und in seinem Blatte erklären läßt, von einer Gegenkandidatur gegen Bruhn könne nicht die Rede sein; er habe nur die etwa durch die Verbreitung der Plackschen Broschüre abgesplitterten Stimmen für den Antisemitismus „retten“ wollen. Eine tragikomische Rolle spielt bei dieser Affäre auch Ehren-Ahlwardt, der wahrscheinlich schon mehr wie einmal bitter bereut haben wird, den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg Herrn Bruhn ohne jede Gegenleistung überlassen zu haben, und der jetzt zum Dank dafür von Bruhn noch einen Fußtritt erhält.

Was die in der Broschüre des Antisemiten Plack Podgorski gegen Wilhelm Bruhn erhobenen schweren Beschuldigungen betrifft, so wird man das Ergebnis der gerichtlichen Verhandlungen abwarten müssen.

Vermischtes.

Für Herrn Willy Pastor. Man schreibt uns: „Den Herrn Willy Pastor, der der verleugneten, aber trotzdem sattsam bekannten Tendenz der „Täglichen Rundschau“ entsprechend die Juden für die verschmutzte Kunst verantwortlich macht und ihnen Haremsphantasie vorwirft, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die beiden erfolgreichsten Stücke der letzten New Yorker Saison, „Der Musiklehrer“ und „Der Löwe und die Maus“ von einem Juden verfaßt worden sind. Das erstere ist nicht nur von einem Juden geschrieben, sondern auch von einem Juden in Szene gesetzt, von einem jüdischen Direktor angenommen und von einem jüdischen Schauspieler in der Hauptrolle aufgeführt worden. Herr Willy Pastor scheint überhaupt absonderliche kritische Bahnen zu lieben, solche, die höchstens Leute wie Herr Adolph Bartels zu wandeln pflegen. Vor mehreren Jahren kritisierte er ein hochernstes dramatisches Werk, im Gegensatz zu allen anderen Berliner Kritiken, ganz allein höchst abfällig, so zwar, daß ein Mitarbeiter desselben Blattes, der das Stück gleichzeitig mit angehört hatte, empört über die außerordentliche Ungerechtigkeit noch an demselben Tage an den Verfasser des Stückes ein Schreiben richtete. In jenem Stücke handelte es sich durchaus nicht um sexuelle Schrecklichkeiten, wie schon daraus hervorgeht, daß christliche wie jüdische Geistliche, die gleichfalls das Stück gehört hatten, dem Verfasser schriftlich und mündlich dankten. Damals schrieb Herr Willy Pastor für ein angesehenes Blatt, das ganz besonders für die „Moderne“ enthusiasmiert war. Aber seine ungerechte und höchst unfeine Kritik hat ihm nur selbst geschadet; denn eben diese Kritik war die Ursache, daß er einen von ihm begehrten und begehrenswerten Posten nicht erhielt. Jetzt schreibt Herr Willy Pastor für ein Blatt, das es gern sieht, wenn den Juden auch kritische Tritte versetzt werden. Im Uebrigen ist Herr Willy Pastor in der vorigen Nummer der „Mitteilungen“ ja zur Genüge abgefertigt worden, dabei aber doch mit einer Schonung, die er selbst nicht übt.“

Ueber die dekadente Jugend lesen wir in einer Zeitbetrachtung des Berliner freisinnigen Wochenblattes „Der Beobachter“:

„In dieser Zeit der Schneidigkeit nach unten und der Stumpfheit und Plattheit nach oben müssen natürlich die Studenten dem allgemeinen Zeitbilde entsprechen. Eine geistvolle Frau sagte mit Recht, sie verzeihe gerade der Jugend nichts Schlechtes; denn das sei gewiß ein faules Produkt, wo selbst die höchste Gärung nur Schlamm erzeuge. Vielleicht wären trotzdem für besonders widerwärtige Erscheinungen in der Geistesbetätigung der Jugend mildernde Umstände zu erkennen, wenn nicht gerade in der Studentenschaft eine altbärtige Einbildung bestände, als ob die jungen Lernenden oder die jungen Leute, die lernen sollen, es aber nicht immer tun, berufen wären, da abzusprechen, wo gereifte Männer noch nicht mit dem Urteil fertig sind. Diese akademische Jugend hat, wie Junius in der Zeit der Hochblüte der akademischen Stöckerei ausführte, eine sehr hohe Vorstellung von ihren zukünftigen schwerwiegenden Verdiensten um die Entwickelung unserer Nationalität; der Dankeskredit, den sie daraufhin findet, bringt viele Musensöhne aus dem Gleichgewicht und nähert sie der Grenze, wo die Ausgelassenheit zur Roheit entartet und der Held des komischen Romans zum Gegenstande der Satire wird. Das ist gewiß wahr und richtig. Wir meinen, daß der Exklusivität geschniegelter und gebügelter Flachköpfe, deren Fetischdienst gegenüber ihrem bunten Bande mit einer erschreckenden Dürftigkeit des Wissens Hand in Hand zu gehen pflegt, in erster Linie durch das herzhafte Gelächter urkräftigen Spottes zu begegnen ist. Aber der Spott versagt und ein Gefühl des Schreckens, des Grauens vor den entsittlichenden Wirkungen jenes Geistes, der heute in gewissen Teilen der Studentenschaft sein Wesen treibt, und zugleich schwere Sorge um die Zukunft überkommt den ernsten Vaterlandsfreund, wenn er hat sehen müssen, bis zu welcher Bestialität der stupide Antisemitismus, der unter dem Banner eines Grafen Pückler seine Fahrten macht, unreife Burschen zu treiben vermochte.

Ein Vorkommnis an der Berliner Universität vor einigen Jahren in einer Vorlesung des Professors der Rechtswissenschaft Kohler liefert ganze Bände zur Naturgeschichte des deutschen Geistes in unseren Tagen der „Dekadence“. Als Kohler den von den ausgezeichneten Fachmännern Wilmowski und Levy herausgegebenen Kommentar zum Reichszivilprozeß empfahl, da gaben bekanntlich die jungen Rechtsbeflissenen bei dem Anhören des Namens Levy ihrem Mißfallen durch allgemeines

Scharren Ausdruck. Und als Professor Kohler dann hervorhob, daß dieser Justizrat Levy vor nicht langer Zeit ermordet worden sei, gaben diese idealistischen Musensöhne, Deutschlands Zukunftsstolz und Zukunftshoffnung, durch ohrenbetäubendes Trampeln ihren lebhaften Beifall für Mord und Mörder zu erkennen. Nicht wie zu Fausts Zeiten beim Teufelstrunk in Auerbachs Keller, sondern am hellichten Tage, inmitten des Lehrens und Lernens, offenbart sich in diesen Studenten die **Bestialität**. Diese Burschen, welche frenetisch jubeln, weil ein hervorragender Rechtsgelehrter, der nach ihrer Ansicht durch den Namen Levy bemakelt ist, feigen Mördern zum Opfer gefallen ist. -- das sind dieselben Elemente, welche stolz darauf waren, sich an keiner Ehrung Virchows, des berühmten Professors der Berliner Universität, beteiligt zu haben, da derselbe der Hofgunst entbehrte. Das sind dieselben Leute, die dereinst berufen sind, im Gerichtssaale das Verbrechen zu brandmarken und zu ahnden und die voraussichtlich alsdann überfließen werden von brünstigen Bekenntnissen für Religion, Sitte und Ordnung. In des Herzens geheimster Falte aber mag bei manchem dabei das Gefühl leben, daß ein an einem Juden verübtes Verbrechen im Grunde eine verdienstliche Tat sei. Spricht man von Verwahrlosung der Jugend als Quelle böser Zeiterscheinungen, so sehe man sich einmal diese jungen Herren mit Glacéhandschuhen an, welche in ihrem wütenden Beifallsjubel für die Mörder des Justizrates Levy am allerbesten dargetan haben, bis zu welcher Entartung das blöde Nationalprotzentum und das öde Antisemitentum „gebildete" junge Leute bringen, deren geistiges Interesse allerdings vielfach erschöpft ist durch die Erwerbung der Kenntnisse über die Standquartiere und die Uniformabzeichen verschiedener „R'menter" und ähnlicher erhabener Dinge .....

Aber es bleibt nicht alles unverändert in unserem Vaterlande. Selbst böse Erscheinungen werden verschwinden, wenn auch das Dunkel nur langsam dem Lichte weicht. Schon beginnt der rote Nebel, der wie ein drückender Alb auf dem Vaterlande lag, allmählich zu weichen. Und auch in der Jugend zeigt sich endlich, endlich ein ander Bild.

Wir hatten schon mit freudiger Genugtuung von dem Lichtsieg an der Berliner Universität gemeldet, von dem Unterliegen der reaktionär-antisemitischen Verbindungen bei den letzten Wahlen zur akademischen Lesehalle. In dem eben beendeten Wahlkampfe mehrten sich die Zeichen einer Gesundung unserer Jugend, vornehmlich der studentischen. Wer sich die Versammlungen bürgerlicher, insbesondere liberaler Parteien genauer ansah, mußte voller Freude bemerken, daß sich das typische Bild dieser Zusammenkünfte: ernste Männer, aber alte, sehr alte, beinahe völliges Fehlen des Nachwuchses, stark und vorteilhaft geändert hatte. Jüngere Leute nahmen an politischen Dingen lebhaften Anteil. Das verhieß Gutes."

Russische Paßvorschriften für deutsche Handlungsreisende jüdischer Konfession. Die „Bresl. Ztg." erhält folgende Zuschrift:

Unter der Rubrik: „Stadt und Provinz" brachten Sie gestern in Ihrer Zeitung die ausführliche Antwort, welche die **Oppelner Handelskammer** einem Kaufmann auf dessen Beschwerde über die Behandlung **jüdischer Geschäftsreisenden in Rußland** hat zugehen lassen. Im Interesse der Staatsbürger mosaischer Religion wollen Sie gefälligst folgenden Zeilen in Ihrem geschätzten Blatte Raum geben:

Es ist erstaunlich, welche Unkenntnis über staatliche Vorschriften und Verordnungen nicht bloß in den breiten Schichten der Bevölkerung, sondern sogar bei den Vertretern öffentlicher Institute herrscht. Die so ausführlich erteilte Antwort der Handelskammer spricht nur von den Mißständen, welche von den russischen Behörden geschaffen sind, von der Rechtlosigkeit, unter welcher die russischen Juden zu leiden haben, und von der Unmöglichkeit seitens der preußischen Regierung, in dieser Sache in Rußland zu intervenieren. Die Handelskammer vermutet, daß es auch den jüdischen Geschäftsreisenden aus **Amerika** und **England** in Rußland nicht besser ergehe. Ueber die wirklichen Tatsachen, über die wahren Urheber dieses den jüdischen Bürgern preußischer Staatszugehörigkeit angetanen Unrechts scheint also die Handelskammer gar nicht informiert zu sein.

Zunächst soll hier bemerkt werden, daß die jüdischen Reisenden aus **Amerika** und **England** in **Rußland gar nicht behindert** werden, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht als Juden, sondern als englische oder amerikanische Staatsbürger sich daselbst legitimieren. Das Unrecht, welches den deutschen Juden in Rußland angetan wird, geht nicht von der russischen, sondern zunächst von der **preußischen Regierung** aus. Der Satz in dem Bescheide der Handelskammer: „Soweit uns bekannt, enthalten die deutschen Paßformulare keine Angaben über Religionsangehörigkeit. Diese Angaben werden vielmehr ... von den russischen Konsuln gefordert ..." ist uns völlig unverständlich. Wenn die russische Regierung sich von der preußischen über die Behandlung der Juden nichts drein reden läßt, wie kommt es da, daß die preußische sich eine solche Forderung seitens Rußlands im Gegensatz zu Amerika und England aufoktroyieren läßt!

Es sei zur Klärung der Sache noch folgendes bemerkt: Bis vor etwa zwanzig Jahren bekam jeder deutsche Staatsbürger einen Auslandspaß ohne Vermerk über Religion. Als die Judenverfolgungen in Rußland begannen, da ging man auch gegen die ausländischen, besonders gegen die deutschen, strenger vor. Der russische Konsul inquirierte bei Erteilung des Visums den Paßinhaber über seine Religionszugehörigkeit. Dieser konnte sie beliebig angeben, das hatte er mit seinem Gewissen abzumachen. Auf diesem Wege kam die russische Regierung mit ihren Beschränkungen gegen die Juden nicht weiter. Da kam die **preußische Regierung** dem **russischen Despotismus** zu Hilfe. Man **denunzierte** den Juden als solchen bei dem russischen Konsul. Das Paßformular wurde zwar nicht geändert, aber dem Paßinhaber für die Reise nach Rußland wurde ein **besonderer Schein mit Angabe seines Religionsbekenntnisses** beigegeben. Das war eine in einem Verfassungsstaate unerhörte Verordnung. Wie weit ein solches Verfahren gegen Tausende von loyalen Staatsbürgern dem Geiste der Humanität, der Gerechtigkeit, dem modernen Empfinden entsprach, soll hier nicht erörtert werden. Eine andere Frage ist die: Ob diese Beschränkung der deutschen Juden in Rußland im Gegensatz zu der Freiheit, die den englischen und amerikanischen Juden daselbst gewährt ist, den **deutschen Handelsinteressen**, der Ausfuhr deutscher Waren von Nutzen sei, und wie kommt es, daß die gesetzgebenden Faktoren, und besonders die preußischen Handelskammern, solchen unwürdigen und schädigenden Verordnungen und Verfügungen gegenüber sich so indifferent verhalten?

Armenische „Christen".

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Zeitschrift „**Der Deutsche**", welche von dem bekannten christlich-sozial-konservativen Parteigänger **Adolf Stein** herausgegeben wird und von der antisemitischen Presse aller Schattierungen mit Vorliebe zitiert wird, ein Essai aus der Feder von Ph. **Selberg**-Buschir.

Im Reichstage hat Herr **Stöcker** wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß für die verfolgten armenischen Christen seitens der europäischen Mächte nichts geschehe, daran sei hauptsächlich die „Judenpresse" schuld, welche kein Herz für die Christen habe. Als ob die europäischen Mächte sich durch die „Judenpresse" beeinflussen ließen. Der Jude muß eben immer und überall den Sündenbock abgeben. Herrn Stöcker können wir übrigens die Lektüre dieses in einem antisemitischen Wochenblatt veröffentlichten Aufsatzes angelegentlichst empfehlen. Vielleicht unterzieht er dann seine Ansicht über die armenischen Christen einer Revision.

Der Artikel lautet:

Vor Jahren kam ich auf einer Reise von Bagdad nach Damaskus in das am Euphrat gelegene Städtchen Ed Deir. Der dortige Gouverneur, ein alter freundlicher Türke, tat alles, was in seinen Kräften stand, mir nützlich zu sein und ließ mich später von Bewaffneten durch den unsicheren Wüstenrand bringen, d. i. die Strecke zwischen dem Euphrat und den ersten Beduinenlagern. In der Nähe von Ed Deir sind durch die türkische Regierung nach dem letzten russisch-türkischen Kriege die aus Bulgarien vertriebenen Tscherkessen angesiedelt worden. Diese lebten zur Zeit mit dem mächtigen Beduinenstamm der Anzeh in Blutfehde, und Mord und Totschlag waren an der Tagesordnung, so daß der Posten einem Gouverneur wenig beneidenswertes bot. Ich spielte denn auch darauf an, als der alte Mann mit leuchtenden Augen von den herrlichen Gestaden des Bosporus erzählte, von denen er in diese Einöde versetzt worden war, indem ich ihm mein Bedauern darüber ausdrückte, daß er unter den wilden Bewohnern der syrischen Wüste leben müsse, die doch wohl recht schwer zu regieren seien. Doch er erwiderte seufzend: Nicht Beduinen und Tscherkessen verleiden mir das Dasein hier, noch die Türken, aber ich habe in der Stadt sieben Christen und diese sind die Ursache, daß ich meines Lebens nicht froh werde. Was mag der Grund sein, fügte er hinzu, daß die Christen des Orients so schlecht sind? Nach sei-

nen Angaben gehörten die in der Stadt drei verschiedenen Konfessionen an und lebten miteinander in endlosem Hader, so daß bald diese, bald jene Partei Klage gegen eine andere bei ihm einreiche. Dabei müsse er aber entweder beide Parteien abweisen, oder eine davon verurteilen. Was er aber auch tue, dergleichen Streitigkeiten zu schlichten, die Folge sei immer eine Beschwerde gegen ihn nach Konstantinopel, so daß Ermahnungen und Rügen von dort nie aufhörten.

Ich konnte auf der Durchreise natürlich weder beurteilen, noch untersuchen, ob seine Klagen berechtigt oder übertrieben seien, doch stimmte darin so vieles überein mit meinen eigenen Erfahrungen, die ich im Laufe langer Jahre im Verkehr mit orientalischen Christen gesammelt habe. Ich traf fast ohne Ausnahme bei ihnen auf niedere Gesinnung und schlechte Charaktereigenschaften. Sie kennen weder Ehre noch Treue, sind fanatisch tückisch und verlogen, und verdienen das Mitleid nicht, das die Christen des Abendlandes mit ihnen haben. Am allertaenigsten die Armenier, die es in den letzten Jahren meisterhaft verstanden, für sich in Europa Stimmung zu machen, indem sie sich hinstellten als unterdrückte und verfolgte christliche Brüder. In Wahrheit sind sie unduldsamer und fanatischer als mancher Muhamedaner. Europäer, die längere Zeit geschäftlich oder gesellschaftlich mit ihnen verkehrten, sind einig in ihrem Abscheu gegen das moralisch so tief gesunkene Volk. Aber nicht einer bringt Haß gegen sie aus Europa mit. Im Gegenteil, es liegt klar auf der Hand, daß in muhamedanischen Ländern die Sympathien des frisch ankommenden Christen seinem Glaubensgenossen, d. h. dem Armenier, gehören. Und oft muß er von ihnen getäuscht und betrogen und sein Vertrauen schändlich mißbraucht werden, ehe sich seine anfängliche Neigung zu ihnen in Widerwillen gegen sie, Verachtung und nicht selten bittern Haß verwandelt.

Ein Missionar, der lange Jahre unter den Armeniern gewirkt, klagte mir einst, es sei ihm in ganz Asien kein Volk vorgekommen, das so hoffnungslos mehr und mehr sinke, wie das armenische. Der heranwachsenden Jugend seien Ehre, Redlichkeit und Treue völlig unbekannte Begriffe. Sie sei so bis zum Grunde der Seele verdorben und von Gott verlassen, wie er sich ausdrückte, daß es sündhafte Zeitverschwendung wäre, sich mit ihrer Besserung befassen zu wollen.

Es ist zwar zu ihren Gunsten anzuführen, daß jahrhundertelanger, harter Druck und Verfolgung auch die Besten demoralisiert, und daß man deshalb den Charakter der heutigen Armenier nachsichtig beurteilen müsse. Denn tapfer hat die damalige armenische Nation um ihre Freiheit und ihren Glauben gekämpft und jahrhundertelang war sie in Vorderasien das einzige Bollwerk des Christentums gegen den Islam. Die Tugenden ihrer Vorfahren sucht man aber vergebens bei der jetzigen in alle Windrichtungen zerstreuten handeltreibenden Rasse. Man müßte denn ihren patriarchalischen Familiensinn, ihr stolzes Festhalten an den überlieferten Sitten und Gebräuchen und ihre feste Hoffnung auf die Verwirklichung eines großarmenischen Reiches als Tugenden betrachten.

Wer den Charakter des heutigen Armeniers und seine Hauptneigungen besser kennt, muß fast daran zweifeln, daß es ihm Ernst sei mit seinem Hinarbeiten und Hoffen auf ein unabhängiges Armenien. Er ist ein Handelsgenie sondergleichen und kann sich nur dort wohl befinden, wo es andere Völker auszubeuten gibt. Müßte er unter seinesgleichen sein Brot verdienen, würde sein Gewinn recht mager ausfallen. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß der armenische Kaufmann dadurch, daß er den Handel belebt, zur Entwickelung jedes Landes beiträgt, in dem er sich niederläßt. Doch dieser für ihn sprechende Umstand wird völlig aufgehoben durch die Klagen, die überall gegen seine Unehrlichkeit und skrupellose Gewinnsucht laut werden. Nur derjenige, der mit angesehen, wie z. B. die Bevölkerung des Kaukasus, allwo fast der Gesamthandel in den Händen der Armenier liegt, unter ihrer Ausbeutung zu leiden hat, kann sich einen Begriff machen von dem Haß, der überall gegen sie loht. Ein ehrlicher Kaufmann ist kaum imstande, sich gegen ihre Konkurrenz zu halten. Die Armenier des Kaukasus sind übrigens der schlagendste Beweis dafür, daß eine milde Behandlung ihren Charakter eher ungünstig beeinflußt. Sie leben schon in der dritten Generation unter russischer Herrschaft und wurden bis in die letzten Jahre gerecht und milde behandelt. Hat sich aber in dieser Zeit ihr Chrakter gebessert? Nein, und dreimal nein! Eher ist das Gegenteil anzunehmen. Die armenische Bevölkerung der großen Städte des Kaukasus ist sittlich mehr verroht, als in anderen Ländern. Mit Schaudern denke ich noch heute an die armenischen Stadtviertel in Tiflis mit ihren Lasterhöhlen! Jeder junge Mensch blieb ihnen ferne, war es ja bekannt, daß dort am hellen Tage kein Knabe vor den Lüsten armenischer Wüstlinge sicher war.

Mehr als ein Dutzend mal habe ich die Reise durch das russische Armenien, am Ararat vorbei nach Persien gemacht, und muß offen bekennen, daß ich stets erleichtert aufgeatmet habe, sobald ich den Araxes passiert hatte und wieder unter Muhamedanern war. Nirgends wird der Reisende so grob behandelt und so schamlos ausgebeutet, als unter den Armeniern.

Lange Jahre lebte ich in Kurdistan und habe auch dort Einblicke in den Verkehr zwischen Armeniern und Kurden bekommen, wie wohl selten ein anderer Europäer. Armenische Kaufleute, die unter russischem Schutz standen, hatten kurdischen Großgrundbesitzern, die von der persischen Regierung arg bedrängt wurden, Gelder zu 100 Prozent Zinsen geliehen. Es handelte sich um keine allzuhohen Beträge und sorglos und in Geldgeschäften unerfahren, wie die meisten Kurden sind, beeilten sie sich nicht mit der Rückzahlung solcher Darlehen, insbesondere da auch ihre Gläubiger sehr nachsichtig gegen sie zu sein schienen. Nach 6 bis 7 Jahren erst forderten diese ihre Gelder zurück, allerdings mit Zinsen und Zinseszinsen, die unterdessen zu solch enormer Höhe angelaufen waren, daß die Kurden sie nicht mehr aufbringen konnten. Die Armenier hatten nicht nach Ablauf jeden Jahres die Zinsen zum Kapital geschlagen, sondern alle drei Monate, wonach die Zinsen 144 Prozent jährlich ergaben. Wer die Mühe nicht scheut, mag nachrechnen, zu welcher Unsumme in 6 bis 7 Jahren auf diese Weise die Zinsen anwachsen. Zu spät waren den kurdischen Großen die Augen aufgegangen, alle ihre Bemühungen, sich aus den Krallen ihrer unbarmherzigen Gläubiger zu befreien, waren erfolglos. Die russische Regierung unterstützte die Ansprüche ihrer Schutzbefohlenen und die kurzsichtigen persischen Gouverneure standen den Armeniern bei aus Haß gegen die sunnitischen Kurden. So kam das ganze fruchtbare Tatan-Tal in armenische Verwaltung. Sie konnten zwar nicht die Besitzer aus den Dörfern vertreiben, denn deren Untergebene, d. h. Bauern, wären einfach mitgegangen. So ließ man ihnen denn eine Scheinherrschaft, aber Klage auf Klage wurde gegen sie eingereicht. Um Geld zu beschaffen, drangsalierten und plünderten dann nicht selten die Besitzer ihre Untergebenen. Da die Kurden nur wenig in barem Gelde sondern das meiste in Getreide zahlten, fielen fast alle Kornvorräte in die Hände der Armenier und es begann ein Getreidewucher, der die armen Leute zur Verzweiflung trieb. Der Haß der ganzen Bevölkerung gegen die Christen nahm denn auch in erschreckender Weise überhand und das Aussaugungssystem der Gouverneure im Verein mit den armenischen Wucherern soll der Hauptgrund gewesen sein

für den Einfall des Scheich Obeidullah in persisches Gebiet. Die Armenier konnten sich damals nur durch rasche Flucht retten und der größte Teil ihrer aufgespeicherten Getreidevorräte ging verloren. Nach diesem Einfall, der den Aufstand sämtlicher Mukri-Kurden gegen das persische Joch zur Folge hatte, fühlten sich die Armenier nicht mehr behaglich im Lande. Sie trachteten sich mit ihren Schuldnern zu vergleichen, und ließen sich durch Dörfer abfinden, die nahe der Grenze lagen, denn solche konnten sie entweder selbst verwalten oder vorteilhaft an Perser verkaufen.

Der Kurde kennt keinen Unterschied zwischen Armenier und Europäer. Ihm sind beide Christen, d. h. der Inbegriff alles Schlechten. Kann man aber diesen Naturkindern verargen, daß sie geringschätzig vom Christentume sprechen? Gewiß nicht! Was sie von den Trägern des Christentums sahen, war nicht dazu angetan, ihnen eine bessere Meinung über sie beizubringen. Ich erfuhr das drastisch genug einige Jahre nach obigen Vorkommnissen auf einer Reise in Kurdistan. „Seht, wir Wilden sind doch bessere Menschen!" lautete ungefähr ihr Urteil.

Die armenische Presse hat nichts unterlassen, die Kurden in Europa als blutgierige Scheusale darzustellen. Ueber Greuel, die die Armenier an Kurden verübt haben, dringt nie etwas in die Oeffentlichkeit. Wie viele wehrlose Kurden sind z. B. von jenen vorzüglich bewaffneten Banden niedergemacht, die von Zeit zu Zeit über den Araxes aus dem russischen Armenien einbrachen und Schrecken und Entsetzen unter der kurdischen Bevölkerung verbreiteten! Der Beute halber sind solche Einfälle, die von unsichtbarer Hand, d. h. durch irgend ein armenisches Komitee geleitet wurden, nie unternommen worden, denn in einem Kurdendorfe oder Lager existiert wenig, das die Habgier eines Armeniers reizen könnte, außer vielleicht den Viehherden, die aber so schnell nicht weggetrieben werden können. Nein, der Zweck war ein anderer. Den Armeniern ist zur Genüge bekannt, daß des Kurden heiligste Pflicht gegen einen Gemordeten die Blutrache ist. Seine Verwandten dürfen nicht ruhen, bis sie entweder den Mörder oder ein Glied seiner Familie umgebracht haben. Da aber hier die Täter sich der Rache dadurch entzogen, daß sie stets über die Grenze zurückgingen, so hielten sich die Kurden an die ersten besten Armenier, die ihnen in die Hände fielen; und wie mancher Unschuldige hat dann sein Leben für die Freveltaten seiner Glaubensgenossen lassen müssen! Doch das war es ja, was man durch solche Einfälle bezweckte! Es sollten schuldlose Armenier durch die Kurden umgebracht werden, damit man Schauergeschichten über kurdische Ruchlosigkeiten und Mordtaten gegen Armenier hinaus in die Welt posaunen können!

Vor etwa zwölf Jahren war ich in Kurdistan kurz nachdem eine solche Schar ein Kurdenlager unweit der Grenze überfallen hatte, wobei hauptsächlich Weiber und Kinder niedergemacht worden waren, denn die Männer konnten sich zumeist auf ihre Pferde werfen und entfliehen. Die Aufregung darüber zitterte damals nach in der ganzen kurdischen Bevölkerung nach und verschiedene Kurdenchefs erklärten, daß, falls sich ein ähnlicher Fall noch ein einziges Mal wiederhole, kein Armenier im Lande noch am Leben bleibe, denn sie, die Chefs, würden dann nicht die Macht besitzen, ihre Untergebenen davon abzuhalten, sich auf die im Lande lebenden Armenier zu stürzen.

Wie jeder Vorfall, der sich nur einigermaßen gegen die Kurden verwerten ließ, entstellt und zu Agitationszwecken ausgebeutet wurde, zeigt auch der sogenannte „Raub der Katie Greenfield". Sie war mütterlicherseits Armenierin und ihr Vater Isaak Grünfeld schrieb sich „Greenfield", seitdem er unter englischem Schutz stand. Das Mädchen war ganz und gar ohne Schulbildung in Kurdistan aufgewachsen und in ihren Anschauungen mehr Kurdin als Armenierin. Sie ließ sich von einem stattlichen Kurden entführen. Gewalt war dabei nicht angewendet worden, wie die Entführte später offen vor den Konsuln aussagte, indem sie sich weigerte, zu ihrer Mutter zurückzukehren.

Auch bei den jetzigen Kämpfen im Kaukasus sind die Armenier zumeist diejenigen, denen die Hauptschuld beizumessen ist. Groß soll die Zahl der Tartaren sein, die ihren Meuchelmördern zum Opfer fielen. Unter der muhamedanischen Bevölkerung kursieren Schauergeschichten darüber, wie Armenier wehrlose Tartaren zu Tode geschunden, sie bei lebendigem Leibe geröstet haben ꝛc. Es mag dabei manche Uebertreibung mitlaufen, weggeleugnet aber können die Greueltaten nicht werden und ein frevelhaftes Spiel ist es, daß sie auch da mit dem Leben und Eigentum ihrer Glaubensgenossen, sowie anderer Christen treiben, die z. B. in Persien unter einer nur zu leicht zu fanatisierenden muhamedanischen Bevölkerung leben müssen, deren Gnade sie schutzlos preisgegeben sind. Nachrichten über Mordtaten an ihren Glaubensgenossen im Kaukasus werden stets in Persien verbreitet und reizen die muhamedanische Bevölkerung auf zur Wiedervergeltung und Rache nicht an den Armeniern allein, sondern allen im Lande lebenden Christen.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

 Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 8. Berlin, 20. Februar 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W, Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W, Magdeburgerstr. 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 2. März 1907, abends 8 Uhr,

findet in **Berlin** im **Landesausstellungspark, Eingang Alt-Moabit** (Haupteingang), **im Klausensaal,** die diesjährige

ordentliche General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Unsere Stellung zum Antisemitismus in und nach den Reichstagswahlen. Referent: Herr Dr. **Th. Barth**-Berlin.
3. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M., im Februar 1907.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. **Wilhelm Foerster.** Stadtrat **H. Flinsch.**

Charles L. Hallgarten.

Nachklänge zu den Reichstagswahlen.

Die Antisemiten aller Parteischattierungen haben fast überall da Wahlerfolge erzielt, wo sie vom Bund der Landwirte unterstützt wurden; eine Ausnahme machen nur die Wahlkreise Waldeck-Pyrmont und Lauenburg, wo die liberalen Kandidaten durch ihre ganze Persönlichkeit wesentlich zu dem günstigen Ausgang der Wahl beitrugen. Dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die bisherigen antisemitischen Abgg. Böckler (Flatow), Krösell (Pyritz-Saatzig) und Froelich (Ost- und Weststernberg) in der Hauptsache deswegen unterlegen sind, weil der Bund der Landwirte den konservativen Gegenkandidaten unterstützte. Aus demselben Grunde haben auch die antisemitischen Kandidaturen in Deutsch-Krone (Rechtsanwalt Simons) und in Neustettin (Ahlwardt) keinen Erfolg gehabt, während Herr Bruhn, für den diesmal der Bund der Landwirte schon im ersten Wahlgange stimmte, mit gegen 1903 erheblich vergrößerter Mehrheit schon im ersten Wahlgange siegte. Dieselbe Erscheinung zeigt sich in Thüringen, wo die beiden gewählten antisemitischen Abgg. Schack und Gräf sich fast ausschließlich auf die Organisationen des Bundes der Landwirte stützten, und in Hessen, wo die reformerischen Gegenkandidaten, der Hauptmann Simons in Rinteln-Hofgeismar gegenüber dem Deutschsozialen Herzog ebenfalls nicht durchdrang, weil der gesamte Bundesapparat für seinen antisemitischen Konkurrenten arbeitete.

Dieses Ergebnis der jetzigen Reichstagswahl hat also wieder einmal die Richtigkeit der von uns von jeher vertretenen Anschauung bestätigt, daß der Hauptträger des politischen Antisemitismus nicht die einzelnen antisemitischen Gruppen, sondern der Bund der Landwirte ist. Deswegen muß von allen denjenigen liberalen Gruppen, welche es mit der Bekämpfung des Antisemitismus ernst nehmen, eine klare unzweideutige Stellungnahme zum Bund der Landwirte verlangt werden.

* * *

Konservative und Christlichsoziale liegen sich, kaum daß die Reichstagswahlen vorüber sind, mit deren Ausfoll doch beide Parteien zufrieden sein können, schon wieder in den Haaren und zwar wegen der beiden Wahlkreise Wetzlar-Altenkirchen und Halle-Bielefeld-Herford; den letzteren haben die Konservativen an die Nationalliberalen verloren, infolge der Felonie der Christlichsozialen, wie sie behaupten; im ersteren wäre die Spekulation der Christlichsozialen um ein Haar ebenfalls mißglückt, wenn nämlich die Konservativen die Parteiparole, für den bisherigen nationalliberalen Abg. Krämer zu stimmen, in ihrer Mehrheit befolgt hätten; die Gesinnungsverwandtschaft mit den Christlichsozialen hat sie jedoch großenteils zur Stimmabgabe für den Stöckerischen Gefolgsmann veranlaßt. Das Nähere ergibt sich aus folgender Klageepistel der „Kreuzztg.":

„Die Parteien der Rechten haben im allgemeinen wacker zusammengehalten, wie sich das auch ohne Blockgründung von selbst verstand. Nur die Christlichsozialen machten eine Ausnahme. Sie haben trotz eines Kompromisses in Halle-Herford dem nationalliberalen Kandidaten zum Siege über den konservativen verholfen, und zwar weil angeblich die Konservativen in Wetzlar-Altenkirchen den christlich sozialen Kandidaten im Stiche lassen wollten. Letzteres ist nicht geschehen. Aber wir sehen von diesem einzelnen Falle ab. Wichtiger ist die prinzipielle Auseinandersetzung. Dazu lese man, was Lic. Reinhard Mumm am 4. Februar im „Reich" schreibt:

Die christlich-soziale Partei aber wird daraus die zwingende Folge ziehen, mehr als seither in deutsch-konservativen Kreisen sich fest zu organisieren, um die Konservativen spüren zu lassen, was es heißt, wenn sie künftig der christlichnationalen Arbeiterbewegung gegenüber feindselig handeln.

Und ferner (unter dem Pseudonym „Monheim") am 6. Februar:

Zugleich aber wird die christlich-nationale Arbeiterschaft es sich merken, daß die konservativen und liberalen Herren zwar in der Lage sind, für sich neue Mandate zu gewinnen, aber nicht in der Lage waren, auch nur einen einzigen Arbeiter in ihre Fraktion aufzunehmen. Die alten Parteien sind hierin wie verblendet.

In derselben Nummer führt das christlichsoziale Blatt die Abgeordneten auf, die, wie es sagt, „von den uns nahestehenden Parteiorganisationen" gewählt worden sind, nämlich die 30 Abgeordneten der Christlichsozialen, Antisemiten, Mittelstandsvereinigung und Bund der Landwirte. Unter diesen 30 Abgeordneten ist nur ein „Arbeiter", Behrens von den Christlichsozialen, die auch drei Nichtarbeiter gewählt haben. Warum also nach den Konservativen mit Steinen werfen, zumal es die Christlichsozialen in der Hand hatten, in Halle-Herford einen konservativen Handwerker durchzubringen. Solche Drohungen passen auch nicht recht zu den Bemühungen der Christlichsozialen, in konservativen Kreisen 60 000 Mark für ihre Zeitung zu sammeln. Wir wollen der Wahlerregung vieles zugute halten, aber unsere Freunde werden auf der Hut sein müssen, daß ihnen die Christlichsozialen nicht noch einmal einen Wahlkreis an die Nationalliberalen hinüberspielen, wie Herford-Halle."

* * *

Ueber seine schlechten Erfahrungen im Wahlkampfe machte Zahnarzt Strumpf-Berlin, der in Oels-Wartenberg für die Deutschsozialen und die Reformpartei kandidierte, in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht der „Staatsbürgerztg." folgende Angaben:

„Säle waren überhaupt nicht zu bekommen. Trotz schriftlicher Verträge mit den Wirten wurden die Säle in letzter Stunde abgetrieben. Gemietete Bauernstuben wurden durch Vermittlung der Gendarmerie abgetrieben. Den Bauern wurde angedroht, sie würden bei der Waldarbeit nicht mehr beschäftigt, wenn sie den Antisemiten ein Zimmer einräumten! Die Wirte in den kleinsten Orten verlangten Saalmieten über 50 Mark und verweigerten trotzdem den Saal im letzten Augenblick. Der Kandidat wurde auf Weg und Steg von berittenen Gendarmen belästigt. (Stürmische Heiterkeit.) An anderen Orten wurden die Versammlungen verboten, weil die Bescheinigung der Anmeldung nicht zur Stelle war. Freibier und Schnaps floß natürlich in Strömen. Die Strumpfschen Stimmzettel wurden den Zettelverteilern mit Gewalt aus der Hand gerissen, die Leute wurden sogar vom Amtsvorsteher auf einsamer Landstraße angefahren; Wahlzettel im Wahllokal selbst vernichtet. (Hört! Hört!) Die Strumpf'schen Agitatoren wurden mit Hunden von den Gütern gehetzt. Es wurde die Stimmabgabe von Leuten geduldet, die nicht einmal in der Liste standen. Sogar brieflich wurden die Wirte seitens der Amtsvorsteher bedroht, wenn sie dem Antisemiten den Saal gaben!"

In dieser Schilderung sind zweifellos viel Uebertreibungen enthalten; nach unserer genauen Kenntnis des Wahlkreises haben früher die Konservativen im Gegenteil den Antisemiten nach Möglichkeit die Wege zu ebnen gesucht; allerdings war das zu einer Zeit, wo das Mandat des Herrn von Kardorff, der jetzt nicht mehr kandidiert hat, von den Freisinnigen stark bedroht war. Die Presse der Reformpartei schiebt die Schuld an diesen konservativen Terrorismus auf den Bund der Landwirte; die Magdeburger „Sachsenschau" schreibt:

„Unsere Leser werden nun verstehen, warum wir Reformer dem Bunde der Landwirte stets mit Mißtrauen entgegengetreten sind und warum wir stets vor dem Mittelstandshumbug des Bundes gewarnt haben. Die gesamte Mittelstandsbewegung ist lediglich eine Gründung des Bundes. Aus eigener Kraft kann der Bund keinen einzigen Kandidaten in den Reichstag bringen. Er braucht die selbständigen Gewerbetreibenden in den Städten und größeren Ortschaften. Diese Gewerbetreibenden treibt er nun mit der Mittelstandsbewegung in seine Hürden. Die eine Rede, mit welcher die Mittelstandsagitatoren auf die politisch rückständigen Mittelständler losgehen, hat der Bund der Landwirte geliefert. Die Mittelstandsführer merken wohl größtenteils selbst nichts von der Eleganz, mit der sie geschoben werden.

Allerdings hat der Bund der Landwirte auch reformerische Abgeordnete bei der Wahl unterstützt. Aber nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, weil die Reformer aus nationalen Gründen auch der Landwirtschaft Rechnung tragen, soweit das die Interessen anderer Stände zulassen. Wir Reformer wissen, daß der Bund auch unseren Abgeordneten in den Rücken fallen wird, soweit er die Macht in sich verspürt. Denn gar vieles in unserem Programm paßt den Landwirten nicht in den Kram.

Wir Reformer fordern beispielsweise eine Einschränkung der Kreditfristen, um das selbständige Gewerbe zu heben und vor größeren Verlusten zu bewahren. Wer pumpt nun am längsten? Unstreitig der Landwirt, der aber jedes Stück Vieh, jeden Zentner Korn, jedes Ei und jedes Pfund Butter nur gegen bar verkauft. Handwerker und Lieferanten des Bauern müssen jahrelang auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten.

Wie der Bund der Landwirte durch sein Genossenschaftswesen die Kleingewerbetreibenden in den kleineren Städten und Dörfern an die Wand drückt, haben wir schon des öfteren ausgeführt. Ebenso haben wir eine schärfere Besteuerung der zahlungsfähigen Landwirte gefordert. Es ist zum Lachen, wie geringe Steuern manche gut situierte Landwirte zahlen. Eine allgemeine Selbsteinschätzung würde Wunderdinge zutage fördern.

Von solchen Dingen will das Gros der Landwirte natürlich nichts hören. Die einsichtigen Landwirte stimmen uns heimlich zu. Es gehört die *ganze Naivität* unserer von keiner tieferen politischen Einsicht angekränkelten Mittelstandsführer — *Herrn Liebermann miteingeschlossen* — dazu, um sich gegenüber diesen handgreiflichen Schiebungen blind zu verhalten. Man gebraucht diese Leute und setzt ihnen dann zu geeigneter Zeit den Stuhl vor die Tür. Hoffentlich erleben wir es noch einmal, auch den Mohr Liebermann gehen zu sehen.

In Oels-Wartenberg und in Ost- und West-Sternberg hat der Bund seine Karten vorzeitig aufgedeckt. Wir haben aber Grund zu der Annahme, daß die Deutschsozialen und Mittelständer den Zauber noch nicht begriffen haben. Es muß in der Tat *Dummheit über das Land geregnet haben*."

Herr Liebermann von Sonnenberg wird sich um dieses Geschimpfe wenig kümmern; hat doch der Bund der Landwirte in anderen Wahlkreisen so reichlich in die Scheuern der Antisemiten eingetragen, daß er ihm die kleine Disziplinlosigkeit in Oels-Wartenberg gern verzeihen wird.

* * *

Um den *neugewählten Reichstagsabgeordneten Linz*, der in Elberfeld-Barmen den langjährigen sozialdemokratischen Vertreter Molkenbuhr verdrängt und sich nach einigem Zögern der Reichspartei als Hospitant angeschlossen hat, trauern die Antisemiten wie um einen verlorenen Sohn. Offenbar war ihnen die scharfe Gegnerschaft Linz's zum Antisemitismus — wir haben seine hierauf bezügliche Erklärung, die er im Verlaufe der Wahlbewegung abgegeben hat, in einer der letzten Nummern der „Mitteilungen" wiedergegeben — bisher entgangen. Die Stöckerpresse veröffentlicht eine Zuschrift, die ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gibt, daß Linz der Reichspartei beigetreten sei; die christlichnationalen Arbeiter des Wuppertals, die für Linz eingetreten seien, hielten diesen Entschluß „einfach für ungeheuerlich"; alsdann heißt es weiter:

„Die Post", das Organ der Reichspartei, kämpft auf das bitterste gegen „*Stöckerei und Muckerei*". (Der Ausdruck ist von ihr erfunden.) Herr Oberlehrer Linz, der nur der verhaßten „Stöckerei und Muckerei" sein Mandat verdankt, schließt sich der Reichspartei als Hospitant an. Der nächste christlichsoziale Parteitag in Elberfeld wird hierüber ein *unzweideutiges Wort* sagen müssen. Wir können nur noch eine Hoffnung hegen: daß Herr Oberlehrer Linz, wenn er erst in Berlin sich seine neue Partei ansieht, und erst ein Vierteljahr sein neues Parteiorgan, „Die Post", gelesen hat, erkennt, daß er *in eine Gesellschaft geraten* ist, in die er *nicht paßt*."

Noch klobiger wird die „*Deutsche Reform*", das offizielle Organ der Reformpartei, die über die Stellungnahme des Abg. Linz zum Antisemitismus bemerkt:

„Nach dieser Erklärung wird wohl jeder Antisemit wissen, was er von Herrn Linz und seinen „Freunden" zu halten hat. Gerade wir als *antisemitische Gegner jeder „Hetze"* nageln fest, daß wir solche *demütigende Zugeständnisse* an das Judentum bisher nur von den Knechten der „Freisinnigen Vereinigung" gehört haben."

Die Reformpartei als „Gegner jeder Hetze"! Wer lacht da?

* * *

Die „*Hessische Rundschau*", auf die sich hauptsächlich die Agitation der Reformpartei gegen die antisemitische deutschsoziale Bruderpartei in Hessen stützte, ist *eingegangen*. Die „Deutschsozialen Blätter" des Herrn Liebermann von Sonnenberg triumphieren natürlich; ist doch auch der Ansturm der Reformpartei in Kassel und Rinteln von den Deutschsozialen glänzend abgeschlagen worden; man höre die Sprache des Siegers, der seinen Triumph über den am Boden liegenden Gegner voll auskosten will:

„Die „frei-deutschen" Reformer in Kassel, atheistische *Himmelsstürmer* freisinnigen Herzens mit einem angeblich antisemitischen Mäntelchen, haben gründlich abgewirtschaftet. Ihr Kandidat für Kassel-Melsungen und Rinteln-Hofgeismar, Herr Hauptmann a. D. Simons, erhielt in Kassel volle 6 (sage und schreibe sechs) Stimmen. Das ist der Erfolg der planmäßigen und *niederträchtigen Hetze*, die man gegen Herrn, Amtsgerichtsrat Lattmann von dieser Seite eröffnet hatte, angestachelt von *Rachsucht*, *Bosheit* und kleinlichem Neid gegen den vortrefflichen Mann. Selbst Lattmanns angeblich „geknicktes Ehrenwort" fiel in nichts zusammen, als Herr Schwarz, der Hauptzeuge dafür, erklärte, es sei nichts als „Mache" jener kleinen Gruppe. Der gesunde Sinn der Kasseler Bevölkerung hat sich von Anfang an ablehnend verhalten gegen eine unsinnige und maßlose Bewegung, deren Träger sich zum großen Teil *wie die Wilden gebärdeten* und vor keinem Mittel der Lüge und Verleumdung zurückschreckten. Auch ihr Wochen-Blättchen, die „Hessische Rundschau", andere nannten sie „*gehässige Schundsau*" — ist jetzt endlich entschlafen, nach etwas mehr als einjährigem Bestehen. Sie hätte schon längst das Zeitliche gesegnet, wenn sie nicht bis zum 1. Januar d. J. von Herrn Helmerich, dem Gegenkandidaten Herzogs bei der Nachwahl im vorigen Jahre, reich unterstützt worden wäre. Seitdem sind etwa 1000 Mark Schulden für den Drucker entstanden, und der Besitzer des Blattes, ein bekannter Rechtsanwalt, soll jetzt bei der Bezahlung Schwierigkeiten machen, nachdem er ein Jahr lang der Drahtzieher hinter den Kulissen gewesen ist und aus dem Versteck heraus anständige Menschen mit Schmutz beworfen hat. Schade um das sinnlos verpulverte Geld und um die Arbeit für eine schlechte Sache! Was hätte eine vernünftige antisemitische Wochenschrift in Kassel leisten können, wenn sie anstatt vermeintlicher Schäden wirkliche aufgedeckt hätte. Das war aber für jene Herren zu einfach und zu verständig!"

* * *

Aus dem Wahlkreise *Alsfeld-Lauterbach-Schotten*, wo der frühere antisemitische Vertreter des Kreises, Maler *Bindewald*, den seitherigen nationalliberalen Abgeordneten Kreisrat *Wallau*, der allerdings schon sofort nach seinem nur mit freisinniger Unterstützung im Jahre 1903 errungenen Siege sehr stark mit dem Bunde der Landwirte liebäugelte, verdrängt hat, wird uns geschrieben:

„Es steht fest, daß der Sieg des Antisemiten Bindewald durch geschlossenes Eintreten der Sozialdemokraten und des Zentrums herbeigeführt wurde. Letzteres handelte nach einer von seiner Parteileitung in Mainz herausgegebenen Parole, welche aufforderte, für Bindewald einzutreten. Die Zentrumspartei hat hier etwa 600 Stimmen. Auch haben zweifellos *viele Freisinnige* in der Stichwahl *entgegen* der Parole gegen den „Kreisrat" Wallau für den „Volksmann" Bindewald gestimmt. Bindewald gebärdet sich sehr *demokratisch* und als Freund der kleinen Leute, von seinem *antisemitischen Programm* haben die meisten seiner Wähler *keine Ahnung* oder glauben nicht mehr daran, weil er davon schweigt oder sehr kleinlaut spricht. Meiner Ueberzeugung nach wird der Kampf gegen diese Volksverführer verkehrt geführt, da man sie nicht entlarvt und nicht dem Volke zeigt, was sie *wirklich* wollen und sind. Ich bin in einer großen, imposanten freisinnigen Versammlung in Alsfeld gewesen, worin alle Parteien gründlich kritisiert wurden, sogar solche, welche in unserem Wahlkreis gar nicht vertreten sind, die *Antisemiten*, diese stärkste Partei in unserem Kreise, wurde *kaum gestreift*, anstatt ihre unehrliche Kampfesweise schonungslos aufzudecken und den Wählern zu zeigen, mit wem sie es zu tun haben."

* * *

Aus dem Wahlkreise **Gießen-Grünberg-Nidda**, wo der frühere antisemische Vertreter des Kreises, Bürgermeister **Köhler**-Langsdorf, den seitherigen nationalliberalen Abg. Heyligenstaedt verdrängt hat, wird der „Frankf. Ztg." geschrieben:

Der Ausfall der Stichwahl im hiesigen Wahlkreise zeigt, wie sehr diejenigen Recht hatten, die der **freisinnigen Partei** dringend empfahlen, **eine eigene Kandidatur** aufzustellen bezw. die liberalen Elemente der Wählerschaft zugunsten eines linksliberalen Kandidaten zusammenzufassen. Ein linksliberaler Kandidat wäre ohne Zweifel in die Stichwahl mit dem Antisemiten gekommen, noch sicherer als der nationalliberale Heyligenstaedt, **weil** ersterem schon im ersten Wahlgange eine Menge Stimmen zugefallen wären, die der Sozialdemokrat erhalten hat. In der Stichwahl würden die Sozialdemokraten, wie sie in Presse und Versammlungen bestimmt erklärt haben, Mann für Mann für einen freisinnigen Kandidaten eingetreten sein. Damit wäre aber die Verdrängung des Antisemiten gesichert gewesen. Nun ist es gekommen, wie es kommen mußte, die Sozialdemokraten haben teilweise sich enthalten, teilweise den Nationalliberalen, teilweise den Antisemiten gewählt. Letzteres haben zumeist die ländlichen sozialdemokratischen Wähler getan. So ist die Stadt Gießen, der Sitz der Hochschule, wieder dazu gekommen, von Köhler vertreten zu sein. Er hat seinen rechtsliberalen Gegner um etwa 1000 Stimmen überflügelt, trotz großer, vielleicht übergroßer Anstrengungen, die von liberaler Seite gemacht worden sind. Besserung ist hier nur auf dem Wege zu erzielen, daß die **freisinnige Partei sich auf sich selbst besinnt**, eine politische Arbeit auch in der Zeit **zwischen den Wahlen** bewirkt und rechtzeitig eine Kandidatur ins Auge faßt, der **alle** bürgerlichen Elemente, auch die demokratisch gesinnten, freudig beitreten können."

Darauf haben wir seit Jahr und Tag die Freisinnigen in Hessen hingewiesen. Hätten sie unsere Mahnung befolgt, so wären die beiden Mandate in Gießen und Alsfeld nicht wieder der antisemitischen Reaktion anheimgefallen.

* * *

Aus der Wahlbewegung in **Eschwege-Schmalkalden**, wo, wie unsere Leser wissen, der freisinnige Kandidat Lehrer **Kimpel** und insbesondere die dortigen freisinnigen Vereine, deren Diktatur sich der Kandidat nur zu bereitwillig untergeordnet hat, leider keine sehr rühmliche Rolle gespielt haben, glaubte der antisemitische Abg. **Lattmann** folgende „liebliche Geschichte" im „Schmalkaldener Tgl." erzählen zu können:

„Da die Gegner im Wahlkampfe uns immer wieder und in völlig unberechtigter Weise ein „Wahlbündnis mit dem reaktionären Zentrum" vorgeworfen haben, ist es interessant, zu hören, welches Bündnis der nationalliberal-freisinnige **Herr Lehrer Kimpel** mit dem **Zentrum** eingegangen war. Er hat zwei Tage vor der Hauptwahl den katholischen **Pfarrer in Eschwege** besucht und sich unter **Ehrenwort bereit erklärt**, einzutreten u. a. für Abschaffung des Jesuitengesetzes. Dafür verpflichtete sich der Herr Pfarrer zur Unterstützung bei der Wahl. Dieser schreibt: „Alsbald nachher, als ich mein Versprechen erfüllen wollte, erfuhr ich von **Hetzreden**, die in den für Kimpel veranstalteten Versammlungen gegen das Zentrum gehalten worden seien." Der Brief des Herrn Pfarrer Vermoser, der dieses Wahlbündnis mitteilt, ist vom 6. Febr. 1907. Lattmann."

Die „liebliche Geschichte" war allerdings durch Herrn Lattmann stark tendenziös gefärbt. Herr Pfarrer Vermoser hat infolgedessen sich veranlaßt gesehen, im „Eschweger Tgbl." folgende Richtigstellung zu veröffentlichen:

„Mein Brief vom 6. Februar d. J. war nicht an Herrn Lattmann, sondern den evangelisch-lutherischen Pfarrer Herrn Löhkes in Oberschönau gerichtet mit der Erlaubnis, von demselben Gebrauch zu machen. Ich muß lebhaft bedauern, daß **nicht** der **volle** Inhalt meines Briefes, sondern nur eine Abkürzung mitgeteilt ist, die weder dem Wortlaut nach der Sache völlig entspricht und daher **geeignet** ist, unnötige **Verwirrung** bezw. **konfessionelle Aufregung** hervorzurufen. Vom „Jesuitengesetz" war in meiner Unterredung mit Herrn Kimpel keine Rede, sondern von **Abschaffung des bestehenden Ausnahmegesetzes** und Abwehr etwaiger neuer Ausnahmegesetze, ferner vom Schutze des allgemeinen geheimen und direkten Wahlrechts und einer gerechten direkten Besteuerung unter besonderer Berücksichtigung der großen Vermögen und hohen Einkommen, sowie Luxussteuer. Ich hege die festeste Ueberzeugung, daß alle Ausnahmegesetze, mögen sie nun eine religiöse oder politische Spitze haben, von großem Uebel sind und dem Wohle des Vaterlandes in keiner Weise dienen. Daher kann ich nur für einen Kandidaten eintreten, der diese Ueberzeugung teilt. — Die Bemerkung des Herrn Abg. Lattmann, „es ist interessant zu hören, welches Bündnis der nationalliberal-freisinnige Herr Lehrer Kimpel dem Zentrum eingegangen war", muß Heiterkeit erregen. Herr Kimpel hat nur mit mir persönlich gesprochen, und ich habe meinen persönlichen Standpunkt vertreten, ohne vom „Zentrum" und dessen Leitung irgend welche Weisung und Vollmacht erhalten zu haben. — Um der Wahrheit die Ehre zu geben, bemerke ich, daß Herr Kimpel, der auf mich den Eindruck eines ernsten, verständigen Mannes machte, ausdrücklich seinen von dem Zentrum abweichenden Standpunkt in der bekannten Südwestafrika-Angelegenheit hervorgehoben hat."

Die antisemitischen Stimmen bei der Reichstagswahl 1907.

Wir geben nachstehend die in den einzelnen Wahlkreisen auf Kandidaten der Deutschsozialen, der deutschen Reformpartei, des Deutschen Volksbundes und der Christlichsozialen entfallenen Stimmen nach den im „Reichsanzeiger" veröffentlichten **amtlichen** Ergebnissen wieder; die Ziffern der Wahlen von 1903 setzen wir zum Vergleich hinzu:

	1907	1903
Schlochau-Flatow	3946	6956
Deutsch-Krone	2705	2370
Ostpriegnitz	1025	—
Westpriegnitz	—	1125
Arnswalde-Friedeberg	13059 (Bruhn) 158 (Förster)	6137
Königsberg (Neum.)	1468	—
Ost- und West-Sternberg	5240	4820
Randow-Greifenhagen	—	33
Stettin	3687	4939
Pyritz-Saatzig	4497	4501
Neustettin	1948	4610
Samter-Birnbaum	—	2177
Wartenberg-Oels	2916	3669
Breslau-Ost	—	237
Breslau-West	—	188
Kreuzburg-Rosenberg	—	86
Magdeburg	—	4696
Oschersleben	—	5369
Sangerhausen	—	2353
Schweinitz-Wittenberg	109	—
Erfurt	—	4313
Flensburg	2359	5957
Altona-Stormarn	2127	928
Lauenburg	3546	—
Münster	34	—
Minden-Lübbecke	2519	2075
Herford-Halle	5796	2532
Bielefeld-Wiedenbrück	—	1723
Warburg-Höxter	—	28
Siegen-Wittgenstein	15361	14991
Altena-Iserlohn	—	1457
Hagen	1682	1855
Dortmund	27	—
Ober- u. Unter-Lahnkreis	1377	—
Dillenburg	11168	4326
Rinteln-Hofgeismar	8877 2032	6426
Kassel	11788	7778
Fritzlar-Homberg	8966	6767
Eschwege-Schmalkalden	8946	3309
Marburg	9077	2385
Hersfeld-Rotenburg	7537	5577
Fulda	—	2206
Hanau	—	579
Transport	143 977	129 478

Transport	143977	129478
Frankfurt a. M.	—	5056
Köln	53	126
Lennep-Mettman	7605	2600
Salingen	—	648
Düsseldorf	—	823
Duisburg	—	1377
München-Gladbach	—	1734
Wetzlar-Altenkirchen	7730	3901
Trier	—	30
München I	—	1075
München II	—	1591
Ingolstadt	—	98
Rosenheim	—	186
Traunstein	—	213
Homburg	1898	—
Kelheim	—	34
Kaiserslautern	44	—
Aschaffenburg	—	80
Augsburg	—	108
Dillingen	—	55
Illertissen	—	55
Kaufbeuren	—	83
Immenstadt	—	50
Bautzen	20846	10637
Dresden A	12368	—
Dresden N	—	15172
Dresden Land	—	17042
Meißen	6976	12182
Pirna	—	9566
Döbeln	—	5569
Leipzig Land	—	3488
Borna	4756	—
Zschopau-Marienberg	14732	—
Adelsheim-Buchen	52	—
Gießen	9017	5123
Friedberg	3299	—
Alsfeld	6455	5472
Mainz	—	684
Erbach-Bensheim	6755	—
Eisenach	6985	2145
Weimar	8982	—
Braunschweig	—	1834
Holzminden	—	3478
Meiningen	—	4915
Schwarzburg-Sondersh.	—	3717
Waldeck	4057	4155
Schaumburg-Lippe	—	375
Hamburg I	136	523
Hamburg II	60	318
Hamburg III	422	2101
Lübeck	—	310
	Sa. 267205	258207

Nur diese auf rein antisemitische Kandidaten abgegebene Stimmen können nach der Statistik mit einander verglichen werden. Es haben also die antisemitischen Gruppen bei der jetzigen Wahl gegen 1903 einen Zuwachs von 8998 Stimmen zu verzeichnen.

Zu den rein antisemitischen Stimmen kommen nun freilich noch die auf Kandidaten der sogenannten **Mittelstands-Vereinigung**, welche bei der jetzigen Wahl zum ersten Mal als ernsthafte Bewerberin auftrat, entfallenen Stimmen; es sind für Kandidaten der verschiedenen Mittelstands-Organisationen in folgenden Wahlkreisen Stimmen abgegeben worden:

In Danzig	1864	Stimmen
„ Striegau	3043	„
„ Liegnitz	8936	„
„ Wanzleben	5339	„
„ Aschersleben	12055	„
„ Erfurt	8602	„
	Sa. 39839	Stimmen.

Transport	39839	Stimmen
In Hannover	12159	„
„ Goslar	7175	„
„ München II	44	„
„ Forchheim	4548	„
„ Nürnberg	4533	„
„ Dresden A	51	„
„ Pirna	16235	„
„ Meiningen	5634	„
	Sa. 90218	Stimmen.

Rechnet man diese 90218 Stimmen der Mittelstandsvereinigung den obigen auf die fraktionellen Antisemiten entfallenen Stimmen hinzu, so ergibt sich eine Gesamtziffer von 357423 antisemitischen Stimmen gegenüber 258207 im Jahre 1903, d. h. also eine Zunahme um 99206 Stimmen. Nur diese Ziffern können als Unterlage für Vergleiche dienen; alle in andern Blättern provisorisch aufgestellte Berechnungen sind bewußt oder unbewußt irreführend.

Außer Anrechnung geblieben sind hierbei die auf sonstige Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung, wie die Führer des Bundes der Landwirte entfallenen Stimmen, die auch bei unserer Aufstellung der antisemitischen Stimmen von 1903 außer Ansatz geblieben sind; ebenso die in **Berlin** auf **Pückler** entfallenen 160 Stimmen, da hier weder Wähler noch Kandidat ernst zu nehmen sind.

Auf die verschiedenen Ursachen des Anwachsens der antisemitischen **Stimmen** bei der jetzigen Wahl, das übrigens realpolitisch von geringerer Bedeutung ist, als die unverhältnismäßig größere Steigerung der Zahl antisemitischer **Abgeordneten** wird noch später des Näheren zurückzukommen sein.

Antisemitischer Terrorismus.

Man schreibt uns: Von antisemitischer Seite wird sehr oft im Reichstag und in Volksversammlungen über sozialdemokratischen Terrorismus geklagt. Umso verwunderlicher nimmt es sich aus, wenn der letzte Wahlkampf Erscheinungen zutage treten ließ, die beweisen, daß die Antisemiten es ebenfalls nicht verschmähen, sich dieser streng verpönten gegnerischen Waffe zu bedienen.

In **Kaltennordheim** an der Feldabahn (Sachsen-Weimar) war im Januar und Anfang Februar ein antisemitisches Wahlbureau etabliert. Zwischen Hauptwahl und Stichwahl besuchten die dort stationierten antisemitischen Agitatoren die **freisinnigen** Vertrauensmänner mit einem Aufruf zu Gunsten des Antisemiten und versuchten **unter Drohungen deren Unterschriften zu erhalten**. Die freisinnigen Vertrauensleute hatten aber im Einverständnis mit der Parteileitung die Parole ausgegeben: „**Keine Stimme für den Antisemiten!**“ (Nach anderen Mitteilungen in der Presse soll im Gegensatz zu dieser Darstellung von der freisinnigen Wahlkreisleitung im Einverständnis mit der Berliner Zentralleitung doch eine Parole für die Antisemiten ausgegeben sein. **Gestimmt** haben jedenfalls die 7277 freisinnigen Wähler der Hauptwahl in der Stichwahl Mann für Mann für den Antisemiten. D. R. d. M.) Als sich die Vertrauensleute weigerten, erklärten die Antisemiten, der Aufruf habe die Zustimmung der freisinnigen Parteileitung des Wahlkreises gefunden, was von den Freisinnigen berechtigt angezweifelt wurde. Hierauf begab sich der eine Agitator in die Wohnung des **freisinnigen Landtagsabgeordneten**, Peitschenfabrikant **Heim**. Dort entspann sich etwa folgender Dialog:

Der Agitator: „Herr Landtagsabgeordneter, wollen Sie diesen Aufruf zu Gunsten des deutschsozialen Kandidaten unterschreiben, oder beabsichtigen Sie etwa in der Stichwahl den Sozialdemokraten zu unterstützen oder gar zu wählen?“

Landtagsabg. Heim: „Da die Freisinnige Volkspartei des Wahlkreises bereits eine Wahlparole ausgegeben hat, in der erklärt worden ist, daß die deutschsoziale Kandidatur **nicht** unterstützt

wird, ist es mir unmöglich gegen die Parteidisziplin zu handeln. Ob ich die sozialdemokratische Kandidatur unterstütze, oder den sozialdemokratischen Kandidaten wähle, gehört weder hierher, noch bin ich verpflichtet, mich Ihnen gegenüber hierauf zu äußern."

Der Agitator: „Also Sie weigern sich?"

Landtagsabg. Heim: „Nein — ich unterschreibe nicht!"

Der Agitator (furchtbar aufgeregt): „Nein? Sie unterschreiben nicht? Dann sind Sie zum letzten Mal im Landtag gewesen. Sie kommen nicht mehr hinein und wenn ich extra aus Hamburg herüber kommen muß. Dafür werden wir schon sorgen." Sprach's, nahm seinen Hut und warf die Tür ins Schloß.

Das ist nicht etwa eine Fantasie, sondern das Gespräch ist dem Sinne nach und, soweit die letzte Drohung in Betracht kommt, wörtlich so geführt worden in der ersten Februarwoche 1907, was Herr Landtagsabg. Heim jederzeit bestätigen kann.

Die Angelegenheit ist aber damit noch nicht erledigt. Nachdem die antisemitischen Agitatoren bei allen freisinnigen Vertrauensmännern mit ihrer ebenso dreisten, wie für die antisemitische Agitation bezeichnenden Forderung abgeblitzt waren, erklärten sie öffentlich, der freisinnige Landtagsabgeordnete und die Freisinnigen seien nicht mehr national zuverlässig. Am anderen Tage erschien in dem Kaltennordheimer „Rhön- und Feldabaten" und durch Flugblätter ein Aufruf für die Wahl des Antisemiten, unterzeichnet: „Die Vertrauensmänner der Freisinnigen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei." Die freisinnigen Vertrauensmänner waren über diese unerhörte Fälschung empört und setzten sich sofort mit maßgebenden Stellen der Zentralleitung des Wahlkreises in Verbindung. Hier wurde ihnen erklärt, daß dieser Aufruf bzw. dessen Unterzeichnung von freisinniger Seite ein Schwindel sei. In einem Flugblatt stellten die Vertrauensmänner der Freisinnigen auch sofort fest, daß kein einziger freisinniger Vertrauensmann für den Antisemiten eingetreten sei, noch eintreten werde. Der Aufruf im „Rhön- und Feldaboten" wurde als eine grobe Unwahrheit erklärt. Sämtliche Vertrauensmänner forderten mit Namensunterschrift, im Gegensatz zu der gefälschten Erklärung der Antisemiten, dazu auf, der Parole der freisinnigen Parteileitung beizutreten, und richteten weiter an die Freisinnigen die Aufforderung, unbeirrt durch Drohungen oder falsche Flugblätter gegen den Reaktionär und Antisemiten zu stimmen. Nun traten die Antisemiten mit einer neuen Erklärung im „Rhön- und Feldabaten" auf, in der behauptet wurde, die Unterschrift der Freisinnigen bestehe zu Recht. Weiter wurde ein Vertrauensmann Arno Lünger namhaft gemacht als Unterzeichner des antisemitischen Aufrufs. Arno Lünger ist aber schon seit Jahren von der freisinnigen Vertrauensmännerliste gestrichen und gehörte bereits bei der letzten Wahl nicht mehr der Freisinnigen Volkspartei an. Die Antisemiten wußten dies ganz gut, denn Lünger ist jetzt Antisemit.

Also durch Drohungen und unreelle Wahlmanöver ergattern sich die Antisemiten ihre Mandate. Daß sie hierbei in die Wohnungen freisinniger Abgeordneter eindringen und versuchen, auf diese eine Pression auszuüben, ist geradezu empörend und wohl der Mühe wert, im Schandregister antisemitischer Agitation verzeichnet zu werden.

Suworins und Tolstois Urteile über die Juden.

Die folgenden aus mehr als einem Grunde interessanten Ausführungen sind dem Buche Teneromosnews über Tolstoi entnommen. Eigentlich behandeln sie nur die russische Judenfrage, aber man wird gleich erkennen, wie viel davon auch auf Deutschland und in der Tat auf alle Länder zutrifft, die da glauben, eine Judenfrage zu haben.

In Suworin lernen wir einen anständigen Antisemiten kennen. Denn wenn auch sein Standpunkt ein falscher ist und von Tolstoi auch mit den besten Argumenten bekämpft wird, so erkennt Suwarin doch ehrlich die Vorzüge der Juden an, verleumdet sie nicht und schmäht sie nicht, sondern hält, nach unserer ehrlichen Ueberzeugung, irrtümlicher Weise den Kampf gegen die Juden für eine Notwendigkeit, an welcher aber die Juden weiter nicht schuld sind. Doch lassen wir zunächst die beiden Männer selbst zu Worte kommen.

„Mein Standpunkt zur Judenfrage," sagte der Redakteur der „Nowaje Wremja" bei einem Besuche Tolstois in Jsnaja Paljana, „ist ein ganz anderer wie der von den Antisemiten gewöhnlich eingenommene. Ich ignoriere die religiöse Seite der Frage vollständig. Nach meiner Ansicht hat die Religion nicht die Judenfrage geschaffen und kann sie auch nicht lösen, hat die Religion überhaupt nichts mit der Judenfrage zu tun. Im Gegenteil! Wäre die Judenfrage nur eine religiöse Frage, dann wäre sie längst gelöst worden, wie sie denn auch bezüglich der Karaer gelöst worden ist. Weder unsere Gesetze noch die öffentliche Meinung bei uns sind feindlich gegen die jüdische Religion (?). Den Karäern als den eigentlichen (?) Juden sind gesetzlich alle Rechte eingeräumt ....

Auch der wirtschaftlichen Seite der Frage messe ich keinerlei Bedeutung bei. Das Phantom des jüdischen Ausbeuters schreckt mich nicht. Das ist ungeheuer übertrieben worden, und es ist durchaus nicht so schrecklich. In der Tat ist diese Seite der Judenfrage so unbedeutend, daß es kaum lohnt, sie auch nur zu erwähnen. Wenn es nicht die Juden sind, dann sind es andere, die von der Unwissenheit des Volkes Nutzen ziehen würden. Der echte russische Ausbeuter auf dem Dorfe ist fürchterlicher, gleicht mehr einer Spinne wie der Jude. (In Deutschland werden die christlich-germanischen Wucherer weiße Juden genannt und bekanntlich weit mehr gefürchtet als die jüdischen Wucherer.) Die Bauern werden mit den Juden ganz gut fertig, namentlich im Süden, und Zwistigkeiten infolge geschäftlicher Praktiken kommen selten vor. Und kommt es einmal zu solchen, dann sind sie stets auf die Intriguen der russischen Ausbeuter zurückzuführen.

Ich sehe die Judenfrage von einem ganz anderen Standpunkt an. Es ist nicht die religiöse, nicht die wirtschaftliche, sondern die nationale, die in den Vordergrund gestellt werden muß. Wir haben es mit zwei Nationen zu tun. Die eine, alt und weise, hat Glück und Elend durchgemacht, hat sich feste Grundlagen des Familien- und des religiösen Lebens geschaffen, eine Nation, stark durch ihre innere Festigkeit und durch ihre moralische Reinheit. Ja, das gebe ich zu. Auf der anderen Seite ist unser Volk, historisch gesprochen, eben erst geboren, noch in seiner Kindheit, ein Volk, das noch keine Erfahrungen gemacht hat, frisch und weich, ohne jede feste Grundlage, und bezüglich seiner sittlichen Eigenschaften erheblich niedriger stehend als die Juden. Das russische Volk hat noch keine festen Grundlagen des Familien- und religiösen Lebens, ist kindisch und noch ohne nationale Ziele.

Wenn diese zwei Nationen aufeinanderstoßen, welche von beiden, glauben Sie, wird wohl die siegreiche bleiben? Man braucht nicht Prophet oder Weiser zu sein, um das traurige Resultat für die schwächere Seite vorauszusagen. Unser Volk wird nicht imstande sein den Kampf

auszuhalten und wird nachgeben. Es wird versinken in das alte jüdische Meer und wird seine junge Seele darin aushauchen.

Das ist die Gefahr, die jedes ehrliche Russenherz mit Furcht erfüllt. Ich weiß, Sie werden sagen, es sei nichts Schreckliches dabei, da das jüdische Volk höher und reiner ist in geistiger Hinsicht als das russische, und daß dem russischen Volke weiter nichts Schlimmes passiere, wenn es dem anderen Volke weicht und so auch geistig reiner und höher wird. Ich weiß das, aber ich muß erklären, daß das Leben eines Volkes ebenso sensitiv ist wie das Leben eines Individuums, und nicht jeder liebt es nachzuahmen. Das russische Volk wünscht seinen Weg allein zu gehen, und auf diesem Wege will es fremde Einflüsse meiden, ganz besonders jüdische Einflüsse."

Als Graf Tolstoi diese Ansicht von der Judenfrage hörte, lächelte er und sagte, indem er auf den See hinwies, in dessen Nähe er beschäftigt war:

„Sehen Sie das leichte Wellengekräusel? Es stört nur die Oberfläche, wühlt aber nicht im Geringsten die Wassermasse unter der Oberfläche auf. Genau so verhält es sich mit den Gedanken der gescheiten Studengelehrten; sie dringen in die Tiefen der Volksinteressen etwa so ein wie die kleinen Wellen die Tiefe des Sees aufwühlen. In den hohen Häusern der stickigen Städte wird ein heftiger Krieg geführt gegen das erschöpfte jüdische Volk, und grausam will man unser gutes und vernünftiges Volk, dem das ruchlose Gefühl der Intoleranz fremd ist, in den Kampf hineinzerren. Diese giftigen Publizisten und die trockenen seelenlosen Beamten, die auf sie hören, wollen das Volk in einen Zustand der Furcht versetzen, indem sie die Juden als eine schreckliche Macht darstellen. Sie denken, daß der mit ihnen konkurrierende jüdische Jurist oder Arzt für das russische Volk ein ebenso großes Schreckgespenst als für sie selbst sei, und daß diese Juden dem Volke etwas anhaben können, das doch mit seinem Ackerbau so mächtig ist wie der Erdboden selber. Laßt dieses gramerfüllte und durch tausendjährigen Druck erschöpfte Geschlecht hierher kommen und als Ackerdauer werden sie Raum finden, Güte und eine herzliche Aufnahme bei den Dorfleuten. Glauben Sie mir, ich habe von meiner Kindheit an auf dem Dorfe gelebt und ich wohne jetzt in einem typisch russischen Dorfe, aber n i e habe ich bemerkt oder gehört, d a ß a u c h n u r e i n e r v o n d e n D o r f b e w o h n e r n H a ß g e g e n d i e J u d e n a u s g e d r ü c k t habe wegen ihrer Religion oder ihrer Nationalität. Sie werden im Gegenteil finden, daß jeder Landmann die höchste Achtung hat vor der jüdischen Religion und vor denen, die sie befolgen. Hier in Jsnaja Poljana denkt jeder noch an einen frommen jüdischen Farmer, der im Dorf gearbeitet hat. Reden Sie mit den alten Leuten über ihn, fragen Sie Prokofy, Stepan Rezunow, Jegor, und Sie werden hören, mit welcher Ehrfurcht sie seiner gedenken. „Das ist ein Jsraelit!" werden sie alle sagen, und sie sind aufrichtig in dem, was sie sagen, daß sie über ihn denken. Das aber ist nur ein Reflex der E m p f i n d u n g e n d e r g a n z e n r u s s i s c h e n N a t i o n.

Unsere Dorfbevölkerung kann sich keine Vorstellung machen von der geistigen Beschaffenheit von Leuten, die ein ganzes Volk in die Städte zusammendrängt und sie dort festhält, die ihm die Möglichkeit nehmen, sich in den Dörfern niederzulassen und sich der natürlichsten Beschäftigung eines Menschen, dem Ackerbau, zu widmen. Das ist ganz dasselbe, als wollte man diesem Volke nicht Luft zu atmen oder Wasser zu trinken geben. Wer, möchte ich wissen, würde darunter leiden, wer dadurch verlieren, wenn die Juden sich in den Dörfern niederlassen und ein reines und arbeitsames Leben führen könnten, nach welchem dieses alte, weise und prächtige Volk, dieser widerstandslose Märtyrer sich schließlich sehnen muß?

Ja, die Juden haben für ihren Glauben gelitten und nur ihres Glaubens wegen. Unsere heutigen publizistischen Heuchler sollten diese Tatsache nicht verheimlichen, die Judenverfolgungen nicht einhüllen in bunte Lappen von allerlei Erfindungen und übertriebenen Schreckbildern. Die Juden werden wegen ihres Glaubens verfolgt. Denn wenn die Juden nur ihre drei Finger zusammentun wollen (Tolstoi machte, als er dies sagte, das Zeichen des Kreuzes), dann werden ihnen alle Rechte gewährt, darunter auch das Recht, in den Dörfern sich niederzulassen und das Land zu bebauen. Bis dahin und so lange die Dinge liegen wie sie sind, wird der schwarze Fleck religiöser Verfolgung, mit welcher sich Menschen, die schamlos sich Christen nennen, beschmutzt haben, bestehen bleiben.

Religiöse Verfolgung! Hat es jemals eine größere Verspottung heiliger Dinge gegeben als diesen ganz und gar widerspruchsvollen Ausdruck? Religion schließt Haß und Verfolgung aus, denn die erste Regung in der Seele eines Menschen, in welchem religiöses Empfinden erwacht ist, weist auf die Erkenntnis hin, daß es eine höchste Macht gibt, die ihn ins Leben gerufen hat und die allen lebenden Wesen wohl will. Wie also könnte eine solche religiöse Seele Haß empfinden und Verfolgungen inszenieren, das heißt, das G e g e n t e i l v o n d e m t u n, w a s G o t t v o n u n s v e r l a n g t? Es ist klar, daß dies unmöglich ist, und daß Leute, die dies tun, noch tot sind und noch nicht für den Glauben erwacht sind. Aus der Tiefe meines Herzens wünschte ich den Leuten sagen zu können, daß sie mit ihrer Erfindung der Judenfrage eine schwere Sünde begehen. In nationalen Streitigkeiten und besonders wenn es sich um eine abhängige Nation handelt, ist es vor allem nötig, jeden Druck, jede Verfolgung, alle Beschränkungen aus dem Wege zu räumen."

* * *

Es sei gestattet, an diese Ausführungen einige Bemerkungen zu knüpfen. Tolstoi steht nicht allein auf dem Standpunkte, daß die R e l i g i o n in der Judenfrage die Hauptrolle spiele. Auch der leider zu früh verstorbene Graf Coudenhove vertritt in seinem sehr eingehenden Werke über den Antisemitismus die Ansicht, daß die Judenfrage sogar nur eine religiöse Frage sei. In Rußland spielt die Religion bei dem tiefen Kulturstandpunkt des Volkes allerdings eine sehr wichtige Rolle in der Judenfrage. Die Popen können das Volk mit religiös scheinenden Gründen immer leicht auf die Juden hetzen, und die leichtgläubige und gänzlich ungebildete Masse folgt ihnen.

Bei uns in Deutschland spielt die Religion aus verschiedenen Gründen in der Judenfrage keine so große, aber immer noch eine ganz wichtige Rolle. Der deutsche Erzvater des Antisemitismus, der Herr Ex-Hofprediger Stöcker beispielsweise, sieht den getauften Juden mit ganz anderen Augen an, als den seinem alten Glauben treu anhängenden. Unsere Behörden und maßgebenden Persönlichkeiten, die den Juden Aemter und Würden verweigern, so lange sie Juden bleiben, sie jedoch nach der Taufe ohne weiteres anstellen und befördern, verfolgen die Juden tatsächlich ihres Glaubens wegen, und sie sollten sich hinter die Ohren schreiben, was Tolstoi von dem Christentum solcher Leute sagt. So sonderbar es klingen mag, einem Stöcker j e d e, auch die geringste Qualifikation für das Christentum abzusprechen, so dürfte doch kein wahrer Christ dem, was Tolstoi sagt, widersprechen können. Wer Haß predigt, der hat von Jesu auch nicht den leisesten Hauch verspürt, und

grundloser Haß ist sogar bei den von Herrn Stöcker so sehr geschmähten Juden eine schwere Sünde.

Was uns aber mehr interessiert, das sind Suworins Gründe für seine antisemitische Stellungnahme. Er ist aus nationalen und nur nationalen Gründen Antisemit. Er fürchtet, die minderwertige eigene Nation werde von den Juden nicht zwar wirtschaftlich ausgebeutet, aber doch, trotzdem die Juden nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen, geistig unterjocht, nach richtiger geistig aufgesogen werden. Historisch wird Herr Suworin die Richtigkeit seines Standpunktes nicht beweisen können. Die Geschichte von den ältesten Zeiten bis auf den heutigen Tag lehrt vielmehr, daß selbst höher stehende Minoritäten, sogar wenn sie als Sieger und Herrscher auftreten können, durch die Massen aufgesogen werden. Ja, Massen, die sogar viel tiefer stehen als selbst das russische Volk, beispielsweise die Neger in Afrika, würden der herrschenden weißen Rasse und ihrer Kultur, wie viele Beispiele beweisen, gefährlich werden können, wenn nicht allerlei Vorsichtsmaßregeln bewußt aber unbewußt vorgenommen würden.

Die deutschen Teutoboldе aber können ja nicht einmal den falschen Grund Suworins für ihren nationalen Antisemitismus angeben. Denn nach ihnen ist ja die deutsche Nation die tüchtigste, edelste, beste, vollkommenste auf Erden. Eine solche Nation aber brauchte doch nicht wie die von Suworin selbst als kulturell geringwertig bezeichnete russische den Einfluß von nicht fünf, sondern nur etwa ein Prozent der Bevölkerung zu fürchten. Die deutsche Nation ist auch vom historischen Standpunkt nicht eine ganz junge, ungefestigte, sondern sie hat bereits vor tausend Jahren unter Karl dem Großen eine gewaltige Rolle in Europa gespielt. Sie hat ein Weltreich zerstört, große Reiche begründet, vielen Völkern Herrscher geliefert, nimmt unter den Kulturvölkern durch ihre Denker und Dichter, Gelehrten, Künstler, Industriellen usw. einen allerersten Rang ein. Was könnte, was dürfte eine solche nicht zwar im Sinne der Teutobolde, aber in viel besserem Sinn großartige Nation von einer Handvoll Juden zu fürchten haben?

Suworins Standpunkt ist ein falscher, aber ein allenfalls begreiflicher. Der Standpunkt der nationaldeutschen Antisemiten ist nicht nur ein falscher, sondern auch ein ganz und gar unbegreiflicher. Oder er ist nur vom Standpunkte der alten, der ältesten Barbaren begreiflich, die in jedem Fremden ein willkommenes Schlachtopfer sahen.

Aus dem antisemitischen Lager.

München. Der Redakteur des antisemitischen Witzblattes „Der Grobian", Leib, ist wegen Beleidigung des Prinzregenten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Vermischtes.

Stuttgart. Das hiesige konservative Organ, die zugleich antisemitische „Deutsche Reichspost", regt sich darüber auf, daß jetzt drei Israeliten in der württembergischen Abgeordnetenkammer seien (Heimann, Maier-Ulm und Dr. Elsas), und wirft der sozialdemokratischen Partei vor, daß sie „den ersten Vertreter einer „fremden Rasse" in den seither judenreinen Landtag sandte". Die „D. Rchsp." irrt. Schon zu einer Zeit, als es noch nicht viel Sozialdemokraten in Württemberg gab — Ende der sechziger Jahre — war ein Israelit Mitglied der württembergischen Abgeordnetenkammer, und zwar gewählt von der „guten Stadt" Ulm, die nun wieder einen Israeliten in den württembergischen Landtag schickt. Jener erste jüdische Abgeordnete war der in ganz Württemberg wohlbekannte Geh. Hofrat Dr. Ed. von Pfeiffer, der bekanntlich in sozialer Fürsorge praktisch schon mehr geleistet hat als alle „Reichspostmänner" miteinander.

Regensburg. Unter den Deputationen, welche nach der Inthronisation des neuen Bischofs Dr. Antonius von Henle zur Begrüßung und Beglückwünschung im bischöflichen Palais erschienen, befand sich auch eine israelitische, bestehend aus den Herren Distriktsrabbiner Dr. Meyer und Religionslehrer Max Behr, welche dem Herrn Bischof die Gratulation der israelitischen Kultusgemeinde und des Rabbinatsbezirkes Regensburg überbrachten.

Auf die Begrüßungsansprache des Dr. Meyer erwiderte, wie die „Deutsche Israelitische Zeitung" berichtet, der Bischof v. Henle etwa Folgendes:

„Die Worte, welche Sie, ehrwürdiger Herr, an mich gerichtet haben, ehren Sie und die Gemeinden, welche Sie vertreten. Ihre Begrüßung erfreut mich und rührt mich. Ihre Worte sind mir um so sympathischer, als sie mich an die Gedanken Ihrer Propheten erinnern, welche ich seit vielen Jahren und noch jetzt mit Vorliebe lese. Keine Nation hat eine so tiefe Poesie wie die Ihrige. Ich erwähne nur die Psalmen, welche mir schon viel Trost und Aufrichtung gewährt haben. Wir ehren Ihre Nation, der wir viel verdanken. Den Friedensgruß, welchen Sie mir gebracht haben, erwidere ich von ganzem Herzen. Sagen Sie Ihren Gemeinden, daß ich die Begrüßung mit Freude entgegengenommen habe, und sprechen Sie Ihnen meinen Dank aus."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 9. | Berlin, 27. Februar 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Banrat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonnabend, den 2. März 1907, abends 8 Uhr,

findet in **Berlin** im **Landesausstellungspark, Eingang Alt-Moabit** (Haupteingang), **im Klausensaal,** die diesjährige

ordentliche General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Unsere Stellung zum Antisemitismus in und nach den Reichstagswahlen. Referent: Herr **Dr. Th. Barth**-Berlin.
3. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M., im Februar 1907.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. **Wilhelm Foerster.** Stadtrat **H. Flinsch.**

Charles L. Hallgarten.

Antisemitisches Durcheinander.

Die Affaire Bruhn-Plack-Podgorski ist ausgelaufen wie das Hornberger Schießen. Herr Bruhn scheint eine unüberwindliche Abneigung gegen gerichtliche Feststellungen zu haben. Er hat ebensowenig den Klageweg beschritten gegen die von Plack-Podgorski in der Berliner „Kritik“ gegen ihn erhobenen Anschuldigungen, wie gegen die Angriffe, die vor wenigen Monaten Joachim Gehlsen in der „Stadtlaterne“ gegen ihn richtete, obwohl es sich in beiden Fällen um schwere ehrverletzende Behauptungen handelt. Dabei hatte Bruhn, wie erinnerlich, seinerzeit selbst in der „Wahrheit“ angekündigt:

„In der letzten Nummer der „Stadtlaterne“ nehmen diese Angriffe eine Ausdehnung an, die mich veranlaßt, einmal ein Exempel zu statuieren und gegen die Urheber und Verbreiter all dieser verleumderischer Verdächtigungen klagbar vorzugehen. Die Herren Dr. Paul Bötticher, Joachim Gehlsen, Plack-Podgorski, Paul Werner und andere werden vor Gericht Gelegenheit finden, den Beweis für ihre Beschuldigungen zu erbringen.“

Wenige Tage später hatte Herr Bruhn sich jedoch die Sache wieder anders überlegt; in der nächsten Nummer seines Blattes erklärte er, er werde nicht klagen; er brachte im Anschluß daran eine „Klarstellung“ der Hauptbeschuldigung mit dem Hinzufügen, seinen Freunden werde diese genügen, an dem Urteil anderer liege ihm nichts.

Dieselbe Rolle eines untadelhaften Ehrenmannes, an den der Schmutz nicht heranreicht, mimt er jetzt auch Plack-Podgorski gegenüber, der in einer an die Wähler Bruhns in Arnswalde-Friedeberg gerichteten Flugschrift allerlei pikante Dinge aus der Zeit, wo Bruhn Geschäftsleiter der „Staatsbürgerzeitung“ war, zu erzählen wußte. Danach habe Herr Bruhn die 3000 Mark, die Frau Hertzog (die Mitinhaberin der Firma Rudolf Hertzog) den beiden Verurteilten aus dem großen Staatsbürgerzeitungsprozeß wegen Beleidigung der preußischen Richter aus Anlaß des Falles Konitz als Schmerzensgeld gespendet hatte, in seine eigene Tasche stecken wollen und habe sich zur Herausgabe der 1500 Mark an seinen Leidensgefährten erst bequemt, nachdem dieser ihm „eine engere Bekanntschaft mit der Hundepeitsche in Aussicht gestellt hatte“. Ferner wird in der Broschüre erzählt, wie Herr Bruhn seinen früheren Teilhaber an der „Staatsbürgerzeitung“, den Oberleutnant a. D. Freytag, hineingelegt habe, wie er bei großen und ständigen Inseraten — z. B. bei Rudolf Hertzog, die Inseratengebühren bereits auf viele Monate — bis zu 12! — im Voraus kassiert habe in Form von Vorschuß, sodaß die übrigen Gesellschafter, nachdem sie das erfahren, ihn „Knall und Fall aus seiner Geschäftsführerstelle gejagt hätten“.

Gegen alle diese Anschuldigungen bleibt Herr Bruhn vollkommen unempfindlich; er hat sich wahrscheinlich in seiner Würde als „großer Politiker“ die von dem Reichskanzler Fürst Bülow für solche Zwecke empfohlene dicke Rhinozeroshaut beigelegt. Stolz erklärt er auch jetzt in seinem Blatt:

„Ein „Schriftsteller“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Männer, die in der Oeffentlichkeit stehen, herunterzureißen, Plack-Podgorski, betreibt schon seit Jahren in Verbindung mit dem Schriftsteller Joachim Gehlsen eine systematische Hetze gegen Herrn Bruhn. Für die jetzige Reichstagswahl schrieb Plack-Podgorski eine Schmutzschrift niedrigster Art, die er einen Appell an die Wähler von Arnswalde-Friedeberg nannte.

Herr Bruhn vertritt den Plack und Gehlsen gegenüber den Standpunkt, daß solche Leute ihn nicht beleidigen können. Er hat ihnen den Gefallen, sich mit ihnen vor Gericht herumzustreiten, nicht getan.“

Herr Bruhn wird wohl auch wissen, warum!

Im Uebrigen haben diese Auseinandersetzungen noch ein ergötzliches Nachspiel gehabt, dessen tragikomisches Opfer Herr Professor Förster, der Vorsitzende des „Deutschen Volksbundes“, geworden ist, der erst vor wenigen Wochen mit der Reformpartei verschmolzen worden ist. Förster hat auf Grund der Plack-Podgorskischen Broschüre die Kandidatur Bruhn in Arnswalde-Friedeberg zu Fall zu bringen versucht. Nach der Darstellung von Bruhn stellte Förster sich Bruhn als Kandidat gegenüber. Er ließ durch seine Abgesandten die für die Wahl des Herrn Bruhn tätigen Vertrauensmänner besuchen und darauf verweisen, daß Bruhn unmöglich gewählt werden könne in Rücksicht auf die Plack-Podgorskische Broschüre. Professor Dr. Förster selber wandte sich schriftlich an den Wahlkreis-Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, empfahl sich diesem als Kandidaten, da er Mitglied des Bundes der Landwirte, Mitglied der Mittelstandsvereinigung, Hauptmann d. L. sei, und verwies darauf, daß in der Schrift des Plack-Podgorski „von Bruhn Dinge enthalten seien, die es nicht nur erlaubten, sondern geradezu geböten, über diesen hinweg vorzugehen, um dem Wahlkreis die Gefahr zu ersparen, zusammen mit seinem Abgeordneten schwer bloßgestellt zu werden. Wie die Dinge nun ständen, müsse er aus seiner Zählkandidatur eine Ernstkandidatur machen. Er bitte seine Wahl zu unterstützen. Als sein Vertrauensmann sei der Vorsitzende des Wahlausschusses des Deutschen Volksbundes, Zahnarzt Rödelius-Berlin, in Arnswalde anwesend.“

Der Ausgang der Wahl ist bekannt. Die Kandidatur Försters endete mit einem eklatanten Mißerfolge; er erhielt im ganzen — 158 Stimmen, während Bruhn mit Hilfe der Konservativen und des Bundes der Landwirte mit rund 13 000 Stimmen im ersten Wahlgange gewählt wurde. Herr Bruhn aber schnob Rache; er setzte es durch, daß Herrn Förster und dem „Deutschen Volksbunde“ schleunigst wieder von der Reformpartei der Stuhl vor die Türe gesetzt wurde; die Parteileitung der Reformpartei veröffentlicht folgenden Beschluß:

„Herr Professor Dr. Paul Förster in Friedenau, der Vorsitzende des Deutschen Volksbundes, wird aus der Partei ausgeschlossen, weil seine Kandidatur im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg gegen den bisherigen Abgeordneten Bruhn, dessen Wiederaufstellung im Beisein des Professors Förster von der Partei entschieden worden war, nicht nur verstößt gegen die unbedingt erforderliche Parteidisziplin, sondern weil auch die Betreibung jener Kandidatur mit den verwerflichen Mitteln allen jenen deutschen sittlichen und rechtlichen Anschauungen widerspricht, die als grundlegend für unsere gesamte Bewegung gelten müssen. Der Ausschluß erstreckt sich gleichzeitig auf den Deutschen Volksbund selbst, weil seine leitenden Persönlichkeiten die Kandidatur Förster, über deren Frivolität sie sich klar sein mußten, trotdem unterstützt haben. In Wahrung des Ansehens, ihrer Ehre und Geschlossenheit fühlt sich die Deutsche Reformpartei zu dem Ausschlusse solcher Elemente verpflichtet, die ein gedeihliches, einheitliches Zusammenarbeiten unmöglich machen.“

Der „Deutsche Volksbund“ und Prof. Förster haben auf den Ausschluß noch nicht reagiert; eine Sitzung des „obersten Rates“ findet erst in diesen Tagen statt; nach der Behauptung der Reformpartei hätte der Mitvorsitzende des Volksbundes, Hans von Mosch, die Aufstellung Försters gegen Bruhn gemißbilligt und sei infolgedessen aus dem „Volksbunde“ ausgetreten. Also Krach über Krach selbst in dieser kleinen Gruppe. Die „Deutsche Reform“, das offizielle Organ der Reformpartei, bemerkt im Anschluß an den Beschluß der Parteileitung:

„Als „psychologisches Rätsel“ bleibt nur Herr Professor Paul Förster übrig, der erst die Verhandlungen über den Eintritt des „Volksbundes“ in die Reformpartei führt, selbst an den gemeinsamen Besprechungen über die Kandidaturen teilnimmt und dann — sich der erwähnten Mittel bedient, um ein Reichstagsmandat zu erhalten! Ueber ihn und seine Helfer im „Volksbunde“ ist nun das öffentliche Gericht hereingebrochen. Gar kümmerlich ist die nachträgliche Ausrede, daß der Beitritt zur Reformpartei vom Volksbunde noch nicht genehmigt und vollzogen worden war. Die Verhandlungen über den Beitritt waren nach der sachlichen Seite hin abgeschlossen, wozu u. a. auch Herr Prof. Dr. Paul Förster sich als Vertreter des Volksbundes berechtigt erklärte.

Als die plötzliche Auflösung des Reichstages kam, erklärte sich der damalige Abg. Froelich damit einverstanden, daß sofort die Veröffentlichung über die erfolgte Einigung geschehe, und übernahm es, die anderen Leiter des Volksbundes davon zu verständigen. Ein Widerspruch gegen die Kundgebung ist von keiner Seite erfolgt. Vielmehr haben die führenden Herren des Volksbundes, Prof. Förster, Hans v. Mosch und Froelich an den Wahl- und Parteibesprechungen in Berlin teilgenommen, damit also ihre Parteizugehörigkeit festgelegt. Wenn die Stettiner „Hochwacht" davon „aufs höchste überrascht" worden ist, so ist das nicht unsere Schuld. Wir verzeichnen aber gern den Hinweis des Blattes vom 22. Februar d. J., daß Herr Gustav Sepke als Stettiner Reichstagskandidat beabsichtigt habe, im Falle seiner Wahl sich der — Wirtschaftlichen Vereinigung anzuschließen!! Vom „Volksbunde" gehörten dem alten Reichstage zwei Mitglieder an: Abg. Froelich, der sich der Deutschen Reformpartei anschloß, und Abg. Kröll, der in die „Wirtschaftliche Vereinigung" aufgenommen wurde, weil man ihn nach Hilperts Austritt als Ziffer brauchte, um Fraktionsrechte zu haben, und der ebenso prompt am Tage nach der Reichstagsauflösung durch Herrn von Liebermann öffentlich als unwürdig der weiteren Zugehörigkeit zur „Wirtschaftlichen Vereinigung" erklärt wurde. Und derselben „Wirtschaftlichen Vereinigung" wollte sich ein anderer Führer des Volksbundes, Herr Sepke, als Mitglied anschließen und zwar zur gleichen Zeit, wo die übrigen „Großmeister" des Bundes den Eintritt in die Reformpartei zugestimmt hatten. Ein köstlicheres Bild für die geistige Verwirrung in den Köpfen des „Volksbundes" kann man sich kaum denken! Für politisch ernste Männer ist mit dieser Feststellung der Fall erledigt. Der Ausschluß war leider ebenso notwendig als berechtigt."

Die „Deutsche Hochwacht" bestätigt in ihrer uns vor Schluß der Redaktion zugehenden Nummer den Austritt Hans von Mosch's aus dem Volksbunde, bestreitet aber, daß die Affäre Bruhn-Förster daran schuld sei, sie schreibt:

„Natürlich ist das eine Unwahrheit seitens der „Wahrheit". Des Herrn Bruhn wegen wird schwerlich auch nur ein einziges Mitglied dem Deutschen Volksbunde den Rücken kehren. Der Herr überschätzt sich. Das Ausscheiden des Herrn von Mosch war schon im vergangenen Jahr! kaum noch zu vermeiden. Wenn aber dieser Mann, der Gründer des Bundes, der mit seiner ganzen Seele in diesem Bunde gelebt, gestrebt, gehofft, gelitten und Liebe geerntet hat, schließlich gehen muß, so ist es lächerlich, anzunehmen, er habe das eines Herrn wegen getan, dem er alles andere entgegenbringt als etwa Vertrauen und Wertschätzung. Herr von Mosch verließ vor langen Jahren seinen Posten in der Landesversicherung zu Breslau, um der theosophischen Bewegung seine Arbeitskraft zu widmen. Als dann die „Sphinx", an der er tätig war, einging, wandte sich Mosch der Politik zu und übernahm die „Deutsche Reform" in Hamburg. In dieser Zeit bereitete er sich auf eine umfassende organisatorische Tätigkeit in der Politik vor, und es reifte in ihm der Gedanke zur Gründung eines Bundes, dessen Ergebnis im Deutschen Volksbunde vor uns liegt. Und daß der Bund nun ohne Beteiligung seines Gründers festgegründet steht und wacker vorangeht, ist ein gutes Zeichen für das organisatorische Können des Gründers. Aber daß dieser Gründer eines Herrn Bruhn wegen aus seinem Bunde ausscheiden sollte, das zu behaupten, kriegt eben nur ein Halbweltblatt fertig."

Alsdann folgt eine gepfefferte Kritik der Bruhnschen „Wahrheit":

„Wir bezweifeln, daß Förster an der Achtung eines solchen Blattes gelegen ist. Sehen wir uns die betr. Nummer an; da finden wir diesen schönen „Vergeltungsartikel" mitten zwischen der „heimlichen Liebe von Max und Moritz", Bühnenehebruchsgeschichten, Plaudereien von „schwellenden Brüsten", hochgeschürzten, feschen „Ballettratten" und „schönen Büsten", zwischen Anzeigen so ziemlich aller Ballhäuser, Kabaretts, Nachtcafés usw., in denen die Berliner Prostitution verkehrt. In diesem Rahmen nehmen sich Ausführungen über Recht und Sitte und Anstand ganz besonders schön aus. Wahrhaftig, wir sind versucht, in den Amorsälen einige der Damen mit den „schwellenden usw." zu fragen, welchen Eindruck dieser Artikel ihres Leibblattes auf sie gemacht haben möge."

Die „Deutsche Hochwacht" kündigt im Anschluß hieran an, daß Professor Förster demnächst eine autentische Darstellung des Falles geben werde. Die Deutsche Reformpartei werde „für irgendwelche nationale Kreise nicht eher leistungs- oder bündnisfähig werden, als bis Herr Bruhn nicht mehr der Drahtzieher ist. Das Ende dieses Herrn gilt es eben abzuwarten . . ."

Da wird der „Deutsche Volksbund" lange warten können. Bruhn ist in der Reformpartei mehr denn je obenauf!

Antisemitische Abgeordnete auf liberalen Krücken.

Die Tatsache, daß bei den jetzigen Reichstagswahlen die Antisemiten eine Reihe von alten und neuen Mandaten der aktiven Unterstützung durch Liberale und Freisinnige zu verdanken haben, ist unbestreitbar, wenn auch nicht in allen Fällen den Wahlkreisorganisationen oder den Vertrauensmännern dieser Parteien eine offizielle Parole zugunsten des Antisemiten nachgewiesen werden kann. Ob es 7 oder gar 11 Mandate, wie einige Blätter herausrechnen, gewesen sind, die die Antisemiten durch Hilfe der Liberalen auf diese Weise erobert haben, ist mehr nebensächlicher Natur gegenüber der prinzipiellen Tragweite dieser Versündigung am liberalen Geiste.

Sicher nachweisbar ist die Unterstützung der Antisemiten durch Freisinnige in den Wahlkreisen Eschwege-Schmalkalden, Weimar-Apolda und Meißen-Großenhain. In Kassel und Eisenach und — wenn wir die Wahlkreise hinzurechnen, wo die den Antisemiten nahestehenden Kandidaten der Mittelstands-Vereinigung gewählt sind — in Wanzleben und Goslar haben den Ausschlag zugunsten der reaktionären Kandidaten die Nationalliberalen gegeben, die ja schon seit langer Zeit in jedem Antisemiten grundsätzlich das „kleinere Uebel" gegenüber einem Sozialdemokraten erblicken. Ob sie sich dabei noch im Einklang mit einem ihrer hervorragendsten Parlamentarier aus der Glanzperiode der Partei, dem Begründer unseres Vereins, Rudolf Gneist, befinden, ist allerdings eine andere Frage.

In Eisenach haben, wie noch ergänzend bemerkt sei, die Freisinnigen offiziell die Parole für den Sozialdemokraten abgegeben, der denn auch nur um 300 Stimmen hinter Schack zurückgeblieben war, der bei der Nachwahl im Jahre 1905 noch seinen sozialdemokratischen Gegner um 1500 Stimmen überflügelt hatte. Schack ist also nur knapp mit Unterstützung der Nationalliberalen gewählt worden. Zum Dank dafür werden sie jetzt von den „Deutschsozialen Blättern" als „liberale Mummelgreise" verspottet. Die treuen ländlichen Wähler hätten immer noch am besten zu unterscheiden gewußt zwischen einem Mann und zwei „Nullen". So wird dem nationalliberalen Kandidaten Dr. Winter — das ist nämlich nach der geschmackvollen Registrierung des antisemitischen Blattes die eine „Null" — seine öffentliche Aufforderung, für den Antisemiten zu stimmen, gedankt. Wenn es in einer anderen Eisenacher Korrespondenz desselben Blattes heißt:

„Vom jüdischen Jesuitenschüler a. D. in Eisenach will ich schweigen. Nun, ihr jüdischen und nichtjüdischen Rechtsanwälte und Professoren, jetzt ist's für den wirtschaftlichen Liberalismus Schluß in unserm Wahlkreise! Was Schack hat, das hält er fest! . ."

so wird es Sache der noch wirklich Liberalen des Wahlkreises sein, diese hochnäsige Prahlerei bei der nächsten Wahl zuschanden zu machen.

In welcher Weise der freisinnige Kandidat und die freisinnigen Vereine im Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden sich zur Unterstützung des Antisemitismus haben mißbrauchen lassen, ist bereits in der vorigen Nummer der „Mitteilungen" des Näheren erörtert worden. Das „Schmalkaldener Tageblatt" berichtete denn auch mit großer Genugtuung, „daß die freisinnige und die nationalliberale Partei in erfreulichem Maße die Kandidatur des Herrn Raab unterstützt habe."

Einen schwarzen Fleck auf dem Ehrenschilde des Liberalismus bildet das Verhalten der Freisinnigen in Weimar-Apolda. Was da in einer Korrespondenz aus Thüringen in der letzten Nummer unseres Blattes mitgeteilt worden ist über eine Parole der Freisinnigen, gegen den Antisemiten Gräf zu stimmen, kann nur für den Kaltennordheimer Bezirk des Wahlkreises vielleicht zutreffen. Die offizielle Wahlkreisleitung der Freisinnigen Volkspartei, die in Weimar ihren Sitz hat, hat leider anders gehandelt. Das Liebermann v. Sonnenbergsche Blatt brachte in seiner letzten Nummer vor der Stichwahl folgendes vom 2. d. Mts. datiertes Privattelegramm aus Apolda:

„Da der Kandidat des Bundes der Landwirte in Erlangen-Fürth seine Wähler auffordert, geschlossen für den Kandidaten der Volkspartei zu stimmen, fordert der freisinnige Parteivorstand zu Weimar im Einverständnis mit der Zentrale zu Berlin und mit Schulinspektor Weiß alle Freisinnigen in Weimar-Apolda auf, in der Stichwahl geschlossen für Graef einzutreten."

Das Telegramm berichtete die Wahrheit; wir haben in Weimar nähere Erkundigungen eingezogen, die uns die Richtigkeit der Angaben des antisemitischen Blattes bestätigten. — Nebenbei sei noch bemerkt, daß an der zu Ehren des neugewählten antisemitischen Abgeordneten in Weimar veranstalteten Siegesfeier auch der nationalliberale (und antisemitische) Abgeordnete des Nachbarkreises Jena-Neustadt, Herr Lehmann, teilnahm, für dessen Wahl sich der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Müller-Meiningen zwischen Haupt- und Stichwahl so sehr ins Zeug legen zu müssen glaubte, daß er vor einer Anrempelung seiner eigenen Parteigenossen nicht zurückschreckte.

In Meißen-Großenhain haben ebenfalls die Freisinnigen in der Stichwahl durch aktives Eintreten für den Antisemiten Gäbel zur Wahl eines ausgesprochenen Reaktionärs beigetragen. Die „Deutsche Reform" berichtete frohlockend:

„Die Konservativen wie die Freisinnigen und ihre Kandidaten gaben Erklärungen dahin ab, Gäbel in der Stichwahl zu wählen."

Der freisinnige Kandidat Liske, der bis zur Wahl keiner Organisation angehört und erst im Laufe der Wahlbewegung erklärt hatte, er würde sich im Falle der Wahl der Freisinnigen Vereinigung anschließen, hat diese Parole nur für seine Person ausgegeben; eine freisinnige Wahlkreisorganisation existierte bis dahin im Wahlkreise nicht; er befand sich mit dieser Parole jedenfalls im schärfsten Gegensatz zu der parteioffiziellen Kundgebung der freisinnigen Vereinigung, die, wie erinnerlich, sofort nach der Hauptwahl ihre Anhänger im Lande aufgefordert hatte, keinen Reaktionär direkt oder indirekt zu unterstützen. Wenn wir recht berichtet sind, hat übrigens auch der sächsische Landesverband der Freisinnigen Vereinigung gegen die Parole des Kandidaten Liske öffentlich Stellung genommen.

Wir haben diese drei Fälle ausführlicher behandelt, weil hier unanfechtbares Tatsachenmaterial vorliegt und weil wir annehmen, daß die für den Liberalismus so überaus beschämende Angelegenheit mit diesem Stichwahlergebnis noch nicht erledigt ist.

Die Antisemiten als Gegner des Reichstagswahlrechts.

Man schreibt uns:

Jetzt nach Beendigung der Wahlen dürfte es am Platze sein, ein Moment in Erinnerung zu bringen, das sogar während des Wahlkampfs als flüchtige Episode in politischen Kreisen gewisse Aufmerksamkeit fand. Durch die Ungeschicklichkeit eines antisemitischen Kandidaten hat sich nämlich klar herausgestellt, daß manche Antisemiten entschiedene Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts sind. Da aber die liberalen Kreise, als deren Gegner die Antisemiten in den meisten Wahlkreisen auftreten, ein ganz besonderes Interesse an der prinzipiellen Stellungnahme der Antisemite zum Reichstagswahlgesetze haben, ist diese Angelegenheit in den letzten Tagen in der Tagespresse von freisinniger Seite aufgerollt worden und soll auch an dieser Stelle à conto der nächsten Wahlen festgenagelt werden.

Im Wahlkreis Meiningen war der antisemitische Apotheker Wegner-Charlottenburg aufgestellt worden und segelte wegen der im Wahlkreis nicht genügend vorhandenen antisemitischen Strömung unter der so vielseitigen Flagge der Mittelstandspartei. In der ersten Versammlung fand der herzlich unbedeutende Gegner des Freisinnigen Müller-Meiningen ganze 30 Zuhörer. Um nun in den folgenden Versammlungen etwas mehr Eindruck hervorzurufen, bekannte der Kandidat Wegner mit rühmenswerter Offenherzigkeit das ganze reaktionäre Programm der Antisemiten, das die von den Antisemitenführern besser exerzierten Kandidaten mit selbstverständlicher Verlogenheit in anderen Wahlkreisen in der Tasche behalten. Schmunzelnd hörten die Agrarier und Konservativen die freimütigen Bekenntnisse ihres Schützlings; nur um den Eindruck etwas zu verwischen, wollte ihm der konservative Führer Gelegenheit geben, in der Diskussion seine Ausführungen nach antisemitischer Methode für die Dummen in das Gegenteil zu verkehren. Der politische Neuling übersah dies und so war sein Schicksal besiegelt. Nach seinem gründlichen Durchfall rückten die Konservativen schnell von dem Mann, der das Herz auf der Zunge trägt, ab. Von den Offenherzigkeiten des antisemitischen Kandidaten haben besonders seine Ausführungen über das Reichstagswahlrecht Anspruch auf allgemeine Beachtung. Die gegen das Wahlrecht gerichteten Ausführungen gewinnen noch an Interesse, da Herr Wegner ausdrücklich erklärte, im Namen seiner politischen Freunde zu sprechen.

Diese Tatsache ist durch eine authentische Darlegung des Vorfalls, die der freisinnige Vertrauensmann Kümpel-Hildburghausen in den dortigen „Tägl. Nachr." gegenüber einem Ableugnungsversuch des Obersten von Stieglitz gegeben hat, unzweifelhaft festgestellt.

Es ist somit erwiesen, daß sich ein antisemitischer Kandidat, der auch als Kandidat der Mittelstandspartei auftrat, im Namen seiner politischen Freunde als prinzipieller Gegner des Reichstagswahlrechts bekannt hat. Da aber der Bund der Landwirte und die Konservativen, obwohl sie nach eigenem Geständnis ihres Führers von den reaktionären Plänen ihres Kandidaten gegen das Reichstagswahlrecht unterrichtet waren, und nur das offene Bekenntnis für einen Fehler hielten, für diesen Gegner des Wahlrechts eingetreten sind, wird man wohl oder übel auch sie als Wahlrechtsgegner, oder zum mindesten der prinzipiellen Gegnerschaft verdächtig, zu behandeln haben.

Zur Naturgeschichte der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Die Wirtschaftliche Vereinigung setzte sich anfangs nur aus Mitglieder der drei antisemitischen Gruppen und einigen Vorstandsmitgliedern des Bundes der

Landwirte zusammen; nachher schlossen sich ihr noch die süddeutschen Bauernbündler und allerhand Outsider an, wie der Braunschweiger v. Damm, der alles andere nur kein Antisemit ist. Jetzt haben sich ihr auch einige der erstmalig in den Reichstag gewählten Abgeordnete der Mittelstands-Vereinigung angeschlossen. Dagegen hat die Reformpartei, von der einige Mitglieder bisher noch in losem Kartellverhältnisse mit der Wirtschaftlichen Vereinigung standen, nunmehr korporativ ihren Austritt vollzogen und sich, um in der Kommission Vertretung zu finden, der Reichspartei angeschlossen. Die „Deutsche Reform" begründet diesen Entschluß wie folgt:

„Diese Zuzählung zu einer stärkeren Partei berührt noch anderer Seite die Reformpartei nicht in der Freiheit ihrer Entschließungen und ist allein aus praktisch-taktischen Erwägungen erfolgt. Ein Anschluß an die sogenannte „Wirtschaftliche Vereinigung" war von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder dieser „Wirtschaftlichen Vereinigung" in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen bisher stets untereinander uneins waren und gegen einander gestimmt haben. Die Reformpartei, die stets geschlossen aufgetreten, verspürt keine Lust, einer solchen „Verneinigung" der verschiedensten Richtungen (im neuen Reichstage scheinen noch mehr Gegensätze dort zusammengeworfen!) auch nur einen Teil ihrer Selbständigkeit zu opfern. Im letzten Wahlkampfe haben wir es von den Gegnern bis zum Ueberdruß hören können, wie sie das Gegeneinanderstimmen der Mitglieder der „Wirtschaftlichen Vereinigung", durch welches diese zur politischen Ohnmacht verurteilt war, mit Hohn und Spott überschütteten und wider die bessere Wahrheit auch die stets einigen Reformer als daran mitschuldig zu verdächtigen suchten. Im Uebrigen lag auch bei den Reformern nicht die geringste Neigung vor, Herrn von Liebermann zur Besetzung der Kommissionssitze ohne Gegenleistung Hilfe zu gewähren. Die beiden Führer des Bundes der Landwirte, die Abgg. Dr. Hahn und Roesicke, sind bekanntlich auch nicht der „Wirtschaftlichen Vereinigung" beigetreten. Herr Dr. Roesicke läßt sich, so viel wir wissen, den Deutschkonservativen zurechnen (ebenso als Hospitant Dr. Hahn. D. R. d. M.). Bei der Verteilung der Kommissionssitze zählen die Deutschkonservativen und Freikonservativen einschließlich der Deutschen Reformpartei zusammen."

Amüsant ist, wie jede der antisemitischen Gruppe die andere für den Mangel an Uebereinstimmung in den Abstimmungen verantwortlich macht. Die Liebermann von Sonnenbergschen „Deutschsozialen Blätter" verzeichnen nämlich den nunmehr definitiv erfolgten Exodus der Reformpartei ebenfalls mit großer Genugtuung und zwar aus demselben Grunde, wie das Organ der Reformpartei; sie schreiben nämlich:

Es . . . „stellte sich bereits die erfreuliche Tatsache heraus, daß die jetzigen Mitglieder in fast allen Fragen völlig gleicher Anschauung sind und daß die Arbeit im neuen Reichstage kaum jemals die volle Geschlossenheit vermissen lassen wird, die eine der Voraussetzungen für positive Erfolge bildet."

Die „erfreuliche Tatsache" ist allerdings zum großen Teil eine Selbsttäuschung, wie die „Kreuzzeitung" den Herren von der Wirtschaftlichen Vereinigung sofort in einer Besprechung der von ihnen eingebrachten Anträge nachweist; wir lesen dort:

„Einigermaßen gewundert haben wir uns, wie nebenbei bemerkt sein mag, darüber, daß verschiedene sozialpolitisch recht bedenkliche Anträge, die die Wirtschaftliche Vereinigung unter Führung der Christlichsozialen eingebracht hat, von den in diesem Fraktionsverbande befindlichen Vertretern des Bundes der Landwirte haben unterzeichnet werden können. Die Forderung der Koalitionsfreiheit für Arbeiter und Angestellte des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden beispielsweise ist nach unserer Kenntnis doch vom Bunde der Landwirte bisher abgelehnt worden."

Sehr richtig, das ist aber keineswegs die einzige „Unstimmigkeit" in diesem wunderbaren politischen Potpouri, das in der Tat mit weit größerem Recht sich „Wirtschaftliche Ver u n einigung" nennen könnte.

Wiener Brief.

IV.

(Die Wandlungen der Christlichsozialen.)

Wien, den 24. Febraur 1907.

Aus dem politischen Krämergewerbe, das die Antisemiten vor zwanzig Jahren begannen, soll nun ein Großhandel werden. Es ist kein Zweifel, die christlichsoziale Partei steht vor einer bedeutsamen Wandlung und es wäre unverzeihlich, wenn man diesem Umschwunge nicht die notwendige Aufmerksamkeit entgegenbrächte. Die österreichische Wahlbewegung ruft ja eine ganze Anzahl interessanter Erscheinungen hervor, aber die Stellung der christlichsozialen Partei ist sicherlich am bemerkenswertesten. Sie verdient nach zwei Seiten hin besprochen zu werden: in ihrer Wirkung nach außen und nach innen.

Um die Situation recht zu verstehen, muß man sich eine Behauptung vergegenwärtigen, die während des Kampfes ums allgemeine gleiche Wahlrecht immer wieder auftauchte. Es hieß, daß man sich bei Hofe nicht aus Zuneigung zu dem demokratischen Prinzip des Volksstimmrechtes für die Reform engagiere, sondern mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte weitreichende Pläne verfolge. In Oesterreich, sagte man, solle ein Parlament mit einer starken klerikalen Mehrheit geschaffen werden und in Ungarn wolle man durch dasselbe Mittel die zum Teile calvinistischen Magyaren zurückdrängen und die slavisch-romanischen Volksstämme in den Vordergrund schieben. Als weiteres Ziel wurde die Schaffung eines neuen Großösterreich, das demokratisch organisiert und klerikal regiert sein sollte, bezeichnet. Unserer Ueberzeugung nach entsprechen diese Meinungen nicht ganz den Tatsachen. Dem Kaiser liegen solche Erwägungen sicherlich fern und man weiß, daß er nichts sehnlicher wünscht als Ruhe. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit diesen Gedanken spiele. Die Anschauungen über den Thronfolger gehen allerdings sehr weit auseinander und da sich der Erzherzog nach außen hin abschließt, wird die Bildung eines bestimmten Urteils ungemein erschwert. Jedenfalls steht es fest, daß er den Christlichsozialen Wohlwollen entgegenbringt und mit einzelnen ihrer Führer gute Beziehungen unterhält. Deshalb eben ist es bedeutungsvoll, daß die Wiener Rathauspartei sich zu einer Reichspartei gerade in einer Zeit entwickeln will, da man den Thronfolger mit großösterreichischen Ideen in Verbindung bringt.

Die Expansionsbestrebungen der Antisemiten bilden den einen charakteristischen Zug der Wahlbewegung. Herr Geßmann übt jetzt sein politisches Gewerbe im Umherziehen aus, er ist der Wanderredner der Partei geworden. Jüngst bereiste er die Bukowina, also den äußersten Osten Zisleithaniens, dann hielt er in der Hauptstadt der grünen Steiermark, in Graz, eine Heerschau ab, und in der nächsten Zeit dürfte ihn der Eilzug nach Tirol, an die Westgrenze des Reiches bringen, wo indessen der kluge Bauer und ehemalige Abgeordnete Schraffl den Boden tüchtig vorbereitet. Die Christlichsozialen suchen ihr Netz um jeden Preis über ganz Oesterreich zu ziehen, sie wollen zeigen, daß sie überall Stützpunkte finden und längst aufgehört haben, eine rein niederösterreichische Partei zu sein. Sie beherzigen also den Rat, der ihnen vor Jahresfrist in einer — in diesen Blättern besprochenen — Broschüre mit dem Titel: „Oesterreichs Zukunft und die Christlichsozialen" erteilt worden ist.

Jeder, dem Oesterreichs Schicksal am Herzen liegt, kann diese Vorgänge nur mit Bedauern konstatieren. Daß Zisleithaniens nächstes Parlament eine waschechte schwarze Färbung aufweisen wird, kann leider nicht bezweifelt werden. Aber: wenn schon, denn schon, wie der Wiener sagt.

Wir glauben, nicht mißverstanden zu werden, wenn wir sagen, daß uns die Altklerikalen lieber sind als die jungklerikalen Antisemiten. Beide Gruppen stehen in kultureller Hinsicht auf gleichem Niveau, beide ereifern sich für die klerikale Schule und für die Vorherrschaft der Kirche, wobei die Altklerikalen wenigstens offen und ehrlich vorgehen, während die Christlichsozialen verschämt und verborgen, aber nicht weniger intensiv auf das Ziel hinarbeiten. Die ersteren sind zum Teil intolerant und konfessionell engherzig, allein sie legen sich in ihrer Agitation doch gewisse Grenzen auf. Die Antisemiten dagegen sind eine Partei der Verhetzung, der Verleumdung und der maßlosesten Rohheit. Man hat in Oesterreich schon zu sehr den Kanonikus Rohling vergessen, man denkt nicht mehr an die christlichsozialen Matadore Pater Wiesinger, Pfarrer Deckert und Pater Abel und das öffentliche Gewissen ist ruhig, obgleich in einem — irren wir nicht — böhmischen Gefängnisse ein Mann schmachtet, den der Talmud- und Ritualmordspezialist Schneider und dessen Gehilfe, der skrupellos erfolgsüchtige Gemeinderat Schwer, ins Gefängnis gebracht haben. Man unterschätzt heute in Oesterreich die antisemitische Gefahr in bedenklichem Maße, weil man nicht mehr den Antisemitismus in seiner rohesten Form vor Augen hat, sondern die bezähmte, salonfähige Partei, die Dr. Karl Lueger in den letzten Jahren aus den Christlichsozialen machte. Doch man traue nicht dem Landfrieden! Der Bürgermeister von Wien — dem es erfreulicherweise wieder etwas besser geht — ist ein schwerleidender Mann, der von drei ernsten Krankheiten gequält wird, und wir haben an dieser Stelle schon des öfteren der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die alte extremantisemitische Note wieder erklingen könnte, wenn andere Leute zur Führung kämen. Die Christlichsozialen als große österreichische Mittelpartei wären deshalb ein Verhängnis und die Wahlparole für alle wirklich freiheitlichen Bürger Oesterreichs muß lauten: Gegen die Christlichsozialen!

Allein die Antisemiten scheinen sich sehr sicher zu fühlen, ja man muß sagen, sie sind übermütig. Dem scharfen Blick ihrer Führer entgeht es natürlich nicht, daß die „Antisemitenfurcht" längst dahin ist, und sie wagen sich mit den sonderbarsten Vorschlägen hervor. Dr. Geßmanns Organ deutete bereits schüchtern an, man könnte bei den Stichwahlen sehr gut an ein Zusammenwirken der Christlichsozialen und der Freisinnigen gegen die Sozialdemokraten denken. Die Christlichsozialen wissen sehr wohl, daß sie von den schwachmütigen Altliberalen und von den zum Teile antisemitisch angehauchten Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und den Freialldeutschen viel weniger zu fürchten haben als von den stramm freiheitlichen Sozialdemokraten, die in Oesterreich übrigens, nebenbei bemerkt, eine die bürgerlichen Kreise durchaus nicht verletzende Haltung einnehmen. Natürlich werden die Dummen nicht alle und tatsächlich gibt es sogenannte Freisinnige, die von den Göttern mit Blindheit geschlagen, unter allen Umständen den Kampf gegen die Sozialdemokratie wünschen. Ach, es gibt nicht nur Könige, die nichts lernen und nichts vergessen, sondern auch schlichte Staatsbürger, die trotz der bittersten Erfahrungen nicht klug werden.

Die zweite neue Entwickelungstendenz, die innerhalb der christlichsozialen Partei hervortritt, läßt sich mit den Worten: Los von der Stadt! veranschaulichen. Die Antisemiten suchen die Quellen ihrer Kraft immer mehr auf dem Lande und sind bemüht, sich von Wien zu emanzipieren. Das ist Zukunftspolitik, denn die Christlichsozialen sehen, daß die kleingewerblichen Kreise auf die Dauer eine unsichere Stütze sind, denn das Reichsratswahlrecht vermindert den bis jetzt ausschlaggebenden Einfluß des Mittelstandes und die Reform der Landtags- und Gemeindewahlrechte, die auf die Dauer nicht aufzuhalten ist, wird ihn noch weiter verringern. Allein man darf sich durch diese Betrachtungen nicht zu sanguinischen Hoffnungen hinreißen lassen, wie dies vielfach geschieht. Vorläufig ist die Herrschaft der Christlichsozialen in Wien hinreichend geschützt und die Revolte der Wiener Kleingewerbetreibenden, die der Rathauspartei sicherlich sehr unangenehm ist, löst vorerst nur auf eine Verstärkung des Antisemitismus hinaus. Es dürfte sich vielleicht im Laufe der Zeit eine unbedeutende kleingewerbliche Fraktion bilden, die jedoch mit den antisemitischen Schlagworten, auf die ja die Armen im Geiste noch immer hören, erst recht um sich werfen würde.

Vieles freilich könnte anders sein und werden, wenn es eine entschiedene bürgerliche, wirklich freiheitliche Partei gäbe, die imstande wäre, den Kampf gegen den Antisemitismus mit Kraft, mit Begeisterung aufzunehmen und die sicherlich aus den Kreisen der Unzufriedenen, Enttäuschten starken Zulauf fände. Bedauerlicherweise ist jedoch nicht alles Vernünftige wirklich und nicht alles Wünschenswerte auch vorhanden. Hoffen wir, daß sich Oesterreichs deutsches Bürgertum zu einer klugen Politik im Laufe der Zeit aufraffe. Dann würde sich vieles ändern, aber nur dann! rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

„Post" und „Staatsbürgerzeitung" liegen sich schon wieder einmal in den Haaren; der ehemalige Ahlwardt- und Pückler-Moniteur veröffentlicht entrüstet folgende Erklärung „in eigener Sache":

„Die Zeitung „Die Post" versendet ein Zirkular mit der Erklärung, daß die „Staatsbürgerzeitung" in einen andern hiesigen Verlag übergehe und mit einem unpolitischen Blatte verschmalzen werde, und fordert im Anschluß hieran die konservativen Vereine und Kreise auf, „Die Post" zu abonnieren, da die „Staatsbürgerzeitung" „ihren bisherigen antisemitischen und konservativen Charakter vollständig verlieren wird".

Wir erklären demgegenüber, daß die Behauptungen der Zeitung „Die Post" in allen Teilen unwahr sind, und behalten uns weitere Schritte gegen genanntes Blatt vor.

Verlag der „Staatsbürgerzeitung".
Das Reich G. m. b. H."

Daß das Hauptorgan der Reichspartei sich in dieser ungenierten Weise als einen gleichwertigen Ersatz für ein ausgeprägtes antisemitisches Blatt anbietet, dürfte für manche Anhänger der Partei im Lande eine nicht gerade sehr angenehme Ueberraschung sein. Was sagt denn der Fraktionsvorsitzende der Reichspartei, Herr Gamp, dazu, der die Unterstützung seiner Wahl durch die jüdischen Wähler immer sehr dankbar angenommen hat?

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband versucht auch in Schlesien eine Täuschung der öffentlichen Meinung. Eine Zusammenkunft von Mitgliedern seines bekanntlich durch und durch antisemitisch geleiteten Verbandes, die in der Provinz Schlesien wohnen, nennt er „1. schlesischer Handlungsgehilfentag", und ladet hierzu allerlei Behörden und Vertretungen ein. Kein anderer kaufmännischer Verband hat mit dieser Veranstaltung etwas zu tun, und alle lehnen selbstverständlich die Teilnahme daran ab. Wenn die deutschnationalen Antisemiten einen Bezirks- oder Gautag abhalten wollen, so mögen sie das unter ihrem Namen tun. Die anderen Handlungsgehilfen lehnen es ab, sich durch den deutschnationalen Verband vertreten zu lassen.

☐ **Protest gegen die Wahlen der Antisemiten in Eisenach und Weimar** ist von den Sozialdemokraten eingelegt worden. In Weimar sollen

von amtlicher Seite zwischen Haupt- und Stichwahl Ungehörigkeiten passiert sein, und den Antisemiten sollen Amtspersonen bei der Wahlagitation geholfen haben. In der Hauptwahl bekam der Antisemit Graef 8982, Schulinspektor Weiß (freisinnige Volkspartei) 7277, der Sozialdemokrat Baudert 11 432 Stimmen. In der Stichwahl erhielt der Antisemit 16 867, der Sozialdemokrat 11 953 Stimmen. Das ist eine Differenz von 4914 Stimmen und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß der Protest in diesem Umfang Erfolg hat.

Weit eher wahrscheinlich ist, daß die Wahl in Eisenach kassiert wird. Es dürfte noch in frischer Erinnerung sein, wie frivol hier die Antisemiten sich des amtlichen Apparats bedienten und mit welchen unsauberen Mitteln diese Wahl zustande kam. Die „Mitteilungen" haben genügend Proben der antisemitischen Agitation aus dem Eisenacher Wahlkreis gebracht. Alle seinerzeit in den „Mitteilungen" wiedergegebenen Verstöße gegen das Wahlgesetz sind in dem Protest registriert worden. An oberster Stelle findet sich das Eingreifen des Eisenacher Bezirkskommissärs König zu Gunsten der Antisemiten. Der Herr Bezirkskommissar hatte zwar seinerzeit den „Mitteilungen" eine sogenannte „Berichtigung" zugehen lassen. Aber gerade diese „Berichtigung" ist dem Protest als bezeichnendes Beweisstück beigegeben. Denn das Zusammentreffen des Bezirkskommissars mit dem antisemitischen Agitator Thomas wird von dem Stellvertreter des Bezirksdirektors in der Berichtigung selbst zugegeben. Weiter stützt sich der Protest auf Aufrufe, die von verschiedenen Bürgermeistern mit Namensunterschrift und Titulatur für den Antisemiten direkt erlassen bzw. unterzeichnet wurden; auf Geldsammlungen, die im Auftrage beamteter Personen und von Amtspersonen für den Antisemiten-Wahlfonds vorgenommen wurden. Im ganzen werden 800 Stimmen angefochten. In der Hauptwahl erhielt der Antisemit Schack 6985, Archivdirektor Winter (nationalliberal) 6089, Parteisekretär Leber (Sozialdemokrat) 7875 Stimmen. In der Stichwahl erhielt der Antisemit 9834, der Sozialdemokrat 9509 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt demnach nur 163 Stimmen. Der Wahlprotest darf als sehr aussichtsvoll angesehen werden. Die liberalen Parteien haben also die Pflicht, sich bereit zu halten, ihre Organisationen auszubauen und besonders für Aufklärung über den Antisemitismus und seine Gefahren zu sorgen.

In Waldeck-Pyrmont machen die Antisemiten von dem Vorrechte des Unterlegenen, zu schimpfen, etwas allzureichlichen Gebrauch. Besonders das Kreisblatt macht seinem Aerger noch nachträglich in allerlei „Eingesandts" Luft. Die „Waldeckische Rundschau" bemerkt hierzu:

„Ihr Treiben wird unserem Dr. Potthof auch nichts, rein gar nichts von seiner bei dem waldeckischen Volke erworbenen Beliebtheit rauben. Es hat ihn als aufrecht stehenden und gehenden Mann kennen gelernt, der offen und ehrlich seine Meinung verficht, der nicht nach Gunst und Ahnen fragt, der besonders auch mit den Mühseligen und Beladenen fühlt und Gerechtigkeit will — deshalb wählte es ihn zum zweiten Male in den Reichstag. Unser waldeckisches Volk vertraut Dr. Potthoff, daß er seine Schuldigkeit tun wird. Der preußische Junker Liebermann von Sonnenberg möge sich daher beruhigen und das abhängige Kreisblättchen möge uns mit dessen armseligem Gewäsch verschonen. Wie schrieb doch vor wenigen Monaten die reform-antisemitische „Hessische Rundschau": „Daß ausgemacht Herr Liebermann von Sonnenberg von hergelaufenen Politikern und Diätenjägern spricht, ist für diesen Mann mehr als bezeichnend." Kein ernsthafter Politiker nimmt Herrn Liebermann von Sonnenberg ernst; an dessen faden Witzen und Mätzchen können sich nur politische Kinder und Dumme ergötzen. Es bedarf keiner Frage: Der öde Antisemitismus hat bei uns ausgespielt und niemand — ausgenommen vielleicht einige Kreisblattleser, die es für fein halten, mit den Rückwärtsern zu liebäugeln — wird darüber böse sein. Auch unsere vorzügliche und fürnehme Kreisblättchenredaktion wird ihm durch ihre herrlichsten Tiraden kein neues Leben einblasen."

In Waldeck-Pyrmont hatten die Antisemiten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um den Wahlkreis dem Freisinnigen Potthoff zu entreißen; selbst den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem auch viele Liberalen angehören, hatten sie verstanden sich dienstbar zu machen; sie glaubten denn auch schon den Sieg in der Tasche zu haben. Herr Lattmann hatte schon vor der Hauptwahl in einer Versammlung in Kassel triumphierend verkündet: „Am Tage der Stichwahl siegt Potthoff aus Waldeck". Das war aber eine kleine Namensverwechselung; nicht Herr Potthoff, sondern der Antisemit v. Richthofen flog! — Ueber die Kampfesweise der Antisemiten und des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie brachte der „Vorwärts" noch folgenden Beitrag:

„Die Agitation der Antisemiten in diesem Kreise überstieg alles bisher Erlebte. Der Reichsverband bekämpfte den Mann der Freisinnigen genau so mit Lüge und Verleumdung, wie anderswo Sozialdemokraten. Als der nationalliberale Kandidat Dr. Böttcher die Parole „Für den Antisemiten Richthofen, gegen den Liberalen Potthof" ausgab, stand die Entscheidung auf des Messers Schneide. In zwölfter Stunde heckten die Antisemiten in ihrem Kasseler Wahlbureau, dem Liebermann von Sonnenberg vorstand, einen Schurkenstreich gemeinster Art aus: Sie ließen Stimmzettel drucken mit dem Namen unseres ausgefallenen Kandidaten Müller und gedachten durch die Verbreitung dieser Zettel ihre Position zu stärken. Nun hatten die Liebermänner aber ihre Rechnung ohne die sozialdemokratische Parteileitung gemacht, die noch rechtzeitig Wind von dem Gaunerstreich der Antisemiteriche bekam und eine Warnung vor den falschen Stimmzetteln erlassen konnte".

Ueber geschäftlichen Boykott, der gegen liberale und jüdische Wähler von Mitgliedern der unterlegenen Zentrumspartei geübt wird, erhält die „Frankf. Ztg." aus Saarbrücken folgende Mitteilung:

„Die Niederlage des Zentrums hat in unserem und dem benachbarten Wahlkreise Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim Folgen gezeitigt, welche die Hetze ultramontaner Heißsporne im grellsten Lichte zeigen. In Püttlingen war an der Kirche ein Plakat angebracht, auf welchem ein Wirt bezichtigt wurde, liberal gewählt zu haben. Seither meidet man sein Haus wie die Pest, und es wird ihm nichts übrig bleiben, als Hals über Kopf zu verkaufen, wenn er nicht an den Bettelstab kommen will. In Illingen, einem kleinen Flecken im Kreise Ottweiler, wurden die ansässigen jüdischen Geschäftsleute beschuldigt, die Niederlage des Zentrums mit herbeigeführt zu haben, und der Boykott wurde über sie verhängt. Das geschah, wie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, in der Kirche, mit welchem Erfolge, erhellt aus der Tatsache, daß der Landrat am Fastnachtsdienstag, der zu einer öffentlichen Kundgebung gegen die Israeliten ausersehen war, 10 Gendarmen nach Illingen beorderte".

Die sächsische Mittelstands-Vereinigung ist die an Mitgliedern größte Organisation unter den verschiedenen mehr oder minder antisemitisch angehauchten politischen Organisationen des Mittelstandes, die in den letzten Jahren gegründet worden sind. Sie bildet natürlich ebenfalls nur aus den Kreisen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden eine städtische Hilfstruppe für die Antisemiten, Konservativen und Bündler. Die Zentralleitung bestreitet das zwar energisch und hat zu diesem Zweck eine Denkschrift veröffentlicht, die jedoch die Richtigkeit unserer Anschauungen nur bestätigt.

Zunächst tritt, wie wir einem Auszuge aus dieser Denkschrift, den wir in der „Zitt. Morgen-Ztg." finden, entnehmen, wieder in ihr die dreiste Behauptung auf, daß die sächsische Mittelstands-Vereinigung im Namen des gesamten sächsischen Mittelstandes spreche, und sie weist darauf hin, daß sich ihr 260 Korporationen mit über

100 000 Mitgliedern angeschlossen hätten. Da die Vereinigung aber doch nur für diejenigen sprechen kann, die sich ihr angeschlossen haben, so bestünde demnach der ganze sächsische Mittelstand nur aus reichlich 100 000 Mann? Ist das nicht lächerlich! Alle anderen Organisationen, die doch auch zum Mittelstand gehören, die sich aber der sächsischen Mittelstands-Vereinigung nicht angeschlossen haben, wie z. B. die Gastwirtevereinigungen, ferner zahlreiche Gewerbevereine, Innungen, Hausbesitzervereine, werden einfach beiseite geschoben, dadurch, daß die sächsische Mittelstands-Vereinigung sich als Vertreterin des gesamten sächsischen Mittelstandes aufspielt. Was sie aber in der Denkschrift vertritt, sind lediglich Forderungen und Wünsche aus Handwerker-, Kleingewerbe- und Kleinhandelskreisen, die lediglich bei den Antisemiten, Konservativen und Agrariern Anklang finden, also reaktionäre Ideen, die sie als Ideale hinstellt. Mit einer solchen vermeintlichen Interessenvertretung des gesamten Mittelstandes dürften nicht einmal die 100 000 Mitglieder einverstanden sein. Denn man weiß ja, wie diese Anschlüsse der Korporationen zustande gekommen sind. Die Vorstände haben den Anschluß bewirkt, eine Zustimmung aller Mitglieder der einzelnen Korporationen ist nirgends erfolgt. Und stünde auch wirklich das gesamte sächsische Kleingewerbe auf dem Standpunkte der Mittelstands-Vereinigung, so wäre das höchstens ein Zehntel des gesamten sächsischen Mittelstandes. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß die Interessen der übrigen neun Zehntel des Mittelstandes sich keineswegs mit denen der Kleingewerbetreibenden decken, ihnen vielmehr gerade in den wichtigsten Punkten, besonders in der Frage der Preissteuerung, zuwiderlaufen, wenigstens so weit die Mittelstands-Vereinigung die Preissteuerungspolitik des Bundes der Landwirte, durch die die weitaus größte Mehrheit des Mittelstandes schwer geschädigt wird, unterstützt.

Natürlich kehrt in der Denkschrift auch die Behauptung wieder, daß es sich bei der Mittelstands-Vereinigung um keine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Bewegung handelt. Diese Behauptung wird aber schon dadurch entkräftet, daß die Mittelstands-Vereinigung bei den jetzigen Reichstagswahlen bekanntlich eine Reihe von eigenen Kandidaten aufgestellt, bzw. den Antisemiten und Konservativen Kandidaten geliefert und mit dem Bunde der Landwirte gemeinsame Sache gemacht hat. So ist der bekannte Buchbinder-Obermeister Unrasch als konservativer Kandidat in Dresden-Altstadt, der Glaser-Innungsmeister Wetzlich als antisemitischer Kandidat in Dresden-Neustadt aufgestellt worden. Beide sind ja glänzend durchgefallen. Aber in Pirna ist der antisemitisch-konservative Stadtrat Hanisch, der direkt mit der Bezeichnung „Mittelstandskandidat" aufgestellt wurde, auch gewählt worden. Wird der Mann sich nun darauf beschränken, nur die vermeintlichen wirtschaftlichen Interessen der Mittelstands-Vereinigung zu vertreten, oder wird er auch sonst an den Beratungen und Abstimmungen im Reichstag teilnehmen? Die Frage braucht man nur zu stellen, um zu zeigen, daß ein unpolitischer Reichstagsabgeordneter, eine unpolitische Mittelstands-Vereinigung undenkbar ist. Nur die Frage steht zur Entscheidung: Ist die Behauptung, daß die sächsische Mittelstandsvereinigung unpolitischer Natur sei, ein Ausfluß unfaßbarer Einfalt oder riesenhafter „Kühnheit"? Weder ein außerordentliches Maß von Einsichtslosigkeit nach von Dreistigkeit dürften zur Vertretung des gesamten Mittelstandes geeignet machen. Bemerkenswert ist, daß ein Innungsmann, der aber als Gegner der sächsischen Mittelstands-Vereinigung auftrat, der Fleischerobermeister Kickelhain in Chemnitz, als linksnationalliberaler Reichstagskandidat aufgestellt war. Deutlich sieht man hieraus, mit wie wenig Berechtigung die sächsische Mittelstands-Vereinigung den Anspruch erhebt, auch nur als Vertretung der Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu gelten.

Aus der Denkschrift sei schließlich noch folgendes hervorgehoben, um erneut zu zeigen, weß Geisteskind die sächsische Mittelstands-Vereinigung ist. Sie begründet ihre Bestrebungen damit, daß man den Verfall der mittelständischen Berufsschichten als unvermeidlich hinzustellen versuche. Damit kämpft sie gegen Windmühlenflügel, denn einen derartigen Standpunkt vertritt heute kein wissenschaftlicher Nationalökonom mehr, vielmehr geht die allgemein anerkannte Ueberzeugung dahin, daß, wenn auch im Mittelstande sich verschiedene Verschiebungen und Umbildungen vollziehen, sich doch der gesamte Mittelstand als solcher in einer kräftigen Aufwärtsbewegung befinde. Unangenehm berührt die ewige Graulichmachung vor der Sozialdemokratie. Was hat denn tatsächlich die Erfolge der Sozialdemokratie herbeigeführt? Doch nichts anderes als die reaktionäre Politik der Konservativen und eben dieser Klassen, die sich nun mit einem Male als „ständiges Bollwerk" gegen die Sozialdemokratie hinstellen wollen! Die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu befördern und zu gleicher Zeit sich als die besten Schützer gegen die Sozialdemokratie hinzustellen, ist aber ein hoher Grad politischer Verdrehungskunst. Nichts befördert revolutionäre Bestrebungen — wenn man überhaupt von solchen im Deutschen Reiche sprechen kann — mehr, als die reaktionäre Preissteuerungs- und Ausschließungspolitik gegenüber den unteren Klassen.

Stargard, 21. Februar. Der Redakteur des Kröllschen Blattes „Der Mittelstand" zu Pyritz, Fr. Kemper, war, wie wir seinerzeit gemeldet, wegen wiederholter öffentlicher Beleidigung vom dortigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt worden, gegen welches Urteil nicht nur der Angeklagte, sondern auch wegen zu geringer Strafe die Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Es hatte sich hierbei um Veröffentlichung eines Artikels gehandelt, der die Ueberschrift in fetten Lettern enthalten hatte: „Hans Lange stiehlt das Protokollbuch!" Der Angeklagte gab heute die wiederholte Erklärung ab, daß er die Absicht einer Beleidigung nicht gehabt habe. Die Vertretung der Königl. Staatsanwaltschaft beantragte 2 Wochen Gefängnis, dagegen erkannte der Gerichtshof unter Annahme des bekannten Schutzparagraphen 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) auf Freisprechung des Angeklagten. Im ersten Urteil war auch auf Publikationsbefugnis erkannt worden.

Vermischtes.

Stuttgart. Eine Gedenktafel für Berthold Auerbach ist an seinem fünfundzwanzigjährigen Todestage in Anwesenheit eines großen Kreises von Freunden und Verehrern an seinem Geburtshause in Nordstetten eingeweiht worden. Voranging eine Feier an der Grabstätte des Dichters, wo nach dem Vortrage des Silcher'schen Liedes „Stumm schläft der Sänger" durch den Gesangverein der erste Chargierte der Tübinger Burschenschaft „Germania", welche 22 Mitglieder entsandt hatte, eine Ansprache hielt. In formvollendeter Rede vollzog sodann der Vorsitzende des Schwäbischen Schiller-Vereins, Herr Geh. Hofrat Prof. Günther-Stuttgart die Enthüllung der ehernen Erinnerungstafel, welche unter dem wohlgelungenen Reliefbilde die Aufschrift trägt: „Berthold Auerbach wurde in diesem Hause geboren am 28. Februar 1812".

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 10. Berlin, 6. März 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus vom 2. März 1907.

Wie alljährlich fand vor Beginn der eigentlichen Generalversammlung eine Sitzung des erweiterten Vorstandes statt, in der die Organisations- und Agitationsfragen im einzelnen erörtert wurden und der Kassenbericht zur eingehenderen Darlegung gelangte.

Gegen ½9 Uhr abends eröffnet der Vorsitzende des Vereins Herr Dr. Barth die Generalversammlung, indem er die Erschienenen, besonders die von auswärts gekommenen Vereinsmitglieder herzlich willkommen heißt. Ferner weist er auf die vorher stattgehabte Vorstandssitzung hin und betont die erfreuliche Tatsache, daß der Vorstand sich in allen Punkten mit der Tätigkeit des engeren geschäftsführenden Ausschusses einverstanden erklärt hat. Zum

Geschäftsbericht

erhält das Wort Herr Curt Bürger, der etwa folgendes ausführt:

Die Tätigkeit des Vereins ist, abgesehen von der Aufrechterhaltung der laufenden geschäftlichen Verbindung zwischen den beiden Zentralen in Berlin und Frankfurt sowie mit den Vertrauensmännern und Ortsgruppen im Lande, eine vorwiegend publizistische. Sie bezweckt, die großen Massen über die demagogischen Ziele des Antisemitismus aufzuklären und den Antisemitismus in jeder Form zu bekämpfen. Dieser Aufgabe sucht der Verein auf dreierlei Wegen gerecht zu werden: 1. durch die Herausgabe der wöchentlich erscheinenden „Mitteilungen", 2. durch die Herausgabe besonderer Broschüren und Flugblätter und 3. durch die Verbreitung von Kalendern.

Die „Mitteilungen" sollen nicht sowohl ein Vereinsorgan als vielmehr eine Informationsquelle für die liberale Tagespresse darstellen, und wir konnten im abgelaufenen Geschäftsjahre wieder konstatieren, daß die in den „Mitteilungen" enthaltenen Artikel in steigendem Grade von der Presse benutzt wurden.

Wenn wir in den letzten Jahren etwas weniger mit Flugblättern gearbeitet haben, so geschah es hauptsächlich deswegen, weil uns aus den Kreisen der Mitglieder heraus der Wunsch ausgesprochen worden war, in dieser Beziehung des Guten nicht zu viel zu tun. Im vorigen Jahre leisteten wir allerdings der Anregung auf Herausgabe von Flugblättern Folge, und zwar zunächst im Oktober, als die Antisemiten in Rußland in vielen Hunderttausenden von Exemplaren eine erdichtete Großrabbinerrede verbreiteten. Wir stellten fest, was es mit dieser Großrabbinerrede für eine Bewandtnis hatte: sie war weiter nicht als der Abklatsch einer erbärmlichen Lüge, die Liebermann von Sonnenbergs „Antis. Korrespondenz" in den neunziger Jahren in Deutschland aufgebracht hatte. Unser Flugblatt wurde namentlich in jenen Wahlkreisen verbreitet, in denen der Einfluß Liebermanns von Sonnenberg besonders unheilvoll gewirkt hatte, und wir glauben auch, bestimmte Anhaltspunkte dafür zu haben, daß der verhältnismäßig günstige Erfolg, den die liberale Kandidatur in dem Liebermannschen Wahlkreise davontrug, zum Teil auch auf die Wirkung unseres aufklärenden Flugblattes zurückzuführen ist. Zu Weihnachten stellten wir alsdann, ebenfalls auf Aufforderung aus verschiedenen Teilen des Reiches hin, ein Flugblatt her, das als Leitfaden dazu dienen sollte, wie man den antisemitischen Weihnachtsflugblättern entgegentreten könnte. Die weitere Herausgabe von Flugblättern wurde alsdann durch die Wahlbewegung unmöglich gemacht.

Wir mußten uns in dieser Zeit besonders bemühen, ein möglichst brauchbares Wahlhandbuch den liberalen Parteien zur Bekämpfung des Antisemitismus zur Verfügung zu stellen. Dies geschah in unserer Broschüre „Der politische Antisemitismus vom Jahre 1903 bis 1907". Auch über die günstige Wirkung dieser Broschüre liegen uns positive Anhaltspunkte vor. So ist wahrscheinlich der Verlust von drei Mandaten, den die Antisemiten im Osten Deutschlands zu verzeichnen hatten, zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß das in der Broschüre enthaltene Material auch von den Konservativen im Kampfe gegen die antisemitischen Gegenkandidaten benutzt wurde.

Ueber die Kalendertätigkeit des Vereins sind bereits im vorigen Jahre nähere Mitteilungen gemacht worden. Seit Bestehen des Vereins wird regelmäßig ein Kalender von uns selbst herausgegeben: „Der gute Kamerad", der sich einer von Jahr zu Jahr steigenden Auflage zu erfreuen hat. Ferner haben wir seit einigen Jahren einen maßgebenden Einfluß auf die textliche Ausgestaltung von 10 bis 12 anderen Kalendern gewonnen, wodurch es uns ermöglicht wird, in einer Kalenderauflage von mehr als 1¼ Millionen der großen Masse von Schundkalendern entgegenzuwirken.

Wenn bei den letzten Reichstagswahlen die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen war, daß die Antisemiten nicht bloß in bezug auf die für sie abgegebenen Stimmen, sondern auch in bezug auf ihre Mandatsziffer Fortschritte gemacht haben, so erreichten die Antisemiten ihre Erfolge nicht durch ihr antisemitisches Programm. Dieses steckten sie vielmehr fein säuberlich in die Tasche. Von ihren speziellen Forderungen war in ihren Reden kein Wort enthalten. Sie haben ihre parteipolitischen Gewinne vielmehr zum größten Teil wenn nicht ausschließlich, dem Umstande zu verdanken, daß sie durch die „nationale" Welle, die über ganz Deutschland gegangen ist, und die sich gegen die Oppositionsparteien vom 13. Dezember v. J. richtete, mit in die Höhe gehoben wurden. Viel schlimmer als der spezifische Antisemitismus der Fraktionen ist der in dem Bunde der Landwirte gepflegte Antisemitismus. Die Antisemiten haben ihre Wahlerfolge ausschließlich in solchen Wahlkreisen erzielt, in denen sie mit dem Bund der Landwirte oder den Konservativen verbündet waren. Wir müssen der schon von unserem verstorbenen Rickert hervorgehobenen Gefahr, die uns vom Bunde der Landwirte her droht, stets unsere ernsteste Aufmerksamkeit schenken. Es ist trotz einiger Erfolge der Antisemiten erfreulich, daß unsere Freunde im Lande den Mut nicht sinken lassen wollen. Man will vielmehr ernsthaft weiterarbeiten und sich nach der Mahnung des großen englischen Historikers richten: „Arbeiten und nicht verzweifeln!" (Lebhaftes Bravo!)

Mit Bezug auf diesen Geschäftsbericht hebt Dr. Barth noch hervor, daß sich der Verein bei seiner Kalendertätigkeit von der Idee leiten läßt, daß es verfehlt sein würde, an die Stelle des antisemitischen Inhalts der Kalender nun etwa einen philosemitischen Inhalt zu setzen. Der Verein sieht seine Aufgabe vielmehr darin,

an die Stelle des früher so üppig wuchernden antisemitischen Inhalts der Kalender eine literarische Kost zu setzen, die für den gesunden Magen von Kalenderlesern bekömmlich ist. Es handelt sich also um eine ästhetische und moralische Purifizierung der Kalender. Wir glauben, uns damit nicht nur um die Bekämpfung des Antisemitismus verdient zu machen, sondern auch zur Erhöhung der allgemeinen deutschen Volksbildung beizutragen. (Bravo!)

Herr **Salinger** erstattet darauf den

Kassenbericht.

Als Revisor hat er auch in diesem Jahre die Kasse einer eingehenden Prüfung unterzogen. Er fand alles in bester Ordnung. Besonders weist er auf die erfreulichen Erfolge der Werbetätigkeit des Vereins hin. Durch die Versendung von 8000 Werbezirkularen gelang es, 400 neue Mitglieder zu gewinnen, die einen jährlichen Beitrag von 2400 Mark und einen einmaligen Beitrag von 1269 Mark gezeichnet haben. Für Wahlzwecke sind auch sonst größere Summen eingegangen, die zur Bekämpfung der Antisemiten zweckentsprechende Verwendung gefunden haben. Die von Herrn Salinger beantragte Entlastung des Vorstandes wird von der Versammlung erteilt.

Zu dem nächsten Punkte der Tagesordnung erstattet Herr Dr. **Barth** das Referat über das Thema:

Unsere Stellung zum Antisemitismus in und nach den Reichstagswahlen.

Er führt hierzu etwa folgendes aus:

„Ich werde mich möglichst kurz fassen, um der Diskussion einen ausgiebigen Raum zu gewähren. Es ist nicht das erste Mal, daß wir auf unseren Generalversammlungen über die Stellung unseres Vereins zum Antisemitismus bei den Wahlen sprechen. Ich möchte speziell an die Verhandlungen erinnern, die wir vor drei Jahren in der Generalversammlung vom 16. April 1904 gepflogen haben. Ich hatte mir damals gestattet, in meinem Referat die Stellung, die der Verein zu den politischen Wahlen einzunehmen hat, ganz genau zu fixieren, und ich möchte mir erlauben, die springenden Punkte meines damaligen Referats Ihnen an der Hand des stenographischen Berichts ins Gedächtnis zurückzurufen. Nach diesem stenographischen Bericht habe ich damals folgendes ausgeführt:

„Wir können uns nicht darauf einlassen, Konzessionen zu machen an einen Standpunkt, der den Gedanken einer konfessionellen Gleichberechtigung nur teilweise erfüllt; wir müssen auch bei den politischen Wahlen darauf Bedacht nehmen, daß, soweit es von unseren Bemühungen abhängt, nur solche Männer in die Parlamente entsandt werden, die von dem Gedanken der konfessionellen Gleichberechtigung in unserem gesamten Staatsleben innerlich durchdrungen und die entschlossen sind, sich auch in der Gesetzgebung nichts von diesem Grundsatze abhandeln zu lassen. Wir haben bei den politischen Wahlen stets den Standpunkt vertreten, daß wir nicht von Vereins wegen besondere Kandidaten aufstellen. Unser Verein ist nicht groß genug, um das durchführen zu können, und selbst wenn er so groß, mächtig und einflußreich wäre, so würde es meines Erachtens doch ein schwerer Fehler sein, wenn er mit eigenen Kandidaten käme. Es kann seine Aufgabe nur sein, unter denjenigen Kandidaten, die von den einzelnen politischen Parteien bei den Wahlen aufgestellt werden, sich diejenigen herauszusuchen, die den Grundsätzen unseres Vereins am nächsten stehen, und diese, soweit es in unseren Kräften liegt, bei ihren Bestrebungen unsererseits zu unterstützen.

An diesen Grundsatz haben wir uns auch bei den Wahlen im verflossenen Jahre streng gehalten. Wir haben uns nicht darum gekümmert, welcher speziellen Fraktion der Kandidat, den wir etwa mit unserem Material oder mit unseren Rednern oder dessen Wahlkampf — was auch gelegentlich vorgekommen ist — wir mit unseren Geldmitteln unterstützen, angehörte, sondern wir haben uns ihn immer nur daraufhin angesehen, ob er vollständig frei vom antisemitischen Bazillus war, ob er wirklich den Grundgedanken der konfessionellen Gleichberechtigung zur Wahrheit machen wollte. Bei dieser Wahl unter den vorhandenen Kandidaten mußten wir auch darauf Rücksicht nehmen, ob das zugehörige Wahlkomitee entschlossen war, nun auch den Kampf gegen den Antisemitismus ernsthaft aufzunehmen, ernsthaft in dem Sinne, daß man bei dem schließlichen Ausgang der Wahl, speziell auch bei etwaigen Stichwahlen, nur für denjenigen einzutreten sich bereit erklärte, der des Antisemitismus gänzlich unverdächtig war."

An einer anderen Stelle habe ich denselben Gedanken noch etwas präziser ausgeführt, und zwar in den Schlußbemerkungen:

„Wir können unsere Mittel und unsere Kräfte bei einer politischen Wahl nur solchen Kandidaten bezw. solchen Wahlkomitees oder solchen Parteien zur Verfügung stellen, die uns im voraus eine Garantie dafür geben, daß im Falle einer Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Nichtantisemiten, auch wenn dieser ein Sozialdemokrat ist, rund und klar gegen den Antisemitismus Stellung genommen und der Sozialdemokrat in diesem Falle als das kleinere Uebel angesehen und gewählt wird."

Wie der stenographische Bericht ausweist, ist diese meine Schlußbemerkung mit lebhaftem Bravo aufgenommen worden, und in der nachfolgenden Diskussion ist nicht ein einziger Redner aufgetreten, der gegen den damals von mir formulierten Standpunkt des Vereins irgend etwas einzuwenden gehabt hätte. Sie werden es deshalb begreiflich finden, daß der Vorstand Ihres Vereins, als es sich jetzt um die Wahlen handelte, sich genau an jene Instruktionen gehalten hat, die damals von der Generalversammlung als richtig anerkannt worden waren. Nun haben sich ja allerdings bei diesen Wahlen die Dinge teilweise anders und ungünstiger abgespielt als bei früheren Wahlen. Ich brauche auf Einzelheiten des Wahlergebnisses, was die antisemitischen Kandidaten angeht, nicht einzugehen, da es Ihnen ja bekannt ist. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß sich speziell in Mitteldeutschland der Antisemitismus in einer sehr bedrohlichen Weise festgesetzt hat. Wenn Sie sich die Wahlkreise, die die Antisemiten bei den letzten Wahlen teils behauptet und teils erobert haben, vergegenwärtigen, so werden Sie finden, daß sich von Hessen her eine Kette antisemitischer Wahlkreise durch Thüringen bis zum Königreich Sachsen hinzieht. Niemand, der zu unserem Verein gehört, wird das Bedauern darüber unterdrücken können, daß durch ein ganz eigenartiges Verhalten selbst von der liberalen Parteien in einer ganzen Reihe von Fällen bei der Stichwahl der Antisemit als Sieger hervorgehen konnte. Diese Erfolge wurden also nicht aus eigener Kraft, auch nicht durch die Unterstützung der den Antisemiten gesinnungsverwandten Parteien, der Konservativen 2c., errungen, sondern mit Hilfe von liberalen, ja selbst von freisinnigen Elementen.

Bei früheren Wahlen haben wir eine ähnliche Erscheinung nicht beobachten können. Allerdings ist auch sonst der Fall mehrfach vorgekommen, daß, wenn es sich um eine Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Sozialdemokraten handelte, die bei der Hauptwahl ausgefallenen Liberalen und Freisinnigen nicht bewogen werden konnten, für den Sozialdemokraten zu stimmen. Aber daß die Liberalen und Freisinnigen noch einen Schritt weiter gingen und in der Stichwahl unmittelbar für den Antisemiten Partei ergriffen, ist, wenigstens in der Häufigkeit, die wir bei den letzten Wahlen beobachten mußten, ein Novum, und ich muß sagen, und ich glaube, Sie werden diese Auffassung teilen, es ist ein sehr bedauerliches Novum. (Sehr richtig!) Wir müssen heute leider sagen, daß eine Reihe der im Reichstage sitzenden Antisemiten ihren Sieg dem unmittelbaren Eingreifen von freisinnigen Elementen verdanken.

Es sind die verschiedensten freisinnigen Parteien an dieser Tatsache mitbeteiligt. Wir haben in einzelnen Wahlkreisen den Fall erlebt, daß freisinnige Organisationen für die Wahl eines antisemitischen Kandidaten offen aufgefordert haben; wir haben erlebt, daß freisinnige Kandidaten, die bei der Hauptwahl ausgefallen waren, ebenfalls die Parole ausgegeben haben: „Stimmt für einen Antisemiten!" Wir haben sogar zweimal den Fall erlebt, daß Mitglieder des erweiterten Vorstandes des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus offen aufgefordert haben, in einer Stichwahl für einen Antisemiten einzutreten. (Hört! Hört!) Und, meine Herren, Sie werden mir, glaube ich, dafür Indemnität erteilen, daß ich die beiden Vorstandsmitglieder, die sich einer solchen Handlungsweise schuldig gemacht haben, kurzer Hand aufgefordert habe, freiwillig das Feld zu räumen und auszuscheiden. (Lebhafter Beifall!) Die formale Berechtigung des Vorsitzenden könnte für einen solchen Akt vielleicht in Zweifel gezogen werden, die sachliche Berechtigung wird einem Zweifel nicht unterliegen. (Sehr wahr!) Das Ausscheiden der beiden Herren ist erfolgt und damit ist für uns die Angelegenheit erledigt. Ich glaube aber, daß ein Verein wie der unserige, es seiner Ehre schuldig ist, zum Ausdruck zu bringen, daß er sich geradezu lächerlich gemacht haben würde, wenn er auch nur einen Augenblick Vorstandsmitglieder in seinen Reihen geduldet

hätte, die offen auffordern, für einen Antisemiten einzutreten. (Lebhafter Beifall! Sehr richtig!)

Dieser Vorgang muß uns dazu veranlassen, erneut festzustellen, welche Haltung unser Verein im Kampfe gegen den Antisemitismus bei den Wahlen beobachten soll. Der Antisemitismus hat ja im Laufe der Zeit sein äußeres Gesicht nicht unwesentlich verändert. Das, was man früher mit Radauantisemitismus bezeichnete, hat sich mehr und mehr verflüchtigt, wenn man von der psychiatrischen Figur des Grafen Pückler absieht. An die Stelle dieses Radauantisemitismus ist aber die meines Erachtens viel gefährlichere Form jenes Antisemitismus getreten, der zwar die antisemitische Gesinnung beibehält, aber die äußeren Formen besser zu wahren versteht. Der Antisemitismus hat tatsächlich unser ganzes öffentliches Leben mehr als früher durchdrungen. (Sehr richtig!) Die Gefahren, die daraus für die konstitutionelle Entwickelung unseres Vaterlandes zu erwachsen drohen, sind schlimmer, als sie es vordem waren. Auch außerhalb des Verbandes der eigentlichen antisemitischen Parteien gibt es heute verschiedene Parteien, die einen Beigeschmack von Antisemitismus haben, und man kann sagen, daß die gesamten Konservativen, wenigstens die preußischen, mehr und mehr antisemitisch infiziert sind, ganz besonders soweit es sich um den Bund der Landwirte handelt. Wenn Sie z. B. die Reden des Herrn Liebermann von Sonnenberg im Zirkus Busch verfolgen, so werden Sie finden, daß nichts einen solchen Sturm der Begeisterung hervorruft als das, was er an antisemitischen Witzen zum besten gibt. Der Umstand, daß der Antisemitismus in dieser, für den nicht genau Hinsehenden schwerer erkennbaren Form unser Volk durchzieht, macht es für unseren Verein zur Abwehr des Antisemitismus notwendig, die grundsätzliche Seite seines Kampfes mit besonderem Nachdruck zu betonen.

Ich habe früher einmal Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß der Mittelpunkt unserer Vereinsbestrebungen darin zu suchen ist, daß wir den großen Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit in aller Schroffheit und ohne jede opportunistische Rücksichtnahme durchgeführt wissen wollen. (Bravo!) Die konfessionelle Rechtsgleichheit steht bei uns auf dem Papier, sie ist aber nicht in Wirklichkeit vorhanden. Was bedeutet es, wenn gelegentlich einmal diesem oder jenem angesehenen Juden eine Ehrenbezeugung erwiesen wird, wenn nicht dieser Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit auch dem letzten Juden gegenüber zur praktischen Bedeutung wird? Wir erleben es alle Tage, daß jemand nur deswegen, weil er sich zur israelitischen Konfession rechnet, bei der Vergebung von Staatsstellen zurückgesetzt wird. Wir erleben das in den verschiedensten Ressorts der Staatsverwaltung. Wir erleben das bei unseren Universitäten und vor allen Dingen in den Institutionen unserer Armee. Wir haben über diesen Punkt ja hier vor drei Jahren ebenfalls eine ausgiebige Verhandlung gehabt und haben damals konstatieren müssen, daß tatsächlich in unserer Armee, und speziell in der preußischen Armee, von einer staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit, soweit die Juden in Betracht kommen, nicht die Rede sein kann. Juden werden in Preußen gegenwärtig nicht Offiziere, auch nicht Reserveoffiziere, und da niemand auf die unsinnige Idee kommen kann, daß an und für sich die Juden nicht qualifiziert wären, Offiziere zu werden, so kann man hier nur immer aufs neue eine flagrante Verletzung eines der wichtigsten Grundsätze jedes Kulturstaats feststellen. (Sehr wahr!) Von dem Grundsatze der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit dürfen wir uns nicht ein Titelchen abhandeln lassen. (Sehr richtig!) Das ist die eigentliche raison d'être unseres Vereins. Es bleibt für uns gar nichts anderes übrig, als in dieser Frage den äußersten Radikalismus walten zu lassen. Wir können uns nicht mit dieser oder jener Konzession abspeisen lassen, sondern wir verlangen das ganze Recht. Bis nicht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung bis zum letzten Titelchen erlangt ist, dürfen wir die Waffen nicht niederlegen. Hier liegt einer von den Fällen vor, wo man nichts hat, wenn man nicht alles hat. Unsere Mitbürger israelitischer Konfession können von Rechts wegen verlangen, daß sie in gar keiner Stellung, die irgendwo zu besetzen ist, als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Deswegen kommt alles darauf an, daß man durchaus aufs ganze geht, und daß man sich nicht durch irgendwelche halben Maßregeln abspeisen läßt.

Solange ich an der Spitze dieses Vereins zu stehen die Ehre habe, bin ich immer bemüht gewesen, diesen Grundsatz ganz ohne irgendwelche Reserve zum Ausdruck zu bringen. Deswegen können wir auch in solchen Fällen, wie wir sie gerade jetzt erlebt haben, keine Konzessionen machen gegen diejenigen, die uns sagen, in einem speziellen Falle wären sie verpflichtet gewesen, die Wahl eines Antisemiten zu unterstützen. Wie leicht ist es, sein Gewissen zu beruhigen, indem man sagt, „höhere" Erwägungen, die größeren „nationalen" Interessen haben mich dazu geführt, einen Antisemiten zu unterstützen, weil ich keinen Sozialdemokraten wählen wollte! Derartige opportunistische Erwägungen können für unseren Verein kein Entschuldigungsgrund sein. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen: **der** Antisemitismus ist für uns der Feind, und wir können insbesondere innerhalb unseres Vereins an leitenden Stellen niemanden dulden, der nicht der Meinung ist, daß in allen Fällen der Antisemit den größten Feind darstellt. Der Antisemit ist auch der schlimmste Feind, denn der, der diesen Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit verneint, ist ein viel gefährlicherer Schädiger unserer Staats- und Gesellschaftsordnung als der wütendste Sozialdemokrat. (Sehr richtig!) Ich kann mich mit diesen Ausführungen begnügen, und ich möchte nunmehr die Herren bitten, sich darüber zu äußern, ob Sie glauben, daß der Vorstand Ihres Vereins, indem er diese Grundsätze zu verwirklichen gesucht hat, in Ihrem Sinne und in dem Sinne der Satzungen unseres Vereins gehandelt hat." (Lebhafter Beifall!)

In der nun folgenden

Diskussion

spricht Herr Direktor **Stern** dem Vorsitzenden seinen Dank dafür aus, daß er die von ihm dargelegten Grundsätze in voller Reinheit betätigt habe. Die Konnivenz mancher Liberaler gegenüber dem Antisemitismus habe sich durch verschiedene politische Ereignisse der vorhergehenden Jahre vorbereitet, indem es der Liberalismus — wie die Vorgänge bei der Nachwahl in Eschwege-Schmalkalden im Jahre 1904 zeigten — an der nötigen Energie und Aufklärungsarbeit im Kampfe gegen den Antisemitismus fehlen ließ. Diese Lauheit habe sich dann bei den letzten Reichstagswahlen in verstärktem Maße geltend gemacht.

Herr Dr. **Barth** bittet, bei den weiteren Debatten die parteipolitische Seite nach Möglichkeit auszuschalten und sich auf die Frage zu beschränken, welche Haltung der Verein als solcher gegenüber dem Antisemitismus bei den Wahlen einzunehmen habe. Bei den jüngsten Wahlen haben sich nicht bloß Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei, sondern auch solche der Freisinnigen Vereinigung sehr wenig charaktervoll bei der Stichwahlentscheidung gegenüber einem Antisemiten betragen.

Herr **Hallgarten**-Frankfurt a. M. weist darauf hin, daß das Gebiet, welches für die Bekämpfung des Antisemitismus in Betracht kommt, zu groß sei, um allein von Berlin aus bearbeitet zu werden. Aus diesem Grunde sei die zweite Zentralstelle in Frankfurt am Main speziell für Südwestdeutschland geschaffen worden. Auch dort seien genau die Wege innegehalten, die der Herr Vorsitzende bezeichnet hat. Auf Kompromisse, die den Kampf gegen den Antisemitismus in den Hintergrund stellen, dürfe sich der Verein auf keinen Fall einlassen. Bei den miserablen Zuständen, die die Stichwahlen geschaffen haben, können wir nichts weiter in die Wagschale werfen als guten Willen und ernstes Bestreben, für die Gerechtigkeit zu wirken. Die Erfolge der Antisemiten bei den letzten Wahlen haben uns nicht so niedergeschmettert, daß wir nicht schon in den nächsten Tagen den Kampf wieder aufgenommen hätten. Bis zu den nächsten Wahlen können die Wahlkreise gut bearbeitet werden, und dann werden hoffentlich, wenn die Atmosphäre, die diese Wahl verdichtet hat wieder geklärt sein wird, Erfolge errungen werden. (Bravo!)

Herr Reichstags- und Landtagsabg. Prof. **Eickhoff** führt aus: Er stimme Herrn Dr. **Barth** prin-

zipiell in seiner Auffassung bei; der letzte Wahlkampf müsse aber unter ganz besonderen Gesichtspunkten betrachtet werden; ein Redner habe das sehr hübsch ausgedrückt, indem er sagte, die nationale Welle habe auch einige wenige Antisemiten in die Höhe getragen. Vielleicht gelte hier das Wort: tout comprendre c'est tout pardonner. Jn jedem Falle sei es Pflicht aller freisinnigen Elemente, in diese dunklen Teilen unseres Vaterlandes, in Hessen-Nassau vor allem, dem Lichte und der Wahrheit die Wege zu bahnen. (Lebhafter Beifall!)

Herr Paul Jaffé gibt der Meinung Ausdruck, daß die traurige Tatsache des Eintretens Liberaler für Antisemiten bei den letzten Wahlen vorzugsweise auf eine Ueberschätzung des rein taktischen Moments zurückzuführen sei. (Sehr richtig!) Jn einer Rede des Reichskanzlers kam neulich ein Wort vor, das allen denen entgegengerufen werden kann, die während der Wahlen in der bezeichneten Richtung gefrevelt haben, das Wort: „Man sündigt nicht ungestraft gegen große ethische Gesichtspunkte!" Man hat der vermeintlichen Taktik, dem faden Opportunismus, zu viele Konzessionen gemacht und das heiligste Mittel dabei vergessen, das den Menschen dauernd leiten sollte: die großen ethischen Gesichtspunkte. Wenn der Reichskanzler jemals ein Wort gesagt hat, dem wir Liberalen uns anschließen können, so ist es dies Wort gewesen, und wir können nur wünschen, daß es unsere Freunde im Lande ebenfalls beherzigen.

Herr Dr. Heymann möchte unter Bezug auf die Ausführungen des Herrn Abg. Eickhoff konstatieren, daß die Sozialdemokratie gegenwärtig die einzige Partei ist, welche in den Reichstag auch eine Reihe nicht getaufter Juden entsendet. Allerdings müsse leider zugegeben werden, daß sich auch die Sozialdemokratie im letzten Wahlkampfe an manchen Stellen einer antisemitischen Kampfesweise schuldig gemacht habe. Tatsache sei es, daß die Freisinnigen nicht vermocht haben, auch nur einen jüdischen Abgeordneten in den Reichstag hineinzubringen.

Herr Abg. Eickhoff bemerkt: Wenn hier den Freisinnigen wegen ihres Verhaltens im Wahlkampfe, wo es sich um die Entscheidung zwischen Antisemiten und Sozialdemokratie gehandelt habe, Vorwürfe gemacht würden, so dürfe man zur Erklärung dieses Verhaltens doch auch nicht verschweigen, daß die Sozialdemokratie selbst, wie ihr jede Kampfesweise recht sei, vielfach mit antisemitischen Mitteln arbeite und selbst im Reichstage bei ihr antisemitische Tendenzen zutage träten. Fast täglich könne man bei erregten Debatten dergleichen hören, und noch in den letzten Tagen habe er einem Abgeordneten, der einen Berliner Wahlkreis vertrete, auf eine Bemerkung zugerufen: das sei der Antisemitismus in der Sozialdemokratie! Auch möchte er daran erinnern, daß er erst vor Jahresfrist einen Fraktionsgenossen, der aus jüdischem Blute stamme, gegen die antisemitischen Invektiven der Sozialdemokratie habe schützen müssen. Man könne im übrigen die Freisinnigen nur dann verurteilen, wenn sie im Wahlkampfe gleich den Sozialdemokraten antisemitische Kampfesmittel verwendeten; das sei seines Wissens niemals geschehen. Wenn es aber nicht gelungen sei, jüdische Männer in den Reichstag zu bringen, so sei das doch nicht die Schuld der Freisinnigen; darüber brauche man doch kein Wort zu verlieren.

Herr Justizrat Dr. Friedemann, der sich selbst zur Freisinnigen Volkspartei rechnet, gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß diese Partei die einzige der Linksparteien gewesen sei, deren Zentralleitung zu den Stichwahlen keine ausdrückliche Parole gegen die Antisemiten ausgegeben hat, während die Freisinnige Vereinigung und die Sozialdemokratie wenigstens erklärt hatten, daß für Leute, die eine reaktionäre Gesinnung hegen, bei der Stichwahl nicht gestimmt werden dürfe. (Bravo!)

Herr Direktor Stern führt aus, daß die freisinnigen Parteien es weniger als die Sozialdemokratie in der Hand hätten, die Wahl von jüdischen Mitbürgern durchzusetzen. Man hatte sich auch seitens der Freisinnigen bemüht, einzelne hervorragende Juden in den Reichstag zu entsenden, und hatte die Betreffenden durchaus nicht in aussichtslosen Wahlkreisen kandidieren lassen. Es gelang in des leider nicht, in dieser Beziehung Erfolge zu erzielen. Es kann aber auch den Juden nur erwünscht sein, wenn Männer wie Eickhoff gegen den Antisemitismus im Reichstage auf dem Posten sind und sich dabei lediglich von dem Gefühl der Gerechtigkeit und Billigkeit leiten lassen, sodaß man von ihnen nicht sagen kann, sie treten für ein persönliches Interesse ein. (Bravo!)

Als die übereinstimmende Meinung der Versammlung konstatiert Herr Dr. Barth nach dem Verlaufe der Diskussion, daß die Grundsätze, die er in seinem Referat als maßgebend bezeichnet hatte, einmütig anerkannt worden sind und daß die Leitung des Vereins ermächtigt ist, auch in Zukunft nach diesen Grundsätzen streng zu verfahren. (Lebhafte Zustimmung!)

Mit Bezug auf den nächsten Punkt der Tagesordnung, der

Neuwahl des Vorstandes,

verliest Herr Dr. Barth die Liste der Herren, die gegenwärtig dem erweiterten Vorstande des Vereins angehören. Herr Geh. Sanitätsrat Boas beantragt, den bisherigen Vorstand mit den von Herrn Dr. Barth vorgeschlagenen Ergänzungen durch Akklamation wiederzuwählen. Die Versammlung beschließt demgemäß, erklärt sich auch damit einverstanden, daß durch weitere Kooptation hervorragender Persönlichkeiten in den verschiedensten Teilen des Reiches der Vorstand noch mehr ausgebaut wird.

Nach Erledigung der Tagesordnung macht Herr Geheimrat Professor Wilhelm Foerster davon Mitteilung, daß er bereit sei, einen Vortrag über die biologische Seite des Antisemitismus, wie sie neuerdings speziell in den Rassentheorien in die Erscheinung getreten sei, einen Vortrag zu halten. Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, eine besondere Versammlung zu veranstalten, in der Herr Geheimrat Foerster vor einem größeren Publikum, auch vor Damen, seinen Vortrag halten würde.

Die Generalversammlung wird beendet mit einem Schlußwort des Herrn Dr. Barth, in dem er etwa ausführt:

„Wir sind über alle Grundgedanken unserer Bestrebungen auch bei dieser Generalversammlung einmal wieder vollständig einig geworden, und wir haben alle die Ueberzeugung gewonnen, daß es angesichts der Erstarkung des Antisemitismus bei den letzten Reichstagswahlen von doppelter Wichtigkeit ist, für die Propaganda unserer Ideen das unserige beizutragen. Jeder einzelne kann durch persönliche Werbetätigkeit schon etwas zur Verwirklichung unserer Ziele tun. Man redet ja jetzt sehr viel davon, daß die Regierung gewillt sei, liberale Bahnen zu wandeln, und man hat sogar davon gesprochen, daß der Herr Reichskanzler darauf brenne, einmal bei irgend einer Gelegenheit zu zeigen, daß er — wie man sich ausdrückt — ein „liberales Herz" besitze. Jch glaube, Fürst Bülow hat eine sehr gute Gelegenheit hierzu, wenn er den Grundsatz der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit in der ihm unterstellten Verwaltung nunmehr mit Nachdruck zur Geltung bringt, und ich glaube, wir werden aus dem Nachdruck, mit dem dieser Grundsatz von ihm zur Durchführung gebracht wird, erkennen können, wie es denn eigentlich mit diesen liberalen Neigungen des Reichskanzlers bestellt ist. Wir möchten auf diesem Gebiete einmal Taten sehen. Bisher hat uns die Regierung in bezug auf Taten, auch was die Durchführung des Grundsatzes der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit be-

trifft, nicht verwöhnt. Wir werden uns aber gern verwöhnen lassen, wenn uns die Regierung nur dazu Gelegenheit gibt!" (Lebhaftes Bravo!)

Ein Nachwort zu den Wahlen.

(Von unserem Frankfurter Bureau.)

Die zu dem Arbeitsgebiet des Büreaus Frankfurt gehörenden Wahlkreise, in denen Antisemiten kandidierten, und die in folgendem Gegenstand der Erörterung sind, geben ein betrübendes Bild der Wahlergebnisse in diesen Bezirken. Doch lassen wir zunächst die Ergebnisse Revue passieren:

Marburg-Frankenberg Kirchhain.

Hauptwahl:	
von Gerlach (Freis. Vereinigung)	4396
Dr. Böhme (deutschsoz. Antisemit)	9077
Siebert (nationalliberal)	1071
Glocke (Zentrum)	2371
Ditzmann (Sozialdemokrat)	1554
Martin (Rechtsp.)	55
Stichwahl:	
von Gerlach	8275
Dr. Böhme	10448

Gewählt: Dr. Böhme (Antisemit).

Hätte das Zentrum nicht die Parole für den Antisemiten ausgegeben, wäre Herr v. Gerlach ohne Zweifel gewählt worden, handelte es sich doch nur um 1100 Stimmen. Die Nationalliberalen spielen bei der Stichwahl kaum eine rühmliche Rolle. Sie stellten die Stimmabgabe frei. Zirka 400 Wähler blieben zu Hause, zirka 300 wählten Böhme, und wohl ebensoviel Gerlach. Bödel, der einstige Held Marburgs, erschien noch zuletzt auf dem Plane, und die Agitation nahm jene wüsten Formen an, die man aus der „Glanzzeit" Bödels kennt

Rinteln-Hofgeismar Wolfhagen.

Hauptwahl:	
Herzog (Deutschsoz. Antisemit	8877
Wetterlein (Sozialdemokrat)	4805
Röhrig (Freis. Volkspartei)	2516
Simons (Reformer)	2032
Zentrum	612
Stichwahl:	
Herzog	12728
Wetterlein	4396

Gewählt: Herzog (deutschsoz. Antisemit).

Hier stimmten sonach in der Stichwahl nicht nur die Reformer, sondern auch die Anhänger der Freisinnigen Volkspartei offensichtlich für den Deutschsozialen, dessen Wiederwahl auch bei anderem Verhalten der Sozialdemokraten wohl sicher gewesen wäre.

Eschwege-Schmalkalden.

Hauptwahl:	
Raab (deutschsoz. Antisemit)	8946
Kimpel (Freis. Volksp., von den Ntl. unterstützt)	5424
Eckhardt (Sozialdemokrat)	7262
Stichwahl:	
Raab	12640
Eckhardt	7987

Gewählt: Raab (deutschsoz. Antisemit.)

Etwa zwei Drittel, gleich 3000 „liberale" Stimmen fielen in der Stichwahl dem Antisemiten zu, das übrige Drittel enthielt sich. Der sozialdemokratische Zuwachs um 700 rührt von einigen Anhängern der Freisinnigen Vereinigung, sowie wahrscheinlich von einem großen Teil der israelitischen Wähler her. Hier rächte sich die rege Vernachlässigung, die der Wahlkreis seit der letzten Ersatzwahl seitens der Liberalen erfahren. Die Antisemiten aber hatten in rühriger Agitation gearbeitet. Dies alles ist traurig, aber nachgerade beschämend sind die Tatsachen, wie sie schon in den „Mitteilungen" dargelegt sind: Eine Woche vor der Hauptwahl trat der „Vaterländische Wahlausschuß" (bekanntlich identisch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie) an den Kandidaten Kimpel mit dem Ersuchen heran, eine bündige Erklärung abzugeben, ob er im Falle einer Stichwahl für den „nationalen" Kandidaten eintreten wolle. Herr K. lehnte anfangs entschieden ab, wurde aber dann durch einstimmigen Beschluß der drei freisinnigen Vereine in Eschwege, Witzenhausen, Schmalkalden gezwungen, die gewünschte Erklärung doch noch abzugeben, weil die Leiter des Wahlkampfes ihm auf das bündigste erklärten, daß jede weitere Agitation für den Liberalismus angesichts der jetzt von der Regierung aufgeworfenen nationalen Frage erfolglos sei.

Kassel-Melsungen.

Hauptwahl:	
Hüttmann (Sozialdemokrat)	17073
Lattmann (deutschsoz. Antisemit)	11788
Dr. Schröder (nationalliberal)	9477
Stichwahl:	
Lattmann	21555
Hüttmann	18050

Gewählt: Lattmann (Antisemit).

Die Nationalliberalen stimmten gemäß der Parole ihres Kandidaten geschlossen für den Antisemiten, die Wähler der Freisinnigen Vereinigung, die in der Hauptwahl für Dr. Schröder mit etwa 1000 Stimmen eintraten, haben sich in der Stichwahl für den Sozialdemokraten entschieden. Diese Beteiligung reichte aber nicht aus, und so wurde Lattmann gewählt.

Alsfeld-Lauterbach-Schotten.

Hauptwahl:	
Bindewald (Reformpartei)	6455
Wallau (nationalliberal)	6200
Reh (Freis. Volkspartei)	1310
Orbig (Sozialdemokrat)	1194
Stichwahl:	
Bindewald	8637
Wallau	7184

Gewählt: Bindewald (Antisemit).

Auch dieser Wahlkreis bietet ein unerfreuliches Bild. Es war nicht mit Unrecht die Aufstellung eines eigenen freisinnigen Kandidaten als schwerer Fehler beurteilt worden. Bei der Stichwahl hatte man uns dann allerdings telegraphiert, es sei die Parole für Wallau ausgegeben, aber aus den Wahlziffern geht mit an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit hervor, daß die Freisinnigen dieser Parole nichts weniger als einmütig Folge geleistet haben. Als höchst charakteristisch wollen wir noch hervorheben, daß in dem Organ der Freisinnigen Volkspartei die Stichwahlparole nicht offen mitgeteilt worden ist. — Ganz bescheiden war eine Aufforderung, für Wallau einzutreten, — unterzeichnet „Viele Wähler" — erschienen. Von der Partei als solcher konnte man sonach in dem Organ, das ihre Interessen vertreten soll, nichts lesen. — (Als Entschuldigung für die Freisinnigen kann hier freilich angeführt werden, daß Herr Wallau sich bei allen entschieden Liberalen durch sein Auftreten im Reichstage und sein Kokettieren mit dem Bunde der Landwirte nachgerade so verhaßt gemacht hatte, daß in der Tat eine große Ueberwindung dazu gehörte, in ihm gegenüber dem Antisemiten das „kleinere Uebel" zu erblicken. Die in den „Mitteilungen" schon wiederholt an die Liberalen des Wahlkreises gerichtete Mahnung, sich bei Zeiten nach einem geeigneteren Kompromißkandidaten, für den die Liberalen aller Schattierungen stimmen könnten, umzusehen, ist leider in den Wind geschlagen worden. D. Red. d. „Mitt.".)

Fritzlar-Homberg-Ziegenhain.

Hauptwahl:

Liebermann v. Sonnenberg (Deutschsoz. Antis.)	8966
Freudenstein (Freis. Vereinigung)	3763
Müller (Zentrum)	449
Jordan (Sozialdemokrat)	795
Martin (Rechtspartei)	155

Gewählt: Liebermann v. Sonnenberg (Antis.).

Liebermann hat nichts gewonnen. 1903 wurden abgegeben:

6767 antisemitische,
2190 konservative Stimmen, zusammen also
8957. Sonach hat Liebermann, obgleich er diesmal auch konservativer Kandidat war, nicht an Stimmen gewonnen.

Gießen-Nidda.

Hauptwahl:

Köhler (Deutschsoz.)	9017
Heyligenstaedt (Nationalliberal)	7484
Krumm (Sozialdemokrat)	6396

Stichwahl:

Heyligenstaedt	10575
Köhler	11543

Gewählt: Köhler (Antisemit).

Mit knapp 1000 Stimmen hat Köhler gesiegt. Hier hat das Verhalten der Sozialdemokratie, die Unmöglichkeit, eine Parole zugunsten des Nationalliberalen als Gegner des Antisemiten zu erzielen, den Sieg des Antisemiten zuwege gebracht.

Erbach-Bensheim.

Hauptwahl:

Haas (Nationalliberal)	8640
Rippel (Wirtschaftl. Vereinigung)	6755
Jahn (Sozialdemokrat)	5602

Stichwahl:

Haas	10357
Rippel	9538

Gewählt: Haas (Nationalliberal).

Von dem Standpunkt des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus aus hat es, wie aus den vorhergehenden ziffermäßigen Angaben und den daran geknüpften Erläuterungen erhellt — abgesehen von einem einzigen Wahlkreis (Gießen) — keine „rote Gefahr", und — ebenfalls abgesehen von einem Wahlkreis (Marburg) — keine „schwarze Gefahr" gegeben. Das Verhalten von Zentrum und Sozialdemokraten bleibt selbstverständlich zu bedauern; aber man lese nach, was aus Eschwege-Schmalkalden als Tatsachen berichtet wird, man nehme Kassel, wo der Vorstand der Nationalliberalen nicht „judenfrei" ist, und man sehe sich das Vorgehen der „Liberalen" in Alsfeld-Lauterbach näher an. Wenn die Sozialdemokraten den liberalen Parteien einen fanatischen Haß entgegenbrachten, so kann man das unter den obwaltenden Verhältnissen zum mindesten verstehen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Professor Paul Foerster veröffentlicht in dem Organ des „Deutschen Volksbundes", der „Deutschen Hochwacht" die angekündigte aktenmäßige Darstellung der Gründe, die ihn zur Uebernahme einer Gegenkandidatur gegen Bruhn in Arnswalde-Friedeberg veranlaßt haben. Der größte Teil dieser Ausführungen ist schon durch die Plack-Podgorskische Broschüre bekannt. Förster stellt hierzu die Frage:

„Wenn die dort erhobenen Anschuldigungen gegen Bruhn richtig sind, ist der Mann dann noch in seinem Rechte, sich um die höchste Ehre, die das Volk zu vergeben hat, zu bewerben? Ich beriet die Sache mit maßgebenden Parteigenossen; wir kamen sämtlich zu der Antwort: Nein! Und weiter: Sind wir dann nicht verpflichtet, unsere schon hinreichend befleckte deutsche Bewegung vor solcher Bloßstellung zu bewahren und nach unserem Teile zu tun, was wir können, um den Reichstag von Bruhn freizuhalten? Die Antwort war: Ja! Und endlich: Sind wir es nicht auch den Wählern in Arnswalde-Friedeberg schuldig, sie noch in letzter Stunde aufzuklären, um nicht hinterher den Vorwurf zu verdienen: „Ihr wußtet es und habt es uns verborgen!" Wiederum antworteten wir als ehrliche Männer: Ja!

Die Voraussetzung war, daß die Schrift Placks die Wahrheit enthalte. Und da es mir wesentlich auf den Fall Dr. Böttcher ankam — das übrige ist nicht schön, doch nicht in gleichem Grade für Bruhn belastend —, so besprach ich mich zu meiner größeren Sicherheit mit diesem Zeugen; er bestätigte mir alles, ja stellte es fast noch schlimmer hin, als Plack es getan hatte. Und Dr. Böttcher ist ein durchaus einwandfreier Zeuge!"

Förster hatte daraufhin, nachdem er seine Zählkandidatur in eine Ernstkandidatur umgewandelt, sich an den Vorsitzenden der Reformpartei, Oswald **Zimmermann** gewandt, mit dem Ersuchen, ein Schiedsgericht zu berufen, das über den Fall aburteilen sollte. Die Reformpartei hat jedoch darauf mit dem bekannten Ausschließungsbeschluß geantwortet. Förster apostrophiert alsdann Bruhn folgendermaßen:

„Bruhn selbst, der durch den Fall Dr. Böttcher in ärgster Weise bloßgestellt worden ist, aber die Beschuldigung der Veruntreuung auf sich sitzen lassen muß — aber hat er etwa gegen Plack die Verleumdungsklage erhoben? —, erlaubt sich am Schlusse eines „Vergeltung" überschriebenen Aufsatzes in seiner „Wahrheit", allerdings mittels des „dolus eventualis", meine Achtbarkeit in Zweifel zu ziehen. Ich meine, er habe vor allem die eigene wiederherzustellen.

Die besseren Kreise aber der Berliner Bewegung — das Wort „Antisemit" ist gar zu sehr in verdienten Verruf gekommen — mögen darauf achten, daß diese, nur damit die Parteidisziplin gewahrt werde, nicht weiter und weiter hinabgleite, daß die weiße Weste der „Antisemiten" nicht immer fleckiger und schmutziger werde. Es ist nachgerade genug gesündigt worden . . .

Die ernsteste Frage bleibt: War Bruhn berechtigt, sich zu bewerben? Waren seine Genossen berechtigt, ihm die Stange zu halten? Wenn nicht, so ist mit dem Ausschlusse aus der Partei bei ihm der Anfang zu machen, bei ihm und seinesgleichen. Man kläre die Frage Bruhn-Böttcher, darauf allein kommt es an; alles andere ist unnütze Redensart und das Gegenteil der Wahrheit, ob es auch in der „Wahrheit" stehe. Und wenn auch Herr Bruhn endlich vor Gericht geht — in den Augen der Parteigenossen muß er ob seines Handels mit Dr. Böttcher gerichtet bleiben."

Uns interessiert an diesem unsäglich widerlichen Gezänke nur das eine aus dem Munde eines langjährigen antisemitischen Führers stammende Zugeständnis, daß der Antisemitismus aller Schitterungen „schon hinreichend befleckt" ist, und daß „nachgerade genug gesündigt" ist. Und solche Leute haben die Stirn, anderen Moralpredigten zu halten.

Antisemitischer Stimmenbettel bei Juden. Die Charakterlosigkeit der Antisemiten wird grell beleuchtet durch die Tatsache, daß sie in Kassel in der Stichwahl um jüdische Stimmen bettelten. Das dortige „Volksblatt" teilt mit, daß in einem Schreiben des deutschsozialen Vereins Kassel, unterzeichnet vom Vorsitzenden Dr. Winterstein, an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dieser dringend ersucht wurde, mit allen Mitteln einzutreten, daß die jüdischen Wähler für Lattmann stimmen. Nach der „Kasseler Allg. Ztg." vom 4. Febr. lautete der Appell an die Juden folgendermaßen:

„Hier geht uns kein Ahlwardt oder Pückler etwas an, wir haben es mit Lattmann zu tun. Derselbe ist kein Antisemit im landläufigen Sinne, er will deutschsozial wirken und gehört der Wirtschaftlichen Vereinigung an. Keine Tat, kein Wort nach Antrag im Reichstag oder sonstwo ist von ihm nachzuweisen, wodurch dem rechtschaffenen Judentum auch nur ein Haar gekrümmt werden könnte, aber wodurch es in seinen Empfindungen hinsichtlich Sitte, Glauben oder Beruf sich verletzt fühlen müßte. Identifiziert euch doch nicht etwa

mit den Inhabern der großen Warenhäuser, für deren gerechte Besteuerung L. eintritt, damit der kaufmännische Mittelstand und das berechtigte Kleingewerbe nicht erdrosselt werde. Im Gegenteil, eure eigene Existenz, als kleinere und mittlere Handels- und Kaufleute, als Glieder des Mittelstandes und denkt an unser aller gemeinsames Vaterland."

In ähnlicher Weise suchten die Antisemiten in Waldeck-Pyrmont ihre judenfeindliche Gesinnung zu verschleiern. Ein hervorragendes Mitglied des Bundes der Landwirte, der bekanntlich der Hauptträger der antisemitischen Kandidatur des Freiherrn v. Richthofen war, hat, wie man uns mitteilt, einem unserer jüdischen Freunde persönlich folgende Erklärung abgegeben:

„Wir wählen den Freiherrn v. Richthofen als unseren Bundeskandidaten, der unsere Interessen im Reichstage vertreten soll; nicht aber aus Antisemitismus, den kennen wir nicht, der ist uns fremd."

Wie man sieht, haben hier Bund der Landwirte und Deutschsoziale nach verteilten Rollen operiert. Während des Wahlkampfes selbst haben übrigens auch die Deutschsozialen vorgezogen, den antisemitischen Lappen einzuziehen. Selbst ihre Flugblätter waren von Antisemitismus frei. Nach der Wahl kam freilich in den diversen Klagegesängen über ihre Niederlage der antisemische Grundton um so stärker zum Klingen.

Vermischtes.

In der „Nation" erinnert der Herausgeber Dr. Barth im Anschluß an die vielen Sympathiebeweise, die ihm auf die Nachricht von dem Eingehen dieser auf eine ruhmreiche Vergangenheit im Dienste des Liberalismus zurückblickenden Wochenschrift zugegangen sind, an die vor 17 Jahren (4. Januar 1890) in diesem Organ erschienenen Neujahrsbetrachtungen. Damals schon hatte Dr. Barth, was vielfach in Vergessenheit geraten zu sein scheint, einen Block sämtlicher Parteien der Linken gegenüber den reaktionären Parteien als erstrebenswertes Ziel bezeichnet. Wir lassen hier den Abschnitt über die Stellung des Liberalismus zur Sozialdemokratie und zu der antisemitischen Bewegung im Wortlaut folgen. Die Nutzanwendung auf die soeben vollzogenen Reichstagswahlen wird der Leser selbst ziehen können.

„Die letzten Ziele der Sozialdemokratie sind für uns allerdings schlechterdings unannehmbar, und daher kann auch von einer engeren Verbindung zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten keine Rede sein. Aber diese letzten Ziele der Sozialdemokratie sind unseres Erachtens auch völlig unerreichbar. Sie treten um so weiter zurück, je mehr man sich ihnen zu nähern scheint, denn die bürgerliche Freiheit, über welche man zum sozialdemokratischen Idealstaat zu kommen sucht, steht demselben schnurstracks entgegen. Die eigentliche Sozialdemokratie entwickelt sich deshalb auch, wie England und die Vereinigten Staaten erweisen, dort am wenigsten, wo die bürgerliche Freiheit am größten ist. Es ist nur logisch, anzunehmen, daß sie auch bei uns in demselben Maße zurückgehen wird, wie sie ihre freiheitlichen Ziele zur Erfüllung kommen sieht. Was kann uns unter solchen Umständen abhalten, mit den Sozialdemokraten ein gutes Stück Weges zusammenzuwandeln? Ob uns die Kartellbrüder deswegen in die tiefste Tiefe der nationalen Hölle verbannen, kann uns doch ebensowenig anfechten, wie wenn — um mit dem Reichskanzler zu reden — der Wind durch den Scharnstein fährt. Welche Konsequenzen eine derartige Auffassung in wahltaktischer Beziehung mit sich bringt, ist nicht generell zu erledigen. Aber die Sozialdemokraten prinzipiell als unterstützungsunwürdig zu behandeln, ist eine Beschränktheit der politischen Auffassung, deren sich unsere Freunde im Lande diesmal hoffentlich nirgends schuldig machen.

Nach ein anderer Neujahrswunsch mag hier seinen Ausdruck finden. Er betrifft auch eine Hetze, die Judenhetze. Sie gehört zu den widerlichsten Erscheinungen der Gegenwart, und es ist selbstverständlich, daß ein Freisinniger derselben fernbleibt. Aber einem solchen schimpflichen Unfug gegenüber genügt die bloße Neutralität nicht. Der Fall kommt noch immer nicht selten vor, daß z. B. bei der Auswahl eines Reichstagskandidaten von einer an sich vortrefflich geeigneten Persönlichkeit abgesehen wird, weil dieselbe israelitischer Konfession ist und man sich fürchtet, durch die Herausforderung antisemitischer Vorurteile die Wahlchancen zu vermindern. Häufig sind gerade die jüdischen Wähler in dieser Beziehung am ängstlichsten. Eine derartige Konzession an den Antisemitismus ist ebenso gefährlich wie der kleine Finger, den man dem Teufel gibt. Hier kann nur der entschiedenste Radikalismus helfen. Solange für die politische Beurteilung eines Menschen seine Zugehörigkeit zum Judentum nicht ebenso gleichgültig erscheint wie die Farbe seiner Haare, wird man des Antisemitismus auch nicht Herr geworden sein.

Unser Neujahrsgruß erschöpft sich danach in dem Gedenkspruch Jos. Victor von Scheffels:

„Stoßt an: ein Hoch dem Deutschen Reich,
An Kühnheit reich, dem Adler gleich
Mög's täglich neu sich stärken.
Doch Gott behüt's vor Klassenhaß
Und Rassenhaß und Massenhaß
Und derlei Teufelswerken."

Die Juden in den Ostmarken. In der „Allg. Ztg. d. Judent." finden wir folgende zutreffende Bemerkungen:

„Die große agrarische Heerschau ist diesmal ohne die üblichen antisemitischen Randglossen vor sich gegangen. Verschiedene Politiker zerbrachen sich den Kopf darüber; ja mancher glaubt sogar an eine Wandlung, die seit den Wahlen eingetreten sei. Wir wüßten keinen Grund dafür aufzufinden, ebenso wenig wie wir einen Grund für den Antisemitismus der Agrarier vorher hätten auffinden können. Seit mehr als einem Jahrhundert betrachten die Juden in ganz Europa „die Erziehung der jüdischen Jugend zur Bodenkultur" als das beste Mittel, das antisemitische Vorurteil zu bekämpfen. Die deutschen Juden, die sich als Landwirte trefflich bewähren, würden vielleicht selbst keine üblen Vertreter der Landwirtschaft sein, wenn man ihnen das nicht so sehr erschwerte und durch eine verkehrte Politik und durch den zunehmenden Rassenantisemitismus den Aufenthalt in den Ostmarken verleidete. Hier haben die Juden früher auf dem Lande zwischen den katholischen Polen und den deutschen Protestanten vermittelnd gewirkt und die Kluft zwischen den Nationalitäten überbrückt, die jetzt durch die Verdrängung der jüdischen Elemente und eine ungesunde gegenseitige Güterpreistreiberei sich immer mehr erweitert. Die Entvölkerung der Ostmarken durch den Wegzug der Juden ist nicht den Polen zuzuschreiben, wenn auch das slavische Element sich dadurch dort immer mehr ausbreitet, sondern den Verwaltungskreisen, die sich durch nationale Redensarten über den Wert des jüdischen Bevölkerungselements für eine Provinz mit gemischten Nationalitäten täuschen lassen. Daß viele Juden in den Ostmarken den Staub von den Füßen geschüttelt haben, war auch nur eine natürliche Folge der Wahrnehmung, daß ihre Begeisterung für deutsche Sprache und Gesittung von vielen protestantischen Deutschen unterschätzt, von den katholischen Polen aber ihnen arg verübelt und mit geschäftlicher Schädigung vergolten wird. Wenn bei einer neuen Ostmarkenvorlage diese Dinge im Parlament zur Sprache gebracht würden, so könnte es gar nichts schaden."

Erich Schmidt über Heinrich Heine. In einer am 1. März von der Freien Studentenschaft in einem Saal des Charlottenburger Schillertheaters veranstalteten Heine-Feier hielt der bekannte Literarhistoriker Prof. Erich Schmidt einen Vortrag, worüber die „Nationalztg." wie folgt berichtet: Vom Denkmal sprach er nicht viel, und der bekannte Herr, der sich im Heinestreit als täppischboshafter Ketzerrichter blamiert hat, ward mit wenigen überlegenen Wendungen beiseite geschoben. Die Scherbengerichte bei Bier und Tabak, sagte Erich Schmidt, sind nicht nach unserem Geschmack. Mit einem: „Heinrich, mir graut vor dir!" ist's hier nicht getan. Seine objektive Meinung

wolle er aussprechen, fuhr der Professor fort, ohne Scheu vor den unausbleiblichen anonymen Postkarten der Heinehasser, wie vor der Mißgunst superlativischer Enthusiasten. Gewiß: Heinrich Heine hat seine Feder oft in Gift getaucht, hat sich zu Zeiten schnöden Preßtreibereien hingegeben, hat dreiste Schmähungen ausgesprochen —: aber lag das nicht in dem Milieu seiner Heimat, seiner Zeit, seines Daseins begründet? Und wurde Heine nicht gerade in seiner viel verleumdeten Pariser Zeit ein ehrlicher Makler zwischen zwei großen Kulturnationen? Es ist eine Lüge, Heine sei ein bestochener Schriftsteller gewesen. Ueberhaupt: wer wollte diesen komplizierten Nervenmenschen auf eine banalsimple Formel bringen? Wie unsinnig ist die sich erschöpfend dünkende Charakterisierung: „Der Jude Heine!" Lächerlich ist's auch, diesen sensiblen Aristokraten in einen demokratischen Politiker gewöhnlichen Schlages umzufälschen. Und ebenso töricht das Urteil: „Ein Talent, doch kein Charakter!" Auf Heines Privatleben fällt kaum ein Schatten. Wie bewunderungswürdig ist sein Heroismus im furchtbaren Martyrium des Körpers! Bis zu den Delirien des Todes blieb er der Poesie, der Geistigkeit treu. Heine war der letzte Romantiker und der erste Moderne. Was ist in der modernen Poesie Grandioseres geschrieben worden, als etwa die wilde Jagd im „Atta Troll"?! Und dann das Gedicht „Deutschland" mit seinen Trümpfen und Triumphen. Der „Romanzero" ist das größte lyrische Ereignis Deutschlands seit Goethe, und Heinrich Heine durfte sich mit Recht als selbstherrliches Genie von Gottes Gnaden fühlen, als niemandem verantwortlicher König im Gedankenreich.

Ueber den Anteil der Juden am Hochschulstudium in Oesterreich seit dem Jahre 1851 entnehmen wir einem Aufsatz von Dr. Jakob Thon in der „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" das Folgende:

„Die Zahl der jüdischen Hörer ist, absolut betrachtet (der Rückgang in den Jahren 1896—1905 auf den Universitäten wird durch die Zunahme an den technischen Hochschulen wettgemacht), gestiegen, relativ jedoch sinkt sie, nachdem sie 1891—96 mit 21,5 Prozent das Maximum erreicht hat. Neben dem Umstand, daß die Juden in Oesterreich sich infolge starker Auswanderung in den letzten Dezennien schwächer vermehrten als die übrige Bevölkerung, kann als Erklärungsgrund für die angeführte Tatsache herangezogen werden, daß die Juden mit ihrem Anteil am Hochschulstudium gewissermaßen den Sättigungspunkt erreicht haben, sodaß er sich bei den Juden nicht mehr in demselben Maße steigern kann wie bei den Nichtjuden.

Was die Verteilung auf die einzelnen Fakultäten anbetrifft, so ist zunächst der sehr hohe Prozentsatz jüdischer Mediziner bemerkenswert. Im Durchschnitt sind ungefähr ein Viertel aller Mediziner Juden. Mit dem Sinken der allgemeinen Zahl der Mediziner vom Jahre 1892 ab vermindert sich auch die Zahl der jüdischen Mediziner, und zwar in stärkerem Maße als die der Christen. Ein großer Teil dürfte sich an Stelle der Medizin hauptsächlich den technischen Studien zugewandt haben, denn parallel mit dem Rückgang der Hörer der medizinischen Fakultäten nimmt die Frequenz der technischen Hochschulen, insbesondere bei den Juden, sehr erheblich zu.

Verhältnismäßig am wenigsten vertreten sind die Juden in der philosophischen Fakultät, da sie hier die geringsten Aussichten auf Erlangung eines praktischen Berufes, d. h. einer Anstellung als Gymnasiallehrer usw., haben. Jedoch ist ebenso wie an der juristischen Fakultät auch hier neben der absoluten ihre relative Zunahme bemerkbar. Allerdings wird die höhere Zahl jüdischer Philosophiestudierender auf die hohe Zahl jüdischer Studentinnen, die zum überwiegenden Teile der philosophischen Fakultät angehören, zurückzuführen sein.

Die Verteilung auf die einzelnen Universitäten und technischen Hochschulen soll nur in Durchschnittszahlen für die Jahre 1881—1904 und im Einzelnen für die drei Semester der letzten zwei Studienjahre angegeben werden. Die Universität in Innsbruck, ferner die Grazer und die böhmische Universität in Prag werden von Juden nur sehr spärlich besucht. An der letzteren nimmt zwar die absolute Zahl der jüdischen Hörer zu, aber bei der außerordentlich rasch wachsenden christlichen Hörerzahl bleiben sie doch hier in einer unerheblichen Minderzahl. Während an der böhmischen Universität in Prag die Juden nur 2 Prozent aller Studierenden ausmachen, hat die deutsche Universität in Prag, welche bis zum Jahre 1900—01 neben der Wiener Universität die meisten jüdischen Hörer zählte, trotz des inzwischen eingetretenen Rückgangs noch 26,9 Prozent jüdische Studierende. Auf Wien allein entfällt zwar noch immer mehr als die Hälfte aller jüdischen Universitätshörer in Oesterreich, doch ist hier ein steter Rückgang ihrer Zahl zu verzeichnen. Dies erklärt sich daraus, daß mit dem Aufschwung der anderen österreichischen Universitäten die Wiener an Glanz und Anziehungskraft verloren hat, ferner aus der abnehmenden Zahl der jüdischen Mediziner, die zum überwiegenden Teile Wien aufzusuchen pflegten und schließlich ist es nicht zum geringsten Teil eine Folge der bekannten antisemitischen Unruhen, die vielen jüdischen Studenten den Aufenthalt in Wien verleidet haben. Den höchsten Prozentsatz jüdischer Hörer weist die Universität Czernowitz auf. Bemerkenswert ist die Zunahme der jüdischen Studentenzahl in Lemberg, die, wie bereits erwähnt, zum Teile auf das Konto der letztens sehr stark angewachsenen Frequenz von Frauen zu schreiben ist, unter denen sehr viele außerordentliche Hörerinnen sich befinden. Auch in Krakau wächst der prozentuale Anteil der Juden unter sämtlichen Hörern. Ihre verminderte Prozentziffer in den Jahren 1902—04 infolge der plötzlich stark angeschwollenen Zahl der christlichen Hörer ist vielfach darauf zurückzuführen, daß infolge der russischen Revolution sehr viele christliche Studenten aus Russisch-Polen sich nach Galizien gewandt haben.

Ebenso wie die Universität, beherbergt auch die technische Hochschule in Wien mehr als die Hälfte aller jüdischen Techniker. Auch relativ sind die Juden dort und an der Prager deutschen Technischen Hochschule stark vertreten; sie bilden in beiden mehr als den vierten Teil sämtlicher Hörer. Ihnen am nächsten steht in Bezug auf die Prozentzahl der Juden die deutsche technische Hochschule in Brünn, sodann die Lemberger, während die böhmische in Prag und die Grazer nur sehr wenige Juden haben. In Brünn besteht seit einigen Jahren noch eine böhmische technische Hochschule, die jedoch von Juden fast garnicht besucht wird.

München. In seinem rechtsgeschichtlichen Kolleg kam dieser Tage Herr Professor v. Amira auf die Stellung der Juden im mittelalterlichen Lehensstaat zu sprechen. Die Erwähnung des „Judenzolles" gab einigen antisemitischen Elementen Veranlassung, ihr Gefallen an diesen unwürdigen Zuständen durch Trampeln erkennen zu lassen. Es verdient Anerkennung, wie Herr Professor v. Amira diesen Leuten energisch ihr Benehmen verwies: „Meine Herren! Ich muß Sie bitten, Ihre politische oder unpolitische Gesinnung hier nicht zum Ausdruck zu bringen. Wir treiben hier ernste Wissenschaft." Anhaltendes Beifallsgetrampel bewies, daß die Mehrzahl der Studenten durchaus mit dieser Zurechtweisung einverstanden war.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 11. Berlin, 13. März 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nebel.

Von Fabius Schach.

(Nachdruck verboten.)

I.

Ein großes Schiff fährt auf dem Meere. Nach weiten Landen strebt es hin, der Sonne entgegen. Mit gewaltiger Kraft durchschneidet es die Fluten und stolz fühlt es sich als Herr des blauen Elementes. Mit jeder Stunde nähert es sich seinem Ziele, dem schönen Hafen, immer mehr, und voller Erwartung träumen die Insassen von den Herrlichkeiten des neuen Landes. Auf der Brücke steht der kundige Kapitän mit dem Kompaß in der Hand, und sicher lenkt er das ihm anvertraute Schiff. Da wird der Horizont plötzlich trüb, die Dunkelheit verscheucht der Sonne Strahlen und dichter Nebel umhüllt das Meer. Das Schiff fährt mit halber Kraft, es verliert Ziel und Richtung und es bewegt sich bald vorwärts, bald rückwärts, ohne zu wissen, wohin. Das Nebelhorn ertönt mit seiner erschütternden Melodie und die traurigen gleichmäßigen Rhythmen verkünden, daß das stolze Schiff dem Zufall preisgegeben ist. Wird sich der Horizont bald wieder aufklären und wo wird sich das Schiff dann befinden? Das sind bange Fragen, die das Herz bedrücken.

Und ist es im Kulturleben denn anders? Wir ziehen im Lichte der Vernunft dahin und suchen den Hafen des Glückes, die Höhen der Menschheit. Langsam, aber sicher führt der Weg zwischen den Fluten der Zeit unter den Stürmen des Lebens. Mit jedem Tage kommen wir immer mehr aus dem Schlamm des Barbarismus heraus und wir nähern uns trotz aller Hindernisse den ethischen Zielen, die den Edelsten aller Völker und aller Zeiten als der Sehnsucht Gipfel vorschwebten. Da verdunkelt sich plötzlich unser Gesichtskreis. Wolken und Nebel hüllen uns ein und wir jagen, vom Winde getrieben, ohne Ziel und Richtung dahin. Die Wissenschaft, unser sicherster Kompaß, versagt und die Elemente gehorchen nicht mehr unserem Willen. Unsere ungeläuterten Instinkte und unsere blinden Leidenschaften geben uns den Wellen des Schicksals preis, und gefährdet ist das kühne Fahrzeug der Kultur. Lasset das Nebelhorn laut erschallen, daß die Bequemen aus ihrer Philisterruhe aufgerüttelt werden, daß wir erfahren, in welcher Gefahr wir uns befinden und vereint einen Weg aus diesem Nebel suchen!

Wer die Kulturgeschichte der letzten Jahrhunderte nicht mechanisch mit dem Auge des Archivars, sondern als lebendiger Mensch liest, der die Zusammenhänge der Zeiten sucht, dem drängt sich eine traurige Erkenntnis mit aller Gewalt auf: Welche Höhen der Kultur hätten wir bereits erklommen, welche Tiefen lebendigen Wissens erforscht, wenn nicht auf jede lichtvolle Periode eine Zeit des Nebels, eine Epoche der dunklen Reaktion mit fast mathematischer Genauigkeit gefolgt wäre! Die geistigen Abarten und Entartungen, die seelischen Irrwege, — sie hemmen die Bahn zum Fortschritt. Die Mystik in all ihren buntschillernden Farben, die krankhafte Anbetung roher Macht, die Jagd nach äußerem Erfolg, die Verhöhnung aller humanen Ideale, die uns allein im Dunkel des Lebens geleitet haben, der religiöse und nationale Aberglaube in all seinen Nuancen, — sie alle sind Nebelschichten, um die Pfade der Menschheit zu verdunkeln.

Kein Nebel aber spielte im öffentlichen Leben der letzten Jahrzehnte eine so große Rolle und wirkte so verheerend in der Kultur, wie der **Antisemitismus**. Aus den Sümpfen des Barbarismus stieg er auf, aus den Niederungen menschlichen Fühlens kam er und er berauschte die Köpfe und vergiftete die Herzen. Er bewirkte eine heillose Verwirrung in den Reihen des Volkes und zerstörte alle Grundbegriffe des modernen Denkens. Und es sind nicht immer die unbedeutendsten Köpfe gewesen, die Opfer dieses Nebels geworden sind. Seien wir gerecht, auch Männer, denen es an Geist und an Wissen nicht fehlt, geraten oft in diese unselige trübe Sphäre. Aber auch sie, die auf verschiedenen Gebieten der Kultur mit ihren Gedanken befruchtend und anregend gewirkt haben, werden hier nicht nur inkonsequent, sondern auch langweilig und öde. Das ist kein bloßer Zufall. Wo das Denken zur fixen Idee geworden ist, da muß es steril bleiben. Wer die Vernunft zur Magd der niederen Volksleidenschaften degradiert und sich vor der Erkenntnis mit alten morschen Brettern verbarrikadiert, der spielt im Grunde eine komische Rolle. Originell kann nur der sein, der aus dem wahren Leben schöpft und nicht aus einer hohlen Schablone. Es ist das Schicksal aller, die sich in eine Idee verrennen, daß sie den freien Blick verlieren, die Welt mit einer künstlichen Brille ansehen und daß ihr Geist mit der Zeit an dem selbstgezimmerten Gefängnis zugrunde geht. Das ist ein psychologisches Gesetz.

Einseitig kann man wohl sein und dennoch sehr geistvoll. Das subjektive Element ist es ja, was einen Gedanken interessant gestaltet, was ihm Schwung und Originalität verleiht. Hier im Antisemitismus ist es aber das Gebiet an sich, welches eine Sandwüste bildet, auf der keine Blumen blühen und keine Früchte gedeihen. Man verliert hier leicht die Konsequenz, weil man sich von seinem In-

stinkte leiten läßt, und so sieht man den festen logischen Boden unter den Füßen schwinden. Man stellt a priori Grundsätze auf, die mit den lebendigen Tatsachen in Widerspruch stehen, man geht dann mit seinem Fanatismus durch und gelangt in eine Sackgasse. Das ist die Regel all derer, die sich einem Klassen- und Rassenhaß verschreiben. Männer wie **Viktor Hehn**, **Paul Lagarde** und **Eugen Dühring** wird man gewiß als hervorragende Denker betrachten müssen und sie sind auch in der Form meistens geistreich und interessant. Und doch wie öde ist ihr Antisemitismus, wie komisch wirkt ihr judenfeindliches Pathos! **Max Bewer** ist zwar kein Genie, aber immerhin ein sehr begabter Lyriker. Wie kindisch aber mutet er uns an, wenn er seinen antisemitischen Geist ausschüttet! Es geht diesen Männern wie jedem, der sich in eine häßliche, komische Maske wirft. Sie entgehen dem Fluche der Lächerlichkeit, der Nemesis aller Unnatur, nicht.

In der Gegenwart sind der Wiener Schriftsteller **Houston Stewart Chamberlain** und der Weimarer Literaturhistoriker Professor **Adolf Bartels** die Regisseure im Reiche des antisemitischen Nebels und beide zeigen uns die Krankheit unserer Zeit typisch ausgeprägt, nur freilich nach zwei verschiedenen Seiten. Beide sind voneinander verschieden nach Temperament, Begabung und Geistesrichtung, gemeinsam aber ist ihnen die „Heiligkeit der Rasse" und der Haß gegen alles Jüdische. Die Konsequenzen der Rassenlehre und die Eruption des fanatischen Hasses nehmen bei beiden andere Richtungen, sie gelangen aber zum selben Ziele, zur **Ueberschätzung alles Germanischen und zur Verachtung alles Semitischen**, ohne uns aber im Grunde sagen zu können, was eigentlich „germanisch" und was „semitisch" ist. **Chamberlain** ist der geistreichere und feinere von beiden. Er ist ein Meister der kühnsten Kombination, verfügt über eine fast unheimliche Fülle von Wissen und über eine blendende Dialektik, die man sonst „jüdisch" zu nennen pflegt. Er ist reich an feinen Pointen und an strahlenden Blitzen und kann, je nach Bedarf, pathetisch und ironisch sein. Er vermeidet alles Professorale, ja er kokettiert geradezu mit seinem Dilettantismus, wie etwa manche Frau mit ihrer Naivität und Unerfahrenheit. In seinen Behauptungen und Schlußfolgerungen kennt er keine Grenzen und er schreckt vor keinem Paradoxon zurück. An Selbstbewußtsein fehlt es ihm nicht. Es gibt kein Gebiet, auf dem er nicht mit der Souveränität eines Autodidakten spricht und urteilt. **Bartels** ist fast immer von einer erschreckenden Nüchternheit und Trockenheit. Er gibt sich furchtbar ernst, spricht überall mit apodiktischer Sicherheit und tritt namentlich in literarischen Dingen mit der Ambition auf, als wenn jedes seiner Worte der Weisheit letzter Schluß wäre. Gäbe es keinen Antisemitismus, dann würden diese beiden entgegengesetzten Naturen wahrscheinlich einander scharf bekämpfen. Bartels würde Chamberlain einen geistreichelnden oberflächlichen Vielwisser von dilettantischer Borniertheit nennen. Chamberlain wiederum würde Bartels einen trockenen verschrobenen Pedanten mit engem Gesichtskreis heißen. Heute aber finden sich beide auf den Gefilden Antisems in messianischer Eintracht zusammen und die antisemitische Presse feiert sie als die Heroen unverfälschten germanischen Denkens, als die gründlichsten Gelehrten und größten Charaktere der Gegenwart.

Der Grundton der Chamberlainschen Gedankenwelt ist der **Rassenstandpunkt**, nicht der der modernen Anthropologen, sondern **Gobineaus** und seiner Jünger. Dieser Rassennebel umhüllt zart alle Gedanken Chamberlains und durch alle seine Schriften zieht sich die Rasse wie ein roter Faden. Die Welt zerfällt für ihn gewissermaßen in zwei Teile, qualitativ und quantitativ voneinander verschieden. Auf der einen Seite sind leuchtende Farben, strahlende Tugenden, auf der anderen geistige Finsternis und sittliche Inferiorität. Auf der einen Seite ist die hochbegabte edle arische Rasse, die die germanische Unterrasse als feinste Auslese gebar. Diese germanische Rasse ist mit allen denkbaren Tugenden und Fähigkeiten ausgestattet und ihr allein, der geborenen Herrenrasse, gebührt die Führung und die Macht auf Erden. Auf der anderen Seite ist die minderwertige, schon im Keime verdorbene semitische Rasse, von der das geistig und sittlich gefährliche Judentum stammt. So ist streng genommen alles Gute auf Erden germanischen und alles Böse semitischen Ursprungs. Nun ist freilich am heutigen „Germanismus" nicht alles gut, das ist aber auch gar nicht urgermanisch, sondern fremd, von außen hineingetragen, etwas Krankes, das durch die Berührung mit semitischen Elementen später als Unkraut entstanden ist. Ebenso ist am heutigen Judentum nicht alles schlecht, aber das Gute ist eben dem Germanentum entlehnt. So hat sich Herr Chamberlain seine Weltanschauung zurechtgelegt und damit geht er wie mit einem eisernen Panzer durch alle Strömungen der Zeit und alle Erscheinungen des Lebens, und alles ist ihm klar, und alle Probleme sind für ihn endgültig gelöst. **Ein** starker Sonnenstrahl würde genügen, dieses ganze Gebäude aus Seifenblasen zu zerstören und zu zeigen, daß hinter dieser Kulisse ein ewiges Vacuum ist, aber im Reiche des Nebels nimmt sich diese kindlich naive Auffassung wunderschön aus. Und nicht nur unreife Jünglinge, sondern auch alte Professoren knien nieder und beten dieses Idol an.

Der gute Herr ist mit dem Ballast der Wissenschaft nicht gar zu schwer belastet und er kann daher leicht schwimmen, — natürlich nicht gegen den Strom der Zeit. Er wirft, wenn es ihm paßt, die Begriffe wie Kraut und Rüben zusammen, spottet über jede induktive und deduktive Methode und er ist so wenig Pedant, daß er auf die kleinen Attribute wissenschaftlichen Forschens leichten Herzens verzichtet. Er redet bald von arischer, bald von germanischer Rasse, er ist nie um Beweise verlegen, seine Tatsachen sind immer unzweifelhaft und heilig, und — was die Hauptsache ist — der Schluß all seiner Folgerungen ist stets sicher und alles klappt vortrefflich. Im Nebel ist es gut regieren, denn hier gibt es keine Kontrolle der reinen Vernunft.

Es ist nicht leicht, sich durch die dicken Bände seiner Weisheit durchzuarbeiten und es ist nicht jedes Mannes Sache, in dieses Wirrsal hinabzutauchen und sich in seiner uferlosen Kombinationswelt zurechtzufinden. Mancher mag instinktiv fühlen, daß an diesem merkwürdigen Bau nicht alles in Ordnung ist, aber — die Rassenlehre ist eben eine sehr merkwürdige komplizierte Lehre und — sie ist hochmodern. Du lieber Himmel! Wenn man über Dinge sprechen dürfte, die man gründlich untersucht, dann würde die Unterhaltung in der Gesellschaft bald stocken. Man muß sich das Leben nicht gar zu schwer machen. So baut man Schlösser, ohne erst den Boden auf seine Festigkeit geprüft zu haben; das ist das Kranke, Nebelhafte an dieser ganzen Richtung. Es ist charakteristisch, daß die ganze moderne anthropologische Schule den Begriff Rasse in streng wissenschaftlichem Sinne negiert, während die Laien sich mit aller Gewalt daran klammern, weil eben ihre ganzen Theorien mit der Rasse stehen und fallen. Das Geheimnis des ungewöhnlichen Erfolges Chamberlains besteht eigentlich darin, daß er jede Gründlichkeit vermeidet und sich immer wieder mit einer Nebelschicht umgibt, um seine Blößen nicht zu zeigen. Er kennt die Schwächen unserer Zeit und er trägt ihnen wie ein „geriebener Semit" Rechnung. Er will zum „Ungelehrten" sprechen und er schmeichelt ihm, er sei eigentlich mehr als der Gelehrte. „Der Ungelehrte ist gleichsam Sachkenner des Ungelehrtentums,

und so mag ihm manche Wirkung gelingen, die dem Fachmann nicht mehr freisteht". Dieser Satz ist für seine raffinierte Methode bezeichnend. Er will der frische lebendige Denker sein, nicht weniger, sondern mehr als der Gelehrte gelten. Er ist ein Virtuose des Dilettantentums, er macht aus jedem Fehler eine Tugend. Er höhnt oft über die Gelehrten, dabei arbeitet er gern mit gelehrten Begriffen, prunkt mit seinem großen Wissen und verwirrt die Köpfe derer, die sich seiner Leitung anvertrauen. Er reißt sie mit sich in den Nebel und raubt ihnen das Kriterium des Denkens. Sein großes Werk „Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts" ist der Typus eines geistigen Blendwerks, ein Irrgarten im Reiche der Ideen.

Es ist psychologisch interessant, wie Chamberlain ein Problem anfaßt und zu lösen sucht. Er will das Wesen der arischen Weltanschauung feststellen, spricht darüber seitenlang, und wenn wir am Ende seiner Ausführungen sind und uns den Schlaf von den Augen reiben, dann sehen wir, daß er uns gar keinen Halt bietet, gar keinen Ruhepunkt gibt, daß es ein leeres Räsonnement ohne jede Tiefe ist. Man vermißt hier jede klare Definition, man dreht sich im Kreise und schließlich läuft die ganze Weisheit darauf hinaus: arisch-germanisch ist alles das, was nicht jüdisch ist, und die arische Weltanschauung ist die Anschauung, die der semitischen diametral entgegengesetzt ist. Und umgekehrt: jüdische Weltanschauung ist eine Weltanschauung, die in Widerspruch mit der germanischen steht. Tatsächlich kann Chamberlain mit seiner arischen Sonne nur da leuchten, wo es semitische Schatten gibt und wovon er auch sprechen mag, immer ist ihm das Semitische der Antipode des Guten und Gesunden. Was soll z. B. die lächerliche Phrase, daß die arische Weltanschauung „innerlich erlebt und nicht wie die mosaische Kosmonomie eingetrichtert" sein muß? Was soll ferner der Spruch bedeuten, daß die arische Weltanschauung „aristokratisch ist, weil sie weiß, daß nur unter gewissen physischen Rassenbedingungen und unter bestimmter Schulung das auserlesene Menschentum gezüchtet werden kann"? Oder soll man das Axiom ernst nehmen, „daß die arische Weltanschauung metaphysisch ist", während die semitische selbstredend materialistisch ist? Mit solchen Dingen imponiert man nur Halbgebildeten, die sich im Nebel wohl fühlen. Und zu welcher Konsequenz gelangt man da? Sollen wirklich alle Germanen zur Lehre der Inder sich bekehren, nur darum, weil Chamberlain sich einige Wochen mit dieser Lehre beschäftigt hat? Und was soll aus dem großen Teil der Menschheit werden, der nicht das Glück hat, germanisch zu sein, und auch aus denjenigen Deutschen, in deren Adern nachweisbar auch nicht germanisches Blut fließt? Kann da noch von einer gesunden Kultur, von klaren Zielen überhaupt die Rede sein, wo eine solche Verwirrung herrscht? Und ein Teil des Volkes bewegt sich leider in diesem Element und ahnt nicht, wohin es gelangt!

Man hat lange Deutschland das Volk der Träumer genannt. Nun, Träumer und Dichter sind brauchbare, ja notwendige Kulturelemente und diese Eigenschaft hat Deutschland nicht daran gehindert, auf dem Gebiete der Technik, des Handels und der Wissenschaft bahnbrechend voranzuschreiten. Ein Volk aber, wie es sich ein Chamberlain konstruiert, das wäre für keine große Aufgabe idealer oder praktischer Natur zu gebrauchen, es wäre ein das Leben und den Fortschritt verneinendes Element. Fort mit dem Nebel, wir brauchen Licht und Kraft! Fort mit dem ungesunden mystischen Schwindel, wir brauchen Klarheit und Wahrheit!

Wiener Brief.

V.

(Die Juden und die Reichsratswahlen.)

Wien, den 10. März 1907

Die österreichischen Juden nehmen in der Reichsratswahlbewegung eine Stellung ein, die ihnen keinesfalls zum Vorteile gereichen kann. Doch wie immer, wenn man das österreichische Judenproblem bespricht, muß man auch hier bei der Beurteilung der Verhältnisse einen scharfen Unterschied zwischen dem sogenannten östlichen Judentume und dem Westjudentume machen. Es sind zwei ganz verschiedene Kulturgebiete, die ihre eigenen Sitten und Gebräuche, Lebensanschauungen und politischen Betätigungsformen haben. Sprechen wir daher erst vom Westjudentum.

Jahrhunderte hindurch haben die Israeliten in den Erblanden der Habsburger danach gestrebt, dem engen Ghetto zu entrinnen und Gleiche unter Gleichen zu sein. Deshalb war nichts natürlicher, als daß sich die Israeliten nach der Erlangung der bürgerlichen Gleichberechtigung im Jahre 1867 eifrigst bemühten, jede politische Sonderstellung zu vermeiden und im allgemeinen Volksgetriebe aufzugehen. Die Parteien, die für die Gleichstellung aller Staatsbürger gestritten hatten, hießen sie herzlich willkommen und gönnten ihnen in ihrer Mitte die Plätze, die den Fähigkeiten entsprachen. Man muß sich nun vergegenwärtigen, daß die Macht, von der die Entrechtung der Juden beseitigt worden war, der in verschiedene Fraktionen gespaltene Liberalismus gewesen ist. Er übte die Herrschaft noch durch ein Jahrzehnt nach dem Ausgleich mit Ungarn aus und mit ihm gelangte das Judentum zu einer geachteten Stellung. Gegen Ende der Siebzigerjahre brach der deutsche Liberalismus politisch zusammen und ein klerikal-slavisch-feudales Regime setzte ein. Die Situation des Judentums verschlimmerte sich zusehends. Von zwei Seiten her wurden Angriffe unternommen. Der Antisemitismus begann sich zu regen und in den slavischen Gebieten wurden die Juden wegen ihres deutschen Charakters angefeindet. Vorerst änderte sich die parteipolitische Stellung der Israeliten nicht; sie gingen weiter mit den Liberalen und bewahrten ihre Anhänglichkeit auch zu einer Zeit, in der der Liberalismus mit allen Hunden gehetzt ward. Erst als der Zionismus aufkam, änderte sich die Stellung der Juden. Ihre Nationalisierung im jüdisch-nationalen Sinne setzte ein, sie träumten von einer Renaissance ihres Volkstums. Bald waren zwei Gruppen vorhanden, die sich zeitweise heftig befehdeten. Die eine blickte nach Zion, die andere wollte für das Judentum nur die Anerkennung als Nationalität und die Autonomie im österreichischen Staate erkämpfen. So lösten sich die Juden zum Teile von ihrer Umgebung ab und zwängten sich freiwillig in ein neues geistiges Ghetto ein.

Als Folge dieser Bewegung muß das gegenwärtige politische Verhalten der Juden aufgefaßt werden. In verschiedenen Köpfen hat sich die Idee selbständiger jüdischer Kandidaturen festgesetzt und gegen den Fanatismus, der dabei entfaltet wird, kämpfen alle Argumente vergebens an. Daß die Juden sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie als kleine konfessionelle Minorität das religiöse Moment in den Vordergrund der Parteipolitik stellen, scheint so klar zu sein, daß man darüber eigentlich gar nicht reden sollte. Die Antisemiten klatschen natürlich den jüdisch-separatistischen Bestrebungen Beifall und sie haben auch allen Grund dies zu tun, denn nichts ist törichter als das Vordenkopfstoßen der eigenen Freunde. Die Juden, die sich geflissentlich isolieren, machen es den ihnen wohlwollenden Kreisen geradezu unmöglich für sie einzutreten und sie weisen Hände zurück, die sich ihnen sonst gern entgegenstrecken würden. Wohin der jüdische Separatismus führt, möge ein prak-

tisches Beispiel erhellen. Im zweiten Wiener Gemeindebezirk, der sogenannten Judenstadt, wo allerdings eine antisemitische Bezirksvertretung herrscht, gibt es in einem Reichsratswahlkreise vorläufig einen antisemitischen Kandidaten, der das reaktionäre Prinzip in seiner Person verkörpert. Mit freisinnigem Programm bewerben sich dagegen: ein arischer Sozialdemokrat, ein arischer Liberaler, ein jüdischer Sozialpolitiker, ein jüdischer Sonderkandidat und eine eigene jüdisch-nationale Kandidatur steht bereits in Aussicht. Es werden sich also frisch, fromm, fröhlich und frei drei israelitische Mandatswerber bekämpfen und dies in einem Bezirke, in dem nur die allergrößte Anstrengung und Einmütigkeit es möglich machen würde, den antisemitischen Mandatswerber aus dem Felde zu schlagen. Würden alle freisinnigen Wähler fest zusammenhalten, dann könnte der sozialpolitische Kandidat mit dem Antisemiten in die Stichwahl kommen, und da ihm von seiten der Sozialdemokraten die Unterstützung sicher wäre, so vermöchte er als Vertreter des judenreichsten Bezirks in das „Hohe Haus" einzuziehen. Aber die jüdischen Nationalisten finden, daß dieser Jude nicht genug Jude sei, weil er nur gleiche Staatsbürger kennt und keinen Menschen nach seiner Konfession befragen will. Ein Jude, der so ketzerisch denkt, muß nun verbrannt werden. Daß er zufälligerweise Dr. Ofner heißt, einer der angesehensten und selbstlosesten Juristen des Reiches ist und einen so leuchtenden Charakter repräsentiert, daß man ihn das Gewissen des Parlaments nennen könnte, tut weiter nichts zur Sache. Dieses Bild aus dem II. Wiener Gemeindebezirk zeigt besser als es die längsten Abhandlungen imstande wären, wohin der jüdische Nationalismus in Westösterreich führt.

Anders liegen, wie schon erwähnt, die Verhältnisse in Ostösterreich, die Dr. Saul Rafael Landau jüngst in einer interessanten Broschüre „Der Polenklub und seine Hausjuden" geschildert hat. Das Büchlein, das die Zustände in Galizien und in der Bukowina beleuchtet, kann von uns allerdings nicht in allen Teilen gebilligt werden, aber die mutige rücksichtslose Kritik, die der Verfasser an der Gefolgschaft übt, die die Juden bisher der sattsam bekannten Schlachta (der polnischen Aristokratie) geleistet haben, findet unsere lebhafteste Zustimmung. Wir haben an dieser Stelle schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die Juden Galiziens in ihrem eigenen Interesse die Unterstützung der feudalen Clique fallen lassen und an die Kräftigung der wirklich volksfreundlichen polnischen und ruthenischen Parteien denken müßten. Allerdings ist damit die jüdische Politik für Galizien nicht erschöpft. Die eigenartigen Verhältnisse dieses Landes haben es bewirkt, daß den Juden, die 11 Prozent der Bevölkerung dieses Kronlandes ausmachen, sechs städtische Mandate gesichert wurden. Während auf 55 390 polnische Einwohner 1 Mandat entfällt, kommt erst auf 135 230 jüdische Bewohner 1 Abgeordneter. Dr. Landau erklärt nun, daß die „Hauptaufmerksamkeit der jüdisch-nationalen Partei und ihrer Wahlkampagne darauf gerichtet sein müsse, die 6 für jüdische Abgeordnete bestimmten Wahlbezirke zu erobern". Es soll nicht etwa ein polnisch-jüdischer beziehungsweise ein ruthenisch-jüdischer Abgeordneter gewählt werden, sondern einer, der sich nur als Vertreter des „jüdischen Volkes" bekennt. Man muß nun einräumen, daß in Galizien, wo die Assimilation der Juden kaum über die ersten Anfänge hinaus gediehen ist, eine große soziale und kulturelle Kluft zwischen den Israeliten einerseits und den Polen und Ruthenen andererseits bestehe. In diesem Königreiche unterscheidet sich der Jude auch äußerlich stark von seinen Landesgenossen und es lag also die Versuchung nahe, die Israeliten als selbständiges Volk zu behandeln. Die Juden Galiziens sehen darin einen Erfolg, allein wir können diese Auffassung nicht teilen, wenn wir das Interesse der gesamten Judenschaft Oesterreichs ins Auge fassen. Es könnte nicht vorteilhaft sein, wenn das Judentum auch im Wiener Reichsrate als „Volk" mit eigener Vertretung erschiene. Die sechs jüdischen Nationalabgeordneten würden natürlich als Repräsentanten des ganzen Judentums angesehen werden und sich auch sicherlich dafür ausgeben. Sie kämen aus einem Milieu, in dem der religiöse Zelatismus vorherrscht, in dem der starre Ghettogeist ungebrochen lebt. Wir sehen natürlich ganz von den persönlichen Qualitäten dieser Männer ab, da man ja noch gar nicht weiß, wer kandidiert und wer gewählt wird. Für uns gilt nur die Sache, das Allgemeine, und deshalb können wir Verhältnisse nicht gutheißen, die das Schwergewicht nach dem Nordosten des Reiches verlegen. Die Juden in Westösterreich haben sich mühsam genug ihrer Umgebung anzupassen und ihren Volksgenossen gleich zu entwickeln versucht; sie wollen, wenigstens in ihrer Ueberzahl, daß dieser Assimilierungsprozeß nicht aufgehalten werde. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gibt der antisemitischen Presse Anlaß zu allerlei giftigen Bemerkungen. Nun kann man nun ja allerdings nicht erwarten, daß die Existenz einer politischen Organisation, die das Tun und Treiben der antisemitischen Reptile bis in die entlegensten Schlupfwinkel kontrolliert, auf eine gerade besonders wohlwollende Beurteilung der Antisemiten rechnen darf. Immerhin etwas mehr journalistisches Geschick hätte man doch voraussetzen können. Die „Staatsbürgerzeitung" des Herrn Stöcker glaubt an ein Wort ihres Herrn und Meisters bei Gründung des Abwehrvereins erinnern zu sollen, das folgendermaßen lautete:

„Eine große Nation von 50 Millionen hat sich von einer halben Million an der Nase herumführen lassen. Freilich wird dagegen immer angeführt: Seid Ihr Deutsche solche Lumpen, daß Ihr Euch von einer halben Million anstecken laßt? Nein, das sind wir nicht. Aber der Deutsche ist ein Michel, ein Simpel ist er. Das zeigt sich ja daran, daß es bei uns eine „Schutztruppe" gibt für das Judentum. Kann man sich etwas Simpelhafteres denken als das? Dazu ist nur der Deutsche fähig. Ich bin überzeugt, auf der ganzen Erde könnte man herumlaufen und nachsehen, ob sich bei einem Stande des Judentums wie hier, bei dieser ungeheuren Uebermacht in finanziellen, wirtschaftlichen, literarischen Dingen, eine Anzahl von sonst angesehenen Menschen findet, die sich dazu hergibt, für ein fremdes Volk ihrem eigenen Volke gegenüber die Kastanien aus dem Feuer zu holen und sich als Schutztruppe aufzutun für Leute, die schon übermächtig sind!"

Das Unglück für das Antisemitenblatt will es, daß just am gleichen Tage folgendes Schreiben des französischen Ministers des Aeußeren, Pichon, veröffentlicht wurde, das derselbe in Beantwortung einer an ihn gerichteten Bitte der Alliance Israëlite an den Präsidenten Narcisse Leven gerichtet hatte:

Ministère des affaires etrangères.

Paris, den 18. Februar 1907.

Geehrter Herr!

Durch einen Brief vom 12. Februar haben Sie die Güte gehabt, meine Aufmerksamkeit auf gewisse Verfolgungen zu lenken, denen Ihre Glaubensgenossen in Ispahan von seiten der Ortsgeistlichkeit dieser Stadt ausgesetzt werden. In diesem Schreiben drückten Sie mir zugleich den Wunsch aus, daß die Gesandtschaft der Republik in Teheran bei den hauptstädtischen Behörden auf die Rücknahme der gegen die Israeliten von Ispahan erlassenen Verfügungen wirke.

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich soeben unserem Gesandten in Persien telegraphisch die Weisung habe zugehen lassen, er möchte in dem von Ihnen angegebenen Sinne bei der Regierung des Schah die erforderlichen Schritte tun, die, wie ich hoffe, wirksam sein werden und im übrigen dem Geist der Menschlichkeit und des Liberalismus der Regierung der Republik entsprechen, an den Sie neuerdings appelliert haben.

Empfangen Sie, geehrter Herr, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. S. Pichon.

Es ist also doch nicht allein der deutsche *Michel*, über den Herr Stöcker sich so sehr erbost, der den Rückfall in den finsteren Barbarismus des Mittelalters verabscheut,, auch in dem Lande, das die Geburtsstätte der Proklamation der allgemeinen Menschenrechte darstellt, ist dieser Geist der Menschlichkeit — wir brauchen nur an den schmählichen Zusammenbruch des französischen Antisemitismus in der Dreyfus-Affaire zu erinnern — erfreulicher Weise noch nicht ausgestorben.

In der „*Kreuzzeitung*" finden wir folgende Bemerkungen, die sich gegen eine „besondere jüdische Partei", von deren Existenz oder beabsichtigten Gründung uns bisher nichts bekannt geworden ist, richten; wir geben sie hier ohne Kommentar nur unter dem Gesichtspunkt, daß man auch vom Gegner lernen kann, wieder:

Was aber will eine besondere jüdische Partei bei uns? Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" ist keine politische Organisation; er empfiehlt nur allen deutschen Juden, ein jeder in seiner Partei, zur Bekämpfung des Antisemitismus in die politische Bewegung einzutreten, hat also ungefähr das gleiche Ziel, wie der Abwehrverein. Nun hat es sich aber gezeigt, daß keine bestehende Partei als solche für die Juden eintreten kann, ohne sich selbst zu schädigen. Ein österreichischer jüdischer Politiker drückte das jüngst sehr schraff so aus: „Alle Parteien, die Judenschutz betrieben haben, sind daran zu Grunde gegangen." Aus solchen Erfahrungen heraus erklärt es sich wohl, wenn sich jetzt Juden zu einer besonderen Partei zusammentun. Nur will uns nicht einleuchten, welche praktischen Ziele eine solche Partei verfolgen kann, wenn nicht wiederum nur die Abwehr des Antisemitismus. Sie wird wohl zunächst eine Zeitung herausgeben; aber es fehlt doch nicht an Blättern, die sich nur an jüdische Leser wenden, und sie haben alle keine glänzende Existenz. Eigene Kandidaten bei Kommunal- und Parlamentswahlen durchzubringen, kann die jüdische Partei nicht hoffen, wenn sie sich in Gegensatz zu allen anderen Parteien stellt. So sympathisch es uns also ist, wenn die Juden Farbe bekennen und sich nicht mit dem Mantel der Humanität oder des einzig echten Liberalismus und anderer schöner Allgemeinheiten maskieren, so fürchten wir doch, die jüdische Partei wird nur ein Konventikel besonders ehrlicher und tapferer Juden sein. Schwierigkeiten wird sie nur den eigenen Stammesgenossen bereiten können. Denn wenn sie für Börsenfreiheit, Warenhausfreiheit, Ausverkaufsfreiheit, Wucherfreiheit usw. eintritt, wird man in den betreffenden Geschäftskreisen rufen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!" Und wenn sie gegen solche Freiheiten das Interesse der Börsenkunden, des gewerblichen Mittelstandes, der Darlehnsnehmer usw., unter denen doch auch zahlreiche Juden sind, vertreten will, verscheucht sie die anderen. Nicht einmal am Schächtverbot haben alle Juden das gleiche Interesse. Gegen jüdische Volksschulen haben die meisten Juden eine Antipathie. Wenn wir ein Programm für die neue Partei vorschlagen dürften, würde es einfach lauten: „Wir Mitglieder der deutschen Judenpartei, die wir Juden bleiben und nicht Deutsche werden wollen, verpflichten uns, als Angehörige eines freundlich aufgenommenen Gastvolkes uns gegen unser Wirtsvolk rücksichtsvoll zu benehmen, insbesondere seine christliche Kultur, seine Sitten, seine Literatur und Kunst, seine Sprache und seine Gewohnheiten unangetastet zu lassen, auf seine Presse, Gesetzgebung und Verwaltung keinen bestimmenden Einfluß zu nehmen. Dagegen verlangen wir von unserem Wirtsvolk, als unterhaltende, belehrende, fleißige und zum Fleiß anregende Gäste in Ehren gehalten zu werden, wie man uns ja zum Zeichen gastfreundlicher Gesinnung die staatsbürgerlichen Rechte honoris causa für ewige Zeiten verliehen hat."

Der Krach im Lager des „Deutschen Volksbundes", aus dem Herr *von Mosch* ausgetreten ist, hat zwei Versammlungen, die eine in Berlin, die andere in Stettin, die von Anhängern Mosch's bzw. der alten Leitung einberufen worden waren, näher beschäftigt, ohne daß die Situation dadurch geklärt worden wäre. Man hat in der antisemitischen Presse nur soviel mitzuteilen für gut befunden, daß die eigenartige *Kassenführung* des Herrn v. Mosch seinen Austritt zur zwingenden Notwendigkeit gemacht hat. Ein vor einiger Zeit getroffenes Arrangement war von Herrn v. Mosch nicht inne gehalten worden. Die „Deutsche Hochwacht" berichtet hierüber:

„Es waren Herrn v. Mosch von unserer Seite 5100 Mark *Gehalt*, 600 Mark Spesen, ferner *Repräsentationsgelder*, eine Lebensversicherung über *10000 Mark* und Tilgung aller Privatverbindlichkeiten angeboten worden, unter der *einzigen Bedingung*, daß er die geschäftlichen Dinge, insbesondere die *Kassenführung abgäbe*. Er sollte nicht Geschäftsführer, sondern politischer Führer sein. Herr v. Mosch hatte schon nach langen, öden Verhandlungen dieses Angebot angenommen. Nur die 5100 Mark hatte er sich auf 5400 erhöhen lassen. Andere Beamte hatten unter sich vereinbart, zu diesem Zwecke ihre Gehälter zu kürzen, um das vor der Gesellschaftersitzung verantworten zu können. Nachher genügte Herrn v. Mosch aber auch das nicht."

Was Herrn v. Mosch eigentlich zum Vorwurf gemacht wird, kann man nur erraten; er scheint ziemlich *selbstherrlich* mit den *Bundesgeldern gewirtschaftet* zu haben. Näheres zu sagen, hütet sich aber das Bundesorgan. „Wir werden den *Redakteuren der Judenblätter*, schreibt das Blatt, die wohl schon ihre Griffel gespitzt haben, nicht den Gefallen tun, diese Dinge der Oeffentlichkeit preiszugeben." Natürlich, es stinkt etwas, daher muß die Sache vertuscht werden. In der Stettiner Versammlung erklärte das Vorstandsmitglied Snell nach dem Bericht des Bundesblattes: „*Er glaube nicht*, daß v. Mosch mit diesen Dingen das *Gericht anrufen* werde, und er hoffe es auch nicht — *im Interesse des Herrn v. Mosch*." In einem Orientierungsartikel für die Teilnehmer an der Stettiner Versammlung hatte die „Deutsche Hochwacht" u. a. noch geschrieben:

„Was wir nie haben glauben wollen, ist uns noch zur rechten Zeit mit erschreckender Deutlichkeit klar geworden: Herrn von Mosch ging *seine Person über die Sache*. Er fügte sich nicht den Gesetzen des Bundes, er wollte über dem Gesetze stehen. Und wer das nicht mitmachte, der war ein „Verräter", ein „falscher Freund" — und wie sonst die liebenswürdigen Benennungen alle heißen. Was sagt Herr v. Mosch heute?

Seine ältesten, treuesten Freunde — „*Verräter*", „*Dummköpfe*"! Der ganze Rat der 23, der Aufsichtsrat unseres Blattes, seine Kampfgenossen, die so unendlich viel geopfert haben — mehr als er! —, alles „Verräter"!

Du lieber Himmel, wie haben wir an ihm gearbeitet, wie haben wir lange Nächte geopfert, um ihn auf den rechten Weg zu führen! Er war unbelehrbar, sein Wort allein genügte! Wir haben ihm Angebote gemacht, die kaum noch zu verantworten waren, nur um ihn zu halten!

Unsere einzige *Bedingung* war die: v. Mosch sollte die *Kassengeschäfte abgeben*, die er nicht zu führen verstand. Die Stellung als politischer Führer sollte ihm nach wie vor erhalten bleiben.

Es half alles nichts; *gegen Mosch gibt es kein Gesetz*. Alles das, womit Herr v. Mosch jetzt in seinen Versammlungen arbeitet, ist Schaumschlägerei und berührt nicht den Kern der Sache. Herr v. Mosch hat *nicht einen Pfennig* in der Hochwacht; wohl aber hat die Hochwacht *von ihm noch einige Tausend zu verlangen*. Alles das hätte neulich schon dargelegt werden können, wenn Herr v. Mosch die Herren eingeladen hätte, die die Belege in Händen haben. *Er wußte wohl, warum er das nicht tat.*

Tatsache ist doch, daß *weder* auf den letzten beiden Bundestagen, *noch* in der letzten Generalversammlung der Deutschen Hochwacht eine *ordnungsmäßige Abrechnung gegeben* worden ist — unter der Leitung des Herrn v. Mosch. Das ist es ja eben: Herr v. Mosch konnte nicht alles machen, die Natur gibt nicht einem alles! Daher kam ja die grenzenlose Unordnung, daß Herr v. Mosch alles machen wollte und dadurch seine schönen Kräfte zersplitterte. So ist es soweit gekommen, daß entweder Mosch gehen, oder aber Bund und Blatt zugrunde gehen mußte. Das kann aber für uns nur heißen: Herr v. Mosch geht, und Bund und Blatt bleibt und steht fester denn je!

Wehe dem, der an *seiner Gottähnlichkeit zweifelt!* Dem kündigt er ewige Fehde an. Herr von Mosch will ein Kaufmann sein, wie keine 100 der tüchtigsten Kaufleute zusammengenommen. Wer einem das immer wieder unter großer Beredsamkeit vorträgt, mit dem ist nicht zu reden. Ernste und tüchtige Kaufleute sagen aber, mit Herrn von Mosch ließen sich *überhaupt keine ordnungsmäßigen Geschäfte* abschließen. Ja, ist es denn nun im Interesse der Weltgeschichte so nötig, daß Herr v. Mosch auch kaufmännisch tätig sei?

Kurz und gut, Herr v. Mosch durchbrach alle Gesetze, die er selbst mit uns geschaffen hatte, und *brach* damit sein *Gelübde*. Wir dagegen halten uns an unser Gelübde gebunden:

Denn wer in Sturmnot-Wettern
Den Schwur der Treue bricht —
Der Blitzstrahl soll zerschmettern
Den ehrlos feigen Wicht!

Ob Herr v. Mosch die letztere liebliche Charakteristik auf sich sitzen lassen wird, bleibt abzuwarten. Im übrigen hat sich das Vertuschungssystem doch nicht aufrecht erhalten lassen. Der „Deutsche Volksbund" geht jetzt gerichtlich gegen Hans von Mosch vor. Die unmittelbar vor Schluß der Redaktion uns zugehende Nummer der „Deutschen Hochwacht" enthält nämlich an der Spitze des Blattes folgende Notiz mit der Ueberschrift: „Nummer drei":

„Aus einer Einladung des Herrn v. Mosch, die er in Berlin verschickt, ersehen wir, daß dieser Herr eine dritte Gründung plant, nachdem er vor 9 Jahren mit seiner ersten Gründung (dem Germanischen Volksbunde) und jetzt mit seiner zweiten Gründung in Unfrieden auseinandergekommen ist. Wir möchten doch den Gutgläubigen, die Herr v. Mosch zu seiner Gründung Nummer drei in Aussicht genommen hat, anheimstellen, noch ein Weilchen zu warten, ehe sie da mitmachen oder Geld hergeben; denn soeben wird uns gemeldet, daß der Aufsichtsrat der Deutschen Hochwacht wegen **Buchfälschung und Unterschlagung gegen Herrn v. Mosch Strafantrag stellt.**"

Ein schmutziges antisemitisches Wahlmanöver in der Ostprignitz ist nachträglich klargestellt worden. Am Morgen des Wahltages wurde in den Städten und Dörfern des Wahlkreises ein Flugblatt verbreitet, in welchem bekannt gemacht wurde, daß der vom Bunde der Landwirte ausgeschlossene Landtagsabgeordnete Löscher von seiner Kandidatur aus patriotischen Gründen zurückgetreten sei. Unterzeichnet war das Machwerk „Das konservative Wahlkomitee". Jetzt ist es der Staatsanwaltschaft gelungen, wie der „Courier für die Prignitz" meldet, den Urheber des Flugblattes in der Person des Agitators der Deutschen Reformpartei Hildebrandt zu ermitteln. Es ist bezeichnend, daß eine so elende Wahllüge gerade von dem Angehörigen einer Partei verbreitet wird, die alle arischen Tugenden in Reinkultur zu besitzen vorgibt.

Aus der Reichstagswahlbewegung im Kreise Glogau. Im „Niederschlesischen Anzeiger" ist ein mit der Unterschrift „Mehrere Kaufleute" versehenes „Eingesandt" veröffentlicht worden, in dem es heißt: „In der Nr. 32 der „Neuen Niederschlesischen Zeitung" gibt dieselbe bei der Besprechung des Stichwahlergebnisses ihrem Aerger über das Resultat derselben dahin Ausdruck, daß sie, wie bereits gestern in dem „Eingesandt" bemerkt wurde, vom „Großkapital" und von „Fremdlingen" spricht. Was diese Ausdrücke bedeuten resp. bedeuten sollen, dürfte niemandem unklar sein, besonders denen nicht, die der letzten konservativen Versammlung im „Tschammerhof" beigewohnt haben. Denn dort riefen Herren des Beamtenstandes, sämtlich Herren, die genau gekannt sind und eventuell mit Namen genannt werden können, als sich freisinnige Redner zum Wort meldeten, mehrmals „Juden raus!" Also die Nähe von Klein-Tschirne hat selbst hier unter den gebildeten Ständen verderblich gewirkt! Der Ton und die Art des Wahlberichtes in der „Neuen Niederschlesischen Zeitung" stellt nichts anderes dar, als die Fortsetzung des Gebarens in der konservativen Versammlung am Vorabend der Wahl." Daran schließt sich die Aufforderung an die inserierenden Kaufleute, die „Neue Niederschlesische Zeitung" zum Zwecke der Reklame zu meiden.

Vermischtes.

Vom System Studt. In Berlin hat es die konfessionelle Engherzigkeit des Systems Studt fertig gebracht, jüdische und katholische Lehrer von der Uebernahme von Vertretungen auszuschließen, trotzdem sich die Schuldeputation alle Mühe gegeben hat, die Unterrichtsverwaltung von der Verkehrtheit dieser Verfügung und der offensichtlichen Schädigung der Schulinteressen durch sie zu überzeugen. In Kurhessen ist jedoch jetzt in dieses Aushungerungssystem, das konfessionell anstößigen Lehrern gegenüber geübt wird, Bresche gelegt worden. Während einer dreimonatigen Beurlaubung des Lehrers Jung in Tann a. d. Rhön wurde auf Antrag des Orts- sowie des Kreisschulinspektors dem israelitischen Lehrer Hecht die Oberklasse der evangelischen Stadtschule überwiesen, und die israelitischen Schüler sind den verschiedenen Klassen eingereiht worden.

Wie pflichttreu und gewissenhaft muß der jüdische Lehrer Hecht seines Amtes gewaltet haben, wenn man ihm im Reiche des Herrn Studt die Oberklasse einer evangelischen Stadtschule überweist! Und wie erschreckend stark muß der Lehrermangel in Preußen sein, wenn man sich in diesem konfessionell engherzigen Staate zu einer solchen Maßregel entschließt. Aber Preußen läßt, worauf in einem jüdischen Blatt mit Recht hingewiesen wird, lieber Hunderte und Tausende von Kindern ohne Unterricht, oder doch ohne genügenden Unterricht, als daß es den Unterricht christlicher Kinder einem jüdischen Lehrer überträgt. Mag auch die Volksbildung und Volkswohlfahrt darunter leiden, wenn nur das engherzige konfessionelle Prinzip gewahrt bleibt.

Heidelberg, 8. März. Wie gemeldet wird, ist zum Prorektor der Universität Heidelberg für das mit dem 1. April beginnende Studienjahr ein Jude, der Professor des Staats- und Völkerrechts, Geh. Hofrat Dr. phil. et jur. Georg Jellinek, gewählt worden. Professor Jellinek, ein Sohn des bekannten Talmudisten und Kabbalaforschers Adolf J. und älterer Bruder des Literaturhistorikers Max J. in Wien, ist 1851 in Leipzig geboren und trat nach Beendigung seiner Universitätsstudien 1874 in den österreichischen Verwaltungsdienst, aus dem er nach einigen Jahren ausschied, um sich der akademischen Laufbahn zuzuwenden. Er habilitierte sich 1879 als Privatdozent in der juristischen Fakultät der Wiener Universität und erhielt 1883 eine außerordentliche Professur für Verwaltungsrecht. Da sich seiner Beförderung zum ardentlichen Professor antisemitische Einflüsse entgegenstellten, so folgte er 1889 einem Rufe als Ordinarius für Staats- und Völkerrecht nach Basel, von wo er 1891 in gleicher Eigenschaft nach Heidelberg übersiedelte. Jellinek nimmt als Publizist auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts eine hervorragende Stellung ein; mit Piloty gibt er seit 1902 das von Marquardsen begründete „Handbuch des öffentlichen Rechts", mit Anschütz die „Staats- und völkerrechtlichen Abhandlungen" heraus.

Konfessioneller Sekt. Zugunsten der Mainzer Sektfirma Chr. Ad. Kupferberg & Co. sind in Sachsen 2c. Zirkulare verbreitet worden, in denen die Kundschaft davor gewarnt wurde, ihren Sektbedarf bei einer „israelitischen Konkurrenzfirma" zu decken. Die genannte Firma steht diesem Versuch, die Konfession in den Dienst des Geschäfts zu stellen, fern. Es liegt vielmehr nur die antisemitische Privatleistung eines Vertreters dieser Firma für das Königreich Sachsen vor. Sein Verhalten, durch das er den Chef seiner Firma, Herrn Kammerzienrat Kupferberg, ohne Grund in den Verdacht des Antisemitismus bringt, ist um so schärfer zu verurteilen, als letzterer antisemitischen Tendenzen durchaus fernsteht und u. a. erst vor Jahresfrist ein Konzert veranstaltete, dessen Reinertrag von ca. 2000 Mk. zugunsten der russischen Juden verwandt wurde. Immerhin wäre es wünschenswert, daß die beteiligte Firma öffentlich gegen das Vorgehen ihres antisemitischen Vertreters Stellung nähme.

Bergen bei Frankfurt a. M. Zum ersten Vorsitzenden des hiesigen Kriegervereins wurde der Kaufmann Leopold Hirsch, ein Veteran von 1870, fast mit Stimmeneinheit (nur drei Stimmen fielen aus) gewählt, was um so bemerkenswerter ist, als unter den 130 Mitgliedern des Vereins nur vier Juden sind und als ferner früher unser Ort eine Hochburg des antisemitischen Dr. Bödel gewesen ist.

Vom „Verband des russischen Volkes". In der neuen russischen Volksvertretung steht der die Mehrheit bildenden Linken eine starke, beinahe 100 Mitglieder zählende Rechte gegenüber, in der wiederum die Anhänger des „Verbandes des russischen Volkes" eine hervorragende Rolle spielen. Dieser Verband ist auf Anregung und mit Hilfe der Regierung geschaffen worden, um im Volke gegen die freiheitliche Opposition zu wirken. Allmählich ist jedoch der Verband, dessen Hauptwerkzeug die rohen Massen, das sogenannte „Schwarze Hundert" bilden, der Regierung über den Kopf gewachsen und diese wird nun die Geister, die sie einmal gerufen hat, nicht mehr los. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder des Schwarzen Hundert rekrutiert sich, wie der „St. Petersburger Herald" ausführt, aus dem einfachen Volk. Kleine Handwerker, Händler, Handelsangestellte bilden das Kontingent des Verbandes. Meist haben sie sich mit gewaltigen Anstrengungen und mit einer fast asketischen Lebensweise an die Oberfläche emporgearbeitet und sind von einem glühenden Haß gegen alle Besitzenden erfüllt. Da die Juden am meisten unter den rechtlosen Zuständen in Rußland zu leiden haben und daher stark an der befreienden Bewegung beteiligt sind, so betrachtet der Verband des russischen Volkes die Juden als seine geschworenen Feinde, gegen die alles erlaubt ist. Sodann schwebt dem Schwarzen Hundert die Einbildung vor, daß dem Glauben des russischen Volkes Gefahr droht. Die Stärke und zugleich die Schwäche des Schwarzen Hundert liegt darin, daß seine Mitglieder die ungebildetsten, unwissendsten Leute sind. Befanden sich doch auf einer Versammlung des Verbandes, die über Kandidaten abstimmen sollte, unter 200 Anwesenden nicht weniger als 50 Analphabeten! Das Merkwürdigste ist aber, daß die Hauptführer dieser „wahrhaft russischen Leute" — Fremde sind. Herr Karl Amalie Gringmeil stammt aus Schlesien, Herr Desabri, der Ehrenpräsident des Verbandes, heißt eigentlich de Saubrit, der Vizepräsident Herr Parischkewitsch ist Moldauer und der tüchtigste Advokat des Verbandes führt den gar nicht russischen Namen Bulazel. Neuerdings machen sich im Verbande auch Mitglieder mit demokratischen Tendenzen bemerkbar, die mit den offen anerkannten Bestrebungen der Partei, für den Zaren und die Autokratie einzutreten, nicht vereinbar sind. Es ist schon möglich, daß diese merkwürdige Partei schließlich der Regierung nach mehr Schwierigkeiten bereiten wird, als die Mitglieder der äußersten Linken.

Die Kriminalität der Juden und der Alkohol.*)

Von Dr. Hoppe, Königsberg.

Zu den wichtigsten und bestbekannten Faktoren der Kriminalität gehört unbestritten der Alkohol. Es weiß ja ein jeder, und die Durchsicht der lokalen Nachrichten und der Berichte über Gerichtsverhandlungen in den Zeitungen lehrt es jeden Tag, eine wie ungeheure Bedeutung schon die gelegentliche Alkoholvergiftung, der Rausch, besonders bei der Erzeugung der sog. Roheits- und Gewalttätigkeitsdelikte hat. Lord Coleridge sagte im Jahre 1877 bei Eröffnung einer Großjury: „Die Verbrechen aus Gewalttätigkeit entstehen mit wenigen Ausnahmen im Wirtshaus und sind durch Trunkenheit bedingt. Neun Zehntel der Gefängnisse würden wir leeren können, wenn wir England nüchtern machen könnten."

In der Tat ergeben auch die Statistiken einen außerordentlich großen Prozentsatz der im Rausch verübten Straftaten. Nach einer im Jahre 1895 im Großherzogtum Baden angestellten Statistik waren von 2437 Straftaten 34,7 pCt. im Rausch ausgeführt worden, und zwar von Majestätsbeleidigung 71 pCt., von Religionsvergehen 66 pCt., von Widerstand 64 pCt., von Raub und Erpressung 57 pCt., von Sachbeschädigung 47 pCt., von Nötigung und Bedrohung 46 pCt., von Körperverletzung 43 pCt., von Sittlichkeitsdelikten 38 pCt., von Delikten gegen die Ordnung 30 pCt., von Delikten gegen das Leben 18 pCt., von Diebstahl 7 pCt. Höhere Zahlen schon ermittelte Wieselgren bei einer umfassenden Erhebung, welche die von 1886—1897 in die schwedischen Gefängnisse und Zuchthäuser eingelieferten Gefangenen, über 27 000, betraf. Von diesen hatten die Straftat im betrunkenen Zustande begangen 54,1 pCt. der Männer und 8,5 pCt. der Frauen, und zwar Delikte gegen die Staatsgewalt (Widerstand) 82 pCt., Verletzung der öffentlichen Ordnung 86 pCt., Mord, Totschlag und andere Gewalttaten 76 pCt., Freiheitsberaubung 63 pCt., Raub 67 pCt., Diebstahl 62 pCt., Brandstiftung und andere Eigentumsbeschädigungen (Sachbeschädigung) 45 pCt., Sittlichkeitsverbrechen 42 pCt. Die Zahlen bei den Gewalttätigkeitsdelikten sind hier nach relativ gering, wie überhaupt die Zahlen nur als Minimalzahlen zu betrachten sind. Löffler in Wien fand, daß unter den 1896 und 1897 wegen Roheits- und Sittlichkeitsdelikten bestraften 1159 Personen 59 pCt. zur Zeit der Tat berauscht waren, und zwar bei Widerstand 78 pCt., bei Totschlag 71 pCt., bei Notzucht 83 pCt., bei Sachbeschädigung 63 pCt., bei gefährlicher Drohung 57 pCt., bei schwerer Körperverletzung 54 pCt., bei Raub 50 pCt., bei Religionsstörung 50 pCt. Auch das sind, wie Löffler näher ausführt, nur Minimalzahlen, da die Trunkenheit schon einen erheblichen Grad erreicht haben muß, ehe sie eine aktenmäßige Feststellung erfährt.

Die sorgfältigste Statistik in dieser Beziehung rührt von Koblin her, der die im Jahre 1894—1895 im Staate Massachusets vorgekommenen 26 672 Kriminalfälle der eingehendsten Untersuchung unterzog und dabei fand, daß nicht weniger als in 82 pCt. Trunkenheit Ursache der Bestrafung war (allerdings darunter auch das Delikt der Trunkenheit selbst, da dieses in Massachusets bestraft wird); von 8440 (schwere) Verbrechen waren 43 pCt. in der Trunkenheit begangen worden, und zwar Raub in 83 pCt., Hausfriedensbruch in 74 pCt., Vandalismus in 70 pCt., Totschlag in 65 pCt., Körperverletzungen und Beleidigungen in 60 pCt., Diebstahl in 54 pCt., Einbruchsdiebstahl in 43 pCt., Notzucht in 39 pCt., Mord in 25 pCt., Aufruhr in 19 pCt.

Die hervorragende Bedeutung der Trunkenheit zeigt sich auch in dem starken Ueberwiegen der Delikte, besonders der Gewalttätigkeitsdelikte, an den Sonntagen und den Tagen um die Sonntage herum, wo die meisten Trinkexzesse stattfinden. Von den in Deutschland im Jahre 1903 vorgekommenen gefährlichen Körperverletzungen waren am Sonntag fünfmal mehr verübt worden als durchschnittlich an jedem Wochentage. Von den in Wien 1896 und 1897 begangenen Roheits- und Sittlichkeitsdelikten fielen 60 pCt. oder drei Fünftel auf die drei Tage von Sonnabend bis Montag, auf den Sonntag allein 28 pCt. oder mehr als der vierte Teil.

Es sind vor allem, wie gesagt, die Roheits-, die Leidenschaftsdelikte, die in so überaus großer Zahl der Trunkenheit ihre Entstehung verdanken. Und das ist die

*) Aus der „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden."

ganz natürliche Folge der Wirkungen des Alkohols auf das menschliche Gehirn. Der Alkohol trübt die Auffassung und das Urteil und steigert die Erregbarkeit, die Reizbarkeit, während die Hemmungen fortfallen. So führt er leicht zu allerlei unüberlegten, törichten, impulsiven und gewalttätigen Handlungen. Daher das Ueberwiegen der Personendelikte im Rausch, während diejenigen Straftaten, zu deren Ausführung es einer genauen Ueberlegung und Planmäßigkeit bedarf, wie Betrug, Urkundenfälschung, nur selten im Rausch ausgeführt werden.

Ebenso wie der gelegentliche Rausch, die akute Alkoholvergiftung, ist auch der lange Zeit fortgesetzte Alkoholmißbrauch, der sog. chronische Alkoholismus oder die Trunksucht für die Erzeugung von Verbrechen von größter Bedeutung. Während die Trunksucht auf der einen Seite durch Herabsetzung der geistigen Fähigkeiten sowie der Leistungsfähigkeit überhaupt, durch zunehmende Arbeitsunlust, Apathie, Unstetigkeit oder durch organische Krankheiten, welche die chronische Alkoholvergiftung hervorruft oder begünstigt, zum ökonomischen Niedergang, zu Vermögensverfall, zu Arbeitslosigkeit, Not und Armut führt, Faktoren, die an und für sich die Kriminalität, speziell Vermögensdelikte, fördern, erfolgt langsam eine zunehmende Entartung und Verrohung der Sitten. Dabei stumpfen Gewissen, Pflicht-, Ehr- und Schamgefühl des Trinkers immer mehr ab, und der Trinker gibt haltlos allen seinen Trieben und Begierden nach, während eine Steigerung der Reizbarkeit, eine wachsende Zornesmütigkeit zu brutalen Handlungen aller Art führt. So resultieren bei den mehr oder minder verkommenen Trinkern auf der einen Seite Vermögensdelikte wie Betrug, Fälschung, Unterschlagung, Diebstahl, Raub, Meineid, Brandstiftung, Betteln, Landstreichen, andererseits Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Widerstand, Totschlag, Mord, Sittlichkeitsverbrechen (speziell Notzucht, Blutschande, widernatürliche Unzucht), also die Roheitsdelikte, die auch im Rausch eine fruchtbare Quelle haben. Erzeugt der Rausch die Gelegenheitsverbrechen, so bringt die Trunksucht mehr Gewohnheitsverbrechen hervor.

Man findet daher unter den Verbrechern eine große Zahl von Trinkern. So ermittelte der Gefängnisarzt Baer bei einer Umfrage in Strafanstalten aus allen Teilen des Deutschen Reiches unter rund 33 000 Sträflingen (30 091 Männern, 2796 Frauen), 20 pCt. Gewohnheitstrinker (20,4 pCt. unter den Männern, 11 pCt. unter den Frauen), in Zuchthäusern 21,5 pCt., in Gefängnissen 10,7 pCt., in Korrektionshäusern 43,3 pCt. In Württemberg fand der Strafanstaltsdirektor Sichart unter 3181 Zuchthäuslern 29,5 pCt. Gewohnheitstrinker (unter Brandstiftern 34 pCt., unter Sittlichkeitsverbrechern 36 pCt.). Noch wesentlich höhere Zahlen sind in anderen Ländern festgestellt worden. Marambat ermittelte 1886 im Pariser Gefängnis St. Pelagie unter rund 3000 Gefangenen 72 pCt. Trinker, und 1900 im Zentralgefängnis zu Poissy unter 5300 verurteilten Männern 66 pCt. Trinker, Malgat im Zellengefängnis zu Nizza unter 1244 Gefangenen 60 pCt., Masoin in der Strafanstalt zu Löwen unter fast 3000 Sträflingen (von 1872—95) 45 pCt., Geill im Gefängnis zu Kopenhagen (1899—1901) unter 1845 Männern 38 pCt., Bang in den Strafanstalten Norwegens unter 1232 Sträflingen (1881—89) 44 pCt. (51 pCt. bei den Männern, 16 pCt. bei den Frauen), Krol in Kasen unter 3226 Sträflingen 43 pCt., Kantele in Finnland im Jahre 1898 unter rund 7000 männlichen und 1700 weiblichen Verurteilten 35 pCt. bei den Männern und 23 pCt. bei den Frauen, (bei den zu Zwangsarbeit Verurteilten 64 resp. 67 pCt., bei den Zuchthäuslern 41 resp. 21 pCt. Trinker). Wadlin in Massachusets fand, daß unter den fast 2700 Kriminalfällen (1894—1895) sogar 84 pCt. der Täter chronische Alkoholisten waren, während unter den 8440 eigentlichen Verbrechen immerhin 51 pCt. durch ihren chronischen Alkoholismus zu der Tat geführt waren.

Dazu kommen noch die gar nicht so seltenen Fälle, wo Personen durch die Trunksucht anderer resp. durch die Folgen, die diese hervorruft, Frauen und Kinder z. B. durch die Not und das Elend, die so häufig im Hause eines Trinkers herrschen, oder durch die schlechten Einflüsse, die das ganze Milieu einer Trinkerfamilie ausübt, (vernachlässigte körperliche und geistige Erziehung), zu Straftaten gebracht werden. Wadlin ermittelte unter seinen Kriminalfällen nicht weniger als 43 pCt. solcher Fälle (Wright 1878—80 18 pCt.).

Besonders bedeutungsvoll aber ist der erbliche Einfluß, den die Trunksucht der Eltern auf die Nachkommenschaft ausübt und der sich in einer Entartung, in einer minderwertigen, krankhaften Anlage, speziell des Nervensystems der Kinder äußert. Trinkerkinder sind nur selten normal, die meisten sind von Jugend auf schwächlich, nervös, psychopathisch, reizbar, impulsiv, geistig wenig begabt oder direkt schwachsinnig, idiotisch, epileptisch, moralisch und sexuell pervers und neigen zu Trunksucht, Geistesstörungen und Verbrechen. Von 640 überlebenden Nachkommen aus 215 Trinkerfamilien, die Legrain in Paris bis in die vierte Generation untersucht hat, waren 50 pCt. Entartete, Schwachsinnige, Idioten, 20 pCt. Epileptiker und Hysteriker, 23 pCt. Geisteskranke, 31 pCt. Trinker und 10 pCt. moralisch pervers resp. Verbrecher. Dugdale hat die Nachkommen eines argen Trinkers aus dem 18. Jahrhundert durch 7 Generationen verfolgt und unter den 709 Nachkommen 179 Prostituierte, 18 Bordellbesitzer, 77 Verbrecher, darunter 12 Mörder, und 202 in Armenhäusern untergebrachte oder öffentlich unterstützte Arme gefunden, während die meisten Trinker waren. Von den weiblichen Mitgliedern bestand die Hälfte aus Prostituierten, in der fünften Generation waren beinahe alle Frauen Prostituierte und die Männer Verbrecher; im ganzen bestand mehr als der dritte Teil aller Nachkommen aus Verbrechern, Vagabunden und Prostituierten.

So ist es denn kein Wunder, daß sich die Verbrecher, speziell die sogenannten jugendlichen Verbrecher, die „geborenen" Verbrecher, zu nicht geringem Teil aus Trinkerkindern zusammensetzen. Die offizielle preußische Statistik ergibt unter den von 1896 bis 1900 eingelieferten rund 1750 Zwangszöglingen 20 pCt. Trinkerkinder. Doch handelt es sich dabei nur um eine Minimalzahl, da erfahrungsgemäß in zahlreichen Fällen die Trunksucht des Vaters (oder der Mutter) den Akten entgeht, ganz abgesehen von den Fällen, wo das Kind unehelich oder der Vater verschollen ist. Bei einer genauen Spezialuntersuchung, die Mönkemöller vor einigen Jahren in der Zwangserziehungsanstalt Lichtenberg bei Berlin anstellte, wurde ermittelt, daß nicht weniger als 67 pCt. aus Trinkerfamilien stammten. Von den in Schweizer Rettungsanstalten untergebrachten jugendlichen Verbrechern hatten 45 pCt. der Knaben und 50 pCt. der Mädchen trunksüchtige Eltern. Wadlin ermittelte bei den 422 in Massachusets (1895) untergebrachten Zwangszöglingen sogar, daß 84 pCt. trunksüchtige Eltern hatten. Bei den erwachsenen Verbrechern schwanken die Statistiken im allgemeinen zwischen 25 und 40 pCt. Dabei ergibt sich das bemerkenswerte Resultat, daß Gewohnheitsverbrecher mehr durch Alkoholismus der Eltern belastet sind als Gelegenheitsverbrecher, rückfällige Verbrecher mehr als erstmalig bestrafte, Zuchthäusler mehr als andere Sträflinge. Das weist deutlich darauf hin, daß das Gewohnheitsverbrechertum sich in besonders starkem Maße aus den Trinkerkreisen rekrutiert.

(Fortsetzung folgt.)

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 12. Berlin, 20. März 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Bankrat a. D. Fenoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nebel.

Von Fobius Schach.

(Nachdruck verboten.)

II.

In noch höherem Grade als Chamberlain verkörpert uns Adolf Bartels die Nebelströmungen unserer Tage. Vielleicht weil er grobkörniger ist als der künstlerisch angehauchte Essaist, weil er noch tiefer zu den niedrigen Instinkten des Volkes hinabgestiegen und ganz zum antisemitischen Parteimann geworden ist. Bartels ist ein ungemein emsiger Leser und ein eifriger Arbeiter auf literarhistorischem Gebiete. Er ist sehr reich an Kenntnissen und er beherrscht auch das große Feld der modernen Richtung wie nur wenige. Ist er auch seiner ganzen Natur nach nicht dazu angetan, neue Ideen zu schaffen und durch Anregungen befruchtend zu wirken, so wäre er doch immerhin ein nützlicher Forscher, wenn sein Rasseninstinkt nicht alles versalzen würde. Wenn man uns auch die gesündeste Speise schlecht zubereitet und in einem häßlichen Geschirr serviert, so wird sie für uns ungenießbar. Bartels scheint es nicht zu merken, wie sehr er überall da, wo er den Antisemitismus künstlich hineinträgt, geradezu zur Karrikatur wird. Er entwickelt, wenn auch nicht neue, so doch ganz annehmbare Gedanken, plötzlich packt ihn der furor antisemiticus, — und er beginnt zu rasen. Er vergißt Vernunft und Anstand und wird komisch. Man sehe sich in seinen Charakteristiken der modernen Dichter die Zensuren an, die er austeilt. Von dem einen Dichter heißt es kurz und bündig „Semit", beim andern „offenbar von jüdischer Abstammung", beim dritten etwas schüchterner „wahrscheinlich Jude." Es ist, als wenn ein Schutzmann Randglossen zur modernen Literatur schreiben würde. Die Sache ist lächerlich und widerlich zugleich. Es wird dabei nicht etwa der Versuch gemacht, die Dichtung psychologisch in Zusammenhang mit der Natur und der Abstammung des Dichters zu bringen, sondern einfach etwas Wahres oder Unwahres konstatiert, was zu den Werken des Verfassers gar keine Beziehung hat. Das klingt dann wie die Gespräche unserer holden Backfische: „Großer Dichter, aber abscheuliches Haar. Guter Pädagoge, aber zu große Stiefel. Hervorragender Gelehrter, aber rote Nase." Noch schlimmer ist es natürlich, wenn Bartels einem Dichter von jüdischem Blute ein ganzes Buch widmet. Man kann sich schlechterdings nicht mehr blamieren und selbst entwürdigen als er es mit seinem Heine-Buch getan hat. Jemand, der die Gesinnung Bartels' nicht kennt, könnte das ganze Buch für eine gelungene Parodie halten. Die Vernunft sträubt sich dagegen, anzunehmen, daß Jemand einen großen Dichter im Ernst so behandeln könnte.

Und Bartels begnügt sich nicht mit seinem Heine-Buch, er häuft noch Erwiderungen auf Erwiderungen und wird nicht müde, sich immer wieder mit seinen Kritikern auseinander zu setzen. Die Art, wie er es tut, streift schon ans Pathologische. Daß er sich selber für eine Größe ersten Ranges hält, das ist eine Eigenschaft, die zwar nicht „germanisch" sein soll, die er aber mit gar vielen Autoren teilt. Auch daß er in einem Artikel zur Verteidigung seiner Auffassung von Heine alle von ihm verfaßten Bücher dichterischen und literaturgeschichtlichen Inhalts aufzählt und sich seiner Großtaten rühmt, berührt zwar peinlich, sachlich ließe sich aber nichts dagegen sagen. Aber daß er immer wieder von seiner „Wissenschaft" spricht und seine Gegner auffordert, ihn „wissenschaftlich" zu widerlegen, das ist krankhaft. Ich kenne kaum ein Werk ernsten Inhalts, das ein so reiches Schimpflexikon enthielte wie Bartels' Heine-Buch, und er, der Meister der gröbsten Waffen im literarischen Kampfe, er, der einen berühmten deutschen Lyriker aus dem Grabe hervorholt und in die Gosse zerrt, — er ist empfindlich, daß seine Kritiker ihn unsanft anfassen. Er gibt selbst zu, daß, um ihn zu widerlegen, ein ganzes Buch nötig wäre und er ist so liebenswürdig, dieses Buch zu fordern und sogar die Disposition dafür zu geben. Ja, glaubt denn der Herr Bartels, daß irgend ein Mann der Wissenschaft ihn so ernst nimmt, daß er ein Buch gegen ihn verfassen würde? Er triumphiert, daß man Heine „doch nicht gerettet" hat. War es denn nötig? Hat denn Heines Beliebtheit im deutschen Volke durch das Bartelsche Pamphlet gelitten? Diejenigen, die Heine nur zu dem Zwecke gelesen haben, um darin Schmutz zu suchen, unsere lieben Antisemiten, die waren schon vorher keine Freunde von Heine, und die Anderen wissen wohl, was sie von Bartels zu halten haben. Heine gehört zu den Lieblingen der deutschen Dichtung, und so lange das deutsche Volk den gesunden Sinn behalten wird, sich der dichterischen Schönheit zu erfreuen und sich in zarte poetische Stimmungen zu versenken, über einen glänzenden Witz zu lachen und sich an echter beißender Satire zu ergötzen, — solange wird Heine im deutschen Volke leben. Bartels solle sich nur bei irgend einem Buchhändler erkundigen, ob im letzten Jahre Heines Werke weniger gekauft und gelesen wurden als vorher. Die Aufgabe einer Heine-Forschung kann nur sein, neue Schönheiten zu entdecken, Unverständliches zu beleuchten und uns den Dichter näher zu führen. So wurde es bei unseren Heroen Schiller und Goethe gemacht und so geschieht es auch beim tollen

Liebling des deutschen Volkes Heinrich Heine. Wenn Bartels die Aufgabe der Heine-Forschung dahin auffaßt, die Bettwäsche des Dichters zu untersuchen, und jedes Gedicht auf den semitischen Bazillus zu analysieren, so ist das seine Sache. Er soll aber nicht verlangen, daß man Bücher gegen seine Auffassung schreibe. Es ist manchmal schon eine unangenehme Sache, Artikel gegen ihn schreiben zu müssen. Es ist zu komisch, wenn Bartels seinen Kritikern Pflichten gegen Adolf Bartels diktiert, deren er sich gegenüber einem Dichter wie Heinrich Heine nie bewußt gewesen ist. Dabei gibt er zu, daß alle Widerlegungen gar keinen Wert haben würden, „weil in vielen Punkten doch die subjektive Anschauung zuletzt als ausschlaggebend erscheinen würde". Ja, Leute, die an einer fixen Idee leiden, und denen die Rasse der Inbegriff aller Kultur ist, sind nicht zu widerlegen. Bartels schließt seinen Artikel pro domo:

„Man sieht, eine Widerlegung meines Buches wäre eine sehr schwierige Arbeit und könnte doch kaum zur Entscheidung führen, da zuletzt immer subjektive, persönliche, Rassenanschauungen einander gegenüber treten würden. Gewiß, jüdische Sophistik könnte den Schein hervorbringen, als ob ich hie und da widerlegt sei, aber selbstverständlich würde man bald hinter diese Sophistik kommen, und im Kern bliebe mein Buch doch unanfechtbar — selbst dann, wenn einige wirkliche Irrtümer nachgewiesen würden."

Er hat recht, er und seine Anhänger sind nicht zu belehren, denn nicht einmal über die Grundbegriffe von Schönheit und Hoheit wird man sich mit ihnen jemals verständigen können.

Aber Bartels ist nicht nur literarischer, sondern auch politischer Schriftsteller. Er will nicht nur die Literatur, sondern auch das Leben vor der drohenden Verjudung retten. Daher läßt er wie ein wachender und zürnender Prophet oft seine warnende Stimme ertönen und alle par Wochen schreibt er einen antisemitischen Artikel. Sie sind alle in Moll gehalten und der Grundton ist immer, Deutschland sei durch die Juden sittlich und kulturell an den Rand des Verderbens gebracht worden, es sei höchste Zeit, daß es umkehre, ein erfrischendes germanisches Bad nehme und judenreine Wege wandle. Der Pessimismus ist ja die Lieblingsfarbe aller Antisemiten von M a r r und G l a g a u bis zu Bartels und Chamberlain stets gewesen. Schon die Ueberschriften der Bartelsschen Artikel sind charakteristisch. Sie heißen: „Der Riß" „die Gefahr" „Zersetzung" usw. und sie strömen einen Grabesduft aus. Sie sind geschrieben in banger, schwerer Stunde, aus einem betrübten Herzen heraus und sie sollen das deutsche Volk aufrütteln und es zum germanischen Urquell zurückführen. Natürlich führt der Weg über antisemitische kalte Gipfel und dunkle reaktionäre Schluchten, aber das Ziel, die Ausmerzung alles Semitischen, leuchtet voran.

„Der Stil ist der Charakter" sagt ein alter französischer Schriftsteller. Wollte man diesen Maßtab an Bartels anlegen, dann würde er schlecht dabei wegkommen, denn sein Stil ist oft geradezu unverdaulich. Wahrscheinlich hält er das für „germanisch", wenn er jeden Schwung und jede Klarheit vermeidet und als einzige Würze immer wieder die antisemitische Terminologie wählt. Die Gebrüder Grimm freilich würden diesen nachlässigen Schlafrockstil kaum deutsch nennen. Durch den Professortitel scheint Bartels sich besonders verpflichtet zu halten, hölzern und schwerfällig zu schreiben. Dieser „Professorstil" ist dabei schon heute ein Anachronismus, denn viele unserer deutschen Professoren schreiben heute einen glänzenden — horribile dictu — journalistischen Stil. Aber darüber will ich mit Bartels nicht rechten. Stil ist in letzter Linie Sache des Geschmacks und de gustibus non est disputandum. Schlimmer schon ist es, daß er die schwierigsten Probleme leichtfertig erfaßt und mit einer frivolen Oberflächlichkeit zu lösen versucht. Das ist eine schlechte Methode, und die Methode ist ein Werkzeug, dessen wohl der Künstler, aber nimmermehr der Gelehrte entraten kann. In einer Zeit, wo die Arbeitsteilung in der Wissenschaft fast überall durchgeführt ist und wo niemand, der auf Wissenschaftlichkeit Anspruch erhebt, sich auf fremde Gebiete ohne Führer wagt, wirkt ein solches Verfahren dilettantenhaft und abstoßend. Ein beredtes Beispiel für diese unehrliche und dabei doch ungemein törichte Methode der Forschung ist einer der jüngsten Artikel von Bartels. Hätte ich nicht deutlich den Namen des Autors gelesen, ich hätte es doch nicht für möglich gehalten, daß ein Mann mit Professortitel in Deutschland einen so verworrenen und verwirrenden Artikel fertig bringt. A h l w a r d t und P ü c k l e r könnten ebenso gut die Verfasser dieser „wissenschaftlichen Arbeit" gewesen sein.

Der Artikel führt den Namen „Zersetzung"; wenn man ihn aber zu Ende gelesen hat, dann sieht man die Zersetzung nicht im deutschen Volke, sondern im antisemitischen Gehirn unserer Volksretter. Wenn man von dieser Lektüre einen Nutzen zieht, so ist es der, daß man einen neuen psychologischen Beitrag zur Beurteilung unseres sich immer breiter machenden Pseudo-Germanismus gewinnt.

Bartels will das Problem der Zersetzung im Leben eines Volkes, also eines der schwierigsten völkerpsychologischen und ethnologischen Prozesse untersuchen — nein, sofort lösen, und er besorgt es spielend. Ich will versuchen, seinem Gedankengange nachzugehen oder richtiger: nachzutanzen, denn er dreht sich im Kreise, geht bald vorwärts, bald rückwärts, macht jeden Augenblick neue Sprünge und wirft die Begriffe zusammen wie ein toller Bube seine Bleisoldaten.

Erstarrung und Zersetzung sind zwei Zustände, die einem Volkstum am gefährlichsten sind, weil sie das organische Leben stören und die natürliche Entwickelung hemmen. Dieser Satz ist nicht neu, aber immerhin wahr. Aber was bedeutet diese Erstarrung im Volksleben? Wie entsteht sie? Was ist die Zersetzung? Welchen Ursachen entspringt sie? Diesen Fragen geht Bartels aus dem Wege, nicht einmal klar zu definieren vermag er diese Begriffe. Das, was er uns sagt, ist ebenso kühn wie einfach, aber — eine Definition ist es nicht und eine Wahrheit erst recht nicht. Er schreibt:

„Die Erstarrung wird meistens durch Druck herbeigeführt, durch den übermäßigen Druck einer herrschenden Schicht, sei es nun, wie es die Weltgeschichte verschiedentlich ausweist, ein autokratischer Herrscher, ein Tyrann mit seinen Dienern, eine Adelskaste, das Priestertum, die Bureaukratie."

Wie? kann die Erstarrung nicht auch durch Verweichlichung, durch Denkfaulheit, durch Mangel an Zufuhr neuen Lebens entstehen? Muß da wirklich ein Druck von außen bestehen? Erstarrung ist ja nichts weiter als die Hemmung des Stoffwechsels, und das ist doch ein innerer Vorgang. Ist das Epigonentum in der Kunst nicht auch eine Erstarrung? Und die haben wir ja in Zeiten erlebt, wo jeder Druck von außen fehlte. Dagegen finden wir in den Zeiten schlimmster Tyrannei herrliche Kulturblüten. Davon scheint Herr Bartels nichts wissen zu wollen, weil diese Tatsache für seine Folgerungen nicht paßt. Ebenso bequem ist seine Erklärung für die Zersetzung. Eine Definition des Vorganges wird nicht gegeben, wohl aber ein apodiktisches Urteil über die Ursache. Er schreibt:

„Als die Ursache der Zersetzung eines Volkstums wird in der Regel das Eindringen eines Fremdkörpers oder, deutlich gesprochen, die Durchsetzung mit fremden Rassenelementen, die nicht aufgesogen werden können, zu entdecken sein."

Das ist ebenso falsch wie schief ausgedrückt. In der Natur, der wir doch schließlich alle Bilder für die inneren Vorgänge entlehnen, ist die Zersetzung eine Umsetzung der

gesunden Stoffe in kranke, eine Verderbung des Blutes. Und die Ursachen bilden entweder innere Schwächung wie Siechtum, Alter oder äußere Eindrücke wie Vergiftung, Ansteckung. Warum also soll sich im Volksleben der Vorgang anders abspielen? Zersetzung würde hier Dekadenz, Mangel an Lebensfrische bedeuten. Die fremde Rasse könnte hier, wenn sie richtig einwirkt, eher belebend und verjüngend als zersetzend wirken. An Beispielen für diese einfache Behauptung fehlt es in der Geschichte nicht. Doch Bartels hält sich bei der Grundlage seines Problems nicht lange auf. Die Erstarrung ist ihm überhaupt nicht sehr gefährlich, das schlimmste ist die Zersetzung, die abzuwehren dringend not tut. Er selbst gesteht ein, daß die Sache sehr schwierig ist und daß zur Lösung dieses Problems „das Material der Weltgeschichte noch kaum ausreicht.“ Aber wo die Weltgeschichte nicht ausreicht, da beginnt das Reich der Phantasie, und wo die Vernunft versagt, da herrscht der Instinkt. Man merkt in der Tat gleich beim Anfang, aus welcher engen Gasse der Verfasser kommt und daß seine Tendenz schon vor der Untersuchung feststeht.

Der große G o b i n e a u , der Kirchenvater aller Nebelfahrer, erklärt einfach, daß der Verfall eines Volkes auf der Verderbtheit der Rasse beruht. Diese Theorie ist ebenso weise wie etwa: der Verfall des Körpers beruht auf Krankheiten, oder: die Armut beruht auf Geldmangel. Bartels aber ist von einer erstaunlichen Objektivität, er will nicht entscheiden, ob Gobineau recht hat oder nicht. Er will nur „die Aufmerksamkeit auf gewisse Zersetzungserscheinungen im deutschen Leben lenken, die uns zwingen, zu ihnen Stellung zu nehmen und eine Wiedergeburt unseres Volkes ins Auge zu fassen.“ Er gibt zu, daß es „anscheinend nicht die Mischung mit einer minderwertigen Rasse ist, die diese Zersetzungserscheinungen zu Wege bringt.“ Die unmittelbare Ursache der Zersetzung in Deutschland findet er „in dem Eindringen oder besser zur Herrschaft Gelangen eines nationalen Fremdkörpers, einer von dem deutschen Volke nicht aufzusaugenden, sich kaum zu assimilierenden Fremdrasse.“ Diese Rasse ist natürlich die jüdische, die seit 1848, wo sie emanzipiert wurde, nicht blos wie früher „sich einen Teil des deutschen Nationalvermögens erobern konnte, sondern auch auf unser gesamtes nationales Leben, das blos natürlich wie das Kulturleben, den allerstärksten Einfluß ausübt.“

Das ist eine traurige Tatsache, — für Bartels natürlich. Er meint, daß die Juden selber behaupten, ohne sie wäre die deutsche Kultur nicht möglich. Das ist ein alter antisemitischer Trick, die tollsten Dinge als jüdische Behauptungen auszugeben. Die Juden bilden ein untrennbares Glied des heutigen Deutschlands und sie geben, wie jeder Bevölkerungsteil mit ausgeprägter Individualität, dem Gesamtbild Kolorit und Stimmung. Sicherlich wäre ohne sie die moderne deutsche Kultur an Nuancen etwas ärmer und hätte manchen Reiz entbehrt. Das allein behaupten die Juden und meines Erachtens mit Recht. Daß die deutsche Kultur ohne die Juden nicht möglich wäre, das ist ein Unsinn, und einer solchen Meinung bin ich in jüdischen Kreisen noch nie begegnet.

Also, die Juden sind an dieser schrecklichen Zersetzung, die Herrn Bartels so viele schlaflose Nächte bereitet, ohne daß sonst ein gewöhnlicher Sterblicher etwas davon merkt, ganz allein schuld. Und der Beweis? Nichts einfacher als das, nur muß man freilich eine eigenartige judenreine Logik besitzen. Man höre und staune: Berlin hatte 1876 eine Million Einwohner mit 47,2 Geburten pro Tausend, im Jahre 1904 aber 2 Millionen Einwohner und nur noch 24,4 Geburten pro Tausend. Das ist Tatsache. Die Zahl der jüdischen Einwohner Berlins hat sich in diesen 28 Jahren fast verdreifacht. Das ist wiederum Tatsache. Also haben die Juden die Zahl der Geburten vermindert, quod erat demonstrandum. Doch nein, gar so einfach ist die Sache denn doch nicht, der Weg von der Berührung mit den Juden bis zum Verderben führt nicht direkt, er ist ein wenig kompliziert. Die Juden haben die ungesunde Kultur mit all ihren Auswüchsen gebracht und sie hat das deutsche Volk entwurzelt und zur Unnatur getrieben. Ist diese Beweisführung nicht originell? Bartels könnte mit derselben Leichtigkeit beweisen, daß die Juden am Erdbeben in Südamerika, an dem Untergang des Schiffes an der holländischen Küste und an dem Zusammenstoß zweier Planeten Schuld sind. Das geschah natürlich auch durch eine lange Kette von Ursachen, deren letztes Glied aber, wie immer, die jüdische Rasse ist.

Ja, das Bild, das Bartels von den Juden entwirft, ist so grandios, daß ich beinah fürchte, jeder Jude könnte bald vom Größenwahn ergriffen werden. Die Juden beherrschen die Literatur, sie sind die Herren der Finanzen, sie gebieten dem Theater, sie diktieren der Presse und der Gesellschaft ihre Wünsche. Und das alles bringt das eine Prozent der Juden innerhalb der großen deutschen Nation fertig! Welche teuflische Macht muß diesen Juden innewohnen. Das ganze Innen- und Außenleben wird nach Bartels von „Organen fremden Ursprungs geleitet, in denen politisch und sittlich undeutsch gedacht und gefühlt wird.“ Ach, wenn uns der gute Bartels nur sagen wollte, was eigentlich d e u t s c h ist! Ist wirklich deutsch und antisemitisch identisch? Haben Lessing und Goethe nicht vielleicht auch deutsch gedacht und gefühlt?

Ja, nirgends kann heute der Deutsche à la Bartels in Deutschland Befriedigung finden. Auch „die Wissenschaft und die höhere Literatur sind dem Judentum verfallen“, an den Universitäten lehren jüdische Dozenten alle Disziplin, selbst auf dem Gebiete der Kunst geben die Juden den Ton an, und o weh! „auch den Regierungskreisen droht die Gefahr der Zersetzung durch das Eindringen jüdischer Elemente“. Die linken Parteien sind natürlich direkte Synagogenverbände, und sogar die Nationalliberalen „werden größtenteils von Juden regiert“. — Daher kommt es wohl, daß sie bei der letzten Wahl fast überall für den antisemitischen Kandidaten eingetreten sind. — Ja, sogar das Zentrum ist philosemitisch gestimmt, und die armen Antisemiten werden verfolgt, während die Sozialdemokraten „beinahe hoffähig sind“. Und dieses Judentum, das für die geistige Kultur nie etwas getan hat, wird immer mächtiger, und sein Einfluß wird so groß, daß man sich seiner gar nicht mehr erwehren kann. „Seine reale Macht wie die geistige nimmt immer zu“, und alles ist ihr untertan.

Diese Zustände herrschen nicht etwa im Monde oder auf dem Mars, sondern in Deutschland, und wer das nicht sieht, der gehe hin zu Herrn Professor Bartels nach Weimar und borge sich seine Brille.

Es ist merkwürdig, wie unfruchtbar, wie wenig originell dieser ganze Antisemitismus ist. All diese Torheiten kann man in dieser oder jener Form in jeder antisemitischen Broschüre wiederfinden, ja sogar bei Drumont in seinem bekannten Pamphlet, nur ist es natürlich dort das heilige Frankreich, das durch die Verjudung zu Grunde geht. Ja, auch die Methode bleibt bei den antisemitischen Schriftstellern immer dieselbe: jeder, der nicht paßt, wird einfach zum Juden gestempelt. Bartels macht darin keine Ausnahme, er ist nicht einmal in der Form wesentlich anders als alle Antisemiten. Bartels malt nur mit grauer Farbe im schwarzen Rahmen, denn es muß ja eine große Gefahr geben, wo ein opferfreudiger Retter darauf wartet, das deutsche Volk zu erlösen.

Also, die schreckliche gefahrdrohende Zersetzung ist vorhanden. Das sagt Bartels, und Bartels ist ein Ehrenmann. Und das Heilmittel dagegen? Der Kampf gegen die Zersetzung! Ist das nicht weise? Also merkt euch, ihr Heil-

suchende: das Heilmittel gegen die Krankheit ist ihre Bekämpfung! Doch man kann sich ungefähr denken, was Bartels meint und was er nur zart andeutet. Also alle Juden und alle, in deren Adern ein Tropfen semitisches Blut fließt, werden aus dem Lande gejagt oder wenigstens unter polizeiliche Kontrolle gestellt. Alles, was in Kunst und Literatur, im Leben und in der Wissenschaft von Juden geschaffen worden ist, wird radikal zerstört. Und was dann? Kann ein Mensch, der gesund denkt, wirklich glauben, daß es dann besser wird? Das judenfreie Spanien ist ja ein lebendiges Beispiel dafür, wie dieses judenreine Paradies in Wirklichkeit aussieht. Und auf deutschem Boden haben wir die Zeit des Mittelalters, in der die Juden fast gar keinen Einfluß auf die sittliche und geistige Kultur des Volkes hatten. Wie sieht diese Zeit aus? Geistig bildet sie eine Wüste, so daß die Renaissance wieder an das klassische Altertum anknüpfen mußte. Und sittlich? Nun, die so viel geschmähte Gegenwart steht sittlich, sogar auf sexuellem Gebiet, viel höher als das Mittelalter. Man lese nur in einer Kulturgeschichte das Kapitel „die Bäder im Mittelalter" nach, um zu sehen, wie es mit der Sittenreinheit dieser Zeit stand.

Wo also ist ein Ausgang aus diesem ewigen Wirrsal? Wissen denn diese Herren, die Führer des Volkes sein möchten, überhaupt, was sie wollen? Man sollte sie ihren Idealstaat konstruieren lassen, er würde nicht einmal einige Wochen bestehen können. Denn das Leben ist nicht so geduldig wie das Papier, es verträgt keine Unnatur. Nebel, dichter Nebel, das ist das Element, in dem sich diese Geister bewegen. Nirgends Klarheit, nirgends Sicherheit, keine Logik, keine Methode, kein Untersuchen der Grundlagen, ein ewiges Behaupten und Räsonnieren, ein ewiges Bauen ohne Fundament. Und dieser Nebel steckt an, und er berauscht die Köpfe und raubt die Einsicht für die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Kultur. O, diese Betäubung durch Phrasen ist schlimmer als die Verheerung des Alkohols. Man verlernt das selbständige Denken, man verliert die Kette von Ursache und Wirkung aus dem Auge. Man verlernt, frei und klar ins Leben zu schauen, wenn man sich daran gewöhnt hat, die Welt und ihre Erscheinungen durch die schwarze Brille des Rassen- und Klassenhasses zu sehen.

Licht und Aufklärung, das tut uns not! Nicht für das höhere Zehntausend, sondern fürs ganze Volk. Die Errungenschaften der Technik und der Wissenschaft allein bedeuten noch keine großen Fortschritte in ethischer und kultureller Beziehung, solange die Schatten des Aberglaubens nicht aus dem Leben verscheucht sind. Noch herrscht viel Nebel im Volke. Zündet die Fackel wahrer Bildung an, damit die Nebel sich zerstreuen und es licht und hell wird

---

Die Kriminalität der Juden und der Alkohol.

Von Dr. Hoppe, Königsberg.

(Fortsetzung.)

Zu beachten ist noch, daß, wie neuere Untersuchungen festgestellt haben, nebendem chronischen Alkoholismus auch die Zeugung im gelegentlichen Rausch degenerierte Sprößlinge schafft, indem der Alkohol sehr schnell in die Geschlechtsdrüsen übergeht und die Keime vergiftet. Speziell die Untersuchungen von Bezzola und Hartmann haben ergeben, daß dem Durchschnitt der Kinder gegenüber die Schwachsinnigen, aus denen sich die Verbrecher zum großen Teil zusammensetzen, und die Verbrecher selbst vorzugsweise in den Zeiten des Jahres gezeugt werden, in denen erfahrungsgemäß am meisten getrunken wird und die meisten Exzesse stattfinden. Infolge der ungeheuren Zahl der Räusche, die täglich vorkommen, und der Steigerung der Geschlechtslust durch den Rausch ist es sehr wahrscheinlich, daß täglich zahlreiche Wesen entstehen, die ihre mangelhafte, krankhafte Anlage, ihre verbrecherische Natur der gelegentlichen Trunkenheit ihrer Erzeuger beim Zeugungsakte verdanken.

Diese Auseinandersetzungen über den gewaltigen Einfluß des Alkohols und des Alkoholismus auf die Hervorrufung von Straftaten mußten vorausgeschickt werden, um ein Verständnis für die Besonderheiten der Kriminalität der Juden zu ermöglichen. Es ist ja bei dem großen Einfluß, den der Alkoholismus auf die Kriminalität hat, a priori anzunehmen, daß Gruppen von Individuen, Bevölkerungsklassen, die sich vom Alkoholismus ganz oder zum großen Teil frei halten, eine wesentlich geringere Kriminalität haben, als die übrige Bevölkerung, die vom Alkoholismus stark durchseucht ist. So haben in der indischen Armee die in ziemlich großer Zahl vorhandenen Enthaltsamen eine minimale Kriminalität gegenüber den übrigen Truppen, so ist die Kriminalität der Frauen, die ja im allgemeinen sehr mäßig sind und sich zu einem großen Teil ganz oder fast ganz vom Alkohol fernhalten, in allen Ländern eine wesentlich geringere als die der Männer, bei denen sie im Durchschnitt etwa sechsmal so groß ist. Und das gleiche kann man bei den Juden erwarten, die sich von jeher durch eine sprichwörtlich gewordene, vielfach der Enthaltsamkeit nahekommende Mäßigkeit ausgezeichnet haben. In der Tat ergibt sich, daß in allen Ländern, wo Statistiken darüber existieren, die Kriminalität der Juden wesentlich geringer ist, als die der übrigen Bevölkerung. Dies gilt auch dort, wo die Juden außerordentlich gedrückt und verfolgt sind, und zum überwiegenden Teil in größter Armut und Misere leben, wie in den östlichen Ländern (Rußland, Galizien). Ja, hier gilt es zum Teil noch in höherem Maße, weil sich die Juden hier noch nicht assimiliert haben und ihren alten Sitten und Gewohnheiten anhängen, zu denen auch die Mäßigkeit gehört. So kamen nach Ruppin (Die Juden der Gegenwart 1904, S. 292) in Rußland (1875—95) auf 100 000 Einwohner bei den Juden 259, bei den Nichtjuden aber 426 (Verhältnis 60 pCt.), in Holland 1896—1900 bei den Juden 199, bei den Nichtjuden 305 (Verhältnis 60 pCt.), und 1898—1902 bei ersteren 183, bei den letzteren 298 (Verhältnis 62 pCt.), in Frankreich 1897 in den Strafanstalten bei den Juden 199, bei den Nichtjuden 375 (Verhältnis 69 pCt.), in Oesterreich (nach der Oesterreichischen Statistik 1904, Band 21, S. XCVI) 1900 und 1901 bei den Juden 107, bei den Nichtjuden 146 (Verhältnis 73 pCt.*). In Oesterreich speziell hat die Judenheit in Galizien, wo die ärmsten Juden unter den traurigsten Verhältnissen wohnen, eine wesentlich geringere Kriminalität als die Gesamtheit der Juden, nur in Böhmen ist sie noch günstiger, wie Tabelle I zeigt.

Auch die englischen Einwanderer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die sich vorzugsweise aus östlichen (russischen) Juden zusammensetzen, zeigen ein ähnlich günstiges Verhältnis der Kriminalität, wie die Juden in Galizien. Nach Jacobs (Die Juden in den Vereinigten Staaten, vgl. diese Zeitschrift 1906 S. 55) bildeten die jüdischen Einwanderer im Jahre 1903—04 in den Strafanstalten 6,5 pCt. aller Insassen, während die Prozentzahl der jüdischen Einwanderer volle 10 pCt. der Gesamteinwanderung betrug, so daß sie mit noch nicht 65 pCt. an der allgemeinen Kriminalität beteiligt sind. Dabei sind bei den Juden verhältnismäßig viel mehr leichtere Vergehen, wegen welcher die Bestrafung erfolgte, als bei den übrigen Einwanderern, nämlich bei den Juden 389 von 559 oder 71 pCt., bei den übrigen Einwanderern

*) Bei allen diesen Statistiken, wie bei der folgenden ist zu beachten, daß die Juden verhältnismäßig weniger Kinder und mehr Erwachsene, also mehr Strafmündige unter sich haben als die Nichtjuden, wodurch sich die Kriminalitätszahlen bei den Juden ungünstiger gestalten als bei den Nichtjuden.

aber nur 5312 von 9206 oder 57 pCt. In der Stadt New York bildeten 1898 die Delikte der russischen Eingewanderten 8,2 pCt. der Gesamtzahl, während ihr Verhältnis zur Bevölkerung 11,2 pCt. betrug. In Philadelphia wurde im Jahre 1904 der Prozentsatz der Juden in der Gefängnisbevölkerung auf 2,7 pCt. berechnet, während der Prozentsatz der Juden unter der Gesamtbevölkerung 7,7 pCt. betrug, also mehr als dreimal so groß war.

Tabelle I.

In den einzelnen Gebietsteilen Oesterreichs kamen auf je 100000 Seelen der ortsanwesenden Bevölkerung der betreffenden Konfession

	1900 und 1901					1902 und 1903				
	Katholiken	Protestanten	Griechisch-Nichtuniert.	Juden	Im ganzen	Katholiken	Protestanten	Griechisch-Nichtuniert.	Juden	Im ganzen
A. Verbrechen										
Staatsgebiet	133,7	120,0	190,1	107,4	130,4	131,2	110,4	171,0	89,9	131,1
Niederösterreich	137,0	141,0	—	156,4	138,0	128,4	125,9	—	146,4	170,9
Böhmen	87,4	81,0	—	52,3	86,6	85,3	77,8	—	39,2	85,0
Mähren und Schlesien	127,8	151,0	—	116,4	170,7	161,2	136,2	—	101,1	160,1
Galizien	164,7	—	—	102,7	124,3	135,3	57,5	62,2	82,7	170,3
Bukowina	194,0	—	1751,1	105,0	162,0	157,6	—	158,1	80,4	146,4
B. Vergehen										
Staatsgebiet	27,1	52,5	91,7	100,6	32,6	27,2	21,1	106,5	97,4	32,4
Niederösterreich	30,6	48,9	—	94,7	34,5	32,0	48,3	—	83,7	35,5
Böhmen	14,1	29,0	—	50,1	15,1	11,2	20,3	—	44,5	12,1
Mähren und Schlesien	15,5	13,9	—	118,2	17,4	15,9	8,6	—	122,0	17,8
Galizien	41,6	—	—	96,7	96,6	42,2	17,0	113,0	91,2	47,9
Bukowina	83,7	—	104,1	176,2	125,0	89,4	—	25,6	202,0	121,1

Die Kriminalität in Bezug auf Verbrechen beträgt in Galizien 1902/03 nur 63 pCt. der allgem-

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem antisemitischen Lager.

Die deutschsozialen Antisemiten sind als parteipolitische Gruppe des Reichstags in der neuen Legislaturperiode gänzlich verschwunden. Sie sind in der Wirtschaftlichen Vereinigung, deren Gründung ja in erster Linie das Werk ihres Führers Liebermann v. Sonnenberg ist, untergegangen. Unter dieser Flagge haben ja auch ihre sämtlichen Abgeordneten kandidiert, weil sie damit bessere parteipolitische Geschäfte zu machen hofften, als unter der etwas anrüchig gewordenen antisemitischen Firma.

Zum Streit im „Deutschen Volksbunde" hat nach einer Meldung der Bruhn'schen „Wahrheit" eine Berliner Versammlung Hans von Mosch durch Annahme folgender Resolution ein Vertrauensvotum erteilt:

„Die am 13. März 1907 in Kellers Philharmonie zu Berlin versammelten 150 ehemaligen Mitglieder des „Deutschen Volksbundes" bringen Herrn v. Mosch vollständiges Vertrauen dar. Die Versammelten sprechen Herrn v. Mosch für seine rast- und selbstlose aufreibende Tätigkeit in der deutschvölkischen Bewegung aufrichtigen Dank aus. Die Versammelten verurteilen die mit den verwerflichsten Mitteln betriebene, allen deutschen, sittlichen und rechtlichen Anschauungen widersprechende Kampfesweise der „Deutschen Hochwacht" gegen Herrn v. Mosch aufs schärfste. Die Versammelten erklären weiter, daß sie auch ferner in „Treue fest" zu ihrem Führer Herrn v. Mosch stehen werden."

Die „Deutsche Hochwacht", deren Schriftleitung besonders angegriffen wurde, erwidert hierauf in gereiztem Tone dem bekannten Halbweltblatt:

„Ohne uns mit solchen Blättern über unsere Pflichten auseinandersetzen zu können, erklären wir den Annehmern jener Entschließung (Damen und Herren): daß wir in der benannten Angelegenheit nichts veröffentlichen, was nicht vorher von seiten der Leitung des Deutschen Volksbundes gutgeheißen und angeordnet worden wäre. Wer also an diesen Dingen Kritik üben will, der möge sich an die richtige Adresse wenden und nicht versuchen, den Angriff gegen einen einzelnen Mann zu drehen, um auf diese Weise leichteres Spiel zu haben.

Um die Konfusion zu vervollständigen, erläßt jetzt noch Prof. Paul Förster eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er die Anrufung des Gerichts durch den Aufsichtsrat der „Deutschen Hochwacht" nicht billigt; er schreibt nämlich:

„Der Grund der Spaltung und leider auch der Verfeindung liegt in der tiefergehenden Meinungsverschiedenheit über die rechte Führung der Geschäfte. Hier die Betonung der selbstherrlichen Gewalt eines einzelnen, dabei aber Haftung aller Beteiligten; dort das Verlangen nach Durchführung einer wohlgeordneten Verfassung, die die Arbeit und Verantwortlichkeit verteilt und die genaueste Führung der Geschäfte von Bund und Blatt verbürgt.

Der ehrliche Versuch einer solchen verfassungsmäßigen Regierung, entsprechend einer durch lange Verhandlungen zweimal glücklich zustande gebrachten Einigung, hätte gemacht werden können und müssen; man hätte in Güte und nach Recht und Billigkeit alles in Ordnung bringen können. Das ist aber leider nicht geschehen; es sollte alles beim alten bleiben, und eben dieses Alte erschien den Beteiligten und Mitverantwortlichen keine sichere Grundlage für eine gedeihliche Fortführung der Geschäfte von Bund und Blatt; sie glaubten es auch vor dem Gesetze nicht verantworten zu können.

Da liegt es, da allein! Was man sonst vorbringt, lag damals nicht vor, als die Würfel fielen.

Zum Schlusse zwei Worte: 1. Ich bedauere den ganzen Bruderstreit von ganzer Seele. Die Scheidung hätte schiedlich friedlich vor sich gehen können, nicht unter diesen widrigen Begleiterscheinungen. Ich erlasse es mir aber, hier die Schuldfrage aufzuwerfen; es liegt mir an einem Abschlusse, nicht an der Fortführung des Streites. 2. Die Waffen nieder! Die Waffen vielmehr wieder gegen den „alten bösen Feind" da draußen gekehrt! Was noch geschehen muß, geschehe mit möglichstem Ausschluß der Oeffentlichkeit; dazu aber verpflichte ich vor allem die andere Seite!

Das Motiv der Abneigung des Herrn „Großmeisters" gegen eine öffentliche und gerichtliche Feststellung des Tatbestandes ist klar: es sollen die in der Geschäftsführung vorgekommenen schlimmen Dinge, die die patentierten Hüter deutscher Moral und Ehrlichkeit auf das Peinlichste bloßstellen würden, vertuscht werden!

Ueber geschäftlichen Boykott, den Katholiken gegen Juden in Illingen (Rheinpreußen) aus Anlaß der letzten Reichstagswahlen verübt haben, wird der „Köln. Ztg." geschrieben:

„In unserem 4000 Einwohner zählenden Ort besteht eine Anzahl nicht unbedeutender Geschäfte, die sich im Besitz von Israeliten befinden. Die stark bevölkerte Umgegend deckt ihren Bedarf ebenfalls in den hiesigen Geschäften. Seit Jahren war das Verhältnis unserer zu 90 Prozent katholischen Bevölkerung zu diesen israelitischen Geschäftsleuten das denkbar beste. Durch die letzte Reichstagswahl ist es jedoch gründlich zerstört worden. Unser Ort gehört zum Wahlkreise St. Wendel-Ottweiler-Meisenheim, in dem sich bei der letzten Reichstagswahl bekanntlich der Zentrumskandidat Marx und der Nationalliberale v. Schubert gegenüberstanden. Die Wahl endete mit der Niederlage des Zentrums, das auf einen sicheren Sieg gerechnet hatte und durch den Ausgang doppelt enttäuscht worden ist. Es war leicht festzustellen, daß die israelitischen Geschäftsleute nicht für das Zentrum gestimmt haben konnten. Schon gleich nach der Hauptwahl setzte die Agitation gegen die israelitischen Geschäftsleute ein; es wurden ihnen Drohbriefe zugesandt. Der Ausgang der Stichwahl brachte dann die Judenhetze offen zum Ausbruch. Die Drohungen mehrten sich. In der Nacht wurden aufhetzerische Flugblätter in die Häuser geworfen, die „an

die katholischen Glaubensgenossen" gerichtet waren, und in denen es hieß, es sei festgestellt, daß die Juden in Saarbrücken, Neunkirchen und Illingen liberal gewählt hätten. Die Juden hätten damit gegen die Katholiken, die ihnen das ganze Jahr hindurch ihren Verdienst zutrügen, gestimmt. Es folgte dann die Aufforderung, nichts mehr bei den Juden zu kaufen, sondern nur bei katholischen Geschäftsleuten. Am Fastnachtsdienstag folgten große Kundgebungen gegen die Juden. Auf einem Wagen sammelten sich mehrere Personen mit die Israeliten verhöhnenden Masken, und, gefolgt von einer mehr als tausendköpfigen Menge, zog man durch die Straßen; vor den Häusern der israelitischen Geschäftsinhaber machte man Halt und sang Spottlieder auf die Juden. In einem heißt es: Die Reichstagswahl, die wäre jetzt vorüber, geschlagen ist die fürchterliche Schlacht, ein Zentrumsmann, der ging uns hinüber, die Juden haben es so weit gebracht! Das ist ein Streich, den muß man jetzt parieren usw. usw. Die Spott- und Hetzlieder wurden in den Wirtschaften gesungen, die Kinder riefen sie auf der Straße vorübergehenden Israeliten zu. Der geschäftliche Boykott aber wird seit vier Wochen streng durchgeführt, ja, immer schärfer gehandhabt, da nach und nach auch die Kundschaft in der Umgegend mit aufgehetzt wird. Jüdische Metzger, die seit Jahren ihrer Kundschaft das Fleisch ins Haus trugen, finden die Türen verschlossen. „Verkauft das Fleisch an Schubert", so lauten die Zurufe. Die großen Geschäftshäuser hier am Platze, die besonders Sonntags nach dem großen Kirchgange gedrängt voll waren, sind jetzt leer, kein Kunde kommt. Einen schärferen wirtschaftlichen Boykott kann es nicht geben. Wie stellt sich nun das Zentrum zu diesem Kampf? Ein Beweis, von welcher Seite er angezettelt worden ist, ist schwer zu führen; sowohl das Gedicht als auch die Flugblätter waren ohne jeden Herkunftsvermerk, doch hat man einen Flugblattverteiler erwischt und unter Anklage gestellt. Jedenfalls tritt die Leitung der Zentrumspartei der Verhetzung der Massen nicht entgegen. Die ultramontane Presse nimmt dieselbe zweideutige Haltung ein. Hier dominiert die „Illinger Zeitung", ein Ableger der Dasbachschen Neunkirchener Zeitung. Das Blatt konnte nicht scharf genug den wirtschaftlichen Boykott verurteilen, der in der Gegend von Düsseldorf gegen die Katholiken nach der Wahl ausgeübt worden sein soll. Den hiesigen Verhältnissen aber, die ihm doch viel näher liegen müßten, steht es stillschweigend zu."

Der Zentrumspresse sind diese Vorgänge begreiflicher Weise sehr fatal; sie kann sie nicht in Abrede stellen, plaidiert doch aber andererseits für ihre Anhänger für mildernde Umstände. Daß der Boykott im übrigen eine zweischneidige Waffe ist, konstatiert ausdrücklich die „Köln. Volksztg." in einer Randbemerkung zu dem Vorgange in Saalfeld, wo die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien sich gegenseitig geschäftlich boykottieren.

Vermischtes.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus hat neuerdings zwei Vorstandsmitglieder durch den Tod verloren, welche die Bestrebungen des Vereins mit seltenem Eifer gefördert haben. Es sind dies der Landgerichtsrat a. D. Küster in Stettin und der Kaufmann und Stadtverordnete Philipp Simson in Danzig. Der Verein wird ihr Andenken in Ehren halten.

Der mysteriöse Mord, der in Beuthen in Oberschlesien am 3. April v. J. verübt worden ist und von der antisemitischen Presse flugs zu einem Ritualmord gestempelt worden war, ist jetzt aufgeklärt.

Wie erinnerlich, wurde die zerstückelte Leiche eines jungen Mannes gefunden. Nach der Art der Zerstückelung mußte diese von einem Fleischer ausgeführt worden sein.

Der Umstand, daß der Fund an einem Wochenmarkttage, an dem zahlreiche jüdische Heuhändler aus Galizien nach Beuthen kommen und ihren Standort bei der Fundstelle haben, ließ die unsinnigsten Gerüchte aufkommen. In der Annahme, daß die Leiche von auswärts eingeschleppt worden sei, wurden die Ermittelungen nach dieser Richtung hin ausgedehnt, führten aber trotz eifrigen Bemühens der deutschen und österreichischen Behörden zu keinem Ergebnis. Nun ist mit einem Male der Schleier über das geheimnisvolle Dunkel gelüftet worden. Das Verbrechen ist in der im Zentrum der Stadt Beuthen gelegenen Roßschlächter Liberkaschen Speisewirtschaft verübt worden. Der bei Liberka beschäftigte Haushälter Kioltyka hat, von Gewissensbissen gepeinigt, der Polizei Angaben gemacht, die die Identität des Toten feststellen ließen und zur Ermittelung des Mörders geführt haben. Der Tote ist der Arbeiter Josef Bronner aus Charley und sein Mörder der Brotgeber des Kioltyka, der Roßschlächter und Speisewirt Liberka. Dieser hat den Bronner aus Rachsucht erschlagen und dann mit Kioltyka zusammen die Leiche in die Abortgrube geworfen. Nach Verlauf von 14 Tagen haben beide die Leiche wieder herausgeholt, zerstückelt und in zwei Säcken nach der Fundstelle geschafft.

Als Liberka erfuhr, daß Kioltyka sein Gewissen erleichtern wollte, wurde er flüchtig, kam aber nur bis Charley, Kreis Beuthen, wo er von vier Polizeibeamten verhaftet wurde.

Belobigung der Sjedlezer Pogrommacher. Der Sjedlezer Pogrom, der letzte der vorjährigen Judenkrawalle, ging ohne Beimischung jeglicher Zufälligkeiten vor sich. Waren die früheren Metzeleien in Kischinew, Odessa, Rostow, Kertsch usw. von dem Abschaum der Stadtbevölkerung und betrunkenen Hooligans aus dem Verbande der „echt russischen" organisiert worden, so wurde der Pogrom in Sjedlez vom Anfang bis zum Ende lediglich vom Militär und von der Polizei veranstaltet und planmäßig durchgeführt. Diesen merkwürdigen Charakter der Sjedlezer Affäre mußte selbst die Regierung in Petersburg anerkennen und Herr Stolypin versprach eine „strenge und allseitige Untersuchung".

Die Ergebnisse der Untersuchung verzögerten sich jedoch. Inzwischen wurde der offizielle Bericht des Gendarmerie-Rittmeisters Pitschow veröffentlicht, der die schauderhaften Schilderungen der Korrespondenten über die empörenden Greueltaten in Sjedlez im vollen Umfange bestätigt und in vielen Punkten ergänzt hat. Die in dem Bericht festgestellten Tatsachen, die namentlich die verbrecherische Handlungsweise der Sjedlezer Militärbehörde mit dem Befehlshaber Oberstleutnant Tichanowsky an der Spitze klar ersichtlich machten, erregte das größte Aufsehen und wurden niemals widerlegt.

Es verstrichen wieder einige Monate. Und nun liegt endlich das Ergebnis der „strengen und allseitigen Untersuchung" vor. Am 20. Februar d. J. unterzeichnete, wie die „Russ. Korr." schreibt, der Generalgouverneur von Warschau, der berüchtigte General Skalon, einen Dankerlaß an die Garnison von Sjedlez, der als förmliche Lobpreisung der dortigen aktenmäßig gebrandmarkten Pogrommacher gelten kann. General Skalon gedenkt rühmend der Tapferkeit, der Eides- und Pflichttreue der Sjedlezer Garnison und ihrer Befehlshaber bei Unterdrückung des „organisierten revolutionären Aufruhrs" und schreibt dann weiter: „Die relativ schnelle Unterdrückung des Aufruhrs, der im Falle seines Erfolges ernste Gefahren für das ganze Gebiet gebracht hätte, schiebe ich dem Heldenmute der genannten Truppen der Sjedlezer Garnison, sowie namentlich der Energie und Gewandtheit des Garnisonchefs Oberstleutnant Tichanowsky und der übrigen Offiziere zu. Ich sage dafür den tapferen Mannschaften der genannten Truppenabteilungen meinen herzlichen Dank und dem Oberstleutnant Tichanowsky sowie den übrigen Offizieren bringe ich meine aufrichtige Anerkennung dar. Gleichzeitig wird Tichanowsky zum Oberst ernannt."

Wir wissen, daß die Mannschaften auf Befehl Tichanowskys sich dem zügellosesten Morden und Rauben ergaben, wobei der wackere Oberstleutnant noch über „zu wenig Tote" klagte. Herr Tichanowsky verbot auch, Privattelegramme zu befördern, damit die Einwohner sich um Einstellung des Blutvergießens nicht an die Regierung wenden könnten. Während des Kriegsgetümmels versammelte

Herr Tichanowsky einen Sängerchor um sich, und inmitten des Schießens, des Blutvergießens, des Raubes und Brandes erklangen in der unglücklichen Stadt fröhliche Gesänge.

Nun besteht ein sonderbarer Widerstreit.

Entweder ist die von Stolypin versprochene allseitige Untersuchung noch immer nicht vollendet und der Befehl Skalons beruht auf unkontrollierten Angaben, oder aber der Bericht Petuchows stellt eine Verleumdung der Armee und des Oberstleutnants Tichanowsky dar. Entweder Petuchow oder Tichanowsky und Genossen müssen gebührend exemplarisch bestraft werden.

Zwei offizielle, sich widersprechende Dokumente in einer Affäre, wie die von Siedlez, können und dürfen nicht geduldet werden. Die Sache muß völlig aufgeklärt werden. Oder . . . liegt sie auch ohne dies klar?

Neun Monate an einem kleinen Amtsgericht.*)

(Aus dem Leben eines Juristen.) Von Dr. N. F. E.-Wiesbaden.

Vor längeren Jahren hatte ich nach schweren Mühen das Referendar-Examen glücklich bestanden. In fröhlichster Stimmung trat ich die Fahrt an das kleine Amtsgericht an, an welchem ich nun für neun Monate verweilen sollte. Wer beschreibt meine Freude, als ich auch noch statt des erwarteten armseligen Nestes ein anmutiges Städtchen fand, das durch seine herrliche Lage jedes für Schönheit empfängliche Herz entzücken mußte. In gebirgiger, waldiger Gegend thronte Burgen hoch oben auf einem Felsen. Unten im Tal wand sich der Fluß, auch auf der anderen Seite von Felsen eingeschlossen; den Fluß entlang führten aufwärts und abwärts Landstraßen, die mit mächtigen, alten Linden bewachsen waren, und aus den Bergen, an deren Fuß die Chaussee sich schlängelte, sprangen, besonders im Frühjahr und Herbst nach Regenfällen, turmhohe Wasserfälle hervor, die brausend in die Gräben neben der Landstraße stürzten. Und nun gar die Fernsicht von dem Felsen aus, auf welchem Burgen lag! Meilenweit sah ich ins hügelige Land hinein; Berge, Ruinen, Dörfer und Flecken lagen, als ich langsam bergan stieg, vor meinen Blicken. Noch trunken von all der Schönheit, betrat ich das letzte Haus des Berges, an welchem weiße Lettern auf schwarzer Tafel besagten: Königl. Preuß. Amtsgericht.

Der Amtsrichter, ein blonder Hüne, empfing mich. Nach Erledigung des Dienstlichen fragte er mich nach Wohnung und Mittagstisch und sagte darauf:

„Herr Kollege, ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: wissen Sie, ich habe nichts gegen die Juden, und der Herr Assessor Schroeder auch nicht, aber der Herr Assessor von Heller ist Antisemit. Er hat erklärt, er würde nicht mit Ihnen zusammen an demselben Mittagstisch essen. Aber das schadet nichts, gehen Sie nur mit dorthin. Ich sage Ihnen das alles, weil es mir leid wäre, wenn Assessor von Heller Sie schlecht behandelte!"

Es war mir, als hätte mir jemand mit dem Hammer auf den Kopf geschlagen. Jäh war ich aus der freudigen Stimmung, in die mich der Antritt meines neuen Dienstes und die Schönheit der Natur versetzt hatten, herausgerissen; doch biß ich für einen Augenblick die Zähne zusammen und erwiderte:

„Seien Sie unbesorgt, Herr Amtsrichter, eine schlechte Behandlung würde ich mir nicht gefallen lassen. Zum Mittagstisch aber gehe ich mit, nicht weil mir etwas an der Gesellschaft des Herrn Assessor liegt, sondern weil es mein gutes Recht ist und weil ich nicht vor dem Herrn Assessor weichen will."

Das Mittagessen verlief ruhig, da ich als Neuling und Jude natürlich doppelt zurückhaltend sein mußte. Ich nahm mich zusammen, damit keiner mir anmerkte, wie tief unglücklich ich war. Denn daß ich es war an diesem Tage, der für alle anderen Referendare ein Freudentag ist, das wurde mir klar, als ich wieder allein war. Zum ersten Male war ich wirklich allein auf der Welt. Denn vorher war ich auch auf der Universität immer mit gleichaltrigen und gleichgesinnten Freunden zusammen gewesen. Hier aber war ich nicht nur allein, sondern ich war von Leuten umgeben, die mich als notwendiges Uebel betrachteten, ich war, wie mir später einer aus diesen Kreisen in der Betrunkenheit sagte, „geduldet".

Was sollte ich tun? Mit einer Art Heimweh ging ich zum Bahnhof, wo ich meinen zufällig durchreisenden älteren Bruder traf. Wir berieten meine Lage und kamen zu dem Entschluß, daß ich ausharren und mir, wenn nötig, mit allen Mitteln, sei es auch mit der Waffe, eine würdige Stellung verschaffen sollte. Wohl niemals hat mein Bruder mit so schwerem Herzen Abschied von mir genommen, wie an jenem Nachmittage.

Ich nahm mir vor, meinen Trost in der Arbeit zu suchen, und handelte danach. Bis spät abends saß ich hinter den Akten und verließ das Amtsgericht oft erst, wenn es schon stundenlang in tiefem Dunkel, von allen verlassen, lag. Der Amtsrichter war ein tüchtiger, pflichtgetreuer Beamter, dem ich als Jurist viel verdanke; auch war er im Dienste nicht unangenehm, sodaß mir meine Arbeit, die ja an sich interessant genug war, doppelte Freude machte. Denn sonst wäre ich in jenen Tagen verbittert. Der Amtsrichter, der sich mir gegenüber nicht als Antisemit ausgegeben hatte, war in Wirklichkeit noch viel schlimmer als der antisemitische Assessor v. Heller. Dieser war ja Antisemit, aber ein gerader, offener Charakter, der sich im Dienst tadellos gegen mich benahm. Außer Dienst verkehrten wir nicht miteinander, was ich, wenn er nicht Antisemit gewesen wäre, wohl hätte bedauern können. Der Amtsrichter dagegen war ins Gesicht meist freundlich gegen mich, aber sein Verhalten mir gegenüber war auch im Dienst nicht korrekt. So suchte er mir eines Tages das Wort abzuschneiden, als ein Schöffe eine antisemitische Bemerkung machte und ich ihn sehr ruhig darauf aufmerksam machte, daß ich Jude sei. Bei solchen Gelegenheiten aber, deren es mehrere gab, zog der Amtsrichter stets den Kürzeren. So auch als er eines Tages sich in meiner Gegenwart mit einem Assessor über einen jüdischen Amtsrichter X. unterhielt und diesem dabei „mauschelnd" nachahmte. Da hob ich den Kopf und sagte: „Spricht der Amtsrichter X. so gewöhnlich, Herr Amtsrichter?" Da war er verblüfft und sagte nur: „Ja, ja", während der Assessor ganz unverhohlen seine Freude über die Abfuhr des Amtsrichters zeigte. Um gerecht zu sein, muß ich aber feststellen, daß der Amtsrichter mich im übrigen nicht schlecht behandelte und daß er vor allen Dingen meine juristische Ausbildung gut leitete.

Dennoch waren die neun Monate für mich in Burgen eine Qual. Ich war ganz allein und hatte keinen Menschen, mit dem ich menschlich sprechen und verkehren konnte. Mit der Gesellschaft, mit welcher ich nach „standesgemäßer" Anschauung hätte leben sollen, kam ich nur beim Mittagstisch zusammen. Es traf sich, daß zu jener Zeit in Burgen alle höheren Beamten Junggesellen waren. Da saß am Kopf des Tisches der Herr Bürgermeister, ein früherer Jurist, Mitte der 50er, ein großer Nimrod vor dem Herrn, wohlwollend, mit jedem Klatsch des Städtchens vertraut, geschickt zwischen den beiden Cliquen des Ortes, den fremden Beamten und den einheimischen Industriellen, die goldene Mittelstraße wandelnd, die erste Respektsperson des Mittagstisches. Da war weiter der Herr Amtsrichter, der „Freund" des Herrn Bürgermeisters, liebenswürdig, aber falsch, der Weinkenner und die zweite Respektsperson des Mittagstisches. Wie ohne den Willen Gottes kein Sperling vom Dache fällt, so kannte keine Meinung, kein Wört-

*) Aus dem „Isr. Familienblatt".

chen sich hervorwagen, wenn es nicht die Sanktion dieser beiden Gewaltigen gefunden hätte. Da saß ferner der Herr Oberförster, der alte hagere Soldat, schweigsam, duldsam, ohne Falsch und weniger beschränkt in seiner Anschauung als die anderen und infolgedessen heimlich angefeindet von ihnen. Zwei Gerichtsassessoren, ein adliger Avantageur, ein Regierungsassessor, geschwätzig und neugierig wie eine Waschfrau, und der Referendar vervollständigten den Kreis. Zuweilen kam noch ein Bergrat aus der nächsten Kreisstadt hinzu, ein großer korpulenter Mann. Wenn er kam, versicherte er stets, daß ihm nicht gut sei; dann setzte er sich hin und aß für dreie; zuweilen mußte er innehalten und ging einige Male luftschnappend im Zimmer auf und ab, dann nahm er mit neuer Kraft die Arbeit auf. In diesem Kreise herrschte eine materielle, enge und beschränkte Lebensauffassung.

Die Unterhaltung bei Tische drehte sich meist um Essen und Trinken und war oft für den stillen Zuhörer von unwiderstehlicher Komik. In der Nähe von Burgen war ein größerer Ort, wo die Beamten der Umgegend öfters zusammenkamen, hauptsächlich zu dem edlen Zweck, um gut zu essen und zu trinken. Nach einem solchen Zusammensein begann am anderen Tage beim Mittagstische in Burgen die Unterhaltung wohl folgendermaßen:

„Ich weiß nicht, Herr Bürgermeister, ich meine, das Gänschen gestern Abend wäre etwas zu knusperig gewesen."

„Sehr richtig, Herr Amtsrichter, aber das Säucechen, das Säucechen war doch delikat."

„Ja, Herr Bürgermeister, da hat Emmichen ein Kunststück gemacht. Ueberhaupt, die Saucen, die Emmichen machen kann!"

„Auch die Schweinerippchen, Herr Amtsrichter, waren nicht zu verachten."

„Meines Erachtens, Herr Bürgermeister, haben wir die schon besser gehabt. Da habe ich neulich in Eßstadt Rippchen gegessen, ich sage Ihnen, glänzend. Nicht zu viel gesalzen, nicht zu wenig gesalzen, nicht zu kurz gelegen, nicht zu lang gelegen; es war etwas Wunderbares!"

Wenn der Herr Amtsrichter in dieser Weise vom Essen sprach, dann kam er ordentlich in Hitze und bei dem Worte „Wunderbares" stieß er das W ganz scharf hervor und dehnte das a sekundenlang. Wurde so über das Essen gesprochen, dann bedauerte ich, keinen Phonographen zur Verewigung bei mir zu haben, doch suchte ich mir die Worte einzuprägen, in der Absicht, sie einmal wiederzugeben.

Amüsant war es auch zuweilen, den Avantageur, der kein schlechter Gesellschafter war, zu beobachten. Er markierte stark den feudalen Offizier, trank gern und viel Sekt und unterhielt in salopper Weise die ganze Gesellschaft. Als er eines Tages vom Besuch seiner bejahrten und nicht unbedenklich erkrankten Mutter zurückkehrte, erzählte er:

„Mama hat Jürtelrose, habe ihr gesagt, würde Jürteltier daraus entstehen. Alte Dame sehr geknickt gewesen!"

Schallende Heiterkeit lohnte den geschmackvollen „Witz".

Viel schwerer fiel es mir, ruhig zu bleiben, wenn einmal über Politik gesprochen wurde. Da herrschten geradezu unglaubliche Anschauungen; der Amtsrichter z. B. verfocht, als er einmal in meinem Besitze die „Frankfurter Zeitung" sah, mit Leidenschaft die Ansicht, diese Zeitung sei sozialdemokratisch und unterscheide sich durch nichts vom „Vorwärts". Vergebens suchte ich ihn aufzuklären. Kam mir bei solcher Gelegenheit ein freigesinntes Wort über die Lippen, so fiel man von allen Seiten über mich her. So auch, als einmal vom Burenkrieg die Rede war. Da war man in allem Ernste der Ansicht, Chamberlain habe den Krieg heraufbeschworen, um sich zu bereichern. Als ich bescheiden einwandte, ich könne mir nicht denken, daß ein solch' bedeutender Mann ein Schurke sei, und die Meinung vertrat, dem englischen Kolonialminister sei es nur darum zu tun, sein Vaterland groß zu machen, da kam ich schön an. Von allen Seiten wurde mir zugerufen, ich sei noch zu jung, um mitreden zu können, ich stände auf Seiten der Engländer, ich sei kein Patriot usw.

Von da ab vermied ich es noch mehr als sonst, mich an der Unterhaltung zu beteiligen. Ich begriff aber nun viel; was mir vorher unerklärlich war. Wenn sich in diesen Köpfen so die Welt malte, dann ist es ja nur zu erklärlich, daß ein kleinlicher, enger Geist so oft aus den Maßregeln der Verwaltung, den Taten der Gesetzgebung, den Entscheidungen der Richter spricht.

Etwas erträglicher wurde meine Stellung durch ein Rencontre mit einem antisemitisch gesinnten Arzte an Kaisers Geburtstag. Ich war mit dem Amtsrichter zusammen bis abends fleißig an der Arbeit gewesen und kam infolgedessen zu spät zum Festessen. Zum ersten Male in meinem Leben vergaß ich, daß ich Jude war, und versuchte, fröhlich mit den Fröhlichen zu sein. In dieser Stimmung blieb ich nicht nüchtern. Da rempelte mich plötzlich der antisemitische Arzt an. Er hatte sich über mein Zuspätkommen geärgert. Ich war so benebelt, daß ich mich nicht recht wehren konnte und so konnte er mir sagen, ich sei nur „geduldet". Am anderen Tage erzwang ich von ihm, durch eine schwere Forderung, eine feierliche Entschuldigung und Zurücknahme seiner Beleidigung. Ich bin grundsätzlicher Gegner des Duells, aber niemals war meine Ueberzeugung, daß der jüdische Akademiker zu seiner Selbsterhaltung im Notfalle mit der Waffe vorgehen muß, gefestigter als damals. Glücklich die Stunde, in welcher mit allen törichten Anschauungen auch der Duellunfug verschwindet! Wie aber heute die Dinge liegen, muß jeder jüdische Akademiker für alle Fälle gerüstet sein. Hätte ich damals den Schimpf auf mir sitzen lassen, ich wäre nicht in Burgen, sondern an jedem anderen Gericht unmöglich gewesen. So aber brachte man mir von da ab, wenn nicht Sympathie, so doch Achtung entgegen. Selbst der antisemitische Assessor geruhte, auch außerdienstlich mit mir zu sprechen.

Im Grunde aber blieb ich „geduldet"! Nach wie vor saß ich mittags bei Tisch schweigend da, mußte ich doch immer damit rechnen, bei Teilnahme an der Unterhaltung eine antisemitische Bemerkung zu hören. Abends saß ich Tag für Tag einsam auf meinem Zimmer. In den neun Monaten wurde ich nicht ein einziges Mal aufgefordert, an der abendlichen Geselligkeit teilzunehmen. Ich zählte in der Woche die Tage, bis der Samstag nachmittag erschien, an dem ich zu meinen Angehörigen in die Heimat fahren konnte, und finster und freudlos lagen die Tage vor mir, wenn ich Montag früh nach Burgen zurückfuhr. Wie eine Erlösung begrüßte ich die Stunde, in der ich Burgen für immer Lebewohl sagen konnte, wo ich nicht mehr jedes Wort auf die Wagschale zu legen brauchte, wo ich sprechen konnte, ohne zu befürchten, in der nächsten Minute beschimpft zu werden.

Blicke ich heute auf jene langen, langen neun Monate am Amtsgericht Burgen zurück, so kann ich mich zwar einer Regung des Grolls gegen diejenigen, die mir diese Zeit verbitterten, nicht erwehren; allein auch dieser Lebensabschnitt ist nicht wirkungslos gewesen, vielleicht segensreicher, wie mancher andere. Ich habe dort viel gelernt, viel als Jurist, mehr und Wichtigeres als Mensch.

Wie sagt Goethe? „Die Schmerzen sind's, die ich zu Hilfe rufe, denn es sind Freunde, Gutes raten sie."

Briefkasten.

R. Prof. Jellinek in Heidelberg ist, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, in der Tat nicht mehr Jude.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 13/14. Berlin, 27. März 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibsendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Wegen der Feiertage fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen" aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen" zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen" stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Die Unruhen in Rumänien.

Von A. Goldschmidt.

Rumänien lenkt die Aufmerksamkeit der Welt seit Jahrzehnten durch die gleichen Handlungen und Vorgänge auf sich wie Rußland: Ausnahmegesetze gegen die Juden, Exzesse gegen die Juden, Agrarunruhen, die sich gegen Juden und Christen kehren, Massenauswanderung und — last not least — Anleihen im Ausland. Unterschiede in diesen Erscheinungen ergeben sich nur aus den Größen- und Machtverhältnissen und der Regierungsform der beiden Länder. Rußland als Großstaat, gestützt auf sein Heer, auf den Zweibund, auf die Furcht der europäischen Mächte vor Erschütterung des europäischen Gleichgewichts und auf die begründete Furcht Europas vor der Eventualität des russischen Staatsbankerotts treibt seine reaktionäre Politik ganz offen und unverhüllt. Die inneren Erschütterungen, von denen es nach dem russisch-japanischen Kriege durchkrampft wird, sind hervorgerufen durch das Bestreben des Zarentums und der russischen Bureaukratie, der zivilisierten Welt und dem Volk zum Trotz die reaktionäre Politik, eine Politik, die ihnen auf Kosten der unterdrückten und erbarmungslos ausgebeuteten Masse des Volks ein Herrenleben gewährt, aufrecht zu erhalten.

Rumänien ist ein kleiner Staat, der parlamentarisch regiert wird. In Rumänien wird dieselbe Politik wie in Rußland, nur vorsichtiger, intriganter getrieben; die parlamentarischen Dehors werden gewahrt.

Die Bauernunruhen, die einen Umfang wie noch nie zuvor angenommen haben, zeigen, wohin diese Politik geführt hat. Take Jonescu, der Finanzminister des abgetretenen konservativen Ministeriums — die Finanzminister von Rußland und Rumänien suchen immer Fühlung mit dem Auslande — hat der „Neuen Freien Presse" in Wien telegraphisch mitgeteilt, daß die „unglückliche Bewegung nicht lediglich antisemitischen, sondern auch agrarischen und anarchistischen Charakters sei" — und der König von Rumänien hat einer Deputation der Gutsbesitzer des Bezirkes Jassy unter Führung des Fürsten Ghika erklärt, daß an allem Unglück nur die Politik schuld sei, durch die die Verwaltung, die vor dreißig Jahren gut war, demoralisiert worden sei.

Der König und der Finanzminister haben die Verhältnisse sicherlich richtig beurteilt, insofern es sich um die Tatsachen handelt: Die Verwaltung in Rumänien ist demoralisiert, sie ist demoralisiert durch die Politik, durch die Politiker, die Gesetzgeber, weil diese Politik und Gesetzgebung in ihrem Wesen und ihren Emanationen unmoralisch ist.

Take Jonescu ist auf die Ursachen der „unglücklichen Bewegung" und ihrer dreifachen Erscheinungsart nicht näher eingegangen. Es ist aber nicht schwer zu erkennen, daß die antisemitischen, agrarischen und anarchistischen Unruhen die Folgen einer Verwaltung und Politik sind, die Jahrzehnte hindurch die Volksmassen dem Elend preisgegeben und sie demoralisiert haben durch eine Demagogie, die ihresgleichen sucht.

Die Konservativen (meist Bojaren, Grundbesitzer) und die Liberalen (Lehrer, Geistliche, Rechtsanwälte usw.) sind die herrschenden Parteien Rumäniens, die Junimisten — gebildete Leute, die mit den Verhältnissen im Ausland meist aus eigener Anschauung vertraut sind — sind mehr von dekorativer Bedeutung. Die Liberalen und Konservativen lösen sich in Regierung und Opposition ab: die Zeit der Regierung ist die Zeit der fetten Jahre für die Parteigänger, die Zeit der Opposition die der mageren Jahre. Der erbitterte Kampf dieser beiden Parteien um die Herrschaft, um den Genuß und die Vorteile der Regierung drückt dem politischen und auch dem wirtschaftlichen Leben des rumänischen Volkes seinen Stempel auf — den Stempel rücksichtsloser, brutaler Klassenherrschaft.

Die Opfer dieser macht- und beutehungrigen Politiker und Beamten sind die Bauern und die Juden. Die Bauern sind wirtschaftlich und politisch die schwächsten Elemente. Sie haben seit ihrer im Jahre 1864 erfolgten Emanzipation noch nicht festen Fuß fassen können; sie sind aus der Verschuldung und dem Elend nicht herausgekommen. Man hat ihnen Land gegeben, ohne die nötigen Kreditinstitutionen zu schaffen, die ihnen die erforderlichen Mittel gewähren, es zu bewirtschaften; für die Verbesserung des Bodens ist nichts Durchgreifendes getan worden; das ländliche Schulwesen ist vernachlässigt.

Die Juden aber, ein Element, das, strebsam und intelligent, zum Fortschritt und Gedeihen des Landes bei freier Entwicklung sehr viel hätte beitragen können, hat man systematisch zu schwächen und zu ruinieren versucht. Die eingeborenen, seit Generationen in Rumänien ansässigen Juden werden in einer absurden und heuchlerischen Fiktion als Fremde von Gesetzeswegen betrachtet. Da diese Fremde dem Schutze keines ausländischen Staates unterstehen, sind sie macht- und wehrlos gegenüber der skrupellosen Vergewaltigungs- und Vernichtungspolitik.

Ueber den Willen der Mächte, die im Berliner Vertrag von 1878 Gleichberechtigung für die rumänischen Juden stipulierten, setzt man sich vermöge der Fiktion, daß sie Fremde sind, hinweg. Seit Jahrzehnten wird mit Hochdruck daran gearbeitet, sie zu entrechten, sie wirtschaftlich und intellektuell niederzuhalten. Die Gesetze werden verschärft und ergänzt durch Ausführungsbestimmungen, durch Ministerialverordnungen, Polizeivorschriften — und sie werden umgangen und verletzt durch Polizei- und Verwaltungspraxis. Voseseu, der Präfekt von Botoschani, dem Bezirk, wo die Bauernunruhen ihren Anfang nahmen, hat in dieser Beziehung Außerordentliches geleistet.

Die rumänische G e s e t z g e b u n g macht förmlich J a g d a u f d i e J u d e n, um ihnen die Existenzmöglichkeiten abzuschneiden.

Seit Ende der sechziger Jahre hat man ihre Austreibung aus den Dörfern und ihre Zusammenpferchung in Städte begonnen, sie dürfen keinen Grundbesitz auf dem Lande erwerben; Staats- und Gemeindestellungen sind ihnen verschlossen — aber auch ebenso die Ausübung akademischer Berufe — außer dem ärztlichen. Sie dürfen keine Staatserzeugnisse verkaufen — Salz, Zigaretten, Tabak, Streichhölzer 2c.; der Hausierhandel ist ihnen untersagt; sie dürfen sich nicht an öffentlichen Submissionen beteiligen, keine Apotheken besitzen 2c. 2c. Als Kaufleute und Handwerker sind sie in wichtigen Funktionen minderen Rechts. Die öffentlichen Schulen sind ihnen de facto aber de jure verschlossen. Auf diese Weise wird planmäßig die Kluft zwischen ihnen und den christlichen Rumänen immer mehr erweitert. Dafür haben sie aber das Recht und die Pflicht, Soldat zu spielen — sie avanzieren freilich — wie in manchen anderen Ländern — nicht.

Man hat die Juden von Staats- und Gesetzeswegen auf Grund einer lächerlichen Fiktion zu Menschen zweiter Klasse gemacht; man hat dadurch weite Massen der jüdischen Bevölkerung künstlich proletarisiert.

Es ist in Rumänien dahin gekommen, daß nicht nur die Gesetzgebung und die Verwaltungsorgane die Juden entrechten, sondern daß die Rechtsprechung Mörder von Juden straflos läßt.

So hat man eine b e s o n d e r e R e c h t s s p h ä r e für die J u d e n geschaffen, eine Rechtssphäre mittelalterlicher Natur. Aber man hat es nicht ungestraft tun können, nicht ohne das Rechtsbewußtsein der ganzen Nation zu untergraben. Die Politiker, die ihre Unterlassungs- und Begehungssünden auf die Juden abschieben, haben durch wilde Agitation in den Massen in Stadt und Land das Ihrige dazu getan, um die Demoralisation zu vollenden.

Die Juden sind seit jeher ein Spielball der Parteipolitik gewesen; bald hetzte man die städtische, bald die ländliche Bevölkerung auf die Juden. Die Opposition tat es seit jeher auch aus dem Grunde, um durch Erregung von Unruhen dem am Ruder befindlichen Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten und es zu stürzen. Von Kennern der Verhältnisse ist seit langem die Zunahme der antisemitischen Agitation und das Stattfinden von antisemitischen Demonstrationen und Exzessen in Bukarest, Craiova 2c., woran Lehrer, Studenten und Gymnasiasten beteiligt waren, als Versuch der Liberalen aufgefaßt worden, ihre Regierungsära vorzubereiten.

Die Bauernbewegung ist den Parteipolitikern über den Kopf gewachsen. Alle Parteien haben den Bauern Versprechungen aller Art gemacht. Bei Kommunalwahlen, in jeder Versammlung wurde die Agrarfrage debattiert; es wurde versprochen, die Güter nicht mehr an jüdische Pächter zu verpachten, sondern an eine Gemeinschaft Bauern. Man hat nicht genug Entrüstung gegen den landwirtschaftlichen Trust der jüdischen Großpächter zur Schau tragen können. Was hat man in Wirklichkeit g e t a n? Es ist sehr interessant, in rumänischen Blättern vom O k t o b e r vorigen Jahres einiges darüber nachzulesen.

Die „Revista idealista" vom Oktober schreibt: „Wer verpflichtet unsere Gutsbesitzer, ihre Ländereien den Fischer zu verpachten? Pachten diese die Ländereien mit bewaffneter Hand? Augenscheinlich nicht. Warum verpachten die Gutsbesitzer sie dann? Weil sie habgierig sind, weil die Brüder Fischer ihnen vorteilhafte Preise bieten; und dann vergessen unsere Bojaren die Diskussionen und Polemiken der Presse über die Gefahren des sogenannten landwirtschaftlichen Trusts und vertrauen ihre Güter den Fischer an. So machen es die Konservativen, die Liberalen und die Junimisten. Von dem Augenblick an, wo wir mit Eilfertigkeit, Freude und Enthusiasmus ihre erhöhten und übertriebenen Preise annehmen, steht es uns nicht an, gegen die Fischer loszuziehen. Wir werden das Recht zu protestieren haben, wenn wir uns geweigert haben, mit ihnen zu unterhandeln. Solange wir von ihrem Gelde Nutzen ziehen, tun wir besser, zu schweigen, und unser Gewissen prüfend, zu bekennen, daß wir Elende sind. Das Wort ist hart, aber gerecht."

Der „Prezentul" schreibt gleichfalls im Oktober 1906: „Wir begreifen nicht, warum seit einiger Zeit die Kampagne ausschließlich gegen den Trust der Pächter gerichtet ist, und warum man diese Vereinigung als die einzige Ursache der Uebel gelten lassen will, an denen die Landbevölkerung leidet. Die Verwirrung, die seit einiger Zeit in dieser Sache herrscht, ist wahrhaft beunruhigend. Heute sind die Dinge dahin gekommen, daß, wenn man von den Verbesserungen der Existenz der Bauern spricht, man die wirklichen Ursachen ihres Elends aus den Augen verliert. Man setzt alles auf die Rechnung des Trusts der Pächter. A l s w e n n d a s g a n z e r u m ä n i s c h e T e r r i t o r i u m d u r c h d i e T r u s t s a u f g e k a u f t w ä r e . . . .

Wir wiederholen die Frage nochmals: w a r d i e S i t u a t i o n d e r L a n d b e v ö l k e r u n g v o r d e n T r u s t s, die seit 10 Jahren bestehen, besser, und glaubt jemand, daß diese Lage sich verbessern würde, wenn die Trusts verschwinden? Wir sind sicher, daß niemand diese Frage wird bejahend beantworten können."

Die verelendeten Bauern, aufgeregt durch große, aber heuchlerische — kurz demagogische Versprechungen und die fortgesetzten Hetzen gegen die Juden — die außer den gewerbsmäßigen (von Rußland her verstärkten) Agitatoren, Lehrer und Geistliche, betrieben — wandten sich zuerst gegen jüdische Großpächter. Diese sind aber nur in gewissen Gebieten die Platzhalter der Bojaren. Wo die

christlichen Großgrundbesitzer und Pächter auf eigene Rechnung wirtschafteten, standen sie den Bauern ganz so gegenüber, wie die Fischer, und die Bauernbewegung nahm den Charakter einer reinen Agrarrevolte an. Daß die Bauern — und von ihnen angesteckt der städtische Pöbel — Pogrome auch gegen die armen und ärmsten Juden veranstalteten, kann nicht wundernehmen. Den Judenhaß hat Rumänien offiziell großgezogen; Gesetz und Verwaltung haben die Juden vogelfrei gemacht. Wenn die Bestie im Menschen erst einmal entfesselt ist, wird er anarchisch. Aber diese Anarchie und diese Anarchisten hat der rumänische Staat mit Kunst und Fleiß herangebildet; er hat sie gezüchtet. Bauernaufstände haben in Rumänien des öfteren stattgefunden, vor dem Trust der jüdischen Gutspächter in Gebieten, wo es keine Juden oder nur in verschwindender Zahl gab. Man hat die Aufstände niedergeworfen. Die Regierung hat höchstens gewechselt, das ist aber auch die einzige Veränderung gewesen. Der status quo ante in der Lage der Bauern ist geblieben.

Es wird diesmal nicht anders sein. Das konservative Ministerium hat demissioniert und ein liberales unter Sturdza tritt an seine Stelle.

Die europäischen Kulturstaaten gehen aber über die Vorfälle in Rußland wie über die in Rumänien mit gleicher Ruhe zur Tagesordnung über. Auch auf der Haager Friedenskonferenz werden sich die Diplomaten, die über den Weltfrieden beraten, über die russischen und rumänischen Pogrome ihre Köpfe nicht zerbrechen.

Die russischen Juden in Deutschland.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Es scheint in den Schwächen der menschlichen Natur begründet zu sein, daß wir eines Schreckgespenstes zur Einschüchterung bedürfen. Die Furcht spielt ja in der menschlichen Psyche eine hervorragende Rolle. Die kleinen Kinder schreckt man mit dem „bösen Mann", wenn sie nicht artig sein wollen, die großen Kinder macht man mit den russischen Juden gruselig. Der russische Jude ist in der Regel dem Deutschen nicht viel vertrauter als der Chinese. Der Deutsche kennt nicht einmal sein soziales, geschweige sein seelisches Leben. Und diese Schwäche wird von unseren Volksverhetzern gründlich ausgebeutet und jeden Tag werden neue Ammenmärchen über die russischen Juden und die Gefahr, die von ihnen droht, verbreitet.

Oft sind es nicht nur die antisemitischen Winkelblättchen, sondern auch große ernste Zeitungen, die einen Horror vor den russischen Juden empfinden. Der russische Jude erscheint ihnen in der Phantasie als schmutzig, verwahrlost, mit Krankheiten behaftet, geistig rückständig und sittlich verkommen. Das Bild ist den paar armen, aber im Grunde harmlosen Schnorrern aber Hausierern entnommen, die man überall trifft. Diese deklassierten Elemente erhebt man zum Typus und man denkt, die 5 Millionen Juden in Rußland sehen alle so aber ähnlich aus. Ist das im Grunde wunderlich? Man hat ja auch noch nicht gelernt, die deutschen Juden, die seit hunderten von Jahren im Lande leben, dieselbe Kultur und dieselbe Luft einatmen und für dieselben Ziele leben und wirken, Leute, mit denen man täglich in Berührung kommt, zu verstehen und richtig zu beurteilen. Wie soll man nun die russischen Juden begreifen?

Allzu schwer wäre freilich auch diese Aufgabe nicht, wenn man nur den ehrlichen Willen dazu hätte. Man brauchte nicht einmal über die Grenzen zu gehen, man könnte die russischen Juden in Deutschland studieren. Es gibt unter diesen russischen Juden, die dauernd oder vorübergehend in Deutschland leben, Männer, die Deutschland Millionen durch ihren Handel einbringen, die jährlich große Summen an Steuern entrichten. Es gibt unter ihnen Männer, die die besten Kulturvermittler zwischen Ost und West sind, die uns erst den Genuß der russischen Dichtungen möglich machen und die den Russen unsere Geistesheroen zuführen. Es gibt unter ihnen viele hervorragende Gelehrte und Künstler, Kaufleute und Industrielle, die Vortreffliches auf ihren Gebieten leisten. Das wollen diejenigen Schriftsteller, die mit dem nationalen Mantel ihre Unkenntnis und ihr sittlich niedriges Niveau verdecken, natürlich nicht wissen. Es ist ja viel bequemer zu urteilen, wenn man von Sachkenntnis nicht getrübt ist.

Speziell unsere berufsmäßigen Antisemiten betrachten den russischen Juden als Kehrichthaufen, wo alle Erzeugnisse der Torheit und Bosheit abgeladen werden können. Hier hat die Phantasie freien Raum, weil die Kontrolle sehr erschwert ist. Was der letzte Rest von Schamgefühl von den deutschen Juden zu sagen verbietet, das wird kühn von den russischen Juden behauptet. Es entsteht so ein Berg niederträchtigster Lügen und lächerlichster Empfindungen, den abzutragen fast unmöglich ist. Und das Traurige ist die alte Erfahrung, daß immer etwas hängen bleibt und daß auch sonst gerecht denkende Menschen wenigstens einen Teil von diesen unmöglichen Behauptungen glauben. Im Grunde aber braucht man sich nur all die Widersprüche über die russischen Juden im Urteile der Antisemiten selber vor Augen zu halten, um sich davon zu überzeugen, wie töricht und widerlich dieses ganze Treiben ist. Der eine schildert sie als fanatisch religiös, der andere dagegen als gottlose Menschen, als Atheisten und Religionshasser. Der eine malt sie als feig und kriecherisch, der andere als blutige Revolutionäre mit Dynamitbomben in der Tasche. Der eine schildert sie als geizig und schmutzig, der andere entrüstet sich über ihre Verschwendung und ihren Luxus. So könnte man diese Skala ad infinitum verlängern. Und dabei leben wir in Deutschland, wo die Kenntnis fremder Völker und fremder Kulturen am weitesten gediehen ist! Und dabei handelt es sich um ein Element, das der deutschen Kultur am nächsten steht! Freilich, wer sich mit dem Antisemitismus befaßt, der verlernt es mit der Zeit, sich über etwas zu wundern, denn hier ist alles möglich, denn was kein Verstand der Verständigen sieht, das übet in Haß und Wut ein antisemitisch Gemüt.

In den letzten Wochen hat die Frage der russischen Juden wieder einmal viel Staub im antisemitischen Lager aufgewirbelt, und wenn man die antisemitischen Zeitungen liest, könnte man wahrlich glauben, diese russischen Juden hätten ein Verschwörung gegen das Deutsche Reich angezettelt. Was ist denn eigentlich geschehen? Bei der letzten Reichstagswahl haben zwei russische Studenten sozialdemokratische Wahlzettel verteilt. Niemand wird dies in Ordnung finden, denn der Ausländer, der keine politischen Rechte besitzt, soll sich an den Wahlen auch als Agitator und Helfer nicht beteiligen. Er hat kein Interesse an der politischen Konstellation und soll in den bescheidenen Grenzen bleiben und zu Aerger keinen Anlaß geben. Nun sind aber diese beiden Studenten sofort mit der Ausweisung aus Deutschland bestraft worden und die Schuld ist längst gesühnt. Aus dieser Affäre eine große Aktion zu machen und eine Bewegung gegen die Ausländer einzuleiten, dazu gehört eine antisemitische Logik und eine barbarische Ethik. Für unsere Antisemiten aber war das ein „Fressen" und sie fielen über diese Sache her mit einer Gier, die schon mehr komisch wirkt. Sie haben ja bei der Wahl oft genug um jüdische Stimmen gebettelt und zwar nicht immer ohne Erfolg. Es tut daher not, das Renommee zu erneuern und zu zeigen, daß ihre antisemitische Gesinnung sich nicht geändert hat.

Es war ein Saisonartikel, den unsere Antisemiten gewissermaßen als Aequivalent für das etwas unmodern ge-

wordene Ritualmord-Märchen betrachteten und nach allen Regeln der Kunst ausschlachteten. Es wurden Volksversammlungen einberufen, in denen man sich über die maßlose „jüdische Frechheit“ sittlich entrüstete, man markierte wie in der Operette den Volkssturm, man nahm schneidige Resolutionen an und schrieb pathetische Artikel und — die Ehre Deutschlands ist wieder gerettet. In all diesen Versammlungen sprach man mit dem Brustton der Ueberzeugung von der unerhörten Verletzung des Gastrechtes. Nun pflegt man sonst das Wort zu verstehen als Recht, das der Gast zu beanspruchen hat, als Pflicht des Gastgebers. Unsere Antisemiten scheinen einen entgegengesetzten Begriff damit zu verbinden. Aber diese ganze Terminologie ist überhaupt verfehlt. Man kann nicht Begriffe des Privat- und Familienlebens einfach auf den Völkerverkehr anwenden. Jemand, der auf seine eigenen Kosten lebt und sich allen Pflichten des Landes fügt, ist kein Gast. Jedenfalls ist es ein eigentümliches Gastrecht, wenn man jemand viele Pflichten aufbürdet, manchmal allerlei Schikanen aussetzt und fast gar keine Rechte einräumt. Wer soll denn hier der Gastgeber sein? Der Staat, die Bürgerschaft oder gar die antisemitische Partei? Aber ganz davon abgesehen, — worin soll denn diese Verletzung bestehen? Daß zwei unreife junge Menschen eine Torheit begingen, die längst schwer geahndet wurde? Sollten sämtliche in Deutschland lebende Russen dafür verantwortlich gemacht werden?

Es ist charakteristisch, wie die Antisemiten sich ihren Patriotismus und ihren Nationalismus nach Bedarf zurechtlegen. Die Herren sind nämlich durchaus keine Gegner der Ausländer, nur müssen diese Ausländer eine antisemitische Gesinnung bekunden, dann werden ihnen alle ihre Sünden großmütig verziehen. Der Franzose Drumont und der Russe Pobiedonoszew wurden von ihnen als Retter der Menschheit gefeiert, trotzdem sie die schlimmsten Deutschenfresser sind. Auch gegen die Beteiligung der Ausländer an der deutschen Politik haben sie im Grunde nichts einzuwenden, nur muß es — eine reaktionäre Politik sein, in deren Dienste sie ihre Kraft stellen. Paulus Meyer war lange der Apostel des Ritualmordes und man machte mit ihm in den Berliner Versammlungen Parade, trotzdem er ein getaufter Jude aus Rußland war. Dieser Mann verleumdete öffentlich angesehene Staatsbeamte und verhöhnte die „verjudete Regierung“. Niemand aber verlangte seine Ausweisung und er trieb sein Unwesen, bis das Gefängnis ihn aufnahm und er dann unmöglich wurde. Erwin Bauer und noch andere Ausländer waren die Vorkämpfer der antisemitischen Bewegungen in Sachsen, und niemand rief nach der Polizei. Freilich, wenn es zufällig ein Jude ist, dann wird die Sache zu einer Staatsaktion aufgebauscht. Unsere Agrarier nehmen gern polnische Arbeiter, und wenn man es ihnen gestatten würde, so würden sie mit Wonne Kulis importieren, aber harmlose ausländische Juden in Deutschland zu dulden, — dazu können sie sich nicht aufschwingen.

Sehr taktvoll ist es auch nicht, wenn der alldeutsche Professor Samassa Sturm gegen die Ausländer läutet. Er war noch vor einigen Jahren selber Ausländer und ob er heute naturalisiert ist, ist mir nicht bekannt. Er hat also alle Ursache, in dieser Sache etwas bescheidener aufzutreten. Daß er sich für seine geschmackvolle Agitation die Anerkennung des „Bundes des russischen Volkes“, der notorischen Mördergesellschaft, erworben und von diesen Helden eine Dankadresse erhalten hat, sollte ihm zur Genüge zeigen, daß es keine edle Sache ist, für die er mit so viel Eifer eintritt. Ist die alldeutsche Bewegung schon so tief gesunken, daß sie sich auf eine Stufe mit den Hooligans stellt?

Und mit welchen Mitteln arbeiten die Macher gegen die ausländischen Juden. In einer Protestversammlung in Leipzig wurden Gründe gegen die Ausländer vorgebracht, die widerlegen zu müssen man sich eigentlich schämt. Zunächst wird die Zahl der ausländischen Studenten an den deutschen Hochschulen arg übertrieben. Dann wird über die Umgangsformen dieser Studenten geklagt und behauptet, sie studieren in Deutschland mit der Absicht, den Deutschen als Hauptwort im Wettbewerb auf dem Weltmarkt auszuschalten. Das ist Unsinn, wenn nicht Schlimmeres. Die Umgangsformen der russischen Studenten sind wohl manchmal anders als die der deutschen, sie sind aber weder verletzend noch unangenehm. Ich kenne viele russische Studenten, die sehr gut erzogen sind und die sehr bescheiden und fleißig leben. Aus dem Wettbewerb können sie Deutschland nicht ausschalten, nicht weil es Rußland an guten Ingenieuren fehlt, sondern weil es da an intelligenten, tüchtigen Industriearbeitern gebricht. Ingenieure kann Rußland schon heute genug haben, denn auch die Herren Alldeutschen verschmähen es nicht, einen gut dotierten Posten in Rußland anzunehmen. Aber die zuverlässige Arbeiterschar fehlt, und die kann nicht so leicht importiert werden. Ebenso töricht ist es, wenn man ausrechnet, daß diese ausländischen Studenten Deutschland 3½ Millionen jährlich kosten. Wegen dieser Ausländer ist noch kein neuer Professor angestellt, kein neues Laboratorium und kein neuer Zeichensaal errichtet worden. Uebrigens zahlen an den meisten Hochschulen die Ausländer schon heute den doppelten Betrag für die Kollegien.

Man kann diese Antifremden-Bewegung anfassen von welcher Seite man wolle, sie ist und bleibt ungerecht und bringt uns im Auslande kein Ansehen ein. Unsere Behörden und die Senate der Hochschulen haben Mittel genug, um solche ausländische Studenten zurückzuweisen, die sich ungebührlich benehmen und deren sittliche oder geistige Qualitäten ungenügend sind, aber gegen alle Ausländer zu hetzen, ist barbarisch. Wir sollten nie vergessen, daß Angehörige des deutschen Volkes sich in allen Ländern der Welt als Fremde befinden und auf das Wohlwollen der einheimischen Bevölkerung angewiesen sind. Speziell gegenüber den ausländischen Studenten sollte man es als ein nobile officium betrachten, ihnen das Studium in Deutschland nicht zu erschweren, wo gar kein Grund dazu vorliegt. Es ist keine Schande, sondern ein Ruhm für unsere Hochschulen, daß sie ihre Tore allen öffnen, die nach Wissen dürsten.

* * *

Ueber die Teilnahme russischer jüdischer Studenten an der letzten Reichstagswahlagitation in Deutschland urteilt das Zionistenorgan „Die Welt“ wie folgt:

Wir rufen den Studenten aus Rußland, denen jetzt der Sturm gilt, zu: „Wenn es wahr ist, daß ihr euch als „Schlepper“ betätigt habt, dann wäre euch jetzt recht geschehen. Warum mischt ihr euch in fremde Angelegenheiten, warum wollt ihr „Hans Dampf in allen Gassen“ spielen?“ Es ist ja recht schön und höchst begreiflich, daß russische Sozialdemokraten den deutschen Genossen Erfolg wünschen; es ist ein Ideal der zukünftigen Jahre, daß alle Völker ohne Unterschied der Schlagbäume und Grenzpfähle über Berge und Meere zur gemeinsamen Kulturarbeit sich die Hände reichen. Aber noch ist die Zeit nicht reif dafür, — und Deutschland ist am allerwenigsten der Platz dafür. Können sich denn die Studenten aus Berdytschew und Homel wirklich einbilden, daß sie die Verhältnisse in Deutschland besser verstehen als die Deutschen selbst? Wenn sie meinen, der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen das Bürgertum irgendwelchen Nutzen bringen zu können, so machen sie sich nur lächerlich. Ihre Einmischung in die deutsche Wahlkampagne — immer vorausgesetzt, daß sie keine blaße antisemitische Erfindung ist — weckt unwillkürlich die Erinnerung an eine alte jüdische Anekdote: In einem kleinen Städtchen Rußlands befand sich ein Soldatenregiment. Während eines Krieges wurde das Regiment requiriert und auf den Kriegsschauplatz geschickt. Mit fliegenden Fahnen und Musik zieht das Regiment aus dem Städtchen. Ihm entgegen kommt aus einem Hause ein Wasserträger mit leeren

Eimern (ein schlimmes Vorzeichen!). Kaum hat die Frau des Wasserträgers das Zusammentreffen bemerkt, als sie aus dem Hause hinausstürzt, den Mann am Arme greift und ihm zuruft: „Komm zurück! Was geht es dich an? Wenn zwei Könige sich zanken, wozu sollst du dich einmischen?" Die Hilfe, die die russischen Studenten der Sozialdemokratie leisten können, wird wohl auch von dieser Art sein. Das einzige, was sie erreichen könnten, ist, daß das Lexikon der Schimpfwörter, das für sie in Deutschland existiert, noch bereichert wird. Früher wurden sie von oben als „Schnorrer und Verschwörer" angeredet, ein neues Epitheton ornans wird ihnen jetzt beigelegt: „Schlepper!"

Die Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Schulen.

Dieses Thema ist bei der Etatsberatung im preußischen Abgeordnetenhause Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen dem Berliner freisinnigen Landtagsabgeordneten Cassel und dem Ministerialdirektor Schwartzkopff gewesen. Nach dem amtlichen stenographischen Bericht führte der Abgeordnete Cassel in der Sitzung vom 18. März folgendes aus:

. . . Bei der letzten Beratung des Schulunterhaltungsgesetzes im Herrenhaus hat das Herrenhausmitglied Herr von Durant eine Anfrage an die Königliche Staatsregierung gerichtet, weil er die Besorgnis gehabt hat, daß eine zu große Gefahr entstehen könnte dadurch, daß überflüssigerweise an Schulen, die für Kinder christlichen Bekenntnisses bestimmt seien, jüdische Lehrer angestellt werden. Herr v. Durant erträgt es jedenfalls, daß namentlich jetzt nach der Uebertragung der Schulunterhaltungskosten von den Schulsozietäten auf die Ortsgemeinden auch aus den Steuern der jüdischen Mitbürger die Schulen unterhalten werden müssen, aber es scheint ihm unerträglich, daß auch nur in den Fällen, in denen das Gesetz es gestattet, Lehrer jüdischen Glaubens an solchen Schulen wirken, wenn in der Tat diese Anstellung nicht nur in den allerseltensten Fällen erfolgen würde und unter gewissen Beschränkungen.

Der Herr Ministerialdirektor Schwartzkopff hat damals erwidert, es würde eine solche Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Schulen nur im Falle des „unbedingten Bedürfnisses" erfolgen. Da dies die letzte Verhandlung über die Schulunterhaltungsgesetzesvorlage war und das Gesetz im Herrenhaus angenommen und nicht mehr an uns zurückgekommen ist, war es damals nicht möglich, die Königliche Staatsregierung um eine Aufklärung über diese Aeußerung des Herrn Ministerialdirektors zu ersuchen. Würde der Herr Ministerialdirektor erklärt haben, daß die Anstellungen nur geschehen würden im Falle des Bedürfnisses, so müßte ich anerkennen, daß ich mit dem Herrn Ministerialdirektor zwar nicht in den Zielen, nicht über die Ausgestaltung der Schule de lege ferenda, aber an sich in Uebereinstimmung sein müßte über die Auslegung des geltenden Gesetzes; denn in der Tat — darin würde der Herr Ministerialdirektor recht haben — darf die Anstellung im Falle des Bedürfnisses geschehen, nämlich in dem Falle, daß zwecks Erteilung des Religionsunterrichts an solche jüdischen Kinder, die eine öffentliche christliche Volksschule besuchen, es sich darum handelt, Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts anzustellen, die auch gleichzeitig mit Erteilung des anderen Unterrichts betraut werden könnten. In § 40 des Volksschulunterhaltungsgesetzes, der diese Materie regelt, heißt es:

> Werden die in den Paragraphen 35 bis 39 erwähnten öffentlichen Volksschulen von jüdischen Kindern besucht, so finden bei Aufbringung der Kosten für die Erteilung von jüdischem Religionsunterricht und hinsichtlich der Anstellung von jüdischen Lehrkräften an diesen Schulen zum Zweck der Erteilung dieses Religionsunterrichts sowie hinsichtlich der anderweitigen Beschäftigung der hierfür angestellten jüdischen Lehrkräfte an diesen Schulen bis auf weiteres die jetzt bestehenden Bestimmungen Anwendung.

Diese Bestimmung ist gegenüber den Kommissionsbeschlüssen eine abgeänderte. In den Kommissionsbeschlüssen hieß es, daß es den Gemeinden überlassen bleiben sollte, in denjenigen Fällen Lehrer zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts unter Beschäftigung mit anderweitigem Unterricht anzustellen, wenn es sich um ähnliche Fälle handle wie in einer evangelischen Schule, wo der katholische Religionsunterricht durch einen katholischen Lehrer, oder wie in einer katholischen Schule, wo durch einen evangelischen Lehrer der evangelische Religionsunterricht erteilt wird. Der Unterschied der Kommissionsvorlage zwischen der Regelung dieser Verhältnisse der Anstellung von christlichen Lehrern und von jüdischen Lehrern für Minoritäten war allerdings ein sehr bedeutender. Es muß dies bei christlichen Lehrern nach der Kommissionsvorlage und auch bei dem Gesetz tunlichst bei einer bestimmten Kinderanzahl der Minoritäten geschehen, und es muß die betreffende Lehrkraft auch mit anderweitigem Unterricht betraut werden, wenn es nicht möglich ist, für den Religionsunterricht der Minoritäten anders zu sorgen als mit erheblichen Schwierigkeiten und Kosten. Der Sinn des Kommissionsvorschlages betreffs der jüdischen Minoritäten war, daß zwar die jüdischen Interessenten kein Recht haben sollten auf eine solche Anstellung, daß es den Gemeinden aber freigestellt sein sollte, wenn sie es wollten, dem Bedürfnis in dieser Weise zu genügen, und es war zu hoffen und anzunehmen, daß dies in vielen Fällen von den Gemeinden freiwillig geschehen würde. Wenn nun nach einer Anregung des Herrn Kollegen Marx die jetzige Fassung in dem Gesetze sich befindet, so ist vom Herrn Ministerialdirektor selber bei den betreffenden Verhandlungen anerkannt worden, daß diese im wesentlichen sich deckt mit derjenigen Vorschrift, die in dem Kommissionsvorschlage enthalten war. Mit anderen Worten: daß es also den Gemeinden freistehen solle, in Schulen, wo für den Religionsunterricht der christliche Schulen besuchenden jüdischen Kinder ohne erhebliche Schwierigkeiten und Kosten nicht anders gesorgt werden kann, als jüdische Lehrer hierzu anzustellen, welche auch mit anderem Unterricht betraut sind.

Meine Herren, ich habe vorhin gesagt, wenn der Herr Ministerialdirektor also erklärt hätte, nur im Falle des Bedürfnisses solle die Anstellung geschehen, so könnte ich dagegen nichts erinnern. Was wollte der Herr Ministerialdirektor aber damit sagen, als er ausführte: nur im Falle des unbedingten Bedürfnisses? Das Wort „unbedingt" in diesem Zusammenhange ist vielleicht an sich in seiner sprachlichen Bedeutung nicht ganz klar. Es macht aber doch den Eindruck, als solle damit ausgesprochen werden, daß nur in den allerseltensten Fällen dies überhaupt vorkommen darf.

Meine Herren, das ist aber nicht das, was das Gesetz wollte, und das ist, wie dem Herrn Ministerialdirektor bekannt sein wird, nicht der bisherige Zustand. Wenn es in dem § 40 in diesem Punkte heißt: es sollen die jetzt bestehenden Bestimmungen Anwendung finden, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die jetzt bestehenden Bestimmungen nicht etwa gesetzliche Bestimmungen sind, sondern wie so vielfach auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung, sind hierfür nicht maßgebend Bestimmungen, die in Gesetzen ihren Ausdruck finden, sondern es handelt sich um Reskripte über Verordnungen der Behörden. In den Kommentaren des Schulunterhaltungsgesetzes, wenigstens in vielen, sind nun an dieser Stelle Bestimmungen angeführt worden, welche mit der Sache kaum etwas zu tun haben, welche ganz andere Dinge betreffen, auf die ich hier nicht näher eingehen will. Für die von mir berührte Frage sind aber in großen Teilen des Landes diejenigen Bestimmungen maßgebend, welche seinerzeit der Unterrichtsminister Falk getroffen hat.

Der Unterrichtsminister Falk hat der Stadtgemeinde Berlin gegenüber auf Antrag 1875 oder 1876 gestattet, daß mit Ausnahme gewisser Schulen, welche stiftungsmäßig oder aus anderen Gründen einen speziell konfessionellen Charakter tragen, die Stadtgemeinde Berlin im übrigen berechtigt sein solle, katholische und jüdische Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts anzustellen, und zwar als ordentliche Lehrer. Diese Regelung hat auch an anderen Orten im Lande stattgefunden, und es ist auch von den Nachfolgern des Herrn Ministers Falk das Prinzip dieses Reskripts aufrecht erhalten worden, wenn auch allerdings in bezug auf seine Ausführung sich späterhin große Meinungsverschiedenheiten eingestellt haben und wir zu der Annahme berechtigt sind, daß allerdings die nachfolgenden Minister das Reskript des Ministers Falk in einer Weise ausgelegt haben, wie er es selbst nicht getan hätte. Gleichviel aber, wie es mit dieser Differenz liegen mag; das Prinzip ist aufrecht erhalten und wenn von bestehenden Bestimmungen die Rede sein kann, so müssen hauptsächlich diese Reskripte ins Auge gefaßt werden. Da muß doch nun die Besorgnis entstehen, daß, wenn dies nur in Fällen des unbedingtesten Bedürfnisses geschehen soll, in Zukunft abgewichen wird nicht nur von dem, was uns als Schulziel vorschwebt: daß die Kinder den Unterricht mit Ausnahme des Religionsunterrichts von Lehrern ohne Unterschied des Glaubens erhalten sollen, sondern auch, daß die billige Rücksichtnahme auf Kinder der Minorität in Schulen, die zunächst für Kinder anderen Bekenntnisses bestimmt sind, nicht in Zukunft in einem dem wirklichen Bedürfnis genügenden Maße gewährt wird, und es ist eine Unbilligkeit, daß alle ohne Unterschied des Glaubens zu den Steuern beitragen, aus welchen die Schulen unterhalten werden, so große Härten und Unbilligkeiten aber in der Befriedigung dieses Bedürfnisses für eine einzelne Konfession vorhanden wären, wie sie sich ergeben würden, wenn von dieser Praxis des Ministers Falk noch weiter als bisher schon abgewichen wurde.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Ich glaube daher, daß man mit diesem Wort des unbedingten Bedürfnisses die Auslegungen verbinden muß, die ich eben dargelegt habe, der Herr Ministerialdirektor nicht berechtigt war, angesichts der Bestimmungen des Gesetzes, angesichts der bestehenden Regelungen und Reskripte, auf die das Gesetz Bezug nimmt, in einer solchen Weise auf die Frage des Herrn v. Durand zu antworten, wie er es getan hat.

Meine Herren, ich möchte dann noch einen weiteren Fall hervorheben. Durch einen Erlaß des Unterrichtsministers aus dem

Jahre 1895 ist angeordnet worden, daß bei Behinderung einer Lehrkraft diejenige Lehrkraft, welche die behinderte vertritt, dem Bekenntnis der behinderten angehören soll. Ueber das Prinzipielle dieser Bestimmung spreche ich in diesem Moment nicht; ich will die Fragen nicht weiter eingehend berühren, die uns beim Volksschulunterhaltungsgesetz beschäftigt haben. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen: Die Berliner Schuldeputation hat diese Bestimmung im wesentlichen erfüllt, und es sind daraus sehr große Unbilligkeiten entstanden für die Hilfskräfte katholischen und jüdischen Glaubens; trotzdem ist daran festgehalten, im wesentlichen nur Lehrer und Lehrerinnen des Glaubens der beurlaubten oder erkrankten Lehrkraft zur Vertretung heranzuziehen. Nun ist es aber in Ausnahmefällen vorgekommen, daß eine derartige Vertretung nicht möglich war; so mußte vor einiger Zeit eine katholische Lehrerin Vertretungsstunden für eine Lehrerin evangelischen Glaubens geben. Das wurde vom Provinzial-Schulkollegium gerügt und angefragt, warum eine solche Abweichung von dem Reskript des Ministers aus dem Jahre 1895 stattgefunden hätte. Die Schuldeputation erklärte darauf, daß sie sich im allgemeinen nach den Vorschriften dieses Reskriptes gerichtet habe, daß sie sich aber eine Abweichung in denjenigen Fällen gestattet habe, in denen eine Lehrkraft desselben Glaubens zur Vertretung nicht vorhanden gewesen ist. Darauf ist dann die Erwiderung erfolgt: Abweichungen von der Bestimmung des Herrn Ministers seien nicht gestattet und dürfen nicht gemacht werden.

Ich kann Ihnen sagen, meine Herren, daß dieser Bescheid in der Berliner Schuldeputation großes Aufsehen erregt hat, nicht bloß bei Männern meiner politischen Ueberzeugung, sondern auch bei Männern ganz anderer politischer Richtung und anderen politischen Glaubens und sehr streng kirchlicher Gesinnung. Denn, meine Herren, sollen denn eher die Schulen geschlossen werden, als daß, nur zeitweise, ein Lehrer anderen Glaubens die Kinder unterrichtet? Ist wirklich eine Gefahr vorhanden für eine Schädigung dieses Bekenntnisses durch eine solche zeitweilige Vertretung? Mir ist von einem unserer Schulinspektoren berichtet worden, daß auf dem Lande eine ganz andere Praxis in dieser Beziehung herrscht, und daß namentlich bei dem Lehrermangel auf dem Lande es garnicht selten ist, daß zeitweise eine katholische Lehrkraft eine evangelische vertreten muß und umgekehrt. Aber auch bei uns liegen solche Verhältnisse vor; auch bei uns ist nicht immer ein Vertreter desselben Glaubens vorhanden, — und ich wiederhole nochmals: es wird doch besser sein, daß, statt daß gar kein Unterricht gegeben wird, vertretungsweise ein Lehrer eines anderen Glaubens den Unterricht erteilt, wobei ja doch alle Kautelen getroffen werden können und getroffen sind, daß dieser Wechsel ohne jeden Einfluß bleibt auf das Glaubensbekenntnis der Schüler und das Festhalten an diesem Glaubensbekenntnis.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, es kommt noch ein anderer Umstand dabei in Betracht, auf den ich noch insbesondere die Aufmerksamkeit der Herren vom Zentrum richten möchte. Der Natur der Verhältnisse nach sind, wie die meisten Lehrer, so auch die meisten Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen in Berlin evangelischen Bekenntnisses; die katholischen und jüdischen sind eine Minorität, die katholischen eine größere, die jüdischen eine ganz kleine. Nun müssen aber katholische und in dem Maßstabe, von dem ich vorhin gesprochen habe, auch jüdische Lehrer und Lehrerinnen an den Berliner Schulen angestellt werden. Wenn diese nur eine so beschränkte Möglichkeit zu einer Vertretung haben, wenn sie selbst dann nicht vertreten sollen, wenn eine evangelische Lehrkraft garnicht aufzufinden ist, dann ist ja doch für sie gar nicht die Möglichkeit vorhanden, diejenige Ausbildung in der Praxis des Unterrichts zu erlangen, die notwendig ist, damit sie dereinst bei ihrer Anstellung geeignet sind, den Zwecken und Bedürfnissen des Unterrichts zu genügen. Ich glaube daher, daß eine solche Maßnahme zu solchen Härten und Unbilligkeiten führt, daß sie auch von einem ganz verschiedenen politischen Standpunkte als dem meinigen nicht gebilligt werden könnte.

Darauf erwiderte der Ministerialdirektor **Schwartzkopff**:

.... Der Herr Abgeordnete Cassel hat sich dann zu der Frage des jüdischen Religionsunterrichts gewandt. Meine Herren, ich bin, glaube ich, genötigt, mich in der Beziehung etwas vorsichtig auszudrücken. Denn wenn schon aus dem Wort „unbedingt“, das ich im Herrenhause gebraucht habe, Schlußfolgerungen gezogen werden sollen, deren Tragweite ich nicht ganz übersehe, so werden Sie es begreiflich finden, daß ich mich jetzt einer gewissen Zurückhaltung in der Ausdrucksweise befleißige. — Soweit ich dem Herrn Abgeordneten Cassel habe folgen können, besteht in unserer Auffassung eine Differenz nicht. Das Gesetz wollte den geltenden Rechtszustand bezüglich der Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Schulen unberührt lassen; das ist der Sinn des Gesetzes, und irgend eine Erweiterung oder Einschränkung des geltenden Rechts ist nicht erfolgt. Mit dieser Auslegung wird auch der Abgeordnete Cassel einverstanden sein, und ich sehe nicht recht, worin nun eigentlich die Zweifel bestehen sollen, die er zur Geltung gebracht hat. Ich kann nur die Erklärung abgeben, daß die Rechtslage durch das Schulunterhaltungsgesetz nicht verändert worden ist.

Was nun die Frage des Bedürfnisses nach Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Volksschulen anbetrifft, so steht die Unterrichtsverwaltung auch hier noch völlig auf dem Standpunkt, den der Minister seiner Zeit festgelegt hat, dahingehend, daß die Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Volksschulen zulässig ist, soweit sich die Notwendigkeit herausstellt, den jüdischen Kindern Religionsunterricht zu erteilen. Auch in dieser Beziehung besteht, glaube ich, zwischen der Auffassung des Herrn Abgeordneten Cassel und der meinigen keine Differenz. Ich übersehe nur nicht ganz, ob er etwa der Meinung ist, daß die Anstellung der jüdischen Volksschullehrer Sache der Gemeinde ist ohne Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde. Sollte er etwa diese Meinung hegen, so würde ich sie als irrtümlich bezeichnen müssen; sondern dazu ist natürlich die Genehmigung bzw. Bestimmung der Schulaufsichtsbehörde erforderlich, und es wird ihr das Bedürfnis zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts zu Grunde gelegt. Nach dieser Aufklärung besteht, soweit ich sehen kann, eine Differenz in unserer Auffassung nicht.

Nun gaben ihm aber wohl den Anlaß zu der Erörterung der ganzen Frage der Anstellung jüdischer Lehrer mehr die speziellen Berliner Verhältnisse, deren Erörterung er ja schon in der Kommission angekündigt hat. Meine Herren, wie steht die Sache in Berlin? Auch hier steht die gegenwärtige Unterrichtsverwaltung vollständig auf dem Boden, den der Minister Falk festgelegt hat. Der Minister Falk hat erklärt: die Anstellung jüdischer Lehrer an christlichen Schulen wird nur soweit zugelassen, als es notwendig ist, behufs Erteilung von jüdischem Religionsunterricht solche Lehrer anzustellen. Die Entscheidung ist im Jahre 1875 ergangen. Die Berliner städtische Schulverwaltung machte von dieser Befugnis etwas weitgehenden Gebrauch. Es ist ja allgemein bekannt — ich brauche nur daran zu erinnern —, daß im Jahre 1891 eine sehr lebhafte Bewegung in Berlin entstand, weil festgestellt wurde, daß die Berliner städtische Schulverwaltung evangelischen Religionsunterricht durch eine jüdische Lehrerin erteilen ließ.

(Hört, hört! rechts. Abgeordneter Cassel: Das war nicht die Schulverwaltung, sondern der Rektor.)

— Sehr einverstanden! Das gab damals zu den Klagen Anlaß, und damals hat der Minister Bosse im Jahre 1895 die Bestimmung erlassen: jüdische Lehrer dürfen angestellt werden behufs Erteilung des Religionsunterrichts; aber die Unterrichtsverwaltung muß verlangen, daß sie mindestens 2 Stunden jüdischen Religionsunterricht erteilen; das ist das Mindestmaß, das für die Beschäftigung eines jüdischen Lehrers in Religion verlangt wird; soweit er durch die 2 Stunden nicht in Anspruch genommen wird, kann er dann mit anderem Unterricht beauftragt werden. Es handelt sich jetzt also lediglich um die Aufrechterhaltung dieser vom Minister Bosse im Jahre 1895 erlassenen Verfügung. Das Königliche Provinzialschulkollegium machte die Erfahrung in einzelnen Fällen, daß über den Rahmen, der in dieser ministeriellen Vorschrift gezogen war, hinaus von der städtischen Schulverwaltung in Berlin in weiterem Umfange jüdische Lehrer herangezogen wurden, selbst sogar in solchen Fällen, wo es sich überhaupt nicht um Erteilung von jüdischem Religionsunterricht handelte, sondern wo lediglich eine jüdische Lehrerin mit der Wahrnehmung des Unterrichts an evangelischen Schulen beauftragt war. Gegen dieses Verfahren glaubte das Provinzialschulkollegium in einem einzelnen Falle einschreiten zu müssen. Darauf trug die Stadtschuldeputation vor, sie wäre nicht in der Lage, das Prinzip, welches der Minister Bosse im Jahre 1895 aufgestellt hat, konsequent durchzuführen, sie käme öfters mal in die Lage, daß eine evangelische Lehrerin zur Vertretung nicht vorhanden wäre, und dann sei sie genötigt, auf eine andersgläubige Lehrkraft zurückzugreifen. Die Stadtschuldeputation hat daher das Provinzialschulkollegium um die generelle Ermächtigung, abweichend von dem Ministerialerlaß von 1895 dahin vorgehen zu dürfen, daß sie in geeigneten Fällen auch eine Vertretung anderweit regeln könne, indem z. B. ein evangelischer Lehrer durch jüdische Lehrkräfte vertreten werden könne und umgekehrt. Gegen diese Absicht der Stadtschuldeputation, in Abweichung von dem Ministerialerlaß von 1895 generell eine anderweite Ermächtigung zu bekommen, hat sich das Provinzialschulkollegium — wie ich glaube, mit Recht — ablehnend verhalten und der Stadtschuldeputation erwidert, daß hierzu ein Anlaß nicht vorliege, das Provinzialschulkollegium sei an die Entscheidung des Herrn Ministers gebunden und sei daher garnicht in der Lage, diese generelle Ermächtigung zu erteilen. Auf diesen ablehnenden Bescheid hat sich die Stadtschuldeputation beim Herrn Minister beschwert; eine Entscheidung auf diese Beschwerde ist aber noch nicht ergangen; sie hat noch nicht ergehen können, weil es bisher noch nicht gelungen ist, die genauen Zahlen bezüglich der Vertreterverhältnisse in Berlin festgestellt zu erhalten. (Abgeordneter Cassel: Es handelt sich ja um eine kathol. Lehrerin.) Ich komme darauf nachher zurück. — Soweit die bisherigen Feststellungen reichen, ergibt sich nämlich das eigentümliche Verhältnis: es gibt in Berlin etwa 4500 angestellte evangelische Lehrkräfte und zirka 500 evangelische Vertreterinnen; dagegen entfallen auf 50 angestellte jüdische Lehrkräfte 15 jüdische Vertreterinnen, sodaß ebon-

gelische Vertreterinnen nur mit 11 Prozent von der Stadt Berlin angenommen sind, während jüdische Vertreterinnen mit einem Prozentsatz von 30 angenommen sind. Da scheint allerdings — das muß ich doch nach diesen Zahlen zunächst annehmen — ein gewisses Mißverhältnis zu Gunsten der jüdischen Lehrerinnen vorzuliegen. Die Prüfung dieser Fragen ist momentan im Gange und, meine Herren, den Grund kann ich ebenfalls nicht anerkennen, daß der Herr Abgeordnete Cassel sagt: es gibt nicht genug evangelische Lehrkräfte. Wenn der Herr Abgeordnete Cassel den Wunsch hat, evangelische Lehrerinnen in Berlin zu finden — zu Dutzenden sind beschäftigungslose Lehrerinnen vorhanden, die sich danach sehnen, eine Anstellung, eine Vertretung zu bekommen.

(Abgeordneter Hammer: Hört, hört!)

Also Mangel an evangelischen Lehrerinnen, Herr Abgeordneter Cassel, ist tatsächlich nicht vorhanden. Da würde die staatliche Unterrichtsverwaltung sehr gern bereit sein, Ihnen mit Namen aufzuwarten, wenn Sie Sorge haben, daß sich da nicht genug Bewerberinnen finden werden.

Also, meine Herren, es wird sich darum handeln, zunächst mal diese tatsächlichen Verhältnisse bezüglich der Praxis der Vertretungen etwas aufzuklären; erst dann wird die Entscheidung des Herrn Ministers getroffen werden. Ich glaube daher, es lag kein Grund vor, aus dieser noch gar nicht mal getroffenen Entscheidung des Herrn Ministers irgendwelche Folgerungen über bureaukratische Handhabung der Schulverwaltung oder sonstige Konsequenzen daraus zu ziehen, die hier zur Sprache gekommen sind.

Die Erörterung dieser Frage wird bei der nächsten Gelegenheit zweifellos ihre Fortsetzung finden.

Wiener Brief.

VI.

(Die rumänischen Revolten und das „Deutsche Volksblatt". — Der christlichsoziale Reichsparteitag.)

Wien, den 23. März 1907.

Wenn Könige bauen, haben die Kärrner zu tun und wenn irgendwo Judenkrawalle ausbrechen, befindet sich das „Deutsche Volksblatt" in seinem Elemente. Die freiheitliche Wiener Presse widerhallt von den Klagen über das durch die bäuerlichen Plünderer in Rumänien angerichtete Unheil und alle Welt ist über das grauenhafte Schauspiel entsetzt. Nur die antisemitische Presse Oesterreichs bewahrt ihren guten Humor, denn sie findet wieder einmal Gelegenheit, den Juden eins aufs Zeug zu flicken. Selbstredend ist nach der Ansicht dieser dunklen Elemente einzig und allein das jüdische Großkapital an der Verzweiflung der rumänischen Bauernschaft schuld und nach ihrer Meinung handelt es sich bloß um einen Akt der gerechten Notwehr und nicht der planmäßigen Verhetzung. Allen voran schreitet natürlich das „Deutsche Volksblatt", das stolz den Beweis erbringt, daß es von seiner alten Frechheit noch nichts eingebüßt habe. Die Zeitung, als deren Herausgeber der Kaiserliche Rat Herr Ernst Vergani zeichnet, hat sich durch die für sie charakteristische Behandlung der russischen Revolution einen traurigen Ruf erworben und allem Anscheine nach brennt sie vor Begierde, diesen auch durch ihre Stellung zu den Agrarunruhen in der Moldau zu behaupten. Daß dabei die bewußte Lüge und Fälschung keine geringe Rolle spielt, möge nur ein Beispiel erhärten. Im Morgenblatte vom 22. dieses Monats marschiert wieder einer der berühmten „alleswissenden" Gewährsmänner auf. Der gute Mann, der natürlich nur in der Vorstellung irgend eines federgewandten Redakteurs existiert, beginnt sein Schreiben aus Bukarest mit dem Satze: „Die Darstellung, nach der es sich bei den gegenwärtigen Agrarunruhen um eine rein antisemitische Bewegung handelte, ist grundfalsch und wenn nicht der Unkenntnis der Verhältnisse, so einer wohlüberlegten Absicht zuzuschreiben". Der „Gewährsmann" polemisiert also offenbar gegen die „judenliberale" Presse und er schließt sich merkwürdigerweise ganz der Auffassung des „Deutschen Volksblattes" an, die dahin geht, daß die armen proletarisierten Bauern in spontaner Erregung zu dem einzigen Mittel griffen, das ihnen zur Notwehr übrig blieb und die Häuser der jüdischen Peiniger anzündeten. In der Redaktion des Herrn Kaiserlichen Rats Vergani scheint man nun vergessen zu haben, daß es ein offizielles Kursbuch gebe, aus dem man ganz genau ersehen kann, wie sich der Postverkehr zwischen Rumänien und Wien abwickelt. Das Schreiben des Gewährsmannes hätte Donnerstag in Wien eintreffen müssen, um im Freitagmorgenblatte veröffentlicht werden zu können. Wenn man nun die Zeit in Betracht zieht, die die Beförderung des Briefes von Bukarest nach Wien in Anspruch nimmt und sich vor Augen hält, daß der edle Mann bei der Abfassung seiner Information bereits die Stellung der österreichischen Presse gekannt haben müßte, also im Besitze dieser Blätter gewesen sein sollte, so kommt man zur Ueberzeugung, daß es nicht mit richtigen Dingen zugehen könne. Es gäbe nur eine Möglichkeit der Erklärung, für die jedoch nicht viel spricht. Wir können nämlich nicht annehmen, daß Herr Vergani, der wohl den Ehrgeiz hat, seinem Blatte den Charakter eines Weltorganes zu verleihen, eine direkte Luftschiffverbindung mit Rumänien unterhält. Er hätte sich ja sonst das neueste Vehikel sicherlich patentieren lassen und nicht verschämt verschwiegen, daß er imstande sei, den großen englischen Weltblättern den Rang abzulaufen.

So unangenehm es auch ist, man muß doch ein persönliches Wort fallen lassen. Der Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes" ist der Kaiserliche Rat Julius Patzelt, ein Mann, der eine gute Bildung hat und über ein politisch vielfach zutreffendes Urteil verfügt. Soweit er als Publizist persönlich hervortritt, ist an ihm nicht viel auszusetzen. Er schreibt seit Jahren interessante Studien für die Leipziger „Grenzboten" und die Berliner „Gegenwart", in denen — soweit wir uns erinnern können — auch nicht einmal eine antisemitische Wendung vorkam. An ihn möchten wir nun eine Bitte richten. Im 62. Jahrgange und vierten Vierteljahresband der „Grenzboten" (1903) findet sich eine ungemein lehrreiche Abhandlung über Galizien. Der Verfasser macht durchaus nicht den Eindruck eines Philosemiten, aber er erscheint als Mensch, der sich redlich bemüht, die Wahrheit zu finden. Auch in Galizien hat es Agrarunruhen gegeben, bei denen die Häuser der Juden geplündert wurden. Auch dort ist das jüdische Element stark vertreten und der Großgrundbesitz hat eine führende Stellung inne. Wir möchten nun an den Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes" das Ersuchen richten, den betreffenden Band der „Grenzboten" in die Hand zu nehmen und den Aufsatz, soweit es bei ihm möglich ist, mit Vorurteilslosigkeit zu lesen. Er wird darin eine furchtbare Anklage — gegen die Schlachta finden, die im Laufe der Jahrhunderte die Juden zwang, als Schnapsschänker und Gutspächter ihr Brot zu verdienen und die sie förmlich lehrte, das Volk als Melkkuh zu betrachten. Obwohl wir dem Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes" in der Sache keine Konzessionen machen können, denn die Angaben, die bisher aus Rumänien vorliegen, reichen nicht aus, um die Verhältnisse klar zu erkennen, wollen wir doch für einen Augenblick die mit den Erfahrungen in allen anderen Ländern unvereinbare Tatsache annehmen, daß die „jüdischen Güterschlächter" in Rumänien die alleinige Ursache der Agrarrevolten gewesen seien. Herr Patzelt möge nur an der Hand der galizischen Untersuchungen in seinem Leiborgane, den „Grenzboten", die Geschichte der „jüdischen Bedränger" in Rumänien durchdenken. Er hat ja schon von den Bojaren gehört, die in Bukarest oder sonstwo in der Welt ein leichtes Leben führen, und ihm ist wohl auch die vom „Deutschen Volksblatt" so belobte Ausnahmestellung der Juden in Rumänien bekannt. Wenn er nun konsequent dächte, würde sich seine Wut nicht gegen die Juden, sondern gegen die Bojaren kehren und er müßte erkennen, daß die Bauernschaft irregeleitet sei. Aber der Chefredakteur des „Deut-

schen Volksblattes" darf darüber nicht nachsinnen, denn sonst würde er keine Stunde länger eine Stellung bekleiden können, die ihn zu täglich zweimaligen Verstößen gegen die Vernunft zwingt.

Während das „Deutsche Volksblatt" noch in der alten Melodie fortsingt, pfeift die christlichsoziale Partei längst eine andere Weise. Am 10. dieses Monats hielt sie einen Reichsparteitag ab, der allerdings von einer Beteiligung des Reiches nichts verriet. Interessant ist es jedenfalls, daß auf diesem ersten größer angelegten Kongreß der christlichsozialen Partei über alle möglichen Dinge gesprochen wurde, während vom Antisemitismus fast gar nicht die Rede war. Nur ganz nebenbei wurde der Juden gedacht und das geschah — fast möchte man sagen: in schonender Weise. In dem Wahlmanifeste, das der Parteitag beschloß und das eine ganze große Zeitungsseite vollständig füllte, werden die Juden fast gar nicht erwähnt. Von antisemitischen Wendungen, wie sie einst aus dem Munde eines Schneider oder Gregorig hervorquellen, ist nicht die leiseste Spur zu entdecken. Wenn man das Programm unter der Lupe auf seinen Antisemitismus prüft, dann findet man nur zwei Sätze, die daran erinnern, daß man es mit der Partei der Verhetzung gegen die Juden zu tun habe. An einer Stelle wird beteuert, daß man an dem Kampfe gegen die „vom jüdisch-freimaurerischen Geiste geleitete Sozialdemokratie" festhalte und an einer anderen Stelle wird versichert, daß die Christlichsozialen „ihr Programm des wahrhaften sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes gegenüber den unter der Patronanz des Judentums und der jüdischen Presse verbündeten Parteien" durchsetzen wollen. Es ist gewiß sehr erfreulich, daß die Christlichsozialen ihr wüstes Geschimpfe aufgeben, denn man sieht daraus, daß der Antisemitismus aufgehört hat, als Köder zu wirken. Aber nicht nur diese Erkenntnis bestimmt die Taktik der Christlichsozialen. Wir haben in diesem Blatte wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die Wiener Rathauspartei mit dem Gedanken trage, bald die führende, ganz Oesterreich regierende Partei zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt sie ihren Antisemitismus zurück und sie hofft auch dadurch aus den Reihen des Fortschritts Anhänger an sich ziehen zu können. Deshalb muß man Acht haben. Die Partei, die den Antisemitismus zum politischen Faktor erhob, die sich in der wildesten Demagogie gefiel, darf nie und nimmer Gnade finden. Es genügt nicht, daß man die Giftpflanze des Antisemitismus aus dem Boden reiße, es müssen auch die Leute unmöglich gemacht werden, die sie einst in die Erde gruben. rm.

Amerikanischer Brief.

Reibungsflächen gibt es in einem Lande, wo plötzlich so viele Juden aus den am wenigsten zivilisierten Ländern und infolge des systematischen auf sie ausgeübten Druckes besonders zurückgebliebene Juden eingewandert sind, und wo der Snobismus wahre Orgien feiert — man denke nur an den Snobismus der obersten vierhundert Protzen — natürlich auch in großer Zahl, und so ist es nicht zu verwundern, wenn es ab und zu auch zu unerfreulichen Konflikten zwischen Juden und Christen kommt.

Die amerikanischen Juden, ganz besonders diejenigen, die schon ganz von dem freiheitlichen Geist der amerikanischen Verfassung durchdrungen sind, lassen sich aber nichts gefallen, wohl wissend, wie wichtig das p r i n c i p i i s o b s t a ist. Ueber Gehässigkeiten Privater setzen sie sich leicht hinweg, weil sie jedem Tierchen sein Plaisierchen lassen. Ganz anders aber verhalten sie sich, wenn man in öffentlichen Institutionen mit dem Antisemitismus zu kokettieren auch nur irgendwie anfängt oder mit anscheinend harmlosen Versuchen, die mit der Zeit zum Antisemitismus sich auswachsen könnten.

Die bedenklichste Reibungsfläche in den Vereinigten Staaten ist jedenfalls die kolossale Anhäufung der eingewanderten Juden in New York, wo bereits jeder vierte Einwohner ein Jude ist. Alle Versuche, die jüdischen Einwanderer möglichst zu verteilen, sind bisher nur von geringem Erfolge begleitet gewesen, verursachten aber trotzdem ungeheure Kosten. Da sind die um den Frieden der Glaubensgenossen und gleichzeitig um die Ruhe des Landes besorgten jüdischen Führer neuerdings auf den sehr praktischen Gedanken verfallen, eine direkte Linie nach Galveston zu errichten. Von hier aus können die Einwanderer leicht über die West- und Südstaaten verteilt werden, wo großer Mangel an Arbeitern herrscht. Der Gedanke ist von dem bekannten New Yorker Philanthropen Jakob Schiff ausgegangen, der zur Ausführung dieser Idee zwei Millionen Mark herzugeben entschlossen ist. In den Ver. Staaten und in verschiedenen europäischen Hauptstädten sind Organisationen geschaffen worden, um einerseits den Einwandererstrom nach Galveston zu lenken und von dort aus über die verschiedenen Staaten, wie Texas, Kansas, Nebraska usw., zu verteilen. Es soll niemand zur Auswanderung nach Amerika ermutigt werden. Wenn aber einer dazu entschlossen ist, dann wird er durch eine der europäischen Organisationen verständigt, daß er am besten täte, statt nach New York nach Galveston zu gehen, weil er dort sicher und schnell Arbeit finden werde.

Bei der großen Zahl russischer Juden in den Ver. Staaten — man kann wohl sagen, daß etwa die Hälfte aller Juden in Amerika russischen Ursprungs ist — ist es nicht zu verwundern, daß man sich ungemein für die Verhältnisse der Juden in Rußland interessiert, und zwar sind es keineswegs bloß Juden, die das tun. Man weiß, zu wie vielen Erörterungen in der Presse und in Versammlungen, zu wie vielen diplomatischen Verhandlungen und Noten allein die Paßfrage Anlaß gegeben hat. Jetzt ist eine neue Frage aufgetaucht, die wahrscheinlich auch zu einem Notenwechsel führen wird und bereits jetzt die öffentliche Meinung ernstlich beschäftigt.

Die russische Bureaukratie, die mit Eigentum, Freiheit, Ehre und Leben der Bewohner Rußlands willkürlich genug umspringt, macht natürlich auch vor den Briefen nicht Halt. Nicht diebisch nach dem Muster der Schwarzen Kabinette öffnet sie und schließt sie wieder die Briefe, sodaß der Empfänger nichts davon merkt, sondern offen, mehr nach Art der Räuber, die in Rußland Banken, Kassen, Geldtransporte usw. überfallen, öffnet sie die Briefe, ohne sich die Mühe zu geben, die Spuren ihrer gewissenlosen Tätigkeit möglichst zu verdecken. Nun verlangen in Amerika sich aufhaltende Russen Genugtuung nicht von Rußland, sondern von Amerika. Unsere eingeschriebenen Briefe, so lautet die Beschwerde, werden in Rußland geöffnet. Wenn wir der amerikanischen Postverwaltung so und so viel für einen eingeschriebenen Brief bezahlen, dann machen wir gewissermaßen mit der amerikanischen Regierung einen Kontrakt, daß unsere Briefe auch richtig befördert werden. Der Einwand, daß die Verantwortlichkeit der amerikanischen Regierung mit der Aushändigung an eine fremde Postverwaltung aufhöre, sei nicht stichhaltig. Denn wenn man in Amerika einer Paketbeförderungsgesellschaft ein Paket anvertraue, sei s i e dafür verantwortlich und nicht die anderen Paketbeförderungsgesellschaften, die die Weiterbeförderung zu besorgen haben.

Wie weit aber das Interesse für die Vorgänge in Rußland geht, ersieht man daraus, daß zu Anfang dieses Monats dem Kongreß eine von hervorragenden jüdischen und christlichen Notabilitäten unterzeichnete Petition — unter den Unterzeichnern befinden sich Jakob Schiff, die Bi-

schöfe Henry Potter, Whittaker, Forbes und Carnevin. die Geistlichen Gordon Ames, Edward Young, Professoren, Richter u. a. m. — eingebracht wurde, welche die Regierung der Ver. Staaten auffordert, gegen den Mißbrauch der Regierungsfunktionen zu protestieren, deren Opfer das russische Volk ist.

Die Unterzeichner, heißt es in dieser bemerkenswerten Petition, glauben, daß es an der Zeit sei, daß die zivilisierten Völker gegen die Ausschreitungen der russischen Regierung in ihrem so lange sich hinziehenden Kriege gegen das eigene Volk protestieren dürfen und von Rechts wegen sollten.

Es handelt sich um eine Angelegenheit, die als eine reine Menschlichkeit alle Nationen angeht ... Es wird sodann auf Präzedenzfälle hingewiesen, wie man in der Türkei wiederholt interveniert habe, und sodann hervorgehoben, daß die Beschwerden durch amtliche und private Zeugnisse erhärtet seien.

Die Beschwerden beziehen sich auf die administrative Verschickung, auf die Beschießung von Hospitälern, die Mißachtung des Roten Kreuzes. Verwundete werden getötet, ins Meer geworfen oder lebendig begraben; Frauen, Kinder und andere offenbare Nichtkombattanten werden verstümmelt und getötet, Frauen, Mädchen in Distrikten unter militärischem „Schutz“ Offizieren und Soldaten zur Schändung preisgegeben, Hunderte von Häusern aus bloßer Laune niedergebrannt, Gefangene gefoltert usw. usw.

Die Petition schließt wie folgt:

In Anbetracht der so geschilderten entsetzlichen Situation in Rußland, in Anbetracht, daß die jetzt angewandten fürchterlichen Methoden im besten Falle sicher nur zu einer künstlichen und vorübergehenden Ruhe führen können; in Anbetracht, daß die jetzige Politik der russischen Regierung den Weltfrieden bedroht, und in Anbetracht, daß die öffentliche Meinung des Auslands das Handeln auch der autokratischsten Regierung beeinflußt, ersuchen wir hierdurch die Regierung der Ver. Staaten, feierlich gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt zu protestieren, deren Opfer das russische Volk ist.

Die Petition ist unterzeichnet von einflußreichen Bürgern aller Konfessionen und aller Staaten.

Aus dem antisemitischen Lager.

Zum Krach im Lager des Deutschen Volksbundes. Der „Rat der 23“ und der Aufsichtsrat der „Hochwacht“ versenden an die „lieben Bundesbrüder“ eine gedruckte achtseitige Denkschrift, worin die Kämpfe mit Herrn v. Mosch geschildert werden. Die Herren Räte behaupten jetzt, daß die Taten des Herrn von Mosch geradezu „verbrecherische“ waren, und dann wird den Bundesbrüdern gezeigt, wie sich „diese traurige, tieferuste Sache entwickelt“ hat. Ueber die Geschäftsführung von Moschs heißt es:

Mit schwerer Sorge haben wir alle schon auf die gewiß gutgemeinte, aber völlig unzulässige Geschäftsführung des Herrn von Mosch in Bund und Blatt geblickt. Die Beschwerden über unbeantwortete Briefe, unquittierte Gelder und dergl. häuften sich, und in den Büchern figurierten Konten, die gar nicht hineingehörten, auf Anordnung des Herrn von Mosch. Nicht der Bund und nicht das Blatt haben Herrn von Mosch Geld gekostet, sondern seine Privat-Patente und die Bundesheime, die er ganz auf eigenen Entschluß unternommen hatte. Herr von Mosch hat keinen Pfennig Geld in der „Hochwacht“; vielmehr schuldet er der „Hochwacht“ noch Geld, weil er sein dort eingerichtetes Konto überzogen hat. Seine 37 000 Mark Vermögen, von denen er immer spricht, stecken also nicht in Bund und Blatt.

Was den ersten Anlaß zu schweren Bedenken gab, das war die Tatsache, daß auf den beiden letzten Bundestagen keine Abrechnung gegeben wurde. Ebenso hat Herr von Mosch für die „Deutsche Hochwacht“ 1905 noch keine Abrechnung geliefert. Ferner ist die Art zu tadeln, wie Herr von Mosch Beamte anstellte. Es kam da fast immer auf die Einlage des Beamten an, nicht auf die Frage, ob er brauchbar sei. So z. B. wurde ein Beamter mit einer Einlage von 15 000 Mark angenommen. Diese 15 000 Mark kosteten der „Hochwacht“ jährlich 750 Mark Zinsen und 3600 Mark Gehalt, ohne daß der betreffende Beamte fähig war, seinen Posten zu versehen. Gewiß war es nötig, Betriebskapital zu schaffen; Tatsache aber ist, daß ein Geschäft solche Spesen nicht ertragen kann. Es erfolgten dann natürlich Kündigungen und Neuaufnahmen von Beamten, und ein Loch wurde durch das andere zugestopft, wobei die Kosten lawinenartig anwuchsen. Der Beamte, von dem oben die Rede war, hat heute, nach 1 Jahren, sein Geld noch nicht wieder, und die Zinsen laufen auf dem Geschäft! Ebenso geht es mit anderen längst entlassenen Beamten.

Ließe man solche Zustände bestehen, so müßte das Unternehmen zugrunde gehen. Wir erlassen es uns, weitere Einzelheiten zu geben.

In der Denkschrift wird dann die Entwicklung des „Volksbundes“ und der „Hochwacht“, sowie die Stellung von Moschs berührt. Wir geben daraus einige Stellen wieder:

Für den Deutschen Volksbund sowohl wie für die „Deutsche Hochwacht“ ist eine Zeit gekommen, in der es den berufenen Führern obliegt, Klärung zu schaffen und irgend eine Gangart zu finden, da sonst Gefahr vorhanden ist, daß dieses gemeinsame Werk, das viele Opfer gefordert hat, Schaden erleide ....

Die Gründung des Tageblattes, die viel zu früh eintrat, hat ungeheure Opfer an Geld und Gut gekostet ...

.... Die Verluste, die von Mosch durch das erste Bundesheim, durch die Patente und durch das zweite Bundesheim, das er trotz der dringendsten Abmahnungen seiner Freunde doch wieder ins Leben rief, um durch dieses Gewaltmittel seine wirtschaftliche Notlage auf kurze Zeit zu bessern, die sind es, die die Kraft von Moschs gebrochen haben, und die nicht nur ihm persönlich, sondern auch dem Bund und dem Blatt großen Schaden zugefügt haben. Denn zu der Last und Sorge, die das schwer kämpfende Geschäft dem Leitenden brachte, kam der persönliche wirtschaftliche Zusammenbruch.

Nach all den schweren Enttäuschungen, die Bund und Blatt erleben mußten durch ungetreue Beamte, die sicher auch nicht alle hätten kommen und gehen müssen, wenn von Mosch vorher die berufenen Stellen befragt und den Rat der Getreuen eingeholt hätte, kam endlich die Zeit, wo die verantwortlichen Stellen an Bund und Blatt durch Leute besetzt werden konnten, die sich nicht nur als bezahlte Angestellte, sondern vor allem als treue Bundesbrüder und Gesinnungsgenossen betrachteten.

Wie oben gesagt, war von Mosch aber nicht nur des Geschäftes wegen in dauernder Not und Verlegenheit, sondern auch seine persönlichen Verpflichtungen drangen von allen Seiten auf ihn ein und führten leider auch dazu, daß er das Geschäftliche mit dem Persönlichen verquickte.

Das Geschäft (die „Hochwacht“, D. R.) hält es nicht aus in seiner heutigen Lage, wo es selbst oft genug in harter Bedrängnis ist, irgend einem gewissermaßen aus Freundschaft oder Erkenntlichkeit größere Summen vorzustrecken oder gar zu überlassen.

Snell sowohl wie der Aufsichtsrat können jederzeit gezwungen werden, im Falle eines Zusammenbruchs unbedingt dazu gezwungen werden, für alle Verluste, die dem Geschäft zugefügt werden, und die sie nicht verhindert haben, persönlich zu haften.

Die „Deutsche Hochwacht“ und der Deutsche Volksbund sind zwei getrennte geschäftliche Unternehmungen. In nicht rein geschäftlichen Angelegenheiten spinnen viele Fäden hinüber und herüber.

Es folgt nun die Darstellung der Vorgänge, die zur Entlassung des Herrn von Mosch von den Kassengeschäften führen sollten; bekanntlich ließ sich aber von Mosch zum Schluß wieder auf nichts ein.

Ueber eine neue Ahlwardtsche Gründung lesen wir in der „Deutschen Hochwacht“:

Ein „Freideutscher Bund“ ist in Berlin gegründet worden. Und zwar scheint es sich um eine Gründung zu handeln, der der frühere Abgeordnete Rektor a. D. Ahlwardt nahesteht.

Zur Beurteilung dieses neuen Unternehmens müssen wir uns mangels anderer Kunde auf die uns vorliegenden Satzungen stützen. Aus diesen ersehen wir, daß der neue Bund auf germanischer Weltanschauung beruhen, also positiv deutsch-germanisch, negativ antikapitalistisch, antiklerikal, antisemitisch sein soll. Wenn das alles ist, so sehen wir den Zweck der Gründung nicht ein, obwohl es ja recht erfreulich ist, wenn die germanische Weltanschauung viele Freunde gewinnt. Denn ganz dasselbe betreibt seit seiner Gründung der Deutsche Volks-

bund; und man braucht nur diesen zu stützen und zu bereichern, statt immer neue Gründungen zu schaffen, die dann dezentralisiert und im einzelnen klein bleiben. Im übrigen sind auch die Satzungen des neuen Bundes, sowie einzelne Teile seiner Organisation denen des Deutschen Volksbundes mit offenbarer Absicht nachgebildet; und auch von einem eigenen Bundesorgan ist dorin die Rede. Wozu das, wenn es schon da ist?

Wir müssen nun abwarten, ob uns von der Leitung des „Freideutschen Bundes", die so erst zusammentreten soll, weitere Nachrichten zugehen, die uns klarlegen, wieso diese Neugründung eine Notwendigkeit war. Erst dann können wir endgültig dazu Stellung nehmen.

Graf Pückler-Klein Tschirne, der gegenwärtig in Tegel eine dreimonatige Gefängnisstrafe verbüßt, ist am 15. d. Mts. von der dritten Strafkammer des Berliner Landgericht I wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten in einer seiner bekannten Versammlungsreden, deren Inhalt wir schon s. Z. skizziert haben, zu einer Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Antisemitische Sozialpolitik. Einen „neuen Schlag zur Vernichtung der selbständigen und schaffenden Stände" nennt die dem deutschsozial-antisemitischen Landtagsabgeordneten Hirschel gehörige „Deutsche Wollswacht" die vom hessischen Landtag beschlossene Einführung von Arbeiterkontrolleuren. Das antisemitische Blatt setzt seine Hoffnung auf das reaktionäre hessische Herrenhaus, das den Beschluß wieder umstoßen soll. Es schreibt:

„Hoffentlich rektifiziert die erste Ständekammer, solange es Zeit ist, den unüberlegten Streich der Austellung von Arbeiterkontrolleuren, dieser neuen Etappe auf dem Weg der Sozialisierung, Demokratisierung und Degenerierung der Bevölkerung."

Hu! hu! Die Forderung von Arbeiterkontrolleuren wird bekanntlich auch von den von Stöcker patronisierten christlichen Arbeiterorganisationen erhoben, die auf die Deutschsozialen bei der Wahl hineingefallen sind! Im Reichstage bringen die Antisemiten Initiativanträge ein, von denen sie wissen, daß sie nicht zur Verhandlung kommen. In den einzelnen Landtagen, wo es dann zur praktischen Entscheidung kommt, benehmen sie sich erzreaktionär. Das ist echt antisemitische Demagogie.

Die Antisemiten in Hessen. Die deutschsoziale Gruppe des Herrn Liebermann von Sonnenberg hat kürzlich in Frankfurt a. M. einen Landesverband für Hessen und Frankfurt mit dem Sitz in Darmstadt gegründet. Redakteur Reuther-Offenbach polemisierte gegen den Landtagsabgeordneten Hirschel, der nicht allein im Wahlkreise Friedberg-Büdingen, sondern auch in Bensheim-Erbach bei den letzten Wahlen die deutschsoziale Sache gründlich verpfuscht und keine ehrliche Politik getrieben habe. Dr. Mahr-Darmstadt kritisierte die Einseitigkeit der antisemitischen Bauernbündler in der zweiten Kammer. Sie seien alle miteinander zu wenig arbeiterfreundlich und nähmen keine Rücksicht auf den Beamten- und Mittelstand. Disziplin herrsche auch nicht, sonst hätte der Landtagswahlkreis Reinheim nicht an den Präsidenten Haas abgeliefert werden, und der Abgeordnete Hirschel nicht in diesem Kreise für Haas und in Friedberg-Büdingen für Oriola eintreten dürfen.

Ziemlich zur gleichen Zeit hielt auch die Hessische Reformpartei ihren Landesparteitag in Kassel ab. Die Vorträge von Syndikus Thanheiser und Kaufmann Bellinger über die Stellung der Reformpartei zu den Deutschsozialen zeitigten nach dem Bericht der „Deutschen Reform" eine anregende Debatte: „Die meisten Redner vertraten den Standpunkt, daß man auch diese Partei in allen hessischen Wahlkreisen auf das entschiedenste bekämpfen müsse. Aus diesem Grunde begrüßte die Versammlung daher einstimmig die Zuzählung der Reformpartei zur Reichspartei zwecks Erlangung von Kommissionssitzen mit großer Freude. Sie verspricht sich von diesem Bündnis für die Zukunft eine noch erfolgreichere Tätigkeit der Reformpartei."

Vermischtes.

Bei dem Festmahl, welches Mitarbeiter der „Nation", Vertreter von Kunst und Wissenschaft und liberale Parlamentarier zu Ehren des Herrn Dr. **Theodor Barth** am 19. März veranstalteten, ergriff auch Herr Justizrat Fuchs, der Vorsitzende des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, das Wort zu etwa folgenden Ausführungen:

Herr Doktor! Dieses Abschiedsfest darf nicht vorüber gehen, ohne daß auch der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hier ausspricht, was Sie ihm gewesen sind. In dem notgedrungenen Kampf gegen Rassenhaß und Klassenhaß, den man uns aufgezwungen hat, haben Sie unermüdlich in der vordersten Reihe gestanden. Sie haben das ruhmvolle Erbe Ihrer Vorgänger Gneist und Rickert gewahrt und gemehrt. Sie haben in einer Zeit, in der die Schlagworte des Nationalismus Triumphe gefeiert, niemals geglaubt, daß es für den Liberalismus einen Konflikt mit der nationalen Idee geben könnte, der ihn zwänge, die liberalen Ideen auch nur zeitweise zurückzustellen. Müßten wir heute Abschied für immer von Ihnen nehmen, so täten wir es mit dem wehen Gefühl, als ständen wir am offenen Grabe unseres besten Freundes. So aber hoffen wir in Dankbarkeit und Verehrung auf Ihre baldige Wiederkehr und bitten Sie, unser stets zu gedenken, wie auch wir Sie nicht vergessen werden.

Das Vorstandsmitglied unseres Vereins Herr Rechtsanwalt Reh in Alsfeld, Hessischer Landtagsabgeordneter, schreibt uns:

„Die Zuschrift Ihres Frankfurter Bureaus in der Nr. 10 der Zeitschrift beschäftigt sich auch mit der Wahl in dem Wahlkreis Alsfeld-Lauterbach-Schotten. Die Darstellung ist nicht in allen Punkten korrekt.

Die Aufstellung eines eigenen freisinnigen Kandidaten war für die Partei ein Gebot der Selbsterhaltung. Nachdem Dr. Wallau dem Bunde der Landwirte beigetreten und für die Verkehrssteuern gestimmt hatte, und nachdem die nationalliberale Partei seine Wiederaufstellung, ohne mit der freisinnigen Partei in Verbindung zu treten, proklamiert hatte, mußte dieselbe selbständig vorgehen, wollte sie nicht Gefahr laufen, von ihren eigenen Anhängern im Stich gelassen zu werden.

Unrichtig ist die Behauptung, daß die Stichwahlparole nicht offen mitgeteilt worden sei. Der Beschluß des freisinnigen Wahlausschusses, für Dr. Wallau einzutreten, sowie eine spezielle bezügliche Aufforderung des freisinnigen Kandidaten wurde in allen Blättern des Kreises veröffentlicht. Die Behauptung der Zuschrift, daß nur eine von „Vielen Wählern" unterzeichnete Aufforderung erschienen sei, beruht auf einer völlig ungenügenden Kenntnis der Stichwahlvorgänge. Daß der Parole nicht alle Freisinnigen gefolgt sind, ist unter Berücksichtigung des Umstandes, daß Dr. Wallau und Bindewald wirtschaftlich gleich standen und politisch nicht stark differierten, nicht zu verwundern. Die Ziffern ergeben aber, daß die große Mehrheit der freisinnigen Wähler für Dr. Wallau eingetreten ist. Den Zuwachs von 987 Stimmen verdankt er größtenteils den Freisinnigen."

Einen interessanten Zwischenfall zeitigte, wie dem „Berl. Tgbl." aus Darmstadt geschrieben wird, die letztwöchige Etatsberatung in der hessischen zweiten Kammer. Das „Handbuch der zweiten Kammer" ist neu erschienen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Fulda hat darin zu seiner Biographie folgenden Vermerk eintragen lassen: „War vier Jahre Gerichtsassessor und ging, da er

— im Widerspruch zur Verfassung! — nach Erklärung des nationalliberalen Staatsministers Finger — Aussicht auf Anstellung im Staatsdienste seines r e l i g i ö s e n Bekenntnisses wegen nicht hatte, zur Anwaltschaft über." Der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. O s a n n glaubte dagegen Einspruch erheben zu müssen, weil darin einem Verstorbenen, der sich nicht mehr rechtfertigen könne, ein Vorwurf gemacht werde und ferner ein Angriff gegen die nationalliberale Partei zu erblicken sei. Dr. Fulda legte in überaus scharfen Worten Verwahrung dagegen ein, daß sich sein Kollege Osann hier als Präzeptr aufspiele; in der Notiz sei lediglich eine Tatsache niedergelegt, die er jederzeit beweisen könne, und die genau solch eine Verfassungsverletzung bedeute wie die Nichtbestätigung von Beigeordneten heutzutage. In einem ähnlichen Falle sei sogar der eigene Vater Osanns in der Kammer gegen ungleiche Behandlung eines der m o s a i s c h e n Religion angehörigen Juristen tadelnd aufgetreten.

Das jüngste Beispiel für die Zurücksetzung wegen des Glaubensbekenntnisses ist soeben in A n n e n bei Verteilung der gesammelten Hilfsgelder an die durch die R o b u r i t e x p l o s i o n schwer geschädigten Einwohner gegebn worden.

Die G e l d s a m m l u n g e n für die von der Roburitexplosion Betroffenen haben im Ganzen etwa 650 000 Mark ergeben. Diese Summe sollte g l e i c h m ä ß i g, d. h. im Verhältnis zur Höhe des Schadens, unter die Leidtragenden in Annen und Witten verteilt werden. Der Materialschaden ist in Annen wesentlich beträchtlicher, während die Zahl der Geschädigten und Verunglückten in Witten größer ist. In Annen sind vor etwa zwei Monaten schon zweimal Unterstützungen gewährt worden. Ungefähr 65 000 Mark sind damals an diejenigen verteilt worden, die am härtesten betroffen und der Unterstützung am meisten bedürftig waren. Freilich reichten die Unterstützungsgelder bei weitem nicht hin, um auch nur die größte Not zu lindern bzw. zu beseitigen. Neuerdings ist der Gemeinde Annen eine Summe von 200 000 Mark überwiesen worden, die dieser Tage verteilt worden ist. Es hätte vielleicht genügt und wäre wirksamer gewesen, wenn nur die Bedürftigen Unterstützung erhalten hätten. Aber man ist weiter gegangen und hat f a s t a l l e n Beschädigten eine Entschädigung von 10—30 Prozent des taxierten Schadens zukommen lassen. A u s g e f a l l e n sind jedoch, wie das „Dortm. Tagebl." schreibt, s ä m t l i c h e I s r a e l i t e n mit Ausnahme eines Althändlers, dem man einige Mark gegeben hat. Dies hat allgemein unangenehm berührt, aber im Besonderen noch deswegen, weil die christlichen Geschäftsleute, die teils in gleichen, teils in viel besseren Vermögensverhältnissen als ihre Kollegen leben, sämtlich, selbst notorisch reiche Leute eine Entschädigung von 200—1000 Mark erhalten haben. Selbstverständlich hat man diese Zurücksetzung jüdischerseits nicht stillschweigend hingenommen. Man hat zunächst den Amtmann zur Rede gestellt, der natürlich die Absicht bestritt, daß die jüdischen Einwohner gegenüber den christlichen hätten zurückgesetzt werden sollen, und dann die Ansicht vertrat, daß die Geschädigten jüdischer Konfession nicht hilfsbedürftig seien. Daß die jüdischen Beschwerdeführer von dieser merkwürdigen Ausrede nicht erbaut waren, sie auch nicht gelten ließen, versteht sich von selbst. Umsonst wurde darauf hingewiesen, daß bei den den Juden gegenüber angewandten Verteilungsgrundsätzen auch eine ganze Reihe von christlichen Geschäftsleuten nichts hätte bekommen dürfen. Ausgerichtet haben die Beschwerdeführer zunächst nichts. **Der A m t m a n n** hat die Unzufriedenen auf den B e s c h w e r d e w e g an die Regierung verwiesen, der jedenfalls auch beschritten werden wird.

An sich bietet der Fall der Zurücksetzung jüdischer Mitbürger nichts Neues und ist vielleicht auch nicht von besonderer Bedeutung. Er gewinnt aber an Bedeutung, wenn man erfährt, daß gerade die j ü d i s c h e n E i n w o h n e r sich in ganz hervorragender Weise an dem H i l f s w e r k b e t e i l i g t haben. Zunächst sind Berge von Wäsche und dergleichen für das evangelische und das katholische Krankenhaus von den jüdischen Frauen, die selbst die Pflege der Verunglückten übernommen hatten, beschafft worden. Obdachlos gewordene christliche Familien sind von Juden aufgenommen und beherbergt worden, zum Teil findet diese unentgeltliche Beherbergung auch heute noch statt. Die jüdischen Geschäftsleute haben sofort nach der Katastrophe bei all ihren Geschäftsfreunden usw. Hilfsgelder gesammelt, viele Tausende zusammengebracht und dem allgemeinen Unterstützungsfonds zugeführt. Demgegenüber trat die Hilfsarbeit der christlichen Geschäftsleute arg in den Hintergrund. Wenn auch die jüdischen Helfer nicht auf einen besonderen Dank gerechnet haben, so haben sie doch nicht erwartet, so, wie es geschehen ist, zurückgesetzt zu werden. Diese Zurücksetzung dürfte wohl allgemeine Mißbilligung finden.

„Rechtsanwälte, Juden und Deutsche". Jüngst starb in B r i g h t o n ein A r z t, der ein sehr großes Vermögen und wertvolle Kunstschätze hinterließ. Zu diesen gehörten u. a. vier Stradivarius-Geigen — die vermachte er dem Britischen Museum für alle Zeiten. Einer Anzahl von gemeinnützigen Vereinen und Anstalten setzte er Geldvermächtnisse in namhafter Höhe aus. Eine weitere ansehnliche Summe, nämlich 200 000 Mark, bestimmte er als Preise für Personen, die sich auf dem Gebiete der Shakespeare-Forschung neue Verdienste erworben hätten. Nun aber kommt das Schöne: ausdrücklich v e r b a t er, daß auch nur ein Pfennig von diesen Preisen je an „Rechtsanwälte, Juden oder Deutsche" verliehen werden dürfte. — Das englische Blatt, dem diese allerliebste kleine Geschichte entstammt, bemerkt dazu pathetisch: „Es gibt keinen härteren Haß als den, der über das Grab hinausreicht!" In diesem Falle hätte es nach hinzufügen können: „und keinen dümmeren."

Alexandria. In S u e z hätte es kürzlich zu schlimmen Ereignissen kommen können, wenn die Polizei nicht rechtzeitig eingeschritten wäre. Ein kleiner c h r i s t l i c h e r Knabe wurde zu Hause vermißt und sogleich verbreitete sich das Gerücht, die Juden, deren P a s s a f e s t bevorstehe, hätten ihn hinweggeschafft. Der Knabe, so hieß es, sei mit einem Mann von jüdischem Aeußeren gesehen worden. Es dauerte nicht lange, so hatte sich ein Pöbelhaufen angesammelt, der mit dem Rufe „T o d d e n J u d e n" das Haus eines angesehenen jüdischen Wirtes zu stürmen versuchte. Aber die Polizei war schnell auf dem Platze und zerstreute den Mob. Der Knabe wurde von der Polizei in der Nähe aufgefunden, unversehrt und ohne etwas von dem Märchen zu ahnen, das um seine Person gesponnen worden war.

Ein jüdisches Mitglied des Oberhauses von Transvaal. Aus J o h a n n e s b u r g wird gemeldet, daß M a x L a n g e r m a n n, der Präsident der israelitischen Kultusgemeinden von Transvaal als solcher ins Oberhaus berufen wurde. Er ist unter den vom König von England ernannten fünfzehn Mitgliedern des Transvaal-Oberhauses der einzige, der nicht in England oder in Südafrika geboren wurde. Herr Max Langermann, von Geburt ein Bayer, kam schon als junger Mann nach Kimberley. Nach der Entdeckung der Goldfelder in Transvaal ging Herr Langermann nach Johannesburg, woselbst er bald zu einer führenden Rolle gelangte. Vor dem Jameson-Einfall gehörte er dem Reformkomitee an; als solcher wurde er auch nach der Besiegung Jamesons mit den anderen Reformern von der Transvaaler Regierung angeklagt, nach Pretoria in das Gefängnis gebracht und

2000 Pfund St. Buße verurteilt. Herr Langermann gehört seit mehreren Jahren zu den einflußreichsten Mitgliedern des Johannesburger Gemeinderates. Seine Gattin ist Präsidentin des jüdischen Waisenhauses, für welches Herr Langermann den Grund und Boden, sowie eine Summe Geldes gestiftet hatte. Ferner stehen die Langermann auch noch an der Spitze einer Anzahl anderer gemeinnütziger aber wohltätiger Anstalten. Wie das englische Wochenblatt „South Africa" in einer Charakterskizze der neuen Oberhausmitglieder schreibt, nimmt Herr Max Langermann hervorragenden Anteil an den öffentlichen Angelegenheiten des Transvaal.

Sprechsaal.

Die Berücksichtigung der antisemitischen Instinkte.

Die beschämenden Vorgänge bei den letzten Reichstagswahlen, wo freisinnige Führer zu direkter Unterstützung antisemitischer Kandidaturen aufforderten und die freisinnige Wählerschaft fast restlos ins antisemitische Lager abschwenkte, ist noch in frischer Erinnerung. An vielen Orten haben diese Vorgänge großes Erstaunen hervorgerufen; diejenigen jedoch, welche sich Mühe geben, unser öffentliches und gesellschaftliches Leben von Grund aus kennen zu lernen, sind durch die Ereignisse nicht überrascht worden. Die Hauptursache ist wohl darin zu suchen, daß wirklich liberale Gesinnung verhältnismäßig spärlicher verbreitet ist und bei vielen sich liberal Nennenden und Geberdenden mehr in die Breite, denn in die Tiefe geht. Der größte Krebsschaden ist, daß bis weit in die Reihen der sich entschieden liberal Nennenden, ja in den Kreisen der Juden selbst, den antisemitischen Instinkten einer irregeleiteten Bevölkerung und besonders dem als gebildeteren Teil derselben betrachteten, mehr aber weniger Reverenz gemacht wird. Man geht so weit, diese Instinkte als etwas Gegebenes anzusehen und anerkennt damit ihre Berechtigung, anstatt sie nicht nur zu ignorieren, sondern sie auch auszutilgen zu suchen. Die Juden selbst tragen auch ein gutes Teil Schuld an diesen Zuständen, indem in ihren Reihen noch viele Vorurteile gegen Andersgläubige verbreitet sind. Damit dürfte in absehbarer Zeit keine grundlegende Aenderung eintreten, da die deutsche Warnacht die konfessionelle Abschließung schon auf der Schulbank, als eine ihrer Kulturaufgaben betrachtet. Die Gründe, warum das jüdische Element im Handwerksberufe und einzelnen anderen Berufszweigen eine dominierende Stellung einnimmt, brauchen wohl nicht näher erörtert zu werden. Um dieses zu verstehen, hat man nur die Stellenanzeigen der Zeitungen zu studieren, wo im überwiegenden Teil derselben ein bestimmtes Religionsbekenntnis gefordert wird. Dieser engherzige kulturwidrige Standpunkt ist aber auch dort anzutreffen, wo man ihn gar nicht vermuten sollte. Diejenige Presse, welche sich als Vorkämpferin der liberalen Ideen betrachtet und auch dafür angesehen wird, die liberale Presse, macht häufig den antisemitischen Instinkten ihre Konzessionen, indem sie Redakteure jüdischer Herkunft nicht anstellt. Zur Illustration geben wir nachstehende Antwort auf die Offerte eines israelitischen Stellesuchenden wieder:

„Einliegend empfangen Sie die gesandte Photographie und Stilproben mit bestem Danke wieder zurück. Mit Rücksicht auf Ihr Bekanntsein in hiesiger Gegend würde ich Sie gerne engagiert haben, allein die Erwägung, daß das seit 1½ Jahr hier existierende antisemitische Konkurrenzblatt, welches alle Vorgänge in meinem Geschäfte ausspioniert, Kenntnis von Ihrer israelitischen Herkunft erhielte und polemisch verwertete, zwingt mich, von Ihrer werten Person abzusehen."

Wenn bei dem Briefschreiber das reine Geschäftsinteresse auch ausschlaggebend ist, so zeigt sich doch treffend aus dem ganzen Schreiben, wie ängstlich man bemüht ist, trotz zur Schau getragener liberaler Gesinnung etwa da und dort vorhandene antisemitische Voreingenommenheiten zu schonen, anstatt durch wahrhaft liberale Gesinnung ein Schulbeispiel zu geben. Darf man sich da wundern, wenn derart liberal beeinflußte Zeitungsleser, dort, wo es gilt, die elementarsten Grundforderungen des Liberalismus zu achten, ein Bild traurigster Geistesverwirrung zeigen. Aber nach eine andere für die liberalen Parteien schädliche Seite hat dieses Verhalten. Es muß dem Israeliten, der nicht in den herkömmlichen Berufsbahnen seiner Leidensgefährten wandeln will, geradezu die Meinung suggerieren, daß in unserem heutigen Verfassungsstaate kein Platz für seine Betätigung ist. Diese Meinung, ob berechtigt oder nicht, treibt viele der Sozialdemokratie in die Arme, die damit einen Zuwachs an Intelligenz, Schaffensfreude und Kraft erhält, der ihr unter normalen Verhältnissen nicht zufließen würde. Einen großen Teil ihrer Erfolge hat die deutsche Sozialdemokratie zweifellos ihren Intellektuellen jüdischer Herkunft zu verdanken, und nicht zuletzt durch diese hat sie ihre heutige Bedeutung erlangt. Betrachten wir demgegenüber die Verhältnisse anderer Völker, denen die Grundfragen der liberalen Auffassung in Fleisch und Blut übergegangen sind (England, Frankreich, Amerika), so finden wir, daß dort die Sozialdemokratie eine weit geringere Bedeutung als bei uns hat, jedoch die jüdischen Bürger am Verfassungsleben einen weit über ihre relative Zahl hinausragenden Anteil nehmen, zum Segen dieser Staaten. Aus alledem ergibt sich für uns die Lehre, daß, wenn Deutschland in der ersten Reihe der Kulturnationen stehen will, die wahrhaft liberalen Männer die Aufgabe haben, mit eisernem Besen in erster Linie in den Reihen der ihnen Nahestehenden zu kehren, um die noch vielfach anhaftenden mittelalterlichen Schlacken auszutilgen. S. B.

Briefkasten.

M. F. in B. Besten Dank für die Mitteilung, daß der Inhaber des Hotel Dolomitenhof in Seis (Tirol), Leopold Eder, anscheinend kein Freund jüdischen Besuches ist. Er ist von dem Bezirksgericht Kastelruth am 7. August v. J. wegen Beleidigung eines seiner Gäste, dem er im Verlauf einer geschäftlichen Differenz zugerufen hatte: „Das ist eine Frechheit, eine Judenfrechheit" zu einer Strafe von 35 Kronen nebst Kosten verurteilt worden.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 15. | Berlin, 10. April 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Deutscher Antisemitismus und rumänische Bauernunruhen.

Den Antisemitismus in seiner vollen Glorie kann man in Deutschland nicht eigentlich sehen. Nicht weil die Aufklärung in Deutschland so allgemein ist — die Existenz des Antisemitismus beweist das Gegenteil —, sondern weil viele bei uns sich mit dem Antisemitismus, der im Verborgenen blüht und giftige Miasmen ausdünstet, begnügen, und weil die Regierung bei uns antisemitische Pogroms unter keinen Umständen duldet. Aber eine annähernde Vorstellung antisemitischer Herzenswünsche und eventueller antisemitischer Leistungsfähigkeit auch bei uns kann man gewinnen, wenn in Rußland oder wie jetzt in Rumänien auf die Juden gehauen wird. Da bekundet die antisemitische Presse nach einer unvermeidlichen heuchlerischen Verbeugung vor der Tugend, d. h. nach einer aus Rücksicht auf empfindliche Nicht-Antisemiten abgegebenen Erklärung, daß man die Ausschreitungen nicht billige, ihre innerliche Herzensfreude über die Geschehnisse und gibt kund und zu wissen, daß die Juden ganz selbstverständlich die Pogroms und sonstigen Ausschreitungen gegen sie mit Fug und Recht erleiden, ja sie nicht nur verschuldet, sondern sogar provoziert haben.

Als die ersten Nachrichten von den Vorgängen in Rumänien eintrafen, war die „Staatsbürgerzeitung“ gleich mit einem Artikel bei der Hand, in dem rund heraus erklärt wurde, daß die Juden Wind gesäet haben und darum ganz natürlich Sturm ernten, daß sie selbst schuld seien an den Ausschreitungen 2c.

Zwar hat der rumänische Finanzminister gleich auf den agrarischen und selbst anarchistischen Charakter der Bauernunruhen hingewiesen — tut nichts, der Jude wird verbrannt. Zwar hat König Karol die Politiker für die Vorgänge verantwortlich gemacht und verlangt, daß der Juden- wie der Agrar-Frage ein Ende gemacht werde — tut nichts, der Jude wird verbrannt. Auch der Umstand, daß ein neues Kabinett gebildet werden mußte und daß sofort einige Gesetze angenommen wurden, die mit Juden und Judentum nicht das Geringste zu tun haben, sondern eingewurzelte agrarische Uebel beseitigen und längst nötige Reformen einführen sollen, spricht für die Schuld speziell der Juden doch wahrlich auch nicht, zumal in Rumänien die maßgebenden Kreise bekanntermaßen gewiß nicht judenfreundlich und jedenfalls besser über die wahren Ursachen der Bauernrevolte unterrichtet sind als das Berliner Stöckerblatt. Das alles aber hindert nicht die Sprachrohre der deutschen Antisemiten, immer von neuem das alte, falsche und verderbliche, weil nach Art quacksalberischer Mittel die Heilung mindestens verschiebende, wenn nicht gar unmöglich machende Lied von der Schuld der Juden anzustimmen.

Wenn die Antisemiten nicht so vernagelt wären, müßte sie schon allein die Tatsache, daß in den Ländern, die keine differentielle Gesetzgebung gegen die Juden kennen, von einer differentiellen Behandlung der Juden nichts wissen, auch keine Ausschreitungen nach russischem und rumänischem Muster vorkommen, sie auf den Gedanken bringen, daß eben diese unterschiedliche Behandlung teils die Juden schlechter macht, teils die Ausschreitungen des Pöbels gegen sie verursacht. Die Stöckersche „Staatsbürgerzeitung“ aber behauptet dreist und im biedermännischsten Tone: „Es ist also immer wieder die alte Geschichte: Jüdischer Wucher und Betrug, jüdische Gewaltmaßregeln gegen die Bauern, die Scheu vor dem Militärdienst; das alles ist nur allzu sehr dazu angetan, um den Haß, der instinktiv in den Seelen der ungebildeten Bauern gegen das Judentum schlummert, anzufachen zu hellen Flammen.“

So viele Worte, so viele Unwahrheiten und Torheiten. Warum scheuen in Frankreich, England, Amerika die Juden nicht den Militärdienst, melden sie sich sogar im Kriege wie im Frieden scharenweise zum Eintritt ins Heer? Warum erfüllen in Deutschland die Juden gleich allen anderen ihre Militärpflicht? Ist es ein gar so großes Wunder, daß die rumänischen Juden, die nach dem Gesetze „Fremde“ sind und wie Parias und Feinde behandelt werden, als „Fremde“ kein besonderes Bedürfnis fühlen, dem Lande, dem fremden Lande Kriegsdienste zu leisten?

„Jüdische Gewaltmaßregeln gegen die Bauern!“ das ist die alte Geschichte vom Lamm, das dem Wolf das Wasser trübt. Man denke: in einem Lande, das den Juden neun Zehntel der natürlichsten Menschenrechte nimmt, ihnen die geistige Nahrung selbst entzieht oder fast unmöglich macht, sie in ihren Wohnsitzen beschränkt und ihnen die Hälfte aller Möglichkeiten, sich schlecht und recht durch ihrer Hände Arbeit zu ernähren, entzieht, wo alles, was etwas ist, in der Verwaltung, in der Justiz, in den Schulen und Universitäten 2c., judenfeindlich ist, werden fast rechtlose Juden sich Gewaltmaßregeln gegen die Bauern herausnehmen! Das sollte selbst antisemitischen Lesern als des Unsinns gar zu viel nicht geboten werden. Das allerhöchste dürfte wohl sein, daß Juden im Notfalle diejenigen Rechte durchsetzen, die ihnen selbst in Rumänien unmöglich genommen werden können, und auch das, wie gesagt, im Notfalle, wahrscheinlich sogar im äußersten Not-

Aus für alle, nur nicht Antisemiten dümmster Sorte, auf der Hand liegenden Gründen.

Und natürlich der *jüdische Wucher!* Als wenn andere Leute gar nicht wucherten. Wir haben unlängst in diesen Blättern nachgewiesen, daß in den russischen Hungersnotbistrikten, in welchen Juden nicht wohnen, reiche Bauern, ja Amtsbrüder des Herrn Stöcker die verhungernden Bauern auf das schamloseste bewucherten. Und der Chefredakteur der antisemitischen „Nowoje Wremja" hat, wie wir gleichfalls vor kurzem in diesen Blättern mitgeteilt haben, ausdrücklich erklärt, der russische Wucherer sei viel schlimmer als der jüdische. Und in Rumänien? Nun! Vor etwa drei Jahren veröffentlichte der Vizepräsident der rumänischen Kammer, Subdirektor des „Creditul Rural" und hervorragendes Mitglied der liberalen Regierungspartei, Herr D. Protopapescu, ein Reihe von Aufsätzen in dem liberalen Blatte „Vointza Nationala" über den Wucher auf dem Lande. Nun, Herr Protopapescu hält es für seine Pflicht festzustellen, daß die *Wucherer, die bis 500 Prozent den Bauern abnehmen,* dort, wo er seine Feststellungen gemacht hat, *Christen* sind, manche sogar *sehr fromme Christen,* die nie versäumen in die Kirche zu gehen, die Heiligenbilder zu schmücken, sich durch Stiftungen für Kirchenzwecke Heil zu erkaufen. *Nie hat dort ein Jude gewohnt, nie hat ein Jude den Boden jener Dörfer betreten.*

Wenn aber selbst hier und da Juden in Rumänien Wucher treiben, ist das gar so wunderbar, wenn man bedenkt, daß ihnen auf Schritt und Tritt Hindernisse in den Weg gelegt werden, sobald sie ehrlich ihren Unterhalt verdienen wollen?

Nichts aber ist für die deutschen Antisemiten charakteristischer als daß sie, die in Deutschland immer den Juden den obendrein unberechtigten Vorwurf machen, daß sie *kein* Handwerk treiben, den Juden in Rumänien — wie dies beispielsweise in der „*Deutschen Zeitung*" geschieht — umgekehrt es verübeln, *daß* sie Handwerker sind. Das genannte Blatt schreibt:

„Eine ganze Reihe von bürgerlichen Berufszweigen wird von den Juden geradezu monopolisiert. Als die antisemitische Stadtverwaltung von Galatz ihr neues Theater decken lassen wollte, fand sie *nicht einen christlichen Dachdecker,* obwohl auf das eifrigste gesucht wurde, sodaß das Theater 6 Monate ohne Dach blieb. Der Entwickelung eines nationalen Mittelstandes bietet dieses Ueberwuchern des Judentums das größte Hindernis."

Also immer wieder wird der Jude verbrannt, gleichviel wie er ist und wie er handelt. Wenn die Juden in Rumänien, wie die antisemitische „Deutsche Zeitung" selbst zugibt, unentbehrlich sind, warum macht man ihnen dort das Leben zur Hölle, warum nimmt man ihnen die Gelegenheit, sich fortzubilden und noch mehr im Interesse des Landes und des Volkes und natürlich auch im eigenen Interesse zu wirken? Es ist auch eine Verleumdung der rumänischen ebenso wie der russischen Bauern, sie als instinktive Antisemiten hinzustellen. Das sind sie ganz und gar nicht. Dafür liegen zahlreiche Zeugnisse vor. Die Bojaren, die Bureaukraten und die in ihrem Dienst stehenden Popen sind es, die die abergläubischen und abhängigen Bauern auf die Juden hetzen. Religion und Patriotismus werden schnöde mißbraucht zum Nutzen und Vergnügen der wenigen interessierten Judenfeinde. Das Vergnügen mag dem rohen und vertierten Geschmack dieser Herrschaften entsprechend ein vollständiges sein, wenn auf Juden losgeschlagen wird. Der Nutzen ist dagegen sehr fraglich. Denn es bleibt immer wahr, wie wenig auch kurzsichtige Antisemiten es glauben, die zu Raub und Mord der Juden aufgestachelte Menge bleibt niemals bei den Juden stehen, und es ist höchst wahrscheinlich, daß auch jetzt in Rumänien die Hetzer und das Land und Volk weit mehr Schaden erlitten haben, als die Juden, die man schlagen zu können glaubte, ohne selbst auch geschlagen zu werden.

Die ersten Nachrichten über die rumänischen Bauernunruhen waren kaum eingetroffen, als die „Staatsbürgerzeitung" schon konstatieren zu sollen glaubte, daß die Zeitungen im Interesse der zunächst verfolgten Juden übertrieben hätten. Sie hatte förmliche Angst, die Unruhen könnten zu früh aufhören und zu wenig Juden ermordet werden. „Fabelhaft übertrieben" sollten die Vorgänge sein, „nicht der hundertste Teil, so wollte die „Staatsbürgerzeitung" von gut unterrichteter Seite aus Wien erfahren haben, von dem wahr ist, was bisher verbreitet wurde." Nun ist es ja natürlich, daß, wenn eine Panik ausbricht und alles flieht, statistisch genaue Daten nicht gemeldet werden können. Auch soll zugegeben werden, daß man in der Aufregung eher schwarz als rosig sieht und demgemäß berichtet. Aber andererseits ist auch wahr, daß von der anderen Seite in guter wie in böser Absicht, amtlich, offiziös und aus parteipolitischen Gründen viel häufiger und gründlicher *vertuscht* wird. Freilich die Ansprüche der „Staatsbürgerzeitung" an eine richtige Judenverfolgung sind nicht gering. Denn nach ihr sind selbst die Zahlen der in Hunderten von russischen Städten in den Pogroms hingemordeten, verstümmelten und beraubten Juden nur — „*winzig*".

Die Niedertracht, mit welcher den Juden der Sturm zur Last gelegt wird, der in Rumänien ausgebrochen ist, ist um so größer, als allgemein und auch den deutschen Antisemiten die wahre Sachlage durchaus bekannt ist. Die, wie schon gesagt ist und wie jedermann weiß, in Rumänien ganz besonders unterdrückten Juden, die die Güter pachten, sollen die Hauptschuldigen sein. Aber von wem pachten sie denn die Güter? Von den „Edelsten der Nation", den Bojaren, die das erhaltene Pachtgeld fern von ihrem Grundbesitz, auch im Auslande verprassen. Warum verpachten sie an Juden? Ja, sagt die antisemitische Presse, die Bojaren befinden sich in einer Zwangslage, sind den Juden verschuldet und haben selbst nur wenig von ihren verpachteten Gütern, fristen, wie die „Staatsbürger-Zeitung" behauptet, ein wahres Proletarierdasein, obwohl sie stolze Namen und Titel großer Landbesitze führen, deren nominelle Besitzer sie auch in der Tat noch sind." Nehmen wir an, es verhalte sich genau so, wie das Stöckerblatt behauptet. Aber dasselbe Blatt sagt in demselben Artikel ja auch, „daß der *größte* Teil der in Frage kommenden Pachtgüter überhaupt nicht Privateigentum von Bojaren ist, sondern Eigentum des *Staates* oder *reicher Klöster.* Der Privatbesitz der Bojaren in der Moldau und Walachei bildet den bedeutend kleineren Teil." Auch der Staat und die reichen Klöster also verpachten an die Juden. Wer zwingt *sie* dazu? Sollten sie, wenn die jüdischen Pächter in der Tat Volk und Land ruinieren, nicht schon aus Patriotismus ihr Land nicht an Pächter verpachten, die als Fremde betrachtet und behandelt werden? Von den reichen Klöstern könnte man doch eher verlangen, daß sie sich nötigenfalls mit einem geringeren Pachtzins aus Christenhand begnügen, und der Staat zum mindesten sollte doch nicht den in seinem Besitz befindlichen Grund und Boden an Leute verpachten, die er nicht nur wie Fremde, sondern eher wie Feinde behandeln zu sollen glaubt. Von Klöstern und vom Staat kann füglich eher eine etwas geringere Selbstsucht verlangt werden, als von mißhandelten jüdischen Groß- und Kleinpächtern, die ihr herausgelegtes Geld mit einem Agio herausschlagen wollen und müssen. Es ist das Verhalten um so verwunderlicher, als nach der „Staatsbürgerzeitung" die Regierung „mit der höchst pünktlichen Zahlung des wenn auch *sehr niedrigen Pachtschillings* für ihre Domänen seitens der jüdischen Pachttruste recht zufrieden ist". Also sogar mit

einem „sehr niedrigen Pachtschilling“ ist die Regierung „recht zufrieden“; warum denn sucht und findet sie nicht nur christliche Pächter, wenn die jüdischen so spottschlecht sind und das Volk aussaugen und sogar zur Revolution treiben? Zum mindesten muß man bei einer Spur von Gerechtigkeitssinn die Besitzer des Grund und Bodens, selbst die armen Bojaren, mehr noch die reichen und ganz gewiß die reichen Klöster und den Staat eher, viele tausend Mal eher als die Schuldigen erklären und nicht in erster Reihe die Juden.

Aber der Jude wird einmal verbrannt. Nur denken die braven Antisemiten, die nicht sowohl in frommer Einfalt als vielmehr in bewußter Niedertracht Holz zum Scheiterhaufen für die Juden schleppen, nicht daran, daß sie durch solche Darstellungen sich zu Mitschuldigen an dem Elend machen, über welches sie und ihre Schutzbefohlenen klagen. Sie denken nicht daran, daß sie sich selbst das denkbar schlechteste Zeugnis ausstellen. Die „Post“ ist wenigstens klug genug, ausdrücklich und nachdrücklich zu betonen, daß die rumänischen Unruhen nichts mit dem Antisemitismus zu tun haben, und auch andere geben zu, daß die agrarischen Mißstände eine große Rolle dabei spielten. Nur das Blatt des Ex-Hofpredigers entwickelte einen ganz besonderen Eifer, das Verdammungsurteil über die Juden auszusprechen. Hintereinander last brachte es drei Leitartikel über die rumänischen Bauernunruhen. Es war, als ob das böse Gewissen, das Bewußtsein, falsches Zeugnis wider den Nächsten abgelegt zu haben, es immer wieder zu demselben Thema zurücktriebe, wie der Verbrecher zurückgetrieben wird an den Ort des Verbrechens. Oder es hoffte, durch Wiederholung ihrer Verleumdungen diesen die fehlende Ueberzeugungskraft zu verschaffen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ueber den Streit zwischen der Leitung des Deutschen Volksbundes und seinem langjährigen Geschäftsführer Hans von Mosch gibt die „Deutsche Hochwacht“ auf viele Anfragen folgende Erklärung:

„Ja, es ist gegen Herrn v. M. Strafantrag gestellt worden, und zwar wegen zahlreicher Unterschlagungen und Fälschungen; ferner neuerdings wegen Nötigung und Bedrohung. Natürlich werden wir die Einzelheiten nicht veröffentlichen; leider wird der Staatsanwalt den Juden diesen Schmaus bereiten müssen. Wir bitten, dem Rate der 23 zu vertrauen, wie es ja auch allerorten geschieht. Der Rat hat die Bücher und Belege geprüft und einstimmig festgestellt, daß der Strafantrag gerecht und unvermeidlich war. Ebenso kann man uns nicht zumuten, uns auf die Kampfesweise des Herrn v. M. einzulassen, die ja jedem denkenden Menschen beweist, mit wem wir es zu tun haben!“

Hans von Mosch hat zwar in einer Berliner Versammlung von Mitgliedern des Volksbundes ein Vertrauensvotum durchgedrückt; die Ortsgruppen im Reiche stehen jedoch fast ausnahmslos auf Seiten der Leitung des Bundes; die Vermittelungsaktion des ersten „Großmeisters“ des Bundes, Prof. Paul Förster, der den Streit der gerichtlichen Klarstellung entziehen wollte, ist gescheitert. Die Magdeburger „Sachsenschau“, bzw. ihr Herausgeber Faßhauer, der früher jahrelang Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe gewesen ist, nachher aber seinen Austritt erklärt hat, schreibt gegenüber Bemühungen der Leitung des Bundes, eine neue Ortsgruppe zu gründen:

„Bekanntlich bin ich vor 6 Jahren mit den weiterblickenden Magdeburger Gesinnungsgenossen aus dem Bunde ausgetreten, weil schon die damalige Geschäftsführung Anlaß zu großen Bedenken gab. Die ganze Entwickelung des Bundes hat nunmehr bestätigt, daß ich völlig im Recht gewesen bin. Endlich haben die jetzigen Führer des Bundes eingesehen, daß ihr Großmeister Hans von Mosch den Bund und die Tageszeitung in recht schwierige Verhältnisse gebracht hat. Die jetzigen Führer haben dieser Entwickelung ruhig zugesehen und geduldet, daß viele Gesinnungsgenossen ihr Hab und Gut bei diesen Unternehmungen riskierten. Nach der Denkschrift, welche sie über die jetzige Lage des Bundes und Blattes herausgegeben haben, befinden sich beide Gründungen in denkbar schwierigsten Verhältnissen. Die Führer haben damit ihre Unfähigkeit in der Leitung und Beurteilung solcher Unternehmungen sehr klar dokumentiert. Wenn sie nun mit patriotischen Redeblumen über die fatale von ihnen selbst verschuldete Lage hinwegzukommen und Leute zu gewinnen suchen, welche den in den Dreck gefahrenen Karren mit herausziehen, so kann ich denkenden und nüchtern urteilenden Gesinnungsgenossen nur empfehlen:

„Laßt die Herrschaften die Suppe, die sie sich selbst eingebrockt haben, allein auslöffeln.“

Hätten von vornherein alle Magdeburger Gesinnungsgenossen bei meinem Ausscheiden zu mir gestanden, so hätte sich viel Unheil verhüten lassen. Es wird sich ja nun zeigen, ob angesichts der neuen Anlockungsversuche die kühle Vernunft und besonnene Ueberlegung die Oberhand behält oder ob man hier auch wieder den schönen Reden folgen will.

Wir Magdeburger haben mit den Berlinern nachgerade derartige Erfahrungen gemacht, daß jeder sich bekreuzigen sollte, wenn wieder Berliner auf der Bildfläche erscheinen.

Wie ich damals meiner Pflicht gefolgt bin und öffentlich meine Gesinnungsgenossen in ihrem eigenen Interesse gewarnt habe, so warne ich auch jetzt wieder vor einem Anschlusse.

Sollte die Schlauheit wieder in Magdeburg ihre Triumphe feiern, so werde ich rücksichtslos diese Treibereien öffentlich in der „Sachsenschau“ geißeln. Unsere Sache ist zu gut, als daß sie fortdauernd durch persönliche Treibereien geschädigt werden dürfte.“

Das Memmingersche Antisemitenblatt, die „Neue Bayerische Landeszeitung“, schreibt mit echt bajuvarischer Ungeschminktheit zu diesem widerlichen Gezänk:

„Die Antisemiten sind in ihrer Zersplitterung die echten deutschen Simpel und Gimpel. Statt daß die Führer über kleine Meinungsverschiedenheiten hinweg und nur auf ihre deutschnationale Aufgabe sehen, speien sie sich wie belfernde Juden gegenseitig ins Gesicht und zerkratzen sich zum Gaudium aller Deutschenfeinde das Genick. Gegenwärtig führen sie wieder in Hessen und in Berlin Sitterkämpfe unter sich auf und bewerfen sich gegenwärtig mit Beschimpfungen. Solche kleinlichen Kampfhähne verdienten jeder 25 auf den Daches.“

Ein böser Reinfall Liebermann von Sonnenbergs. In der „Hessischen Rundschau“ lesen wir: „Bekanntlich hat die antisemitische - reformerische „Hessische Rundschau“ von Herrn Liebermann von Sonnenberg behauptet, er habe einst den Ausspruch getan: „Meine Schwälmer Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine“. Herr Liebermann drohte darauf mit Klage. Die „Hess. Rundschau“ erklärte wiederholt, sie wird im Falle einer Klage den Wahrheitsbeweis erbringen. Jedoch hat man von einer Klage des Herrn Liebermann gegen die „Hess. Rundschau“ als die Urheberin der Behauptung nichts gesehen und gehört. Wohl aber klagte Herr Liebermann gegen den Homberger Sattlermeister Labenz, weil dieser am Biertisch gelegentlich von den angeblichen Aeußerung Liebermanns gesprochen hatte. Mußte schon die Klage gegen den armen Homberger Sattler — warum ging Herr Liebermann von Sonnenberg denn nicht gegen die „Hessische Rundschau“ vor? — Kopfschütteln erregen, so mußte das erst recht geschehen über die Handlungsweise verschiedener Liebermannfreunde, die den Sattlermeister Labenz überliefen und zu einer „Erklärung“ zu veranlassen suchten. Doch der wackere Sattlermeister „erklärte“ nichts, und so kam denn die Angelegenheit — nachdem Herr Liebermann schon einmal den Termin hatte hinausschieben lassen — gestern vor dem Schöffengericht Homberg zur Verhandlung. Diese ergab aus den Zeugenvernehmungen, daß Herr Sattlermeister Labenz lediglich die verschiedenen Versionen über das Gerücht referierend wiedergegeben hatte. Wie Herr Liebermann sah, daß seine Sache verloren war und der Sattlermeister freigesprochen werden müsse, zog

er seine Klage zurück und trägt die Kosten des Verfahrens.

Es war also nichts mit einer Verurteilung und auch keine „Erklärung“ hat Herr Liebermann. Er muß übrigens seine Schwälmer Wähler recht niedrig einschätzen, wenn er glauben sollte, daß diese es als Rechtfertigung ansehen würden, wenn etwa irgend ein armer Teufel wegen Weiterverbreitung der angeblichen Aeußerung verknurrt würde. Der kann natürlich keinen Wahrheitsbeweis antreten. Warum aber — so muß sich doch jeder Mensch mit noch halbwegs gesundem Verstande fragen — verklagt Herr Liebermann von Sonnenberg nicht die „Hessische Rundschau“, die noch so kühn war, den Wahrheitsbeweis vor Gericht für ihre Behauptung anzubieten? Warum? — Dieses „Warum?“ werden auch die nüchtern denkenden Schwälmer beantwortet haben wollen. Sie haben diesmal bei der Wahl Herrn Liebermann das Vertrauen nur prolongiert, weil er ihnen versprach, die Angelegenheit gerichtlich zu klären. Herr Liebermann, die Schwälmer warten darauf. . . . Lassen Sie sie doch nicht noch länger warten!“

Ueber antisemitische Mittelstandswirtschaft in Sachsen, an der der bekannte Verleger der antisemitischen Bilderbogen Glöß Haupbeteiligter ist, entnehmen wir sächsischen Blättern das Folgende:

Einen erregten Verlauf nahm die Generalversammlung der Vereinigten Spareinleger in Dresden (G. m. b. H. in Liquidation). Sie beschäftigte sich mit dem Geschäftsbericht und der Jahresbilanz. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Rechtsanwalts Dr. Böhme, richtete sich der erste Redner, Herr Trautmann, mit scharfen Worten gegen die Verwaltung. Der Geschäftsbericht decke sich nicht mit den Ausführungen im Dresdner Anzeiger; er bezweifle die Richtigkeit des Berichts. Die Unkosten für die Verwaltung seien viel zu hoch, wenn das so weitergehe, so würden sie das Vermögen verzehren. Die Unkosten betrogen laut Bericht 42333,79 Mark, von denen der Aufsichtsrat 10 000 Mark erhalte und das Gehalt des Direktors Glöß allein 10 000 betrage. Eine derartige Belastung könne die Gesellschaft nicht aushalten, zumal die Arbeit gering sei. Er habe die Anträge gestellt: 1. die Vergütung für den Aufsichtsrat auf 5000 Mark herabzusetzen. Der Aufsichtsrat sei dem entgegengekommen und habe sich mit 6000 Mark einverstanden erklärt. 2. Das Gehalt des Direktors Glöß (des bekannten antisemitischen Bilderbogen-Glöß) in Anbetracht der geringen Arbeit ebenfalls herabzusetzen. Darauf sei ihm der Bescheid geworden, daß mit Direktor Glöß ein Vertrag bestehe. Um so mehr müsse er bedauern, daß der Direktor nicht dem Beispiele des Aufsichtsrats gefolgt sei. Schließlich habe er beantragt, eine Revision der gesamten Geschäftslage vorzunehmen, weil er ernste Bedenken gegen das bisherige Geschäftsgebahren habe. Der Antrag ist abgelehnt worden, weil das dazu erforderliche Zehntel der Stimmen nicht ganz unterschrieben hätte. Er sei aber der Ueberzeugung, daß sich sicher mehr als dieses Zehntel zur Unterstützung gefunden haben würde. (Allseitiger Zuruf: Alle!) Herr Hohlfeld spricht sich in demselben Sinn aus. Die Gehälter für Direktor Glöß, 6 Beamte und den Kassenführer verschlingen zu viel. Für so viel Personen sei ja gar keine Beschäftigung da. Direktor Glöß bekommt von der Treuhandbank keinen Pfennig, arbeitet für sie und bezieht von uns dieses horrende Gehalt. Ein anderer Redner ist der Meinung, daß die „Arbeit“ des Direktors gegenwärtig nebenbei gemacht werden kann und daß man dafür nicht 10 000 Mark zu bezahlen brauche. „Ich glaube kaum, daß das zum Wohle der Gesellschaft geschieht. Wenn Direktor Glöß 10 000 Mark bekommt, so hat eine fälschliche Auszahlung stattgefunden. Im Vertrag ist meines Wissens das Gehalt mit 7500 Mark festgesetzt. Ich beantrage, eine Kommission zu wählen, die die Geschäftsführung durchsieht. Es existiert ein Geschäftsgebaren, das nicht zu rühmen ist. Unser Vermögen wird voll aufgebraucht. Wir zahlen für ein Geschäftslokal hohe Miete, während unsere Wohnungen leer stehen.“ Herr Hohlfeld ersucht nochmals um Aufschluß darüber, wie es kommt, daß Herr Glöß, dem nur 7500 Mark zugebilligt worden sind, mehr Gehalt bekommt. Er bekomme jetzt zuviel. (Glöß schweigt weiter.) Herr Trautmann fordert die Zulassung des Antrags, eine Kommission zu wählen und einen Sachverständigen zu hören, er sei nicht so töricht, allein die Ansicht des Herrn Glöß für maßgebend hinzunehmen. (Lebhafte Zustimmung, Glöß schweigt.) Dr. Popper fordert die Entlohnung des Aufsichtsrats und des Direktoriums nach einem Prozentsatz und nicht durch ein festes Gehalt, das sei bei einer liquidierenden Gesellschaft nicht üblich. Die Spareinlagen fressen sich bei dem Modus, der jetzt besteht, auf. „Der Herr Direktor hat sich trotz mehrfacher Anzapfungen noch nicht geäußert, ob er heruntergehen will. (Heiterkeit — ironische Zurufe.) Das Gehalt für Herrn Glöß beträgt 7500 Mark, er bekommt aber 10 000 Mark. Dieser Ueberschuß soll wohl gleichsam als Vorschuß betrachtet werden!“ (Glöß schweigt.) Die Verwaltung will den Antrag, eine Revision vorzunehmen, nicht zulassen. Die Versammlung ist erregt. Die Verwaltung will darüber mittels Stimmzettel abstimmen lassen. Es sind 48 000 Stimmen (je 100 Mark eine Stimme) vertreten, davon entfallen allein auf die Verwaltung 25—28 000! Die Versammlung dringt nach dem Podium. Von dort aus wird verkündet, daß die Verwaltung beschlossen habe, durch zwei Sachverständige eine Prüfung vornehmen zu lassen. Zuruf: Wer bezahlt das? Vors.: Die Gesellschaft natürlich. Der Vorige: Dann müssen wir das doch beschließen! Dr. Popper wünscht den Vertrag des Direktors Glöß zu sehen, weil sich Herr Glöß permanent ausschweige. (Die Versammlung fordert stürmisch den Direktor Glöß heraus. Glöß schweigt weiter.) Der Redner will, daß die Treuhandvereinigung in Berlin die Revision vornehme und ihre Instruktionen von Hohlfeld und Trautmann erhalte. Der Vorsitzende macht dagegen Stimmung, aber ohne Erfolg. Die Revision dürfe schon aus Rücksicht auf die Treuhandbank nicht von dieser Vereinigung vorgenommen werden. (Heiterkeit. Aha!) Dr. Popper meint, diese Darstellung sei von Anfang bis zu Ende falsch. Aus der Versammlung wird Dr. Popper zur Zulassung und Teilnahme an der Revision vorgeschlagen. Herr Glöß (das erste Mal): Ich bitte Sie dringend, Herrn Dr. Popper nicht zu wählen. Stadtrat Ahlhelm — der bekannte Antisemit und Mittelstandsheld — ist derselben Meinung wie Glöß. Hohlfeld bezeichnet Ahlhelm als den persönlichen und politischen Freund von Glöß. (Zustimmung.) Der Antrag wird endlich in der Form, daß Rather die Revision vornimmt, angenommen. Die Entlastung des Direktoriums und des Aufsichtsrats wird ausgesetzt.

Nette Wirtschaft!

Dem Mittelstand muß angst und bange werden, wenn er sieht, was für Elemente sich ihm als „Retter“ aufzudrängen suchen. In München bestehen zwei Organisationen, angeblich zur Vertretung des notleidenden Mittelstandes, die sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpfen. In einem vorige Woche verhandelten Beleidigungsprozeß sind dabei recht erbauliche Einzelheiten ans Tageslicht gekommen. Es wurde festgestellt, daß das von der „Mittelstandspartei“ herausgegebene Vereinsorgan zuerst von einem Studenten, nachher von dem „Parteivorsitzenden“ selber, einem ehemaligen Bäckermeister, redigiert wurde, der nachher Mehlreisender wurde und jetzt als Bote bei einer Handlungsfirma beschäftigt ist. In der Führung der Vereinsgeschäfte herrschte die größte Unordnung, so daß auch die Gerichte vergebens einen klaren Einblick zu gewinnen suchten. Zum öffentlichen Eclat kam es, als der Parteisekretär, der von Profession Schuldenaufkäufer ist, an das immer mehr zusammengeschmolzene Häuflein der Vereinsmitglieder das Ansinnen einer Nachzahlung von je 10 Mark stellte und sofort gegen die säumigen Mitglieder gerichtlich vorging. Das war natürlich für die gegnerische Organisation der Mittelständler, die unter der Leitung des bekannten Agitators des Bundes der Landwirte Wengg steht, ein gefundenes Fressen. Wengg veröffentlichte einen fulminanten Artikel unter der Ueberschrift: „Schänder der Mittelstandssache“. Das angegriffene Mittelstandsorgan revanchierte sich mit einer Charakteristik Wenggs unter der Ueberschrift: „Ein feiner Politiker“, in welcher dieser als Verleumder, Judas, Profitmännchen, Verräter usw. hingestellt wurde. Jeder dieser Ehrenmänner erklärte sich natürlich sofort bereit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten. Die gerichtliche Feststellung fiel jedoch zu ungunsten der Geschäftsführer der „Mittelstandspartei“ aus, die wegen Beleidigung zu 100, bzw. 60 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. — Das ist auch ein Beitrag zur Geschichte der Mittelstandsbewegung und zur Charakteristik der Elemente, welche die angeblich durch die liberale

Wirtschaftspolitik im Geschäftsleben abhanden gekommene Treu und Glauben wiederherstellen wollen.

Im Weimarischen Landtage schnitt am 23. März der antisemitische Vertreter von Jena-Land, Oberlandesgerichtsrat Freiherr v. Richthafen, die Frage der Zulassung von Ausländern an den Hochschulen an, indem er besonders auf die russischen Studenten an der Universität Jena hinwies. In den Kreisen der Studierenden habe diese Frage ziemliche Erregung verursacht und auch die Professorenschaft mit betroffen. Man solle die Anforderungen an die Ausländer in Bezug auf die Vorbildung genau so hoch stellen wie bei den deutschen Studenten; auch in finanzieller Beziehung ließe sich etwas machen. In politischer Beziehung seien gewisse Elemente besonders russisch-jüdischer Abkunft schärfer ins Auge zu fassen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Baudert wünschte im Interesse des Ansehens der deutschen Universitäten, daß diese in keiner Weise für die Ausländer abgeschlossen würden. Es habe auch in Deutschland einmal Zeiten gegeben, wo Männer außer Landes verwiesen wurden, die heute in hoher Achtung stehen; auch im Großherzogtum Sachsen fanden einmal Männer Zuflucht, die aus anderen deutschen Bundesstaaten ausgewiesen waren. Der nationalliberale Abgeordnete Retz-Jena bedauerte die Ausführungen des Abg. v. Richthafen. Er könne es nicht verstehen, wie ein Abgeordneter aus Jena im Landtag gegen die Gastfreundschaft austrete, die die Universität seit altersher geübt habe. Man sei in Jena stolz darauf, daß viele Ausländer die Hochschule besuchten. Stellen sich Mißstände heraus, so könne sie die Universität aus eigener Kraft beseitigen. Staatsminister Dr. Rothe bemerkte, daß die Verhältnisse in Jena der Regierung genügend bekannt und geregelt sind. Von Mißständen, durch ausländische Studierende hervorgerufen, könne keine Rede sein. Der Staatsminister schloß seine Rede unter lebhaftem Beifall mit den Worten: „Die ernestinischen Regierungen betrachten es als ihre Aufgabe, die Universität hoch zu halten und als Kleinod zu bewahren, das ihnen von der Vergangenheit überliefert wurde.“ Der antisemitische Vorstoß war völlig mißlungen.

Herr Lattmann, der antisemitische Reichstagsabgeordnete von Kassel, der als Vertreter von Kassel-Land auch dem preußischen Abgeordnetenhause angehört, hatte in der Agitation für die verflossenen Reichstagswahlen wiederholt versprochen, sein Landtagsmandat niederzulegen, wenn er wiederum zum Reichstagsabgeordneten gewählt würde. Man hatte in der Agitation den Herrn wiederholt auf seine recht unzulängliche Tätigkeit im Landtage aufmerksam gemacht. Jetzt nach der Agitation reut aber Herrn Lattmann sein gegebenes Versprechen. Um jedoch gewissen Rivalen nicht wieder Anlaß zu geben, ihn des Wortbruches zu beschuldigen, hat Herr Lattmann einen kleinen, aber schon recht abgebrauchten Theatercoup inszeniert. Er hat sich von einer bündlerischen Vertrauensmännerversammlung bitten lassen, sein Landtagsmandat weiter beizubehalten. Bemerkenswert ist, daß das Stöckersche „Volk“, das Herrn L. nahe steht, im Berichte über diese Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte ausdrücklich erwähnt, daß ihr der antisemitische Verbandssekretär beigewohnt hat.

☐ **Aus Baden.** Die Antisemiten sind als Partei so in Verruf in Baden, daß sie es nicht mehr wagen, unter jener alten Firma aufzutreten, aber die Landtagswahlen wie die Reichstagswahlen haben einem Gemengsel von Konservativen und Agrariern, Deutschsozialen und Christlichsozialen im Bunde mit dem Zentrum Erfolge gezeitigt. Deshalb wollen nun die hessischen Deutschsozialen von Darmstadt her einen Feldzug in Baden eröffnen, und der bekannte Amtsrichter Dr. Mahr, welcher in Hessen deutschsozialer Verbandsvorsitzender ist, soll denselben mit einem Vortrag in Heidelberg am 11. April eröffnen. Trotz des unverfänglichen Themas: „Wesen und Ziele des Liberalismus und Nationalismus“ scheint man nicht auf regen Besuch zu rechnen, denn man hat ein kleines Lokal in Aussicht genommen.

Vermischtes.

Das Ritualmordmärchen. Der Konitzer Mord hat eine ganze Zeit wieder in den Köpfen und Zeitungen herumgespukt. In Beuthen war ein Mann verhaftet worden, der in genau derselben Weise einen Menschen ermordet, die Leiche zerstückelt und beiseite geschafft hatte, wie der Konitzer Mörder. Der nahe liegende Verdacht, daß der Beuthener und der Konitzer Mörder ein und dieselbe Person sein, wurde noch verstärkt, als der Mörder gestand, noch weitere drei Morde verübt zu haben. Aber die Hoffnung, daß nunmehr endlich Licht in die geheimnisvolle Konitzer Affaire kommen werde, hat sich doch nicht erfüllt, da inzwischen behördlich festgestellt worden ist, daß der Beuthener Mörder zur Zeit des Konitzer Mordes auf einer oberschlesischen Grube beschäftigt gewesen ist.

Dennoch gibt der Beuthener Mörder uns Veranlassung, auf das unselige Ritualmordmärchen zurückzukommen. Denn vielleicht hat dieser auf den von den Antisemiten auferweckten und am Leben erhaltenen Glauben an das unselige Ritualmordmärchen spekuliert. Er hat sich des bekannten Schächtschnitts bedient und hat die zerstückelten Leichenteile, nachdem er sie vierzehn Tage lang verborgen gehalten hatte, kurz vor dem jüdischen Passahfest, zu dem nach dem unsinnigen Märchen die Juden Christenblut sollen brauchen müssen, an einem Wochenmarkttage an eine Stelle gebracht, wo zahlreiche jüdische Heuhändler aus Galizien in Beuthen ihren Standort haben. Der Mörder hoffte, vielleicht auf diese Weise den Verdacht auf die Juden und somit die Spur von sich ablenken zu können. Hätte er diese Hoffnung nicht gehabt, dann hätte er den Mord vielleicht überhaupt nicht begangen. Es ist von uns immer von neuem betont worden, daß das Ritualmordmärchen eine Gefahr für die Christen bedeute, weil es zu Morden reize durch die Hoffnung, den Verdacht auf andere, nämlich die Juden, ablenken zu können, was in Konitz und ebenso an anderen Orten, wo das Märchen infolge der antisemitischen Agitation und der Rückständigkeit der Bevölkerung und der Leichtgläubigkeit der Polizei auch wirklich gelungen ist. Ob auch in Beuthen der Trick des Mörders direkt oder indirekt die Verfolgung beeinflußt hat, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß der Mörder lange unentdeckt geblieben ist, und daß erst der Verrat eines Mitwissers zur Verhaftung des Schuldigen geführt hat.

Aber auch wenn der Beuthener Mörder nicht in der angedeuteten Weise spekuliert haben sollte, gibt seine Tat mit Bezug auf das Ritualmordmärchen zu denken. Er hat sich des Schächtschnitts bedient. Dann muß dieser irgendwelche mordtechnische Vorteile bieten. Es darf daher nicht immer, wenn einmal eine Leiche mit dem Schächtschnitt gefunden wird, gleich von nur einfältigen, nicht auch bösen Antisemiten an Ritualmord gedacht zu werden. Die bösen Antisemiten freilich werden immer davon reden, darüber schreien und schreiben, unbekümmert, ob sie dadurch dem Mörder das Entschlüpfen erleichtern, das Leben Unschuldiger gefährden, wenn sie nur gegen Juden hetzen können. Aber Bosheit ist, wie der weise Wilhelm Busch sagt, kein Lebenszweck. Doch das und manches andere geniert die großen Geister des Antisemitismus weiter nicht.

Professor v. Bergmann und die russischen Juden. Zur Charakteristik der humanen Gesinnung des kürzlich verstorbenen berühmten Chirurgen veröffentlicht der Hilfsverein der deutschen Juden einen interessanten Briefwechsel. Der Hilfsverein, der sich der durch die Judenmetzeleien in Rußland Verwundeten und Verstümmelten, die zu ihrer Heilung nach Berlin gekommen waren, annahm, und dabei die selbstloseste und freudigste Unterstützung des Professors von Bergmann fand, hatte diesem zu seinem 70. Geburtstag folgendes Dankschreiben gesandt:

Euer Exzellenz gestattet sich auch der unterzeichnete Verein zum 70. Geburtstage die allerherzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Euer Exzellenz haben unsere Tätigkeit für unsere bedrängten russischen Glaubensgenossen in selbstlosester Weise auf das liebevollste unterstützt und vielen Erkrankten und Verwundeten, die durch die Judenmetzeleien des letzten Jahres gelitten haben, die Gesundheit wiedergegeben. Mit Freuden nehmen wir den Ehrentag wahr, um Euer Exzellenz für die weitgehende Förderung unserer humanitären Bestrebungen unseren verbindlichsten Dank auszusprechen, und mit dem Wunsch, daß das Wirken Euer Exzellenz noch viele Jahre allen Bedrängten zum Segen gereichen möge, verbleiben wir mit ausgezeichneter Hochachtung Hilfsverein der deutschen Juden.

(gez.) James Simon.

Darauf erhielt der Hilfsverein die folgende Antwort:

Gestatten Sie mir, meinen tief empfundenen Dank für Ihre freundlichen Geburtstagswünsche auszusprechen. Wer, wie ich, in Rußland geboren und erwachsen bin, weiß, welche Verdienste sich gerade Rußlands jüdische Bevölkerung um die Verbreitung westlicher Kultur im Zarenreiche erworben hat. Ist sie doch bis heute der deutschen, wenn auch im Laufe der Zeit verstümmelten, Sprache treu geblieben. Um so qualvoller habe auch ich die Greuel mitempfunden, die man an Ihren Glaubensgenossen von den Revolutionären, wie von der Regierung geübt hat. Sollen sie doch zusammen mit der Ungerechtigkeit und Roheit, mit denen man meinen Landleuten in der alten Heimat begegnete. Herzlichen Dank und volle Teilnahme an Ihren Bestrebungen. E. v. Bergmann.

Die Fernhaltung der Juden vom Schöffen- und Geschworenengericht. Am 12. März 1907 erklärte der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, bei Erörterung der Strafprozeßreform, es sei bei den Vertretern der Regierungen die Geneigtheit vorhanden, Schöffengerichte für alle Instanzen einzurichten. Es sei nur die Frage, ob in der Bevölkerung genügende Kräfte vorhanden seien, um alle Gerichte mit Laienrichtern zu besetzen. Der preußische Minister habe Erhebungen anstellen lassen, die aber nur ergeben hätten, daß manche Gebiete des preußischen Staates ein genügendes Schöffenmaterial für die erweiterten Schöffengerichte nicht zu stellen in der Lage seien. In diesem Zusammenhange erscheint ein Bescheid des Staatssekretärs interessant, den wir nachstehend abdrucken:

„Eure Hochwohlgeboren haben in der Eingabe vom 25. v. M. der Auffassung Raum gegeben, daß in einzelnen Teilen des Reichs Staatsangehörige des jüdischen Glaubens wegen ihres Glaubens vom Schöffen- und Geschworenendienste ausgeschlossen würden. Wenngleich Ihre Ausführungen mich nicht davon überzeugt haben, daß in der Tat eine grundsätzliche Zurücksetzung von Juden bei der Auswahl der Schöffen und der Geschworenen stattfindet, so nehme ich doch keinen Anstand, zu sagen, daß nach meiner Meinung ein solches Verfahren mit dem Geiste der bestehenden Gesetze nicht im Einklang sein würde. Im übrigen ist die Auswahl der Schöffen und Geschworenen in das pflichtmäßige Ermessen der hierzu berufenen Ausschüsse gestellt, denen eine bindende Anweisung über die Grundsätze, welche sie zu befolgen haben, von keiner Seite erteilt werden kann. Soweit etwa eine Einwirkung auf Ihre Entschließungen durch unverbindliche Belehrungen oder Empfehlungen in Frage kommen sollte, könnte sie jedenfalls nur von den Landesjustizverwaltungen ausgehen. Eurer Hochwohlgeboren muß ich demnach anheimgeben, sich mit Ihren Vorstellungen, sofern sie die Angelegenheit weiter verfolgen wollen, an die Justizbehörden derjenigen Bundesstaaten zu wenden, welche Sie bei Ihren Beschwerden im Auge haben."

Der Verband der deutschen Juden, an den dieser Bescheid vom 15. März 1907 gerichtet worden ist, hat sofort Erhebungen veranlaßt, um mit den Ministerien der Einzelstaaten in Verbindung zu treten und ihnen das Material zu liefern, das ergibt, daß in gewissen Landesteilen eine grundsätzliche Zurücksetzung der Juden bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen in der Tat stattfindet. Es ist zu erwarten, daß die einzelstaatlichen Ministerien, wie der Staatssekretär es für zulässig hält, durch unverbindliche Belehrungen und Empfehlungen diesen Zuständen nach Möglichkeit abzuhelfen suchen. In gleicher Weise wird vielleicht auch eine Belehrung und Empfehlung von zuständiger Seite dem Mangel eines geeigneten Schöffenmaterials abhelfen, von dem der preußische Minister in seinem Berichte an das Reichsjustizamt gesprochen hat.

Die Kriminalität der Juden und der Alkohol.

Von Dr. Hoppe, Königsberg.

(Fortsetzung.)

Die bisherigen Zahlen gaben nur über die Gesamtkriminalität der Juden Aufschluß und gewährten nicht den richtigen und genügenden Einblick in die Verhältnisse. Diese bekommen wir erst, wenn wir die einzelnen Straftaten ins Auge fassen und Juden und Nichtjuden in bezug auf die einzelnen Delikte miteinander vergleichen. Dazu bietet uns die deutsche und die österreichische Kriminalstatistik das genügende Material. (Tab. II u. III.)

Was zunächst auffällt, ist, daß die Juden bei allen Gewalttätigkeits- und Roheitsdelikten eine viel geringere Kriminalität haben. Wenn wir uns den außerordentlich starken Einfluß vergegenwärtigen, den der Alkoholismus bei der Erzeugung dieser Delikte hat, so ist die geringe Kriminalität der Juden in bezug auf diese Straftatengattungen leicht erklärlich.

Fassen wir hier Deutschland und das Jahrzehnt 1892—1901 ins Auge, so betrug die Kriminalität der Juden im Verhältnis zu der der Nichtjuden bei gefährlicher Körperverletzung 33 pCt., bei schwerer 15 pCt., bei einfacher (1882 bis 1891) 68 pCt., bei Gewalt und Drohung gegen Beamte 30 pCt., (in Oesterreich Gewalttätigkeit gegen obrigk. Personen 1901 u. 1902 etwa 50 pCt., 1903 u. 1904 etwas mehr), bei Widerstand gegen die Staatsgewalt 23 pCt., bei Befreiung von Gefangenen (vorzugsweise eine Straftat, die bei gemeinschaftlichem Unfug auf der Straße, Schlägereien, Zusammenrottungen vorkommt) 13 pCt., bei Nötigung und Bedrohung 50 pCt., bei Hausfriedensbruch 57 pCt., bei Sachbeschädigung 24 pCt. Bei Mord, bei Schlägerei mit schwerer Körperverletzung oder Totschlag sind die Juden gar nicht beteiligt, bei schwerer Körperverletzung erst im letzten Jahrzehnt mit einem Fall (in Oesterreich Totschlag und schwere körperliche Beschädigung 1901 u. 1902 etwa 20 pCt., 1903 u. 1904 etwa 10 pCt.). Es fehlen eben die alkoholische Verrohung und die alkoholischen Exzesse, die ausschließlich oder fast ausschließlich diese Delikte herbeiführen.*) Auch die Nichtbeteiligung der Juden bei vorsätzlicher Gefährdung eines Eisenbahntransports, die in den meisten Fällen im Rausche verübt wird, erklärt sich aus der Mäßigkeit der Juden. Was die Sittlichkeitsdelikte betrifft, so sind die Juden nur

*) Der Landgerichtsrat Oertel in Dresden, der im Jahre 1900 eine Statistik über die sicher alkoholisch bedingten Straftaten zusammenstellte, fand unter 989 wegen solcher alkoholischen Delikte verurteilten Personen nur 2 Juden oder 0,2 Prozent, während die Juden im Jahre 1900 7,6 Prozent der Dresdener Bevölkerung bildeten.

bei den gewinnbringenden, wie Kuppelei (112 pCt.) und Verkauf unzüchtiger Schriften, allerdings auch bei Aergernis durch unzüchtige Handlungen (175 pCt.) stärker beteiligt als die Nichtjuden; bei den gewalttätigen Sittlichkeitsdelikten dagegen, wie Notzucht (87 pCt.) und Unzucht unter Mißbrauch einer Vertrauensstellung (0 pCt.), sowie an den auf starker Verkommenheit und moralischer Degeneration meist alkoholischen Ursprungs beruhenden, wie Blutschande (25 pCt.) und widernatürlicher Unzucht (35 pCt.) in wesentlich geringerem Maße. In Oesterreich betrug ihre Beteiligung an den Unzuchtsverbrechen überhaupt 1901 u. 1902 etwa 50 pCt., 1903 u. 1904 noch etwas weniger. Mord, das schwerste Verbrechen, auf das in Deutschland die Todesstrafe steht, kommt bei den Juden gar nicht vor, ebenso wenig Totschlag, der fast ausschließlich im Rausch zumal von Gewohnheitstrinkern verübt wird. Auch der Raub, besonders Raubmord, ist in vielen Fällen eine Tat, die im Rausch verübt wird, indem der Alkohol die Gier erweckt und auftauchende Bedenken betäubt. Häufiger ist sie aber die Tat des verkommenen Trinkers, der schließlich vor keinem Verbrechen zurückschreckt. Baer fand unter deutschen Mördern 46 pCt. Trinker (27 pCt. Gelegenheits- und 19 pCt. Gewohnheitstrinker), v. Koblinski unter 55 Mördern 14,6 pCt., die zur Zeit der Tat betrunken waren und 27,3 pCt. Gewohnheitstrinker, Malgat in Nizza unter 33 Mördern 54,5 pCt. Trinker. Eine größere Rolle noch scheint beim Mord die Trunksucht als Ursache der Familienentartung zu spielen. Mörder entstammen meist verkommenen Familien, und die Ursache der Verkommenheit ist gewöhnlich der Alkoholismus der Ahnen. Solche durch Trunksucht verkommenen Familien fehlen aber bei den Juden. Daß Kindesmord und Kindesaussetzung bei den Juden fehlen, hat einmal seinen Grund darin, daß der uneheliche Verkehr und die uneheliche Schwängerung von Jü-

Tabelle II. Nach der deutschen Kriminalstatistik für 1901 (Stat. des deutschen Reiches N. F. Bd. 146, II, 58 ff.) kamen auf 100 000 strafmündige Zivilpersonen der gleichen Religionsgemeinschaft durchschnittlich jährlich

Delikte	Jahr	bei den Christen	bei den Juden
Gewalt und Drohung gegen Beamte	1882/91	39,1	15,0
"	1892/01	44,0	13,3
Befreiung von Gefangenen	1882/91	2,7	0,76
"	1892/01	3,8	0,49
Widerstand	1882/91	1,0	0,25
"	1892/01	1,1	0,25
Hausfriedensbruch	1882/91	47,4	31,8
"	1892/01	56,6	32,5
Beleidigung	1882/91	127,4	148,4
"	1892/01	143,2	199,9
Zweikampf	1882/91	0,31	1,8
"	1892/01	0,27	0,98
Mord	1882/91	0,39	—
"	1892/01	0,29	—
Totschlag	1882/91	0,46	—
"	1892/01	0,45	0,25
Kindesmord	1882/91	0,53	—
"	1892/01	0,50	—
Aussetzung	1882/91	0,14	—
"	1892/01	0,08	—
Einfache Körperverletzung	1882/91	58,4	44,0
"	1892/01	71,0	48,0
Gefährliche Körperverletzung	1882/91	161,5	54,0
"	1892/01	231,5	75,3
Schwere Körperverletzung	1882/91	1,7	—
"	1892/01	1,6	0,25
Beteiligung an Schlägerei mit Todeserfolg	1882/91	0,47	—
"	1892/01	0,37	—
Nötigung und Bedrohung	1882/91	18,7	10,7
"	1892/01	30,5	15,1
Gefährdung eines Eisenbahntransports	1882/91	0,04	—
"	1892/01	0,06	—
Blutschande	1882/91	1,0	0,25
"	1892/01	1,2	0,25
Widernatürliche Unzucht	1882/91	1,1	0,51
"	1892/91	1,4	0,49
Unzucht mit Gewalt ꝛc.	1882/91	9,3	8,4
"	1892/01	11,8	9,4
Unzucht unt. Mißbrauch e. Vertrauensstellung	1882/91	0,13	—
"	1892/01	0,15	—
Kuppelei, Zuhälterei	1882/91	5,3	6,4
"	1892/01	7,5	8,4
Aergernis durch unzüchtige Handlungen	1882/91	4,4	6,4
"	1892/01	5,6	9,8
Sachbeschädigung	1882/91	39,1	10,9
"	1892/02	47,5	11,3
Brandstiftung	1882/91	1,7	0,51
"	1892/01	1,4	0,25
Einfacher Diebstahl	1882/91	220,8	73,3
"	1892/01	197,4	71,9
Einfacher Diebstahl in wiederholtem Rückfall	1882/91	85,0	8,4
"	1892/01	33,4	8,1
Schwerer Diebstahl	1882/91	23,9	7,4
"	1892/01	25,9	8,6
Schwerer Diebstahl in wiederholtem Rückfall	1882/91	7,8	2,0
" " " " "	1892/01	7,6	1,7
Raub	1882/91	1,3	0,25
"	1892/01	1,2	0,25
Erpressung	1882/91	1,4	3,6
"	1892/01	1,7	3,4
Unterschlagung	1882/91	46,4	39,2
"	1892/01	52,5	48,0
Einfache Hehlerei	1882/91	22,3	20,1
"	1892/01	20,5	15,8
Gewohnheits-Hehlerei	1882/91	0,58	3,1
"	1892/01	0,55	2,2
Betrug	1882/91	40,1	86,6
"	1892/01	53,5	105,1
Betrug in wiederholtem Rückfall	1882/91	4,1	4,1
"	1892/01	7,7	7,9
Betrügerischer Bankerott	1882/91	0,42	4,3
"	1892/01	0,36	3,2
Einfacher Bankerott	1882/91	1,3	25,0
"	1892/01	1,6	26,3
Wucher	1882/91	0,13	2,3
"	1892/01	0,09	1,2
Urkundenfälschung	1882/91	9,6	17,1
"	1892/01	12,9	24,6
Meineid	1882/91	2,6	4,8
"	1892/01	2,1	3,4
Fahrlässiger Falscheid	1882/91	1,2	2,0
"	1892/01	1,1	2,2
Verleitung zum Meineid	1882/91	0,71	1,8
"	1892/01	0,75	1,2
Falsche Anschuldigung	1882/91	1,6	2,8
"	1892/01	1,6	2,0
Zuwiderhdl. betr. d. Beschäft. v. Arbeiterinnen	1882/91	0,7	5,9
"	1892/01	2,3	16,7
Zuwiderhandl. in Bezug a. Konzessionspflicht	1882/91	12,6	25,2
"	1892/01	23,6	34,0
Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung über die Sonntagsruhe	1896/01	18,5	125,6

und nach Gruppen zusammengefaßt

Delikte	Jahr	bei den Christen	bei den Juden	
Verbrech. u. Verg. geg. Reichsges. überh.	1882/91	1030	784	76,1%
"	1892/01	1206	1030	85,4 "
I. Verbrechen u. Vergehen geg. Staat, öffentliche Ordnung und Religion	1882/91	124	104	83,5 "
Verbrechen u. Vergehen geg. Staat, öffentliche Ordnung und Religion	1892/01	167	234	140,1 "
II. Verbrech. u. Vergeh. geg. die Person	1882/91	401	330	82,3 "
"	1892/01	523	382	73,0 "
III. Verbrech. u. Verg. g. d. Vermögen	1882/91	500	346	69,2 "
"	1892/01	513	410	79,9 "
IV. Verbrechen und Vergehen im Amte	1882/91	5	5	100,0 "
" " " " "	1892/01	4	3	75,0 "

Tabelle III. Auf 100 000 Seelen der ortsanwesenden Bevölkerung entfielen nach der Oesterreichischen Statistik, Bd. 71, Heft 3, S. XCVI. und Bd. 74, Heft 3, S. XCII. im Durchschnitt der Jahre

	1900 und 1901					1902 und 1903				
	Katholiken	Protestanten	Griechisch-Nichtunierte	Juden	Im ganzen	Katholiken	Protestanten	Griechisch-Nichtunierte	Juden	Im ganzen
A. Verbrechen	133,7	120,0	—	190,1	107,4	131,2	116,4	171,0	89,9	131,1
Gewalttätigkeit gegen obrigkeitliche Personen	12,1	9,2	—	20,7	6,4	11,6	7,9	23,7	7,3	—
Erpressung	1,7	1,1	—	1,2	1,6	2,5	1,4	1,1	1,0	—
Unzuchtsverbrechen	5,7	5,4	—	1,4	2,5	5,7	5,7	1,5	2,4	—
Kindesmord, Fruchtabtreibung	0,6	0,6	—	0,6	0,3	0,7	0,6	0,7	0,2	—
Totschlag und schwere körperliche Beschädigungen	23,2	13,0	—	55,5	5,0	21,1	12,4	44,5	2,6	—
Brandstiftung	0,6	0,3	—	0,2	0,2	0,6	0,6	0,3	0,1	—
Diebstahl	58,9	57,9	—	78,8	35,2	58,9	52,3	74,9	30,4	—
Veruntreuung	2,9	3,6	—	1,0	6,0	3,0	4,3	1,1	5,0	—
Betrug	12,6	15,5	—	18,6	42,7	13,0	18,7	12,7	33,7	—
Verleumdung	0,8	0,5	—	1,2	1,9	0,9	0,6	1,1	1,3	—
Verbrechen gegen Religion	—	—	—	—	—	0,6	0,8	0,2	0,4	—
B. Vergehen	27,1	52,5	—	91,7	100,6	27,2	24,1	106,5	97,4	32,4
Krida	3,7	4,4	—	0,8	29,1	4,1	6,5	0,7	32,9	—
Zwangsvollstreckungsvereitelung	1,9	1,2	—	2,0	2,5	1,1	0,6	0,2	1,7	—
Vergehen gegen das Tierseuchengesetz	10,7	30,6	—	81,6	48,2	10,6	7,3	1,5	47,1	—
Vergehen gegen die Religion	—	—	—	—	—	1,1	2,4	88,8	1,6	—

dinnen verhältnismäßig selten sind*), wobei auch der Umstand ins Gewicht fällt, daß die uneheliche Schwängerung häufig genug im Rausche erfolgt, solcher aber bei Jüdinnen kaum vorkommt, andererseits darin, daß der Familiensinn und die Mutterliebe bei den Jüdinnen außerordentlich stark ausgeprägt ist. So verroht und gefühllos, daß sie ihr eigenes Kind tötet oder durch Aussetzung dem Tode preisgibt, ist aber eine jüdische Mutter nicht. Dabei ist zu bedenken, daß die Roheit und Gefühllosigkeit, die bei christlichen unehelich Gebärenden zum Kindesmorde führt, häufig genug das Erbteil oder das Erziehungsresultat ist, das sie von einem trunksüchtigen Vater oder einer trunksüchtigen Mutter überkommen haben.

Raufhändel und Messerstechereien, die fast nur im Anschluß an Trinkexzesse sich ereignen, und sich im Wirtshaus oder auf dem Heimweg vom Wirtshaus abspielen, kommen bei den Juden, die Kaffeehausbesucher, aber keine Wirtshausbesucher sind, gar nicht oder so gut wie gar nicht vor. Aehnliches gilt von den Sachbeschädigungen, die bei den Juden sehr viel seltener sind als bei den Nichtjuden.

Ruppin („Juden der Gegenwart" S. 235), der den Faktor des Alkoholismus bei der Erklärung der geringen Kriminalität der Juden ganz außer Acht läßt, ist geneigt, die stärkere Beteiligung der Christen an Personen- und Roheitsdelikten auf ihre größere physische Kraft zu beziehen, infolge der sie mehr zu Jähzorn und Gewalttätigkeiten neigen sollen „als der im allgemeinen ruhige und allen Raufhändeln ausweichende Jude". Daß der Jude allen Raufhändeln ausweicht, und der Christ mehr zu Gewalttätigkeiten neigt, ist richtig; das geht schon aus der Statistik hervor. Jenes ist aber nicht aus Mangel an physischer Kraft, sondern aus Mangel an Rauflust und Roheit alkoholischen Ursprungs zu erklären, ebenso wie die stärkere Neigung der Christen zu Gewalttätigkeiten nicht aus ihrer größeren physischen Kraft, sondern vorzugsweise aus ihren Trinkexzessen und ihrer Trunksucht entspringt. Gewalttätigkeiten kommen, wie die tägliche Erfahrung zeigt, ebensowohl bei kleinen und schwächlichen als bei großen und starken Personen vor. Zu einem Messerstich oder einem Steinwurf oder einer Gewalttat ähnlicher Art gehört kein besonders großer Mut oder große Kraft. Sind doch auch bei den Sachbeschädigungen, zu denen erst recht nicht besonderer Mut oder physische Kraft gehört, die Juden im Verhältnis viermal so wenig beteiligt als die Christen. Daß es den Juden übrigens nicht an Mut fehlt, was ihnen das Vorurteil vielfach vorwirft, beweist, wenn es nach den Heldentaten der Juden im russisch-japanischen Kriege und bei der russischen Revolution überhaupt noch eines Beweises bedarf, ihre 3½ mal stärkere Beteiligung am Zweikampf, die durch ihren verhältnismäßig starken Anteil an der akademischen Bevölkerung und durch die größere Häufigkeit ernster Konflikte zu erklären ist, denen sie als Juden ausgesetzt sind. Uebrigens ist der Jude nicht ruhiger und der Christ nicht jähzorniger, sondern das Umgekehrte ist richtig. Die nervöse Unruhe, Lebhaftigkeit und Heftigkeit der Juden ist bekannt, und so erklärt sich auch die stärkere Beteiligung der Juden an Beleidigungen 140 pCt., in denen ihre Erregbarkeit sich äußert. Berechtigter ist der Hinweis Ruppins auf die durchschnittlich größere Bildung der Juden, um die relative Seltenheit der Roheits- und Gewalttätigkeitsdelikte bei ihnen zu erklären, und sicher dabei dieser Faktor neben dem Freibleiben von Alkoholismus eine Bedeutung. Die Juden sind eben ein uraltes Kulturvolk, das sich seine hochstehende geistige und moralische Kultur trotz der unendlichen Leiden und Verfolgungen von 2000 Jahren zu erhalten gewußt hat. Aber auch dabei ist die Mäßigkeit der Juden gegenüber der durchschnittlichen Unmäßigkeit ihrer Wirtsvölker von Einfluß, denn der Alkoholismus ist der größte Hemmschuh für Bildung und Kultur.

(Schluß folgt.)

*) In Preußen kamen von 1875—99 auf 1000 eheliche Kinder von christlichen Müttern 88,16 uneheliche, von jüdischen aber nur 28,37. in Bayern beträgt die Prozentzahl der unehelichen Geburten bei den Katholiken 13,1 Prozent, bei den Evangelischen 12,1 Prozent, bei den Juden aber nur 1,2 Prozent.

Sprechsaal.

In den „Mitteilungen" ist im vorigen Jahre noch und auch mit Recht das Hotel zum Löwen in Müllheim in Baden als antisemitisch bezeichnet worden.

Seit Oktober v. Jahres hat nun ein neuer Inhaber das Hotel übernommen, der mir erklärte, daß bei ihm jedermann, welcher Konfession er auch angehöre, willkommen sei, und mich bat, zu veranlassen, daß für die Folge sein Hotel nicht mehr in das antisemitische Verzeichnis aufgenommen werde. H.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 16. Berlin, 17. April 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Brief aus Rußland.

(Von der Duma. — Die drei jüdischen Dumamitglieder. — Judenstämmlinge in der Duma. — Russische Marannen. — Die Mörder des Professors Hertzenstein und des Dr. Jollos. — Warum dieses Mal so wenige jüdische Dumamitglieder gewählt worden sind. — Schicksale jüdischer Dumamitglieder. — Pobjedonoszew.)

Bei der Neuheit der Duma und der Wichtigkeit, welche sie für das russische Volk im allgemeinen und die Juden im besonderen hat, ist es begreiflich, daß man noch jetzt überall, wo man hinkommt, von der Duma hört, von den Dumawahlen spricht und sich in Vermutungen ergeht, was schließlich die Duma bringen, ob sie überhaupt etwas bewerkstelligen oder aber das Schicksal der ersten Duma teilen werde.

Es sind in die zweite Duma nur drei jüdische Deputierte entsandt worden, und selbst diese drei, die der Kadettenpartei angehören, sind keine besonders hervorragenden Persönlichkeiten. Abramson ist ein Advokat in Kowno, Schapiro ein kurländischer Kaufmann und Rabbinowitsch ist Direktor von Kohlengruben und Verfasser mehrerer Arbeiten über Arbeiterversicherung. Dagegen sind nicht weniger als fünf getaufte Juden gewählt worden, nämlich: Wladimir Hessen im Gouvernement Petersburg, Josef Hessen in der Stadt Petersburg, Pergament in Odessa und Konitz und Auslender in Polen. Man wird sich erinnern, daß auch Hertzenstein, der der vorigen Duma angehört hat und mit großem Eifer für die Juden eingetreten ist, ein getaufter Jude war. Die sonst so fanatisch gläubigen Juden in Rußland betrachten die getauften Juden in hervorragenden Stellungen keineswegs wie gewöhnliche Renegaten. Die Zustände in Rußland sind nicht unähnlich den spanischen Zuständen zur Zeit Philipps des Zweiten, der Inquisition, des Torquemada. Hat man ja den vor kurzem verstorbenen, langjährigen Oberprukurator des heiligen Synod, Pobjedonoszew, oft genug und nicht mit Unrecht mit dem berüchtigten Torquemada verglichen. Bis zu Scheiterhaufen freilich ist es unter dem Regime Pobjedonoszews nicht gekommen. Aber an anderen Hinrichtungen und Torturen hat es bekanntlich in Rußland nicht gefehlt, und es ist fraglich, ob nicht die Summe seelischer und physischer Leiden der Juden in Rußland, deren Zahl jetzt auf sechs Millionen angegeben wird, die von der viel geringeren Zahl der Juden in Spanien ausgestandenen weit übertrifft. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen! Den spanischen Marannen entsprechen jetzt die getauften Juden in Rußland, die äußerlich sich dem direkten oder indirekten Zwange unterworfen haben, im Herzen aber Juden gebieben sind.

Man kann danach die Lächerlichkeit des in den letzten Tagen von dem „Verband des wahrhaft russischen Volkes“ ausgestreuten Gerüchtes bemessen, nach welchem die Juden Professor Hertzenstein ermordet haben sollen, teils um den Verdacht auf den Verband und seine „Schwarzen Hundert“ zu lenken, teils um ihn für seinen Abfall vom Glauben zu strafen. Das Gerücht gefiel trotz seiner Unsinnigkeit den braven Reaktionären so sehr, daß sie es auch auf den eben ermordeten Dr. Jollos anwandten und in Umlauf setzten. Nur ist Dr. Jollos nicht getauft gewesen, wie denn auch an dessen Grabe ein Rabbiner das Gebet gesprochen hat.

Weit entfernt den bekannten Renegateneifer zu fürchten, setzen die russischen Juden vielmehr ihr volles Vertrauen auch auf ihre Marannen, und diese können um so eher die Sache der Juden verteidigen, als sie als Mitglieder der Kadettenpartei ohnehin für religiöse Freiheit eintreten.

Warum zur zweiten Duma so viel Juden weniger gewählt worden sind als zur ersten, kann man leicht denken. In vielen Städten wurden die Schwarzen Hundert in Bewegung gesetzt, um die jüdischen Wähler einzuschüchtern. Da die Mietlinge unter dem Schutze der Polizei mit den wuchtigsten Argumenten, nämlich mit Gummistöcken, Messern und noch überzeugenderen Argumenten operierten, und direkt unter Drohung von den Juden verlangten, echt russische Leute zu wählen, kann man sich leicht vorstellen, daß die geängstigten Juden derartigen Argumenten nicht überall Widerstand zu leisten vermochten. Wo die Juden nicht so eingeschüchtert wurden, wagten sie es, alle reaktionären Beeinflussungsversuche mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Ja in Kiew haben die Juden sogar ein Kompromiß mit den Reaktionären abgelehnt, die ihnen einen Juden zu wählen versprachen, wenn sie den Kandidaten der Reaktion, Grafen Bobrinsky, wählen würden. Wie die Juden in Grodno betrogen und in der Wahl geschlagen wurden, erzählt die „Nowoje Wremja“ mit echt antisemitischer Ungeniertheit. Die Bauern wurden zusammengerufen, und plötzlich hörte man den Ruf: „Der Bischof kommt!“ Der Bischof erschien, verbeugte sich bis zur Erde vor der Versammlung und sagte: „Russische Wähler! ich flehe euch an, gebt eure Stimme nur Russen und Christen.“ Die Bauern, die sonst den Bischof nur während des Gottesdienstes aus der Ferne sehen, ahnten nicht, daß der angebliche Bischof, der zu ihnen sprach, ein Talmibischof war, und antworteten einstimmig, daß sie dem Ersuchen des Bischofs nachkommen werden. Sie haben auch ihr Versprechen gehalten.

Daß es nicht vergnüglich und sogar gefährlich ist, Dumamitglied zu sein, haben die jüdischen Dumamitglieder der ersten wie der zweiten Duma sattsam zu erfahren Gelegenheit gehabt. Professor Hertzenstein und Dr. Jollas sind ermordet, Winawer hat das Schicksal der übrigen Unterzeichner des Wiborger Manifestes erlitten. Schapiro, der in die zweite Duma gewählte jüdische Deputierte aus Kurland, ist in Mitau von einem Offizier im Klub insultiert worden. Der Offizier trat an den mit Freunden im Klub sitzenden Deputierten heran, überhäufte ihn mit den gemeinsten Schmähungen und sagte: „Du bist in die Duma gewählt worden. Ihr verfluchten Juden habt die Letten bestochen. Wir werden euch zeigen, was wir tun können.“ Hierauf zog er einen Revolver und setzte seine Schimpfreden fort. Auf den Rat seiner Freunde verließ Schapiro den Klub und fuhr sofort nach Wilna. Der Offizier telegraphierte, als er erfuhr, daß Schapiro die Stadt verlassen habe, daß man ihn unterwegs verhaften solle. Zufällig war aber ein Gendarmerieoberst Zeuge der Szene im Klub gewesen, und er begab sich, als er von dem telegraphischen Haftbefehl hörte, zum Generalgouverneur und fragte ihn, ob er den Offizier ermächtigt habe, die Verhaftung des jüdischen Deputierten anzuordnen. Der Generalgouverneur erwiderte, daß er nichts davon wisse. Als der Oberst des Regiments, zu dem der Offizier gehörte, die Geschichte erfuhr, befahl er ihm, sich bei Schapiro zu entschuldigen. Der Offizier konnte jedoch den jüdischen Deputierten nicht finden und mußte schließlich den Abschied nehmen.

Ab und zu gibt es also, wie man sieht, auch eine gewisse Gerechtigkeit selbst in Rußland. Ohne es zu wissen und zu wollen, behandelt das russische Volk eben jetzt mit strenger Gerechtigkeit den so lange gefürchteten Pobjedonoszew. Man interessiert sich für den vor kurzem gestorbenen allmächtigen Großinquisitor nämlich viel weniger als um den ermordeten Dr. Jollas, einen Juden, um den schon seit einem Jahr toten Dr. Herzenstein, einen Judenstämmling. Allerdings ist Pobjedonoszew schon längere Zeit vor seinem physischen Tode politisch tot gewesen. Sowie es nämlich in Rußland nur ein wenig zu tagen begonnen hatte, mußte dieser stockreaktionäre Fanatiker von der politischen Oberfläche verschwinden. Ob er im Dunkeln noch gewühlt hat, ist den weiten Volkskreisen wenigstens nicht bekannt, und so interessieren sie sich um den für sie länger schon toten Mann im Hinblick auf seine frühere außerordentliche Machtstellung ganz erstaunlich wenig. Jedenfalls werden dem unheimlichen Mann in ganz Rußland nirgends Tränen nachgeweint. Dazu hat er zu unheilvoll gewirkt. Es sind nicht bloß Juden, die er in einer Weise drangsaliert hat, die ihm den Vergleich mit den Torquemada und Arbuez eingetragen hat, Katholiken, Lutheraner, alle möglichen Sekten, auch die harmlosesten, hatten in gleicher Weise von ihm und durch ihn zu leiden. Ja, das orthodoxe Rußland hat nicht weniger Ursache, dem Andenken dieses Mannes zu fluchen, als selbst die Juden, die allerdings am meisten zu leiden hatten, die ihm die Einpferchung und sonstige rigorose Ausnahmebehandlung, ihm mehr oder weniger die Pogroms mit ihren schrecklichen Folgen, darunter die Notwendigkeit, alle Brücken hinter sich abzubrechen und um jeden Preis auszuwandern, ihm die Pein, gegen die Ueberzeugung den Glauben der Väter verlassen zu müssen, zu verdanken haben. Daß Pobjedonoszew — ein seltener Fall in Rußland — nach besten Wissen und Gewissen handelte und ein anerkannt ehrlicher Mensch war, kann kaum als mildernder Umstand für ihn angeführt werden. Nur Wahnsinn könnte ihn entschuldigen, und heutigen Tags ist es Wahnsinn, einem Volke von hundertundvierzig Millionen Menschen eine religiöse Ueberzeugung aufzwingen zu wollen. Heutigen Tages kann man absolut nicht verstehen, daß ein gebildeter Mann — und Pobjedonoszew war ein hochgebildeter Mann — nicht die ungeheure Torheit, die empörende Blasphemie und ganz besonders die tötende Lächerlichkeit und untergrabende Schädlichkeit erzwungener, wenn auch nur indirekt erzwungener Bekehrungen einsieht. Nicht die Juden sind die Urheber der russischen Revolution, der Judentöter Pobjedonoszew ist es. Daß sogar Juden, russische Juden zu Dolchen, Revolvern, Bomben ihre Zuflucht nahmen, ist Pobjedonoszews Werk, wie es sein Werk ist, daß die weit überwiegende Mehrheit der studierenden Jugend Rußlands, gleichviel welcher Konfession und Nationalität, nach der einen oder der anderen Richtung hin verwahrlost ist, und daß der Zar selbst in seinem kaiserlichen Gefängnisse für sein und der Seinigen Leben beständig zittern muß.

Die Frage der Ausländer an den preußischen Hochschulen

wurde in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. April von dem konservativen Abgeordneten v. Arnim-Züsedom zur Sprache gebracht. Die Antwort, welche der Minister v. Studt erteilte, ist trotz der Objektivität, mit der er die Angelegenheit behandelte, aber vielleicht gerade deswegen von antisemitischer Seite abfällig kritisiert worden. Das veranlaßt uns, die Ausführungen des Ministers nachstehend im Wortlaut wiederzugeben:

Ich bin mit dem Herrn Vorredner ganz einverstanden in der Würdigung der Bedeutung der Frage der auf unseren Universitäten und Technischen Hochschulen studierenden Ausländer. Die Frage läßt sich aber nicht allein vom besonderen Standpunkt eines einzelnen Staates beantworten; sie muß vielmehr auch von internationalen Gesichtspunkten aus behandelt werden, und daraus ergeben sich noch einige Modalitäten in der Auffassung des Herrn Vorredners. Ich bin genötigt durch die Erörterungen, die in der Budgetkommission stattgefunden haben, und die sehr ausgiebiger Natur waren, und ebenso durch die heutigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten v. Arnim, mich mit der Angelegenheit auch vom grundsätzlichen Standpunkt näher zu beschäftigen, und gestatte mir, Ihnen eine eingehende Darlegung der Verhältnisse zu geben.

Was die Klagen anbetrifft, die über die Zunahme der Ausländer auf unseren preußischen Universitäten erhoben worden, und die ja auch in der Presse eine gewisse Rolle gespielt haben, so gehen sie, wie ich glaube, zum Teil von irrtümlichen Voraussetzungen aus. Im Vordergrunde steht die Klage über das politische Verhalten der Russen. Bekanntlich ist in der Presse von einer außerpreußischen Universität berichtet worden, daß dort russische Studenten bei der letzten Reichstagswahl für die Sozialdemokraten tätig gewesen seien. Ein solches Benehmen muß als durchaus ungehörig bezeichnet werden und als ein Mißbrauch desjenigen Gastrechtes, welches die ausländischen Studenten auf unseren Universitäten und innerhalb des betreffenden Staates genießen. Es ist außerdem zu bezeichnen als ein Verstoß gegen die Disziplin und die Ordnung der Universitäten. Aber in Preußen sind solche Verstöße ausländischer Studenten gegen diese von mir soeben bezeichneten Pflichten in neuerer Zeit nicht hervorgetreten; es muß vielmehr anerkannt werden, daß bei uns die russischen Studenten und namentlich hier in Berlin, wo sie in größerer Zahl vorhanden sind, in neuerer Zeit politisch nicht hervorgetreten sind und sonst auch gegen die akademische Ordnung und Disziplin sich nicht vergangen haben. Deshalb ist bei uns die Frage nicht aktuell geworden. Es ist aber selbstverständlich, daß gegebenenfalls sowohl vom Standpunkt der akademischen Disziplin aus, wie namentlich auch vom Standpunkt der Fremdenpolizei die erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden wären, um solchen Ausschreitungen zu begegnen.

Im Zusammenhang hiermit dürfte es von Interesse sein, daß die preußischen Hochschulen im Vergleich zu den übrigen deutschen und schweizerischen Hochschulen eine sehr viel geringere Anzahl von Russen aufweisen. Meine Herren, bei uns studieren an den Universitäten 870 und an den Technischen Hochschulen 177 Russen, im ganzen also 1047; dem stehen in den anderen deutschen Bundesstaaten an den Universitäten rund 1000 und an den Technischen Hochschulen rund 1490, im ganzen also etwa 2490 gegenüber. In der Schweiz beträgt nach den vorliegenden Nachrichten die Zahl der an den Universitäten und an

dem Polytechnikum in Zürich studierenden Russen rund 2500. Es ist das auffällig, da doch nach der geographischen Lage die preußischen Hochschulen für den Besuch aus Rußland in erster Linie in Betracht kommen. Wenn gleichwohl bei uns verhältnismäßig am wenigsten Russen zu finden sind, so glaube ich dies damit in Zusammenhang bringen zu müssen, daß die Immatrikulationsbehörden bei uns in der Aufnahme strenger sind und ungeeignete Elemente, namentlich nicht genügend vorgebildete und solche, welche nicht die nötigen Subsistenzmittel nachweisen können, ablehnen. Zurückweisungen von Immatrikulationsgesuchen russischer Studenten finden namentlich hier in Berlin in großer Zahl statt, und es ist natürlich, daß die Zurückgewiesenen sich anderen Universitäten zuwenden und dort ihr Heil versuchen. Es soll hier übrigens nicht gesagt sein, daß die Zahl der russischen Studenten bei uns eine geringe sei; das ist nicht der Fall. Wir haben im ganzen rund 2000 Ausländer auf den preußischen Universitäten und rund 600 auf den Technischen Hochschulen; davon stellen die Russen, wie bereits erwähnt, ein Kontingent von 870 bzw. 177. Das ist eine allerdings im Vergleich zu anderen Ausländern auffallend große Zahl. Diese Erscheinung kann aber als eine vorübergehende bezeichnet werden und hängt mit den augenblicklichen Verhältnissen in Rußland selbst, insbesondere mit den auch von dem Herrn Vorredner angedeuteten Universitätsverhältnissen, zusammen. Es läßt sich nur erhoffen, daß mit der Zeit und mit dem Eintreten einer größeren Beruhigung innerhalb des russischen Reichs auch in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten wird.

Der zweite Beschwerdepunkt, der namentlich auch in der Budgetkommission zur Sprache gebracht worden ist, ist allgemeiner Natur und betrifft die Ausländerfrage überhaupt. Es wird darüber geklagt, daß die Ausländer den Inländern im Belegen der Plätze zuvorkommen und sie an der zweckentsprechenden Benutzung der Universitätseinrichtungen hindern. Sollte das wirklich der Fall sein, so müßte es als ein erheblicher Mißstand ohne weiteres bezeichnet werden. Unsere Hochschulen sind in erster Linie für die inländischen Studierenden da,

(Sehr richtig! rechts.)

und es kann nicht geduldet werden, daß sie durch die Konkurrenz der Ausländer benachteiligt werden. Solche Fälle können aber, wenn überhaupt, so doch nur vereinzelt vorgekommen sein. Bisher ist bei der Zentralinstanz noch nie eine Klage darüber laut geworden. Es ist deshalb auch kein Anlaß zu einem diesseitigen Einschreiten gegeben.

Im übrigen habe ich im vergangenen Jahre Veranlassung genommen, die Universitäten darüber zu befragen, ob ein Bedürfnis zu einer allgemeinen Anordnung in der gegebenen Richtung bestehe. Es konnte z. B. daran gedacht werden, daß man den Ausländern das Belegen von Plätzen nach Ablauf einer bestimmten Frist nur gestattete, um den Inländern einen Vorsprung zu sichern, ein Gedanke, den ja heute auch Herr Abgeordneter von Arnim angedeutet hat. Nach den gutachtlichen Aeußerungen der Universitäten und nach den Berichten über die gemachten Erfahrungen liegt ein Bedürfnis zu dieser oder einer ähnlichen Maßnahme bis jetzt nicht vor; die Universitäten wünschen auch im allgemeinen eine solche Anordnung nicht und sind der Meinung, daß man es den Vorstehern der einzelnen Institute überlassen könne, bei der Verteilung der Plätze dafür zu sorgen, daß eine Benachteiligung der Inländer durch das Studium der Ausländer vermieden werde. In dieser Beziehung ist es, glaube ich, der richtige Standpunkt der Unterrichtsverwaltung, wenn sie da von einer Reglementierung, die von den Universitäten selbst, als den den Verhältnissen nahestehenden Behörden als überflüssig bezeichnet wird, Abstand nimmt.

(Sehr richtig! links.)

Nun, meine Herren, der dritte Beschwerdepunkt ist die Frage des Ausländerstudiums; sie ist finanzieller Natur. Es wird geltend gemacht, daß die Unterhaltung der Universitäten erhebliche Aufwendungen erfordere, zu welchen das Ausland nicht beiträgt, und empfohlen, mit Rücksicht darauf eine besondere Besteuerung ausländischer Studierender einzuführen. Bis zu einem gewissen Grade erscheint diese Besteuerung nicht unbegründet, und es liegen auch schon Vorgänge in dieser Richtung vor. So kostet der Hospitantenschein in Berlin und Bonn für Ausländer doppelt so viel wie für Inländer, und die Technischen Hochschulen erheben von jedem Ausländer eine besondere Gebühr von 50 Mark pro Semester, die neben den allgemeinen Gebühren und Honoraren zu entrichten ist. Auch die übrigen deutschen Technischen Hochschulen haben solche Ausländergebühren eingeführt. Allerdings liegt bei den Technischen Hochschulen die Sache anders als bei den Universitäten. Einmal war hier der Zudrang der Ausländer besonders stark und das Bedürfnis zu einer Erschwerung des Ausländerstudiums dringend. Es ist ferner zu beachten, daß bei den Technischen Hochschulen die Höhe der Kosten in besonderem Maße durch die Frequenz bedingt wird: ein jeder Student muß seinen besonderen Zeichenplatz haben, und der Unterricht besteht zum großen Teil aus praktischen Uebungen; das ist der fundamentale Unterschied gegenüber dem Universitätsstudium, abgesehen von einzelnen Spezialitäten, namentlich in der medizinischen Fakultät.

Bei den Universitäten sind Ausländerbeiträge bisher nicht eingeführt worden, und die preußischen Universitäten, welche vor kurzem über die Einführung solcher Besteuerung gehört worden sind, haben sich einstimmig dagegen ausgesprochen; man wünscht, daß die bisherige weitherzige Behandlung der Ausländerfrage nicht aufgegeben wird.

(Sehr richtig! links.)

Denn, meine Herren, die Gastlichkeit dem Ausländer gegenüber ist eine alte Tradition der Universitäten der Kulturländer, und sie ist von Deutschland namentlich in der Vergangenheit in weitestgehendem Maße in Anspruch genommen worden. Der dadurch bewirkte Austausch ist der deutschen Wissenschaft in hohem Grade förderlich gewesen.

(Sehr richtig! links.)

Es ist auch zu beachten, daß die Beziehungen, welche die bei uns studierenden Ausländer hier anknüpfen, für uns sehr wertvoll sein können. Meine Herren, ich kann da aus eigener persönlicher Erfahrung sprechen. Ich habe im Laufe der Zeit viele Ausländer kennen gelernt, die es als einen Glanzpunkt ihrer Jugenderinnerungen bezeichnen, an hervorragenden Stätten deutscher Wissenschaft studiert zu haben, und als unsere zuverlässigsten Freunde in allen Phasen der internationalen Entwicklung zu betrachten sind. Das Ansehen der deutschen Wissenschaft und des deutschen Namens im Auslande wird durch das Ausländerstudium gehoben, wie dasselbe auch materielle Vorteile für Handel und Industrie bieten kann, indem deutsche Bezugsquellen und Absatzgebiete eröffnet werden. Diese Gesichtspunkte werden in andern Ländern in ihrer Bedeutung erkannt und gewürdigt.

Meine Herren, diesen Erwägungen gegenüber erscheint die befürwortete Einführung einer Ausländergebühr als eine etwas kleinliche Maßregel, zumal sie auch finanziell nicht sehr ins Gewicht fallen würde. Mit einer mäßigen Besteuerung der Ausländer würde man sich jedenfalls begnügen müssen, will man nicht direkt abschreckend auch diejenigen vertreiben, welche uns besonders willkommen sein müssen.

Die ganze Frage ist keine abgeschlossene. Die preußischen Universitäten können auch nicht allgemein allein vorgehen; ein Einvernehmen mit den anderen deutschen Staaten ist unerläßlich. Die Unterrichtsverwaltung wird im Hinblick auf die Anregungen in diesem Hohen Hause die Frage einer erneuten Prüfung unterziehen. Soviel aber bitte ich, meine Herren, aus meinen Darlegungen zu entnehmen, daß die Sache nicht so einfach liegt und mit Vorsicht zu behandeln ist.

Zur Lage in Rumänien.

Herr Dr. Paul Nathan hat auf der Rückreise von Rumänien, wo er Gelegenheit gehabt hat, mit jetzigen und früheren leitenden rumänischen Staatsmännern über die wirtschaftliche und politische Lage des Landes zu konferieren, in Wien einem Vertreter der „Neuen Freien Presse" die Eindrücke seiner Informationsreise wie folgt mitgeteilt:

„Die Aufgabe, die ich in Rumänien zu erfüllen hatte, war zunächst eine humanitäre. Ihre treffliche Israelitische Allianz in Wien hatte an der Grenze der Bukowina zwar die nötigen zweckmäßigen Veranstaltungen getroffen, hingegen wußten wir über die Ereignisse im Innern des Landes nicht allzuviel Zuverlässiges. Ueber diese Verhältnisse die nötigen Auskünfte einzuziehen, war meine Absicht. Und darüber hinaus wollte ich mich über die Gesamtlage in Rumänien informieren, denn es ist völlig klar, daß die geeigneten humanitären Heilmittel sich nur anwenden lassen, wenn eine klare Einsicht über die Besonderheiten des Uebels und über seinen voraussichtlichen Verlauf vorhanden ist. Mit anderen Worten: Da die Leiden der Juden in Rumänien die Folgen politischer Ereignisse sind, so muß auch die Diagnose eine politische sein, soll die notwendige Einsicht gewonnen werden. Ich habe mich daher keineswegs darauf beschränkt, mit Glaubensgenossen über die besondere Hilfsaktion Verabredungen zu treffen, sondern ich habe die führenden Politiker des Landes aufgesucht: den Ministerpräsidenten Sturdza, diesen europäisch gebildeten Mann, der in Bonn studiert hat, den Minister des Innern, Herrn Bratiano, der ein vortreffliches Französisch spricht, Herrn Peter Carp, den Führer der Junimisten, trotz seiner Jahre eine kraftvolle Persönlichkeit, die voll rücksichtsloser, selbstbewußter Energie auf jene Ziele losgeht, deren Erreichung er als notwendig erkannt hat; Herrn Take Jonescu, eine der leitenden Persönlichkeiten des gestürzten konservativen Kabinetts, der mit diplomatischer Geschicklichkeit seine Gedanken formuliert; ich habe dann neben den Politikern auch mit politischen Journalisten gesprochen, vor allem mit Herrn Mille, dem Herausgeber des „Ade-

werul", der außerhalb des Verbandes der Parteien ganz weit links steht. Die Einsicht, die ich gewonnen habe, läßt sich dahin formulieren: Die Judenfrage in Rumänien ist das Korrelat der Bauernfrage. Die Lage beider Schichten ist eine trostlose, und die Ursache liegt darin, daß eine kleine herrschende Schar, die sich um das Bojarentum gruppiert, Politiker, Beamte, Aemterjäger, intellektuelle Chauvinisten, daß sie alle wie eine erdrückende Last die nicht privilegierten Schultern niederhalten, sie für ihre politischen und für ihre wirtschaftlichen Zwecke ausnützen, und hierbei ist die Etikette „Liberal" und „Konservativ" von ganz untergeordneter Bedeutung.

Die Konservativen wie die Liberalen üben eine krasse Klassenherrschaft, und diese Klassenherrschaft haben zu erdulden: Bauern und Juden. Die wirtschaftliche Lage der Bauern ist eine verzweifelte; sie sind zwar nicht der Verfassung nach, aber tatsächlich politisch rechtlos, und sie stehen daher nicht besser da, als die Juden, die, obwohl sie auf den Berliner Vertrag hinweisen können, sowohl tatsächlich, wie auf Grund der Gesetze rechtlos sind, und diese rechtlosen Massen stehen einem Beamtentum gegenüber, das mit dem Wechsel der Parteien — man sollte sagen der herrschenden Koterien — ständig erneuert wird; dessen Stellung daher völlig abhängig von der Partei ist, also von der Politik, von der Agitation, vom Schlagworte des Tages. Welch ein weiter Spielraum unter diesen Umständen der politischen Demagogie gewährt ist, wird aller Welt klar sein. So ist das leitende Motiv der Verwaltung Begünstigung der Interessen der eigenen Freunde und Parteigenossen mit allen Mitteln, und diejenige Koterie, die wiederum außerhalb der Regierung steht, die hungerig den Augenblick erwartet, die Herrschaft zu ergreifen, sie muß sich nach populären Mitteln umsehen, um die am Ruder befindlichen Elemente zu diskreditieren. So ergibt sich denn im allgemeinen folgendes Spiel: Die Interessen der Großgrundbesitzer sind die Basis der Macht für die Konservativen wie für die Liberalen, und es blieb daher, ob konservativ, ob liberal regiert wurde, die Lage der Bauern schlimm und entsetzlich; ja sie wird immer schlimmer, da infolge der tatsächlichen Rechtlosigkeit des Bauern seine Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer immer größer wurde; sein Besitz an Land wird entsprechend kleiner, und jede neue Generationsfolge, die die Zahl der Münder, die essen wollen, vermehrt, steigert die Armut. Dieser Entwickelung sahen Konservative wie Liberale tatenlos zu.

Zum Zwecke, sich gegenseitig zu diskreditieren, aber dient den einen wie den anderen die Judenfrage. Die Demagogie hat es glücklich dahin gebracht, daß der als der beste Rumäne betrachtet wird, der sich zu rücksichtslosestem Fremdenhasse bekennt. Fremde sind aber nach rumänischer Anschauung bekanntlich die Juden, auch wenn sie Soldaten waren und wenn ihre Vorfahren sich seit Generationen im Lande befanden. Freilich, es beschränkt sich der chauvinistische Fremdenhaß nicht auf die Juden; alle Ausländer haben unter ihm zu leiden; der Durchschnittsrumäne hält noch den Fremden, der Kapital und Intelligenz in das Land bringt, für einen Ausbeuter, der sich Werte aneignet, die allein dem Rumänen gehören sollten.

Und nun lassen Sie mich Ihnen zeigen, wie die letzten Ereignisse sich mit diesen kurz angedeuteten Voraussetzungen verknüpfen! Die Hetze gegen die bedrückten, verleumdeten Juden war seit jeher ein Nationalvergnügen, das den Nutzen brachte, die Volksmassen von ernster politischer Tätigkeit abzuhalten. Diese Hetze bedeutet einen chronischen Zustand; sie steigert sich zu Zeiten, und sie wird vor allem benützt, wenn die außerhalb der Regierung befindliche Koterie der herrschenden Koterie Schwierigkeiten bereiten will, wenn, womöglich, ein Wechsel im Regiment herbeigeführt werden soll.

Eine echte und rechte Judenhetze bietet für jede rumänische Regierung eine gewisse Kalamität. Schließlich kann doch kein Ministerium Raub und Totschlag längere Zeit dulden. Duldet es diese Zustände, so fällt es, weil man für die herrschende Anarchie die Regierung verantwortlich macht; und duldet die Regierung sie nicht, so ruft in Rumänien die Opposition: „Ah, seht diese fremdenfreundliche, diese judenfreundliche Regierung; alle wahren Rumänen müssen sich gegen dies verjudete Regiment erheben." Daß es sich diesmal im Bezirke des Präfekten Basesen um ein derartiges abgekartetes Spiel der Opposition gehandelt hat, dafür fehlen mir die Beweise; aber dafür liegen die Beweise in der offiziösen liberalen Presse Rumäniens vor, daß in dem Augenblick, als die ersten Exzesse gegen Juden in der Moldau vorgefallen waren, die Oppositionsblätter die Regierung mit dem nationalen Zorne bedrohten, wenn man wagen würde, den Plünderern in der Moldau das Handwerk zu legen; also die Demagogie bemächtigte sich sofort der Gelegenheit, um einen parteipolitischen Vorteil einzuheimsen. Und nun kam die entscheidende Wendung.

Man hatte den Bauern oft genug gesagt, daß der Jude ihn ausplündere — der arme Jude, der meist selbst ausgeplündert wird und nichts zu beißen und nichts zu brechen hat — und daß der Ausplünderer vogelfrei sei. So stürzte sich denn der Bauer freilich wieder einmal auf den Juden; aber er fand, daß der Bojare ihn doch vor allem in der furchtbarsten Misere hinsiechen lasse. Und so stürzte er sich auch auf den Großgrundbesitzer, und das nahm man übel, und der Bauer wurde nunmehr mit Kartätschen und Flintenkugeln empfangen. Die Lage war am Rande der Anarchie; die Rettung kam vom Militär; die Disziplin bewährte sich, und die Armee bewahrte das Land vor einer Katastrophe.

Für wie lange? Einsichtige Politiker in allen Ländern sind sich klar darüber, daß ohne durchgreifende Reformen und ohne daß der Koteriegeist und der Geist der Demagogie im öffentlichen Leben zurückgedrängt und das Rechtsgefühl gehoben wird, das Geschehene in gegebener Zeit seine Wiederholung finden muß. Aber ob die soeben erhaltene Lehre ausreicht, um die Schar der Parteigänger — konservativer wie liberaler — solcher Einsicht geneigt und zu Opfern bereit zu machen? Der feste Wille des Königs könnte in dieser Beziehung viel erreichen, und ich habe Grund anzunehmen, daß der König sich über die Lage nicht täuscht."

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermann v. Sonnenberg versendet eine Berichtigung, wonach er tatsächlich gegen den Redakteur der „Hess. Rundschau", welche ihm die bekannte despektierliche Aeußerung über seine Schwälmer Bauernwähler in den Mund gelegt hat, „fristgerecht" Strafantrag gestellt hat: Daß ein Verhandlungstermin noch nicht angesetzt sei, liege nicht an ihm, da die Staatsanwaltschaft an eine bestimmte Frist nicht gebunden sei. Wie uns mitgeteilt wird, hat Herr Liebermann v. Sonnenberg diesen Antrag aber gerade erst vor Toresschluß, d. h. wenige oder gar nur einen Tag vor Eintritt der Verjährung, eingereicht.

Die „H e s s i s c h e L a n d e s z e i t u n g", der wir die ersten Angaben entnommen hatten, bemerkt hierzu: Das ganze Gerede Liebermanns ist s i n n l o s. Hatte er den Strafantrag gegen W i l k e (den Redakteur der „Hessischen Rundschau) gestellt, war das Verfahren eingeleitet, blieb es dann aber längere Zeit ruhen, so konnte Liebermann sich nach dem Stand der Dinge erkundigen und um Beschleunigung der Sache ersuchen, sofern ihm wirklich daran gelegen war, Licht in die Sache zu bringen. Wollte er auch diesen Weg nicht beschreiten, so blieb ihm, was wir nochmals betonen, als wirksamstes und am schnellsten zum Ziele führendes Mittel die Anhängigmachung der Privatklage gegen Wilke. Liebermann beschritt diesen Weg nicht.

Die neueste Nummer der „Deutschsozialen Blätter" schreibt:

„Das Strafverfahren gegen den eigentlichen „Erfinder" dieser verlogenen Hetze — die selig entschlafene „Hessische Rundschau" — wird in e i n i g e n W o c h e n in Kassel zur Verhandlung gelangen, trotzdem die „Freisinnige Zeitung" ihren Lesern vorschwindelt: den Gerichten ist von einem Verfahren gegen die „Hessische Rundschau" nichts bekannt."

„Nach einigen Wochen" — nachdem Monate vergangen sind — soll die Verhandlung stattfinden. Na, vielleicht erleben wir es doch noch.

Antisemitismus und Zentrumspresse. Das Binger Zentrumsblatt, die „M i t t e l r h e i n i s c h e V o l k s z e i t u n g", ist in K o n k u r s geraten. Darüber gibt nun der Besitzer des Blattes, Ernst Steinhäuser, in einem „Eingesandt" in der liberalen „Rhein- und Nahezeitung" eine Darstellung, die gewisse führende Zentrumskreise in einem eigentümlichen Lichte erscheinen läßt. Steinhäuser hatte, wie er es darstellt, das Zeitungsunternehmen, das im Besitze des L a n d t a g s a b g e o r d n e t e n Pennrich war, von diesem zu einem unverhältnismäßig hohen Preise erworben. Es stellte sich alsbald heraus, daß über den bisherigen Reingewinn durchaus unrichtige Angaben gemacht worden seien und daß gegebene Versicherungen sich als faul erwiesen. Steinhäuser geriet nun durch einen ihm aufgezwungenen unwürdigen Vertrag in voll-

ständige Abhängigkeit und schließlich in Konkurs, der Steinhäuser mit seiner zahlreichen Familie um seine Existenz brachte. Interessant ist noch, was Steinhäuser über die Art des redaktionellen Betriebs erzählt. Er sei als Störenfried in Bingen angesehen worden, obgleich er „in 100 Fällen nicht der Verfasser der oft durchaus nicht einwandfreien Artikel war". So z. B. sei ein für den Stadtverordneten Simon beleidigend gewesener Artikel, der Steinhäuser gerichtliche Strafe eintrug, von Herrn Pennrich mit der Begründung, der Judenbande müsse wieder mal eins draufgegeben werden, ihm in die Feder diktiert worden. Aber „Herr Abg. Pennrich begrüßt den Herrn Simon herzlichst und drückt ihm heute noch die Hand". Solch nette kleine Genrebilder, wie sie hier von beteiligter Seite gegeben werden, haben, so bemerkt die „B. Z. a. M." mit Recht hierzu, als Kultur dokument ihren sittengeschichtlichen und politischen Wert

Manche Raiffeisenorgane entblöden sich bei ihren Angriffen gegen den Kaufmannsstand nicht, sich ihre vergifteten Waffen aus der Rüstkammer der Antisemiten zu holen. Der Ludwigshafener Raiffeisenbote veröffentlicht unterm 8. März d. J. unter der geschmackvollen Ueberschrift „Raiffeisen und Pinkeles" einen haßsprühenden Artikel gegen die Kaufleute aus der Feder des Pfarrers Keßler in Herxheim. In demselben Blatt fand sich in der Nummer vom 22. April folgende Epistel:

„Seit der Bekanntmachung der einzelnen Defizits sind die Widersacher der Raiffeisen-Organisation wieder fleißig an der Arbeit. Die gegnerischen Blätter bringen gehässige, vielfach mit der Wahrheit in Widerspruch stehende Artikel. Doch diese „großzügige" Art des Kampfes hat bisher den Gegnern keinen Erfolg gebracht, darum werden jetzt die kleinen Kläffer losgelassen, die Agitation geht jetzt von Haus zu Haus. Leute, denen früher der Schweiß des Bauern eine leichte oder reichlich bemessene Einnahme gebracht, sehen durch die Genossenschaft ihrer Fürsorge für den Bauer ein Ende gesetzt, allerdings zum eigenen Schaden und zum Vorteile des Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Leute alles daransetzen, die Bauern wieder in ihre Klauen zu bekommen; auf ein Dutzend Lügen mehr oder weniger kommt es hierbei gar nicht an und die Ehre des Mitmenschen wird möglichst in den Kot gezogen. Wollte doch der Bauer seine früher unwürdige Abhängigkeit von diesen Leuten sich wieder ins Gedächtnis rufen, dann würde er ihre Redensarten nicht anhören, noch viel weniger ihnen Glauben schenken, er müßte ihnen die Türe zeigen. Hilfe bringen diese Leute doch nicht. Im Gegenteil, sie freuen sich über das Unglück und suchen es noch schwerer zu machen."

Kann man sich, bemerkt das Organ „Der Rechtsschutz" hierzu, eine rohere Art der Abwehr denken, wenn man dieses Machwerk gegen die ernsten sachlichen Ausführungen hält, die, ohne die persönliche Ehre irgend einer Person zu verletzen, lediglich Schäden aufdecken. Der Bauer erfährt von den Mitteilungen im günstigsten Falle nur vom Hörensagen, um so sicherer wird der Zweck, ganze Stände moralisch tot zu machen, Mißtrauen und Feindschaft in das deutsche Volk zu tragen, erreicht. Und der Patriotismus, der Stände zusammenführen sollte, zur gemeinsamen Arbeit und zum Heil des Vaterlandes? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Die Geschäftsleute müssen sterben, damit (wir) du der Herr des Landes wirst.

Die sächsischen Konservativen die als die reaktionärsten im Reiche gelten, haben auf ihrem jüngst in Dresden abgehaltenen Parteitage sich zu einigen dem Liberalismus weit entgegenkommenden Leitsätzen bekannt. Sie empfehlen u. a. die eifrigste und ernsteste Förderung aller derjenigen Bestrebungen und Einrichtungen, die geeignet sind, die Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen der Bevölkerung zu mildern oder zu beseitigen. Nun, die Juden bilden einen Teil der Bevölkerung, und der Antisemitismus verschärft die zwischen Christen und Juden bestehenden Gegensätze. Die Konservativen in demjenigen Bundesstaate, der einst als die Hochburg des Antisemitismus angesehen wurde und es zum Teil noch ist, müßten danach auch auf die Milderung und Beseitigung des Antisemitismus hinarbeiten, womit sie sich allerdings mit dem Tivoli-Programm in Widerspruch setzen würden.

Vermischtes.

Schöffen und Geschworene, Bismarck und Bleichröder. In diesen Tagen ist wieder darüber Beschwerde erhoben worden, daß jüdische Schöffen und Geschworene fast überall durch ihre Abwesenheit glänzen. Der amtliche Bescheid ging zwar wieder dahin, daß die Juden gesetzlich das Recht haben, zu den Schöffen- und Schwurgerichten hinzugezogen zu werden. Aber man weiß ja, daß was auf dem Papier Recht, in der Praxis noch lange nicht billig ist. Die Juden haben so manches Recht, nur ist es oft ein heimliches Recht, von dem „niemand nichts weiß".

Was in aller Welt kann wohl der Grund sein, warum man den Juden nicht vergönnt, Schöffen- und Geschworenendienste zu leisten? Ein sogenannter Genuß ist es in den seltensten Fällen und rentabel ist das Geschäft erst recht nicht, denn bisher erhalten weder Schöffen noch Geschworene Diäten. Die Juden aber, die meist geschäftlich zu tun haben und den Wert der Zeit zu schätzen wissen, würden also sich nicht gerade danach drängen, die Ehrenpflichten zu erfüllen, wenn es nicht eben Ehrenpflichten wären und die Ausschließung eine Beleidigung wäre, die um so mehr auffällt, als sonst über den Mangel an geeignetem Schöffenmaterial geklagt wird und die Juden hinsichtlich der Bildung ganz gut ihren Mann stehen. Das Motiv muß danach wohl Mangel an Vertrauen sein, an Vertrauen, daß der jüdische Schöffe den jüdischen Angeklagten streng, den christlichen milde genug beurteilen werde.

Da ist es interessant, daran zu erinnern, daß selbst in längst vergangenen Zeiten Hoch- und Höchstgestellte doch Juden Leib und Leben, Ehre und Besitz anvertraut haben. Gerade jetzt erzählt Heinrich von Poschinger, welches Vertrauen Bismarck zu dem Juden Bleichröder hatte. „Bismarck konnte krank — so erzählt v. Poschinger — und für keinen Minister oder Botschafter zugänglich sein; wenn Bleichröder sich melden ließ, wurde er empfangen. Bismarck wußte, daß er auf Bleichröder bauen konnte, wie auf einen Felsen, ebenso auf dessen Diskretion. Von einem Besuche im Kanzlerpalais zurückgekehrt, erzählte ja Bleichröder mit Vorliebe von Bismarck, wie er ihn getroffen, was er gesagt hatte, der Kern der Unterhaltung war aber bei ihm vergraben, und mit eisernen Zangen hätte ihm keiner ein ihm von Bismarck anvertrautes Geheimnis entreißen können."

Man wird sagen, nicht jeder Jude verdient ein solches Vertrauen wie ein Bleichröder. Zugegeben. Aber es wird auch nicht jeder Jude Schöffe, und einem Bleichröder wurden von einem Bismarck wichtigere Dinge anvertraut, als einem Schöffen oder selbst Geschworenen gemeinhin Vertrauen zu schenken ist. Und endlich ist der jüdische Schöffe oder gar Geschworene nicht allein da, ein Urteil zu fällen; er wird wohl ausnahmslos nur einer unter vielen sein, dessen eine Stimme von entscheidender Bedeutung nur sein kann, wenn so und so viele christliche auf derselben Seite sind. Und dennoch nicht Schöffe und nicht Geschworener!

Unheilbar „verjudet". Von unheilbarem Philosemitismus muß die Gräfin Kalergi heimgesucht gewesen sein, deren Briefwechsel mit Franz Liszt vor

kurzem erschienen ist. Es hat der Gräfin nicht genützt, daß **Heine** sie in seiner Romanze „Der weiße Elephant“ besungen hat, was **Adolf Bartels** natürlich nicht begreifen wird. Nach seiner, freilich höchst unmaßgeblichen, Meinung hätte eine von einem Heine besungene Dame für immer von jeder Vorliebe für Juden geheilt sein müssen. Selbst daß **Richard Wagner** ihr seine bekannte Schrift „Das Judentum in der Musik“ gewidmet hat, und das Pamphlet selbst haben der philosemitischen Gräfin nichts geholfen. Charakteristisch für die Gräfin ist ein Schreiben von ihr aus dem Jahre 1873. Sie schreibt da aus Warschau, wo sie als Gattin des dortigen Polizeimeisters **Muchanow** lebte: „In Warschau **verkehre ich nur mit Juden und billige alles**, was sie tun. Nur sie interessieren sich für die guten Sachen, **üben Wohltätigkeit mit ihrem eigenen Gelde**, finden Genuß an der Musik und **unterstützen die Künstler**. Wenn wir Slaven allein unter uns bleiben sollten, so würde man bald nur einen Haufen armer Faullenzer sehen, die sich unter einander auffressen . . .“

Das ist ein die Juden sehr ehrendes Bekenntnis einer schönen Seele, als welche sie trotz ihrer Verjudung selbst Antisemiten werden anerkennen müssen. Denn die Dame gehörte zur vornehmsten russischen Gesellschaft, und mehr noch als dadurch ist sie geadelt durch ihre Beziehungen zu Männern wie **Heine**, **Wagner** und **Liszt**.

Die unheilbare Verjudung der Gräfin Kalergi hat sich sogar auf ihren Enkel, den unseren Lesern bekannten Grafen **Coudenhove**, vererbt, der, wie er selbst bekennt, auszog, um **antisemitisch** die Juden zu bekämpfen, aber im Laufe seiner Studien und Beobachtungen dazu gekommen ist, eines der gediegensten und umfangreichsten Werke **gegen den Antisemitismus** zu schreiben, das wir seinerzeit eingehend und wiederholt besprochen haben.

Bei dieser Gelegenheit fällt uns ein anderer Oesterreicher ein, der unlängst verstorbene **Dr. Josef Kopp**, dessen Andenken erhalten zu werden verdient für die uneigennützige und mannhafte Art, mit welcher er sich in dem Konflikt **Rohling-Bloch** für die Juden ins Zeug gelegt hat. Dr. Bloch, der, um Rohling im rechten Lichte zu zeigen, einen Beleidigungsprozeß provoziert hatte, hatte sich einen katholischen Anwalt zum Verteidiger genommen, eben den Dr. Kopp. Dieser hatte erst das Mandat als eine reine Geschäftssache übernommen, gewann aber im Laufe des Prozesses ein solches Interesse für die Sache, daß er jetzt mit Feuer und Flamme sich ihrer annahm. Er wies dem Gerichtshofe nach, daß sachverständige Gutachten eingeholt werden müßten über die Wahrheit oder Grundlosigkeit der Rohlingschen Behauptung, daß die Juden Christenblut zur Herstellung ihrer Osterkuchen (Mazzoth) brauchten, und er stellte das weitere Ersuchen, daß von den zu berufenden Sachverständigen keiner Jude sein sollte. Nachdem die auf Vorschlag der Orientalischen Gesellschaft, also der berufensten Körperschaft, eingeholten Gutachten für ihn vernichtend ausgefallen waren, nahm Rohling, wie man weiß, die Klage zurück, damit die Gutachten nicht weiter bekannt würden. Da machte denn Dr. Josef Kopp, der katholische Mann des Rechts, dem katholischen Fanatiker Rohling einen Strich durch die Rechnung. In der Ueberzeugung, daß den Juden schweres Unrecht geschehe, und in der ferneren Ueberzeugung, daß die Klage nur deshalb zurückgezogen worden war, um das Bekanntwerden der wissenschaftlichen Gutachten zu verhindern, entschloß sich Dr. Kopp alle diese Gutachten auf seine Kosten zu veröffentlichen und so Rohling vor aller Welt als einen Fälscher hinzustellen. Dr. Kopp veröffentlichte in seiner Schrift „Zur Judenfrage“ einen Bericht über den Bloch-Rohlingschen Prozeß nebst den wissenschaftlichen Gutachten. In der sehr interessanten Einleitung bemerkt Dr. Kopp, daß, wenn er auch Katholik und ein treuer Sohn der Kirche sei, er doch nicht dulden könne, daß Rohlings List, die Wahrheit zu unterdrücken, Erfolg habe. Im Interesse der Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit veröffentliche er daher die Gutachten, und er hoffe, daß sie dazu beitragen werden, die blöden Beschuldigungen und Vorurteile zu beseitigen, die man gegen ein großherziges, intelligentes und mit Unrecht verfolgtes Volk immer wieder vorbringe.

Dr. Kopp war als ein sehr erfahrener und gerechtigkeitsliebender Kriminalist in ganz Oesterreich bekannt. Aber auch er war unheilbar „verjudet“, wie aus Obigem hervorgeht.

Anläßlich einer Besprechung des Buches von Max Bewer „Der deutsche Christus“ fällt die „**Kölnische Volkszeitung**“, das angesehene Zentrumsblatt vom Rhein, **folgendes Urteil über den Rassenhaß:**

„Merkwürdigerweise gibt es nur eine Pforte, welche durch die geschlagene materialistische Weltansicht ganz friedlich wieder auch in Salons der Reichen, der Nationalen, speziell der Urteutonen, einzieht. Was ist der **Rassenhaß**, speziell der Rassen-Antisemitismus, eigentlich anderes als eine **Leugnung der Geistigkeit der Menschenseele?** Wenn ein Menschenschlag *per se* alle schönen und guten Eigenschaften besitzt, ein anderer mit derselben apodiktischen Gewißheit alle schlechten, dann ist kaum zu glauben, daß Gott alle Seelen geschaffen, daß Christus Menschengestalt angenommen habe, um alle zu erlösen. Das harte Wort: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt“, hat bekanntlich Lessing einem mittelalterlichen Patriarchen in den Mund gelegt. Heute sind es jedenfalls andere, die auf Grund ihrer ad hoc gemachten Rassentheorie dem **Juden** so gut wie dem Polen die **staatsbürgerlichen Rechte entziehen möchten**, die innerhalb des Vaterlandes Lang- und Rundschädel unterscheiden, um bequemer an den Katholiken ihren Mut kühlen zu können. Man lebte noch im 19. Jahrhundert, als Max Bewer mit seinen ersten Bismarck-Dithyramben und Anti-Juden-Epigrammen in die Arena sprang; sein neuestes Buch zeigt, daß er nichts gelernt und nichts vergessen hat. Es ist eine um mehrere andere Kapitel bereicherte Neuauflage seines noch zu Bismarcks Lebzeiten veröffentlichten Gesprächs zwischen diesem und Leo dem Dreizehnten über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der Deutschen im Glauben, eine Frage, die sich, wenn Gott beschlossen haben wird, daß sie nicht weiter bestehen solle, vermutlich doch anders als im Bewerschen Sinne lösen wird. Es kommt uns vor, als wenn den Autor, dessen Familie seit alten Zeiten katholisch gewesen ist, und der sich nach eigener Angabe nur deshalb zum Protestantismus hat umschreiben lassen, weil für sein überkonfessionelles Christentum in unserem Staate kein Raum war, die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies nicht loslassen wolle. Aber der Weg, den er zur Wiederfindung einschlägt, ist nicht der richtige. Ob in Galiläa so und soviel Jahrhunderte vor Christus arische Stämme eingewandert sind, deren Blut sich dort, man möchte sagen, gerade unter dem Schutze des Judenhasses gegen die Gojim, so lange ziemlich brauchbar erhielt, bis es durch die mit der Römerherrschaft eindringenden deutschen Krieger aufgefrischt wurde, das ist eine ethnographische Frage für sich. Wäre sie zu bejahen, so würde uns das doch nicht berechtigen, Christus als Germanen zu beanspruchen, es sei denn, daß wir seine Göttlichkeit und seinen übernatürlichen Eintritt in die Welt leugnen, d. h. uns außerhalb des apostolischen Christentums stellen. Darüber können exegetische Scherze nicht hinweghelfen, z. B. daß sich der Heiland mit den bekannten Unfreundlichkeiten gegen seine Mutter, welche man in die Evangelien hineinzulesen beliebt, außerhalb des jüdischen Familiensinnes gestellt habe, wie er denn überhaupt Germane gewesen sei; auch nicht die billige Weisheit, Christus habe einem vernünftigen Erwerbssinn kein Hindernis in den Weg legen wollen, und die Geistlichkeit solle darum nicht in Sozialpolitik machen. In Antisemitismus schon! Denn wie sagt Bewer? „Der jüdische Reichtum beruht auf Schacherei und Wucherei, wie damals; der deutsche Reichtum beruht auf Werktätigkeit“. Hier liegt die Landmarke für die Satire Christi, die ein deutscher Pastor nicht wie ein verzückter Moralderwisch übertänzeln sollte. Es wäre das größte Landesunglück, wenn sich die

sittliche Energie, mit der sich Christus gegen Erscheinungen im spezifisch-jüdischen Erwerbsleben entrüstete, nun in Deutschland auch gegen landesübliche Gebilde erheben sollte, die in ihrem äußeren Reichtum dem jüdischen zwar ähnlich, nach ihrem innerlichen Entstehen und Wirken aber von ihm grundverschieden sind. (S. 19.) Hiernach können Pod und Tippelskirch aufatmen, ihren auf „landesübliche Weise" entstandenen Millionen geschieht nichts. — Unter den Orakelsprüchen, mit denen das Blaubuch schließt, finden wir (N. 221) auch die abgründige Weisheit: „Bismarck ist ein Fernrohr, mit dem man Shakespeare; Shakespeare ist ein Fernrohr, mit dem man Christus; Christus ist ein Fernrohr, mit dem man Gott sehen kann". Welches Fernrohr das nützlichste ist, um sich in dem alldeutschen Phrasenwalde des Buches zurechtzufinden, wissen wir nicht; vielleicht ein umkehrendes."

Die Kriminalität der Juden und der Alkohol.

Von Dr. Hugo Hoppe, Königsberg.

(Schluß.)

Die relative Seltenheit der wesentlichsten Vermögensdelikte bei den Juden, besonders des einfachen und schweren Diebstahls, des Raubes, der Unterschlagung und der Brandstiftung ist ebenfalls, wenigstens teilweise, aus der Seltenheit des Alkoholismus bei ihnen zu erklären. Der Diebstahl ist es besonders, der infolge der so häufig durch den Alkoholismus hervorgerufenen Not und Armut in diesem eine wichtige Quelle hat. Es sind nicht immer besonders hohe Grade des Alkoholismus nötig, um zum Diebstahl zu führen, es genügt die Gewöhnung an regelmäßigen Alkoholgenuß mittleren Grades, um in schlechteren Zeiten, z. B. beim Steigen der Lebensmittel oder der Wohnungspreise, oder beim Sinken der Löhne oder bei gelegentlicher Arbeitslosigkeit zur Unehrlichkeit zu führen, zumal die sittliche Widerstandskraft durch regelmäßigen Alkoholgenuß herabgesetzt ist. Kommt es aber durch stärkeren Alkoholismus zur völligen Zerrüttung der ökonomischen Verhältnisse, so sind bei der gleichzeitigen sittlichen Entartung Diebstahl und andere Vermögensdelikte an der Tagesordnung. Juden verarmen durch Unglücksfälle oder unglückliche Verhältnisse, daß aber ein Jude durch Alkoholismus verarmt, ist ein außerordentlich seltenes Vorkommnis. So ist denn in den Ländern des Westens, wo die Juden größere Bewegungsfreiheit haben, das ökonomische Aufsteigen der Juden die Regel, das Herunterkommen die Ausnahme. Die größere Wohlhabenheit der Juden, die von Ruppin zur Erklärung der Seltenheit der flagranten Eigentumsdelikte bei ihnen angeführt wird (a. a. O.), aber nur für die westlichen Juden gilt, ist eben vorzugsweise eine Folge ihrer Nüchternheit und Solidität; dazu kommt noch ihr Fleiß, ihre Arbeitsamkeit, ihre Energie, ihre Umsicht und ihre Intelligenz, alles Eigenschaften, die der Alkohol zu zerstören, die Nüchternheit zu erhalten und zu fördern geeignet ist. Ferner ist noch zu berücksichtigen, daß die Diebe, zumal die Gewohnheitsdiebe, besonders häufig Trinkerfamilien entstammen, die bei den Juden so gut wie ganz fehlen. Sichart ermittelte z. B. unter 1714 Zuchthäuslern in Württemberg, daß von den Dieben 18,7 Proz. trunksüchtige Eltern hatten (soweit sichere Angaben, die gerade bei diesem Material naturgemäß sehr mangelhaft sind, zu erlangen waren), während bei den übrigen Verbrechern die ermittelten Zahlen kleiner waren. So ist denn die geringe Beteiligung der Juden an Diebstahl und Raub ganz natürlich. Wenn sie dagegen bei anderen Vermögensdelikten, wie Wucher, betrügerischem Bankerott, gewerbsmäßiger Hehlerei, Nahrungsmittelverfälschung, Urkundenfälschung die christliche Kriminalität so sehr überragen (um das 3—5fache und noch mehr), so erklärt sich dies, wie bereits vielfach hervorgehoben worden ist und auch in der amtlichen deutschen Kriminalstatistik (1901, II, S. 98) direkt betont wird, aus der vorwiegenden beruflichen Tätigkeit der Juden in Handel und Industrie.*) Es sind eben die zuletzt genannten Vermögensdelikte Berufsdelikte, gewissermaßen moralische Berufskrankheiten. Zu erwägen ist übrigens noch, worauf Blau mit Recht aufmerksam macht (diese Zeitschrift Jahrgang II, S. 109), daß die Juden bei dem herrschenden Antisemitismus und Konkurrenzneid im Verhältnis häufiger angezeigt und häufiger verurteilt werden als die Nichtjuden, was übrigens auch für Delikte anderer Art gilt.

Es ist nun noch ein Punkt zu erwähnen, durch den die Kriminalität der Juden sich von der der Nichtjuden vorteilhaft unterscheidet. Es ist dies die geringere Rückfälligkeit der Juden, wie sie z. B. aus der niederländischen Statistik für 1898—1902 hervorgeht, in welchen Jahren auf 100 000 Einwohner der betr. Religionsgemeinschaft bei den Christen 116,9 Rückfällige oder 39,8 Proz. aller christlichen Verurteilten, bei den Juden aber nur 53,9 Rückfällige oder 29,4 Proz. aller jüdischen Verurteilten kamen. Nun ist, wie die Statistik ergibt, unter den Rückfälligen die Zahl der Trinker besonders groß. So waren nach der niederländischen Statistik im Jahre 1901 unter allen Verbrechern 13 Proz. Trinker, unter den Rückfälligen aber 22 Proz., nach der belgischen Statistik für 1898 unter den erstmalig bestraften Männern 8,7 Proz., unter den rückfälligen aber 31,2 Proz. Baer ermittelte in deutschen Zuchthäusern für Männer unter erstmalig Bestraften 20,4 Proz., unter den über viermal Bestraften aber 30 Proz. Gewohnheitstrinker (in Gefängnissen waren die entsprechenden Zahlen 20,9 Proz. und 45,4 Proz.) und Geill in Kopenhagen unter den erstmalig bestraften Verbrechern 22,8 Proz., unter den rückfälligen aber 48,1 Proz. Trinker. Ebenso sind unter den Gewohnheitstrinkern in den Strafanstalten weit mehr Rückfällige als unter den Nichttrinkern; die Trinker unter den Kriminellen werden eben bedeutend häufiger rückfällig als die Nichttrinker. So erklärt sich denn ohne Frage die geringere Rückfälligkeit der Juden resp. das seltenere Vorkommen des Gewohnheitsverbrechertums unter ihnen zum großen Teil aus ihrer Nüchternheit. Dazu kommt, daß, wie bereits oben bemerkt worden ist, die Gewohnheitsverbrecher sich vorzugsweise aus Trinkerfamilien rekrutieren. Der Alkohol ist durch seine degenerierende Wirkung auf die Nachkommenschaft ganz hervorragend bei der Erzeugung von „geborenen Verbrechern", d. h. von Individuen beteiligt, die von Geburt an zu einem verbrecherischen Leben veranlagt sind. Solche Individuen sind eben bei den Juden sehr selten.

So ist denn die Nüchternheit der Juden resp. die geringe Verbreitung des Alkoholismus unter ihnen sicher eine der wesentlichsten Ursachen für ihre verhältnismäßig geringe Teilnahme an der Kriminalität.

Wie erklärt sich aber die Zunahme der Kriminalität bei den Juden, speziell der Personendelikte (einfache und gefährliche Körperverletzungen), wie sie in der deutschen Kriminalstatistik im Jahrzehnt 1892—1901 gegenüber dem Jahrzehnt 1882—1891 hervortritt? Nun hat zwar ganz allgemein eine solche Zunahme stattgefunden, und diese ist bei den Christen noch größer als bei den Juden. Aber wie es keine Frage ist, daß an dieser Zunahme der steigende und sich ausbreitende Alkoholismus, zumal bei den Körperverletzungen, erheblich beteiligt ist, so wird man wohl

*) Während von der berufstätigen Gesamtbevölkerung nur der 10. Teil an Handel beteiligt ist, sind von den Juden mehr als die Hälfte im Handel beschäftigt. Dazu kommt noch, daß in den Hauptberufen die Juden vorzugsweise als Selbständige oder als Angestellte tätig sind (zusammen 69 Prozent), während in der Gesamtbevölkerung die Arbeiter weit überwiegen (68 Prozent), und die genannten Delikte vorzugsweise von Selbständigen und Angestellten verübt werden.

auch nicht fehl gehen, wenn man bei den Juden darin einen Ausdruck der zunehmenden Assimilation an die allgemeinen Trinksitten erblickt. Denn es kann ja für einen aufmerksamen Beobachter keinem Zweifel unterliegen, daß die alte sprichwörtliche Mäßigkeit bei den westlichen Juden allmählich im Schwinden begriffen ist. Die Juden haben sich entsprechend der allgemeinen Assimilation immer mehr an den täglichen regelmäßigen Genuß von alkoholischen Getränken gewöhnt, der früher bei ihnen eine Ausnahme bildete und bei den östlichen Juden im allgemeinen noch eine Ausnahme ist. Dabei haben viele Juden, speziell die akademisch Gebildeten und die Reichen, das Quantum allmählich vergrößert, sie haben sich gewöhnt, etwas zu vertragen, und stehen bei allgemeinen Festen, Kommersen u. dergl., bei denen ja der Sitte gemäß der Alkohol in Strömen fließt und Exzesse ganz naturgemäß sind, hinter ihren christlichen Mitbürgern wenig zurück. So erklärt sich vielleicht auch, wenigstens zum Teil, die überaus starke Beteiligung der Juden an Duellen, die ja vorzugsweise im Rausch kontrahiert werden, so auch die immerhin noch verhältnismäßig starke Beteiligung der Juden in Dresden an den Delikten alkoholischen Ursprungs mit 2 pro Mille. Sind doch auch die Juden in den Trinkerheilanstalten, wenigstens in den vornehmeren, durchaus keine solche Seltenheit mehr. Auch die zunehmende Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit unter den erwachsenen Juden, wie sie die Statistik ergibt, ohne allerdings die der Christen zu erreichen, dürfte als ein Ausdruck für die allmähliche Verbreitung des Alkoholismus unter den Juden zu gelten haben, wenn sie natürlich auch hier noch weit hinter ihren Wirtsvölkern zurückstehen und im allgemeinen noch immer als sehr mäßig bezeichnet werden können.

Dabei drängt sich von selbst die Frage auf, worauf denn eigentlich die auffällige Mäßigkeit der Juden beruht und wie sie zu erklären ist. Es ist dies eine Frage, die schon vielfach gestellt, aber noch nie befriedigend beantwortet worden ist. Die meisten begnügen sich damit, sie als eine Rasseneigentümlichkeit hinzustellen. „Es scheint", sagt Georg Baer (Arch. of Ethnology, zit. Baer, Alkoholismus), „in ihrem Nervensystem, in ihrer Konstitution eine besondere Eigenschaft zu liegen, die sie befähigt, den Verlockungen des Alkohols zu widerstehen." Damit ist natürlich nichts erklärt, sondern die Frage nur verschoben. Woher stammt denn diese Eigenschaft, diese Rasseneigentümlichkeit? Das ist ja eben die Frage, um die es sich handelt. Wir werden, um der Lösung näherzukommen, gut tun, uns nach anderen Völkern umzusehen, die ebenfalls als sehr mäßig bekannt sind. Da finden wir die alten orientalischen Völker, zu denen ja die Juden ihrem Ursprung nach auch gehören, die Indier, die Chinesen, die Japaner, die Araber, die Türken, um nur die bedeutendsten zu nennen. Bei den letzten ist die Enthaltung von alkoholischen Getränken religiöse Vorschrift, und so scheinen es überhaupt uralte religiöse Vorstellungen zu sein, welche die orientalische Mäßigkeit bedingen, Vorstellungen der Reinheit, die im Orient wurzeln und mehr oder weniger bewußt und mehr oder weniger ausgesprochen von den Religionsstiftern und Lehrern des Volkes zu Mäßigkeits- und Enthaltsamkeitsvorschriften benutzt worden sind. Auf solchen Grundlagen beruht unfraglich das Koranverbot, auf solchen Grundlagen auch die zahlreichen Hinweise und Geboten gleichkommenden Ermahnungen zur Mäßigkeit, die sich in der Thora und in den Propheten finden. Die gesetzestreuen Juden haben diese Gebote stets streng befolgt, wozu noch ein durch das Studium der Lehre dauernd wachgehaltener Abscheu vor den Unsitten und der Unmäßigkeit der Nichtjuden, sowie eine durch die Speisegesetze bedingte strenge Absonderung von diesen kam, so daß im Essen und Trinken ein Konvivium mit ihnen ausgeschlossen war. Dies gilt erst recht für die Diaspora, wo die Verfolgungen die Juden enger aneinander schlossen und eine noch strengere Absonderung von der Umgebung im „Ghetto" bewirkten. Die heutigen Juden sind aber die Nachkommen einer langen Reihe von Generationen gesetzestreuer und außerordentlich mäßiger oder enthaltsamer Juden. Denn was nicht gesetzestreu war, ist bald abgefallen und in der umgebenden Bevölkerung aufgegangen. So stellt sich die Mäßigkeit der Juden dar als eine durch unendlich zahlreiche Generationen hindurch geübte Gewohnheit wahrscheinlich religiösen Ursprungs, die schließlich zu einer Art inhärenter „Eigenschaft", zu einem angeborenen Widerwillen gegen Unmäßigkeit geworden ist. Diese „Rasseneigenschaft" ist aber nicht untilgbar. Ebenso wie sie durch Gewohnheit entstanden ist, kann sie auch durch allmähliche Gewöhnung an das Trinken wieder verloren gehen. Wie in den Weinländern, die als relativ mäßig gelten, die Trunksucht in den letzten Jahrzehnten sich auszubreiten begonnen hat, wie speziell Frankreich aus einem der mäßigsten Länder zum alkoholisiertesten der Erde geworden ist, wie die sich verbreitenden Trinksitten Europas selbst vor den Toren der muhamedanischen Länder nicht Halt machen, sondern in ihnen jetzt trotz des Koranverbots allmählich an Boden gewinnen, so nehmen auch die Juden, seitdem und soweit sie angefangen haben, das „Ghetto" zu verlassen, aus ihrer Absonderung herauszutreten, die „Lehre" zu vernachlässigen und die „Gesetze" zu übertreten, wie gesagt, in steigendem Maße an den Trinksitten der Umgebung teil. Ihre alte Mäßigkeit, ihre „Immunität" gegen den Alkoholismus, ist, das kann gar keine Frage sein, langsam im Schwinden begriffen, und es ist, falls keine innere Bewegung dagegen erfolgt, und die allgemeine Bewegung gegen den Alkoholismus dem keinen Einhalt tut, die Zeit schon abzusehen, wo sich die Juden in Bezug auf den Alkoholismus von ihrer Umgebung nicht mehr unterscheiden werden, wenn auch darüber noch einige Generationen dahin gehen können. Dann wird auch ihre Lebenszähigkeit und das günstige Verhältnis der Kriminalität, speziell hinsichtlich der Gewalttätigkeits- und Roheitsdelikte, aufhören und sie werden sich in dieser Beziehung nicht mehr wesentlich vor der umgebenden Bevölkerung auszeichnen, wie sie diese in den Ländern des Westens bereits beim Selbstmord, in Bezug auf den sie noch vor 50 Jahren so sehr zurückstanden, eingeholt, vielfach sogar überflügelt haben. Die Assimilation geht eben auf der ganzen Linie vor sich und begreift mit der Zeit alle biologischen und soziologischen Verhältnisse in sich.

Briefkasten.

N. Die Existenz gewisser unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinender antisemitischer Winkelblättchen wird anscheinend nur durch die Munificenz angesehener Bankinstitute gesichert, welche diese Blätchen mit Inseraten bedenken.

S. E. in B. Wie Sie sehen, haben wir in dieser Nr. die Frage der Zurücksetzung der Juden bei der Auswahl von Schöffen und Geschworenen nochmals eingehend behandelt.

A. R. in D. Allerdings melden mehrere österreichische Blätter, daß der zur Zeit in Lovrana zur Kur sich aufhaltende Oberbürgermeister von Wien, Dr. Lueger, sich in ärztlicher Behandlung des Dr. Cohn befindet und dem jüdischen Arzte das größte Vertrauen entgegenbringt.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 17. | Berlin, 24. April 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Wiener Brief.

VII.

Wien, den 21. April 1907.

Nach der Rückkehr von einer kleinen Erholungsreise fand ich einen Ausschnitt der „Neuen Preußischen Zeitung", die stolz ein Kreuz mit dem Motto: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!" im Schilde trägt, auf meinem Tische. Ein Freund aus dem Reiche hatte mir die Morgenausgabe vom Donnerstag, den 4. April, eingesandt, wahrscheinlich weil sich in ihr an erster Stelle ein Artikel über „Die jüdische Vorherrschaft in Oesterreich-Ungarn" findet. Man kennt dieses Blatt, das angeblich in einem engen Kreis preußischer Junker gelesen werden soll, im Habsburger Staat höchstens dem Namen nach, beachtet wird es an der Donau nicht; ein Bild dieses Organs kann man sich also blos aus der Charakteristik machen, die Fürst Bismarck im zweiten Teile seiner „Gedanken und Erinnerungen" entwirft. „Verleumdungen" und „Giftmischerei" sind da die schwächsten Artigkeiten, die er dem Blatte sagt. Steht es unter solchen Verhältnissen überhaupt dafür, einen Artikel dieses Organs tiefer zu hängen, noch dazu, wenn er geradezu in rührender Weise von journalistischer Unfähigkeit zeugt? Einige willkürlich zusammengeworfene Zahlen, einige Albernheiten und die wissenschaftliche Rechtfertigung durch den Hinweis auf eine anonyme Broschüre in einer Fußnote machen zusammen noch kein schlagendes Argument aus. Der arme Verfasser, der sich wahrscheinlich im Schweiße seines Angesichts bemüht hat, drei Spalten zu füllen, scheint nicht zu wissen, daß es größere Werke gibt, in denen Oesterreich-Ungarn unter dem Gesichtswinkel der Judenfrage betrachtet wird. Das Papier ist geduldig und es läßt sich ja darauf alles mögliche behaupten. Die antisemitischen Schriftsteller im Auslande ahnen gar nicht, wie leicht sie sich ihr Handwerk machen könnten.

Im ersten Absatz ärgert sich der Verfasser des erwähnten Kreuzzeitungsartikels darüber, daß es noch immer genug gläubige Gemüter gebe, die sich von den böswilligen Behauptungen der Juden beeinflussen lassen. Es tut „uns herzlich wehe" wohl um den wackern Mann, aber wir fühlen gar keine Veranlassung, ihn aus seiner trüben Geschichtsphilosophie zu reißen. Freilich, wenn die „Kreuzzeitung" größere Verbreitung hätte, wäre es besser, denn die Zahl der „naiven Gemüter" — das heißt der Verständigen — müßte abnehmen. Im zweiten Absatze meint der „Schriftsteller" — wir sind höflich —, „er wolle nicht bestreiten, daß es in Galizien viele Juden geben dürfte", die ein kümmerliches, ja elendes Leben führen. Allein die ihm eigene Pfiffigkeit und Weltklugheit macht ihn vorsichtig und er kann erst dann von Tatsachen reden, wenn die Fakten zweifellos erwiesen wären. Die „bekannte orientalische Uebertreibungssucht und jüdische Schlauheit" mahnen ihn zur Vorsicht. Ganz recht, nur achtgeben! Die eifrige Lektüre der antisemitischen Blätter hat uns diese Lebensregel aufgedrängt. Nach dem Verfasser liefert dasselbe Galizien auch den besten Beweis für die jüdische Vorherrschaft, denn der Handelsstand finde sich fast ausschließlich in jüdischen Händen und damit nicht genug, auch der Aerzte- und Advokatenstand ergänze sich in Galizien vorwiegend aus Juden. Was dem Verfasser ein Beweis der Vorherrschaft ist, erscheint jedem Menschen, der die Verhältnisse irgendwie kennt, als Folge der Rechtlosigkeit, die das Judentum durch die Geschichte schleppte. Daß die Juden heute in Galizien nicht herrschen, sondern einfach politisch mißbraucht werden, das kann doch ernstlich niemand bestreiten, der sich nicht gezwungen sieht, in allen Fällen die Vorherrschaft des Judentums zu entdecken. Der Verfasser des erwähnten Artikels gehört nun zu dieser Sorte und so ist es kein Wunder, daß er fast eine ganze Spalte dazu verwendet, um seine trübseligen Betrachtungen über Wien anzustellen. Die Haupt- und Residenzstadt des Reiches hat einen antisemitischen Gemeinderat, einen antisemitischen Stadtrat, einen antisemitischen Magistrat und die niederösterreichische Statthalterei kann Männer von liberaler Gesinnung nicht brauchen, wie beispielsweise den Freiherrn von Hock. Was wollen die Antisemiten denn eigentlich mehr? Doch die Juden sind böse Individuen und so strömen sie immer nach nach Wien. „Darin aber", heißt es in dem Aufsatze, „liegt das eigentliche Moment der jüdischen Vorherrschaft in der Monarchie und man kann getrost behaupten, die 11 Proz. Juden in Galizien und die $13\,^{2}/_{10}$ Proz. in der Bukoina haben nicht annähernd eine solche Bedeutung, wie die $8\,^{7}/_{10}$ Proz. in Wien", die ausnahmslos zu den intelligenten und besitzenden Schichten gehören. Woher weiß denn der Kreuzzeitungsmann, daß die Juden in Wien ausnahmslos intelligent und reich sind, was für sie freilich nicht vom Uebel wäre. Von dem jüdischen Proletariat, das sich in Wien angehäuft hat, scheint der wohl leichtsinnig Kredit gewährende Verfasser keine Ahnung zu haben. Wie immer aber, für ihn steht die Vorherrschaft der Juden in Wien fest und so bleibt wohl nur noch übrig, daß Herr Dr. Karl Lueger zum Präsidenten und die Herren Geßmann und Bielohlawek zu Vizepräsidenten der israelitischen Kultusgemeinde ernannt werden. Die Oberaufsicht über den jüdischen Religionsunterricht kann dann der „vorherrschende" Prälat Schelcher übernehmen. Dies also haben die Antisemiten mit ihrem zehnjährigen

Regime getan! Ein Glück, daß sie nicht die „Kreuzzeitung“ lesen.

Der Verfasser gibt sich den Anstrich großer Gelehrsamkeit und wirft mit Zahlen um, daß es nur so eine Freude ist. Ein Hauptrumpf sind für ihn die Angaben über die konfessionellen Verhältnisse an drei Wiener Gymnasien. Das eine besuchen 77, das zweite 67 und das dritte 63 Proz. Israeliten. Wer jetzt noch nicht an die Verjudung Wiens glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Unser Pfiffikus sollte doch nicht so plump vorgehen! Er führt die drei Gymnasien an, die in den sogenannten Judenvierteln Wiens liegen. Daß zum Beispiel am Schottengymnasium (das übrigens eine vorzügliche Lehranstalt ist) in jede Klasse nur zwei bis drei Paradejuden aufgenommen werden, hat er nicht erwähnt, ebensowenig streicht er die Verhältnisse in den mehr oder minder judenreinen Bezirken besonders heraus. Immerhin führt er zwei Durchschnittszahlen an und findet, daß die Frequenz der Gymnasien von 28 Proz. Juden und der Realschulen von 23 Proz. die Präponderanz der Israeliten beweise. Da an den Universitäten nach seinen statistischen Quellen 15 Proz. der Hörerschaft Juden sind, so ist es für ihn ausgemacht, daß der ärztliche Stand, der Advokaten- und der Juristenberuf von den Juden geradezu überschwemmt werden. Es wäre sehr interessant, wenn der Verfasser einmal sein Judenprogramm entwickeln würde. Die Wiener Antisemiten haben die Judenfrage früher in ihrer wilden Zeit sehr einfach gelöst, indem einige ihrer rüdesten Elemente die Vertilgung der Israeliten vorschlugen. Will das auch der Kreuzzeitungsmann? Wenn nicht, so muß er doch zugeben, daß die Juden irgend einen Erwerb zu wählen gezwungen seien, um leben zu können. Was bleibt ihnen nun übrig, als sich stärker dem Handel und auch den Intelligenzberufen zuzuwenden? Das ist nicht ihr Ideal, sondern sie handeln unter dem Zwange von Verhältnissen, die eine Vergangenheit der Entrechtung heraufbeschworen hat. Kaiser Josef II erkannte, als er sich mit dem Judenproblem beschäftigte, den wunden Punkt sofort und er wollte von den Juden nicht nur die Fesseln nehmen, die sie von dem Ackerbau abhielten, sondern die Israeliten geradezu für den Ackerbau erziehen. Wäre der josefinische Plan mit der gebotenen Vorsicht durchgeführt worden, dann hätte der Kreuzzeitungsmann allerdings nicht über die einseitige Beschäftigung der Juden zu klagen. Allein die Aufklärungsperiode in Oesterreich war nur von kurzer Dauer und bald begann der alte Tanz. Erst die Revolution brachte die Gleichberechtigung, die dann freilich wieder von der Gegenrevolution beseitigt wurde. Im Oktober 1853 erschien ein kaiserliches Patent, das die Besitzbeschränkungen, die für die Juden vor der Revolution bestanden, provisorisch wieder in Kraft setzte. Vielleicht erklären diese Bemerkungen dem Kreuzzeitungsmann das Phänomen.

Getreu seiner Devise, um jeden Preis die Judenvorherrschaft zu konstatieren, führt er auch den Wiener Schriftstellerverein „Concordia“ an und zeigt, daß in seinem Vorstande eine ganz erkleckliche Anzahl Juden sitzen. Die Moral dieser Charakteristik läuft darauf hinaus: in der Wiener Journalistik hätten einzig und allein die Juden etwas zu sagen. Warum verschweigt der gute Mann, daß es in Wien einen ebenso einflußreichen Schriftstellerverein gibt, der antisemitischen Tendenzen huldigt? Nach dem bewährten Rezept geht es in dem Kreuzzeitungsartikel noch einige Absätze weiter. Wir haben aber auf diese Arbeit schon viel zu viel Platz verwendet und wollen nicht noch an einigen Beispielen die antisemitische Methode der Kritik charakterisieren. Entweder wird gefälscht oder es werden willkürlich Details herausgegriffen, die dann den Anschein, typisch zu sein, erhalten, oder es wird gar Selbstverständliches durch besondere Beleuchtungseffekte in das Gegenteil umgewandelt. Womit soll man dagegen ankämpfen? Auf sachliche Argumente kann man mit sachlichen Einzelausführungen antworten, für bewährte Tendenzartikel gibt es jedoch nur Verachtung. rm.

Antisemitische Gemütsmenschlichkeit.

Dr. Maria Raich hat in der „Ethischen Kultur“ an einigen Beispielen gezeigt, wie sehr der gesellschaftliche Antisemitismus die deutsche „Lebens- und Umgangs-Kultur“ verschandelt; wie bei jeder Gelegenheit der Antisemitismus rücksichtslos sich Luft macht; wie die Juden immer herhalten müssen, um gewissen Leuten Stoff zu billigen Späßchen zu liefern. Er meint, dagegen sollte protestiert werden, dergleichen sollte nicht leicht, sondern als Beleidigung empfunden werden.

Das ist der „Deutschen Tageszeitung“ nicht recht, und sie liefert einen höchst charakteristischen Kommentar zu den Raichschen Ausführungen, der so recht deutlich zeigt, was für Gemütsmenschen doch die wackeren Antisemiten sind. Das antisemitische Blatt nimmt für „das Wirtsvolk“ das Recht in Anspruch, seine „Herzensstimmung“ zu äußern, findet es nur in Ordnung, daß seine Angehörigen nicht fähig sind, „ihre Gesinnung zu verleugnen“. Ja das Antisemitenblatt bezeichnet sogar die Forderung, daß das Volk dauernd seine Meinung verberge, als „eine Forderung unsittlichster Art“.

Nein, die Meinung braucht nicht verborgen zu werden. Aber nicht immer sind Zeit und Ort angemessen, seine Meinung zu äußern. Wir möchten nicht mit ansehen, wie so viele der Leser der „Deutschen Tageszeitung“ reden und handeln würden, wenn alle in ihrer Gegenwart ihre Meinungen über sie äußern, ihre Witze über sie machen würden.

Dann aber kommt das schönste. Schreibt das genannte Blatt:

> „Der Israelit wird niemals Gefahr laufen, ihm peinliche Redewendungen zu hören, wenn er sich nicht Leuten aufdrängt, die ihn innerlich ablehnen. Tut er das dennoch, so darf er nicht darüber klagen, daß die von ihm Beehrten aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen. Breite Schichten der Gesellschaft wenden sich mit ruhiger Entschlossenheit von allem israelitischen Umgange ab — sich seinen Umgang nach eigenem Gusto zu wählen, dazu hat wohl selbst in Deutschland noch jeder das Recht. Handelten unsere israelitischen Mitbürger ebenso, blieben sie gleichfalls hübsch unter sich, statt immer wieder Eroberungszüge zu unternehmen, dann hätten sie und wir bald keinen Grund mehr zur Klage.“

Wo hat sich denn in den von Dr. Raich angeführten Beispielen der Israelit „Leuten, die ihn innerlich ablehnen, aufgedrängt“? Es ist nicht erwähnt, daß Wertheim in der von Dr. Raich erwähnten Gesellschaft anwesend, geschweige sich ihr aufgedrängt hat, nicht einmal, daß der Fragende ein Israelit war. Dennoch schmettert der Herr Reichstagsabgeordnete voll Indignation in die Luft: „Ich werde doch bei keinem Juden kaufen!“ Danach hat ihn doch keiner gefragt. Wie kommt er dazu, obgleich kein Israelit sich ihm aufgedrängt hat, die Juden so wegwerfend zu behandeln? Mußte er nicht fürchten, daß in der Gesellschaft sich christlich-germanische Herrschaften befinden könnten, denen eine antisoziale, intolerante Aeußerung auf die Nerven fallen könnte, die von der Roheit des Wortes sich verletzt, abgestoßen fühlen möchten?

Wie kommt der „Afrikakrieger“ in einer gemischten Gesellschaft dazu, über die Juden herzuziehen? Er kann einen Vortrag über die Juden halten und in diesem zu einem abfprechenden Urteil über die Juden gelangen. Das ist sein gutes Recht, und das gute Recht anderer ist es, ihm in der Diskussion zu antworten. Aber so über Leute witzeln, die ohnehin von jedem Gassenbuben angegriffen

werden, das ist weder sittlich noch vornehm, noch überhaupt auch nur anständig.

Im allgemeinen hat man bisher den Juden eher den Vorwurf gemacht, daß sie nur zu sehr die Neigung haben, sich abzusondern, unter sich zu bleiben. Jetzt da sie schon infolge der immer mehr sich vermehrenden Mischehen und der zunehmenden Aufklärung wenigstens in manchen Schichten der Bevölkerung mehr unter das „Wirtsvolk“ sich mischen, ist es wieder nicht recht. Aber wann kannten Juden es Antisemiten jemals recht machen? Das ist ja die alte Klage: wie es auch kommen mag, der Jude wird verbrannt. Man sollte doch endlich einmal den Ehrgeiz haben, ein klein wenig origineller zu sein.

Aus dem antisemitischen Lager.

Graf Pückler-Klein-Tschirne hat die gegen den Redakteur der „Mitteilungen“, Curt Bürger, und den Schriftsteller Emil Brandt wegen eines in den „Mitteilungen“ veröffentlichten Feuilletons des letzteren, das den „Festungsgefangenen“ Pückler in Weichselmünde schilderte, von zwei Jahren erhobene Beleidigungsklage zurückgezogen. In der ersten mündlichen Verhandlung, in der Graf Pückler nur durch seinen Anwalt vertreten war, hatten die Beklagten die Zurückweisung der Anklage beantragt mit der Motivierung, daß der Kläger infolge seines Geisteszustandes, der ihn freilich nicht hindere, gegen Juden die beleidigendsten Anschuldigungen zu erheben, nicht gerichtsfähig im Sinne des Gesetzes sei. Das Gericht hatte diesem Antrag auch mit Rücksicht darauf stattgegeben, daß in einem noch schwebenden Anklageverfahren gegen Pückler seitens der Staatsanwaltschaft die geistige Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten angezweifelt war. Das Gericht hat zwar später bei der Verhandlung über diesen Antrag dem Grafen bescheinigt, daß ihm trotz seiner Wahnideen die Zurechnungsfähigkeit nicht abgesprochen werden könne, er hat es aber trotz dieser „Ehrenerklärung“ nach zweijährigem Hinziehen des Prozesses vorgezogen, die Klage zurückzuziehen. Das ist das klägliche Ende einer mit großem Aplamb in Szene gesetzten „Vergeltungsaktion“. Graf Pückler, der sich rühmte, schon 20 Mal wegen Beleidigung von Juden oder Behörden vor den Gerichten gestanden zu haben, wollte einmal den Spieß umdrehen und an seinen Gegnern „ein Exempel statuieren!“ Das ist ihm aber jämmerlich vorbeigelungen.

Antisemitische Pornographie. Wir denunzieren nicht gern und noch weniger möchten wir für die Bruhnsche „Wahrheit“, die in jeder Nummer von Schweinereien wimmelt, Reklame machen. Aber so sehr wir auch fürchten müssen, daß alles pornophile Gesindel darauf brennen wird, das Elaborat zu lesen, von dem wir hier sprechen, halten wir es doch für unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit des frommen Pastors Stöcker auf das Feuilleton — Feuilletonisten verzeiht! — „Abenteuer eines Zoo-Backfisches“ in der „Wahrheit zu lenken.

Herr Stöcker liebt es ja, von der Unmoralität der Judenpresse zu sprechen. Wir gehen aber mit ihm jede Wette ein, daß er in keinem der von ihm zur „Judenpresse“ gezählten Blatte — auch die Witzblätter nicht ausgeschlossen — irgend etwas so Urgemeines, so ganz und gar auf die Erregung der Sinnlichkeit alter und junger Sünder und Sünderinnen berechnetes, dabei ganz und gar witzloses Geschreibsel finden wird, wie die Epistel der Grete K. an ihre „Liebste Mieze“. Das ist die Schweinerei für Schweine, viel gefährlicher dabei und verderblicher, als alle Nuditäten der Kunst, über die man sich so gern entrüstet. Es ist da alles gesagt, was junge Kokotten, die es vielleicht nur noch nicht gewerbsmäßig sind, sagen können und obendrein, was es so besonders widerwärtig macht, dies alles als ganz selbstverständlich hingestellt.

Damit man ja nicht glaube, daß wir über die Bruhnsche „Wahrheits“-leistung so scharf urteilen, weil unser Blatt das Organ des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus ist, so wiederholen wir, daß wir, was die Beurteilung dieses antisemitischen Schmutzblattes anlangt, uns mit unzweifelhaft antisemitischen Blättern vollständig in Uebereinstimmung befinden.

Wir zitieren nochmals eine gepfefferte Kritik der Bruhnschen „Wahrheit“ aus der „Deutschen Hochwacht“, die wir schon im vorigen Vierteljahr zitiert haben. Es heißt da:

„Sehen wir uns die betreffende Nummer an; da finden wir diesen schönen „Vergeltungsartikel“ mitten zwischen der „heimlichen Liebe von Max und Marthy“, Bühnenehebruchsgeschichten, Plaudereien von „schwellenden Brüsten“, hochgeschürzten, feschen „Ballettratten“ und „schönen Büsten“, zwischen Anzeigen so ziemlich aller Ballhäuser, Kabaretts, Nachtcafés usw., in denen die Berliner Prostitution verkehrt. In diesem Rahmen nehmen sich Ausführungen über Recht und Sitte und Anstand ganz besonders schön aus. Wahrhaftig, wir sind versucht, in den Amorsälen einige der Damen mit den „schwellenden usw.“ zu fragen, welchen Eindruck dieser Artikel ihres Leibblattes auf sie gemacht haben möge.“

Nun, Herr Stöcker! werden Sie noch ferner dann und wann einmal einen Splitter in den Spalten der „Judenpresse“ suchen und wohl auch finden und nicht den Balken sehen im Auge des Mannes, der zu drei Vierteln Ihr Kollege im Antisemitismus ist?

Und für diesen Mann, den Reichstagsabg. Bruhn, haben die von Christentum und Sittlichkeit triefenden Konservativen und Bündler in Arnswalde-Friedeberg im ersten Wahlgang gestimmt!

Von Herrn Kröfell. Aus Pyritz wird uns geschrieben:

Der Name des Expastors, früheren Reichstagsabgeordneten, jetzigen Druckereigeschäftsführers Kröfell, prangte heute wieder fünfmal auf dem Terminszettel des Schöffengerichts zu Pyritz.

Zur Entscheidung gelangte nur eine Beleidigungssache, die die Beleidigung des Pyritzer Stadtverordnetenvorstehers Rechtsanwalt Haase zum Gegenstande hatte. Sie trug dem Angeklagten Kröfell 100 Mk. Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis ein. Die anderen Sachen wurden vertagt. Im Mai wird sich das Landgericht Stargard mit einer weiteren Anzahl Beleidigungssachen des Herrn Kröfell beschäftigen.

Von den deutschnationalen Handlungsgehilfen. Das „Posener Tageblatt“, die „Schlesische Zeitung“ und andere ostdeutsche Blätter haben den deutschnationalen Handlungsgehilfen in Posen den Vorwurf der Lauheit gemacht. Diese weisen den Vorwurf zurück mit einer Denunziation der Juden, die natürlich wieder an allem schuld sein sollen. „Seit Jahren,“ so heißt es in einer antisemitischen Darstellung, „suchen die jüdischen Prinzipale in Posen die Deutschnationalen „auszuratten“. Wer öffentlich als Deutschnationaler bekannt wird, der fliegt. Jüdische Handlungsgehilfen, voran die leitenden Geister im jüdischen Verein der Deutschen Kaufleute, geben sich zu solchen Denunziationen her. In einer der letzten Versammlungen der Deutschnationalen in Posen gab einer dieser Helden die Losung aus: „Die Deutschnationalen aufschreiben“. Oft wurde ein Prinzipal von 4, 5 und 6 Seiten telephonisch auf seinen Gehilfen und auf dessen deutschnationale Gesinnung aufmerksam gemacht. Die Folge

war die Maßregelung. So verfahren seit Jahren dort die Leute, die von der Maas bis an die Memel sich heiser schreien nach Toleranz."

Welch eine Verwechselung der Begriffe! Die deutschnationalen Handlungsgehilfen sind ausgesprochen antisemitisch. Dennoch verlangen sie, daß Juden sie beschäftigen sollen. Die Antisemiten, die die Christen und Germanen auffordern, bei keinem Juden zu kaufen, auch wenn dieser sich den Christen und Germanen auch nicht das geringste hat zuschulden kommen lassen, verlangen von den Juden, daß sie ihre erklärten Feinde in ihr Geschäft aufnehmen sollen. Während die Juden nur Toleranz verlangen, die im Grunde nachgerade selbstverständlich sein sollte, verlangen die Antisemiten von den Juden nichts mehr und nichts weniger als — Ehrlosigkeit und unverzeihliche geschäftliche Dummheit.

Die Leitung der deutschnationalen Handlungsgehilfen beruft nach Dresden den „zehnten deutschen Handlungsgehilfentag". Wir haben schon wiederholt auf die regelmäßig bei diesen Einladungen wiederkehrende absichtliche Irreführung hingewiesen, durch die der Anschein erweckt werden soll, als handele es sich um eine Tagung sämtlicher deutscher Handlungsgehilfen-Organisationen. In der letzten Sitzung des Breslauer Kaufmännischen Vereins „Silesia" nahm Kaufmann Winter Veranlassung, diesen unlauteren Wettbewerb der antisemitischen Handlungsgehilfen-Organisation gebührend an den Pranger zu stellen. Die Bezeichnung „X. Deutscher Handlungsgehilfentag" erwecke den Glauben, als sei auf dem Dresdener Tage die gesamte deutsche Handlungsgehilfenschaft durch Abgeordnete vertreten, und infolge dieses Irrtums gewännen die von der Dresdener Versammlung gefaßten Beschlüsse eine Allgemeinbedeutung, die ihnen nicht zukomme. Dieser sogenannte Deutsche Handlungsgehilfentag sei von einer Gruppe einberufen worden, die sich durch ihre Tendenzen von der übergroßen Mehrheit der deutschen Handlungsgehilfenschaft kraß unterscheide. Als der Deutschnationale Verband in Schlesien tagte, sei der Kaufmännische Verein „Silesia", und seien auch andere kaufmännische Hilfsvereine zwei Tage vor Beginn der Tagung zur Teilnahme eingeladen worden. Man könne sich des Verdachtes nicht erwehren, daß diese Einladungen nur deshalb erfolgt seien, damit die Deutschnationalen mit einem gewissen Anschein des Rechtes von einem „Deutschen Handlungsgehilfentag" reden konnten, und daß mit dem Einladen geflissentlich bis zum letzten Augenblick gewartet worden sei, damit die anderen Vereine keine Zeit zu Versammlungen und Protesten finden sollten. Damals habe man trotzdem noch Zeit gefunden, in der Presse zu erklären, was es mit diesem Deutschen Handlungsgehilfetage für eine Bewandtnis habe, und zur Vermeidung von Irrtümern müsse auch diesmal geprüft werden, wie der Dresdener Gehilfentag beschaffen sei und mit welchem Recht er sich eine Bezeichnung gestatte, die leicht zu einer Täuschung führen könne.

XX **Innere Kämpfe im A. D. B.** Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund" (A. D. B.) gilt bisher als eine feste Stütze des liberalen Gedankens in der deutschen Studentenschaft, jetzt kommt auch bei ihm der „Mauerfraß" zum Vorschein.

Die liberalen Elemente sind dünn gesäet in der heutigen deutschen akademischen Bürgerschaft, der man durch allerlei „nationale", d. h. antisemitische Mätzchen den Kopf verdreht hat. Fast alle Couleur tragenden Korporationen — mit Ausnahme der Reformburschenschaften des Allgemeinen deutschen Burschenbundes — sind durchaus reaktionär, die Turnvereine ziehen am selben Strange, und viele wissenschaftliche Vereine machen aus ihrer antisemitischen Gesinnung kein Hehl. Da waren es noch die A. D. B.-Burschenschaften, die liberale Ideen pflegten, neben den Finken- und Wildenschaften und den wissenschaftlichen Vereinigungen auf moderner Grundlage. Jetzt gärt es auch im A. D. B. Der A. D. B. hat etwa zwanzig Korporationen an den deutschen Universitäten und technischen Hochschulen vereinigt. Dem Bunde gehören etwa dreitausend Mitglieder an.

Nun machen sich innere Schwierigkeiten in ihm geltend. Der Bund hat seinen freiheitlichen Prinzipien entsprechend auch Juden unter seinen Mitgliedern. In den letzten Wochen haben aber verschiedene kleine Burschenschaften, mittel- und süddeutsche, den Beschluß gefaßt, keine Juden mehr aufzunehmen. Dieser Beschluß verstößt natürlich durchaus gegen die Bundessatzungen und ist an und für sich ungültig. Ueber ihn wird auf dem nächsten Bundestage debattiert werden. Und die Angelegenheit wird mit der Zurücknahme des betreffenden Beschlusses oder mit dem Ausschluß der widerspenstigen Burschenschaften ihr Ende finden. Inzwischen bleibt dieser satzungswidrige Beschluß tatsächlich in Geltung, da vorläufig keine Handhabe gegeben ist, gegen die frondierenden Korporationen, die irgendwie verhetzt worden sind, vorzugehen. Dem Bundestag bleibt es vorbehalten, die Sache aus der Welt zu schaffen.

Gewiß, die große Mehrzahl der A. D. B.-Burschenschaften hält treu zu den freien Grundsätzen, auf die sie sich verpflichtet haben. Die „Alten Herren" vor allem halten in treuer Arbeit die „nationalen" Lügen des Tages von den jugendlichen Gemütern fern und sorgen für Aufklärung, aber es ist doch von schwerwiegender Bedeutung, wenn eine oder die andere Burschenschaft, wenn auch nur für kurze Zeit, ungehindert den krassen Antisemitismus auf ihr Panier schreiben kann.

Nach den Bundessatzungen ist jeder A. D. B.-er verpflichtet, wenn er eine neue Universität bezieht, der dortigen A. D. B.-Burschenschaft beizutreten. Kann man einen liberalen Burschen nun zwingen, sich den dort maßgebenden reaktionären Elementen anzugliedern? Und nun gar die jüdischen Mitglieder? Ihnen verschließen die reaktionär gesinnten Burschenschaften ja geradezu die Tür. Das sind unleidliche Verhältnisse, die je eher, je besser geregelt werden. Der A. D. B.-er-Tag in Frankenhausen zur Pfingstzeit wird reichlich Arbeit haben, hier Wandel zu schaffen. Der Bund der „Alten Herren" wird es sich angelegen sein lassen, so viel steht jetzt schon fest, dafür zu sorgen, daß nur noch ehrliche Vertreter der Prinzipien des Allgemeinen deutschen Burschenbundes in diesem bleiben. Den Herren, die reaktionäre Eigenbrödelei treiben wollen, wird man kurzer Hand den Stuhl vor die Tür setzen, wenn sie es nicht vorziehen, selbst zu gehen.

Vermischtes.

Die Beteiligung der Juden an Duellen. Dr. Hugo Hoppe macht in seinem Aufsatze „Die Kriminalität der Juden und der Alkohol" den Alkoholismus verantwortlich für die „überaus starke Beteilgung der Juden an den Duellen." Wir glauben, der Verfasser legt da dem Alkoholismus, der ja ohnehin genug und zu viel auf dem Kerbholz hat, etwas zur Last, was weit eher auf das Konto des Antisemitismus gesetzt werden muß. Die Juden, die sich duellieren, sind ausnahmslos Akademiker. Diese sind es ganz besonders, die unter dem gesellschaftlichen Antisemitismus der sich teutoboldig und herausfordernd gebärdenden Studenten, bisweilen auch Referendare, selbst Assessoren usw. zu leiden haben. Diese antisemitischen Herren und Herrchen reizen ihre jüdischen Kommilitonen und Kollegen selten in der Trunkenheit, sondern

mit kühler Absicht und Ueberlegung. Die akademisch gebildeten Juden wiederum lassen sich, gleichfalls infolge des Antisemitismus, jetzt viel weniger gefallen als früher, weil, was sie früher mehr als eine nicht beabsichtigte Entgleisung ansahen, jetzt als eine beabsichtigte Kränkung auffassen. Sie sind um so eher geneigt, herauszufordern und Herausforderungen anzunehmen, weil sie wohl wissen, daß ihnen auf antisemitischer Seite gar zu gern Mangel an Mut vorgeworfen wird, und alle gebildeten Juden ganz besonders darauf bedacht sind, daß durch ihr Verhalten gerade dieser antisemitische Vorwurf als ganz unberechtigt erkannt werde. Ob das ein Vorteil ist, soll hier nicht untersucht werden. Auch nicht um den Alkohol zu entlasten, sind diese Zeilen geschrieben, sondern um den Antisemitismus und seine unheilvollen Wirkungen zu kennzeichnen.

Einen beachtenswerter Beitrag zu diesem Kapitel finden wir in der „Oesterreichischen Wochenschrift". Sie warnte vor kurzem die Juden, sich an der Anti-Duellbewegung zu beteiligen. Darauf erhielt das Blatt folgende Zuschrift:

„Ich bitte Sie, mir eine Erwiderung auf eine Bemerkung in einer Ihrer letzten Nummern, die mich zu lebhaftem Widerspruch herausfordert, zu gestatten. Sie warnen die Juden, sich an der Anti-Duellbewegung zu beteiligen. Sie hätten lange genug den lügnerischen Vorwurf der Feigheit getragen. Nun, die Duellgegner werden heutzutage noch so heftig angegriffen, daß mehr Mut dazu gehört, sich nicht zu schlagen, als sich zu schlagen. Von jenem moralischen Mut nämlich, der den Stolz eines Volkes ausmachen kann. Und ist es wirklich mutiger Männer würdig, aus Furcht vor dem Vorwurf der Feigheit gegen ihre Ueberzeugung zu handeln?

Ich will hier nicht die Gründe für und wider das Duell untersuchen. Ich will nur jene Juden, die das Duell verurteilen, gegen den Vorwurf verteidigen, daß sie durch die Aeußerung und Betätigung dieser Verurteilung ihren Glaubensgenossen schaden. Es ist auch nur eine oberflächliche Behauptung, das Duell schütze vor Beleidigungen, insbesondere gegen Beleidigungen ihres Glaubens. Hat nicht gerade das Konglomerat unsinniger Bestimmungen, die man Duellkodex nennt, jenen berüchtigten Waidhofener Beschluß ermöglicht, der den Juden die Fähigkeit abspricht, mit der Waffe — der von ihnen befürworteten Weise — Genugtuung zu verlangen? Gewiß, dieser Beschluß ist schmachvoll; denn man mag welcher Meinung immer über die richtige Art des Ehrenschutzes sein, man muß die für richtig erkannte Art jedem zubilligen, den man verletzte. Aber keine andere Bestimmung des Duellkodex wird von den Beteiligten so rigoros beachtet als diese. Denn sie ist eine willkommene Ausflucht. Da ist der Vorwurf der Feigheit gewiß berechtigt. Sie sehen also, daß die Begeisterung für das Duell nicht gegen diesen Vorwurf schützen kann; daß gerade die Juden allen Grund haben, solchen veralteten und dornierten Ansichten ein Grab schaufeln zu helfen.

Mehr noch, die Juden haben allen Grund, die Prinzipien der akademischen und der allgemeinen Antiduelliga zu den ihren zu machen. Noch nirgends ist es so scharf wie bei uns betont worden, daß Religion, Nation, Stand in Ehrenangelegenheiten keinen Unterschied irgend einer Art bilden dürfe, noch nie ist die gegenteilige Ansicht so scharf bekämpft worden — oder so erfolgreich, da wir hierzu im Ehrenrat das geeignete Instrument zum Schutze der Ehre in der Hand haben. Die Praxis hat hierfür Urteile erzeugt, die den Juden wahrhaftig mehr Genugtuung bieten müssen, als ein Duell — das anzusetzen er nicht würdig befunden wird. Schon dieser prinzipielle Standpunkt müßte die Juden zu begeisterten Anhängern der Antiduellbewegung machen.

Die Juden tun unrecht, wenn sie durch Annahme ungerechter Vorurteile sich das Wohlwollen und die Achtung jener sichern wollen, die diese Vorurteile hegen. Das wird ihnen nur schmähliche Zurückweisungen zuziehen und ihnen ihre innere Kraft rauben. Nein, wir Juden sind für unsere endgültige und vollständige Gleichstellung auf diejenigen angewiesen, die der Vernunft, der Gerechtigkeit Gehör geben, die die Vorurteile bekämpfen. Und ein solches Vorurteil, unvernünftig und ungerecht, ist das Duell in den Augen jener Juden, die sich der Antiduellbewegung anschließen wollen, die ihnen einen wirksamen und unparteiischen Schutz ihrer Ehre verspricht, die ihnen in dem wichtigen Punkte des Ehrenschutzes die vollständigste Gleichstellung sichert.

Ich glaube übrigens, durch die Traditionen meines Namens, dessen verstorbene Träger vielleicht noch vielen Juden Oesterreichs in guter Erinnerung sind, vor dem Verdachte gefeit zu sein, daß ich mich an einer Bewegung beteiligen würde, die die Achtung vor dem Mute der Juden verringern würde.

Ich zeichne, verehrter Herr Redakteur, mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Emil v. Hofmannsthal.

Semiten und Antisemiten im Postverkehr. Nicht weil wir auch in den antisemitischen Fehler des Generalisierens verfallen sind, sondern weil den Juden oft von antisemitischer Seite Rücksichtslosigkeit gegenüber der Sonntagsruhe vorgeworfen wird, geben wir folgende interessante Gegenüberstellung, die uns neulich von einem älteren Postbeamten mitgeteilt worden ist.

Am rücksichtslosesten gegenüber dem Sonntagsruhebedürfnis der Postbeamten ist eine der größten, ältesten und bekanntesten Berliner Kaufmannsfirmen, die seit Beginn der antisemitischen Bewegung im Rufe steht, diese besonders patronisiert und sehr reichlich subventioniert zu haben. Sie ist es ganz besonders, die Sonnabend ihre ungezählten Tausende von Zirkularen aufgibt und so den geplagten Beamten die Sonntagsruhe kürzt. Auch das Blatt des Herrn Stöcker, der doch mit so großem Eifer im Reichstage für die Sonntagsruhe der Postbeamten eintritt, hat sich von jeher der außerordentlichen Protektion seitens dieser Firma erfreut. Im Gegensatz zu dieser christlichen und antisemitischen Firma wird von dem Postbeamten als die weitaus rücksichtsvollste eine gleichfalls sehr alte und allgemein bekannte Berliner jüdische Firma genannt, deren Namen schon auf die israelitische Abkunft hinweist. Auch der Tierschutzverein, der sich mit Recht der Tiere so hilfsbereit annimmt, aber kein Bedenken trägt, durch seine bekannte Agitation gegen das Schächten vielen Juden große Verlegenheiten und selbst wirkliche Qualen zu bereiten, hat Weihnachten durch seine Massenauflieferung die Postbeamten genötigt, bis nach Mitternacht angestrengt zu arbeiten.

Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Mitteilungen uns nicht von dem Beamten ad hoc gemacht worden sind, sondern im Laufe einer amtlichen Verhandlung, in welcher er nachzuweisen sich bemühte, daß die Post stets darauf bedacht sei, alle aufgegebenen Sendungen möglichst schnell fortzuschaffen.

Sonst las man anders. Mit großer Genugtuung hebt die „Staatsbürgerztg." hervor, daß Berlin eine evangelische Stadt sei. Das wußten andere Leute schon längst. Sie hebt ferner mit Genugtuung hervor, daß die drei größten Städte der Welt, London, New York und Groß-Berlin evangelisch seien.

Sonst hieß es, Berlin sei eine Judenstadt, und New York, wo jetzt jeder vierte oder fünfte Einwohner ein Jude ist, müßte erst recht eine Judenstadt genannt werden. Nach früheren Darstellungen hätte man fast glauben können, daß alle Berliner Juden nur im Tiergartenviertel wohnen und also reich genug seien, dort die teuren Mieten und was drum und dran hängt, zu bezahlen. Jetzt belehrt uns die „Staatsbürgerztg.“, daß die Gegend hinter der großen Synagoge, die Gipsstraße und die Kleine Hamburgerstraße, noch heute Berlins Judenviertel seien. Wir erfahren ferner, daß in den wenigen Straßen um den Koppenplatz im Jahre 1905 sich unter 37 671 Einwohnern nicht weniger als 7427 Juden wohnen. Wer Berlin kennt, weiß, daß jene Straßen nicht die fashionabelsten sind, sondern mehr oder weniger Scheunenviertelcharakter haben. Hoffentlich läßt sich das Lesepublikum der „Staatsbürgerztg.“ durch diese Mitteilungen seines Leibblattes belehren.

Patentanwälte und jüdische Ingenieure. In jüdischen Blättern lesen wir:

„Wie schwer es für jüdische Techniker (Chemiker und Ingenieure) ist, nach vollendeten Studien passende Stellung in der Praxis zu erhalten, ist allgemein bekannt. Nehmen doch die bedeutendsten Firmen, auch solche, die ausschließlich jüdischem Gelde ihre Existenz verdanken und im Aufsichtsrate vielfach jüdische Namen aufweisen, prinzipiell keine jüdischen Beamten auf. Wenig bekannt ist aber, daß sich diese „Judenreinheit“ auch auf die Patentanwaltschaft erstreckt, die, mit Ausnahme der jüdischen Anwälte selbst, gegenwärtig überhaupt jüdisches Personal nicht aufnimmt. Es existieren zur Zeit in Deutschland etwa 250 Patentanwälte; hiervon sind höchstens 10 Prozent Juden. Es ist doch gewiß ein sehr eigenartiger Zufall, daß bei den 225 christlichen Anwälten auch kein einziger jüdischer Angestellter tätig ist, weder als Ingenieur noch als Chemiker, noch in irgend einer anderen Stellung. Bei der Wertung der obigen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der Anwälte technisch durchgebildete Hilfskräfte beschäftigen kann, und zum Beispiel die sämtlichen jüdischen Anwälte mit 2—3 Ausnahmen keine Ingenieure brauchen. Dagegen existieren in Berlin allein Bureaus, die bis zu 60 Angestellten aufweisen und sich in christlichen Händen befinden. In diesen finden sich, wie gesagt, jüdische Ingenieure und Chemiker nicht. Nun verlangt aber das seit 6 Jahren in Kraft stehende Gesetz betreffs der Patentanwälte, daß jeder, der zur Prüfung als Patentanwalt zugelassen werden will, eine zweijährige praktische Tätigkeit auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes nachweist. Diese Tätigkeit kann regulär nur in dem Bureau eines Patentanwalts ausgeübt werden. Durch das oben geschilderte Verhalten wird demnach jüdischen Ingenieuren der Zugang zur Patentanwaltschaft sehr erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. In der Tat haben die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes neu zugelassenen Patentanwälte ihre Praxis alle in jüdischen, zum Teil nicht mehr bestehenden Bureaus erworben. Auch das Kaiserliche Patentamt zählt unter seinen ordentlichen Mitgliedern zur Zeit keinen einzigen Juden. Ein jüdischer Ingenieur, der wegen Anstellung im Amte mit dem Personaldezernenten verhandelte und dessen Voraussetzung, daß er evangelisch sei, nicht bestätigen konnte, sondern angab, er sei Jude, erhielt zwar den trostvollen Bescheid, das schade nichts; aber angestellt ist er bis heute nicht. So zählt das Kaiserliche Patentamt zur Zeit nur einen jüdischen Hilfsarbeiter, der diese Stellung der Fürsprache eines hiesigen sehr bekannten und einflußreichen Professors verdankt, dessen Anmeldungen er fast ausschließlich bearbeitet. Regierungsrat ist er aber trotz seiner anerkannten Tüchtigkeit bis heute nicht geworden, trotzdem mittlerweile Herren, die viel später ins Amt kamen und im gleichen Fache tätig sind, wie er, diesen Rang schon längst erreicht haben. Das Patentamt nimmt zwar ebenso wie die Patentanwälte die Anmeldungen und Gebühren paritätisch von Gerechten und Ungerechten an — will sagen von Juden und Nichtjuden —, aber die Bearbeitung durch jüdische Beamte ist da wie dort nicht beliebt. Da gerade auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes die Juden sehr stark beteiligt sind, sind dies zweifellos beschämende Zustände, zu deren Beseitigung nach Möglichkeit beigetragen werden sollte.“

Anläßlich der Inthronisation des Passauer Bischofs Sigismund Felix hat ihn Distriktsrabbiner Dr. Meyer als Vertreter derjenigen dem Rabbinatsdistrikte Regensburg zugehörigen Israeliten, welche innerhalb der Diözese Passau wohnen, in einem Schreiben beglückwünscht und den Segenswunsch ausgesprochen, daß Ps. 90, 17 im Wirken des Herrn Bischofs sich erfüllen möge. Hierauf erging folgendes Schreiben des Herrn Bischofs:

„Geehrter Herr Distriktsrabbiner! Ew. Hochwohlgeboren! Die freundliche Begrüßung, welche Ew. Hochwohlgeboren in Ihrem eigenen Namen sowie im Namen der innerhalb der Diözese wohnenden Israeliten an mich gerichtet haben, hat mich herzlich gefreut, und ich bitte Sie, meines aufrichtigen Dankes dafür versichert zu sein. Ew. Hochwohlgeboren dürfen zugleich überzeugt sein, daß ich Ihren Glaubensgenossen stets jene Achtung und jenes Interesse entgegenbringen werde, wie es den altgeheiligten gemeinsamen Beziehungen entspricht, welche nach dem göttlichen Heilsplane zwischen dem Alten und Neuen Bunde bestehen, und daß ich für die Wertschätzung des Judentums von seiten der Christen jenes Wort Jesu Christi als maßgebend erachte: „Salus et Judaeis est“ (Joh. 4, 22). Die in Ew. Hochwohlgeboren geehrtem Schreiben zitierte Psalmstelle bildet einen täglich wiederkehrenden Bestandteil unseres kirchlichen Stundengebetes. Möge sie an uns allen sich in reichlichem Maße erfüllen! Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenster Sigismund Felix, Bischof von Passau. Passau, den 16. März 1907.“

An der Volksschule in Kaiserslautern wirkte bisher ein israelitischer Lehrer, dem die Aufgabe zufiel, den israelitischen Religionsunterricht zu erteilen und bis zur Höhe der wöchentlichen Pflichtstundenzahl Vertretungsstunden in allen Lehrfächern zu übernehmen. Da der seitherige Stelleninhaber in den Ruhestand versetzt wurde, wollte der Stadtrat eine neue israelitische Lehrkraft in Vorschlag bringen. Der Lokalschulinspektor, die protestantische Distriktsschulinspektion und auch das Bezirksamt befürworteten den Antrag. Die katholische Distriktsschulinspektion dagegen erhob laut „Pf. Rdsch.“ Einspruch im Hinblick auf den christlichen Charakter der dortigen konfessionell gemischten Volksschule. Der Antrag des Stadtrats wurde deshalb von der Kreisregierung abgelehnt. Der Synagogen-Ausschuß hat gegen die Regierungsentscheidung Einspruch beim Ministerium erhoben.

Ueber das hessische „Judenpatent“ wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

„Heuer werden es 60 Jahre, daß eines der wichtigsten Ereignisse für die jüdische Bevölkerung der Stadt Mainz und der Provinz Rheinhessen geschah, nämlich die Aufhebung des sogenannten Judenpatents. Dieses von der israelitischen Bevölkerung als überaus drückend empfundene Patent war durch ein Dekret Napoleons I. vom 17. März 1808 vorläufig auf zehn Jahre in Frankreich eingeführt worden. Nach Ablauf dieser Zeit wurde es dort als aufgehoben erklärt, blieb aber in Rheinhessen durch eine Verordnung vom 13. März 1818 mit mannigfachen Veränderungen in Kraft. Diesem Patente zufolge mußte jeder jüdische Kaufmann, jeder Israelit, der in die Lage kam, ein

Geschäft abzuschließen, „sich von dem Verdachte des Wuchers reinigen und von drei Behörden (dem Gemeinderat, dem Konsistorium und der Provinzialbehörde) nacheinander jedes Jahr ein Zeugnis darüber erbitten, daß er kein Wucherer sei und daß er noch kein unerlaubtes Geschäft abgeschlossen hatte“. In welch herabwürdigende und entehrende Lage hierdurch jeder rechtliche Mann gebracht wurde, welche Gelegenheit zur Schürung des Hasses, der Feindschaft und des Geschäftsneides unlauteren Elementen gebaten wurde, liegt auf der Hand. Einem der geachtetsten und tüchtigsten Mainzer Bürger damaliger Zeit, dem Obergerichtsrat und Kammermitglied Glaubrech, gebührt das Verdienst, seine jüdischen Mitbürger in Stadt und Land von den ungerechten Bestimmungen des „Judenpatents“ befreit zu haben. In seinem Berufsleben hatte er vielfach Gelegenheit, die Härten und Bedrückungen kennen zu lernen, die jenes Gesetz im Gefolge hatte, und bereits im Jahre 1832 beantragte er im Vereine mit den Mainzer Abgeordneten Kertell und Trammler im Landtage die Aufhebung des Dekrets, anfangs allerdings ohne Erfolg. Erst im Jahre 1847 erfolgte die Aufhebung des „Judenpatents“. Die Freude der jüdischen Bevölkerung in Mainz und ganz Rheinhessen über die Befreiung von diesem drückenden Joch war unbeschreiblich. Um dem Gefühle der Dankbarkeit auch äußeren Ausdruck zu geben, wurde eine Dankadresse an Glaubrech abgesandt, die von den Vorständen sämtlicher israelitischen Gemeinden Rheinhessens unterzeichnet war“.

Neue Zwangsmaßregeln gegen die rumänischen Juden. Aus Bukarest, 16. April, wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben:

„Wir haben nunmehr Ruhe. Ueberall versuchen es die Präfekten, bessere Arbeitsbedingungen für die Bauern von den Gutsbesitzern und Pächtern zu erreichen. Es sind aber auch Fälle vorgekommen, in denen Bauern oder Arbeitgeber, zumeist letztere sich einer Verständigung widersetzten. Immerhin darf man hoffen, daß die Bauern schließlich doch an die Arbeit gehen und nicht auch noch die künftige Ernte in Frage stellen werden, was wirklich ein ebenso großes Unglück wäre, wie der Aufstand selbst. Mittlerweile scheint die Regierung wieder auf den alten Bahnen wandeln zu wollen. Unter dem Vorwande, man müsse den Willen der Bauern respektieren, hat man die auf dem Lande lebenden Juden aus den moldauischen Bezirken ausgetrieben und denjenigen, die sich während des Aufruhrs geflüchtet haben, die Rückkehr untersagt. Es handelt sich um hunderte von Familien, die sich kümmerlich nährten und die jetzt nicht nur brotlos bleiben, sondern noch viele Verluste dadurch erleiden dürften, daß sie Schulden nicht eintreiben und die wenigen Waren, die sie hatten, nicht verwenden können. Was der Zweck dieser Maßregeln sein soll, ist nicht ersichtlich. Wenn man den jüdischen Pächtern das Wohnen auf dem Lande verboten hätte, wäre dies auch ungerecht, aber immerhin begreiflich, da kurzsichtige Politiker diese für das Bauernelend verantwortlich machen. So aber ist die Maßregel eine absolut unerklärliche und kann nur als eine rein antisemitische betrachtet werden. Der Antisemitismus aber macht vor dem Interesse der Großgrundbesitzer Halt, — und dieses Interesse erfordert, daß der jüdische Pächter auch in Zukunft wirke. Was nun aus den hunderten jüdischen Familien werden soll, ist eine äußerst wichtige Frage. In den bereits von einem jüdischen Proletariat überfüllten kleinen Städten, in denen es zumeist an Arbeitsgelegenheit fehlt, dürfen sie nicht bleiben. Es wird also höchstwahrscheinlich zu einer neuen Auswanderung kommen. Ob vom sozialpolitischen Standpunkt Rumänien von dieser steten Abnahme der Bevölkerung einen Nutzen, wie die Antisemiten meinen, oder einen Schaden, wie jeder vernünftige Mensch annimmt, erleiden wird, darüber wird ja die nächste Zukunft Aufklärung bringen. Die Vergangenheit wird von einem bedeutenden Rückgang aller Werte in den Städten der Moldau infolge der Auswanderung der Juden zu erzählen. — Auch eine andere soeben getroffene Maßregel richtet sich gegen die Juden. Ein altes Gesetz zur Förderung der Nationalindustrie besagt, daß die Fabriken, welche die Vorteile dieses Gesetzes genießen, binnen fünf Jahren zu zwei Dritteln rumänische Arbeiter beschäftigen müssen. Bisher herrschte die ganz richtige Gepflogenheit, auch jüdische Arbeiter, die rumänische Untertanen sind und hier zum Militärdienst angehalten werden, in den geforderten zwei Dritteln rumänischer Arbeiter mitzuzählen. Ein Zirkular der Industrieabteilung des Handelsministeriums fordert nun die Fabriken auf, sich in dem erwähnten Punkte mit dem Gesetze in Uebereinstimmung zu bringen, bei Strafe des Verlustes der ihnen gewährten, in manchen Fällen ganz bedeutenden, ja was das Rohmaterial anbelangt, sogar unentbehrlichen Vorteile. Hinzugefügt wird im Zirkular, daß selbstverständlich als rumänische Arbeiter nur jene betrachtet werden können, welche die politischen Rechte besitzen. Dies bedeutet, daß man die Fabrikanten auffordert, die jüdischen und sonstigen fremden Arbeiter auf die Straße zu setzen. Ja das Rundschreiben geht noch weiter. Durch eine willkürliche Interpretation des Industriegesetzes fordert es die Fabrikanten auf, nicht nur zwei Drittel der Arbeiter, sondern zwei Drittel aller Kategorien von Angestellten durch Rumänen, die politische Rechte haben, zu ersetzen oder bis zu dementsprechendem Verhältnis zu ergänzen. Diese Verfügung würde nach mehrere Juden und sonstige Fremde treffen und solche Nachteile nach sich ziehen, eine solche Verwirrung hervorrufen, daß uns ihre Durchführung unmöglich scheint.“

Ritualmordmärchen. Man schreibt der „Russ. Korr.“ aus Kiew:

„Der „Kiewskij Golos“ veröffentlichte einen interessanten Bericht des Kreispolizeichefs von Taraschtschauso, des berüchtigten Löwendal, (der in Kischinew während des Pogroms Chef der Geheimpolizei war) an den Gouverneur des Kiewschen Gouvernements. Es hieß in diesem Bericht, daß die Stadtbevölkerung sehr erregt ist aus Anlaß des Verschwindens zweier Schüler der Stadtschule, von denen man sagt, daß sie als Opfer eines Ritualmordes gefallen seien. Die Lage, sagt der Kreispolizeichef, ist noch ernster geworden, da die Schutzleute einen Streik machten, weil die jüdische Gemeinde sich weigerte, einen Teil der zu Wohltätigkeitszwecken bestimmten Summen zum Unterhalte der Polizei zu geben.

Jetzt ist die Leiche des einen von den verschwundenen Schülern in einem Teich gefunden worden. Unter dem Verdacht, den Mord begangen zu haben, stehen jetzt der zusammen mit dem Ermordeten verschwundene zweite Schüler und der Sohn des Bürgermeisters, welche beide verhaftet sind.

Die Legende des Ritualmordes ist aber zu demselben Zwecke erfunden worden, wie der Streik der Schutzleute, nämlich um von der jüdischen Gemeinde Summen zum Unterhalte der Polizei zu erpressen.

Der letzte Zweck ist erreicht worden: die Versammlung der Gemeinde beschloß am 20. März, zum Unterhalte der Polizei 1000 Rubel von den Wohltätigkeitssummen zu geben“.

Ueber die Judenhetze des „Verbandes der wahrhaft russischen Leute“ wird der „Breslauer Ztg.“ aus Petersburg geschrieben:

Die „Russkaje Snamjä“, das Verbandsorgan der wahrhaft russischen Leute, bringt einen so schlimmen Artikel, wie wir ihn selbst in diesem Blatte noch nie gefunden haben. Der Artikel geht aus von einer Notiz, welche kurz vor den jüdischen Ostern der „Sswet“ des Obrist a. D. Komarow brachte. Diese Notiz lautet: „In Charkow sind 2 Knaben von 6 und 3 Jahren spurlos verschwunden, in Taganrog 1 Knabe, in Petersburg 2 Knaben, in Taraschtsch 2 Knaben. Alle diese Ereignisse sind merkwürdigerweise mit dem ersten Tage des jüdischen Passahfestes zusammengefallen und haben von neuem in verschiedenen Enden Rußlands Gerüchte von Ritualmorden hervorgerufen.“ Legt sich aber der „Sswet“ noch eine gewisse Reserve auf, so läßt „Russkoje Snamjä“ alle Erwägungen der Gerechtigkeit und Billigkeit fallen. Es erzählt seinen Lesern, die sich aus den untersten Schichten des russischen Volkes rekrutieren, daß das Vorhandensein von **Ritualmorden** in dem jüdischen Kahal „unwiderleglich nachgewiesen“ ist. Einstweilen suchten die Juden diese „schändliche Bekundung ihrer religiösen Weltansicht“ noch zu verheimlichen, aber bald würden sie auch dies nicht mehr für nötig halten. Die Juden wären ja auf dem allerbesten Wege, die Herrschaft in Rußland, wenn auch nicht de jure, so doch de facto an sich zu reißen. Sie begönnen schon mit Erfolg „uns ihre Religion, ihre Weltanschauungen und Prinzipien einzuimpfen“. „Dann werden wir wahrscheinlich auch mit den Ritualmorden bekannt gemacht werden, die durch das Gesetz in den Kultus der Weltreligion des herrschenden Stammes der Juden eingeführt werden“. . . . . „Ja, dann werden die Jüdlein nicht mehr ihre Ritualmorde zu verbergen haben, und diese schändlichen Zeremonien des Judenkultus werden sich offen vollziehen. Groß ist die Langmut des orthodoxen russischen Volkes.“

Man könnte ausrufen, das ist ja die **Sprache von Wahnsinnigen**; dieselbe braucht nicht die öffentliche Meinung zu beschäftigen, sondern höchstens den Irrenarzt. Aber so liegt die Sache nicht. Die „Russkoje Snamjä“ geht nach jeder der zirka 1000 Filialen, welche der Verband des russischen Volkes bereits heute in Rußland besitzt, geht nach jedem der Teehäuser, der Lesehallen, welche die Filialen zu vielen Tausenden eingerichtet haben. In den Teehäusern wird das Blatt von den Agitatoren der Partei denen vorgelesen, welche nicht lesen können, und der russische einfache Mann mit seinem Kinderglauben an das gedruckte Wort nimmt auch dieses Gift gläubig in sich auf. Der Premierminister ist aber ohnmächtig, dem gefährlichen Treiben der wahrhaft russischen Leute irgendwie Schranken zu setzen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß über diese Partei höhere Mächte ihre schützende Hand halten.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — J. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 18. Berlin, 1. Mai 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.
sind an die **Expedition,**
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„**Mitteilungen**" direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14,** und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Penalt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Theater und Antisemitismus.

Ein Mitarbeiter des „Hammers" beschäftigt sich in einem Artikel „Das jüdische Theater Berlins" wieder einmal mit den Theaterverhältnissen der Reichshauptstadt, natürlich mit dem trostlosen Ergebnis, daß das Berliner und damit das gesamte deutsche Theater rettungslos der unumschränkten Herrschaft des Judentums verfallen sei. Als Beweise für diese Tatsache führt der Verfasser an, daß die meisten Theater jüdische Direktoren und Dramaturgen haben, daß die einflußreichsten Theateragenten Juden sind, daß das Premièrenpublikum aus Juden besteht, daß die Schauspieler großenteils jüdischer Abkunft sind, ebenso die Theaterkritiker der wichtigsten Blätter. Dann wird Walther Rathenau als Kronzeuge zitiert und schließlich jener mißglückte Kampfartikel „Verschmutztes Urteil — verschmutzte Kunst" von Willy Pastor im Wortlaut wieder abgedruckt, dessen Widerlegung wir uns erst vor einigen Monaten an dieser Stelle (Nr. 6 der „Mitteilungen") haben angelegen sein lassen. Das meiste, was wir dort Herrn Pastor auf seine unüberlegten und unlogischen Ausführungen zu erwidern hatten, müßten wir dem Anonymus im „Hammer" von neuem vorhalten, denn was er vorbringt, sind die hundertmal wiedergekäuten Dinge aus dem Weisheitsschatz der Bartelsgenossen, ist dasselbe Gemengsel von richtigen und falschen Tatsachen, von blinden Einseitigkeiten und willkürlichen Folgerungen.

Richtig ist z. B. unzweifelhaft die Tatsache, daß die Mehrzahl der Berliner Direktoren Juden sind. Falsch aber sind die Folgerungen, die der „Hammer" auf seine Weise daran knüpft, vor allem die, daß dabei die Kunst zu Schaden gekommen sei. Wir wollen von Max R e i n h a r d t absehen, dessen Charakterbild noch zu sehr von der Parteien Gunst und Haß verwirrt erscheint, um jetzt schon objektiv gerecht gewürdigt werden zu können — man kann seinen einseitigen Shakespearekultus verwerfen, aber was daran „jüdisch sein soll, muß man uns erst noch erklären. Wir wollen bloß feststellen, daß das unbestritten am strengsten künstlerisch geleitete Theater das Lessingtheater unter Dr. Otto B r a h m s Direktion geworden und geblieben ist. Daß er sein Repertoire allzu ausschließlich auf seine Hausgötter Ibsen und Hauptmann (unseres Wissens beides Nichtjuden) gestellt hat, ist oft mit Recht getadelt worden, aber liegt in dieser klugen Begrenzung eines künstlerischen Wirkungskreises, die zur Ausbildung eines schlechthin vollendeten Ensembles (mit ausschließlich nichtjüdischen Hauptkräften) geführt hat, etwas „Jüdisches", soll heißen Undeutsches oder Geschäftsgieriges? Wann hätte Brahm jüdische Autoren je bevorzugt? Er hat Schnitzler, Hirschfeld, Hofmannsthal aufgeführt, aber nicht minder Sudermann, Dreyer, Hartleben, Eulenberg, v. Keyserling u. a. Noch viel ungerechter, ja schlechthin töricht ist die Insinuation des „Hammer"-Mannes gegen Dr. Raphael L ö w e n f e l d, der das große Verdienst hat, durch die Begründung seiner beiden Schillertheater, (nicht dreier, wie der Anonymus sagt, denn das dritte erhält vom Herbst ab einen rein arischen Direktor!) die langentbehrten guten Volkstheater mit niedrigen Preisen für den Mittelstand geschaffen zu haben Von ihm wird behauptet, daß er „grundsätzlich keine Werke zulasse, die irgendwie eine vaterländische Richtung bekunden". Eine derart dumme Erklärung soll der literarische Beirat des Schillertheaters (wer?) abgegeben haben! Es genügt, einen Blick auf das Repertoire der Schillertheater seit zehn Jahren zu werfen, das sämtliche Hauptwerke der klassischen Literatur umfaßt und sich insbesondere die treue Pflege der Schillerschen Dramen zur Aufgabe macht, um eine derartige Behauptung als häßliche Verleumdung zu kennzeichnen.

Wenn man schon zwischen jüdischen und nichtjüdischen Direktoren unterscheiden will, so sehe man doch zu, ob die von Nichtjuden geleiteten Bühnen Besseres oder „Nationaleres" leisten. Da ist das Theater des Westens, wo unter dem kürzlich verstorbenen Aloys Prasch jahrelang eine finanzielle und künstlerische Mißwirtschaft schlimmsten Grades herrschen konnte. Da ist das Residenztheater, das unter Richard Alexanders Aegide die französische Cochonnerie jahraus jahrein beherbergt. Da ist das Neue Theater des Reserveleutnants und Dr. phil. Alfred Schmieden, das nach einer langen Reihe literarischer Wertlosigkeiten jetzt beim französischen Sensationsstück Sardouscher Schule angelangt ist. Da ist endlich die Perle aller Bühnenherrscher, der unmögliche Herr Bonn, dessen Kunsttaten in dreihundert Sherlock Holmes-Aufführungen bestehen. Oder will man am Ende gar mit den Leistungen des Königlichen Schauspielhauses Staat machen, wo die zeitgenössische Bühnendichtung fast nur durch Blumenthal und Philippi repräsentiert wird? U n s liegt es selbstverständlich sehr fern, an die Leistungen dieser Theater einen konfessionellen Maßstab zu legen, aber wenn schon immer von antisemitischer Seite die jüdischen Direktoren für den Verfall und Tiefstand unseres Theaterlebens verantwortlich gemacht werden, so sind solche Gegenüberstellungen nicht zu vermeiden.

Daß die hauptsächlichen Theateragenten vorwiegend Juden sind, ist richtig, aber wenn wir uns offen als entschiedene Gegner der Theateragenturen bekennen, so bekämpfen wir das I n s t i t u t der Agenturen mit seinen

Schädlichkeiten und Auswüchsen, nicht aber die uns gänzlich gleichgültige Konfession einzelner seiner Vertreter. Richtig ist auch, daß ein großer Prozentsatz der Schauspielerschaft jüdischer Herkunft ist, aber von seinem Ueberwiegen kann man nicht sprechen, so lange nichtjüdische Künstler wie Bassermann, Rittner, Sauer, Kayßler, Winterstein, Wegener, Christians, Engels, die Sorma, Lehmann, Höflich u. a. im Vordergrund der ersten Bühnen stehen. Wenn übrigens der Gewährsmann des „Hammers" in seinem Eifer auch Kainz und Agnes Sorma zu den jüdischen Bühnenkünstlern zählt, so kann eine derartige Unkenntnis nur stille Heiterkeit erregen. Richtig ist endlich, daß eine ganze Anzahl der ausschlaggebenden Berliner Kritiker Juden sind, aber wenn Rudolf Herzog als einziger „weißer Rabe" in dieser Schar genannt wird, so ist das wieder eine Uebertreibung: auch Karl Strecker, Paul Mahn, Julius Hart, Leopold Schönhoff, Richard Nordhausen, Friedrich Düsel, Erich Schlaikjer, Rudolf Presber sind Kritiker, deren Stimmen Gewicht und Ansehen besitzen, obwohl sie keine Juden sind. Das Ueberwiegen der letzteren hängt mit unseren ganzen Berufsverhältnissen, hängt vor allem damit zusammen, daß die Ausschließung der Juden von allen aussichtsreichen staatlichen Stellungen die jüdische Intelligenz stärker in die unabhängigen Berufe der artium liberalium treibt. Aehnliches ist über das unbestreitbare Vorherrschen des jüdischen Elements im Publikum der Berliner Erstaufführungen zu sagen: es ist eine Folge des ganz unverkennbar stärkeren Interesses an Theater, Musik, Kunst und Literatur, das nun einmal in den gebildeten jüdischen Kreisen herrscht. Daß dabei auch recht viel müßiges Mitläufertum zu finden ist, mag gerne zugegeben sein, aber die Theater stehen ja *jedem* offen, es muß also doch wohl an dem vielfach geringeren Maß von Interesse liegen, das andere Kreise künstlerischen Neuereignissen entgegenbringen, wenn der tief bekümmerte Beobachter des „Hammers" ein so auffallendes Fehlen des nichtjüdischen Elementes bei wichtigen Premièren konstatieren konnte.

Mehr Raum und Tinte möchten wir an die Kulturbetrachtung des „Hammers" nicht verschwenden. Wir haben keinerlei Interesse daran, für Berlin als Theaterhauptstadt eine Lanze zu brechen, sind vielmehr ebenfalls der Ansicht, daß vieles im reichshauptstädtischen Theaterleben faul und daß die Vorherrschaft Berlins auf diesem Gebiete kein Segen ist. Aber wir sind weder parteiisch, noch kurzsichtig genug, um für die Mißstände einer allzu rasch empor geschossenen Großstadtkultur nach antisemitischer Weise das Judentum allein verantwortlich zu machen. Diese denkfaule, selbstgerechte Prügelknaben-Methode, die jeden und jeden Zersetzungsprozeß flugs auf das unerschöpfliche Konto des Judentums zu schreiben bereit ist, werden und müssen wir immer aufs neue bekämpfen.

Die Anstellung jüdischer Lehrkräfte an Gemeindeschulen

brachte der freisinnige Abg. *Cassel* in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 27. April erneut zur Sprache, indem er ausführte:

Meine Herren, in der zweiten Lesung habe ich einen Fall berührt, in dem das Königliche Provinzialschulkollegium zu Berlin es gerügt hatte, daß an einer der Berliner Gemeindeschulen auch nur ausnahmsweise eine evangelische Lehrerin durch eine katholische Lehrerin vertreten wurde. Ich war dabei auf die Schwierigkeiten eingegangen, die der Stadtschulverwaltung von Berlin dadurch entstehen, daß nach der Anordnung des Herrn Ministers Vertreter nur immer desselben Bekenntnisses sein dürfen, wie die durch Krankheit oder Urlaub verhinderte Lehrkraft; besonders hatte ich hervorgehoben, wie sehr die Schwierigkeiten erhöht werden, wenn nicht einmal Ausnahmen in einzelnen Fällen gemacht werden dürfen. Bei dieser Gelegenheit hat der Herr Ministerialdirektor Schwartzkopff erklärt, daß die Berliner Schulverwaltung eine sehr weite Ausdehnung von dem Recht der Anstellung jüdischer Lehrer und Lehrerinnen mache, und ist merkwürdigerweise auf den Fall selbst, auf das Verbot der auch ausnahmsweisen Vertretung einer evangelischen Lehrerin durch eine katholische, nicht eingegangen.

Er hat dann behauptet, es sei von der Berliner Schulverwaltung so weit gegangen, daß sie evangelischen Religionsunterricht durch eine jüdische Lehrerin habe erteilen lassen. Ich muß mich wundern, daß der Herr Ministerialdirektor die Behauptung aufstellt, es hätte die Berliner Schulverwaltung eine solche Anordnung getroffen. Es handelt sich dabei um einen bis 1894 zurückliegenden Fall; damals ist in der Tat ein solcher Religionsunterricht einmal durch eine jüdische Lehrerin erteilt worden, *aber ohne jedes Verschulden der Berliner Schulverwaltung und trotz ihrer Bemühungen zur Verhinderung eines solchen Vorkommnisses.* Die Berliner Schulverwaltung macht ausdrücklich in den Ueberweisungsschreiben, die sie an die Rektoren ergehen läßt, wenn ein Vertreter — ein Lehrer oder eine Lehrerin — für eine verhinderte Lehrkraft zeitweise berufen wird, mit folgenden Worten darauf aufmerksam, daß der betreffende Vertreter keinen Religionsunterricht an Kinder anderer Konfessionen erteilen darf:

> *Der Religionsunterricht darf nur einer Lehrkraft übertragen werden, welche derselben Religion bzw. Konfession angehört, in welcher der Unterricht zu erteilen ist.*

Diese Praxis war schon 1894 und schon viel früher vorhanden; trotzdem hat ein Rektor die Taktlosigkeit besessen, eine jüdische Lehrerin bedauerlicherweise religiösen Memorierstoff im evangelischen Unterricht abhören und zwei biblische Geschichten lesen zu lassen. Der Rektor war in großer Not; an Influenza erkrankt, fehlten ihm viele Lehrkräfte, und er beging die Ungeschicklichkeit, der Lehrerin zu sagen, sie könne den bereits durchgenommenen Memorierstoff abhören. Die Lehrerin hat alsdann die Taktlosigkeit begangen, dem Auftrag nachzukommen, und hat noch zwei neue Geschichten lesen lassen. Das ist sofort von der städtischen Schulverwaltung gerügt, die nach Kenntnis des Falles am 7. Mai 1895 dem Rektor mitteilte, daß sie sein Verhalten nicht billigen könne, und ferner hat sie diese Lehrerin aus der Liste der Vertreterinnen gestrichen, eine vielleicht sehr strenge Maßnahme für ein derartiges Versehen. Ich will darüber heute nicht rechten. Jedenfalls ist die Schulverwaltung nachdrücklich sofort eingeschritten. Alle diese Dinge sind auch dem Ministerium bekannt; denn die Berliner Schuldeputation hat bereits am 7. Mai 1895 dies alles dem Provinzialschulkollegium berichtet. Es bleibt an der Sache also weiter nichts, als daß bei den vielen Tausenden von Lehrkräften — es sind heute über 5000 Lehrkräfte in Berlin angestellt — es einmal vorgekommen ist, und zwar trotz der vorherigen generellen und speziellen Anordnung der Schuldeputation, daß infolge Taktlosigkeit eines Rektors eine jüdische Lehrerin christlichen Religionsunterricht vorübergehend erteilt hat. Ich weiß nicht, warum es dem Herrn Ministerialdirektor beliebt, nicht nur in diesem Jahre, sondern im vorigen Jahre und bei verschiedenen Gelegenheiten auf diesen vor 12 Jahren vorgekommenen Fall zurückzukommen.

Wenn der Herr Ministerialdirektor nun zukünftig nochmals auf diesen Vorfall zurückkommt, so möchte ich ihn doch bitten, nicht zu sagen, daß die Berliner Schulverwaltung solchen Unterricht erteilen ließ, sondern daß, wie ich die Dinge vorgetragen habe, ein Rektor die Ungeschicklichkeit begangen hat, solchen Unterricht in einem Fall erteilen zu lassen, und daß darauf sofort nach Kenntnis der Schuldeputation Remedur erfolgt ist.

(Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Die Gegensätze zwischen uns sind ja nach den verschiedensten Richtungen schon stark genug, sodaß es, glaube ich, nicht gut ist, aus derartigen Dingen gegen die Schuldeputation von Berlin in gewissen Kreisen ein Odium zu erregen, das nach Lage der Sache durchaus unverdient wäre.

Meine Herren, anläßlich dieses Punktes hat auch der Herr Ministerialdirektor gemeint, daß verhältnismäßig zu viele jüdische Vertreterinnen im Schuldienst sich befinden. Dieser Prozentsatz sei ein höherer als bei den evangelischen Vertreterinnen. Diese Tatsache an sich ist richtig. Aber der Herr Ministerialdirektor hat nicht die Güte gehabt, bei dieser Gelegenheit auf das Verhältnis zwischen den *angestellten Lehrkräften* und den *Schulkindern* anzugeben. Wenn man die Vertreterinnen beiseite läßt, so kommen in Berlin auf eine evangelische Lehrkraft etwa 44¾ Schulkinder, auf eine katholische etwa 43 und auf eine jüdische Lehrkraft 71 Kinder. Wenn man diese Verhältniszahlen so sehr berücksichtigt — ich brauche nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß ich von meiner politischen Ueberzeugung und dem Simultanschulprinzip aus solche prozentualen Verhältnisse überhaupt nicht als für die Anstellung maßgebend erachten kann — aber, wenn man sich schon auf diesen Standpunkt stellt, so ist, wie gesagt, im Verhältnis zu der Zahl der Schulkinder nur eine bedeutend geringere Zahl von

jüdischen Lehrkräften gegenüber den evangelischen und katholischen angestellt. Auch wenn man die Vertreterinnen hinzurechnet, dann kommt auf ungefähr 41 evangelische und 40 katholische Kinder eine Lehrkraft und erst auf mehr als 50 jüdische Kinder eine solche.

Nun weiß ich ja, was angeführt werden wird. Es wird gesagt werden: das Verhältnis der Schulkinder dürfe für Anstellung jüdischer Lehrkräfte nicht maßgebend sein, sondern die Notwendigkeit, jüdischen Religionsunterricht zu erteilen. Ich will über diese Dinge heute in eine weitere Diskussion nicht eintreten, ich muß aber doch hervorheben, wenn man es als etwas so Gefährliches hinstellt, daß verhältnismäßig viel zu viel jüdische Lehrkräfte angestellt wären, daß man dann auch wohl berechtigt ist, in dieser Beziehung auf das wirkliche Verhältnis der Lehrkräfte zur Zahl der Schulkinder aufmerksam zu machen,

(sehr richtig! bei den Freisinnigen)

was, wie gesagt, bei den jüdischen Lehrkräften ein weit geringeres ist als bei denen anderer Bekenntnisse.

Nun hege ich nicht die Hoffnung, als könnte ich mich mit den Herren der Schulverwaltung prinzipiell über diese Dinge verständigen; dazu sind die Gegensätze eben zu stark, als daß das möglich wäre. Ich habe aber eine Bitte mit Rücksicht auf die Humanität, von der ich annehme, daß sie auch diesen Herren nahe liegen wird. Ich habe mit Genugtuung von einem der Herren Räte des Herrn Ministers gehört, daß der Herr Minister nicht die Ansicht hat, daß einmal angestellte jüdische Vertreterinnen entlassen werden sollen, aber daß ihre Kündigung erfolgt. Ich möchte aber bitten, nach dieser Richtung hin noch einen kleinen Schritt weiter zu gehen; denn dadurch, daß sie nicht entlassen und nicht gekündigt werden, verdienen sie noch nicht ihr Brot, weil sie eben Vertretungen nur in den Fällen bekommen, wo nach den vorhandenen Bestimmungen für Zwecke des jüdischen Religionsunterrichts ein Bedürfnis zur Beschäftigung für sie vorhanden ist.

Ich möchte doch nunmehr bitten — und deswegen habe ich auch die Zahlen über das Verhältnis der Schulkräfte zu den Schulkindern vorgebracht —, daß mit Rücksicht auf das traurige Schicksal dieser jüdischen Vertreterinnen ein wenig Milde und Humanität zwecks weiterer definitiver Anstellung derselben geübt wird. Diese Damen sind zum Teil unter ganz anderen Verhältnissen als Hospitantinnen eingetreten; sie werden jetzt alt und grau, bevor sie irgend eine Anstellung erlangen können; viele von ihnen müssen überhaupt bezweifeln, daß das zu ihren Lebzeiten überhaupt noch geschehen wird, und es bemächtigt sich der Herzen dieser Lehrerinnen ein Grad von Kummer, von Besorgnis für ihre Zukunft, welche die, an die sie um Hilfe herantreten, aufs tiefste erschüttern muß; ich glaube, daß nicht bloß bei mir, sondern auch bei ihren Vorgesetzten aufrichtiges Mitleid mit ihrer traurigen Lage zu finden ist.

Ich möchte daher, ohne mich auf Prinzipienfragen einzulassen, bitten, doch gefälligst dafür zu sorgen, daß eine größere Anzahl von jüdischen Lehrerinnen jetzt definitiv zur Anstellung kommt, damit die, welche schon so lange Zeit als Vertreterinnen fungieren, doch nicht ihr ganzes Leben verkümmert sehen, sondern in die Möglichkeit versetzt werden, ihrem Berufe gemäß und entsprechend den Hoffnungen, die man ihnen machte, als man sie in den Unterrichtsdienst einstellte, für den Rest ihres Lebens ins Amt zu gelangen. Ich bin überzeugt, daß, wie es vor einigen Jahren durch Entgegenkommen eines Dezernenten des Provinzialschulkollegiums einmal möglich war, eine größere Zahl dieser Lehrerinnen anzustellen, auch jetzt unter Wahrung des Prinzips der staatlichen Schulverwaltung, dessen Bekämpfung ich, wie gesagt, heute unterlassen will, bei einigermaßen gutem Willen, den ich voraussetze, die elende Lage dieser Lehrerinnen einigermaßen gebessert werden kann. Ich möchte den Herrn Minister bitten, hier eine Initiative auszuüben. Der Herr Ministerialdirektor hat in der zweiten Lesung erklärt, daß die Verhältnisse jetzt untersucht werden; ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß der Ausgang dieser Untersuchung ein solcher sein möge, daß die Hoffnungen dieser Lehrerinnen auf Anstellung in Erfüllung gehen.

(Bravo! links.)

Der Ministerialdirektor D. Schwartzkopff erwiderte

Meine Herren, dem Herrn Abgeordneten Cassel ist in dem ersten Teil seiner Ausführungen ein Irrtum untergelaufen. Ich bin mir nicht bewußt, die Tatsache, daß in Berlin durch eine jüdische Lehrerin evangelischer Religionsunterricht erteilt worden ist, in früheren Jahren schon einmal zur Sprache gebracht zu haben. Es ist das meines Wissens in diesem Jahre zum ersten Male geschehen, und dazu lag aller Anlaß vor, da Herr Abgeordneter Cassel selber die Frage der Verwendung der jüdischen Lehrerinnen zur Sprache gebracht hatte. Ich habe nichts weiter getan, als historisch zu schildern, wie die ganze Angelegenheit der Vertreterinnen und Vertreter in Berlin augenblicklich in Fluß gekommen ist, und habe mitgeteilt, daß sie zur Zeit der Prüfung des Herrn Ministers unterliegt, daß eine Entscheidung natürlich vorbehalten werden müsse.

Meine Herren, ich habe auch meinerseits, als ich am 18. März sagte, die städtische Schulverwaltung habe evangelischen Religionsunterricht durch eine jüdische Lehrerin erteilen lassen, nicht von der Schuldeputation als solcher gesprochen. Der Rektor und auch der Lehrer gehören doch auch zur städtischen Schulverwaltung. Ich habe nur die Tatsache festgestellt, daß evangelischer Religionsunterricht durch eine jüdische Lehrerin erteilt wurde; und aus dem stenographischen Bericht geht auch hervor, daß ich, als der Herr Abgeordnete Cassel mir damals den Zwischenruf machte, daß das nicht die Schulverwaltung, sondern der Rektor gewesen wäre, sofort erklärt habe, daß das richtig sei. Mir kommt es gar nicht darauf an, ob der Rektor oder die Schuldeputation die Anordnung getroffen hat, sondern lediglich auf die Tatsache, daß in Berlin evangelischer Religionsunterricht durch eine jüdische Lehrerin erteilt worden ist.

Was die Prozentsätze anbetrifft, so kann ich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Cassel in dieser Beziehung nicht folgen. Ein Vertreter wird doch berufen für die vorhandenen Lehrkräfte und nicht für die Kinder; also kann ich doch nur auf die Lehrkräfte sehen, wenn ich die Prozentsätze der Vertreter vergleichen will. Da steht es nun so, daß es in Berlin für 4500 angestellte evangelische Lehrkräfte 403 Vertreterinnen, also 9 Prozent gibt, für 500 katholische Lehrer 73 katholische Vertreter, also 15 Prozent, und für 50 jüdische Lehrkräfte 20 jüdische Vertreterinnen, also 40 Prozent.

(Hört, hört! rechts.)

Es kann also die Tatsache doch nicht aus der Welt geschafft werden, daß auf der jüdischen Seite für Vertreterinnen sehr viel stärker gesorgt ist. Ich habe aber damals ausdrücklich hinzugefügt, daß die Frage momentan geprüft wird. Wir werden den Bericht der Schuldeputation erhalten, und dann wird der Herr Minister Gelegenheit haben, zu der ganzen Vertreterfrage prinzipiell Stellung zu nehmen.

Was dann die Anwendung von Milde und Humanität bei der Durchführung des Prinzips betrifft, so kann ich erzählen, daß eine dieser jüdischen Lehrerinnen persönlich bei mir war und mitteilte, daß sie auf Anordnung des Kreisschulinspektors aus ihrem Amte entlassen wäre. Ich habe darauf der Lehrerin gesagt: eine solche Anordnung ist weder vom Herrn Minister noch von dem Königlichen Provinzialschulkollegium getroffen, sondern von einem städtischen Beamten, der aber einen Auftrag dazu von der staatlichen Behörde nicht gehabt hat. Meine Herren, ich kann dem Herrn Abgeordneten Cassel sagen, wie ich es auch dieser Lehrerin gesagt habe, daß natürlich alle organisatorischen Maßnahmen unter möglichster Rücksichtnahme auf persönliche Verhältnisse durchgeführt werden. Meine Herren, der Herr Minister denkt nicht daran, in schroffer Weise vorzugehen, sondern er wird selbstverständlich auf die persönlichen Verhältnisse der betreffenden Lehrpersonen die tunlichste Rücksicht nehmen.

Der Abg. Cassel entgegnete:

Meine Herren, was den letzterwähnten Fall anbetrifft, den der Herr Ministerialdirektor vorgetragen hat, so liegt die Sache so. Diese Lehrerin bekam von dem betreffenden Kreisschulinspektor und Stadtschulinspektor den Auftrag, eine Vertretung zu übernehmen. Nachdem der Herr Schulinspektor diese Verfügung gezeichnet hatte, wurde er bureaumäßig darauf aufmerksam gemacht, daß das im Widerspruch stehe mit der Verfügung des Provinzialschulkollegiums, wonach die Vertretung durch eine jüdische Lehrerin nur zulässig sei, wenn eine Lehrkraft desselben Glaubens verhindert oder wenn ein Bedürfnis für Religionsunterricht vorhanden sei. Deshalb hat der Herr Schulinspektor seine Verfügung aufheben und der betreffenden Lehrerin die Vertretung entziehen müssen. Er hat das mit blutendem Herzen getan. Der betreffende Schulinspektor hat sich dann selbst auf alle Weise dafür interessiert, der betreffenden Lehrerin Unterricht an Privatschulen zu verschaffen oder ihr in anderer Weise zu helfen. Ich sage das nur, um nicht auf dem betreffenden Schulinspektor den Vorwurf der Inhumanität lasten zu lassen, der ungerechtfertigt wäre. Der Herr hat vielmehr alles Mögliche, was er nach den vorhandenen Bestimmungen tun konnte, für diese Lehrerin getan. Ich werde mir dann ferner gestatten, bei einer anderen Gelegenheit den Vorfall authentisch an der Hand des stenographischen Berichts dem Herrn Ministerialdirektor klarzulegen, bei dem er früher schon die Erteilung des christlichen Religionsunterrichts durch eine jüdische Lehrerin erwähnt hat. Meine Herren, der Rektor ist doch nicht gleichbedeutend mit der Schuldeputation und, wenn der Herr Ministerialdirektor hier erklärt, es sei allgemein bekannt, daß die städtische Schulverwaltung durch eine jüdische Lehrerin Religionsunterricht an christliche Kinder erteilen läßt, so wird niemand darauf kommen, daß damit ein Rektor gemeint sei, der das wider die ihm erteilte Instruktion getan hat, sondern das wird man auf die Leitung der städtischen Schule durch die Schuldeputation beziehen. Im übrigen ist die Sache aufgeklärt, und ich gehe darauf nicht weiter ein.

Wenn ferner der Herr Ministerialdirektor hervorgehoben hat, wie es ja ganz richtig ist, daß der Prozentsatz der jüdischen Vertreterinnen ein größerer ist als der anderer Konfessionen — die Ziffern sind an sich von keiner großen Bedeutung; es handelt sich dabei im ganzen um 20 —, so kann ich nur dabei bleiben, daß es nach meiner Meinung ganz richtig ist, wenn auch auf das Verhältnis der Zahl der Kinder zu den Lehrkräften Rücksicht genommen wird bei über 3500 jüdischen Kindern, und wenn nur diesem Verhältnis gemäß die feste Anstellung erfolgen würde, dann würde auch bei der Zahl der Vertreterinnen der Prozentsatz durchaus ein gleichmäßiger sein. Wenn die jüdischen Lehrerinnen nicht fest angestellt werden, so wird natürlich dann allmählich der Prozentsatz der Vertreterinnen größer als bei den Lehrkräften anderer Konfessionen, die regulär zur Anstellung kommen. Wenn eine solche Dame erst Ende der dreißiger Jahre womöglich angestellt wird, dann bleibt sie so lange in der Zahl der Vertreterinnen, und der Prozentsatz wird durch diese Umstände ein höherer als bei anderen Konfessionen.

Ziffernmäßig habe ich ja gegen die Angaben des Herrn Ministerialdirektors nichts einzuwenden; sie stimmen mit den meinigen überein. Ich ziehe daraus nur andere Folgerungen. Ich habe aber schon vorher erklärt; ich glaube nicht, mich im Prinzip mit den Herren von der Verwaltung über diese Dinge einigen zu können. Ich bitte aber, die Humanität, die der Herr Ministerialdirektor für wünschenswert erklärte, bei der Regelung der Verhältnisse zu bewähren.

Amerikanischer Brief.

Die Bauernunruhen in Rumänien haben natürlich die amerikanischen Juden von neuem in große Aufregung versetzt. Müssen sie ja zu dem sehr starken russischen Einwandererstrom wieder einen verstärkten aus Rumänien erwarten. Zunächst hat man auf eigene Verantwortung von den für die notleidenden russischen Juden gesammelten Fonds sofort für die erste Hilfe eine Summe von, wenn wir nicht irren, einer halben Million Mark zugunsten der rumänischen Juden abgezweigt. Alsdann haben sich einflußreiche Juden an die Staatsregierung mit der Bitte gewandt, sich für die verfolgten Juden in Rumänien zu verwenden. Aber Staatssekretär Root hat die zu erwartende Antwort gegeben, daß der Aufstand einen p o l i t i s c h e n Charakter zu haben scheine und er sonach nicht recht sehen könne, wie er in dieser Angelegenheit dem König Karol Vorstellungen machen könnte. Durch eine Einmischung würde in der Tat die Lage der Juden wahrscheinlich nur verschlimmert werden.

Freilich geht es den Juden in Rumänien schlecht genug auch ohne Bauernunruhen. Man kann fast behaupten, es geht ihnen schlechter als den Juden in Rußland. Die Judenverfolgung in Rußland wird einerseits verschärft, andererseits gemildert durch die Anarchie und die Bestechlichkeit der russischen Beamten. In Rumänien werden die Juden gesetzlich stranguliert. Hier können sie den zahlreichen großen und kleinen Beschränkungen nicht mit Hilfe des Bakschisch entgehen. Wie kleinlich die kleinen Beschränkungen und Ausnahmegesetze sind, lehrt beispielsweise die Tatsache, daß für einen rumänischen Schüler der Entschuldigungszettel portofrei eingesandt werden kann, während die Entschuldigungszettel für jüdische Schüler portopflichtig sind. Diesen vexatorischen Hemmschuhen und Fußangeln ist es zuzuschreiben, daß man in Amerika die Erfahrung gemacht hat, daß russische Juden zwar oft von unüberwindlichem Heimweh befallen werden und tatsächlich mit beträchtlichen Geldopfern nach Rußland zurückgeschickt werden müssen, während bei rumänischen Juden derartiges niemals vorkommt.

Wenn die Amerikaner wirklich so praktisch sind, wie sie zu sein glauben, dann müßten sie über eine vermehrte Einwanderung nur froh sein, vorausgesetzt allerdings, daß die Einwanderer nicht gerade in New York bleiben. Trotzdem in den letzten fünf Jahren vier Millionen Menschen eingewandert und nach Abzug der Rück- und Auswanderer mindestens drei Millionen in den Vereinigten Staaten zurückgeblieben sind, hat man von einem Rückgang der Löhne, den die Einwanderungsgegner befürchtet oder zu befürchten vorgegeben hatten, nichts gemerkt. Ebenso wenig ist eine Ueberproduktion infolge des vergrößerten Arbeitsangebots eingetreten, wenigstens sind die Preise nicht zurückgegangen. Die Einwanderer haben als Produzenten und Konsumenten nur zur Vermehrung des Nationalvermögens beigetragen. Im großen und ganzen kann man sagen, daß es namentlich im Süden an Arbeitern noch immer mangelt. Was man auch über die Einwanderung sagen mag, in wirtschaftlicher Beziehung hat sie dem Lande nicht nur nicht geschadet, sondern wesentlich genützt.*)

In politischer Beziehung wird alles mögliche getan, um die Einwanderer nicht nur zu amerikanischen Bürgern, sondern zu wirklichen Amerikanern zu machen. Es fällt dies bei den in ihrer Heimat so stiefmütterlich behandelten russischen und rumänischen Juden nicht sonderlich schwer. Viele geben ziemlich schnell auch zionistische Gelüste auf, die ja tatsächlich in einigen Fällen wohl sentimentaler, in mehreren religiöser Natur, in den meisten Fällen aber auf antisemitischem Nährboden emporgediehen sind. Ihnen wird erklärt, daß die amerikanischen Juden jeden Versuch, einen jüdischen Staat zu errichten, mißbilligen, da nach ihrer Ansicht Israels Mission nicht politisch und national, sondern universal-religiös sei, eine rein geistige, die das Menschengeschlecht zur Friedens- und Gerechtigkeitsliebe erziehen soll. Seinerzeit hat eine Delegiertenversammlung der jüdischen Gemeinden Amerikas in einer Resolution ausdrücklich erklärt, daß sie den politischen Zionismus entschieden bekämpfen müsse. Die Juden seien nicht eine Nation, sondern eine religiöse Gemeinschaft.

Es ist nicht zu leugnen, daß auch auf den amerikanischen Universitäten öfter Reibungen zwischen jüdischen und christlichen Studenten vorkommen. Der berühmten Harvard-

*) Ueber die Auswanderung rumänischer Juden nach Amerika ist in einem Newyorker Brief der konservativ-antisemitischen „K r e u z z e i t u n g“ zu lesen:

„Die Nachrichten über die Judenverfolgungen in Rumänien lassen nach Mitteilungen der Einwanderungsbehörden eine starke jüdische Einwanderung von dort erwarten, und die Presse dringt bereits darauf, den „Verfolgten“ die Tore des gastlichen Amerikas recht weit zu öffnen. Die Einwanderungsbehörde berichtet, nach der Judenverfolgung im Jahre 1901 in Rumänien seien in wenigen Monaten 60 000 rumänische Juden in New York gelandet, von denen nur wenige beanstandet seien. Telegramme aus Rumänien hätten gemeldet, daß jetzt wieder ein mindestens ebenso starker Zufluß zu erwarten sei. Da nun kürzlich von verschiedenen Seiten gegen die Einwanderung mancher russischen Juden Bedenken geäußert wurden, weil sie Anarchisten seien, hat der Handelssekretär Straus eine Verfügung erlassen, die der Einwanderungsbehörde nach dieser Richtung die größte Toleranz zur Pflicht macht. Da besonders die russischen Behörden revolutionär gesinnte Auswanderer gern als „Justizflüchtlinge“ bezeichnen, erklärt der Minister kategorisch, Leute, die von europäischen Regierungen eines politischen Vergehens halber verfolgt würden, oder aus einem anderen Grunde, der ihre Qualifikation nicht beeinträchtige, sollten von der Einwanderungsbehörde genau so beurteilt werden, als wenn nichts gegen sie vorliege. Ferner dürfe ein Einwanderer, der unter Umgehung der vom Gesetze vorgeschriebenen Registrierung gelandet sei, nicht ohne weiteres zur Deportation verurteilt werden, da man bedenken müsse, daß die Einwanderer manchmal kein klares Verständnis von ihren Pflichten besäßen. Man sieht aus dieser Verfügung, daß der Handelsminister, der bekanntlich selbst ein Jude ist, sich bestrebt zeigt, seinen Rasse- und Glaubensgenossen die Einwanderung in Amerika nach Möglichkeit zu erleichtern. Obschon nun auch hier der ungeheure Andrang europäischer Juden große Beklemmung erzeugt, wird trotzdem die ministerielle Verfügung von der ganzen Presse gebilligt. Das ist auch eine amerikanische Eigentümlichkeit. Mag der „Flüchtling“ an sich noch so unwillkommen sein — die „Liberty“ und amerikanisches Asylrecht muß hochgehalten werden. Die einzige Bedingung ist, daß der Mann ein Weißer sei. Kämen etwa Neger hierher, die in einer afrikanischen Kolonie verfolgt würden, so appellierten sie umsonst an amerikanische Duldsamkeit, und die Pforte von Ellis Island würde ihnen verschlossen bleiben. Der Mensch fängt hier erst beim Weißen an.“ D. Red. d. „Miti.“

Universität ist sogar der Vorwurf des Antisemitismus gemacht worden. Aber man hat es hier wohl mehr nur mit Vorurteilen, als mit wirklichem Antisemitismus zu tun. Ebensowenig wie die europäischen Einwanderer, die in der alten Heimat antisemitisch infiziert waren, in der neuen ihren Antisemitismus sofort los werden, kann man erwarten, daß junge Leute, die einer antisemitischen Familie entstammen, gleich bei ihrem Eintritt in die Universität ihre Vorurteile ablegen. Die jungen christlichen amerikanischen Studenten nehmen den Juden ihr Zusammenhalten übel, vermissen bei ihnen oft das feinere Benehmen, ganz besonders aber paßt ihnen der Fleiß der jüdischen Studenten nicht, die ihnen in unverhältnismäßig großer Zahl die besten Preise und Stipendien wegnehmen. Man hat auch die Bemerkung gemacht, daß die Abneigung dort am größten ist, wo viele Juden studieren. Ja man könnte fast sagen, die Abneigung der christlichen Studenten steht in ganz genauem Verhältnis zu der Zahl der jüdischen Studenten. Die bestehende Spannung ist natürlich im allgemeinen sehr zu beklagen; sie hat aber den Vorteil, daß sie auf die jüdischen Kommilitonen erzieherisch einwirkt und sie anspornt, besonders auf sich acht zu geben und sich möglichst korrekt zu benehmen. Von Antisemitismus im europäischen, im Sinne der deutschen Antisemiten, ist absolut keine Rede. Dazu sind selbst die jungen Studenten zu sehr von amerikanischem Geiste durchdrungen, der zwar nicht die Gleichheit aller, wohl aber die Gleichberechtigung aller amerikanischer Bürger anerkennt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Mittelstandsbewegung und Antisemitismus. Wer etwa darüber noch im Zweifel sein sollte, ob die allenthalben ins Kraut schießenden Organisationen der sogenannten Mittelständler wirklich, wie sie vorgeben, über den Parteien und insbesondere auch dem politischen Antisemitismus durchaus fern stehen, dürfte durch folgendes Bekenntnis des Münchener „Deutschen Volksblattes“ von seinen Zweifeln wohl endgültig geheilt sein. Das Blatt des Herrn Wengg identifiziert nämlich geradezu Mittelstandsbewegung und Antisemitismus.

Die größten Erfolge hat der Antisemitismus aber auf wirtschaftlichem Gebiete erzielt. Die bloße Existenz der antisemitischen Bewegung hat die Juden zurückhaltender gemacht und gezwungen, ihrem angeborenen Uebermut einige Schranken aufzuerlegen, und die Erfolge nach dieser Richtung hin wären schon bedeutend größer, wenn die Juden nicht in unserem eigenen Volke eine Menge Leute fänden, die sich entweder aus angeborener Dummheit oder materieller Vorteile halber bereit finden lassen, die jüdischen Interessen zu verfechten und die Juden immer wieder zu neuen Uebergriffen zu ermutigen.

Aber der Antisemitismus hat auch positive Erfolge in reichem Maße zu verzeichnen. Die **ganze Mittelstandsbewegung** seit zwanzig Jahren ist **durch den Antisemitismus hervorgerufen** worden, wenn hier auch vielfach eine Wechselwirkung insofern stattfand, als Freunde des Mittelstandes beim Studium der einschlägigen Fragen zu überzeugten Antisemiten geworden sind. Der Antisemitismus bzw. seine Vertreter sind es gewesen, welche den Befreiungskampf des dritten Standes aus den Fesseln des Kapitalismus zu einer Zeit zu predigen begannen, wo noch keine Partei daran dachte, sich gegen die blutigen Privilegien des Großkapitals aufzulehnen, haben doch selbst gut konservative Männer in der schmachvollen Gründerperiode, bald nach der erfolgten Schaffung des deutschen Reiches, den wahnsinnigen Tanz um das goldene Kalb mitgemacht, der jetzt wieder in der Form des Amerikanismus, der von Berlin aus so mächtig protegiert wird, anzuheben begonnen hat. Die vielgeschmähten antisemitischen Gruppen des Reichstages haben die moderne Mittelstandspolitik dort inaugurieren geholfen. Der Antisemitismus aber hat sich vor allem die unvergänglichsten Verdienste dadurch erworben, daß er Konservative und Zentrum gezwungen hat, mit mittelstandsfreundlichen Anträgen vorzugehen, ja der Antisemitismus hat es mittelbar sogar fertig gebracht, das Gewissen liberaler Kreise zu wecken oder sie doch zu lehren, daß ohne eine kräftige Betonung der wirtschaftlichen Interessen heute überhaupt keine Partei mehr auf den Plan treten kann, während man es vor dem Einsetzen der antisemitischen Bewegung doch so leicht hatte, die Wählermassen mit nationalen Phrasen und konfessionellen Hetzereien auf die Beine zu bringen.

Mittelstandsbewegung und Antisemitismus auf wirtschaftlichem Gebiete ist eines und dasselbe.

Man wird in allen liberalen Kreisen gut tun, sich dieses offene Bekenntnis zu merken für den Fall, daß bei den Wahlen die Mittelständler ihre antisemitischen Pferdehufe wieder gern verstecken möchten.

Das Berliner Zentrumsblatt die „Germania“ greift den nationalliberalen Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Friedberg heftig an wegen seines Vorstoßes im Abgeordnetenhause gegen den Franziskanerorden. Es ist das gute Recht eines katholischen Blattes, sich gegen solche Angriffe zu wehren und eventuell auch aus der Defensive in die Offensive überzugehen. Prof. Friedberg hat aber mit keiner Silbe die katholische Religion selbst angegriffen, sondern nur die Befürchtung ausgesprochen, daß diese Ordenstätigkeit die polnische Bewegung stärken könne. Mit welchem Recht darf also die „Germania“ in ihrer, wie wir wiederholen, an sich durchaus berechtigten Abwehr behaupten, Herr Professor Friedberg habe sich „in seiner suffisanten Manier und in echt nationalliberaler Dreistigkeit“ Urteile in Dingen angemaßt, „die einen Judensprößling nicht das Mindeste angehen und von denen er nicht das Mindeste versteht“.

Die „Köln. Zeitung“ bemerkt hierzu, es gewähre einen eigenen Reiz, den Antisemitismus in seiner häßlichsten Gestalt hier bei dem Blatte einer Partei zu beobachten, die anderswo, z. B. in Köln, mit rührendem Eifer die jüdischen Wähler zu sich herüberzuziehen trachtet.

☐ **Aus Baden** wird uns geschrieben:

Der Umstand, daß Herr Stöcker in Otto Winter einen seiner Schützlinge zur Reichstagskandidatur in Heidelberg veranlaßt hatte, gab den Deutschsozialen den Mut, den Kreis Heidelberg zu bearbeiten. Am 11. April hielt dann nun auch Amtsrichter Dr. Mahr-Darmstadt den bereits früher an dieser Stelle erwähnten Vortrag gehalten. Nur zum Schluß kam der Antisemit zum Vorschein. Am 25. April folgte schon die zweite Versammlung der Deutschsozialen mit Henningsen-Hamburg als Redner. Er sprach im Geiste und Sinne der Partei über den Mittelstand. Und demnächst soll Schack-Hamburg das Geschäft fortsetzen. Woher auf einmal diese Rührigkeit und die nötigen Mittel kamen, da doch längst nur leere Kassen und kleine Mitgliederlisten bestanden, ist klar; der verflossene Reichstagskandidat stellt sie, um sich, obgleich er Christlichsozialer ist, den Boden für die nächste Wahl zeitig bearbeiten zu lassen. Aber es wird das alles nichts helfen, in Heidelberg ist kein Boden für die Antisemiten, mögen sie sich Konservative, Deutschsoziale oder Christlichsoziale nennen, und auch das Zentrum vermag die Mehrheit nicht zu liefern. Immerhin sollten aber alle Linksparteien nicht Gewehr bei Fuß stehen und der Agitation gegen sie zeitig entgegentreten.

Aus Hessen. Die Partei des Großkapitals sind tatsächlich die bündlerischen Antisemiten der Richtung Böhme-Liebermann-Hirschel. Das geht aus folgender Meldung hervor, die die Runde durch die hessischen Zeitungen macht:

„Die bisher wöchentlich zweimal erscheinende antisemitisch-agrarische „Deutsche Volkswacht“ in Friedberg soll demnächst in ein täglich erscheinendes Organ des Bundes der Landwirte umgewandelt werden. Für die Erweiterung soll der Bund der Landwirte 80 000 Mk. und die Landwirte aus der Umgebung

70 000 Mk. zur Verfügung stellen. Der Plan tauchte bereits im vorigen Jahre einmal auf. Später sind noch Verhandlungen mit dem Verleger der „Gieß. Neuest. Nachr." wegen Ankauf des Blattes gepflogen worden."

Der Abg. Raab hat jüngst im Reichstage eine demagogische Musterrede gehalten. Er sprach über die Konsumvereine. Wenn dieselben jemals eine erfreuliche Bedeutung gehabt haben sollten, so könne davon jetzt keine Rede mehr sein. Jetzt hätten dieselben nur noch die Bedeutung eines sozialdemokratischen Klassenkampfinstruments zur Niederkonkurrierung des Mittelstandes!

Angesichts dieser Rede, bemerkt die „Hess. Landeszeitung", muß daran erinnert werden, daß aus rein demagogisch-politischen Gründen niemand mehr in Konsumvereinsgründungen gemacht hat, als gerade die Antisemiten. Speziell unter Führung des gescheitesten Mannes, der jemals antisemitisch gewirkt hat, nämlich unter Führung des Dr. Otto Böckel, ist die Begründung von Konsumvereinen in großartigstem Maßstabe betrieben worden. Kaum ein Dorf dürfte in der Provinz Oberhessen von den Antisemiten verschont worden sein mit Versammlungen, in denen hoch und heilig geschworen worden ist, daß das Heil von den Konsumvereinen komme.

Die Konsumvereinsgründungen wurden selbst dann von den Antisemiten noch fortgesetzt, nachdem schon viele solcher Vereine verkracht waren und zahlreiche kleine Bauern viel Geld verloren hatten. Der Umschwung in den Anschauungen über die Bedeutung der Konsumvereine ist bei den Antisemiten erst dann eingetreten, als das Vertrauen der Bauern zu den antisemitischen Quacksalbereien nahezu vollkommen geschwunden war. Wohlgemerkt: alles das spielte sich ab, als die Antisemiten noch die wütendsten Gegner der Großgrundbesitzer waren und vom Bunde der Landwirte sprachen, als vom Bunde der „Bauernfänger".

Nachdem die antisemitischen Musterknaben vor dem Bunde der Landwirte vollkommen zu Kreuze gekrochen sind und nun sogar die Unterstützung der „Bauernfänger" in Barzahlung in Empfang nehmen, haben sie, wie in so mancher anderen Frage, auch ihre Stellungnahme gegenüber den Konsumvereinen einer sehr gründlichen Revision unterzogen. Die Bauern konnten jetzt von den Antisemiten eingeseift werden mit der Rederei über die angebliche Nützlichkeit der Zölle. Nun hieß es aber, ein Lockmittel finden für den Mittelstand! Daß die kleinen Geschäftsleute sich nicht begeistern würden für die Gründung von Konsumvereinen, das begriffen die Antisemiten sehr wohl. Nun machen die Herrschaften halt in gegenteiligen politischen Geschäften! Jetzt schimpfen sie das, was sie früher über den grünen Klee gepriesen haben, und verdächtigen die, aus ehrlicher Ueberzeugung für die Konsumvereine eintreten. Heute so und morgen so, wie es die antisemitischen Parteigeschäfte gerade verlangen. Das bedauerliche bei alledem ist die Tatsache, daß immer wieder zahlreiche Bauern und Geschäftsleute auf den antisemitischen faulen Zauber hineinfallen.

Von dem antisemitischen Abg. Hirschel. Aus Oberhessen wird der „Hessischen Liberalen Wochenschrift" geschrieben: „Die Leser erinnern sich wohl der großen Flugblätter, die am Tage vor der Stichwahl von seiten der Sozialdemokraten herausgegeben wurden, und in denen der Landtagsabgeordnete Hirschel in der schärfsten Weise angegriffen wurde. Es wurden ihm da Handlungen nachgesagt, nach denen die Bauern, wenn diese Behauptungen wahr wären, alle Veranlassung hätten, diesem „Führer" den Laufpaß zu geben. Außerdem wurde er Zweiseelenmensch genannt und ihm vorgeworfen, daß er sich geweigert habe, an der Gerichtsstätte zu erscheinen, um sich von dem Vorwurfe der Unterschlagung zu reinigen. — Man durfte mit Recht gespannt sein, ob Hirschel, der Bauernführer, Landtagsabgeordnete und erste Helfer des Grafen Oriola, diese Vorwürfe auf sich sitzen lassen würde. Hirschel klagte. Seitens der Sozialdemokratie, die im Grunde genommen beklagt war, wurde alles aufgeboten, um im Termin, der am Friedberger Schöffengericht angesetzt war, die Wahrheit der Behauptungen zu erweisen. Unter anderen sollten als Zeugen erscheinen Graf Oriola, Oekonomierat Schlenke, Molkereidirektor Witzmann-Frankfurt, sowie Direktor Bernhardt vom Konsumverein Frankfurt. Ein großer Tag stand also bevor. Da, im entscheidenden Moment, zog Hirschel durch seinen Rechtsanwalt v. Helmolt die Klage zurück und verdarb damit den Sozialdemokraten die berechtigte Freude. Was soll man aber jetzt von Hirschel halten? Kann man ihn noch ernst nehmen? Wer solch. Beschuldigungen auf sich sitzen läßt, hat jedenfalls keinen Anspruch mehr darauf. Wenn jetzt die Bauern nicht bald einsehen, daß sie die Genasführten sind, dann muß man sie wirklich als „nicht sehr aufgeklärt" bezeichnen."

Vermischtes.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus in Frankfurt a. M. Unser Bureau in Frankfurt schreibt uns:

In einer geschlossenen Mitgliederversammlung referierte am Samstag abend, unter Vorsitz von Stadtrat Flinsch, Herr Mor. A. Loeb über „Die letzten Reichstagswahlen und ihre Lehren für die Zukunft". Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß das Anwachsen der antisemitischen Mandate — wenn man es auch nicht gleicherweise als ein Anwachsen der antisemitischen Anschauungen im Volke betrachten könne — doch weniger optimistisch aufgefaßt werden dürfe, als dies seines Erachtens auf der letzten Generalversammlung in Berlin geschehen sei. In seinen durchweg sachlichen Darlegungen führte er aus, daß jene Zunahme weder durch das Verhalten der jüdischen Bevölkerung in den für das Arbeitsgebiet des Frankfurter Bureaus in Frage kommenden Wahlkreisen, noch durch eine besonders zugkräftige Umgestaltung des antisemitischen Programms, oder gar durch das Auftreten neuer, hervorragender Persönlichkeiten zu erklären sei. Als charakteristisch hob er noch die vielfach festgelegte Tatsache hervor, daß die antisemitischen Kandidaten unter allen möglichen Verkleidungen — insbesondere in den ländlichen Bezirken — um die Stimmen buhlten. Die bislang mehr negative Tätigkeit des Vereins erscheint dem Redner nicht ausreichend, obgleich er den Frankfurter Vorstandsmitgliedern die Anerkennung für die in langen Jahren geleistete Arbeit ausspricht. — Das ziffernmäßig zwar nicht bedeutende Anwachsen der antisemitischen Mandate bilde immerhin, in Verbindung mit den Parteien, die antisemitischen Tendenzen unleugbar huldigen, eine nicht zu unterschätzende Gefahr. — Die Vorschläge des Referenten gipfelten darin, daß all die Wahlkreise, in denen in absehbarer Zeit ein Erfolg zu gewärtigen ist, schon in den stillen Zeiten durch aufklärende Arbeit, durch alle zulässigen, geeigneten Mittel in Angriff genommen werden müßten. — Den Ausführungen des Redners folgte eine längere Diskussion, an der sich Mitglieder des Vereins lebhaft beteiligten. Vom Vorstande sprachen noch die Herren Justizrat Dr. Fester und Charles Hallgarten. Herr Dr. Fester schlug u. a. die Schaffung eines besonderen Arbeits-Ausschusses vor, zu dem auch jüngere Kräfte herangezogen werden sollen. Herr Hallgarten machte einige erläuternde Mitteilungen, ganz besonders auch über den Verlauf der Generalversammlung und über andere zum Teil

mehr interne Verhandlungen. Nachdem dann noch Herr Stadtrat Flinsch einiges über seine Erfahrungen mit rednerischen Kräften gesagt und, unabhängig von seinem eigenen Parteistandpunkte, Kritik an dem Verhalten der Parteien im Lande geübt hatte, schloß er die Versammlung.

Aus Bebra, 28. April, wird uns geschrieben: Gestern fand im Saale des Gastwirts Röse eine liberale Versammlung statt, in welcher die Herren Redakteur Nuschke aus Marburg und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hellmut von Gerlach als Redner auftraten. Die Abhaltung einer liberalen Versammlung im hiesigen Wahlkreise, der schon seit Jahrzehnten im unbestrittenen Besitze der Antisemiten ist, ist an und für sich schon ein seltenes Ereignis, auf das sich selbst die bekannten „ältesten Leute“ kaum noch besinnen können. Um so freudiger wurde das Erscheinen der genannten Redner begrüßt, und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß ihre maßvollen und sachlichen Ausführungen eine sehr gute Aufnahme fanden, was auch der rauschende Beifall bekundete, den beide Redner für ihre Ausführungen ernteten und der Dank, der ihnen aus der Mitte der Versammlung ausgesprochen wurde. Der Erfolg kann auch insofern zahlenmäßig bewiesen werden, da eine ansehnliche Anzahl der Teilnehmer, die z. T. bisher eifrige Parteigänger des Reformparteilers Werner waren, sich als Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung anmeldeten. Es wäre zu hoffen, daß mit der Stärkung des liberalen Gedankens auch im hiesigen Wahlkreise die bisher vorherrschende antisemitische Strömung zurückgedrängt und eine neue politische Aera vorbereitet würde. Die Tage des Abgeordneten Werner dürften auch ohnedies gezählt seien. Es fragt sich nur: Wer ist der Erbe?

Das Drama „Wahn“ von Jakob Scherek, das den Ritualmord behandelt, ist von dem Breslauer Polizeipräsidenten aus „Gründen der öffentlichen Ordnung“ verboten worden. Das Verbot wird sicherlich nicht geringes Befremden bei allen denen hervorrufen, die sich aus der hoffentlich bald erscheinenden Buchausgabe über den Inhalt des Stückes ein eigenes Urteil bilden werden. Der „Breslauer Ztg.“, deren Redaktionsverband der Verfasser mehrere Jahre angehört hat, ist der Inhalt des Dramas bekannt, und sie kritisiert das Zensurverbot auf Grund dieser Kenntnis also:

„Wir müssen gestehen, daß wir bei der Lektüre und nach der Lektüre an alles eher, als an die Möglichkeit gedacht haben, daß das Stück dem Zensurverbote verfallen könnte. Das Drama ist ein kräftiges, packendes, tieftragisches Familien- und Sittenbild, es steckt ein Stück Volkspsychologie darin, deren Wahrhaftigkeit sich niemand entziehen kann, es löst unseren Unwillen, ja unsere Entrüstung gegen eine bestimmte Sorte gewissenloser Volksaufhetzer aus, aber wie es geeignet sein sollte, die öffentliche Ordnung zu stören, ist uns völlig unerfindlich. Wir können uns nur einen Grund denken, der das Breslauer Polizeipräsidium zu seinem Verbot veranlaßt hat: es mag gefürchtet haben, daß antisemitische Hetzerbanden, die allerdings nicht glimpflich in dem Drama wegkommen, die Aufführung zum Anlaß der Inszenierung wüster Radauszenen nehmen würden. Wir glauben zwar nicht, daß eine solche Eventualität ernstlich zu befürchten wäre, wenn dem aber so wäre, ist es dann nicht weit eher die Pflicht der Polizei, Ordnung im Theater aufrecht zu erhalten, als Aufführungen zu verhindern, die einem gewissen süßen Pöbel gegen den Strich gehen? Haben Antisemiten-Rowdies in Deutschland das Privileg, gegen wahrhaftige Schilderungen ihrer Eigenart auf der Bühne geschützt zu werden? Diese Frage ist ohne Zweifel von kapitaler Bedeutung, und darum erscheint durchaus geboten, den Breslauer Fall durch alle Instanzen zu endgültiger Entscheidung zu treiben.“

Die „Königsb. Hartungsche Ztg.“, der das Stück ebenfalls bekannt ist, glossiert das Verbot folgendermaßen:

„Wir haben das Drama, das der polizeilichen Bevormundung zum Opfer gefallen ist, gelesen und geben mit dem Verfasser dem Polizeipräsidenten zu, daß es eine scharf ausgeprägte Tendenz trägt, ja, daß die Tendenz den Dichter so sehr beherrscht hat, daß sich die ganze künstlerische Idee ihr anpassen mußte. Das Drama behandelt den Ritualmord in Anknüpfung an bekannte, nunmehr schon einige Jahre zurückliegende Vorgänge. Mit voller Absicht hat der Verfasser in einem Vorspiele die Schuldfrage entschieden, indem er einen Tierarzt die Mordtat in begreiflichem Affekt als Retter seiner Ehre begehen läßt. Denn das Drama sollte kein Kriminal- und Sensationsstück werden. Wir sehen in den folgenden vier Akten, wie, geschürt durch ein skrupelloses, antisemitisches Demagogentum, das seine Motive aus den niedrigsten Geschäftsinteressen schöpft, eine ruhige, friedliebende Bevölkerung unter Benutzung dieser Mordtat in die Suggestion des Ritualmordes hineingetrieben wird, und wir sehen, wie dem blutigen Wahn der Friede und das Leben Unschuldiger zum Opfer fallen. Es ist ein tragisches, den Menschenfreund tief ergreifendes Bild, das wir schauen, Vorgänge, die mit künstlerischen Mitteln in kraftvoll packender Handlung dem Verstande und dem Herzen nahe gebracht werden. Eine schneidende Sprache spricht aus dem Drama, gerichtet gegen jene Volksverführer, die an dem Feuer, das sie mit der Brandfackel des Rassenhasses entzünden, ihr fettes Parteisüppchen kochen. Ihr trauriges Gewerbe wird allerdings schonungslos gebrandmarkt, den braven Männern von der „Bürgerzeitung“, die die antisemitische Nebenuntersuchung führen, wird die Maske ohne Erbarmen vom Gesicht gezerrt. Aber sind das etwa Gründe, die es verbieten, ein solches Drama zur Aufführung zu bringen? Steht die Breslauer Zensur etwa nicht auf dem Boden, daß das Blutmärchen ein Verbrechen an dem gesunden Sinne und an der Kultur der Menschheit ist? Hält die Breslauer Zensur es nicht mit uns für erwünscht, daß auch einmal durch die Unmittelbarkeit der Anschauung, wie sie ein ernstes Drama gewährt, gegen diesen Rückstand aus dem Mittelalter besonders wirksam angekämpft wird?

Wir glauben, daß die Breslauer Zensur sachlich völlig mit uns einverstanden ist. Das Verbot ist aus „Gründen der öffentlichen Ordnung“ erfolgt. Aus Gründen der öffentlichen Ordnung! Wem steigt dabei nicht unwillkürlich die Erinnerung an die wüsten Szenen auf, die sich vor den Augen der Polizei in den Pücklerversammlungen der Reichshauptstadt abspielen durften. Welch' ein Gegensatz! In Berlin eine Volksversammlung, zusammengesetzt aus Elementen, die man schwerlich zu den ruhigen und verständigen rechnen kann, ein Radaupublikum, zusammengerufen und zusammengekommen, um sich durch die ausschweifenden Reden eines Dreschgrafen zu antisemitischen Ausschreitungen aufreizen und aufhetzen zu lassen. Und hier verbietet man aus Gründen der öffentlichen Ordnung die Aufführung eines Dramas vor einem ernsten, zur Kritik erzogenen Theaterpublikum. Es gibt kaum ein Mittel, die Sinnwidrigkeit der Präventivzensur überhaupt und die Haltlosigkeit des Zensurverbotes in dem vorliegenden Falle so schlagend, so treffend und so eindringlich zu charakterisieren, als die Gegenüberstellung der beiden Tatsachen: Duldung von Pückler-Versammlungen und Verbot der Aufführung des Dramas „Wahn“.

Der Verfasser, Jakob Scherek, versendet an die Presse folgende Erklärung:

„Mein Drama „Wahn“ — ich bekenne es ohne Scheu — ist ein Tendenzdrama. Es schildert auf der Grundlage wirklicher Vorgänge, wie das Blutmärchen antisemitischer Agitatoren auf die Masse wirkt und schließlich eine friedliche Bevölkerung zu fanatischem Hasse und zu Gewalttaten treiben kann. Ich glaube, mein Thema bei aller Entschiedenheit der Tendenz mit künstlerischen Mitteln behandelt zu haben. Jedenfalls wird niemand, dessen bin ich sicher,, nach der Lektüre des Buches, des Ihnen seinerzeit zugehen wird, den sittlichen Ernst meines Dramas bezweifeln können. Die Wirkung des Stückes von der Bühne könnte höchstens die sein, Verhetzungen und Ausschreitungen, wie sie in dem Drama geschildert werden, für die Zukunft seltener, vielleicht unmöglich zu machen. Trotzdem hat die Breslauer Zensur die Aufführung verboten. Ich glaube, daß es Aufgabe der Presse ist, gegen diese mittelalterliche Institution der Bevormundung auch bei dieser Gelegenheit anzukämpfen und der Freiheit des dramatischen Schaffens Raum zu geben, auch wenn es den Rahmen ruhiger und gelassener Kunst sprengt, ihn sprengen muß, weil es der Stoff gebietet. Sollte ein Drama von der Bühne aus wirklich aufreizend wirken, so hat die Polizei wirklich genügend Mittel, einzuschreiten, und niemand wird es ihr verdenken, wenn sie in einem solchen Falle weitere Aufführungen eines Dramas verbietet. Aber diese Präventivzensur ist unwürdig, ist auch überflüssig. Wann hat je ein Drama in Deutschland Störungen der öffentlichen Ordnung herbeigeführt? Wann je ein Drama, von dem die Zensur Schlimmes erwartete? Selbst die gefürchteten „Weber“ konnten überall, auch vor einem Arbeiterpublikum, aufgeführt werden, ohne die geringsten Spuren von

Unruhen zu hinterlassen, — Theaterpublikum und Volksversammlungspublikum sind grundverschieden. Welch ein Gegensatz zwischen dem Verbote dieses Dramas, das die tragischen Wirkungen antisemitischer Verhetzung zeigt, und der langwährenden Nachsicht gegenüber den Pückler-Versammlungen, in denen ein radaulustiges Publikum zu Störungen der öffentlichen Ordnung geradezu aufgefordert wurde."

Die Juden in Italien. In dem „Israel. Familienblatt" berichtet Max Viola über ein Gespräch, das er im verflossenen Sommer in Padua mit dem dortigen Rabbino maggiore, Dr. Alessandra Zamatta, geführt hat.

Wo die Juden in alten Zeiten am schlechtesten behandelt wurden, fragte ich ihn. Er meinte, sie seien nirgends mit Handschuhen angefaßt worden. In Frankreich und in Deutschland, in Italien und in Spanien wurden sie beraubt, verjagt, vor die Inquisition geschleppt, erschlagen, verbrannt. Ich meinte, daß es ihnen in Spanien und in Italien am allerschlechtesten ergangen wäre. Der deutsche Bürger Bartholomäus Sastrow, der im sechzehnten Jahrhundert in Rom weilte, schreibt in seinen Memoiren: „Es gab aber zu Rom damals gar viele Juden, die haben eine besondere Gasse, die abgeschlossen werden kann. Denn in der Charwoche dürfen sie sich nicht auf der Straße blicken lassen. Das römische Volk ist dann so erbost und erbittert über sie, daß sie einen zu Tode prügeln würden, wenn sie ihn zu fassen kriegten. Das geschieht, weil die Juden um dieselbige Zeit den Herrn Christus gemartert und gekreuzigt haben. Erst am Osterabend sind sie wieder sicher und können ohne Lebensgefahr mit jedermann handeln und wandeln."

Diese Judenhetzen am Osterfeste haben sich, wie mehrere Historiker nachweisen, in Italien bis in das neunzehnte Jahrhundert erhalten. So mußte die jüdische Gemeinde in Rom alljährlich am Charfreitag einen Juden einliefern, der freiwillig die Taufe an sich vollziehen ließ. Zu diesem Behufe fahndete die Gemeinde nach irgend einem Individuum, das sich zur Taufe bereit erklären würde, fütterte und kleidete es das Jahr über, versah es mit Geld und verpflichtete sich, ihm eine schöne Summe auszuzahlen, wenn es einmal Christ geworden sein würde. Allein, noch viel ärgerer Schimpf wurde den Juden angetan. E. M. delle Grazie hat diese Dinge in einer sehr schönen kleinen Novelle erst ganz vor kurzem aufgefrischt. Der Inhalt dieses Geschichtchens beruht auf Tatsachen. Alljährlich wurde in Rom ein Haufen alter, kranker, breitiger Juden zusammengestellt, brustkranke, wassersüchtige, asthmatische, mit schweren Wunden behaftete, die mußten bloß mit einem langen roten Mantel bekleidet, mit Mauleseln, Büffeln und Pferden wettlaufen, bis sie tot zusammenbrachen. Zu Zehntausenden stand das Volk von Rom und ergötzte sich an diesem Schauspiel. Und es muß herrlich gewesen sein, als diese todkranken Juden dahinliefen, die roten Mäntel hinter den abgezehrten nackten Körpern einherflogen, bis die Gehetzten endlich tot zusammenstürzten.

So war es in Rom Einige von diesen grauenvollen Bildern erwähnte ich in meinem Gespräche mit dem Rabbino maggiore von Padua, und er, er lächelte. „Vergangene Zeiten, die nicht einmal mehr in der Erinnerung leben, meinte er. Es kam die Einigung Italiens und mit ihr die Befreiung der Geister vom Druck mittelalterlichen Wahnes Und überall, wo es der Befreiung des Vaterlandes galt, haben die Juden tapfer mitgeholfen, überall waren sie dabei Auch unter den Tausend von Marsalla befandrn sich acht Juden. Wer frägt heute in Italien, ob jemand Jude sei oder nicht? Kein Mensch! Niemandem war es eingefallen, den konfessionellen Standpunkt zu berühren, als ein Jude, der General Ottalenghi, zum Kriegsminister ernannt wurde. Und doch war das ein Ereignis, das in Europa völlig vereinzelt dastand. Und unser Luzzati, der ganz allein sämtliche Vorarbeiten für die große Konversion getroffen und unser Budget um viele Millionen erleichtert hat? Die gesamte Finanzwelt sieht staunend zu ihm auf, er ist heute der populärste Mann in Italien, und selbst dem kleinsten Winkelblättchen fällt es nicht ein, sein Judentum zu erwähnen, ja auch nur bar auf hinzuweisen, daß er Jude sei. Und wie es in der Hauptstadt ist, so ist es auch in der Provinz Unser Bürgermeister, der Sindaro von Padua, Giacomo Levici, ist Jude, von den sechs Abgeordneten Paduas sind drei Juden, und von den elf Professoren der hiesigen Universität sind zehn Juden. Und nie eine Rivalität, nie das geringste Mißverständnis. Der Jude ehrt den Christen und der Christ den Juden, und auf dem Felde des Gemeinwohles stehen sie in Reih und Glied nebeneinander. So kommt es, wenn die konfessionellen Unterschiede verschwinden, wenn die Menschen sich auf sich selbst besinnen und darnach handeln."

Ueber den Verband der „echt russischen" Leute wird der „Russ. Korr." geschrieben:

Mitglied des Verbandes kann jeder Bettler und Sänger werden; diese Elemente hat man im Verbande ganz gern, denn sie bilden, wenn auch ein verständnisloses, so doch ein gefügiges Material für die bedenklichsten Unternehmungen. Eine feste Organisation können sie jedoch keineswegs bilden. Die 800 Verbandsfilialen, an die der Vizepräsident des Verbandes, Herr Purischkewitz (übrigens Dumamitglied, dessen Mandat ernst bestritten wird und von der Duma noch nicht geprüft ist) seine Zirkulare sendet, existieren meistens nur auf dem Papier oder zählen je 10—15 Mitglieder, von denen ein Teil aus Geheimpolizisten und Spitzeln, ein anderer aus Mietlingen besteht.

Diese „800 Verbandsfilialen" hatten unlängst die Dreistigkeit, auf Befehl Purischkewitz', an den Kaiser Depeschen zu richten, in denen die sofortige Auflösung der „revolutionären Duma" gefordert wurde. Diese Depeschen trugen hunderte und tausende von Unterschriften, oder wurden im Namen tausender von den Führern unterzeichnet. Woher diese imponierende Massenbewegung? Nun erfahren wir aus den betreffenden Lokalblättern, sowie von vielen Gewährsmännern, daß an Ort und Stelle sich eine wahre „Unterschriftsindustrie" entwickelt hat, daß man für geringen Lohn Unterschriften von Leuten kaufte, die nichts gemein hatten mit dem Verbande und denen man eine ganz andere Adresse vorgespiegelt hat; auch Kinder und Halberwachsene haben die Depeschen „unterzeichnet". Was die Versammlungen anbetrifft, in denen die Kundgebungen beschlossen wurden, so fanden sie nur dort statt, wo die örtliche administrative Behörde an der Spitze der Verbandsfiliale steht; und auch dort protestierten die Besucher gegen die Depeschen, obwohl man ihnen einflüsterte, daß die Duma den Zaren zu beseitigen und einen Juden auf seine Stelle zu erheben plane.

Ob der Empfänger der „echt-russischen" Depeschen über die wahre Bedeutung und den wahren Charakter dieser Kundgebungen unterrichtet ist? Die Depeschen haben jedenfalls vorläufig ihr direktes Ziel nicht erreicht. Der am 23. April in huldvoller Audienz empfangene Dumapräsident, Herr Golowin, gewann die Ueberzeugung, daß die Depeschen den gewünschten Eindruck keineswegs machten. Aber die Launen und Stimmungen sind oben verständlich. Inzwischen trösten sich die „echt-russischen Führer" in der Zuversicht, daß, wenn nicht die Dumaauflösung, so doch wenigstens ein „guter" Program ihnen gelingen müsse.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 19. **Berlin, 8. Mai 1907.** **17. Jahrgang.**

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition,** Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Wiener Brief.

VIII.

(Die Christlichsozialen im Wahlkampfe. — Dr. Mandels Tod)

Wien, den 5. Mai 1907.

Eine kurze Spanne Zeit trennt uns noch von dem Tage, an dem der neue Reichsrat gewählt werden wird. Alle Parteien arbeiten jetzt mit dem Aufgebote ihrer ganzen Kraft, um das Glück an ihre Fahnen zu fesseln. Kein Wunder, wenn man nun in Oesterreich überall die erwartungsvolle Frage hört: Was wird der 14. Mai bringen? Darüber freilich wissen auch die erprobtesten Wahlpropheten keinen Bescheid zu geben, denn noch nie fehlten die Voraussetzungen für ein ernstes Urteil so ganz wie diesmal. Aber schließlich muß man ja nicht der Zeit vorauseilen, zumal die Erscheinungen der Wahlbewegung fast ebenso interessant sind wie die ziffernmäßigen Ergebnisse der Abstimmung. Besonders lehrreich ist es, die Stellung der christlichsozialen Partei zu beobachten, denn keine andere Gruppe zog so siegesgewiß und selbstbewußt in den Kampf, wie der Anhang Dr. Luegers. Selbst die Sozialdemokratie, die von dem allgemeinen gleichen Wahlrechte naturgemäß am meisten erhoffen durfte, hatte die Tugend der Bescheidenheit geübt, denn die Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen haben sie zur Vorsicht ermahnt. Nur die Antisemiten trugen die Köpfe hoch und gaben sich den Anschein, als hätten sie mit des Geschickes Mächten einen ewigen Bund geflochten. Heute sind sie allerdings schon etwas bescheidener. Vor allem hat ihr Reichspartei-Traum zu schweren Enttäuschungen geführt, so daß man bereits allgemein von einer „Reichsblamage" spricht. In der Bukowina konnten die Wiener Emissäre wohl einige Versammlungen abhalten, aber an einen erfolgreichen Wettbewerb ist nicht zu denken. Dagegen haben die undankbaren Schlesier den Herren aus Wien einen so unfreundlichen Empfang bereitet, daß über die Stimmung in diesem Grenzlande kein Zweifel übrig blieb. Auch in Deutschböhmen wird die Partei voraussichtlich auf keinen grünen Zweig kommen. Das ist umso bemerkenswerter, weil sie hier eine alte Organisation besitzt und seit vielen Jahren ihre eigenen Organe erscheinen läßt. Doch wenn nicht alle Zeichen trügen, werden die Christlichsozialen nicht einmal im „schwarzen Winkel", in der Umgebung von Warnsdorf, einen nennenswerten Erfolg erzielen, obwohl dort einst der antisemitische Pater Opitz eine große Rolle gespielt hat. Die Erfahrungen, die den christlichsozialen Agitatoren in Krain erblühten, sind nicht weniger unerfreulich. Die Partei hatte dahin einen niederösterreichischen Bauernabgeordneten geschickt, von dem sie hoffen durfte, daß er die richtige Sprache finden würde. Allein er kam garnicht zum Sprechen, denn die Rückreise mußte über Hals und Kopf angetreten werden. Die Krainer Erlebnisse brachten die Wiener Antisemitenpresse in eine arge Verlegenheit. Sonst waren an den Niederlagen in der Agitation selbstredend die „Judensozi" schuld, auf die Krainer Verhältnisse aber konnte dieses beliebte Schlagwort nicht angewendet werden. Gut christliche Bauern hatten den Herren aus Niederösterreich die Tür gewiesen.

Merkwürdig scheint sich der Wahlkampf in Tirol abzuspielen. Dort handelt es sich für die Antisemiten darum, den Klerikalen den Boden abzugraben; das heißt: die Altklerikalen — die Partei der Bischöfe — sollen durch die Jungklerikalen — die Häuptlinge der Kaplanokratie — verdrängt werden. Den Altklerikalen scheint tatsächlich bange zu sein und sie haben deshalb wiederholt den Versuch gemacht, ein Kompromiß zustande zu bringen, das jedoch von den Antisemiten beharrlich abgelehnt wurde, weil diese in offener Schlacht eine größere Beute zu erzielen wähnen. Das „Wiener Vaterland", das Organ des Episkopats, hat dieses Ringen stets mit großer Besorgnis und mit unverhohlenem Verdrusse verfolgt. Allein in der letzten Zeit brachte es einen sehr zufriedenen Leitartikel, in dem darauf hingewiesen wurde, daß in einigen Bezirken wenn auch nicht offizielle, so doch inoffizielle Kompromißkandidaten aufgestellt worden sind. Gleichzeitig führte es aus, daß dies durch die Tatsache ermöglicht ward, daß die Tiroler Christlichsozialen ihr eigenes Programm hätten. Das „Reichsprogramm" sei eben nur ein Rahmenprogramm, das den Fortbestand verschiedener, dem Charakter der einzelnen Provinzen besser entsprechender Grundsätze nicht ausschließe. Da hat man es nun schwarz auf weiß: Zwanzig Jahre haben die Christlichsozialen überhaupt kein einheitliches Programm gehabt, jetzt endlich besitzen sie ein solches, aber die einzelnen Teile der Partei tun doch, was ihnen beliebt.

Die Erfahrungen, die von den Antisemiten in ihrem Stammlande, in Niederösterreich, und vor allem in Wien gemacht werden, sind gleichfalls nicht geeignet, das Selbstbewußtsein der neuen Reichspartei zu heben. Ohne den Wahlergebnissen vorzugreifen, kann man beruhigt sagen, daß der Wahlkampf für die Christlichsozialen besonders in Wien eine moralische Niederlage ohne gleichen gebracht habe. Die Partei, in der einst Dr. Luegers eiserner Willen herrschte, ist vollständig demoralisiert. Jeder Tag der Wahlbewegung machte es deutlicher, daß sich im

gewerblichen Mittelstande, in dem die Christlichsozialen die Säule ihrer Macht fanden, ein langsamer, aber erfreulicher geistiger Umwandlungsprozeß fühlbar mache. Die Beamtenschaft, die in der Reichshauptstadt, wo alle Zentralbehörden ihren Sitz haben, immerhin ein politischer Faktor ist, hat sich schon offiziell von den Christlichsozialen losgesagt. Die Beamten und Lehrer, die sich in den neunziger Jahren an Dr. Lueger anschlossen, machten den Stolz der Antisemiten aus, denn die Gefolgschaft der Intelligenz breitete über die Partei des „kleinen Mannes" einen gewissen Nimbus aus. Der Einzug des Antisemitismus in die Kreise der „Studierten" bedeutete den größten Erfolg der christlichsozialen Agitation. Aber man scheint die Sachlage im Siegesrausche verkannt zu haben. Die Beamten bekehrten sich nicht zum parteipolitischen Antisemitismus, sondern sie rückten ostentativ von dem versumpften Altliberalismus ab. Es war eine politische Demonstration und keine Manifestation der Bekehrung zur Heilslehre der Wiener Demagogen. Gewiß, den einen oder anderen mochten die Versprechungen der damaligen Oppositionspartei und die Aussicht auf einen Anteil an den Eroberungen angelockt haben, doch bei der Mehrzahl dürfte dies nicht der Fall gewesen sein. Wie immer: Die Beamten stellen sich jetzt auf ihre eigenen Füße und Prinz Alois Liechtenstein, der mit dem Führer der jungen Beamtenorganisation im Wahlkampfe steht, wird manche sorgenvolle Stunde haben.

Und noch ein Moment darf nicht vergessen werden, das freilich der Eigenart der Wiener Verhältnisse entspringt. Dr. Lueger hat vor Jahresfrist einem Interviewer gesagt, daß er seine Siege nicht zuletzt den Frauen danke, und damit nur den gebührenden Zoll der Dankbarkeit entrichtet. Die christlichsozialen Amazonen waren eine Spezialität der Wiener Wahlkämpfe. Wer nicht mit eigenen Augen sah, welche Agitationskraft von den christlichsozialen Frauenvereinen aufgebracht wurde, der kann sich schwer einen Begriff machen, was die politische Unterstützung durch die „christlichen Frauen Wiens" für die Entwicklung des Antisemitismus bedeutete. Worin lag nun die Anziehungskraft, die der Antisemitismus auf die Frauen ausübte, begründet? War's die Idee, die zur Opferfreudigkeit entflammte? War's Haß, der zum Kampfe anspornte? Nichts von dem! Wie in der ganzen christlichsozialen Bewegung hat auch bei den Frauen eine Person gesiegt: Dr. Lueger, der seinerzeit in seinem Auftreten noch durch den Zauber der Neuheit begünstigt wurde. Der „schöne Karl": das war bald das personifizierte Programm der schönen Wienerinnen und gleichzeitig ihr Ideal, ihr Abgott. Doch an Götzenbildern nagt der Zahn der Zeit; aus dem schönen Manne mit den feurigen Augen und der anfeuernden Zunge ist ein müder Kranker geworden und die Wiener christlichsoziale Frauenbewegung hat ihren Elan, ihre Kraft eingebüßt . . .

Während die antisemitische Partei im heißen Wahlkampfe steht, ist ein Mann gestorben, der, ohne es zu wollen, auf ihre Begründung großen Einfluß genommen hatte. Dr. Ignatz Mandl, der einstige demokratische Gemeinderat der Stadt Wien, hat sein Leben ausgehaucht, nachdem er, der einst populärste Mann der Hauptstadt, in fast zwanzig Jahren der vollständigen Zurückgezogenheit Ereignisse heranziehen sah, die ihm früher undenkbar erschienen wären. Dr. Mandl ist der Entdecker Dr. Luegers gewesen; er zog den jungen, strebsamen Advokaten aus dem Lager der Liberalen in den Kreis der Demokraten; er ging mit ihm von Versammlung zu Versammlung und stützte die junge Kraft durch seine Autorität und Beliebtheit. Doch für die beiden Freunde kam die Stunde der Trennung. Dr. Lueger wurde Antisemit und bekämpfte seinen ehemaligen Freund — den „ungarischen Juden" Dr. Ignatz Mandl. Der eine stieg, der andere fiel. . . . Später soll Dr. Lueger die Aussöhnung herbeigeführt haben und es heißt, daß er an der Seite Mandls stand, als dieser vor einigen Jahren zum römisch-katholischen Glauben übertrat. Zwanzig Jahre nur und doch was liegt dazwischen . . . !

rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Angehörigen des Geschlechts derer von Puttkamer scheinen sich allenthalben in ihren Anschauungen und in der souveränen Verachtung alles Bürgerlichen gleich zu sein. Im Wahlkreise Züllichau-Krossen-Schwiebus gibt es einen Amtsvorsteher und Bürgermeister v. Puttkamer, der, wie wir dem Kommissionsbericht über die Wahl des dort gewählten freikonservativen Reichstagsabg. Schlüter entnehmen, dem Gastwirt Schulze in Wellmitz, bei dem eine liberale Versammlung abgehalten wurde, gegenüber erklärte, „einem solchen Juden" wie dem Prof. Franz von Liszt, solle er sein Lokal nicht geben.

Auf welcher Bildungsstufe mag dieser Herr stehen, der über die Person des gefeiertsten deutschen Strafrechtslehrers so hervorragend informiert ist!

Antisemitismus unter den Postbeamten. In dem Organ für die Interessen der Beamtinnen der Post, Telegraphie, Telephonie und der Eisenbahnen Deutschlands und Oesterreichs, „Der Fernsprecher", ist kürzlich über die angestrengte Sonntagsarbeit im Telegraphendienst geklagt worden, welche durch die sonntäglichen Hochzeiten verursacht wird und in einer verhältnismäßig kurzen Zeit nur dadurch zu bewältigen ist, daß die Aushilfsbeamten und zwar ohne Entschädigung ihren freien Sonntag Nachmittag opfern müssen. Die Klage scheint nicht ganz unberechtigt; aber in dem Artikel tritt dann auch sofort der „antisemitische Pferdefuß" zutage, denn es heißt dann wörtlich: „Merkwürdigerweise werden auch gerade an unseren größten Festen, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, die größten jüdischen Hochzeiten ausgerichtet, oft am ersten Feiertage, an dem jede andere geräuschvolle Festlichkeit streng untersagt ist. Und warum müssen wir als christliche Beamte unsere höchsten Feiertage zu gemeinen Werktagen erniedrigen? Weil es den Juden gerade gelegen kommt, ihr Familienfest an diesen Tagen zu feiern, damit sie sich deshalb kein Geschäft entgehen zu lassen brauchen. Warum benützen sie dazu nicht ihre Feiertage? Weil sie ihnen für derartige Feste zu heilig sind; den christlichen Staatsbeamten aber muten sie zu, ihre höchsten Feiertage privaten Interessen der Israeliten zu opfern und die Beamten sind schlimmer daran als Kommis und Verkäuferin, die doch wenigstens den Sonntag zu ihrer Erholung, zu ihrem Vergnügen haben." — Dem von dem antisemitischen Verfasser der betreffenden Klage gerügten Uebelstande wäre leicht abzuhelfen, bemerkt hierzu das Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, ohne den Juden zuzumuten, ihre Familienfeste auf jüdische Feiertage zu verlegen, wenn der Beschwerdeführerin eine größere Anzahl jüdischer Kollegen im Telephon- und Telegraphendienst zugesellt würde. In neuerer Zeit soll dies bereits in geringem Maße geschehen sein. Würde die Zahl der jüdischen Beamtinnen entsprechend ihren Fähigkeiten vermehrt, dann bedürfte es nur der einfachen Anweisung, die jüdischen Telegraphen- und Telephonbeamtinnen an jüdischen Feiertagen vom Dienst zu dispensieren und dafür auf den Sonntagsdienst zu verweisen. Dieselben würden sicher mit Freudigkeit auf manche Sonntagsvergnügungen verzichten, um am Sonnabend den Gottesdienst zu besuchen und am Sonntag die Familienfeste ihrer Glaubensgenossen durch die

prompteste Erledigung von Glückwunschtelegrammen verherrlichen zu helfen. Ob das im Sinne der wenig judenfreundlichen Mitarbeiterin der Zeitschrift „Der Fernsprecher“ ist oder nicht, würde uns wenig kümmern, wenn die Postbehörden unseren Vorschlag in freundliche Erwägung ziehen wollten. Was die bestellenden Postbeamten betrifft, so glauben wir übrigens bemerkt zu haben, daß in ihren Kreisen keine Abneigung dagegen besteht, alle die angenehmen Botschaften in die Festgesellschaften hereinzutragen. Im Gegenteil, an manchen Orten sollen die Meldungen zu diesem Dienstzweige Gegenstand eines recht erfreulichen Wetteifers der Postboten gewesen sein.

München, 24. April. Die letzte Nummer des antisemitischen „Grobian“ ist wegen eines Titelbildes „Ein Ritualmord“ konfisziert worden. Das Amtsgericht München I, Abteilung für Strafsachen, erließ gegen den Herausgeber des Blättchens, Josef Anton Leib, wegen groben Unfugs einen Strafbefehl, lautend auf eine Geldstrafe von 100 Mark.

Vermischtes.

Borkum und die jüdischen Badegäste. Auf eine Beschwerde über die Behörden des Nordseebades Borkum, die der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an den Minister des Innern gerichtet hat, hat der Minister folgendermaßen geantwortet:

„Dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens teile ich auf die Eingabe ergebenst mit, daß die Behörden in Borkum etwaigen Ausschreitungen gegen jüdische Besucher des Badeortes entschieden entgegentreten. Es sind auch in dem zur Sprache gebrachten Falle des Bilderhändlers Sander mehrere Personen, die sich an den tumultuarischen Auftritten beteiligt hatten, der Amtsanwaltschaft in Emden zur Bestrafung angezeigt worden. Das gegen sie eingeleitete Strafverfahren schwebt z. Z. noch in der Berufungsinstanz. (gez.) v. Bethmann-Hollweg.“

Angeklagt waren in dieser Strafsache, wie uns mitgeteilt wird, der Kaufmann Heinrich Kellner aus Berlin, der Kaufmann Ernst Weber aus Hannover, der Schüler Wolff von Lynker aus Wiesbaden, der Student Andreas Ihlenburg aus Leipzig. Das Schöffengericht zu Emden verurteilte in der Sitzung vom 21. Dezember v. J. nur den Kaufmann Weber wegen Gebrauchs eines falschen Namens (er hatte sich bei dem Radau dem Gendarmen gegenüber den Namen Meier beigelegt) zu 3 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten v. Lynker und Ihlenburg wurden freigesprochen, weil nicht festzustellen war, ob sie die sogenannte schwarz-weiße Kompagnie am 11. August vor das Hotel „Deutsche Warte“, wo sich das Geschäftslokal des Sander befand, geführt, hier das Borkumlied haben singen lassen und sich selbst am Gesange beteiligt haben. Gegen den Angeklagten Kellner mußte das Verfahren eingestellt werden, weil er nicht aufzufinden war. Das Gericht hatte den Antrag auf Gegenüberstellung der Zeugen und Angeklagten abgelehnt; der Kläger hat nun mit Rücksicht auf die in Borkum herrschende antisemitische Strömung, welche ihm die Zitierung von Zeugen sehr erschwert, von der Einlegung der Berufung Abstand genommen.

Die Juden der Provinz Posen sind bekanntlich die Prügelknaben sowohl der Polen wie der Deutschen. Das dort beliebte Verwaltungssystem hat zur Folge, daß die in der Provinz wohnhaften christlichen Deutschen ihre jüdischen Mitbürger als nicht zu sich gehörig betrachten, die letzteren aber für ihre verkannte gut deutsche Gesinnung dadurch büßen müssen, daß sie von den Polen boykottiert werden. In welcher Weise dies geschieht, erhellt aus dem Bericht des Polizeiassessors Augustini über eine kürzlich in Rogasen abgehaltene „Straz“-Versammlung. Nach diesem Bericht hat in jener Versammlung der polnische Lizentiat Jaworski aus Posen u. a. gesagt:

„Zu ihrer Verteidigung brauchen die Juden Geld! Wieviel polnisches Geld wird aber noch zu den Juden getragen! Ich habe in polnischen Häusern überall Kalender gesehen, welche nicht von Landsleuten stammen, jüdische Bilder; beinahe die ganze Parochie kauft leider bei Juden! Sind denn die Juden die Freunde der Polen? Bei den Wahlen hätten Sie sehen können, wie diese sich verhalten haben! Selbst Gebetbücher werden bei Juden gekauft! Wie danken die Juden den Polen dafür? Einen Beweis dafür bietet die Umtaufung des altpolnischen „Inowrazlaw“ in „Hohensalza“! Dafür, daß sich die Inowrazlawer Juden an dem polnischen Adel und dem polnischen Arbeiter bereichert haben, haben sie „Inowrazlaw“ in „Hohensalza“ umgetauft. Jetzt leben sie von dem polnischen Gelde in Berlin! Pflicht des polnischen Volkes ist es, fortan nur bei Landsleuten zu kaufen, sonst begeht man eine Sünde an der Nation! „Swoj do swego!“ — „ein jeder zu den Seinigen“ — muß das Losungswort eines jeden Polen sein. Diesen Spruch müßte ein jeder Pole über seine Tür anbringen, seiner Frau müßte ein jeder Pole einen Zettel mit diesem Losungswort auf den Rücken kleben, wenn sie in die Stadt geht. Wenn die Frauen Waren von Andersgläubigen nach Hause bringen, sollten die Männer diese Waren hinauswerfen. Weshalb bereichern sich denn alle Juden? Weil sie es „verstehen“. Ich will nicht zum Boykott auffordern, nicht Rassenhaß gegen die Deutschen predigen, sondern dem Volke nur dartun, daß es sich verteidigen müsse. „Gebt mir die Versicherung, daß ihr alle fortan nur bei unseren Landsleuten kaufen werdet.“ — Die Versammelten riefen begeistert: „Wir versprechen das!“ — „Ich werde nun bestimmt wissen, wer fortan bei Fremden kaufen wird: denn nun habe ich auch Spione, ich habe die „Straz“! Wenn Ihr seht, daß ein Pole zu einem Andersgläubigen geht, so zeiget mit dem Finger auf ihn! Wozu sollen die Polen z. B. ihr Bier bei „Fremden“ trinken? Gibt es doch genug polnische Kneipen! Nächstens werden die Versammelten ein Verzeichnis aller polnischen Geschäfte erhalten! Zu tadeln ist es, daß, wenn ein Pole einmal wohlhabender wird, er von seinen Landsleuten sofort beneidet wird. Wenn dagegen ein Jude oder Kommerzienrat nach Berlin fährt, so beneidet ihn darum niemand! Die Lage der Polen ist sehr bedrängt und schmerzlich. Sie müssen endlich aufhören, mit der Regierung und allen anderen zu kokettieren, nur auf sich allein müßten sie sich verlassen! Möge Deutschland mit England und Frankreich sich abgeben, mit dem Auslande, da hat es genug zu tun.“

Jeder Kommentar ist hier überflüssig, denn wer den Eindruck kennt, den solche Reden geistlicher Herren auf die polnischen Landsleute machen, wird sicher nicht verkennen, wie schwer die Juden für eine politische Gesinnung zu büßen haben, die dort, wo sie vernünftigerweise Anerkennung finden müßte, nahezu unbeachtet bleibt. Der Tertius gaudens ist dabei der fanatische Pole, denn er erwirbt stets für einen Spottpreis die verlassene Scholle, wenn der deutschgesinnte Jude den Staub von den Füßen schüttelt.

Der bisherige Chef der Nordseestation, Admiral von Bendemann, der, noch nicht 60 Jahre alt, sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, und durch Vizeadmiral v. Ahlefeld ersetzt werden soll, gehört zwei Alt-Berliner Künstlerfamilien an. Sein Vater, ein Sohn des jüdischen Bankiers Bendemann, war der bedeutende Historienmaler, der den südlichen Idealismus der Schadowschule mit realistischer Auffassung zu vereinigen suchte. In der Nationalgalerie hängt ein Bild „Wegführung der Juden in die babylonische Gefangenschaft“. Er selbst nannte sich den „Idyllenmaler des alten Testaments“. Er heiratete die Tochter des „alten Schadow“. In Dresden, wo der Maler Bendemann Professor der Kunstakademie war, ward der heutige Admiral von Bendemann, der 1864 in die Preußische Marine als Kadett eintrat, am 5. August 1848 geboren. Bendemann besitzt das nur in drei Exemplaren an Angehörige der Marine verliehene Eiserne Kreuz, das

er sich als junger Leutnant in dem Seegefecht auf der Reede von Havanna zwischen dem Kanonenboot „Meteor" und dem französischen Aviso „Bouvet" am 9. November 1870 erwarb.

Antisemitische Postkarten. Nach den Bestimmungen der Postordnung vom 11. Juni 1892 und vom 20. März 1900 sind Postsendungen, deren Außenseite oder Inhalt, so weit es offensichtlich ist, gegen die Gesetze verstößt, das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit verletzt, von der Beförderung ausgeschlossen. Außerdem hat am 4. Februar 1898 im Deutschen Reichstage der damalige Staatssekretär des Reichspostamts die Erklärung abgegeben, daß „Postkarten nicht befördert werden dürfen, durch welche sich Bewohner Deutschlands beleidigt fühlen". Wir richten an unsere Leser die Bitte, sobald Beförderungen von Briefen und Karten mit aufgeklebten antisemitischen Siegelmarken erfolgen, uns sofort davon Kenntnis zu geben, damit das erfolgt, „wozu die bestehenden reglementarischen und gesetzlichen Vorschriften eine Handhabe bieten."

Aus Julius Rodenbergs Kindheitstagen. In einem dieser Tage erschienenen Erinnerungsblatt des Fünfundsiebzigjährigen, „Aus der Kinderzeit" (Berlin Gebr. Paetel) entwirft der Dichter selbst ein fesselndes Bild seiner Jugend. Wir entnehmen einem in der „Frankf. Ztg." veröffentlichten Referat von Ernst Heilborn das Folgende:

Das stille kurhessische Landstädtchen Rodenberg, noch von keiner Eisenbahn berührt, tut sich auf, ein Knabe mit lichtbraunen Locken spielt da unbefangen und bescheiden umher, und zu Häusern mit streng jüdischer Lebensführung öffnet sich die Tür. Dies alles aber, wie fern es liegen mag, tritt einem greifbar und anteilnahmeheischend vor Augen. Denn all diese anspruchslosen Bilder sind vor der Seele eines Mannes wiedererstanden, der dem Leben allezeit mit tiefer und frommer Dankbarkeit gegenübertrat, sie sind in anmutiger, aber zugleich sehr liniensicherer Gestaltung dem Leser vergegenwärtigt.

Das in der Vorderstraße gelegene Geschäft, in dem natürlich all und jedes zu haben war — von der Bernsteinschnur, mit der sich die bäuerlichen Bräute der Umgegend schmückten, bis zu den Korinthen, von denen der Knabe wohl heimlich nahm, um sie einer kleinen Freundin zuzustecken — war von dem Großvater auf den Sohn vererbt. Aber von kaufmännischer Tüchtigkeit scheint der Vater des Dichters nicht mehr sonderlich viel besessen zu haben, etwas Schlemihlhaftes muß ihm eigen gewesen sein, und lächelnd erzählt Rodenberg, daß der Vater eines Nachts von einer Stafette geweckt und ihm mitgeteilt wurde, das große Los sei ihm zugefallen, — er aber eingestehen mußte, dasselbe Los tags vorher als unabsetzbar nach Kassel zurückgeschickt zu haben. Er hatte feine geschichtlichen Neigungen, denen er im stillen nachhing, ohne doch eigentliche Studien zu treiben, und ließ es gern geschehen, daß die Mutter sich mit kundigerer Hand des Geschäftes annahm. In der Erinnerung an die Mutter geht dem Erzählenden nach so langen Jahren das Herz weit auf! Man nimmt teil an ihrem rastlosen Mühen in Haus und Laden, man sieht sie ihren reichen Blumenflor im ländlichen Garten pflegen, man ist gegenwärtig, wie sie ihren Kindern immer wieder das eine Gebot der Wahrhaftigkeit einschärft, man findet sie abends bei der bescheidenen Lampe über ihren Goethe gebeugt. Der Sohn nimmt Abschied und kehrt in das Elternhaus zurück, — es ist nicht viel die Rede davon, aber man fühlt es, wie er in diese Mutterarme flüchtete.

Patriarchalischer, steifer, für eine ältere jüdische Generation charakteristisch, das Bild der Großmutter väterlicherseits. Es ist etwas Herbes in ihrer Frömmigkeit. Ihr Zimmer ist bilder- und blumenlos, sie sitzt am Fenster, blickt auf die Straße hinaus und strickt unablässig Strümpfe. Ihr Interesse ist auf ihre Familie beschränkt. Sieht sie draußen die Kinder ihres Sohnes, so heitern sich ihre Züge auf, und es berührt nachdenklich, wenn diese Frau sterbend den Namen ihres Enkels nennt und der junge Student draußen in der Fremde, ohne von ihrer Erkrankung zu wissen, um die nämliche Stunde von einer großen, lähmenden Sorge um sie befallen wird. Sehr fest spinnen sich die Familienbande in solcher Enge. Und neben dem Porträt dieser Großmutter hängt das des Großvaters mütterlicherseits. Er war ein Mann, der sich in seiner Weise mit dem Leben abzufinden wußte. Als blutjunger Mensch war er in den ersten Anfängen der Revolutionszeit unter dem Herzog von Braunschweig mit seinem Marketenderwagen nach Frankreich gezogen, war drauf und dran, von den Franzosen standrechtlich erschossen zu werden, entwischte, zog mit seiner Violine von Dorf zu Dorf, bis er sich in das Herz einer jungen, wohlhabenden Witwe spielte. In Rodenberg hauste er, gealtert, eine Zeit lang. Da saß er in Schlafrock und weißer Zipfelmütze, die lange Pfeife im Munde und die Schnupftabaksdose neben sich, im stets überheizten Zimmer, schmorte seine Bratäpfel und „lernte" aus hebräischen, talmudistischen Schriften. Außer dem Kalender kam nie ein deutsches Buch in seine Hand.

Man gewinnt ein anschauliches Bild von der jüdischen Frömmigkeit jener Zeit, da in dem hessischen Landstädtchen noch das beste Einvernehmen zwischen Christen und Israeliten herrschte. Im Hause der Großmutter war noch das Thorazimmer, mit Betpulten und den geweihten Schränkchen und den großen, in Leder gebundenen Büchern. Schlichen sich die Kinder da hinauf, so fühlten sie das Pochen ihrer kleinen Herzen, und dem Knaben war es, als höre er das leise Rauschen des Jordans, wenn ihm die Großmutter die Hand aufs Haupt legte und der alte Segensspruch über ihre Lippen kam: „Gott lasse dich werden wie Ephraim und Manasse!" Aus den Schriften des Alten Testaments weht dem Kinde zuerst der lebendige Odem der Dichtung entgegen, und seine ersten poetischen Versuche galten einer metrischen Uebersetzung der Psalmen. Aber es sind Jahre vergangen, und der zum Jüngling Herangewachsene weilt um die Osterzeit wieder bei dem talmudbeflissenen Großvater, allerlei treibend, was der strenge Ritus nicht dulden will. Der Greis bewegt leise die Hand und meint: „Es macht nichts." Und er erzählt die Anekdote vom Rabbi Hillel, zu dem ein Ungläubiger einst gekommen sei und gemeint habe, er wolle die Religion annehmen, wenn der Rabbi sie ihn lehren könne, so lange er auf einem Bein stehe. Worauf der Rebbi: „Liebe Gott, deinen Herrn, über alles und deinen Nächsten wie dich selbst!"

Wie fühlt man sich ja bald in dem kleinen Städtchen vertraut, wie treten einem Dinge und Menschen, von so guten, milden Augen gesehen, recht herzlich nahe! Groß ist die Zahl der eigenartigen und eindrucksvollen Persönlichkeiten. Es fehlt nicht an einem absonderlichen Verbrecher, dessen Geschichte sich spannend genug liest, im mattgrünen Zimmer der Großmutter kommen die Honoratiorendamen zum Kaffee zusammen, und man lernt sie kennen. Von einem aber, von dem Rodenberg erzählt, soll auch hier die Rede sein.

Er lebte als junger Mann eine Zeitlang im Städtchen und war dankbar genug, wenn er im Rodenbergschen Hause es sich einmal wohl sein lassen durfte oder zum Whist gerufen wurde. Er hatte das Bankgeschäft erlernt und trieb sich stellen- und mittellos bei seinem Bruder, der in Rodenberg Gemeindelehrer war, umher. Niemand traute ihm etwas Rechtes zu. Nach Jahren aber war Rodenberg bei diesem selben Mann in London eingeladen. Sein Haus war eines der fürstlichen Paläste im Westen der Stadt, Diener in Livree mit dem Wappen auf den Knöpfen servierten bei Tische, durch die Laubkronen des Parks sah man zu Kensington hinüber. Der Mann aber, der den weiten Weg aus dem kurhessischen Städtchen in das fashionable London und den weiteren aus Dunkel und Armut zu Berühmtheit und Reichtum zurückgelegt hatte, war der „Baron" Reuter, der Begründer des weltbekannten Telegraphenbureaus.

Lebensmöglichkeiten ... das ist es, was mir Rodenbergs kleines Buch, ganz abgesehen von der Persönlichkeit seines Verfassers, so lieb gemacht hat: es ist ein Buch der Lebensmöglichkeiten. Wie in dem Garten hinter dem Hause der Mutter jede Pflanze gedeiht, so auch hier. Der Kreis ist eng gesteckt. Aber man hat das Gefühl, über keimkräftigen Boden zu schreiten.

Ueber das Judentum in der Musik veröffentlicht A. E. Keeton in der „Contemporary Review" einen Essai, der zweifellos von Uebertreibungen nicht frei ist; jedenfalls ist es aber nicht ohne Reiz, diese Frage einmal von einem unzweifelhaft arischen Forscher behandelt zu sehen, der im antisemitischen Auffassung gegenüber das entgegengesetzte Extrem vertritt. Nach Keeton ist der Ursprung der zeitgenössischen Musik nicht in der alten klassischen Zivilisation zu suchen; die Auffassung, die die modernen Völker von der Musik haben, unterscheidet sich ganz wesentlich von der, die die Griechen und die Römer hatten, und nähert sich in mancher Hinsicht den Begriffen, die sich die alten Juden von der Musik machten. Die moderne Musik habe also ihren Ursprung in der hebräischen Zivilisation, und es sei darum nicht wunderbar,

daß die Musik gerade in solchen Ländern, in welchen die israelitische Bevölkerung sehr zahlreich ist, zur höchsten Blüte gelangen konnte. Keeton will nun zwar nicht behaupten, daß Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Chopin, Liszt, Wagner u. a. persönlich Juden waren — der festen Ueberzeugung, daß alle diese Großen unter ihren Vorfahren irgend einen Juden hatten, ist er aber doch ... Wenden wir uns nun anderen Komponisten zu, meint Keeton weiter, so haben wir festzustellen, daß die große Komponistenfamilie Strauß sicher jüdischen Ursprungs ist. Bemerkenswert ist auch auf diesem Gebiete die Fähigkeit der Juden, sich dem sozialen Milieu, in welchem sie leben, vollständig anzupassen. Meyerbeer gab der großen französischen Oper das Gepräge, das sie noch heute hat; die Musik des jüdischen Komponisten Saint-Saëns hat die charakteristischen Merkmale echt französischer Musik; Mendelssohn schrieb Oratorien, die vom Geist des Christentums mehr aufweisen als die Oratorien der allerchristlichsten Komponisten; Rubinstein komponierte eine Musik, die jeder Russe als echt russisch bezeichnen wird.

Karlsruhe. Aus dem Verein zur Förderung des Handwerks und der technischen Berufsarten unter den Israeliten des Großherzogtums Baden wird berichtet: Die fünf Lehrlinge, die in dem Lehrlingsheim zu Karlsruhe untergebracht sind, berechtigen zu den besten Erwartungen. Zwei von den russischen Pogromwaisen übernahm der Verein auf seine Kosten in Obhut und Pflege. Eine Enquete über das Schicksal der früheren Lehrlinge hatte ein gutes Resultat. 44 arbeiteten mit gutem, teilweise ausgezeichnetem Erfolge als Meister oder Gesellen in ihrem erlernten Handwerk; nur zehn mußten den Beruf verlassen, teilweise wegen Krankheit, teilweise wegen Familienverhältnisse, und nur sechs wegen Unfähigkeit. Nahezu 70 Prozent der ehemaligen Pfleglinge sind also dem Handwerk mit gutem Erfolge treu geblieben. Die Einnahmen des Vereins betrugen 5813,90 Mark, die Ausgaben 5782,75 Mark, das Vermögen 16 620,40 Mark. Der Verein hat innerhalb seines Wirkungskreises in 24 Gemeinden 254 Mitglieder.

Die Tragödie des „kleinen Kohn". In der Honvedhusarenkaserne in Budapest hat sich vor einigen Tagen ein jüdischer Rekrut in dem Moment erhängt, als eben der Generalinspektor der ungarischen Landwehr, Erzherzog Josef, erschienen war, um das Regiment zu inspizieren. Der Selbstmörder war der malträtierte 22jährige, aus Badkert gebürtige Heinrich Kohn, der im Oktober vorigen Jahres zum zweiten Zuge der ersten Eskadron des Honvedhusarenregiments Nr. 1 eingereiht wurde. Der Name Kohn ward ihm zum Verhängnis. Heinrich Kohn war, wie die derzeit im Zuge befindlichen Recherchen ergaben, ein pflichttreuer Soldat, aber ein schlechter Reiter. Bei den Reitübungen zog er sich Kontusionen, Quetschungen und schmerzhafte Ausreibungen zu; doch der Wachtmeister glaubte ihm das nicht und wollte es auch nicht gestatten, daß er sich marod melde. Kohn mußte trotz seiner brennenden Wunden weiter reiten. Vor einigen Tagen hatte die erste Eskadron in der gedeckten Reitschule Uebung, und Kohn mußte trotz der furchtbaren Schmerzen, von denen er geplagt wurde, mittun. Der Uebung wohnte auch der Oberleutnant Baron Elemer Kemeny bei. Gegen ½10 Uhr rief plötzlich der Korporal: „Wo zum Teufel ist denn der kleine Kohn?" Jetzt erst bemerkte man, daß Kohn fehle. Zwei Soldaten machten sich auf die Suche und fanden ihn schließlich in der Sattlerwerkstätte an einem Nagel aufgehängt. Die beiden Soldaten schlugen Lärm. Der Husar Badasz schnitt den Selbstmörder ab, man holte rasch den diensttuenden Militärarzt, der jedoch nur mehr den bereits eingetretenen Tod Kohns konstatieren konnte.

Der Eskadronskommandant wollte die Leiche unauffällig beiseite schaffen lassen, und die ganze „Kleinigkeit" wäre, wie gewöhnlich, vertuscht worden, wenn nicht plötzlich Erzherzog Josef in der Kaserne erschienen wäre. Der Erzherzog bemerkte, wie man die Leiche Kohns aus der Sattlerwerkstätte trug und erfuhr so den ganzen Sachverhalt. Erzherzog Josef ließ sofort die ganze Eskadron antreten und richtete an sie eine Ansprache. Rittmeister Hüttner forderte auf seinen Befehl die Mannschaft auf, daß jene, die etwas Näheres über den Selbstmord Kohns wissen, vor denen er sich etwa beklagt haben sollte, vortreten mögen. Es meldeten sich ein Patrouilleführer und drei Husaren. Auf Befehl des Erzherzogs wurden hierauf der Gefreite und die drei Husaren in die Regimentskanzlei beordert. Das Verhör leitete Major Alfred Yull, und der Erzherzog war beim Verhör bis mittags anwesend. Die Soldaten erklärten, daß die Offiziere der ersten Eskadron außerordentlich streng und bis zur Brutalität rücksichtslos waren. Hauptsächlich richteten sich ihre Klagen gegen den Rittmeister Josef Hüttner, den Oberleutnant Baron Elemer Kemeny und den Wachtmeister Johann Kun. Sie behaupteten, hauptsächlich von letzterem geprügelt, geohrfeigt und sonst malträtiert worden zu sein. Sie mußten ohne Steigbügel und ohne Sattel reiten, und wenn sie sich marod meldeten, wurden sie bestraft. Der Erzherzog war von diesen Aussagen außerordentlich gerührt und gab während der Protokollaufnahme seiner Entrüstung wiederholt Ausdruck. Er erklärte nun dem Major Alfred Yull gegenüber, daß er über die Behandlung der Mannschaft, speziell aber über den Fall Kohn die strengste Untersuchung fordere. Alle Protokolle in dieser Affäre müssen ihm vorgelegt und die Schuldigen exemplarisch bestraft werden.

Der Fall Kohn kehrt, bemerkt die „Oesterreichische Wochenschrift" hierzu, unter anderem Namen immer wieder zurück, alljährlich wird eine jüdische Mutter ins Herzen getroffen, weil ihr Sohn in der Blüte seiner Jugend sein Judentum hat mit dem Leben bezahlen müssen. Noch steht uns das Schicksal vor Augen, das vor einem Jahre ein jüdischer Einjähriger in Czernowitz hatte, den Schinderskneckte in Uniform in den Tod getrieben haben. So fallen bedauernswerte Opfer ihres Judentums bald hier, bald dort in der Armee, manchmal in der Stille, manchmal wird Lärm geschlagen, mancher übersteht die Marter; aber es steht fest, daß der Antisemitismus auch im Heere große Fortschritte gemacht hat und immerfort tragische Folgen zeitigen muß.

Die Schuldigen im Falle Kohn sind nicht nur in seinem Regiment zu suchen, sondern viel, viel höher. Man kennt die Geschichte von dem leisen Tadel, den der Brigadier gegen den Obersten aussprach. Dieser gab ihn schon als scharfe Rüge weiter, der Feldwebel empfing ihn schon als Donnerwetter, und der Mann bekam Ohrfeigen und flog in den Arrest. Einen ähnlichen Weg machte der Antisemitismus. Vom Ministerium wird er stillschweigend geduldet, von den Offizieren laut gelobt und von der Mannschaft ausgeführt. Nicht von allen. Viele Offiziere verschmähen es, aus dem Fahneneid, der die Kameradschaftstreue beschwört, einen Meineid zu machen, viele sind eingedenk des Wortes von weiland Kronprinz Rudolf: „Der Offizier ist ein Kavalier in Uniform." Ist es nun Sache eines Kavaliers, einem Menschen die Treue gegen die Religion und Sitten, ihn sein Aeußeres entgelten zu lassen? Nimmt der Kavalier an der Hetze gegen einen schwächeren und hilflosen Volksstamm teil, folgt er den Predigten einiger verkommener Trottel? Gerade die in-

telligenten Offiziere müssen den tiefen Unsinn des Rassenhasses am meisten empfinden. Denn die österreichisch-ungarische Armee ist doch aus so vielen Nationalitäten zusammengesetzt, daß beinahe die Anzahl der Regimenter erreicht wird, und jede von ihnen hat mehr oder weniger sympathische Eigentümlichkeiten. Setzt man diese dem einzelnen Mann auf die Rechnung? Nur den Juden läßt man unter den Lügen leiden, welche ihm die erfolgreichen Spekulanten auf menschliche Bestialität aufgebracht haben, nur von den Juden erhebt man neben der Blutsteuer noch einen schimpflichen Tribut in Form eines Ehrverlustes, den sie gerade im Rock des Kaisers wehrlos erleiden müssen.

Ueber eine rituelle Blutabzapfung in Wien hatte die „Neue Bayerische Landesztg." ihren Lesern eine gruselige Geschichte aufgetischt. Wenige Tage darauf aber sah sich das bauernbündlerisch-antisemitische Blatt von seinem eigenen Wiener Korrespondenten zu folgender Richtigstellung veranlaßt:

„Das „Deutsche Volksblatt" erzählt, daß der jüdische Generalagent Richard Heller in der Mittwochnacht vor Ostern mit zwei Juden in das Zimmer seiner Dienstmädchens gedrungen, ihr ein nasses Tuch auf den Mund gedrückt, dann eine Ader am Bein geöffnet und Blut abgezapft habe. Das Mädchen sei während dieser Prozedur von den zwei Juden festgehalten worden. Am Morgen lief das Dienstmädchen fort und machte Lärm. Selbstverständlich macht diese Mitteilung in der durch die starke Wahlbewegung ohnehin stark aufgeregten Bevölkerung ungeheure Sensation und die Polizei macht noch die gleiche Dummheit wie die Judenblätter, die ganze Angelegenheit durch unwahre Angaben zu entstellen. Richtig scheint uns nur die Annahme der Spitalärzte zu sein, daß das Mädchen hysterisch sei und an der Einbildung leide, denn von Verletzungen sei nichts zu entdecken. Herr und Frau Heller sind als anständige Leute bekannt, welche ihr Dienstmädchen sehr gut hielten."

Ritualmordmärchen. Aus Sofia, 3. Mai, wird der „Voss. Ztg." gemeldet:

Seit zwei Tagen versucht ein Teil der Tagespresse das alte Blutmärchen aufzuwärmen und hält die Gemüter in Erregung. Anlaß dazu gab folgender Vorfall: Am Mittwoch verschwand das noch nicht 10jährige Töchterchen eines Generals. Nach einigen Stunden kehrte es ins Elternhaus stark verstört zurück und erzählte, es sei von zwei jüdischen Trödlern vor dem Hause, vor dem es Versteck gespielt hatte, fortgeschleppt, durch verschiedene Straßen geführt und in ein verfallenes, entlegenes Haus gelockt worden. Als es Lärm schlug, hätten es zwei uniformierte Passanten befreit und die Trödler das Weite gesucht. Die Uniformierten hätten es einem Passanten übergeben, der es einige Straßen vor dem Elternhaus verlassen habe. Diese augenscheinlich dem hysterisch veranlagten Kinde suggerierte oder autosuggerierte phantastische Erzählung fand Glauben beim Vater, fand in Zeitungen und sogar die Polizei sucht die „jüdischen Trödler mit dem roten Barte". Heute wurden alle jüdischen Trödler polizeilich vernommen und mußten vor der kleinen Heldin vorüberziehen. Diese sagte einem Trödler auf den Kopf zu, er sei der Entführer. Die hirnverbrehtesten Geschichten werden in Umlauf gesetzt. Offenbar will man Stimmung für einen Progrom machen.

Eine Meldung vom 6. Mai lautet:

Das Gericht scheint dem neulich gemeldeten Blutmärchen keinen sonderlichen Glauben beigemessen zu haben. Die Untersuchungsbehörden enthafteten ohne jede Bürgschaft die der Entführung des Töchterchens eines Generals beschuldigten zwei jüdischen Trödler.

Die Pogrom-Saison. Man schreibt der „Russ. Korresp." aus Petersburg:

Beim Herannahen des Osterfestes wird die jüdische Bevölkerung des Ansiedelungsrayons alljährlich in eine gewisse Unruhe und Furcht vor Pogromen versetzt. Die Erfahrungen der Vergangenheit beweisen, daß diese Befürchtungen nicht unbegründet sind. Die ersten jüdischen Pogrome der neuesten Zeit, die von Kischinew und Schitomir wurden an den Ostertagen ausgeführt, an Tagen des Festes der Liebe und des Friedens. Im laufenden Jahre ist angesichts der Rolle, die der Verband der „echt-russischen" Leute spielt, die Gefahr solcher Exzesse keineswegs geringer. Aus verschiedenen Städten des Südens und Westens kommen beunruhigende Nachrichten über das aggressive und provozierende Treiben der Verbandsmitglieder, die ganze Städte und Ortschaften terrorisieren. Die bedrohte und geängstigte Bevölkerung wendet sich nach alter Gewohnheit an die Behörden; ihre Deputierten unterhandeln darüber mit Stolypin. Der Ministerpräsident bemüht sich, die Bittsteller zu beruhigen, indem er versichert, daß alle Maßnahmen zur Verhinderung von Exzessen getroffen seien. Und doch wird die allgemeine Unruhe nicht geringer.

Herr Stolypin richtete neulich ein Zirkular an die Gouverneure, in dem kategorisch erklärt wird, daß im Falle von Ruhestörungen die Verantwortung dafür die provinziellen Behörden und die Gouverneure persönlich tragen müßten. Aber ähnliche Zirkulare erließ man auch früher; auch damals machte man die Gouverneure auf ihre Verantwortlichkeit aufmerksam. Es ist jedoch kein einziger Fall bekannt, daß schuldige Beamte tatsächlich zur Verantwortung gezogen wurden. Im Gegenteil, sie blieben in ihren Aemtern und Würden und wurden oft sogar noch befördert.

Es sind aber auch Fälle bekannt, daß Beamte und sogar Gouverneure, die pflichttreu ihres Amtes walteten und Pogrome zu verhindern suchten, die Unzufriedenheit ihrer Vorgesetzten erregten und gemaßregelt wurden. Ein Beispiel zeigt, wie gering die reale Bedeutung der Verfügung des Ministers ist.

Nach den Pogromen von Kischinew und Homel kam im April 1905 die Stadt Schitomir an die Reihe. Am dritten Ostertag wurde hier eine gut vorbereitete Judenmetzelei planmäßig ausgeführt. Es war ein Vorspiel zu jenen Greueltaten der Gegenrevolution, die nachher in den Oktobertagen 200 Städte und zahllose Dörfer mit Blut überschwemmten. Der Schitomirer Pogrom ging ganz „ordnungsmäßig" vor sich. Man tötete und raubte am hellen Tage in Gegenwart von Polizei und Militär. Gleichzeitig huschten plötzlich aufgetauchte Hooligans hin und her und verbreiteten die albernsten Märchen über angebliche Greueltaten von Juden gegen Christen und christliche Heiligtümer. Endlich gelang es, dem Pogrom ein Ende zu machen. Kaum war die Ruhe, wenigstens nach außen hin, hergestellt, als schon eine offizielle Mitteilung des Ministeriums eintraf, wonach die böswilligen Märchen als festgestellte Tatsachen offiziell bestätigt wurden. Die Regierung teilte mit, die Juden hätten selbst den Pogrom provoziert, sie hätten auf das Bild des Kaisers geschossen, hätten die Christen angegriffen und mißhandelt, das Kloster und die Mönche bedroht und beschimpft usw. Zur Bekräftigung dieser Angaben wurden eine Reihe von Personen genannt, die von den Juden angeblich mißhandelt sein sollten. Später hat sich erwiesen, daß die Begründung der ministeriellen Mitteilung erdichtet war: die darin genannten Personen leugneten, irgend etwas zu wissen, und die offizielle Lüge zeigte sich in schönster Gestalt. Damals aber

rief die durch „Tatsachen begründete" offizielle Mitteilung in dem bisher ruhigen und friedlichen Schitomir eine begreifliche Empörung gegen die Juden hervor. Um neuen schrecklichen Exzessen vorzubeugen, wandte sich der Schitomirer Gouverneur, Herr Kataley, telegraphisch an seinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Kiewer Generalgouverneur Kleigels mit der Bitte um Richtigstellung der offiziellen Mitteilung. Er wies auf die drohende Gefahr hin und bat um Einsetzung einer Senatorenkommission zur Untersuchung der ganzen Angelegenheit. Die Bitte des Gouverneurs wurde abschlägig beschieden. Zur Untersuchung wurde nur ein Polizeibeamter kommandiert. Bald nachher wurde der Gouverneur Kataley nach Petersburg befohlen und seines Postens enthoben. Er hatte seine Pflicht, Pogromen vorzubeugen, zu ernst aufgefaßt. Solche Gouverneure sind zu unbequem. Dagegen begünstigt und befördert man die Pogrommacher.

Darum verfehlt auch das neueste Zirkular Stolypins sein Ziel: man kann sich nicht beruhigen, weil man weiß, daß solche Kundgebungen stets den Pogromen vorangehen und in der Regel erfolglos bleiben. Auch versendet der Verband der „Echt-russischen" ein Gegen-Zirkular, worin erklärt wird, daß die Verfügung des bestochenen „jüdischen" Ministeriums den gerechten Zorn des Volkes nicht aufhalten dürfe.

Aus den Akten über den Pogrom in Bialostok ist die „Russ. Korrespondenz" in der Lage, nachstehende Angaben zu veröffentlichen:

Der stellvertretende Untersuchungsrichter des Schwurgerichts für wichtige Angelegenheiten der Stadt Grodno, dem die Untersuchung in dem Prozeß über den Judenpogrom auf dem Bialostoker Bahnhof am 1. und 2. Juli 1906 übertragen worden ist, hat festgestellt, daß nach den Aussagen der Augenzeugen die Schuld an dem furchtbaren Judenmassakre auf dem Bialostoker Bahnhof folgenden Personen zuzuschreiben ist: 1. dem Stationschef Tschapow, 2. dem Wahliner Sektionschef der Petersburg-Warschauer Eisenbahn-Gendarmerie-Verwaltung, dem Rittmeister Trapuzin, 3. der Stationsgendarmerie und zwar vor allem dem ältesten Unteroffizier Michana, 4. dem Kommandanten der Station, Oberstleutnant Schröter und schließlich dem Militär, das am Bahnhof Wache hielt.

Eine eingehende Untersuchung über die Schuld der Beamten der Zivil- und Militärgewalt wegen ihrer Untätigkeit bei den Gewalttaten ist nicht eingeleitet worden, weil die gegenwärtige Untersuchung nur die Tatsache eines Pogroms und die Umstände, unter denen er stattfand, feststellen soll. Eine Feststellung der Verbrechen der Beamten, gegen die zahlreiches Material gesammelt ist, ist noch nicht beabsichtigt.

Die Untersuchung hat festgestellt, daß die Exzesse am 1. Juli 1906 auf dem Bialostoker Bahnhof von 3 Uhr 55 Min. bis 4 Uhr 44 Min. andauerten und aufhörten, als die Züge abgingen. In dieser Zeit befanden sich auf dem Bahnhofe vier Ortsgendarmen und während des Aufenthaltes des Zuges der Süd-West-Eisenbahn sieben Gendarmen und zehn Soldaten. Aber weder der Stationsvorsteher noch die Gendarmen ergriffen irgendwelche energische Maßnahmen, um die Verbrechen zu verhindern. Nur an den Türen der ersten Wagenklassen wurden einige Soldaten aufgestellt. Da es ihnen aber an Instruktionen fehlte, verteidigten sie die angegriffenen Juden nicht. Allerdings erfreuten sich am 1. Juli einige Juden des Beistandes der Bahnhofsverwaltung, aber nur solche, die dem Stationsvorsteher bekannt waren und die sich in den Warenspeicher geflüchtet hatten. Die Gendarmen erklärten, sie hätten einige Juden in Schutz genommen, als Beispiel nannten sie Herrn Abramowski. Dieser aber stellt das entschieden in Abrede. Erst auf Veranlassung des Stationschefs von Grodno wurden die Juden mit einem Zuge vom Bahnhof entfernt und in Sicherheit gebracht.

Die Untätigkeit der Gendarmen bei den Greueln ist klar erwiesen. Eine direkte Beteiligung an dem Pogrom durch Beibringung von Säbelhieben, Plünderung und Rufe wie: „Schlagt die Juden tot!" konnte den Gendarmen nicht zweifellos bewiesen werden, obgleich die meisten Verletzten dies behaupten.

Am 2. Juli begannen die Exzesse schon am Morgen, und es war bald ersichtlich, daß sie an diesem Tage noch mit verstärkter Gewalt einsetzen würden. Nichtsdestoweniger verlangte der Bahnhofsvorsteher kein Militär; erst späterhin ersuchte er um — 20 Soldaten. Der Vorsteher entschuldigte sich damit, daß die telephonische Verbindung mit dem Garnisonchef unterbrochen war und daß er keinen Boten auftreiben konnte. Diese Gründe sind nicht stichhaltig; denn von 7 Uhr abends am 1. Juli bis zum Morgen des 2. Juli war es auf dem Bahnhof ganz ruhig. Der Verkehr mit der Militärverwaltung war durchaus nicht unterbrochen.

Rittmeister Trapuzin wies die Bitte des Wahliner Gendarmeriechefs um Hilfe an den Vorsitzenden des örtlichen Komitees des verstärkten Schutzes, den Ingenieur Kassunerowitsch, der bekanntlich erst in 24 Stunden Hilfe bringen konnte. Diese Handlungsweise des Rittmeisters ist geradezu ungesetzlich. Er mußte sofort, ohne erst den Gouverneur zu befragen, Militär von der benachbarten Garnison requirieren. Erst am 2. Juli um 11 Uhr 40 M., nachdem zahlreiche Fälle von Judenmißhandlungen vorgekommen waren, erinnerte sich der Rittmeister der gesetzlichen Vorschriften. Am 2. Juli wurden von den Gendarmen nur beschützt der Inhaber des Nähmaschinen-Magazins Gottlieb und der Ritter des militärischen Verdienst-Ordens Kuchert, die Bekannte des Gendarmeriechefs waren. In allen übrigen Fällen schritten die Gendarmen nicht ein.

Einige Gendarmen machten zwar Anstalten, einzuschreiten, als die Plünderungen überhand nahmen und Juden getötet wurden. Sie ließen aber jede Energie dabei vermissen. Sie erschienen nur dann, wenn die Opfer schon getötet oder schwer verwundet waren und nach der Klinik transportiert werden sollten. Meist wurde aber von ihnen jede Hilfe geradezu verweigert. Sie ließen sogar die Juden nicht in den Wartesaal zweiter Klasse, der ihnen eine Zuflucht geboten hätte. Sie erklärten im Widerspruch zu den Gesetzen, sie hätten nicht die Pflicht, die mißhandelten Juden in Schutz zu nehmen. Der Platz vor dem Bahnhofe gehöre zu dem Bereich der allgemeinen Polizei. Sie ließen die Juden Amiller, Altmann und Tribling nicht auf die sichere Plattform, sondern zwangen sie in den Kreis der Plünderer zurück. In den rettenden Zug nach Grodno ließen sie Juden nur mit Fahrkarten.

Der Stationsvorsteher benahm sich nicht anders. Als er sah, wie die Aufrührer Juden mißhandelten und auf den Bahnhofsplatz hinschleppten, zog er sich in den Wartesaal erster Klasse zurück und traf keinerlei Maßnahmen, um die Greueltaten zu verhindern. Seine Behauptung, er habe die Dragoner zum Einschreiten aufgefordert und diese hätten nicht gehorcht, widerspricht allen Zeugenaussagen. Er hat die Dragoner nicht aufgefordert, die rohe Menge zu zerstreuen. Diese, unter der Führung des Leutnants Pomeranzew II, griffen daher auch nicht ein. Auch die Mörder verfolgten sie nicht. Weder am 1. noch am 2. Juli wurden die Plünderer verhaftet, obgleich am Nachmittage des 2. Juli und am 3. Juli Dragoner und Soldaten vom Wladimirschen Regiment eintrafen und die Plünderer sich vor ihren Augen in der Trunkenheit auf dem Boden wälzten. Die Anstifter des Pogroms waren im Gesicht, an den

Händen und Kleidern mit Blut besudelt, atso leicht erkenntlich. Niemand aber dachte daran, sie festzunehmen.

Sogar die Leichen der getöteten Juden wurden vor dem Hohn und Spott der Menge durch die Soldaten nicht geschützt. Das rohe Volk schlug auch auf die Leichname noch wild ein.

Es wurde kein Protokoll über die furchtbaren Taten aufgenommen, die Leichen wurden nicht rekognosziert, so daß allmählich die Spuren der Verbrechen verwischt werden konnten.

Das Gerücht, das sich in der Stadt verbreitet hatte, daß der Gouverneur erlaubt habe, die Juden zu töten, wurde von keiner Seite zerstreut. Auch als Mititär anlangte, blieb der Bahnhof unbewacht. Man ließ die Plünderer weiter wüten, das Mititär schaute ruhig zu; Offiziere und Mannschaften waren darin einig. Selbst auf dringende Aufforderungen und Bitten hin rührten sie sich nicht. Alte Offiziere, die mit ihren Soldaten den Bahnhof besetzt hatten, haben sich dieses Verbrechens schuldig gemacht.

Das Kriminalgericht hat infolgedessen bestimmt:

Ueber die Handlungsweise des Wohliner Sektionschefs der Gendarmerie der Polizeiverwaltung der Eisenbahn, Rittmeister Traputzin, des Unteroffiziers derselben Abteilung Peter Michanow, des Leutnants des 11. Charkower Dragoner-Regiments Pomeranzew II und des Kommandanten der Station Bialostok, Oberstleutnant Schröter, dem Prokurator des Grodnoer Schwurgerichts zur weiteren gerichtlichen Verfolgung Mitteilung zu machen. Soweit die Akten der Voruntersuchung.

In Wirklichkeit ist jede Verfolgung unterblieben und es haben alle obengenannten Angeklagten Beförderungen und Belohnungen erhalten.

Ein Stammbuch der Frankfurter Juden bietet eine kürzlich aus der Feder von Alexander Dietz — einem Nichtjuden — im Verlage von J. St. Goar-Frankfurt a. M. erschienene Geschichte der in dem Zeitraum von 1349—1849 in Frankfurt a. M. ansässig gewesenen Juden. Uns interessiert an dem wertvollen Quellenwerk im Hinblick auf die heutigen Tageskämpfe insbesondere folgende Stelle (S. 343):

„Obgleich keine deutsche Stadt einen solchen Stamm alter Familien aufzuweisen haben wird wie unsere vormals freie Stadt Frankfurt a. M., so hat doch das von mir vor 10 Jahren herausgegebene Frankfurter Bürgerbuch den Beweis geliefert, daß im Allgemeinen das Alter der christlichen Familien wesentlich überschätzt worden ist. Bis zu Luthers Zeiten lassen sich nur etwa 20 Familien, an deren Spitze die Holzhausen, zurückverfolgen. Gegenüber dieser Feststellung muß das nunmehr von mir nachgewiesene Alter der hiesigen Judenschaft als ein ganz erstaunliches betrachtet werden. Gerade die bekanntesten und mitgliederreichsten Familien wie die Zunz (1495), Rindskopf (1498), Doctor und Dondorf (1499), Schwarzschild (1499), Cahn, Schiff und Spanier (1505), Goldschmidt (1521), Landau und Ochs (1523), Haas, Kann, Beer und Stern (1530), Hahn und Rothschild (1530), Oppenheimer (1531) und viele andere sind in der Zeit vor 1550 hier eingewandert und bilden heute noch wie vor 300 und mehr Jahren den wichtigsten Bestandteil der jüdischen Gemeinde. Die im Folgenden mitgeteilte Altersfolge der jüdischen Familien liefert sogar den sicheren Beweis, daß unter ihnen nicht verhältnismäßig, sondern auch absolut mehr alte Familien vorhanden sind wie unter der ganzen übrigen Bevölkerung unserer Stadt."

Diese Feststellung zeigt an einem prägnanten Beispiel recht sinnfällig, wie es mit dem albernen antisemitischen Schlagwort von dem „Wirtsvolk" und dem „Gastvolk" in Wahrheit bestellt ist.

Die Judenfrage in der Duma. Der Petersburger Korrespondent des Warschauer Blattes „Unser Leben" hatte eine Unterredung mit dem jüdischen Dumaabgeordneten Schapira über die Behandlung der Judenfrage in der Duma. Schapira sagte ihm, daß das Hauptreferat über die jüdischen Angelegenheiten von einem christlichen Dumaabgeordneten erstattet werden wird, dessen Name aber vorläufig noch nicht genannt werden könne. Die jüdischen Abgeordneten suchen eine zufällige, nicht planmäßige Erörterung der Judenfrage in der Reichsduma zu vermeiden, um der Rechten keine Gelegenheit zu geben, daß sie von den Juden herausgefordert würde. Die Hauptdebatte über die Judenfrage soll aus Anlaß der Erörterung über den die Gewissensfreiheit betreffenden Gesetzentwurf erfolgen. Die jüdischen Abgeordneten hoffen, daß die Mehrheit der Reichsduma sich hierbei für die Gleichberechtigung der Juden aussprechen werde, doch meint Schapira, daß der Reichsrat einem dahin abzielenden Beschluß der Duma die Bestätigung versagen wird. Der „Verband zur Erringung der Gleichberechtigung der Juden" hat ein sieben Druckbogen umfassendes Verzeichnis aller die Juden beschränkenden Gesetze zusammengestellt und gibt auch ein Buch über diesen Gegenstand heraus.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — J. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

☛ Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post. ☚

Nr. 20/21. Berlin, 15. Mai 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3576.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Senalt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

☛ Wegen der Feiertage fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen“ aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Theatralische Entrüstung.

Eine sittliche Entrüstung ist die Eruption einer sittlichen Natur, sie ist die Empörung des gerechten Sinnes gegen das Ungerechte, die Abneigung des Wahrheitsgefühls gegen das Erlogene, Schlechte. Eine solche Entrüstung wirkt wie ein herrliches Gewitter naturreinigend, und man darf mit ihr nicht rechten, wenn sie über das Ziel hinausschießt und in ihren Worten nicht sehr wählerisch ist. Denn es muß Momente im menschlichen Leben geben, wo die Leidenschaft stärker als die Vernunft ist, wo die Sittlichkeit mächtiger als die Sitte ist. Eine Sittlichkeit, die mit der inneren Natur verschmolzen ist, die gleich einer Pflanze aus dem inneren Leben sprießt, ist nicht nur psychologisch, sondern auch in ihrer moralischen Wirkung viel wertvoller als eine angelernte, von der Vernunft oder gar der Mode diktierte. Eine solche Entrüstung wird daher, selbst wenn sie übertreibt und in der Form die Gesetze des Schönen verletzt, bei jedem ernsten Menschen ein Gefühl hoher Achtung und tiefer Sympathie auslösen. Widerlich dagegen wirkt eine rein theatralische Entrüstung, hinter der keine Sittlichkeit, sondern eine leere Schablone steckt. Eine geheuchelte Entrüstung im Dienste eines engherzigen Parteiprogramms, eine Entrüstung, die vor dem Spiegel einstudiert und mit künstlichem Pathos hinausgeschmettert wird, kann uns im günstigsten Falle nur ein mitleidiges Lächeln abringen, in den meisten Fällen erregt sie geradezu Ekel, weil sie Unnatur ist.

Das ist es, was einer feineren Natur den Antisemitismus so abstoßend macht, daß in ihm alles theatralisch zugestutzt, alles auf den äußeren Effekt berechnet ist. Alles ist bei diesen politischen Brettelhelden Komödie. Mögen sie sanft säuseln und die Volksretter spielen, mögen sie hohe patriotische Töne anschlagen und die tragische Rolle des um die Nation trauernden Propheten spielen, — alles ist auf die Wirkung der Galerie, auf den Pöbel zugeschnitten. Wenn der Herausgeber der „Wahrheit“, der nur vom sensationellen Schmutze lebt, sich sittlich entrüstet, so kann man darüber nur lachen. Wenn ein Liebermann v. Sonnenberg, der auch, wenn er zu Bett geht, sein teures „von“ nicht vergißt, demokratische Anwandlungen bekommt, so wirkt das operettenhaft. „Das Klappern gehört zum Handwerk“, sagt der politisch Blasierte; wem aber die Politik die Verkörperung des öffentlichen Gewissens bedeutet, der wendet sich mit Abscheu von diesen häßlichen Erscheinungen ab.

Dieser Tage ist ein neuer Akt zu der unendlichen antisemitischen Komödie hinzugekommen. Die Antisemiten und ihre agrarischen Gönner alarmieren das deutsche Volk, weil drohende Zeichen Gefahr verkünden. Was ist denn geschehen? Zwei Vertreter der Hochfinanz, die übrigens beide dem Judentum seit lange nicht mehr angehören, sind vom Kaiser in den Adelstand erhoben worden. Nun ist die Verleihung von Orden und Titeln und die Standeserhebung ein unbestrittenes Recht der Krone, und niemand von den Herren Volksrettern würde sich entrüsten, wenn der ehemalige Bierbrauer Schulz oder Großmetzger Müller zum Freiherrn ernannt würde. Da aber die Ahnen der jüngst Ausgezeichneten Juden waren, ist die Empörung groß, und diejenigen, die sich für gut konservativ und patriotisch halten, begreifen gar nicht, daß ihre mindestens geschmacklose Kritik sich im Grunde gegen den Kaiser und nicht gegen die Juden richtet. Jeder vernünftige Bürger wird dem Kaiser so viel Einsicht und Klugheit zutrauen, daß er sich um die Person, die in Frage steht, gut informiert und keinen Unwürdigen auszeichnet. Kaiser Wilhelm ist trotz aller Romantik, mit der er sich gern umgibt, ein durch und durch modern denkender Mann, und er betrachtet die Verbreitung von Industrie und Handel für ebenso verdienstvoll wie den Kartoffelbau. Wenn er also die hervorragendsten Vertreter der Finanz und der Großindustrie auf seine Weise auszeichnet, so läßt sich gewiß vom Standpunkte des Rechts nichts dagegen einwenden. Daß ein moderner Monarch keine Blutanalysen vornehmen läßt und mehr auf den Charakter als auf die Abstammung sieht, das ist eigentlich selbstverständlich. Für den vernünftigen Menschen gibt es also gar keinen Grund, sich über diese lediglich Hofangelegenheit aufzuregen. Entweder man stellt sich auf den demokratischen Standpunkt, daß ein freier Bürger überhaupt nicht mehr in einen höheren Stand versetzt werden kann, dann muß man die ganze Sache als rein dekorative Angelegenheit betrachten und darf ihr gar keinen Wert beilegen. Oder man ist konservativ und betrachtet das Traditionelle als historisch berechtigt, dann muß man im Kaiser den höchsten Vertreter des Adels erblicken, der allein

berufen ist, zu bestimmen, wer in den höchsten Stand hineingehört. Aber eine demokratische Maske zu tragen und die Standeserhebung zu einer Staatsaktion aufzubauschen, oder eine konservativ-patriotische Gesinnung zur Schau zu tragen und den Kaiser gewissermaßen unter Kuratell stellen zu wollen, — das ist komisch. Es ist die alte Erfahrung: jede Anschauung, die nicht aus dem Inneren fließt, krankt an der ewigen Inkonsequenz und muß an sich selbst zugrunde gehen.

Geradezu unwürdig ist die Art, wie diese Angelegenheit in der antisemitischen Presse behandelt wird. Die „Deutschsozialen Blätter" des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, klagen, daß ihnen von den Verdiensten der neuen Edelmänner um Volk und Vaterland nichts bekannt ist. Ja, das ließe sich gewiß mit noch mehr Recht von vielen Vertretern des alten Adels sagen. Weiß Herr Liebermann v. Sonnenberg vielleicht Zuverlässiges von den Heldentaten seiner Ahnen zu erzählen? Oder sind sie vielleicht schon im Vorgefühl der heroischen Taten ihres großen Sprossen geadelt worden? Es mag unter den Adeligen in Deutschland gewiß viele sehr tüchtige Männer geben, die für das Vaterland Großes geleistet haben, alle aber sind es gewiß nicht, und der Prozentsatz der verdienten Männer unter dem Adelstande ist kaum größer als unter dem Bürgertum. Daß man einem alten Geschlechte angehört, mag einen persönlichen Stolz einflößen, ein Verdienst ist es nicht. Die größten Kartoffeln zu produzieren und im Spielen, Trinken und in anderen Vergnügungen den Uebermenschen zu markieren, das gilt im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr als Heroismus. Noch komischer klingt die versteckte Drohung:

„Der deutsche Adel steht ja leider salchen exzentrischen Erscheinungen machtlas gegenüber und muß seinen Grimm still hinunterschlucken; aber es fragt sich doch, ab er nicht zu einem Schutzverbande zusammentreten muß, der sich auf irgend eine Weise unerwünschte und ungeeignete Elemente fernhalten kann."

Ja, was will denn der Adel tun? Will er Sturm gegen den Kaiser blasen? Nun, an gutem Willen dazu hat es ihm nie gefehlt und so oft die Regierung eine Reform im Geiste der Neuzeit geplant hat, versagte der konservativ-agrarische Adel die Gefolgschaft nach dem Spruche:

„Und der Kaiser absolut,
Wenn er unseren Willen tut."

Aber an Macht fehlt es ihm eben, denn dem Adel sind im modernen Leben alle Vorrechte genommen und auch geistig kann er auf keinen großen Einfluß Anspruch erheben, er ist nichts weiter als ein Rudiment alter Zeiten. Wir wissen also wirklich nicht, was der Adel hier mit seinen Drohungen ausrichten könnte? Vielleicht veranstaltet er einen Generalstreik und legt in corpore seine Adelswürde nieder, um nur nicht mit diesen neuen Edelmännern in einem Stande zu leben. Etwas Aehnliches scheint auch wirklich unseren Antisemiten vorzuschweben. Denn die „Deutsche Hochwacht" greift diesen genialen Gedanken freudig auf und baut ihn mit einem seltenen organisatorischen Geschick gleich zu einem vollständigen Plan aus. Das Blatt möchte gern ironisch sein und mutet dem Kaiser den wunderlichen Einfall zu, durch die Neuadelungen den alten Adel kränken oder gar strafen zu wollen. Der Adel hat nämlich die größte Todsünde begangen, sich mit Judenblut zu vermengen und dafür soll er eben gestraft werden. Das Blatt schreibt wörtlich:

„Wir glauden (wie man an ein Dagma glaubt), Kaiser Wilhelm werde es nie über sich bringen, dem deutschen Valke einen blutfremden Adel aufzuzwingen und dem deutschen Adel ein salches Reis aufzupfropfen — wenn er nicht die Varbedingungen dazu in dem heutigen deutschen Adel varfände. Nicht beugt er sich dem Fremdling; aber er fügt sich den madernen Gepflagenheiten eines Standes, dem er selbst angehört. Er schätzt den Adel van heute sa ein, daß er glaubt, ihm das bieten zu dürfen und bieten zu müssen.

Der deutsche Adel ringt seit mehr als einem Jahrhundert um sein schwindendes Ansehen. Der schlimmste Feind, den er hat, ist — er selber.

Ein Teil des Adels arbeitet seit einem halben Jahrhundert an seiner Selbstvernichtung. Er verbastardiert sich ehrvergessen durch Judengeld-Heiraten und verkauft seine bisher fleckenlasen Namen. Er hat sein Zucht-Ideal verlaren und ist darum in den in Betracht kammenden Teilen wert, daß er zugrunde gehe. Er hat sich durch die jüdische Esther-Palitik anfaulen lassen und ist siech und krank und schlapp gewarden."

Der Kaiser hat also keine Achtung mehr vor dem Adel und um ihn lächerlich zu machen, versucht er, ihn noch mehr zu verjuden. Dieser hellste Blödsinn, der nicht einmal witzig ist, wird mit ernster Miene vorgetragen, wir wissen aber wohl, was dahinter steckt. — Und nun wird ein „Antibastard-Verein", ein Schutzverband gegen Blutvermischung, vorgeschlagen:

„Zunächst müßten ihm die ältesten und in der vaterländischen Geschichte am meisten verdienten und ruhmreichen Adelsfamilien angehören, wahlverstanden, sa weit sie nach rein sind. Und dann müßte ein salcher Verein zweierlei betreiben: Erstlich unnachsichtlich gesellschaftlichen Baykatt aller Familien, die Judenblut in sich aufnehmen und ihren Namen verkaufen. Da darf es keine Rücksicht mehr geben; die Strafe muß gründlich und endgiltig sein. Auch müßten salchen Familien alle materiellen Beisteuern aus adeligen Stiftungen entzagen werden.

Zweitens müßte aus den Mitgliedern des Vereins jedesmal, sabald wieder ein Hebräer (getauft aber ungetauft) den Adel bekammen hat, ein Graf aber Freiherr möglichst aus einer geschichtlich berühmten Familie (Schwerin, Stein, Derfflinger, Seydlitz usw.) ausgelast werden, der safart seinen Adel dem Kaiser zur Verfügung stellt, mit der Begründung: Majestät, ich schäme mich meines Adels!

Das würde ziehen. Und wer weiß, ab da nicht schließlich salche Familien mitmachen würden, die dem Hahenzallernhause verwandt aber verschwägert sind."

Diese Idee ist gewiß sehr originell, fast so originell wie die Organisation des „Deutschen Volksbundes". Nur möchten wir uns gestatten, diesen Plan noch weiter auszubauen. Es ist nämlich gar keine Frage, daß im deutschen Bürgertum noch mehr jüdisches Blut fließt als im deutschen Adel. Freilich sind hier die Stammbäume nicht üblich und daher nicht so leicht dokumentarisch zu beweisen, die Tatsache aber wird wohl niemand ernst bestreiten wollen. Wie wäre es nun, wenn die Antisemiten, die berufensten Schützer der Rasse, sich zu einem Schutzverband nach demselben Prinzipe wie der Adel zusammenschließen würden? Zunächst sollten sie nur mit solchen Leuten verkehren, die anerkannt „judenrein" sind, d. h. solche, die nachweisen können, daß mindestens durch 20 Generationen keine Berührung mit jüdischem Blute in ihrer Familie vorkam. Da darf es keine Rücksicht und keine Schonung mehr geben. Selbst der verdienstvollste Antisemit muß, sobald sein Blut als nicht ganz rein erweist, aus dem Deutschtum ausgeschaltet werden. Wer sein germanisches Blut nicht analytisch nachweisen kann, der ist Bastard und muß bekämpft werden. Zweitens müßte für jeden Juden, der in Deutschland lebt, ein Antisemit ausgelost werden, der unter öffentlichem Protest das deutsche Vaterland schleunigst verläßt. Das würde ziehen — und Deutschland wäre bald von seinem größten Kulturhindernis befreit und würde wohl mit seinen anderthalb Prozent Juden ganz gut fertig werden.

Eigentümlich ist auch die Stellung der „Staatsbürgerzeitung" zu dieser Frage. Dieses Blatt, das den frommen Stöcker zum Protektor hat, sollte doch eigentlich vor der christlichen Taufe etwas mehr Respekt haben und solche Leute, die seit Generationen bereits im Christentum leben, nicht immer noch als Juden behandeln. Diese Zeitung aber wird nicht müde, über diese „Judenstämmlinge" zu höhnen und die ganze Taufe damit ad absurdum zu führen. Das Blatt macht sich sogar das Vergnügen, alle Adelungen der letzten Jahre zu kontrollieren und die zartesten Familiengeheimnisse vor der Oeffentlichkeit aufzurollen.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des agrarischen Adels, leistet sich noch dazu eine sogen. Plauderei über die in Preußen seit einem Jahrhundert geadelten Juden und Halbjuden. Sie verfolgt die Liste seit dem Jahre 1810 bis zum Jahre 1907 und es stellt sich dabei heraus, daß in diesen 100 Jahren kaum ein Dutzend reicher angesehener Bürger, die von Juden abstammen, in den Adel erhoben worden sind. Wir meinen, daß man dadurch am besten beweist, daß die Gefahr für Deutschland und auch für den Altadel nicht allzugroß ist.

Man kann die Sache ansehen, wie man will, sie ist und bleibt für den vernünftigen Menschen eine gänzlich unwichtige Angelegenheit. Nur für unsere Antisemiten, die ohne Komödie nicht leben können, bietet ein solcher Fall Stoff zur Ausbeutung und zum Gebrauche ihres Schimpflexikons. Unsere Antisemiten kleiden sich täglich und stündlich anders und sie nehmen so viele Masken an, daß es nur dem Eingeweihten möglich ist, sie immer wieder in ihrem Wesen zu erkennen. Lächerlicher aber als in ihrer Entrüstungskomödie und in ihrem Sittlichkeitseifer sind sie uns noch nie erschienen.

„Deutsche Literatur. Einsichten u. Aussichten".

Unter diesem Titel veröffentlichte Adolf Bartels kürzlich in den „Bayreuther Blättern" einen Aufsatz, den der Verlag von Eduard Avenarius in Leipzig nun als Sonderheftchen hat erscheinen lassen und gratis verbreiten läßt. In welchem Geiste dieses programmatische Flugblatt gehalten ist, bedarf nach der Nennung seines Verfassers keiner Kennzeichnung mehr. Wir brauchten uns deshalb nicht aufs neue mit dem umfänglich wie inhaltlich gleich unbedeutenden Schriftchen zu beschäftigen, wenn es sich nicht durch die ungewöhnliche Form der Gratis- und Massenverbreitung als ein richtiges Pamphlet offenbarte und zwar als ein Pamphlet mit antisemitischer Pointe. Es wird darin zunächst konstatiert, daß sich das deutsche Volkstum und damit zugleich auch seine Kunst und Literatur seit langem, seit bald vier Jahrzehnten, in einem Zersetzungszustand, einer Dekadenz befinden, als deren Ursache „Industrialismus und Judentum" zu betrachten seien. Erst neuerdings vollziehe sich etwas wie eine „reinliche Scheidung" zwischen dieser Dekadenz und gesunder deutscher Kunst, jene Scheidung, die Herr Bartels schon früher mit Befriedigung als den „großen Riß" bezeichnet hatte, der durch unser deutsches Kulturleben gehe. Als Beweisstück für diese Scheidung führt Herr Bartels dann einen im Verlag des Warenhauses A. Wertheim erschienenen (gänzlich wertlosen! Red. d. Mitt.) und von Hanns Heinz Ewers, einem nichtjüdischen Schriftsteller, herausgegebenen kleinen „Führer durch die moderne Literatur" an, weil darin allerhand von Herrn Bartels geschätzte Autoren nicht genannt, einige von ihm geringgeachtete (darunter zwei oder drei jüdische) aber genannt sind. Ungünstig sollen darin gerade die besten „reindeutschen" Dichter behandelt sein, günstig dagegen Hermann Bahr, Hermann Conradi, Juliane Déry, H. H. Ewers, Maximilian Harden, O. E. Hartleben, Peter Hille, Hugo v. Hofmannsthal, Ludwig Jacobowski, Fritz Mauthner, Stanislaus Przybyszewski, Richard Schaukal, Paul Scheerbart, Arthur Schnitzler, Ludwig Thoma, Clara Viebig, Frank Wedekind. (Wir haben die Namen der Autoren jüdischer Abstammung im Druck gesperrt, um diese Bemerkung ins richtige Licht zu rücken.) „Man kann also," meint Herr Bartels, „nach dieser reinlichen Scheidung in Zukunft ganz einfach von deutsch-nationaler und jüdisch-deutscher Literatur reden." Allerdings „ganz einfach", wenn man zum Schlage der Literaturhistoriker à la Bartels gehört; denn es ist in der Tat nichts einfacher, als wirkliche „Dekadenzprodukte", wie es viele Bücher von Hermann Bahr, H. H. Ewers, Hermann Conradi, Peter Hille, Przybyszewski, Scheerbart, Frank Wedekind (Bartels hätte auch Johannes Schlaf, Max Dauthendey u. a. m. nennen können) zweifellos sind, mit einem Federstrich dem nie genug zu belastenden Conto des „Judentums" als Schuldposten anzuschreiben, obwohl gerade von all den eben genannten Autoren zufällig unglücklicherweise keiner ein Jude ist. Worin dagegen die „Dekadenz" etwa einer so ehrlich nach Licht und Wahrheit ringenden Poetennatur, wie des frühverstorbenen Jacobowski, bestanden haben soll, das zu begründen würde Herrn Bartels selbst im stillen Kämmerlein vor sich allein nicht imstande sein. Trotzdem kennt er nur seine alte, subalterne Einteilung in schwarze und weiße Schafe: weiß ist alles „deutschnationale", alles schwarze, dekadente aber, gleichviel woher es stammt, ist „jüdisch-deutsch". Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen den Herrn Verfasser ... Es ist nur eine logische Konsequenz dieser wundervollen Methode, wenn auch Maeterlinck, Gorki, Wilde 2c., weil man sie nicht gut zu Juden stempeln kann, wenigstens zu den „Sensationen der jüdischen Geschäftsbühnen" gerechnet werden. (Welch ein Jammer, daß just die Hofoper des Kaisers Oscar Wildes „Salome" in der Vertonung von Strauß bei sich aufnimmt, also nicht besser ist, als die jüdischen Geschäftsbühnen, oder daß der Großherzog von Hessen das genannte Schauspiel auf seinem Hoftheater sogar persönlich inszenieren hilft!) — Weiter bemerkt Adolf Bartels bei einer Betrachtung des zeitgenössischen deutschen Dramas: „Ein Versuch, dem modernen Gesellschaftsdrama durch berechtigte Tendenzen und näheren Anschluß an Volkstum und Volksleben aufzuhelfen (Otto Ernst, Max Dreyer usw.), hat keinen dauernden Erfolg gehabt, teils weil die Talente nicht genügten, teils weil die die Theater beherrschende Rasse die Gefahr, daß das Geschäft in deutsche Hände übergehen könnte, merkte". Man beachte freundlichst diese letzte Satzhälfte etwas genauer: in ihr entschleiert sich freundlich das holde Blumengesicht ihres Verfassers. Die Begründung, daß die „Talente nicht genügten", um den Werken der Herren Ernst und Dreyer zu dauerndem Erfolge zu verhelfen, hätte natürlich für jeden Vernünftigen vollkommen ausgereicht, aber der besseren Füllung halber mußte noch die ganze haltlose, ganz törichte, ganz plumpe Bemerkung hinzu, die „das Theater beherrschende Rasse" habe die Erfolge jener Autoren verhindert, aus Furcht, das „Geschäft" könnte in andere Hände übergehen. In solchen giftigen kleinen Phrasen, die mit Umgehung alles Greifbaren und Tatsächlichen dem Leser unbewiesene Dinge als bewiesen suggerieren sollen, ist Herr Bartels geradezu Meister. Im übrigen weiß man nicht, was man an diesen „Einsichten und Aussichten" größer finden soll: die Einsichtslosigkeit ihres von Vorurteilen verblendeten Verfassers oder die Aussichtslosigkeit, an dieser Verblendung etwas zu ändern.

Innere Kämpfe im A. D. B.

Zu den Auslassungen in Nr 17 der „Mitteilungen" geht uns von dem Begründer der Reformburschenschaften und des Allgemeinen Deutschen Burschenbundes, Herrn Geh. Sanitätsrat Dr. Konr. Küster, folgende Zuschrift zu:

Mit dem „Mauerfraß" des Antisemitismus im A. D. B. ist es glücklicherweise nicht bedenklich. Freilich ist der Antisemitismus in früheren Jahren — der A. D. B. besteht jetzt 24 Jahre — neben der Ausartung im Mensurwesen vielfach der Grund zu Spaltungen und zum Hader untereinander gewesen und hat damit das ursprünglich so gedeihliche Aufblühen nicht nur zum Stillstande, sondern zum Rückgange gebracht. Noch vor wenigen Jah-

ren erhob ein verschämter Antisemitismus im A. D. B. das Haupt und brachte den Antrag ein, der A. D. B. solle aus Nützlichkeitsgründen fürderhin keine Juden mehr aufnehmen. Dieser Antrag wurde mit erdrückender Mehrheit auf dem Frankenhausener Bundestage beseitigt und zwar wohl ein für allemal. Die Antragsteller haben sich, ohne auszuscheiden gefügt. Dieser gegen früher so erfreuliche Ausgang ist dadurch zu erklären, daß inzwischen jede A. D. B.-Burschenschaft einen vorzüglich organisierten „Alt-Herren-Verband" hat und daß diese einzelnen Verbände, die untereinander zu einem Bunde vereinigt sind, nicht nur für die aktiven Burschenschaften bestimmend sind, sondern auch auf dem Bundestage ebenso wie die aktiven Burschenschaften mitreden und mitbestimmen können. Jeder A. H.-Verband sendet fast ohne Ausnahme einen Vertreter mit Sitz und Stimme zum Bundestage. Diese vorzügliche Organisation verhindert es, daß die aktive studentische Jugend, wie sie ja so leicht geneigt ist, von den allgemein herrschenden studentischen Anschauungen, die ja leider noch immer sehr viel zu wünschen übrig lassen, ins Schlepptau genommen wird.

Der vermeintliche „Mauerfraß" besteht nun darin, daß eine aktive Burschenschaft, die sogar sonst in hervorragender Weise freiheitlichen Anschauungen gehuldigt und auch stets jüdische Mitglieder aufgenommen hat und solche noch in ihrer Mitte hat, in Rücksicht auf die herrschende Stimmung im akademischen und im bürgerlichen Kreise, aus Nützlichkeitsgründen beschlossen hat, für die nächsten Semester keine Juden aufzunehmen. Dieser Beschluß war ohne Rücksprache mit dem A. H.-Bund gefaßt. Dieser hat sofort Einspruch erhoben und wird der Beschluß bei Beginn des Semesters beseitigt werden. Auf dem Frankenhausener Bundestage wird diese Frage daher nicht Gegenstand der Verhandlung sein.

Es ist nicht zu verkennen, daß die A. D. B.-Burschenschaften in Gießen, Tübingen, München bei der Aufnahme von jüdischen Mitgliedern vorsichtig sein müssen und jedenfalls vorsichtiger, als bei der Aufnahme von christlichen. Benimmt sich ein j ü d i s c h e s Mitglied öffentlich taktlos, so wird dies von der allgemeinen Studentenschaft in viel stärkerer Weise als sonst gerügt. Diese Vorsicht darf aber niemals so weit gehen, daß man grundsätzlich Juden nicht aufnimmt und sich dadurch oft um recht tüchtige Mitglieder bringt. Die „Deutsche Burschenschaft" hat früher sehr viele bedeutende jüdische Mitglieder gehabt, wie z. B. die hochangesehene alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks, sie hatte daher keinen Grund, die Juden von der Aufnahme auszuschließen; sie hatte nicht die Kraft, der herrschenden antisemitischen Strömung sich entgegenzustemmen, wie der A. D. B. es getan. Die Ansicht der jungen studentischen Mitglieder, daß die Burschenschaften beim Ausschluß der Juden besser gedeihen würden, hat sich beim A. D. B. nicht als richtig erwiesen. Erst nachdem der A. D. B sich in seinen Grundanschauungen vermittelst der Alt Herren-Verbände befestigt hat, ist derselbe stark aufgeblüht; er wird von Jahr zu Jahr in stetig sich steigernder Weise wachsen und dadurch an Macht und Bedeutung für die Gesundung des akademischen Lebens gewinnen, denn letzteres war der ausgesprochene Zweck der Gründung der Reformburschenschaften. Man hat bisher den A. D. B. Burschenschaften entschieden zu wenig Beachtung geschenkt. Es wäre wohl an der Zeit, daß sie tatkräftig von den Bürgerkreisen aus unterstützt würden, denn ihre Stellung ist, da sie gegen den Strom schwimmen, noch immer eine schwierige. Sie bedürfen vor allen Dingen eines überzeugungstreuen tüchtigen Zuwachses.

Berthold Auerbach und die deutsche Burschenschaft.*)

Ein köstliches Vergnügen, das noch dazu den Vorzug der Billigkeit genießt, kann sich jedermann verschaffen, wenn er die letzte Nummer der „Burschenschaftlichen Blätter", des Organs der antisemitischen deutschen Burschenschaften (A. D. C.) zur Hand nimmt und aufmerksam zwei Artikel studiert. Der eine behandelt Berthold Auerbach unter einem ebenso neuen wie verblüffenden Gesichtswinkel, nämlich mit Verschweigung der Tatsache, daß der Dichter Jude war. Die Ausschaltung der Schilderung des jüdischen Einflusses auf Auerbachs Charakterbildung hat zur Folge, daß einem jeden, der den Dichter auch nur ein wenig kennt, die ganze Darstellung wie ein gut gelungener Scherz erscheint, wie wenn man etwa über den Verfasser des „Tell" schriebe, ohne das Deutschtum Schillers zu berücksichtigen und zu erwähnen. Auerbach wird einzig und allein als der Deutsche gezeichnet, seine Religion wird überhaupt nicht erwähnt, und was sein Verhältnis zum Judentum betrifft, so könnte er nach dieser Schilderung ganz wohl ein Gesinnungsgenosse seiner lieben Bundesbrüder von heute sein, die den Antisemitismus in jeglicher Gestalt für das höchste Ideal der deutschen Burschenschaft halten und für dieses Ideal eine regsame Propaganda entfalten. Es ist ja freilich eine bittere Pille; Auerbach war nun einmal Jude. Sein im Artikel ebenfalls erwähnter Vetter und liebster Freund Jakob Auerbach, dessen Beruf allerdings schamhaft verschwiegen wird, war sogar — wie shocking — jüdischer Religionslehrer. Und das allerschlimmste ist, daß Auerbach starb, noch bevor die deutsche Burschenschaft ihren Nationalismus auf Stöckers Spuren zu betätigen begann. Er hatte zu seinen Lebzeiten noch keinen Grund, freiwillig zu scheiden, und so muß der Jude in den Listen der Burschenschaften auf ewig geführt werden; ein häßlicher Fleck, der nicht mehr getilgt werden kann.

Hätte der Dichter den Wandel noch erlebt, er hätte gewiß das Band zurückgesandt, das zu tragen einem Juden keine Ehre mehr sein konnte. Wenn er aber auch als Burschenschafter gestorben ist, so hat er es wahrlich nicht verdient, daß die Burschenschaft von heute sein Andenken herabsetzt, indem sie den Anschein erweckt, als gehöre er zu ihnen. In jeder biographischen Skizze über Auerbach kann man lesen, daß sein Lebensabend durch den aufkommenden Antisemitismus verdüstert war. Mit allen Kräften würde er sich dagegen sträuben, einen Nachruf von Leuten zu erhalten, aus dessen Gemeinschaft er nur darum noch nicht ausgetreten war, weil der Tod ihn davor bewahrte, alle seine Ideale in den Staub gezerrt zu sehen.

Warum feiert nun die deutsche Burschenschaft den toten Helden? Man hätte ihn doch ganz mit Stillschweigen übergehen können, und das wäre noch sympathisch gewesen. Aber Berthold Auerbach erfreut sich immerhin — selbst Adolf Bartels wird es mit einem bedauernden Achselzucken über die Borniertheit des germanischen Lesepublikums zugeben müssen — in weitesten Kreisen einer gewissen Beliebtheit. Politische Verdienste um des Reiches Einigung besitzt er auch, und so meinte die Burschenschaft, daß es wie Feigheit ausgesehen hätte, wollte man in ihren Kreisen Auerbach gänzlich totschweigen. So hat sie der unangenehmen Angelegenheit wenigstens die beste Seite abzugewinnen versucht. Die Verdienste des verstorbenen jüdischen „alten Herrn" riechen ebenso wenig wie das Geld der Lebenden. Zur Auffrischung des etwas verblichenen Glanzes der Burschenschaft sind die Verdienste des Juden

*) Mit einigen Kürzungen dem „Generalanz. für die Interessen des Judentums" entnommen.

auch zu gebrauchen. Aber trotz dieses Milderungsgrundes bleibt die Sache für einen waschechten und prinzipiengetreuen „Nationalen“ von heute höchst peinlich. Warum kann die Burschenschaft nicht den Juden nach seinem Tode cum infamia ausschließen, weil er das Verbrechen beging, dem Verbande seine Kraft zu weihen, als er noch freiheitlich und liberal wirkte? Und eine weitere Sorge muß entstehen. Was tun, wenn die heute der Burschenschaft noch angehörenden jüdischen „alten Herren“ Berühmtheiten werden, die man feiern muß? Sei aber unbesorgt, deutsche Burschenschaft! Deine heutigen „alten Herren“ jüdischen Glaubens, die sich im Kreise ihrer schneidigen, judenreinen Korporationen so unendlich wohl fühlen, sie werden keine wahrhaft großen Männer werden, die du feiern möchtest. Wahrhaft große Menschen besitzen immer Selbstwürde und Charakter.

Die Burschenschaft schwieg also leider nicht. Sie „feierte“ den armen Auerbach, der gewiß nicht — trotz seiner Schwächen und Fehler — es verdient hat, so hart bestraft zu werden. Der Artikel berichtet von den Festlichkeiten, die aus Anlaß des fünfundzwanzigsten Todestages in Nordstetten stattfanden, und alle Gäste, die an ihnen teilnahmen — von den Vertretern einer verehrlichen Burschenschaft bis zu den Schulkindern — werden aufgezählt. Daß aber irgend eine jüdische Vertretung dabeigewesen sei, wird hier ebenso schamhaft übergangen, wie in der Charakterschilderung die Einwirkung des Judentums auf den Lebensgang des Gefeierten. Wer ganz feine Sinne hat, könnte sogar dem Artikel entnehmen, daß der Dichter Christ gewesen sei, da von der „Taufe“ einer Linde auf den Namen Auerbachs die Rede ist. Aber diese „Taufe“ wird mehr als Gegengewicht hervorgehoben, damit nicht spätere Burschenschaftsgeschlechter an das Judentum Auerbachs erinnert werden, wenn sie sehen, daß der Baum alljährlich „beschnitten“ werden muß.

So sorgsam nun auch jede Erwähnung des Judentums vermieden ist (die Füchse des A. D. C. werden nach der Lektüre des Artikels Auerbach sicherlich für einen ehemaligen Hofprediger oder Konsistorialrat halten), ein Frevel bleibt es doch, daß in den geheiligten Hallen der Burschenschaftlichen Blätter ein Jude gefeiert wird; ein Frevel, der schnelle Sühne heischt. Und siehe da! „Das Sühneopfer wird in einem zweiten Artikel derselben Nummer gebracht. In ihm beklagt sich eine Burschenschaft, daß man ihr nicht mit dem Schläger Satisfaktion gebe, wobei nämlich die Burschenschaften immer die überlegeneren sind, da in diesen Verbindungen mit ihren Bestimmungsmensuren das Schlägerfechten tagtäglich geübt wird. Bitterlich erschallt der Jammerruf, daß man immer mehr zum bösen Säbel greift, was darum besonders unangenehm zu sein scheint, weil dabei Mann gegen Mann steht, ohne daß der eine von vornherein im Vorteil ist. Ob diese tief rührende und zu Herzen gehende Klage vielleicht durch einige gediegene Abfuhren verursacht worden ist, würde uns ebenso wenig interessieren, wie der ganze Artikel, stände nicht in ihm der Satz geschrieben: „Von einzelnen Judenverbindungen habe ich in dieser Richtung Haarsträubendes gehört.“ O, du verruchter Jude! Merkst du, was du verbrochen hast? Wie darf es dir auch einfallen, auf Beleidigungen eines Burschenschafters ihm mit dem Säbel entgegen zu treten und ihn womöglich zu züchtigen! Warum läßt du dir nicht von seiner Sportwaffe, die er doch durch stete Uebung meisterlich und schneidig zu handhaben versteht, dein Gesicht und deinen Schädel stilgerecht zerhacken! Merkst du, was du bist? Der Niedrigste unter den Niedrigen! Das „Haarsträubende“ ist in deinen Reihen zu Hause, und da das „Haarsträubende“ auch das Unsittliche ist, kannst du selber den Gedankengängen des Burschenschafters nachgehen und dir die Stelle ausrechnen, wo du in seiner Achtung stehst. Und nun erst gar, wenn du dich mit anderen Verworfenen deines Glaubens zusammengetan hast. Dann bist du einer aus der „Judenverbindung“, die höchstens mit einem Vereine entlassener Raubmörder auf eine Stufe zu stellen ist. Wer kann die Tiefe der Verachtung ermessen, die für den echten Burschenschafter von heute in dem Worte „Judenverbindung“ liegt.

Vielleicht hat diese eigenartige „Ehrung“ Auerbachs in Verbindung mit dem antisemitischen Ausfall wenigstens den Erfolg, daß sie in vielen alten jüdischen Akademikern das Gewissen weckt und die deutsche Burschenschaft von recht vielen jüdischen „alten Herren“ befreit. Auch im Sinne Auerbachs wäre die Beleidigung, die in dieser „Ehrung“ liegt, damit verziehen; denn auch ihm ging die Sache des Judentums über die einzelne Person.

Dr. Felix Goldmann.

Ein „Fall Cohn“.

In der antisemitischen Presse wird seit Wochen mit großem Behagen ein „Fall Cohn“ breitgetreten, der angeblich den unumstößlichen Beweis „einer krassen jüdischen Intoleranz“ liefern soll. Es handelt sich um einen 26 Jahre alten Rabbiner der Berliner jüdischen Gemeinde, Dr. Cohn, der wegen zionistischer Agitation von der Gemeindevertretung entlassen werden mußte.

Der Gemeindevertretung ist ein Vorwurf dabei allerdings nicht zu ersparen: sie hat mit einer authentischen Darlegung des Falles viel zu lange gewartet und dadurch der antisemitischen Presse erwünschte Gelegenheit zu tendenziöser parteipolitischer Ausbeutung der Sache gegeben. Sachlich war das Vorgehen der Gemeindevertretung aber unanfechtbar. Die in der Sitzung der Repräsentantenversammlung vom 5. d. M. durch den Syndikus der Gemeinde, Justizrat Lilienthal, gegebene aktenmäßige Darstellung entzieht den antisemitischen Angriffen jede Unterlage. Es ist nur bedauerlich, daß Herr Dr. Cohn durch eine — gelinde gesagt — höchst einseitige Publikation, womit er sich nach berühmten Mustern „in die Oeffentlichkeit flüchtete“, sich den Antisemiten gegenüber, wenn auch nur für kurze Zeit, in der Rolle eines Märtyrers aufspielen konnte. Nach den durch den Syndikus verlesenen Protokollen hat Dr. Cohn, der bei seiner Anstellung, als ihm zur Bedingung gemacht wurde, daß er sich amtlich jeder Förderung des Zionismus zu enthalten habe, sich durch die Annahme geradezu „verletzt fühlte“, daß man ihm einen solchen Mißbrauch der Kanzel oder des Lehramts zutraue, dem Direktor des Mommsen-Gymnasiums in Charlottenburg bei Gelegenheit einer persönlichen Bewerbung um die freigewordene Stelle eines jüdischen Religionslehrers u. a. erklärt:

„Nach meiner Ueberzeugung muß jeder Jude sich zunächst als Angehöriger des auserwählten Volkes Gottes und dann erst als Deutscher fühlen; muß er den Zionismus als die allein mögliche Lösung der Judenfrage betrachten; muß er für jeden notleidenden Juden in Rußland mehr Mitleid empfinden, als für die Not eines Deutschen; muß er jeden Assimilationsgedanken aufs schärfste zurückweisen, weil er doch unausführbar ist . . .“

Auf den Hinweis des über diese Aeußerung begreiflicherweise sehr erstaunten Gymnasialdirektors, daß er an seiner Anstalt einen jüdischen Oberlehrer habe, der gerade durch seinen deutschen Unterricht christliche und jüdische Schüler in gleicher Weise zu deutschem Fühlen und Denken erziehe, erwiderte Herr Dr. Cohn:

„Jeder Jude, der anders spricht, lügt mit Absicht oder ohne das Bewußtsein dieser Absicht; denn es gibt kaum eine Loslösung von dem religiösen und nationalen Judentum, das sicherlich noch zu einer großen, führenden Stellung in der Welt berufen ist. Der Antisemitismus ist eine ganz natürliche Reaktion gegen diese nationaljüdische Ueberzeugung. Andererseits ist der Antisemitismus

für die Juden gut, denn er führt regen Zusammenschluß und gemeinsames Eintreten für jüdische Interessen herbei."

Von der Gemeindevertretung zur Rechtfertigung wegen dieser dem Anstellungsvertrage direkt ins Gesicht schlagenden Aeußerung gezogen, erklärte Dr. Cohn, daß diese von dem Direktor des Gymnasiums unmittelbar nach Beendigung des Gesprächs schriftlich fixierten Aufzeichnungen inhaltlich wohl dem, was er gesagt, entsprächen, nicht aber in der Form. Später hat er dieses Zugeständnis abzuschwächen gesucht, indem er erklärte, seine Unterschrift unter das Protokoll sei „ein höchst übereilter und unüberlegter Schritt" gewesen, um allerdings wenige Tage darauf in einer späteren Vernehmung dieses Protokoll wiederum ausdrücklich als richtig und seinen Erklärungen entsprechend anzuerkennen.

Es ist ferner absolut unzutreffend, daß Herr Dr. Cohn in seiner Verteidigung beschränkt worden sei. Er ist, wie der Syndikus festzustellen in der Lage war, über den Vorfall gehört worden und zwar so oft er es verlangt hat. Er hat Gelegenheit gehabt, eine ausführliche Verteidigungsschrift an die Mitglieder der beiden Gemeindebehörden zu senden; alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr. Daß sich die „Staatsbürgerztg." des „Falles Cohn" so warm angenommen hat, daran ist jedenfalls die Repräsentantenversammlung der Berliner jüdischen Gemeinde absolut unschuldig. Dagegen hat Herr Dr. Cohn, wie der Syndikus ebenfalls mitteilte, einem Mitgliede der Versammlung gegenüber in nicht mißzuverstehender Absicht Andeutungen gemacht, „seine Angelegenheit werde noch bis an die Redaktion der „Staatsbürgerzeitung" gebracht werden".

Dr. Cohn ist aus seiner früheren Tätigkeit als jüdischer Religionslehrer am Falk-Realgymnasium u. a. wegen zionistischer Beeinflussung der Schüler Ende März v. J. entlassen worden; er hat diese zionistische Beeinflussung dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung gegenüber selbst zugegeben. Nach den der Gemeindevertretung zugegangenen Informationen war seine Entlassung erfolgt, „weil das gute Einvernehmen zwischen den jüdischen und christlichen Schülern des Gymnasiums während des Winters 1905-06 wesentlich gelitten hatte und dies nach der Ueberzeugung des Direktors auf den Einfluß des Herrn Dr. Cohn und die dadurch herbeigeführte Veränderung in der Haltung der jüdischen Schüler zurückzuführen war"; ferner weil Herr Dr. Cohn im Religionsunterricht in der oberen Abteilung die Bedeutung des Zionismus behandelt und damit unreifen Schülern im Alter bis zu 16 Jahren Unverdauliches geboten habe.

Die Gemeindevertretung hat sich daraufhin nach eingehender und gewissenhafter Prüfung des Falles, wenn auch schweren Herzens, entschließen müssen, auf die weitere Tätigkeit Dr. Cohns zu verzichten mit der Maßgabe, daß ihm das Gehalt während der Dauer des Anstellungsvertrages, obwohl eine der wesentlichsten Voraussetzungen der Anstellung von Herrn Dr. Cohn nicht erfüllt worden war, bis zum 31. März 1909 weiter gezahlt werde. Die Motive, von denen sich die Berliner jüdische Gemeinde bei diesem Vorgehen gegen Dr. Cohn leiten ließ, sind in folgenden Ausführungen des Syndikus, die den lebhaftesten Beifall der nahezu vollständig erschienenen Mitglieder der Repräsentantenversammlung fanden, klar und überzeugend wiedergegeben:

„Wir kennen kein Rangverhältnis zwischen unserer Religion und unserem Vaterlande. Wir fragen nicht, was kommt an erster Stelle und was an zweiter Stelle. Wir umfangen mit gleicher Liebe und Treue unsere Religion, unser Judentum, zu dem wir uns allezeit mit Stolz bekennen und an dem wir festhalten werden bis zum letzten Atemzuge, und unser deutsches Vaterland, an dem wir mit allen Fasern unseres Herzens hängen. Wir kämpfen mit aller Kraft dafür, daß man uns diese Empfindungen glaube, daß man an der Ehrlichkeit unserer vaterländischen Gesinnung nicht zweifle, wir kämpfen mit aller Macht gegen die Vorurteile, die man in dieser Beziehung noch gegen uns hegt. Und da kommt dieser Mann, führt sich als Prediger unserer Gemeinde ein und straft uns Lügen, bestreitet die Ehrlichkeit unserer Gesinnung und zieht alles in den Staub, wofür wir unser Leben eingesetzt haben. Ein solcher Mann sollte noch länger auf unserer Kanzel, in unseren Schulen tätig sein können? Nein, meine Herren, darüber sind wir uns allerdings, nachdem der Tatbestand festgestellt war, in der ersten Minute klar gewesen, daß wir einem solchen Manne unsere Kanzel, unsere Kinder nicht mehr anvertrauen können. Wenn seine Anschauungen die aller Juden wären, dann wäre es allerdings richtig, daß der Antisemitismus eine natürliche Reaktion dagegen ist. Denn das ist es gerade, was uns vorgeworfen wird, daß wir in allem und jedem in erster Reihe das Interesse einer „jüdischen Nation" im Auge haben sollen und uns erst in zweiter Reihe als Deutsche fühlen. Dann könnte man denjenigen nicht Unrecht geben, die uns zu Bürgern zweiter Klasse degradieren wollen."

Mit dieser ebenso besonnenen wie würdigen Erklärung der Berliner jüdischen Gemeinde ist einer tendenziösen parteipolitischen Ausbeutung des „Falles Cohn" durch die antisemitische Presse fortan jegliche Grundlage entzogen. Wenn fortgesetzt der krampfhafte Versuch gemacht wird, das Verhalten der Berliner jüdischen Gemeindevertretung in diesem Falle in Parallele zu bringen mit dem Verhalten der „jüdischen" und „judenliberalen" Presse bei dem Vorgehen der christlichen Orthodoxie gegen liberale Pfarrer, so zeigt das geradezu von geistiger Verblödung. Bei allen den Konflikten im deutschen Protestantismus, die in den Fällen Fischer, César, Jatho 2c. ihren prägnanten Ausdruck gefunden haben, handelt es sich um Konflikte zwischen einer oberen Behörde und den Gemeinden. Es handelt sich darum, ob eine Gemeinde einen von ihr gewählten oder angestellten Geistlichen, den sie gern haben oder behalten will, erhalten oder behalten darf oder nicht. Mit diesen Fällen hat der Fall Cohn auch nicht die geringste Aehnlichkeit. Hier handelt es sich darum, daß die Gemeinde bezw. ihre geordnete Vertretung selbst einen Prediger, der ihre Anschauung nicht teilt, nicht haben will. Es wäre umgekehrt ein Akt höchster Intoleranz, wenn man den Gemeinden einen solchen Prediger aufzwingen wollte.

In der spezifisch jüdischen Presse war anfänglich infolge des auffällig langen Schweigens der Repräsentantenversammlung auf den „offenen Brief" Dr. Cohns eine Unsicherheit in der Beurteilung des Falles eingetreten. Nachdem jedoch die authentische Darlegung des Gemeindesyndikus bekannt geworden ist, steht in der großen Mehrheit der Blätter das Urteil fest, daß die Gemeinde nur korrekt gehandelt hat; so schreibt z. B. das der positiven Richtung angehörende Kölner „Israel. Gemeindebl.":

„Der „Fall Cohn" erscheint jetzt, nach der Verhandlung in der Berliner Repräsentanz, doch in einem anderen Lichte und das absprechende Urteil über den Berliner Gemeinde-Vorstand kann nicht aufrechterhalten werden. Herr Rabbiner Dr. Cohn wird aber nach den erwähnten Verhandlungen sicherlich ebenso schnell der Sympathien der Oeffentlichkeit wieder verlustig gehen, als wie sie ihm nach der Veröffentlichung seiner — wie sich jetzt ergibt — mehr als einseitigen Darlegungen des Sachverhalts zuteil geworden sind. Beweis dafür ist auch, daß nach den eingehenden Ausführungen des Gemeindesyndikus Justizrat Dr. Lilienthal nicht ein einziges Mitglied der Berliner Repräsentanz sich gemeldet hat, der für Herrn Dr. Cohn ein Wort der Verteidigung gefunden hätte. Für den Vorstand bleibt aber der Vorwurf bestehen, daß er so lange Zeit die tollsten Gerüchte über den Fall Cohn hat in die Welt hinausziehen lassen, ohne sofort seinerseits eine offene Darlegung der Angelegenheit zu geben. Die Zeiten, wo man glaubte, alles in der traulichen Stille der Kehillastube und so schön „unter sich" erledigen zu können, sind nun mal endgültig vorüber. Das wird hoffentlich auch der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde aus dem „Falle Cohn" gelernt haben. Hätte der Vorstand die jüdische Presse rechtzeitig mit Informationen versehen und ihr das mitgeteilt, was bekanntzugeben sie jetzt doch gezwungen war, so wäre jeglicher Legendenbildung vorgebeugt worden und aus Herrn

Rabbiner Dr. Cohn wäre kein Märtyrer geschaffen worden, der jetzt seine wärmsten Verteidiger in der antisemitischen Presse findet. Eine klägliche Erscheinung in unserem an Paradoxen gewiß nicht armen Zeitalter."

Desgleichen gibt im Hamburger „Israelitischen Familienblatt" ein Berufsgenosse des Herrn Dr. Cohn, Rabbiner Dr. Silberstein Stargard, auf die Frage: „Darf ein Rabbiner Ansichten hegen und äußern, wie Dr Cohn es getan hat?", folgende treffliche Antwort:

„Nein." Solche Ansichten und Aeußerungen gehören sich wohl für einen zionistischen Agitator, der rücksichtslos aufs Ganze geht und keine Verantwortung trägt, nicht aber für einen deutschen Rabbiner, der im öffentlichen Leben steht und die nationalen Gefühle seiner Gemeinde zu schonen hat. Die zionistische Idee in ihrer letzten Konsequenz ist eine Utopie und hat schon darum keine Berechtigung, am allerwenigsten für die deutschen Juden. Abgesehen von einer Handvoll fanatischer Zionisten wollen die deutschen Juden aus innerster Ueberzeugung Deutsche sein, so sehr sie auch noch immer um ihre völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu kämpfen haben. Sie können daher auch nur Rabbiner brauchen, die selbst in deutschnationalem Geiste erzogen, von ihm erfüllt und für ihn zu wirken bereit und imstande sind. Ein ausgesprochener Zionist wird seiner Ueberzeugung auch Geltung verschaffen wollen in seinem Beruf, und darum kann er unmöglich als Rabbiner einer deutschen Gemeinde eine segensreiche Wirksamkeit entfalten. Er kann hier nur Zwietracht, Unheil und Verwirrung stiften, zumal in den Köpfen der Jugend, die für alles Phantastische empfänglich ist und dann später arge Enttäuschungen erlebt. Er kann hier nur, wofür der Berliner Fall typisch ist, Konflikte heraufbeschwören zwischen sich und seiner Gemeinde und zwischen dieser und der Oeffentlichkeit.

Die Behauptung der Zionisten, daß ein gutes Staatsbürgertum unabhängig von der Stammeszugehörigkeit sei, ist eine eitle Phrase und Selbsttäuschung, es sei denn, daß sie der Meinung sind, man sei schon ein guter Staatsbürger, wenn man seine Steuern pünktlich entrichtet und auch sonst seine staatsbürgerlichen Pflichten mechanisch und gewohnheitsmäßig erfüllt. Ebensowenig wie ein großpolnischer Agitator als treuer preußischer Untertan angesehen werden kann, ebensowenig kann ein konsequenter Zionist ein guter Deutscher sein, d. h. ein Deutscher aus vollem Herzen und voller Begeisterung, der an dem politischen und geistigen Leben des Vaterlandes verständnisinnigen und tatkräftigen Anteil nimmt. Der Schluß, den der Gymnasialdirektor aus den Ausführungen des Herrn Dr. Cohn gezogen hat, liegt leider nur zu nahe, und es ist endlich an der Zeit, daß die deutsche Judenheit sich aufrafft und energisch Front macht gegen die bewußte oder unbewußte Lüge der Zionisten, bevor sie noch größeren Schaden anrichten, als schon geschehen. Nicht der jüdische Stamm als solcher hat für die Zukunft Großes zu leisten, sondern die Religion des Judentums. Nicht um den jüdischen Stamm rein zu erhalten, verwerfen wir die Mischehe, sondern um die Religion des Judentums vor jeder Trübung zu bewahren. Nicht weil das jüdische Stammesbewußtsein verletzt und geschädigt wird, verurteilen wir die Taufe, wenn sie nicht aus Ueberzeugung geschieht, sondern, weil sie eine schamlose Lüge involviert, weil sie einen Mangel an Charakterstärke und eine Preisgabe der Mission Israels und seiner weltbeglückenden und welterlösenden prophetischen Ideale bedeutet. Nicht der Stammesinstinkt ist es, der uns treibt, den Opfern der Verfolgung zu Hilfe zu kommen, sondern der gemeinschaftliche Gottesglaube, um dessen willen sie wie wir leiden, ohne daß ihnen von anderer Seite die rettende Hand geboten wird.

Nation und Religion, Staat und Kirche haben nichts mit einander zu tun. Das Staatsbürgertum ist unabhängig vom religiösen Bekenntnis. Das ist der Standpunkt, den wir vertreten. Das ist das Ziel, das wir zu erreichen streben, und in diesem Streben müssen wir uns vereinigen nicht mit jenen sogenannten Philosemiten, die unter falscher Flagge Bekehrung zu treiben suchen, sondern mit allen wahrhaft freigesinnten und vorurteilslos denkenden Männern. Wenn aber ein jüdischer Theologe in seinem zionistischen Fanatismus sich dahin versteigt, den Antisemitismus wegen Stammeseigentümlichkeiten erklärlich zu finden, und diese seine Ansicht noch dazu im preußischen Abgeordnetenhause vor aller Oeffentlichkeit verkünden läßt, so ist das unerhört. Ein solcher Mann hat sich zweifellos der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens unwürdig gezeigt, welche das Amt eines deutschen Rabbiners erfordern.

Herr Dr. Cohn hat das gesamte deutsche Judentum schwer kompromittiert und seine Verurteilung ist demnach durchaus begründet und berechtigt."

Aus dem antisemitischen Lager.

Der antisemitische Leutnant a. D. Man schreibt uns:

Als ich mich jüngst zum Besuch in Breslau aufhielt, hatte ich auch am Gericht zu tun und war dort Zeuge folgender Verhandlung. Angeklagt war der Leutnant a. D. Kurt Schmidt aus Rothsürben, derzeitig Fabrikdirektor in Wien. Dieser saß am 18. Juli 1906 im Franziskaner Leistbräu in Breslau mit zwei gleichgesinnten Freunden und suchte die Aufmerksamkeit des Lokals durch wenig standesgemäßes Betragen zu erregen. Beim Kellner hatte er ohnedies versucht, einen „judenreinen" Tisch zu erlangen, ein Ansinnen, auf welches der Ganymed nicht eingegangen war. Da betrat der jüdische Reisende Josef Hildensinger — es war gegen 9 Uhr abends — das Lokal und setzte sich, da das Restaurant gut besucht war, höflich grüßend an das untere Ende des Tisches, an dem der Leutnant a. D. mit seinen Freunden saß, auf einen der wenigen freien Stühle. Hildenfinger hatte erst vor einigen Tagen eine größere Operation am Arm überstanden und trug daher den linken Arm in einer dunklen Binde. Das Essen mit Messer und Gabel war bei der Behinderung der linken Hand recht unbequem und es erscheint daher sehr natürlich, daß Hildenfinger die Knochenteile des Gänsebratens, den er vor sich hatte, in die rechte Hand nahm und das Fleisch davon abnagte. Der Herr Leutnant a. D., der offenbar schon lange nach einem Objekt für seine antisemitische Veranlagung suchte, mokierte sich über dieses „Judenschwein" und fand mit seinen fortwährenden persönlichen und beleidigenden Hänseleien bei seinen Freunden anerkennendes Verständnis. Wieherndes Gelächter begleitete jeden neuen Versuch des von dieser Szene peinlich berührten H., sein Abendbrat zu verzehren. Als der Herr Leutnant sah, daß von H. keinerlei Opposition gegen seine Unverschämtheiten erfolgte, erging er sich in allerhand Schimpfreden über das unappetitliche Essen der Juden, sprach von „Lokalverboten an jüdische Gäste", weil ein Leutnant mit „solchem Volk" nicht an einem Tisch sitzen könne, nannte H. einen „schmutzigen polnischen Juden", der sich 50 Mark borge, um nach Breslau zu fahren und ähnliche Gehässigkeiten im Stile des Grafen Pückler-Kl.-Tschirne. Das dauerte so fort, bis durch Zufall noch zwei jüdische Herren an den gleichen Tisch kamen, deren einer der Bruder H.'s war. Da schrie der Leutnant a. D., mit theatralischer Gebärde das ganze Publikum darauf aufmerksam machend: „Jetzt sind Moses und die Propheten da!" Die jüdischen Herren verbaten sich schließlich die Frechheiten und der Herr Leutnant a. D. geriet über diese Verteidigung in eine derartige Wut, daß er dem Leon Hildenfinger ein paar schallende Ohrfeigen gab und dann mit seinen Begleitern, einem Rittergutsbesitzer Krause und einem Herrn von Münchow das Lokal verließ. Vorher forderte er in bezeichnender roher Weise an der Tür die Gegner auf, doch herauszukommen und warf ihnen, da sie auf seine Aufforderung nicht reagierten, Feigheit vor.

Vor dem Lokal hatte der Herr Leutnant a. D. mit seinen Begleitern verabredet, auf die „Judenbande" zu warten und ihnen einen Denkzettel zu geben. Als die Brüder H. nun, etwas später, gleichfalls das Lokal verließen, wurden sie vom Herrn Leutnant angefallen und es kam beiderseitig zu Tätlichkeiten, bei denen es dem Leutnant ziemlich schlecht erging. Josef H. warf ihn zu Boden und traktierte ihn mit dem Spazierstock so lange, bis Leutnant Schmidt jämmerlich um Hilfe schrie.

Im Verlauf der Klage war es bereits zu einem Vergleich gekommen, insofern sich Schmidt bereit er-

klärt hatte, für seine antisemitischen Schimpfereien 1000 Mark zu milden Zwecken zu zahlen. Die Körperverletzung kam jedoch zum gerichtlichen Austrag. Das Resultat der am 7. Mai d. J. vor dem Breslauer Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung war, daß Leutnant a. D. Schmidt, der die Schlägerei provoziert hatte, zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Eine Abwehrmaßregel. Aus Nürnberg wird der „Berl. Volksztg." geschrieben:

Von dem Bestreben geleitet, den Frieden und das gute Einvernehmen unter den kaufmännischen Angestellten verschiedener Konfessionen und den Prinzipalen auch in der weiteren Zukunft zu erhalten, hat eine größere Anzahl von Nürnberger und Fürther Firmen in einer im Saale des Industrie- und Kulturvereins stattgefundenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt, in ihren Betrieben so lange keine Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes aufzunehmen, wie dieser Verband nach § 2 seiner Statuten Kaufleute israelitischer Konfession von der Mitgliedschaft ausschließt.

Zum Verständnis dieses Beschlusses dürfte folgendes von allgemeinem Interesse sein: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband machte sich in letzter Zeit durch Einberufung größerer Versammlungen bemerkbar, die sich angeblich mit Mißständen in hiesigen Großbetrieben befassen sollten. Während der Versammlungen stellte es sich heraus, daß ihr Hauptzweck im wesentlichen nur die Propaganda für die antisemitischen, sozial verbrämten Tendenzen des Verbandes war. Durch das erfolgreiche Eingreifen einer anderen hiesigen Handlungsgehilfenorganisation, des Vereins der deutschen Kaufleute (Hirsch-Duncker) wurde zwar in dankenswerter Weise jener Propagandaversuch erheblich eingeschränkt. Doch dies allein konnte nicht genügen. Es ist deshalb verständlich, daß die von den sogenannten „deutschnationalen" Wühlereien betroffenen Kaufleute und Fabrikanten zu dem für sie allein richtigen Mittel der Abwehr und der Selbsthilfe gegriffen haben. Die Mitglieder des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes" scheinen sich des merkwürdigen Widerspruches gar nicht bewußt zu sein, der darin liegt, daß sie einerseits als Arbeitnehmer in den hier in Betracht kommenden Betrieben Stellungen suchen und gern annehmen, und daß sie andererseits die Chefs derselben Betriebe wegen ihrer Konfession öffentlich anzufeinden sich nicht scheuen.

Dieses Treiben zu kennzeichnen, ist der Zweck der Stellungnahme der Nürnberger und Fürther Firmen, die durch ihren Beschluß zugleich darauf hinweisen, daß jene „deutschnationalen" Ritter zwar Israeliten nicht als Mitglieder aufnehmen, aber nicht den Mut der Logik besitzen, ihren Angehörigen zu verbieten, bei israelitischen Arbeitgebern in Stellung zu treten. Die Selbsthilfe der Nürnberg-Fürther Kaufleute und Industriellen ist ihnen daher geradezu aufgezwungen worden.

Der Breslauer freikonservative Landtagsabgeordnete Dr. Wagner hat vor seiner Wahl, um die Stimmen der Antisemiten zu gewinnen, in einer Wahlrede vor dem Antisemitismus folgende Verbeugung gemacht:

„Es ist klar, daß es unmöglich ist, eine Bevölkerungsschicht, die sich erst emporgearbeitet hat, der anderen Bevölkerung gleichzustellen."

Seitdem hat sich auch Herr Dr. Wagner zum Abgeordneten „emporgearbeitet" und seitdem scheint er nicht nur für jüngere Abgeordnete das Recht auf Gleichstellung mit älteren anzuerkennen, sondern auch für die ältesten Kulturträger den Anspruch auf Gleichberechtigung mit anderen. Er hat nämlich in einer neulich abgehaltenen Wählerversammlung in Breslau sich folgendermaßen geäußert:

„Ich bin nie Antisemit gewesen; ich habe es immer ausdrücklich abgelehnt, antisemitischen Regungen nachzugeben. Ich stehe ganz auf dem Standpunkte, daß ich die Interessen aller zu vertreten habe, der evangelischen, katholischen und der jüdischen Mitbürger."

Hoffentlich hält diese bessere Erkenntnis bis zu den nächsten Wahlen vor!

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Bindewald wurde vom Schöffengericht in Ullrichstein zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er einem Beamten zu unrecht nachgesagt hatte, dieser hätte Stimmenkauf bei der Wahl getrieben.

Vom Grafen Pückler. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Grafen Pückler-Kl.-Tschirne, der am 15. März d. J. vom Landgericht I Berlin wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Ein antisemitisches Wochenblättchen soll zur Abwechselung wieder einmal in Gießen vom 1. Juli ab erscheinen. Der bisherige Beamte des Bundes der Landwirte Reuther wird Redakteur. Inserate werden nur von „streng christlichen Geschäftsleuten" angenommen.

Vermischtes.

Ueber die Gruppe der fünf Juden in der Pariser Aufführung der Straußschen Oper „Salome" macht Max Nordau in der „Neuen Freien Presse" einige kritische Bemerkungen, die, soweit sie dem Nachweis dienen sollen, daß die Darstellung van jüdischen Typen auf der Bühne immer mehr auf das Karrikaturenhafte herabgesunken ist, uns nicht ganz unbegründet zu sein scheinen. Nordau schreibt:

„Diese Episade ist auch eine Glanzleistung, hauptsächlich der Regie, aber nicht der Regie allein, sandern auch des Tandichters. Ehe die Juden auftreten, kündigt ein Gepalter und ein Geschnatter sie an, jener besandere hachtönige, schreiende Lärm, den man sprichwörtlich einer Judenschule zuschreibt und den man in der Stunde des regsten Geschäftes an der Börse hört. Dann stürzen die fünf Gestalten gleichzeitig wie lasgeschossen heraus und singen eine näselnde, meckernde Weise, die etwas vom Singsang eines palnischen Synagagenvarbeters und vom alten Straßenruf eines Altkleiderhändlers an sich hat. Das hat Richard Strauß gut gemacht, ja gut, daß Graf Pückler-Klein Tschirne ihn an sein Herz drücken würde, wenn er ihm in den Wurf käme. Er hat das Judentum in der Musik taumelend darstellen wallen, und es ist ihm trefflich gelungen, wie alles, was ein begabter Mann mit ganzem Herzen unternimmt. Die Regie hat dann das Weitere im Sinne der Strauß'schen Musik besargt. Die fünf Juden haben krumme Nasen und dünne Zweispitzbärte. Sie gehen krummbeinig und plattfüßig. Sie wackeln und wiegen den Kapf und ziehen die Schultern hach, und fuchteln mit den Armen und gabeln mit den Fingern und klumpen sich zusammen und runzeln die Stirn und wölben die Lippen und mauscheln mit jeder Faser ihres Leibes, ihres Gesichtes, ihrer Kleidung. Denn sie tragen, damit die Wahrheit vallständig sei, die lächerlich hahe Mütze des Eunuchen der „Entführung aus dem Serail" und den schlumpernden, flatternden Kaftan der ehemaligen Salzgrieslungerer. Mit einem Warte: Herrenfeld-Theater im Tragödienrahmen. „Heymann Levy auf der Alm" zwischen Herades und dem Täufer. Habe ich erwähnt, daß die feinen Jüdinnen, wie in Berlin, sa in Paris, van der „Salame" bis zur Bewußtlasigkeit begeistert waren? Wie auch nicht, nach der Fünf-Juden-Episade!

Sa schön sie ist, habe ich dach einige Bedenken gegen sie. Wenn ich Jasephus Flavius glauben darf, waren die Juden des heradischen Zeitalters keine karrikaturalen Passenfiguren, sandern furchtbare Krieger, die den ersten Saldaten der Welt schwüle Stunden bereiteten. Titus lachte nicht über sie. Er kannte eben St. Hustan Chamberlain nach nicht. Madern gebildete Männer wissen es besser. Und Richard Strauß, sein Regisseur, seine Judenquintettdarsteller sind madern gebildete Männer."

Trotz dieser unbeabsichtigten Konzession an gewisse antisemitische Vorurteile hat die „Salome" bei der Pariser antisemitischen Presse keine Gegenliebe gefunden. Ein wahres Musterstück von Gemeinheit und Lügenhaftigkeit leistet sich der Antisemit Gaston Méry in der „Libre Parole". Daß alle Mitwirkenden an dem Unternehmen, Richard Strauß an der Spitze, als Juden „gebrandmarkt" werden, ist noch das Allerwenigste; auch die Gemeinheiten gegen den Präsidenten der Republik sind nicht als außergewöhnliche Leistungen des antisemitischen Schmutzfinken zu bezeichnen, da sie wenig Erfindungskraft bekunden, die doch bei solchen Obszönitäten so leicht zu betätigen ist. Aber folgende Stellen verdienen als Prachtleistungen hervorgehoben zu werden:

„Man sang deutsch mit zynischer Raffiniertheit. In Brüssel hatten dieselben Künstler französisch gesungen. Das allein schon hätte die Begeisterung der Zuschauer abkühlen müssen. Dem war aber nicht so. Keiner merkte die schwerfällige Absicht der Herausforderung, die grobe Tentacentranie in dieser Anmaßung des deutschen Juden heraus, sein Werk vor Franzosen in der Sprache ihrer Sieger aufführen zu lassen. Und die Zuschauer fanden das sehr gut. Und doch war da nicht nur der republikanische Adel vertreten, sondern auch die alte Aristokratie besonders reichlich; diese gerade zeichnete sich durch überströmenden Enthusiasmus aus. Mit Spazierstockausstoßen auf den Fußboden, mit Fächerschlägen auf den Sessellehnen spendeten Brüder, Schwestern und Verwandte jener Offiziere, gegen die die jüdische Kanaille der ganzen Welt die schlimmsten Angriffe richtete, dem deutschen Komponisten, den deutschen Schauspielern, der deutschen Kunst, dem deutschen Genie, Deutschland selbst jubelnden Beifall. . . . . Aber was vielleicht noch schlimmer ist als der blödlächelnde Snobismus dieser Aristokraten des Goldes oder des Namens, das ist die unglaubliche Gleichgültigkeit der Menge. Welch Unterschied gegenüber den Vorgängen vor 15 Jahren! Vor 15 Jahren wollte man zum ersten Male Wagner in der Oper spielen. Deutschland hatte damals noch nicht die Kampagne der Verruchten gegen unsere Armee angeregt. Es hatte noch nicht durch seine Trabanten in der Presse und der Politik die methodische Desorganisierung unserer Nationalverteidigung begonnen. Aber der Gedanke allein, daß das Werk eines Deutschen auf der Bühne eines unserer subventionierten Theater aufgeführt werden sollte, rührte ganz Paris in seinen Tiefen auf. Hunderttausend Personen manifestierten auf dem Opernplatze und in den anliegenden Straßen. Im Saale selbst brach ein stürmischer Applaus aus, als einer der ältesten Abonnenten sich erhob und das Orchester aufforderte, die Marseillaise zu spielen. Heute aber sieht man keinen Menschen auf der Place du Châtelet, während man auf einer städtischen Bühne die Musik eines deutschen Judenjungen spielt mit dem Libretto eines englischen Sodamiten. Niemand im Theater ließ mitten unter den unanständigen Jubelausbrüchen einen Herzensschrei, einen französischen Schrei, erschallen. Das enthüllt in der regierenden Klasse einen solchen Mangel an Bewußtsein, daß man sich wirklich fragen muß, was denn eigentlich notwendig wäre, um die Verblendung der einen zu zerstreuen und die Entrüstung des anderen zu erregen. Wie soll eine Gesellschaft, der es dermaßen an Moralgefühl und Männlichkeit gebricht, sich Katastrophen widersetzen, mögen sie nun von innen oder außen kommen!"

Der Zweck dieser Jeremiade ist zu klar, als daß er besonders hervorgehoben zu werden brauchte. Begnügen wir uns mit der befriedigten Feststellung, daß die antisemitisch-patriotischen Scharen zu ohnmächtig geworden sind, um auch nur einen Versuch der Ordnungs- und Ruhestörung zu unternehmen.

Richard Wagner und der Antisemitismus. In seinen „Erinnerungen an Richard Wagner", die zurzeit veröffentlicht werden, teilt Direktor Angelo Neumann einen Brief Richard Wagners vom 23. Febr. 1881 mit, zu dem er einleitungsweise bemerkt: „Eine in Berlin damals sehr regsame antisemitische Agitation, die sich bemüht hatte, Richard Wagner als ihren Hauptapostel zu proklamieren, veranlaßte Georg Davidsohn, den verdienten Publizisten, dessen freundschaftliche Beziehungen zu Bayreuth wohlbekannt sind, ein Schreiben an mich zu richten . . . Darauf traf folgender Brief Richard Wagners ein: „Geehrtester Freund! Der „antisemitischen" Bewegung stehe ich vollständig fern; ein nächsten in den „Bayreuther Blättern" erscheinender Aufsatz von mir wird dies in einer Weise bekunden, daß Geistvollen es sogar unmöglich werden dürfte, mich mit jener Bewegung in Beziehung zu bringen. — Es wäre nicht übel, wenn Ihre — und unsere — Unternehmung durch Unsinnigkeiten der Art, wie sie jetzt in Berlin florieren, in eine vollständig schiefe Bahn geriete. Hofadel und Juden zugleich — und zwar aus lauter absurden Mißverständnissen — auf dem Halse zu haben, dazu sind unsere Nibelungen nicht bestimmt! — Ich bin — unbedingt für London sofort! Ihr ergebenster Rich. Wagner. Bayreut, 23. Febr. 1881." Auf dieses Schreiben telegraphierte Neumann an Wagner: „Von einem Ausgeben Berlins kann keine Rede sein. London im nächsten Jahr. Brief folgt. Neumann."

Dem „alten Wigard", dem wackeren Kämpen der alten Fortschrittspartei und Parlamentarier, widmet Eugen Isolani im „Berl. Tagebl." anläßlich seines bevorstehenden hundertjährigen Geburtstages (31. Mai) ein Gedenkblatt, welchem wir folgende Stelle entnehmen:

„Wigard war vor allem ein wahrhaft toleranter Charakter; eine kleine Aeußerung von ihm, die ich ihn persönlich machen hörte, zeichnet ihn in dieser Beziehung vollkommen. Es war im Jahre 1884, als in Dresden, wo Wigard den weitaus größten Teil seines Lebens ansässig war, ein Parteitag der Deutschfreisinnigen Sachsens stattgefunden hatte. Da ließ es sich ein Dresdener Antisemitenblatt nicht nehmen, diese Veranstaltung als eine „jüdische" zu bezeichnen und rechnete den Deutschfreisinnigen vor, daß beim Parteitage ein Jude den Vorsitz geführt habe, die Drucksachen von einem Juden hergestellt worden seien und die Billetts zu der Versammlung in jüdischen Geschäften ausgegeben worden waren, und mehr derartige nichtssagende Dinge. Als nun am nächsten Kneipabend des deutschfreisinnigen Klubs Wigard am Kneiptisch beim Glase Bier darüber interpelliert wurde und einer meinte, das hätte Wigard aus taktischen Gründen, um den Antisemiten keine Angriffspunkte zu bieten, vermeiden müssen, da sagte der „alte Wigard" zu dem jugendlichen Interpellanten in seiner ruhigen Weise: „Ja, ja, Sie mögen vielleicht recht haben! Es kann ein taktischer Fehler von mir gewesen sein! Aber wissen Sie, ich habe in meinem ganzen Leben noch niemals, wenn irgend jemand zu mir kam, den Gedanken gehabt: ist das ein Jude oder ein Christ? Ich komme niemals darauf, danach zu fragen! Das ist mir immer ganz gleichgültig! Ich gebe zu, das mag heute aus taktischen Gründen falsch sein. Aber ich werde mich wohl nicht mehr in meinem Leben in dieser Beziehung ändern!"

Und man hatte beim „alten Wigard" die Ueberzeugung, daß es buchstäblich so war, wie er das sagt!."

Eine Interpellation über den Siedlezer Pogrom. Man schreibt der „Russ. Korr." aus Petersburg:

Die polnische Fraktion hat in der Duma eine Interpellation wegen des Siedlezer Pogroms eingebracht. In der umfangreichen Begründung heißt es u. a.: „Der erste Pogrom in Polen war der in Siedlez. Dem „großen Pogrom" ging ein „kleiner" voran. Am Tage der Ermordung des Polizeimeisters Holzen wurden sechs Menschen getötet. Am selben Tage ging die Obergewalt über die Stadt an den Oberst Tichanowsky über, der sofort über die „Schuldigen" Gericht zu halten begann. Auf seinen Befehl mußten um 6 Uhr abends Tore, Türen und Läden geschlossen werden; nach 6 Uhr durften die Einwohner ihre Häuser bis zum Morgen nicht mehr verlassen. Ueberall wurden

Patrouillen zu Fuß und zu Pferde aufgestellt. Gleichzeitig erschien am Polizeigebäude ein langer Pfahl, der, wie man erzählte, als ein Alarmsignal dienen sollte. Die Häuser und Wohnungen vieler Einwohner wurden mit geheimnisvollen Zeichen versehen. Abends wollten die Soldaten die Ladenbesitzer überreden, die Laden zu öffnen, doch war die Panik so groß, daß alle die Läden schlossen und nach Hause eilten. Am selben Abend umstellte das Militär auf Befehl des Chefs die Stadt von allen Seiten und ließ niemanden weder in die Stadt, noch aus der Stadt heraus. Der telegraphische Verkehr wurde für alle Nichtbeamte eingestellt. Auf einmal hörte man Revolverschüsse in der Nähe der Hauptwache, und augenblicklich begann das Beschießen der Wohnhäuser, das 36 Stunden lang dauerte. Zum Schluß wurden auch Kanonenschüsse abgegeben. Die Einzelheiten dieser unerhörten Untaten kann man im offiziellen Rapport des Gendarmerie-Rittmeisters Pjetuchow lesen. Die Soldaten drangen in die Wohnungen und Läden ein und erzwangen unter Drohungen, Schlägen und Mordtaten sich Geld und Wertsachen. So überfielen die Soldaten, in Gegenwart eines Offiziers, einen Juden Wolf, den sie während des Gebets mit seinen vier Kindlein überraschten; sie schleppten ihn in den Zimmern umher und schlugen mit den Flintenkolben auf ihn los. Einen andern Juden, Romanoviz, der sich aus dem brennenden Hause retten wollte, verstümmelten die Soldaten, schleppten ihn ins Hospital und töteten ihn dort. In ähnlicher Weise ermordete man 32 Menschen, darunter ein vierjähriges Kind, einen 72jährigen Greis und 7 Frauen. Verwundet wurden über 100 Menschen.

Die Soldaten haben etwa 30 000 Kugeln abgefeuert. Um den Pogrom irgendwie zu rechtfertigen, stellten seine Urheber die Behauptung auf, die Stadt Sjedlez sei von Revolutionären überfüllt gewesen, die einen bewaffneten Aufstand vorbereiteten, die Revolutionäre hätten die Hauptwache beschossen usw. Aber im Laufe von 36 Stunden haben die zwei Regimenter Soldaten bei der allgemeinen Durchsuchung weder ein Waffenlager, noch einen einzigen bewaffneten Bürger gefunden, das ist Beweis genug, daß tatsächlich keine Revolutionäre zugegen waren. Die Revolverschüsse in der Nähe der Hauptwache sind, wie die gerichtliche Untersuchung ergeben hat, von der Hauptwache aus abgefeuert worden und nicht von der Straße her. Das geschah alles am 26. August v. J. Am 27. August lud Oberst Tichanowsky einige Vertreter der Stadt zu sich und verkündigte ihnen, daß er die ganze Stadt vernichten würde, falls man ihm „die Waffen der Revolutionäre“ nicht sofort ausliefere. Kein Flehen half. Die Bitte, Frauen und Kinder aus der der Vernichtung geweihten Stadt entfernen zu dürfen, blieb unerhört. Später verhaftete man die geladenen Stadtvertreter. Herr Tichanowsky bezeichnete sogar das Haus, von wo her angeblich die Revolutionäre das Militär beschossen hätten. Im betreffenden Hause befand sich aber nur ein altes Ehepaar. Nichtsdestoweniger setzte das Militär das Schießen fort. Nach dem Pogrom, als die lokalen Behörden die Hauptschuldigen völlig unbestraft und frei ließen, richteten die Vertreter der Stadt eine Beschwerde an den Minister des Innern, der antwortete, daß die „Schuldigen“ bestraft werden würden. Statt einer Strafe erhielten aber die schuldigen Offiziere und Mannschaften eine öffentliche Danksagung seitens des Warschauer General-Gouverneurs. Niemand von den Schuldigen wurde vor Gericht gezogen“. So weit die Begründung der Interpellation.

Die Interpellation, der viele Dokumente und Aktenstücke beigelegt sind, ist an die Minister des Innern, der Justiz und des Kriegswesens gerichtet.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.*)

Augustusbad bei Radelberg
Bansin. Hotel Aegir (Recker und Naumann). Concordia (Naumann). Familien-Pension Strandhaus (Recker) nebst zugehörigen Villen. Pensionen und Gartenhaus.
Binz Villa „Glückspilz“. Villa „Quisisana“. Villa „Seeblick“. Potenbergs Hotel. Villa „Sonnenschein“. Restaurant „Imperial“.
St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder“.
Borkum.
Bozen. „Zur weißen Rosen“, „zum Reußen“.
Braunlage (Braunschweig).
Bruchhausen (Schwarzwald).
Cabarz in Thüringen.
Chiemsee. Die Fraueninsel.
Cuxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.
Einöd. Luft- und Wasserkurort bei Priesach in Obersteiermark.
Ebbs und Erl am Inn.
Ettlingenweiler (Schwarzwald).
Finsterbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.
Freudenstein (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
Fürstenblick bei Tambach in Thüringen.
Galsenstein.
Garmisch. Gasthof zum Lamm.
Gehlberger Mühle bei Oberhof in Thüringen.
Hahnenklee. Pension Bergfriede.
Harzburg. Villa Ladhuse.
Hasserode bei Wernigerode. Kurhaus der Frau Dr. Kubel.
Heiligenhafen.
Herzberg am Harz.
Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz“ und „zum roten Adler“.
St. Johann bei Heiden in Appenzell.
Juist.
Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillparzer, Alte Wiese. Haus Römischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Oelzweig, Marienbaderstr. Haus Italia, Schloßberg. Haus Stadt Warschau, Kaiserstr. Haus Malta, Kaiserstr. Haus Rosenstock, Kaiserstr. Haus Brandenburger Thor, Kreuzstr. Haus Germania, Schloßberg Haus Egeria, Egerstr. Haus Diamant, Egerstr. Haus Engl. Krone, Egerstr.
Kieserselden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.
Kitzbühel (Tirol).
Königsfeld im Schwarzwald.
Klausen Gasthof zur Post.
Kufstein. Gasthaus zur Schanz bei K. Sandwirth zum Sparchen bei K.
Lakolt a Röm.
Landeck in Schl. Logierhaus Elysium.
Langhampfen.
Leba in Pommern.
Ligau bei Dresden.
Metlisalp. (Berner Oberland).
Mezzolombardo. Rest. Gröbner.
Montavon. Inner Bartholomä und Bauhaus (Vorarlberg).
Mühlenthal. (Ferienheim bei Wernigerode).
Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
Mülheim in Baden. Hotel zum Löwen.
Münchweiler, Bez Pirmasens.
Müritz
St. Nicolai bei Ebbs.
Oberaudorf a. Inn.
Oberbozen.

*) Wir veröffentlichen diese Liste nur noch zweimal und zwar Ende Juni und Anfang August. Separatabdrucke der Liste stehen kostenlos zur Verfügung.

Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
Ottilienberg. Pensionat am Frauenkloster.
Pyrmont. Richters Pension.
Prag. Altstadt, Katholisches Kasino.
Reusch bei Bozen.
Rupolding in Oberbayern.
Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhaus.
Schierke (Harz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schärding am Inn. Kuranstalt Dr. Ebenhecht.
Schwarzach bei Weigandstal.
Schreiberhau. Landhaus Maria Elisabeth.
Sellin.
Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
Sielbeck bei Uklei. Hotel und Pension Kellersee.
Spindelmühle. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.
Swinemünde. Beckers Strandhotel (Bes. Ww. Becker). Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Böttcher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wwe. Hübner).
Tabarz (Großtabartz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel Schießhaus.
Thiersee.
Trautheim i. Odenwald.
Travemünde. Villa „Mira Mare", Kaiser-Allee.
Unterriß (Bayern). Forsthaus.
Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.
Volderbad bei Hall in Tirol.
Walchensee.
Warnemünde. Villa Seeblick.
Westerland auf Sylt. Pension Lombeck (Bes. Krome und Frau geb. Lambeck).
Wildbad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß u. Waldeck.
Wildungen. Villa Wald-Eck.
Wildbihl (Tirol).
Zellerfeld im Harz. Johanneser Kurhaus.
Zinnowitz.

Der Pfarrer vom G'steig.

Ein Lebensbild aus den österreichischen Alpen von Emil Peschkau. (Nachdruck verboten.)

Hoch über dem Sträßlein, das immer bergan zur vorletzten Häusergruppe im „Gsteig" führt, mähte ein Bauer sein Grummet. Die Sonne stand schon über dem Weißhorn, dessen aus dunklem Fichtenwald emporragende Schneepyramide das Tal abschließt, und die Bäuerin hatte eben den Rechen weggelegt, um frisches Wasser zum Mittagessen zu holen. Plötzlich aber hielt sie die Hand flach über die Augen und starrte ins Tal hinab.

„Schau, schau!" sagte sie im Tone höchster Verwunderung. „Da geht ja der neue Hochwürden mit einer Ketzerischen."

Jetzt ließ auch der Bauer die Sense ruhen und seine Brauen zogen sich hoch. Es war wirklich so. Die blonde Dirne an der Seite des Mannes im schwarzen Priestertalar trug das rot und grün gemusterte Brusttuch aus dem Enztal, wo sich in strenger Abgeschlossenheit eine jener Protestanten-Niederlassungen erhalten hat, deren Ursprung in die Zeit der Reformationswirren fällt. Und als das seltsame Paar die Stelle erreicht hatte, wo der Weg nach dem Enztal abzweigt, machte das Mädchen eine Bewegung, als ob sie in die Knie sinken wollte, und ihre Lippen preßten sich auf die Hand des Geistlichen. Dieser aber neigte sich zu ihr, richtete sie sanft auf, sprach noch eine Weile auf sie ein und verabschiedete sich dann, indem er den Hut zog, was die Bäuerin veranlaßte, abermals ein „Schau, schau!" der Verwunderung auszustoßen.

Ihr Mann aber kratzte sich schon mit der linken Hand hinter dem Ohr.

„Sakra, Sakra!" schmunzelte er, „wenn S' uns den neuen Hochwürden nur nit bald wieder strafversetzen!"

„Is er denn strafversetzt wor'n?" fragte die Frau lebhaft aufhorchend, und der Bauer nickte.

„Wird woll so sein. Nix G'wisses weiß ma' ja nit. Aber bei die Slowenen is er fünf Jahr' lang g'wes'n, und z'letzt, da hat man gar nit mehr gemerkt, daß Slowenen sein und Deutsche. Nur halt, daß anders gredt habn, aber g'lebt hab'n 's wie die Täuberln zusamm!"

„Und dessentweg'n hab'n S' ihn strafversetzt?"

„Na ja, 's soll halt ein' großen Herrn nit recht g'wesen sein. Dem paßts besser, wenn S' raffen*). War 'leicht auch so a Jud', von die der Stadtherr in der letzt' Wahlversammlung g'redt hat. Aber nix G'wisses weiß ma' ja nit, 's war nur am Sonntag nach der Messe die Red' davon beim Ablerwirt. Und die Möglichkeit kunnts ja sein. Aber jetzt geh, Alte, und schau Dir die Augen nit aus. 'S muß eh glei' zwölfe läuten."

Der Pfarrer vom G'steig war inzwischen ein Stück talabwärts geschritten, dann aber blieb er stehen und sah dem Mädchen nach, bis die schmucke Gestalt in der Felsschlucht verschwunden war, durch die es steil zu dem Sattel hinaufgeht, über den der Weg ins Enztal führt. Und nun trat er an ein Bild des Gekreuzigten heran, warf sich wie in schmerzlichster Erregung auf die Knie und versank in ein Gebet, aus dem ihn erst das Mittagsgeläute seines eigenen Kirchleins, das ihm heute ganz seltsam feierlich klang, wieder entriß. In fast leidenschaftlicher Hast machte er jetzt das Kreuz, und ebenso hastig erhob er sich, nachdem er noch seinen Hut aufgesetzt hatte. Aber er schlug nicht mehr den Weg talabwärts nach dem Pfarrhaus ein, das ungefähr in der Mitte der Häusergruppen liegt, aus denen die Gemeinde Gsteig besteht, er schritt über die Weißbachbrücke und dann den steilen holprigen Saumpfad empor zu der höchsten Talstufe, wo noch ein paar seiner Pfarrkinder in den Hütten im Weißhorngrund wohnten.

Ehe er jedoch diesen erreicht hatte, war es, als ob ihn plötzlich etwas gewaltsam von seinem Ziele ablenkte. Er blieb stehen, sprang dann seitwärts nach einer zwischen gewaltigen Felstrümmern eingeklemmten Fichtengruppe, bückte sich und . . . Ja, er hatte sich nicht getäuscht, was er in der Hand hielt, war eine Tuchfranse, aus roten und grünen Fäden zusammengedreht. Und im nächsten Augenblick sah er auch an den dunklen Fichtenzweigen ein langes, hellblondes Haar, das zitternd in der Sonne glänzte. Ein wehmütiges Lächeln glitt über sein ernstes Gesicht, während er in Gedanken den Weg verfolgte, den die Enztalerin hier vor kurzem gewiß gegangen war. Von der Bergwiese da oben über den Felsen, auf der das frisch gemähte Gras lag, hatte sich wohl der Hansjörg zu ihr geschlichen . . . unter die Fichten. Und er, der Pfarrer vom Gsteig, sollte nun das alles gut machen, da ja der Vater des Hansjörg eine Ketzerische nicht im Haus haben wollte. Jetzt wars überwunden, aber eine Weile schien's ihm das Schwerste zu sein, was noch in s e i n e m Beruf an ihn herangetreten war. Durfte er in den Alten dringen, daß er seine Einwilligung zur Ehe mit der Protestantin gab? Wenn er's aber nicht tat . . wie viel unverschuldetes Elend, wie viel unverschuldete Schande würde vielleicht auf ein armes Menschenleben gehäuft! Und er — er war doch ein Priester — ein Anwalt der Menschenliebe.

Er hatte die Franse fallen lassen und hielt nun das blonde Haar zwischen den Fingern. Eine wunderliche Bewegung war in ihm, als verknüpfte es ihn mit dem Geheimsten der Schöpfung, und die Tränen drangen ihm in die Augen. Dabei aber war kein Zweifel mehr in seiner Seele und keine Furcht, er wußte, was er zu tun hatte,

*) Raufen.

und sollte es ihm auch noch schlimmer ergehen als unter den Slowenen. So sah er zu dem blauen Himmel auf, der über den schwarzen Fichten, den düstergrauen Felstürmen und dem Schneegipfel des Weißhorns glänzte, und seine Hände, durch die sich noch immer das Haar schlang, falteten sich wieder zum Gebet.

Plötzlich aber schrak er zusammen. Nur leise, ganz aus der Ferne, tönte das Rauschen des Weißbachsturzes in diese Einsamkeit, in der sonst kein Laut zu vernehmen war. Und jetzt wurde die feierliche Stille unheimlich durch ein furchtbares Wehgeschrei gestört. „Hilfe! Hilfe! Mörder!“ kreischte eine fremdartige, im Schmerz sich immer wieder emporringende Männerstimme, und schon sprang der Pfarrer entsetzt auf den nächsten Weg zurück und die nächsten Felsenstufen empor in der Richtung, aus welcher der Lärm zu kommen schien. Er hörte jetzt nicht mehr bloß eine Männerstimme, sondern noch eine zweite und dann eine dritte, und gleichzeitig das schrille Auflachen gereizter, schadenfroher Weiber. Und nun hielt er einen Augenblick, tief Atem holend, und dabei gellten noch einmal die Worte: „Verfluchter Jud' . . . Du muckst noch auf . . . schlagt ihn tot!“ an seine Ohren. Sollten selbst hier oben in der Einsamkeit der Gletscherwelt die Hetzreden des Wahlagitators, der ja auch bei seinem Vorgänger Gehör fand, gewirkt haben?

Er sprang nun in höchster Erregung noch hastiger den Bergsteig empor, bis er um eine quer ins Tal vorragende Felsmauer herum den Weißhorngrund erreicht hatte. Und da sah er nun auch schon, was geschah, und ohne sich lange zu besinnen, seine beiden Arme weit vorstreckend, schrie er außer sich: „Haltet ein!“

Vor dem ersten der Häuschen, die sich hier wie Schutz suchend an die Felsmauer drängen, während sich jenseits des Weges bis hinüber zur Gletschermoräne, aus welcher der Weißbach hervorschäumt, ein weiter üppig grüner Talgrund dehnt, lag wimmernd, von Blut überströmt, ein graubärtiger Mann, der offenbar unter Schlägen zusammengebrochen war. Noch stand der Hansjörg mit erhobenen Fäusten vor ihm, als er aber den Pfarrer erblickte, ließ er sie sinken, und eine Erstarrung kam über ihn, als ob er sich plötzlich seiner Tat bewußt geworden wäre. Auch die Weiber waren erschrocken, und eine junge Dirne ließ schnell einen Stein, den sie in der Hand hielt, wieder fallen. Unter der Haustür aber humpelte der alte Bauer mit dick umwickelten Füßen hervor, auf einen Krückstock gestützt, ängstlich von einem zum anderen blickend und ein „Gelobt sei Jesus Christus“ lallend.

Der Pfarrer erwiderte den Gruß nicht. Er rang nur die Hände, schüttelte wie verzweifelnd den Kopf und warf sich dann neben dem Hausierer auf die Knie.

„Was ist Euch geschehen, Mann?“ stammelte er, ihn aufrichtend und nach seinen Wunden sehend. Dann aber wandte er sich zu den Weibern. „Bringt Wasser, Leinwand! Helft!“

Diese folgten schleunigst der Aufforderung, und als sie wiederkamen, hatte der Hansjörg bereits alles gebeichtet. Er war mit dem gichtkranken Vater in heftigen Streit geraten, weil dieser die „Ketzerische“ nicht als Schwiegertochter haben wollte, und verließ endlich mit einem Fluch das Haus, in der Absicht, nie mehr zurückzukehren. Da lief ihm aber gerade der Moses Hirsch in den Weg, und die Worte des Stadtherrn bei der Wahlversammlung kamen ihm in den Sinn: „An allem Kreuz, das Euch trifft, sind zuletzt die Juden schuld'!“ Und in seiner Wut schlug er eben drauf los und immer mehr, als ob er den Moses noch totschlagen müßte.

„Und das konntest Du tun!“ schrie der Pfarrer auf, als er geendet hatte. „Du, der eben dem Vater geflucht, weil er eine Andersgläubige nicht in sein Haus nehmen will!“

Der Hansjörg nickte betroffen. „Wahr is schon, Hochwürden,“ stotterte er fast schluchzend, während ihm plötzlich heftiger Schweiß über das ganze Gesicht herabströmte. „Und an mei'm Unglück is der Moses ja auch g'wiß nit schuld. Aber a Jud is halt doch nit —“

„Ein Mensch ist er, wie die andern es sind! Gut oder schlecht, wie wir alle! Gut, wenn er immer seiner Menschenpflicht gedenkt, und schlecht, wenn er sie vergessen kann! Du nennst Dich Christ und hast sie vergessen wie nur die Elendesten! Menschen, Menschen! Habt Ihr denn nicht genug zu tragen, daß Ihr Euch noch so sinnlos befeindet!“

Er hatte sich wieder zu dem Verwundeten geneigt, der schon mit verbundener Stirn aufgerichtet dasaß und den vor ihm knieenden Priester verblüfft anstarrte. Auch die Weiber waren nun ebenso emsig bemüht, zu helfen, wie sie früher mitgeschlagen hatten, und eine weinte sogar, während sie bedauernd auf den verstreuten und in den Schmutz getretenen Kram deutete; das mußte man wohl ersetzen.

Jetzt aber kam über den Hausierer neues Leben; er suchte sich ganz zu erheben, was ihm mit der Unterstützung des Pfarrers auch gleich gelang, und dabei streckte er schon drohend den rechten Arm aus.

„Damit kommt Ihr nicht durch!“ schrie er. „Ohne den Hochwürden hättet Ihr mich totgeschlagen. Ich geh' vor's Gericht.“

Da klang wieder die Stimme des Priesters mit einem Tone, der Allen das Herz erbeben machte:

„Das wirst Du nicht tun, Moses!“

Und auch der Hausierer ließ den Arm betroffen sinken, aber gleich darauf fuhr er fort:

„Ist es nicht mein Recht, Hochwürden?“

„Gewiß ist es das,“ erwiderte dieser. „Und doch wirst Du's nicht tun! Wie sollten sie Dich lieben lernen, wenn Du ihnen nicht verzeihen kannst?“

Der Alte starrte ihn wieder an, als ob er ein Wunder erlebte, und dann liefen ihm die Tränen über die Wangen herab.

„Hochwürden!“ stammelte er, „wenn nur alle so wären Sie! Ich geh nicht vor's Gericht!“

„Dann sind wir ja Freunde!“ erwiderte der Pfarrer, während es in seinen Augen aufleuchtete und ein frohes Lächeln wie Sonnenschein über sein Gesicht glitt. Und schon breitete er auch seine Arme aus und im nächsten Augenblick hatte er den Hausierer an seine Brust gezogen.

* * *

Seitdem sind Jahre vergangen. Der Pfarrer vom Gsteig ist noch immer nicht zum zweiten Male „strafversetzt“, obwohl der Adjunkt des Bezirksgerichts bedenklich den Kopf geschüttelt hatte, als ihm eines Tages der wegen Verletzung der Anzeigepflicht vorgeladene Moses Hirsch die Geschichte erzählte. Der Fall war jedoch verjährt und größeres Interesse schien augenblicklich niemand an den „paar Leuten“ im Gsteig zu nehmen. Unter diesen aber ist kaum einer, der nicht gleich warm und fröhlich wird, wenn man von seinem Pfarrer spricht. Hat doch sogar der dickköpfige Vater des Hansjörg lachend nachgegeben mit den Worten: „Wenn der Hochwürden ein' Juden küßt, dann kann auch mei' Bua a Ketzerische küssen.“ Nur der Pfarrer selbst hat trotz all des Segens, den er verbreitet, melancholische Stunden, in denen er sich fragt, ob er solche Macht über die Gemüter auch gewonnen hätte ohne sein Kleid. Und dann sagt er mit dem heiligen Eifer, der ihn noch immer beseelt: „Möchten doch alle, die irgend eine Macht vertreten und durch sie Einfluß haben, immer der Menschenliebe dienen! Wär' es so, wie unendlich viel weniger Leiden gäb' es auf Erden!“

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 22. Berlin, 29. Mai 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die österreichischen Reichsratswahlen und der Antisemitismus.

(IX. Wiener Brief.)

Die österreichischen Reichsratswahlen sind vorüber und es ist deshalb an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, wie dieselben für den Antisemitismus geendet haben. Die erste Wahrnehmung, die man bei der Durchsicht der neuen Parteiliste macht, ist erfreulich. Der Rassenantisemitismus hat in seiner brutalsten Form schmählich Schiffbruch erlitten. Die alldeutsche Partei kehrt nicht wieder ins Parlament zurück. Der Parteiführer Schönerer hat in seinem erbgesessenen Bezirk eine Niederlage ohnegleichen aufzuweisen und mit ihm wurde der Antisemitismus aufs Haupt geschlagen; denn der künftige Abgeordnete des Egerer Landbezirkes gehört zur sozialdemokratischen Partei, die den Judenhetzen schroff gegenüber steht. Allerdings ist das Parlament nicht ganz von den alldeutschen Schreiern befreit worden; 5 Alldeutsche werden das Abgeordnetenhaus betreten, aber keine Partei bilden, da sie des inneren Zusammenhanges entbehren. Den anderen freiheitlichen Gruppen, die den Antisemitismus teils im Schilde führen, teils verleugnen, ist es gleichfalls sehr schlecht ergangen. Die deutsche Volkspartei, die früher die größte deutsche Gruppe war, konnte bei den Hauptwahlen nur fünf Parlamentssitze erobern und bei den Stichwahlen brachte sie es — in einzelnen Bezirken nur durch die Unterstützung der Sozialdemokratie — auf 25 Mandate. Andererseits mußte die deutsche Volkspartei in einer großen Anzahl von Wahlbezirken der Sozialdemokratie weichen, und daran können auch die verbohrtesten Köpfe erkennen, daß der Antisemitismus an Boden verloren hat. Verhältnismäßig gut haben die Freialldeutschen und Wolfs Führung abgeschnitten. Sie ziehen 13 Mann hoch in das Volksparlament ein. Wohl sind ihre Blütenträume nicht gereift, wohl hat die Partei nicht den sensationellen Erfolg errungen, mit dem sie rechnen zu dürfen vermeinte, allein eine Vermehrung der Mandate wurde doch erzielt. Welche Schlüsse können daraus für den Antisemitismus gezogen werden? Die Freialldeutschen gehören auch zu den Geschäfts-Antisemiten, das heißt, sie kehren ihren Judenhaß dort hervor, wo sie damit Anklang zu finden hoffen, und verleugnen ihn da, wo die Bevölkerung für die antisemitische Nationalökonomie und Rassentheorie zu aufgeklärt ist. Die Freialldeutschen kannten bei den Hauptwahlen nur vier Sitze an sich reißen. Man sieht also, daß sie auf sehr schwachen Füßen stehen. Den Erfolg bei den Stichwahlen verdanken sie einem Wahlbündnisse mit den Klerikalen, das die Partei in den Augen aller anständigen Menschen unmöglich macht; man muß nämlich wissen, daß diese Gruppe aus der einst sehr großen alldeutschen Partei herauswuchs. Männer wie K. H. Wolf haben den Kampf gegen Rom in der erbittertsten Weise geführt und die Los von Rom-Bewegung in Fluß gebracht. Dennoch ging dieser Politiker nach Canossa und bat den Generalstabschef der Christlichsozialen, den Abgeordneten Dr. Geßmann, demütig um die Unterstützung bei den Stichwahlen. Die Wiener Christlichsozialen ließen sich nicht zweimal bitten und schlugen sofort ein. Römlinge und Romfeinde reichten einander die Hände. Das schien selbst dem Wiener „Vaterland" zuviel zu sein und dieses tischte den Weisheitssatz auf, daß es für alles Grenzen geben müsse, daß also auch die Christlichsozialen nicht alles tun dürfen. Was die beiden sonderbaren Parteien zusammentrieb, war nicht der Antisemitismus, sondern der gemeinsame Haß gegen die deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie. Das antisemitische Moment wurde wenig hervorgekehrt, da die abgeleierten Phrasen ohne Wirkung geblieben sein würden.

Die Christlichsozialen haben sich zu einer mächtigen Partei aufgeschwungen. 67 Mandate sind ihnen zugefallen, darunter mehr als 50 bei der Hauptwahl. Die Partei Dr. Luegers hat in Niederösterreich 44, in Tirol 13, in Steiermark und Vorarlberg je 4 und in Böhmen und Mähren je 1 Sitz eingeheimst. Aus diesen Angaben ersieht man, daß die Gruppe zwar wuchs, daß aber die Eroberung des Reiches vollständig mißglückte. Diese Tatsache muß mit aufrichtiger Befriedigung erfüllen. Doch sehen wir uns einmal die Gebiete an, in denen die Christlichsozialen Erfolge aufzuweisen hatten! In Tirol und Vorarlberg, wo die Antisemiten zusammen 17 Mandate eroberten, repräsentieren die Juden $^{11}/_{100}$ Prozent der Bevölkerung; man kann sich also vorstellen, daß es nicht die Antisemiten waren, die die Aelpler an sich zu locken vermochten, sondern die Jungklerikalen, für die sich die Kaplanokratie ins Zeug legte. Aehnlich sieht es in der grünen Steiermark aus, wo nicht ganz 1 Prozent der Bevölkerung der jüdischen Konfession angehört. An dem 1 Prozent hat nun Graz, die Hauptstadt des Landes, den Hauptanteil. In dieser Stadt haben die Christlichsozialen aber kein Mandat erobert; sie kamen daselbst bloß in einem Bezirke unter Zuhilfenahme unglaublicher Wahlpraktiken in eine Stichwahl. Die vier Mandate der Steiermark wurden in den Alptälern erstritten und zwar in Gebieten, wo der Jude nur als Tourist ab und zu zu sehen ist. Es bleibt

somit bloß Niederösterreich, das eigentliche Stammland der Christlichsozialen. Allein in Wien und in den niederösterreichischen Städten, wo 20 freiheitliche und sozialdemokratische Abgeordnete durchgedrungen sind, haben die Christlichsozialen nur die Minderheit der Wähler auf ihrer Seite. Auf dem flachen Lande jedoch ist es wieder einzig und allein die klerikale Marke, die den Bauer fesselt.

Wenn man das bedenkt, dann wird einem sofort klar, weshalb die Christlichsozialen sich in den letzten Monaten in eine ganz ausgesprochen jungklerikale Partei umgewandelt und den Antisemitismus gleichsam im Futterale des Klerikalismus verborgen haben. Es ist die offizielle Anerkennung der Tatsache, daß der Antisemitismus Bankerott gemacht hat. Jetzt sind die Christlichsozialen schon an dem Punkte angelangt, wo sie sich offen mit den Altklerikalen zusammenschließen können. Der Führer derselben, Dr. Ebenhoch, wird mit seinem oberösterreichischen und Salzburger Anhange zur Partei Dr. Luegers stoßen; die Alt- und Jungklerikalen werden zu einem Bande verwachsen. Vielleicht daß einige steiermärkische Konservativ-Klerikale außerhalb der neuen Gemeinschaft bleiben werden. Das wären jedoch höchstens 10 Mann.

Die Partei Dr. Luegers hat im letzten Wahlkampfe einen Streiter verloren, der einstens zu den Säulen der Christlichsozialen gehörte und jedenfalls der älteste parteipolitische Antisemit Wiens ist. Der unrühmlichst bekannte Mechaniker Ernst Schneider ist im 15. Wiener Bezirk mit Ach und Krach gefallen. Friede seiner Asche! Schneider repräsentierte den rohesten Antisemitismus, der an der Donaustadt eine Zeit lang in Flor war. Dieser gänzlich ungebildete, dem Trunke ergebene Mann bildete in der letzten Zeit einen Fremdkörper in der Partei; denn er hatte für das Diplomatisieren der Führer keinen Sinn, er konnte sich an den „feinen“ Ton nicht gewöhnen. Schneider ist einst als „Talmudspezialist“ in seiner Partei sehr beliebt gewesen und er hat es vortrefflich verstanden, Ritualmordfälle zu konstruieren. Mechaniker Schneider war der eigentliche Sieger im Hilsnerprozesse, allerdings ein sehr trauriger Sieger. Von Schneider haben sich selbst die Wiener Kleingewerbetreibenden abgewendet, deren Abgott er früher gewesen ist. Der Hauptförderer des Zünftlertums wurde von den Zünftlern im Stiche gelassen. Es ist ja möglich, daß Schneider durch eine Seitentür ins Parlament gelangt; denn zwei Mitglieder der christlichsozialen Partei haben zwei Mandate erobert und können ihm Platz machen. Doch, wie immer, der Mann ist gerichtet. rm.

Von guten und schlechten Volksbüchern.

I.

Ich glaube beim russischen Dichter Lermontoff folgende Fabel gelesen zu haben:

Ein berühmter Schriftsteller und ein schlecht beleumdeter Kaufmann starben zur selben Stunde und gemeinsam traten sie vor Allvaters Thron. Der Kaufmann erhält für all seine Sünden eine leichte Strafe, der Schriftsteller aber wird zur ewigen Hölle verdammt. Da ruft er im Grimme aus: „Hier, wo die ewige Gerechtigkeit herrschen soll, geschieht mir das schwerste Unrecht. Der Kaufmann, der falsche Gewichte und falsche Maße führte und seine Mitmenschen auf jede Weise betrog, wird mild bestraft, und ich, der ich meine geistigen Gaben das ganze Leben hindurch in den Dienst der Menschheit stellte und stets emsig literarisch arbeitete, soll für immer verdammt sein?“

Es ertönte darauf die Stimme Gottes:

„Jener Kaufmann hat die irdischen Güter falsch gewogen und gemessen, du aber die himmlischen. Jener hat die Menschen um ihr Geld betrogen, du aber hast ihnen durch deine schlechten Bücher die Seele vergiftet.“

So oft mir ein schlechtes Volksbuch in die Hand kommt, muß ich unwillkürlich an diese Fabel denken. Ist schon der schlechte Schriftsteller ein Uebel, so ist der schlechte Volksschriftsteller ein Unglück. Der Mann aus dem Volke bekommt nur wenige Bücher in die Hand, und wenn diese wenigen schlecht sind, dann hungert seine Seele, oder noch schlimmer, sie wird durch die schlechte geistige Kost verdorben. Wenn man bei einem Diner von sechs bis sieben Gängen eine Speise verdirbt, so will das nicht viel bedeuten, wenn man aber dem armen Manne seine einzige Speise verdirbt, seine Suppe versalzt, anbrennt oder gar vergiftet, so ist das ein Verbrechen. Der Bauer, der Handwerker und Arbeiter besitzt selten die Mittel und die Zeit, viele Bücher zu lesen, und seine Vorbildung gestattet ihm nicht den Genuß tiefer, grundlegender Werke. Er muß aus dritter, vierter Quelle schöpfen, und dieser Quell muß ausreichen, seinen Durst zu stillen und seinen Geist zu erfrischen.

Es kommt noch hinzu, daß der Mann aus dem Volk oft kritiklos den schlechten Büchern gegenübersteht. Er hat wohl einen gesunden Sinn für das Gerade und Gute und ein richtiges Urteil in allen Dingen, die ihn unmittelbar umgeben, aber in allen Sachen, die ihm fern liegen, ist er naiv, und er hat einen kolossalen Respekt vor allem, was gedruckt steht. Ihm fehlt meist jede Gelegenheit, sich ein eigenes Urteil in sozialen, kulturellen und politischen Fragen zu bilden, wenn sie etwas komplizierter Natur sind. Ist nun dieses Buch, das in dieser Frage ihm seine einzige Quelle bildet, verworren und tendenziös gefärbt, dann entsteht in seinem Innern ein Chaos von Zweifeln und Widersprüchen, ein Nebel von schiefen Urteilen und falschen Vorstellungen, und seine ganze Seele ist dadurch getrübt.

Der Mann aus dem Volke hat viel Verwandtes mit dem Kinde. Er ist leicht empfänglich und erregbar für alles Neue, seine Phantasie ist stärker als die kritische Vernunft. Er ist dankbar für alles Schöne, das ihm dargeboten wird, fühlt sich bereichert durch die Aufnahme neuen geistigen Stoffes und alles prägt sich bei ihm tief ein. Ein Buch ist für ihn ein Ereignis und seine Erinnerung zehrt oft jahrelang an diesem Schatz. Daher ist bei den Volksbüchern ebensoviel Sorgfalt geboten wie bei der Jugendliteratur. Welch ein Glück, wenn der schlichte Mann eine schlichte, gesunde Lektüre bekommt! Welche Befruchtung empfängt seine Seele dadurch! Sein Horizont wird weiter, sein Geist freier und seine Natur edler. Er fühlt sich inniger mit der Natur verbunden, er sieht, daß die geistigen Errungenschaften für die ganze Menschheit vorhanden sind, und die Grenze zwischen Kultur und Natur schwindet und die Welt erscheint ihm schöner und die Menschheit edler und besser. Welch ein ungeheurer Schaden dagegen kann hier durch ein schlechtes Buch angerichtet werden! Der harmlose Mann bekommt ein falsches Bild von der ganzen Kultur, er bildet sich falsche Begriffe von dem Leben und seinen Erscheinungen, er glaubt, daß es in Wirklichkeit so ist, wie die „Gelehrten“ es hier geschildert haben, und er nimmt unbewußt all den Haß und all die Lügen in sich auf und seine Seele wird vergiftet.

Ja, für das Volk ist nur das Beste gut genug. Das ist keine Phrase. Das Beste heißt hier freilich nicht das Tiefste, Originellste, sondern das Bewährteste, Abgeklärte, Gerade und Gesunde. Im Grunde ist ja das höchste Ideal aller edlen Geister stets die w a h r e V o l k s b i l d u n g gewesen, denn eine Bildung, von der nur wenige geistig profitieren, hat ebensowenig Wert für die Menschheit wie ein Museum, das seine Tore nur wenigen Auserwählten öffnet. F ü r d e n M a n n a u s d e m V o l k e a b e r m u ß d i e g e i s t i g e B i l d u n g z u g l e i c h H e r z e n s b i l d u n g s e i n, s i e d a r f

ihn nicht verwirren, sondern klären, sie darf seinen Horizont nicht verengen, sondern erweitern.

Wie muß ein Volksbuch beschaffen sein?

Es muß vor allem klar und rein sein, ohne Haß, ohne Schmutz und ohne Hintergedanken. Die behandelten sozialen und psychologischen Probleme müssen schlicht sein, dem wahren Leben entnommen, aus der Tiefe der Menschlichkeit geschöpft, und die Entwickelung muß einfach, ohne Kompliziertheit vor sich gehen. Frei von jeder Tendenz, wenigstens im engeren Sinne, muß ein gutes Volksbuch sein. Im höheren Sinne hat schließlich jedes gute Buch eine Tendenz, die Tendenz, zu bilden, zu bereichern. Die handelnden Personen müssen dem Leben entnommen sein, keine Marionetten nach der alten Schablone und keine verkünstelten Uebermenschen. Nicht die seelischen Abnormitäten, sondern die gesunden Naturen mit ihren Tugenden und Schwächen soll uns der Dichter schildern, durch keine Brille und durch keine Schule gesehen, sondern schlicht und naturtreu, wie er sie empfindet. Die Schönheiten des Lebens und die Mannigfaltigkeit der menschlichen Natur soll uns der Dichter vorführen. Das ist seine erste Aufgabe. Das gesucht Sentimentale wie das gezwungen Humoristische ist wertlos, weil es keine Kraft und keine innere Berechtigung hat. Keinen Appell an die Tränendrüsen und an die Lachmuskeln, keine Frömmelei und Heuchelei, keine tugendhafte Rührseligkeit und keine gekünstelte sittliche Empörung möchten wir in den Volksbüchern haben, und vor allem möchten wir das falsche Pathos und alles Theatralische für immer verbannt wissen. Der Schriftsteller soll seinen Figuren gegenüber möglichst gerecht — um nicht zu sagen objektiv — gegenüberstehen. Er soll keine Engel und keine Teufel schaffen, sondern Menschen mit Tugenden und Schwächen, und er soll sie uns in ihrer Alltäglichkeit und in ihren feierlichen Momenten, in ihrer Arbeitsstätte und in ihrer guten Stube, in ihrer Nüchternheit und in ihrer Leidenschaft, in ihrer Prosa und ihrer Poesie zeigen. Die Sprache soll schlicht und kurz, ohne Weitschweifigkeit, aber auch ohne hypermoderne Abgehacktheit sein. Im Inhalt wie in der Form muß der Zug der Geschlossenheit, der Klarheit, der Sehnsucht nach Harmonie wahrnehmbar sein.

Man hat in jüngster Zei den Volkserzählungen oft jede Bedeutung und jede Zukunft abgesprochen. Das kommt daher, weil wir gar zu viel Fabrikmäßiges auf diesem Gebiete führen, das nach der Schablone geschaffen ist, ohne jede Kunst und ohne jeden Schwung. Wie wir im Bauerntheater meist nur Salonbauern haben, so haben wir auch in den Volkserzählungen schemenhafte Gestalten nach berühmten Mustern, ohne Kraft und ohne Leben. Der Umstand, daß neuere Dichter, wie z. B. Ludwig Thoma, mit ihren Bauernschilderungen große Erfolge erzielt haben, beweist, daß ein Bedürfnis für diesen Zweig der Literatur wohl vorhanden ist. Ja, uns tut eine Volksliteratur großen Stils not, die Volksleben der Kultur und dem eigentlichen Volke das Kulturleben näher führt. Diese innere Verständigung und Versöhnung ist vielleicht noch wichtiger als die soziale Aussöhnung der verschiedenen Stände. Die Volksliteratur soll in ihrem Ziele und in ihren Mitteln nichts anderes sein, als ein besonderer Zweig der erzählenden Literatur, als ein Ausschnitt des Lebens. Das ist das wichtigste Postulat.

Wie aber sehen unsere Volkserzählungen in den Kalendern und billigen Büchern im allgemeinen aus? Es ist hier eine trostlose Wüste, in der selten eine erfreuliche Pflanze gedeiht. Es wird hier noch mehr als auf dem Gebiete der sogenannten Familienliteratur gesündigt, und nur wenige sehen ein, wie verhängnisvoll die Verwahrlosung dieses wichtigen Zweiges der Literatur zu werden droht.

Man kann die „Dichter" der Volkserzählungen in drei Kategarien einteilen:

Da sind zunächst die Unfähigen, die Schriftsteller und noch mehr die Schriftstellerinnen ohne jedes schöpferische Talent, ohne jedes Gestaltungsvermögen. Ihnen fehlt jede künstlerische Begabung, die Dinge zu schauen und sie darzustellen, aber sie dichten nach Schema F, und weil sie billig sind, werden ihre Produkte gedruckt. Männlein und Weiblein, die es nie wagen würden, auch nur einem mittelmäßigen Familienblatt ihre Produkte anzubieten, halten sich für berufen, für Volkskalender zu schreiben. So sind ihre Erzeugnisse unbeholfen in der Ausführung, falsch in der Auffassung und für die Kunst gänzlich wertlos.

Dann kommen die Sittlichkeitsapostel, die glauben, dadurch der Moral einen Dienst zu erweisen, daß sie die Welt und die Menschen in einer besonderen Beleuchtung zeigen. Da ist alles patriarchalisch zugeschnitten und altväterlich gekleidet. Die Figuren müssen gut sein und nach dem Moralkodex handeln. Ist ein Bauer schlecht, dann muß er zu Ehren der Moral zu Grunde gehen, damit die Gerechtigkeit triumphiere. Die Liebenden müssen sich, wenn sie recht brav sind, immer „kriegen", und die Tugend muß immer siegen. Meistens wird das alles noch mit einem dünnen religiösen Aufguß besorgt und die Moral der Erzählung hängt deutlich wie ein Schnupftuch aus der Tasche heraus. Das nennt man dann erbauliche Erzählungen für das gute Volk.

Dann kommen die eigentlichen Volksverderber, die mit voller Absicht Erzählungen fabrizieren, um einer schlechten Tendenz auf sozialem oder politischem Gebiete zu dienen. Bewußt wird dem Volke ein Haß gegen eine Richtung oder gegen eine Volksklasse eingeimpft, um es für seine Zwecke zu gewinnen. Meistens sind diese Erzählungen chauvinistisch gehalten und von einem Hurrah-Patriotismus bestrahlt. Alles Nationale erscheint groß und schön und herrlich und einer Reform gar nicht mehr bedürftig, dagegen ist alles „Fremde", alles Neue schlecht und verderblich. Deutsch und göttlich sind identische Begriffe und natürlich auf der anderen Seite wiederum fremd und schlimm. Die Leute in diesen Erzählungen sind gut und glücklich, solange sie nach dieser Schablone „deutsch" leben, sie gehen wirtschaftlich und sittlich zu Grunde, wenn sie liberal werden und neuen Ideen huldigen. Gibt es ein Unglück, dann haben es natürlich die neuen Ideen verschuldet. Zeigt sich etwas Schlechtes im Volke, dann muß es eine fremde Nase tragen, denn der Bauer, der Handwerker, ja das ganze deutsche Volk ist stets gut, harmlos, naiv. Das Unglück kommt immer von außen. In dieser merkwürdigen Beleuchtung wird die Welt gezeigt und dadurch eine Verdunkelung des wahren Sachverhaltes erzielt. Denn die Moral der Geschichte ist immer die: Kommt zu uns und wirkt mit für unsere Sache mit euren Groschen und eurem Wahlzettel, dann wird es besser werden und ihr werdet wieder frei, gut und glücklich sein!

Daß unsere Antisemiten in der letzten Kategarie stark vertreten sind, ist selbstverständlich. Sie schrecken ja vor nichts zurück, um ihr höchstes Ziel, die Volksverhetzung, zu erreichen, und sie lassen kein Mittel unversucht. Sie möchten alles in der Welt antisemitisch zugeschnitten sehen, und ihr höchstes Ideal wäre eine völlige Trennung der Volksklassen voneinander. Wenn man antisemitische Hotels, antisemitische Bäder, antisemitische Turnvereine und Tanzkränzchen hat, dann gehört dazu logischerweise auch eine antisemitische Belletristik. Natürlich halten sie die Lektüre des kleinen Mannes für ihre besondere Domäne. Man braucht sich nur die Feuilletons der antisemitischen Zeitungen anzusehen, um sich davon zu überzeugen, auf welcher

dichterischen und menschlichen Höhe diese Produkte stehen. Wenn es nur irgend möglich ist, muß in jede Erzählung eine gute Figur hinein, wenn sie auch innerlich gar nicht zum Milieu paßt. Braucht man einen Wucherer, einen grausamen Wüterich, einen Schwindler und Betrüger, ein erotisches Scheusal, so muß natürlich der Jude diese Rolle übernehmen. Der Jude ist stets der Teufel, der alles Unglück verschuldet, die andern schlechten Personen sind vom Juden verdorben oder durch die neuen liberalen Ideen vom Pfade der wahren Tugend abgelenkt worden. So wird die Wirklichkeit gefälscht, die Dichtung mißbraucht und das Volk in den wichtigsten Fragen irre geleitet. Denn unter den vielen Tausenden von Lesern und Leserinnen sind gewiß viele, die dem „Dichter“ blindlings glauben und die Schilderungen für blanke Wahrheiten hinnehmen.

F. S.

Zum „Fall Cohn“

erhalten wir folgende

Berichtigung.

In Nr. 20—21 Ihrer „Mitteilungen“ bringen Sie einen Artikel über mich „Ein Fall Cohn“. Ich habe folgendes zu berichtigen:

1. Es ist unwahr, daß ich auf die erstaunte Aeußerung des Direktors vom Mommsengymnasium, er habe an seiner Anstalt einen jüdischen Oberlehrer, der gerade durch seinen deutschen Unterricht christliche und jüdische Schüler in gleicher Weise zu deutschem Fühlen und Denken erziehe, erwidert hätte: „Jeder Jude, der anders spricht, lüge mit Absicht, oder ohne das Bewußtsein dieser Absicht.“

Das Wort „Lüge“ ist nie über meine Lippen gekommen. Ich habe nur, dazu in einem ganz anderen Zusammenhange, dem Direktor gesagt, daß jeder Jude, der sein Stammesgefühl leugne, sich in einer Art Selbsttäuschung befinde, oder in unbegründeter Furcht die einmal vorhandene Tatsache der starken Stammesempfindung der Juden zu vertuschen suche. Erst auf diese Aeußerung zeigte der Direktor sich erstaunt und wies darauf hin, daß er seinem jüdischen Oberlehrer ja dann nicht mehr trauen könne, worauf ich ihm in halbstündiger Unterredung klarzumachen suchte, daß sich eine Pflege des jüdischen Stammestums sehr wohl mit der innigsten Liebe zum Vaterland, der begeistertsten Hingebe an Staat und Kultur vertrage. Daß diese Erörterung so von mir geführt worden ist, ist von dem Direktor trotz einer spaltenlangen Erklärung in der „Täglichen Rundschau“ nicht angegriffen worden, somit heut als authentisch zu betrachten.

2. Sie erklären: „Es ist absolut unzutreffend, daß Herr Dr. Cohn in seiner Verteidigung beschränkt worden ist. Er ist über den Vorfall gehört worden, und zwar so oft er es verlangte“. Demgegenüber teile ich mit: Am 13. Februar sandte ich an den Vorstand der Jüdischen Gemeinde einen Brief, in dem es heißt: „Es liegt mir alles daran, daß man erfährt, was ich gesagt habe. Ich will gehört werden, von allen, die in diesem Falle mitzureden und mitzustimmen haben, will ich gehört werden. Das ist ein Recht, auf dem ich stehe.“ Damit vergleiche man, daß mich über die Hälfte des Vorstands und der Repräsentanz, im ganzen 14 Herren, nicht gehört noch gesehen haben.

3. Sie erklären: Ich hätte Gelegenheit gehabt, eine ausführliche Verteidigungsschrift an beide Gemeindebehörden zu senden. Das ist unwahr. Ich habe n i e eine Verteidigungsschrift abgesandt. Was Syndikus Lilienthal so nennt, ist eine wissenschaftliche Abhandlung über die Geschichte des Auserwählungsgedankens, die meine jüdische Gesinnung begründen sollte, weiter nichts. Die Verteidigungsschrift wurde mir vom Vorstand verweigert, indem man mir das wichtigste Dokument, die Niederschrift des Direktors, vorenthielt.

4. Es ist unwahr, daß ich „in nicht mißzuverstehender Absicht“ geäußert habe, meine Angelegenheit werde bis an die Redaktion der „Staatsbürgerzeitung“ gebracht werden, wie Sie behaupten. Ich habe vielmehr zu einer Zeit, als das Urteil schon feststand, am 24. März 1907, Herrn Rechtsanwalt Ignaz Cohn gegenüber geäußert, ich würde mir eine Vergewaltigung nicht gefallen lassen. Und wenn es zum Krach käme, könnte ich keine Rücksicht darauf nehmen, daß dieser Krach ev. bis in die Redaktion der „Staatsbürgerzeitung“ dringen würde. Die „Staatsbürgerzeitung“ hat weder direkt noch indirekt von mir eine Silbe über meine Angelegenheit erfahren. Sie erklärt selbst in ihrem Leitartikel „Der Fall Cohn“, woher sie ihr Material hat.

5. Es ist unwahr, daß ich Ende März 1906 vor meiner Anstellung als Prediger der Jüdischen Gemeinde vom Falkrealgymnasium u. a. wegen zionistischer Beeinflussung der Schüler entlassen worden bin.

Erstens war ich nie fest angestellt am Falkrealgymnasium, sondern habe nur aushilfsweise Unterricht erteilt.

Zweitens habe ich meine Schüler nicht zionistisch beeinflußt, sondern nur bei Behandlung der jüdischen Gegenwart, die mir als Pensum vorgeschrieben war, mit schriftlicher Billigung des von mir vertretenen Lehrers, Prof. Schneider, der nicht Zionist ist, in objektiver und formaler Weise in zwei Stunden den Zionismus behandelt, wie es auch die Lehrbücher jüdischer Geschichte vorschreiben.

Rabbiner Dr. Emil C o h n.

Diese „Berichtigung“ des Herrn Dr. Emil Cohn ist nicht geeignet, an unserer Beurteilung der Angelegenheit das Geringste zu ändern. Herr Dr. Cohn berichtigt dem Sinne nach nichts, er streitet vielmehr um Worte. Wir vermögen gerade nach dem ganzen Zusammenhang, in dem die Aeußerung getan ist, einen wesentlichen Unterschied zwischen „lügen“ und „Vertuschen“ des Standpunkts nicht zu erkennen. In Bezug auf seine Verteidigung versteift sich Herr Dr. Cohn darauf, daß ihn nicht alle Mitglieder des Vorstandes und der Repräsentanten-Versammlung gehört und gesehen haben. Das Wesentliche ist doch, daß ihm das rechtliche Gehör ausgiebig gewährt worden ist, daß er nach seiner eigenen Darstellung jederzeit Gelegenheit gehabt hat, seine Verteidigung mündlich und schriftlich zu führen. Und ob er die zu seiner Verteidigung eingereichte Schrift eine „Verteidigungsschrift“ oder eine „wissenschaftliche Abhandlung“ nennt, ist in der Sache ebenso gleichgültig wie das Wort, mit dem man die Entfernung des Herrn Dr. Cohn vom Falkrealgymnasium und seine Ersetzung durch einen anderen Lehrer bezeichnet. Und was berichtigt Herr Dr. Cohn bezüglich seiner Aeußerung über die „Staatsbürgerzeitung“? Fehlt ihm denn jede Empfindung dafür, welchen Eindruck auch die „berichtigte“ Aeußerung machen muß, eine solche Aeußerung aus dem Munde eines jüdischen Predigers gegenüber dem Vertreter der jüdischen Gemeinde, mit der er in Fehde lebt?

Im übrigen können wir die Berichtigungen des Herrn Dr. Cohn nicht allzuhoch einschätzen. Abgesehen davon, daß seine Berichtigungen, wie wir gezeigt haben, sich meist nur auf Worte beziehen, berichtigt er zu viel. Wenn man ihm glauben will, so sagen alle anderen die Unwahrheit, alle anderen verdrehen und entstellen die Tatsachen zu seinen Ungunsten, nur er allein ist objektiv, nur er bleibt bei der Wahrheit. Wer aber seine beiden Schriften liest, wird, auch wenn er von der Veröffentlichung der Jüdischen Gemeinde und der Erklärung des Herrn Dr. Przygode ganz absieht, von der Zuverlässigkeit der Angaben des Herrn Dr. Cohn durchaus nicht überzeugt sein können. Von einem Manne, der imstande ist, eine so haßerfüllte Schrift der Oeffentlichkeit zu übergeben, wie es namentlich die zweite Broschüre des Herrn Dr. Cohn ist, kann man nicht die Ueberzeugung haben, daß er die Ruhe und Selbstbeherrschung besitzt, welche die Voraussetzung eines ungetrübten Wahrnehmungsvermögens sind. Und kann man einen jungen Menschen von 25 oder 26 Jahren vollständig ernst nehmen, der einem Manne von 80 Jahren gegenüber, den seine Glaubensgenossen an ihre Spitze gestellt haben, sich auf seine makellose Vergangenheit beruft?

Herr Dr. Cohn sollte doch endlich einsehen, daß die Art, wie er seine Sache führt, weder ihm noch seinen Glaubensgenossen förderlich sein kann. „Nach meiner Ueberzeugung muß jeder Jude sich zunächst als Angehöriger des auserwählten Volkes Gottes u n d d a n n e r s t a l s D e u t s c h e r f ü h l e n“. Daß er so denkt und daß er sich so geäußert hat, hat Herr Dr. Cohn nicht bestritten. Er gesteht auch zu, daß er jeden Juden, der anders spricht, als jemanden hingestellt hat, der, wenn er sich nicht in Selbsttäuschung befindet, s e i n e n S t a n d p u n k t m i t B e w u ß t s e i n v e r t u s c h t. Er hat den A n t i s e m i t i s m u s f ü r e i n e n a t ü r l i c h e R e a k t i o n gegen diese seine eigenen Anschauungen erklärt, eine Reaktion, die er wohl begreife. Wenn man das Wohl-

gefallen hinzunimmt, mit der die antisemitische Presse die Aeußerungen des Herrn Dr. Cohn und die Auslassungen seiner Verteidiger aufnimmt, so muß man staunen, daß Herr Dr. Cohn immer noch verlangt, daß sich die Oeffentlichkeit mit ihm beschäftige. Man sollte meinen, daß es weit mehr seinen Wünschen entsprechen müßte, so bald wie möglich vergessen zu werden.

* * *

Unter der Ueberschrift **„Deutschtum und Judentum"** gehen uns mit der Bitte um Veröffentlichung von einem süddeutschen Rabbiner die nachstehenden Ausführungen zu, mit denen wir die Diskussion über die durch den „Fall Cohn" hervorgerufene Kontroverse schließen:

Die Kollision zwischen „Zionismus" und „Deutschtum" ist nun endlich doch Ereignis geworden. Sie kam spät, aber sie kam. Und nun, da sie gekommen ist, heißt es: Stellung nehmen! Oder vielmehr: Klarheit schaffen! Wissenschaftliche Klarheit. —

Es liegt ein „Fall" vor: Die Suspension des Rabbiners Dr. Emil Cohn von seinem Amte als Prediger der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Dr. Cohn verschickt eine Broschüre darüber: „Die Geschichte meiner Suspension". Er fordert das Urteil der Oeffentlichkeit heraus, und so haben alle Rabbiner, welchen die Broschüre zugeschickt wurde, zu welchen auch ich gehöre, im Besonderen das Recht, wenn nicht die Pflicht, ihr Urteil darüber, ob der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde Herrn Dr. Cohn mit Recht oder Unrecht vom Amte suspendiert hat, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

So sei es denn gesagt, von einem Kollegen, der seinen Kollegen gern in Schutz nähme: Herr Rabbiner Dr. Cohn ist, nach seinen Darlegungen, im Unrecht und der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde im Recht. Der Berliner Vorstand mußte so handeln, wie er gehandelt hat, um als größte jüdische Gemeinde Deutschlands durch die Tat unzweideutig den Standpunkt des Herrn Dr. Cohn im Namen der deutschen Judenheit zurückzuweisen.

Die Tatsache, die zur Suspension geführt hat, wird von Herrn Dr. Cohn so dargestellt:

„Am 7. Januar 1907 hatte ich mit meinem langjähriger Lehrer, dem jetzigen Direktor eines städtischen Gymnasiums in Charlottenburg, ein 3½ stündiges Gespräch über meine Anschauungen von Judentum und Judenfrage . . . . Der Herr nennt sich einen Philosemiten. Er steht auf dem Standpunkte Bismarcks: Ein arischer Hengst und eine semitische Stute ergeben eine gute Mischung. Er ersehnt das völlige Aufgehen der Juden im Deutschtum. Er ist für die Mischehe, kann auch in der Taufe nichts Ehrenrühriges sehen, selbst wenn sie nicht aus Ueberzeugung erfolgt. Er fragt mich, ob ich nicht auch ein solches Aufgehen ersehne. Er jedenfalls freue sich über jeden jüdischen Vater, der seine Kinder in den christlichen Religionsunterricht schicke, und sei stolz, daß deren nicht wenige auch in seiner Klasse seien . . . . „So sagte ich dem Direktor rund heraus, daß es durchaus nicht meine und ebenso wenig meiner jüdischen Brüder Ansicht sei, daß wir aufgehen müßten; ich für meinen Teil müßte die Mischehe absolut verwerfen, auch an den jüdischen Kindern im christlichen Religionsunterricht könnte ich keinen Gefallen finden, ebenso wenig an der Taufe ohne innere Ueberzeugung. Wir Juden wollen aber nicht nur, wir können auch gar nicht aufgehen. Schon wegen unserer Religion nicht. Denn sie ist untrennbar mit unserem Stammestum verknüpft. Ich wies ihm das an der Hand des Auserwählungsgedankens historisch nach, kam auch im Anschluß daran auf meinen Zionismus zu sprechen, der für mich eine Folge meiner Wertschätzung des jüdischen Stammestums ist, dem ich noch eine große Zukunft zuschreibe. Ich erklärte ihm übrigens ausdrücklich, daß ich mit meinem Zionismus gegenüber dem antizionistischen Gros der deutschen Juden, speziell der Berliner Gemeinde, einen schweren Stand habe. — Aber auch bei den Juden, die dem Stammestum keinen Wert beimessen, sei es tatsächlich lebendig. Es gäbe keinen Antisemitismus, wenn es anders wäre. Man haßt uns nicht, weil wir schlechter, sondern weil wir anders, d. h. stammlich erkennbar sind. Ich kann so die Abneigung gegen uns an sich als eine gewisse Reaktion wohl begreifen, wenn ich auch den Antisemitismus selbst aufs heftigste bekämpfe und in seinen verschiedenen Formen als unmoralisch verwerfen muß. Diese Abneigung wird bestehen, so lange wir Juden nicht unser Stammestum auflösen. Wir dächten fürs erste nicht daran, wie die Verwerfung der Mischehe selbst in den Kreisen, die gar nichts vom Stammestum halten, beweise. Der Stammesinstinkt sei sehr stark. Das zeige auch die innige Liebe, die uns an unsere östlichen Stammesbrüder knüpft, obwohl sie geistig und kulturell himmelweit von uns verschieden sind. Ja, die armen russischen Juden müßten meinem Herzen heute näher stehen als die Christen meines deutschen Vaterlandes, weil außer uns Juden niemand da sei, der sich dieser Unglücklichen erbarme. Kein Christ habe sich ihrer bei den letzten Verfolgungen angenommen. Zwar gebe es Juden, die jenes Stammesgefühl leugnen. Sie sind entweder in Selbsttäuschung begriffen, oder suchen in unbegründeter Furcht die Sachlage zu vertuschen. — Der Direktor schien entsetzt über diese Anschauungen: „Ich habe einen jüdischen Oberlehrer, ich kann ihm ja danach nicht mehr trauen, wenn er mir versichert, ein guter deutscher Staatsbürger zu sein. Ich muß ihn doch für einen Heuchler halten." „Keineswegs," antwortete ich, „ich halte mich für einen vorzüglichen deutschen Staatsbürger; ich liebe die deutsche Kultur über alles, ich kann und will Schiller und Goethe nicht in mir ausstreichen. Trotzdem pflege ich mein jüdisches Stammestum, das mit einem guten deutschen Staatsbürgertum sich wohl verträgt."

Das wollte der Direktor nicht wahr haben. Er meinte, daß wir dann einen Staat im Staate bildeten. Ich erwiderte, daß ein gutes Staatsbürgertum unabhängig von der Staatszugehörigkeit sei. Er lehnte auch dies ab. Schule und Erziehung erforderten die Pflege nur eines Staatstums, des deutschen. Ich sei verpflichtet, die Kinder im Religionsunterricht zu deutschnationalen Männern zu erziehen. Ich antwortete, daß ich ihnen, wie ich es stets tue, die Pflichten der innigen Liebe und Treue zu Staat und Vaterland ans Herz legen würde. Das sei jüdisches Gebot. Die spezielle Aufgabe der Verbreitung deutschnationaler Gesinnung aber sei höchstens Sache des Geschichtslehrers."

Das ist die Darstellung, die Herr Dr. Cohn der Sache gibt, und nach dieser seiner eigenen Darstellung ist das Unrecht auf seiner Seite. Er hat mit seiner Flucht in die Oeffentlichkeit der Sache und dem Berliner Vorstande den größten Dienst geleistet. Sein Unrecht besteht darin, daß er sich einen zionistischen Eingriff in die Rechte Anderer, in die Rechte der gesamten nichtzionistischen deutschen Judenheit, erlaubt hat; einen Eingriff, der die verhängnisvollsten Folgen haben konnte, wenn er nicht mit der Energie des guten Gewissens ohne Bedenken schnellstens seine Sühne fand.

Herr Rabbiner Dr. Cohn hatte die Pflicht, dem Herrn Direktor zu erwidern: „Herr Direktor! Sie verwechseln „Deutschtum" mit „Christentum". Sie ersehnen ein völliges Aufgehen der Juden im Deutschtum und betrachten als Mittel dazu die Taufe und die Teilnahme der jüdischen Kinder am christlichen Religionsunterricht; seit wann ist denn Christentum identisch mit Deutschtum? Wird nicht in Frankreich usw. derselbe Religionsunterricht erteilt und dieselbe Taufe vollzogen wie in Deutschland; wie soll also die „Taufe" und das Christentum den Juden zum Deutschen machen? Was das christliche Bekenntnis und der christliche Religionsunterricht an Erziehung zum Patriotismus leistet, leistet auch das Judentum und der jüdische Religionsunterricht. Was kann also der Jude durch die Taufe an Deutschtum gewinnen? Es gab Deutsche, ehe das Christentum in Deutschland eingeführt wurde. Es gibt Deutsche, die sich nicht taufen lassen: warum sollte also der Jude nicht auch Deutscher sein können, ohne Christ zu sein? — „Der Jude soll im Deutschtum aufgehen". — Die nichtzionistischen deutschen Juden sind der Ueberzeugung, daß sie schon im Deutschtum aufgegangen sind. Die Taufe und der christliche Religionsunterricht machen die „Deutschen" zu „Christen", und so wird auch der Deutsche jüdischen Bekenntnisses durch die Taufe zum Christen, nicht aber zum Deutschen, der er schon ist. Das Christen-

tum hat der Deutsche mit den Franzosen, Engländern usw. gemein; das Deutschtum haben die deutschen Christen mit den deutschen Juden gemein. Die Mischehe ist nicht eine Vermischung mit dem Deutschtum, sondern mit dem Christentum. Wenn dagegen der Jude eine Glaubensgenossin heiratet, dann heiratet ein deutscher Mann ein deutsches Mädchen ebenso, wie wenn der Christ eine Christin heiratet. Das ist der Standpunkt der großen Masse der deutschen Judenheit: wir brauchen nicht erst Christen zu werden, um Deutsche zu werden, da wir als Juden ebenso gute Deutsche sind, wie die Christen. —

Eine andere Frage, konnte er dem Herrn Direktor sagen, ist es, ob es physiologisch nicht wünschenswert sei, daß sich Arier und Semiten mit einander vermischen. Die Antwort auf diese Frage ist Sache der Wissenschaft. Aber wenn, wie Bismarck sich im Pferdezüchter-Jargon ausgedrückt haben soll, „ein arischer Hengst eine semitische Stute" ehelicht, dann wird die Nachkommenschaft kein gebessertes „Deutschtum", sondern eine „arisch-semitische" Mischung geben. Das kann man ebenso gut als eine Verbesserung der semitischen, wie als eine der arischen „Rasse" auffassen; was gewinnt aber das Deutschtum dabei? Ja, wenn eine Mischung mit „Semitismus" schon ein verbessertes „Deutschtum" ergibt, wie kann man dann Semitismus und Deutschtum als Gegensätze bezeichnen? Die wissenschaftliche Frage des Rassenwesens bleibe dahingestellt: rein von dem Standpunkt der antisemitisch-chauvinistischen Schlagworte fehlt da jede logische Konsequenz durch die Identifizierung der zwei disparaten Begriffe „deutsch" und „christlich", die sich zu einander verhalten wie etwa „grün" zum Ton „c".

Erst nachdem diese allgemeine Anschauung des bei weitem größten Teils der deutschen Judenheit dem Herrn Direktor entgegengestellt war, war es Herrn Dr. Cohn gestattet, auch seinen zionistischen Standpunkt darzulegen und hinzuzufügen: „Ich persönlich erkenne das zwar nicht für richtig an. Ich bin der Ansicht, daß die Juden keine Deutschen, sondern ein Stamm für sich sind, aber sie können auch niemals durch Religionsunterricht oder Taufe ihr Stammestum verlieren. Sie sind Juden und bleiben ewig Juden, und ich begreife auch aus diesem Grunde den Antisemitismus, der darin eben seinen Grund hat, daß wir ewig etwas anderes sind und bleiben als die Deutschen. Zwar sind wir Juden gute deutsche „Staatsbürger", aber Deutsche sind wir nicht; insofern wir Juden sind. Aber das ist meine persönliche Ueberzeugung als „Zionist", aber der „Zionismus" hat nur einen verschwindend kleinen Anhang in der deutschen Judenheit".

Das wäre eine korrekte und den Tatsachen entsprechende Darstellung gewesen, gegen die wohl auch der Herr Direktor nichts hätte einwenden können. Sogar des Zionismus des Herrn Dr. Cohn hätte den Herrn Direktor wahrscheinlich nicht viel aufgeregt. Es hätte ihn vielleicht interessiert, daß es auch Juden gibt, die im Prinzip mit den Antisemiten übereinstimmen, aber er hätte wohl mehr den prinzipiellen Standpunkt des bei weitem größten Teils der deutschen Juden einer kritischen Prüfung unterzogen und vielleicht seine eigene Anschauung danach korrigiert. Herr Dr. Cohn hat dagegen nicht nur seinen eigenen zionistischen Standpunkt in den Vordergrund gestellt, so daß der Herr Direktor glauben mußte, das sei der Standpunkt aller deutschen Juden, woran das nachhinkende: „Er habe damit einen schweren Stand", nur sehr wenig ändern konnte, sondern er hat sich auch noch vermessen, alle nichtzionistischen Juden, die sich als Deutsche fühlen und zum Deutschtum bekennen, als in Selbsttäuschung befangen oder als „in unbegründeter Furcht die Sachlage Vertuschende" hinzustellen: dieses Bekenntnis eines früheren Schülers in vertraulicher 3½ stündiger Besprechung mußte in der Tat in der Brust des gewissenhaften Schulleiters einen Sturm der Befürchtung, des beängstigenden Mißtrauens gegen den jüdischen Lehrer an seiner Schule entfesseln, und dieser Schulleiter hatte die Pflicht, seine Berufsgenossen und den Vorstand der Berliner Gemeinde von der gefährlichen Verwirrung, welche die, wenn auch mehr ungeschickte als unbeabsichtigte Entstellung der Wahrheit durch Herrn Dr. Cohn heraufbeschwooren hatte und noch weiter heraufbeschwören konnte, in Kenntnis zu setzen.

Und nun der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde! — Kritische Situationen verlangen schnelles Handeln. Jedes Zögern des Berliner Vorstandes hätte den Eindruck machen müssen, daß man im Grunde mit Herrn Dr. Cohn übereinstimme und nur im Interesse der „Vertuschung" — so lautete ja die Denunziation des Herrn Dr. Cohn! — gegen das „enfant terrible" vorgehe. Die prompte Suspendierung vom Amt zeigt dagegen die Entrüstung und Empörung, mit welcher die Vertreter der größten deutschen jüdischen Gemeinde von den Erklärungen des Herrn Dr. Cohn Kenntnis genommen haben.

Herr Dr. Cohn hat durch seine „Flucht in die Oeffentlichkeit" sich gegen seine Absicht ein Verdienst erworben, das eine gewisse Sühne für sein Vergehen bietet. Er hat damit vor der Oeffentlichkeit den Beweis geliefert, daß er nicht, wie er es auffaßt, „wegen seiner Gesinnung gemaßregelt" wurde, sondern wegen eines großen Unrechts im Handeln: Entstellung der Wahrheit, wenn auch aus Ungeschicklichkeit, und Denunziation der Nichtzionisten.

Ein Unrecht von dieser Größe und weittragenden Bedeutung verlangte unerbittlich eine unzweideutige Sühne.

Der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde hat getan, was er seiner Stellung der deutschen Judenheit gegenüber schuldig war.

Man kann mit der Lage des Herrn Rabbiner Dr. Cohn das größte Mitleid empfinden — und welcher Kollege besonders wird nicht von innigstem Mitgefühl für dieses Opfer zionistischer Methode erfüllt sein? Aber Themis muß mit der Binde um die Augen, damit kein Anblick des Jammers den Sinn verwirre, ihres Amtes walten.

Nun aber zur Logik des Dr. Cohnschen Zionismus, zur Kritik des Zionismus!

Herr Dr. Cohn sagte zum Herrn Direktor: „Wir Juden wollen aber nicht nur, wir können auch gar nicht aufgehen. Schon wegen unserer Religion nicht. Denn sie ist untrennbar mit unserem Stammestum verknüpft. Ich wies ihm das an der Hand des Auserwählungsgedankens historisch nach."

Was soll das heißen? Wir können schon wegen unserer Religion nicht im Deutschtum aufgehen, weil sie untrennbar mit unserem Stammestum verknüpft ist: das ist doch offenbar eine Verwirrung der Vorstellungen. Logisch richtig wäre es so: Zwar wegen unserer Religion könnten wir wohl im Deutschtum aufgehen, denn die Religion kann man, wie ja üblich, wechseln. Aber unsere Religion ist mit dem Stammestum untrennbar verknüpft, und das Stammestum kann man nicht ändern. Nicht die Religion steht dem Aufgehen im Deutschtum hindernd entgegen, sondern das „Stammestum": das ist die Ansicht des Zionismus, wie sie von Max Nordau vertreten ist. Nach dieser Ansicht tritt die Religion im Zionismus in den Hintergrund und das „Blut" in den Vordergrund, und weil das „Blut", die „Rasse" der freien Willensbestimmung entzogen und der Notwendigkeit unabänderlicher Gesetze unterworfen ist, darum kann der Jude, auch wenn er wollte, nicht in anderer Nationalität aufgehen. Das ist zwar noch nicht Wahr-

heit, sondern nur Behauptung, aber es ist logisch richtig. Eine logische Entgleisung scheint aber die Form zu sein, die Dr. Cohn dieser zionistischen Behauptung gibt.

Möglich aber, Herr Dr. Cohn will die allgemeine zionistische Ansicht von Rasse und Religion theologisch-rabbinisch modifizieren, er will die Gleichung umdrehen, um eine Veränderung der Vorzeichen zu erzielen, so daß Religion in den Vorder- und Rasse in den Hintergrund käme. Demnach wäre seine Ansicht folgende: „Stammestum" ist an sich nicht unveränderlich — das stimmt ja mit der Wissenschaft überein, die von unveränderlichen Rassen nichts weiß —, aber das jüdische „Stammestum" ist unveränderlich, weil es mit dem „Auserwählungsgedanken" untrennbar verknüpft ist, weil Israel „auserwählt" ist und „auserwählt" bleiben soll, darum darf sich sein Stammestum nicht verändern. „Darf"? Nein! Dr. Cohn meint: „kann".

Das ist aber handgreifliche Sophistik. Wenn das Dr. Cohns Ansicht ist, die er in der 3½ stündigen Unterredung doch sicher ausführlich dargelegt hat, dann ist der Herr Direktor unbegreiflich, der es für möglich hielt, daß solche theologische Sophisterei die allgemeine Ansicht der Juden sein könne. Vor allem ist es logische Unklarheit, wenn man historisch nachweisen will, daß etwas in alle Zukunft nicht sein könne. Die historischen Gesetze sind noch zu entdecken, auf Grund deren man eine Veränderung in der Geschichte für unmöglich erklären könnte. Solche Gesetze gibt es in der Naturwissenschaft, wo durch die experimentelle Methode die Grenzen der Veränderlichkeit festzustellen sind. In der Geschichte haben wir nur Analogie der Tatsachen, die wir als Schlüssel für die Rätsel des Geschehens versuchen, mit denen wir aber der Veränderung noch kein Schloß vorlegen können.

Aber was beweist der „Auserwählungsgedanke", der im äußersten dogmatischen Sinne nur die Unvernichtbarkeit des ganzen jüdischen „Stammestums" postuliert, gegen die Möglichkeit, daß die Juden eines Landes in dem „Stammestum" ihrer Umgebung aufgehen? Aber was hat denn der „Auserwählungsgedanke" überhaupt mit dem „Stammestum" zu tun? Der „Auserwählungsgedanke" ist eine religiöse Idee. „Ideen" gehören aber allen, die sich ihrer bemächtigen. Da gibt es keine Grenzpfähle des „Stammestums" oder sonstiger Schranken. Wenn der „Auserwählungsgedanke" untrennbar mit dem jüdischen „Stammestum" verbunden wäre, dann dürfte das Judentum unter keinen Umständen Proselyten aufnehmen. Wie konnte da das ganze Volk der Chazaren im Judentum aufgehen? Wie konnten da der König Izates von Adiabene und die vielen Millionen, die zur Zeit der Entstehung des Christentums im römischen Reiche zum Judentum übertraten, ins Judentum aufgenommen werden? Das sind historische Tatsachen, nicht bloß „Gedanken", und historische Tatsachen beweisen immerhin, wie historische „Ideen" aufzufassen sind. Nein, es ist logisch unklar, wie Herr Dr. Cohn „an der Hand des Auserwählungsgedankens" nachweisen will, daß durch die Religion des Judentums unser „Stammestum" unabänderlich sei. — Herr Dr. Cohn fährt aber fort: „Ich kam auch im Anschlusse daran auf meinen Zionismus zu sprechen, der für mich eine Folge meiner Wertschätzung des jüdischen Stammestums ist, dem ich noch eine große Zukunft zuschreibe". Hier ist also wieder das „Stammestum" in den Vordergrund gestellt und die „Religion" ganz beseitigt. Wäre das „Stammestum" nur der Mond, der von der Sonne des „Auserwählungsgedankens" seine Glorie empfängt, so wäre die „Wertschätzung des Stammestums" doch immer nur von sekundärer Bedeutung und die Religion das Primäre. — Oder meint Herr Dr. Cohn: Weil Gott durch die Auserwählung eine Wertschätzung des jüdischen Stammestums dokumentiert hat, darum macht auch er sich diese Wertschätzung zu eigen? Dann stehen wir wieder auf dem Boden religiöser Ideen und nicht auf dem fester Tatsachen, auf dem allein feste Gesetze möglich sind — abgesehen davon, daß es eine willkürliche Interpretation ist, wenn man die „Auserwählung" auf Vorzüge des Stammes basiert, nicht auf die Gesinnung.

Man kann den Cohnschen Zionismus drehen und wenden, wie man will; es kommt kein klarer, logisch folgerichtiger Gedanke dabei heraus.

Aber schon die ganze Vorstellung von dem unveränderlichen „jüdischen Stammestum" ist eine wahrhaft kindlich naive. Dieses zionistische Dogma geht nämlich, wenn man ihm auf den Grund sieht, viel weiter als der Antisemitismus. Der Antisemitismus dekretiert einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen „Ariern" und „Semiten", der Zionismus muß einen solchen Gegensatz auch zwischen dem jüdischen Stamm und den übrigen Semiten aufstellen. Die Juden sind auch unter den semitischen Völkern zerstreut, und der Zionismus muß, will er konsequent sein, auch ein Aufgehen des jüdischen Stammes unter den semitischen Völkern für unmöglich erklären. Im „Zionismus" wird das „Stammestum" betont, nicht bloß Rasse gegen Rasse, sondern auch Stamm gegen Stamm sind ewig unvereinbar; die Rassen-Theorie des Antisemitismus, die die ganze Wissenschaft gegen sich hat, wird im Zionismus noch übertrumpft, und der Gegensatz zur Wissenschaft wird dadurch noch krasser.

Freilich, der religiöse Zionismus des Herrn Dr. Cohn läßt hier noch einen Schlupfwinkel zu: nur der jüdische Stamm sei ausnahmsweise durch den „Auserwählungsgedankens" gegen Aufgehen in anderen, auch verwandtesten Stämmen geschützt. Aber das ist erst recht Sophistik und nicht Wissenschaft. Und dieses, wie wir sahen, so problematische, widerspruchsvolle, zwischen religiöser Idee und morphologisch-biologischem Phantom in der Luft schwebende „Stammestum", behauptet Dr. Cohn, ist „auch in den Juden, die ihm keinen Wert beilegen, tatsächlich lebendig". Er will also die gesamte deutsche Judenheit besser kennen, wie sie sich selbst kennt, und was er in sich selbst nur so logisch notdürftig markieren konnte, das will er in den Nichtzionisten als „tatsächlich lebendig" nachweisen.

Wie beweist er das? Man höre und staune! „Es gäbe keinen Antisemitismus, wenn es anders wäre. Man haßt uns nicht, weil wir schlechter, sondern weil anders, d. h. stammlich erkennbar sind". Ja, sind wir denn nur „stammlich" anders? Viel mehr als „stammlich" sind wir doch religiös anders, und wenn die Existenz des Antisemitismus durch das Anderssein begründet wäre, warum es ausschließlich auf das minimale Anderssein des Stammestums schieben und nicht auf das viel mehr hervortretende religiöse Anderssein? — Aber das ist gar nicht der größte Mangel dieser Beweisführung. Bewiesen soll werden, daß „das Stammestum auch bei den Juden tatsächlich „lebendig" sei, die ihm keinen Wert beimessen". Das will doch wohl etwas anderes sagen, als daß auch Nichtzionisten „lange Nasen" haben. „Das Stammestum ist in jemand lebendig", darunter versteht jeder, daß der Stammescharakter, die innere Verschiedenheit vorhanden sei. Und diese die große, nichtzionistische Mehrheit der deutschen Juden empörende, die ganze nationale Tätigkeit und Gesinnung derselben diskreditierende Behauptung mit einem so seichten Beweise begründen zu wollen, heißt wirklich: mit den heiligsten Ueberzeugungen seiner Nebenmenschen und Glaubensgenossen frivoles Spiel treiben. Man verzeihe den harten Ausdruck. Aber diese zionistische Methode, im Herzen der Nichtzionisten die „Philosophie des

„Unbewußten", zionistische Unterströmungen, mit den oberflächlichsten Beweisführungen entdecken zu wollen, verdient wirklich die strengste Abfertigung. Die Verwerfung der Mischehe führt Dr. Cohn auf dieses unbewußte Stammestum zurück. Das sagt ein Rabbiner! Weiß er denn nicht, — nein, er weiß es sehr gut, daß nur die religiösen Juden die Mischehe verwerfen, daß dagegen Führer des Zionismus in Mischehe leben? Nicht das Stammestum, sondern die Religion ist da „lebendig".

Was soll man dazu sagen, wenn er das Erhabenste, was die traurige Gegenwart dem an der Menschheit nicht Verzweifelnden darbietet: die Hingebung der westeuropäischen und amerikanischen Juden für die Opfer der russischen Barbarei und des russisch-orthodoxen Fanatismus — wenn das in den Staub des Stammestums herabgezerrt wird! Also nicht Humanität ist das, sondern das Gegenteil: Nationalismus, Partikularismus! Es ist kaum glaublich, daß ein Rabbiner nicht die Denunziation empfinden soll, die in den Worten liegt: „Ja, die armen russischen Juden müßten meinem Herzen heute näher stehen, als die Christen meines deutschen Vaterlandes, weil außer uns Juden niemand da sei, der sich dieser Unglücklichen erbarme". Welchen Christen unseres deutschen Vaterlandes wurde denn von uns Juden Hilfe versagt, unter der Begründung: wir müssen jetzt den russischen Juden helfen? Ist es auch nur ein einziges Mal vorgekommen, daß in der Zeit der russischen Pogroms ein Jude seinen Beitrag zur Weihnachtsbescherung geringer als das vorhergehende Jahr bemessen hat, weil er für die russischen Juden beisteuern mußte? Man schleudert doch solche weittragende Behauptungen nicht leichten Herzens hinaus, wenn sie sich nicht auf Tatsachen gründen! Darf ich Herrn Dr. Cohns Unrecht nachahmen und sagen: „Auch bei den Zionisten, die dem Stammestum höchsten Wert beimessen, ist das Allgemein-Menschliche, das über alles Stammestum hinaus Wirkende tatsächlich lebendig"? Ich behaupte: Herr Dr. Cohn hat keinen einzigen deutschen Christen, der seine Hilfe verlangt hat, zurückgewiesen, weil er für die russischen Juden Opfer bringen mußte! Herr Dr. Cohn möge mich Lügen strafen, wenn er kann. Ist nicht der Wohltätigkeitssinn der Juden für alle Forderungen des Lebens, auch wo Stammestum gar nicht in Frage kommen kann, allgemein anerkannt? Eine zionistische Deutung unserer Aufopferungsfähigkeit für unsere russischen Glaubensgenossen ist — ich sage es frei heraus — nicht nur eine Verirrung des Denkens, sondern auch eine Verirrung des Herzens.

Was den Zionisten bisher fehlt, das ist die Pietät vor den Ueberzeugungen der Nichtzionisten. Der Zionismus ist bisher zu sehr Fanatismus des Stammestums. Das hat ihm bisher nur Schaden gebracht. Warum gelingt es dem Zionismus so schwer, die bessern Kreise der europäischen Judenheit für sich zu gewinnen? — Nur durch diesen Fanatismus! Wer will mit Fanatikern zu tun haben, selbst da, wo er mit den Bestrebungen sympathisiert?

Für meine Ueberzeugung hat der Zionismus, ich gestehe es offen, einen gesunden Kern: die Idee einer rechtlich gesicherten, jüdischen Staatsgemeinschaft. Die meisten europäischen Kulturstaaten können keine größere Einwanderung von Juden vertragen. Das gilt von Oesterreich-Ungarn, von Deutschland und England. Andere Länder wären wohl noch aufnahmefähig, aber es ist fraglich, ob der gute Wille da ist. — Die Tatsachen sprechen dafür, daß es ein Glück für einige Millionen russischer Juden wäre, wenn sie transloziert würden. Aber wohin? In christlichen Ländern würde eine Masseneinwanderung russischer Juden nur dem Antisemitismus Nahrung geben. Es wäre also wünschenswert, wenn sie selbst eine staatliche Gemeinschaft gründen könnten, wo sie „Herren" und nicht „Gäste" wären. Ein selbständiger jüdischer Staat wäre nicht sowohl im Interesse der eine Heimat suchenden, als der eine gesicherte Heimat in den Kulturländern besitzenden Juden, wie wohl auch im Interesse der christlichen Staaten, damit das Gift des Antisemitismus nicht zu weit um sich fresse und gesunde Kreise ergreife. Ein Ideal wäre es, wenn dieser jüdische Staat Palästina sein könnte, da Palästina für den Juden ideelle geschichtliche Bedeutung hat. Es ist immer gut, wenn ein Staat eine Vergangenheit hat, wenn damit auch manche Bürde verbunden ist. So weit kann man das zionistische Programm unterschreiben.

Nun will aber der Zionismus auch Völker-Psychologe sein, und er will behufs größerer Werbekraft in gewissen Kreisen völkerpsychologische Gesetze über „Stammestum" und „stammestümliche Konstanz" aufstellen, die sowohl mit der Geschichte des Judentums, das Millionen Proselyten aus anderen, auch arischen Stämmen aufgenommen, wie mit der Geschichte aller Völker, von denen kein einziges einen unvermischten „Stamm" repräsentiert, in Widerspruch stehen. Mit diesen unbegründeten, ja sicher falschen völkerpsychologischen Theorien werden sich aber die auf dem Boden der Wirklichkeit und der Wissenschaft stehenden Kreise der Judenheit nie befreunden. Diese erblicken in dem Antisemitismus ein Phänomen der Wirtschaftsgeschichte, eine Form der Konkurrenz in Staat, Gesellschaft und Erwerb. Eine völkerpsychologische, nein: eine völkerphysiologische These auf ein solch ökonomisches Phänomen aufzubauen, ist nicht wissenschaftlich. Und wer die Zukunft haben will, der vermeide jeden Konflikt mit der Wissenschaft! — Möge der Zionismus durch Aufgeben seiner zwecklosen Theorien des Stammestums es den Tausenden von Glaubensgenossen, die ihr Vaterland, ihr „Deutschtum" nicht opfern können — nicht „können", weil es eine Lüge wäre, weil sie Deutsche sind, auch wenn sie es nicht sein wollten, — ermöglichen, friedlich und ersprießlich mit ihnen zusammen zu arbeiten! Fort mit unwissenschaftlichen Phantomen! Fort mit dem Fanatismus! Fort mit der Phrase des Stammestums!

Dr. J. Goldschmidt-Offenbach a. M.

Vermischtes.

Detmold, 20. Mai. Ein nachahmenswertes Beispiel der Toleranz wurde bei der Kundgebung der Einweihung der neuen Synagoge der jüdischen Gemeinde Detmold gegeben. An dem Festgottesdienst beteiligte sich Fürst Leopold zur Lippe und seine Gemahlin nebst Gefolge, der Staatsminister, die Spitzen der staatlichen und kommunalen Behörden und zahlreiche evangelische Bewohner der Residenz, sowie auch der katholische Landdechant. Auf dem Festbankett hielt der Hofmarschall Graf Rittberg eine Ansprache, in der er der Gemeinde die Grüße des Landesherrn übermittelte und erklärte, daß der Fürst mit Dankbarkeit und Anerkennung der Verdienste der jüdischen Bewohner um die Entwickelung und das Aufblühen der Residenz gedenke und auf ein weiteres harmonisches Beieinanderleben zwischen Israeliten und Evangelischen hoffe. In gleichem Sinne sprach der Oberbürgermeister Wittje und der Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer, der die im Lipperlande geübte Tugend der Toleranz und das herzliche Beieinanderleben aller Konfessionen feierte.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Gammer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 23. Berlin, 5. Juni 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Zentralbureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Penolt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Von guten und schlechten Volksbüchern.

II.

Psychologisch und ethisch betrachtet gibt es nichts Schlimmeres, als Bücher, die mit der Absicht geschrieben sind, Haß zu erzeugen und das Gemüt zu verrohen. Liebe und Haß sind beide Schleier, die die Wahrheit verhüllen. Während aber die Liebe alles schöner darstellt, weil sie das Ideale an Stelle der Wirklichkeit, die „Welt, wie sie sein soll" an Stelle der „Welt, wie sie ist" rückt, raubt uns der Haß alles Schöne, verscheucht uns den Duft des Lebens und vergiftet alles Erhabene. Noch schlimmer ist es, wenn solche Bücher sich direkt an die großen Massen des Volkes wenden, denn wer keine große Menschenliebe in seiner Brust trägt, der wird nie ein guter Volksschriftsteller werden. Wie die erste Bedingung des geborenen Pädagogen die Liebe zu den Kindern ist, das Merkmal des wahren Künstlers die Liebe zur Kunst und zur Natur ist, so muß der Volksschriftsteller von einer reinen Liebe zum Volke beseelt sein. Nur aus dieser Liebe kann die große schlichte Kunst kommen, die Sprache des Volkes zu sprechen und auf sein Gemüt einzuwirken.

Es ist traurig, daß dieser selbstverständliche Grundsatz immer wieder verkündet werden muß, und noch trauriger, daß so viel noch dagegen gesündigt wird. Leider bilden die Tendenzschriften auf diesem Gebiete durchaus nicht die Ausnahme. Ob diese verwerfliche Tendenz mehr oder weniger deutlich zum Vorschein kommt, das ist dann nur ein Unterschied des Grades. Noch mehr aber stimmt es einen pessimistisch, wenn man solchen Tendenzen in der plattdeutschen Literatur begegnet, die doch offenbar für die Bewohner des platten Landes berechnet ist und sich in erster Reihe an den Bauer wendet.

Vor mir liegt eine kleine, gefällig ausgestattete Novellensammlung in friesischer Mundart. Der Verfasser, G. Stille*), hat sich schon wiederholt als antisemitischer Schriftsteller betätigt in Elaboraten meist kompilatorischen Charakters. Die Novellen sind flott geschrieben, aber — ein wenig zu flott. Sie sind nicht urwüchsig genug, nicht unmittelbar empfunden. Viele Wendungen sind direkt hochdeutsch, und man gewinnt den Eindruck, daß die Erzählungen hochdeutsch gedacht und erst nachher ins Plattdeutsche übertragen worden sind. So entsteht eine Dissonanz zwischen Sprache und Inhalt, und nirgend vielleicht tut die Harmonie zwischen Sprache und Inhalt so sehr not, wie in der Volksliteratur. Ein frisiertes Plattdeutsch läßt man sich wohl gefallen, das hat ja auch Fritz Reuter getan. Wenn man zart empfindet, dann wird auch die Sprache feiner, edler. Aber das Kernige darin, das charakteristische Kolorit darf nicht verloren gehen. Die Novellen haben auch den Fehler, daß sie ein wenig nach der alten Schablone gemodelt sind und zu sehr das Lob der Tugend singen. Der Held Smeelk, der in allen Novellen immer wiederkehrt, ist zu ideal gezeichnet, um echt zu sein. Er ist bescheiden, fleißig, ruhig, klug und gut. Er trinkt nicht, raucht nicht, hat stets guten Rat für alle seine Mitmenschen und ist immer hilfreich. Seine Frau ist ein Prachtexemplar des weiblichen Geschlechts und repräsentiert in ihrer Person alle Frauentugenden. Dagegen sind andere Personen als grundschlecht gezeichnet, ihre Seelen sind schwarz, ohne jeden Lichtstrahl. Heute, wo wir über die Marlittiaden längst hinaus sind, berühren solche einfarbigen Bilder etwas naiv. So klar und einfach sieht es im Seelenleben nie aus und wir wissen, daß meistens das Schlechte und das Gute hart beieinander wohnen und gar zu sehr miteinander verwoben sind. Indessen, wenn man diesen Erzählungen auch keinen zu großen Kunstwert beimessen darf, so wird man ihnen doch die Schlichtheit der Auffassung und die Einfachheit der Komposition nachrühmen und man wird auch zugeben müssen, daß der Verfasser tief in das Bauernleben geschaut und auch ein Herz für die Bauern, ihre Freuden und Feststunden, ihre Sorgen und Kämpfe hat. Das sind Eigenschaften, die schwer ins Gewicht fallen.

Doch, da stößt man plötzlich auf eine Novelle in dieser Sammlung, die so häßlich tendenziös aufgefaßt und so cynisch unwahr geschildert ist, daß man Gefahr läuft, die Sympathie für das ganze Buch zu verlieren. Es ist wie eine häßliche Spinne, die in den Weinkelch fällt und uns den edlen Trank verdirbt. Diese Erzählung heißt „Heinjud" und sie soll gewissermaßen die Seele der ganzen Sammlung darstellen. Ja, man wird das Gefühl nicht los, daß die anderen Novellen nur Relief sind, eigentlich nur als Beiwerk dieser Pièce de resistance gedacht sind. Und diese Erzählung ist geradezu abscheulich. Viel schlimmer hätten es auch die Püdler und Bruhn kaum machen können. Diese Novelle ist ein echtes Hetzprodukt, sie ist nicht von der Liebe zum Bauern, sondern vom glühenden Judenhaß diktiert. Das ist das Schlimmste, was man von ihr sagen kann.

Ich weiß mich frei von jeder krankhaften Empfindelei, die in den letzten Jahren durch den Antisemitismus

*) Ut'n Sietlann', Landdokters Beleewnisse van G. Stille, Glückstadt, Max Hansens Verlag.

in mancher jüdischen Brust entstanden ist. Die Judenheit kann kein besonderes Privileg beanspruchen, von der Literatur nicht geschildert zu werden. Ja, es würde eine Fälschung des Lebens bedeuten, einen wichtigen Faktor der Gesellschaft zu ignorieren und so zu tun, als wenn es gar keine Juden in Deutschland gäbe. Und da es zweifellos auch schlechte Juden gibt, so sehe ich nicht ein, warum man sie nicht schildern soll. Jeder Stand und jede Bevölkerungsklasse muß sich gefallen lassen, in ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt zu werden, warum nicht auch die Juden? Wenn also jemand in einer Erzählung fünf jüdische Figuren bringt und darunter zwei oder drei schlechte, so habe ich gar nichts dagegen einzuwenden. Verdächtig ist es mir schon, wenn jemand in einer Erzählung nur eine jüdische Figur bringt und sie sehr schwarz malt. Schlimm aber ist es, wenn diese Figur unwahrscheinlich, psychologisch unmöglich ist. Das ist hier beim „Heinjud" der Fall. Ich bestreite es, daß der Verfasser diesen Juden, so wie er ihn schildert, im Leben jemals gesehen und studiert hat. Es ist eine Geburt seiner antisemitischen Phantasie. Auch die schlechten Menschen müssen wachsen und sich entfalten und wir müssen begreifen können, wie und warum sie so geworden sind.

Der Verfasser hat diesen Juden Herz zum erstenmale als Landarzt kennen gelernt. Er wurde in die Familie gerufen, um zu helfen. Natürlich war es die „tückige Krankheit", die Herz sich geholt hat und die auch gleich seine Frau und seine Kinder bekommen haben. Man merkt gleich die Absicht und wird verstimmt. Das Milieu ist geradezu unerträglich. Im Hause wimmelt es von allen möglichen und unmöglichen Dingen, und allerhand Gerüche steigen auf, der Schmutz ist groß und die Luft verpestend. Denn beim Juden muß es ja immer so aussehen, so steht es im antisemitischen Katechismus. Nun hat ein jüdischer Händler im Dorfe gewiß keine modernen Salons und keine stilvollen Einrichtungen, und auch gegen die Gesetze der Hygiene mag hie und da gesündigt werden. Mir aber, der ich in Süd und Westdeutschland verschiedene jüdische Wohnungen auf dem Lande gesehen habe, ist eine solche Erscheinung noch nicht entgegengetreten. Ich glaube auch kaum, daß es in Norddeutschland viel anders ist. Die jüdischen Wohnungen auf dem Lande unterscheiden sich nur wenig von den christlichen. Indessen, diese Schwäche ist von geringer Bedeutung.

Der Verfasser läßt diesen Dorfjuden eine eigentümliche Sprache sprechen, ein Gemisch von Plattdeutsch und Mauschelei. Herz spricht das z wie ß, das i wie e und setzt immer die Worte falsch, namentlich steht er mit den Fremdwörtern auf ewigem Kriegsfuß. Das ist wiederum der heiligen antisemitischen Schablone entlehnt, und das wirkt nicht humoristisch, sondern widerlich. In Wirklichkeit spricht der Jude auf dem Lande nicht um ein Haar anders als der Bauer. Vielleicht hat er eine andere Tonfärbung, eine lebhaftere Gebärde, aber nie andere Ausdrücke. Der Verfasser scheint zu glauben, daß der Jude durchaus in anderer Sprache sprechen müsse, und wo er im antisemitischen Mauschel-Lexikon keine Ausdrücke für seine Begriffe findet, da schafft er sich selber welche. Das mag philologisch sehr verdienstvoll sein, im nüchternen Alltagsleben aber berühren diese neuen Ausdrücke ganz eigentümlich. Ja, auch der Geschäftsfreund des Herz, der in der Stadt wohnt und sehr reich und gebildet ist, mauschelt. Wie soll denn ein Jude anders sprechen? Das verbietet ja der Schulchan-Aruch. Aber auch das berühre ich nur nebenbei. Nun kommt aber etwas, was den Leser, wenn er nicht mit einer gar zu großen Dosis Dummheit gesegnet ist, stutzig machen muß. Dieser Jude Herz, der als der schlaueste und geriebenste Schwindler geschildert wird, erzählt dem fremden christlichen Doktor gleich beim ersten Besuche seine Gaunerstreiche, für die er unbedingt ins Gefängnis wandern würde, wenn der gewiß nicht sehr judenfreundliche Doktor ihn anzeigen würde. Glaubt jemand ernstlich, daß dies möglich ist?, daß ein verschlagener Gauner so unvorsichtig sein konnte?

Nun trifft der Verfasser den Juden zum zweitenmale bei seinem Helden Smeelk. Natürlich ist Herz wieder auf dem Raubzuge. Was wird sonst so ein Jude tun? Er hat bereits dem Bauern, der doch so klug und tüchtig ist, eine feine Silberkette von großem Kunstwert für 6 Mark abschwindelt, und als der Doktor, der selbstverständlich alles gründlich versteht, den Bauer auf den wahren Wert der Kette aufmerksam macht, muß er sie dem Juden wieder mit 20 Mark bezahlen. Nun will er ihm gar einen altertümlichen Schrank mit kunstvollen Schnitzereien für 120 Mark abgaunern, während er in Wirklichkeit einen Wert von über 1000 Mark repräsentiert. Der Doktor muß erst als Wohltäter erscheinen, den biederen Smeelk aufklären und diesen Betrug vereiteln. Daß der Doktor alles gründlich versteht und den Bauer vor Verlust rettet, das verstehe ich, denn er ist ja der Verfasser, und das erzählende Ich in den Volksnovellen ist immer ein Genie und ein Tugendheld. Was ich aber nicht begreife, das ist, wie dieser ungebildete Jude zu so gediegenen Kunstkenntnissen gelangen konnte, daß er gleich beim ersten Blick die feine Metallarbeit und die altertümliche Schnitzerei erkennt. Das scheint beim Juden „Rasseninstinkt" zu sein. Und noch eins: ich möchte erst den Bauer sehen, der so schnell Gegenstände verkauft und sich so leicht betrügen läßt. Wer den Bauer kennt, der weiß, wie schlau und vorsichtig er in der Regel ist. Die Literaturbauern müssen eine ganz eigene Sorte bilden, sie sind allemal genau so, wie man sie gerade braucht.

Also, Smeelk ist nun, Gott sei Dank, aufgeklärt. Er schmeißt den Juden hinaus und nimmt sich fest vor, mit keinem Juden mehr irgendwelche Geschäfte zu machen, und er könnte nun Ehrenmitglied der antisemitischen Partei werden. Aber — wie man dem Teufel nicht entrinnen kann, so auch nicht dem Juden. Herz macht nämlich aus allem Profit, und wenn er zuerst mit Produkten gehandelt hat, so handelt er nachher nach einer geheimnisvollen Skala mit Vieh und das wurde dem guten Smeelk zum Verhängnis. Und das trug sich so zu: Ein christlicher Handelsmann, der Agent von Herz war, ohne daß man es wußte, kaufte eines Tages von Smeelk einen roten Ochsen zum Preise von 25 Pfennig das Pfund lebend Gewicht. Der Ochse wog bei der ersten Probe 820 Pfund, als er aber am anderen Tage zur Auszahlung ins Dorf gebracht und noch einmal von Herz selber gewogen wurde, wiegt er nur noch 790 Pfund. Das war natürlich ein Gaunerstück des dämonischen Herz, und der naive Smeelk konnte nichts dagegen machen. Aber damit begnügt sich der böse Herz nicht. Nach 14 Tagen schreibt er plötzlich dem Smeelk einen unorthographischen Brief, daß der Ochs sich nach der Schlachtung als krank erwiesen habe und daß er den Kaufschilling zurückzuerstatten sei. Smeelk prozessiert und bekommt in allen Instanzen Unrecht, und er muß noch 700 Mark Gerichtskosten zahlen. Denn der Schlachthof-Arzt ist ebenfalls Jude und natürlich für seinen „Rassegenossen" eingenommen, und der Anwalt ist wiederum Jude und legt sich für den jüdischen Klienten besonders ins Zeug. Alle Instanzen und alle Gerichtsbeamten merken nicht, daß der Jude einen andern kranken Ochsen nach dem Schlachthause gebracht und einen Meineid geleistet hat, denn der Jude ist ja schlauer als alle Richter und gerissener als alle Advokaten, — das liegt ja in seiner Rasse. So hat er seine Rache vollbracht und den Bauer beinahe ruiniert, — denn alles ist schutzlos gegenüber dem Juden.

Und solche Dinge soll man dem Verfasser glauben? Und das soll eine Erzählung für das Volk sein und dem Volke ein Bild des wahren Lebens geben! Wahrlich, man könnte darüber lachen, wenn die Sache nicht gar so traurig wäre.

Aber unser Verfasser will keinen Torso geben, er beglückt uns noch mit einem harmlosen Schluß. Herz zieht nach dieser Episode in die Großstadt und fängt an mit Grundstücken zu spekulieren. Dem Juden gelingt natürlich alles, — dazu ist er ja Jude. Schon in einigen Jahren gilt er als ein halber Millionär. Ach, die dummen Leute wissen gar nicht, wie leicht die edle Kunst ist, Millionär zu werden. Man braucht nur Jude zu sein und die kabbalistische Formel für Geldschaffung zu kennen. Der Weg führt immer ganz gerade vom Hausierer zum Kommerzienrat und jeder Jude ohne Ausnahme wird Millionär. Herz befolgt die „geheime Lehre" und wird dann Wucherer, teils zum Vergnügen, teils aus Freude daran, die Christen ruinieren zu können. Der Staatsanwalt hat ein Auge auf ihn und verhaftet ihn sogar, aber natürlich ist der Jude in seiner Schlauheit nicht zu fassen. So gelangt er schnell zu Ansehen und Einfluß und zu seinem 60. Geburtstage wird er, der nur mauscheln und schachern kann, von allen großen Zeitungen als Finanzgenie und edler Patriarch gefeiert.

Das ist doch wiederum wahrscheinlich, — so wahrscheinlich wie die ganze Erzählung.

Und die Familie Herz stirbt natürlich nicht aus. Dieser Herz hat wie Vater Noah drei Söhne, die so schlau und so gewissenlos sind wie der Alte. Der Aelteste hat ein Warenhaus in Hamburg, das natürlich hoch versichert ist und daher während der Abwesenheit des Chefs abbrennen muß. Der zweite hat ein Bankgeschäft und hat bereits zweimal Bankerott gemacht. Dabei zahlt er 12 000 Mark für seine Privatwohnung. Der Verfasser scheint ganz genau orientiert zu sein. Der Vater hält diesen Sohn für den schlauesten. Der jüngste ist beim Vater geblieben, treibt aus Liebhaberei Vieh- und Güter-Schlächterei, verdient immer 10—20 000 Mark mit einem Schlage; „dann lobt ihn der Alte: „Du bist 'n rechter Jüd, der Gott deiner Väter segnet dich."

Ich habe diese Erzählung viel ausführlicher behandelt, als sie es verdient, weil ich zeigen wollte, was man in gewissen Kreisen als Volksliteratur ausgibt, und wie die Welt sich in krankhaften antisemitischen Köpfen widerspiegelt. Ich muß gestehen, daß ich nie eine antisemitisch gefärbte Erzählung lesen kann, ohne tief betrübt zu werden. Antisemitische Reden, antisemitische Broschüren und Flugblätter, Leitartikel und Auseinandersetzungen, — das muß man sich schließlich gefallen lassen, das ist politischer Kampf. Aber wenn man die Literatur des kleinen Mannes vergiftet, wenn man die verlogenste Tendenz in die Dichtung einschmuggelt, dann beneide ich denjenigen nicht, der sich darüber nicht empört. Jeder, dem die Volksbildung eine heilige Sache ist, muß sich darüber entrüsten. Es ist Zeit, daß die Männer, die an das Volk und an die Zukunft denken, anfangen, für eine gesunde geistige Kost des schlichten Mannes zu sorgen. Wir müssen das Volk geistig und sittlich gesund erhalten, und daher müssen wir alles von ihm fernhalten, was seine Seele zu verderben vermag. F. S.

Wird Schacks Wahl kassiert?

Eine Illustration zur antisemitischen Wahlmache.

Die Wahl des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Schack in Eisenach ist an dieser Stelle schon als das Ergebnis einer Reihe unzulässiger Wahlbeeinflussungen bezeichnet worden, gegen die in den „Mitteilungen" schon während des Wahlkampfes energisch protestiert wurde. Schon 1905 ist er nur auf agrarisch-konservativen Krücken, nachdem seine Helfershelfer die unglaublichsten politisch verwerflichen Praktiken angewandt hatten, in die Stichwahl und dann in den Reichstag gelangt. Für die Wahlen 1907 genügten Herrn Schack seine zahlreichen Hamburger und Leipziger Gesinnungsgenossen, die alle in der Schackschen Handlungsgehilfenorganisation Amt und Würde haben, nicht mehr. Er fühlte selbst, daß sein Mandat höchst unsicher stand, da die antisemitische Vertretung des Wahlkreises Eisenach-Dermbach absolut nicht der wirklichen Stimmung im Wahlkreise entspricht und nur ein Produkt maßloser Verhetzung und bäuerlichen Stimmenfangs war. Da in gewissen weimarischen Regierungskreisen mit Vorliebe mit dem Antisemitismus kokettiert wird, fiel es Schack nicht schwer, einflußreiche beamtete Personen für seine Wahl zu gewinnen und deren Einfluß im Verlaufe des Wahlkampfes zu verwerten. Trieb doch Schack die Maßlosigkeit seiner Wahlmache so weit, sich als den einzigen „nationalen" Kandidaten des Kreises zu bezeichnen, obwohl auch ein nationalliberaler Kandidat aufgestellt war. Schack wurde am Stichwahltage — mit sage und schreibe 325 Stimmen Mehrheit — gewählt.

Die Gegenpartei hatte schon während des Wahlkampfes die Beweise für die unzulässige Wahlagitation Schacks gesammelt und sandte am 22. und 23. Februar d. Js. zwei Wahlproteste an den Reichstag. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß am 11. April, dem Plenum vorzuschlagen, den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittelung der weimarischen Regierung die beschlossenen Beweiserhebungen zu veranstalten und deren Ergebnis dem Reichstag mitzuteilen.

Das Plenum des Reichstages beschäftigte sich noch kurz vor der Vertagung mit der Wahl, die dem Antrag der Wahlprüfungskommission entsprechend beanstandet wurde. Die weimarische Regierung nimmt zur Zeit die erforderlichen Erhebungen vor, und das Resultat dieser Erhebungen dürfte dem Reichstag beim Wiederbeginn der Sitzungen vorliegen. Um nun die Frage zu beantworten: „Wird die Wahl des Antisemiten Schack kassiert?" muß man zunächst einen Umstand betrachten, der sich bei der Wahlprüfung im Plenum abspielte. Gegen die schwer ins Gewicht fallenden Momente und Argumentationen, die der Wahlprotest für zahlreiche Beeinflussungen zu Gunsten Schacks ins Treffen führte, konnte keine Partei — selbst die Antisemiten nicht — etwas Stichhaltiges vorbringen. Es wurde ohne weiteres zugegeben, daß amtliche Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind. Das ist ein wichtiges Moment für den Ausgang der Wahlprüfung. Von minderer Bedeutung ist es, daß die reaktionären Freunde Schacks, um schließlich etwas zu sagen, zur Entschuldigung ihrer Haltung eine nichtssagende Erklärung abgaben. Der Antisemit Raab und der Reichsparteiler v. Oertzen erklärten im Namen ihrer Parteien, daß sie, um keine Debatte hervorzurufen, gegen den Kommissionsantrag auf Beweiserhebung keinen Widerspruch erheben, aber den Hauptprotest, die Unterzeichnung von Wahlaufrufen durch Beamte mit ihrem Amtstitel, nicht für erheblich halten, also aus der nachfolgenden Abstimmung keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden dürfen. Derartige merkwürdige Grundsätze dürften von der Mehrheit des Reichstags nicht gutgeheißen werden.

Die Beanstandung der Wahl wurde denn auch im Reichstag einstimmig beschlossen. Das ist für den Lauf der Dinge sehr wertvoll.

Im jetzigen Stadium der Wahlprüfung dürfte es daher angezeigt erscheinen, auf den Wahlprotest selbst etwas einzugehen. Amtliche Wahlbeeinflussungen zu Gunsten Schacks wurden vorgenommen von Bürgermeister Vittorf, Oberamtsrichter Schwarz, Pfarrer Brandt, Hirschfeld, Bahnhofsvorsteher Langula aus Lengsfeld, sowie dem Bürgermeister von Oechsen. Die Wahlprüfungskommission sieht darin, daß die genannten Amtspersonen in ihrer amtlichen Eigenschaft für die Wahl des Antisemiten agitierten, eine unzulässige Wahlbeeinflussung und schlägt vor, sämtliche in Stadtlengsfeld und Oechsen abgegebenen Stimmen für ungültig zu erklären.

Die für Schack abgegebenen Stimmen betrugen:

in Stadtlengsfeld	109,
in Oechsen	90, mithin würden
für diese beiden Orte	199 Stimmen

von der Gesamtziffer in Abzug zu bringen sein. Die sozialdemokratischen Stimmen in den beiden Orten wurden nicht kassiert.

Der wichtigste Punkt des Wahlprotestes, die Tätigkeit des nächst dem Bezirksdirektor höchsten Regierungsbeamten des Wahlkreises, des Bezirkskommissars König von der Bezirksdirektion Eisenach, im Wahlkampfe, ist leider im Protest nicht genügend substantiiert. Es ist nur ganz allgemein gesagt, „er sei mit dem antisemitischen Agitator Thomas von Ort zu Ort gefahren". Die Kommission war einstimmig der Meinung, daß dieser Protestgrund nicht beachtet werden könne, weil als Beweismittel das liberale Wahlkomitee Eisenach angegeben sei, eine solche Angabe aber nicht genüge. Hätte sich der Protest an dieser Stelle geschickter ausgedrückt, die Zeugen mit Namen angegeben, so wäre zweifelsohne eine ganze Anzahl Ortschaften, in denen Schack eine erhebliche Stimmenzahl hat, beanstandet worden. Auch über sozialdemokratische Versammlungsverbote in Ortschaften waren die Angaben so unklar, daß eine Nachprüfung unmöglich war. In Erbenhausen predigte der Pfarrer von der Kanzel für den Antisemiten, gegen den Sozialdemokraten. Da im Protest die Ausführungen des Pfarrers nicht verzeichnet waren, wurde auch dieser Punkt als unerheblich ausgeschaltet.

Durch Stimmenkauf hat der antisemitische Agitator für Schack, Hans Bechly-Hamburg, in Kaltennordheim Wahlbeeinflussungen betrieben, indem er dem Kutscher des Hotels zum Löwen, sowie dem des Gastwirts Bauß Geld gab, sie mit zum Wahllokal nahm, ihnen dort je einen Stimmzettel für Schack und den Sozialdemokraten Leber aushändigte und als beide von der Wahl zurückkamen, den Zettel „Leber" sich vorzeigen ließ, als Beweis, daß sie Schack gewählt haben. Die Kommission erblickte hierin eine unzulässige Wahlbeeinflussung und beschloß die eidliche Vernehmung der angegebenen Zeugen.

Im zweiten Wahlprotest wurde angegeben, daß eine Anzahl sozialdemokratischer Stimmen für ungültig erklärt worden seien, die gültig waren. Die Kommission hat nach genauer Nachprüfung dieser Beschwerde Recht gegeben und dem sozialdemokratischen Kandidaten Leber mehrere anfangs für ungültig erklärte Stimmen zugezählt.

Der Wahlprotest enthüllt ein krasses Bild der antisemitischen Methode, Mandate zu ergattern. Bier und Schnaps, Stimmenkauf, Pfarrer und Bürgermeister, Regierungsbeamte und Beseitigung der Isolierzelle — all dies muß herhalten, um die Wahl des Antisemiten zu ermöglichen. Fürwahr ein ekles Gepräge politischer Umtriebe für eine Partei, die auf reelle Art und Weise nicht zum Ziel gelangen kann. Man wird sich diese Machinationen der Antisemiten bei den Reichstagswahlen für künftige Zeiten merken müssen, um die Wähler vor derartigen verwerflichen Auswüchsen überhitzter politischer Betätigung zu warnen.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Beweiserhebungen über die Beeinflussungen bei der Wahl Schacks die Wahrheit der im Protest angeführten Behauptungen ergeben. Die dann für ungültig erklärten Stimmen dürften hinreichen, um die Wahl Schacks zu kassieren; eine Wahl, die, wie der Protest deutlich zeigt, mit den allerunwürdigsten Mitteln zustande kam.

Die russischen Juden als Soldaten.

In seinem Werke „Die Ursachen der russischen Niederlagen" macht General Martynow die Juden in der mandschurischen Armee fast verantwortlich für die russischen Niederlagen. Zum mindesten urteilt er überaus abfällig über die militärische Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der jüdischen Soldaten. Er schreibt:

„Die Mannschaften der übrigen Völkerschaften, die in den Reihen der Feldarmee dienten, sind in soldatischer Beziehung im allgemeinen den russischen Stammtruppen nicht ebenbürtig. Nichtsdestoweniger assimilierten sie sich in der Front vollständig den Russen. Eine Ausnahme bildeten allein die Juden. Bei der Mobilisierung suchten sie mit allen Mitteln sich der Aushebung zu entziehen, wanderten massenweise aus und begingen Selbstverstümmelungen usw. Nach dem „Russischen Invaliden" konnten von 59 262 Juden, die im letzten Trimester 1904 einberufen waren, nur 21 371 Mann eingestellt werden. Auf dem Kriegsschauplatz suchten sich die Juden nach Möglichkeit zu Kommandos hinter der Front zu drängen, und wenn ihnen das nicht gelang, begingen sie sogar absichtlich Verbrechen, desertierten aber ergaben sich einfach dem Feinde. In einer Division desertierten vom 1. April 1904 bis 1. Juli 1905 256 Juden, von Soldaten aller anderen Nationen dagegen nur acht. Die in der Front verbleibenden Juden übten gewöhnlich einen sehr schlechten Einfluß auf ihre Kameraden aus und waren infolge ihrer Nervosität die Hauptverbreiter aller möglichen Paniken. Gewiß gab es auch unter den Juden gute Soldaten, aber das waren vereinzelte Ausnahmen. Im allgemeinen ist die jüdische Nation, deren charakteristische Eigenschaften äußerste Feigheit und körperliche Schwäche sind, zum Heeresdienst ungeeignet. Einen guten Truppenteil mit einem starken Prozentsatz von Juden versehen, heißt deshalb soviel, wie denselben auf die sicherste Weise demoralisieren."

An anderer Stelle urteilt der General folgendermaßen:

„Die Juden sind in ihrer Gesamtheit frontdienstunfähig und müssen daher gänzlich von diesem Dienste befreit werden. Man muß sie in die Kommandos außer der Front stecken, ausgenommen natürlich jene vereinzelten Personen, die sich freiwillig zum Frontdienst melden. Die ausgleichende Gerechtigkeit erfordert sodann die Einführung einer besonderen Wehrsteuer für die jüdische Bevölkerung."

Daß die systematische Auspowerung der Juden sie zu einer Unterernährung zwingt, die jedem im Rayon Reisenden sofort auffällt; daß diese körperliche Schwäche zur Folge haben und die durch den in Rußland obendrein erzwungenen Aufenthalt in den Städten und bei der herrschenden Armut in den ungesundesten Teilen der Städte Atrophie der Muskulatur der Juden, gleichfalls eine Folge der bisherigen Behandlung der Juden, verschlimmern muß; daß die ewige Angst vor polizeilichen Chikanen und Pogroms die Nervosität der Juden steigern muß; daß die den Juden vorenthaltene Schulbildung, die ihnen aufgezwungene einseitige Bildung der jüdischen Re-

ligionsschulen bei den Juden kein sonderliches Interesse für den Gesamtstaat aufkommen lassen kann; daß sie infolge dieser einseitigen Erziehung den Militärdienst geradezu scheuen müssen; daß die fortwährende Verfolgung und Mißhandlung nicht geeignet sind, die Juden zu großen Patrioten heranzubilden — das alles und noch vieles andere übersieht der General, von dem erst noch festzustellen ist, wie sehr er sich durch antisemitische Vorurteile zu einem ganz falschen Urteil, zu einem bewußt gefälschten Urteil verleiten läßt. Wenn er beispielsweise ein Gesinnungsgenosse des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg wäre, dann wäre es weiter nicht verwunderlich, wenn er gleich diesem die jüdischen Soldaten nur für geeignet erklärte, die Front zu verderben. Das Urteil des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg ist aber von dem kompetenteren preußischen Kriegsminister nicht anerkannt worden, und so würde vielleicht auch das Urteil des Generals Martynow von einem nicht antisemitischen Kriegsminister in Rußland nicht anerkannt werden, wenn eine solche Ministerexistenz in Rußland überhaupt denkbar wäre. Jedenfalls ist es Tatsache, daß in Ländern, in denen es russische Zustände nicht gibt, auch keine Klagen wie die des Generals Martynow gegen die Juden erhoben werden. Auf die jüdischen Soldaten in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien trifft das Urteil Martynows ganz und gar nicht zu. Und in England, wo es doch keine Wehrpflicht gibt, wächst die Zahl der jüdischen Soldaten und Offiziere immer mehr. Und ihren Leistungen im Krieg und Frieden wird das beste Zeugnis ausgestellt. Rußland hat es in der Hand, auch die Juden zu tüchtigen Soldaten zu machen, es braucht nur die nötigen Vorbedingungen zu schaffen, nämlich den Juden Lust zum Atmen zu lassen, sie nicht zeitlich, räumlich und in der Auswahl der Gewerbe im Kampfe um das tägliche Brot zu beschränken, und muß trachten, sie zu russischen Bürgern zu erziehen.

* * *

Ueber die hier behandelte Frage finden wir im „Israel. Gemeindeblatt“ die nachstehenden Ausführungen:

In derselben Zeit, da einige „patriotische“ Generale die absurde Legende verbreiteten, daß zu dem Mißerfolge im japanischen Kriege die Feigheit der jüdischen Soldaten beigetragen habe, wird in Zarskaje-Sselo vom obersten Kriegsherrn ein jüdischer Soldat empfangen. Es klingt wie ein Märchen, ist aber Wirklichkeit. Am Montag voriger Woche ist Herr Isaak **Stolberg** aus Jekaterinoslow vom Zaren nach Zarskaje-Sselo berufen worden. Stolberg stammt von armen jüdischen Eltern und hat Volksschulbildung genossen. In dem japanischen Kriege hat dieser einfache Jude die Aufmerksamkeit des einzig tüchtigen Generals Mischtschenko auf sich gelenkt. In allen entscheidenden Schlachten dieses Generals hat Stolberg größten Anteil genommen. Ihm wurden die gefahrvollsten Missionen anvertraut, die er mit besonderem Heldenmut vollbrachte. Am zweiten jüdischen Ostertage wurde ihm deshalb von allen Regimentern besondere Ehre erwiesen. Der Ruhm Stolbergs verbreitete sich in der Armee und General Mischtschenko erstattete über ihn Bericht beim Zaren. Stolberg wurden nicht nur russische Orden verliehen, sondern er wurde auch vom Zaren empfangen. Der Monarch ernannte ihn zum Offizier und schlug ihm vor, in das Petersburger Garderegiment einzutreten. Auf die Frage des Monarchen, ob er irgendwelche Wünsche habe, erwiderte der Soldat: „Nein“. Darauf erschien die Kaiserin mit dem Thronfolger, wobei die Zarin sich an den Thronfolger mit den Worten wandte: „Dies ist der bravste unserer Soldaten“. Der jüdische Soldat nahm den zukünftigen Herrscher von Rußland auf seinen Schoß. Welches Aergernis für die echt russischen Leute, daß der einstige Machthaber von Rußland einen Juden umarmt hat. Jetzt ist Stolberg der geachtetste Gast bei allen Generälen von Petersburg, und jeder von ihnen ist bestrebt, den einfachen Juden auszuzeichnen.

In der ganzen russischen Armee haben nur vier Krieger die höchsten Auszeichnungen bekommen, darunter Herr Stolberg und noch ein Jude, der von Beruf Dentist war. Der letztere, dem nach einem Feldzug eine Hand amputiert wurde, wandte sich an den General mit der Bitte, ihm doch zu erlauben, mit einem Revolver in die Schlacht ziehen zu dürfen. — Selbst der Bruder des Premierministers Stolypin, der Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“, mußte den jüdischen Soldaten unbewußt das höchste Lob aussprechen. Er beschrieb einen Feldzug, wo russische Geistliche unter einem heftigen Kugelregen mit Heiligenbildern an der Spitze der Armee schritten. Vor ihnen aber marschierten heldenmütige Musikanten, von denen alle Juden waren! — Das hindert aber die „Nowoje Wremja“ nicht, in derselben Nummer gegen die Juden mit allen unsauberen Machenschaften zu Felde zu ziehen.

Von den echt russischen Leuten wird den Juden häufig zum Vorwurf gemacht, daß sie mit allen Mitteln bestrebt sind, sich dem Militärdienste zu entziehen. Abgesehen davon, daß diese Tatsache keineswegs auf Wahrheit beruht, wie selbst einige russische Generäle erklärten, ist die Lage der Juden im russischen Heere eine ganz jämmerliche. Der ungebildete russische Soldat, dem in den Kasernen der Judenhaß von den unreifen Junkern, die soeben die Schule verlassen (der Mangel an reiferen Elementen unter den Offizieren ist ja groß, besonders jetzt nach dem Kriege), eingedrillt wird, begegnet den jüdischen Rekruten mit Spott und Haß. Die Unkenntnis der russischen Sprache, für deren Verbreitung unter den armen Juden, welche das Hauptkontingent der Soldaten bilden, die Regierung keine Sorge trägt, ist eine giftige Spottwaffe gegen sie, die an Intelligenz doch die russischen Soldaten überragen. Der Jude hat nun seine fünf Jahre abgedient. Welche Rechte bringt er von der Armee mit? Wenn er außerhalb seines Ansiedlungsrayons seine Dienstzeit abgeleistet hat, darf er an demselben Ort nicht einen Tag länger bleiben, er darf die Luft nicht atmen, wo er seine besten Lebensjahre zugebracht hat. In sein Elternhaus kommt er als Fremder zurück und findet womöglich noch auf der Schwelle die Seinigen als Opfer blinden und fanatischen Hasses. Außerdem sind die Erniedrigungen und Qualen, welche der junge jüdische Rekrut während der Aushebung durchzumachen hat, ganz fürchterliche. So werden die Rekruten anderer Nationalitäten, während der Aushebung, welche einige Wochen dauert, in Freiheit gelassen, während die Juden wie gemeine Verbrecher ins Gefängnis eingeschlossen werden. Selten kommt es vor, daß ein kranker Jude, der von ärztlichen Autoritäten Zeugnisse über seine Untauglichkeit beibringt, von der Kommission befreit wird. Schreiber dieser Zeilen kennt aus seiner Praxis mehrere solcher Fälle, wo kranke jüdische Soldaten aus dem Regiment zu der örtlichen Kommission zurückgeschickt wurden, wobei aber die letztere sich nicht scheute, den Kranken nach einem anderen Regiment abzusenden. Unter dieser Provinzkommission ist das Bestechungssystem im höchsten Grade ausgebildet, und ihre Mitglieder, darunter auch Leute mit Hochschulbildung, wie Aerzte, haben ihre festgesetzten Preise zur Befreiung von gesunden ebenso wie von kranken Rekruten.

Die Zahl der jüdischen Freiwilligen im russischen Heere ist schon aus dem Grunde gering, weil ihre Aufnahme mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Ebenso steht es mit den jüdischen Militärärzten. Das Merkwürdigste dabei aber ist, daß im letzten Kriege alle freipraktizierenden jüdischen Aerzte, für die der Offiziersrock selbst im Traum unerreichbar war, als Militärärzte abkommandiert wurden. Alte, kränkliche und Familienväter wurden nach dem fernen Osten geschickt. In den jüdischen Ansiedelungsrayons, wo diese Aerzte meistens ihre Praxis hatten, herrschte darum eine fürchterliche Panik. Diese Aerzte haben natürlich abermals keine Privilegien vom Kriegsfelde heimgebracht.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die bayerischen Antisemiten haben unter der glorreichen Führung des Herrn Wengg, des Agenten des Bundes der Landwirte, bei den jetzigen Landtagswahlen genau so kläglich abgeschnitten wie bei den früheren Landtagswahlen und den letzten Münchener Gemeinderatswahlen. Außer in den 12 Münchener Wahlkreisen hatten sie nur noch in Pfaffenhofen „Ernst“-Kandidaturen aufgestellt, die indeß sämtlich nur winzige Minoritäten auf sich vereinigten. In sämtlichen Münchener Bezirken entfielen von insgesamt abgegebenen 68 068 Stimmen auf die christlichsozialen Kandidaten ganze 1 5 1 9 Stimmen; die in Pfaffenhofen erzielte Stimmenzahl scheint ebenfalls eine so lächerlich niedrige zu sein, daß das antisemitische Organ sich geniert, die genaue Ziffer anzugeben. Aber Herrn Wenggs Kampfesmut ist durch dieses klägliche Ergebnis

nicht gebrochen; am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf; er schließt seinen Artikel über das Ergebnis der Wahl mit den bombastischen Worten:

„Zehnmal zurückgewiesen, werden wir immer wieder von neuem anstürmen, bis wir einstens das antisemitische Panier von den Türmen unserer Stadt wehen sehen."

Hoffentlich haben die Antisemiten das nötige Quantum Geduld; vorläufig sind ihre Chancen in München auf den Nullpunkt herabgesunken; die Liberalen haben bei der jetzigen Wahl mit einem Stimmenzunahme von über 8000 Stimmen das Wachstum sowohl der Sozialdemokraten wie des Zentrums überflügelt.

Unwahre Behauptungen des antisemitischen Abg. Raab über die deutsche Handelsmarine. Der antisemitische Abg. Raab hat sich in der vorletzten Sitzung des Reichstags vor Vertagung der Session gemüßigt gesehen, im Reichstage die deutsche Handelsmarine auf das heftigste anzugreifen, und damit natürlich das Wohlgefallen einer gewissen Presse des Auslandes erregt, der jeder Versuch, den deutschen Handel zu diskreditieren, willkommen ist. Nachdem der liberale Abg. Hedscher dem Antisemiten bereits sofort im Reichstage heimgeleuchtet hat, kam die „Köln. Ztg." in einem Berliner Telegramm nochmals auf die Angelegenheit zurück und wies nach, daß der antisemitische Vertreter für Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen vielfach nur Unwahrheiten vorgebracht hat. In dem rheinischen Blatt hieß es:

„Wenn Herr Hedscher sagt, daß Raab seine Nachrichten lediglich von Kapitänen erhalten habe, so möchten wir dem hinzufügen, daß das recht minderwertige Kapitäne gewesen sein müssen, und daß ihre Angaben von den die ungeheure Mehrzahl bildenden tüchtigen Kapitänen ohne allen Zweifel aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. Man sollte kaum glauben, daß jemand, der sich mit Marineverhältnissen ernstlich beschäftigt, die ungeheuerliche Behauptung aufstellen kann, daß den Kapitänen die Weisung gegeben werde, in Nebel und Sturm mit voller Kraft zu fahren. Eine Reederei, die derartiges anordnet, müßte geradezu von Gott verlassen sein und nicht das geringste Gewicht auf die Sicherheit und die Erhaltung ihrer Schiffe legen. Wer ohne Sinn und Verstand mit voller Kraft im Nebel fährt, muß über kurz oder lang sein Schiff verlieren, und wer, namentlich bei schnellen, wertvollen Schiffen, mit voller Kraft gegen den Sturm angeht, der wird das Schiff und seine Maschine in ihrem ganzen Gefüge sehr rasch zu herunterbringen, daß der dadurch erlittene Geldverlust in gar keinem Verhältnis stehen würde zu dem kleinen einmaligen Vorteil, den die Erzielung einer größeren Schnelligkeit gewähren kann. Wenn „ältere Maschinisten" Herrn Raab gesagt haben, sie hätten das Kommando, bei Nebel halbe Fahrt zu machen, überhaupt noch nie bekommen, so haben sie ihn auf das unbarmherzigste angeschwindelt und mit seiner Leichtgläubigkeit einen bedauerlichen Mißbrauch getrieben. Wer einigermaßen mit seemännischen Verhältnissen bekannt ist, und bei den zunehmenden Seereisen werden solche Kenntnisse ja immer allgemeiner, für den wird die bloße Aufstellung einer solchen Behauptung genügen, um ihn die Hände über den Kopf zusammenschlagen zu lassen. Wenn Herr Raab in seinen auf Besserung der sozialen Lage der Schiffsbesatzungen gerichteten Bestrebungen ebenso mangelhaft unterrichtet ist wie bei den vorstehend behandelten Angaben, so möchten wir ihm wirklich den Rat erteilen, in Zukunft die Sorge für unsere Handelsmarine anderen zu überlassen oder wenigstens vorher durch einige Seereisen sich eine wenigstens oberflächliche Kenntnis über den seemännischen Betrieb auf unseren Schiffen anzueignen."

Auch eine Zuschrift an die „Nationalztg." stellt fest, wie unrichtig die Behauptungen des Abgeordneten Raab über die deutschen Reedereien sind.

Herr Raab hatte unter anderem dem Reichstag aufbinden wollen, die Hamburg-Amerika-Linie habe die Drohung, bei einem Schiffsunglück unbarmherzig den Kapitän zu entlassen, tatsächlich ausgeführt, so, als der „Prinz Waldemar" bei Jamaika gestrandet war, nachdem durch Erdbeben der Meeresboden kurz vorher eine Veränderung erlitten hatte. Und der Kapitän Brunsvig vom Schiff „Prinzeß Viktoria Luise" habe, so sagte Herr Raab weiter, sich aus ähnlichem Anlaß erschossen. In der „Nat.-Ztg." wird nachgewiesen, daß diese Behauptungen von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen sind. In dem Fall „Prinz Waldemar" sei der Kapitän nicht entlassen, sondern er befinde sich weiter in den Diensten der Reederei. „Das Auslaufen seines Schiffes ist nicht durch Veränderungen des Meeresbodens verursacht, sondern durch ein Zusammentreffen anderer Umstände, nämlich durch die Zerstörung eines Leuchtturms, ferner dadurch, daß der beorderte Lotse nicht an Bord kam, und dadurch, daß nicht gelotet worden ist. Das ist in der Seeamts-Verhandlung festgestellt worden. Die schon oft wiederholte Behauptung, daß durch das Erdbeben Veränderungen des Meeresbodens bei der Einfahrt nach Kingston eingetreten seien, ist unrichtig, es ist vielmehr festgestellt worden, daß die Einfahrt nach Kingston sich durch das Erdbeben nicht verändert hat. Sonach ist auch die Behauptung des Herrn Raab mit Bezug auf den Kapitän Brunsvig falsch."

Mit Recht heißt es am Schluß der Zuschrift, nachdem noch andere Angaben Raabs als unwahr nachgewiesen worden sind: „Wie Herr Raab es mit seiner Pflicht als Reichstagsabgeordneter vereinigen kann, unbeweisbare Behauptungen in die Welt zu setzen und damit das Parlament und die öffentliche Meinung irrezuführen, muß ihm überlassen bleiben. Dagegen aber, daß in so vollkommen unberechtigter Weise unsere Schiffahrt vor dem In- und Auslande herabgesetzt wird, muß aufs schärfste Einspruch erhoben werden."

Infolge der vielen Zurückweisungen, welche die ungerechtfertigten Angriffe des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Raab gegen die deutschen Reedereien — zuletzt auch in einem offiziösen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." — erfahren haben, hat sich Herr Raab veranlaßt gesehen, sein Verhalten seinen Wählern in Eschwege-Schmalkalden gegenüber zu rechtfertigen. Dieser Rechtfertigungsversuch ist ihm aber total mißglückt. Ein angesehenes Mitglied aus dem Wahlkreise war in der Schmalkaldener Versammlung in der Lage, die Angaben Raabs auf Grund authentischen Materials, das ihm von Hamburg zugegangen war, sofort zu widerlegen. Wohl aus Aerger hierüber hat sich Herr Raab zu einer neuen unwahren Behauptung über den Erfolg der Vermittelungsverhandlungen des liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Hedscher bei dem Streik der Hamburger Schauerleute verleiten lassen. Die Tätigkeit Dr. Hedschers sei danach ganz zwecklos gewesen. „Die Schauerleute sagten jetzt, Dr. Hedscher sei betrogen worden und habe betrogen. Das sei heute die Auffassung über seine Vermittlerrolle." Das „Hamb. Fremdenbl." stellt demgegenüber fest, daß Herr Raab auch hier entweder wider besseres Wissen gesprochen oder aber sich auch hier wieder einmal recht schlecht orientiert gezeigt habe. Daß in den Kreisen der Schauerleute die Vermittlung des Abgeordneten Dr. Hedscher keineswegs als eine verfehlte angesehen wird, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß die Organisation der Schauerleute sich gerade in diesen Tagen wieder an Dr. Hedscher gewandt hat, damit er eine gemeinsame Aussprache zwischen den Reedern und den Arbeitervertretern herbeiführe zur Schlichtung der neuerdings wieder entstandenen Differenzen, und daß der Vereinsvorsitzende der Schauerleute dem Abg. Dr. Hedscher in einer Versammlung ein glänzendes Vertrauensvotum erteilt hat.

Früchte der antisemitischen Agitation. Mit welchen verwerflichen Mitteln das antisemitische Bünd-

lertum häufig gegen unbequeme Kandidaten der Parteien der Linken bei Wahlkämpfen arbeitet, zeigt recht anschaulich das Ergebnis einer Gerichtsverhandlung in Marburg. Angeklagt war der Gutsbesitzer Grebe wegen Beleidigung des früheren freisinnigen Vertreters des Kreises, Herrn v. Gerlach. Um einer genauen Feststellung seiner Beleidigungen durch Zeugen zu entgehen, hatte der Angeklagte von vornherein eingeräumt, vor der Stichwahl in einer dortigen Wirtschaft die beleidigenden Bemerkungen „erbärmlicher und großer Lump" gebraucht zu haben. Er räumte auch ein, die Drohung ausgestoßen zu haben, „er schlüge ihn, daß ihm die rote Suppe herunterliefe". Herr v. Gerlach hatte, obwohl sich eine solche gemeine Kampfesweise von selbst richtet, die Klage nur deswegen erhoben, um einmal gerichtlich vor der Oeffentlichkeit feststellen zu lassen, welche Blüten die antisemitische Agitation treibt. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, indem es ihm die Wahlhitze als strafmildernd anrechnete, zu einer Geldstrafe von 25 Mark.

Zur Gerichtschronik des Herrn Kröfell. Zwischen dem bekannten Expastor Kröfell in Pyritz und seinen politischen Gegnern besteht schon seit längerer Zeit offener Kriegszustand, der Herrn Kröfell schon recht häufig auf die Anklagebank gebracht und ihm zu mancher Verurteilung verholfen hat. Zu den Personen, denen Kröfell mit besonderer Erbitterung gegenübersteht, gehört der Bürgermeister von Pyritz, Dr. Weiße, mit dem er schon mehrfach vor Gericht Händel auszufechten hatte, wobei Kröfell immer recht scharf ins Zeug ging. Eine besonders saftige Bemerkung muß er in der Schöffengerichtsverhandlung am 17. Oktober 1905 seinem Gegner zugeschleudert haben, denn die Strafkammer in Stargard, vor der kürzlich die deshalb angestrengte Klage zur Verhandlung kam, fand es für nötig, wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit auszuschließen. Nach 1½stündiger Verhandlung erkannte das Gericht gegen den streitbaren Expastor auf 50 Mark Geldstrafe eventl. 5 Tage Haft und Publikationsbefugnis in beiden Pyritzer Blättern, sowie Tragung sämtlicher Kosten. Als strafmildernd hat das Gericht dabei wohl die durch die endlosen Fehden geweckte Erbitterung in Betracht gezogen.

Ahlwardt, den heute wohl nur noch die 1948 Wähler ernst nehmen, die ihm am 25. Januar d. J. im Wahlkreise Neustettin ihre Stimmen gaben, taucht von Zeit zu Zeit immer wieder einmal an die Oeffentlichkeit empor. Unter den Bekanntmachungen des Handelsregisters des Amtsgerichts Berlin-Mitte befindet sich die Mitteilung, daß unter Nr. 4429 der Abteilung B die Firma „Freideutscher Verlag, Gesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitze in Berlin und dem Redakteur Hermann Ahlwardt als Geschäftsführer eingetragen worden ist. Gegenstand des Unternehmens ist die Herausgabe der Zeitung „Reichsherold", sowie die Herausgabe von Broschüren und wissenschaftlichen Werken. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt ganze 20 000 Mark — weniger darf es nach dem Gesetze gar nicht betragen —, von denen noch 15 000 Mark auf die Stammeinlage der Gesellschafterin Martha Ahlwardt, geb. Ehlke, für ihr gehörige fertige Broschüren und Manuskripte angerechnet werden. Ahlwardt scheint sich durch seine zahlreichen geschäftlichen Mißerfolge wenigstens nicht entmutigen zu lassen. Viel Glück wird ihm mit seiner neuen Gründung wohl auch kaum beschieden sein; der Absatz seiner Werke unter seinen pommerschen Wählern dürfte nicht ausreichen, um den Betrieb rentabel zu machen.

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband. Aus Neumarkt (Oberpfalz), 22. Mai, wird der „Deutschen Israel. Ztg." geschrieben: Gestern wurde hier eine Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegründet, wozu einige Mitglieder des Nürnberger und Regensburger Verbandes erschienen waren. Referent war der Vorsteher für den Frankengau, Oskar Thomas aus Nürnberg. Wie der Redner besonders hervorhob, herrscht im allgemeinen dahier nicht ein „patriarchalisches Verhältnis". Von einer Ausnützung der Handlungsgehilfen könne wohl kaum gesprochen werden, und der Prinzipal kümmere sich noch um das Wohl und Wehe seiner Angestellten. Trotzdem trug der Vortragende „in unser sonst so stilles Tal" die Tendenz des Religionshasses hinein, indem er in die Hervorkehrung „deutschnationalen Empfindens" eine starke Dosis Antisemitismus einmengte und die Weigerung aussprach, „Juden, Ausländer und andere Angehörige des Kaufmannsstandes, die im Gegensatze zum Deutschtum stehen", in seine Reihen aufzunehmen, und zwar, wie der Vorstand meinte, „nicht aus konfessionellen Gründen, sondern lediglich zur Erhaltung der völkischen Eigenart". Die große Gruppe der Zionisten (israelitische Vereinigung) stehe mit dem Verbande in dieser Anschauung auf gleichem Boden. (!!!) — Das Bezeichnendste hierbei ist, daß von der hernach gebotenen Gelegenheit zur Diskussion niemand Gebrauch machte, ein Beweis, wie das ausgesäte Drachengift der Zwietracht sofort einen guten Nährboden gefunden hatte. Das „Neum. Tagbl." bemerkt am Schlusse seines Berichtes: „Trotzdem ist die starke Betonung der „völkischen Eigenart" geeignet, nicht von der Hand zu weisende Bedenken zu erwecken, die in der Beurteilung des Verbandes ungeachtet aller Sympathie Reserve auferlegt." Diesem Zusatze haben wir nichts beizufügen.

Vermischtes.

Deutschtum und Judentum. Die Jahresversammlung des Vereins israelitischer Lehrer Mitteldeutschlands, welche am 21. Mai in Eisenach stattfand, wurde von dem Vorsitzenden Lehrer Steinhardt-Magdeburg durch folgende Ansprache eröffnet:

„Ich kann nicht in die Tagesordnung eintreten, ohne Ihnen von einem bedeutsamen Vorfalle Kenntnis zu geben. Am 18. d. Mts. tagte in Magdeburg der Landesverein preußischer Volksschullehrer. Unter den Forderungen, über welche die Versammlung beschließen sollte, befand sich auch die, daß bei den dauernd mit einem kirchlichen Amte verbundenen Stellen das aus diesem fließende Einkommen nicht auf das Lehrergehalt angerechnet werde. Bei der Beratung stellte Herr Lehrer Grebe-Cassel den Antrag, durch einen Zusatz auch den jüdischen Kollegen gerecht zu werden, deren berechtigter Anspruch auf eine besondere Honorierung des Vorsängerdienstes bis jetzt stets von der Regierung zurückgewiesen worden sei. Obwohl aus Opportunitätsgründen — es wurde der berechtigte Einwand erhoben, die Versammlung solle sich nicht auf die Beratung von Einzelfragen einlassen — ein einflußreicher Führer der preußischen Lehrerschaft sich gegen den Zusatzantrag erhob, wurde dieser mit großer Mehrheit angenommen. Die Schlußabstimmung ergab sogar einstimmige Annahme der Forderung, welche nunmehr lautet, „daß bei den dauernd mit einem kirchlichen Amte, wozu auch der Vorsängerdienst der israelitischen Lehrer gehört, verbundenen Stellen das aus diesem fließende Einkommen nicht auf das Lehrergehalt angerechnet werde". Ich habe mich über diesen Beschluß außerordentlich gefreut. Nicht etwa wegen des für einen kleinen Teil unserer Kollegen in Aussicht gestellten materiellen Erfolges, das brauche ich Ihnen wohl nicht besonders zu betonen. Ich habe mich gefreut über den wahrhaft liberalen und kollegialen Sinn der preußischen Lehrerschaft. Ich habe mich gefreut darüber, daß ein für das deutsche Volksleben so wichtiger Faktor, wie die deutsche Lehrerschaft es ist, sich von dem zersetzenden Geiste antisemitischer Bestrebungen

frei zu halten gewußt hat. Solche Vorgänge geben uns das Vertrauen zu unseren Mitbürgern wieder; sie lehren uns, daß wir uns nicht durch antisemitische Angriffe und Kränkungen verbittern lassen dürfen. Von unseren Rechten und gerechten Forderungen nicht abzulassen und dabei unsere Pflichten treu zu erfüllen, muß vielmehr allezeit unsere Losung sein. Deutschtum und Judentum! Diesen Standpunkt teilt mit uns die übergroße Mehrheit der deutschen Judenheit und wohl ausnahmslos die die jüdische Lehrerschaft. Darum legen wir auch ganz entschieden Protest dagegen ein, wenn ein junger, nunmehr seines Amtes entsetzter Prediger der Berliner Gemeinde behauptet hat, es sei ihm nicht möglich, die Kinder im jüdischen Religionsunterricht in deutsch-nationalem Sinne zu erziehen, das sei die Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Wir betrachten es vielmehr als religiöse Pflicht, unsere Kinder in gleicher Weise zu guten Juden und zu guten Deutschen zu erziehen. Wir betrachten die Pflege vaterländischer Gesinnung als eine der Hauptaufgaben unseres Religionsunterrichtes und befinden uns dabei im vollen Einvernehmen mit den Worten, die der große Prophet Jeremia einst an unsere Väter gerichtet hat. Und nicht nur, weil es unsere religiöse Pflicht ist, wollen wir unsere Kinder in vaterländischem Sinne erziehen, sondern auch, weil es unserem Herzensbedürfnis entspricht. Weil wir dieses unser Vaterland lieben mit allen Fasern unseres Herzens, weil eine tausendjährige Geschichte und ein tausendjähriges Kulturleben uns mit ihm verbindet. Und so wollen wir wie alljährlich unsere Beratungen beginnen mit dem Gelöbnis unwandelbarer Treue gegen Kaiser und Reich; wir wollen sie beginnen mit einem Hoch auf den machtvollen kaiserlichen Schirmherrn des Reiches und auf seinen erlauchten Bundesfürsten."

Die Versammlung, welche die Worte wiederholt mit lebhaftem Beifall begleitete, stimmte sodann begeistert in das Hoch auf den Kaiser und auf den Großherzog von Sachsen-Weimar ein.

Der Tod des Kammergerichts-Präsidenten v. Schmidt gibt zu einem in gewisser Hinsicht interessanten Rückblick Veranlassung. Es ist bekannt, daß unter seinem Präsidium an das Kammergericht ein nicht getaufter jüdischer Landgerichtsrat berufen ist. Dies geschah allerdings, als Justizminister Beseler die Leitung des Ministeriums übernommen und betreffs der Anstellung und Beförderung jüdischer Bewerber mit der Praxis seines Amtsvorgängers gründlichst aufgeräumt hatte. Weniger bekannt ist, daß Herr v. Schmidt zu der Zeit, als er Präsident des Landgerichts in Halle a. d. S. war, persönlich bemüht gewesen ist, einem dortigen — inzwischen ebenfalls verstorbenen — jüdischen Landgerichtsrate zur Beförderung zu verhelfen. Herr v. Schmidt hatte im Jahre 1896 das Präsidium des Landgerichtes zu Halle a. S. erhalten. Er hatte dort für einen nicht im Besitze eines Taufscheines befindlichen jüdischen Landgerichtsrat ein solches Interesse gewonnen, daß er es wagte, diesen Herrn Justizminister Schönstedt persönlich zur Beförderung zu empfehlen. In der Zeit des Ministeriums des Herrn Schönstedt gehörte zu einem solchen Vorschlage schon ein ziemlich großer Mut und ein festes Rückgrat. Herr von Schmidt hat natürlich mit seinem Vorschlage bei dem früheren Minister Glück nicht gehabt. Immerhin beweist der Umstand, daß Herr v. Schmidt unter dem Ministerium des Herrn Schönstedt es gewagt hat, einen jüdischen Landgerichtsrat zur Beförderung zu empfehlen, welch vornehme und vorurteilsfreie Gesinnung Herrn v. Schmidt beseelt hat.

Professor Ludwig Traube, der hervorragende Philologe, ist in München im Alter von 46 Jahren gestorben.

Er war ein Sohn des berühmten Klinikers Professor Dr. Ludwig Traube, 1861 in Berlin geboren und studierte seit 1878 in seiner Vaterstadt Philosophie und Geschichte. Dann unternahm er zu seiner weiteren Ausbildung größere Studienreisen nach Italien, wobei er namentlich in Rom mehrfach längeren Aufenthalt nahm. Im Jahre 1888 habilitierte er sich an der Universität München, wo er indessen erst 1901 eine außerordentliche und einige Jahre darauf eine ordentliche Professur erhielt, obwohl ihn die bayerische Akademie der Wissenschaften bereits einige Zeit vorher zu ihrem außerordentlichen (später zu ihrem ordentlichen) Mitgliede gewählt hatte. Traubes spezielles Arbeitsgebiet war die lateinische Paläographie und die lateinische Literatur des Mittelalters, um die er sich durch Anwendung gewissenhafter philologischer Kritik und strenger methodischer Grundsätze anerkannte Verdienste erworben hat. Der frühe Tod des hervorragenden Gelehrten, der als Paläograph und Kenner der lateinischen Literatur des Mittelalters eine der ersten Stellen unter seinen Fachgenossen einnahm, bedeutet für die wissenschaftliche Welt, und vor allem für die Universität München, einen schweren und nahezu unersetzlichen Verlust. Traube, der sich zu einer unbestrittenen Autorität auf seinem Spezialgebiet emporgearbeitet hatte und von Gelehrten der ganzen Welt in Zweifelsfällen um seinen Rat gefragt wurde, gehörte auch als Lehrer zu den Zierden der bayerischen Hochschule. Zu den Hörern, die sich bei seinem paläographischen Privatissimum und bei sonstigen Uebungen um ihn zu versammeln pflegten, gehörten auch fast stets einige Klostergeistliche, die dem anregenden Lehrer aufrichtige Verehrung entgegenbrachten. Gleichwohl hat es dem trefflichen Manne, der auch als Mensch von herzgewinnender Liebenswürdigkeit und ein Charakter von unantastbarer Reinheit und Vornehmheit der Gesinnung war, zeitweise an Hemmungen und Widerständen aller Art nicht gefehlt. Jahrelang mußte er, obwohl die Münchener Akademie längst seine hohe wissenschaftliche Bedeutung durch Aufnahme in ihren Kreis offiziell anerkannt hatte, in der bescheidenen Stellung eines Privatdozenten ausharren, und erst als sich die bayerische Universitätsbehörde der Eventualität gegenüber sah, den ausgezeichneten Forscher an eine andere Hochschule zu verlieren, entschloß sich das Ministerium Crailsheim, in richtiger Würdigung der Sachlage, mit alten, verjährten Vorurteilen zu brechen und dem ebenso tiefgelehrten als persönlich anspruchslosen Mann, der Jude blieb, das längst verdiente Ordinariat nicht weiter vorzuenthalten. Obwohl seit längerer Zeit schwer leidend — er litt an Leukämie — hatte Traube doch mit seltener Energie und Geisteskraft fast bis zu seinem Ende fortgearbeitet; in den letzten Tagen aber trat eine entscheidende Wendung zum Schlimmen ein, die jede Hoffnung auf Wiederherstellung ausschloß. Die Beisetzung des so früh verstorbenen Gelehrten fand in Berlin auf dem alten Friedhof Schönhauser Allee statt. Von der Berliner Universität nahmen an der Trauerfeier die Professoren und Geheimen Regierungsräte Dr. Freiherr von Wilamowitz-Möllendorff, Dr. Hirschfeld, Dr. Vahlen und Medizinalrat Prof. Dr. Hirschberg teil. In der Friedhofskapelle hielt Professor von Wilamowitz-Möllendorff, ein Lehrer des Dahingeschiedenen, eine Gedächtnisrede, worin er die Verdienste des Entschlafenen auf dem Gebiete der Philologie, namentlich in bezug auf die Vergleichung alter Pergamente hervorhob. Die rituellen Gebete sprach der Kantor Joachim. Kränze hatten am Sarge niedergelegt die Universität München, deren philosophische Fakultät, der Thesaurus linguae latinae und die Akademie der Wissenschaften. Der Verstorbene fand seine Ruhestätte zu den Füßen seiner ihm in den Tod vorausgegangenen Eltern.

Bekanntlich hat es der Vater des Verstorbenen, eine Leuchte der Berliner Universität, wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum nicht zum ordentlichen Professor gebracht.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — J. Sauyer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 11.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 24. Berlin, 12. Juni 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Die Stellung der deutschen Juden zum deutschen Vaterlande.

Am 10. d. Mts. fand eine bedeutsame Kundgebung des Liberalen Vereins für die Angelegenheiten der Berliner jüdischen Gemeinde statt, die durch den Fall Cohn veranlaßt worden war.

Herr Landtagsabgeordneter Justizrat Cassel sprach unter dem Vorsitz des Herrn Justizrat Breslauer über das oben genannte Thema. Wir geben den Inhalt der Rede mit unwesentlichen Kürzungen nach stenographischen Aufzeichnungen wieder:

„Die Stellung der deutschen Juden zum deutschen Vaterlande ist eigentlich eine so historisch sichere, klare und zweifellose, daß es vielleicht überflüssig erscheinen könnte, sie noch einmal auseinanderzusetzen. Strömungen der Zeit mögen aber die Behandlung dieses Themas trotz seiner Klarheit rechtfertigen. Vor 30 Jahren hätte die Behandlung dieser Frage bei den deutschen Juden das höchste Erstaunen hervorgerufen; denn damals war nach der Gründung der deutschen Einheit auch die bürgerliche Gleichstellung der Juden durch Gesetz und Recht zum Abschluß gekommen. Und wenn auch diese Gleichberechtigung in der Praxis noch manche Lücken aufwies, so glaubte doch jedermann, daß diese Begleiterscheinungen einer Uebergangszeit alsbald verschwinden würden.

Eine Bewegung im deutschen Volke, die auch übergegriffen hat nach anderen Ländern, ist schuld daran, daß die gesetzlich verbriefte Gleichberechtigung der Juden noch nicht völlig zur Durchführung gelangt ist. Der Antisemitismus hat es durch Ausbeutung politischer Verhältnisse tatsächlich durchgesetzt, daß die deutschen Mitbürger jüdischen Glaubens in ihren heiligsten Gefühlen verletzt worden sind. Nun werden aber — das zeigt die Weltgeschichte — durch irgend eine Bewegung oft ganz andere Wirkungen als die beabsichtigten hervorgebracht. So auch hier. Der Antisemitismus und sein rohes Wirken haben dazu geführt, die Juden in ganz anderer Weise um den Glauben ihrer Väter zu scharen, als das bisher der Fall war. Das Solidaritätsgefühl der um ihres Glaubens willen Angegriffenen hat sich geltend gemacht. Wenn der Antisemitismus also dazu gedient hat, die Reihen der Juden fester um den Glauben der Väter zu scharen, so hat er doch auch andererseits eine Erregung herbeigeführt, die begreiflich ist, aber mitunter in gewisse Unklarheiten ausartete, so daß Grundsätze, die unsere Vorfahren als zweifellos ansahen, angetastet wurden. Solche Momente der Erregung und Nervosität sind aber bei den deutschen Juden stets nur vorübergehender Natur gewesen.

Die Mehrzahl der deutschen Juden tut dem Antisemitismus nicht den Gefallen, sich von ihm zurückdrängen zu lassen von dem Boden, der Allen ohne Unterschied des Glaubens gemeinsam ist, von dem Boden des Vaterlandes. Für uns deutsche Juden ist unser Vaterland dasselbe, was es für alle Bürger ist, unser liebes und großes Vaterland.

Warum ist nun Deutschland unser Vaterland? Es ist das Land, in dem wir und unsere Vorfahren geboren sind, das Land, dessen Sprache wir sprechen, die teuere Heimat, in der wir geboren und erzogen sind, in der wir die Tage der Jugend und der Arbeit erlebt haben. An dieses Vaterland schmiegen sich alle, die in der Muttererde wurzeln und an ihr festhalten, die den Ort, das Reich, den Staat und die Gemeinde ihrer frühesten Jugend lieben, die die Gräber ihrer Eltern und Vorfahren nicht vergessen. Petrarca sagte vom Vaterlande: „Ist dies das Land nicht, das ich zuerst berührt? Ist dies mein Nest nicht, wo ich so süß genährt wurde? Ist es nicht das Vaterland, worauf ich baue, die gütige fromme Mutter, das Vaterland, das meiner Eltern Staub birgt?" — Für uns ist dieses Vaterland unser deutsches Vaterland.

Abgesehen von der Zugehörigkeit zu dem Boden des Vaterlandes, in dem wir wurzeln, ist es doch auch das Land, in dem wir zur Entwicklung herangereift sind. Es ist das Land, in dem wir schaffen und wirken, das Land, in dem wir unser Heim errichten, das auszugestalten wir uns bemühen. Von dem Geist dieses Landes haben wir empfangen, wir pflanzen ihn fort. Wir wurzeln hier fest mit allem, was wir sind und vermögen, in diesem Vaterlande, unter dessen Schutz und Schirm wir wirken können. Dieses Vaterland muß uns teuer sein, und wir können nicht anders, als mit Empfindungen der Liebe zu ihm aufblicken.

Noch andere Gründe zwingen gerade uns deutsche Juden, mit inniger Verehrung und Dankbarkeit unseres deutschen Vaterlandes zu gedenken. Es hat die deutschen Juden an die moderne Kultur angeschlossen. Dieselbe Quelle, die dem deutschen Volke die Gründung des deutschen Reiches brachte, hat auch den deutschen Juden viel für die innere Erstarkung, viel für die Zivilisation und die Kultur gebracht. Wenn wir zurückblicken auf die großen Erfolge Deutschlands im wirtschaftlichen Erwerbsleben, der sozialen Hebung der Verhältnisse, in Kunst und Kultur, wenn wir auf die Macht und Kraft blicken, die das jahrhundertlange Sehnen des deutschen Volkes nach völliger Einheit und Freiheit seiner Verwirklichung entgegenführte, so müssen wir nach dieser wirtschaftlichen Entwicklung anerkennen, daß dies nicht etwa lediglich geschehen ist durch den großen Aufwand an Gut und Blut, durch die Hergabe von Leben und Vermögen, usw., die Grundlagen zu dieser kräftigen geistigen und wirtschaftlichen Erstarkung des deutschen Volkes sind in dem Wirken der großen unvergeßlichen deutschen Klassiker zu suchen. Ich nenne die Namen: Schiller, Goethe, Lessing, Herder und Kant, die es gewesen sind, die als erste beim deutschen Volk das Gefühl der Zusammengehörigkeit hervorgerufen haben, die seinen Sinn für eine ideale Anschauung der Verhältnisse weckten, die eine staatliche Einheit politisch zertrümmerter, z. T. in Atome aufgelöster und sonst beengter Staatswesen forderten. Diese großen Geister stellten die These des reinen Menschentums auf, dessen klarer Schein den Menschen in die Seele leuchtete. Da wurde das Wort Schillers von den Millionen, denen sein Kuß gelten sollte, zur Wirklichkeit. Das Wort, daß alle Menschen Brüder seien, und die Lehre der Humanität führten dazu, den Sinn für Teilnahme am Leid aller Bedrängten und Verfolgten zu erwecken. Deutschland hat die Gebote der Toleranz von einem herrlichen Mann aussprechen lassen, in Klängen, die niemals ihren Widerhall verlieren werden. Wenn es richtig ist, daß die französische Revolution die Gleichstellung gebracht hat, so ist es zweifellos, daß Gotthold Ephraim Lessing die Gebote der Toleranz mit unverlöschlichen Zügen in die Tafeln der Geschichte eingeschrieben hat, so daß keine Besudelung imstande ist, ihre eherne Schrift wieder zu verwischen.

Im Anschluß an diese hohe geistige Kultur, im Anschluß an diesen Geist der Toleranz haben große Männer es verstanden, die Kultur Deutschlands den Juden zu erschließen. Und der unvergeßliche Freund Lessings, Moses *Mendelssohn*, hat in dieser Richtung den deutschen Juden Unendliches geleistet, mehr noch als durch seine philosophischen Schriften. Wie Luther für die Evangelischen die deutsche Sprache schuf, so hat Mendelssohn den Juden die deutsche Kultur in ihrer Reinheit erschlossen. Er hat sie der Zivilisation entgegengeführt. Wenn auch auserlesene Geister unter den Juden große Taten vollbracht haben, wenn selbst der Geist eines Spinoza aus der trüben Zeit hervorgehen konnte, so beginnt doch für die Masse des jüdischen Volks erst von diesem Moment an die Entwicklung. Der Hinweis Schillers aufs teure Vaterland, der Appell, sich an dieses Vaterland anzuschließen, dieser Appell wurde auch von den deutschen Juden mit innerer Ergriffenheit und staunenswerter Opferwilligkeit befolgt. Dabei führten die Juden erst seit kurzer Zeit ein menschenwürdiges Dasein im deutschen Vaterlande.

Als es 1813 galt, Deutschland von dem Joche des großen Napoleon zu befreien, als der preußische König rief und alle, alle kamen, da sind auch in Scharen die Juden herbeigeeilt, die erst seit kurzem den Wohltaten deutscher Bildung entgegengeführt worden waren. Massenhaft haben sie als tapfere Krieger — Männer jeden Standes — ihr Blut auf den Schlachtfeldern vergossen. Sie haben den Kriegern anderen Glaubens nicht nachgestanden, obgleich sie vielfach gequält und verspottet wurden. Wir sehen eine tiefe Hinneigung der Juden zum Vaterlande. Und der Dichter *Grabbe* führt als typische Person der Zeit in seinem Drama „Napoleon" auch einen Juden als Krieger vor, der als tapferer Soldat den Tod auf dem Schlachtfelde findet, nachdem auch er von den Kameraden allerlei Hänseleien ausgesetzt war.

Wie hat sich nun die Entwicklung in Deutschland vollzogen? Die Juden haben sich von Anfang an die Pflege des Gemeinwohls angelegen sein lassen, aus dem Gefühl heraus, daß sie mitwirken müßten für ihr deutsches Vaterland, obgleich sie damals rechtlich noch gar nicht gleichgestellt waren. Es wäre ein langes Register aufzustellen, wollte man alle die Juden aufzählen, die seit 100 Jahren zum Wohle des Vaterlandes in allen Ständen und Berufszweigen gewirkt haben. Die Namen dieser Männer werden nicht untergehen. Und nennt man einst die großen deutschen Männer, dann ist auch ihr Name darunter. Das beweist, wie die Juden sich bemüht haben, ihrerseits ihre Gaben, ihre Talente und ihre Kräfte in den Dienst des öffentlichen Wohls zu stellen und unserem Vaterlande zu nützen.

Nicht bloß auf den böhmischen und französischen Schlachtfeldern ist der Grund zu Deutschlands Einheit gelegt worden. Auch manche unserer Glaubensgenossen haben ihren Anteil an der freiheitlichen und einheitlichen Entwicklung unseres Vaterlandes. Gabriel Riesser, Veit, Kosch, Lasker, Bamberger, Löwe, Straßmann usw. haben sich nicht bloß bemüht, die Gleichstellung ihrer Glaubensgenossen zu erlangen, sie haben auch an der sozialen Entwicklung der Verhältnisse mitgewirkt. Sie haben mitgewirkt, daß der Boden unseres Vaterlandes so beschaffen ist, wie er jetzt ist, auf dem wir uns alle befinden, unser gemeinsames deutsches Vaterland. (Beifall.) Diesen Boden sollten wir aufgeben? Wir sollten uns plötzlich nicht als Deutsche fühlen? Was würden die großen Männer, die ich genannt habe, dazu sagen, wenn sie sich dazu äußern könnten. (Beifall.) Was würden sie dazu sagen, wenn überhaupt ein Zweifel darüber entstehen könnte, *daß wir nichts anderes sind, als Deutsche. Deutsche jüdischen Glaubens.* (Lebhafter Beifall.) Wir wollen uns dieses deutsche Vaterland nicht schmälern lassen. Wir wollen es uns nicht streitig machen lassen von irgend einem rohen Antisemiten. Die deutschen Juden werden es niemals zugeben, daß ihnen von irgend jemand mit irgend welchen Worten vorgeredet wird, sie seien überhaupt keine Deutschen. (Lebh. Beifall.)

Wir sind sicherlich deutsch, wir sind es geworden, weil Deutschland unsere Heimat ist, weil Deutschland das Land ist, aus dem wir unsere Bildung entnommen haben, weil Deutschland die Stätte ist, wo wir unsere Wirksamkeit haben, und weil Deutschland das Land ist, für das unsere Väter und Brüder gelitten und gestritten haben.

Ich will keineswegs sagen, als hätten wir deutschen Juden nicht noch ganz besondere Verpflichtungen, die uns obliegen, weil wir *Juden* sind. Wir wissen alle, daß unsere Glaubensgenossen in fremden Ländern bedroht und bedrückt sind. Wir wissen also, daß wir in Deutschland noch Rechtsverkümmerungen und mancherlei Unbill zu erleiden haben. Es ist unsere Pflicht als deutsche Juden, keine Verletzung zu dulden, die uns zuteil wird um unseres Glaubens und unserer Abstammung willen. Und wenn man in früheren Jahren diese Pflicht den hochherzigen Männern anderen Glaubens überlassen hat, die aus der Idee deutscher Geistesfreiheit heraus nicht dulden wollten, daß man den Deutschen jüdischen Glaubens die Rechte verkümmerte, sie sozial verhetzte und gesellschaftlich ächtete, wenn wir diesen Männern großen Dank wissen, daß sie eingetreten sind nach ihren freiheitlichen Grundsätzen für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Juden, so war es doch richtig, daß nunmehr seit geraumen Jahren die Juden auch selbst diese Arbeit in die Hand genommen und Vereinigungen geschaffen haben, durch die sie ihre Rechte als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens selbst vertreten. Und die Art, wie dies geschieht, ist die der Treue gegen das Judentum, das Vaterland und das Gesetz. (Beifall.) Diese Arbeiten müssen wir fortsetzen, soweit es notwendig ist. Wir werden uns freuen über die Unterstützung von Andersgläubigen, die wir dabei erhalten, aber es wird zunächst unsere Aufgabe sein, für unsere bedrückten Glaubensgenossen einzutreten, jeder an seiner Stelle. (Beifall.)

Der Antisemitismus hat allerdings bei manchen eine große Nervosität hervorgerufen. Man hört oft sagen: „Ach Gott, die *Juden müßten mehr zurückhaltend* sein. Warum spricht über politische Gegenstände und Streitfragen im deutschen Volke gerade der oder jener Jude? Warum überläßt man das nicht anderen? Warum sucht man dadurch die Augen auf die Juden zu lenken?" — Ich habe viele Jahre Gelegenheit gehabt, den Widerhall solcher Reden an mein Ohr dringen zu lassen. Ich habe sie nie beachtet. Gewiß soll jeder Jude, der in der Praxis oder in der öffentlichen Tätigkeit steht, mit Takt und Ehrfurcht das achten, was Bürgern anderen Glaubens heilig ist. (Beifall.) Er soll es vermeiden, sich in Dinge des Glaubens anderer zu mischen. Aber in der *Frage des Vaterlandes, seiner Förderung nach außen und seiner inneren Entwicklung*, ist es die *Pflicht jedes Juden, an der Stelle, an der er steht, gemäß seiner Ueberzeugung mitzuwirken zum Besten des Vaterlandes.* (Beifall.) Wir sind ja doch nicht mehr — und wollen es nicht sein — die Kammerknechte des heiligen römischen Reiches, die geduldeten und gehaßten Juden. Wir sind jetzt freie deutsche Bürger. (Lebh. Beifall.) Und wenn wir dem Vaterlande gegenüber unsere Schuldigkeit tun wollen, so können wir nicht bloß verlangen, daß es uns das gibt, was unser Menschen- und unser Bürgerrecht ist, sondern wir müssen uns mit besten Kräften in den Dienst des Vaterlandes stellen, sonst würden wir ja *bekennen*, als sei die *Zugehörigkeit zum Judentum ein inneres Hindernis*, an diesem Wirken sich zu beteiligen. (Zustimmung.)

Wir werden also vor allen Dingen nicht unterlassen, nach wie vor, jeder nach seiner Ueberzeugung, für das Vaterland, für Reich, Staat und Gemeinde mit besten Kräften zu arbeiten und zu wirken. (Beifall.) Wenn wir in diesem Sinne wirken, so tun wir es nicht als Juden, sondern als Deutsche. Selbst die Forderung der Gleichberechtigung ist keine spezifisch jüdische Forderung. Sie ist eine Sache der Freiheit und Gleichheit, die bei allen Völkern erörtert wird. Wir haben aber natürlich für unser verletztes Recht umso nachdrücklicher einzutreten, als es nicht bloß der eigenen Person gilt, sondern auch denjenigen, die mit uns durch Blut und Abstammung verbunden sind. Das werden wir alle tun, jeder nach seiner Ueberzeugung. Ich wirke schon lange in dem bestimmten Sinne einer Partei, der ich mich angeschlossen habe, aber ich verlange von keinem meiner Glaubensgenossen, daß er meine spezifisch politische Ueberzeugung teile, sondern nur dann, wenn er von ihrer Richtigkeit überzeugt ist. Gemeinsam wollen wir handeln, wenn es gilt, *unser* Recht zu verteidigen. In Angelegenheiten des Vaterlandes müssen wir aber in denjenigen politischen Lagern arbeiten, in die wir nach unserer Ueberzeugung gehören, auch wenn wir dadurch unter uns getrennt werden. Möge jeder seinen Weg gehen, den er für richtig hält. Bei Beratungen über das allgemeine Wohl möge er sich nicht mit Glaubensgenossen, sondern mit anderen Leuten besprechen, die gesellschaftlich und politisch auf demselben Standpunkt stehen.

Darüber hinaus haben wir noch die weitere Aufgabe, unserer Glaubensgenossen in *fernen Ländern* zu denken, da sie dort bedroht und verfolgt werden.

Mitunter ist dabei von Juden, die für jüdische Interessen viel Sinn, Kraft und Opferwilligkeit hatten, die Frage aufgeworfen worden: Warum müssen wir nach dem *Ausland* sehen, wenn bei uns in *Deutschland* so viel im allgemeinen Interesse zu tun ist? Wenn hier noch so viel zu regeln ist, warum die Blicke im Auslande umherschweifen zu lassen? Diese Frage widerspricht dem Gefühl, das uns alle beseelt. Wir sind für jene Unglücklichen, die in Rußland und Rumänien unerhörte Qualen erleiden müssen, die Leib und Gut und Leben verlieren, die ihre Frauen und Kinder vor ihren eigenen Augen abgeschlachtet sehen. Wir sind mit diesen Glaubensgenossen verbunden, weil in unseren Adern dasselbe Blut fließt und weil sie wegen der gemeinsamen Abstammung und wegen des gemeinsamen Glaubens leiden. Dieses Gefühl legt uns besondere Verpflichtungen auf, wenn es auch die Aufgabe aller edlen und

gesitteten Personen jedes Glaubens ist, diesem ungeheuren Weh gegenüber das Scherflein der Mithilfe und Abwehr zu gewähren.

So sind wir durch diese Bande verpflichtet, uns an diesem Liebeswerk in erster Linie zu beteiligen, und anderen ein Beispiel zu geben, um der Welt zu zeigen, daß dieses empörende Tun uns verletzt und uns zur Mithilfe anreizt und daß wir durch unser Hilfswerk auch einen Anreiz zur Mitwirkung geben für solche, die nicht zu unseren Glaubensgenossen zählen, damit ein solcher Frevel, ein solcher Schmerz endlich einmal aufhört. Wenn ich nun auch zu denen gehöre, die dieses Liebeswerk als eine sittliche Pflicht, insbesondere der Juden, empfinden, besonders aller derer, die sich in größerer, geistiger Freiheit, in besseren Verhältnissen befinden, so wäre es natürlich außerordentlich frevelhaft und unserer ganzen Stellung unwürdig, wenn das Leid in unserem eigenen Vaterlande, das Menschen empfinden, die nicht unsere Glaubensgenossen sind, uns nicht rühren würde. Wir müssen als Volksgenossen bestrebt sein, den Leidenden in jeder Weise zu helfen. (Beifall.) Und wenn jemand behauptet, daß dem *deutschen Juden der fremde Volksgenosse jüdischen Glaubens näher steht, als der Landsmann anderen Glaubens*, so muß ich mich zunächst wundern, warum es überhaupt jemand für nötig hält, eine solche Frage aufzuwerfen. (Beifall.) Warum war es überhaupt nötig, in die inneren Empfindungen des Gefühls hineinzugehen?

Wer anders denkt, ist ein falscher Prophet. Die zukünftige Entwicklung entspricht dem, was die Vergangenheit gelehrt hat. Die deutschen Juden sind zuerst eingetreten für die Not und das Elend im deutschen Vaterlande *ohne Unterschied des Glaubens*. (Beifall.) Sind sie nicht in erster Reihe beteiligt gewesen bei allen Hilfeleistungen der Menschenliebe und Humanität?

Wie kommt man dazu, eine Ansicht auszusprechen, die dem Gefühl der deutschen Juden in ihrer überwiegenden Mehrheit widerspricht? (Beifall.) Wenn nun dieses Liebeswerk der Hilfe für unsere ausländischen Glaubensgenossen notwendig ist und wenn Einzelne meinen, daß durch Ansiedlung dieser Glaubensgenossen und durch Errichtung jüdischer Kolonien es möglich ist, ihr Leid zu mildern, so mache ich denen, die sich damit abgeben, nicht den geringsten Vorwurf. Sie laden bloß die Verantwortung auf sich, daß diese Versuche denen, die es erhoffen, nicht das ersehnte Heil bringen. Wenn diese Gründungen womöglich auch zu einem jüdischen Staat führen sollen, so will ich nicht untersuchen, ob dieses Problem überhaupt gelöst werden kann. Es ist mir sehr zweifelhaft. (Zuruf: Sehr richtig!) Aber ich will kein Prophet sein. Ich will die Arbeit derjenigen nicht stören, die sich damit beschäftigen.

Wenn es aber *Leute* gibt, die *behaupten: Wir gehören nicht zum deutschen Volke! Wir gehören zum jüdischen Volke!* Wir seien keine Deutschen und könnten dies nur nach dem Gesetz sein und nicht nach der Gesinnung, und unsere Liebe sollte einem konstruierten jüdischen Volke gehören, so muß ich erklären: *Das ist eine Afterweisheit*, von der es gut wäre, daß sie weite Kreise unserer jüdischen Volksgenossen nicht befallen möge. Es gibt ja jetzt schon deutsche Juden, die der Meinung sind, wir wären nicht Deutsche, sondern Juden, die es *erklärlich* finden, daß den *Antisemiten* unsere Nase nicht gefällt (Heiterkeit). Das ist schon ganz antisemitisch. Sie sehen auch in denjenigen immer noch Juden, die jüdischer Abstammung sind, selbst wenn sie übergetreten sind, trotz der Taufe.

Es ist eine *Afterweisheit*, zu bestreiten, ein Stamm bestände nicht aus verschiedenen Gliedern. Das spräche aller historischen Entwicklung Hohn. Auch beim deutschen Volke ist das nicht so. Ganz abgesehen von Juden und Polen, sind in Deutschland noch die verschiedensten Stämme vertreten, Slaven, Romanen usw. Sie alle haben sich in dem deutschen Vaterlande zu einem Ganzen vereinigt. Sie sind mit ihrer ganzen Gesinnung und ihrem ganzen Herzen deutsch, weil sie deutsch sprechen, im deutschen Geiste ernährt sind, deutsch denken und deutsch empfinden. Es ist eine ganz rohe Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung, wenn man glaubt, die Glieder eines Volkes müßten alle derselben Rasse angehören. Ich möchte nur an Berlin erinnern, wo noch viele französische Emigrantenfamilien bestehen, die sich unvermischt erhalten haben. Was würden sie sagen, wenn man ihnen erzählen würde, daß sie keine Deutschen, daß sie Franzosen sind? (Beifall.) Davon kann keine Rede sein. Wir sind, wenn nicht durch Abstammung, so doch durch die Erduldung gemeinsamer Schicksale, durch die süßen Laute derselben Sprache, durch Empfinden, Erziehung und Gefühl Deutsche geworden und niemand — auch nicht diejenigen, die damit glauben, zu unserem Besten zu handeln — wird imstande sein, uns von dem Boden unseres Vaterlandes loszureißen. (Beifall.) Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Wenn wir die Gleichberechtigung verlangen, so können wir das nicht tun, weil wir bloß den Gesetzen gemäß unsere Pflicht tun, sondern weil wir uns als Angehörige dieses großen deutschen Vaterlandes fühlen. *Wie können* wir von dem deutschen Volke *verlangen*, daß *Lehrer* aus unseren Reihen die *Jugend unterweisen*, wenn ein *Zweifel entstehen* kann, ob diese Lehrer geeignet sind, die deutsche Jugend ohne Unterschied des Glaubens zu erziehen. (Beifall.)

Es gibt Fragen, die auch im Judentum verschiedene Richtungen haben entstehen lassen. Ich weiß das vom Volksschulunterhaltungsgesetz her. Hier ist aber nicht der Ort, sich darüber auseinanderzusetzen. Aber wenn wir *verlangen*, daß an den *höheren Schulen* und *Universitäten* und an den *Akademien Juden lehren*, wenn wir verlangen, daß *Juden richten* im deutschen Volke, wenn wir verlangen, daß die *Verwaltung* auch von befähigten und geeigneten Juden geführt wird, wenn wir fordern, daß man auch *im Heere* allen denjenigen Juden gerecht wird, die befähigt sind, auf diesem Wege dem Vaterlande zu dienen, *wie* wollen *wir solche Forderungen vertreten*, wenn ein *Zweifel darüber möglich wäre, daß unser Herz dem Vaterlande gehört?* (Lebh. Beifall.)

Es wird nicht möglich sein, die Juden aus dem deutschen Volke jemals zu entfernen. Die Juden haben eine große Anhänglichkeit an ihr Vaterland und an ihre Heimat. Das beweist am besten die Tatsache, daß die Nachkommen derjenigen Juden, die vor Jahrhunderten aus Deutschland verdrängt worden sind nach den Ländern des europäischen und asiatischen Ostens, daß diese Juden noch heute das Deutsch sprechen, das in dem vergangenen Jahrhundert ihrer Verdrängung in Deutschland gesprochen wurde. So rührend haben sie an ihrer deutschen Sprache festgehalten, daß es heute noch Sprachforschern möglich ist, in Rußland, Polen und im Orient aus der Sprache der jetzt dort lebenden Juden nachzuweisen, ob deren Vorfahren einst in Schwaben, in der Pfalz, am Ober- oder am Niederrhein wohnten. (Hört! Hört!)

Diese *Treue der Juden zum Vaterlande* wird auch bewiesen durch das Beispiel der spanischen Juden, die im 15. Jahrhundert aus Spanien vertrieben wurden und die noch heute in Kleinasien die alte klassische Sprache der damaligen Zeit bewahrt haben, so daß man schon daran gedacht hat, mit ihnen wieder von Spanien aus in Verbindung zu treten, um sie für ihre Treue zu belohnen.

Darum sind es *müßige Reden*, die uns glauben machen wollen, es wäre möglich, unser aller Empfindungen aufzulösen und uns alle nur als Angehörige eines in weiter Ferne existierenden jüdischen Staates und jüdischen Volkes hinzustellen. Wir müssen auch bedenken, daß dieses Gefühl der Juden, das heute besteht, nicht etwa uns durch die Entwicklung in Deutschland überkommen ist. Nein, Treue und Anhänglichkeit an den Staat war stets ein Grundsatz, der den Juden maßgebend war. Die *Juden aller Richtungen* stehen auf diesem Grundsatze. Selbst die Glaubenslehren der frommsten Juden stehen nicht in Widerspruch mit der innigsten Liebe zum Vaterlande. In einigen Glaubensgrundsätzen, die von berufenen Mitgliedern der Gemeinden einst veröffentlicht wurden, wird die Liebe zum Vaterlande als erste Forderung hingestellt. Und der Prophet Jeremias hat gleichfalls die Pflicht der Treue zum Vaterlande betont.

Darum bleiben wir treu dem Boden, auf dem wir genährt wurden, dem Vaterlande, unter dessen Schutz wir stehen, bleiben wir treu dem Staate, der geeint worden ist unter der Aegide des Kaisers Wilhelm I., des Fürsten, unter dessen Aegide die Gleichberechtigung aller Konfessionen, also auch der Juden, besiegelt wurde. Bleiben wir treu der Gesinnung, die unsere Vorväter betätigt haben. Lassen Sie uns nicht die Manen der Dahingeschiedenen heraufbeschwören, die für das Vaterland und die Glaubensgenossen gelitten und gekämpft haben. Gewiß, es ist schmerzlich, wenn wir hier und da eine Ausnahme sich entwickeln sehen, die uns schmerzt und kränkt, aber *wir haben nicht das Recht, mit dem Vaterlande zu hadern und zu schmollen*. Wir haben die Pflicht zu sorgen, daß die Grundlagen der Toleranz und Gleichberechtigung zur Wahrheit werden.

Wir wollen uns der vielen Mitkämpfer, die wir haben, freuen.

Der Antisemitismus ist nur ein Parasit an der Kultur des deutschen Volkes. Es ist falsch und verkehrt, das deutsche Volk zu verwechseln mit dem, was entstanden ist aus der eigentümlichen Entwicklung der politischen Verhältnisse. Verkennen wir nicht, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes auch fertig werden wird mit dem, was unser großer Kaiser Friedrich als eine Schmach des Jahrhunderts bezeichnet hat.

Im Glauben des Judentums ist der messianische Gedanke ausgedrückt. Wir hoffen auf eine Zeit, wo alle Menschen jedes Stammes und jedes Volkes sich vereinigen werden zu einem großen Gemeinwesen. Wir ersehnen dieses Ziel, von dem der Dichter sagt: „Es ist ein lichter Maientag der ganzen Welt erschienen!" Wir vertrauen darauf, daß aller Nebel, alle Ver-

finsterung schwindet. Bis dahin aber arbeiten wir zusammen an dem Wohle des Vaterlandes. Auch für uns gilt Schillers Wort: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an; hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!“

Wir wollen unserem deutschen Vaterlande treu bleiben und erstreben nichts sehnlicher, als daß unser Vaterland zu dem Glanze, zu dem Glücke, zu der beseligenden Zufriedenheit aller Mitbürger gelangen möge, die ihm unsere Vorväter gewünscht haben. Halten wir fest an der Gesinnung, daß wir stets mutig eintreten für alles Recht, daß wir aber unsere Treue dem Vaterlande erhalten, wie es einst unsere Vorväter getan haben, und daß wir, wenn es sein muß, für dasselbe zu bluten und zu sterben wissen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

* * *

Als zweiter Redner ergriff Justizrat Breslauer das Wort. Er hob hervor, daß in letzter Zeit die Gemeindeverwaltung vielfach hart angegriffen worden sei. Man habe ihr viele Vorwürfe gemacht, aber mit Unrecht. Der Redner wies das statistisch nach. Leider stehen wir jetzt, führte er weiter aus, in einer Zeit, da man viel schreit. Da sind eine Anzahl junger Herren auf der Universität gewesen, die haben ihr Judentum recht mutig und tapfer mit ihrem Rappier verteidigt. Viele sind freilich darunter, denen die Religion weniger hoch stand. Sie haben sich Juden genannt, weil sie der Rasse nach Juden sind, wie sie meinten. Es ist derselbe Neoromantismus, den wir auch auf der anderen Seite finden. Mit spitzen Federn und spitzen Zungen haben sie sich zur Geltung bringen wollen. Daher konnte ein Streit entstehen, der nichts mit der Religion zu tun hatte, ein „Fall“, der gar kein Fall ist.

Redner gibt dann auf Grund der von Dr. Cohn selbst zugestandenen Tatsachen eine Uebersicht über den Verlauf der Affäre, wie sie in den „Mitteilungen“ schon an der Hand der Darlegungen des Syndikus Herrn Justizrat Lilienthal publiziert worden ist. Wir geben aus dem von Herrn Justizrat Breslauer vorgeführten Material daher nur die zum Teil noch nicht bekannt gewordenen wichtigsten Punkte wieder:

Die Gemeindeverwaltung wußte, daß Herr Dr. Cohn Zionist war; sie stellte ihn trotzdem als Rabbiner aus hervorragender Toleranz an. Herr Dr. Cohn gibt zu, daß er im Religionsunterricht am Falk-Realgymnasium zu gleicher Zeit, als er sich um seine Anstellung als Rabbiner bewarb, vom Zionismus gesprochen hat. Er will es auf wissenschaftlicher und historischer Grundlage getan haben. Demgegenüber ist Tatsache, daß ihm der Religionsunterricht zum Schluß des Semesters entzogen wurde. Er stand aber mit seinen Schülern noch im Verkehr. Diese waren von ihm ganz zionistisch beeinflußt. Sie hatten Konventikel gebildet und lasen zionistische Schriften. Etwa 50 hatten sich verabredet, mit keinem Christen mehr zu verkehren. (Lebhaftes Hört! Hört!) Ein Knabe erklärte seinen Eltern, er sei weniger Religions-, als Stammesjude. An einen Gott außerhalb der Natur glaube er nicht. Er wolle nicht Soldat werden, weil er nicht Deutscher, sondern Jude sei. Das scheint mir kein Zionismus in wissenschaftlicher oder historischer Beziehung zu sein. (Sehr richtig!) Der zweite Fall betrifft die Herzl-Rede. Dr. Cohn hatte erklärt, es widerspreche seiner Natur, in öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Die Verhältnisse könnten sich aber ändern, eine Verpflichtung dürfe man ihm daher nicht abnehmen. Er versprach aber, nicht öffentlich zionistisch zu wirken. Nach der Herzl-Rede sagte er, sie sei nicht agitatorisch-zionistisch gewesen. Wie ist das möglich? Kann man sich eine Rede auf Windhorst ohne Beziehung auf das Zentrum denken? Eine Rede auf Eugen Richter, ohne seine Parteistellung zu erwähnen? Eine Rede auf Kaiser Friedrich, ohne daß man seinen Ausspruch von der Schmach des Jahrhunderts hervorhebt? Der dritte Fall betrifft die Unterredung mit Direktor Przygode vom Mommsen-Gymnasium. Dr. Cohn hat erklärt, er sei in erster Reihe Jude, in zweiter Deutscher. Er hat gesagt, alle anderen Juden seien derselben Ansicht. So weit sie sich dessen bewußt sind, wollen sie diesen Standpunkt vertuschen. Meine Herren! Wollen Sie Ihre Ansicht in einer solchen Frage vertuschen? (Rufe: Nein, Nein!) Er erklärte, die deutsche Gesinnung könne höchstens von dem Geschichtslehrer, wenn ein Jude in Betracht komme, anerzogen werden. Wir wollen aber, daß auch unsere jüdischen Lehrer in die Lage kommen, in dieser Weise Unterricht zu erteilen. Und da kommt der junge Herr und sagt: Dieser Unterricht kann nur vom Geschichtslehrer erteilt werden, nicht vom Religionslehrer.

Er beschwerte sich über das Verfahren, das gegen ihn zur Anwendung kam. Die Anzeige der drei Lehrer gegen ihn sei nicht richtig gewesen. Es war aber ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit als Mitglieder des Schulvorstandes, denen der Religionsunterricht untersteht, Anzeige zu machen. In einer Volksversammlung soll ein Lehrer gesagt haben, er trete im Namen aller beteiligten Lehrer für Dr. Cohn ein. Der Redner selbst gab zu, nur von mehreren — es wurden dann drei festgestellt — gesprochen zu haben. Von diesen dreien erklärten dann noch zwei, daß sie das Verfahren Dr. Cohns nicht billigten. Es ist also wieder eine Legende zerstört.

Herr Dr. Cohn beklagt sich, über die ersten beiden Fälle, die ihm eine Verwarnung und einen Verweis eintrugen, nicht gehört worden zu sein. Diese Fälle waren doch völlig abgeschlossen. Es handelte sich nur um die Erledigung des dritten. Es lag ja auch ein Geständnis vor. Daß der Vorstand Herrn Direktor Przygode von den weiteren Vorgängen Kenntnis gab, war seine Pflicht. (Beifall.) Wir standen ja vor der Frage, ob nach den Vorgängen auf den Gymnasien überhaupt in Zukunft noch ein jüdischer Religionsunterricht zugelassen wird. Die Art, wie der Vorstand mit Herrn Dr. Cohn verfahren ist, ist durchaus gerechtfertigt. Es sollte nicht seine Gesinnung bestraft werden, sondern die Art der Betätigung seiner Ansicht, wie er sie zu unterlassen dem Vorstand versprochen hatte. Dem Vorstande gebührt Dank, daß er eingegriffen hat. (Beifall.) Manchmal läuft einem bei der Sache wirklich die Galle über. Was ist das für eine Art und Weise, die Angelegenheiten eines Rabbiners durch die öffentlichen Volksversammlungen zu ziehen (Beifall), sie dem Hohne der Oeffentlichkeit zu übergeben. (Beifall.) Die natürliche Folge war, daß die Angelegenheit in die „Staatsbürgerzeitung“ kam.

Auf die Gesinnung kam es bei der ganzen Sache weniger an. Die Hauptsache war die Art und Weise, wie sie betrieben wurde. (Beifall.) Herr Cohn ist zu Maximilian Harden persönlich gegangen. (Pfuirufe.) Er hat gebeten, die Sache in der „Zukunft“ zu besprechen. Er hat die genauen Daten angegeben. (Pfuirufe.) Derselbe Herr, den man immer angriff wegen seines Glaubenswechsels, wird jetzt auf den Schild erhoben, nur weil er für Herrn Dr. Cohn eingetreten ist.

Nun der bedauerliche Ton der Broschüre. Die Art, wie sie geschrieben ist, ist nicht die eines Rabbiners. Kann man einen solchen Stil schreiben, wenn man je im Leben etwas von Ethik gehört hat? Darf er in solchen Worten und Redensarten, wie es geschehen ist, über die Gemeindeverwaltung herziehen? Diese Broschüre zeigt am besten, daß die Gemeindeverwaltung gegen Herrn Dr. Cohn recht gehandelt hat. (Beifall.) Denn aus dieser Broschüre geht bedauerlicherweise der Zug der Unwahrhaftigkeit, der diese ganze Affäre kennzeichnet, klar hervor. Herr Dr. Cohn muß selbst zugeben, daß er die Sache falsch dargestellt hat. Aber immer behauptet er, er allein sage die Wahrheit, alle anderen aber die Unwahrheit. Und unserem alten 83jährigen Vorsteher Jakobi hält er sein makelloses Alter von 25 Jahren vor. (Große Heiterkeit.) Bis zu 18 Jahren war er auf der Schule, dann 7 Jahre auf der Universität. Wenn er dann nicht makellos wäre, das wäre ja noch schöner! Was hat er für die Juden, was hat er für die Berliner Gemeinde getan? Wie kann er derartig einem Mann gegenübertreten, der die größten Verdienste besitzt! (Beifall.)

Die Unwahrhaftigkeit ist das Schmerzliche an der ganzen Sache. Mit Unwahrheiten in der Volksversammlung kann man sich nur selbst herunterreißen. (Beifall.)

In der Gemeindeverwaltung sitzen Männer verschiedenster Richtungen und Ansichten. Sie haben die Ansichten der Gegner bekämpft, aber schließlich haben sie immer den Weg gefunden, der zum Wohle der Gemeinde führt. Diesem glänzenden Bilde gegenüber sehen Sie das Zerrbild von draußen. Der Lärm draußen muß aber wieder schwinden ruhiger ehrlicher Arbeit gegenüber. Der Lärm wird aufhören. Der junge Herr hat weniger Schuld daran, als vielmehr seine Freunde, die die Sache zu einem Skandal benutzten. (Beifall.) Sie wissen ja nicht, was sie wollen. Sie möchten nur der Gemeinde etwas am Zeuge flicken. Wir aber wollen weiter ehrlich unsere Wege gehen und uns von dem Lärm draußen nicht beirren lassen. (Lebh. Beifall.)

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, nahm dann Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Senator das Wort. Er stimmte den Auffassungen der beiden Redner völlig zu. Zum Falle Cohn erklärte er als Mitglied der Repräsentantenversammlung: Wenn der Fall Cohn, dieser häßliche schmerzliche Fall, etwas Gutes ge-

habt hat, so ist es das, daß er gezeigt hat, daß die *sämtlichen Gemeindebehörden und Repräsentanten sich auf einem gemeinsamen Boden befinden und auch im Fall Cohn ohne Ausnahme nur eine Meinung haben.* (Lebhafter Beifall.) Diese Meinung ist die, daß Dr. Cohns Auftreten — ich wähle den allermildesten Ausdruck — ganz verkehrt und unpassend war. (Lebhafter Beifall.)

Der A. D. B.

XX In der letzten Nummer der A. D. B.-Zeitschrift nimmt der Schriftleiter, Herr Kaiser aus Nürnberg in einem „Zur Abwehr" betitelten Artikel Stellung zu den in Nr. 17 der „Mitteilungen" gemachten Ausführungen über innere Kämpfe im „Allgemeinen deutschen Burschenbunde" (A. D. B.). Er entwickelt in seinen ziemlich polternd gehaltenen Darlegungen eine solche Unkenntnis über Stimmungen und Meinungen im A. D. B. — die längst ein offenes Geheimnis sind —, daß man eigentlich erstaunt ist, bei dem Schriftleiter des Organs eines Bundes so wenig allgemeinen Ueberblick über diesen selbst zu finden.

Herr Kaiser spricht von dem „Parteifanatismus" der „Mitteilungen", der sich in der angezogenen Artikel dokumentiere, von der einseitigen Weltanschauung, die glaube, daß der A. D. B. und sein Bundestag es überhaupt jemals für nötig erachten würden, die „Judenfrage" zu erörtern. Der A. D. B. handle nach größeren Gesichtspunkten und habe wichtigeres zu tun, als darüber zu streiten.

Wenn Herr Kaiser sich bei älteren Bundesangehörigen erkundigte, würde er leicht erfahren, daß der A. D. B. die „Judenfrage" schon für wichtig genug gehalten hat, auf den Bundestagen besprochen zu werden. Wenn Herr Kaiser die Geschäftsordnung des Bundes genauer studierte, würde er bald merken, daß es jeder Korporation anheimgegeben ist, Anträge irgend welcher Art zu stellen, und daß er zu seiner Ueberraschung einmal auf dem Bundestage einem Antrag begegnen kann, der die Judenfrage anschneidet, ebenso wie ja auf der letzten Tagung in Frankenhausen ein Antrag stundenlang behandelt wurde, der sozialdemokratisch gesinnte Bundesangehörige eo ipso eliminieren wollte. Dann möge Herr Kaiser bedenken, daß die „Judenfrage" für den A. D. B. immer von Bedeutung war und es auch noch ist. Gerade die Aufnahme jüdischer Mitglieder ward ihm ja von den „alten" antisemitischen Verbänden zum Vorwurf gemacht. Auch kann niemand leugnen, daß im A. D. B. immer und immer wieder kleine antisemitische Unterströmungen zutage getreten sind, die freilich bisher stets siegreich vom Bunde überwunden worden sind. Wenn Herr Kaiser davon nichts weiß, so ist das gewiß bedauerlich, aber die Tatsache wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Daß kleine antisemitische Neigungen hier und dort bei einer Aktivitas — in den Altherrenverbänden hat sie sich nie gezeigt — auftauchen, ist verständlich, wenn man bedenkt, daß der aktive Mitgliederbestand bei einer Korporation manchmal recht schwach ist, sodaß zwei oder drei antisemitisch angehauchte Jünglinge genügen, um den antisemitischen Gedanken in der Korporation zur Herrschaft zu bringen. Vielleicht interessiert es Herrn Kaiser, zu erfahren, daß in manchen A. D. B.-Korporationen schon recht heiße antisemitische Kämpfe getobt haben, daß die „Judenfrage" für manche Korporation schon eine bedenkliche Klippe war, daß selbst die Mutterkorporation „Neogermania" an der Berliner Universität schon beinahe dem Schicksal der Auflösung verfallen wäre — eben wegen dieser „Judenfrage". Wenn Herr Kaiser über diese Tatsachen — die in studentischen Kreisen geradezu Tagesgespräch sind — Bescheid wüßte, dann hätte er es sicherlich vermieden, zu behaupten, daß der Bund gar keine Ursache habe, sich mit „ödem antisemitischen oder philosemitischen Parteigezänk" zu beschäftigen. Der Bund hat alle Ursache dazu, die „Judenfrage" stets im Auge zu halten und alle antisemitischen Anwandlungen einzelner Gruppen im Keime zu ersticken. Das ist auch die Ansicht zahlreicher Mitglieder des A. D. B., wenn auch nicht die des Herrn Kaiser.

Noch einige Tatsachen dafür, daß die „Judenfrage" für den Bund von Bedeutung ist. Einige mitteldeutsche Burschenschaften haben sich eine Zeitlang geweigert, Juden aufzunehmen. Man hat die Sache im Stillen geregelt und sie auf dem Bundestag nicht erörtert, um Zwistigkeiten zu vermeiden. Man hat die betreffenden Burschenschaften wieder zum Gehorsam zurückgeführt. Die Frage war aber nicht nur lokaler Natur, sondern von weittragender Bedeutung, weil alle Mitglieder des Bundes verpflichtet sind, wenn sie an eine andere Hochschule gehen, der dort bestehenden A. D. B.-Organisation sich anzuschließen. Was tut nun ein jüdisches Mitglied, wenn diese Organisation beschlossen hat, keine Juden aufzunehmen? Es befindet sich in einer sehr peinlichen Lage und wird sich schließlich dazu entschließen müssen, diese betreffende Hochschule zu meiden. — Ferner gibt es im A. D. B. einige Korporationen, die zwar keinen offiziellen Beschluß gefaßt haben, Juden nicht aufzunehmen, die aber praktisch keinen jüdischen Kommilitonen aufnehmen. Sie halten ihn, wie irgend einen anderen Akademiker, „nicht für geeignet", der Korporation anzugehören — beileibe nicht etwa, weil er Jude ist. Diese Herren vermeiden es, die heikle Judenfrage irgendwie zu berühren, um nicht Stellung nehmen zu müssen. Sie sind höchst entrüstet, wenn man darauf zu sprechen kommt. — Weiterhin gibt es Mitglieder, die fest entschlossen sind — und auch daraus kein Hehl machen —, sofort aus ihrer Burschenschaft auszutreten, wenn ein Jude aufgenommen wird. Sollte Herr Kaiser davon nichts wissen? — Dann sei noch erwähnt, daß bereits mehrere Burschenschaften aus dem A. D. B. ausgetreten sind, weil ihre Mitglieder antisemitische Gesinnung hegten. Das gilt z. B. von der Berliner Burschenschaft „Longobardia", die einst von der Charlottenburger „Vandalia" gegründet wurde und vor etwa drei Jahren den Bund verließ. Noch vor zwei Jahren wollte ferner die gesamte Aktivitas der Berliner „Neogermania" diese auflösen und zu einer anderen antisemitischen Burschenschaft übergehen. In letzter Stunde wurde das durch die Inaktiven verhindert, und die Antisemiten flogen aufs Pflaster. Selbst der Universitätsrichter hatte damals mit der Angelegenheit zu tun. — Das sind alles Tatsachen, die in der Berliner Studentenschaft besprochen werden, die von den vielen Gegnern der Reformburschenschaften in ihrem Sinne ausgebeutet werden. Daß dem Herrn Kaiser nichts, aber auch rein gar nichts von diesen „inneren Kämpfen" bekannt ist, ist doch recht sonderbar.

Es bestehen „innere Kämpfe" im A. D. B. in Bezug auf die Judenfrage. Sie ist eine Existenzfrage für den Bund. Hoffentlich wird er die „inneren Kämpfe" glücklich überwinden und auch weiterhin die freiheitliche Gesinnung hochhalten, die seinen Gründern so sehr am Herzen lag und die er — das muß man ihm zur Ehre sagen — bisher als Ganzes stets gepflegt hat. Nur keine Vogelstraußpolitik aus Rücksicht auf „nationale" Strömungen in der Studentenschaft! Mit offenem Visier muß der Kampf für die Reform der deutschen Studentenschaft geführt werden.

Daß die große Mehrheit des „Allgemeinen deutschen Burschenbundes" diesem Ziel nachgeht, hat der Verlauf des diesjährigen Frankenhausener Bundestags gezeigt. Als Antwort auf den erwähnten Antrag, das sogenannte „So-

zialistengesetz" des Bundestages, wie man humorvoll sagte, faßte die Vertretung des Bundes folgende Resolution:

„Der A. D. B. tritt mit Wort und Tat für alles ein, was die Macht und Größe, sowie den kulturellen Fortschritt unseres Vaterlandes sichert und fördert. Innerhalb dieser grundsätzlichen Gesinnungsrichtung betrachtet er die Zugehörigkeit seiner einzelnen Mitglieder zu den deutschen politischen Parteien als Privatsache. Seine Burschenschaften, Altherrenverbände und Ortsgruppen als solchen untersagt er jedoch grundsätzlich jegliche Beteiligung an parteipolitischen Bestrebungen. Er geht deshalb über den gestellten Antrag zur Tagesordnung über."

Das ist eine mannhafte Erklärung. Damit ist der A. D. B. wieder der am meisten freiheitlich gesinnte deutsche Studentenverband geblieben. Diese Resolution ist umso erfreulicher, als die zu gleicher Zeit tagenden technischen Rüdesheimer Burschenschaften und die Landsmannschaften eine entgegengesetzte Resolution faßten, in der sie sich auf das „nationale" Prinzip festnagelten.

Fontane.

Die Enthüllung des Fontane-Denkmals in Neu-Ruppin wird von der „Staatsbürgerzeitung" benutzt, um Fontane nicht zwar für die Antisemiten zu reklamieren, aber doch um zu zeigen, daß Fontane nach ihrer Meinung antisemitischen Anwandlungen nicht ganz unzugänglich war. Nach ihrer Beweisführung wäre es freilich möglich, einem Dichter, der viel geschrieben, alles mögliche anzuhängen. Wie man dazu kommt, weil ein deutscher Dichter eine schottische Ballade verfaßte, in der ein Ritualmord behandelt wird, zu schreiben, der wahnwitzige Blutaberglaube „finde sich bei ihm vertreten", das ist uns ganz unverständlich. Wir können uns denken, daß sogar Juden ein solches Gedicht bearbeiten, sei es, daß die Form, die Stimmung sie reizen oder daß ihnen der Stoff besonders geeignet scheint, die verblödete Denkweise einer gewissen Zeit zu charakterisieren.

Noch weniger zu begreifen ist, daß die „Staatsbürgerzeitung" Fontanes Gedicht „An meinem Fünfundsiebzigsten" gegen die Juden auszuschlachten wagt. Eine bissigere Satire auf die literarische Teilnahmlosigkeit der von Fontane besungenen märkischen Junker können wir uns nicht denken. Und weit entfernt, für Fontanes antisemitische Gesinnung zu zeugen, ist der Schluß des Gedichts geradezu ein von dem Dichter den Juden gesetztes literarisches Ehren-Denkmal. Wir geben ihn gern an dieser Stelle wieder. Nachdem der Dichter die altadeligen Namen, die er verherrlicht, aufgezählt, die aber unter den an seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag eingegangenen Briefen durch ihre Abwesenheit glänzten, fährt er fort:

Aber die zum Jubeltag da kamen,
Das waren doch sehr andere Namen,
Auch „sans peur et reproche", ohne Furcht und Tadel,
Aber fast schon von prähistorischem Adel:
Die auf „berg" und auf „heim" sind garnicht zu fassen,
Sie stürmen ein in ganzen Massen,
Meyers kommen in Bataillonen,
Auch Pollacks, und die noch östlicher wohnen:
Abram, Isack, Israel,
Alle Patriarchen sind zur Stell',
Stellen mich freundlich an ihre Spitze,
Was sollen mir da noch die Itzenplitze!
Jedem bin ich was gewesen,
Alle haben sie mich gelesen,
Alle kannten mich lange schon . . .!
Und das ist die Hauptsache! — Kommen Sie, Cohn!

Es wird unseres Erachtens mit den schriftlichen und mündlichen Aeußerungen der Dichter oft grober Unfug getrieben. Wollte man allen gelegentlichen Unmutsäußerungen Gewicht beilegen, dann wäre es ein Leichtes, nachzuweisen, daß Juden, ja gerade Juden Antisemiten seien, und die schlimmsten Antisemiten sogar die jüdischen Propheten, die doch wahrlich ihr Israel liebten. Es wäre ein Leichtes aber auch, nachzuweisen, daß die größten deutschen Patrioten Deutschfeinde seien, daß Carlyle der enragierteste Feind seiner Landsleute wäre usw. usw. Sind etwa die Berliner, die in jedem Sommer klagen, daß sie überall auf Berliner stoßen und jeder Sommerfrische aus dem Wege gehen, in welcher sie Berliner vermuten, Anti-Berliner?

Gerade von augenblicklichen Stimmungen abhängige Dichter sagen und schreiben oft etwas, was sie sich hüten würden, wörtlich für bare Münze auszugeben. Aber das Meiste selbst in der Auslese der „Staatsbürgerzeitung", durch die Fontane als mehr oder weniger antisemitisch angekränkelt hingestellt werden soll, spricht eher für, als gegen die Juden. Wir sehen keinen Vorwurf in dem Satze: „Ein richtiger Jude kommt nie zu spät". Es ist der „Staatsbürgerzeitung" in ihrem Eifer, aus Fontanes Schriften antisemitisch Klingendes zusammenzulesen, sogar gelungen, dem Antisemitismus eins auszuwischen. Nach einer antisemitischen Auslassung schreibt Fontane: „Und dabei darf man nicht mal Antisemit sein, weil das wieder zu dumm und zu roh sein würde". Ganz unsere Meinung. Selbst wenn viele den Juden gemachte Vorwürfe berechtigt wären — und ganz gewiß sind manche berechtigt, denn die Juden sind Menschen mit menschlichen Schwächen, wie alle anderen Menschen —, Antisemit darf man darum doch nicht sein, denn das ist „gar zu dumm und zu roh".

Im Uebrigen verweisen wir auf den Artikel „Fontane und das Judentum" in Nr. 12 und 13, Jahrg. 1905 der „Mitteilungen".

Wiener Brief.

X.

(Der freisinnige Antisemitismus. — Die neuen Liberalen. — Herrn Schneiders Ende.)

Wien, den 9. Juni 1907.

Wenn man sich mit den sogenannten freisinnigen Parteien in Oesterreich beschäftigte, da mußte man sich oft sagen: Gott schütze uns vor unseren Freunden! Als die Woge des Antisemitismus besonders hoch ging, fühlten sich selbst die deutschliberalen Parteien bemüßigt, ein wenig Antisemitismus zu zeigen. Die Männer, die vor den zünftlerischen Gewerbetreibenden auf dem Bauche lagen und bei allen reaktionären Maßnahmen mit dabei waren, nahmen natürlich keinen Anstoß daran, sich auch den Phrasenschatz des Antisemitismus zu Nutze zu machen. Unterdessen haben die Träger des Antisemitismus, die Christlichsozialen, schon sehr viel Wasser in den Wein gegossen, aber die wackeren Fortschrittsmänner, die nach einem Epigramme Grillparzers die Fäuste im Sacke ballen, scheinen noch nicht zu einer besseren Einsicht gekommen zu sein. So konnte man denn in den letzten Tagen ein Schauspiel mitansehen, das durchaus nicht für Götter bestimmt war, trotzdem jedoch ausführlich erzählt zu werden verdient.

Es gibt in Oesterreich Politiker, deren höchster Ehrgeiz ein Ministerportefeuille ist. Diese Männer sind radikal und opportunistisch, freiheitlich und reaktionär, antisemitisch und philosemitisch, wie es eben der Augenblick und das hohe Ziel erfordert. Zur Gattung dieser schrankenlosen Streber gehören die beiden Mitglieder, die von der ehemaligen Deutschen Volkspartei in das Kabinett Beck entsandt worden sind. Dr. von Derschatta, der gegenwärtige Eisenbahnminister, ist der eine, Herr Prade, der deutsche Landsmannminister, der andere „Ueberzeugungsmensch". Diese beiden Politiker fühlen sich in den Ministerfauteuils ungemein wohl und kein Gedanke scheint den „Exzellenzen" schmerzlicher zu sein als der, daß die Freuden eines Ministerdaseins einmal zu Ende gehen müssen. Jedenfalls sind die zwei Männer bestrebt, ihre angenehme Position mög-

lichst lange zu halten — koste es, was es wolle. Deshalb galt es, Rat zu schaffen, als die Wahlreform ihrer Erledigung nahekam. Die Deutsche Volkspartei war ein künstliches Gewächs des Kurienteibhauses; sie lebte von den Privilegien gewisser Bevölkerungsklassen und mußte mit diesen untergehen. Daß die Partei bei den Wahlen auf Grund des Volksstimmrechtes eine schwere Niederlage erleiden würde, stand nahezu fest und deshalb sollte vorgebaut werden. Um keinen Preis durfte das parlamentarische Gefolge, das hinter den Parteiministern stand, zusammenschmelzen, denn wenn der Anhang schwindet, erlischt auch das Flämmchen der ministeriellen Herrlichkeit. Die beiden Führer der Deutschen Volkspartei waren um Rat nicht verlegen. Sie bestellten auf dem Leobener Parteitag einen Strohmann, der das Schlagwort von der „großen deutschen Partei“ abschnellen sollte. Diese Devise klingt sehr gut und da man sich dabei nicht viel oder nichts zu denken hat, fanden sich sehr bald Nachbeter. Selbstverständlich waren einige Deutschfortschrittliche sofort bereit, den beiden Männern aufzusitzen, und so fand die neue Losung auch auf dem Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei in Brünn ein Echo. Dem glücklichen Wähler wurde also in der Zeit der Wahlbewegung nebst vielen anderen schönen Dingen auch eine „große deutsche Partei“, in der alle, die deutsch und — versteht sich — freiheitlich fühlten, ein Asyl finden sollen, versprochen.

Endlich kam das Volk selbst zu Wort und entschied sich in einer nicht mißzuverstehenden Weise gegen die sogenannte freisinnige Politik, die in Oesterreich freilich unausgesetzten Verrat an dem Freisinn geübt hat. Bei den Hauptwahlen gab es einen furchtbaren, aber wohlverdienten „Krach“ und obwohl die Stichwahlen von den Freisinnigen — von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen — mit Tod und Teufel im Bunde bestanden wurden, konnten dennoch nur Trümmer der einstigen Parteien in das „hohe Haus“ zurückgeführt werden. Jetzt also war die Zeit zu handeln für die Herren Derschatta und Prade gekommen. Selbstredend kam wieder ein Deutschfortschrittlicher, der über Nacht berühmt werden wollte, zur Hilfe. Dr. Groß heißt der Wackere; er ist gar Universitätsprofessor, wenn gleich auch keiner von denen, die man Zierden der Wissenschaft nennt. Der gute Mann begann schleunigst die „große deutsche Partei“ zusammenzuschweißen. Die Deutschfortschrittlichen, die einstens Liberale hießen, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die Freialldeutschen und die deutschen Agrarier sollten unter ein Dach gebracht werden. Dr. Groß aus Iglau schickte Einladungskarten an die Mitglieder dieser Gruppen aus, allein er vergaß mit guter Absicht an drei Männer, von denen zwei — Dr. Ofner und Dr. Kuranda — dem Judentume angehören und der andere — Hofrat von Hock — als entschiedener Vorkämpfer für die freie Schule und den freien Staat Liberalen vom Schlage des Herrn Groß furchtbar vorkommen muß. Da jedes „warum“ ein „darum“ hat — wie man in Wien sagt —, drängte sich von selbst die Frage auf: Was wollte Dr. Groß, oder richtiger, was gedachten seine Drahtzieher zu erreichen?

Schon bei den Wahlen hatte sich zwischen den Christlichsozialen und den sogenannten liberalen Schädlingen des Liberalismus und den Freisinnigen eine bedenkliche Intimität ergeben. Dr. Funke — Alter schützt vor Torheit nicht —, der im Parlamente die „Fahne des Freisinns“ so oft „hochzuhalten“ versicherte, daß ein Journalistenwitz ihn den Mann mit den schwieligen Händen nennt, telegraphierte zweimal an die Parteileitung der Christlichsozialen nach Wien um Rettung, die ihm auch zu teil ward; die Freialldeutschen, die jetzt als radikale Deutsche zeichnen, gingen ein direktes Bündnis mit der Reaktion ein. So war in die Reihen des Freisinns ein klerikaler Zug gekommen und diesen machten sich die beiden deutschvölkischen Minister zu nutze. Ihnen mußte sehr viel daran liegen, erstens einmal die deutschfreisinnigen Abgeordneten zu sammeln, denn ihr angestammtes Gefolge war auf 5 Prozent der Parlamentsmitglieder zusammengeschrumpft, und dann schien es für sie ungemein wichtig, sich die Freundschaft oder doch die Duldsamkeit der Christlichsozialen zu verschaffen. Den Leuten um Dr. Lueger ist niemand so verhaßt, wie Hofrat von Hock, den sie schon aus der Statthalterei herausgedrängt haben und den sie nun wütend verfolgen, weil dieser fähige, populäre Politiker ihnen gefährlich werden kann und — hoffentlich wird. Die christlichsozialen Protektoren der Freisinnigen gaben demnach den Wink, den Abgeordneten Hock aus der neuen Gemeinschaft auszuschließen. Pünktlich gehorchte der liberale Dr. Groß und um die „Aktion“ nicht gar zu kraß erscheinen zu lassen, wurden die Saiten des Antisemitismus ein wenig angeschlagen. Man erstreckte mithin den Bann auf die zwei Wiener „Juden“, für die Herr Dr. Lueger wahrscheinlich gnädig ein Toleranzedikt erlassen hätte. Dagegen wurden die „getauften“ Juden unvorsichtigerweise zur Versammlung, aus der die „große deutsche Partei“ hervorgehen sollte, geladen, obwohl die Freialldeutschen und die Deutsche Volkspartei (die sich seither mit den Agrariern vereinigt hat) auf dem Rassenstandpunkt stehen. Die beiden „tolerierten Juden“ bedankten sich natürlich in der gebührenden Weise bei dem gnädigen Dr. Groß, der mit den Stimmen der Iglauer Israeliten gewählt worden ist, und erklärten, von einer Vereinigung, deren Freisinn bei den Juden Halt mache, nichts wissen zu wollen.

Die Tragikomödie des liberalen Antisemitismus hat den einen Vorteil gebracht, daß sie den ganzen Jammer, das falsche Pathos des sogenannten deutschösterreichischen Freisinns scharf aufzeigte und selbst die stumpfsten Männer aufrüttelte. Dr. Groß ist heute der blamierte Europäer, aber schließlich verdient er doch ein Wort des Dankes, denn seine „Geschäftigkeit“ gab den Anstoß zur Gründung einer neuen demokratischen Partei, der sich voraussichtlich elf bis zwölf deutschfreiheitliche Männer anschließen werden, die zu den Zierden des Abgeordnetenhauses gehören. Diese junge Gruppe, die zur Stunde allerdings erst im Werden begriffen erscheint, ist berufen, den Liberalismus in Oesterreich wieder in Schwung zu bringen und mit dem Pharisäertum des falschen Freisinns ebenso wie mit den Künsten der Reaktionäre aufzuräumen. Endlich wächst aus dem steinigen Boden Oesterreichs eine wirklich liberale Partei heraus, die in den Kreisen des Bürgertums bald an Anhang gewinnen wird. Wir begrüßen die Männer, die den Mut haben, den Kampf mit der Reaktion innerhalb und außerhalb der alten Parteimauern aufzunehmen. Noch sind die Mitglieder der neuen Gruppe nicht offiziell angegeben worden, aber man kann doch mit Dr. Lecher, Hofrat Hock, Prof. Dr. Redlich, Dr. Licht usw. rechnen.

Die Geister erwachen; darum ist das Ende des Ritualmordfabrikanten Ernst Schneider nun doch gekommen. Seine Partei läßt ihn fallen und weist ihm kein Notmandat zu. Weshalb auch? Der Mann gilt heute selbst im Kreise seiner ehemals engsten Freunde nichts mehr, denn es ist eine schlechte Zeit für Talmudkenner von den Qualifikationen eines Schneider. Lassen wir hier den objektiven Bericht eines Wiener Blattes über eine denkwürdige Versammlung folgen, in der Herr Schneider moralisch hingerichtet wurde. Man höre:

Von dem bei den letzten Stichwahlen durchgefallenen Ernst Schneider haben sich nun auch seine ehedem unerschütterlichen Anhänger, die Genossenschaftsvorsteher, endgültig abgewendet. Die jüngst unter dem Vorsitz des Präsidenten Bezirksvorsteher Stary abgehaltene Versammlung

des Gewerbegenossenschaftsverbandes nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Ernst Schneider, über die Haltung der Genossenschaftsvorsteher offenbar unrichtig informiert, glaubte, daß die Genossenschaftsvorsteher nach wie vor hinter ihm stehen und war zu dieser Versammlung erschienen. Schneider wurde aber bald vom Gegenteil überzeugt. Die Genossenschaftsvorsteher GR. Horack (Wagner), Wolf (Schmied), Wolff (Friseur), Rosenberger (Zuckerbäcker), Bergauer (Gießer), Rotter (Pflasterer) traten in energischer Weise gegen Schneider auf. Sie machten ihm zum Vorwurf, daß er gelegentlich der Reichsratswahlen für die Gewerbetreibenden gar nichts unternommen habe, so daß die Gewerbetreibenden im neuen Parlament ohne Vertretung seien. Schneider habe stets die Bestrebungen der Genossenschaftsvorsteher durchkreuzt. Man forderte Schneider auf, er möge den von ihm gemachten Vorwurf, die Genossenschaftsvorsteher seien von Juden bestochen worden, zurückziehen, da dies eine Unwahrheit sei. Genossenschaftsvorsteher Bergauer hielt Schneider vor, daß er, um sich an dem Vorsteher der Gießer wegen dessen nichts weniger als freundlichen Haltung gegenüber seiner Person (Schneider) zu rächen, eine Gießer-Produktivgenossenschaft der Mechaniker gründen wollte. Zu diesem Zweck sollte die Fabrik eines Juden übernommen und deren Besitzer als Direktor der Genossenschaft bestellt werden. GR. Laubeck bedauerte, daß er im Auftrag Schneiders und ohne Wissen der Genossenschaftsversammlung eine Eingabe gegen den Genossenschaftsinstruktor, Genossenschaftsvorsteher Muuß an das Handelsministerium gemacht habe. Er sehe ein, daß er gefehlt habe und Herrn Schneider aufgesessen sei. Er ziehe daher seine Anschuldigungen gegen Herrn Muuß voll und ganz zurück. Als Schneider sprechen wollte, wurde er fortwährend durch die Rufe: „Zur Sache!" „Das gehört nicht hierher!" usw. unterbrochen. Er verlangte, daß Herr Bergauer den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf der „Besoffenheit" zurückziehen möge. Vorsteher Bergauer erklärte, nicht in der Lage zu sein, diesen Vorwurf zurückzuziehen, da er der Wahrheit nicht entgegentreten könne. Es kam schließlich zu großen Krawallen, die dadurch beendet wurden, daß sich plötzlich die Genossenschaftsvorsteher von ihren Sitzen erhoben und den Saal verließen. Nur Stary und Schneider blieben dort ganz allein zurück. Durch den plötzlichen Abbruch der Versammlung unterblieb ein geplantes Mißtrauensvotum für Schneider, dieses Mißtrauensvotum bleibt jedoch der nächsten Sitzung des Verbandes vorbehalten.

rm.

Ordentliche Professoren jüdischer Konfession. Anläßlich des Todes des Prof. Jakob Freudenthal in Breslau stellt Dr. Kastan im „Brl. Tgbl." fest, daß es in Preußen schon seit längerer Zeit ordentliche Professoren jüdischer Konfession gegeben hat. Er erinnert an die Berliner Professoren Traube (Damit wird die Notiz in der letzten Nummer der „Mitteilungen" berichtigt. Traube wurde ordentlicher Professor allerdings sehr spät, im Jahre 1872, vier Jahre vor seinem Tode, damals 54 Jahre alt, sobald das Ministerium Falk ans Ruder kam. D. Red. d. M.) und Goldschmidt, an die Breslauer Rosanes, Fränkel, Caro, an den Greifswalder Behrend, an den Königsberger Hermann und an den Hallenser Bernstein. Diese Professoren waren und sind zum Teil noch als Lehrer der inneren Medizin, der Rechtswissenschaft, der Mathematik, der Geschichte und Philologie tätig.

Die Objektivität mancher Organe der Justizverwaltungen gegenüber den Juden, insbesondere jüdischen Kaufleuten und Händlern, läßt immer noch viel zu wünschen übrig. Uns wird aus jüngster Zeit folgendes Vorkommnis vor dem Schöffengericht in Koburg mitgeteilt. In einer Verhandlung gegen den jüdischen Geschäftsreisenden Abr. Welzer aus Leipzig wegen Betrugs — er hatte einer Frau unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen minderwertigen Teppich zu einem verhältnismäßig hohen Preise aufgedrängt — sagte der als Staatsanwalt fungierende Assessor Riemann nach dem Bericht eines Ohrenzeugen, der die Aeußerung sofort niedergeschrieben hat und ihre Richtigkeit unter dem Zeugeneid zu erhärten erbötig ist:

> . . „er hat die Decken der Frau aufgeschwätzt, wie dies bei jüdischen Händlern der Fall ist; man kennt die schofele Art und Weise dieser Händler ja."

Zu einem solchen sämtliche jüdische Geschäftsreisenden in der Achtung ihrer Mitbürger allgemein herabsetzenden Urteil hat der Herr Assessor nicht das mindeste Recht; ein über gereiftere Erfahrungen verfügender öffentlicher Ankläger würde sich wohl auch schwerlich eine solche Blöße gegeben haben. Man darf wohl annehmen, daß der Herr Assessor, dem freilich der mildernde Umstand zur Seite steht: „Schnell fertig ist die Jugend mit dem Wort," an zuständiger Stelle auf diese Unzulässigkeit solcher Verallgemeinerung aufmerksam gemacht worden ist.

Der „jüdische Güterschlächter" ist eine stehende Rubrik in der antisemitischen Presse geworden, obwohl unter der großen Zahl derjenigen, welche sich gewerbsmäßig mit der Aufteilung größerer Güter beschäftigen, die Juden sicherlich nur einen geringen Bruchteil bilden. Bei den jetzigen Landtagswahlen in Bayern ist sogar ein solcher Güterschlächter gewählt worden, nicht aber etwa als Kandidat der „Judenliberalen", sondern des Zentrums; die bauernbündlerische antisemitische „Neue Bayrische Landesztg." bemerkt hierzu:

„Dem bayerischen Landtag ist am 31. Mai großes Heil widerfahren. Oberpfälzische Wäldler haben als ihren Vertreter einen Güterhändler, den Herrn Rothfischer, gewählt, dem dieser Titel sogar gerichtlich zuerkannt wurde und der sich trotz heftigsten Sträubens in den Lokalblättern 8 Gutszertrümmerungen und Gutshandelschaften unter Angabe der Geschäftsteilhaber, der Verkäufer, der Ein- und Verkaufspreise, Gewinnanteile und notarieller Kaufbriefe usw. aufzählen lassen mußte. Der Gewählte siegte sogar über den offiziellen Zentrumskandidaten, den Gerichtssekretär Vogel, mit einem Mehr von 200 Stimmen und beabsichtigt, in der Kammer der Zentrumsfraktion beizutreten."

Die sozialdemokratische „Münchener Post" spottet bereits: „Wir plädieren für Herrn Rothfischer, damit das Zentrum einen Güterhändlerfachmann bekomme, der es in seinen gesetzgeberischen Bestrebungen unterstützen kann!"

Briefkasten.

N. Sie werden es begreifen, daß wir auf die Anrempelung seitens der „Jüdischen Rundschau" in dem diesem Zionistenorgane eigenen arroganten und flegelhaften Tone nicht reagieren. Es versteht sich von selbst, daß wir uns durch die dummdreisten Drohungen und Denunziationen nicht beirren lassen in der Wahrung unseres Standpunktes, wobei wir uns eins wissen mit den führenden Männern des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Von dieser Nummer der „Mitteilungen" steht unsern Abonnenten jede gewünschte Anzahl von Exemplaren unentgeltlich zur Verfügung.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 25. Berlin, 19. Juni 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der Wucher in antisemitischer Beleuchtung.

Es ist bei allen sozialen und sittlichen Schäden genau so, wie bei den physischen: solange man keine richtige Diagnose stellt, kann man den Weg zur Sanierung nicht finden. Man irrt im Kreise herum und gelangt nie zu einem Ziele, wenn man die Quelle des Verderbens nicht kennt. Die Sozialwissenschaften sind noch verhältnismäßig sehr jung. Bei manchen Mißständen wußte man bis vor kurzem nicht einmal, daß sie sozialer Natur sind, und man glaubte daher, durch einen Federstrich, durch irgend ein neues Gesetz das Uebel aus der Welt schaffen zu können. Es ist der Fortschritt der Neuzeit, der uns den Zusammenhang des sittlichen und sozialen Lebens gezeigt und neue Perspektiven für gute Reformen auf beiden Gebieten eröffnet hat. Heute besitzen wir viele Zweigwissenschaften der Soziologie, die direkt die Sonde an die Wunde anlegen und die sittlichen Schäden durch Sozialreformen zu beseitigen suchen.

Freilich existieren diese Errungenschaften der Soziologie, genau wie in der Medizin, nur für solche, die die Wahrheit suchen und von einem ehrlichen Willen zu helfen beseelt sind. Die Kurpfuscher in den Sozialreformen wie in der Medizin treiben ihr Handwerk weiter, weil es eben viel leichter ist, sein Sprüchlein aufzusagen und ein „probates Mittel" gegen alle Fehler anzupreisen, als ernstlich zu studieren und emsig zu arbeiten. Und auch darin zeigt sich der gemeinsame Zug der Kurpfuscher auf allen Gebieten: während der Arzt die Grenzen seines Wissens kennt und bei manchem traurigen Falle hilflos dasteht und ehrlich gesteht, daß die ärztliche Kunst hier nichts mehr zu bieten vermag, verspricht der Kurpfuscher überall sichere Hilfe und ziehen Hoffnungen groß, die nicht zu erfüllen sind. Er fördert so die Gefahr immer mehr, steigert das Uebel und führt den völligen Ruin herbei. Es ist auf sozialem Gebiete genau so. Auch hier kann der Mann der Wissenschaft nicht zu viel versprechen, weil er die Grenzen der Möglichkeiten kennt. Der Kurpfuscher dagegen macht sich anheischig, alle Uebel in kürzester Zeit zu beseitigen und allen Menschen das höchste Glück zu versichern, wenn nur sein allein seligmachendes Mittel angewendet wird. Das Kennzeichen des Mannes der Wissenschaft ist die Begrenzung seines Könnens, die Erkenntnis der Schranken, die die Natur und die Verhältnisse gesetzt haben. Das Merkmal des Kurpfuschers ist die Ueberhebung, die Einbildung, alles zu können.

Der Wucher ist zweifellos ein großes Uebel des sozialen Lebens, und tausende von Existenzen werden Opfer dieses Molochs und gehen wirtschaftlich und sittlich zu Grunde. Diese Tatsache ist nicht wegzuleugnen. Wenn man aber bedenkt, daß der Wucher zu allen Zeiten und bei allen Völkern existiert hat, so muß man einsehen, daß er keine künstlich gezüchtete Krankheit ist, sondern mit der kapitalistischen Wirtschaftsform zusammenhängt und daher nie ganz zu verbannen sein wird. In einer Welt, in der das Geld die beste nutzbringendste Ware ist und im Mittelpunkt alles Treibens steht, wird der Wucher in irgend einer Form immer existieren. Man wird wohl seine Schädlichkeit begrenzen können, man wird seine schroffsten und gefährlichsten Formen bekämpfen können, aber in irgend einer Gestalt wird er immer wieder auftauchen. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Kampf gegen diesen sittlichen und wirtschaftlichen Krebsschaden nicht berechtigt oder ganz fruchtlos ist. Jeder anständige Mensch wird alle Bestrebungen, die dahin zielen, die Gefahr des Wuchers zu verkleinern, mit Freuden begrüßen. Nur soll man sich dabei bewußt bleiben, daß auch die Sozialreformen keine Wunder zu vollbringen mögen und daß Fortschritte auf diesem Gebiete nur langsam zu erzielen sind.

In neuerer Zeit wendet man sich wieder der Bekämpfung des Wuchers mit großem Eifer zu und ist bemüht, Mittel zu suchen, um namentlich die Offiziere auf die Gefahr des Wuchers hinzuweisen. Nun wird niemand für Milderungsgründe beim Wucherer plädieren und niemand wird dem durch den Wucher in Elend Geratenden sein Mitleid versagen. Die Wucherer, die aus der Not der Menschen ein Gewerbe machen und sich von dem Blut ihrer Mitmenschen bereichern, sollen mit aller Strenge verfolgt werden, und den Opfern des Wuchers soll, soweit es möglich ist, geholfen werden, denn es ist die vornehmste Aufgabe des Staates, eine soziale Gerechtigkeit anzubahnen und das Elend zu mildern. Freilich, mit dem Räsonnieren allein ist hier nichts getan. Wenn man die Offiziere über das Wechselrecht belehrt, so kann das nicht schaden, aber die meisten werden wohl wissen, daß Schulden dazu da sind, um bezahlt zu werden, und daß jede eingegangene Pflicht, die die Kräfte überschreitet, zu einer drückenden Fessel werden muß. Wenn sie dennoch zum Wucherer laufen, so ist entweder die Not des Augenblicks oder — der Leichtsinn groß, und dagegen wird die Belehrung wohl wenig wirken. Auch mit der Gesetzgebung wird hier nicht allzuviel zu erreichen sein. Wir besitzen bereits scharfe Gesetze gegen den Wucher, und wenn wir sie noch strenger gestalten, so wird dieses Uebel im Geheimen doch weiter

wuchern, so lange es Leute gibt, die in Not geraten und auf andere Weise kein Geld bekommen können.

Wirkliche Hilfe kann hier nur durch die Beseitigung der Quelle des Uebels geschaffen werden. Vor allem muß ein Mittel gesucht werden, um anständigen Elementen, die ohne ihr Verschulden in Not geraten sind, einen billigen Kredit zu verschaffen. Hier hat bereits das Genossenschaftswesen viel Gutes geleistet und hier ist noch ein großes Feld segensreicher Arbeit für die Zukunft. Wenn die antisemitisch gefärbte Mittelstandsrichtung sich gegen diese moderne Wirtschaftsform sträubt, so leistet sie damit nicht nur dem Gewerbsleben, sondern auch der Moral des Volkes einen sehr zweifelhaften Dienst. Gegenseitige Hilfe der Berufsgenossen ist die erste Bedingung für die Gesundung eines Standes. Genossenschaftliche Kassen allein sind in der Lage, den nötigen Kredit billig und ohne Gefahr für die Zukunft zu verschaffen, weil sie die Verhältnisse zu prüfen vermögen und weil hier das gefährliche Vertuschen nicht nötig ist.

Dann muß eine gesunde kaufmännische Aufklärung einsetzen und die Leute über ihre eigene Lage und ihre realen Aussichten belehren. Sie muß gewissermaßen Ordnung im gewerblichen Leben des Einzelnen schaffen. Die Zeiten sind vorüber, wo man das Kaufmännische als konträren Gegensatz zum Idealen betrachtet hat. Alle Stände und alle Klassen müssen heute kaufmännisch denken, wenn sie vorwärts kommen wollen. Darum brauchen sie ihren idealen Charakter noch nicht aufzugeben, nur sollen sie nicht die Phantasie zu sehr spielen lassen und in die blaue Luft hinein leben. Es wäre daher gut, wenn die Grundbegriffe der kaufmännischen Auffassung allen geläufig wären. Schon auf der Schule müßten die Elementarlehren des kaufmännischen Wesens jedem beigebracht werden, damit die Leute lernen, mit realen Faktoren zu rechnen und auf der Basis der Möglichkeit ihre Lebenspläne zu entwerfen.

Am wichtigsten aber ist es, daß man die Leute zur Mäßigkeit erzieht, den ungesunden Luxus, das Spiel, die Trunksucht und die Ausschweifung, die Hauptursachen des Elends, mit den richtigen Mitteln bekämpft. Das ist natürlich nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Wenn man bedenkt, daß die noch sehr junge Bewegung gegen den Mißbrauch des Alkohols schon sehr viel Gutes geschaffen hat, daß die Vereine zur Bekämpfung des Wuchers schon manches Unglück verhütet haben, so wird man einsehen, daß jede ernste Arbeit gute Früchte bringt. Man muß nur nicht glauben, die Welt im Sturm erobern zu können. Wie alles aus Atomen besteht, so setzt sich auch der Fortschritt der Menschheit aus lauter kleinen Errungenschaften zusammen. Nicht das Lamentieren, sondern das langsame zielbewußte Arbeiten kann hier Hilfe bringen.

Indessen soll nicht bestritten werden, daß es auch eine Aufgabe der Gesetzgebung sein muß, den wirklichen Wucher zu treffen. Wenn die Gesetzgebung hier richtig eingreift und die richtige Grenze findet, so erfüllt sie eine gute Mission. Es muß der Wucher in jeder Form, also auch der Warenwucher, bekämpft werden, um unsaubere Manipulationen zu verhindern. Es muß auch der Begriff der Notlage und die Absicht der Ausbeutung strenger begrenzt werden. Der Wucherer ist ein Schädling, der zu bekämpfen ist, mag er einer Klasse oder einer Konfession angehören, welcher er wolle. So sehen wir und mit uns wohl jeder liberal denkende Mensch diese Frage an.

Anders unsere Antisemiten, die sich für die berufensten Sozialpolitiker der Gegenwart halten. Für sie hat jedes Uebel eine jüdische Nase und alles in der Welt wird mit der judenfeindlichen Brille betrachtet. Unsere Antisemiten haben nicht vergessen und nichts hinzugelernt, sie kennen nur eine Frage in der Welt als Grundproblem alles Uebels: die sogenannte Judenfrage. Wenn man von diesem reaktionären Standpunkte ausgeht, kann man natürlich zu keinem gesunden Resultate gelangen. Es ist charakteristisch für unsere Antisemiten, daß sie bei allen ihren Betrachtungen schließlich dahin gelangen, die Zeit zurückzuschrauben, die freiheitlichen Gesetze zu revidieren und alle Errungenschaften der Neuzeit zu annullieren.

Ein Artikel der „Deutschsozialen Blätter" vom 22. Mai über Wucher zeigt uns die ganze originelle Wirtschaftslehre unserer Antisemiten im schönsten Lichte. Selbstverständlich wird wieder die Strenge des Gesetzes gefordert und die Sache wird so dargestellt, als wenn das Gesetz alles vermöchte. Das beste Mittel erblickt der Verfasser in der Einschränkung der Wechselfreiheit. Er schreibt:

„Es ist ein Unding abzuleugnen, jeden beliebigen Menschen mit dem Rechte auszustatten, einen Wechsel ausstellen zu können. Woher haben wir die Wechselfreiheit? Wer hat sich in erster Linie für ihre Einführung bemüht? Wem nutzt die Wechselfreiheit? Wer beutet sie aus? Die Beantwortung dieser Fragen führt in gerader Linie auf das Judentum, auf die jüdischen Treibereien während der liberalen Herrschaft, die ja leider nach in andern sogenannten Freiheiten, z. B. Gewerbefreiheit, dem wirtschaftlichen Leben ihren bezeichnenden Stempel aufgedrückt und uns der Anarchie entgegengeführt haben. Die Gewerbefreiheit ist glücklicherweise durch eine Reihe von Novellen von ihren ärgsten Schädlichkeiten befreit, hoffentlich schreiten wir auf diesem Wege zur Vernunft rüstig weiter fort. Aber wir sollten auch nicht säumen, eine ganz radikale Beschneidung der Wechselfreiheit vorzunehmen, damit der Wechsel wieder das wird, was er sein soll, ein Hilfsmittel ausschließlich für Großhandel, Banken usw."

Wir glauben kaum, daß dem Mittelstande, dessen Anwalt der Antisemitismus doch sein will, mit solchen Dingen geholfen wäre, und mancher kleine Mann wird wohl ausrufen: „Gott bewahre mich vor meinen antisemitischen Freunden!" Viele Handwerker und Kleingewerbler würden dadurch direkt geschädigt werden. Wenn der selbständige Schneider z. B. heute kleine Kundenwechsel bekommt, sie weiter in Zahlung gibt, so ist, die Ehrlichkeit der Kunden vorausgesetzt, beiden geholfen. Wird dieses Mittel beseitigt, dann führt das oft zu einer Stockung des ganzen Betriebes. Denn nicht jeder ist imstande, alles augenblicklich bar zu bezahlen, und mit einer bloßen Schuld im Buche ist dem Handwerker am allerwenigsten gedient. Dem Opfer des Wuchers aber wäre damit schon gar nicht geholfen. Wird die Wechselfreiheit gehemmt, dann muß der Schuldner dem Wucherer Schuldscheine geben und ist dadurch ebenso in seiner Macht wie früher. Mit dem Wechsel kann natürlich wie mit jeder Einrichtung Mißbrauch getrieben werden, er ist aber im kaufmännischen Leben ein ausgezeichnetes und unentbehrliches Zahlungsmittel, und ihr abzuschaffen liegt in gar keinem Interesse irgend eines Standes.

Auf derselben Höhe wie diese Auffassung steht auch die Schilderung des Wucherwesens. Die Juden sind natürlich alle ohne Ausnahme Wucherer, das liegt in ihrer Rasse und gehört zu ihrer Politik, die Völker der Erde zu unterjochen. Die christlichen Wucherer sind nur die Agenten der Juden, ihre Kreaturen oder die von ihnen Verführten. Man kennt ja diese antisemitische Methode. Für sie ist der Wucher eine spezifisch jüdische Erfindung. Wendet man dagegen ein, daß kein Gesetz den Wucher so verpönt, wie das jüdische Religionsgesetz, dann hört man die geistreiche Antwort: „Eben darum, weil der Wucher bei den Juden so sehr verbreitet war, wurde er verboten." Weist man nach, daß die Juden von Hause aus ein ackerbautreibendes Volk waren, dann wird über diese geschichtlich feststehende Tatsache gehöhnt. Hält man den Antisemiten entgegen, daß die Juden in den Vereinen zur Bekämpfung des Wuchers stark vertreten sind, dann heißt es: „Ja,

das geschieht, um uns Sand in die Augen zu streuen." Was ist gegen eine solche Methode zu machen? Man könnte sich freilich über die antisemitische Bewertung mit souveräner Verachtung hinwegsetzen, aber die Sache hat auch ihre ernste Seite. Es ist tatsächlich für den Juden schwer, irgend etwas Gutes zu tun, ohne daß die Antisemiten dabei eine böse Absicht wittern. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß das Werk der inneren Mission, der Arbeit auf dem Felde des sittlichen Fortschrittes und der Aussöhnung der Volksklassen, das die besten Juden mit ganzem Herzen betreiben, noch viel weiter gediehen wäre, wenn der Antisemitismus kein ständiges Hemmnis bildete und wenn man sich nicht immer fragen müßte: „Was werden unsere ewigen Feinde, die Antisemiten, die uns aus allem einen Strick drehen, dazu sagen?" Dem Antisemitismus ist ja nie darum zu tun, Schäden zu beseitigen, sondern gegen die Juden zu hetzen.

Schon etwas komisch wirkt die Naturgeschichte des Offizierswuchers in der antisemitischen Beleuchtung. Unser origineller Sozialpolitiker schreibt:

„Das Pumpgeschäft geht vielfach nicht von dem Offizier aus, sondern es wird ihm angetragen. Und es wird nur solchen Offizieren angetragen, deren Eltern oder Angehörige bemittelt und möglichst angesehen sind. Darin offenbart sich wieder das große Zusammengehörigkeitsgefühl der Juden, man möchte sagen, das rasseninstinktmäßige Handinhandarbeiten des in hoher gesellschaftlicher Stellung befindlichen Juden, der dem jungen, durch ein üppiges Mahl und schwere Weine in Stimmung versetzten Offizier ein Darlehen in nobelster, kavaliermäßiger Weise ohne Bürgschaft, ohne Schuldschein, geschweige denn Wechsel, gewissermaßen aufdrängt und so eine unsichtbare und noch unfühlbare Schnur um den Hals legt, mit dem gemeinen Wucherer, der schließlich die schon lange schmerzlich fühlbar gewordene Schnur anzieht und dem Opfer nur die Wahl läßt zwischen Abschied oder noch schlimmerem oder der Heirat mit einer Jüdin. Nicht selten gelingt es ja auch dem Wucherer, den unglücklichen jungen Mann zu einer Wechselfälschung zu verleiten, dann gibt es eben nur die Pistole oder das Schicksal."

Also, die großen Finanzmänner arbeiten zusammen mit den kleinen schäbigen Wucherern, drängen den sich sträubenden Offizieren förmlich das Geld auf, um sie nur zu zwingen, ein schwarzäugiges Judentöchterlein zu heiraten. Mancher Offizier wäre recht froh, wenn die Verhältnisse wirklich so lägen. Wer das heutige Finanzwesen kennt, muß über diese naive Auffassung der Geldgeschäfte lachen.

Nun, in Wirklichkeit spielen sich die Vorgänge des Geldverkehrs doch ein wenig anders ab. Es mag schon häufig vorkommen, daß jüdische Millionäre von verschuldeten „Kavalieren" angepumpt werden. Daß aber diese Millionäre davon sehr entzückt sind, möchten wir bezweifeln, denn es geschieht meistens auf Nimmerwiedersehen und die Ehre, von einem verschuldeten Adeligen seine teuren Weine getrunken zu sehen, verstehen wohl nur wenige Juden zu schätzen. Diese Sorte von Schwiegersöhnen braucht man wirklich nicht erst durch dämonische Mittel zu locken, sie kommen von selber und werden sehr judenfreundlich, wenn sie ihr Wappen neu vergolden wollen. Der Inseratenteil unserer großen Zeitungen, der einen großen Kulturwert hat, belehrt uns darüber zur Genüge. In fast jeder Nummer findet sich ein „vorurteilsfreier ideal gesinnter Graf oder Baron", der eine Jüdin mit einer halben Million sucht. Nach diesem Marktregulator zu schließen, scheint das Angebot an verschuldeten Kavalieren viel größer als der Bedarf zu sein, so daß wir noch viel von diesem Artikel nach Amerika exportieren.

Diese falsche Darstellung des Uebels und die tendenziös zugeschnittenen Schilderungen des Wucherwesens haben aber auch eine andere ernste Seite. Sie hemmen jeden wahren Fortschritt, erschweren die so nottuende Verständigung der Volksklassen und erzeugen Haß und Bitterkeit, ohne irgend welche gesunde Anregung zu geben. Es muß immer wieder betont werden, daß der Prozentsatz der jüdischen Wucherer durchaus nicht zu groß ist. Man darf eben bei der Statistik nicht einfach Juden und Christen gegen einander stellen, wie es die gehirnlose antisemitische „Wissenschaft" macht. Man muß die Stände und die Berufsarten berücksichtigen, aus denen die Wucherer sich rekrutieren, denn es ist wohl begreiflich, daß ein Bauer, ein Handwerker oder Arbeiter gar nicht in die Lage kommen kann, Wucher zu treiben. Und vergleicht man, was das einzig Richtige ist, die jüdischen Geldgewerbler mit den christlichen, dann wird man die alte Tatsache bestätigt finden, daß die Juden nicht besser und nicht schlechter als die andern Menschen sind. Jede Religion und jede Moral verbietet den Wucher, und nicht der Jude ist es, der wuchert, sondern der Geldagent, der zufällig Jude ist. Wer die bessere jüdische Gesellschaft kennt, der weiß, wie verachtet in ihren Reihen der Wucherer ist. Daß man durch Wucher eine Weltmacht erlangen kann, das vermag nur der zu behaupten, der die Welt der Wirklichkeit nicht kennt oder nicht kennen will. Wie die jüdische Weltmacht, von der noch immer gefaselt wird, in Wirklichkeit aussieht, das beweisen uns die jüngsten traurigen Vorgänge in Rußland und Rumänien.

Die großen Wucherprozesse der letzten Jahre haben uns ja bewiesen, daß fast gar keine Juden daran beteiligt waren. Unsere Antisemiten sind freilich um eine Ausrede nicht verlegen. Die Christen sind natürlich nur die Helfershelfer, die vorgeschoben werden, die unsichtbaren Macher aber sind Juden. Oder: die Juden sind eben schlau und werden nicht so leicht gefaßt. Gegen solche Argumente ist die Vernunft machtlos, der gesund denkende Mensch aber kann an der Hand der Tatsachen beurteilen, wie es sich mit diesen Behauptungen verhält. Er kann sich auch davon überzeugen, daß der Wucher auch in solchen Ländern blüht, wo gar keine Juden wohnen.

Im zwanzigsten Jahrhundert, wo wir bemüht sind, fremde Völker zu verstehen, statt sie zu bekämpfen, wo wir sogar die Japaner und Chinesen gründlich studieren, wäre es wirklich Zeit, daß man aufhört, den Juden mit den Augen des Mittelalters zu sehen. Der Jude ist wirklich kein überirdisches und kein unterirdisches Wesen, er ist kein Engel und kein Teufel und er besitzt Tugenden und Schwächen wie die anderen Menschen auch. Freilich verbirgt der Jude heute aus Scheu vor dem Antisemitismus seine Seele und versteckt oft seine besten, individuellsten Seiten. Die Kultur aber zieht wahrlich wenig Vorteil von diesen durch den Antisemitismus geschaffenen unnatürlichen Zuständen. Suchen wir im Juden den Menschen und den Bürger und überlassen wir ihm seine Religion und seine Abstammung als Privatsache. Das ist der beste Weg zum sozialen Frieden, das beste Mittel, um die Bürger des Staates äußerlich und innerlich einander näher zu führen.

Amerikanischer Brief.

Herr Rockefeller kann sich als erster Milliardär der Welt etwas leisten. So hat er sich denn, wahrscheinlich im Bewußtsein, daß er eines extra geistlichen Zuspruchs dringend benötigt, sich einen Extra-Geistlichen aus England verschrieben. Dieser, Reverend Aked, hatte nichts Eiligeres zu tun, als gleich in seiner ersten Predigt den Amerikanern ans Herz zu legen, was sie tun müßten, um sich vor den ihnen von den hin-

sichtlich der Rasse, des Glaubens, der Sprache usw. usw. fremden Einwanderern drohenden Gefahren zu schützen. Das Heilmittel sei, die Einwanderer zu Christen zu machen. Da die Fremden so geschildert waren, daß eigentlich nur die russischen und rumänischen Juden gemeint sein konnten, waren die Juden aufs Höchste empört. Sie warfen dem Rockefellerschen Spezialgeistlichen vor, daß er, als eben Eingewanderter, kein Recht habe und nicht befugt sei, den Amerikanern Ratschläge zu geben, wie sie sich den Einwanderern gegenüber zu verhalten hätten, und richteten an ihn die Frage, ob denn nur Christen gute amerikanische Bürger sein könnten.

Angesichts der allgemeinen Entrüstung hielt es der Geistliche für angebracht, sich zu entschuldigen, wiederholt zu entschuldigen. Er verstehe unter Christen nur Gottgläubige, und nichts habe ihm ferner gelegen als Antisemitismus. Er habe nicht daran gedacht, andeuten zu wollen, daß Juden nicht wünschenswerte Bürger sein könnten. Er komme aus einem Lande, wo nur wenig Rassenvorurteil herrscht. Hätte er ahnen können, daß seine Worte Anstoß erregen würden, dann würde er darauf bedacht gewesen sein, gute Juden in die Kategorie wünschenswerter Bürger einzuschließen.

In einem Schreiben an den Rabbiner Dr. Silverman drückt Dr. Aked nochmals sein außerordentliches Erstaunen darüber aus, daß er so sehr mißverstanden worden sei. Er würde ebenso wenig Juden ausschließen wollen, wie etwa groß gewachsene Männer oder kleine Frauen. Dr. Aked beruft sich schließlich noch darauf, daß er für Dreyfus lange vor dessen Rehabilitierung gewesen sei. Er habe dem in Liverpool sich zu regen beginnenden Antisemitismus entgegengewirkt. Er habe in der Kirche zu Gunsten Dreyfus' gepredigt, und dessen Neffe sei nach dem Gottesdienst zu ihm gekommen und habe ihm mit Tränen in den Augen für das Eintreten gedankt, später auch ihm Dankbriefe geschrieben. Niemals hätte er geglaubt, daß man gerade ihn engherziger Bigotterie für fähig halten könnte, da er lieber auf einem Scheiterhaufen sterben würde, als gegen irgend einen ehrlichen Glauben Intoleranz zu zeigen.

Dr. Aked gestattet die Veröffentlichung seines Schreibens und schließt mit dem Bemerken, daß er mit den Rabbinern und jüdischen Predigern und Redakteuren als Kameraden und Brüdern zu verkehren wünsche.

Diesem interessanten Zwischenfall sei gleich ein zweiter angefügt. Die Schwester des Senators für Maryland Isidor Raynor, Frau Bertha Raynor Frank, logierte in einem H o t e l und bestellte eines Tages Zimmer für zwei Nichten, die sie besuchen wollten. Sie wurde hierauf gefragt, ob die beiden Damen J ü d i n n e n seien, und auf die bejahende Antwort wurde ihr erklärt, daß das Hotel keine jüdische Kundschaft wünsche. Frau Raynor Frank befahl, sofort ihre Koffer zu packen. Als die Hoteldienerschaft sie mit Bedauern fragte, warum sie das Hotel verlasse, antwortete sie: „Man will mich hier nicht; ich bin eine Jüdin." Der Sekretär des Hotels drückte ihr sein Bedauern über den Vorfall aus, die Dame aber erklärte: „Wenn Sie nicht Leute, die auf gleichem Fuße mit den Besten im Lande stehen, erkennen können, sollten Sie einen Detektiv engagieren, der Ihnen zu sagen hätte, was einwandfreie Juden seien. In diesem Hotel logieren gar viele, mit denen ich nicht zusammenkommen und mit denen ich noch weniger bekannt sein möchte. Man hat mich hier zwar auf die liebenswürdigste Weise behandelt, aber die unterschiedliche Behandlung meiner Glaubensgenossen kann ich mir nicht gefallen lassen."

Die Hotelbesitzer schrieben an Frau Frank einen Entschuldigungsbrief, in welchem es u. a. heißt, keiner, der sie kenne, würde sie für fähig halten, das ganze jüdische Volk so öffentlich zu beleidigen. — Trotzdem hat sich bereits infolge dieses Vorfalls in New York ein Verein gebildet, um gegen solche Hotels vorzugehen. Die amerikanischen Juden glauben eben an Abwehr, und, wie wir in diesen beiden Fällen sehen, mit Recht.

Eine weitere bemerkenswerte Folge des Vorfalles ist, daß Senator Saxe für den Staat New York ein Gesetz beantragt hat, dem zufolge jeder, gleichviel welcher Rasse, Religion, Nationalität er angehören mag, in jedem Hotel, Restaurant, Barbierladen usw. usw. bedient werden muß, wenn er die Leistungen in der in diesen Etablissements üblichen Höhe zu bezahlen bereit ist; daß jede Ankündigung, Angehörige einer gewissen Rasse, Konfession usw. würden ausgeschlossen, seien nicht erwünscht usw., kurz jede unterschiedliche Behandlung oder Ankündigung einer solchen Behandlung in Annoncen, Zirkularen, Plakaten usw. strafbar sein soll. Die Strafen sind sogar sehr hoch.

Bemerkt sei noch, daß die in dem antisemitischen Hotel, wie oben geschildert, behandelte Dame eine durch ihre Wohltätigkeit sehr bekannte Frau ist, die auch ihre sehr bedeutenden Spenden nicht auf jüdische Wohltätigkeitsanstalten beschränkt, sondern auch Andersgläubige bedacht hat.

Der bekannte F r i e d e n s a p o s t e l S t e a d, der, bevor er sich zur Teilnahme an dem Besuch englischer Journalisten nach Deutschland begab, in Amerika war, hat in dem Sinai-Tempel zu Chicago einen bemerkenswerten Vortrag gehalten. Der Rabbiner Dr. Hirsch überwies ihm die Kanzel mit dem Bedeuten, es stände ihm frei, zu sagen, was er für gut fände, und Stead malte in seinem Vortrage u. a. aus, welche große Rolle die Juden seines Erachtens in der Förderung des internationalen Friedens zu spielen berufen sein.

Ich stehe, fuhr er fort, keinem nach in der Schätzung des Stifters meiner Religion und der Verehrung für ihn, aber ich hege große Liebe für die Rasse, der er entstammte. Was nur in der christlichen Zivilisation wahrhaft groß und wahr ist, das ist uns durch die Männer übermittelt worden, die das Judentum international gemacht haben. Ich habe mich stets tief den Propheten Israels verschuldet erachtet, und auf der letzten Friedenskonferenz in New York wurden die Texte ihren Schriften entnommen. Infolge des hohen Ideals, das ihre Vorfahren für sie ausgebildet haben, sind die Juden besonders ausgestattet zur Förderung des allgemeinen Friedens usw.

Da man den Juden so gern patriotisches Empfinden abspricht, sei folgender politischer Dekalog mitgeteilt, den ein amerikanischer Rabbiner, Dr. Eichler, verfaßt hat.

1. Du sollst Dein Vaterland lieben, das Dich von Tyrannei und aus Sklaverei erlöst hat.

2. Du sollst keine politischen Götzen anbeten und ihnen nicht dienen, denn ihre Nichtswürdigkeit wird heimgesucht werden an Deinen Kindern bis in das dritte und vierte Geschlecht.

3. Du sollst das Wort Patriotismus nicht mißbrauchen, noch als Deckmantel für Deine selbstsüchtigen Wünsche gebrauchen.

4. Gedenke des Wahltages und halte ihn heilig.

5. Du sollst die Heiligkeit der Abstimmung ehren, auf daß das Vaterland lange lebe.

6. Du sollst nicht töten den Geist der Freiheit, indem Du Deine Rechte als freier Mann nicht wahrnimmst.

7. Du sollst nicht die Reinheit des Bürgerlebens verpesten, dadurch, daß Du Politik treibst des Gewinnes halber.

8. Du sollst nicht Diener des Staates zum Stehlen ermutigen durch Deine Teilnahmlosigkeit.

9. Du sollst nicht aus Gier nach politischen Belohnungen falsches Zeugnis ablegen gegen Deinen Patriotismus.

10. Laß Dich nicht gelüsten nach einem Staatsamt, das Du nicht ausfüllen kannst.

Aus dem antisemitischen Lager.

XX **Von der Akademischen Lesehalle.** Im Winter ist der antisemitischen Willkürherrschaft in der Berliner Akademischen Lesehalle ein Ende gemacht worden. Seitdem herrscht Ruhe und Ordnung in diesem Institut. Man hört nichts mehr von Vergewaltigungen der Minorität, von eigenmächtigen sonderbaren Schritten des Direktoriums usw. Die Zahl der Beschwerden, deren es früher Legionen gab, ist auf ein Minimum gesunken, weil jetzt die Lesehalle sachlich verwaltet und nicht zum Tummelplatz politischer Kämpfe gemacht wird. Auch finanziell ist ein großer Fortschritt erreicht. Früher zogen die Herren Direktoren auf Kosten der Lesehallenmitglieder in vollem Wichs zu jedem antisemitischen Bierkommerse, der nur in irgend einer losen Beziehung zum Universitätswesen stand. Jetzt verwendet man diese früher zum Fenster hinausgeworfenen Gelder zur Ergänzung und Erweiterung des Zeitschriftenmaterials. Früher wurde nie eine Mitgliederversammlung — außer der vor den Neuwahlen zum Direktorium — einberufen. Die Herren Direktoren der Mehrheitsgruppe schalteten und walteten, wie es ihnen behagte, bis schließlich der allgemeine Unwille im November vergangenen Jahres den unerhörten Zuständen ein Ende machte und die Herren Antisemiten der Herrschaft beraubt wurden.

Das neue Direktorium geht anders vor. Es handelt nicht nur nach eigenem Gutdünken, sondern befragt bei wichtigen Anlässen die Mitglieder. Vergangene Woche fand eine solche Versammlung der Mitglieder der Lesehalle statt. Es handelte sich um die Frage, ob die Lesehalle irgend welche Schritte zur Erlangung eines studentischen Ausschusses für die Berliner Universität tun soll. Auf diesem Gebiet bestanden bisher sonderbare Verhältnisse. Der Universitätsrichter, Herr Daude, hatte mit den Herren vom „Verein Deutscher Studenten“, die in der Lesehalle das große Wort führten, einen Pakt geschlossen, der verhindern sollte, daß ein möglicherweise den leitenden Herren der Universität unbequemer studentischer Ausschuß sich bildete. Die Vereinbarungen gingen dahin, daß bei festlichen Angelegenheiten, wenn es galt, für die Berliner Universität den Humpen zu leeren, die Herren von der Lesehalle auf dem Plan erschienen und sich als „Ausschuß“ der Berliner Universität gerierten. Wurde aber von einer andern Universität oder aus der Mitte der Berliner Studierenden heraus die Behandlung allgemein studentischer Fragen angeregt, deren Erledigung ein Ausschuß der Studierenden in die Hand nehmen sollte, dann hieß es einfach, daß ein solcher Ausschuß ja nicht existiere, er also auch nicht Hand anlegen könne. Diesem unwürdigen Doppelspiel hat das neue liberale Direktorium jetzt ein Ende gemacht, indem es Herrn Daude offen erklärte, daß es sich durchaus nicht als Ausschuß, auch nicht als Aushilfsausschuß betrachte, daß es nur eine Verwaltungsbehörde sei. Herr Daude lachte in seinen Bart, als er diese Erklärung vernahm und behauptete, das sei selbstverständlich. Er hatte im Augenblick ganz vergessen, wie oft er die Lesehalle schon als Aushilfsausschuß benutzt hat. Die Lesehallenmitglieder dankten dem Direktorium für sein mannhaftes Vorgehen, so daß die Herren vom V. D. St., die doch sonst bei jeder Gelegenheit den Mund recht voll nehmen, kleinlaut schwiegen und den Dingen ihren Lauf ließen. Um aber vorzubeugen, daß jemals wieder die Lesehalle und ihr Direktorium anderen Zwecken als denen, die sie nach dem Willen der Mitglieder vertreten sollen, dienstbar gemacht werden, wurde beschlossen, die nötigen Schritte zur Erlangung eines studentischen Ausschusses zu tun.

Der „Breslauer Generalanzeiger“, der wie die meisten Generalanzeiger politisch möglichst farblos sein will, kann es sich nicht versagen, gelegentlich doch den antisemitischen Pferdefuß, wenn auch nur ganz vorsichtig, herauszustecken. Die „Deutsche Hochwacht“ in Stettin, das Organ des antisemitischen Deutschen Volksbundes, ist in der Lage, folgendes an sie gerichtetes Schreiben des Breslauer Blattes zu veröffentlichen:

Breslau, Weidenstr. 30, 10. Juni 1907.
Redaktion der „Deutschen Hochwacht“,
Stettin.

Sehr geehrte Redaktion!

Wir müssen uns aufs allerentschiedenste gegen Ihre Unterstellung (in Nr. 125 vom 31. Mai d. Js.) verwahren, als habe der „Breslauer Generalanzeiger“ irgendwelche semitischen Tendenzen. In unserem ganzen Geschäftsbetriebe befindet sich nicht ein einziger Jude und wir erwarten daher von Ihrem Rechtlichkeitsgefühl, daß Sie die über uns aufgestellte Behauptung in Ihrer nächsten Nummer zurücknehmen. Wir senden Ihnen anbei eine Kritik über „Die Juden“, aus der Sie ersehen können, wie wenig gerechtfertigt Ihre Behauptungen sind.

Hochachtungsvoll
Redaktion des „Breslauer Generalanzeigers“.
Dr. Bruno Wagener, Chefredakteur.

Die „Deutsche Hochwacht“ erteilt dem Blatt daraufhin gnädigst Absolution; sie schreibt:

„Wir nehmen von der Zuschrift der Redaktion des „Breslauer Generalanzeigers“ um so lieber Kenntnis und teilen sie auch unseren Lesern zur Berichtigung gerne mit, als in der uns übersandten Kritik über „Die Juden“ wirklich eine Abwehr gegen das allzugroße Sichbreitmachen des jüdischen Einflusses auf dramatischem Gebiete enthalten ist.“ (Folgt die Kritik des Blattes über das Schauspiel „Die Juden“.)

„. . . Es ist immerhin erfreulich, daß selbst in Kreisen, die sich ausdrücklich gegen den Vorwurf des „Antisemitismus“ verwahren zu müssen glauben, antisemitische Anwandlungen — auch wenn sie sich noch so frei davon wissen — nicht ganz zu unterdrücken sind. Das ist ein von uns gerne anerkannter Fortschritt gegenüber der Aufdringlichkeit unserer jüdischen Mitbürger, die sich nur allzu gern als „Mittelpunkt unseres Kulturlebens“ gebärden.“

Wir haben von dieser schönen Harmonie zweier schöner antisemitischer Preßseelen „um so lieber“ Kenntnis genommen, weil wir glauben, damit unseren Breslauer Freunden, insbesondere soweit sie dem inserierenden Kaufmannsstande angehören, einen Gefallen erweisen zu haben.

In Leipzig haben die Antisemiten bei der am 4. d. M. vollzogenen Neuwahl eines zweiten Vizevorstehers des Stadtverordneten-Kollegiums einen unerwarteten Erfolg errungen. Bisher hatte das zur Erledigung gekommene Amt der nationalliberale Bankdirektor Dr. Rothe von der Leipziger Hypothekenbank inne, der kürzlich an Stelle des Justizrats Dr. Junck zum Vorsteher des Kollegiums gewählt wurde. Nun wird er durch den Rechtsanwalt Dr. Schnauß ersetzt werden, einen fanatischen Wortführer des Antisemitismus, der im dritten Wahlgange mit 30 gegen 21 Stimmen, die auf den sozialdemokratischen Stadtverordneten Lehmann entfielen, zum zweiten Vizevorsteher gewählt wurde. Von den nationalliberalen Stadtverordneten fehlten vier, von der antisemitisch-konservativen Mittelstandsgruppe aber nur zwei Vertreter und so kam es, daß im ersten und zweiten Wahlgange Dr. Schnauß die meisten Stimmen erhielt (22 gegen 21 sozialdemokratische und 20 nationalliberale) und schließlich mit dem Sozialdemokraten Lehmann in die Stichwahl kam. Bei letzterer gaben 12 Nationalliberale weiße Zettel ab, 8 aber stimmten für Dr. Schnauß. Von

nationalliberaler Seite war Sanitätsrat Dr. med. Sonnenkalb als zweiter Vizevorsteher in Vorschlag gebracht worden. In Zukunft befinden sich nun beide Vizevorsteher-Aemter in den Händen der Antisemiten, zu denen bekanntlich auch der erste stellvertretende Vorsteher Landtagsabg. Baumeister Enke zu rechnen ist.

Aus der Abstimmungsziffer geht deutlich hervor, daß der Antisemit Schnauß seine Wahl nur den Nationalliberalen zu danken hat.

Das Münchener „Deutsche Volksblatt" fabelt aus Wut über den eklatanten Mißerfolg der Antisemiten bei den letzten bayerischen Landtagswahlen von „gestohlenen Stimmen". Die jetzt veröffentlichte Statistik, die übrigens nach den „Münchener Neuesten Nachrichten" auf amtlichen Feststellungen beruht, hätte die christlichsozialen Stimmen mit Ausnahme von München und Pfaffenhofen einfach unterschlagen. Das ist purer Schwindel. In der Statistik sind außerdem noch die auf Wengg entfallenen insgesamt 133 Stimmen enthalten, die in Traunstein, Berchtesgaden und Landshut abgegeben worden sind. Um die klägliche Niederlage wenigstens einigermaßen zu vertuschen, hat das Organ des Herrn Wengg alsdann seinen Wählern vorgeredet, die christlichsozialen Stimmen wären zu Unrecht als zersplitterte Stimmen aufgeführt worden, und den Antisemiten wären dadurch viele Tausende von Stimmen in der Statistik verloren gegangen. Nun werden aber insgesamt in sämtlichen Wahlkreisen nur 677 Stimmen in der Statistik als zersplittert aufgeführt. Also auch dieser schöne Traum — um uns ganz milde auszudrücken — ist alsbald wie eine Seifenblase zerplatzt.

München. Wie von uns seinerzeit mitgeteilt, war die Nummer 15 des „Grobian" wegen ihres Titelbildes „Wenn Juden Christen morden", das einen sogenannten Ritualmord darstellt, konfisziert und gegen den Herausgeber des Blattes, Leib, ein Strafbefehl wegen groben Unfugs, lautend auf eine Geldstrafe von 100 Mark, erlassen worden, gegen den Leib Einspruch erhob. In der dieser Tage stattgehabten Gerichtsverhandlung wurde auf Antrag des Angeklagten der bekannte Antisemitenführer, Gymnasialprofessor a. D. Heinrich Schnepper als Zeuge vernommen, der zunächst bekundete, Leib gehöre seit etwa fünf Jahren der christlichsozialen Partei an und sei ein überzeugter Antisemit. Er wärmte dann alle längst tausendfach widerlegten antisemitischen Mätzchen auf, wonach „abergläubische, fanatische Juden, vielleicht sogar eine geheime Sekte solcher, derartige Ritualmorde trieben". Als Beweis führte er Stellen aus antisemitischen Broschüren an. Dies war dem Gerichtsvorsitzenden doch zu bunt; er bemerkte, daß es doch bedenklich sei, solche Kampfschriften als zuverlässige Quellen zu zitieren. Amtsanwalt Assessor Zellmeier führt aus, Gegenstand der Anklage sei nur das Bild, nicht der auf der zweiten Seite der gleichen Nummer abgedruckte Artikel, der sich mit der Ermordung des Gymnasiasten Ernst Winter in Konitz befaßte. Es sei für die Beurteilung dieses Falles die Frage des Ritualmordes auch belanglos. Das inkriminierte Bild sei für die ungebildete Masse bestimmt, die es aufreize. Es hätten an der Darstellung nicht nur Juden, sondern auch Christen Anstoß genommen, und es sei außer allem Zweifel, daß hier alle Tatbestandsmerkmale des groben Unfugs gegeben seien, weshalb er beantrage, wieder auf die im Strafbefehl ausgesprochene Strafe zu erkennen. Das Urteil lautete, in Bestätigung der seinerzeit getroffenen Strafverfügung, auf eine Geldstrafe von 100 Mark eventuell 10 Tage Haft und Vernichtung der eingezogenen Exemplare der unter Anklage gestellten Nummer, sowie der zur Herstellung des Bildes bestimmten Platten. Aus der Urteilsbegründung sei nur hervorgehoben, daß das Gericht annahm, daß das Bild, weil es für die ungebildete Masse bestimmt war, eine große Gefahr für den Volksfrieden bedeute, und daß nur deshalb von einer Freiheitsstrafe abgesehen wurde, weil der Angeklagte ein Fanatiker ist, der überzeugt sein mag, daß derartige Ritualmorde vorkommen.

Kaisers Kaffeegeschäft, G. m. b. H. Von einem Berliner Filialleiter des bekannten, viele Hunderte von Filialen in ganz Deutschland unterhaltenden Spezialgeschäftes war kürzlich folgendes Schreiben ausgegangen:

Berlin NW. 42, den 9. 3. 1907.
Gnidestraße 15—16.

Mitteilung für Frau Lina A . . . . .
Berlin.

Nachdem Sie mir mitgeteilt, daß Sie von jüdischer Konfession sind, muß ich Ihnen antworten, daß ich Sie deshalb nicht engagieren kann.

Hochachtend
v. Kaisers Kaffeegeschäft
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gez. Herm. Michels

Die in Viersen domizilierende Zentrale des Geschäftes hat sofort nach Bekanntwerden dieser eigenmächtigen Handlungsweise ihres Berliner Geschäftsleiters folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

„Wie unser Revisor für Berlin 80., Herr Michels, dazu kommt, eine derartige Auskunft zu geben, ist uns unerklärlich. Wir haben ihm zu einer solchen Auffassung nie Veranlassung gegeben. Wir sind gern bereit, Ihnen zur persönlichen Einsicht die Geschäftsanweisung für unsere Revisoren vorzulegen, aus der Sie ersehen können, welche Anweisungen bei der Annahme von Verkäuferinnen für unsere Filialen von dem Revisor zu beobachten sind. Daß wir Verkäuferinnen jüdischer Religion wegen dieses Bekenntnisses vom Engagement nicht ausschließen, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß wir eine Anzahl Verkäuferinnen jüdischer Religion beschäftigt haben oder noch beschäftigen (Name und Beschäftigungszeit sind im einzelnen angegeben). Daß wir antisemitischen Bestrebungen durchaus fernstehen, dürfte die Tatsache beweisen, daß wir für den Neubau der hiesigen Synagoge im vergangenen Jahre den Betrag von 500 Mark gespendet haben, was der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde auf Anfrage sehr gern bestätigen wird. — Bezüglich der Person des Herrn Michels wollen wir noch bemerken, daß wir schon vor diesem ärgerlichen Zwischenfall entschlossen waren, den am 1. 10. 1908 ablaufenden Engagementsvertrag des Herrn M. nicht mehr zu erneuern."

Vermischtes.

In dem Kieler Landtagsabg. Wolgast, der nach 1½ jährigem Siechtum kürzlich im 44. Lebensjahre verstorben ist, verliert der Verein zur Abwehr des Antisemitismus ein verdienstvolles Vorstandsmitglied. Auf der vorletzten Generalversammlung des Vereins hat der Heimgegangene noch in voller Frische sich an den Debatten beteiligt. Sowohl auf dem ihm als Volksschullehrer naheliegenden pädagogischen Gebiete als auch in allen den Mittelstand berührenden Fragen hat Wolgast sich die Bekämpfung des Antisemitismus angelegen sein lassen. Ehre seinem Andenken!

„Kommen Sie, Cohn" . . .! Der „Berl. Börs.-Courier" zitiert unseren Fontane-Artikel aus der letzten Nummer und schreibt dann im Anschluß an die wiedergegebenen Verse, besonders an den letzten, der „Kommen Sie, Cohn!" schließt, das Folgende:

Das Bemerkenswerte und Aufklärende daran ist, daß hier Cohn nicht gleichsam Gattungsname und das ganze Gedicht Er-

lebnis ist. Der hier gemeinte Cohn, Mitinhaber einer sehr angesehenen Verlagsfirma, verkehrte freundschaftlich im Hause Fontane und war an jenem fünfundsiebenzigsten Geburtstage mit einigen wenigen Freunden, zu denen auch Dr. Otto Brahm gehörte, dort. Als es zu Tische ging, reichte Fontane — es war eben davon die Rede, wer alles von der Feier des Tages nicht Notiz genommen hatte, — dem jungen Freunde den Arm mit dem jovialen „Kommen Sie, Cohn!"

Wir müssen gestehen, daß der Kommentar zu dem Gedicht, so interessant er ist, nur eine äußerliche, fast überflüssige Erklärung gibt und keineswegs das Bemerkenswerte ist. Er zeigt nur, wie viel schöner die Dichtung als das Erlebte ist. Der erlebte Vorgang mag pikant und amüsant gewesen sein, seine dichterische Verwertung ist ein genialer Wurf. Hier kann man wieder einmal die Macht des Poeten erkennen, der einen simplen Vorfall auf ein hohes Piedestal zu heben, eine mehr oder weniger gleichgültige Anekdote zu einer kräftigen Satire umzugestalten vermag. Mit dem Verleger Cohn ist Fontane Arm in Arm zu Tisch gegangen; mit dem gerade gleichsam zum Gattungsnamen umgestempelten Cohn ist er auf den Parnaß gestiegen.

Sollte jemand aus dem Gedichte eine gewisse Resignation Fontanes herauslesen, bei der Lektüre das Gefühl haben, daß dem Dichter die Rochows und Itzenplitze lieber gewesen wären, als die Abram und Cohn, dann um so mehr Ehre für den Dichter, daß er er seinen vermuteten innersten Empfindungen zum Trotz den Juden das literarische Ehrendenkmal gesetzt hat. Wie schließt das Gedicht: „Und das ist die Hauptsache! — Kommen Sie, Cohn!" Nun ja. Das ist die Hauptsache, sagen auch wir. Kommen Sie, Fontane.

Ueber die Einwanderung fremder Nationalitäten in Amerika schreibt Herr Dr. Th. Barth in einem Reisebriefe der „Frankf. Ztg." u. a.:

„Unter allen Leistungen der amerikanischen Union erscheint keine imponierender als jene, die sie in ihrer Eigenschaft als Nationalitäten-Schmelztiegel vollbracht hat. Wir quälen uns in Deutschland damit ab, kleine Bruchteile einer fremden Nationalität staatlich zu verdauen, und hier verschlingt ein gewaltiges demokratisches Gemeinwesen Jahr aus Jahr ein Massen des sprödesten fremdartigen Nationalitätenmaterials. Bis vor wenigen Jahren bestand der Hauptstrom der Einwanderer aus Nordeuropäern, Engländern, Iren, Deutschen, Skandinaviern. Daß diese blutsverwandten Elemente verhältnismäßig leicht in den Kreislauf des amerikanischen staatlichen Organismus übergeführt wurden, ließ sich verstehen. Seitdem jedoch Italiener, Slowen und russische Juden den Hauptteil der Einwanderer bilden, hat das Problem der Amalgamierung einen wesentlich veränderten Charakter bekommen. Allein in der Stadt New York leben heute Hunderttausende russischer Juden. Jerusalem war in seiner höchsten Blüte eine jüdische Kleinstadt verglichen mit dem heutigen Groß-New York, das alles in allem heute eine jüdische Bevölkerung von mehr als dreiviertel Millionen Einwohnern umfaßt. Nichts ist interessanter und lehrreicher, als die Entwicklungsgeschichte einwandernder russischer Juden. Sie bleiben mit Vorliebe in New York, wo sie Verwandte, Freunde, Bekannte aus der russischen Heimat treffen. So finden sich gelegentlich halbe russische Ortschaften in einzelnen Stadtteilen New Yorks wieder. Diese Gruppen halten zunächst eng zusammen, teilen sich die Nachrichten aus der Heimat mit, unterstützen sich gegenseitig. Dann tritt ein Auflockerungsprozeß ein. Die Kinder werden einer erzieherischen Appretur unterworfen und lernen mit überraschender Geschwindigkeit, sich in dem fremden Lande zurechtzufinden. Sie gehen in amerikanische Schulen über und sind in wenigen Jahren so sehr amerikanisiert, daß sie ihre eigenen Eltern nicht mehr verstehen. Die Familien trennen sich. Die jüngeren Mitglieder passen sich den amerikanischen Sitten, den neuen Lebensgewohnheiten, den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen an, werden selbst ihrer alten Religion vielfach entfremdet. Diese Entwicklung bedeutet für die Jugend der russischen Einwanderung nicht selten den Verlust jedes Ideals. Sie haben die alten Götter zerschlagen und noch keine neuen wiedergefunden. Ihre Intelligenz ist regsam geblieben, aber ihr Gefühlsleben degeneriert. Hier liegt, wie es scheint, der schwierigste Teil des russisch-jüdischen Einwanderungsproblems: in dieser staunenswerten Anpassungsfähigkeit des jüngeren Elements an die neuen Lebensbedingungen, nicht in der Sprödigkeit der älteren Einwanderer, sich in das amerikanische Leben einzufügen. Ich habe Gelegenheit gehabt, einem Festakt in einer Schule der Educational Alliance beizuwohnen, in der die Kinder eben eingewanderter russischer Juden unterrichtet werden. Mehrere Hundert jüdischer Knaben und Mädchen waren in einem schlichten Saal versammelt. Keines der Kinder war länger als ein Jahr im Lande, viele erst wenige Wochen. Jedes Kind trug als Abzeichen eine kleine amerikanische Flagge. Es wurden Lieder gesungen zum Preise amerikanischer Freiheit und schließlich Medaillen an die verteilt, die in der verflossenen Woche besonders fleißig und brav gewesen waren. Der Festakt war äußerst eindrucksvoll. Alle Kinder sauber und nett gekleidet, die Gesichtszüge ernst, die Haltung vielfach noch gedrückt. Kinder, die erst vor wenigen Monaten den amerikanischen Boden betreten hatten, wußten sich schon recht gut in englischer Sprache auszudrücken. Der Leiter der Anstalt ließ die prämiierten Kinder vortreten, fragte sie nach ihrer früheren Heimat und nach ihrem Schicksal. Die meisten von ihnen waren grausigem Elend entronnen. Sie betrachteten Amerika als das Land der Freiheit, als Land der Erlösung von unerträglichem Druck. Schließlich hielt eine junge, verheiratete Frau, die dem Festakt als Zuhörerin beiwohnte, eine kurze Ansprache, die in ihrer schlichten Beredsamkeit so ergreifend war, daß kein Auge trocken blieb. Sie erzählte, wie sie, vor zwölf Jahren aus der alten russischen Heimat vertrieben, auf denselben Schulbänken gesessen habe, was sie dort gelernt und wie sie allmählich Amerikanerin geworden sei. Nun gehe es ihr gut, sie sei verheiratet, habe eine glückliche Häuslichkeit, das alles verdanke sie diesem großen, freien Gemeinwesen, das sie und die Ihrigen gastlich aufgenommen habe. Nie werde sie die Dankbarkeit vergessen, die sie ihrem neuen Heimatlande schulde."

Ueber konfessionelle Musik lesen wir in einem Aufsatz von Emil Dosenheimer in der Halbmonatsschrift „Das Freie Wort":

„Der Konfessionalismus zeitigt immer neue Blüten. Ich habe vor einigen Monaten im „Freien Wort" von der Forderung der katholischen Geistlichkeit der Stadt Ludwigshafen, katholische Handarbeitslehrerinnen anzustellen, berichtet. Heute ein Fall von einem anderen Gebiete aus dem protestantischen Lager. In Frankenthal, der Nachbarstadt Ludwigshafens, besteht ein gemischter ansehnlicher Gesangverein — Cäcilienverein —, der vornehmlich ernste klassische Musik pflegt. Da in der Stadt ein besonderer Konzertsaal nicht vorhanden ist, hat seither das protestantische Pfarramt dem Verein zu seinen Aufführungen von Oratorien, Messen und dergl. die protestantische Kirche zur Verfügung gestellt. Von dieser loyalen Gepflogenheit ist man auf einmal abgekommen. Als vor kurzem der Verein an das Pfarramt um Ueberlassung der Kirche zur Aufführung einer Messe von Schubert und des Mozartschen Requiems sich wandte, um nicht in der Turnhalle, dem Schrecken eines jeden musikalischen Ohres, die bedeutenden Werke aufführen zu müssen, erhielt er einen abschlägigen Bescheid. Der protestantische Stadtpfarrer zwar — das muß besonders betont werden — hätte gern die Kirche dem Verein überlassen, indessen, er war dazu nicht in der Lage, weil er sonst, wie er dem Verein offen erklärte, bei verschiedenen protestantischen Gemeindemitgliedern Anstoß erregt hätte, die daran Aergernis nahmen, daß die protestantische Kirche zur Aufführung katholischer Musik benützt und zum Konzertsaal herabgewürdigt werde. Diesmal also ist es die orthodoxe Herde, nicht der Hirte, die sich in ihrem konfessionellen Gewissen verletzt fühlte. Welche Auffassung der Musik, der Kunst malt sich in diesen protestantischen Orthodoxenköpfen! Mozart — der Freimaurer — und Franz Schubert katholische Musiker! Künftighin wird man auch die Schöpfungen Beethovens, des Meisters aller Meister, nicht mehr auf protestantische Konzertprogramme setzen dürfen, weil er Katholik war. Daß diese katholischen Musiker in ihrem ganzen Leben und Schaffen, auch wenn sie Messen geschrieben haben, nicht den geringsten konfessionellen Zug aufweisen, daß sie auch als Protestanten nicht anders hätten komponieren können, weil ihr Kunstschaffen der Ausdruck höchsten Menschentums, nicht konfessioneller Engherzigkeit war, davon scheinen die Frankenthaler Orthodoxen keine Ahnung zu haben. Man wird ihnen hinfüro nur mit Bachscher Musik aufwarten können — im Cäcilienverein soll wirklich die Absicht bestehen — aus Gründen der Parität! — ein Werk von Bach aufzuführen. Aber der Protestant Bach, der freilich in seinen beiden Passionen dem protestantischen Glaubensbekenntnis die höchste musikalische Weihe gegeben, hat auch die H moll-Messe geschrieben. Also selbst Bach ist ein Ketzer und muß von den protestantischen Konzertprogrammen verschwinden. Bei dieser konfessionellen Musikbetrachtung werden die armen Juden erst, wenn sie einmal ein Oratorium aufführen wollen, gar keinen Komponisten ihres Glaubens haben. Denn in Men-

delsohn-Bartholdy, der den christlichen Paulus neben dem jüdischen Elias geschrieben, fließt viel zu viel christliches Blut. Die Kirche, meinen die Orthodoxen, werde durch eine musikalische Darbietung zum Konzertsaal herabgewürdigt. Ich denke von der Kunst höher. Die künstlerische Wiedergabe eines Werkes unserer großen Meister ist auch Gottesdienst. Diejenigen, die die Religion der Zukunft im Herzen tragen, würde die Aufführung einer Beethovenschen Symphonie im Gotteshaus zu tieferer Andacht stimmen, als eine gedankenlose Gebetslitanei oder eine eifernde Predigt."

Ueber Geschichte und Entwickelung des polnischen Judentums, dieses „totkranken und bitter leidenden Teils der Judenschaft", macht der vor zwei Jahren verstorbene Breslauer Historiker J a c o b C a r o in dem erst nach seinem Tode erschienenen wertvollen Quellenwerk „Die Geschichte Polens" interessante Angaben. Caro wendet sich entschieden gegen die Legende, als ob die von der germanischen Herzenshärte vertriebenen Juden des Mittelalters bei der slavischen Gutmütigkeit Zuflucht und Asyl gefunden hätten. Die im Jahre 1334 erlassene Judenordnung ist lediglich ein Plagiat des Privilegiums, das zuerst Friedrich der Streitbare von Oesterreich, nach ihm eine Menge deutscher und nichtdeutscher Fürsten ihren Juden verliehen hatten und das in seinem allerwesentlichsten und beträchtlichsten Teile auf Artikel 7 Buch III des Sachsenspiegels beruht. Auf Grund sorgfältiger und umfassender Forschung vermag Caro festzustellen, daß es keine Zeit und keinen Bezirk der slavischen Gebiete gegeben hat, in denen die Juden eine rechtlich und staatsbürgerlich bevorzugtere Stellung als in Deutschland eingenommen haben. Der allergrößte Teil der Judengesetze ist wörtlich oder dem Sinne nach von den in Deutschland erlassenen kopiert. Zwar ist nur eine Massenaustreibung und auch diese, die 1124 unter Wladimir Monomach stattgefunden haben soll, nur der Erwähnung nach bekannt. „Aber wir finden hier dieselbe Beschränkung der bürgerlichen Stellung, der Rechtsfähigkeit, denselben Ausschluß aus dem Handwerk, dieselbe Untersagung, Grundbesitz zu erwerben, dasselbe Hindrängen auf den Trödel und Zwischenhandel, dieselbe herzlose Ausschließung von allen höheren Interessen des Staates und der Gesellschaft . . ." Die unter dem Einfluß der Kirche stehende Uniformität der nationalen Entwickelung, der längst überwundene Satz der römischen Kanonisten: „Pecunia est sterilis" erzeugte überall die gleiche Behandlung der Juden und die gleiche Stimmung gegen jene, in deren Händen sich die gefährlichen Prärogative der Kapitalverzinsung befinden. Und jene Literatur, die gegen die Juden die blödsinnigen Vorwürfe der Brunnenvergiftung, der Pesterzeugung, der Hostienschändung usw. erhob, jene Pamphlete tragen den Charakter einer verwilderten Phantasie, eine Roheit und Gehässigkeit, „an die selbst der große italienische Wanderer durch Hölle und Fegefeuer nicht gedacht hat. Er hätte sonst der Unterwelt noch einen tiefen Kreis zulegen müssen". Es war also keineswegs der Ruf der slavischen Toleranz, der die Juden von Deutschland (ihr Jargon verrät noch heute, daß sie von da kamen) nach Polen wie nach anderen Ländern trieb. Sie machten eben die großen Wandlungen der Völkerwanderung mit, die im südöstlichen Winkel Europas bis ins sechzehnte, ja bis ins achtzehnte Jahrhundert fortgedauert hat. Man findet sie in inniger Gemeinschaft inmitten der Hunnen, Avaren, Tataren, Kosaken usw. Im ersten großbulgarischen Reiche zogen inmitten der allgemeinen Barbarei jüdische Glaubensboten durchs Land, milde Sitten, menschliche Liebe, den einzigen unsichtbaren Gott predigend. Im vierzehnten Jahrhundert, als eine Jüdin mit dem Zaren Alexander den bulgarischen Thron teilte, sah der heilige Theodosius von Trnowa nicht im Sektiererwesen, den Nabelbeschauern, den Adamiten und Ikonoklasten, sondern in der starken Ausbreitung des Judentums die Gefahr für das Christentum. Schon im 8. Jahrhundert hatten die Juden den Chagan, das geistliche Oberhaupt der Chazaren zu ihrem Glauben bekehrt. Um 1470, da, wie Ranke hervorhob, ein reformatorischer Geist bis zum Altai und Hindukusch drang, fielen christliche Geistliche und Bürger von Nowgorod und Pskow scharenweise dem jüdischen Proselytenmacher Secharja zu. Noch in reifen Jahren nahmen viele dieser opferwilligen Neophyten das abrahamitische Bundeszeichen an; 1489 wurde ein Archimandrit zum Metropoliten von Moskau gewählt, der im Geheimen ein Anhänger der jüdischen Lehre war. Trotz der blutigsten Maßregeln gegen dieses Ketzertum hatte noch 1539 König Sigismund I. über jüdische Proselyten zu klagen, mußte im gleichen Jahre in Krakau eine reiche, in glücklichen Umständen lebende achtzigjährige Greisin den Scheiterhaufen besteigen, weil sie als Christin ihr Leben lang die jüdische Religion bekannt hatte. Noch heute gibt es eine Sekte in Rußland, die Subotniki, die, den Sonnabend statt des Sonntags feiernd, an jene Bewegung erinnert. Es hat also schließlich eine Vermengung jener slavischen Juden mit den deutsch redenden, die im ganzen Osten Europas, von der Ostsee bis zum Balkan, Wohnsitze erworben hatten, stattgefunden. K e i n e m V o l k s g e i s t e hat sich das v e r s t r e u t e J u d e n t u m so innig und f r e u d i g a n g e s c h l o s s e n wie dem g e r m a n i s c h e n. Mit den deutschen Gemeinden, die den Slaven und Magyaren den fehlenden Segen des bürgerlichen Elementes, Handel, Handwerk, Gewerbe, brachten, die ein Kolonisationswerk ohne gleichen leisteten, sind auch die deutschen Juden nach dem Osten gezogen. Ueberall, wo die altslavische Bürgerschaft in die deutsche Gemeinde aufging, wo das Magdeburger Stadtrecht Geltung hatte, in Krakau, Posen, Preßburg, Pest, Klausenburg, in den Hunderten von Städten Polens, Litauens, Kleinrußlands, auch Ungarns, entstehen neben den deutschen Gemeinden Judengemeinden. Mit dem 16. Jahrhundert gerieten die deutschen Gemeinden in Polen und Ungarn in Verfall. Der Handel versumpfte, das Handwerk versank, das deutsche Bürgertum war berufslos geworden und löste sich auf. Die Juden, die bisher mit den Deutschen in Kontakt gestanden und daher vielfach sich die neue Landessprache nicht angeeignet hatten, ergaben sich, je unbarmherziger sie von den Interessen der Gesellschaft, des Staates und der Kultur ausgeschlossen wurden, immer mehr einer überspannten Exklusivität. Ihre Sprache, die uns heute monströs erscheint, beruht auf der undisziplinierten Ausbildung der deutschen Mundarten des 12., 13. und 14. Jahrhunderts. Noch kann man die ursprüngliche Heimat bei einzelnen Gruppen dieser Juden an den fränkischen, schwäbisch-allemannischen, sächsisch-niederdeutschen Sprachelementen ihres Jargons erkennen. Auch ihre eigene Gerichtsbarkeit, die sich streng an das römische Recht anschließt, behielten die Juden Polens und Litauens. Erst dann trat ein tiefer Verfall der östlichen Juden ein, als sie nach Abgang des deutschen Bürgertums mit dem slavisch-magyarischen Adel engeren Verkehr anknüpften, als sie in den Dienst dieser „kapriziösen Niedertracht, donaidenhaften Unwirtschaftlichkeit, faszinierenden Heuchelei, dieses bänderzerreißenden Egoismus, dieser hermaphroditischen Verbindung von frechem Dünkel und hündischer Kriecherei" gerieten . . . „Gar manche von den nur zu begründeten Unarten, Ungezogenheiten, ethischen Mängeln und dunkeln Schatten, die man als immanente Eigenschaften des gesamten Judentums ausgegeben hat", so schließt Caro, „haben — keiner kann das so gut ermessen als ich — in diesen slavisch-magyarischen Lasterhöhlen ihre Geburtsstätte."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

☛ Nur 50 Pf. und 12 Pf. Bestellgeld vierteljährlich bei der Post. ☚

Nr. 26. Berlin, 26. Juni 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3675.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benolt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Antisemitische Sommerfrischen, Restaurants usw.

Manchen Leser des Amerikanischen Briefes in unserer letzten Nummer wird es zwar betrübt haben, daß es hinsichtlich der antisemitischen Urbanität und Gastlichkeit in den Vereinigten Staaten ungefähr so ist comme chez nous, andererseits wird sie angenehm berührt haben die Resolutheit, mit der selbst eine Dame der antisemitischen Anmaßung entgegengetreten ist, und vielleicht ganz besonders, daß man sogar drüben im freien Amerika die Klinke der Gesetzgebung zu ergreifen sich anschickt, um den Inhabern von dem Verkehrsinteresse dienenden Instituten Mores beizubringen. Nicht wenige mögen auch sich die Frage vorgelegt haben, ob das amerikanische Beispiel nicht auch bei uns, wo man doch so vielseitig und gründlich im Reglementieren ist, nachgeahmt werden sollte.

Wir müssen gestehen, daß wir einem Gesetz, wie es der Senator Saxe in dem Senat des Staates New-York beantragt hat, keinen Geschmack abgewinnen können, und wir glauben darum auch nicht, daß die praktischen Amerikaner den Entwurf des Senators annehmen werden. Ein solches Gesetz hätte nämlich den schlimmsten Fehler, den ein Gesetz haben kann, nämlich den, daß es mit Leichtigkeit umgangen werden kann. Es würde nur Mißvergnügen erzeugt, die Gereiztheit gesteigert und doch nichts erreicht werden.

Nehmen wir an, die Gastwirte, Hoteliers, Restaurateure würden gesetzlich verpflichtet werden, jedem Gast ohne Unterschied der Konfession, der Farbe, der Nationalität Aufnahme und Verpflegung zu gewähren. In der amerikanischen Bill ist von Juden keine Rede; bei uns würde es sich hauptsächlich um Juden bei einem solchen Gesetze handeln. Der Hotelier, der seine Vorteile darin sieht, Juden nicht zu beherbergen — denn es handelt sich nur um eine Frage des Vorteils bei den antisemitischen Hoteliers — würde einfach erklären, er habe gerade keine Zimmer frei, die anscheinend freien seien bereits bestellt. Oder er könnte, falls ihm dieser Ausweg im Hinblick auf die eventuellen schweren Geldstrafen zu riskant erschiene, nur sehr teure oder nur die allerschlechtesten Zimmer für den jüdischen Gast hergeben. Der Wirt hat es auch in der Hand, durch sein dahin instruiertes Personal den jüdischen Gästen das Leben in seinem Hotel so widerwärtig als nur möglich zu machen. Im allerschlimmsten Fall würden die Antisemiten einen Klub bilden und das Hotel würde einfach ein Klubhaus sein und als solches Nicht-Mitglieder abweisen können. Es wäre also tatsächlich nichts geholfen, wahrscheinlich würde nur eine Art Kriegszustand geschaffen sein.

Praktischer und der Billigkeit mehr entsprechend ist das Verbot, in Inseraten, Plakaten, Zirkularen 2c. gewisse Etablissements als „Judenvereine" zu empfehlen oder in solchen Inseraten, Plakaten 2c. zu betonen, daß Juden nicht aufgenommen, nicht gewünscht 2c. werden. Durch solche Bekanntmachungen wird ein Teil der Bürgerschaft verächtlich gemacht, geärgert, ein anderer Teil gegen diesen aufgereizt usw. Das sollte in einem geordneten Staate nicht geduldet, im Gegenteil bei hohen Geld- und Freiheitsstrafen verboten werden. Durch ein solches Verbot würden die antisemitischen Wirte nicht im geringsten geschädigt werden. Allenfalls könnte ihnen gestattet werden, „antisemitisches Hotel", „antisemitische Weißbierkneipe", „antisemitischer Barbierladen" zu firmieren. Aber auch ohne solche nähere Bezeichnung würden sie keinen Schaden haben. Es gibt sogar in einer so großen Stadt wie Berlin eine nicht geringe Zahl von Etablissements, die ohne nähere Bezeichnung doch gekennzeichnet, geächtet und von anständigen Leuten gemieden werden. Wir wollen gar nichts von den Animierkneipen sagen, da diese vielleicht durch ihre roten Laternen und ihre verschämt verbergenden Gardinen leicht zu erkennen sind. Aber es gibt in Berlin auch Lokale, wo nur Dirnen und Zuhälter und diejenigen, die direkt zu ihnen wollen, verkehren; es gibt Lokale für

Homosexuelle, für lustige Wittwen, für mehr oder minder „schwere Jungen". Sie firmieren nicht; sie machen nicht bekannt, daß anständige Leute keinen Zutritt haben, nicht gern gesehen werden, daß die eintreten jede Hoffnung, zu der anständigen Gesellschaft gerechnet zu werden, aufgegeben haben. Aber man kennt trotzdem alle diese Lokale, und kein anständiger Mensch traut sich da hinein, oder allenfalls mit Bedeckung. Die antisemitischen Wirte würden, wie wir ihnen heilig versichern können, in kürzester Zeit ganz von selbst judenrein sein. Wenn die Herren Wirte, die sehr auf Gelderwerb erpicht sind, am Ende doch zu verlieren fürchten sollten, dann könnte ihnen ein gewisses Firmenzeichen, wie es die Pfandleiher früher hatten, eingeräumt werden. Wir empfehlen ihnen einen Hottentotten mit einer Keule. Oder sie könnten sich über gewisse Bezeichnungen einigen, die in ihren Kreisen sehr schnell populär werden, wie beispielsweise der „Stramme Hund" populär ist. Da aber der stramme Hund schon vergeben ist, könnte der hungrige Wolf, die Hyäne oder andere Bestien als speziell antisemitische Bestien vereinbart werden. Wir sind fest überzeugt, daß die Qualität der Speisen und vielleicht auch der Getränke schon die Juden, und nicht sie allein, vertreiben würden. Das sagen wir nicht nur auf grund zufällig gemachter eigener höchst schauderhafter Erfahrungen, also aus empirischen, sondern auch aus theoretischen Gründen. Gastwirte appellieren gewöhnlich an ein möglichst großes Publikum. Wenn sie sich vonvornherein auf eine Minderheit beschränken, dann tun sie es, weil sie hoffen, diese tüchtig rupfen zu können und so den Ausfall zu decken. Das Rupfen geschieht durch Darbieten minderwertiger Speisen und Getränke. Wenn es nun Leute gibt, die sich rupfen lassen wollen, so kann ihnen dies Niemand verwehren. Wir gönnen allen Antisemiten die Genüsse antisemitischer Restaurants und Hotels von Herzen, neiden sie ihnen nicht einen Augenblick und nicht im allergeringsten, und wir glauben, die Juden dürften die allerletzten sein, derartige spekulative Köpfe in Nahrung setzen zu wollen.

Ganz anders verhält es sich, ob ganze Badeorte oder bestimmte Sommerfrischen den Juden vorenthalten werden dürfen, ob es Antisemiten gestattet werden darf, solche für sich ausschließlich mit Beschlag zu belegen. Daß sie es gesetzlich nicht dürfen, steht außer Frage in einem Lande, in dem, wie bei uns, Freizügigkeit herrscht. Wenn wir sagen, ob es den Antisemiten gestattet sein darf, solche Plätze mit dem antisemitischen Stigma zu versehen, so meinen wir, ob die Juden auf ein salches Stigma Rücksicht nehmen, d. h., ob sie solche Plätze unter allen Umständen meiden sollen.

Nun, das hängt von gar verschiedenen Umständen ab. Die meisten Erholungsbedürftigen, Kranken gar, werden, wenn es irgend geht, solche „Heilstätten" wie durchseuchte Plätze meiden. Sie wollen in ihrer der Erholung, Heilung, Kräftigung und Genesung oder auch nur der Ruhe gewidmeten Zeit sich nicht ärgerlichen Anrempelungen aussetzen. Es gibt aber auch Leute, also auch Juden, die, da sie sonst gesund und kräftig sind, aber doch ihren Urlaub irgendwo genießen wollen, gestützt auf ihr Recht als Menschen und Bürger, sich von den Antisemiten nichts verbieten lassen, auf ihrem Recht bestehen wollen, ihre Ferien da zu verleben, wo es ihnen paßt. Sie wissen vielleicht ganz gut, daß sie Unannehmlichkeiten zu gewärtigen haben, aber sie ertragen diese lieber als die antisemitische Anmaßung, ihnen diesen oder jenen Kurort zu verbieten. Man kann solche Leute nicht gerade aufdringlich nennen, sie nicht ohne weiteres verurteilen. Wir können uns wohl denken, daß jemand zu solchem Protest sich geradezu berufen fühlt und ein verdienstliches Werk zu verrichten glaubt, wenn er sich gerade in antisemitische Sommerfrischen begiebt, weil es sein gutes Recht ist, viel mehr sein gutes Recht, dorthin zu gehen, als es das Recht der Antisemiten ist, ihn vom diesem Orte auszuschließen. Es ist dies Temperamentsache, Sache des Geschmacks, der Auffassung.

Was aber unzweifelhaft ist, das ist, daß die Antisemiten, die Kranke, Schwache, Erholungsbedürftige 2c. von ihnen besonders zuträglichen oder angenehmen oder auch nur aus verschiedenen, zum Teil auch pekuniären Gründen bequemen Bädern oder Sommerfrischen auszuschließen trachten, sich eine ganz unverschämte, brutale Verletzung des Gastrechts zu Schulden kommen lassen, da, wo sie das Gastrecht zu verweigern nicht das allergeringste Recht haben. Der Antisemitismus charakterisiert sich nicht am wenigsten durch diesen Boykott, durch Ausübung des Scherbengerichts, zu welchem sie so ganz und gar nicht berufen sind.

Mittelständlerisches Allerlei.

Nachdem es der sog. Mittelstands-Vereinigung bei den letzten Reichstagswahlen gelungen ist, zwei Vertreter ihres speziellen Programms in den Reichstag zu entsenden, die Abgg. *Rieseberg* (Wanzleben) und *Hanisch* (Pirna), ist in ihre schon etwas schlaff gewordenen Segel wieder etwas Agitationswind gekommen. *Wind* ist ja freilich die *ganze Bewegung*; denn positive Erfolge für die breiten Schichten des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere der Handwerker, wird dieses reaktianäre Gebilde niemals erreichen. Immerhin werden die politisch liberalen Schichten des Mittelstandes gut tun, die agitatorische Tätigkeit dieser Hilfstruppen der Agrarier mit wachsamem Auge zu verfolgen. Eines kann man ihnen jedenfalls nicht absprechen: sie sind überaus rührig und stellen ihr Licht nicht unter den Scheffel.

Vor einigen Tagen haben die *sächsischen Mittelständler* eine große Heerschau abgehalten, in den Verhandlungen spielten natürlich die bekannten zünftlerischen Ladenhüter die Hauptrolle. Bemerkenswert ist, daß selbst ein *konservatives* Blatt, wie der „*Dresd. Anz.*", angesichts des allgemeinen Wettrennens um die Gunst des Mittelstandes über diese Art von Mittelstandsretterei sich sehr abfällig äußert. Der *Niedergang des Handwerks*, der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eingesetzt hat, sei, wie die neueren Untersuchungen ergeben haben, die *notwendige Folge* der *Aenderungen* in der volkswirtschaftlichen Bedarfsgestaltung. Alsdann heißt es weiter: „Diese Entwicklung *rückgängig* machen zu wollen, wäre ein *törichtes Beginnen*, eine zwecklose Vergeudung von Kraft und Zeit. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, wirtschaftliche und soziale Gebilde, für die in der Gegenwart keine Daseinsberechtigung mehr vorhanden ist, zu einem künstlichen Leben zu erwecken. Der Staat könnte es nicht einmal, selbst wenn er es wollte, denn er ist nicht allmächtig; der unerbittlichen Notwendigkeit volkswirtschaftlicher Entwicklung gegenüber hat er keine Gewalt."

Wie oft ist das den Mittelständlern schon von berufenerem Munde, u. a. vom Staatssekretär des Innern Grafen Posadowsky gepredigt worden. „Allein ein kluges Wort erstarrt im harten Ohr; so oft auch Tat sich grimmig selbst gescholten, bleibt doch die Welt selbstwillig wie zuvor."

Bemerkenswert ist, daß auch den einsichtigeren Konservativen — wie es scheint als Nachwirkung der besonneneren Stellungnahme ihres langjährigen parlamentarischen Renommierhandwerkers Jakobskötter — allmählich vor dem demagogischen Treiben der „Wirtschaftlichen Vereinigung", dieses Sammelbeckens der deutschsozialen Antisemiten, angst und bange zu werden beginnt. Die „*Kreuzztg.*", das führende

Organ der konservativen Partei, schrieb kürzlich den verschiedenen politischen Mittelstandsgruppen folgendes ins Stammbuch:

„Von dem Ehrgeiz, eine eigene parlamentarische Gruppe zu bilden, wird die Mittelstandsvereinigung sich hoffentlich freihalten, denn eine solche Gruppe würde von vornherein zur Ohnmacht verurteilt sein; darum halten wir es auch für taktisch unrichtig, wenn die Mittelstandsvereinigung Parlamentsvertreter in die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung entsendet; abgesehen davon, daß in dieser Fraktion eine Sozialpolitik getrieben wird, gegen die der Mittelstand in seiner Gesamtheit sich mit Händen und Füßen wehren müßte."

Noch weit schärfer äußert sich über den reaktionären Charakter dieser Sorte Mittelstands-Vereinigungen eine andere Gruppe des Mittelstandes, die in der „Allgemeinen Deutschen Beamten-Ztg." zum Wort kommt:

„Wir glauben, daß es eine Reihe von Idealisten gibt, die in bestem Glauben der Vereinigung beigetreten sind, hoffend von ihr eine Wiedergeburt des Mittelstandes und eine Erneuerung der ganzen Gesellschaft durch ihn. Und diese Blendung war wohl auch die Absicht zum mindesten eines Teiles der Taufpaten des Vereins. Wer die politische Stellung der maßgebenden Leiter der Vereinigung kennt, weiß, daß sie unter dem sympathischen Aushängeschild einer Mittelstandsorganisation Stimmen für Kandidaten der reaktionären Teile der rechtsstehenden Parteien suchen, die sich nicht mehr mit ihrem Parteinamen offen hervortrauen. Und welche Gruppen des Mittelstandes sind es, die sich denn auch ausschließlich wenigstens korporativ dieser Mittelstandsvereinigung angeschlossen hatten? Die untüchtigsten Erwerbsgruppen, die, unfähig, sich den fortschreitenden Anforderungen des modernen Erwerbslebens anzupassen, verärgert beiseite stehen und den eigenen Mangel den schlechten Zeiten zur Last legen. Ein Blick auf die Mitglieder und ihr Programm lehrt dies. Wir finden in den Reihen dieser Mittelstandsvereinler die kleinen Hausbesitzer, die statt Eigentümer Verwalter ihrer Hypothekengläubiger sind. Wer hat sie gezwungen, ohne genügende Anzahlung den Hausbesitzer zu spielen? . . . Wir finden ferner in dieser „Mittelstandsvereinigung" die kleinen Handwerker und Detaillisten, die, zu dumm aber zu träge, sich selbst durch genossenschaftlichen Zusammenschluß den Vorteil gemeinsamen Einkaufs zunutze machen, nun auch den klügeren und energischeren Privatmann und Beamten daran hindern wollen."

Die antisemitischen Blätter zucken zwar unter diesen wohlgezielten Peitschenhieben schmerzlich zusammen, können aber nichts Stichhaltiges darauf erwidern. Gerade zu rechter Zeit kommt eine Publikation einer Handwerkskammer, also einer Institution, die gerade auf Betreiben zünftlerischer Kreise s. Z. von Reichswegen eingeführt ist, die der politischen Agitation der Mittelständler gründlich das Konzept verdirbt. Die Insterburger Handwerkskammer hebt nämlich in ihrem soeben erschienenen Jahresbericht hervor, daß nicht die Gewerbefreiheit als solche, wie vielfach von Zünftlern behauptet wird, daran Schuld sei, daß einzelne Handwerke dem Verfall entgegengehen, vielmehr sei es in erster Linie die leistungsfähige moderne Betriebsform des Großbetriebs, mit der das Handwerk nicht immer zu konkurieren vermag. Gegenüber der kapitalistischen Produktion mit ihrer fortschreitenden Maschinentechnik und ausgedehnten Arbeitsteilung könne das Handwerk nicht gleichen Schritt halten. Diese Tatsachen dürften aber noch nicht dazu führen, das Handwerk als dem Untergange geweiht zu betrachten. Die Zukunft des Handwerks sei durchaus nicht so trübe, wie es scheinen könnte. Im gesamten Handwerk, also auch in dem von der Konkurrenz hart bedrängten, ruhe noch eine Fülle von wirtschaftlicher Kraft, die der Hebung und Sammlung bedarf. Das Handwerk habe noch eine große Bedeutung auf dem Gebiete des Kunstgewerbes, der Individualarbeit, der politischen und wirtschaftlichen Organisation und auf dem Lande.

Davon wollen freilich die gewerbsmäßigen Hetzer, die vielfach in der vordersten Reihe der politischen Mittelständler stehen, nichts wissen. Welche zweifelhafte Elemente dort oft die Hauptrolle spielen, zeigt recht anschaulich der soeben an dem Stammsitz Hannover der Mittelstands-Vereinigung in ihrem eigenen Lager ausgebrochene Krach. Das Organ der Mittelstands-Vereinigung sieht sich nämlich genötigt, sich gegen die Veröffentlichung eines Mittelständlers Ernst Meyer zu wenden. Meyer hat in einem Flugblatt behauptet, der Architekt Max Küster habe sein Amt niedergelegt und sei aus der Leitung ausgeschieden. Ferner hat Meyer Mitteilungen über eine von ihm geplante neue Organisation der Mittelstands-Vereinigung gemacht und sich selbst zum provisorischen Sekretär dieser Gruppe ernannt. Wutentbrannt erklärt nun namens der hannoverschen Ortsgruppe ihr Vorstand Max Küster, daß er „den Meyer" nach keiner Richtung hin autorisiert habe, sich derartige Befugnisse und das Amt des Sekretärs der Mittelstands-Vereinigung anzueignen, und daß Küster garnicht daran denke, sein Amt als Leiter der Ortsgruppe Hannover niederzulegen. Die Mitglieder werden gewarnt, den Agitationen „des Meyer" irgendwie Gehör zu schenken oder ihm gar Geldbeträge einzuhändigen, deren Einziehung er per 1. Juli in Aussicht stellt. „Der Vorstand hat den Meyer unter Androhung von gerichtlichen Schritten verboten, sein durchaus unberechtigtes Gebahren fortzusetzen."

Darauf kommt „der Meyer" jetzt allerdings mit einer Berichtigung, worin er behauptet, Herr Küster sei anfänglich mit ihm ganz einverstanden gewesen. Weiterhin bedroht er Herrn Küster mit einer gerichtlichen Klage und spricht schließlich die Absicht aus, daß, wenn die Ortsgruppe Hannover ihn auch desavouiere, er sich an die Berliner Zentrale wenden werde. Diese erwidert darauf aber kühl, daß sie es ablehnen werde, mit Herrn Meyer in irgend welche Beziehungen zu treten. Auch Herr Küster veröffentlicht eine Berichtigung, aus der wir als bemerkenswert nur hervorheben, daß Küster nicht mehr erster Vorsitzender der Deutschen Mittelstands-Vereinigung ist, sondern dieses Amt „wegen zu großer Ueberlastung" vor einigen Tagen „freiwillig" niedergelegt habe.

In einem Schreiben, das Herr Ernst Meyer an die Freis. Ztg. richtet, teilt er mit, daß er bereits gegen Herrn Küster, sowie gegen den Geschäftsführer des Haus- und Grundbesitzervereins in Hannover, Herrn Beythien, Beleidigungsklage eingereicht hat. Herr Meyer bleibt auch gegenüber der neuesten Darstellung von Herrn Küster dabei, daß er zunächst mit seinem Vorgehen einverstanden war. Wörtlich heißt es darauf in dem Schreiben: „Als ich dann am 6. d. M. oder um diese Zeit bei p. Küster anfragte, kommt er damit heraus, er wolle mit dem ganzen „Mittelstandskrempel" nichts mehr zu tun haben, er habe seinen Vorsitz niedergelegt usw. usw.". Herr Meyer erzählt auch, daß die „General-Versammlung" der Mittelstands-Vereinigung zu Hannover am 22. März, außer von dem Vorstand von folgenden Herren besucht war: Zwei die Versammlung überwachenden Polizisten, zwei oder drei Vertreter der Presse, einem Vertreter der Deutsch-Sozialen Partei, drei Herren der Druckerei der „Deutschen Volkspost" (Organ der Deutschen Mittelstands-Vereinigung), einigen Mitgliedern der „Freien Mittelstands-Einigung", Herrn Meyer selbst und — den Kellnern.

Wenn diese Darstellung richtig ist, so können wir die Hannoverschen Mitglieder der Mittelstands-Vereinigung nur dazu beglückwünschen, daß sie alsbald zu einer besseren Einsicht gekommen sind und von dem ganzen „Mittelstandskrempel" — mit Herrn Herrn Küster zu sprechen — nichts mehr wissen wollen.

Im Anschluß an den sächsischen Mittelstandstag schreibt die „Deutsche Reform" des Abg. Zimmermann in einer Polemik gegen die „Dresd. Ztg.", welche an die bekannte Aeußerung des früheren antisemitischen Abg. Förster erinnert hatte: „Mittelstand und Mittelstand —

darauf sitzen wir fest, ohne daß recht ersichtlich wird, was wir wollen und was wir nicht wollen":

„Wir können der „Dresdn. Ztg." verraten, daß Herr Prof. Förster seine irrige Anschauung über Mittelstandspolitik laut seinen Erklärungen im letzten Winter selbst revidiert hat. Jenen veralteten Brief Förster's heute noch ausbeuten zu wollen, ist ein geistiges Armutszeugnis."

Das ist uns ganz neu. Bisher ist von einer solchen Revokation seitens des Herrn Prof. Förster in der Oeffentlichkeit nicht das mindeste bekannt geworden. Möchte die „Deutsche Reform" nicht gefälligst die näheren Umstände mitteilen, unter denen Herr Prof. Förster — vorausgesetzt, daß es überhaupt wahr ist — seine „Irrigen Anschauungen revidiert" hat!

Wiener Brief.

XI.

(Die Juden im Parlament. — Der Patriotismus der Christlichsozialen. — Die Christlichsozialen als Arbeitgeber.)

22. Juni 1907.

Das erste Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist das judenreichste, das Oesterreich überhaupt gehabt hat. In der Legislaturperiode 1867—73 waren 4 Juden, in der Zeit von 1873—85 13, von 1885—91 15, 1891—97 14, 1897—1906 11 Israeliten im „hohem Hause" und jetzt sind 17 Juden eingezogen. Diese Tatsache ist an sich nicht überraschend; denn die Zahl der Abgeordneten wurde von 425 auf 516 erhöht und außerdem gab es früher 85 Mandate des Großgrundbesitzes, die den Juden so gut wie verschlossen waren. Von dieser Kurie wurde nur ein Mitglied, Ludwig Ritter von Oppenheimer, in drei Legislaturperioden, von 1873—1891, ins Parlament entsandt. Aber nicht die Zahl der jüdischen Abgeordneten bildet das Charakteristikon, das hervorgehoben werden muß, sondern eine andere Erscheinung kann Anspruch auf Aufmerksamkeit erheben. Seit einigen Tagen besitzt das österreichische Abgeordnetenhaus eine Spezialität: Ein jüdischnationaler Klub hat sich gebildet. Die Vereinigung ist allerdings in sehr bescheidenen Grenzen gehalten; denn sie umfaßt einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten, einen Schriftführer und außerdem ein ganzes titelloses Mitglied. Es sind dies die Herren Dr. Straucher, Dr. Stand, Dr. Mahler und Dr. Gobel, die ihre Mandate in Galizien und in der Bukowina erhalten haben. Die junge Vereinigung hat eine programmatische Erklärung veröffentlicht, die besagt, daß der Klub für die Interessen und die Wohlfahrt des jüdischen Volkes einzutreten beabsichtigt, die jüdische Nationalität und die Gleichberechtigung der Juden zu verlangen und zu verwirklichen trachtet und alle gegen das Judentum gerichteten Angriffe abzuwehren gedenkt. Im übrigen wird ein Programm entwickelt, das jede demokratische Partei vollinhaltlich unterschreiben könnte. Man sieht daraus, daß es zur Verfechtung der allgemeinen staatsbürgerlichen Forderungen keineswegs der Gründung einer eigenen jüdischnationalen Partei bedurfte. Was aber die spezifisch jüdischnationalen Forderungen anbelangt, so haben wir an dieser Stelle des öfteren unsere Bedenken geltend gemacht. Mag sein, daß im Ostjudentume etwas wie ein nationales Empfinden vorhanden ist und nach politischer Anerkennung Sehnsucht trägt; im allgemeinen jedoch vollziehen sich die Entwicklungen so, daß die tiefer stehenden Volksteile zu den kulturell höherstehenden emporzukommen trachten, nicht aber diese herabzuziehen suchen. Wir weisen die Anschauung, daß es eine jüdische Nation gebe, zurück, und wollen es uns ersparen, die oft vorgebrachten Begründungen zu wiederholen. Allein, nehmen wir für einen Augenblick an, es wären, wie die österreichischen Zionisten behaupten, wirklich die Splitter eines „jüdischen Volkes" über ganz Oesterreich verbreitet. Warum sucht dann das Ostjudentum nicht im Assimilationsprozesse nachzuholen, was es gegenüber dem Westjudentume versäumt hat? Warum stören die in geistigen Ghettofesseln lebenden Juden Galiziens und der Bukowina die Verschmelzungsbemühungen, die von den Westjuden nach jahrhunderte langem Ringen in den 40 Jahren der Gleichstellung aller Konfessionen in Oesterreich mit Erfolg aufgenommen wurden? Vor uns liegt eine Broschüre, die zwei Reden enthält, welche von Professor Dr. M. Lazarus schon im Jahre 1880 gehalten worden sind und dennoch sehr aktuell erscheinen. Am Schluß des zweiten Vortrages führt Lazarus folgende Worte Mommsens an:

„Der Eintritt in eine große Nation kostet seinen Preis; die Hannoveraner, die Hessen und wir Schleswig-Holsteiner sind daran, ihn zu bezahlen und wir fühlen es wohl, daß wir von unserem Eigensten ein Stück hingeben, aber wir geben es dem gemeinsamen Vaterland. — Auch die Juden führt kein Moses wieder in das gelobte Land; mögen sie Hosen verkaufen oder Bücher schreiben, es ist ihre Pflicht, so weit sie es können, ohne gegen ihr Gewissen zu handeln, auch ihrerseits die Sonderart nach bestem Vermögen von sich zu tun und alle Schranken zwischen sich und den deutschen Mitbürgern mit entschlossener Hand niederzuwerfen.

„Nun, meine Herren, das was man Sonderart nennt, das wollen wir ablegen!" fügte Professor Lazarus dazu.

Es ist ein sehr gefährliches Spiel, das die Zionisten in Oesterreich treiben. Schädlich ist vor allem die Spaltung, die in das Judentum durch den politischen Tätigkeitsdrang einiger Romantiker getragen wird. Verhängnisvoll erscheint es, daß man eines der schwierigsten Probleme unter dem ostösterreichischen Gesichtswinkel zu lösen sucht. Wenn das „Deutsche Volksblatt" den deutschfortschrittlichen Abgeordneten jüdischer Konfession, gegen die sich der Unverstand eines sogenannten Deutschliberalen und die Unbeständigkeit der Deutschvölkischen auflehnte, den Rat gibt, sich dem jüdischnationalen Klub anzuschließen, so muß das die Zionisten wie Wohlwollen anmuten. Werden diese Politiker aber die gleichen vergnügten Gesichter machen, wenn bei der nächsten Gelegenheit das „Deutsche Volksblatt" gegen die freiheitlichen Abgeordneten hetzen wird, die sich der Juden als Volksgenossen annehmen? Werden die vier Zionisten, welche im Hause der 516 Abgeordneten verschwinden, mit ihren geringen Kräften die Sache des Judentums führen können? Ja, würde das selbst die doppelte Anzahl von Zionisten vermögen?

Gehen wir jetzt von der kleinen jüdischnationalen Partei zur großen christlichsozialen über. Den heuchlerischen Patriotismus dieser Männer konnte man in den letzten Tagen sehr drastisch betätigt sehen. Die österreichischen Sozialdemokraten sind sehr vernünftige Leute, die Gutes mit Gutem vergelten. Der greise Kaiser Franz Josef hat sich durch die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ein Recht auf die besondere Liebe der Arbeiterschaft gesichert und die Partei der Arbeiterschaft suchte dies deutlich zum Ausdruck zu bringen. Als bei der Eröffnung des Abgeordnetenhauses ein Hoch dem Kaiser ausgebracht wurde, erhoben sich die Sozialdemokraten gleich ihren bürgerlichen Abgeordneten und sie überließen es einigen nationalen Exaltados den Saal zu verlassen. Ebenso begab sich ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten zur Verlesung der Tronrede in die Hofburg, wo sie dem Monarchen Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden und sich dem vorgeschriebenen Ceremoniell anpassen mußten. Man sollte nun meinen, die guten christlichsozialen Patrioten empfänden herzliche Freude darüber, daß die österreichische Sozialdemokratie nicht antidynastisch sei und ihren programmatischen Republikanismus nicht betätige; allein die Christlichsozialen

sind zuerst Geschäftsleute und dann Patrioten. Sie wissen sehr gut, daß sie den Hofkreisen nicht zuletzt als Stützen des dynastischen Empfindens willkommen sind und überflüssig werden, wenn die antidynastischen Bestrebungen von selbst verebben. Deshalb haben sie in den letzten Tagen mit geradezu teuflischer Rücksichtslosigkeit den Versuch gemacht, in die Reihen der Arbeiter Zwietracht zu tragen und die Massen gegen die verständigen Führer aufzustacheln, indem sie sich über die zu Hause gehenden Republikaner weidlich lustig machten. Die Christlichsozialen überraschen eben immer aufs neue durch die Gewissenlosigkeit ihrer Politik.

Zum Schlusse noch ein Pröbchen christlichsozialer Sozialpolitik. Die Ferien an den österreichischen Volks- und Bürgerschulen beginnen in diesem Jahre nicht wie sonst am 15. Juli, sondern schon am sechsten. Unter der antisemitischen Aera hat sich nun an den Schulen der Haupt- und Residenzstadt die Praxis herausgebildet, daß der Bezirksschulrat, der gut christlichsozial ist, Aushilfslehrer auf einige Zeit in Verwendung nimmt. „Pädagogische Taglöhner", wie die „Arbeiterzeitung" sehr richtig bemerkt. Diesen armen Teufeln, die sonst wenigstens bis Mitte Juli entlohnt waren, soll jetzt nach einem Beschluß des hohen Bezirksschulrates das kärgliche Gehalt — etwa 100 Kronen monatlich — nur bis zum 6. Juli ausgezahlt werden, obwohl die Verkürzung der Schulzeit vor kurzem durch das Unterrichtsministerium angeordnet ward. Die Christlichsozialen als Arbeitgeber zeigen sich wirklich mehr als Heiden denn als Christen. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Die antisemitischen Handlungsgehilfen in Sachsen haben dieser Tage in Dresden ihren Verbandstag abgehalten, der sich natürlich der besonderen Protektion der antisemitischen Parteiführer erfreute. Herr Abg. Zimmermann veröffentlichte in seiner „Deutschen Reform" einen schwungvollen Begrüßungsartikel, in dem er mit Stolz an seinen persönlichen Anteil an der Gründung des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes erinnerte:

„Mit Genugtuung können wir feststellen, daß wir mit an der Wiege des heute so kräftig herangewachsenen Knaben standen. Gerade Anfang der 90er Jahre entwickelte die Deutsche Reformpartei in Hamburg eine nachdrückliche Aufklärungsarbeit. Zu ihren Erfolgen gehörte auch die Bildung des Handlungsgehilfenverbandes, der einen ausgeprägt deutschnationalen Charakter trug. In der ersten größeren Versammlung, die der Verband unter großen Opfern am 11. April 1894 wagte, sprach Reichstagsabgeordneter Oswald Zimmermann über „die soziale Lage der Handlungsgehilfen und die politischen Parteien". An jenem stürmischen Abend meldete sich als einziges neugewordenes Mitglied — Wilhelm Schack, der jetzige Leiter des Verbandes. Als später die Gründung der Ortsgruppen in die Wege geleitet wurde, da waren es unsere politischen Freunde, die überall und namentlich im Königreich Sachsen die Hand boten, um Versammlungen in den Städten zu veranstalten und die Werbearbeit durchzuführen."

„Das freundschaftliche Verhältnis ist trotz vorübergehender Trübungen nie erschüttert worden. Was wir Reformer taten, geschah um der Sache willen. Wir wollen und wünschen nicht, daß der D. H. V. eine einseitige Parteipolitik treibt, auch nicht eine solche, wie sie ihm die Gegner öfters nachsagen. Alle aufrichtig deutsch-nationalen Bestrebungen verdienen seine wie unsere Unterstützung. Der antisemitische Charakter des D. H. V. ist nichts Aeußerliches, kein Agitationsmäntelchen, wie einst der Handelskammersyndikus Dr Schloßmacher unter Zustimmung der Judenpresse bei Beratung der Kaufmannsgerichte (i. J. 1904) behauptete, sondern ihm liegt eine durchdacht nationale Weltanschauung zu Grunde. Gerade die hohe Aufgabe, dem durch jüdisch-internationale Elemente in der moralischen und nationalen Bedeutung herabgedrückten Handelsstande wieder zu dem alten Ansehen zu verhelfen, rechtfertigt es durchaus, daß man den sozialpolitischen Wünschen des D. H. V. in allen deutschgesinnten Kreisen soweit wie möglich entgegenkommt."

Daß der deutsche Handelsstand in seiner internationalen Wertung durch die ihm angehörigen „jüdisch-internationalen" Elemente herabgedrückt worden sei, ist eine nichtsnutzige Verleumdung. Der deutsche Kaufmann genießt heute bei allen Kulturvölkern Dank seiner Tüchtigkeit und moralischen Integrität das größte Ansehen. Beeinträchtigt konnte diese hohe Wertschätzung höchstens werden durch solche eines deutschen Kaufmanns unwürdige Machinationen und Vorspiegelungen, wie sie z. B. der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in seinem jüngsten Jahresbericht verübt hat; wir lesen hierüber in einer Veröffentlichung des „Vereins für Handlungs-Kommis von 1858" das Folgende:

„In dem Berichte über die Verhandlungen des Verbandstages des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wird nicht gesagt, daß das „Geschäftsjahr" des Verbandes zwei Kalenderjahre umfaßt. Bei Uneingeweihten wird der Eindruck hervorgerufen, als handle es sich bei den angegebenen Zahlen um das Ergebnis eines einzigen Jahres. Wenn es heißt, der Ueberschuß aus dem letzten Jahre betrug 211 044 Mk., so ist dies der Reingewinn von zwei Kalenderjahren. In dieser Summe sind jedoch die satzungsgemäßen Rücklagen für die Stellenlosenkasse mit 157 112 02 mitenthalten. Das Gesamtvermögen des Verbandes, einschließlich des Bestandes der Stellenlosenkasse betrug nicht wie angegeben 800 000 Mk. sondern es heißt in dem Jahresberichte ausdrücklich, daß das Gesamtvermögen am Schlusse des Geschäftsjahres 533 867 74 betrug. In der angegebenen Zahl ist offenbar das Vermögen der unter getrennter Verwaltung stehenden Krankenkasse mitgezählt. Die Vermögen der Kasse wird aber einige Zeilen später nochmals besonders mit 230 691 Mk. angegeben. Wenn es ferner heißt: Der Stellenvermittlung wurden 10 761 Stellen aufgegeben, von denen 3319 besetzt wurden, so handelt es sich auch hier wieder um das Ergebnis zweier Jahre. Im einzelnen wurden 1905 1516 und 1996 1803 Stellen vermittelt (1906 vermittelten dagegen vergleichweise der Hamburger 1858er Verein 6794, der Leipziger Verband 4343 und der Frankfurter Kaufmännische Verein 2681 Stellen.) Ebenso verhält es sich mit den 12 714 Rechtsauskünften, den 60 352 Mk. Zahlungen der Stellenlosenkasse und den Einnahmen im „Vorjahre" wie es ausdrücklich heißt, von 1 456 788 und den Ausgaben von 1 173 177. Jedesmal besteht das „Vorjahr" und das „letzte Jahr" aus zwei Kalenderjahren. Endlich ist noch zu bemerken, daß es sich bei dem „Zehnten deutschen Handlungsgehilfentage" lediglich um eine Veranstaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gehandelt hat. Alle anderen großen Kaufmännischen Verbände haben mit dieser Veranstaltung nichts zu tun."

Die Centrumspresse in Oberschlesien, die von jeher dem Antisemitismus starke Avancen gemacht hat und von der auch in den 80er Jahren die infamen Hetzflugblätter „Der Getreidejude", „Der Schnapsjude" rc. ausgingen, ist sich ihrer antisemitischen Vergangenheit durchaus treu geblieben. Die „Oberschles. Ztg." in Beuthen O./S., die hinter jeder unter verdächtigen Umständen erfolgten Mordtat gleich einen Ritualmord wittert, führt seit Jahren einen Kampf mit vergifteten Waffen gegen die Juden Oberschlesiens. Die neueste Hetzleistung übertrifft aber alle früheren Gemeinheiten. In einer Auseinandersetzung mit der freisinnigen „Oberschles. Grenzztg." hatte das Centrumsblatt mit dreister Stirn behauptet, daß „den größten Prozentsatz zu den Mädchenverführern und unehelichen Vätern" die Judenschaft stelle.

Die unehelichen Mütter seien fast durchweg Christinnen, die Väter dieser verführten Geschöpfe aber seien meistens Juden, wenigstens in Beuthen; das heiße also: Der Jude ist der Verführer, die Christin ist das Opfer des Juden. Der Jude sucht sich seine Opfer nicht unter seinen Stammesgenossinnen aus, sondern unter den Christenmädchen, die sind ihm dazu gut genug!

Und der Beweis für diese General-Verleumdung? Man höre:

„Am Dienstag, den 12. d. Mts., stand vor dem Beuthener Amtsgericht eine Anklage gegen ein Mädchen aus Emanuelssegen wegen gewerblicher Unzucht zur Verhandlung. Bei dem Verhör stellten sich allerhand Dinge heraus, die zwar wenig erbaulich, dafür aber umso interessanter sind. Besagtes Mädchen war von dem Kaufmann Jakob Heymann in Beuthen, Ring Nr. 7, engagiert und unter

der Vorspiegelung, er wolle ihr eine Stellung besorgen, in einem hiesigen sehr vornehmen Hotel, woselbst die höchsten Beamten der Provinz einquartiert werden, falls sie die Empore Oberschlesiens einmal mit ihrem Besuche beglücken, einlogiert und von ihm und anderen feinen Herrchens zu unmoralischen Zwecken benutzt worden. Auf die Vorladung des Herrn Jakob Heymann war vorläufig verzichtet worden, da das Mädchen ein offenes Geständnis ablegte."

Das Blatt entblödete sich nicht hinzuzufügen: „Dieser Fall ist typisch für die Beuthener Verhältnisse". Als darauf die in Bausch und Bogen von dem Zentrumsblatt schmählich beleidigten Beuthener Juden entrüsteten Protest erhoben, erwiderte das Blatt:

„Wir hatten einen Knallbonbon losgelassen, die Wirkung war aber die einer Bombe, und wir sind ganz entsetzt über den riesigen Umfang der Kreise, die durch ihre Erregung zu erkennen geben, daß sie sich auch durch jene Aufdeckungen berührt glauben. Für so grauenhaft verseucht und versumpft hatten wir unseren Ort doch nicht gehalten. Da war es ja wirklich die allerhöchste Zeit, daß dieser Augiasstall einmal gelüftet wurde. . . . . Es gehört doch wirklich schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit dazu, daß nach Aufdeckung dieser schreienden Mißstände unsere jüdischen Gegner überhaupt wagen, hiergegen Protest zu erheben."

Von dem schwer beleidigten Kaufmann Jacob Heymann vor den Schiedsrichter zitiert, konnte der verantwortliche Redakteur dieses gewerbsmäßig verleumderischen Blattes indeß keinerlei Beweise für seine ehrenkränkenden Behauptungen beibringen und sah sich in seinem Blatt zu folgender Erklärung gezwungen:

„Die ganze Angelegenheit beruht auf purem Schwindel. Das betreffende Frauenzimmer, eine Diene, namens Anna Przybilla, hat allerdings in dem betreffenden Hotel logiert, aber auf eigene Kosten, und Herr Heymann hat sie daselbst überhaupt nicht aufgesucht, hat das Hotel, so lange das Frauenzimmer da logierte, gar nicht betreten. Wir nehmen deshalb mit großem Bedauern unsere Vorwürfe gegen Herrn Heymann als völlig unbegründet zurück."

Nun hätte eine auf journalistisches Reinlichkeitsgefühl haltende Zeitung selbstverständlich es als eine Ehrenpflicht erachtet, auch die summarischen Anschuldigungen gegen die Beuthener Juden zurückzunehmen. Anders die „Oberschles. Ztg.", die ihrer Revokation der gegen Herrn Heimann ausgesprochenen Verleumdung folgende Infamie anfügt:

„Nach unserer Aussprache mit Herrn Heymann haben wir diesen als einen hochanständigen Charakter in jeder Beziehung kennen gelernt, und wir werden nun erst recht mit aller Energie gegen die moralische Korruption, die von gewisser Seite durch bekannte Firmen hier eingerissen ist, zu Felde ziehen, damit solche Fälle, wie der vorliegende, in Zukunft vermieden werden."

Gegen eine solche Gemeinheit, die sicherlich von der überwiegenden Mehrheit der Centrumspresse im deutschen Reich ebenso scharf verurteilt wird, wie von allen rechtlich denkenden Menschen, gibt es nur ein Mittel: „Niedriger hängen!"

Die antisemitischen Sonnwendfeste sind von Jahr zu Jahr mehr zu lärmenden Veranstaltungen nach dem Muster der Vogelwiese „Vergnügungen herabgesunken. Ein Anonymus giebt seiner Betrübnis über die Degeneration dieses ehrwürdigen germanischen Festes in den „Deutschsozialen Blättern" folgenden bezeichnenden Ausdruck:

„Wir müssen uns dagegen verwahren, daß die Sonnenwendfeste — Jahrmarktfeste werden. Die Feier der Sonnenwende soll wohl volkstümlich werden, aber nicht dahin ausarten, daß man sie für ein Fest mit allgemeinen Tanz und Trubel ansieht. Der Feier der Sonnenwende muß das Wesen der völkischen Erziehung gewahrt bleiben, sonst verfehlt sie ihren jetzigen Zweck. Kann jemand zum Feuerbrauche den nötigen Ernst und die nötige Weihe mitbringen, wenn vorher der Schwerpunkt auf größtmögliche Belustigung gelegt wurde? Ein größerer Verein begeht heute in der Nähe Harburgs sein Sonnenwendfest. In der Einladung dazu heißt es u. a.: Auftreten von Signor Straußini mit seiner abstinenten Affengesellschaft. Der singende Bär, Trödlermarkt. Man kann wohl annehmen, daß der Verein für sein — sommernächtliches Vergnügen — das ist die richtige Bezeichnung, nur einen klingenden Namen gebraucht. Wohin soll es aber führen, wenn auch andere Vereine auf diesen Gedanken verfallen? Der Sonnenwende muß dadurch doch notwendig der Gedanke einer völkischen Feier genommen werden."

Der betrübte Urteutone zielt mit seiner Schilderung wahrscheinlich auch auf Vorgänge bei den Sonnwendfeiern der Stettiner Antisemiten, die seit mehreren Jahren in wüsten Radau und reichlichen Libationen vor der Venus vulgivaga ausarteten.

Vermischtes.

Der „Nationalverein für das liberale Deutschland" hielt am 23. Juni seine erste Hauptversammlung in Heidelberg ab. In einer programmatischen Rede behandelte Professor Gothein-Heidelberg die Stellung des neuen Nationalvereins zu den verschiedenen bestehenden Parteien. Er kennzeichnete dabei auch die „Abarten des Konservativismus", das demagogische Agrariertum und den Antisemitismus. Dabei erklärte er, daß jeder anständige konservative Mann den Antisemitismus weit von sich abschütteln müsse, denn der Antisemitismus sei keine politische, sondern eine perverse Richtung. Jedermann müsse sich schämen, mit diesen Leuten jemals einen Händedruck zu tauschen. Der Redner schloß seine Darlegungen unter dem lebhaften Beifall einer imposanten Volksversammlung mit den Worten: „Wir wollen nichts wissen von Massenhaß, vom Klassenhaß und Rassenhaß und derlei Teufelswerken!"

Prof. Emanuel Mendel ist vor einigen Tagen an Herzschwäche gestorben. Einem Artikel, welchen die „Voss. Ztg." dem der jüdischen Religion angehörenden berühmten Psychiater widmet, entnehmen wir folgendes:

In Bunzlau im Jahre 1839 geboren, besuchte er das Gymnasium zu Liegnitz und bezog 1856 die Universität Breslau. Dann ging er nach Berlin, promovierte hier 1860 mit einer Arbeit aus dem Gebiete der Nervenheilkunde zum Doktor und erwarb 1861 die ärztliche Approbation. Er ging einige Zeit auf Studienreisen und ließ sich dann in dem vollkommen dörflichen Pankow als Arzt nieder. Seine gediegenen Kenntnisse und seine ungewöhnliche Fähigkeit im Umgang mit Menschen verschafften ihm sehr bald großen Zulauf. Seine Praxis erstreckte sich bis weit in die damals noch lose bebaute Gegend des Gesundbrunnens und vierzehn benachbarte Ortschaften. Während er nach etwa zwanzig Jahren nicht weniger als acht Pferde benötigte, um seine ausgedehnte Praxis zu bewältigen, erinnern sich die älteren noch jenes treuen Pferdes, auf dem Mendel die ersten Jahre als Reiter von Dorf zu Dorf kam und das ihn in drei Feldzügen getragen.

Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 sahen Mendel im Felde. Mehrfach streifte ihn dort die Hand des Todes. In den ersten Wochen des französischen Krieges traf ihn ein Geschoß gerade in der Gegend des Herzens. Es prallte ab an dem Roten Adlerorden, den er in seinem Medizinalkalender in der Tasche trug. In der Schlacht von Le Bourget zerschmetterte ihm ein Geschoß das Schienbein, er mußte, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz, in die Heimat zurückgebracht werden. Seine Kriegserinnerungen von 1870 sind ein treues Kleinod seiner Familie, er war als Bräutigam hinaus ins Feld gezogen und keinen Tag hatte er seine geliebte Braut ohne Nachricht gelassen.

Eine Praxis von dem geschilderten Umfange pflegt im allgemeinen die ganze Arbeitskraft eines Arztes in Anspruch zu nehmen. Mendel fand immer noch Zeit zu wissenschaftlichen Beobachtungen und wissenschaftlichen Arbeiten; in den medizinischen Zeitschriften der sechziger Jahre findet sich mancher von Mendel beschriebene eigenartige Krankheitsfall, aus allen Gebieten der Medizin. Aber sein wissenschaftliches Interesse wandte er immer mehr den krankhaften Veränderungen des Nervensystems und des Gehirns zu, er errichtete in Pankow eine eigene Heilanstalt, 1873 ermöglichten es ihm seine Arbeiten, die Zulassung zur Privatdozentur an der Berliner Universität zu erwirken.

Hiermit begann für Mendel ein neuer und erfolgreicher Abschnitt seines Lebens, die Zeit seiner Lehrtätigkeit. Der Universitätslehrer Mendel fand in seinen Vorlesungen nicht geringeren Zuspruch, als der Arzt in seiner Praxis. Seine Vorlesung „Ueber Zurechnungsfähigkeit" fand stets in einem überfüllten Hörsaal statt, Mediziner und Juristen folgten mit gleich gespannter Aufmerksamkeit den klaren Worten des Lehres, der es meisterhaft verstand, an scheinbar höchst klug und logisch denkenden Menschen die besondere geistige Abirrung kenntlich

zu machen. 1884 wurde Mendel zum außerordentlichen Professor ernannt, auch wurde ihm ein eigener großer Hörsaal gebaut. Mendel legte aber Wert darauf, neben dem Hörsaal auch ein wissenschaftliches Laboratorium zu besitzen, aus dem im Laufe der Jahre von ihm und seinen Schülern eine große Reihe grundlegender Arbeiten hervorgegangen sind. Hervorzuheben sind die Arbeiten, in denen Mendel bemüht war, den krankhaften Veränderungen des Gehirns anatomisch auf den Grund zu kommen. Auf jedem Zweige der Irren- und Nervenheilkunde war Mendel heimisch und zu jedem hat er zahlreiche Beiträge geliefert. Von größeren Werken veröffentlichte er die „Progressive Paralyse der Irren“, „Die Manie“, die „Nervenärztliche Begutachtung der Unfallkranken“. Sein zuletzt erschienenes Buch „Leitfaden der Psychiatrie“ ist vor kurzem ins Englische übersetzt worden.

So sehr Mendel an seiner allgemeinen Praxis hing und so sehr ihn seine Patienten verehrten — gab es doch jahrelang in weitem Umkreise von Pankow kaum einen Krankheitsfall, zu dem Mendel nicht wenigstens als Konsiliarius zugezogen worden wäre — so nahm ihn doch allmählich seine nervenärztliche und psychiatrische Tätigkeit fast ganz in Anspruch. Lange Zeit hindurch gehörte er zu den berühmtesten Vertretern seines Faches, und es gibt wohl kaum ein Land in Europa, wohin er nicht berufen worden wäre. Neben seinen umfassenden Kenntnissen war es seine unvergleichliche Art, mit Menschen umzugehen, die ihm gerade des geistigen Zuspruchs Bedürftige zuführte. Für jede Regung des menschlichen Geistes hatte er feinstes Verständnis, bei dem Hochgeborenen wie bei dem schlichten Manne aus dem Volke, von 60—100 Kranken wurde täglich in der Privatsprechstunde und in seiner berühmten Poliklinik sein Rat begehrt.

Wissenschaft, praktische Erfahrung und Menschentum wirkten bei Mendel zusammen, um ihn wie selten einen befähigt zu machen, auf dem Gebiete, wo so häufig neben dem Arzt der Richter zu sprechen hat, auf dem der psychiatrischen Begutachtung, klare und auch dem Laien einleuchtende Urteile abzugeben. Jahrelang wirkte er bei allen großen Prozessen in Deutschland mit, wo es einer solchen Begutachtung bedurfte. Seine Bedeutung geht aber weit über die Einzelfälle hinaus. Als mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch auch das Irrenrecht neu zu fassen war, schrieb er „Die Geisteskranken im Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch“. Die endgültige Fassung der bezüglichen Bestimmungen ist fast ausschließlich nach seinen Vorschlägen erfolgt.

Zu solchen Vorschlägen war er besonders noch befähigt durch die praktische Erfahrung, die er sich im öffentlichen Leben erworben hatte. Er verlangte vom Arzte Teilnahme am öffentlichen Leben und gab selbst ein Beispiel. Seit Jahrzehnten saß er in der Pankower Gemeindevertretung, diese wählte ihn in den Kreisausschuß und dieser wieder in den Provinziallandtag. Von 1877 bis 1881 vertrat Mendel als Mitglied der Fortschrittspartei den Kreis Niederbarnim im Reichstage. Vor allem ließ er es sich angelegen sein, seine Fachkenntnisse bei seinem öffentlichen Wirken nutzbar zu machen. Das Gesundheitswesen in Pankow stand unter seinem Einfluß, die öffentliche Irrenpflege der Provinz Brandenburg wurde nach seinen Vorschlägen gestaltet. Seine letzte große Leistung für Pankow war die Schaffung des Krankenhauses, bei dessen Eröffnung im vorigen Oktober ihm der Titel des Geheimen Medizinalrates verliehen wurde. Um zu guten Plänen zu gelangen, hatte Mendel in Begleitung des Pankower Baurats fast ganz Deutschland bereist und — das ist für seine Art bezeichnend — auf seine Kosten. Diese Uneigennützigkeit trat vielfach zu Tage. Am häufigsten in seiner Praxis, denn er hat nie eine Rechnung ausgeschrieben. Als vor Jahren Pankow eine Wasserleitung bauen wollte und vergeblich nach gutem Wasser bohrte, stellte Mendel seinen Grund und Boden zur Verfügung. Man fand dort Wasser, und Mendel schenkte das Grundstück der Gemeinde.

Daß ein Mann von solchen Eigenschaften auch bei seinen engeren Berufsgenossen in hohem Ansehen stehen mußte, ist leicht zu begreifen. Viele wissenschaftliche Gesellschaften ernannten ihn zum Ehrenmitgliede, in der Berliner medizinischen Gesellschaft bekleidete er das Amt eines Vorsitzenden, der Aerztekammer gehörte er seit ihrem Bestehen an. Mendels Heimgang wird von vielen betrauert werden, in der Wissenschaft und im Volke; hier wird man am meisten betrauern den Heimgang des guten Menschen.

Professor Dr. G. Lunge in Zürich, einer der treuesten Freunde unserer Abwehrbestrebungen im Auslande, tritt nach langer erfolgreicher Tätigkeit von seinem Lehramt am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich zurück.

Professor Lunge steht in der vordersten Reihe jener Chemiker, die die wissenschaftlichen Grundlagen für die chemische Großindustrie geschaffen, die die zuerst im Laboratorium ausgearbeiteten Verfahren für die Fabrikpraxis auszugestalten verstanden haben. Es ist kein bloßer Zufall, daß er nach Vollendung seiner wissenschaftlichen Studien in seiner Vaterstadt Breslau und an der Universität Heidelberg England aufsuchte. Das britische Inselreich war damals fast das einzige Land, in dem man von einer chemischen Großindustrie sprechen konnte. Salzsäure, Schwefelsäure, Soda mit seinen zahlreichen Nebenprodukten wurden hier fabrikmäßig in großen Massen hergestellt. Noch im Anfange des 19. Jahrhunderts gewann man hauptsächlich die Soda aus der sogen. Barilla, der Asche der namentlich an der Küste von Spanien wachsenden, von den Botanikern Salsola Soda benannten Pflanze. Im Jahre 1834 kamen 12 000 To. Barilla nach England, 1850: 1740 To., 1864: 1260 To. Bald darauf hörte jede Einfuhr auf. Die chemische Großindustrie liefert schon seit mehreren Jahrzehnten alle Soda, und die Sodaindustrie hat eigentlich wohl die Chemiker gezwungen, ihre Methoden aus dem Laboratorium in die Fabrikpraxis zu übertragen. Vor der Sodaindustrie, die Anfang des 19. Jahrhunderts in Gang kam, kann man von einer eigentlichen chemischen Industrie nicht reden. Die mannigfachen Aufgaben, die gerade diese Industrie mit ihren vielen Nebenindustrien und Nebenerzeugnissen den Chemikern zur Lösung dargeboten hat, haben erst die technische Chemie auf ihre jetzige Höhe bringen helfen. Lunges „Handbuch der Sodaindustrie“, dessen erster Band 1879 erschien, läßt deutlich dies Ineinandergreifen der verschiedenen chemischen Prozesse erkennen. In diesem in seiner Art klassischen Werke, auf das jeder zurückgreifen muß, der sich heute wissenschaftlich oder praktisch mit der sogenannten chemischen Großindustrie beschäftigen will, sehen wir auch deutlich, wie bei der Sodagewinnung nach Leblanc die Verwertung der Nebenerzeugnisse fast vollständig gelungen ist. Lunges Untersuchungen über die Bildung der Schwefelsäure in der Bleikammer, über die Zusammensetzung und Wirkung des Chlorkalks usw. zeigen den gewandten Analytiker und scharfsinnigen Beobachter. Daß die praktische Tätigkeit in der Fabrik nicht fruchtlos für ihn gewesen ist, das beweist u. a. der von ihm in Gemeinschaft mit Rohrmann konstruierte Plattenturm, der bei der Schwefelsäurefabrikation die ausgedehnten Bleikammern ersetzen soll. Sehr sinnreich wird hierbei die innigste, fortwährend sich erneuernde Mischung der Gase, Dämpfe und Nebelteilchen, die bei der Erzeugung von Schwefelsäure gegenseitig in Reaktion treten, ausgenutzt. Nicht minder technisch wertvoll und ebenfalls aus der Erkenntnis der chemischen Bedingungen des Bildungsprozesses hervorgegangen ist das Lunge-Rohrmannsche System der vollständigen Salzsäure-Kondensationsanlage mittels des Plattenturmes. Ebenso wie in der Sodaindustrie ist Lunge in der Chemie des Steinkohlenteers zu Hause. War er doch zuerst in England — er weilte dort von 1864 bis 1876 — in einer Steinkohlenteer-Destillation tätig und wurde erst später Leiter einer großen Sodafabrik im Tynedistrikt. In England weckte der tatkräftige Fabrikleiter den Sinn für ernste chemische Forschung; er gehörte zu den Begründern der Newcastler chemischen Gesellschaft. Bald wurde man in der Fachwelt auf den jungen chemischen Techniker aufmerksam, und so erging an den 37jährigen im Jahre 1876 der Ruf als Lehrer für technische Chemie an das Polytechnikum in Zürich. Hier hat er fast 31 Jahre trotz aller lockenden Rufe von anderen Hochschulen gewirkt. Was Lunge in den Fabriken geschaut, im Laboratorium in eifriger analytischer und experimenteller Arbeit festgestellt, das hat er mit kritischem Geist mannigfach verarbeitet. Zeugnis geben davon seine sehr klar gehaltenen, in der Fachwelt geschätzten Werke. Es seien davon nur noch erwähnt: „Taschenbuch für Soda-, Pottasche- und Ammoniak-Fabrikation“, „Die Chemie des Steinkohlenteeres“, „Chemisch-technische Untersuchungsmethoden“ (in Gemeinschaft mit Adam, Barnstein, Beckert u. a. . . .). Lunge gehört seit Jahren zu den eifrigsten Mitgliedern der internationalen Analysen-Kommission. Anzuerkennen ist, daß Lunge auch stets auf die volkswirtschaftliche Seite des chemischen Betriebes ein besonderes Augenmerk richtete.

Beförderung eines jüdischen Richters zum Oberlandesgerichtsrat. Aus Düsseldorf wird jüdischen Blättern geschrieben: Fast gewinnt es den Anschein, als ob man im Justizministerium, das dem Minister Dr. Beseler untersteht, einem Mann von vorurteilsfreiester Gerechtigkeit, auch den Juden das Recht gleicher Behandlung bei der Beförderung und Anstellung im Justizdienst einzuräumen gewillt ist. So ist dieser Tage Herr Landgerichtsrat Stern zum Oberlandesgerichtsrat befördert worden. Er kam vor einigen Jahren aus M.-Gladbach hierher, wo er längere Zeit gelebt und allgemein geschätzt war. Dort gehörte er auch zu den Begründern und Vorstandsmitgliedern des „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur“. Auch hier erfreut sich Landgerichtsrat Stern allgemeiner Achtung. Er nimmt regen Anteil am Gemeindeleben und hat als Mitglied der Schulkommission eine gedeihliche Wirksamkeit entfaltet. Er hat also sein Judentum stets dokumentiert; trotzdem ist er, wie mitgeteilt, befördert worden.

Rumänische Barbareien. Der „Vossischen Ztg.“ sendet man die Uebersetzung eines Artikels der rumänischen „Cronica Israelita“ mit der Schilderung eines Vorganges,

den man für unmöglich halten würde, wenn es sich nicht eben um Rumänien handelte, das Rußland den traurigen Ruhm streitig machen will, in Barbarei und aller Menschlichkeit verleugnender Grausamkeit die Führung zu haben. Wir wünschen die Aufmerksamkeit der ganzen gesitteten Welt auf den in dem Artikel geschilderten Vorgang zu lenken; vielleicht daß der Widerhall, den dieser weckt, den für die Ehre des halbasiatischen Barbarenstaats verantwortlichen Personen die Schamröte ins Gesicht treibt. Der Artikel lautet:

Aus Dorohai wird uns geschrieben: „Daß die Juden der Moldau während der Bauernaufstände wie durch ein Wunder von einem Massenmassacre verschont blieben, wollen ihnen manche hier nicht verzeihen. Deshalb durchleben die Juden der Moldau jetzt sehr kritische Augenblicke. Täglich haben wir neue Verfolgungen, Mißbräuche und Torturen zu verzeichnen, über welche mit Schweigen hinweggegangen wird, aus Furcht, sie könnten die Lage der unglücklichen Juden noch verschlimmern, welche, wie es scheint, jedes Recht auf den Schutz der Gesetze verloren haben. Man schaudert, wenn man von den russischen Metzeleien und Brutalitäten hört, aber was wir weiter unten zeigen, beweist, daß, was die Grausamkeit betrifft, sich unser Land gar nicht von dem unterscheidet, was im Lande der heiligen Knute vorgeht. Folgendes hat sich in Dorohoi im 20. Jahrhundert ereignet: Freitag, am 5. Mai, befahl der Kommandierende des 8. Infanterie-Regimentes Drogosch Nr. 29, Oberst Maresch, begleitet von seinem Gehilfen Oberstleutnant Minkulesku, das ganze Regiment, Offiziere, untere Chargen und Soldaten, möge ausrücken und vor den Kasernen unweit der großen Chaussee ein Karee unter freiem Himmel bilden — als ob er eine Ansprache an das Regiment halten oder einen Tagesbefehl an dasselbe verlesen wollte. Zur größten Ueberraschung der jüdischen Soldaten befahl aber der Kommandant, diese möchten aus der Front vortreten und sich entkleiden.

Die jüdischen Soldaten standen nackt da. Ein Feldwebel, der einen Knüppel schwang, erschien plötzlich vor der Truppe. Darauf erhielten sechs christliche Soldaten den Befehl, aus der Front zu treten. Darauf, auf ein Zeichen des Obersten, ergriffen diese christliche Soldaten einen der jüdischen und warfen ihn zur Erde. Drei halten ihm den Kopf, drei die Füße, und der Feldwebel bearbeitet ihn mit dem Knüppel. Vergeblich schreit und fleht der mißhandelnde Soldat; vergeblich schreien auch die anderen jüdischen Soldaten, welche ein gleiches Schicksal erwartet; vergeblich alarmieren sich die vorübergehenden Zivilisten, die gerade des Weges kamen . . . Das Blut fließt in Strömen aus den Körpern von acht unglücklichen jüdischen Soldaten. Sie werden ohnmächtig, aber die Mißhandlung wird fortgesetzt, bis sie halbtot in die Kaserne oder in den Arrest getragen werden.

Alles dies wurde unter dem Vorwande gemacht, die Juden leisteten nicht den richtigen militärischen Dienst, sondern gingen auch nach Hause. Nachdem die geschilderten Grausamkeiten vollzogen waren, wurde befohlen, daß alle christliche Soldaten, welche sich kräftig spüren, vortreten sollen. Diese traten in großer Anzahl vor (da es sich herumsprach, es handle sich um die Tötung der Juden), und es wurde ihnen befohlen: jeder soll die Ueberwachung von drei Juden übernehmen, sie Tag und Nacht nicht aus dem Auge lassen, sie in den Kasernen und außerhalb derselben beobachten, und wenn einer von ihnen auch nur das kleinste Vergehen sich zu Schulden kommen ließe, soll er aufs Haupt geschlagen, getötet oder erschossen werden. Dies alles auf die Verantwortung der Vorgesetzten.

Jeder wird die Situation der jüdischen Soldaten in diesem Regimente begreifen. Wir wollen keine Kommentare machen, aber wir fordern vom Kriegsminister eine Untersuchung, nicht etwa weil wir auf Gerechtigkeit hoffen. Wir wissen allzu gut, daß man wegen einiger Juden nicht einen Obersten strafen wird. Um aber die Gäste und die Atmosphäre zu beruhigen, die sich in der Kaserne gegen die jeden Augenblick in ihrem Leben bedrohten jüdischen Soldaten gebildet hat."

Wenn sich dergleichen in einem anderen Lande zugetragen hätte, würde man glauben, der Oberst, der diese unsagbare Niederträchtigkeit veranlaßt hat, habe in einem Tobsuchtsanfall gehandelt. Da es sich aber um Rumänien handelt, braucht man sich keiner Sorge um den Geisteszustand des Obersten Maresch hinzugeben. Der Mann darf für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden, denn er ist sicherlich völlig gesund, er ist nur der unverfälschte Typus des Vollblutrumänen, und über dessen moralische Eigenschaften ist man in Westeuropa seit jeher völlig im klaren gewesen.

Ueber das neue russische Wahlgesetz äußerte sich der Held des Tages, der Vorsitzende des Verbandes des russischen Volkes und Redakteur der „Rußkoje Snamja", Dubrowin, dem kaiserliche Huld erwiesen wurde, sehr pessimistisch. Er weiß sogar zu behaupten, daß dieses Wahlgesetz von den Feinden des russischen Volkes verfaßt wurde.

Ja, die Feinde Rußlands wissen, wie Rußland zu vernichten sei. Die dritte Duma werde ebensowenig zuverlässig sein, wie die erste Duma. Die dritte Duma sei aber noch gefährlicher als die erste, weil in ihr mehr Kadetten sein werden, mit den Kadetten werden auch mehr Semiten hinzukommen und mit den Semiten mehr geheime Zarenmörder.

Diese ehrenwerte Zeitung, die jetzt eine Stütze des Thrones bildet (wie das kaiserliche Telegramm an Dubrowin lautet), fordert ein Klassenwahlsystem."

Nur auf diese Weise könnte Rußland sich von seinen Feinden, den Kadetten, in der gesetzgebenden Versammlung befreien, durch die Bestimmung der Wahlen der Dumamitglieder nach Klassen. Der russische Kasten- und Klassengeist duldet keine Juden; er wird keine nicht-russischen Menschen hinzulassen, gewiß keine Zarenmörder. Wenn auch betrugsweise irgend ein Kadett in die Duma hineinkäme, so würde doch die Duma durch seinen sofortigen Ausschluß aus der Kasse und somit auch aus der Duma, von einer Anzahl Zarenmörder in der Duma sich befreien.

Der Hauptzorn der „Rußkoje Snamja" ist aber gerichtet gegen diejenigen Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes, welche den Kaufleuten und Industriellen das Wahlrecht einräumen.

Kann denn ein „Jüdchen" aus Berditschew eine alte russische Firma ersetzen? Deswegen sei die Anheimstellung des Wahlrechts an den ersten besten, der um die „Ehre" des russischen Handels wenig besorgt ist, und der nur einige Rubel Steuer zahlt für seinen betrügerischen Handel, ein bedeutender Fehler in dem Wahlgesetze.

Dubrowin fordert seine „Getreuen und Genossen" zum engeren Zusammenschluß auf. Uns ist eine starke Stütze die selbstherrliche Gewalt und ebenso die allgemeine Sympathie der ganzen wohldenkenden christlichen Menschheit. (??) — Bereitet Euch vor zur historischen Arbeit. Das erste, was wir zu tun haben, ist, die giftige Schlange der gegenseitigen Verdächtigung von uns abzuschütteln und uns gegenseitig zu schonen.

Die „Rußkoje Snamja" wendet sich dann an den Zaren selbst, den sie als Märtyrer preist, der zum Wohle des russischen Volkes sein Leben opfern muß.

Wir wissen, daß die übermenschliche Selbstherrschaft eine übermenschliche Kraft erfordert. Aber sei nicht betrübt, gütiger Zar, Väterchen. Die russische Ehre ist nicht verkäuflich. Sie wird noch schneller auferstehen, als es die Feinde ahnen, und dann wird jeder Russe mit Gottes Hilfe seine Pflicht vor Dir erfüllen, und die Schande der begangenen Fehler, des Unglücks und der Niederlage abwischen.

Soweit die „Rußkoje Snamja", dieses Organ, das zarische Huld beglückt.

Briefkasten.

Dr. B. in Königsberg. Besten Dank für die unsere Liste von ordentlichen Professoren jüdischer Religion ergänzende Mitteilung, daß in Königsberg außer dem Geheimrat Herrmann noch zu nennen sind: Jaffe (Medizin), Schönfließ (Mathematik) und Mosse, der ordentlicher Honorarprofessor in der juristischen Fakultät ist.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 27. | Berlin, 3. Juli 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Sennit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemitische Absurditäten.

Bei der Aufgabe, die wir uns gestellt, über antisemitische Absurditäten zu schreiben, ist man in Verlegenheit, womit man anfangen, und wo man aufhören soll. Denn der ganze Antisemitismus ist ja eine Riesenabsurdität.

Aber knüpfen wir einmal an den Heimgang des Professor Mendel an, von dem in der letzten Nummer der „Mitteilungen" des Längeren die Rede gewesen ist. Professor Mendel war Jude, hat aber doch an drei Feldzügen teilgenommen und das Eiserne Kreuz erworben. Er ist, obwohl er Jude und sogar freisinnig war, von dem konservativen Niederbarnimer Kreistage in den Provinziallandtag entsandt worden. Ein freisinniger Jude als Inhaber des Eisernen Kreuzes und Vertrauensmann einer konservativen Körperschaft, das entspricht so ganz und gar nicht den antisemitischen Vorstellungen und Darstellungen von Juden. Aber darüber wollten wir gar nicht sprechen.

Professor Mendel war nämlich noch viel mehr als tapferer deutscher Soldat und Provinziallandtagsmitglied, er war eine wissenschaftliche Leuchte ersten Ranges. Weit über Deutschlands Grenzen hinaus war sein Ruf gedrungen, und so mancher Potentat hat ihn berufen, um sich bei ihm Rat zu holen. Er war Jude; aber das wußten wahrscheinlich nicht zehn unter hundert seiner in- und ausländischen Patienten, sondern sie wandten sich an ihn nicht als an einen Juden, sondern als an einen deutschen Forscher, Gelehrten und tüchtigen ärztlichen Berater. Daß er dem Judentum Ehre gemacht, daß wußten nur wenige; daß er der deutschen Wissenschaft und Tüchtigkeit Ehre gemacht hat, das wußten Millionen und priesen in ihm den Deutschen und deutsches Wissen und Können.

Wäre es aber nach den Antisemiten gegangen, dann hätte dieser Mann nicht der Wissenschaft dienen, nicht Zehntausenden seiner Landsleute raten und helfen, nicht zahlreiche deutsche wissenschaftliche Jünger ausbilden, nicht der deutschen Wissenschaft und dem deutschen Namen Ehre machen dürfen. Denn Mendel war ja Jude. Nach antisemitischem Rezept sollen Juden nur prozentweise zum Besuch der Universitäten, zur Ausübung der Praxis gar nicht oder nur im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer und zu den Lehrstühlen um Gottes willen nicht zugelassen werden.

Der Antisemitenhäuptling Dr. Lueger ist so gnädig, die Juden wohl studieren zu lassen, aber sie sollen ihre Wissenschaft beileibe nicht praktisch verwerten dürfen. Das heißt, der Antisemit, der den Juden nur materielles Trachten zum Vorwurf macht, mutet denselben Juden zu, daß sie aus rein platonischer Liebe zur Wissenschaft studieren sollen und — verhungern.

Ginge es nach den Antisemiten, dann hätte Deutschland sich keines Mendel, keines Traube, keines Lazarus und nicht so vieler anderer jüdischer Leuchten der Wissenschaft rühmen dürfen. Wären Deutschland und die deutsche Wissenschaft dann besser daran? Wäre es für Deutschland vorteilhafter, wenn diese Männer in einem anderen Lande sich niedergelassen hätten und wenn die studierende Jugend und das leidende Alter sich nach diesen Ländern gewandt hätten? Denn die wenigsten Gelehrten und Forscher sind in der Lage, ohne jede praktische Verwertung ihrer Wissenschaft zu leben und noch wenigere sind willens, einer antisemitischen Absurdität zuliebe zu verhungern.

Und warum sollen Juden, auch wenn sie noch so tüchtig sind, ihre Tüchtigkeit nicht im Interesse ihrer Landsleute praktisch verwerten dürfen? Dr. Lueger fürchtet den Einfluß der jüdischen Professoren, Aerzte, Juristen usw. Nun, wir sind fest überzeugt, dieser Einfluß würde oder könnte weit bedeutender sein, wenn solchen Juden nicht gestattet würde, ihre Berufe auszuüben. Oder hat ein Spinoza, der keinen Lehrstuhl inne hatte, der ein ganz bescheidenes, harmloses Handwerk betrieb, nicht mehr Einfluß auf die Menschen ausgeübt als so und so viele Professoren, Richter, Aerzte usw.? Gewiß, die Spinoza sind dünn gesät. Aber meint man, daß die jüdischen Akademiker, die, weil ohne Beruf, sich durch litterarische Arbeiten, durch Beiträge für Zeitungen ernähren müßten, nicht unendlich mehr Einfluß gewinnen würden, als durch Ausübung ihrer legitimen Berufe? Und dieser Einfluß wäre wahrscheinlich nicht immer ein sehr guter, denn die Leute wären mit Recht erbittert darüber, daß sie wegen einer antisemitischen Absurdität genötigt sind, sich ihren Lebensunterhalt gewissermaßen auf Hintertreppen zu erwerben. Ja, aber darum sollten Juden auch nicht für Zeitungen schreiben dürfen. Auch eine solche Absurdität trauen wir ohne weiteres den Antisemiten zu. Nur wären sie außer Stande, das zu verhindern. Die Zeitungsartikel sind anonym, und es gibt Pseudonyme. Redaktionen haben nicht Zeit, wenn ihnen ein wichtiger aktueller Artikel zugeschickt wird, lange nachzuforschen, ob der hundert Meilen davon entfernt wohnende Verfasser Jude ist. Sie haben auch keine Lust dazu und kein Interesse, es zu tun. Die von der Ausübung ihres legitimen Berufs verdrängten Juden würden dann erst recht und wahrscheinlich mit Erfolg das tun, was ihnen der Wiener Oberbürgermeister jetzt ohne jeden

Grund zuschreibt: daß sie nichtjüdische Gelehrte und Forscher nicht aufkommen lassen. Sind die Koch, Bergmann, Langenbeck, Renvers, Lister, Pasteur und viele andere Koryphäen auf allen Gebieten etwa Juden? Aber wenn alle akademisch gebildeten Juden, wie jetzt nur einige, genötigt wären, sich durch Schriftstellerei zu ernähren, dann wären sie fast gezwungen, mit Hilfe der Presse die Werke jüdischer Gelehrten ganz besonders zu begünstigen und sie und deren Autoren in den Vordergrund zu ziehen.

Und haben die Herren Antisemiten auch gedacht, daß sie durch solche Beschränkungen die intelligentesten Juden wieder auf die Gebiete drängen, auf welchen man allein fast Reichtümer erwerben kann? Meinen die Herren, daß mancher jüdischer Bankdirektor nicht mehr Macht und Einfluß hat als ein Dutzend jüdischer Professoren, hundert jüdische Richter und tausend jüdische Aerzte zusammengenommen? Und meint man, daß solch ein Bankdirektor, der selbst vielleicht lieber Mathematik doziert hätte, der sieht, daß sein Bruder, sein Sohn, Verwandte, Bekannte aus purer Unvernunft gewaltsam verhindert werden, dem unschuldigen Drange ihres Herzens zu folgen, seine Macht und seinen Einfluß gern zu Gunsten derjenigen, die diese Ungerechtigkeit, diesen unvernünftigen Zwang ausüben, verwenden wird oder lieber zu Gunsten derer, die gleich ihm vergewaltigt werden? Und wenn man, noch engherziger als das Mittelalter, den Juden auch Finanzgeschäfte verbieten wollte, meint man, daß es etwas mehr Transferables gibt als Geld, mehr Gesuchtes als Finanzbegabung, und glaubt man, daß es dann lange dauern würde, bis das Land, in welchem man solchen antisemitischen Absurditäten Rechnung trägt, wirtschaftlich und bald auch politisch ganz und gar ins Hintertreffen kommen müßte? Man denke an den wirtschaftlichen und politischen Wandel in Spanien.

Doch wenden wir uns einer der zahlreichen andern antisemitischen Absurditäten zu. Wenn etwas, dann sind die Antisemiten stolz auf die germanische Tüchtigkeit und Vorzüglichkeit in allen und noch einigen Betätigungen des Lebens. Sie können nicht genug Rühmens machen von den germanischen Heldentaten und von den Werken deutscher Dichter. Dennoch trauen sie diesen Leistungen nicht Kraft genug zu, die Juden, die in den öffentlichen Schulen in den Geschichts- und Literaturstunden im Geiste deutscher Helden und Dichter herangebildet worden und das für andere Leute mit so großem Erfolge, daß Juden keine üble Rolle als deutsche Schriftsteller und Journalisten spielen, für das Deutschtum zu gewinnen. Wie können sie es dann aber wagen, wenn die wenigen Juden, die zugestandenermaßen sich gern gewinnen lassen wollen, die keinen eigenen Grund und Boden haben, die sich keiner eigenen lebenden Sprache und Literatur erfreuen, die keine politische Macht haben, an die sie im Notfalle sich wenden und auf die sie sich stützen könnten? Wie, fragen wir, können die Antisemiten jemals hoffen, die Millionen Polen, hinter welchen andere Millionen stehen, zu deutsch fühlenden Bürgern zu machen, die dicht beisammen wohnen, auf dem vor nicht allzu langer Zeit selbständig gewesenen vaterländischen Boden, eine lebende Sprache und Litteratur besitzen und sich nicht gerne germanisieren lassen wollen? Wie auch nur die Dänen, die vor wenigen Jahrzehnten einem dänischen Vaterlande angehörten und benachbart sind einem noch heute unabhängigen dänischen Königreiche? Und wie gar die Franzosen im Reichslande zu assimilieren, die ein mächtiges Reich hinter sich haben?

Aber die antisemitische Denkweise ist eben eine ganz und gar absurde und inkonsequente. Wir renommieren nicht fortwährend mit den Vorzügen Deutschlands, mit der germanischen Unübertrefflichkeit, und trotzdem denken wir höher von der Werbekraft des Deutschtums. Wir sind überzeugt, daß deutsches Denken und deutsches Tun, deutsche Ordnung und deutsche Gesetzlichkeit mit der Zeit Dänen, Franzosen und Polen zu guten deutschen Bürgern machen werden, wie es mit den Juden, nachdem ihnen einmal Menschen- und Bürgerrechte eingeräumt worden sind, in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit geschehen ist, wenn nicht die Teutobolde mit ihrer Tölpelhaftigkeit das Germanisierungswerk gar zu sehr erschweren.

Antisemitische Heißsporne sind bereit, eine nachdrückliche Förderung per fas et nefas der jüdischen Auswanderung, hier und da sogar die Austreibung der Juden zu verlangen.

Wieder eine kolossale antisemitische Absurdität, auch wenn man von der Inhumanität, die ja allerdings den Antisemiten keine Bedenken verursacht, gänzlich absieht. Wir sind überzeugt, daß Rußland und vielleicht auch einem und dem anderen mittel- oder westeuropäischen Kulturlande nichts Schlimmeres passieren könnte, als eine mehr oder minder vollständige Auswanderung oder Austreibung der Juden. Sogar russische Staatsmänner geben zu, aus Zweckmäßigkeitsgründen, d. h. im Interesse der russischen Entwickelung, von einer Austreibung der Juden absehen zu müssen. Gerade Rußland kann die Intelligenz und Energie selbst der ausgepauverten, geduckten und meist auf noch niedriger Kulturstufe stehenden Juden nicht entbehren. Aber selbst das gewiß hochentwickelte Deutschland würde schwer genug die Lücke empfinden, die entstehen würde, wenn beispielsweise die jüdischen Industriellen, Finanziers, Schriftsteller und anderen Intellektuellen plötzlich zur Auswanderung genötigt wären. Die betreffenden Konkurrenten würden zweifellos eine vorübergehende Erleichterung verspüren, die deutsche Gesamtheit dagegen würde einen ungeheuren geistigen sowie materiellen Verlust erleiden, der es in mehr als einer Beziehung ungemein schädigen, weit zurückwerfen und außerordentlich schwächen würde.

Aber wenn man wenigstens eine größere Anzahl durch halbes Stoßen, halbes Drängen aus dem Lande bringen könnte! Das ist antisemitischer Wunsch überall, ist Gipfel antisemitischer Staatsweisheit in Rußland und Rumänien. Torheit über Torheit! Denn zum Segen kann auch diese „gelinde" Austreibungspolitik den betreffenden Ländern nicht gereichen. Wer wandert aus? Die ganz reichen Juden, diejenigen also, die man wegen ihres Reichtums beneidet oder zu fürchten vorgibt, n i c h t , denn sie sind mächtig genug, sich Ruhe und Sicherheit erkaufen zu können. Dagegen wandern aus die physisch, geistig und materiell Kräftigsten, die Strebsamsten und Energischsten, und zurück bleiben die Alten, Schwachen, Kranken, die auch moralisch Minderwertigen, und das Land behält Dank seiner ebenso inhumanen wie absurden Antisemitenpolitik fast ausschließlich die Juden zurück, die es — verdient und die dem Lande so oder so zum Schaden und zur Last gereichen müssen.

Doch genug der antisemitischen Absurditäten. Erschöpfen läßt sich das Thema ja überhaupt nicht. Es werden jedem Dutzende Absurditäten, und keine geringen, einfallen, die man auch hätte behandeln, wenigstens einflechten können. Wo man eben den Antisemitismus anfaßt, da ist er absurd, und das ist noch das Gelindeste, was von ihm gesagt werden kann.

Ein antisemitisches Verhör.

Professor G o t h e i n - Heidelberg hat sich durch die Rede bei der Begründung des Nationalvereins den Zorn der Antisemiten zugezogen und wurde von dem berühmten

Parteisekretär der Deutschsozialen, Herrn J. Hennigsen, vor seinen Richterstuhl zitiert. Es fand folgendes Verhör statt:

Hennigsen: Angeklagter, Prof. Gothein, Sie werden beschuldigt, gesagt zu haben: „Jeder anständige Konservative schüttle die Antisemiten gern von sich ab. Der Antisemitismus ist keine politische, sondern eine perverse Richtung, mit der wir niemals einen Händedruck tauschen können. Der Antisemitismus, der leider noch immer in der Jugend Verheerungen anrichtet, erinnert an die finstersten Zeiten des Mittelalters. Augenblicklich feiert er im Osten wahre Orgien" usw." Haben Sie das zu sagen gewagt?

Prof. Gothein (eingeschüchtert): Ja.

Hennigsen: Sie wollen zweifellos den gebildeten Klassen angehören; wie können Sie als moderner Mann zu so gänzlich veralteten, rückschrittlichen Anschauungen gelangen? *)

Prof. Gothein (eingeschüchtert): Ich halte diese Anschauungen nicht für veraltet.

Hennigsen: Wissen Sie denn nicht, daß die Meldungen aus dem Osten über Ausschreitungen des Antisemitismus lauter Falschmeldungen sind und daß die Juden die Unruhen anstifteten? *)

Prof. Gothein (ganz verblüfft): Die Möglichkeit! Was Sie nicht alles sagen! Also die Juden machen die ganze russische Revolution und die Russen dazu? Diese niederträchtigen Mordskerle von Juden. So was! Aber warum, wenn sie in Rußland doch nicht überall bepogromt werden, wenn die gemeldeten Ausschreitungen des Antisemitismus nicht wahr sind, sind denn die Juden zu Hunderttausenden aus Rußland ausgewandert?

Hennigsen: Eben weil es ihnen zu gut in Rußland gegangen ist. Sie haben durch Ueberfälle auf christliche Läden so viel zusammengeraubt, daß sie so weite Vergnügungsreisen machen konnten.

Prof. Gothein: Was man nicht alles hört. Und ich hatte es in den Zeitungen aller Sprachen so ganz anders gelesen.

Hennigsen: Das sind Judenblätter. Die einzig wahrheitsliebende Presse ist die antisemitische.

Prof. Gothein: Hätt' ich nie geglaubt!

Hennigsen: Aber von jetzt an glauben Sie es! Verstanden? Wissen Sie weiter nicht, daß fast alle großen Gelehrten, Künstler und Staatsmänner aller Zeiten dem Judentum ablehnend gegenüberstanden? Man braucht nur an Cicero, Tacitus, Luther, Friedrich den Großen, Voltaire, Kant, Herder, Napoleon I., Fichte, Arndt, Pestalozzi, Moltke, Bismarck, Hebbel, Schopenhauer, Wagner, Robert König, Wolfgang Menzel, Virchow, Prof. Billroth und tausend andere zu erinnern. *)

Professor Gothein: Sie nennen mir da eine Reihe berühmter Namen, aber daß deren Träger Antisemiten gewesen seien, das kann ich, wenigstens nicht von allen, zugeben. Sie mögen einmal eine abfällige Aeußerung über Juden getan haben, wie jeder von uns wohl auch einmal es sogar über die eigenen Landsleute, Stammes- und Glaubensgenossen tut. Daß auch nur die, die Sie genannt haben, geschweige denn fast alle großen Gelehrten, Künstler und Staatsmänner aller Zeiten dem Judentum ablehnend gegenüberstanden, das glaube ich nicht; nein, das weiß ich besser.

Hennigsen diktiert dem Professor eine Strafe wegen Ungebühr, daß er einem Antisemiten nicht alles aufs Wort glaubt. (In strengerem Tone fortfahrend): Wir sollen pervers sein? Sollten Sie nicht selber so sein, wie Sie uns schildern? Stellen Sie doch einmal die Mitglieder eines Vereins der Linksliberalen den Mitgliedern eines deutschsozialen Vereins aus einer gleichen Stadt gegenüber, dann wird man sehr schnell den Vorzug für uns herausfinden. Auf unserer Seite fast nur gesunde, kräftige Menschen, auf der anderen Seite blasierte Jünglinge und Männer, die unverkennbare Zeichen der körperlichen und hin und wieder auch geistigen Degeneration aufzuweisen haben. *)

Sagen Sie, Angeklagter, sind wir gesunde Jungen oder nicht?

Prof. Gothein: Es ist allerdings keiner von Ihnen von des Gedankens Blässe angekränkelt.

Hennigsen (geschmeichelt): Sehen Sie! Uns Antisemiten ist so kannibalisch —

Prof. Gothein: Ganz kannibalisch wohl als wie fünfhundert Säuen.

Hennigsen: Machen Sie hier keine schlechten Witze!

Prof. Gothein: Das ist ein Zitat.

Hennigsen: Aus einem verdammten Judenblatt.

Prof. Gothein: Nein, aus Goethes Faust.

Hennigsen: Ihr Glück, sonst hätte ich Sie wieder wegen Ungebühr bestraft. Also, Angeklagter, Sie geben zu, selbst pervers zu sein?

Prof. Gothein: Das gebe ich ganz und gar nicht zu.

Hennigsen: Was? Ist es nicht widernatürlich und krank, wenn Sie das Großkapital und die internationalen Börseninteressen, nicht aber weite Teile unserer deutschen Volksgenossen schützen? *)

Prof. Gothein: Weder treten wir besonders für die Interessen des Großkapitals und der internationalen Börse ein, noch weigern wir uns, weite Teile unserer deutschen Volksgenossen zu schützen.

Hennigsen: Sie wagen zu leugnen, zu widersprechen. Ist es nicht krankhaft von Ihnen, zu den vielen liberalen Gruppen und Grüppchen noch den „Nationalverein für das liberale Deutschland zu begründen? *)

Prof. Gothein bricht in ein homerisches Gelächter aus.

Hennigsen: Was lachen Sie?

Prof. Gothein kann sich nicht halten vor Lachen.

Hennigsen: Zum Donnerwetter, was lachen Sie?

Prof. Gothein (immer noch lachend): Quis tulerit Gracchos —

Hennigsen: Sprechen Sie deutsch. Wir sind hier nicht in der Ostmark, und Sie sind kein Pole.

Prof. Gothein: Das war lateinisch.

Hennigsen: Pervers! Als wenn die deutsche Sprache nicht so herrlich wäre.

Prof. Gothein: Es war ein Zitat.

Hennigsen: Nun, es gibt genug deutsche Zitate. Was sollte das Zitat bedeuten?

Prof. Gothein: So viel als: es ist zum Lachen, daß ein Antisemit von „Grüppchen" spricht. (Schüttelt sich weiter vor Lachen.)

Hennigsen: Sie sind ein Jude. (Dekretiert): Wird verbrannt. Punktum!

*) Alles eigene Worte des Parteisekretärs Hennigsen, aus einem Artikel der „Deutsch sozialen Blätter". D. R. d. M.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der „rechtswidrige Vorsatz" des Grafen Pückler. Am 15. März d. J. hatte sich Graf Pückler, der in diesen Tagen aus seiner letzten viermonatigen Haft entlassen worden ist, wieder einmal, wie so oft schon, vor dem Landgericht I in Berlin zu verantworten, weil er die christliche Bevölkerungsklasse zu Gewalttätigkeiten gegen die jüdische aufgereizt haben soll. Das Gericht erkannte jedoch auf Einstellung des Verfahrens, da es annahm, daß die jetzt unter Anklage gestellten Reden vom 12. Juni und 3. Juli 1906 durch das Urteil vom 20. Oktober 1906, durch das der Graf drei Monate Gefängnis erhielt, bereits abgeurteilt worden seien. Pückler hatte im Verlaufe des Jahres 1905 verschiedene Reden gegen die Juden gehalten. Anfang Januar 1906 war er zur Verbüßung einer sechsmonatigen Festungshaft nach Weichselmünde gereist. Die ihm am 19. Mai gewährte Beurlaubung benutzte er dazu, die jetzt unter Anklage stehenden Reden zu halten. Das Landgericht hat nun mit Rücksicht darauf, daß die verschiedenen am 20. Oktober 1906 abgeurteilten Reden und Flugschriften als eine fortgesetzte Handlung aufgefaßt worden sind, angenommen, daß der Graf im Jahre 1905 den Vorsatz gefaßt habe, fortgesetzt Reden gegen die Juden zu halten, und daß auch die am 12. Juni und 3. Juli 1906 gehaltenen Reden von diesem Vorsatz getroffen würden.

Gegen die aus diesem Grunde erfolgte Einstellung des Verfahrens hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Der Reichsanwalt erklärte es für höchst bedenklich, von einem einheitlichen Vorsatze zu reden, wenn das strafbare Tun eine einjährige Unterbrechung erlitten hat. Das Landgericht scheine den Vorsatz mit dem Willensentschluß verwechselt zu haben, eine größere Anzahl ganz gleicher strafbarer Handlungen zu begehen. Mindestens hätte geprüft werden müssen, ob der Anlaß zu den Reden derselbe war, ob der Angeklagte schon im Sommer 1905 hat übersehen können, daß er ein Jahr später unter denselben Bedingungen seine Rede halten werde. — Das Reichsgericht erkannte dementsprechend auf Aufhebung des Urteils.

Graf Pückler für verrückt erklärt? Der kürzlich aus dem Gefängnis entlassene Graf Pückler hielt am 1. Juli in Berlin in Kellers Sälen eine „Volksversammlung" ab. Der Versammlung wurde mitgeteilt, daß Graf Pückler nicht zu Wort kommen könnte, weil er für verrückt erklärt worden sei. Dagegen müsse man protestieren, denn einen verrückten Menschen hätte der Staatsanwalt nicht im Gefängnis behalten dürfen.

Am Eingang wurde ein Aufruf folgenden Inhalts verteilt:

„Auf die Schanzen, deutsche Männer und Frauen. Der Polizeipräsident von Berlin hat eine von mir anberaumte Volksversammlung in Kellers Festsälen verboten, mit der Begründung, ich sei aus dem Gefängnis zu Moabit als geisteskrank entlassen und habe meine Strafe nicht bis Ende abgebüßt. Das ist eine niederträchtige Lüge. In Wirklichkeit verhält sich die Sache folgendermaßen: Ich war vier Monate im Gefängnis und habe die ganze Strafe vom 25. Februar bis 25. Juni in Tegel und Moabit abgebüßt. Während meiner Haft waren allerdings eine Menge Irrenärzte bei mir, um mich auf Veranlassung der Staatsanwälte Eisenbiel und Wachler auf meinen geistigen Zustand zu untersuchen. Es waren zugegen die Gerichtsärzte Dr. Hoffmann, Dr. Strauch, Dr. Stirner und der Direktor von Dalldorf, Dr. Sander. Letzterer ist jedenfalls ein Judenabkömmling, denn der Kerl sieht aus, genau wie der kleine Cohn. Von diesen vier Aerzten hat mich Dr. Hoffmann als vollständig gesund befunden; die drei übrigen Aerzte haben mich, wie ich gehört, für verrückt erklärt, obwohl sie mich nur höchstens drei- bis viermal auf eine kurze Zeit gesehen. Wie kommen diese Leute dazu, ein derartig niederträchtiges und frivoles Gutachten abzugeben? Es sind ehrlose, von Juden bezahlte Schufte, die ein anständiger Mensch nicht mit der Zange anfassen kann. Bürger von Berlin! Laßt Euch diese unerhörten Zustände nicht länger gefallen. Ganz Deutschland ist ein großes Zuchthaus geworden, in welchem Juden, Staatsanwälte und Irrenärzte ein greuliches Unwesen treiben. An die Laternen mit dem ganzen Gesindel. Hoch Deutschland! Hoch die Stadt Berlin! Aber nieder mit den Juden, nieder mit den gottlosen und verfluchten Leuten! Graf Pückler."

Der Aufruf wurde beschlagnahmt; die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf.

Privatprozeß gegen das antisemitische „Kasseler Sonntagsblatt". Auf dem Parteitage des Wahlvereins der Liberalen in Berlin hatten die Kasseler Vertreter Zuder und Dr. Tienes die politische Lage in Hessen kritisiert. Dies gab dem „Kasseler Sonntagsblatt" Veranlassung, in einem Artikel die Kasseler Delegierten anzugreifen. Dr. Tienes, der besonders scharf angegriffen worden war, beschritt den Klageweg und die Angelegenheit kam vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Der verantwortliche Redakteur des verklagten Blattes bestritt, Dr. Tienes beleidigt zu haben, auch habe ihm eine solche Absicht ferngelegen. Auf die Bemerkung des Gerichtsherrn, daß doch ein christliches Blatt von Politik frei sein solle, erklärte der Verleger, Herr Thiele, daß das „Kasseler Sonntagsblatt" christlich-sozial-antisemitisch sei. Sein Verteidiger, Herr Justizrat Dr. Schier, führte des weiteren aus, daß man in dem fraglichen Artikel eine Beleidigung des Herrn Dr. Tienes nicht erblicken könne, und außerdem stehe dem Angeklagten der § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zu, da (!) das Kasseler Sonntagsblatt das Organ der Antisemiten sei; ferner habe Dr. Tienes den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie angegriffen und da Herr Redakteur Thiele, der Mitglied des Reichsverban des sei, auch an der Herausgabe der Flugblätter mitgewirkt und sämtliche hier erschienenen Flugblätter gedruckt, habe er sich für berechtigt gehalten, den fraglichen Artikel zu veröffentlichen. Der Rechtsbeistand des Klägers, Rechtsanwalt Landgrebe, hob die Schwere der Beleidigungen hervor und vertrat die Ansicht, daß der § 193 dem Angeklagten nicht zugebilligt werden könne. Das Urteil lautete: Der Angeklagte ist der Beleidigung für schuldig befunden, da der Artikel im „Kasseler Sonntagsblatt" in scharf verletzender ironischer Weise gehalten ist, der Paragraph 193 ist dem Angeklagten nicht zugebilligt worden. Redakteur Thiele wurde mit Rücksicht auf eine bereits wegen Beleidigung erhaltene Vorstrafe zu 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft und in die sämtlichen Kosten verurteilt. Ferner wurde dem Kläger die Befugnis zuerkannt, das Urteil im „Kasseler Sonntagsblatt" und im „Kasseler Tageblatt" auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Ueber die Wahlpraktiken der Christlichsozialen in Oesterreich, denen sie bei den jetzigen Wahlen in der Hauptsache ihre Erfolge zu verdanken haben, werden in einer österreichischen Korrespondenz der „Christlichen Welt" allerlei interessante Einzelheiten mitgeteilt; der Verfasser des Artikels, Arthur Schmidt, schreibt u. a.:

„Wodurch haben die Klerikalen diesen großen Wahlsieg errungen? Sie haben es vor allem verstanden, die Massen, auf deren Stimmen es bei dem neuen Wahlrecht in erster Linie ankommt, vor ihren Siegeswagen zu spannen. Spielte sich das katholische Zentrum in den Alpenländern als bäuerliche Volkspartei auf, so gewannen die Christlichsozialen, die sich von Wien und Niederösterreich aus zu einer „Reichspartei" auszuwachsen gedachten, die kleinen Bürger und auch weite Arbeiterkreise. Als christliche Kleinbürger- und Arbeiterpartei verfügten sie über eine ausgezeichnete Organisation. Jeder

Pfarrhof war ein *klerikaler Agitationsherd*, jeder Kaplan ein bezahlter oder unbezahlter Agitator. Wahlhirtenbriefe der Bischöfe, die von der Kanzel vorgelesen wurden, bereiteten den Boden. Wahlpredigten folgten. Die Bozener Zeitung bringt nach dem Berichte des Alldeutschen Tagblatts, Folge 123 vom 1. Juni l. J., eine *Predigt*, die ein Kapuziner während der Pfingstfeiertage, also knapp vor der Stichwahl, in Bozen gehalten hat. Nachdem er gegen den Verein „Freie Schule" und die geplante Eheresform gehörig gewettert hatte, fuhr er also fort: „*Ihr Frauen* seid in diesen Tagen *besonders liebenswürdig mit euren Männern und gewährt ihnen jede Bitte*, damit sie euer Flehen, nur einen gut katholischen Mann zu wählen, erhören. Und ihr Kinder zerrt eure Väter zur Wahlurne, wenn sie nicht freiwillig gehen wollen. — Wenn jemand zu einem kommt und sagt, ihr sollt ihm versprechen, einen andern als den gut katholischen Kandidaten zu wählen, so versprecht es ihm ohne Zögern, aber wählt dann doch den Katholiken, und Gott im Himmel wird euch dafür belohnen." Diese Probe dürfte genügen!

Die Größen der Christlichsozialen bereisten unaufhörlich die Wahlbezirke, um die Kandidaten ihrer Partei zu stützen. In Mähren und Schlesien leitete Baron von Grimmenstein, Domherr in Olmütz, die Agitation. Der Reichsratswähler, ein Sudelblatt schlimmster Sorte, wurde in Wien in einer riesigen Auflage, man spricht von 600 000 Stück, gedruckt und in den Wahlbezirken, wo Christlichsoziale kandidierten, allen Wählern, *auch Protestanten und Juden*, kostenlos ins Haus geschickt. Ueber 40 Nummern erschienen von diesem Giftblatte. Und woher kamen die Millionen, die diese Wahlagitation verschlang? Die Kirchenfürsten, die Stifte und Klöster, der hohe Adel sind reich und sorgten schon dafür, daß es am schnöden Mammon nicht fehlte.

Dabei verschmähte es die Christlichsoziale Partei nicht, auf *Gimpelfang* auszugehen und sich als eine protestantenfreundliche Partei aufzuspielen. „Kann ein Protestant christlichsozial wählen?" ist die Ueberschrift eines Flugblattes, das allüberall den evangelischen Wählern zugeschickt wurde. Selbstverständlich kann er das! Die Christlichsozialen unterstützen ja die evangelische Schule in Wien mit 20 000 Kronen jährlich, geben überdies fünf weiteren evangelischen Schulen Niederösterreichs im ganzen 2300 Kronen (!) Jahresunterstützungen und fördern drei evangelische Wohltätigkeitsvereine Wiens mit zusammen 800 Kronen jährlich. Zahlen und Tatsachen sprechen! Der Beweis ist erbracht, „daß jeder evangelische Wähler mit gutem Gewissen dem christlichsozialen Wahlbewerber die Stimme geben kann!" — In diesem Flugblatt wird nur wohlweislich verschwiegen, daß die unterstützten evangelischen Schulen mit einem Jahresaufwand von 150 000 Kronen öffentliche Anstalten ersetzen, und daß durch deren Erhaltung die Stadt Wien und das Land Niederösterreich vor ganz bedeutenden Ausgaben bewahrt bleiben. Die evangelischen Wohltätigkeitsvereine Wiens werden mit bettelhaften Beträgen bedacht, deren man sich noch rühmt, die aber in gar keinem Verhältnis zu dem großen, Stadt und Land entlastenden Jahresaufwand dieser Vereine stehen. So gibt der evangelische Waisenversorgungsverein jährlich etwa 100 000 Kronen, der Diakonissenverein 75 000 Kronen aus. Diese Unterstützungen an evangelische Anstalten und Vereine werden aber von den Christlichsozialen mit aus dem Grunde gewährt, damit man mit einem Schein des Rechtes umso kräftiger den klerikalen Unternehmungen beispringen kann. So erhalten von der Stadt Wien, deren Gemeinderat fast ausschließlich christlichsozial ist, der Katholische Volksbildungsverein 2000 Kronen, der klerikale Verein „Volkslesehalle" 10 000 Kronen, der Katholische Schulverein 10 000 Kronen, die klerikalen Kinderschutzstationen gleich 100 000 Kronen jährlich!

Die Christlichsozialen wagten es, sich bei den Wahlen als Freunde der Protestanten aufzuspielen, eine Partei, die 1904 trotz der nachdrücklichen Einsprache aller evangelischen Gemeinden Niederösterreichs ein klerikales Schulgesetz für Niederösterreich geschaffen hat, das die evangelischen Pfarrer aus dem Ortsschulrat hinausdrängt und die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts in Sammelabteilungen in Wien außerordentlich erschwert; eine Partei, deren Haupt — Bürgermeister Dr. Lueger in Wien — auf dem österreichischen Katholikentage des Jahres 1905 unsere verfassungsmäßig gewählten Geistlichen aus dem Deutschen Reiche gröblich beleidigt und damit eine geziemende Zurückweisung dieses Angriffes durch den Evangelischen Pfarrerverein für Oesterreich herausgefordert hat; eine Partei, die vor einigen Jahren dem Pfarrer Deckert die Salvatormedaille, die höchste städtische Auszeichnung, verlieh, demselben Pfarrer Deckert, der in einer gemeinen Schmähschrift unseren Luther als Wüstling, Trunkenbold und Selbstmörder lästerte und seinen Anhängern den Rat gab, sich einen „Strick" zum Andenken an das Ende ihres Führers, des „seligen Gottesmannes", in den Sarg legen zu lassen. Wahrlich, von den Christlichsozialen können wir Protestanten Oesterreichs sagen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen!"

Trotz alledem nehmen es sich die Christlichsozialen noch heraus, im Wiener Deutschen Volksblatt vom 28. Mai l. J. zu behaupten, sie seien „keine konfessionelle katholische Partei", vielmehr ein „Sammelpunkt aller auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehender Deutscher ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses". Sie erkennen auch angeblich im Gegensatz zum katholischen Zentrum die „katholische Autorität" (die Autorität der Bischöfe und des Papstes) in politischen Dingen nicht an. Um dieser Grundsatztreue die Krone aufzusetzen, vollzogen die Christlichsozialen am 2. Juni die Vereinigung mit dem katholischen Zentrum, sodaß es jetzt nur eine deutsche klerikale Partei gibt.

Diese etwas ausführliche Kennzeichnung der Christlichsozialen hielt ich deshalb für notwendig, weil im Deutschen Reiche vielfach falsche Anschauungen über sie verbreitet sind. Irregeführt durch ihren Namen und durch günstige Beurteilungen dieser Partei in reichsdeutschen Blättern, haben die Protestanten des Reiches die Gefährlichkeit dieser jesuitischen Partei, zu deren Häuptern auch die bekannten Gegner jeder freien Entfaltung der Schule, Prinz Liechtenstein und Hofrat Dr. Geßmann, gehören, noch nicht völlig erkannt. Erst vor kurzem tat z. B. Professor Delbrück in der Wiener Zeit vom 15. Mai die erstaunliche Aeußerung, Lueger „sei eine starke Persönlichkeit, von scharf nationaler Prägung"."

Vermischtes.

Von dem „Breslauer General-Anzeiger", dessen politische Intimität mit der Stettiner antisemitischen „Deutschen Hochwacht" wir kürzlich beleuchtet haben, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Auf Seite 189 Ihrer Zeitschrift beschäftigen Sie sich mit dem „Breslauer General-Anzeiger", drucken ein Schreiben unserer Redaktion an die „Deutsche Hochwacht" ab und bezichtigen uns antisemitischer Tendenzen. Wir müssen uns dagegen mit aller Entschiedenheit verwahren. Schon wenn Sie zu Anfang Ihrer Notiz sagen, daß der „Breslauer General-Anzeiger" politisch „möglichst farblos" sein wolle, so ist dies eine entschiedene Unwahrheit. Wir bekennen uns zu einem ganz bestimmten nationalen und entschieden freiheitlichen Programm. Wenn Sie auch nur eine Nummer unseres Blattes gesehen hätten, würden Sie die Behauptung, die Sie ausgesprochen haben, nicht aufgestellt haben. Unser Brief an die „Deutsche Hochwacht" in Stettin war lediglich eine Abwehr gegen die Bezeichnung des „Breslauer General-Anzeigers" als eines „Judenblattes" mit semitischen Tendenzen. Wir sind weder antisemitisch noch philosemitisch. Jeder anständige Jude ist uns ebenso lieb, wie jeder anständige Nichtjude. Aber wir sehen auch gar keinen Anlaß, das Judentum mit einer größeren Rücksicht zu behandeln, als andere Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben. So haben wir, als vor kurzem uns im Laufe von anderthalb Wochen drei Theaterstücke mit ausgesprochen jüdischem Milieu hintereinander vorgesetzt wurden, mit vollem Recht und in Uebereinstimmung mit allen verständigen Juden darauf hingewiesen, daß das des Guten zu viel sei und daß wir gegen ein derartiges Sichbreitmachen des jüdischen Milieus Einspruch erheben müßten, — übrigens nicht aus auf politischen, religiösen oder auf Rassegegensätzen beruhender Abneigung, sondern lediglich im Interesse des guten Geschmacks. Wir weisen darauf hin, daß in diesem Falle auch die „Breslauer Morgenzeitung", die hier als das spezifisch den Juden wohlgesinnte Blatt gilt, sich genau ebenso ablehnend gegenüber den Stücken mit jüdischem Milieu verhielt. Die Einsendung unserer Kritik des Stückes „Die Juden" an die „Hochwacht" hatte lediglich den Zweck, diesem Blatte unsere Unparteilichkeit und das völlige Fehlen eines Beeinflußtseins durch etwaige semitische Tendenzen dadurch darzutun. Wenn Sie uns daraus glauben den Vorwurf machen zu dürfen, daß wir mit der „Hochwacht" in der „schönen Harmonie zweier schönen antisemitischen Preßseelen" uns begegneten, und daran eine Warnung an die inserierende Kaufmannschaft in Breslau knüpfen, so müssen wir uns dagegen auf das Bestimmteste verwahren und von Ihnen verlangen, daß Sie Ihre falsche Behauptung umgehend korrigieren. Wir erwarten von Ihrem Anstandsgefühle, daß Sie es uns ersparen, Ihnen eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Preßgesetzes zu schicken, und daß Ihnen unsere Versicherung genügen wird, daß wir keine Philosemiten, aber erst recht keine Antisemiten sind."

Wir hätten dieser Zuschrift auch ohne den ganz überflüssigen Appell an redaktionelle Anstandspflicht und die

leise Drohung mit dem Preßgesetz Aufnahme gewährt, da aus ihr die Tendenz ersichtlich ist, sich von dem Vorwurf des verkappten Antisemitismus rein zu waschen. Inwieweit dem Blatt dieser Versuch gelungen ist, mögen unsere Leser selbst entscheiden; nur eine Frage möchten wir an das Blatt richten: Wenn es sich so sehr dagegen verwahrt, antisemitischer Neigungen bezichtigt zu werden, warum hat es da in seinem Briefe an das Stettiner antisemitische Blatt geflissentlich hervorgehoben: „In unserem ganzen Geschäftsbetriebe befindet sich nicht ein einziger Jude?“ Warum wohl?

Zum Gedächtnis der Kaiserin Elisabeth. Die Enthüllung des Kaiserin Elisabeth-Denkmals im Wiener Volksgarten, dessen Kosten durch eine öffentliche Sammlung aufgebracht wurden, gibt die erklärliche Veranlassung zu Erinnerungen an die merkwürdige Frau, die still und einsam durchs Leben gegangen und ohne Klagelaut aus dem Leben geschieden ist. Man weiß, welche schwärmerische Liebe und Verehrung Kaiserin Elisabeth dem Genius Heinrich Heines entgegenbrachte; die Schwermut seiner Verse ließ verwandte Saiten ihrer Seele erklingen, auch sie wußte ein Lied der „einsamen Träne“ zu singen. Die „Hebräischen Melodien“ las sie besonders gern, und je lebendiger ihr aus diesen Versen die darin mit leidenschaftlicher Schwärmerei besungene Dichtergestalt Jehuda Halevys vor die Seele trat, desto lebhafter wurde ihr Wunsch, die Dichtungen des hebräischen Dichters kennen zu lernen. An wen sie sich in ihrer Wißbegierde zuerst wandte und wer sie an Seligmann Heller sich wenden hieß, der vor Jahren seine Begegnung mit der Kaiserin einem Bekannten erzählte, weiß man nicht. Der Name Seligmann Heller, der einer der scharfsinnigsten deutschen Theaterkritiker, ein Dichter von großer Sprachgewalt und weltumspannender Phantasie trug, wird der jüngeren Generation wohl völlig fremd sein. Er war jahrelang Schauspielreferent der Prager „Bohemia“, in der Folge, als die jungdeutsche Partei die „Deutsche Zeitung“ in Wien ins Leben rief, wurde er in die Redaktion dieses Blattes berufen. Mitte der sechziger Jahre erschien (bei Otto Wigand in Leipzig) sein Heldengedicht „Ahasverus“, das die ganze Weltgeschichte vom Beginne der christlichen Zeitrechnung bis auf unsere Tage in den Rahmen der Ahasverus-Sage spannt. Nicht ohne Beruf, obzwar ohne volles Gelingen, urteilt Johannes Scherr in seiner Geschichte der Weltlitteratur; die Grundidee, eine Art menschliche Komödie, ein Seitenstück zur göttlichen des Dante zu schaffen, „ist mit großer Gestaltungskraft in meisterlich gehandhabter Terzinenform durchgeführt. Aber unsere Zeit hat für derartige Schöpfungen kein Ohr und kein Herz . .“ Ein schmächtiges Bändchen Gedichte erschien zu besonderem Zweck im Jahre 1872, zahllose Hefte mit unveröffentlichten lyrischen und epischen Dichtungen Seligmann Hellers verwahrt dessen Sohn, der angesehene Wiener Zahnarzt Dr. Arnold Heller. Seligmann Heller, der vor etwa 15 Jahren gestorben ist, hatte ein ungeheures Wissen, eine immense Litteraturkenntnis; und die Meisterwerke der fremden Litteraturen las er durchgehends im Original. Kaiserin Elisabeth mußte erfahren haben, daß Heller — der in seinen jungen Jahren Lehrer in einer böhmischen Judengemeinde war — auch ein gründlicher Kenner des hebräischen Schrifttums sei; das war der Mann, der ihr den Weg zu den Werken Jehuda Halevys weisen konnte und sollte. Eines Tages, so erzählte Heller, stand er im bequemen Hausrocke am Fenster und blickte — seine Wohnung befand sich im dritten Stockwerk eines Vorstadthauses — auf die Straße, als er eine Equipage am Hause vorbeifahren und halten sah. Daß es ein Hofwagen war, sah der Kurzsichtige nicht; er scherzte nur zu seinem Sohne darüber, daß ein vornehmes Gefährt vor dem alten Vorstadthause halte und ab vielleicht ihm der vornehme Besuch gelte. Wenige Minuten später klopfte es an die Tür und vor dem überraschten Dichter und Gelehrten stand die Kaiserin. In der ihr eigenen einfachen Weise, die jede Verlegenheit sofort bannte, setzte sie Heller den Zweck ihres Besuches auseinander. Sie sprach von Jehuda ben Halevy, den sie nur aus den Versen Heines kenne, dessen Dichtungen sie aber an der Hand Hellers kennen lernen möchte. Sie war viel leicht bereit, den nicht eben leichten Weg zu gehen, den Heine in seinem Gedichte „Jehuda ben Halevy“ seiner Frau zu gehen rät: „Raten möcht' ich Dir, Geliebte, — Nachzuholen das Versäumte — Und hebräisch zu erlernen. Widme einige Jahre solchem — Studium, du kannst alsdann — Im Originale lesen Den Halevy . . .“

Seligmann Heller hielt der Kaiserin aus dem Steg reif einen Vortrag über das Leben und die Dichtungen des hebräischen Dichters, aber sein Rat war nicht der, den Heine seiner Frau erteilt hatte; es sei nicht leicht, die Sprache Halevys sich anzueignen, noch schwerer vielleicht, sich in die Gedanken und Empfindungen des fremden Dichters hineinzudenken und einzuleben. Die Kaiserin möge sich an das ergreifende Bild halten, das Heine in einfach schönen Linien von dem Dichter entworfen, und an das ehrlich rühmende Urteil des deutschen Dichters über den hebräischen. Die Kaiserin folgte mit lebhaftem Interesse dem Vortrage Seligmann Hellers und schied von ihm mit den Worten aufrichtigen Dankes. — Sehr bemerkenswert ist noch, was der jüdische Gelehrte Prof. Dr. David Kaufmann einst im Freundeskreise erzählte, nämlich, daß er selbst in einer Nacht plötzlich aufgeweckt wurde, weil eine Ordonnanz da war, um seinen Vortrag über Jehuda Halevy von ihm zu requirieren, den die Kaiserin zu lesen wünschte.

Pestalozzi und die Juden. Als strenggläubiger Eiferer hatte Zschokke an Pestalozzi das Ansinnen gestellt, seinen Einfluß auf das kindliche Gemüt der ihm anvertrauten jüdischen Waisen dahin auszunützen, daß er dieselben dem Christentum in die Arme führe. Darauf schreibt ihm Pestalozzi: „Ich will der kleinen Zahl jüdischer Kinder, arme und liebe Waisen, Liebe für den Glauben ihrer Väter einflößen. Weiter suche ich durch Befriedigung ihrer alltäglichen Bedürfnisse und durch Gewöhnung an Mildtätigkeit ihr Herz dem Mitgefühl und der Sittlichkeit zu eröffnen. Ist das nicht der Inhalt der Religion? Kürzlich erst warf sich ein kleiner jüdischer Junge, aus Krakau stammend, der seine Eltern verloren hatte, mit dem Rufe „Lieber Vater“ mir um den Hals. Nun gut, mein Freund, wenn Du nicht feinfühlend genug bist, von mir zu fordern, ich sollte arme Waisen zwingen, das Christentum zu bekennen (à embrasser le christianisme), so erklärt sich dies daraus, daß Du für Fragen dieser Art nicht das genügende Verständnis besitzest. In Glaubenssachen soll man weder zum Zwang, noch zur Grausamkeit seine Zuflucht nehmen. Seit Jahrhunderten verbreitet man die Lehren des Christentums. Aber zu welchen Widersprüchen gelangt man doch, sobald es sich um Juden handelt! Man erniedrigt sich, verliert seine Sittenreinheit und Sittenvollkommenheit, büßt seine Nächstenliebe ein: der religiöse Haß macht die Menschen unmoralisch und vertiert.“

Breslau. Der Landgerichtsrat Goldfeld ist zum Oberlandesgerichtsrat ernannt und an das Obergericht in Celle berufen worden. Er hat jedoch den ehrenvollen Ruf mit Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse abgelehnt.

Leipzig, 27. Juni. Auf eine gegen das *Ausländertum* an der hiesigen *Universität* und anderen Hochschulen gerichtete Eingabe des hiesigen antisemitischen „Deutschsozialen Vereins", die kurz nach den letzten Reichstagswahlen an die Kreishauptmannschaft Leipzig gerichtet wurde, ist jetzt eine *Antwort* eingegangen, die besagt, daß die genannte Regierungsbehörde in Erwägung gezogen habe, ob das Verhalten der ausländischen Studierenden eine Aenderung ihrer Behandlung gebiete. „Zu diesem Behufe sind in den Orten, die ausländischen Studierenden zum Aufenthalt dienen — Leipzig und Mittweida —, und nicht minder überall da Erörterungen angestellt worden, wo dergleichen junge Leute nach Zeitungsnachrichten sich während der letzten Reichstagswahlkampagne unliebsam bemerklich gemacht haben sollten. Das *Ergebnis* der gedachten Erörterung *ist äußerst gering*, so gering, daß zur *Ergreifung irgend welcher Maßnahmen kein Anlaß* vorliegt. Selbstverständlich wird die Frage indessen im Auge behalten werden." Die Uebertreibungen, mit denen der Antisemitismus in Ausländerfragen mit Vorliebe seine Agitation betreibt, haben also im vorliegenden Falle auch einmal von amtlicher Stelle Zurückweisung erfahren.

Ein Offiziersduell aus konfessionellen Gründen hat kürzlich zwischen zwei österreichischen Offizieren stattgefunden. Auf der Rückkehr von einer Uebung schlug der jüdische Oberleutnant Wernik aus Scherz den Oberleutnant Ertel mit einem zusammengerollten Mantel. Ertel faßte die Sache aber ernsthaft auf und rief entrüstet: „Du könntest etwas mehr Erziehung haben, aber Ihr Juden wißt euch ja nicht zu benehmen." Sofort nach der Rückkehr in die Garnison sandte Oberleutnant Wernik seinem Kameraden Ertel seine Zeugen, und es wurde ein Säbelduell bis zur Kampfunfähigkeit vereinbart. Während Ertel ein sehr geübter Fechter war, war sein Gegner keineswegs besonders routiniert und ging nach der Art solcher Fechter ungemein stürmisch vor. Ertel verteidigte sich mit Ruhe und versetzte seinem Gegner beim ersten Gang einen Hieb, der ihn am Hals und an der rechten Stirnseite oberhalb des Auges verletzte. Die Sekundanten sowie die Kampfleiter geboten dem Zweikampf Halt, der jüdische Oberleutnant Wernik erklärte sich aber noch für kampffähig, und so wurde das Duell fortgesetzt. Durch die erlittene Verletzung noch mehr aufgeregt, führte Wernik jetzt einen Hieb gegen seinen Gegner, der diesen an der in diesem Moment ungeschützten Brust traf. Die Spitze der Klinge bohrte sich in das Herz ein und führte fast augenblicklich den Tod Ertels herbei.

Rumänisches. Bezüglich der von der „Cronica Israelita" gebrachten Nachrichten über *Mißhandlung jüdischer Soldaten in Dorohoi* hat der Kriegsminister General Averescu dem Bukarester Korrespondenten der „Voss. Ztg." mitgeteilt, daß ihm der Fall durch anonyme Denunziation zur Kenntnis gebracht worden sei und er eine strenge Untersuchung angeordnet habe, deren Resultat noch aussteht. Soviel sei jetzt schon festzustellen, daß die schlechte Behandlung jüdischer Soldaten in der rumänischen Armee unter keinen Umständen ein System darstelle und daß es sich höchstens um einen isolierten Fall handeln könne. Wenn es Schuldige gibt, so werden sie ohne jedwede Rücksicht strenge bestraft werden.

Ueber die Judenfrage in Rußland und die Aufgaben der dritten Duma schreibt der Petersburger Korrespondent der „Bresl. Ztg.": Es ist interessant, zu beobachten, wie das Leben selber die russische Bureaukratie zwingt, in der Judenfrage dem modernen Geiste Konzessionen zu machen, selbst wenn keine Volksvertretung sie vorwärts treibt.

Während des russisch-japanischen Krieges erließ der später ermordete Minister des Innern v. Plehwe das Zirkular, daß die Ausweisung der Juden aus den Orten, wo sie nicht das gesetzliche Wohnrecht besitzen, bis zur Beendigung des Krieges einzustellen ist. Der Krieg ist nun längst vorüber und die Polizei muß nun wieder entweder ausweisen oder die der Ausweisung unterliegenden Juden müssen ihr einen Tribut entrichten, denn aus reiner Menschlichkeit drückt kein russischer Polizist die Augen zu und setzt sich der Gefahr einer Kopfwäsche durch den Gouverneur aus. Um in diese wirren Verhältnisse einigermaßen Ordnung zu bringen, hat sich Stolypin jetzt vom Ministerrat bevollmächtigen lassen, daß bis zur Lösung der Judenfrage auf dem Wege der Gesetzgebung das Plehwesche Zirkular für alle Juden in Kraft bleibt, welche sich bis zum 1. (14.) August 1907 außerhalb des jüdischen Ansiedlungsrayons niederlassen. Alle Gouverneure sind hiervon bereits zirkulariter verständigt. Der Schritt Stolypins ist aber auch von großer prinzipieller Bedeutung: er weist klar darauf hin, daß die Regierung bei der Behandlung der Judenfrage in der Reichsduma den jüdischen Ansiedlungsrayon nicht aufrecht erhalten will. Das ist immerhin ein großer Schritt vorwärts, wenn natürlich auch noch keine Lösung der jüdischen Frage im Sinne einer vollen Gleichberechtigung. Eine solche Lösung wird aber die dritte Duma in keinem Falle liefern.

Nach aller Voraussicht wird die dritte sogar aus Elementen bestehen, welche der Gleichberechtigung der Juden durchaus ablehnend gegenüberstehen, so daß die Regierung sich sogar mit einem gewissen Nachdruck für die Aufhebung des jüdischen Ansiedlungsrayons wird einsetzen müssen.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Augustusbad bei Radeberg
Bansin. Hotel Aegir (Necker und Naumann). Concordia (Naumann). Familien-Pension Strandhaus (Necker) nebst zugehörigen Villen. Pensionen und Gartenhaus.
Binz Villa „Glückspilz". Villa „Quisisana". Villa „Seeblick". Potenbergs Hotel. Villa „Sonnenschein". Restaurant „Imperial".
St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder".
Borkum.
Bozen. „Zur weißen Rosen", „zum Reußen".
Braunlage (Braunschweig).
Bruchhausen (Schwarzwald).
Cabarz in Thüringen.
Chiemsee. Die Fraueninsel.
Cuxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.
Einöd. Luft- und Wasserkurort bei Friesach in Obersteiermark.
Ebbs und Erl am Inn.
Ettlingenweiler (Schwarzwald).
Finsterbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.
Freudenstein (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
Fürstenblick bei Tambach in Thüringen.
Gaisenstein.
Garmisch. Gasthof zum Lamm.
Gehlberger Mühle bei Oberhof in Thüringen.
Hahnenklee. Pension Bergfriede.
Harzburg. Villa Ladhuse.
Hasserode bei Wernigerode. Kurhaus der Frau Dr Kubel.
Heiligenhafen.
Herzberg am Harz.
Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz" und „zum roten Adler". Hotel Kreid.
St. Johann bei Heiden in Appenzell.
Juist.
Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillparzer, Alte Wiese. Haus Römischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Oelzweig, Marienbaderstr. Haus Italia, Schloßberg. Haus Stadt Warschau, Kaiserstr.

Haus Malta, Kaiserstr. Haus Rosenstock, Kaiserstr. Haus Brandenburger Thor, Kreuzstr. Haus Germania, Schloßberg Haus Egeria, Egerstr.
Haus Diamant, Egerstr. Haus Engl. Krone, Egerstr.
Kieferfelden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.
Kitzbühel (Tirol).
Königsfeld im Schwarzwald.
Klausen. Gasthof zur Post.
Kufstein. Gasthaus zur Schanz bei K, Sandwirth zum Sparchen bei K.
Lakolk a Röm.
Landeck in Schl. Logierhaus Elysium.
Langhampfen.
Ligau bei Dresden.
Metlisalp. (Berner Oberland).
Mezzolembardo. Rest. Gröbner.
Montaoon Inner Bartbolomä und Baudaus (Voralberg).
Mühlenthal. (Ferienheim bei Wernigerode).
Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
Müllheim in Baden. Hotel zum Löwen.
Münchweiler, Bez Pirmasens.
Müritz
St. Nicolai bei Ebbs.
Oberaudorf a. Inn.
Oberbozen.
Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
Ottilienberg Pensionat am Frauenkloster.
Pyrmont. Richters Pension.
Prag. Altstadt, Katholisches Kasino.
Reusch bei Bozen.
Rupoiding in Oberbayern.
Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhaus.
Schierke (Harz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schärding am Inn. Kuranstalt Dr. Ebenhechi.
Schwarzach bei Weigandstal.
Schreiberhau. Landhaus Maria Elisabeth.
Sellin.
Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
Sieibeck bei Uklei. Hotel und Pension Kellersee.
Spindelmühle. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.
Swinemünde. Beckers Strandhotel (Bes. Wm. Becker).
Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Böttcher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wwe. Hübner).
Tabarz (Großtabarz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel Schießhaus.
Thiersee.
Travemünde Villa „Mira Mare", Kaiser-Allee.
Unterriß (Bayern). Forsthaus.
Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.
Volderbad bei Hall in Tirol.
Walchensee.
Warnemünde. Villa Seeblick.
Westerland auf Sylt. Pension Lambeck (Bes. Krome und Frau geb. Lambeck).
Wildbad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß u. Waldeck.
Wildungen. Villa Wald-Eck.
Wildbihl (Tirol).
Zellerfeld im Harz. Johanneser Kurhaus.
Zinnowitz.

Wie der Rabbiner Dr. Neuhaus-Lauenburg mitteilt, ist der Badeort Leba in Pommern nicht antisemitisch. Wir haben ihn deshalb in der Liste gestrichen.

Das Kurhaus Trautheim bei Nieder-Ramstedt (Hessen) ist in der Liste gestrichen worden, da der jetzige Besitzer erklärt hat, daß ihm der Zuspruch jüdischer Gäste willkommen sei.

Der „Oesterreichischen Wochenschrift" wird aus Innsbruck geschrieben: „In dem Verzeichnis antisemitischer Gasthöfe und Hotels vermisse ich das „Hotel Kreid" am Margaretenplatze. Der Eigentümer dieses großen Hotels ist ein leidenschaftlicher Judenfeind, bei ihm finden die regelmäßigen Zusammenkünfte der Schönerianer statt und „Hotel Kreid" ist im Vereine mit dem Feigenkaffeefabrikanten Gedeon v. Hiebler die finanzielle Stütze des antisemitischen Blattes „Deutsche Tiroler Stimmen".

Auf Grund dieser Mitteilung haben wir das Hotel Kreid in die Liste aufgenommen.

Briefkasten.

A. R. in S. Der Berliner Bankier Bernhard Kilz, der Depats in Höhe van ½ Millian Mark unterschlagen und damit das Vertrauen seiner zumeist sich aus kleinen Leuten rekrutierenden Kundschaft auf das Gröblichste getäuscht hat, ist nicht Jude, wie einzelne antisemitische Blätter behaupten. Die dach gewiß unverdächtige „Staatsbürgerzeitung" schreibt über ihn: „Seine Klientel hatte er hauptsächlich in kathalischen Kreisen. Er warde deswegen der „päpstliche Hafbankier" genannt. Unter dem Vater des jetzigen Chefs hatte die Firma Kilz, die etwa funfzig Jahre in Berlin besteht, als altes Kaffekammissionsgeschäft einen recht guten Klang. Der alte Kilz spielte auch palitisch als Vertrauensmann Windtharsts eine graße Ralle. Der Sahn scheint leider die saliden Grundsätze des Vaters nicht mitgeerbt zu haben. Er ließ sich in gewagte Spekulationen ein. Um diese Verluste zu decken, sah er sich gezwungen, die bei ihm van Privatleuten und kirchlichen Behörden hinterlegten Effektendepats anzugreifen."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 28. Berlin, 10. Juli 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Das antisemitische A B C.

I.

Um einem, wie er angibt, vielfach geäußerten Bedürfnis abzuhelfen, hat Herr Theodor Fritsch seinen seit 1893 nicht mehr neuaufgelegten „Antisemiten-Katechismus“ in verjüngter und erweiterter Gestalt wieder herausgegeben. Aus dem Katechismus ist jetzt ein scheinwissenschaftliches „Handbuch der Judenfrage“ geworden (Hamburg, Hanseatische Druck- und Verlagsanstalt, 1907), der Inhalt ist um etwa die Hälfte vermehrt, die frühere kunterbunte Gruppierung des Materials besser angeordnet, und die äußere Aufmachung verrät allerhand Komfort der Neuzeit: sogar eine Umschlagszeichnung von Cissarz hat man sich geleistet. Merkwürdig bleibt dabei nur, daß sich für ein Buch, das in den ersten sechs Jahren nach seinem Erscheinen (1887—1893) angeblich einen Absatz von 25 000 Exemplaren gehabt hat, innerhalb der seither verstrichenen 14 Jahre kein Verleger gefunden zu haben scheint, der weitere Ausgaben veranstaltet hätte. Die letzte 26. Auflage vom Jahre 1893 trägt den stolzen Vermerk: 26. bis 35. Tausend. Gesetzt, daß diese Angabe stimmt, wären also zum Absatz der ersten 25 000 nur sechs Jahre, zu dem der folgenden 10 000 aber nahezu 14 Jahre nötig gewesen, d. h. ungefähr die sechsfache Zeitdauer. Das will uns als ein recht sprechendes Symptom für die werbende Kraft des Antisemitismus in den letzten drei Lustren erscheinen.

Das Wort Antisemitismus, das allmählich auch für viele seiner Bekenner einen fatalen Klang angenommen hat, ist also klüglich aus dem Titel entfernt und dementsprechend heißt es jetzt im Untertitel nicht mehr „Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage“, sondern „zur Beurteilung des jüdischen Volkes“. Ebenso ist in dem genannten Buche die Bezeichnung Antisemitismus nahezu gänzlich vermieden. Nur in dem neuen Schlußabschnitt „Wie ist die Judenfrage zu lösen?“ (mit dem wir uns weiter unten noch beschäftigen) wird an einer Stelle darüber geklagt, daß der religiöse und der parteipolitische Antisemitismus „der Judenfrage“ geschadet habe; gleichzeitig wurde die in früheren Auflagen einige dreißig Seiten umfassende „Geschichte des Antisemitismus“ jetzt vollständig weggelassen. Der Zweck dieser Einschränkung ist klar: man will das „Handbuch“ nicht mehr als politisches A-B-C einer einzelnen, wenig einflußreichen Partei angesehen wissen, sondern ihm ein politisch möglichst parteiloses Gepräge geben, um ihm den Weg auch in antisemitische Kreise anderer Parteien zu erschließen oder offen zu halten. „Der Antisemitismus der 80er und 90er Jahre krankte an innerer Unfertigkeit,“ klagt Herr Fritsch dazu an der eben erwähnten Stelle. „Zur rechten Erfassung der Frage bedurfte es einer reiferen, mannhafteren Weltanschauung. Die fehlte. Wer will ein schadhaftes Uhrwerk ausbessern, ohne den Zusammenhang des Gesamtgetriebes zu kennen? Nur im Rahmen einer geklärten Weltanschauung, die wir die heroische nennen wollen und die dem germanischen Geiste ursprünglich ist, erhält der Antisemitismus seinen vollen Sinn und seine Rechtfertigung“. Es wird nützlich sein, nachzuprüfen, wie sich diese „heroische“ (??) Weltanschauung in dem neuen Handbuch spiegelt, und zugleich festzustellen, ob und wieweit der „Idealismus“, den der Herausgeber für sich und seine Sache in Anspruch nimmt (S. 314), ihn hat bestimmen können, die zahlreichen Irrtümer, Entstellungen und Fälschungen, die dem früheren Katechismus nachgewiesen wurden, nach 14 Jahren zu berichtigen oder fallen zu lassen.

Die neugeschriebene Einleitung stellt zunächst fest, daß man „in Glaubenssachen äußerst duldsam“ sei und die Judenfrage ausschließlich als Rassenfrage betrachte. Als Ziel, aufs innigste zu wünschen, wird die Ausscheidung der jüdischen Nation aus den deutschen Staaten und die Gründung eines Nationalstaates im Sinne der Zionisten bezeichnet. Jede Möglichkeit einer Verschmelzung oder Assimilation wird abgelehnt, jedes Streben in dieser Richtung als utopistisch verworfen, jede Toleranz als Begriffsverwirrung gebrandmarkt. Das Volk und sogar die große Masse unserer Gebildeten sei bis heute über das Wesen des Judentums und auch des Antisemitismus aufs gründlichste getäuscht worden: das „unbesonnene Gezeter einiger Bierbank-Antisemiten“ habe man überall an die große Glocke gehängt, um damit den Kampf gegen das Judentum zu diskreditieren, aber die Warnungen und bittersten Wahrheiten vieler unserer führender Geister seien totgeschwiegen worden und würden es noch. Dieses Stück „unterschlagener Literatur“ ans Licht zu ziehen, ist die Aufgabe, der sich das „Handbuch“ in seiner ganzen ersten Hälfte, d. h. auf nahezu zweihundert Seiten unterzieht: von Cicero bis hinauf oder vielmehr hinunter zu Adolf Bartels ist hier alles zusammengetragen, was in den Schriften berühmter und oft sehr unberühmter Schriftsteller an mißgünstigen Urteilen über Juden und Judentum erreichbar war. Man kennt diesen Zitatenschatz teilweise bereits aus dem alten „Antisemiten Katechismus“, da er aber hier nicht unbeträchtlich vermehrt erscheint, so ist es nötig und wohl angebracht, ihn etwas näher zu beleuchten.

Von jüdischen Selbstbeurteilungen, mit denen die Auslese beginnt, weiß das Handbuch ganze 14 anzuführen; darunter sind einige beiläufige, aus allem Zusammenhang gerissene Stellen von Heine, Marx, Lassalle, des berüchtigten Times-Korrespondenten Oppert aus Blowitz, des irrsinnig gestorbenen jüngstdeutschen Schriftstellers Franz Held, ein zionistischer Ausfall Max Nordaus gegen die jüdischen Großkapitalisten, zwei Stellen aus Romanen Disraeli-Beaconsfields (worin u. a. die französischen Marschälle Soult und Massena, der preußische Graf Arnim und der Komponist Rossini als Juden angeführt werden) und Aeußerungen einiger zum Christentum übergetretener Juden. Es folgen sechs „Urteile römischer Schriftsteller" (zu denen Herr Fritsch auch den Griechen Diodoros rechnet), sowie vier von arabischen und persischen Autoren. Was die Römer in der Blüte ihres Weltreichs gelegentlich über die ihnen mißliebigen Bewohner Judäas geäußert und gedacht haben, ist natürlich für die Beurteilung der Judenfrage heute nach Jahrtausenden ebenso belanglos, wie der Haß einiger fanatischer Moslem gegen die Andersgläubigen. Der „Urteile aus dem 6. bis 16. Jahrhundert", die sich daran anschließen, sind es zwölf: sie richten sich zumeist gegen die Wucherei, und es ist bei den unglaublichen Verfolgungen, denen die Juden des Mittelalters ausgesetzt waren, und dank den Zuständen, durch die sie auf Geldgeschäfte mit allen Kniffen und Pfiffen vielfach zwangsweise angewiesen wurden, höchstens zu verwundern, daß die Zahl dieser ungünstigen Stimmen nicht bei weitem größer gewesen sein soll. Als hauptsächlicher Kronzeuge wird dabei Dr. Martin Luther mit einer Reihe von Stellen aus seinen Tischreden und Flugschriften zitiert und zwar durchweg mit Aeußerungen aus seinen letzten Lebensjahren. Demgegenüber hatte der „Antisemiten-Spiegel", dessen Aufgabe insbesondere die Widerlegung der im „Antisemiten-Katechismus" massenhaft enthaltenen Unrichtigkeiten und tendenziösen Entstellungen bildete, längst darauf hingewiesen, daß Luther erst im Greisenalter, als er durch mancherlei Umstände verbittert war, seine scharfen Aeußerungen über die Juden getan, bis zum reifen Mannesalter aber immer in humaner und toleranter Weise über das gewaltsam unterdrückte Ghetto-Volk gesprochen und geschrieben hat. Herr Fritsch kann nicht umhin, diesen Umstand jetzt im „Handbuch" wenigstens in einer Fußnote flüchtig zu erwähnen, meint aber, Luther habe seinen Irrtum „später wohl klar erkannt und seine Ansichten über das Judentum, durch Lebenserfahrung gewitzigt, wesentlich berichtigt". So dreht Herr Fritsch die Dinge, wo es sich um Luther handelt. Wenn er aber an anderer Stelle einen Virchow oder Mommsen mit je einer ganz vereinzelten kritischen Aeußerung über das Judentum zitiert, Männer, deren Abscheu gegen den Antisemitismus bekannt und durch zahlreiche Zeugnisse bewiesen ist, so lautet hier seine Erklärung: „Diese Männer haben sich, wie viele andere, später der offen und geheim wirkenden Judenmacht gebeugt, um in ihrem bürgerlichen Fortkommen und in ihrem öffentlichen Ansehen nicht gefährdet zu werden." Also: wenn Luther im späten Alter ungünstig von den Juden sprach, nachdem er den größeren Teil seines Lebens einen anderen Standpunkt eingenommen hatte, so war er eben später „durch Lebenserfahrung gewitzigt"; wenn dagegen Virchow oder Mommsen im Alter den Antisemitismus verwarfen, so taten sie es mit Verleugnung ihrer Ueberzeugung aus Angst um ihr Fortkommen (!) und ihr Ansehen. So weiß der Herausgeber des „Handbuchs" die Volte zu schlagen!

Es folgen 18 weitere Zeugen aus der Zeit von der Reformation bis zu den Freiheitskriegen, 24 aus der Periode bis zum Jahr Achtundvierzig und 54 aus der seither verstrichenen Zeit. Welche Mühe es gekostet haben mag, diese Aeußerungen aus drei Jahrhunderten zusammen zu klauben, kann man ermessen, wenn man darunter „Autoritäten" findet, wie den Landgrafen Georg II. von Hessen-Darmstadt, Anachet Reissensluel, Andreas Sutor, Adrian v. Borcke, Ph. K. Scherer, J. K. Klüber, Hundt von Radowsky, Karl Reinhold Sturm, Wilhelm Meinhold, Maximilian Perty, Robert König, H. Naudh, Adolf Franz, Prof. Paul Keppler, Otto Glagau, Wilhelm Marr*), Freiherr von der Brüggen, Emil Mario Vacano (!), Rudolf Kleinpaul, Freiherr von Firck, Dr. Willibald Hentschel usw. Man wird es uns nachfühlen können, wenn wir uns von der Wucht solcher Namen nicht geradezu erdrückt fühlen und der Ansicht sind, daß die Meinungen derartiger mehr oder minder verschollener oder belangloser Persönlichkeiten für die Allgemeinheit von geradezu penetranter Gleichgültigkeit sein dürfen. Von den verbleibenden Aeußerungen wirklich namhafter Persönlichkeiten erweisen sich zunächst verschiedene bei näherer Betrachtung als gänzlich ungeeignet, daraus heute noch im antisemitischen Sinne Kapital zu schlagen. Was soll es beispielsweise besagen, wenn von dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. ein paar Edikte angeführt werden, wonach vagabondierende Handelsjuden des Landes verwiesen werden sollen? Oder wenn Friedrich der Große dekretiert, daß „die schlechten und geringen Juden in den kleinen Städten . . . woselbst solche ganz unnötig und vielmehr schädlich sind, bey aller Gelegenheit und nach aller Möglichkeit daraus weggeschaffet werden." Ist dies schon ein „Urteil", so ist es keines über das Judentum, sondern höchstens eines über die Zeiten des Absolutismus, wo ein Teil der Juden durch den Druck drakonischer Ausnahmegesetze, zahlloser Abgaben und bürgerlicher Aechtung nur zu leicht dahin gelangen mußte, als wirtschaftliche Kalamität betrachtet zu werden. Noch viel weniger darf der Antisemitismus mit dem Toleranz-Edikt Kaiser Josefs II. Staat machen, dessen deutlich ausgesprochenes Bestreben es war, „die jüdische Nation dem Staate nützlich zu machen" und den eben angedeuteten Zuständen abzuhelfen. Wenn das „Handbuch" dieses Edikt als eine Beweisstütze für seine Zwecke zitiert, so spottet es seiner selbst und weiß nicht wie. Merkwürdigerweise hat es von den Fürsten des neunzehnten Jahrhunderts fast keinen mehr als Eideshelfer anzuführen, nur König Johann von Sachsen ist in der Sammlung vertreten, aber wohlverstanden mit einer Kammerrede aus seiner Prinzenzeit, die auch nichts weiter enthält, als den Wunsch, daß die Niederlassung ausländischer Juden in Sachsen nicht gestattet werden solle. Und von Friedrich Wilhelm IV. wird eine Briefstelle gegen die „Beschnittenen" von Ostpreußen ausgegraben, die im Unmut gegen Johann Jacoby und andere Vorkämpfer der verfassungsmäßigen Volksrechte geschrieben wurde.

Von deutschen Geistesheroen führt das „Handbuch" u. a. Goethe, Herder, Kant, Fichte, Schopenhauer, Feuerbach, Treitschke zur Unterstützung antisemitischer Tendenzen mit Zitaten an. Der „Antisemiten-Spiegel" hat bereits in schlagender Weise gezeigt, welche Bewandtnis es mit diesen Zitaten hat. Er hat z. B. nachgewiesen, daß in der zweifellos sehr scharfen Stelle gegen das Judentum als einen Staat im Staate, die sich in einer Schrift des jungen Fichte vom Jahre 1793 findet, einige stark abmildernde Sätze inmitten des Zitats, die diesem eine ganz andere Beleuchtung geben, von Herrn Fritsch unterschlagen worden sind; daß ferner Fichte als ebenso gemeinschädliche Staatenbildungen innerhalb des Staates in dem gleichen

*) Daß dieser in weiteren Kreisen unbekannt gebliebene Publizist sich schon anfangs der Neunzigerjahre öffentlich wiederholt und nachdrücklichst vom Antisemitismus in aller Form losgesagt hat, ignoriert das Handbuch selbstverständlich glatt. (Vgl. Mitt. 1904, Nr. 30: „Wilhelm Marr und der Antisemitismus.")

Artikel auch das Militär und den Adel heftig bekämpft. Diese ganze Stelle fehlt auch wieder in dem neuaufgelegten „Handbuch“, dessen Verfasser mit der ihm eigenen Ehrlichkeit auch sonst die alten Entstellungen, ja selbst notorische grobe Unrichtigkeiten, die ihm nachgewiesen worden sind, ruhig und ohne Wimperzucken aufs neue in Umlauf setzt. Ein lehrreiches Beispiel ist das Zitat aus Goethes „Jahrmarktsfest in Plundersweilern“, wo Goethe dem — im Stücke natürlich durchaus judenfeindlichen — Haman eine mißgünstige Charakteristik des jüdischen Volkes in den Mund legt. Diese Worte einer judenfeindlichen Komödienfigur stellt das „Handbuch“ seinen Lesern als Urteil Goethes über die Juden hin, und nicht genug damit, läßt es auch — ganz wie früher — die unmittelbar auf Hamans Anklagen folgende Replik des Königs Ahasver natürlich fort, die besagt:

Ich weiß das nur zu gut, mein Freund; ich bin nicht blind.
Doch das tun andre mehr, die unbeschnitten sind

Ebenso wenig ist das Zitat aus „Wilhelm Meister“ ein Urteil Goethes selbst, als das es dem gutgläubigen Leser im Ramsch mit anderen Urteilen aufgehängt wird, sondern es sind die Worte eines der im Roman vorkommenden Personen (wohin käme man, wenn man hinter jeder Aeußerung seiner Personen in Romanen und Dramen den Dichter selbst suchen wollte!), und wieder ist der entscheidende Nachsatz, der dem Zitat ein völlig anderes Gesicht gibt, unterschlagen, weil er zu dem antisemitischen Zweck der Uebung natürlich nicht paßt! Herr Fritsch weiß das seit zwölf oder vierzehn Jahren, denn es ist ihm schwarz auf weiß vorgehalten worden, aber ihn ficht weder der Vorwurf noch der Nachweis seiner Unehrlichkeit an, er stellt sich blind und taub und läßt alles beim Alten. Ein drittes Goethe-Zitat aus den Gesprächen mit Eckermann enthält schlechterdings nichts, was auf eine Abneigung gegen das Judentum schließen ließe. Ein neu hinzugekommenes viertes stammt aus „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“, von dem Herr Fritsch nicht zu wissen scheint, daß dieser angebliche Briefwechsel nur ein freies Phantasieprodukt der schwärmerischen Goethe-Verehrerin Bettina von Arnim war! So sieht es mit den Beweisen für Goethes Antisemitismus aus, die sich in den vierzig Bänden seiner Werke und seinen ungezählten Briefen haben aufstöbern lassen!

Es hieße Wasser ins Meer tragen, diese glorreiche antisemitische Zitatenkunst weiter so im einzelnen zu beleuchten Wenn es aber noch eines Beweises bedurft hätte, daß Herr Fritsch mit voller Absicht und kaltem Blute Tatsachen fälscht, so hat ihn die neue Ausgabe seines Handbuches eklatant erbracht. Zwei krasse Fälle seien hierzu angeführt. Von Moltke existierte aus dem Jahre 1832 eine längst verschollene Schrift über die inneren Verhältnisse Polens. Als die Zeitschrift „Vom Fels zum Meer“ im Jahre 1884 diese Schrift wieder ans Licht zog und abdruckte, blieben einige scharfe Urteile des einstigen Leutnants Moltke über die polnischen Juden weg, und von antisemitischer Seite wurde deshalb dem Herausgeber Prof. Joseph Kürschner (einem unverfälschten Christen) der Vorwurf philosemitischer Unterschlagung gemacht. Professor Kürschner war in der glücklichen Lage nachzuweisen, daß der Feldmarschall die Erlaubnis zum Abdruck jener Jugendarbeit nur unter der Bedingung erteilt hatte, daß die von ihm eigenhändig angeordneten Aenderungen vorgenommen würden, d. h. er hatte persönlich jene Streichung vorgenommen, nachdem er (mit Bezug auf eben diese Stellen) schon früher brieflich erklärt hatte, daß er jene Jugendarbeit selber nur aus damals schon erschienenen größeren Werken zusammengetragen habe und ihr keinerlei Wert mehr beimesse. Diese Berichtigung Kürschners war das Stöckersche „Volk“ abzudrucken genötigt gewesen und der „Antisemiten-Spiegel“ hatte den Tatbestand gegenüber dem „Antisemiten-Katechismus“ des Herrn Fritsch demgemäß festgestellt, nachdem dieser obermals behauptet hatte, die genannte Zuschrift habe die auf die Juden bezüglichen Stellen „unterschlagen“ oder „erheblich verstümmelt.“ Und wie verhält sich das neue Handbuch Fritschs dazu? Er druckt das Moltke-Zitat mit ganz derselben Fußnote wie früher ab, in der der Monatsschrift „Vom Fels zum Meer“ die absichtliche und eigenmächtige Unterschlagung nachgesagt wird, — ja, damit nicht genug, er hat auch die edle Dreistigkeit im einleitenden Abschnitt (den erst die neue Auflage enthält!) zu schreiben:

„ . . . So sind nachweislich (!) die Schriften von Knigge, Moltke, Schlosser und anderen in ihren neueren Ausgaben von denjenigen Stellen befreit worden, die für Juda nicht angenehm klangen. Es ist zu befürchten, daß bei dem wachsenden Einflusse des Hebräertums diese Literatur-Fälschung immer weiter um sich greift, und darum empfahl es sich, das Totgeschwiegene und Unterdrückte gesondert aufzubewahren . . .“

Welch eiserne Stirn gehört dazu, selber wider besseres Wissen (denn daß Herr Fritsch den „Antisemiten-Spiegel“ genau kennt, geht aus anderen Stellen seines Handbuchs hervor) bewiesene Tatsachen zu fälschen und im selben Atem auch noch Andere der Fälschung zu bezichtigen!

Womöglich noch schlimmer liegt der zweite Fall. Er betrifft Arnold Ruge, den bekannten demokratischen Schriftsteller und Politiker. Aus seinem Briefwechsel (Berlin 1886) hatte der „Antisemiten-Katechismus“ mit besonderem Genuß eine Stelle abgedruckt, in der es heißt:

„ . . . Sie (die deutsche Intelligenz) hat Götzendienst getrieben mit dem scheußlichen Judenwesen und nur Schmähungen davon geerntet. Sie hat Götzendienst getrieben mit dem Heinischen Singsang voll der ekelhaftesten Mischung von Sentimentalität und Malice.“

Im „Antisemiten-Spiegel“ war demgegenüber festgestellt worden, daß sich diese Stelle garnicht in einem Briefe Ruges selbst, sondern in einem an ihn gerichteten Briefe eines New-Yorker Deutschen befindet! Der elementarste literarische Anstand hätte Herrn Fritsch gebieten müssen, daraufhin das Zitat in der jetzigen Auflage des „Handbuchs“ fortzulassen. Statt dessen führt das „Handbuch“ unerschüttert nach wie vor dieses selbe Zitat als einen Ausspruch Arnold Ruges an! Offenbar bringt es der Herausgeber nicht über sich, von der mageren Garbe seiner mühselig zusammengerafften Zitate aus zwei Jahrtausenden auch nur die notorisch tauben Aehren wieder fahren zu lassen. Er scheint sogar die Mühe nicht zu scheuen, dieses Bündel dadurch zu verstärken, daß er dieselben Zitate an verschiedenen Stellen seines Buches zweimal gleichlautend anführt; wie die eben zitierte Stelle von Ruge im „Antisemiten-Katechismus“ zweimal wiederkehrt (S. 77 und 393) so findet man in dem „Handbuch“ ein und dasselbe Zitat aus Eduard von Hartmann auf Seite 130 und nochmals auf Seite 152. Die Quellenangabe fehlt beidemale: hatte Herr Fritsch vielleicht seine Gründe, aus dem ganzen Werke Hartmanns „Das Judentum in Gegenwart und Zukunft“ nichts weiter, als einen relativ nichtssagenden Passus anzuführen?

Zu alledem noch eines: von den rund 100 Persönlichkeiten aller Zeiten und aller geistigen Rangstufen, die hier als Ankläger des Judentums mehr oder minder gewaltsam mobil gemacht werden, nennt rund die Hälfte, namentlich die aus älteren Zeiten, hauptsächlich den Wucher und immer wieder den Wucher als Gegenstand des Abscheus und als Grund für die Schädlichkeit des Judentums. Wir wissen uns frei von jeder Schwäche oder Beschönigungssucht gegenüber finanzieller Ausbeutung und Betrügerei und sind uns darüber

klar, daß man der Judenschaft in den **früheren** Jahrhunderten den Geldwucher mit einer gewissen Berechtigung als ein spezifisch jüdisches Vergehen hat nachsagen können. Welche wirtschaftlichen und ethischen Gründe zu diesen Mißständen geführt haben und führen **mußten**, ist bekannt und bleibe hier unerörtert. Wie aber kann man diesen ehedem objektiv berechtigten Vorwurf noch **heute** nicht etwa nur als eine, sondern als die hauptsächlichste Waffe im Kampfe gegen das Judentum benutzen, wo die Juden als Gesamtheit längst das Ghetto verlassen und sich zahlreichen anderen Berufen zugewandt haben, die ihnen ehedem verschlossen waren? Wie kann man angesichts der Statistik, die seit Jahrzehnten im Durchschnitt nur von jährlich 10—12 Verurteilungen jüdischer Wucherer (gegenüber der 4—5fachen Zahl nichtjüdischer) zu melden weiß, einem Bevölkerungsteil von rund 600 000 Köpfen den Wucher noch im 20. Jahrhundert als Erb- und Nationallaster zur Last legen! Selbst gesetzt den Fall, daß nur ein kleiner Teil jüdischer Wuchervergehen gerichtliche Sühne findet, gesetzt sogar, daß nicht nur 10 oder 12, sondern 100, 200 oder 500 jüdische Wucherer bei uns alljährlich Strafe verdienten, und straflos bleiben, was wollen diese paar hundert unreeller Schädlinge und Geldverleiher den zahllosen ehrlich arbeitenden jüdischen Geschäftsleuten gegenüber bedeuten, was den nahezu 60000 jüdischen Arbeitern gegenüber, die die letzte Berufsstatistik festgestellt hat, was gegenüber den zahlreichen Vertretern wissenschaftlicher, künstlerischer, industrieller Berufe usw.?

Der Wucher in jeder Form ist und bleibt ein verächtliches und elendes Gewerbe, und daß in früheren Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung Wuchertum und Judentum lange fast identische Begriffe sein mußten, ist traurig genug und beschämend, wenn auch wahrlich nicht allein für die damaligen Juden. Wenn man aber heute noch angesichts der gänzlichen Umwälzung der Verhältnisse samt der Juden-Emanzipation die Gesamtheit unserer jüdischen Mitbürger als ein Volk von Wucherern charakterisiert und zu diesem Behufe alle möglichen, hundertfach verjährten Zeugnisse aus jenen überwundenen und durch reichliche Leiden gesühnten Zeiten zusammenschleppt, so ist das eine auf Täuschung der urteilslosen Masse berechnete Augenblenderei und Urteilsfälschung. Es wird niemandem einfallen, einem einzelnen rechtlichen und unbescholtenen Mitbürger einen Vorwurf daraus zu machen, daß irgend einer seiner Vorfahren eine Unredlichkeit oder ein Verbrechen begangen hat: nur der jüdische Bürger von heute soll, so will es die antisemitische Gehässigkeit, noch heute mit den Sünden seiner Vorväter gestraft werden bis ins zehnte und zwölfte Geschlecht.

So viel über den ersten Teil des „Handbuchs" und seine Blütenlese von „Urteilen über die Juden", die wir damit der verdienten Einschätzung preisgegeben haben. Ueber die übrigen Abschnitte wird noch in einem anderen Artikel allerhand Erbauliches zu sagen sein.

Die Geschichte eines antisemitischen Wahlkampfes.

Von **Otto Nuschke** in **Marburg a. L.**

I.

Wenn man den Antisemiten Wahl- oder Agitationssünden in der Presse oder in Versammlungen entgegenhält, so ist es für jeden antisemitischen Agitator eine ausgemachte Sache, daß es sich dabei um „jüdische Lügen" oder um „Schwindel der Judenblätter" handelt. In Versammlungen genügt es dann, diese Stigmatisierungen mit dem Pathos sittlicher Entrüstung oder einem plumpen antisemitischen Witze vorzubringen, um die Wähler in den guten Glauben zu wiegen, auf jeden antisemitischen Agitator und jede antisemitische Partei passe das Wort: „Dies Kind, kein Engel ist so rein".

Einem Mißverständnisse möchte ich bei den Artikeln, die ich in diesen Blättern zu veröffentlichen gedenke, dabei von vornherein begegnen. Es fällt mir nicht ein, den Herren Antisemiten einen Vorwurf aus dem Maß oder Unmaß ihrer Agitation machen zu wollen. Auch die Schärfe ihrer Reden und Schriften will ich nicht angreifen. „Wo Holz gehauen wird, da fallen Spähne". Ich bin der letzte, der einen Kampf beklagt, weil in ihm mit scharfen Waffen gefochten wird. Und von der Intensität antisemitischer Agitation wünschte ich nur, daß die liberalen Parteien ihr nicht nachständen.

Was ich aber angreifen, brandmarken und selbstverständlich auch beweisen werde, das ist die **durch und durch unwahrhaftige Agitation**, die die Antisemiten treiben. Ich möchte diese Agitation aktenmäßig festnageln auf Grund der antisemitischen Flugblätter, Auslassungen, Reden usw.

Als gewissenhafter Chronist werde ich mich auf die antisemitische Agitation im Wahlkreise Marburg beschränken. Diese habe ich als einer der Hauptbeteiligten am Wahlkampfe miterlebt. Und zwar von der Zeit an, wo der jetzige antisemitische Vertreter dieses Wahlkreises, Dr. **Böhme**, seine Agitation begann (was bereits im Frühjahr 1905 geschah) bis zum Tage der Stichwahl. Es läßt sich nicht umgehen, daß bei diesen Betrachtungen hin und wieder auch die antisemitische Agitation in Nachbarwahlkreisen gestreift wird, namentlich da, wo die antisemitische Unehrlichkeit sich erst aus dem Vergleiche ergibt.

Die Böhme'sche Kandidatur.

Als Herr Dr. Böhme im Frühjahr 1905 im Marburger Wahlkreise auftauchte, wollte niemand etwas von ihm wissen. Und er selbst wußte nicht, was er wollte. In der ersten Versammlung, die er abhielt, bekannte er sich auf meine diesbezügliche Anfrage als **deutschsozialer Antisemit**. Wenige Tage danach hielt er in der Stadt Marburg seine erste Versammlung ab, die ein Christlichsozialer leitete. Herr Dr. Böhme betonte hier plötzlich, daß er **zwischen christlichsozial und deutschsozial stände**. Das Pech wollte es für Herrn Böhme, daß kurz nach diesen beiden Versammlungen die Parteileitung der Reformpartei eine geharnischte Erklärung gegen ihn losließ, in der es in einer Wendung gegen die „Deutsche Tageszeitung" hieß:

> „Wenn übrigens die „Deutsche Tageszeitung" Herrn Dr. Böhme als „deutschsozialen Kandidaten" bezeichnet, so steht dem die **briefliche Erklärung Dr. Böhmes** entgegen, daß er **nicht als Deutschsozialer** kandidieren wolle, daß er in Frankfurt a. M. der **Reformpartei** angehört habe, daß ihn in Berlin lediglich die persönliche Bekanntschaft mit Herrn Abg. Lattmann zum Anschluß an die Deutschsozialen veranlaßt habe, **daß ihm beide Parteien gleichmäßig sympathisch seien** usw."

Wenn nun auch der Außenstehende die antisemitischen Parteien nicht auseinanderhält oder halten kann, so weiß man doch, wie entrüstet die Antisemiten immer tun, wenn man die Herren Pückler, Liedermann, Lattmann, Zimmermann und Stöcker nicht peinlichst unterscheidet. Herr Dr. Böhme aber vertrat so ziemlich jedes der vielen antisemitischen Parteichen. Diese seine politische Vielseitigkeit entsprach seiner wirtschaftspolitischen. In jeder Versammlung bekannte er sich zu den Forderungen des Bundes der Landwirte, der Mittelstandsvereinigung und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Und dieser vielgewandte Herr besaß den Mut, stets dem damaligen liberalen Vertreter von

Gerlach — aft in der persönlichsten und unschönsten Manier — „Wandlungen“ varzuwerfen.

Herr Dr. Böhme legitimierte sein Austreten als Kandidat damit, daß ihn Kanservative und Antisemiten aufgestellt hätten. Daraushin erklärte der Hauptvarstand des Kanservativen Vereins am 5. Juni in der „Oberhess. Ztg.“, daß er sich die Aufstellung eines eigenen konservativen Kandidaten vorbehalte. Die Antisemiten des Wahlkreises bestanden bis dahin aus Reformern. Deren Leitung erklärte in der vam Varsitzenden Abg. Zimmermann herausgegebenen „Deutschen Reform“:

„Ueber den Wahlkreis Marburg-Kirchhain-Frankenberg werden in der Presse irrige Nachrichten verbreitet, die auf eine grobe Täuschung der Wählerschaft hinauslaufen. Unter dem trugvollen Vorwande einer „freundlichen Einigkeit der nationalen Parteien“ wird die Behauptung kolportiert: „Die Antisemiten“ hätten Herrn Dr. Böhme-Berlin aufgestellt, die Konservativen und Bündler hätten zu dessen Gunsten bereits verzichtet und erwarteten deshalb, daß auch die übrigen Parteigruppen nationaler Richtung dem gegebenen Beispiel folgen und Dr. Böhme als Kompromißkandidaten annehmen würden. — Wir stellen demgegenüber fest: „Die Antisemiten“ des Wahlkreises haben Herrn Dr. Böhme nicht aufgestellt, vielmehr haben die Reformer ous Marburg und ebenso die Leitung der Reformpartei Herrn Dr. Böhme darüber keinen Zweifel gelassen, doß sie ihn nicht für einen geeigneten Kandidaten gegen Herrn von Gerlach erachten. Dasselbe ist der Leitung des Bundes der Landwirte in Berlin mitgeteilt worden. Antisemitischer Kandidat für den Kreis Marburg ist derzeit noch der Abgeordnete Zimmermann, der unmittelbar nach der Wahl 1903 in Marburg aufgestellt wurde. Wenn derselbe von dieser Kandidatur voraussichtlich zurücktritt, so geschähe es doch nur zu Gunsten eines anderen Kandidaten der Reformpartei in Uebereinstimmung mit der Wählerschaft des Kreises. Ein Ersatzkandidat, dem alle nationalen Parteigruppen im Interesse der Einigkeit gegen den nationalsozialen Vertreter zustimmen können, ist in der Person des Herrn Rechtsanwolt Hormouth-Kassel bereits gefunden. Die jetzt erfolgenden Quertreibereien müssen wir aufs lebhafteste bedauern. Herr Dr. Böhme ist Beamter des Bundes der Landwirte. Wir befor gen, der Bund der Landwirte wird hier für Intriguen gebraucht, die von bekannter Seite ausgehen und auf eine unschöne Bekämpfung der Deutschen Reformpartei in ihrem seitherigen Arbeitsgebiete hinauslaufen. Wir erklären schon jetzt: Den Einbruch in Marburg betrochten wir Reformer als Kriegserklärung und werden die Folgerungen daraus ziehen.“

Selbst die Deutschsozialen, denen Herr Dr. Böhme jetzt zugehört, verleugneten ihn zunächst. „Die „Hessische Rundschau“, das Reformerblatt in Kassel, erklärte:

„Der Abgeordnete Lattmann hat vor einigen Monaten verschiedenen reformerischen Vertrauensmännern, die ihn nach dem ersten Auftauchen des Herrn Böhme über seine Stellung zu diesen Treibereien befragten, unter seinem Ehrenworte versichert, daß die deutschsoziale Partei mit der Kandidatur Böhme nichts zu tun hobe.“

Tratzdem hatte Herr Lattmann kurz bevar diese Natiz erschien, in Marburg für Herrn Dr. Böhme gesprochen. Er hat späterhin erklärt, daß sein Ehrenwort nur so zu verstehen gewesen sei, daß zur Zeit der Abgabe desselben die Deutschsoziale Partei nichts mit Dr. Böhme zu tun gehabt habe!!!

Es wäre nun im Beginn der Böhmeschen Agitation eine Lust gewesen, ihm seine Widersprüche und Bocksprünge in jeder Versammlung unter die Nase zu reiben. Davor bewahrte sich jedoch der Herr durch seinen — „teutschen Mut“. Bereits nach der zweiten Versammlung sandte er mir einen Brif folgenden Inhalts:

„Sehr geehrter Herr!

Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß weder Sie noch ondere mir nachgesandte Agitatoren der Nationalsozialen oder Sozialdemokraten in den weiteren Versammlungen das Wort erholten werden, da ich mir die physische Strapaze, immer wieder auf dieselben Einwürfe zu antworten, nicht zumuten möchte.

Hochachtungsvoll

Dr. Karl Böhme.“

Herr Dr. Böhme mußte allerdings immer auf dieselben Einwürfe eingehen, wenn ich ihm entgegentrat. Die Schuld lag aber ganz auf seiner Seite. Er hielt überall fast wörtlich dieselbe Rede und brachte regelmäßig ein- und dieselben falschen Behauptungen und schiefen Darstellungen vor.

Um einem eventuellen antisemitischen Varwurf zu entgehen, muß ich hier noch sagen, daß ich späterhin das Wort in antisemitischen Versammlungen wieder erhielt, wenn auch fast immer mit Zeitbeschränkung. Das gehört aber zu einem weiteren Kapitel antisemitischer Agitation, über das ich das nächste Mal schreiben will.

Wiener Brief.

XII.

(Der Präsident des Abgeordnetenhauses. — Die Herren des Porlaments. — Dr. Ebenhochs Verirrung. — Sage mir, mit wem du gehst und . . . — Bielohlawek als l'hommo decoré.)

Wien, den 7. Juli 1907.

Herr Dr. Weiskirchner, der Wiener Magistratsdirektor, ist Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses geworden, das erste Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts hat einem Christlichsazialen die höchste Würde, über die es verfügt, verliehen. Dr. Weiskirchner ist unter den Antisemiten sicherlich nicht der Schlechtesten einer. Er drängte sich nie allzusehr hervar, machte die antisemitischen Hetzen nur in der zweiten Linie stehend mit und hatte niemals den Ehrgeiz, seine Bildung zu verleugnen. Der Wiener Magistratsdirektor kann mehr als Klerikaler denn als Antisemit gelten; das ist jetzt freilich im parteipolitischen Sinne dasselbe, denn die beiden Gruppen haben sich vereinigt. Dr. Weiskirchner erfreut sich der Gunst Dr. Luegers in außgewöhnlichem Maße; er dankt seinem Gönner auch die rasche Karriere im Kommunaldienste und in der Politik. An sich wäre Dr. Weiskirchner unter den Christlichsozialen einer der Befähigsten für die Leitung des Parlaments, aber man darf nicht übersehen, daß der erste Beamte des Wiener Gemeindewesens für die wunderbar üppigen Blüten der christlichsozialen Wahlmachinationen verantwartlich ist. Ueber die geradezu sprichwörtlich gewardenen Willkürlichkeiten der Wiener Wählerlisten muß nicht erst gesprochen werden. Diese sanderbaren Werkzeuge für die Wahlsiege der Antisemiten werden nun im Rathause hergestellt. Die Arbeit erfolgt, wenn auch nicht unter der direkten, so doch unter der indirekten Aufsicht des Magistratsdirektors, der kein unparteiischer Beamter, sondern ein Parteibeamter ist. Kann dieser Mann aber die unbedingt erfarderliche Unvoreingenommenheit besitzen, über die der Präsident eines Parlaments, in dem es dreißig Gruppen gibt, verfügen muß? Die Sazialdemokraten haben gegen Dr. Weiskirchners Kandidatur heftig gekämpft, allein Dr. Lueger sprach und das Parlament geharchte. Es wird sich bald zeigen, wie weit er dabei seiner selbst bedacht war.

Die Christlichsozialen sind jetzt mit ihren 96 Mann die stärkste Gruppe des Abgeordnetenhauses. Sie haben es schon in den drei Wochen, die seit dem Zusammentritt der Volksvertretung verstrichen sind, verstanden, die Führung des hahen Hauses an sich zu reißen. Dr. Lueger ist der Gott des neuen Parlaments und Dr. Geßmann sein Prophet. Was die beiden wollen, geschieht; sie geben den Takt an, nach dem die Mehrzahl der Abgeardneten tanzt. Woher stammt nun diese Ueberlegenheit? Nennen wir das Kind beim richtigen Namen und sagen wir ganz offen, daß die Quelle des Einflusses der Christlichsozialen in einem schmutzigen Geschäfte liegt, das freilich

mehr die sogenannten freiheitlichen Parteien als die Freunde Dr. Luegers kompromittiert. Das österreichische Ministerium ist halb und halb ein parlamentarisches Kabinett. Von den deutschen Parteien ist die ehemalige Deutsche Volkspartei, die sich mit den Agrariern in die Deutschnationale Vereinigung umgewandelt hat, durch Derschatta und Prade und die Deutsche Fortschrittspartei durch Marchet vertreten. Als das Ministerium gebildet wurde, stand die Deutsche Volkspartei an der Spitze der deutschen Gruppen und sie — die nebenbei bemerkt ein antisemitisches Programm hatte — schien berufen, ihre Nation in der Regierung zu vertreten. Das ist jetzt anders geworden. Allein die beiden Streber und Kleber Derschatta und Prade wollen nicht auf die süßen Ministerfreuden verzichten und um sich zu halten, haben sie sich den Christlichsozialen zu Willen gegeben. Marchet hält mit, weil er zu gutmütig und naiv ist, um das Treiben seiner zwei Ministerkollegen zu durchschauen; er ist ein persönlich durchaus achtbarer Mann, von dem man es nur tief bedauern kann, daß er sich mißbrauchen läßt. Durch den Mandatszuwachs haben die Christlichsozialen einen Anspruch auf eine Vertretung in der Regierung erlangt, denn sie bilden jetzt den Stock der Regierungspartei. Dr. Lueger, der — das müssen ihm seine größten Gegner lassen — heute einer der ganz wenigen, wirklich klar denkenden, zielbewußten Politiker Oesterreichs ist, hat mit seinem scharfen Blick sofort erkannt, daß seine Partei nicht erst der Ministerportefeuilles bedürfe, um das Ministerium zu beherrschen. Für seine Anhänger stehen ihm in Wien und Niederösterreich genug einträgliche Stellen und Würden zu Gebote und andererseits würde er sein Gefolge unpopulär machen, wenn er sich sofort auf die weiche Regierungsbank stürzte. Daher abwarten! In dieser Frist gewährt Dr. Lueger den waderen deutschen „Freiheitsmännern" im Ministerium Schonzeit; er will nicht den Finger rühren, mit dem er sie aus ihrer Position schleudern könnte. Er zeigt sich großmütig, weil er auf Dankbarkeit rechnet. Diese ernten die Christlichsozialen auch reichlich. Die Herren Derschatta und Prade wissen, was ihnen droht, wenn sie sich die Gunst ihres stillschweigenden Gönners verscherzen und sie tun wahrlich alles, um ihr parteipolitisches Gefolge zum Knechtsdienst für Dr. Lueger zu gewinnen. Es ist traurig, wie sehr das neue Parlament durch diesen ungeschriebenen Papst, durch dieses Sich-verstehen und verirren korrumpiert wird. Die Fortschrittsmänner und die Reaktionären spielen unter einer Decke das Spiel der klerikalen Antisemiten. Dr. Lueger mag lächeln. Er hat zwei Männer an ihrer schwachen Seite angepackt und dadurch die Herrschaft über fast alle deutschbürgerlichen Abgeordneten erlangt. Die „deutschfreiheitlichen" Miniaturstaatsmänner führen den Titel Minister, in Wirklichkeit sind sie bloß die Lakaien der Christlichsozialen, die das Steuerruder solange nach den höheren Befehlen führen dürfen, bis es die Herren selbst ergreifen wollen.

Der Umgang mit den Christlichsozialen verdirbt die besten Charaktere. Unter den Klerikalen, die sich Dr. Lueger zu Füßen warfen, befindet sich der Landeshauptmann von Ober-Oesterreich, der Abgeordnete Dr. Ebenhoch. Ein viel wissender Mann, der immer auf Anstand hielt, hat Dr. Ebenhoch im Parlament großes Ansehen genossen. Man mußte anerkennen, daß er auf Reinlichkeit sah. Doch seit dem Anschlusse an die christlichsoziale Partei hat sich Dr. Ebenhoch sehr geändert. Dr. Lueger kommandiert jetzt seine neuen klerikalen Gefährten zu allen Geschäften, die ihm unpopulär und anrüchig erscheinen. So mußte sich Dr. Ebenhoch Mittwoch der unsauberen Aufgabe unterziehen, gegen die Dringlichkeitsanträge wegen der Reichsratswahlen in Galizien zu sprechen. Einstens — in den Maientagen des Radikalismus — haben die Christlichsozialen für Wahlmißbräuche — und waren sie auch nicht so skandalös wie die Rechtsbeugungen in Galizien — sehr herbe Worte gefunden. Im Jahre 1897 sprach sich Dr. Lueger noch für einen Antrag aus, der mit den Dringlichkeitsanträgen, die er in der letzten Woche niederstimmen half, im Wesen gleichbedeutend war. „Wir sind nämlich der Meinung," führte er vor zehn Jahren aus, „daß eine Untersuchung der Wahlmißbräuche unter jeder Bedingung am Platze ist." Mittlerweile haben die Christlichsozialen mit den Regierungen dicke Freundschaft geschlossen und ihre Auffassungen über Fragen der Moral sind andere geworden. Die „polnische Wirtschaft" in Galizien, der Amtsmißbrauch behördlicher Organe, das Unwesen der Schlachta sollen also nicht untersucht werden und ihren Richter finden. Der Korruptionsriecher von anno dazumal — Herr Dr. Lueger — hält es nicht mehr für notwendig, die ärgste politische Korruption, die Oesterreich kennt, abzustellen. Und Dr. Ebenhoch nahm es auf sich, diese Ansicht zu vertreten. Wie sagt doch Gretchen? Es tut mir lang schon weh . . .

Zwischen dem Grafen Sternberg, der durch seine wirren, in Champagnerlokalen „durchdachten" Schimpfereien und Reden bekannt ist, und den Christlichsozialen beginnt sich ein Verhältnis wärmster Intimität herauszubilden. Für eine Partei, die so oft und so demonstrativ die Kaiserhymne singt und die den Patriotismus gepachtet zu haben meint, geziemt sich der Umgang mit dem konfusen Grafen sehr wenig, denn eine Spezialität des aristokratischen Abgeordneten sind die Angriffe auf die „Schönbrunner Politik", die direkten oder versteckten Ausfälle auf den alten, verehrten Kaiser. Aber der polternde Graf, der sich bei seinem Eintritte ins Parlament an die Sozialdemokratie anzubiedern suchte und nun, da er energisch abgeschüttelt wurde, mit fanatischem Haß gegen diese Partei kämpft, erfreut die christlichsozialen Gemüter mit seinen Schimpfereien über die „roten Revolutionären" und liefert den antisemitischen Organen dadurch ein Material, das sie auf eigene Verantwortung nicht auftischen würden. Graf Sternberg wird von den Christlichsozialen als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie verwendet; dabei verzeihen sie ihm sehr gerne, daß er auch gegen die Dynastie anstürmt.

Seitdem die Christlichsozialen an der Macht sind, bieten sie oft Gelegenheit zu Gratulationen. Im letzten Jahre allein wurde der Obligationenfreund, Ehrenbürger von Mühldorf und Herausgeber des „Deutschen Volksblatt", Herr Vergani, kaiserlicher Rat und Dr. Geßmann erhielt gar den Titel Hofrat. Nun gibt es wieder einen Glücklichen. Der Reichsratsabgeordnete, Landesausschuß, Gemeinderat, Zeitungsherausgeber und Sinekuren-Generalpächter Bielohlawek wurde dieser Tage mit dem Orden der eisernen Krone III. Klasse geschmückt. Biehlolawek gehört nicht zu den Unbekannten. Wohl nicht die Wissenschaft, aber die Parlamentsprotokolle zählen ihn zu den grimmigsten Gegnern Darwins. Er ist schon aus Rücksicht für seine Person absolut nicht damit einverstanden, daß der Mensch von Affen abstamme. Ueberhaupt: diese Uebergescheiten, diese Gelehrten! Bielohlawek hat feierlich erklärt, daß er die „Bücher gefressen habe" (nicht ausstehen könne) und er führt die vielen Erscheinungen der wissenschaftlichen Literatur nur darauf zurück, daß „ein Jud von anderen abschreibe". Biehlolawek verdient demnach eine kaiserliche Auszeichnung! Oder hat die Regierung den Mann für die Ordensverleihung empfohlen, weil sie gegen die epidemisch auftretenden Knopflochschmerzen ein Mittel brauchte: Eine Entwertung der Orden? rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Beleidigungsprozeß des Handlungsgehilfen Oskar Thomas gegen den Chefredakteur des „Fränkischen Kurier“, Versen, und den Chefredakteur der „Freis. Ztg.“, Dr. Jßberner, welcher am 26. Juni vor dem Schöffengericht in Nürnberg verhandelt wurde, ist durch einen Vergleich beendet worden. Herrn Thomas, der im Eisenacher Reichstagswahlkampfe für die antisemitische Kandidatur Schack tätig war, hatten beide Angeklagten vorgeworfen, daß er in Schaftstiefeln und grüner Joppe in den Wahlversammlungen als Talmilandwirt aufgetreten wäre. Nach erfolgter Beweisaufnahme erklärten die Angeklagten, daß ihnen eine beleidigende Absicht gegenüber dem Kläger ferngelegen habe und daß sie die aufgestellten Behauptungen als u n h a l t b a r zurücknähmen. Zugleich verpflichteten sie sich zur Tragung der Kosten. Privatklage und Strafantrag wurden zurückgezogen. Da wir s. Z. jenen jetzt als unwahr erwiesenen Darstellungen Aufnahme in die Spalten der „Mitteilungen“ gewährt haben, nehmen wir gern Veranlassung, von dem Ergebnis der Nürnberger Gerichtsverhandlung unseren Lesern Kenntnis zu geben.

Der Petersprozeß und die Antisemiten. Das hanswurstmäßige Gebahren gewisser Antisemitenblätter hat sich auch anläßlich des Petersprozesses bemerkbar gemacht. Der Jude muß nun einmal für alle Verbrechen, für alles Unglück in der Welt den Sündenbock abgeben. So haben sich nach der Ansicht der Stettiner „Deutschen Hochwacht“ „J u d e n u n d J u d e n g e n o s s e n zusammengefunden, um einen um das deutsche Volk hochverdienten Mann zu s t ü r z e n“. Umgekehrt spricht das Münchener „Deutsche Volksblatt“ von „P e t e r s l e b e n“ und von seinen „j u d e n l i b e r a l e n F r e u n d e n“, der Peters-Clique, den deutschen „Dreyfusards“.

Die „Staatsbürgerztg.“ ist dieses Mal ihrer Gewohnheit, überall jüdische Schuld zu wittern, untreu geworden, indem sie sich über den Petersprozeß wie folgt äußert:

„. . . Bebels Stirn ziert kein Lorbeer. Aber das bedeutet noch nicht, daß wir nun um die Schläfe von Dr. Peters einen Lorbeerkranz winden. Gewiß hat ein Mann ein günstiges Vorurteil zu erwarten, der zum Erwerb Deutsch-Ostafrikas mitgewirkt hat. Aber er hat doch bei jenem Erwerb zu stark an sich und an seine Gesellschaft gedacht, als daß wir ihn höher feiern dürften als diejenigen, die die ersten „Verträge“ über Kamerun und über Südwestafrika abgeschlossen haben. Wohin man bei diesem Sohne eines Pfarrhauses faßt, faßt man Sinnlichkeit und Eitelkeit. Er vertritt einseitigste Rassenpolitik und treibt Rassenschande: wäre doch ein Mischlingsvolk, wie es sein Vorbild erzielen würde, künftig ein schweres Hindernis der Kolonisation. Und auch sein aufgeregtes, schauspielerndes Verhalten im Gerichtssaal war nicht das eines gereiften Helden.

. . . Im ganzen und großen können wir uns bei der Betrachtung des Münchener Prozesses weder für die eine noch für die andere Seite erwärmen.“

Spottet ihrer selbst . . . „Ein trauriges Zeichen der Zeit ist die Skandalsucht. Bald ist es geschäftliche Sensationsmacherei — die Jagd nach pikanten Notizen, mit denen man Leser, d. h. zahlende Abonnenten, fangen will. Bald ist es, wie meist bei den . . . ., politische Verleumdungssucht. Obwohl fast jede Woche ein . . . . . Kassenwart mit der Kasse durchbrennt, bemüht sich dennoch . . . . um den Nachweis, daß alle Verderbtheit bei den . . . . . zu finden sei und alle Tugend bei den Genossen. Und aus diesem Standpunkt folgt dann ein krampfhaftes Bemühen, jede Verschuldung der . . . . ins Ungeheuerliche aufzubauschen und pharisäische Kritik des Hasses an ihnen zu üben.“

Wir könnten eine Preisaufgabe ausschreiben, daß erraten werden solle, welch einer Zeitung dieses Zitat entnommen ist, und wie die weggelassenen Stellen dem Sinne nach zu ergänzen sind. Man könnte denken, die Stelle sei einem Blatte entnommen und es wäre die erste Lücke auszufüllen durch „Antisemiten“, die zweite „antisemitischer“, die dritte „die Staatsbürgerzeitung“ und die vierte und fünfte endlich durch „Juden“.

Die so denken, werden nicht wenig erstaunt sein, zu erfahren, daß die hier zitierte Stelle in Nummer 231 der „Staatsbürgerzeitung“ vom 6. Juli d. J. zu finden ist. Natürlich wendet sich das Blatt nicht gegen die Antisemiten, sondern gegen die Sozialdemokratie. Man wird aber zugeben, daß die Stelle auf die Antisemiten vortrefflich paßt. Die „Staatsbürgerzeitung“ kennt eben ihre Leute sehr gut und auch sich, und macht anderen die Fehler zum Vorwurf, die sie und ihre Anhänger in so reichem Maße besitzen.

Posen, 25. Juni. Der Probst T h e o p h i l G a p e z y n s k i aus R o g a s e n hatte sich gestern vor der II. Strafkammer des hiesigen Landgerichts auf sechs verschiedene Anklagepunkte zu verantworten. Die Anklage wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten bezieht sich auf den Bericht des Polizeiassessors Augustini über eine am 10. Februar d. Js. in Rogasen abgehaltene „Straz“-Versammlung. Unter anderem sagte der Angeklagte: „Zu ihrer Verteidigung brauchen die Polen Geld! Wieviel polnisches Geld wird aber noch zu den Juden getragen! Ich habe in polnischen Häusern überall Kalender gesehen, welche nicht von Landsleuten stammen, jüdische Bilder; beinahe die ganze Parochie kauft leider bei den Juden! Sind denn die Juden die Freunde der Polen? Bei den Wahlen hätten sie sehen können, wie diese sich verhalten haben. Selbst Gebetbücher werden bei den Juden gekauft! Wie danken die Juden den Polen dafür? Einen Beweis dafür bildet die Umtaufung des altpolnischen „Inowrazlaw“ in „Hohensalza“! Dafür, daß sich die Inowrazlawer Juden an dem polnischen Adel und dem polnischen Arbeiter bereichert haben, haben sie „Inowrazlaw“ in „Hohensalza“ umgetauft. Jetzt leben sie vom polnischen Gelde in Berlin! Pflicht des polnischen Volkes ist es, fortan nur bei Landsleuten zu kaufen, sonst begeht man eine Sünde an der Nation; „Swoj do Swego!“ „Ein jeder zu den Seinigen!“ — muß das Losungswort eines jeden Polen sein. Diesen Spruch müßte ein jeder Pole über seiner Tür anbringen; seiner Frau müßte ein jeder Pole einen Zettel auf den Rücken kleben, wenn sie in die Stadt geht. Wenn die Frauen Waren von Andersgläubigen nach Hause bringen, sollten die Männer diese Waren hinauswerfen. Weshalb bereichern sich denn alle Juden? Weil sie es „verstehen“! Ich will nicht zum Boykott auffordern, nicht Rassenhaß gegen die Deutschen predigen, sondern dem Volke dartun, daß es sich verteidigen müsse. Gebt mir die Versicherung, daß Ihr alle fortan nur bei unseren Landsleuten kaufen werdet!“ Die Versammelten riefen begeistert: „Wir versprechen das!“ Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von d r e i M o n a t e n G e f ä n g n i s gegen den Angeklagten.

Aus Westpreußen. Die „Danz. Ztg.“ veröffentlichte ein ihr von einem Geschäftsinhaber aus dem **Konitzer Kreise** zugegangenes Schreiben, in dem gesagt wird: „In meiner Gastwirtschaft finden seit Jahren die Ersatz- und Oberersatzgeschäfte für den hiesigen Aushebungsbezirk statt. Das Oberersatzgeschäft für dieses Jahr im Juni soll in einem anderen Lokal stattfinden, das Eigentum eines **P o l e n** ist und von diesem im April an einen deutschkatholischen Herrn weiterverpachtet wurde. Ich kann mir diesen Vorgang nur so erklären, daß ich für den Herrn Landrat, auf dessen Initiative die Lokaländerung zurückgeführt werden muß, als **J u d e** wohl noch nicht die ganz echte, patentierte, deutsche

Gesinnung besitzen muß, so daß er den sogenannten Pächter für noch gesinnungstüchtiger hält und mich so zum Staatsbürger zweiter Klasse stempelt, obwohl ich von hiesigen führenden Deutschen bei Wahlen in Anspruch genommen wurde und meine Stimme häufig für das Deutschtum ausschlaggebend war. Materiell fühle ich mich nicht geschädigt, da ich die geschäftliche Einbuße vertragen kann, jedoch schmerzt es mich, etwa meiner Konfession wegen zurückgesetzt worden zu sein. Andere königliche Behörden, wie das Königl. Amtsgericht zu Kanitz und die Königl. Wiesenverwaltung zu Czersk, halten noch wie vor ihre Termine in meinem Lokale ab und fühlen sich ganz wohl dabei. Sollte meine Vermutung zutreffen, dann wird man mir wohl darin beistimmen, daß durch solche Maßnahmen die **nationale Gesinnung in unserer Ostmark** nicht gefördert wird. Der zuständigen Stelle kann es doch nicht unbekannt sein, daß der jüdische Teil der Bevölkerung hier einen wesentlichen Faktor für das gesamte Deutschtum ausmacht; denn noch immer haben die jüdischen Bewohner der Ostmark ihrer nationalen Pflicht, die ihnen oft genug schwere pekuniäre Opfer in geschäftlicher Hinsicht auferlegte, genügt. Was mir passiert ist, dürfte doch nur zu geeignet sein, die Polen in ihren Bestrebungen nur zielbewußter zu machen."

Aus **Briesen** wird dem „Geselligen" berichtet: Bei der letzten Stadtverordnetenwahl wurden hier nur **Deutsche** gewählt. Dies günstige Ergebnis konnte nur dadurch erzielt werden, daß sich **unsere jüdischen Mitbürger** fast ohne Ausnahme auf die Seite der Deutschen stellten.

Vermischtes.

Russische Revolution und russische Juden.

Kürzlich veröffentlichte der „Tag" einen Artikel des Herrn **Prosoroff**, dessen Gedanken sich ganz kurz folgendermaßen zusammenfassen lassen: Die Lage der Juden im Zarenreiche sei eine entsetzliche; die Folge ist: „Die Juden sind Hauptträger des anarchistischen Gedankens" Also als Anarchisten stehen sie noch links von der Sozialdemokratie und den Sozialrevolutionären. Und die Wirkung? Herr Prosoroff sagt:

„So ganz ungerechtfertigt ist es deshalb nicht, wenn schon jetzt die Reaktion sich gegen die Juden in erster Linie richtet in dem Bestreben, der Revolution entgegenzuarbeiten."

In einer Erwiderung führt Herr Dr. **Paul Nathan** in demselben Blatte aus:

Prosoroff stützt sich auf die „statistischen Angaben, betreffend die wegen Staatsverbrechen angeklagten Personen" von E. N. Tarnowsky (Journal des Justizministeriums, April 1906, S. 50, ff.). Schon die Ueberschrift sagt, daß es sich um „Angeklagte" handelt, und zwar um solche, gegen die nur die Voruntersuchung eröffnet ist. Tarnowsky hebt das immer erneut hervor; im „Tag" aber schreibt Herr Prosoroff: Die Juden „stellen 21,9 v. H. der politischen Straftäter". Der Unterschied zwischen Angeklagten und Straftäter ist selbst Laien klar genug. Tarnowsky führt schließlich noch besonders aus:

„In Analogie mit der allgemeinen Zahl der Angeklagten ist anzunehmen, daß die eine Hälfte der im Stadium der Voruntersuchung schwebenden Verfahren aus verschiedenen Gründen ganz eingestellt wird; von den übrigen wird ein Drittel freigesprochen, und nur ein Drittel von den zur Voruntersuchung Herangezogenen dürfte schuldig erkannt werden."

Damit ändert sich das Bild schon wesentlich, und überdies muß man in Betracht ziehen, mit welcher Leichtherzigkeit die russische Verwaltung gerade gegen Juden, die zu den schutzlosesten Elementen der Bevölkerung gehören, wenigstens eine Voruntersuchung einleitet. Aber es ist noch ein Grundsatz festzuhalten, der jedem bekannt ist, der sich mit Kriminalstatistik beschäftigt, und den erst kürzlich in einem hier gehaltenen Vortrag Geheimer Rat Professor von Liszt, eine Autorität auf diesem Gebiet, als ein unverrückbares Fundament für Untersuchungen dieser Art bezeichnet hat. Man kann nicht mechanisch Juden und Katholiken, Juden und Griechisch-Katholische einander gegenüberstellen, sondern es müssen beachtet werden die sozialen Verhältnisse, unter denen die betreffenden Volksgruppen leben, oder mit anderen Worten: Das Verbrechen — auch das politische — ist im hohen Grade bedingt durch soziale Voraussetzungen. Man muß somit Juden und Nichtjuden mit verwandtem sozialen Typus vergleichen. Nun sind die politischen Vergehen und Verbrechen überwiegend solche der städtischen Bevölkerung; auch Tarnowsky hebt das hervor; den Anteil der Dorfbewohner beziffert Tarnowsky auf 9 v. H. Die Juden sind aber durch die Gesetzgebung des Zarenreiches gezwungen worden, die Städte zu bewohnen. Da die gesamte städtische Bevölkerung Rußlands etwa 15 v. H. oder rund 18 750 000 Seelen bei 5 200 000 Juden beträgt, so machen die Juden 27,7 v. H. der städtischen Bevölkerung aus. Da ferner die Anteilnahme der Juden an politischen Voruntersuchungen 29,1 v. H. beträgt, so ist das Märchen verschwunden, als gäbe es „sieben bis achtmal mehr als die übrige Bevölkerung jüdische politische Straftäter". Weiter hebt Tarnowsky ausdrücklich hervor, daß die überwiegende Zahl der Anklagen wegen Anteilnahme an revolutionären oder ungesetzlichen Vereinigungen erhoben wird (Art. 250 und 318). Eine Anklage wegen revolutionärer Vereinigung erfolgt aber auf den leisesten Verdacht hin, ohne jedes greifbare Beweismaterial und dann bereits bei Auffindung verbotener Schriften. Als eine ungesetzliche Vereinigung galt es ferner, wenn sich Arbeiter zum Zwecke eines Streiks verbanden; oder die Zionisten wurden auch zeitweilig als Angehörige einer ungesetzlichen Verbindung behandelt. Da unter den Juden die Zahl der Analphabeten eine unvergleichlich geringere ist, als unter den Nichtjuden, und da die Juden zu einem sehr erheblichen Teil Industriearbeiter und Handwerker sind, so ergibt sich ein neues Moment, das die Folgerungen Prosoroffs jeder wissenschaftlichen Begründung entkleidet. Wer lesen kann, bei dem findet man in Rußland natürlich leicht ein verbotenes Buch oder Zeitungsblatt, und wer Industriearbeiter ist, der wird natürlich auch einmal in einen Streik verwickelt sein. Tarnowsky sagt überdies — vorsichtig und zutreffend — das Folgende ausdrücklich:

„Es ist sehr wahrscheinlich, daß die resolutesten Taten, die terroristischen Akte, meistenteils nicht von Juden ausgeführt werden."

An allen bedeutenden Attentaten seit der Ermordung des Ministers Bogoljepoff ist denn auch meines Wissens nur ein einziger Jude beteiligt gewesen, und zwar Sikorski. Die politische Gesinnung der russischen Juden kommt mit völliger Klarheit schließlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß von den zwölf Juden, die der ersten Duma angehörten, zehn zu den Kadetten und zwei zu den Trudowiki und nicht einer zu den eigentlichen revolutionaren Parteien gehörte; und von den vier Juden der zweiten Duma sind wiederum drei Kadetten, und nur ein einziger ist Sozialdemokrat. Es wird nicht nötig sein, auch noch nachzuweisen, daß die Angaben Prosoroffs über den Besitz der Juden an Grund und Boden grundfalsch sind. Der Besitz der Juden an Grund und Boden in Rußland ist, wie das nach Lage der Gesetzgebung nicht anders sein konnte, nicht gestiegen, sondern natürlich sehr stark zurückgegangen. Die Anschauungen, die Herr Prosoroff vertritt, entsprechen jener Behauptung, die dahin ging, die Revolution von 1848 sei in Deutschland von Polen, Juden und Franzosen gemacht worden. Diese Behauptung reaktionärer Kreise findet heute jeder ernsthafte Historiker, gleichviel wie er sich zu den Ereignissen des „tollen Jahres" stellt, lächerlich. Und ebensowenig ernst zu nehmen ist es, wenn die gewaltige Erschütterung, die Rußland jetzt erlebt, im wesentlichen oder auch nur zu überwiegendem Teil auf die Tätigkeit der Juden zurückgeführt wird; es braucht nur auf die finnische Revolution, auf die Bewegung der Esten, Letten, der Polen, der Armenier, der rechtgläubigen Bauern hingewiesen zu werden, bei der von jüdischem Einfluß keine Rede sein kann. Was Herr Prosoroff sagt, ist, objektiv betrachtet, nicht geschichtliche Wahrheit, aber wohl geeignet, neue, abscheuliche Gewalttaten gegen die Juden bei Unwissenden in mildem Licht erscheinen zu lassen.

Briefkasten.

Justizrat B. in M. Sie schreiben uns: „In den geehrten „Mitteilungen" finde ich in der schwarzen Liste immer noch **Sellin**. Schon 1904 war ich von Saßnitz aus mit Frau wiederholt dort und habe insbesondere einen christlichen Freund besucht. Von ihm und später auch von anderen hörte ich, daß dort kein Antisemitismus besteht. Ich selbst sah mir den Ort darauf an, fand aber nichts. Ich bitte, in Ihrem Leserkreise anzufragen und bis dahin Sellin wenigstens mit einem Fragezeichen zu versehen."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 29. Berlin, 17. Juli 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 5 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Das antisemitische A B C.

II.

Die kritische Betrachtung des „Handbuchs der Judenfrage" in seinem ersten Teile hat ergeben, daß von den dort aufgereihten „Urteilen über das Judentum" die große Mehrzahl für eine sachliche Würdigung der sogenannten Judenfrage heute nicht in Betracht kommen kann. Teils handelt es sich um Aussprüche von Autoren, denen jeder Anspruch auf Autorität fehlt, teils von solchen aus längstvergangenen Zeiten, in denen noch die wirtschaftliche und bürgerliche Aechtung der Juden die Ursache beklagenswerter Erscheinungen und Mißstände war; teils sind es vereinzelte Aeußerungen von Männern, die sich zu anderen Zeiten in ganz entgegengesetztem Sinne ausgesprochen und sich durch Wort, Schrift oder Tat selbst dementiert haben, teils Zitate aus belletristischen Werken oder solche, die nur durch Verstümmelung und Herauslösung aus dem Zusammenhang die gewünschte Spitze gegen das Judentum erhalten; in einigen Fällen liegt sogar, wie sich gezeigt hat, eine direkte Fälschung vor. Was von dem also zerpflückten Bukett schließlich übrig bleibt, ist wenig genug, sind fast nur die alten Parade-Autoren der antisemitischen Schlagwortjäger, die Dühring, Chamberlain, Wahrmund, Bartels usw.

Großenteils neu ist der anschließende Abschnitt mit der Aufschrift „Jüdische Stimmen zum Beweise, daß die Juden noch heute sich als eine besondere Nation betrachten". Wozu dieser Beweis dienen oder erst erbracht werden soll, bleibt unklar, denn der Abschnitt enthält fast nur Aussprüche von Zionisten, und kein Mensch bestreitet, daß es eine zionistische Bewegung gibt, die eben auf eine Wiederherstellung des alten jüdischen Nationalstaats abzielt. Diese zionistische Bewegung ist auch dem Herausgeber des „Handbuchs" und seinen Gesinnungsgenossen, wie das Vorwort bestätigt, höchst sympathisch: trotzdem müssen hier die separatistischen Aeußerungen einzelner (hauptsächlich nichtdeutscher) Zionisten mit zur Diskreditierung des gesamten Judentums dienen und wäre es auch nur, um die nichtzionistische große Mehrheit der deutschen Juden eines Mangels an Vaterlandsgefühl verdächtig zu machen.

Aus den älteren Auflagen bekannt sind die Abschnitte über das Judentum in Rußland, Ungarn, Rumänien. Daß die dortigen Verhältnisse und Zustände für sich allein beurteilt sein wollen und mit der Judenfrage der westlichen Länder, speziell Deutschlands, in kulturellem Sinne absolut nichts zu schaffen haben, ist zwar jedem Einsichtigen klar, aber es gehört nun einmal mit zu den antisemitischen Spiegelfechtereien, das gebildete und fortschrittliche Judentum Westeuropas mit dem millionenköpfigen jüdischen Proletariat der slawischen Länder aus ein und demselben Gesichtswinkel zu betrachten und die trostlos verfilzten, korrupten und rückständigen Verhältnisse Halbasiens auf die unsrigen zu projizieren. Als neuesten klassischen Gewährsmann auf diesem Gebiete hat sich übrigens das „Handbuch" den — Gouverneur von Mohilew verschrieben, den geistigen Miturheber des scheußlichen Judenmassakers von Homel, dessen Antwortrede auf die Beschwerde einer jüdischen Beschwerdedeputation hier alles Ernstes als Dokument für die Beurteilung der russischen Judenfrage angezogen wird. Ungefähr ebenso maßgebend könnten etwa die Ansichten eines Herzog Alba über die Protestanten und den Protestantismus für ihre Zeit gewesen sein.

Das Kapitel „Zur Geschichte des jüdischen Volkes" erscheint in der neuen Auflage erheblich erweitert und „umgearbeitet". Es ist so ziemlich das — gelinde gesagt — Oberflächlichste, was je über diesen Gegenstand dem geduldigen Druckpapier überantwortet worden ist und kann stellenweise überhaupt nur humoristisch genommen werden. Der Erzvater Abraham war „ein Beduine, ein Wüstenräuber". Er schloß einen Bund mit El-Schaddai, dem Gott der Finsternis und des Hasses, oder, nach mittelalterlicher Auffassung, „er machte seinen Bund mit dem Teufel", und so haben es alle Abrahams-Nachkommen seither gehalten. „Sie halten es überall mit der List und der Lüge und suchen auf dem Wege des Truges ihr Fortkommen". Es ist aber sehr zu unterscheiden zwischen „Israel" und „Juda". Israel war „ein alteingesessenes Ackerbauer- und Hirtenvolk, vielleicht von keltischer, sicher aber von arischer Herkunft", während Juda erst später „als finanzieller Usurpator, als Händler- und Wucherervolk" in diesem Israel auftaucht. Aufbewahrt ist uns dieser Gegensatz in der Sage von dem „rauhen" Esau und dem „glatten" Jakob. Die Aegypter wurden von dem eindringenden schlauen Volke der Jakobssöhne bewuchert und leibeigen gemacht. Um deren Vermehrung zu verhindern, griff der arme Pharao zu dem „verzweifelten Mittel", alle neugeborenen jüdischen Knaben töten zu lassen. (Dieses „verzweifelte Mittel" hat bekanntlich nachmals auch Herodes in Bethlehem angewandt.) Später wurde den „Kindern Juda" der Boden Egyptens zu heiß und sie machten, daß sie davon kamen, aber nicht ohne vorher die bedauernswerten Egypter „um ihre silbernen und goldenen Geräte und Kleider zu bestehlen". Aller Wahrscheinlichkeit

nach war diese Austreibung der Juden nichts weiter als eine aus Gründen der Staatsraison erfolgte Ausweisung „sittlich verworfener oder auch mit unheilbaren Krankheiten behafteter Elemente", ähnlich wie im alten Indien die „Tschandala" (d. h. die Schändlichen) als Unreine und Ehrlose eine eigene ausgestoßene Kaste bildeten. Ein Zusammenhang dieser Tschandala mit den Juden „liegt nahe", da sie ebenfalls eine Vorliebe für Zwiebeln und Knoblauch gehabt haben sollen. (!) Auch die Juden sind wahrscheinlich keine primäre Rasse, sondern eine Mischung verschiedenartiger Rassen-Abfälle, mithin „der zum festen Typus erhärtete rasselose Entartungs-Mensch". Daher ihr Haß gegen alle menschliche Ordnung, ihre „angeborene sittliche Perversität". Die angeblichen Heldentaten bei der Eroberung Kanaans sind natürlich Schwindel. „Es ist nicht anzunehmen, daß eine kriegsungeübte, durch 40jährige Wüstenwanderung erschöpfte Rotte, die doch auch kaum Waffen besessen haben kann, Wunder der Tapferkeit verrichtet hätte. Die „Eroberung" Kanaans wird wohl in ähnlicher Form vor sich gegangen sein, wie die Juden zu allen Zeiten Länder „erobert" haben: erst schnorrend und schachernd, dann wuchernd und finanzierend. Hier und da werden sie wohl eine kleine harmlose Dorfgemeinde nach Beduinenart räuberisch überfallen und ausgeplündert haben . . ."*) Charakteristisch für die „Heldentaten" Judas ist der Fall Judith: dieser Dirne bediente sich das „untapfere Volk", um den feindlichen Feldherrn Holofernes auf seinem Bette zu meucheln. (Daß die ganze Judith-Erzählung nach wissenschaftlicher Ansicht unhistorisch und eine Erfindung aus der Makkabäerzeit ist, wofür mehrfache innere Gründe sprechen, wird einfach ignoriert.) Die Heldentaten der Makkabäer selbst kann der antisemitische Geschichtsklitterer zwar nicht ganz ableugnen, da sie der Geschichte angehören, aber an einer Erklärung dafür fehlt es ihm nicht. „Hier," bemerkt er, „scheint (!nach tausend Jahren!) die Nachkommenschaft des alten streitbaren Israel (s. oben) nochmals zur Geltung gekommen zu sein und streitbare Elemente ins Feld gestellt zu haben."

Gegen diese Art der Geschichtserklärung ist der bekannte „böhmische Fremdenführer" mit seiner Darstellung des Krieges von 1866 und seiner Ursachen der reine Waisenknabe, und es ist unmöglich, auf alle scherzhaften Einzelheiten, mit denen das „Handbuch" hier seine Leser regaliert, näher einzugehen. Erwähnt sei nur die wundervolle Entdeckung (die im alten Antisemitenkatechismus noch nicht enthalten war, also erst neuestens gemacht worden sein muß), daß K a r l d e r G r o ß e, dessen Abstammung „in Dunkel gehüllt" ist, höchstwahrscheinlich jüdischer Herkunft gewesen sein dürfte; anders wäre nämlich seine und seiner Nachkommen „auffällige" Begünstigung der Juden nicht zu erklären. Nicht minder wertvoll wird den Berufshistorikern die Neuigkeit sein, daß — auch diese Sensation verdanken wir erst dem jetzt neuerschienenen „Handbuch" — der durch seine wilde Sittenlosigkeit bekannte P a p s t A l e x a n d e r VI., der Vater Cesare Borgias, ein Jude war, denn die Borgia waren eine „geadelte spanische Judenfamilie". Bisher wußte man nur von e i n e m Träger der Tiara, der tatsächlich jüdischer Abstammung war (es ist Anaklet II., der Gegenpapst Alexanders III. in den Jahren 1130 bis 1138), dieser Ausnahmsfall hat nun an Kuriosität entschieden verloren.

*) Daß es hauptsächlich „finanzielle Unterjochung" war, durch die die Juden Kanaan eroberten, schließt der tiefgründige Geschichtsforscher Theodor Fritsch mit tötlicher Sicherheit daraus, daß es in der Bibel wiederholt heißt, die Bewohner des Landes seien z i n s b a r gemacht worden. Vielleicht besitzt Herr Fritsch einen Sohn, der es bis zur Sekunda gebracht hat; von ihm könnte er sich dann belehren lassen, daß im Altertum jedes eroberte Land dem Eroberer „zinsbar" d. h. tributpflichtig wurde, seien diese Griechen, Perser, Römer oder Juden gewesen.

Mit dem Kapitel „Aus den rabbinischen Schriften", in dem die alten abgestandenen Märchen über Talmud und Schulchan-Aruch genau wie im alten „Katechismus" wieder aufgetragen werden, ganz ohne Rücksicht auf die streng sachlichen Widerlegungen des „Antisemiten-Spiegels", brauchen wir uns hier ebensowenig aufzuhalten, wie mit den ziemlich unverändert gebliebenen Verleumdungen der „Alliance israélite" und der „Anglo-Jewish-Association" als jüdischer „Geheimbünde". Diese Fabeln gehören nun einmal zum eisernen Bestande antisemitischer Propaganda, und eher ginge ein Kameel durch ein Nadelöhr, als daß ein antisemitischer Publizist sich von nachgewiesenen Irrtümern überzeugen ließe. So hat auch der im „Antisemiten-Spiegel" gegebene Nachweis, daß der von Dr. Richard Andree erwähnte angebliche russisch-jüdische Geheimbund „K a h a l" als solcher n i c h t existiert, daß Andree vielmehr lediglich die schon öfters widerlegte Schrift eines getauften russischen Juden als einzige Quelle ohne eigene Kenntnis der Sache benutzt hat und daß der „Kahal" nichts weiter als ein v o m S t a a t e eingesetzter Gemeinderat der einzelnen Gemeinden ist, — auch dieser Nachweis hat Herrn Fritsch nur dazu bestimmen können, die „Kahal"-Fabel u n v e r ä n d e r t wieder seinem „Handbuch" einzuverleiben. Dabei erwähnt er selbst in einem neuen Zusatz (S. 298), die russische Regierung habe im Jahre 1893 die „Aufhebung der b i s d a h i n g e s e t z l i c h z u g e l a s s e n e n Kahale" beschlossen. Auf der vorhergehenden Seite aber wird behauptet, die Kahale seien, „obwohl v o n d e r R e g i e r u n g s t r e n g v e r b o t e n, über ganz Rußland verbreitet". Daß ein antisemitischer „Kulturhistoriker" über derart krasse eigene Widersprüche stolpern könnte, darf man allerdings nicht erwarten.

Die rein s t a t i s t i s c h e n A b s c h n i t t e des „Handbuchs" bieten keine besonderen Angriffsflächen, soweit sie nur Zahlenmaterial und nicht willkürliche Folgerungen enthalten. Zu diesen gehört beispielsweise die von Sachkenntnis besonders ungetrübte Behauptung, daß man trotz häufiger Forderung eine genaue amtliche Statistik der Juden nicht erhalten könne, weil der frühere Direktor des Statistischen Amtes ein Dr. Hirschberg gewesen, der jetzige ein Dr. Silbergleit sei. Unbequem genug mag es andrerseits Herrn Fritsch gefallen sein, auf Grund der — angeblich doch gar nicht vorhandenen! — amtlichen Statistik als Ergebnis aller Ortstabellen mitzuteilen, daß die Zahl der Juden von 561 612 im Jahre 1880 auf nur 586 948 im Jahre 1900 gestiegen war, also im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung erheblich a b g e n o m m e n hat; denn die kaninchenartige Zunahme und bedrohliche Vermehrung der Juden pflegt von antisemitischer Seite mit besonderer Vorliebe als Grund für gesetzliche Schutzmaßregeln angeführt zu werden. Falsch ist u. a. auch die Behauptung von dem „Zug nach dem Westen", der sich in der Verschiebung der jüdischen Bevölkerung zeige und worin sich „sozusagen auch die Industrialisierung des deutschen Reiches" wiederspiegle. Zum mindesten ergeben die im „Handbuch" mitgeteilten Tabellen deutliche Abnahmen der jüdischen Bevölkerung in Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Großherzogtum Hessen, andrerseits erhebliche Zunahme in Provinz und Königreich Sachsen. Man kann also höchstens in Preußen selbst von einem Abfluß aus den östlichen Provinzen in die westlichen sprechen, dieser aber ist bekanntlich in der ganzen preußischen Bevölkerungsstatistik wahrnehmbar und keine Spezialerscheinung auf jüdischer Seite.

In weiteren Abschnitten wird die „Beteiligung der Hebräer an den einzelnen Berufen" erörtert, der Justiz, der Medizin, der Presse, Literatur und der schönen Künste. Diese Litanei ist zu alt, um noch zu interessieren, auch sind es meist die selben Angaben, die schon der „Antisemiten-

katechismus" enthält, nur flüchtig revidiert und da und dort mit ein paar „pikanten" neuen Zusätzen verbrämt. So darf natürlich unter den jüdischen „höheren Verwaltungsbeamten" — eine rechte contradictio in adjecto — der neue Kolonial-Staatssekretär Dernburg als „Sprößling einer erst seit 1846 getauften Judenfamilie" nicht fehlen, und der neue preußische Landwirtschaftsminister von Arnim-Criewen wird als „Enkel der Berliner Jüdin Marie Arndt und des Prinzen August von Preußen" vorgestellt. Von der Zuverlässigkeit der Kapitel über Presse und Literatur mögen einige wenige Stichproben einen Begriff geben. Als „jüdisch" wird z. B. die parteilose „Deutsche Warte" in Berlin bezeichnet, deren Besitzer und Begründer der Regierungsrat Arthur v. Studnitz ist, ebenso die „Allgemeine Zeitung" in München, deren Ressortredakteure alle Christen sind und deren Eigentümer noch bis in die jüngste Zeit ein nationalliberales Konsortium (mit Exzellenz Dr. Bürklin an der Spitze) war. Der „Berliner Courier" wird angeführt, der schon seit Jahr und Tag nicht mehr existiert. Als Hauptredakteure der „National-Zeitung" werden die Herren Friedrich Dernburg und S. Käbner, beide „jüdischen Stammes", genannt. Herr Dernburg gehört seit mindestens 20 Jahren der „Nat.-Ztg." nicht mehr an, Herr Käbner ist seit 4 oder 5 Jahren tot, Chefredakteur des Blattes ist der gut „arische" Dr. Paul Harms. Das „Neue Montagsblatt", das Eduard Bernstein herausgab, ist schon vor zwei Jahren nach höchstens vierteljährigem Bestehen entschlafen. „Eine in Wien 1905 gegründete Wochenschrift „Der Weg" hat zur Hälfte jüdische Mitarbeiter" — diese Wochenschrift hat schon vor 2 Jahren nach ganz kurzem Lebenslauf das Zeitliche gesegnet; der unter ihren jüdischen Mitarbeitern genannte Dr. Poppenberg ist niemals Jude oder jüdischer Abstammung gewesen. Herausgeber des „Temps" in Paris soll „der Jude Claudia Treves in Mailand" sein — ein furchtbarer Galimathias! Der Herausgeber des „Temps" heißt Adrien Hébrard (was allerdings verdächtig an „Hebräer" erinnert), die Brüder Emilio und Giuseppe (nicht Claudia) Treves in Mailand sind Inhaber einer berühmten Verlagsbuchhandlung und haben mit dem „Temps" so wenig zu tun, wie Herr Fritsch mit dem „Standard" oder „Figaro". Und so weiter con grazia . . .

Die „schwarze Liste" der Schriftsteller jüdischer Abkunft war Herr Fritsch bis auf die jüngste Zeit fortzuführen offenbar eifrig beflissen, aber auch hier geht es ohne grobe Schnitzer nicht ab. Hermann Bahr dem Judentum zuzuschieben, obwohl er oft genug seine christliche Herkunft versichert und mit Beweisen belegt hat, lassen sich die Literatur-Antisemiten nun einmal nicht nehmen. Ebenso müssen immer wieder die Damen Ilse Frapan, Emma Vely, Clara Viebig als Jüdinnen figurieren, trotzdem alle drei rein protestantischer Herkunft sind. Bei Ilse Frapan, die einer französischen, nach Hamburg emigrierten Hugenottenfamilie Levien entstammt, wird diese Täuschung durch die deutsche Aussprache ihres Namens immer wieder hervorgerufen. Ebensowenig hat Emma Vely jemals (wie immer von neuem gelogen wird) Levy geheißen, ist vielmehr als Tochter des Waffenfabrikanten Couvely — ebenfalls eines Hugenottenabkömmlings — in Braunfels bei Wetzlar geboren und ihr Schriftstellerpseudonym ist lediglich eine Abkürzung ihres Mädchennamens. Frau Viebig endlich, hinter deren Namen das Handbuch in Parenthese anführt „Frau Kahn, geb. Viebs" (!) ist die Tochter des in Düsseldorf verstorbenen protestantischen Oberregierungsrats Viebig und eine Schwester des Bonner Oberstaatsanwalts Viebig; daß sie die Freimütigkeit besessen hat, trotzdem einem jüdischen Verlagsbuchhändler die Hand zur Ehe zu reichen, wird von ihren literarischen Gegnern fleißig dahin ausgebeutet, sie als „Frau Kohn" einem Teil des Lesepublikums mißliebig zu machen. Von sonstigen Entgleisungen, die dem „Handbuch" hier passiert sind, ist wohl die komischste die, daß der bekannte Kritiker und Kulturhistoriker S. Lublinski für den Träger des Pseudonyms Marie Madeleine erklärt wird, mit dem sich bekanntlich die jetzige Frau v. Puttkamer geb. Günther bei Veröffentlichung ihres stark erotischen Lyrikbandes „Auf Kypros" vor Jahren geschmückt und bekannt gemacht hat. Die bloße Zusammenstellung dieser beiden Persönlichkeiten, die nach Herrn Fritsch identisch sein sollen, muß die unbändige Heiterkeit aller halbwegs Literaturkundigen erwecken.

Von der Perfidie überhaupt, mit der in der antisemitischen Publizistik bisweilen gearbeitet wird, gibt der Abschnitt „Musik" eine besonders starke Probe. „Meyerbeer", heißt es da, „ist der unverfälschte hebräische Musikmacher. Wo es einmal anders scheint, hat das vielleicht seine besondere Bewandtnis. Carl Maria von Weber übergab auf seinem Sterbelager seinen gesamten Nachlaß an musikalischen Entwürfen an Meyerbeer zur Bearbeitung und Veröffentlichung. Den großen Koffer mit diesen Manuskripten will Meyerbeer auf der Reise nach Paris zufällig verloren haben. Feine Ohren glaubten aber in späteren Schöpfungen Meyerbeers Webersche Klänge herauszuhören." Die Dreistigkeit, mit der hier einem seit vierzig Jahren Toten der niedrigste Betrug und Diebstahl nachgesagt wird, sucht ihresgleichen. Uns ist von dieser Koffer-Geschichte nie etwas bekannt geworden, wir haben nichts darüber gefunden und wissen auch nicht, wo Herr Fritsch die zweifelhafte Anekdote aufgelesen hat. Aber selbst gesetzt den Fall, daß die Tatsache von der Uebergabe des Weberschen Nachlasses an Meyerbeer und die Geschichte mit dem verlorenen Koffer richtig wäre*), ist es eine Infamie, um dessentwillen Meyerbeer zum Plagiator und geistigen Leichenräuber zu stempeln; denn es gehört schon ein siebenfach geschlungener Musik-Böotier dazu, um in Meyerbeers großen Effekt-Opern mit ihrem ganz aus dem italienischen Opernstil erwachsenen Pathos Anklänge an Webers deutsch-romantische Musik zu finden. Diese neue antisemitische Lüge dürfte zwar dank ihrer Lächerlichkeit noch erheblich kürzere Beine haben, als so manche frühere, aber sie charakterisiert den Geist, in dem das „Handbuch der Judenfrage" verfaßt und präpariert ist.

Bezeichnend für diesen Geist — lucus a non lucendo — ist es auch, daß im Abschnitt „Börse" wohlgemut und unverdrossen das alte Schwindelmärchen wieder aufgewärmt wird, wonach die Alliance israélite resp. ihr Gründer Crémieux im Jahre 1870 „einen Preis von 1 Million Francs auf das Haupt des Königs Wilhelm" ausgesetzt habe. Diese fette Ente ist als solche schon ungezählte Male gekennzeichnet worden, und der „Antisemiten-Spiegel" hatte (S. 78) nachgewiesen, daß das ganze törichte Gerede (denn welches Interesse hätte die Alliance israélite an dem Tode König Wilhelms haben sollen oder können!) auf den fanatischen Beschluß französischer Freimaurerlogen zurückzuführen ist, die im März 1871 zu Lyon in der Leidenschaft des Krieges den kindischen Einfall hatten, Kaiser Wilhelm, Bismarck und Moltke für „vogelfrei" zu erklären und auf die Beseitigung jedes dieser „drei wilden Tiere" je eine Million als Preis zu setzen. Und diese gelegentliche Rodomontade einiger kriegsüberreizter gallischer Patriotenhirne wagt man noch heute nach 36 Jahren in der oben angeführten antisemitischen Entstellung als historische Tatsache zu verwerten! An der unerschütterlichen Dickfelligkeit eines Berufsantisemiten vom Schlage des Herrn

*) Gegen diese Richtigkeit spricht allein schon die Tatsache, daß die einzige unvollendete Oper aus Webers Nachlaß („Die drei Pintos") in Gustav Mahlers musikalischer Bearbeitung noch 1888 in der Oeffentlichkeit erschien. Uebrigens war Meyerbeer ein Mitschüler Webers bei Abt Vogler in Darmstadt gewesen und schon ein fruchtbarer und bekannter Komponist, als Weber 1826 starb.

Fritsch gleitet freilich jede nach sa zweifelsfreie Widerlegung einer Unwahrheit sa glatt ab, wie die Wassertrapfen an der Eidergans.

Den glorreichen Beschluß des Buches bildet ein dreißig Seiten langer Epilog über das Thema: „Wie ist die Judenfrage zu lösen?“ Da auf den Staat, wird darin ausgeführt, als Erretter aus der Judenkalamität in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, müsse man sich „kleiner Schutzmittel“ bedienen, um den Feind „vielleicht durch Einkreisung lahm zu legen“. Dabei sei man freilich zunächst auf die „private Initiative“ angewiesen. Es sei ein Mißgriff gewesen, den Kampf gegen das Judentum zur Sache *einer* palitischen Partei zu machen, denn das Wahl des Vaterlandes, das dabei auf dem Spiele stehe, sei die Parole *aller* Parteien. In der Judenfrage aber handele es sich lediglich um „eine Kulturfrage, eine Existenzfrage der ganzen Menschheit“. Nietzsche, der das Wesen dieser Frage nicht verstehen wollte, sondern „den törichten Einflüsterungen seiner jüdischen Freunde nachgab“ (wer mögen die wohl gewesen sein?), diesem Nietzsche war offenbar „das Gefühl für das Grundwesen der menschlichen Dinge abhanden gekammen“. In Wahrheit sei die Judenfrage eine Frage des Fartschritts und der geistigen Erhebung. „Mensch, Edelmensch ist erst der, der über den Juden emporragt, der alles abgetan hat, was dem Juden Verächtliches anhaftet. *Der Jude ist der Untermensch.* Nur *höchster Idealismus* darf die bewegende Kraft in diesem Kampfe sein.“ . . . Es bedürfe keiner Gewalttätigkeiten. Bei der „Selbstläuterung“ habe die Arbeit zu beginnen, dann müsse van den berufenen geistigen Führern die „Aufklärung des Volkes“ soweit gefördert werden, daß eine grundsätzliche Isolierung des Juden in allen gesellschaftlichen und geschäftlichen Dingen die Falge sei. Diese Volksbelehrung habe schon in der *Schule* einzusetzen, die bis jetzt durch Versäumnis ihrer Pflicht unbewußt dazu geholfen habe, „unser argloses Valt dem Hebräer auszuliefern“. Es bedürfe deshalb einer gründlichen Schul- und Erziehungsreform. Eine ebenso gründliche Umwandlung müsse unser *Pressewesen* erfahren; denn die jüdische Presse sei „ein Tummelplatz des krassesten Zynismus. In Romanen wie auf dem Theater tischt uns der Hebräer Schmutzgeschichten auf; die öffentliche Dirne ist zum Mittelpunkt des kulturellen und künstlerischen Interesses erhaben; alles dreht sich nur noch um die geschlechtliche Ausschweifung . . . . Käuflichkeit des Weibes — dahin geht das Trachten des Hebräers. In Witzblättern, in Ramanen, auf der Bühne führt er uns das Weib nur noch als Dirne vor. Der Mann soll gewöhnt werden, nur noch eine Dirne im Weib zu sehen, und das Weib, sich nur noch als Dirne zu fühlen. Er weiß wahl, daß er unser Volkstum damit in den Grundfesten erschüttert.“ (Daß diese höchst nichtswürdige und niederträchtige Verleumdung in der ganzen zeitgenössischen Belletristik jüdischer Herkunft auch nicht die geringste tatsächliche Stütze findet, ist in diesen Blättern schon häufiger ausgeführt worden: trotzdem wird der Geifer nach wie var auf die angebliche „jüdische Prastitutionsliteratur“ ausgespritzt. Wer solches Lügenhandwerk treibt, hat wahrlich das Recht verwirkt, gesittet Pfui zu sagen! *)). Was Herr Fritsch zum Beschlusse seiner Refarmvarschläge an rassenzüchterischen und wirtschaftspolitischen Ideen zum Besten gibt, können wir auf sich beruhen lassen. Interessanter wäre schon, was er unter der Aufschrift „Eigene Sünden“ der Besserung empfiehlt, wenn diese „Sünden“ sich nicht ausschließlich auf die größere Vorliebe des Germanen für Alkohol (gegenüber der jüdischen Nüchternheit) beschränkten, und wenn der kleine Abschnitt nicht ein neuer Beweis für das Sprichwart vam Splitter und vam Balken wäre.

Uns scheint von Herrn Fritschs ganzem Pragramm zur Lösung der Judenfrage der aben erwähnte erste Punkt, die *Selbstläuterung*, der wichtigste, wenn nicht der einzige, dessen es zu der bewußten Lösung zunächst bedarf, aber allerdings auch der aussichtslaseste. Denn wenn Männer, die dem Volkswohl dienen und die Oeffentlichkeit beeinflussen wollen, Männer, die Ehrlichkeit und Treue für den autatochthanen Deutschen in Erbpacht nehmen und jedem Mitmenschen jüdischer Abkunft absprechen wollen, wenn solche Männer mit derart unehrlichen und faulen Mitteln arbeiten, wie sie im Vorstehenden dem „Handbuch“ an allen Ecken und Enden nachgewiesen worden sind, so steht es schlimm um die „Wiedergeburt“ der deutschen Natian, die von *dieser* Seite kammen sall! Wir können fremde Ueberzeugung achten, ahne sie zu teilen. Wir können uns sagar denken, daß sehr achtbare und wahlmeinende Männer van ihrem persänlichen Standpunkte aus Gegner des Judentums sind und ein Aufgehen des jüdischen Elements im deutschen für unmöglich ader für verhängnisvall halten. Wir können eine solche Ueberzeugung, auch wenn wir sie zehnmal für falsch halten, respektieren (ebenso wie ein besonnener kanservativer Politiker die Ueberzeugung eines extrem demokratischen respektieren kann), wenn sie in *ehrlichem Kampfe* mit blanken Waffen ahne Gehässigkeit und Verleumdung versachten wird und mit ebensolchen bekämpft werden kann. Verächtlich aber im höchsten Grade macht sich die Spezies antisemitischer Polemik, die unentwegt mit teils falschen, teils entstellten, teils unbewiesenen Tatsachen und bestenfalls mit perfide arrangierten Halbwahrheiten ihre hetzerischen und gehässigen Zwecke verfolgt. Und ein Typus dieser Gegner, denen wir die Achtung versagen müssen, ist das hier charakterisierte „Handbuch“, dessen Verfasser an zahlreichen Stellen den Beweis geliefert hat, daß er die Wahrheit nicht sehen *will*, auch dann nicht, wenn sie ihm unwiderleglich und deutlich vorgerückt wird. Solche Gewächse der Publizistik kann man wie Giftpflanzen nur klassifizieren und dann wegwerfen.

Was hiermit geschehen sein sall.

Die Geschichte eines antisemitischen Wahlkampfes.

Van *Otto Nuschke* in *Marburg* a. L.

II.

Die antisemitische Agitation.

Nachdem der Bund der Landwirte, dessen Beamter Herr Dr. Böhme damals nach war, die Zustimmung zur Böhme'schen Kandidatur gegeben hatte, bekannten sich jetzt auch die deutschsazialen Antisemiten zu dieser. Deutschsoziale und bündlerische Wanderredner sprachen oft dreimal in ganz kurzen Zwischenräumen selbst in kleinen Dörfern. Herr Liebermann v. Sannenberg erschien in drei Versammlungen im Wahlkreise und redete gemeinsam mit Dr. Böhme. In *Wetter* (Kreis Marburg) erklärte er in einer fast nur von fanatischen Antisemiten besuchten Versammlung: „Im Falle einer Revalution wird es in Deutschland heißen: „*Wer einen Juden totschlägt, beerbt ihn*“. Es braucht nicht betant zu werden, daß eine antisemitisch fanatisierte Menge sehr leicht den Vordersatz über-

*) Das nächste beste Beispiel mag als Illustration dienen. Das vielberufene „Tagebuch einer Verlarenen“, das neben Frenssens „Hilligenlei“ der größte Bucherfolg der letzten 2 Jahre war und es bisher auf ca. 120 Auflagen brachte, schildert den Lebenslauf einer Prostituierten. Seine Heldin, die im Raman den Namen Thymian führt, war im Leben die Tachter eines Beamten in Schleswig-Holstein, die Herausgeberin und Mitverfasserin des christlichen Buches, Margarethe Böhme, ist ebenfalls Christin, der Verleger Fontane ist Pratestant. Ein klassisches Beispiel für die „jüdische Prastitutionsliteratur“!

hört und wer erlebt hat, mit welchem fanatischen Jubel der Nachsatz in jener Versammlung aufgenommen wurde, der wird erstaunen über den Mangel an sittlichem Verantwortlichkeitsgefühl, mit dem Herr v. Liebermann seine Agitation treibt.

Natürlich hat diese intensive antisemitische Agitation Unsummen verschlungen. Die bündlerischen Redner kamen meist aus Berlin, die antisemitischen aus Hamburg. Um zu verhindern, daß dies im Wahlbezirke Mißtrauen errege, erfand man einen echt antisemitischen Trick, der so recht typisch ist für die antisemitische Unwahrhaftigkeit. Das offizielle Organ der Deutschsozialen, die „Deutschsozialen Blätter", behauptete, der Handelsvertragsverein habe 1903 für die drei Kandidaten von Gerlach, Naumann und Damaschke 100 000 Mark gegeben. In seiner Nummer 85 vom 24. Oktober 1906 behauptete dasselbe Blatt nochmals positiv, von Gerlach hätte, „gestützt auf den finanzkräftigen Handelsvertragsverein, mit 45 000 Mk. den Wahlkreis Marburg erobert". Ein gröblicher Schwindel, den sich das Antisemitenblatt glatt aus den Fingern gesogen hatte. Die „Hessische Landeszeitung" nagelte die antisemitische Unwahrheit folgendermaßen fest:

„Das offizielle Organ der Deutschsozialen schämt sich nicht, die schwindelhafte Behauptung in die Welt zu setzen, die Nationalsozialen hätten bei der letzten Wahl 100 000 Mark vom Handelsvertragsverein — allein 45 000 für Marburg — bekommen. Jeder Mensch mit seinen fünf gesunden Sinnen, der unsere Agitation auch nur oberflächlich beobachtet hat, erkennt ja diese Schauermär im vollen Umfange. Unsere ganze Agitation bei der letzten Wahl hat überhaupt nur ungefähr den zehnten Teil jener Summe, einschließlich der Stichwahl, gekostet. Davon stammen — 500 Mark vom Handelsvertragsverein, die dieser nachträglich ohne jeden Antrag von unserer Seite gewährte. In dem Verhältnis von 1 zu 90 schwindeln also die Antisemiten."

Die „Deutschsozialen Blätter" haben diese Richtigstellung vollständig totgeschwiegen! Die antisemitischen Agitatoren aber — und wie mir in Altenvers berichtet wurde, auch Herr Dr. Böhme — haben diese Lüge nach wie vor kolportiert. Man brauchte sie, um der Wählerschaft Sand in die Augen zu streuen. Um einerseits abzulenken von den eigenen Unkosten, und zum andern, um die meist sehr arme Bevölkerung des Wahlkreises gegen die Liberalen als die Freunde des „jüdischen Großkapitals" aufzureizen.

Zu diesem letzteren Zwecke setzte man auch eine zweite Unwahrheit in Umlauf. Am 29. Oktober 1906 sprach der antisemitische Abgeordnete Raab mit Herrn Böhme in Marburg. Um zu erweisen, daß die Liberalen „Freunde des Großkapitals" seien, griff Herr Raab zu der dreisten Unwahrheit, der Abgeordnete v. Gerlach habe gegen die Tantièmesteuer gestimmt. Ich konnte dieser Versammlung nicht beiwohnen und antwortete Herrn Raab in der Zeitung, daß er sich selbst seine Behauptung aus dem amtlichen Reichstagsstenogramm als Schwindel bestätigen könne. Nach fast zwei Wochen bequemten sich die Herren Antisemiten, in der „Oberhessischen Zeitung" zuzugestehen, daß Herr Raab sich „geirrt" habe. Die Erklärung dieses Irrtums wurde natürlich verklausuliert und die Motive der freisinnigen Abstimmung verdächtigt. Keine Spur aber von Bedauern über die in die Welt gesetzte Unwahrheit!

Ich benutzte natürlich die erste beste Gelegenheit, dem Herrn Dr. Böhme — Herr Raab war inzwischen aus dem Kreise verschwunden — das antisemitische Gebahren unter die Nase zu reiben. Es geschah das in einer Versammlung am Sonntag, den 9. Dezember, in dem kleinen Orte Burgholz (Kreis Kirchhain). Ich erwartete wenigstens von Herrn Dr. Böhme ein Wort des Bedauerns über die antisemitische Handlungsweise. Aber weit gefehlt. Herr Dr. Böhme behauptete, nachdem ich ihm an der Hand des amtlichen Reichstagsstenogramms nachgewiesen hatte, daß die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung einschließlich des Abgeordneten v. Gerlach für die Tantièmesteuer gestimmt habe, ja die Fraktion sei eben bei der dritten Lesung umgefallen, und zwar unter dem Drucke der öffentlichen Meinung. Bei der ersten oder zweiten Lesung habe sie dafür gestimmt. Ich nagelte den Herrn sofort sowohl auf seine Unwahrhaftigkeit wie auf seine blutige Ignoranz fest. Denn bekanntlich ist die Tantièmesteuer in der Kommission als Zusatzantrag zur Reichsfinanzreform angenommen worden und im Plenum ist über sie lediglich bei der dritten Lesung über die Reichsfinanzreform abgestimmt worden. Jeder andere würde sich nun veranlaßt gesehen haben, seinen Irrtum einzugestehen. Bei einem Antisemiten verlangt man natürlich vergebens. Und Herr Dr. Böhme erklärte daher auch — wenn auch etwas gedrückt —, „dann war es in der Kommission, wo Ihr Vertreter dagegenstimmte, und im Plenum ist Ihre Fraktion umgefallen!" Natürlich war das wieder unwahr, da die Freisinnige Vereinigung überhaupt keins ihrer Mitglieder in der Steuerkommission sitzen hatte!

Am selben Abend trat ich Herrn Dr. Böhme noch in dem Nachbardorfe entgegen. Hier konstatierte in der Diskussion ein Handwerker, daß Herr Dr. Böhme vor einiger Zeit im benachbarten Wolferode ebenfalls die unwahrhaftige Darstellung von Gerlachs Abstimmung bei der Tantièmesteuer gegeben habe, und zwar habe er gleich Herrn Raab behauptet, Herr von Gerlach habe gegen diese Steuer gestimmt. Also auch Herr Dr. Böhme „irrte" sich in diesem Punkt. Ein merkwürdiges Zusammentreffen! Nun muß man ermessen, daß doch Herr Raab als Abgeordneter und Herr Dr. Böhme als Kandidat seiner Partei in hohem Maße verantwortlich waren für deren Gesamtagitation. Wenn schon am grünen Holze, bei den Koryphäen der Partei solche Unwahrheiten vorkamen, so kann man ermessen, wie es erst die Agitatoren minderen Grades getrieben haben. In unerhörter Weise ist die Wahrheit umgebogen und die Wählerschaft irre geführt worden. Und das von Leuten, die ihr „Deutschtum" und ihre „christliche" Gesinnung immer betonen! Fürwahr, schlimmer können Deutschtum und christliche Gesinnung kaum je herabgesetzt werden, als durch jene Leute, die sie zur Deckung ihrer unwahrhaftigen Agitation benutzen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Expastor Kröfell, der jetzt nicht mehr den Schutz der parlamentarischen Immunität genießt, sieht sich jetzt recht oft gezwungen, über sein Tun und Treiben vor Gericht Rechenschaft abzulegen; natürlich meist wegen persönlicher Angriffe, die er im politischen Kampf statt sachlicher Argumente ins Treffen führte.

So standen am 8. d. Mts. vor dem Pyritzer Schöffengerichte wieder drei „Kröfell-Affären" auf einmal zur Verhandlung. Auch diesmal versuchte Kröfell einen Aufschub zu erzielen, indem er einen Schöffen als „befangen" ablehnen zu müssen glaubte — was ihm aber mißlang. Nach diesem Vorspiel wurde in die Verhandlung wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. Weiße-Pyritz eingetreten, begangen durch drei Artikel im „Mittelstand" von 1905 mit der verheißungsvollen Ueberschrift „Etwas über die Tätigkeit des Bürgermeisters Dr. Weiße". Diese Artikel sind so „massiv", daß selbst der verantwortliche Redakteur des „Mittelstand", Kemper, seinerzeit die Verantwortung dafür abgelehnt und den — damals immunen — Herrn Kröfell die betreffenden Nummern hat zeichnen lassen! Nach dreistündiger Verhandlung erachtete der Gerichtshof Kröfell für schuldig und verurteilte ihn gemäß dem Antrag des Amtsanwalts zu einer Geldstrafe von 100 Mark, bezw. für je 10 Mark zu einer Gefängnisstrafe von einem Tag. — Die zweite Strafsache bezog sich auf Hausfriedensbruch und Beleidigung, deren sich Kröfell gelegentlich eines Besuches im Dienstzimmer des Bürgermeisters Dr. Weiße schuldig gemacht hatte.

Der Amtsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 60 Mark. Der Gerichtshof sprach Krysell jedoch von der Anklage des Hausfriedensbruchs frei und verurteilte ihn nur wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 5 Mark eventl. 1 Tag Haft. — Die dritte Strafsache mußte wegen vorgerückter Stunde vertagt werden.

Vermischtes.

Von dem Herausgeber der „Breslauer Morgen-Zeitung“, Herrn Dr. Erich Freund, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Herr Dr. Bruno Wagener, Chefredakteur des „Breslauer General-Anzeiger“, hat in seinem an Ihre Adresse gerichteten Briefe folgenden Satz niedergeschrieben: „Wir weisen darauf hin, daß in diesem Falle auch die „Breslauer Morgen-Zeitung“, die hier als das spezifisch den Juden wohlgesinnte Blatt gilt, sich genau ebenso ablehnend gegenüber den Stücken mit jüdischem Milieu verhielt“. Herr Dr. Wagener bringt meinem Empfinden nach hier zunächst zwei Dinge in eine Kontrastellung, die irgend eine Gegensätzlichkeit nicht enthalten. Unsere ablehnenden Kritiken bezogen sich natürlich nicht auf das „jüdische Milieu“ als solches, sondern lediglich auf den ästhetischen Unwert der Stücke. Diesen selbstverständlichen Standpunkt haben meines Wissens alle hiesigen Kritiker ohne Unterschied des Parteistandpunktes ihrer Blätter eingenommen. Wenn dabei — auch in der „Breslauer Morgen-Zeitung“ — überhaupt des „jüdischen Milieus“ mit einiger Betonung Erwähnung geschah, so lag das lediglich an dem merkwürdigen Zufall, daß hier im Laufe weniger Wochen von den verschiedensten Theatertruppen ein halbes Dutzend Stücke mit „jüdischem Milieu“ oder stark hervortretenden jüdischen Typen gespielt wurden.

Vor allem aber irrt Herr Dr. Wagener mit seiner Behauptung, die „Breslauer Morgen-Zeitung“ gelte hier als „das spezifisch den Juden wohlgesinnte Blatt“. Eine „spezifische Wohlgesinntheit“ den Juden gegenüber betätigt unser Blatt nicht, schon aus dem sehr einfachen Grunde nicht, weil es als demokratisches Organ nicht nach der Religion derer, deren es sich annimmt, oder die es anstellt, zu fragen pflegt. Daß es für die verfassungsgemäße Gleichberechtigung der jüdischen Deutschen in Deutschland auf das Entschiedenste eintritt, wo es nur immer nottut, ist ihm eine selbstverständliche Pflicht. Diese aber entspringt nicht einer „spezifischen Wohlgesinntheit“, d. h. doch wohl einer ganz besonderen Parteinahme für die jüdisch!n Mitbürger, die eine Hintansetzung der Interessen der nichtjüdischen Mitbürger bedeuten würde, sondern dem einfachsten Gerechtigkeitsgefühl, wie es jedes liberale Blatt, das dieses Namens wert ist, betätigt oder wenigstens betätigen sollte.“

Juden als Schöffen und Geschworene. Das sächsische Justizministerium hat dem Verbande der deutschen Juden auf seine Vorstellung vom 13. Juni 1907 mitgeteilt, daß folgender Erlaß am 21. Juni 1907 an die Königl. sächsischen Amts- und Landgerichte ergangen ist:

In der letzten Zeit sind verschiedene Stände und Bevölkerungsklassen bei dem Justizministerium dagegen vorstellig geworden, daß sie bei der Wahl zu Schöffen und Geschworenen grundsätzlich nicht berücksichtigt würden. Wie schon in der Verordnung vom 7. Oktober 1905, J.M.Bl. S. 139, ausgesprochen worden ist, würde es mit dem Geiste des Gesetzes nicht im Einklang stehen, wenn weite Kreise der Bevölkerung von dem Ehrenamt eines Schöffen oder Geschworenen ganz oder fast ganz ausgeschlossen bleiben. Maßgebend für die Auswahl ist die Bildung, die Urteilsfähigkeit, die Ehrenhaftigkeit und der Wert der einzelnen Persönlichkeit. Liegen diese an die Schöffen und Geschworenen zu stellenden Erfordernisse vor, so dürfen — abgesehen von den gesetzlichen Ausschließungsgründen — keine Erwägungen Platz greifen, welche ganze Stände und Bevölkerungsklassen grundsätzlich von dem Amte ausscheiden.

Wenn daher, wie geltend gemacht und von einem Amtsgerichte bestätigt worden ist, die mittleren Postbeamten lediglich deshalb, um sie nicht ihren dienstlichen Obliegenheiten zu entziehen, von dem Amte eines Schöffen und Geschworenen ausgeschlossen worden sind, so würde dies in dem Gesetze keine Stütze finden.

Trifft weiter die Behauptung zu, daß in einigen Bezirken ausnahmslos oder doch in der Regel keine Juden zum Schöffen- und Geschworenendienst berufen oder Juden zwar zu Geschworenen, niemals aber zu Schöffen erwählt worden seien, obwohl dort in größerer Zahl Juden vorhanden seien, die sich nach ihrem Bildungsgrad und sonst zu Schöffen und Geschworenen eigneten, so würde auch dies dem Gesetze zuwiderlaufen.

Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen steht zwar im freien Ermessen des Ausschusses und des Landgerichtes (GVG. Paragraphen 42, 98). Das Justizministerium glaube jedoch, die Gerichte auf die mehrfach ausgesprochenen Wünsche beteiligter Kreise aufmerksam machen zu sollen.

Ministerium der Justiz.
Dr. von Otto.

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungsorte. Aus Harzburg wird uns mitgeteilt, daß der Besitzer der Villa Winterberg, Nordhäuserstraße, Juden nicht bei sich aufnimmt.

Das Nordseebad Wangerooge und das Ostseebad Thiessow a. R. verzeichnen wir von jetzt ab in der Liste der antisemitischen Badeorte, weil, wie wir der Monatsschrift „Im deutschen Reich“ entnehmen, jüdischen Mitbürgern aus Berlin bezw. aus München auf bezügliche Anfragen von den betreffenden Badeverwaltungen nachstehende Antworten zugegangen sind:

I.

„Wangerooge, den 14. Juni 1907.

In höflicher Erwiderung Ihrer werten Anfrage bedauern wir, Ihnen mitteilen zu müssen, daß unsere Stammgäste, die bei weitem den größten Teil unserer Besucher ausmachen, nicht gern sehen, wenn sie Israeliten begegnen müssen, geschweige denn, wenn sie solche als Nachbarn am Strande finden. So gern wir Sie zum Besuch einladen möchten, müssen wir doch davon abraten, hierher zu kommen.

Hochachtungsvoll
Badekommission Wangerooge
Wittenberg, Vorsitzender.“

II.

„Thiessow a. R., 16. Juni 1907.

Herrn S . . . .

übersenden unser Prospekt und bemerken daß hier Laub sowie Nadelwald direkt am Orte ist, ebenso giedt es warme Seebäder hier. antisemitische Rüpeleien sind bis jetzt noch nie vargekommen. denn adwohl hier auch höchstens sich einige Juden zwischen schleichen, so ist doch nie etwas vargekommen, da sonst Juden hier nicht vertreten sind.

Hochachtungsvoll
Die Badeverwaltung.“

Die Orthographie der urgermanischen Badeverwaltung haben wir absichtlich unverändert wiedergegeben.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Villa Wunsch in Kudowa nach Angabe ihres Besitzers an Juden nicht vermietet wird.

Ein protestantisches Reise-Adreßbuch veröffentlicht die „Wartburg“ in Nummer 27. Es heißt da:

„Schwarzes Brett. Für die Reisezeit. Treffpunkte der Gesinnungsgenossen. Empfehlenswerte Unterkunft. Im Riesengebirge. Mittellangenau: Zur deutschen Eiche (Zirm). Oberlangenau: Gasthaus Bocks (Treffpunkte). Niederhof: Gasthof Rudolfstal (Gall, Pension für Kurgäste). Hackelsdorf: Sonne (Erben, Einf. Unterkunft). Spindelmühle: Wiesenhaus (allsonntäglich 9 Uhr Gottesdienst). Kochlitz: Trautenauer Bierhalle (Rob. Schier). Auf der Sommerseite: Zum Eichenkranz (Jos. Schier). Tronde (Stephan End). Hotel Bergschloß (Pension für Kurgäste, Bes. Eberhard). Trautenau: Weißes Roß (Besitzer gibt Auskunft). Braunau i. B.: Auskunft beim Obm. des Männ.- u. Jüngl.-V. Obermeister Grob, Pollacks Fabrik usw. usw.“

Jedes Wort der Kritik, bemerkt hierzu die „Köln. Zeitung“, erübrigt sich, wenn die konfessionelle Engherzigkeit ihre Opfer bis in die Erholungswochen hinein verfolgt.

Breslau, 14. Juli. Der Landgerichtsrat Goldfeld bezeichnet die Nachricht betr. seine Ernennung zum Oberlandesgerichtsrat als der tatsächlichen Grundlage entbehrend.

Ein jüdischer aktiver Offizier. Dieser Tage ist, wie man dem „Israel. Familienbl." aus Nürnberg mitteilt, der Leutnant der Reserve Angerer, nachdem er als Jurist ein glänzendes Staatsexamen bestanden hat, als aktiver Offizier in das Königl. bayerische Kriegsdepartement aufgenommen worden. Leutnant Angerer, der Sohn des ehemaligen Prokuristen der Pfälzischen Bank S. Angerer, ist jüdischen Glaubens.

Der Wiener Verein zur Abwehr des Antisemitismus hat in seiner letzten Generalversammlung die folgende Resolution beschlossen: „Die am 22. Juni 1907 tagende Generalversammlung des Vereines zur Abwehr des Antisemitismus verurteilt aufs schärfste die anläßlich der Reichsratswahlen so zahlreich gegen unsere jüdischen Mitbürger zum Ausdruck gelangten Feindseligkeiten, insbesondere aber die seitens einer parlamentarischen Verbindung — lediglich aus dem Grunde der Zugehörigkeit zum Judentume, beziehungsweise zur Sozialpolitik — vollzogene Ausschließung hochgebildeter Männer von hervorragender Intelligenz und bewährtem edlen Charakter aus ihrer Vereinigung. Sie kennzeichnet diese von niedrigster Gehässigkeit oder Feigheit eingegebene Handlungsweise geradezu als Schandfleck für jene Nation, der die Urheber angehören, und ist geeignet, ihr den Stempel der größten Rückständigkeit aufzudrücken. Allein nicht minder ist die Beschränktheit und Unkenntnis der Geschichte zu beklagen, welche durch das hierbei zu Grunde liegende Rassenvorurteil, sowie durch die stillschweigende Annahme der eigenen Rassenreinheit eklatant an das Tageslicht gekommen ist — denn bekanntlich waren es gerade die Juden, die stets die größte Förderung der genannten Nation angedeihen ließen und öfters noch in die Lage kommen dürften, sich ihr nützlich zu erweisen. Abgesehen von der hierdurch auferlegten Verpflichtung zur Dankbarkeit, wird aber die über alles Wissen und Talent sich hinwegsetzende Klassifizierung, das heißt vorgefaßte Minderwertung von Menschen, die förmlich zum Tierreich hinabführende Gattungsmanie als das schlimmste Armutszeugnis, und zwar nicht nur für die Rassenfanatiker allein, hiermit gebrandmarkt, da hierdurch nur den rohen Instinkten der Massen und dem Dünkel einzelner Kasten Vorschub geleistet wird. Die Generalversammlung protestiert gegen diese fortgesetzte, allen Menschenrechten hohnsprechende und systematisch betriebene Verhetzung, wie sie nicht nur von den Majoritäten im Landtag und der Gemeindestube, sondern neuerdings von einzelnen frischgewählten Reichsratsabgeordneten beliebt wurde, sie drückt ihre Entrüstung und ihr Schamgefühl über die krasse Charakterlosigkeit aus, die in der durch den gemeinsamen Judenhaß bewirkten Verbrüderung der sonst sich am stärksten befehdenden Parteien besteht, sie beklagt und verdammt die allgemeine Kurzsichtigkeit, welche die demagogischen Wortführer immer noch in Stand setzt, ihre unselige Wühlarbeit der Absonderung nach Stämmen weiter fortzusetzen, jene Verhetzung, deren Endziel doch nur der Krieg mit all seiner Bestialität und Unmoral und die Rückkehr zur Gewaltherrschaft bilden muß!"

Der Polnaer „Ritualmord", der den Antisemiten in Oesterreich zu denselben ungerechtfertigten Verleumdungen Anlaß gab, wie den Antisemiten in Deutschland der Konitzer Mord, beschäftigt noch immer die Gemüter. Jetzt hat die Oesterreichisch-Israelitische Union siebzehntausend Mark Belohnung ausgeschrieben für die Entdeckung des wirklichen Mörders des am 1. April 1899 im Walde bei Polna ermordet aufgefundenen Bauernmädchens Agnes Hruza und eines zweiten Mädchens Marie Klima, deren Leiche schon am 27. Oktober 1898 im anderen Walde bei Polna aufgefunden würde. Wie erinnerlich sein wird, war wegen Ermordung dieser Mädchen ein gewisser Leopold Hilsner aus Polna in zwei Schwurgerichtsprozessen, in Kuttenberg und Pisek, als Mitschuldiger verurteilt worden. Er hat bisher unausgesetzt seine Unschuld an diesen Verbrechen beteuert.

Basel. Kürzlich fanden hier die Wahlen für das Appellationsgericht statt. Dabei enthielten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung; Liberale und Freisinnige hatten verschiedene Listen aufgestellt, aber auf beiden Listen stand Dr. P. Wolf, ein Jude, der mit 3756 Stimmen aus der Urne hervorging. Dr. Wolf ist Syndikus der Banque foncière du Jura und war bis jetzt im Nebenamt Zivilrichter. Er hat sich durch Herausgabe und Kommentierung des Schweiz. Bundesrechtes, das jüngst in zweiter Auflage erschienen ist, in der juristischen Welt einen bedeutenden Namen erworben. Das Amt, zu dem Dr. Wolf berufen worden ist, hat in Basel noch niemals ein Jude bekleidet.

Eine neue Entrechtung der Juden in Rumänien. Wiederholt ist schon die Frage erörtert worden, ob in Rumänien alle Juden als „Fremde" betrachtet werden dürfen, die gegebenenfalls ausgewiesen werden können. Die unteren Gerichte haben mehrfach entschieden, daß die in Rumänien geborenen Juden, die dort ihrer Militärpflicht genügt haben, als eine besondere Kategorie der „Fremden" anzusehen sind, auf die das Gesetz über die Ausweisung lästiger Ausländer keine Anwendung finde. Nunmehr hat sich aber der oberste Gerichtshof — der Kassations- und Justizhof — in dem Prozeß gegen einen gewissen Coein Avramosen, der angeklagt war, trotz seiner Ausweisung nach Rumänien zurückgekehrt zu sein, auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. In der betreffenden Urteilsbegründung heißt es:

„Indem das Gesetz von 1881 der Regierung das Recht gibt, jeden Fremden auszuweisen, ob er nun im Lande nur wohnhaft oder im gesetzlichen Sinne des Wortes ansässig sei, wollte es die Regierung dadurch jedweder Person gegenüber mit dieser Macht ausstatten, welche nicht die rumänische Nationalität besitzt. Daher kann ein Jude, trotzdem er im Lande, wo er sogar dem Rekrutierungsgesetz Genüge geleistet hat, geboren und erzogen ist, der aber nicht die Naturalisierung, die einzige Bedingung, auf Grund deren jemand Rumäne werden kann, erlangt hat, nicht anders als auch als Fremder betrachtet werden, und daher ist die wider einen derartigen Juden ergriffene Ausweisungsmaßregel gesetzlich.

Dieses Urteil, das nur durch die bekannte illoyale Auslegung des Berliner Vertrags möglich gemacht werden konnte, ist seiner eventuellen Konsequenzen wegen überaus bedenklich; denn dadurch wird die Gesamtheit der in Rumänien lebenden Juden, mit Ausnahme der geringen Anzahl, die durch einen Akt des Parlaments naturalisiert worden ist, in einen Zustand vollständiger Rechtlosigkeit versetzt und schwebt ständig in Gefahr ohne weiteres ausgewiesen zu werden; es wird nicht ausbleiben können, daß diejenigen Regierungen, die von den Folgen solcher Ausweisungen zunächst betroffen werden können, die Zulässigkeit des Vorgehens der rumänischen Regierung einer Prüfung unterziehen werden.

Ueber das neue „judenfreundliche" Zirkular Stolypins schreibt man der „Russ. Korresp." aus Petersburg:

Unter den Maßnahmen, die nach § 87 der Grundgesetze in der ersten parlamentslosen Periode durchgeführt

wurden, und die die gereizte Stimmung etwas lindern sollten, war u. a. ein unerfüllt gebliebenes Projekt zur Erleichterung der rechtlichen — oder richtiger rechtlosen — Lage der Juden. Das Projekt nahm bereits solche greifbaren Formen an, daß das offiziöse Organ des Ministeriums seinerzeit den Inhalt des Gesetzentwurfes mitteilen konnte. Es ist aber nichts daraus geworden. Vom politischen Standpunkte aus war es höchst charakteristisch, daß dieselbe Regierung, die kein Bedenken trug, solche ausgesprochen revolutionären Maßnahmen, wie die Zerstörung der Dorfgemeinde, vorzunehmen, in der Judenfrage vor dem Ansturm der Schwarzen Hunderte zurückweichen mußte, obwohl es sich bloß um einige unbedeutende Verbesserungen der antisemitischen Gesetzesbestimmungen aus der Zeit Alexanders III. handelte.

Dieses feindliche Verhalten gegenüber den nicht „echten" Russen zeigt sich im neuen Wahlgesetze besonders kraß.

Nachdem der Staatsstreich vollzogen war, mußte man wiederum die allgemeine Unzufriedenheit irgendwie stillen. Und daher verordnete man die schleunige Liquidierung des Bodenfonds. Dann mußte auch etwas für die Nichtrussen geschehen. Und wirklich — mit Genehmigung des Ministerrates erließ der Minister des Innern ein Zirkular, das die provisorische Einstellung der Ausweisungen gewisser Kategorien von Juden aus Ortschaften, wo sie kein Wohnrecht besitzen, verordnet.

Dieses Zirkular hat eine lange und, man muß es sagen, für einen Rechtsstaat beschämende Vorgeschichte. Die rechtlose entwürdigende Lage, in der sich die jüdische Bevölkerung Rußlands, die sechs Millionen Köpfe zählt, befindet, trägt, abgesehen von ihrer Ungerechtigkeit, ein verderbliches zersetzendes Element, wie einst das der Leibeigenschaft, in das Rechtsbewußtsein des Gesamtvolkes. Und da die beschränkenden Gesetze gegen die Juden einander widersprechen, so ist den lokalen Behörden auch ein weites Feld für freies Ermessen und Willkür gegeben. Infolgedessen ist auch die Bestechlichkeit der Beamten auf diesem Gebiete ganz enorm. Die Behörden wissen ja selbst nicht, was den russischen Juden gestattet und was ihnen untersagt ist. Man entscheidet jedesmal von Fall zu Fall nach eigenem Gutdünken und mit Rücksicht auf die „Dankbarkeit" der Interessenten, die sich in ganz realen Formen äußern muß. Selbst die „judenfreundlichen" Zirkulare verschiedener Minister tragen zu dieser Buntheit der speziellen Gesetzgebung bei und vergrößern somit die Macht der Willkür. Es war kein geringerer „Judenfreund" als Herr von Plehwe, der am 19. März 1904 ein Zirkular erließ, wonach Juden, die durch den Krieg irgendwie benachteiligt worden waren, aus den Orten, wo sie kein Wohnrecht besitzen, unter gewissen Bedingungen nicht ausgewiesen werden sollten. Das Zirkular hatte keine positiven Folgen. Die Ausweisungen dauerten weiter fort. Und nun nach Ablauf von drei Jahren erläßt der konstitutionelle Premier ein neues Zirkular, in dem er konstatiert, daß eine systematische Ruinierung des ärmsten Teiles der jüdischen Bevölkerung stattfindet. Daher verordnet er, die Juden, die in ihnen verbotenen Orten vor dem 1. August 1906 ansässig waren, nicht auszuweisen. Die so begnadeten Juden müssen erstens früher ein Wohnrecht gehabt haben, das sie später einbüßten; zweitens eine Familie oder Haushaltung haben; drittens die öffentliche Ordnung nicht gefährden und Unzufriedenheit seitens der nichtjüdischen Ortseinwohner nicht hervorrufen.

Da hat die lokale Behörde es wiederum frei, zu untersuchen und zu entscheiden, ob der Jude diesen Forderungen entspricht. Wie wird nun festgestellt werden, ob ein Jude für die öffentliche Ruhe und Ordnung schädlich ist oder nicht? Die „Russkoje Snamja" z. B. schlägt bereits Alarm anläßlich des Zirkulars, indem sie behauptet, die sämtlichen Juden seien doch durchaus und ausnahmslos schädlich. Derselben Meinung sind — das ist kein Geheimnis — die meisten Gouverneure, Polizeimeister und sonstige treue Diener des alten Regimes. Mit solchen Zirkularen erreicht man nichts anderes, als nur die Vergrößerung der Unzufriedenheit und die Verschärfung der nationalen Hetze.

In dem finnischen Landtage hat die sozialdemokratische Fraktion die nachstehende Petition wegen G e w ä h r u n g d e r G l e i c h b e r e c h t i g u n g a n d i e J u d e n eingebracht:

„Das zweite Jahr ist verstrichen, seitdem in unserem Lande die Stimme des Protestes vernommen wird, welche bei den Massen des Volkes das Echo tiefen Mitgefühls weckt. Diese Stimme des Protestes hat die Aufmerksamkeit unseres Volkes auf Zustände gelenkt, welche das Gefühl des finnischen Volkes für Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Menschenliebe aufs Tiefste beleidigen. Diese Stimme der finnischen Judenschaft hat im ganzen Lande lauten Widerhall gefunden; die durch sie aufgedeckten anormalen Zustände haben das finnische Volk, hauptsächlich die Arbeiterklasse, veranlaßt, gegen die Willkür und die Widerwärtigkeiten, denen die Juden ausgesetzt sind, öffentlich Protest einzulegen, hauptsächlich dagegen, daß diese Willkür im Namen des finnischen Volkes ausgeübt wurde. Die unmenschliche Lage, in welcher die unter uns lebenden Juden sich befinden, ist sicherlich keinem Volksvertreter im Landtage völlig unbekannt. Wir glauben, nicht zu irren, wenn wir unsere Ueberzeugung aussprechen, daß die Situation der finnischen Juden eine absolut unerträgliche ist. Es erscheint uns die heilige Pflicht der finnischen Volksvertretung, alle die Anormalitäten und Beschränkungen, denen die Juden ausgesetzt sind, zu vernichten; denn wir sind nicht zum Schutze der Rechtlosigkeit und Unterdrückung, sondern zur Verwirklichung des Ideals der Gerechtigkeit und der Freiheit hierher geschickt worden. Diese unsere Ueberzeugung, daß die Beseitigung der anormalen Lage der finnischen Juden die heilige Pflicht unserer Volksvertretung sei, ist uns nicht nur von allgemein menschlichem Gefühl eingegeben, sondern von dem Willen des Volks diktiert, das uns hierher entsandt hat. Seit zwei Jahren wird in unserem Lande der gerechte Protest der Juden vernommen, und alle Klassen der Gesellschaft haben sich ihn zu eigen gemacht. Auf Grund des im Vorstehenden in großen Zügen Ausgeführten beehren wir uns, der finnischen Volksvertretung den Vorschlag zu unterbreiten, daß der Landtag sich an den finnischen Senat mit der Bitte wenden möge, zur nächsten Session einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, welcher allen Juden, die im Lande geboren wurden und ihre Ausbildung erhielten, sowie denen, die eine gewisse Zeit vor Veröffentlichung des Gesetzes im Lande gelebt haben, bürgerliche Gleichberechtigung gewährt."

Briefkasten.

M. in L. Die Behauptung antisemitischer Blätter ist unwahr; der in der Tuckerbriefaffäre genannte G i e s e b r e c h t ist, wie uns aus seiner Vaterstadt Danzig mitgeteilt wird, n i c h t jüdischer Abstammung.

Dr. A. Jenes Urteil T h e o d o r F r i t s c h s über die a n t i s e m i t i s c h e n R e d a k t e u r e lautet:

„Heute hält sich j e d e r u n r e i f e B u r s c h e berufen, den a n t i s e m i t i s c h e n Redakteur und Schriftsteller zu spielen, denn nach seiner Meinung gehört ja w e i t e r n i c h t s d a z u, a l s d a ß m a n t ü c h t i g a u f d i e J u d e n s c h i m p f t. Dadurch ist der antijüdischen Sache der allergrößte Schaden zugefügt worden.

Es haben zuviele Unberufene, denen nach dazu der n ö t i g e s i t t l i c h e E r n s t f e h l t e, in die antijüdische Sache hineingepfuscht. Wenn die Hebräer bezahlte Agenten in das antisemitische Lager geschickt hätten, damit sie sich dort als Antisemiten aufspielten und durch Verflachung und geistige Verödung die ganze Bewegung versumpften, sie hätten es nicht erfolgreicher tun können, als gewisse antisemitische Wortführer und Blättchen-Schreiber mit ihrer oberflächlichen Polterei."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — J. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 30. Berlin, 24. Juli 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Juden als Schöffen und Geschworene.

Wie aus unserer letzten Nummer ersichtlich, ist auch an das sächsische Justizministerium die Klage gedrungen, daß in einigen Bezirken ausnahmslos oder doch in der Regel keine Juden zum Schöffen- oder Geschworenendienst berufen werden. Die Klage ist nicht neu, und wir hatten wiederholt Gelegenheit, solchen Beschwerden Ausdruck zu geben. Soeben wieder wird aus Forst i. L. berichtet, daß dort seit etwa 20 Jahren kein Jude Schöffe oder Geschworener geworden ist, obgleich die Stadt eine Anzahl jüdischer Industrieller oder Kaufleute besitzt, die wohl den schärfsten Ansprüchen, die an das Amt eines Geschworenen oder Schöffen gestellt werden, genügen würden.

Das sächsische Ministerium hat die Antwort gegeben, die man aus ähnlichen Veranlassungen in anderen Zweigen des öffentlichen Lebens bereits kennt: die unterschiedliche Behandlung sei in dem Gesetze nicht begründet. Aber das weiß man zur Genüge. Der preußische Kriegsminister hat oft erklärt, dem Gesetze nach hätten Juden durchaus das Recht, Offiziere zu werden. Aber sie werden es nicht. Das Gesetz ist da, aber es wird kein Gebrauch davon gemacht. Gesetze, die nicht angewendet werden, haben aber ihren Beruf verfehlt, ja in diesem Falle werden sie umgangen, und Gesetze, die umgangen werden, sind schlimmer als keine Gesetze. Der alte Fritz hat wohl einmal einen witzigen, aber impertinenten Offizier, den er geistreich mit seiner eigenen Waffe schlagen wollte, zum Hauptmann ernannt, aber er dürfe das nicht weiter sagen. Als einen vortrefflichen, richtig angewandten Witz läßt man sich dergleichen gern einmal gefallen. Aber was für einen Monarchen wie der große König sich schickt, das ziemt sich noch nicht für Minister, die nicht berufen sind, offiziell in ernsten Angelegenheiten Witze zu machen.

Das sächsische Justizministerium ist allerdings einen Schritt weiter gegangen und hat in der Antwort auf die Beschwerde erklärt, es glaube auf die mehrfach ausgesprochenen Wünsche beteiligter Kreise die Gerichte aufmerksam machen zu sollen. Dieser Schritt ist erfreulich, aber ob er etwas nützen wird, bleibt abzuwarten. Fast scheint es so, denn auf antisemitischer Seite wird bereits Lärm geschlagen, daß das Gesetz nur ja nicht Geltung erhalte. Die „Deutsche Reform", das Zimmermannsche Organ in Dresden, schreibt:

„Wir können dazu nur erklären, daß der weitaus größte Teil des sächsischen Volkes nach jüdischen Schöffen und Geschworenen nicht die geringste Sehnsucht trägt. Wenn das Justizministerium glaubt, die Gerichte auf die Wünsche der beteiligten Kreise, in diesem Falle also der Juden, aufmerksam machen zu sollen, so wird es hoffentlich das gleiche höfliche Entgegenkommen beweisen, wenn ihm deutsch-christliche Volkskreise von ganz anderer Zahl und sittlicher Bedeutung die entgegengesetzten Wünsche demnächst unterbreiten."

Wir glauben nun nicht, daß die „Deutsche Reform" befugt ist, namens des weitaus größten Teiles des sächsischen Volkes zu sprechen und Erklärungen abzugeben, auf die das Ministerium Anlaß hätte, die fernere Umgehung der Gesetze zu dulden. Denn wir haben guten Grund, anzunehmen, daß auch die sächsische Hochburg des Antisemitismus etwas baufällig geworden ist. Daß in Sachsen, wo verhältnismäßig wenige Juden wohnen, von Herrn Zimmermann genug Antisemiten zusammengetrommelt werden können, um die an Zahl geringe Schar jüdischer Petenten in dieser Angelegenheit zu überwiegen, glauben wir schon. Daß aber die sittliche Bedeutung der Zusammengetrommelten, die entgegengesetzte Wünsche vorbringen, größer sei, bezweifeln wir, um nicht zu sagen, bestreiten wir; zum mindesten haben wir dazu genau so viel, wenn nicht mehr Berechtigung als Herr Zimmermann zu seiner Behauptung. Wir hatten zufällig vor kurzem untrügliche Beweise dafür, daß selbst in ganz konservativen und vornehmen Dresdener Kreisen man dem Antisemitismus nicht hold ist.

Um nun auf die beklagte Zurücksetzung der Juden zurückzukommen, so kann in diesem Falle den Juden nicht der übliche Vorwurf gemacht werden, daß sie sich nach Staatsgeldern sehnen, in stattlichen Uniformen einher stolzieren wollen u. dergl. m. Weder Schöffen noch Geschworene beziehen einstweilen bei uns auch nur Diäten. Ein sonderliches Vergnügen, als Schöffe die kleinlichen Streitigkeiten anzuhören und zu beurteilen, ist es auch nicht. Juden, die ja meist geschäftlich oder beruflich zu tun haben, können gewiß ihre Zeit einträglicher verwerten. Auch dauernden Ruhm bringt der angestrebte Dienst nicht; denn dem Schöffen und Geschworenen flicht nicht einmal die Mitwelt, geschweige die Nachwelt Kränze.

Wenn also die Juden über ihre Ausschließung sich beklagen, so ist es, weil sie diese als beabsichtigte und beleidigende Zurücksetzung empfinden, die sie sich nicht gefallen zu lassen brauchen, ja die sie sich nicht gefallen lassen dürfen. Um so weniger gefallen lassen dürfen, als sie in den ihnen anvertrauten Ehrenämtern sich durchweg gut bewährt haben, und zumal bei dem Mangel an geeignetem Material zum Schöffen- und Geschworenendienst das Vaterland geschädigt wird. Hat ja gerade dieser Mangel mit

zu Erwägungen geführt, ob nicht die Laienbeteiligung an der Rechtspflege abgeschafft oder wenigstens eingeschränkt werden solle. Die Juden aber würden in Anbetracht ihrer notorisch über dem Durchschnitt stehenden Intelligenz und Bildung, sowie ihrer Geschäftskunde ein verhältnismäßig größeres Kontingent stellen und dem Mangel abhelfen können. Antisemitischer Schrullen halber braucht das deutsche Volk nicht eine Verschlimmerung seiner Rechtspflege über sich ergehen zu lassen.

Wiener Brief.

XIII.

(Soziale Demagogie. — Die verschwundene Bauordnung. — Die jüdischen Gemeindebeamten. — Eine Abfuhr.)

Wien, den 21. Juli 1907.

Nun hat Dr. Carl Lueger ein Blendfeuerwerk abgebrannt und zurückgeblieben ist einzig und allein der üble Geruch, den die demagogische Sozialpolitik verbreitet, die dem Bürgermeister von Wien zu betreiben gefallen hat. Seit Wochen wurde im Parlamente mit einem Antrage der Christlichsozialen viel Aufhebens gemacht; wiederholt wurde er auf die Tagesordnung gestellt, aber immer mußte er zurückgestellt werden, weil der Führer der Partei verhindert war, die begründenden Sätze zu sprechen. Niemand anderer als Dr. Lueger schien würdig, bei dem feierlichen Anlasse das Wort zu ergreifen. Die Christlichsozialen verlangten, daß die Volksvertretung einen 26gliedrigen Ausschuß einsetzen möge, der die Vorbereitungen für das in das nächste Jahr fallende 60jährige Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Josef zu treffen hätte. Am 16. d. M. erhob sich nun der Bürgermeister von Wien im Parlament, um seinen Antrag zur Annahme zu empfehlen. Mit großer Spannung wurde der Rede entgegengesehen, denn die Sache war vortrefflich inszeniert worden. Bald blitzte auch die Rakete auf. „Ich gedenke, wenn ich in den Ausschuß gewählt werden sollte," sagte Dr. Lueger, „den Antrag zu stellen, der Staat möge 100 Millionen Kronen als Stammkapital für eine ins Leben zu rufende Alters- und Invaliditätsversicherung zu widmen . . . Diese Wohltat soll auf ewige Zeiten mit dem Namen des Kaisers verbunden sein, der allen seinen Völkern, allen seinen Untertanen das allgemeine Wahlrecht verschafft hat."

Dr. Lueger weiß, was er tut. Die Sozialdemokratie wollte zwei wichtige Reformen als Erfolg ihrer Tätigkeit den Wählern mitbringen und als Empfehlung für die nächsten Wahlen benützen: Die Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit und die Alters- und Invaliditätsversicherung für die Arbeiter. Den Christlichsozialen war es nun darum zu tun, den Sozialdemokraten die Freude an dem Erfolg zu schmälern, sich selbst jedoch mit dem Nimbus einer volksfreundlichen sozialpolitischen Tat zu umgeben. Viel Skrupeln machten sie sich dabei nicht. Wohl hat schon Herr von Körber im Dezember 1904 ein „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung" veröffentlicht, das einen Gesetzentwurf darstellt, der außer einer Vereinheitlichung und Verbesserung der Kranken- und Unfallversicherung noch die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiterschaft festlegte und eine Abfertigung für die Witwen und Waisen vorsah. Herr von Körber sah sich zur Veröffentlichung des Entwurfs gezwungen, weil die sozialdemokratische Arbeiterschaft ungestüm drängte. Weiter kündigte die letzte Thronrede vor einem Monat die endliche Durchführung dieser Reform an; das soziale Werk war also im Werden begriffen. Das genierte Dr. Lueger gar nicht. Durch die Verquickung einer loyalen mit einer volkstümlichen Handlung gewinnt er die Sympathie des Hofes und imponiert den Massen, die aufs neue von dem Edelmut der Christlichsozialen überzeugt werden. Wohl haben die Wiener Hausherren dem Kaiser in den letzten Jahren nicht immer freundliche Gesinnung bekundet — die Demonstrationen für den Thronfolger richteten ja ihre Spitze gegen den greisen Monarchen — aber man verzeiht reuigen Sündern, für die man von Haus aus eine Vorliebe hat, recht gern. Was aber bedeutet Dr. Luegers Antrag für das Volk? Der Bürgermeister hat schon erklärt, wie er sich die Aufbringung der Summe denkt. Der Staat solle nicht Bargeld, sondern Staatspapiere deponieren und nur die jährlichen Zinsen bar abführen. Bei einer Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ Prozenten würden aus der Jubiläumsstiftung jedes Jahr $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen erfließen. Das ist gewiß eine schöne Summe, wird der Arbeiter und Kleinbürger denken. In Wirklichkeit kommt sie einem Tropfen auf glühendem Steine gleich. Einige Ziffern mögen das beweisen. Der Entwurf des Herrn von Körber berechnet, daß die vorgesehenen Beitragsleistungen des Staates zur Alters- und Invaliditätsversicherung im 1. Jahre 2, im 5. Jahre $4^1/_{10}$, im 10 Jahre 20, im 20. Jahre $35^4/_{10}$, im 30. Jahre $40^4/_{10}$ Millionen Kronen verschlingen würden. Aber wie gesagt: Die Einführung der Versicherung wird mit oder ohne Jubiläumsstiftung erfolgen und es wäre wirklich nicht notwendig gewesen, daß Dr. Lueger der Reform mit dem kleinen Zinsenbetrag zu Hilfe eilte. Doch so war die christlichsoziale Politik immer beschaffen. Die Führer haben stets mit feiner Witterung herausgefühlt, was der Bevölkerung Bewunderung abzuringen vermöchte, und danach gehandelt. Dabei brachten sie nicht wirklichen Gewinn, sondern sie begnügten sich, ein Blendfeuerwerk loszulassen. Die Spiele waren für Roms Cäsaren ein wichtiges Mittel, die Herrschaft aufrecht zu erhalten, mit Spielereien — selbst bei feierlichen Anlässen — helfen sich auch die Freunde Dr. Luegers fort.

Einen krassen Beweis für die Demagogie liefert noch die jüngst vom Stadtrate beschlossene Vertagung der Beratung über die neue Bauordnung der Stadt Wien. Die neuen Vorschriften für die Gestaltung der Häuseranlagen haben sich das Ziel gesetzt, das Aussehen der Stadt mit seiner Anpassung an das landschaftliche Bild zu verschönern und der Wohnungshygiene einen gesetzlichen Rückhalt zu verschaffen. Für gesunde Arbeiterwohnungen sollte gesorgt werden und den Grund- und Bodenspekulanten wäre das Handwerk einigermaßen gelegt worden. Doch das Schimpfen über das „Kapital" ist nicht gleichbedeutend mit dem Kampfe gegen das Kapital. Im christlichsozialen Stadtrate sitzen zu viele „Leute vom Grund", schwerreiche Hausherren, die von der gutgemeinten, das Interesse der Oeffentlichkeit wahrenden Vorlage des Magistrats nichts wissen wollten. Deshalb erfolgte die Vertagung; natürlich nach griechischem Kalender. Dr. Lueger, der seine Getreuen sonst doch ein wenig an ihre Pflicht zu mahnen wußte, schwieg. Er hat eben nicht mehr die eiserne Kraft, um seine Leute nach seinem Willen zu lenken. Sein erster General aber, der einflußreiche, schlaue Hofrat Dr. Geßmann, soll selbst Hausbesitzer sein und hat im Stadtrate nichts mitzureden. Zu einer indirekten Einwirkung fühlte er selbstredend keine Veranlassung.

Das „Deutsche Volksblatt" bringt folgende interessante Notiz über eine Aktion des Vereins der Beamten der Stadt Wien, der selbstverständlich gut arisch ist, da in ihm die zum größten Teile antisemitischen Beamten der Stadt vereinigt sind:

„Wie eine Korrespondenz berichtet, habe der erwähnte Verein auf Antrag des Vorstandsmitgliedes Alois Moißl den Beschluß gefaßt vom Stadtrate zu verlangen, der Präterierung jüdischer Magistratsbeamten ein Ende zu machen. Was die

arischen Beamten der Stadt Wien für ein Interesse daran haben, sich für die Juden einzusetzen, ist ganz unbegreiflich. Wollen sie es vielleicht dahin bringen, daß ihnen durch Juden wieder Konkurrenz gemacht wird? Der Ton, in welchem Herr Maißl sprach, war ein sehr anmaßender. Er erklärte sich als einen entschiedenen politischen Gegner des Bürgermeisters, könne aber doch nicht glauben, daß derselbe die Bedrückung der jüdischen Beamten wünsche. Der Antisemitismus solle sich nur gegen die parasitären Existenzen im Judentume richten, nie und nimmer dürfe er jedoch „an den ehrlich arbeitenden armen jüdischen Beamten und Arbeitern sein Mütchen kühlen, gleichzeitig aber mit reichen jüdischen Millionären bei Banketten zusammensitzen. Als ein Vorstandsmitglied die Ueberreichung der Petition für den November empfahl, sagte Maißl: „In der Vertretung der Interessen gibt es keine Taktik, sondern nur ein energisches und offenes Auftreten, einen Kampf mit offenem Visier."

Man kann sich vorstellen, wie es den wenigen jüdischen Beamten der Kommune, die seit der liberalen Aera im Dienste sind, ergeht, wenn sich ihrer die Kollegen annehmen, die als Günstlinge des herrschenden Regimes zu betrachten sind. So lobenswert auch das Verhalten des Vereines ist, das Blatt des Vergani wird vor Zorn wütend und es höhnt sogar den Herrn Maißl, weil dessen „Name schon sehr eigentümlich klingt". Der Schalksnarr der Partei, der Abgeordnete Bielohlawek, hat in seiner „großen" Budgetrede im Parlament gesagt, daß die Staatsgrundgesetze wohl alle Bürger gleich machen, aber nirgends bestimmen, daß man Juden anstellen müsse. Wir wollen uns mit dieser seinen Logik nicht weiter befassen. Allein wenn schon einmal Juden im Amte sind, sollte man sie nicht so behandeln, daß ihre arischen Kollegen für sie erst um Gnade bitten müssen. Dr. Lueger, der doch geistig auf einer ganz anderen Stufe steht, als der Erheiterer des Parlaments, darf nicht vergessen, daß er nicht Bürgermeister der Christlichsozialen, sondern der Stadt Wien ist, in der die Juden einen ansehnlichen Prozentsatz der Bevölkerung und einen noch größeren der Steuerträger ausmachen.

Eine erfreuliche Erscheinung! Samstag hielt der bekannte tschechische Professor Dr. Masaryk im Parlamente seine Jungfernrede. Man weiß, daß sich der Bekämpfer des Klerikalismus ein energisches Wort nicht auszusprechen fürchtet. Als ihm der Tiroler Christlichsoziale Niedrist mit dem Zwischenrufe: „Die Juden hinausjagen!" unterbrach, antwortete er energisch und schlagfertig: „Ihr Wort beweist, daß Christentum und Nächstenliebe nicht immer dasselbe sind". Professor Masaryk, der Protestant ist, fand vielen Beifall, ein Beweis, daß man nur den Mut haben muß, den Schimpfern entgegenzutreten. rm.

Die Geschichte eines antisemitischen Wahlkampfes.

Von Otto Nuschke-Marburg a. L.

III.

Der Wahlkampf.

Mit der Auflösung des Reichstags begann der eigentliche Wahlkampf. Dutzende antisemitischer Agitatoren überschwemmten den Wahlkreis. Es war unmöglich, allen überall zu folgen. Ich verzichte, hier die Fülle der antisemitischen Unwahrheiten wiederzugeben, die mir von Ohrenzeugen berichtet wurden. Es genügen zur Feststellung der antisemitischen Verlogenheit die eigenen Publikationen der Antisemiten.

Doppelzüngig handelten die Antisemiten, indem sie einen feinen Unterschied machten zwischen städtischer und ländlicher Agitation. In den Städten kündigten sie „deutschsoziale" Versammlungen an; in den Landorten wurde zu „antisemitischen Volksversammlungen" eingeladen.

Im Kasseler Wahlkampf beschwerten sich die Antisemiten:

„Die Nationalliberalen suchen . . . unsern bisherigen Abgeordneten Amtsgerichtsrat Lattmann verächtlich zu machen, indem sie ihn nur einen Antisemiten nennen."

In Marburg, wo man mit dem Antisemitismus mehr Geschäfte machen zu können glaubte, erklärten die antisemitischen Flugblätter: „Herr Dr. Böhme ist Antisemit von seiner Studentenzeit an."

Hier verdient wohl auch erwähnt zu werden, daß Herr Lattmann in dem städtischen Kasseler Wahlkreise eine besondere Beamtenversammlung abhielt, um seine Partei als besonders beamtenfreundlich hinzustellen. Im benachbarten rein ländlichen Kreise äußerte sich aber der Führer der Partei des Herrn Lattmann, Herr Liebermann von Sonnenberg, über eine umfangreiche Kategorie der Beamtenschaft, die Lehrer, in seinem Flugblatte in folgenden despektierlichen Ausdrücken:

„Freudenstein (der liberale Kandidat) wird leider auch von einem Teil der Lehrerschaft unterstützt. Jene Lehrer sollten bedenken, daß sie damit den Frieden in den Gemeinden stören. Jeder Lehrer kann als Staatsbürger natürlich frei wählen, wie er will. Aber über die Politik hat die Bauernschaft in ihrer Mehrheit zu entscheiden . . . . . Zeigt, daß Ihr Herren in Eurer Gemeinde seid! Laßt Euch nicht von Juden und einigen Lehrern den liberalen Judenkandidaten Freudenstein aufschwätzen."

Diese nichtsnutzige Aufreizung der Bauern gegen die Lehrer wird man sich überall da merken müssen, wo die Deutschsozialen um Beamtenstimmen buhlen.

In verstärktem Maße suchten im Marburger Wahlkreise die Antisemiten den liberalen Kandidaten v. Gerlach nach der Reichstagsauflösung als „Freund des jüdischen Großkapitals" hinzustellen. Da es für diese antisemitische Behauptung keine Beweise gab, griff man natürlich ohne Scheu zu einer Fälschung. In antisemitischen Flugblättern las man:

„Herr von Gerlach spekuliert doch etwas zu sehr auf die Dummheit des Publikums; aber hat er es vergessen, daß sein eigener Parteigenosse, der Pfarrer a. D. Kötzschke, unmittelbar nach den Wahlen 1903 in der Berliner Zeitung „Der Tag" es der Oeffentlichkeit mitteilte, daß von den 10 Abgeordneten der Gerlachpartei zwei in der Lage waren, je 70 000 Mark für einen Kreis beim Wahlkampf zu verbrauchen."

Dieser antisemitischen Fälschung halte man nun den Wortlaut des Kötzschkeschen „Tag"-Artikels gegenüber:

„Von dem verstorbenen Richard Rösicke hieß es **in den agrarischen Blättern**, daß ihm seine Wahl einige 70 000 Mark gekostet hätte. Etwas Aehnliches verlautete seinerzeit von Georg von Siemens, dem früheren Direktor der Deutschen Bank. Sicher sind diese Zahlen stark übertrieben."

Herr Kötzschke, der in einem Artikel ein agrarisches Märchen zurückweist, wird also sofort zum Erfinder dieser Unwahrheit gestempelt.

Um die nationale antisozialdemokratische Stimmung gegen den liberalen Kandidaten auszunutzen, erfand man ebenfalls eine böswillige Lüge. In einem Flugblatt behaupteten die Antisemiten:

„Herr von Gerlach selbst hat auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Jena sich offen als ihren (der Sozialdemokratie) Freund bekannt."

Hier ist jeder Irrtum ausgeschlossen; denn auch der dümmste antisemitische Agitator weiß, daß der Angehörige einer bürgerlichen Partei das Wort auf sozialdemokratischen Parteitagen gar nicht erhält.

Die Antisemiten rechneten mit dem Siege ihres Kandidaten im ersten Wahlgange. Ihre bäuerlichen Anhänger arbeiteten mit einem unerhörten Druck auf die kleinen Leute. Säle wurden den Liberalen dutzendweise abgetrieben. In Gemünden erhielt ein Gastwirt 50 Mark, damit er den Saal den Liberalen nicht hergäbe. Aber noch glaubte man, um das ersehnte Ziel erreichen zu können, einen „großen Zug" machen zu müssen. Deshalb veröffentlichten die Antisemiten in der ihnen ergebenen „Oberh. Zeitung" am Vorabend der Wahl als eine wirksame Widerlegung nicht mehr möglich war, die schändliche Lüge, der liberale Kandidat habe erklärt, in der Stichwahl zwischen Böhme und dem Sozialdemokraten für letzteren einzutreten. Wörtlich wurde behauptet:

„Endlich hat Herr van Gerlach auch für diesen Wahlkreis offen erklärt, daß bei einer Stichwahl zwischen Dr. Böhme und dem Sozialdemokraten er für letzteren eintreten werde . . . . . Gestern (Mittwoch) Abend endlich hat Herr von Gerlach in Ellnhausen, wohin die Herren Buhl und Dr. Meyer gefahren waren, um ihm entgegenzutreten, offen Farbe bekannt und auf die Frage des Herrn Buhl erklärt: Er werde selbstverständlich bei einer Stichwahl zwischen Dr. Böhme und dem Sozialdemokraten für letzteren eintreten!"

Das Freche an dieser Lüge war, daß eine diesbezügliche Frage gar nicht an Herrn v. Gerlach gerichtet worden war. Das moralische va banque-Spiel der Antisemiten hatte zwar viele Stimmen für Herrn Böhme erwirkt, doch konnte es die Stichwahl nicht vereiteln. Und die Herren Antisemiten mußten sich am Tage nach der Hauptwahl den Verlust des Restchens ihrer Moral durch folgenden Artikel der „Hessischen Landeszeitung" bescheinigen lassen:

An den Schandpfahl!

Nachstehende Erklärung stellt die „Oberhessische Zeitung" und den „deutschsozialen" Lügentroß an den Schandpfahl:

Erklärung.

Wir erklären, hiermit an Eidesstatt, daß die Behauptung der „Oberhessischen Zeitung", Herr van Gerlach hätte in der hier am 23. Januar abgehaltenen Versammlung auf die Frage, wie er sich in der Stichwahl zwischen Dr. Böhme und dem Sozialdechokraten stellen walle, erklärt, für den Sozialdemakraten einzutreten, eine **Unwahrheit** ist. Wir haben der Versammlung beigewohnt und wissen bestimmt, daß an Herrn van Gerlach weder jene Frage gestellt worden ist, noch daß er eine derartige Erklärung abgegeben hat.

Ellnhausen, 27. Januar 1907.

J. Löwer. K. Becker. J. Grebe. H. Bamberger. G. Wagner. A. Fleischmann. K. Rumpf, Schneider. Barth, Schneidergeschäft. H. Preiß, Dachdecker, Odershausen.

Das erbärmliche Wahlmanöver der „Oberhessischen Zeitung" und ihrer antisemitischen Traßbuben ist mit dieser Erklärung gerichtet. In jeder Versammlung, in jedem Flugblatt muß den Bündlern und Deutschsozialen ihre Schande gebrandmarkt werden, damit sie über ihre bübische Handlungsweise brennende Scham empfinden lernen. Wir gönnen den Herren ihren Erfolg, der mit solchen Mitteln errungen wurde. Unsere Losung aber sei: Mit blankem Schild zu neuem Kampf. Hoch die deutsche Wahrheit!

Nieder mit den antisemitischen Lügnern!

Nach dieser Probe antisemitischer Verlogenheit mußte man in der Zeit von Haupt- zu Stichwahl so ziemlich auf alles gefaßt sein. Trotzdem übertrafen die antisemitischen Flugblätter an Schmähungen und Beleidigungen noch alles Dagewesene. Nur eins soll hier angeführt werden. Es ist das kürzeste, nicht das schlimmste:

Wähler!

Der Augenblick der Entscheidung ist da.

Hier ehrliche Arbeit und deutsches Valkstum, dort kapitalistische Politik und jüdische Denkart, das sind die Gegensätze, um die gerungen wird.

Wen wallt Ihr wählen, Ihr Bauern? Den Mann, dessen Partei Euch schrankenlos fremder Kankurrenz überlassen will, Euer Vieh den Seuchen ausliefern, Euch selbst dem Wucher übergeben will?

Wen wollt Ihr wählen, Ihr Handwerker und Kaufleute, den Freund großer Warenhäuser und zügellaser Gewerbefreiheit, dessen Partei gegen die Wuchergesetze und die Beschneidung der Börse, gegen alle Forderungen der Führer des gewerblichen Mittelstandes stimmte?

Wen wollt Ihr wählen, Ihr christlichen und natianalen Arbeiter, den Mann, dessen Parteiorgane für die christlichen Arbeiterarganisationen nur Verachtung, für die freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie nur Lob haben?

Wen wallt Ihr wählen, Ihr Männer im Rock des Königs, den Mann, der in Jena, Weimar und Leipzig affen der Sozialdemakratie Hilfe versprachen hat, derselben Partei, deren Führer Bebel var 1½ Jahren erklarte:

„Er wünsche, daß Deutschland auf demselben Wege zur Republik wie Frankreich durch ein deutsches Sedan."

Ihr alten Veteranen des graßen Krieges, Du junge Generatian erhebe Dich, nicht nur gegen die Sazialdemokratie, die affen Farbe bekennt, müssen die Würfel der Wahlschlacht fallen, hinaus muß es heißen auch mit den

Bundesgenassen der Sazialdemokratie.

Wer kämpft für Herrn von Gerlach, Ihr Wähler seht es ja selbst, verschwammene Phantasten und das internatianale Judentum? Wer kämpft für Dr. Böhme, Männer des Valkes,

Handwerker wie Rupp und die christlichen Arbeiter, Bauern und Beamte.

Wähler schließt die Reihen!

Lügen und Verleumdungen werden über unsere Kandidaten im letzten Moment verbreitet werden, glaubt nichts, es ist alles Lüge.

„Und wenn die Welt vall Teufel wär, es soll uns doch gelingen!"

Auf zum Kampf für die Partei ehrlicher Arbeit und valerländischer Gesinnung, für die Wahl von Dr. Karl Böhme.

Eine Perfidie sondergleichen leistete sich am Tage vor der Stichwahl ein anderes antisemitisches Flugblatt, das zum Schluß folgende, durch besonderen Druck hervorgehobene Zeilen enthielt:

„Wähler, soeben wird uns mitgeteilt, daß Stimmzettel mit dem falschen Varnamen van Dr. Böhme herumflattern sollen; der richtige Name ist Dr. **Karl** Böhme."

Der Zweck dieser Zeilen war klar. Es sollten durch sie in der Wählerschaft die Liberalen als Leute hingestellt werden, die fähig seien, einen plumpen Wahlschwindel zu inszenieren. Tatsächlich hat diese antisemitische Verleumdung den Liberalen auch eine große Anzahl Stimmen gekostet. Einen Stimmzettel mit einem anderen als den richtigen Vornamen Dr. Böhmes hat natürlich niemand je gesehen. Die ganze Geschichte war ein raffinierter Trick der Partei für — „ehrliche Arbeit"!!

Das Tollste aber sollte uns erst später bekannt werden. Während man in Marburg die Liberalen einer Stimmzettelfälschung verdächtigte, trafen dieselben Deutschsozialen für Waldeck Vorbereitungen zu einem dreisten Wahlschwindel. Man hatte in Kassel in der Druckerei von Gebrüder Schönhoven von antisemitischer Seite Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten Müller bestellt, um in dem ländlichen Kreise Waldeck die Arbeiterwähler zu veranlassen, nicht den Liberalen Dr. Potthoff, der dort mit dem Antisemiten v. Richthofen in Stichwahl stand, sondern nochmals den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, dessen Stimmen natürlich in der Stichwahl ungültig gewesen wären. Dieses antisemitische Wahlmanöver wurde jedoch durchkreuzt durch rechtzeitige Veröffentlichung des Kasseler „Volksblattes". Für diesen beabsichtigten antisemitischen Wahlschwindel sind Zeugen vorhanden. Die Herren Antisemiten sind jedoch einer gerichtlichen Klarstellung dieser Angelegenheit bisher wohl-

weislich ausgewichen. Meine Artikel geben ihnen die beste Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen.

Die Entlarvung des plumpen Schwindels mit der angeblich für den Antisemiten ausgegebenen Stichwahlparole hatte den Antisemiten selbst bei ihren treuesten Freunden Sympathien gekostet. Und trotzdem das Zentrum die Parole für den Antisemiten ausgab, regte sich im antisemitischen Wahlbureau dermaßen das böse Gewissen oder wohl mehr die Furcht, daß alles doch noch schief gehen könnte, daß man sich zu einem letzten großen Lügenwurf entschloß. Freilich mußte verhindert werden, daß wir Liberalen vor oder auch nur während der Wahl davon Kenntnis erhielten. Deshalb wählte man als Weg, auf dem der letzte große Schwindel unter die Wähler gebracht wurde, ein Rundschreiben an die Vertrauensmänner. Ein antisemitischer Vertrauensmann übergab mir jedoch am Sonntag vor der Wahl sein Exemplar dieses Rundschreibens. Am Montag, dem Tage vor der Wahl, konnte ich dasselbe in der „Hessischen Landeszeitung" brandmarken. Leider zu spät — denn auf den Dörfern las man die Zeitung meistens erst am Tage nach der Wahl.

Das Dokument antisemitischer Schande verdient jedoch hier festgenagelt zu werden. Es lautete in seinen Hauptteilen:

„An die Vertrauensmänner!

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß trotz des großen Stimmenvorsprungs und der Erklärung des Zentrums für Dr. Böhme der Sieg keineswegs sicher ist, wenn nicht mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet wird.

Am Sonntag allein hält die Gerlachpartei gegen 50 Versammlungen ab, für den Montag sind alle Wagen in Marburg abgemietet und der Strom von Agitatoren wird sich auf das Land ergießen. Ein einziger Geldgeber hat der Gerlachpartei 20 000 Mark zur Verfügung gestellt, **wir können dafür den gerichtlichen Beweis antreten.** Sie sehen, daß das Judentum mit Hochdruck arbeitet. Treten Sie den Agitatoren des Judentums mit aller Entschiedenheit entgegen, aber achten Sie darauf, daß die **berechtigte** Erbitterung der Landbevölkerung sich nicht an diesen Söldlingen vergreift.

Unterzeichnet war das Schreiben: „Der deutschsoziale Wahlausschuß."

Unter meinem vollen Namen schrieb ich zu diesem Lügenprodukt:

„Wenn das Rundschreiben von einem einzelnen Mann unterzeichnet wäre, würde ich mich beruhigen. Denn wer so lügt, wie es in diesem Schreiben geschieht, der kann es nur auf Grund einer verbrecherischen Anlage tun.

Zum „deutschsozialen Wahlausschuß" gehören aber, wie ich annehme, mehrere Personen. Ihnen muß, wenn der Ausschuß das Zirkular unterzeichnet, dieses vorher vorgelegen haben. Und wenn der Antisemitismus bei seinen Anhängern schließlich auch mit Naturnotwendigkeit zu psychischen Defekten führt, so kann ich mildernde Umstände den Mitgliedern des deutschsozialen Wahlausschusses in diesem Falle doch nicht zubilligen, denn diese antisemitische Agitation ist im höchsten Grade gemeingefährlich. Ist es schon Wahnsinn, so hat es doch Methode. Und dieser Methode der Volksvergiftung muß entgegengetreten werden.

Ich tue das, indem ich hiermit Herrn Dr. Böhme öffentlich auffordere, umgehend die Namen der Mitglieder seines Wahlausschusses bekannt zu geben, die dieses Rundschreiben erlassen haben.

Ich werde sie einzeln **infame Lügner** nennen und erwarte, daß dann die Herren gegen mich klagbar vorgehen. Tun sie das nicht, so bekennen sie sich schuldig, infam gelogen zu haben, ohne daß es gerichtlich feststellen zu lassen brauche.

Infam gelogen ist die Behauptung,

„die Gerlach-Partei hätte gestern Sonntag gegen 50 Versammlungen abgehalten".

Infam gelogen ist, daß wir

„für den Montag in Marburg alle Wagen abgemietet hätten".

Infam gelogen ist,

„daß ein einziger Geldgeber unserer Partei 20 000 Mark zur Verfügung gestellt hätte".

Die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, sowie die falschen Beschuldigungen gegen uns in diesem Rundschreiben werden besonders behandelt werden.

Ich richte zum Schluß noch die Frage an Herrn Dr. Böhme, ob er Kenntnis von dem Rundschreiben seines Wahlausschusses vor dem Versand gehabt hat. Ich nehme an, daß er nicht zu feig sein wird, auf diese klare Frage eine klare Antwort zu geben.

Morgen ist der Wahlkampf zu Ende. Uebermorgen beginnt der Kampf gegen den antisemitischen Volksbetrug.

Otto Nuschke."

Bis heute ist eine Antwort auf diese absichtlich so scharf wie möglich gehaltenen Angriffe nicht erfolgt. Herr Dr. Böhme hat weder die Mitglieder seines Wahlausschusses genannt, noch hatten diese den Mut, sich selbst bekannt zu geben. Der „teutsche Mut" dieser Deutschsozialen scheint nur in dem traurigen Mut zu bestehen, den Gegner anonym zu verleumden.

Solange es Wahlkämpfe gibt, wird darin nicht immer alles so zugehen, wie es wohl ideal wäre. Es wird vorkommen, daß diese oder jene Partei, sei es infolge falscher Information oder auch aus Fahrlässigkeit und selbst Böswilligkeit einiger Parteianhänger, der anderen Unrecht tut.

Davon kann aber bei den deutschsozialen Antisemiten nicht mehr die Rede sein.

Meine Angaben, die sich noch recht beliebig vermehren ließen, beweisen, daß es sich hier um einen systematisch angelegten Volksbetrug handelt. Ihm entgegenzutreten, ist eine undankbare, aber notwendige Aufgabe.

Aus dem antisemitischen Lager.

Für die nächstjährigen Landtagswahlen im Wahlkreise Schweidnitz-Striegau hat die „Mittelstandsvereinigung" beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und „den zweiten von der Gegenpartei anzunehmen". Nun haben aber Konservative und Zentrum auf Grund eines Kuhhandels bei den diesjährigen Reichstagswahlen die beiden Landtagsmandate bereits unter sich verteilt. Bisher haben aber Konservative und Zentrum ihren Verbündeten nur immer solche Mandate abgelassen, die erst den bösen Liberalen abgenommen werden sollten; eigene Mandate haben sie bisher noch nicht verschenkt. Man darf unter diesen Umständen neugierig sein, wer von den guten Freunden des Mittelstandes, Zentrum oder Konservative, ein Landtagsmandat für Herrn Schneidermeister Maier in Schweidnitz übrig hat. Beiden Parteien steht dieser „Mittelstands"-Führer allerdings gleich nah.

Wieder ein Kröfell-Prozeß. Vor der Strafkammer zu Stargard hatte sich am 18. Juli abermals Herr Kröfell als Redakteur des „Mittelstand" wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. Weiße in Pyritz in zwei Fällen durch die Presse zu verantworten. Als Nebenkläger war Bürgermeister Dr. Weiße zugelassen worden. Es handelt sich um zwei Artikel in Nr. 114 und Nr. 126 genannter Zeitung, in welchen der Bürgermeister angegriffen und verhöhnt worden ist. Der Strafantrag lautete

auf je 100 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof trat im allgemeinen der Ansicht der Anklagebehörde bei und verurteilte Herrn Krösell zu 50 und 100 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Herrn James Simon, dem bekannten Berliner Großindustriellen und Vorsitzenden des Hilfsvereins deutscher Juden, ist von der Akademie der Wissenschaften am Jahrestage des Todes ihres Stifters Leibniz die zum ersten Male vergebene goldene Leibniz-Medaille zuerkannt worden. Es ist dies eine neue, erst im vorigen Jahre gestiftete Auszeichnung, die nach dem Willen des Kaisers von der Akademie „zur Ehrung besonderer Verdienste um die Förderung wissenschaftlicher Aufgaben" verliehen werden soll. Die Zuerkennung dieser Auszeichnung an Herrn James Simon ist eine wohlverdiente: wie kaum ein Zweiter hat dieser Maecen die künstlerischen und wissenschaftlichen Sammlungen Berlins bereichert. Er gehört zu den Begründern der „Deutschen Orient-Gesellschaft", deren so außerordentlich erfolgreichen Ausgrabungen in Babylon, Assyrien, Palästina, Kleinasien usw. zu einem beträchtlichen Teile seine Gebewilligkeit ermöglicht hat. Durch die Schenkung seiner vielbewunderten, einen Millionenwert repräsentierenden Renaissance-Sammlung an das Kaiser-Friedrich-Museum, wo sie eine besondere Abteilung bildet, hat er seinen Namen mit diesem Institut dauernd verknüpft, wie er auch bereits an dessen Errichtung hervorragend mitgewirkt hat. Bekanntlich ist ihm bei der Eröffnung des Museums vom Kaiser der „Wilhelms-Orden" verliehen worden. Bis dahin hatte Herr Simon alle ihm zugedachten Auszeichnungen abgelehnt und nur eine angenommen: das Bild des Kaisers mit dessen eigenhändiger Unterschrift und einem Begleitbrief, in welchem es hieß: „Wenn der Empfänger auch alle sonstigen Ehrungen von der Hand weist, für das beifolgende Bild wird er doch noch ein Plätzchen in einem seiner Zimmer finden."

[illegible]

Nürnberg. Die vom „Israel. Familienbl." von hier gebrachte Nachricht über einen jüdischen aktiven Offizier in der bayerischen Armee ist unzutreffend.

Die Juden in England und das Oberhaus. Gegenwärtig herrscht zwischen den beiden englischen Parlamenten heftige Fehde, bei der es sich darum handelt, daß das Unterhaus den Einfluß des Oberhauses auf die Gesetzgebung einzuschränken sucht. Den unmittelbaren Anlaß hat die vorjährige Schulvorlage gegeben, welche nach langwierigen Debatten im Unterhause endlich zur Annahme gelangte, im Oberhause aber durch Veränderungen, Zusätze und Auslassungen derart unkenntlich gemacht wurde, daß die Regierung die ganze Vorlage einfach zurückzog. Es erschien ihr eine Anomalie, daß die soeben gewählte starke Regierungspartei nicht imstande sein sollte, dem in so entschiedener Weise ausgesprochenen Willen der großen Majorität des Volkes zur Geltung zu bringen, weil es der zumeist aus erblichen und unverantwortlichen Mitgliedern bestehenden Lordkammer beliebte, dem Wunsche der Nation sich zu widersetzen. Nun handelt es sich zwar bei dem folgenschweren Streit nicht um Fragen, die die Juden als Juden besonders angehen. Aber nichtsdestoweniger ist es von Interesse, sich zu erinnern, daß es das Oberhaus, dessen Uebermacht jetzt eingedämmt werden soll, gewesen ist, das sich der vollen Gleichberechtigung der Juden gegen den Willen des Volkes fünfundzwanzig Jahre lang, von 1833 bis 1858, hartnäckig widersetzt hat, wie dies aus folgender dem Jewish Chronicle entnommenen historischen Skizze ersichtlich ist: Im Jahre 1833 stellte Robert Grant im Unterhause den Antrag auf Beseitigung aller für die Juden geltenden Beschränkungen mit Ausnahme derjenigen, welche noch in der katholischen Emanzipations-Akte vom Jahre 1829 den römisch-katholischen Untertanen gegenüber aufrecht erhalten blieben. Die betreffende Vorlage passierte die dritte Lesung im Unterhause, wurde an das Oberhaus zur Beratung weiter gegeben, aber hier bei der zweiten Lesung abgelehnt. Zu den Gegnern gehörten u. a. die Herzöge von Gloucester und Wellington, welche ihre Opposition damit begründeten, daß Leute, die das Christentum nicht anerkennen, kein Recht hätten, in den gesetzgebenden Körper aufgenommen zu werden. Eine im folgenden Jahre und dann zwei Jahre später wiederholte Vorlage fand das gleiche Schicksal. Im Jahre 1841 genehmigte das Unterhaus ein Gesetz, das den Juden die Bekleidung städtischer Aemter gestattete. Dieses Gesetz wurde im Oberhaus erst ein Jahr später angenommen. Aber die Juden waren noch immer von den Parlamenten ausgeschlossen, und hierüber entbrannte nun jener denkwürdige Kampf, der mit den Namen David Salomons und Lionel Rothschild für alle Zukunft verknüpft bleiben wird. Im Jahre 1847 wurde Baron Lionel Rothschild von der Londoner City in das Parlament gewählt; aber die damals noch für alle neuen Mitglieder obligatorische Eidesformel machte es ihm unmöglich, seinen Sitz einzunehmen. Zur Beseitigung dieser Anomalie brachte Lord John Russel seine berühmte Gesetzesvorlage betreffend die politische und religiöse Gleichberechtigung der Juden im Unterhause ein; wiederum scheiterte dieselbe an dem Widerstand des Oberhauses. Da ereignete sich im Jahre 1851 ein dramatischer Vorfall: David Salomons, der für Greenwich zum Parlaments-Mitglied gewählt worden war, nahm seinen Sitz im Hause ein und beteiligte sich an der Abstimmung, wofür er mit einer Strafe von 500 Lstr. belegt wurde. Zur Beseitigung dieses ungeheuerlichen Zustandes wurde eine Eidesvorlage nach der anderen im Unterhause eingebracht, regelmäßig angenommen, aber ebenso regelmäßig vom Oberhause verworfen. (Picotto bezeichnete dieses Gebahren als „einen in direktem Widerspruch mit dem Willen der Nation stehenden Gewaltakt." Kürzlich bediente sich der Ministerpräsident Sir Campbell-Bannermann eines ähnlichen Ausdrucks und begründete damit seinen Appell an das Parlament, die Beziehungen zwischen den beiden Häusern neu zu regeln).

In den Jahren 1853, 1856 und 1857 widerstand das Haus der Peeres erfolgreich der „Verjudung" der Gesetzgebung. Im Jahre 1858 beschloß das Unterhaus abermals eine Vorlage über die Eidesleistung, während das Haus der Lords eine Resolution annahm, in welcher der auf die Juden bezugnehmende Paragraph unterdrückt wurde. Das Unterhaus weigerte sich, diese Resolution gutzuheißen, und es wurde eine spezielle Kommission eingesetzt, welche ein Einverständnis der beiden Häuser herbeiführen sollte. Man einigte sich schließlich dahin, daß jedes der beiden Häuser auf Grund einer bloßen Resolution seine gewählten Mitglieder auch ohne Hinweis auf die christliche Religion zulassen könne. Am Mittwoch, den 21. Juli 1858, wurde dieser Entwurf zum Gesetz erhoben, und fünf Tage später nahm Baron Lionel Rothschild seinen Sitz im Unterhaus ein, nachdem er zuvor bedeckten Hauptes den Eid geleistet hatte, in welchem er sich statt der christlichen Formel, welche ihn elf Jahre an der Ausübung seines Rechtes verhindert hatte, der Worte bediente: „So helfe mir Gott!"

Die „echten Russen" und das Judengeld.

Der „Russ. Korr." wird aus Petersburg geschrieben:

Die reaktionäre Presse hat jetzt mit einer rührenden Einstimmigkeit den Feldzug gegen Frankreich begonnen. Nach den Worten dieser Zeitungen befindet sich Frankreich am Vorabend eines großen Krachs. „Swet" schreibt: „Ja, für Frankreich gibt es fast keine Hoffnungen und keine anderen Anzeichen als beunruhigende." Die „Nowoje Wremja" selbst, welche ehemals ihren ganzen Vorrat an Schmeicheleien und Lobhudeleien Frankreich gegenüber ausleerte, fordert für den Verbündeten eine eigentümliche Strafe. Sie schlägt vor, Rußland möge doch all das geborgte „Geld" sofort Frankreich zurückerstatten. (Wer lacht da?) Warum ist Frankreich plötzlich in eine solche Ungnade gefallen? Aus zwei Gründen: Erstens, weil es ohne Sanktion der Duma kein „Geld" mehr geben will, und zweitens, weil es, gestützt auf die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen, sich erlaubte, für die inneren Angelegenheiten Rußland Ratschläge zu geben und für die Idee einer Volksvertretung sich ausgesprochen hat. Dieses Verbrechen ist so groß, daß Frankreich natürlich eine gehörige Lektion bekommen muß. Und die echt russischen Leute haben daher den Feldzug begonnen. „Frankreich ist mit der unheilbaren Seuche des Sozialismus behaftet", ergo: „solch ein Verbündeter ist für das fromme, selbstherrliche Rußland von großer Gefahr!" — Das ist vollkommen einleuchtend. Bleibt nur die Frage offen, wie die Herren Patrioten die ungeheure russische Schuld an Frankreich zu tilgen gedenken? Da erscheint der Jude wieder als Erlöser und Retter in der bitteren „Geldnot". — Die fanatische „Russkoje Snamja" hat jetzt den Weg des Opportunismus beschritten. Nicht umsonst ist sie ein offizielles Organ geworden. Der ausländische Jude läßt sich doch nicht übergehen, denn „Geld" ist ja bitter nötig. Und die „Russkoje Snamja", welche fortwährend behauptet, daß die Juden Verräter, Christen- und Zarenmörder sind, erklärt heute in gerührtem Tone, daß der beste ausländische Jude — der Berliner Mendelssohn sei; er sei eigentlich auch gar kein Jude und könne gar „nach den Statuten als Mitglied des Verbandes aufgenommen werden, nach welchem Juden unter keiner Bedingung aufgenommen werden dürfen". — „Ist es denn nicht ganz gleich, werden die patriotischen Söhne Rußlands sagen, ob man bei den Pariser, Londoner oder Berliner Juden nehmen will? Aber wir antworten unseren Lesern: nein, es ist nicht ganz gleich! Wenn es schon dazu gekommen ist, daß unser unglückliches Vaterland ausländische Anleihen schließen muß, dann ist es besser in Berlin, als in Paris und London." — Es handelt sich darum, daß Mendelssohn überhaupt nicht das ist, was Rothschild ist: „Mendelssohn ist überhaupt kein Jude! Das gegenwärtige Haupt des berühmten Bankhauses in Berlin ist ein Urenkel des genialen Komponisten Felix Mendelssohn-Bartoldy, der bekanntlich aus Ueberzeugung und nicht aus persönlichen Rücksichten das Christentum angenommen hat. Sogar Wagner mußte sich vor dem hohen Geiste von Mendelssohn beugen. Aber nicht nur der Komponist Mendelssohn, sondern auch sein „Onkel" (!) Moses Mendelssohn erfreuten sich allgemeinen Ansehens. Und endlich: Der Berliner Geldmarkt wird an uns, ungeachtet des Vorherrschens von Juden, weniger Forderungen stellen als Paris und hauptsächlich die radikale französische Presse."

Ueber den „Verband des russischen Volkes"

schreibt Maxim Gorki in der „N. Fr. Pr.":

Unmittelbar nach Auflösung der zweiten Duma sandte Zar Nikolaus dem Präsidenten des „Verbandes des russischen Volkes", Dr. Dubrowin, folgendes in allen russischen Zeitungen abgedrucktes Telegramm:

„Uebermitteln Sie allen Vorsitzenden der einzelnen Sektionen und allen Mitgliedern des „Verbandes des russischen Volkes", die mir eine Aeußerung der sie beseelenden Gefühle übersandt haben, meinen herzlichsten Dank für ihre Ergebenheit und Bereitwilligkeit, dem Thron und dem Wohl der teuren Heimat zu dienen. Ich bin fest überzeugt, daß alle wahrhaft treuen und russischen, ihr Vaterland uneigennützig liebenden Söhne sich noch enger zusammenschließen und mir, indem sie ihre Reihen beständig vergrößern, helfen werden, eine friedliche Wiedergeburt unseres heiligen und großen Rußland, eine Vervollkommnung der Lebensbedingungen des großen Volkes herbeizuführen. Möge mir der „Verband des russischen Volkes" eine zuverlässige Stütze sein und allen als Vorbild der Gesetzlichkeit und Ordnung dienen."

Ich will Bestand, Ziele und Handlungen des „Verbandes des russischen Volkes" kurz skizzieren.

Der Verband wurde im August 1905 ins Leben gerufen, kurz nachdem Minister Bulygin sein Projekt einer Konstitution veröffentlicht hatte; er wurde mit dem bestimmten Ziel geschaffen, gegen die Konstitution zu kämpfen. Die Initiative zur Gründung des Verbandes gaben hochgestellte russische Bureaukraten; den Kern desselben bildete Graf Ignatjew, der später von einem Terroristen in Twer getötet wurde; der ehemalige und wahrscheinlich zukünftige Minister Durnowo; der „Admiral zu Lande" Dubassow, der Besieger Moskaus im Dezember 1906; der Gouverneur des Tomskischen Gouvernements Asantschejew; der Ministergehilfe Gurko, der in die schmutzige Geschichte der Unterschlagung des für die Hungersnot bestimmten Geldes verwickelt ist und wegen Mißbrauches der Amtsgewalt unter Gericht steht; der Petersburger Stadthauptmann von Lannitz; ferner noch einige Gouverneure, hohe Beamte und unter ihnen der wirkliche Staatsrat Lawrow. Dieser trat bei Beginn der „Tätigkeit" des Verbandes aus der Mitgliederzahl aus und machte in den russischen Zeitungen Enthüllungen über Bestand, Ziele und Wirksamkeit des Verbandes. Ein anderes Mitglied dieser geheimen Gesellschaft, der Adelige Sybin, erklärte öffentlich auf einer Adelsversammlung des Nischnei-Nowgorodschen Gouvernements, daß der Verband Geldunterstützungen aus den Privatmitteln des Zaren genieße und daß an der Spitze des Verbandes ein Großfürst stehe.

Das Ziel des Verbandes, wie es Graf Ignatjew formulierte, besteht darin:

„Europa zu zeigen, daß das russische Volk für eine Konstitution noch nicht reif ist und die politische Freiheit auffassen wird als Freiheit zum Rauben und Morden."

Der Verband wirkt durch die Gouverneure und Gendarmeriechefs, die ihre Instruktionen aus Petersburg erhalten.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Manifestes vom 17. (30.) Oktober über die Konstitution wurden von dem Verband überall hin Agenten gesandt zwecks Propaganda gegen die Einschränkung der Selbstherrschaft; dabei wurde empfohlen, dem Volke die Konstitution als eine fremdländische, für den russischen Staat schädliche Erfindung hinzustellen, die auf eine Schwächung und Auslieferung der Regierung in die Hände von Ausländern — der Juden, Armenier, Polen usw. ziele.

Es wurde Befehl gegeben, die Hooligans und dunklen Massen der Armen in den Städten zu organisieren,

monarchische Manifestationen zu veranstalten, auf jede mögliche Weise Personen, die am meisten durch oppositionelle Veranlagung und ihren Einfluß auf die Massen wirken, zu terrorisieren und zu töten.

Polizei und Gendarmen machten sich ans Werk. In Zivilkleidung versammelten sie heimlich in Schlupfwinkeln die ihnen gut bekannten Diebe, Hooligans, Trunkenbolde, gaben ihnen Schnaps zu trinken, boten ihnen Geld an für ihre Teilnahme an Manifestationen und führten diese schmutzigen und wilden Menschen auf die Straße, unter dem Gesang der Nationalhymne und mit den Rufen: „Nieder mit der Konstitution!"

Vom 19. bis zum 25. Oktober töteten die Massen der betrunkenen manifestierenden Monarchisten in Moskau Studenten und anständig gekleidete Leute. Aus der Zahl der in diesen Tagen getöteten Personen nenne ich die mir persönlich bekannten — Baumann, sozialistischen Agitator, den dann Tausende von Menschen feierlich begruben; den Studenten Archangelsky, Grosjean und den vierzehnjährigen Kaufmannssohn Peters.

In Tomsk schloß ein bewaffneter und betrunkener, von der Polizei geführter Pöbelhaufen einige hundert Menschen, die friedlich die Konstitution feierten, in dem Gebäude der Sibirischen Eisenbahn ein und zündeten es an; als die Leute anfingen, durch die Fenster dem Feuer zu entspringen, wurden sie vom Pöbel totgeschlagen. Mehr als hundert Menschen wurden getötet und lebendig verbrannt. Gouverneur Asantschejew, ein Mitglied des Verbandes, weigerte sich, Truppen zur Verteidigung der Bürger zu schicken und motivierte seine Verweigerung mit den Worten:

„Jetzt ist Freiheit."

In Twer steckten die Monarchisten am 24. Oktober das Verwaltungsgebäude in Brand und töteten die darin Angestellten.

In Wologda zerstörten und verbrannten sie die Bibliothek, vernichteten die Bücher und töteten einige Liberale.

In Nischnei-Nowgorod schlugen sie mehrere Menschen tot, darunter meinen nahen Bekannten Karl Heinze, einen äußerst guten und ehrbaren Mann, der weit von Radikalismus entfernt war.

In Odessa wurden mit erschreckender Grausamkeit jüdische Kinder, Frauen und Greise ermordet.

Dasselbe fand in Kiew, Bjelostok, Romny, Winnitza und einer Reihe von anderen russischen Städten statt.

Die Liste der vom Oktober bis zum Dezember 1906 von den „Monarchisten" oder richtiger von den Hooligans unter direkter Führung der Polizei begangenen blutigen Verbrechen ist erschütternd lang und ich will sie nicht fortsetzen.

Ich weise darauf hin, daß der „Verband des russischen Volkes" seine direkte Beteiligung an all diesen wilden Greueltaten noch niemals geleugnet hat und auch heute nicht in Abrede stellt. Die Losung der Zeitungen des Verbandes lautet auch heute:

Nieder mit der Intelligenz!

So wird jeden Tag offen gepredigt, und es ist noch nicht einmal der Fall eingetreten, daß auch nur eine der Zeitungen des Verbandes wegen Aufreizung eines Teiles der Bevölkerung gegen den anderen vor Gericht gezogen worden wäre.

Die Führer des Verbandes — der Mönch Heliodor, ein offenbar verrückter Mensch, der Deputierte Purischkewitsch und der Organisator der jüdischen Pogroms, Kruschewan, reden und schreiben beständig ein und dasselbe:

Tod den Juden! Nieder mit der Intelligenz!

Die moralische Beteiligung Dr. Dubrowins an der Ermordung eines Dumamitgliedes ist gerichtlich festgestellt.

Es kamen Fälle vor, in denen Mitglieder des Verbandes, die bereits vom Gericht für schuldig befunden und wegen Teilnahme an Ermordungen und Pogroms zu Zwangsarbeit verurteilt worden waren, begnadigt wurden. Der Polizeioffizier Jermolow, der den Privatdozenten Winogradow bei einer Hausdurchsuchung durch einen Revolverschuß ins Genick tötete, wurde allein aus dem Grunde begnadigt, daß er, Jermolow, sich in dieser Zeit „in nervöser Erregung" befunden habe; er wurde außer gerichtlicher Verfolgung gesetzt und dann im Dienste befördert.

Solche Tatsachen kann ich zu Dutzenden aufzählen und niemand wird sie widerlegen.

Alles, was ich oben gesagt habe, findet seine Bestätigung durch die Zeitungen des Verbandes, durch die „Sühneschrift" des Verbandsmitgliedes Lawrow, durch die Worte des Adeligen Sybin, durch die Memoiren des Fürsten Urussow, des ehemaligen Gouverneurs von Kischinew, durch die von der ersten Duma vorgenommene Untersuchung des Pogroms in Bjelostok und durch eine Masse anderer Dokumente, die seinerzeit in der russischen und ausländischen Presse abgedruckt wurden.

Alle diese Dokumente beweisen mit unwiderlegbarer Deutlichkeit das antikulturelle Ziel des „Verbandes des russischen Volkes", stellen seine blutige und verbrecherische Handlungsweise fest und legen Zeugnis dafür ab, daß hinter der Abscheu erregende, mit dem Blute der besten russischen Männer bespritzte Verband sich unter dem Schutze einer geheimen Macht befindet, die ihm alles erlaubt und alles verzeiht.

Die moralische Physiognomie der Mitglieder des „Verbandes des russischen Volkes" wird am deutlichsten charakterisiert durch die Zeugnisse, die sich die Mitglieder gegenseitig ausstellen — diesen Zeugnissen begegnet man fast täglich in den Zeitungen des Verbandes. Ich führe einige davon wörtlich an.

Herr Purischkewitsch, Präsident des Verbandes, äußerte einem Interviewer des „Sjewerny Kawkas" gegenüber:

„Leider sind unter den Führern unseres Verbandes wenig anständige Menschen."

Dasselbe sagt ein in der „Rußkoje Snamja" abgedruckter Brief von dem Agitator des Verbandes, dem Mönch Heliodor:

„Heliodor ist — verrückt!"

Der Mönch Heliodor, der im Verband eine sehr große Rolle als öffentlicher Prediger der „Intelligenz"vernichtung spielt und gelegentlich die Notwendigkeit, Graf Witte wegen Verrats zu hängen, betonte, sagt über die Mitglieder des Verbandes:

Herzlose Egoisten, wilde Tiere, elende Streber, gewissenlose Betrüger, die reinen Tiere . . . .

Man beachte, daß das alles die eigenen Worte der Herren Verbandsmitglieder sind.

Ich glaube, daß diese Leute einander kennen und wir müssen ihnen glauben, wenn sie einander so offen charakterisieren.

Und nun werden diese „wilden Tiere" und „reinen Tiere" als die einzige Stütze des Thrones anerkannt.

Das ist nicht die Phantasie eines Wahnsinnigen, nicht ein häßlicher Traum, das ist — rauhe Wirklichkeit.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 31. Berlin, 31. Juli 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3875.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

„Der Börsenkönig.“

Roman von Eduard Stilgebauer.

Die literarische Kritik liegt sonst nicht im eigentlichen Aufgabenbezirk dieser Blätter. Sie tritt nur da an uns heran, wo die Belletristik entweder als Instrument antisemitischer Bestrebungen benutzt resp. mißbraucht wird oder wo sie diesen Bestrebungen als Angriffsfläche dienen könnte. Der Roman, mit dem wir uns heute zu beschäftigen genötigt sind, gehört zur zweiten Kategorie. Er ist offenbar nicht etwa aus einer antisemitischen Gesinnung — wenn überhaupt aus irgend welcher „Gesinnung“ — hervorgegangen, eher könnten einige seiner Schilderungen den Anschein des Gegenteils erwecken; dennoch bedeutet er eine Gefahr und ist geeignet, eine ähnlich vergiftende Wirkung auf breite Massen des Lesepublikums auszuüben, die der Parforce-Reklame eines marktschreierischen Verlegers nur allzu leicht erliegen, wie manche Hintertreppen- und Schauerromane, an deren literarische Qualitäten er streckenweise erinnert.

Man entsinnt sich wohl noch der vierbändigen Katastrophe, die vor Jahren in Gestalt des Romans „Götz Krafft“ über den deutschen Büchermarkt hereinbrach, sowie der zweifelhaften Inseraten-Manöver, durch die damals ein von Herrn Stilgebauer rein privatim erbeutetes Material anerkennender Briefurteile in hunderttausendfacher Vervielfältigung verbreitet wurde. Schon in dieser — von leidlich gelungenen Ansätzen des ersten Teiles abgesehen — erschreckend mittelmäßigen Tetralogie, die Jahr und Tag in brüllenden Annoncen als „das Buch der Saison“ ausgeschrien wurde, konnte man mit Bezug auf die jüdischen Figuren sagen: Gott schütze uns vor unseren Freunden! Der jüdische Student, der im ersten Teil als Opfer eines Zweikampfes fällt, und der jüdische Journalist, der im zweiten Teil eine hervortretende Rolle spielt, waren zwar ganz offenbar vom Verfasser keineswegs vom antisemitischen Gesichtswinkel aus gesehen und dargestellt. Aber wie es im Leben Menschen gibt, durch deren Sympathien man sich mehr kompromittiert, als geehrt fühlt, so kann selbst die bestgemeinte Darstellung jüdischen Wesens durch unkünstlerische, minderwertige Mittel oder spekulative Nebenzwecke abstoßend und bloßstellend wirken.

Dies ist, nur noch in sehr viel schlimmerem Grade, bei dem neuen Roman „Der Börsenkönig“ der Fall, den der emsige Verlag Richard Bong zurzeit mit einer ähnlichen amerikanischen Posaunen-Reklame in allen Blättern dem p. t. Publico aufzusuggerieren bemüht ist, wie vor Jahren den „Götz Krafft“. Und weil sich bei diesem leider gezeigt hat, wie willig sich Neugier, Gedankenlosigkeit und Sensationskitzel beim großen Publikum solcher Art von Anreißerei gefangen geben, tut es diesmal beizeiten not, die unerhörte geistige und künstlerische Armseligkeit eines künstlich zum „Ereignis“ gestempelten Romanmachwerks aufzuzeigen, das ein Kulturbild sein will und bestenfalls ein greulich verpinseltes Kulturzerrbild genannt zu werden verdient. Wohlverstanden: es steht kaum ein Wort in dem mehr als 400 Seiten starken Buche, das man als antisemitisch ansprechen könnte, und wenn die jüdischen Personen, die es marionettengleich agieren läßt, fast ohne Ausnahme unsympathisch, zum Teil widerwärtig sind, so ergeht es den nichtjüdischen um kein Haar besser; in die Wolfsschlucht gehörten sie nahezu alle. Aber in der ganzen Gruppierung der Vorgänge und Personen, in der stümperhaften Farbenmischung der Charaktere, in der Häufung krasser Effekte und verlogener Rührseligkeiten, in den kreischenden Dissonanzen einer unmöglichen Psychologie, in der handwerksmäßig groben Milieuschilderung, in der Banalität einer hundertfach verbrauchten Papier- und Zeitungssprache, in der sträflich flüchtigen Komposition wirkt das Buch dank der Massenauflage, auf die es berechnet ist und zu rechnen hat, im kulturellen Sinne schlimmer und giftiger, als ein halbes Dutzend offen antisemitischer Pamphlete.

Schauplatz des Romans ist eine deutsche Großstadt, die zwar diskreter Weise nicht genannt wird, die aber auch der begriffsstutzigste Leser auf der Karte zwischen Offenbach und Hanau vermutet. Hier herrscht Harry Seliger, der Börsenkönig, vielfache Millionär und Direktor der „Kommerzbank“. Er hat früher, wie das künftige Börsengenies so zu tun pflegen, die Primaballerina eines kleinen Hoftheaters geheiratet, nachdem diese die Geliebte des Prinzen Egon von Trachenstein gewesen war, und besitzt von ihr einen Sohn, Leo, und zwei Töchter, Etelka und Edith. Mit diesem Familienidyll werden wir aber nicht sofort zu Beginn des Romans bekannt. Erst müssen wir in einem kleinen Spessartdorfe Zeuge davon sein, wie der fromme, aber ehrliche Vorbeter und Kantor Perez Mandelbaum seinem Sohn Davidchen am Abend nach Schluß des Versöhnungstages den Segen erteilt, denn Davidchen soll am andern Morgen nach der „großen Stadt“ übersiedeln, um dank der Empfehlung seines dort ansässigen Onkels, des Börsensensals Jakob Mandelbaum, als Lehrling in Seligers Kommerzbank einzutreten. Mit Davidchen kommen dann auch wir in die Stadt und werden vor dem Bankpalast Zeugen einer großen Depot-Panik des Publikums, von der die Kommerzbank und ihr allmächtiger Leiter bestürmt werden. Diese Panik hat sonst weiter keinen Sinn und Zweck, aber sie zeigt uns den großen

Seliger sofort auf der Höhe der Situation: jeder Zoll ein „Börsenkönig". Denn dieser Millionenbesitzer wälzt gewaltige Pläne in seinem zahlenschweren Hirn. Er hat, wie das im Leben häufig so geht, ganz allein Kenntnis von ungeheuren Kalisalzlagern nicht weit von der Stadt und sein ganzes Sinnen geht dahin, dieses unterirdische Klondyke sich allein zu sichern. Bereits hat er alles in Betracht kommende Land auf Meilenweite um einen Spottpreis angekauft, nun braucht er noch eine Kleinbahn von der Stadt dorthin, damit nachher die Schätze des Bodens auch abgeführt werden können. Zum Bau dieser Kleinbahn, die durch ein kleines souveränes Fürstentum führt, bedarf es nur der Konzession seitens des Landesfürsten. Man sollte meinen, daß dies zu erlangen ein wahres Kinderspiel sein müßte, denn welcher Duodezfürst wäre nicht froh, wenn Geld in sein Ländchen kommt; aber unglücklicherweise fängt es das „Finanzgenie" Seliger so unsagbar dumm wie möglich an und läßt sich von intriganten oder verlumpten Mittelspersonen dermaßen einseifen, daß die Sache trotz seiner verzweifelten Anstrengungen, deren eine ihn sogar unter den unwahrscheinlichsten Voraussetzungen in Untersuchungshaft und vor Gericht führt, zu scheitern droht, bis ihm schließlich die Verkuppelung seiner jüngsten Tochter Edith an den Bruder des regierenden Fürsten — eben jenen früheren Liebhaber seiner eigenen Frau — zufällig zu der längst erschmachteten Konzession verhilft. Die neue Gründung schießt binnen kürzester Zeit in die Höhe, der Kurs ihrer Aktien ebenfalls, bis eines Tages der furchtbare Raubbau im Erdinnern sich durch eine große Grubenkatastrophe rächt, über der der „Börsenkönig" wahnsinnig wird. Vorher noch hat er sich von seiner Familie getrennt und seine 36 Jahre jüngere Schreibmaschinendame — ebenfalls Jüdin — zu seiner Maitresse gemacht, nachdem er sie in seinem Kontor just an dem Tage verführt hat, an dem sie weinend vom Totenbett ihres soeben gestorbenen Vaters zu ihm kommt, um seinen Rat und Schutz zu erbitten. Denn so sind nun Börsenkönige schon einmal!

Aber das Schicksal dieses jüdischen Großfinanziers, bei dem Stilgebauer der Held von Zolas „L'argent" vorgeschwebt hat, macht den dicken Band nur zur Hälfte fett. Andere Kapitel beschäftigen sich mit den einzelnen Familienmitgliedern und ihren Schicksalen: mit der Gattin und Ballerina a. D., einer „fetten Blondine", die trotz ihrer hohen Vierzig das alte Verhältnis mit ihrem verschuldeten und verlebten Prinzen öffentlich und im eigenen Hause fortsetzt und ihn mit ihren Schatullengeldern aushält; mit dem früh verlotterten Sohne Leo, der die erste Tänzerin des Opernhauses als Verhältnis besitzt, sie auf die Empfangsabende seiner eigenen Mutter bringt und dort vor allem Volk mit „Du" und „mein Herzchen" anredet; mit der älteren Tochter Stella, die erst als angefaulte demi-vierge geschildert wird (mit „Nana" als Lieblingslektüre), dann als ideale Mädchenseele im Blütenreiz der Jugend, um sich schließlich zwecks Erzwingung ihrer Heirat mit einem apollinisch schönen Grafen und Ulanenoffizier diesem in seiner Garçonwohnung an den Hals zu werfen; mit der jüngeren Tochter Edith, die zuerst als Kind und „dummes Schaf" mit dem oben erwähnten Davidchen Mandelbaum herumliebelt und sich von diesem jungen Dichterling lyrisch besingen läßt, um kurz nachher schamlos genug in ihre Verkuppelung an den fast sechzigjährigen prinzlichen Liebhaber ihrer Mutter zu willigen ... Nimmt man noch diesen Prinzen selbst, eine Lebegreis-Ruine übelster Sorte, und einen teuflisch intriganten, erzkalten Streber von Adel, mit dem Harry Seliger wegen der Kleinbahn-Konzession zu kämpfen hat, so hat man die Fülle der Lichtgestalten beisammen, mit denen dies anmutige „Kulturbild" bevölkert ist. An Nebenpersonen spielen noch der junge David Mandelbaum hinein, der — schaudervoll, höchst schaudervoll! — seine halbwüchsige Poetenseele unter den Rädern von Ediths prachtvoll bespannter Hochzeitskarosse austauchen muß, ferner sein alter Vater und last not least die 95jährige Großmutter des „Börsenkönigs", die im Mansardengeschoß seiner Villa — halb „Ahnfrau", halb „alte Mamsell" — schon fast fossil geworden haust und kaum noch bemerkt, daß Davidchen und Edithchen sich bei ihr Schäferstündchen geben.

Es ist unmöglich, auf die Einzelheiten dieser breiten Bettelsuppe, mit der verglichen die Romane etwa eines Ewald August König noch als klassisch gelten können, nahe genug einzugehen, um zu zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel und Mittelchen hier auf Effekt und Erfolg spekuliert wird. Die ältesten Clichés werden nicht verschmäht, die Millionen und Abermillionen rollen nur so stromweise herum, das Gesellschaftsmilieu wird durch ungezählte Toilettenbeschreibungen, sogar Menüs und dergl. hervorgetäuscht. Der Streber trägt ein Monokel, der Protz eine dicke Uhrkette mit schweren Breloques, der Börsenmakler hat „Spinnenfinger, wie zum Zugreifen und Festhalten geschaffen", der große Seliger selbst streicht sich „mit der schönen weißen Hand, deren kleinen Finger ein einziger auf Tausende geschätzter Solitär schmückte," durch das gelichtete Haar. Fast sämtliche jüdische Figuren des Buches aber werden mit feinster Beobachtungsgabe durch „große, braune Augen" oder „dunkle, brennende Augen" als Abkömmlinge des Stammes Sem charakterisiert, insbesondere das Davidchen Mandelbaum, mit dessen Abschied von der Heimat das Buch beginnt.

Vielleicht läßt sich an der Rolle, die Stilgebauer diesem jungen Juden zuerteilt, am besten die grenzenlose Oberflächlichkeit seiner Büchermacherei illustrieren. Der kaum mit dürftiger Volksschulbildung versehene Jüngling soll schon achtzehn Jahre sein, als er ins Geschäft gesteckt wird. (Was mag er in den vier Jahren vorher getan haben?) Am 1. Oktober tritt er, der sein Heimatsdörfchen bisher nie verlassen hat, in der Bank ein. Schon am 6. November — der Autor gibt das Datum selbst — ist dieser jüngste Lehrling der Großbank in der vornehmen Villa des ihm bis dahin unbekannten Direktors als Gast heimisch (!), entwickelt an diesem Tage vor seiner Flamme Edith in bilderreicher Sprache die Ideen eines symbolistischen Dramas à la Maeterlinck und redet mindestens schon wie der Stammgast eines Berliner Literaturcafés. „Die völlige ländliche Unerfahrenheit mit allen gesellschaftlichen Formen und Vorurteilen der Großstadt hatten Davidchen Mandelbaum den ungezwungenen Verkehr in der Villa seines hohen Chefs so leicht gemacht," heißt es zur Begründung (!) solcher lächerlich unwahrer Situationen. Und dann, nachdem Davidchen genugsam aus „großen Augen", in die gleichfalls „schönen großen Augen" der ebenfalls achtzehnjährigen Edith gestarrt hat, sinkt er — der vor fünf Wochen noch im Spessart die Hühner füttern durfte! — vor dieser jungen Dame auf die Kniee. „„Ist es die Liebe, Edith?" stammelten seine Lippen. Und sie nickte unter Thränen, im tiefsten Grunde ihres jungfräulichen Wesens erschüttert ..." Man muß aber wissen, daß dieses süße „Kind" der Großstadt allen Ernstes ein paar Seiten früher, die ältere Schwester fragt: „Was ist denn das, eine Maitresse?" und daß es derselbe Engel an Unschuld ist, der kurz nachher ohne Gewissensbisse Davidchen Davidchen sein läßt und demselben alten prinzlichen Roué ins Ehebett folgt, von dem sie genau weiß, daß er als Liebhaber und Zuhälter ihrer Mutter der Welt bekannt ist. Wenige Wochen später, also drei Monate, nachdem der Kantorssohn vom Lande seine Lehrlingsstelle angetreten hat, schwebt er schon auf einem großen Abendfeste der Villa Seliger tanzend (!) „den Arm um Ediths Hüften geschlungen, in einem Meer von Wonne." Und in diesem Stile geht es weiter — mag die kleine Probe genügen, um von der un-

erträglichen Lebensunwahrheit dieses grob und roh heruntergepinselten Gesellschaftsbildes einem Begriff zu geben.

Andererseits tat eine etwas genauere Charakteristik von Stilgebauers neuestem Opus gerade hier not, denn was dieser furchtbare Trivialissimus dank den Inseraten-Bombardements seines geschäftskundigen Verlegers jetzt einem Lesepublikum von — die Leihbibliotheken mitgerechnet — Hunderttausenden als Kulturstudie in Romanform einflößen darf, wird von der Leichtgläubigkeit der Menge ohne weiteres als typisches Spiegelbild jüdischer Geschäftsmache, jüdischer Sittenlosigkeit, jüdischer Familienverderbnis aufgenommen. Nicht als ob es goldgierige, skrupellose Großspekulanten oder sittlich angefaulte Töchter in den Häusern jüdischer Millionäre nicht geben könnte — wir haben hier immer den Standpunkt des peccatur intra et extra vertreten —, aber diesen Seliger, diese Familie, diese Menschen überhaupt mit ihren unmöglichen Proportionen, ihrer ganz unglaublichen Psychologie, ihren Widersprüchen und Schiefheiten gibt es nicht: es sind Drahtpuppen, eigens erfunden und kostümiert, um eine mit den schrillsten und schreiendsten Vorstadttheatereffekten ausgestattete Moritat zu agieren, und sie für lebendige Menschen, ihr Schicksal und Handeln für ein Bild des wirklichen Lebens auszugeben, ist nicht bloß ein strafwürdiges Attentat auf den guten Geschmack, sondern zugleich auch eine — wenn auch immer unbewußte — aufreizende Spekulation auf diejenigen niedrigen Instinkte, deren Bekämpfung die Aufgabe dieser Blätter seit ihrem Bestehen gewesen ist. △

Antisemitische Zukunftsschmerzen.

Man weiß ja, wie sehr unsere Antisemiten stets ums Vaterland besorgt sind. Sie gehen zu Bett mit der Angst, daß Deutschland durch den „Moloch Semitismus" verschlungen werden könnte, und stehen auf mit der Frage: Wankt das Vaterland noch nicht, wo doch wieder ein Jude einen hohen Orden bekommen hat? Sie sind ja die einzigen berufenen Hüter und Schützer Deutschlands. Freilich sind sie hin und wieder auch auf das Geschäft ein wenig bedacht, jagen auch, wie gewöhnliche Sterbliche, nach Ehren und Titeln und das Menschliche, Allzumenschliche ist ihnen nicht fremd, aber das geht ja nur so nebenher, die Hauptsache ist und bleibt stets das Vaterland und seine Zukunft. Wer daran zweifelt, dem fehlt eben der hohe Sinn für das „deutsch-völkliche" Empfinden und für die „kernig germanische" Weltanschauung. Man kann sich ja auch täglich davon überzeugen, wer eigentlich über das Schicksal des Vaterlandes wacht. Denn in keiner Presse findet man so viele hohe pathetische Töne, so klangvolle patriotische Worte wie in der antisemitischen. Wenn es gilt, große Worte zu machen, sind sie die ersten, und wenn in unserer bösen realistischen Welt leider die Worte allein nicht viel helfen, so ist das ihre Schuld nicht.

Seitdem der neue Reichstag besteht, leben unsere Antisemiten im ewigen Hangen und Bangen, weil sie vernommen haben, daß die Regierung die Liberalen nicht mehr für Reichsfeinde hält. Gewiß, die Reaktion hat ihre Reihen verstärkt und die Antisemiten selbst, der edelste Extrakt des reaktionären Geistes, hat einige Mandate gewonnen. Was hilft das alles aber, wenn der Liberalismus auf die Regierung einen Einfluß gewinnen und wenn das Kokettieren mit dem heimlichen Liebchen Antisemitismus aufhören könnte? So werden sie nicht müde, immer wieder zu beteuern, daß der Nationalismus der Liberalen geheuchelt sein müsse, da die einzige Legitimation der nationalen Gesinnung die Reaktion sei. Daß es eine schwere Zeit gab, in der die Liberalen die einzigen Träger, Kämpfer und Märtyrer des deutschen Nationalismus waren, während bei der Reaktion das Wort verpönt war, — das ist glücklicher Weise in Vergessenheit geraten. Die meisten Wähler wissen es nicht mehr und sie brauchen nicht daran erinnert zu werden. Heute, das steht als Dogma fest, sind die Antisemiten die auserkorene Leibgarde des Nationalismus, und da die wirklich Liberalen ausgesprochene Feinde des Antisemitismus sind, so sind sie eo ipso Gegner des nationalen Gedankens. Das ist so kaglich klar, daß nur ein verjudetes Gemüt daran zweifeln kann. Was aber soll aus diesem ganzen Antisemitismus werden, wenn der liberale Gedanke zum herrschenden Prinzip wird und wenn wirklich im modernen Geiste und im Sinne der Verfassung regiert wird? Das sind schwere Sorgen, die jedes antisemitische Herz bedrücken. Ja, diese ganze dumme Verfassung, die doch ein Kind des Liberalismus ist, soll der Teufel holen! Die Verfassung hat uns ein Wahlrecht gegeben, damit antisemitische Agitationsreden gehalten und antisemitische Männer in den Reichstag als Retter des Vaterlandes einziehen können. Nach der Wahl aber sollte man am liebsten die Verfassung im Staatsarchiv einschließen und niemand sollte sich darum bekümmern. Die Regierung soll antisemitisch-reaktionär sein, das ist das erste nationale Gebot, das ist das höchste Ziel aller von der Humanität nach nicht angekränkelten kerndeutschen Männer. Leider können die Konservativen und Antisemiten allein nicht wie im preußischen Landtag eine Majorität bilden. Es muß also entweder mit Hilfe der Liberalen oder mit der des Zentrums regiert werden. Nun haben die Antisemiten wohl oft die Katholiken in gehässigster Weise bekämpft, aber wo es gilt, den Einfluß des Liberalismus fern zu halten, da wäre das Zentrum als Bundesgenosse mit Freuden zu begrüßen.

In vielen Leitartikeln der antisemitischen Presse spiegelt sich dieser Gedankengang ab, am deutlichsten aber in einem Herzenserguß des Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme in den „Deutschsozialen Blättern" vom 24. Juli. Der neugebackene Politiker entdeckt zu seinem Schmerze, daß der Einfluß des Linksliberalismus auf die Presse ein gewaltiger ist. Beweis: Alle großen Zeitungen betonen bei Besprechung der Blockpolitik die Notwendigkeit von Konzessionen an den Liberalismus. Und — o Schmach! — Böhme findet, daß sogar „einzelne bisher rein nationale Zeitungen das Gesleres der Judenpresse insofern unterstützen, daß auch sie sich für die Konzessionen an den Liberalismus erwärmen." Das ist wirklich unerträglich. Es galt nämlich, meint Herr Böhme, bisher als Kriterium der nationalen Gesinnung, nationale Forderungen ohne Gegenkonzessionen zu bewilligen. O weh, Herr Böhme, si tacuisses! Haben die Konservativen und Antisemiten nicht bei jeder Gelegenheit Gegengeschenke für den Mittelstand und namentlich für die Agrarier gefordert? Haben sie nicht den Kanal abgelehnt, weil das Aequivalent nicht schwer genug wog? Die Liberalen, du lieber Gott, die sind wahrhaftig bei einigem guten Willen leicht zu befriedigen. Sie vertreten keinen besonderen Stand und haben keine wirtschaftlichen Sonderforderungen, und was sie an politischen Freiheiten verlangen, das ist im 20. Jahrhundert eigentlich für einen Kulturstaat selbstverständlich. In den letzten 15 Jahren ist kaum eine nennenswerte Konzession an den Liberalismus gemacht worden, und wenn heute wirklich das Vereinsrecht freiheitlicher gestaltet würde und einige Konzessionen an den modernen Geist gemacht würden, so würden alle Bürger des Reiches den Vorteil davon ziehen. Der Reichskanzler war es ja, welcher das Wort von der „Paarung liberalen und konservativen Geistes" geprägt hat. Bei einer Paarung aber muß beiden Teilen Rechnung getragen werden, und wenn die Liberalen, die bisher geduldig auf die Erfüllung des Ver-

sprechens harrten, nun etwas energischer ihre Forderung betonen, so ist das noch nicht als Revolution anzusehen.

Herr Dr. Böhme spricht mit sittlicher Entrüstung von dem Kuhhandel, den die Liberalen betreiben. Wenn man freudigen Herzens für die Macht und die Größe des Vaterlandes mitwirkt, dabei aber verlangt, daß auch der innere Ausbau freier und moderner wird, so ist das eine ehrliche Politik, deren sich niemand zu schämen braucht. Will Herr Böhme Beispiele von wahrem Kuhhandel, so kann er sie in seiner nächsten Nähe studieren. Hat er den geradezu erbärmlichen Handel der einzelnen antisemitischen Richtungen unter einander bei den Wahlen vergessen? Kennt er nicht die unmöglichsten Versprechungen, die manche antisemitische Kandidaten vor den Wahlen gemacht haben? **Weiß er nicht, wie oft Antisemiten, Konservative, Agrarier, und Mittelständler mit einander gehandelt haben?** Keine Partei hat so schamlos mit allem geschachert, wie die antisemitische, keine arbeitete mit so niedrigen Mitteln, wie diese. Herr Böhme wirft den Liberalen ihre Schwäche vor. Gewiß, der Liberalismus bedeutet heute, quantitativ wenigstens, keine große Macht in Deutschland. Was aber wäre der ganze Antisemitismus ohne Hilfe der Regierung und der Konservativen, ja leider auch der Liberalen? Keine drei Mandate würde er aus eigener Macht erringen können. Leute, die so schamlos waren, sogar um jüdische Stimmen zu buhlen, rühmen sich heute ihrer Macht! Das ist tragikomisch. Die Drohungen der Antisemiten gegen den Liberalismus, wenn er nicht brav ist und sein Programm und seine Weltanschauung hübsch vergißt, ist einfach **lächerlich, und kein ernster Mensch kann glauben, daß die Liberalen sich dadurch irre machen lassen. Der sicherste Thermometer der Reaktion ist stets der Antisemitismus gewesen, und wenn die Antisemiten schimpfen und wüten, dann ist der Liberalismus sicherlich auf dem rechten Wege.**

Unsere Antisemiten behaupten plötzlich, daß freies Vereinsrecht, Erweiterung des Koalitionsrechtes und Reform des Landtagswahlrechtes keine liberalen Forderungen sind, daß auch sie warm dafür eintreten werden. Um so besser, allein — uns fehlt noch der Glaube. Bis heute gab es sogar viele Antisemiten, die alles, was nach Freiheit riecht, konsequent verwarfen und die nicht einmal in der Frage des jetzigen Reichstagswahlrechtes zuverlässig waren. Haben sie jetzt mit einem Male ihr liberales Herz entdeckt, so soll es uns recht sein. Sie sollen aber nicht vergessen, daß das gleiche Recht aller Staatsbürger die Grundsäule einer jeden freiheitlichen Gesinnung ist.

Die größte Angst scheinen unsere Antisemiten davor zu haben, daß die neue Börsenvorlage der Regierung zur Wirklichkeit werden könnte. Sie alarmieren daher alle **Scharen der Reaktion, um sie gegen diese drohende Gefahr mobil zu machen. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß die Regierung nicht den Liberalen zu Liebe die Verbesserungen vornehmen will, sondern weil sie sich tatsächlich von den Mängeln und schädigenden Wirkungen des jetzigen Börsengesetzes überzeugt hat. Auch das weiß jeder, der von wirt**schaftlichen Dingen etwas versteht, daß das jetzige Börsengesetz in erster Reihe die kleinen Bankiers schädigt, die an und für sich keinen leichten Stand haben. Es gibt gar keinen Stand im Reiche, der Interesse daran hätte, das **Börsengesetz zu verschärfen** und den Geldhandel zu erschweren. Es ist nur ein altes Dogma aller Reaktionären, die Börse als Sündenbock für alle Gebrechen unserer Zeit hinzustellen und sie oft mit geradezu kindischen Mitteln zu bekämpfen. Man mag die Anhäufung des Kapitals in den Händen weniger für einen ungesunden Zustand halten, es ist aber lächerlich, sich einzubilden, durch ein engherziges Börsengesetz diesen Prozeß aufhalten zu **können. Unsere fanatischen Börsenhasser sehen nicht einmal ein, daß sie durch solche Manipulationen die kleinen Banken vernichten und die Großbanken fördern, also indirekt für das Großkapital kämpfen. Daß die Liberalen gerade dieses Gesetz zum Gegenstand eines Konfliktes** mit der Regierung machen werden, ist sehr unwahrscheinlich. Es gibt viel dringendere Reformen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, an denen den Liberalen viel mehr gelegen ist. Wozu also das überflüssige Geschrei?

Die Antisemiten scheinen trotz der niedrigen Temperatur dieses Jahres in der richtigen Hundstagsstimmung zu leben. Denn sie phantasieren schon von Konflikten der Regierung mit der jetzigen Mehrheit und von der baldigen Auflösung des Reichstages. Und sie tun so, als wenn sie dies von Herzen wünschten. An einen ernsten Konflikt mit der Regierung glauben wir kaum und noch weniger an eine Auflösung des Reichstages. Einen günstigeren Reichstag könnte ja die Regierung nie bekommen. Wo soll also ein Grund zur Auflösung des Reichstages und zum Sprung ins Dunkle liegen? Die Antisemiten werden uns aber auch schon gestatten müssen, daß wir daran zweifeln, daß ihnen eine Reichstagsauflösung erwünscht käme. Denn sie und ihre **konservativen Helfershelfer wären vermutlich die ersten, die die Zeche bezahlen müßten. Wir** nehmen zu Ehren der deutschen Bürger an, daß es zum zweiten Mal nicht passieren wird, daß Liberale einem ausgesprochenen Antisemiten reaktionärer Gesinnung ihre Stimme geben. Unser kampflustiger Leitartikler schreibt:

> „Das wäre eine Wahlparole, Auflösung des Reichstages, weil Linksliberalismus nationale Forderungen wegen Ablehnung des Börsengesetzes nicht bewilligt. Das würde noch mehr wirken, wie Kosaken und Boulanger bei den Septenatswahlen. Denn im letzten Grunde entschieden nicht Börsengeld und Großkapital den Wahlkampf, sondern die ehrliche Begeisterung der Massen."

Nun, die Begeisterung der Massen hat sich noch nie für den Antisemitismus ausgesprochen. Auch der politische **Pöbel scheint an dem Radau-Antisemitismus keine große** Freunde mehr zu haben. Die Mittelstandsideen, womit man jetzt das morsche Gebäude drapiert, werden sich bald, wie Graf Posadowsky nach ernstem Studium anerkannt hat, **als undurchführbar erweisen, und unsere Antisemiten** werden entweder liquidieren oder zu den Konservativen zurückkehren müssen. Der Antisemitismus als Geist des Hasses und der Unduldsamkeit mag in gewissen Kreisen auch heute noch stark sein, als Partei aber hat er seine Rolle bald ausgespielt. Ein Antisemitismus, der Politik treiben will, gleicht einer Schlange, der das Gift entzogen worden ist. Er ist dann nur noch Gegenstand der Unterhaltung im Zirkus, zu fürchten aber braucht ihn niemand mehr.

Von diesem Gesichtspunkt aus sind die antisemitischen Zukunftsschmerzen wohl erklärlich, es sind keine Schmerzen um die Zukunft des Vaterlandes, sondern um die Zukunft der Partei, um die Existenz im politischen Leben. Es ist nie ein Zeichen von Lebenskraft, wenn man mit jedem Jahre eine neue Gestalt annehmen muß, um eine Anziehungskraft auszuüben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Prof. Wahrmund, eine der antisemitischen „Autoritäten", **hat sich dadurch rühmlichst bekannt gemacht, daß er seit dreißig Jahren nicht müde wird, den Völkern, die die Juden dulden, den Untergang zu prophezeien. Hätte eine gütige Vorsehung nicht dieses schwere Schicksal abgewandt,**

dann wären sämtliche Völker Europas längst zu Grunde gegangen. Dieser alte Wahrmund kann fürchterlich werden, denn — er dichtet, und er straft so für die jüdischen Sünden, die urteutonischen Leser der antisemitischen Blätter.

In einer der letzten Nummern der „Deutsch sozialen Blätter" leistet er sich ein Gedicht, das eine volle Spalte ausfüllt und nur für antisemitische Herzen genießbar ist. Diese Poesie hört sich an wie das Lallen eines Kindes, so sinnlos und breit, so ohne Schwung und Würze ist sie. Aber das eine hat der alte Löwe ohne Zähne noch nicht vergessen, das Wüten. Da er nicht mehr beißen kann, so schimpst und flucht er wenigstens. Das Gedicht führt den vielverheißenden Titel „Steppenroß und Wüstengeier" und beginnt mit folgender schwungvoller Schilderung:

„In Mittelasiens grasbedeckten Steppenbreiten
Zumeist von Rußland heute schon beherrscht, sieht man von wilden Pferden,
Die Sattel nicht, noch Zaum jemals berührt,
Von Hunger stets getrieben, groß und kleine Herden,
Durch hochgemute Hengste angeführt,
Sonst ungestört von Menschen, friedlich weiden,
Wenn nicht zu Zeiten der Turkmene mit des Lassos Schlinge,
Den eignen Reitbedarf aus ihrer Mitte finge."

Diese wilden Pferde also fürchten den Wolf nicht, wenn er auf Raub ausgeht, wohl aber werden sie häufig zur Beute des Geiers, der ihr Gehirn zerstört und ihr Leben vernichtet. Und nun kommt der Kern der Sache:

„Was heut' im Zarenreich so Furchtbares geschieht beweist's,
Nur übertragen aus der Tiernatur in's Reich des Menschengeist's
Wär' das für euch ein Rätsel? müßt ich euch's entkernen?
Der Kampf mit Juda ist zumeist ein Geisterkrieg:
Den aber müßt ihr in den Schulen erst erlernen."

Nun, der Geisterkrieg wäre noch zu ertragen, wenn die Antisemiten bloß nicht — so geistlos wären und wenn sie namentlich die Poesie verschonen wollten. Herr **Wahrmund betrachtet es als ein Unglück, daß in der** Schule der Judengeist herrscht. In den russischen Schulen aber findet sich auch nicht ein einziger jüdischer Philologe, es ist also unbegreiflich, wer dort diesen Judengeist eingeschmuggelt hat, wahrscheinlich hat es Pobiedonoszew getan. Der Schlußvers ist geradezu köstlich:

„Drum sitzt dem Russen heut' — ihr seht's mit Evidenz —
Als Koryphäe der Intelligenz,
Er selber nennt sich ihren Märtyrer — der Talmudist im Nacken,
Um, sich den Fraß bereitend, Geiern gleich und Raben
Dem armen Volk die Geistesaugen völlig auszuhacken."

Nun wissen wir's ja, der Talmud, den die Revolutionären und namentlich die Hooligans alle auswendig können, ist an allem schuld. Ja, ja, was man nicht alles erfährt. Den einen Rat wollen wir dem Dichter zum Dank für den uns bereiteten Genuß geben: Im Greisenalter ist es nicht ungefährlich, ein Pferd zu besteigen, namentlich den wilden Pegasus, den man mit schlaffen Händen nicht zügeln kann.

Die „Deutsche Hochwacht" in tausend Nöten. Der antisemitischen Blättchen, die im Laufe der letzten Jahre aus Mangel an Mitteln ohne Sang und Klang verschwunden sind, ist schon eine stattliche Anzahl. Nun fängt auch die „Deutsche Hochwacht" in Stettin an, darüber zu jammern, daß es ihr am nervus rerum fehlt. In fetten Lettern heißt es in einer der letzten Nummern des antisemitischen Organs an leitender Stelle: „Heran, wer noch Blut in der Seele hat; wir bitten, Eure Gaben schleunigst einzuschicken". Denn großes Unheil ist im Anzuge: „Die bekannten bedauerlichen Schädigungen der „Deutschen Hochwacht" (Gemeint sind die Unterschlagungen des Herrn Hans von Mosch.) lassen es fast unvermeidlich erscheinen, daß unser mit schweren Mühen zustande gekommenes Tageblatt wieder in ein Wochenblatt umgewandelt werde"; darum wird, das zu verhindern, jeder einzelne gebeten. an die Geschäftsstelle der „Hochwacht" „vertrauensvoll" „sofort so viel Geld einzuschicken, wie er irgend flüssig machen und entbehren kann".

Ein Beitrag zur antisemitischen Moral. In der „Hessischen Landesztg" vom 25. Juli lesen wir:

Vor einiger Zeit wurde der Verleger und verantwortliche Redakteur des „Kasseler Sonntagsblattes", Thiele, wegen Beleidigung des praktischen Arztes Dr. med. ,et phil. Tienes in Kassel zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Thiele hatte den politisch liberalen Dr. Tienes, der scharfer Gegner der Antisemiten ist und sich als solcher auch betätigt, in höchst unschöner Weise dadurch beleidigt, daß er hämische Bemerkungen über die — Ehegattin Dr. Tienes und über dessen ärztliche Tätigkeit in seinem Sonntagsblatte gemacht hatte. Wer mit Antisemiten sich herumschlagen muß, dem wird es nichts neues sein, daß diese die Politik vergiftenden Elemente anstatt mit sachlichen Gründen zu kämpfen den Gegner mit allerhand Schmutz persönlich bewerfen.

Wir würden darum auch die Ergebnisse des Kasseler Prozesses ruhig zu den Uebrigen legen, wenn nicht einige Nebenmomente in dem Prozesse es lohnten, eingehend beleuchtet zu werden.

Manche Leser unserer Zeitung werden sich nach der Versammlung entsinnen, die der Abg. Lattmann vor Jahresfrist in Marburg abhielt. In dieser wurden Herrn Lattmann einige Sünden des Kasseler Sonntagsblattes unter die Nase gerieben und der liberale Diskussionsredner nannte das „Kass. Sonntagsbl." das „Lattmannsche Organ in Kassel". Da schüttelte sich Herr Lattmann und beteuerte froh zu sein, wenn er in Kassel ein Organ hätte. Das sei aber nicht der Fall. Das Sonntagsblatt sei keinesfalls sein Organ.

Nicht immer schreitet das Unglück schnell. Für Herrn Lattmann hat es sich sogar besonders Zeit genommen. Aber gekommen ist es doch. In dem besagten Prozeß nämlich hat der Beklagte besondere Anstrengungen gemacht, den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugestanden zu bekommen. Sein Verteidiger Justizrat Dr. Schier betonte dabei, nach dem Gerichtsberichte des „Tageblattes", daß das „Kass. Sonntagsblatt" das Organ der Antisemiten sei, und der Beklagte Thiele ergänzte diese Angaben noch, indem er sein Blättchen als christlich sozial-antisemitisch bezeichnete.

Was sagen Sie nun, Herr Lattmann? Ihr Parteigenosse Thiele und sein Rechtsbeistand haben in Kassel doch unmöglich das Gericht angelogen! — —

Wenn aber — was jetzt doch wohl nicht mehr abgestritten werden wird — das „Kasseler Sonntagsblatt" antisemitisches Organ in Kassel ist, dann sind nachstehende Tatsachen wieder einmal ein bezeichnender Beitrag zur antisemitischen Moral.

Das antisemitische „Kasseler Sonntagsblatt" inseriert alljährlich im Inseratenkataloge von — horribile dictu — Rudolf Mosse — natürlich unter peinlichem Verschweigen seines antisemitischen Charakters. Aber selbst darüber würden wir kein Wort verlieren. Das Sonntagsblatt preist sich jedoch im Mosseschen Katalog u. a. wie folgt an:

Bestes Insertionsorgan! Besonders geeignet für Versandtgeschäfte aller Art... Verbreitet in über 2000 Orten. Unbedingtes Vertrauen der Leser zum Anzeigenteil.

„Daß Du die Nase ins Jesicht behältst", würde Onkel Bräsig sagen. Das Organ der Aniisemiten, die im Wahlkampfe so eisern konnten gegen die Warenhäuser (die notabene die Gewerbetreibenden in unserem Wahlkreise so gut wie überhaupt nicht berühren), dieses Blatt bringt es fertig, den Versandtgeschäften, die den Gewerbetreibenden auch des kleinsten Dorfes empfindliche Konkurrenz bereiien, unter besonderen Lockungen seine Spalten anzubieten. „Verbreitet in über 2000 Orten. Unbedingies Vertrauen der Leser zum Anzeigenieil." Darauf müssen ja die großen Versandthäuser anbeißen ....

Und die „ollen ehrlichen" Antisemiien werden natürlich unbekümmert um diese Entlarvung auch weiterhin wie bisher landauf landab sich als die einzig wahren Jaköbbe, die patentierten Freunde des kleinen Mittelstandes empfehlen — natürlich unier weidlichem Geschimpfe auf die Liberalen, die „Freunde der Warenhäuser" pp. . .

Wenn die antisemitische Moral in den Augen aller anständigen Politiker nichi längst fesistünde, würde sie das aniisemitische Kasseler Sonntagsbsblatt wieder einmal zur Evidenz dargeian haben.

Ueber antisemitische Mittelstandswirtschaft in Sachsen, an der der bekannte Verleger der antisemitischen Bilderbogen Glöß Hauptbeteiligter ist, haben wir in No. 15 der „Miiieilungen" derichiet. Kürzlich hat nun wieder eine außerordeniliche Generaiversammlung der Vereinigten Spareinleger, G. m. b. H. in Liquidation, Dresden, staitgefunden, die sehr stürmisch verlief. Der Verwaltung wurde die Entlastung verweigert, eine Revisionskommission soll die Geschäftsführung prüfen. Aus der Versammlung seien nach einem Bericht der „Leipziger Abendztg." die folgenden Einzelheiien erwähni:

Eine grofe Anzahl von Unteranteilhabern erhielt auf Betreiben des Direktors Glöß von der liquidierenden Gesellschaft keinen Zutritt zur Vrrsammlung, es waren meist ärmere Leute, dir nun vor dem Saale das Ergebnis erwarteten. Gleich zu Beginn der Verhandlungen wurde die Stimmung sehr erregt. In einer Broschüre hatte der Direktor Glöß dem Postassistenten Trautmann vorgeworfen, diesrr habr wissentlich die Unwahrheit gesagt und könne überhaupt keine Bilanz lesen. Trautmann wendete sich nun heftig gegen Glöß und kündigte an, daß er weitere Schritte gegen ihn unternehmen werde. Auch Kaufmann Hohlfeld ging energisch gegen Direktor Glöß vor, der allen Mißtrauenskundgebungen zum Trotz fst an seinem mit 10 000 Mk. dezahlten Amte klebe. Vor allen Dingen müsse das Institut der Spareinleger von der Treuhandbank grtrennt werden. Diese hade für Spareinleger-Anteilscheine, die einen Kurs von 55 pCt. haben, ganze 30 pCt. geboten. Wenn das seitens der Juden geschehen wäre, dann würde in Dresden der Ruf ertönt sein: Juden raus! Herr Vogel, der früher setdst mit im Aufsichtsrat war, äußertr sein Mißtrauen gegen diesen und erwähnte eine Aeußerung des Dr. Böhme: „Geden Sie sich keinen Illusionen hin, wir wollen verdienrn." Ratssekretär Bahmann legte dar, daß die Verwaltung nur Eigennutz kenne. In fünf Jahren seien von ihr 250 000 Mk. für Verwaltungszwecke ausgegeden worden, einr im Verhältnis zum Geschäft ganz enorme Summe. Dr. Böhme, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, machte sich seine Erwiderung recht leicht. Vom Kapital seien für die Verwaltung nur 13 000 Mk. ausgegeden worden, das übrigr von den Zinsen. (Eine Unterscheidung, die an Spitzfindigkeit nichts zu wünschen übrig läßt.) Urbrigens verstände die Opposition nichts von der Sache. Sehr erregt wurde die Versammlung, als der (antisemitische) Stadtrat Ahlhelm gegen die Führer der Opposition sprach. Der (antisemitische) Stadtverordnetenvizevorsteher Häckel degann seine Rede mit den Worten, die Debatte hätte ergeden, daß die Beschuldigungen seitens der Opposition falsch seien — weiter war er nicht zu verstehen; so hoch schwoll der Tumult an. Bei der Abstimmung zeigte es sich, daß die Mitglieder der Verwaltung und einige ihnen Nahestehende, im ganzen nur wenige Personen, eine Majorität in ihrer Hand vereinigt. Die Versammlung vrrlangt dieser Tatsache gegenüdrr stürmisch, die Abstimmung nicht durch Stimmzettel, sondern durch Akklamation vorzunrhmen. Die Erregung wuchs aufs höchste. Gegen die Verwaltung wurden zahlreiche Verwünschungen laut, namentlich grgen den Direktor Glöß. „Wenn Sie noch einen Funken Ehrgefühl hätten, würdrn Sir Ihr Amt niederlegen!" „Herunter!" „Herunter mit ihm!" so rrtönte es. Direktor Glöß antwortete: „Ihr werdet noch einmal alle zehn Finger nach mir lecken." Es wurde rndlich der Beschluß gefaßt, die Geschäftsführung durch eine Revisionskommission prüfen zu lassen. Zum Schluß gad rs noch einmal persönliche Auseinandersetzungen. U. a. wurde dem Direktor Glöß noch vorgehatten, er ließe den Vorwurf der Lüge ruhig auf sich sitzen, wohl ader hade er es fertiggedracht, den Ratssekretär Bahmarn und den Eisendahnsekretär Trautmann dei ihren Behörden zu denunzieren. So schloß diese denkwürdigr Versammlung, die noch dadurch desondere Bedeutung gewinnt, daß verschiedene Drrsdner Stadträte und Stadtverordnetr der Verwaltung der Spareinleger-Gesellschaft sehr nahe strhen. Jetzt endlich hat die Staatsanwaltschaft die ganze Sache in den Händen.

Vermischtes.

×× **Von der Deutschen Turnerschaft.** Die große Deutsche Turnerschaft, der mehr als 800 000 deuische Turner angehören, hielt in den letzten Tagen des Juli ihren Turntag, der alle vier Jahre statifindet, in Worms ab. Der greise Vorsitzende Dr. Ferd. Goetz, der wegen seiner unparieiischen Haltung sich schon mancherlei Anfeindungen hai gefallen lassen müssen, erstatiete dabei einen Bericht über die letzten Jahre. Er legie auch die Tendenz der Deuischen Turnerschaft völlig klar, indem er betoute:

„Parieigeist im politischen und religiösen Sinne fand keinen Boden in unserer Vereinigung, und so vollzog sich darum auch die Ausschridung des größten Teilrs der früher mit uns vereinigt gewesenen österreichischen Turner wegen ihrer antisemitischen Forderungen, die mit unserem Standpunkt unverträglich waren, in friedlicher Weise. Und die Trennung der aus diesen Gründen Ausgeschiedenen in zwei sich gegenwärtig dekämpfende Lager (unter zwei sich dekämpfenden Führern) ist wohl der deste Beweis für die Gesundheit des Standpunktes unserer Deutschen Turnerschaft."

Weiierhin schilderte Dr. Goetz die Angriffe des sozialdemokratischen Arbeiterturnerbundes gegen die „deutschen Turner". Er sagte im Anschluß daran:

„Andere Anzapfungen, wie sie von den Antisemiten, von den Turnern zionistischer Richtung ausgehen, Angriffe der Absiinenzler, der Schwedenschwärmer und durch Leute, die in unserem deutschen Turnen das Aesthetische, das Kunstinteresse und vielleicht ihren eigenen Einfluß vermissen, läßt die Deutsche Turnerschaft, außer in ganz desonderen Fällen, meist ganz undeachtet."

Diese mit Beifall aufgenommenen Ausführungen zeigen, daß die Deutsche Turnerschasi, unbeschadet aller Angriffe, ihren alten liberalen Weg weiier wandelt zur Siärkung der Volkskraft.

Juden als Schöffen und Geschworene. Auf die Beschwerde des Verbandes der Deutschen Juden über die Zurücksetzung der Juden bei Auswahl der Schöffen und Geschworenen hat nun auch der preußische Justizminister, wie er dem Verbande mitgeteilt hat, angeordnet, daß der taisächliche Inhali der Beschwerde zur Kenninis der Vorsitzenden der dei den in Betracht kommenden Amtsgerichten zusammenireienden Ausschüsse gebracht wird.

Aus Braunschweig wird dem „Berl. Tgbl." geschrieben: Zu den Maßnahmen, die im Herzogium Braunschweig oon dem Eingreifen seines neuen Regenten erwartet werden, gehört auch die Beseitigung eines alten konfessionellen Unrechies in bezug auf die jüdischen Siaatsangehörigen. Es ist dies die prinzipielle Uebergehung der jüdischen Rechtsanwälte bei Besetzung der Notariatsstellen. Die Erteilung des Notariats geschieht in Braunschweig rein nach dem Dienstalter der Rechtsanwälie, sodaß die Uebergehung eines einzelnen nur bei besonderen persönlichen Gründen erfolgi. Solche Gründe scheint die Regierung aber bis jetzt in der Zugehörigkeit zum Judentum erblicki zu haben. Denn in

den letzten zwanzig Jahren sind die jüdischen Rechtsanwälte, trotzdem bei jeder neuen Vakanz Meldungen derselben zum Notariat vorlagen, grundsätzlich bei der Besetzung übergangen worden. Zurzeit sind einige ältere jüdische Rechtsanwälte in der Stadt vorhanden, die ihrem Dienstalter nach längst Notare sein müßten. Daß bei dieser Uebergehung nur die Konfession maßgebend gewesen ist, geht daraus hervor, daß diese Anwälte allgemein große Achtung genießen und zum Teil sogar dem Vorstande der Anwaltskammer angehören.

Kuno Fischer über Treitschke. In seinen anläßlich des Ablebens des großen Gelehrten in der „Magdb. Ztg." veröffentlichten „Erinnerungen eines Schülers" schreibt Justizrat Schubert-Stendal:

„Kuno Fischer, der damals, wie er mir selbst erzählte, sich um die Tagesereignisse wenig oder gar nicht bekümmerte und nicht einmal eine Tageszeitung las, erfuhr durch mich, da ich ja in Berlin am Herde der Bewegung saß, zuerst Näheres über den Stand der Berliner antisemitischen Bewegung und über die Beteiligung Treitschkes daran. Ich besaß die Streitschriften Bambergers und Treitschkes und lieh sie ihm. Treitschkes Schrift fand Fischer recht schwach; er bemerkte treffend: Treitschke nehme mit der einen Hand, was er mit der andern gebe; sein mit allem Ernst und Vorbedacht getaner Ausspruch: es sei der allgemeine Ruf: Die Juden sind unser Unglück — müsse unbedingt verurteilt werden. Treitschke war ihm auch sonst nicht sympatisch. „Ich bin selbst Preuße", sagte er, „und, wie ich meine, guter Patriot. Doch das Wesen, welches sich gebärdet, als habe die Weltgeschichte von Anbeginn an nur Preußen im Mutterleibe getragen, ist mir zuwider." Ich konnte später in den Vorlesungen wiederholt bemerken, wie Kuno Fischer mit offenbarer Absicht zur Toleranz mahnte."

Briefe eines rumänischen katholischen Pfarrers. Dem Hilfsverein der Deutschen Juden sind von angesehener christlicher Seite aus Rumänien, von einem Pfarrer, zwei Briefe zur Verfügung gestellt worden, die in hohem Grade beachtenswert zur Beurteilung der dortigen Lage sind.

Erklärlicherweise kann weder der Briefschreiber noch der Ort in Rumänien, aus dem die Briefe datiert sind, mitgeteilt werden.

Der erste Brief stammt aus den Tagen während der letzten rumänischen Juden-Pogrome. Dabei ist zu bemerken, daß der betreffende Briefschreiber sich in aufopfernder Weise dafür eingesetzt hatte, die Juden an dem Ort, an dem er sich aufhält, vor Vergewaltigungen zu schützen.

Die beiden Briefe lauten:

„. . . . ., 13. April 1907.

„. . . . . Die Stadt hat heute zirka 18—20 000 Seelen. Die Katholiken oder, wie sie hier heißen, die Ungarn, sind Vorstädter und zählen in runder Summe 700 Männer. Juden sind hier zirka 3000 Seelen. Die Kaufläden sind alle in den Händen der Juden. Da war etwas zu holen: Meine erste Sorge war es, meine Bauern zu beruhigen, ihnen klar zu machen, daß ich eine Teilnahme an der Revolution absolut mißbillige. Am 11. März sagte ich ihnen in der Kirche: „Jetzt ist die Zeit gekommen, daß Ihr beweisen sollt, daß Ihr wahre Katholiken seid. Beweißt auch, daß meine Predigten, die ich Euch 9 Jahre lang gehalten habe, nicht umsonst gewesen sind. Ewige Schande über meine Pfarrgemeinde, wenn ein einziger sich unterstehen sollte, zu revoltieren." Sie gehorchten. Zirka 8—10 Dörfer in der Umgegend waren in hellem Aufruhr, von meinen Katholiken hat nicht ein einziger teilgenommen. . . . . Wären die Katholiken losgegangen, die Stadt wäre heute eine Ruine. Die katholischen Bauern sind sehr kräftige, wild aussehende Kerle, vor denen sich die ganze Stadt fürchtete. Die anderen schismatischen Dörfer warteten nur darauf, daß die Katholiken anfängen, um dann gemeinschaftlich über die Stadt und besonders über die Juden herzufallen. . . . . Als ich am 12. März durch die Stadt fuhr, hatten alle Christenhäuser Kreuze und Bilder an die Fenster geklebt, damit sie kenntlich seien. Doch, Gott sei Dank, alles ging gut vorüber. . . . ."

„. . . . ., 22. Juni 1907.

„. . . . . Wenn ich in den schweren Tagen der letzten rumänischen Bauernrevolution meine eigene katholische Gemeinde vor Raub und Mord bewahren konnte, so geschah dies einerseits auf Grund des freundschaftlichen Verhältnisses, in dem ich zu den angesehensten Mitgliedern der hiesigen israelitischen Kultusgemeinde stehe, andererseits aber auf Grund eines bewunderungswürdigen Gehorsams, mit dem meine katholischen Bauern sich mir fügten. Es waren aber Tage des Schreckens, die ich nie vergessen werde. Katholiken und Juden leiden beide unter der Ungerechtigkeit der rumänischen Wirtschaft.

Rumänien steht tatsächlich auf einem Vulkan, der eines Tages Schrecken verbreiten wird. . . . ."

Aus dem Potschajew-Kloster. Man schreibt der „Russ. Korr." aus Petersburg:

Einer der Hauptheerde der antisemitischen und reaktionären Agitation ist bekanntlich das Kloster Potschajew im Wolhynischen Episkopat. Hier haben die als Führer des schwarzen Hunderts berüchtigten Mönche Iliodor und Vitali ihre Residenz, von hier aus ergießt sich der Strom einer wilden Aufreizungspropaganda über den ganzen Südwesten Rußlands, von hier aus werden die rohen, auf die niedrigsten Instinkte der Massen abzielenden Schriften Iliodors verbreitet, in denen er nicht selten seine Vorgesetzten, namentlich den Petersburger Metropoliten Antoni, aber auch den Premiermister und andere Würdenträger aufs frechste angreift, wenn es ihm scheint, daß sie zur Nachgiebigkeit gegen die Liberalen neigen oder gar das Los der russischen Juden erleichtern wollen. Iliodor, der bedeutendere der beiden Mönche, hat akademische Bildung, die bei der russischen Geistlichkeit einstweilen noch eine seltene Erscheinung ist. Die große Masse der Popen verfügt nur über Seminarbildung. Von verschiedener Seite wird Iliodor, der nur einige 20 Jahre alt ist, als der typische demagogische Redner geschildert, der sein Auditorium genau kennt und es vollständig beherrscht. Man sagt, er hätte das Zeug, als Revolutionär an die Spitze einer aufständischen Masse zu treten, und sie auf Barrikaden zu führen. Der Zufall hat ihn der Reaktion zugeführt, aber auch hier kann er sich nicht fügen. Er geriet sehr bald mit dem Vizepräsidenten des Verbandes des russischen Volkes, dem berüchtigten Purischkewitsch, in Konflikt, und beide schmähen einander in Wort und Schrift. Aber nicht nur mit Purischkewitsch kommt Iliodor nicht aus, er kommt selbst mit dem heiligen Synod in Konflikt, weil er in seiner gegen Juden und Liberale zu Pogroms aufreizenden, publizistischen Tätigkeit, auch das Ministerium, die konstitutionelle Regierung, gelegentlich scharf angreift, wenn sie nicht genügend entschieden zum alten Regime zurückzukehren scheint. Wegen dieser Angriffe hat ihm der Synod die publizistische Tätigkeit untersagt. Aber was kümmert sich Iliodor um den Synod, der ebenso wenig etwas gegen Iliodor ausrichten kann, wie die Regierung, der er, wie gerne sie auch seine antisemitische und antirevolutionäre Tätigkeit sieht, keineswegs immer bequem ist. Der Synod zieht Iliodor zur Verantwortung. Aber der gegen Iliodor angestrengte Prozeß wird bezeichnenderweise bald niedergeschlagen, und Iliodor fährt fort, die Spalten der „Moskauer Zeitung" des schwarzen Hunderts, „Wetsche", mit seinen fanatisch-reaktionären und antisemitischen Artikeln zu füllen, ohne daß die Zensur sie anzutasten wagt, obgleich jede Zeile ein offensichtliches Vergehen gegen den Artikel des Gesetzes über Aufreizung eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen ist. Hinter Iliodor stehen eben Persönlichkeiten, deren Einfluß auf den Zaren größer ist, als die „Macht" selbst eines Stolypin.

Iliodor ist sich seiner Macht vollkommen bewußt. Er kümmert sich im Kloster weder um den Abt, noch um die übrige Klosteradministration. Ohne die Erlaubnis der letzteren baut er auf dem Klosterhof seine Rednertribüne, von der aus er seine Progromreden an die ins Kloster strömenden Wallfahrer richtet. Unter den Fenstern des Erzbischofs von Wolhynien ruft er die unaufgeklärte Masse seiner Hörer zur Ermordung der Juden auf, bezeichnet er die Juden öffentlich (übrigens tut er dasselbe auch in seinem Leibblatt, „Potschajewskije Iswestije") als die, die zuerst „drankommen" sollen, wenn es einen Pogrom gibt. Der Erzbischof sieht dem Treiben ruhig zu, weil er, wie ein Journalist in einem Gespräch mit ihm festzustellen Gelegenheit hatte, nicht Iliodor zum Märtyrer machen will, was angeblich geschehen würde, wenn er ihm seine Hetzereien verbieten wollte. So fährt denn Iliodor ungestört fort, Umzüge durch die Klosterstadt zu veranstalten, um — wie er öffentlich erklärt — „die krätzigen Juden zu schrecken." Und die dortige Bevölkerung lebt in ständiger Furcht, eines schönen Tages, wenn es Iliodor belieben sollte, massakriert zu werden. Und wenn es bis jetzt nicht zu Progroms in der Umgebung von Potschajew gekommen ist, so verdanken die geängstigten Juden dies Glück hauptsächlich dem Einfluß eines der Potschajew-Mönche, der einem Progrom nicht sympathisch gegenübersteht, und der über genügend Popularität verfügt, um einstweilen das schlimmste zu verhüten. — Bis zum Erscheinen Iliodors lebte die christliche Bevölkerung im ungetrübten Einvernehmen mit der jüdischen. Jetzt wird stets Haß gesät, indem Iliodor und Vitali die gefährlichsten Lügen über die Juden verbreiten und sie sogar des Ritualmordes beschuldigen. Fast das ganze Jahr hindurch ist das Potschajew-Kloster von Pilgern aus allen Gegenden Rußlands überflutet, die die Reden der Hetzmönche über das ganze Land verbreiten, und die, in ihre Heimat zurückgekehrt, die örtlichen Elemente des schwarzen Hunderts beim Ausbruch eines Pogroms zu verstärken gewonnen sind.

Vom Büchertisch.

Wassermann, Rudolf. Beruf, Konfession und Verbrechen. Eine Studie über die Kriminalität der Juden in Vergangenheit und Gegenwart. (Statistik und nationalökonomische Abhandlungen, herausgegeben von Prof. Dr. Georg von Mayr, Heft II.) 4°. 106 S. München, Ernst Reinhardt. 1907. Preis 5 Mk.

Die Anregung zu dieser gründlichen Arbeit hat der Verfasser in dem Münchener „Verein für Statistik der Juden" empfangen — ein Beweis dafür, daß diese seit einigen Jahren bestehenden Vereine einen segensreichen Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben vermögen, und daß wir von ihnen wertvolles Material über die statistisch erfaßbaren Verhältnisse der Juden zu erwarten haben.

So viel auch über die Kriminalität der Juden geschrieben worden ist, so dienten die bisherigen Arbeiten, welche sich ausschließlich mit diesem Thema befaßten, wohl durchweg bestimmten Zwecken. Entweder hatte man mit ihnen die Aufklärung des Volkes im Auge oder man wollte antisemitische Lügen und Verdrehungen entkräften, oder die Arbeiten gingen von antisemitischer Seite aus und versuchten in tendenziöser Weise die Ergebnisse der Statistik so zu entstellen, daß der Leser glauben mochte, der Anteil der Juden am Verbrechen sei größer als der der Christen. So wagte im Jahre 1881 ein Anonymus zu behaupten, die Juden seien am Verbrechen viermal so stark, an einzelnen Delikten gar sechzehnmal so stark beteiligt als die Christen.

Wenn man heute auch solche Märchen schon längst nicht mehr glaubt und weiß, daß die Kriminalität der Juden eine durchaus günstige ist, so fehlte es bisher doch an einer Darstellung, welche sich in extenso mit dieser Frage beschäftigt und das darüber vorhandene Material in wissenschaftlicher Weise möglichst vollständig zusammenträgt. Diese Aufgabe erschien offenbar den meisten Schriftstellern nicht recht lohnend, da eben die einzelnen Tatsachen durch zahlreiche kleinere Abhandlungen bereits bekannt geworden waren und man deshalb fürchtete, nichts Neues mehr bringen zu können.

Wassermann hat nun die in der kriminalistischen Literatur vorhandene Lücke ausgefüllt und seine Arbeit ist mehr als eine bloße Kompilation. Sein Bestreben war im wesentlichen darauf gerichtet, den Zusammenhang zu zeigen, welcher zwischen den Faktoren Beruf, Konfession und Verbrechen besteht. Auch daran hatte man sich schon gewöhnt, bei einer Betrachtung der jüdischen Kriminalität auf die Berufsverschiedenheit der christlichen und jüdischen Bevölkerung hinzuweisen und die stärkere Beteiligung der Juden an bestimmten Delikten als natürlich zu erklären, indem man einerseits zeigte, daß in gewissen Berufen jene Delikte besonders häufig vorkommen und andererseits, daß die Juden zu diesen Berufen ein stärkeres Kontingent stellen als die nichtjüdische Bevölkerung. Doch ließ sich an der Hand der amtlichen Statistik ein ziffernmäßiger Nachweis dieser naheliegenden Zusammenhänge nicht erbringen, da die amtliche Statistik eine gleichzeitige Kombination der Kriminalität mit der Berufs- und Religionszugehörigkeit der Verurteilten ohne weiteres gestattet.

Hier greift Wassermann ein, indem er mit Hilfe einer mathematischen Methode die genannten drei Faktoren zu einander in Beziehung setzt. Er fußt dabei auf einem Aufsatze des Regierungsrats Dr. Lindenau über „Beruf und Verbrechen" in der „Zeitschrift für die gesamte Strafwissenschaft" (Band 24). Auf Grund seiner Methode berechnet Wassermann für die einzelnen Delikte diejenigen Ziffern, welche der Kriminalität der Juden vermöge ihrer Berufsverteilung theoretisch entsprechen müßten. Er spricht dann von einer „Soll"-Kriminalität der Juden und vergleicht dieselbe mit deren „Ist"-Kriminalität. Daß die Bezeichnung „Soll"-Kriminalität hier nicht zutreffend ist, habe ich bereits an anderer Stelle („Kritische Blätter für die gesamten Spezialwissenschaften", Band 3) ausgeführt. Der Ausdruck soll wohl auch nur in dem Sinne verstanden werden, daß allein die berufliche Soll-Kriminalität gemeint ist. Die Tatsache, daß die „Soll"-Kriminalität der Juden, welche Wassermann berechnet, von ihrer „Ist"-Kriminalität abweicht, beweist am besten, daß die Gestaltung der Kriminalität nicht nur auf der Berufsgliederung, sondern auch auf anderen Faktoren beruht.

Vielfach erklärt sich der Kriminalitätstypus der Juden allerdings ohne weiteres aus der Berufsverteilung (vergl. auch meine Schrift „Die Kriminalität der deutschen Juden", Berlin, 1906).

Wassermann gelangt zu dem Ergebnisse, daß die Kriminalität der Juden nicht wesentlich von der Kriminalität abweicht, die nach ihrer Berufsverteilung zu erwarten ist, und daß die Juden bei den meisten Delikten sogar noch eine günstigere Kriminalität aufzuweisen haben, als nach ihrer Berufsverteilung zu erwarten ist; nur bei drei Delikte Meineid, Betrug und Wucher machen hiervon eine Ausnahme, aber auch bei ihnen findet eine immer stärkere Annäherung an die (berufliche) „Soll"-Kriminalität statt.

Was übrigens diese drei Delikte anlangt, so muß m. E. der Wucher schon deshalb außer Betracht bleiben, weil er so selten vorkommt, daß die Statistik vergleichbare Zahlen nicht liefern kann. Im Durchschnitt der Jahre 1892—1901 wurden nämlich im Deutschen Reiche auf 100000 Juden nur 1,2 wegen Wuchers bestraft; diese Verhältniszahl ist so klein, daß sie sich mit jeder einzelnen Verurteilung ganz erheblich ändert. Bei dem Meineide und Betruge muß — wie auch bei anderen Delikten, z. B. den Konkursdelikten, — vor allem die Frage nach der Begehungsmöglichkeit gestellt werden. (Vgl. Rechtsanwalt Dr. Kallmann, Bemerkungen zur Kriminalstatistik, in „Im Deutschen Reich", XIII. Jahrgang.) Da einen Meineid nur derjenige begehen kann, wer in die Lage kommt, einen Eid zu leisten, so müßte zunächst festgestellt werden, wie viele Eide von Juden und wie viele von Christen geleistet werden. Die Eidesverbrecher dürfen nur zu den Eidesleistenden, nicht aber zur Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt werden. Ebenso setzt der Betrug gewöhnlich einen Vertragsabschluß voraus; nun wird sich allerdings die Zahl aller Vertragsabschlüsse schwerlich ermitteln lassen. Beim Betruge dürfte auch in besonderem Maße der Umstand zu beachten sein, auf den ich früher (in dem Aufsatze „Der Einfluß des Antisemitismus auf die Gestaltung der Kriminalstatistik", in der „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden", II. Jahrgang) hingewiesen habe, daß nämlich infolge der gegen die Juden herrschenden Animosität diese häufiger als die Christen zur Anzeige und demgemäß auch zur Aburteilung gelangen; diese Auffassung wird neuerdings auch von Kallmann in dem oben erwähnten Aufsatze vertreten.

Es mag noch hervorgehoben werden, daß Wassermann nicht nur die Kriminalität der Juden in Deutschland und Oesterreich eingehend untersucht, sondern auch Mitteilungen über die jüdische Kriminalität anderer Länder Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika macht.

Seinen Vorschlägen für die künftige Ausgestaltung der deutschen Kriminalstatistik kann in vollem Umfange zugestimmt werden. — Zu bedauern ist, daß die von Wassermann gebrauchten Abkürzungen vielen Lesern seiner Schrift nicht verständlich sein werden.

Dr. Bruno Blau.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und 12 Pf. Bestellgeld vierteljährlich bei der Post.

Nr. 32. Berlin, 7. August 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Die Allgemeine Deutsche Biographie.

Die antisemitische Presse regt sich tatsächlich darüber auf, daß der bekannte Wiener Literarhistoriker Dr. Anton Bettelheim seitens der kgl. bayerischen Akademie der Wissenschaften an Stelle des 83jährigen Freiherrn Prof. Dr. Rochus von Liliencron mit der Schlußredaktion der „Allgemeinen Deutschen Biographie“ betraut worden ist. Man höre, in welchem Tonfall beispielsweise die „Deutsch-sozialen Blätter“ darüber losziehen:

> Die Verjudung in der deutschen Literatur schreitet unaufhaltsam vor. Der bisherige Leiter der „Allgemeinen deutschen Biographie“, Geheimrat Dr. v. Liliencron, hat wegen seines hohen Alters den Posten niedergelegt. Zu seinem Nachfolger hat die historische Kommission der bayrischen Akademie der Wissenschaften einen (!) Dr. Anton Bettelheim aus Wien auserschen. Es ist in Fachkreisen eine umstrittene Frage, ob der Auserkorene für diesen Posten wissenschaftlich genügend befähigt ist, in nationaler Hinsicht ist er als Judenstämmling einfach unfähig dazu. Die bayrische Akademie hat sich durch diese Berufung ein großes Armutszeugnis ausgestellt. Ein Mitarbeiter schreibt hierzu der „Deutschen Ztg.“:
>
> „Daß nun in Zukunft auch die Nekrologe aller hervorragenden Deutschen von Juden und Judengenossen geschrieben werden sollen, ist doch ein starkes Stück. Als Lebender läßt man sich ja Manches gefallen, aber im Tode will man zu seinem Rechte kommen.“ . . . Wir Deutschen sorgen doch immer dafür, daß man im Auslande das Recht hat uns auszulachen und zu verspotten.

Dazu wäre zunächst die Frage aufzuwerfen, in welchen „Fachkreisen“ es bezweifelt wird, ob Dr. Bettelheim für diesen Posten „wissenschaftlich genügend befähigt“ ist. Die obenstehende Notiz erschien wenige Tage, nachdem die Presse die Nachricht von dem Redaktionswechsel gebracht hatte, man darf also ohne weiteres annehmen, daß die angeblichen „Fachkreise“ mit dem Redakteur der „Deutsch-sozialen Blätter“ identisch sind resp. mit demjenigen seiner Finger, aus dem er sich diese eigenmächtige Behauptung gesogen hat. In Wahrheit liegt die Sache vielmehr so, daß gerade die Fachkreise in Anton Bettelheim seit langen Jahren den berufensten und auf seinem Spezialgebiet — der wissenschaftlichen Biographik — erfahrensten Fachmann schätzen. Wäre dem nicht so, so wäre wahrscheinlich eine unabhängige gelehrte Körperschaft vom hohen Range der bayerischen Akademie nicht darauf verfallen, sich den Ersatzmann für den greisen Dompropst v. Liliencron erst in Wien zu suchen, zumal man überzeugt sein darf, daß sie sich vorher des vollen Einverständnisses seitens Liliencrons selbst, also der denkbar maßgebendsten Autorität, versichert hat. Für jeden Kenner der Verhältnisse versteht es sich von selbst, daß Liliencron das von ihm seit 37 Jahren geführte Redaktionsamt nicht eher niedergelegt hätte, bevor er nicht auf einen zuverlässigen Nachfolger hätte rechnen dürfen, und daß die Historische Kommission nun und nimmer bei Lebzeiten Liliencrons eine Wahl getroffen haben würde, die dieser nicht unbedingt gutgeheißen oder zu der er nicht selbst durch eigenen Vorschlag die Anregung gegeben hätte. Eine derart elementare Forderung wissenschaftlichen Taktes scheint aber außerhalb des Horizontes antisemitischer Publizisten zu liegen.

Rochus von Liliencron — beiläufig bemerkt, der Schwiegervater des preußischen Staatsministers Freiherrn von Rheinbaben — war gemeinsam mit dem 1897 in Würzburg verstorbenen Historiker Franz Xaver Wegele der erste Herausgeber und Leiter der „Allgemeinen deutschen Biographie“, jenes groß angelegten biographischen Sammelwerkes, dessen Schaffung die kgl. bayerische Akademie 1869 einer Anregung Leopold v. Rankes zufolge beschlossen hatte. Im Jahre 1875 erschien der erste, 1900 der 45. und letzte Band dieses gewaltigen papiernenen Pantheons aller hervorragenden (notabene: bereits verstorbenen) Deutschen, das rund 28 000 größere und kleinere Einzelbiographien umfaßte und etwa 1400 deutsche Gelehrte zu seinen Mitarbeitern zählte. Wie wenig engherzig Liliencron selbst in der Wahl der ihm geeignet erscheinenden Mitarbeiter war, mag u. a. die Tatsache beweisen, daß er beispielsweise eine der allerwichtigsten Biographien, diejenige Goethes, dem inzwischen verstorbenen Literaturhistoriker Michael Bernays übertrug, was ihm heute von antisemitischer Seite sicher die heftigsten Angriffe eintrüge.

Das Werk war eigentlich nur auf 20 Bände berechnet gewesen, dann auf 45 angewachsen, und nach seiner Vollendung entschloß man sich, noch eine kleine Anzahl Supplementsbände mit den bis zum Abschlußjahr 1900 noch nachzutragenden Biographien folgen zu lassen. Einige dieser Nachtragsbände sind schon erschienen, einige wenige stehen noch aus und nur um diese handelt es sich bei der jetzt erfolgten Redaktionsübergabe an Dr. Anton Bettelheim, die jetzt zu den Jeremiaden über die „fortschreitende Verjudung der Literatur“ in einer an sonstigen Stoff armen Zeit Anlaß gibt. Der alte Mitarbeiterstab aus Liliencrons Amtsperiode bleibt selbstverständlich auch für die noch fehlenden paar Bände tätig, und der Herausgeber selbst kommt kaum in die Lage, sein eigener Mitarbeiter zu sein, — trotzdem orakelt die „Deutsche Zeitung“, die einen akademisch gebildeten Leiter hat und es eigentlich wissen müßte: „Daß nun in Zukunft auch die Nekrologe aller hervorragenden Deutschen von Juden . . . geschrieben werden sollen, ist doch ein starkes Stück.“ Das

„starke Stück" ist in diesem Falle ganz auf seiten der „Deutschen Zeitung" und ihrer Wahrheitsliebe.

Was die Wahl der beteiligten Kreise gerade auf Dr. Bettelheim fallen ließ, ja fallen lassen mußte, liegt für jeden Einsichtigen klar auf der Hand. Bettelheim (geb. 1851) hat seit einer ganzen Reihe von Jahren die biographische Wissenschaft zu seinem Spezialgebiet gemacht. Er hat 1890 die bekannte Biographieensammlung „Geisteshelden" ins Leben gerufen, 1895 die „Biographischen Blätter" (für lebensgeschichtliche Kunst und Forschung) begründet und als deren Fortsetzung 1897 das biographische Jahrbuch „Deutscher Nekrolog", das aus privater Initiative die ihrem Abschluß nahe „Allgemeine Deutsche Biographie" ersetzen und in kleinerem Rahmen fortführen sollte. Dieses durch die Mitwirkung zahlreicher hervorragender Fachkräfte wertvolle Jahrbuch hat sich dank der Opferwilligkeit des Herausgebers und des Verlags (Georg Reimer in Berlin) seither halten können und ist ein wertvolles, vielbenutztes Quellen- und Nachschlagewerk geworden. Bettelheim selbst hat sich durch seine Biographieen von Beaumarchais (1886) und von dem ihm im Leben nahe gestandenen Ludwig Anzengruber (1891), dessen Werke und Briefe er auch herausgab, selbst als Künstler auf biographischem Gebiet erwiesen. Es gab nach alledem tatsächlich innerhalb der deutschen Gelehrtenwelt zurzeit keine Persönlichkeit, die als Ersatzmann für Liliencron in derart hervorspringendem Grade durch ihr ganzes eigenes Lebenswerk berufen und geeignet erscheinen mußte, wie gerade er. Die historische Kommission der kgl. bayerischen Akademie der Wissenschaften wird hoffentlich den Vorwurf des geistigen Armutszeugnisses, das sie sich mit dieser Wahl ausgestellt haben soll, mit Fassung zu tragen wissen. Uns aber scheint wieder einmal das geistige Armutszeugnis ganz wo anders zutage getreten zu sein, als wo es die „Deutsche Zeitung", die „Deutsch-sozialen Blätter" e tutti quanti vermuten . . .

Der ideenreiche Bartels.

Was man auch von Adolf Bartels sagen mag, daß er ein vielseitiger Herr ist, wird ihm auch sein größter Feind nicht bestreiten. Er ist Politiker, Soziologe, Philosoph, Prophet und Literaturpapst in einer Person und auf allen Gebieten von einer unheimlichen Fruchtbarkeit. Er hat furchtbar viele Ideen, jeden Tag neue, nur hat er das Pech, daß seine Ideen entweder so alt wie Methusalem sind oder auf unserem armseligen Planeten sich als undurchführbar erweisen.

In einer der letzten Nummern des „Hammer" behandelt er die Frage der Verstaatlichung des Anzeigewesens. Nun ist diese Frage nicht neu, aber ein so vielseitiger Denker wie Bartels weiß immer, auch der sprödesten Materie neue interessante Seiten abzugewinnen. Wohltuend wirkt dabei auch die bekannte Objektivität des Weimarer Heros. Er will nie pro oder contra schreiben, sondern nur eine „theoretische Untersuchung geben, die aber natürlich von den wirklichen Verhältnissen ausgeht." Erschütternd wirkt die Bemerkung in der Fußnote, daß dieser Aufsatz, „von mehreren großnationalen Blättern abgelehnt worden ist". Ach, auch die nationalen Blätter scheinen, genau wie die „Judenpresse", dem Mammon zu huldigen und keine Ideen zu fördern, die auf Kürzung ihres Gewinnes abzielen. Um Herrn Bartels den Schmerz noch zu vergrößern, müssen wir ihm die Tatsache ins Gedächtnis rufen, daß auch ausgesprochen antisemitische Zeitungen jüdische Inserate annehmen und für jüdische Firmen in ihrem redaktionellen Teil Reklame machen, wenn sie anständig bezahlen. Herr Bartels als Philologe findet vielleicht ein richtiges germanisches Wort für das „Non olet". —

Herr Bartels singt das alte Lied von der Schlechtigkeit der Presse, er zitiert alte Sprüche von Eckermann und Hebbel und Xenien von Goethe, die bittere Hiebe auf die Zeitungen enthalten. Es scheint also doch nicht die Verjudung allein an der Unvollkommenheit der Presse schuld zu sein, denn Goethes Zeiten haben wohl die Juden im öffentlichen Leben gar keinen Einfluß gehabt. Doch zu den alten Klagen kommt jetzt noch die neue über die Sensationslust der meisten Zeitungen und darüber, daß „die wahre öffentliche Meinung", d. h. die Eigenbrödler à la Bartels gar nicht mehr zum Ausdruck komme, daß die heutige Presse nur noch so etwas „wie ein Suggestionsapparat sei, der den Interessen der Machthaber und der Machtwoller aller Art diene, und zwar ganz entschieden auf Kosten der Volksgesundheit und des Volkswohls." Es ist natürlich, meint der Verfasser, daß viele unserer heutigen Zeitungen hauptsächlich von ihren Inseraten leben und dadurch in Abhängigkeit zu ihren Inserenten geraten, was in der ganzen Haltung und in dem Charakter der Zeitung zum Ausdruck kommen muß. Das wird wohl bis zu einem gewissen Grade wahr sein, aber Herr Bartels kalkuliert weiter:

> „Diese Annoncen kommen natürlich nur, wenn das Blatt viel gelesen wird. Viel gelesen wird ein Blatt, der Durchschnitts-Menschennatur gemäß, wenn es amüsant oder, wie unsere Zeit will, sensationell ist, und so haben wir denn hier allerdings einen circulus vitiosus. Nicht nur sensationell wird das Blatt jedoch, um Annoncen zu haben, es wird auch, zwar nicht parteilos, wie in der Regel behauptet wird (denn jeder schreibende Mensch hat natürlich doch seine Ansichten), aber zaghaft, feig, mindestens falsch: Um es mit keinem Abonnenten oder Inserenten zu verderben, hütet es sich, irgendwie unbeliebte oder unbequeme Meinungen zum Ausdruck zu bringen, selbst, wenn diese unbedingt die Wahrheit enthalten, geht aber im Ganzen mit der Zeitströmung und dient mit Vorliebe den falschen Götzen des Tages."

Das ist nicht nur übertrieben, sondern ein direkt falsches, verzerrtes Bild. Politisch sehr bedeutende Blätter, von denen man nicht sagen darf, daß sie sensationslüstern sind, haben viele und sehr gut bezahlte Inserate. Bei den sogenannten unparteiischen Blättern mag es oft zutreffen, an dem Inhalt dieser Blätter aber ist — um mit Nietzsche zu sprechen — nicht zu bessern und nicht zu bösern, sie sind Warenhäuser für Nachrichten und Klatsch und Tratsch aller Art, nichts mehr. Noch schiefer ist die fernere Ausführung:

> „Also wird auch ein Parteiblatt nicht leicht den Warenhäusern oder den Finanz-Gesellschaften, die die großen Anzeigen geben, entgegentreten. Und wenn es auch im politischen Teil zuverlässig, ehrlich, überzeugungstreu ist, soweit sich dies mit einem ausgesprochenen Partei-Standpunkte vereinen läßt, im allgemeinen Teil, im Feuilleton usw. wird es doch auch dem großen Publikum leicht Konzessionen machen. Es wird nicht der großen Aufgabe der Zeitungen dienen, möglichst objektive Spiegel der Zeit, Schützerinnen aller wertvollen Volksgüter, Verbreiterinnen wahrhaft fruchtbarer Ideen zu sein, sondern der Zeit und dem Tage im schlechteren Sinne."

Gerade die feuilletonistischen Teile auch der nicht besonders vornehmen Zeitungen haben sich nach relativ am meisten unabhängig erhalten. Sie mögen den literarischen Moden der Zeit dienen, das ist begreiflich, den Interessen der Machthaber dienen sie kaum. Wenn sie ein Feuilleton vom großen Bartels nicht annehmen, so geschieht es höchstwahrscheinlich nicht aus Angst vor den allmächtigen Juden, sondern, weil es langweilig und langatmig gehalten ist. Im feuilletonistischen Teile der demokratischen „Frankfurter Zeitung" sind schon oft konservative Männer, wie Karl Jentsch zu Wort gekommen. Gerade die Vielseitigkeit macht ja das Feuilleton interessant. Nur verlangen die Redaktionen natürlich, daß man im unterhaltenden Teile unterhalten und nicht anödend schreibt.

Aber Herr Bartels ist unerbittlich, wo es sich um seine Prinzipien handelt und in seiner Untröstlichkeit über

den sittlichen Niedergang der Zeitungen gelangt er zu der Erkenntnis, daß die Verstaatlichung des Inseratenwesens als Heilmittel nicht a priori von der Hand zu weisen sei. Herr Bartels hat sogar soziale Anwandlungen. Er schreibt:

„Gründe der Gerechtigkeit und Billigkeit sprechen nicht dagegen. Es steht nirgends geschrieben, daß die Zeitung, die wichtige Nachrichten verbreiten, unterrichten, belehren, dem Fortschritt der Menschheit dienen soll, das Privilegium der Verbreitung privater Anzeigen gegen Entschädigung haben muß."

Wir meinen, daß man mit dieser Argumentation die Verstaatlichungsidee überhaupt verteidigen könnte. Nirgends steht geschrieben, daß Seife, Tinte und Papier und namentlich die Druckerei, die doch sicherlich dem Fortschritt der Menschen dienen, das Privilegium einzelner Kaufleute sein sollen. Also könnte man den Betrieb dieser Artikel ebenfalls verstaatlichen. Apotheken und Aerzte, Bäder und Lesehallen, Schriftsteller und Volksredner, Lehranstalten und Laboratorien wohl noch mit mehr Recht. Unser Sozialreformer argumentiert weiter:

„Gewiß leisten ja die Zeitungen etwas für die Entschädigung. Sie geben Papier und Druck, aber diese Leistung steht zu dem Millionengewinn der großen Anzeigenblätter in keinem Verhältnis."

Das könnte man ja mit demselben Rechte von den Kohlengruben und von verschiedenen Fabriken auch sagen. Warum also soll der Staat nicht auch diese an sich reißen? Herr Bartels scheint gar nicht zu merken, auf welches gefährliche Gebiet er sich begibt, und bei ihm, der schon so viele Wandlungen im Leben durchgemacht hat, liegt die Befürchtung besonders nahe, daß er noch schließlich auf dem roten Felde des Sozialismus landen wird.

Von der Verstaatlichung der Anzeigen verspricht sich Bartels eine mögliche Gesundung unserer Presse. Nun ist aber erstens die Möglichkeit einer Korruption des redaktionellen Teiles noch immer vorhanden und dann fürchten wir, daß große moderne Blätter dann gänzlich unmöglich sein werden. Um den Ausfall der Inserate wett zu machen, müßten die großen Blätter den Abonnementspreis verfünfsachen und dann würde die Haltung einer Zeitung wie im 18. Jahrhundert zum seltenen Luxus werden. Oder die Blätter erhalten Zuschüsse von den Regierungen und Privatgesellschaften, dann geraten sie wieder in eine noch schlimmere Abhängigkeit wie früher. Aus diesem Dilemma kommen wir nicht heraus. Auch die praktische Durchführung der staatlichen Insertionsorgane scheint uns nicht so leicht zu sein, wie Bartels sie sich vorstellt.

Unser phantasiereicher Erfinder malt dann ein Bild der insertionslosen Zeit: „Unabhängiger von den materiellen Interessen würden sie (die Zeitungen) ja unbedingt. Die Parteizeitung könnte reine Parteizeitung werden; sie könnte über die Partei hinausstrebende ganz ideale Aufgaben verfolgen, ohne ein Bleigewicht am Fuß schleppen zu müssen." Man kennt ja den Spruch des vor kurzem verstorbenen Philosophen Kuno Fischer in seiner Vorlesung: „Es gibt in der Gegenwart nur zwei Philosophen, der eine ist Nietzsche und den anderen — möchte ich aus Bescheidenheit nicht nennen." Daran erinnert die Schreibweise Bartels'. Man kann sich leicht denken, wen er meint, wenn er von Männern spricht, die ideale Aufgaben verfolgen. Wir glauben aber wirklich nicht, daß er in seinem Zukunftsstaat populärer würde, wie heute. Auch da würde er nur für reaktionäre Männer, verschrobene und unklare Köpfe etwas bedeuten.

Herr Bartels ist objektiv und versucht auch die Bedenken gegen die Verstaatlichung zu schildern und als echter Philosoph viele Fragezeichen zu stellen. Er zählt gar viele Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten auf der einen wie auf der anderen Seite auf, er arbeitet viel mit dem Worte „vielleicht" und gelangt eigentlich zum Schluß des Berliners: „Nichts Gewisses weiß man nicht". Das ist charakteristisch für die Methode von Bartels. Er selber ist von dem Segen seiner Idee nicht ganz überzeugt, möchte aber doch dem Staate raten, das gewagte Experiment zu machen. Uns will es scheinen, daß der Hauptzweck der ganzen „theoretischen Untersuchung" der ist, auf die heutige Presse zu schmähen und namentlich die demokratischen und liberalen Zeitungen in ihrer ganzen Verderblichkeit zu schildern. Ob in Wirklichkeit das inseratenlose Blatt sein Ideal ist, möchten wir bezweifeln, sonst müßte er — unser Blatt sehr loben, denn soweit wir übersehen können, gehören die „Mitteilungen" zu den allerwenigsten Blättern, die prinzipiell keine Inserate annehmen, um sich nach allen Seiten unabhängig zu halten. Wir sagen es gewiß nicht, weil wir Sehnsucht nach der Anerkennung des Meisters der Schimpfkunst haben, denn — von Bartels gelobt zu werden, ist wahrlich kein Glück, nach dem wir streben.

Das Königreich Westfalen und die Emanzipation der Juden vor einem Jahrhundert.

Von Dr. Adolph Kohnt.

(Nachdruck verboten.)

Ich bin weit davon entfernt, Jérôme Bonaparte, dieses gekrönte Haupt von Gottes Gnaden, wie er sich nannte — der aber nur von Napoleons Gnaden sein Thrönchen inne hatte — nach berühmten Mustern etwa „retten" zu wollen. Er hat sicherlich viel gesündigt, er hat durch seine Lotterwirtschaft in seinem neuen Königreich viel Böses gestiftet, aber in einem Punkte steht er sogar über den von seinem Bruder Napoleon mit soviel Emphase verkündeten, aber wiederholt verleugneten Grundsätzen — während der sieben Jahre seiner Herrschaft hat er nie den Versuch gemacht, die geistige und religiöse Freiheit zu unterdrücken und konfessionelle Unduldsamkeit zu fördern. Tolerant, entgegenkommend und wohlwollend war er allen Bekenntnissen gegenüber, die freie Religionsübung der Katholiken lag ihm ebenso am Herzen wie die der Protestanten, und die Gleichheit jedes Staatsbürgers vor dem Gesetz war für ihn ein unverbrüchliches Dogma, an dem er mit eiserner Beharrlichkeit festhielt. Mag auch der gekrönte Hansnarr, dessen Grundsatz war: „Gut Nacht (Nacht), morgen wieder lustik" — er radebrechte nur das Deutsche und führte diesen Satz stets im Munde — viele tolle und unverantwortliche Streiche verübt haben, so muß auch sein erbittertster Feind zugeben, daß Jérôme in Fragen der Toleranz und der Religion keinen Spaß verstand, sondern mit anerkennenswerter Folgerichtigkeit an den herrlichen Ideen festhielt, die die große französische Revolution verkündete, nie seinem Bruder nachäffend, der, wenn es not tat, die einst von ihm hochgehaltenen und als sakrosankt verkündeten Ideale mit Füßen trat.

Seinen jüdischen Untertanen hat er eine bedingungslose Emanzipation gewährt.

Das am 18. August 1807 nach dem Frieden von Tilsit (9. Juli 1807) von Napoleon geschaffene Königreich Westfalen beschränkte sich nicht allein auf das Territorium, das jetzt den gleichen Namen trägt, sondern war aus verschiedenen Ländern gebildet. Der Hexenmeister von Paris vereinigte die braunschweigischen Lande, das Kurfürstentum Hessen nebst Rinteln und Schaumburg, den links der Elbe gelegenen Teil der preußischen Altmark und des Gebietes von Magdeburg, das Gebiet von Halle, das Hildesheimer Land, die Stadt Goslar, das Land Halberstadt, die Grafschaft Mansfeld, die Grafschaft Stolberg-Wernigerode, die Städte Mühlhausen und Nordhausen, das Bistum Paderborn, Ravensberg, die hannoverschen Gebiete von Göttingen und Grubenhagen nebst Hohenstein und Elbingerode, die Harzdistrikte, das Bistum Osnabrück und das Land

Corvey zu einem staatlichen Ganzen. Auf diesem etwa 700 Quadratmeilen umfassenden Gebiete herrschten bisher über die etwa 2 Millionen zählende Bevölkerung mehrere Monarchen. Wie sehr sie auch in politischer Beziehung von einander divergierende Ansichten hatten, so leitete sie doch samt und sonders ein Grundgedanke, nämlich der, die Juden zu entrechten, sie als die Parias der Menschheit zu behandeln und ihnen beharrlich die so heiß erstrebte Emanzipation zu verweigern.

Ganz anders verfuhr Jérôme. Als er im Dezember 1807 mit seiner jungen und schönen Gemahlin Katharina, einer Tochter des Königs Friedrichs I. von Württemberg, in seine Residenzstadt Kassel einzog und auch von einer Abordnung Juden, die ihm ihre feierliche Huldigung darbrachten, begrüßt wurde, antwortete er auf eine Ansprache derselben das folgende: „Es ist mein und der Konstitution meines Landes Wille, keinen Unterschied unter meinen Untertanen zu machen, sie seien von welcher Konfession sie wollen. Ich hoffe, keine Ursache zu haben, das zu bereuen, was ich für die Juden tun werde, denn sie sollen meinem Vorsatze gemäß nicht nur Bürger sein, sondern auch öffentliche Aemter bekleiden." Was er hier ausgesprochen, blieb keine Phrase, kein unverbindliches Versprechen, sondern wurde bald in die greifbare Tat umgewandelt.

Viel weiter wie Napoleon I. und vor ihm Kaiser Joseph II. in seinen Toleranzpatenten ging der König von Westfalen. Auf seinen Befehl fielen **alle** Schranken, die bis dahin die Juden von den Christen in staatsbürgerlicher und politischer Beziehung von einander trennten. Epochemachend war namentlich das von ihm am 27. Januar 1808 erlassene Manifest, das den Juden die volle und ganze Emanzipation brachte. Dort spricht er es feierlich aus, daß seine Untertanen mosaischer Konfession in Westfalen dieselben Rechte und Freiheiten genießen sollen wie seine übrigen Untertanen. Auch denjenigen Israeliten, die, ohne seine Untertanen zu sein, durch das Königreich reisen oder sich darin aufhalten, sollten dieselben Rechte und Freiheiten zugestanden werden, die jedem anderen Fremden zukämen. Demgemäß würden von nun an alle Auflagen und Abgaben, die allein die Juden entrichten müßten, bei welcher Gelegenheit sie auch eingeführt seien und unter welcher Benennung sie auch vorkommen mögen, gänzlich aufgehoben. „Allen Edelleuten, Landesherrn und anderen Gutsbesitzern, die unsere hohen Untertanen sind, wird hiermit verboten, keine dieser Abgaben mehr zu erheben oder erheben zu lassen, widrigenfalls sie allen Schaden und das ganze Interesse ersetzen, und als solche, die sich der Erpressung schuldig gemacht haben, gerichtlich zu verfolgen seien." Die Juden Westfalens durften sich, ohne erst eine besondere Erlaubnis einzuholen, nach Belieben verheiraten, für die Erziehung ihrer Kinder und für ihr „Etablissement" sorgen, ihnen ihre Güter abtreten und nur die eine Verpflichtung mußten sie eingehen, bei diesen Vorschriften sich nach dem Code Napoleon zu richten. Es stünde ihnen ferner frei, in jeder Stadt oder an jedem Ort, wo es ihnen beliebe, sich niederzulassen und daselbst ihren Handel und ihre Geschäfte zu betreiben, vorausgesetzt, daß sie der städtischen Obrigkeit davon die gehörige Anzeige machten und die Vorschriften der Korporationen und Handwerker, worin sie aufgenommen zu werden wünschten, befolgten.

Schon wenige Tage nach dem Erlaß dieses grundlegenden Manifestes berief der damalige westfälische Minister des Innern und der Justiz, Siméon, verschiedene Deputationen aller Juden des Landes, um ihnen von der ernsten Absicht des Königs, ihnen gleiche Rechte und gleiche Pflichten wie ihren christlichen Mitbürgern einzuräumen, Mitteilung zu machen. Unter Führung des schon damals berühmten und gefeierten Begründers der Jacobsonschen Schule zu Seesen, des Geheimen Finanzrats Israel Jacobsohn — später Jacobson — aus Braunschweig, erschien eine Deputation beim Monarchen, um ihm im Namen der westfälischen Juden zu danken. Der König versicherte sie aufs neue seiner Huld.

Auf Veranlassung der Regierung wurde eine Versammlung aller jüdischen Notabeln nach Kassel einberufen, um nun gemeinschaftlich über die zweckmäßigen Mittel zur Veredelung der jüdischen Glaubensgenossen zu beraten und eine Neuorganisation der jüdischen Verfassung im Königreich Westfalen zustande zu bringen. Die Resultate dieser Beratungen wurden dem König und seiner Regierung unterbreitet, und bald zeigte sich der Erfolg jener grundlegenden Bemühungen in überraschender Weise. Am 31 März 1808 erließ Jérôme ein zweites Dekret, das die Errichtung eines königlich Westfälischen Konsistoriums verordnete, und zwar mit der Verpflichtung, für die Religionsübungen im allgemeinen Sorge zu tragen, die gottesdienstlichen Gelder und Stiftungen zu verwalten, die Rabbiner und Lehrer zu prüfen, das Unterrichtswesen zu beaufsichtigen, eine angemessene Zahl Synagogen, Gemeinde Syndiken und andere formalen, die Juden betreffenden Angelegenheiten zu bestimmen. Zugleich wurde den Israeliten aufgegeben, Familiennamen anzunehmen.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Tätigkeit und die Früchte des westfälischen Konsistoriums näher einzugehen. Nur soviel sei hervorgehoben, daß sich die weltlichen Behörden in die Beratungen des Konsistoriums nie einmischten, daß sie ihm vollständig freie Hand ließen und alle seine Beschlüsse sanktionierten.

Rasch aufeinander folgten noch zahlreiche andere Manifeste und Dekrete des Monarchen und seiner Regierung, dazu bestimmt, die Juden-Emanzipation im Sinne der Humanität und der Gerechtigkeit noch mehr ausbauen zu helfen.

Hier nur einige der Bestimmungen. Wie die westfälischen Juden emanzipiert, naturalisiert und mit allen Rechten und Pflichten der übrigen, einer anderen Konfession angehörigen Einwohner ausgestattet wurden, so auch die ausländischen Israeliten die sich in Westfalen niederließen; sie alle erhielten, wenn sie gute Zeugnisse aufweisen konnten, das Bürgerrecht.

Der Staatsrat und Präfekt des Fulda-Departements, Graf v. Hardenberg, erließ am 22. März 1808 im Sinne der Regierung ein Dekret, daß die Juden von den Behörden nicht mehr als „Schutzjuden" im brieflichen Verkehr angeredet werden dürften, da „die Bekenner der jüdischen Religion dieselben Rechte genießen sollen, deren andere Staatsbürger sich erfreuen, sie also nicht als bloße tolerierte Staatsbürger, sondern als wirkliche Staatsbürger angesehen werden müßten." Es sei daher Pflicht der Behörden, alles zu entfernen, was den ehemaligen Unterschied zwischen jüdischen und christlichen Staatsbürgern noch bemerkbar mache. Auch müsse es das Bestreben treuer Untertanen sein, zur Erreichung der menschenfreundlichen Absicht des Königs alles mögliche beizutragen.

Während bis dahin die verachteten Juden samt und sonders als Feiglinge angesehen wurden und daher in der Armee nicht dienen durften, nahm der König dieselben mit offenen Armen auf, ja er führte den obligatorischen Militärdienst auch bei seinen israelitischen Untertanen ein. Um sie besonders auszuzeichnen, berief er einen Offizier jüdischen Glaubens, im Dienste Napoleons, namens Wolff, den der Kaiser zum Ritter der Ehrenlegion ernannt hatte, nach Kassel und machte ihn zum Oberst der Garde du Corps.

Er ernannte Juden zu Munizipal- und Kriminalräten, berief jüdische Aerzte als Militärärzte in die Armee und suchte, wo er nur konnte, jedes wahre Verdienst zu fördern, ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende, der sich um ihn oder das Vaterland verdient gemacht, Jude oder Christ sei. Die nächste Wirkung der Freiheit war ein überaus großer

Eifer der westfälischen Israeliten, sich des Vaterlandes würdig zu zeigen. Kein einziger Dienstpflichtiger entzog sich der Konskription, und scharenweise traten Juden in die Reihen der Vaterlandsverteidiger.

Mit der Rückkehr des Kurfürsten von Hessen in sein „angestammtes" Land verflüchtete sich bald der Traum der Freiheit und der Menschenrechte. Der Reif, der in der Frühlingsnacht der Völkerfreiheit gefallen war, tötete bald die frischen Knospen und Blüten, und die alte Reaktion mit ihren kleinlichen Vorurteilen und ihrer gehässigen Verfolgungswut trat an die Stelle der Humanität.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Antisemiten unter sich. Unter der Ueberschrift „Vom Saulus zum Paulus" bringt die „Deutsche Reform" (1. 8.) des Abg. Zimmermann folgenden Angriff gegen Prof. Paul Förster:

Professor Paul Förster veröffentlicht im „Hammer" eine Erklärung, die bestätigt, daß er seine frühere Stellung zur Mittelstandsfrage jetzt einer Revision unterzogen hat. Bekanntlich wurde das damalige Schreiben Försters, in dem er seinen Austritt aus der damaligen Deutschsozialen Reformpartei erklärte und auch ganz unbegründeter Weise die Mittelstandspolitik angriff, von Sozialdemokraten, Juden, Freisinnigen weidlich gegen die Reformpartei und Mittelstandsfreunde ausgenutzt. Jetzt sucht sich Prof. Paul Förster reinzuwaschen und findet in der heutigen Mittelstandsvereinigung endlich ein „Programm" usw. — So freundlich wir zu den Bestrebungen der Mittelstandsvereinigung stehen und so hoch wir ihre Denkschrift einschätzen, müssen wir doch offen sagen: etwas Neues, was die Deutsche Reformpartei nicht schon seit Jahren gesagt und vertreten, haben wir dort bisher noch nicht entdeckt. Wenn Professor Förster die bei ihm ja wenig ernst zu nehmende -- Unverfrorenheit besitzt, die Behandlung der Mittelstandsfrage in der damaligen Partei wieder als „leeres Gerede" zu bezeichnen, so müssen wir ihm kurz erwidern: wenn er von der gründlichen Behandlung der Mittelstandsfrage in Wort und Schrift durch die Reformpartei s. Zt. nichts gemerkt und begriffen hat, so ist das seine eigene Schuld, aber nicht die der Partei. Förster liefert mit seinen langatmigen Ausreden nur einen neuen Beitrag zu seiner Charakteristik. Da er sich anscheinend auf dem Wege zur Besserung befindet, so wünschen wir ihm weitere Heilung. Durch seinen Streich bei der letzten Reichstagswahl in Friedeberg-Arnswalde ist er politisch völlig entwertet. Vielleicht kommt auch darin noch für Prof. Förster der Tag von Damaskus.

Darauf erwidert die „Deutsche Hochwacht (3. 8.):

In recht übler Weise erlaubt sich die Dresdener „Deutsche Reform", Herrn Prof. Paul Förster anzurempeln. Sie behauptet, wenn Förster seinerzeit nichts von der gründlichen Behandlung der Mittelstandsfrage in der damaligen Deutschsozialen Reformpartei gemerkt habe, so sei das seine Schuld. Soweit bleibt die „Reform" im Rahmen sachlicher Erörterung. Dann aber erlaubt sie sich die Ausdrücke: „bei ihm (Förster) wenig ernst zu nehmende Unverfrorenheit" — „wir wünschen ihm weitere Heilung" usw. Das ist eine Form der Polemik, die wir selbst von Herrn Zimmermann nicht erwartet hätten. Es kann uns auch nicht einfallen, darauf noch sachlich weiter zu diskutieren; und es erscheint uns fraglich, ob Förster es anders halten wird. Nur auf eins wollen wir noch hinweisen, um den Humor zur Geltung zu bringen: Die „D. R." unternimmt es alles Ernstes, einen Paul Förster mit — Saul zu vergleichen, der später Paulus hieß. Das Blatt hofft, auch bei Förster möge einmal der „Tag von Damaskus" kommen. Man denke sich das Bild: Unser Förster wird Jude, kriegt einen epileptischen Anfall à la Paulus und „bekehrt" sich!

Ahlwardts letztes Wochenblättchen, das sich stolz „Die Freiheit" nannte und das sich weniger den Kampf gegen die Juden, als vielmehr den gegen die Jesuiten zum Ziel gesetzt hatte, ist den Weg aller antisemitischen periodischen Literatur gegangen. Ein Dutzend Nummern erschienen nur unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Dann stellte Herr Ahlwardt den Betrieb ein, nachdem er noch in den letzten Nummern die „mächtigen Feinde" an den Pranger gestellt hatte, die den Vertrieb des Ahlwardtschen Blättchens durch allerlei Kniffe gelähmt haben sollen, weil sie in ihm eine unbequeme Konkurrenz für — ihre eigenen Wochenblättchen sahen.

× × **Antisemitische Radler.** Wie weit die Volksverhetzung in Oesterreich durch die Christlich sozialen betrieben wird, zeigt der Umstand, daß in Niederösterreich vor einem Jahre der Beschluß gefaßt wurde, nunmehr auch einen christlichsozialen Radlerbund zu gründen. Auf dem 24. Deutschen Radfahrertage in Stettin, Anfang August, teilte der niederösterreichische Vertreter des Deutschen Radfahrerbundes Hensgens-Wien diese interessante Tatsache mit, zugleich mit der Bemerkung, daß z. B. die Stadt Wien dem österreichischen Gaue des großen freiheitlichen Deutschen Radfahrverbandes jegliche Unterstützung schroff verweigert habe, während sie die christlich sozialen Radler, die in ganz Oesterreich kaum 250 Mann ausmachen, in jeder Beziehung mit Preisen aller Art überschütte. Trotz dieser Förderung ist aber das christlichsoziale Radeln doch ganz auf den Hund gekommen, sodaß die Auflösung dieses politischen Radfahrerverbandes nahe bevorsteht.

Ein Beitrag zur antisemitischen Moral. Unter dieser Ueberschrift brachte kürzlich die „Hess. Landeszeitung" einen von uns wiedergegebenen Artikel, zu dem sie jetzt folgende Zuschrift erhält:

„Unter Bezugnahme auf den in Nr. 172 erschienenen Artikel, welcher sich mit unserem im Mosse'schen Zeitungskatalog erschienenen Inserat befaßt, ersuchen wir Sie hiermit um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist unwahr, daß wir die Tendenz unseres Blattes verschweigen. In den uns seitens der Annoncen-Expeditionen zugehenden Fragebogen geben wir stets die Tendenz „christlich-sozial" an. Wenn in einem Katalog diese Bezeichnung fehlt, so ist das nicht unser Verschulden. In dem Katalog von Daube u. Co., in welchem eine besondere Spalte für die Tendenz vorgesehen ist (bei Mosse fehlt eine solche) ist die Bezeichnung „christlich-sozial" angegeben.

Im übrigen sind die aus der Anzeige mitgeteilten Sätze aus dem Zusammenhang herausgerissen resp. nicht vollständig wiedergegeben. Bei dem Satz: „Unbedingtes Vertrauen der Leser zum Anzeigenteil", ist das Wesentliche wo es gerade darauf ankommt, fortgelassen. Es heißt nämlich weiter „. . . da nur einwandfreie Inserate aufgenommen werden". Hieraus ergibt sich schon die völlige Haltlosigkeit der weiter daran geknüpften Bemerkungen.

Als nicht einwandfrei, betrachten wir alle Inserate, die mit der Tendenz unseres Blattes in Widerspruch stehen.

Darunter fallen neben jüdischen und unsittlichen Inseraten, alle Anzeigen die gegen einen lauteren geschäftlichen Wettbewerb verstoßen. Inserate von Warenhäusern nehmen wir überhaupt nicht auf. Von Versandgeschäften — die von Warenhäusern ganz verschieden sind — nur solche, die als Spezialgeschäfte entweder keine oder eine, durch ihre ganze geschäftliche Einrichtung, solide Konkurrenz der Geschäftsleute innerhalb unseres Leserkreises sind. In Frage kommen, wie der Inseratenteil unseres Blattes ausweist, namentlich die Inserate von Firmen, die seit Jahren als reell bekannt sind und sich mit dem Vertrieb und Fabrikation von Solinger Stahlwaren, Musikinstrumenten, Fahrrädern usw. befassen. Daneben haben wir noch Inserate von kleinen Geschäften, die sich mit der Lieferung und dem Versandt von Kaffee, Käse, Honig usw. befassen und die teilweise gerade auf dem Lande und in den kleinen Städten ihren Sitz haben.

Alle Inserate, die nur einen Schein von Unreellität haben, weisen wir zurück. Wir sind gern bereit, jedem den Stoß abgelehnter Inserate vorzulegen, die zu einem großen Teil fortgesetzt in andern Blättern erscheinen. Ergebenst

Der Verlag des Kasseler Sonntagsblattes
C. A. Thiele."

Hierzu bemerkt die „Hess. Landesztg." folgendes:

1. Ob das „Sonntagsblatt" auf einem Fragebogen seine Tendenz angibt, ist herzlich gleichgültig. Entscheidend ist, daß diese im Inserat verschwiegen wird. Das haben wir festgestellt, und Herr Thiele hütet sich, es zu be—richtigen.

2. Der weggelassene Passus ist — wie Herr Thiele in seinem Deutsch behauptet — „das Wesentliche, wo es gerade darauf ankommt". Da wundert uns nur, daß dieser wichtigste Satz im allerkleinsten Schrift-

grad in jenem Inserat gesetzt ist! Der Teil, den wir wiedergaben, ist bedeutend größer gesetzt.

3. Daß unreellen und unsittlichen Inseraten die Aufnahme verweigert wird, ist selbstverständlich. Davan braucht das „Sanntagsblatt“ nicht viel Rühmens zu machen.

Die Versandthäuser sind von den Warenhäusern höchstens insafern verschieden, als gerade sie den ländlichen Gewerbetreibenden empfindlichere Konkurrenz bereiten als die Warenhäuser. Antisemitische Blätter nehmen z. B. fast immer das Inserat des größten deutschen Versandthauses Rudalf Herzag auf. Es ist aber zweifellos, daß dieses Versandtgeschäft für die Spezialgeschäfte in der Provinz eine viel größere Konkurrenz bedeutet als so und so viele Warenhäuser, die auf die Graßstadt beschränkt sind.

4. Als nicht einwandsrei bezeichnet Herr Thiele in einem Atem „jüdische und unsittliche Inserate“. Wir überlassen die Charakterisierung dieser Zusammenfassung allen anständigen Menschen. Nun aber zum springenden Punkt. Derselbe Herr Thiele, der jüdisch in einem Zuge mit unsittlich nennt, inseriert sein christlich-antisemitisches Sonntagsblättchen im Katalog der jüdischen Firma Masse.

Antisemitische Moral bleibt eben antisemitische Moral!

Vermischtes.

Die jüdischen Schüler an den höheren Schnlen Preußens. Das 23. Heft des Zentralblattes für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen macht über die Konfession der Zöglinge der preußischen häheren Lehranstalten statistische Mitteilungen aus dem Schuljahr 1905/06. Danach waren im Sammersemesier 1905 in Preußen an den

	Gymnasien	Progymnasien	Realgymnasien	Realpragymnasien	Oberrealschulen	Realschulen
evgl. Schül.	61 574	2258	23 275	2683	19 073	31 552
kath. „	33 793	2222	4 196	897	3 728	4 986
dissid. „	133	3	85	12	129	192
isr. „	6 662	198	2 222	113	1 267	2 262

Die Vorschüler sind hierbei nicht berücksichtigt. Van der Gesamtzahl der Schüler sind 140 415 (68,99 Proz.) evangelisch, 49 822 (24 48 Praz.) katholisch, 554 (0,24 Proz.) dissidentisch, 12 725 (6,45 Proz.) israelitisch. Teilt man die Schüler in solche der humanisiischen und realistischen Anstalten, so ergeben sich falgende Ziffern:

	Humanistische Schulen	Realistische Schulen
Evangelische	59.74 Proz.	79,22 Proz.
Katholiken	33,71 „	14,29 „
Dissidenten	0,13 „	0,42 „
Juden	6,42 „	6,06 „

Nimmt man dazu den Bevölkerungsprozentsatz von 1905 — in derselben Reihenfolge — 62,59 Proz., 35,80 Proz., 0,51 Proz., 1,10 Praz., so ergidt sich, daß die Juden etwa 6 mal mehr Schüler zur Gesamtschülerzahl der höheren Lehranstalten stellen, als ihrem Anteil an der Bevölkerungsziffer entsprechen würde.

× × **Turnerisches.** Auf dem letzten deutschen Turntage in Worms ergriff auch ein Vertreter des Kreises 15 b, dem die freiheitlich gesinnten österreichischen Turner angehören, das Wart. Professor Gad aus Prag dankte der Deutschen Turnerschaft, daß man trotz aller antisemitischen Hetzreden die freiheitlichen Oesterreicher endlich wieder als voll ansehe. Auf dem vorigen Turntage 1904 in Berlin sei das noch nicht der Fall gewesen. Da hätten sie vor den Türen des Turntages stehen müssen, während drinnen über ihr Schicksal beraten wurde. Der Redner hob hervor, wie schwierig es sei, in Oesterreich, das politisch verhetzt sei, die freiheitlichen Ideen der Deutschen Turnerschaft zur Ausbreitung zu bringen. Darum sei die Zahl der Turner des Kreises 15 b nicht groß. Die freiheitlichen Turner, betonte Professor Gad weiter, empfinden es als etwas unsäglich Trauriges, das man in die edle Turnsache die Politik hineingetragen habe, daß die palitisch andersdenkenden österreichischen Turngenassen der Deutschen Turnerschaft den Rücken gekehrt haben. Die Deutschen in Oesterreich haben einen schweren Stand, sie stehen nach immer im Kampf, sie sollten sich daher nicht gegenseitig befehden, sondern das von Deutschland herüberreichende Band pflegen und hegen.

Zur Frage der Revision des bayerischen Judenedikts aam 10. Juti 1813 schreibt die „Augsburger Postzeitung“, das führende bayerische Zentrumsorgan:

Vom Judenedikt sind die §§ 1 bis 22, welche die bürgerlichen Verhältnisse der Juden betrafen, durch das bayerische Gesetz vom 9. Juni 1851 über die bürgerlichen Rechte der Juden und das Reichsgesetz vom 3. Juni 1869 über die Gleichberechtigung der Konfessionen aufgehoben. Weitere 12 Paragraphen sind noch in Geltung. Es besteht kein Grund, dem etwaigen Verlangen der Juden, eine zeitgemäße Regelung ihrer Beziehungen zur Staatsgewalt herbeizuführen, entgegenzutreten. Wir wünschen die geordnete religiöse Freiheit. Allein was den Juden recht, ist den Katholiken und Protestanten billig. Mit der Aufwerfung der Revision des Judenedikts müßte zugleich die Revision des Religionsedikts und des Protestantenedikts auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sagen, das Judenedikt sei „noch ganz vom Geiste der polizeilichen Bevormundung beherrscht.“ Das gilt erst recht vom Religionsedikt und vom Protestantenedikt, in denen es Bestimmungen gibt, die vom Standpunkte moderner Rechtsbegriffe direkt unsinnig genannt werden müssen. Solche Verfassungsfragen sind nur pari passu zu regeln. Daß die bayerische Regierung zu einer solch umfassenden Neuregelung des Staatskirchenrechts die Hand bieten werde, wagen wir nicht zu behaupten, und auch die für die jüdische Freiheit so sehr besorgte liberale Presse wird von der liberalen Partei wissen, daß diese sich einer Revision der Edikte gegen und über die christlichen Konfessionen schnurstracks widersetzen wird.

Der langen Rede kurzer Sinn ist einfach der: Das Zentrum als die herrschende Partei wird die Revisian des Judenedikts, die einen sicheren Rechtsboden für die israelitischen Kultusgemeinden schaffen will, nicht zugeben. Eine eigentümliche Illustration zu den Toleranzanträgen des Zentrums!

Von den „Bundisten“. Aus Odessa wird der „Jüd. Presse“ geschrieben: Von dem in Ihrem Blatte wiederholt gekennzeichneten verbrecherischen Treiben der „Bundisten“ entwirft ein hiesiges Blatt die nachstehende erbauliche Schilderung: „In letzter Zeit sind aus dem unruhigen Odessa Massenausweisungen von Juden nach Tiraspol erfalgt. Dadurch ist dieses bisher vollkommen ruhige Städchen in eine Art Belagerungszustand versetzt warden. Die eingetroffenen „Befreier“ haben sich Listen der wohlhabenden Bewohner zusammengestellt und sie einfach mit einer Steuer belegt, wobei sie jeden in die „Steuer“-Listen Eingetragenen liebenswürdig davon in Kenntnis setzten, daß ihm im Nichtzahlungsfalle der Tod droht. Einzelne, denen ihr Leben lieb war, ließen sich ruhig brandschatzen und zahlten, während die besonneren Elemente dagegen pratestierten und sich auf den Schutz der Polizei verließen. Nun begannen Bomben und Browingpistolen ihr Werk. Im Laufe der letzten zwei Monate kam es in Tiraspol zu mehreren bewaffneten Erpressungen, die ausschließlich von Juden an Juden ausgeführt wurden. Unter dem Vorwand, die „Spenden“ für das „gute Werk“ der Erkämpfung der Gleichberechtigung zu fardern, zwingen die „Bundisten“ ihre „Stammesbrüder“, den Brandschatzungen nachzukommen. Trotzdem weigern sich einige wohlhabende Juden, den Tribut

zu zahlen und wenden sich an die Polizei. Für eine derartige Auflehnung werden die ungehorsamen Mitglieder mit einem noch höheren Tribut belegt, den sie schließlich doch zahlen müssen. In den letzten Tagen hat sich folgender Vorfall ereignet: Vor dem reichen jüdischen Holzhändler Spiwak erschienen drei „Bundisten" und forderten 300 Rubel. Er versprach, sie zu geben, und wandte sich dann an die Polizei. Den Erpressern wurde eine Falle gestellt. Als sie sich von der Polizei umringt sahen, begannen sie zu schießen und warfen eine Bombe unter die Schutzleute, worauf sie den Augenblick allgemeiner Verwirrung benutzten und sich in der Scheune des nächsten Hofes versteckten. Die wütende Menge verlangte, daß der Schuppen angezündet werde, um eine weitere Schießerei zu vermeiden. Da trat einer der „Bundisten" vor, um sich zu ergeben, wurde aber von der Menge gepackt und derart durchgeprügelt, daß er wenige Stunden später seinen Geist aufgab. Seine beiden Spießgesellen entflohen aus der Scheune, doch nur einem gelang es, zu entkommen, während der andere gepackt und durchgeprügelt wurde. Die Stimmung gegen die Juden war eine derart erregte geworden, daß die Volkswut jeden Augenblick in einen Pogrom umschlagen konnte. Nach diesen Vorgängen haben die wohlhabenderen Juden einen solchen Respekt vor den angereisten „Bundesmitgliedern" bekommen, daß sie die Stadt entweder heimlich verlassen oder ohne Widerspruch zahlen, was von ihnen gefordert wird. Dem Holzhändler Spiwak ist aber eine Tributforderung auf 1000 Rubel zugegangen, weil er die Kühnheit hatte, sich die Polizei zum Schutze seines Geldbeutels zu holen. Charakteristisch ist die Tatsache, daß den christlichen Bewohnern gegenüber keine Tributforderungen gestellt werden." Dieser Bericht spricht Bände: der „Bund", der sich als eine „jüdische" Organisation spreizt und ungeheuerlicherweise als solche tatsächlich gilt, betätigt dieses sein angemaßtes Mandat mit Ausplünderung und Ermordung der jüdischen „Stammesbrüder", und nur dieser, während die Christen unbehelligt bleiben!! Um zu dem Schaden noch den Hohn hinzuzufügen, werden von unseren Todfeinden für das ruchlose Treiben dieser Entarteten die Juden verantwortlich gemacht! Wann endlich wird die russische Judenheit gegen diese Verbrecherrotte sich zusammenschließen, um in aufgezwungener Notwehr ihr den Garaus zu machen?

Ueber Beziehungen der russischen Regierung zum Verband des russischen Volkes wurden dem Petersburger Korrespondenten der „Voss. Ztg." von einer eingeweihten Persönlichkeit folgende bemerkenswerte Einzelheiten erzählt: Vor ein paar Monaten machten die Führer des Verbandes den Versuch, sich Stolypin zu nähern, mit dem sie anfänglich auf schlechtem Fuß standen. Stolypin ging darauf ein und versprach seinerseits, sie mit dem Metropoliten Antonius zu versöhnen, mit dem sie ebenfalls verfeindet waren. Das Ergebnis war die Zustimmung Stolypins und des Metropoliten Antonius zur Veranstaltung einer großen Prozession mit anschließendem Gottesdienst in der Kasanscherkathedrale aus Anlaß der Ankunft des vom Jerusalemer Patriarchen dem Zaren verehrten Heiligenbildes. Stolypin versprach vom Zaren die Genehmigung zum Empfang einer Abordnung des Verbandes zur Ueberbringung des Heiligenbildes zu erwirken, unter der Bedingung, daß der Metropolit an deren Spitze stehen werde, unterdessen suchten die Verbandsführer auf den Zaren auch durch den Großfürsten Wladimir einzuwirken. Seiner Vermittlung verdankt der Verband das bekannte Telegramm des Zaren an Dr. Dubrowin. Von ihm gefördert, entschlossen sie sich, die Genehmigung zum Empfang der Abordnung nicht bei Stolypin, sondern ohne weiteres beim Hofminister nachzusuchen. Der Metropolit Antonius wurde im Gesuch unter den Mitgliedern der Abordnung gar nicht genannt. Der Hofminister hielt es jedoch für ratsam, die Zustimmung Stolypins einzuholen. Stolypin erklärte sich ganz entschieden gegen den Empfang einer Abordnung und brachte die Angelegenheit sogar im Ministerrat zur Sprache, in dem die meisten Minister sich mit Stolypin einverstanden erklärten. Infolgedessen wurde dem Verbande mitgeteilt, daß die Abordnung nur in der früher mit Stolypin verabredeten Zusammensetzung genehmigt werden könne. Die Verbandsführer sind ganz außer sich, sie besprechen jetzt, was sie gegen Stolypin unternehmen sollen.

Der berüchtigte Führer der Schwarzen Hundert Kruschewan wurde vom Verbande russischer Leute ausgeschlossen, weil er dreihunderttausend Rubel unterschlagen hat.

Zur Judenfrage in Finland wird der „Russ. Korr." aus Petersburg, 29. Juli, geschrieben:

„Kaum gibt es ein Land, wo solche drakonischen Judengesetze herrschen, wie in Finland. Selbst die russischen Gesetze sind für die Juden in viel humanerem Geiste abgefaßt als die finischen. Das Seltsame dabei ist, daß die Ausnahmegesetze gegen die Juden in Finland nicht alten Datums sind, wie überhaupt die Geschichte der Juden in diesem Lande nicht sehr alt ist. Alte eingeborene jüdische Familien gab es in Finland aus dem einfachen Grunde nicht, weil nach dem schwedischen Gesetze keine Juden dieses Territorium betreten durften. Vereinzelte Fälle von Judenniederlassungen in Finland kommen erst zur Zeit der Besitznahme Finlands durch Rußland vor. Die ersten ansässigen Juden waren die sogenannten Kolonisten unter der Regierung Nikolaus I., welche nach 25 jährigem Militärdienst, fern von ihrer Heimat und übrigen Angehörigen, in Finland ihre Zuflucht fanden. Mit der Zeit wanderten auch die Verwandten und ehemaligen Bekannten der Kolonisten ein, und somit erstand die jetzige Judenkolonie, welche ungefähr 200 Familien zählt. Obgleich der größte Teil dieser Familien Nachkommen der Vaterlandsverteidiger sind, welche 25 Jahre ihres besten Lebens dem Militärdienste opferten, leben sie doch unter ganz unerträglichen Ausnahmegesetzen. Länger als auf 6 Monate erhält kein Jude einen Paß oder eine Legitimation anderer Art. Er läuft dabei immer Gefahr, daß ihm nach 6 Monaten dieser Paß nicht erneuert, und er somit zur Auswanderung gezwungen wird. — Wenn er in die Ehe eintreten will, muß er dafür durch ein besonderes Gesuch beim Gouverneur einholen. — Mit dem jeweiligen Wechsel des Regimes in Rußland wurden auch die Ausnahmegesetze gegen die Juden Finlands verschärft. Unter Alexander III. wurden eine große Zahl neuer Beschränkungen eingeführt, und die finischen Behörden waren immer bestrebt, alle russischen Administrativverordnungen gegen die Juden auf das Strengste zu befolgen. Es war also höchste Zeit, die der finische Landtag, oder richtig gesagt die sozialdemokratische Fraktion, die Revision der Judenfrage beantragte. Bei der liberalen Zusammensetzung des Landtags ist wohl anzunehmen, daß diese brennende Frage zu Gunsten der Juden gelöst wird, obgleich die Partei der alten Finen dagegen sein wird."

Franz Liszt ließ sich manchmal hinreißen, nicht nur Dinge zu sagen, die ihm später leid tun mochten, sondern sie auch niederzuschreiben. Er stand lange Jahre ausschließlich unter dem Einfluß der Fürstin Wittgenstein. Sie allein hat ihn bestimmt, nachdem ihre Heirat mit dem Meister in die Brüche gegangen war, die „niederen Weihen" zu nehmen und als Weltgeistlicher in den Orden der Franziskaner zu treten. Wenn er es mit seinem Priesterstand auch nicht allzu streng nahm, so wollte er aber doch in den Augen der Fürstin als sehr fromm und als der Kirche ganz und gar ergeben gelten. Kurze Zeit vor seinem Tode erschien die neue Auflage seiner Schriften und in ihr auch jener Aufsatz, in dem er verlangte, man solle den Juden eine Heimstätte in Palästina bereiten und sie alle dahin zurückdrängen. Mehrere Monate später war Liszt wieder in Weimar und dachte bestimmt nicht mehr an diesen Artikel, als ihm der Besuch des großen Cello-Künstlers David Popper gemeldet wurde. Hocherfreut ging er seinem Besucher, der zu des Meisters speziellen Lieblingen gehörte, entgegen: „Wo kommen Sie her, wo wollen Sie hin, lieber Freund?", rief Liszt dem Eintretenden entgegen. — „Ich bin auf dem Wege nach Jerusalem, so wie Sie es wünschen, teurer Meister!", war die prompte Antwort Poppers.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Augustusbad bei Radelberg.
Bansin. Hotel Aegir (Recker und Naumann). Concordia (Naumann). Familien-Pension Strandhaus (Recker) nebst zugehörigen Villen. Pensionen und Gartenhaus.
Binz. Villa „Glückspilz". Villa „Quisisana". Villa „Seeblick". Potenbergs Hotel. Villa „Sonnenschein". Restaurant „Imperial".
St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Kehre wieder".
Borkum.
Bozen. „Zur weißen Rosen", „zum Reußen".
Braunlage (Braunschweig).
Bruchhausen (Schwarzwald).
Cabarz in Thüringen.
Chiemsee. Die Fraueninsel.
Cuxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.
Einöd. Luft- und Wasserkurort bei Priesach in Obersteiermark.
Ebbs und Erl am Inn.
Ettlingenweiler (Schwarzwald).
Finsterbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Felsenstein.
Freudenstein (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
Fürstenblick bei Tambach in Thüringen.
Gaisenstein.
Garmisch. Gasthof zum Lamm.
Gehlberger Mühle bei Oberhof in Thüringen.
Hahnenklee. Pension Bergfriede.
Harzburg. Villa Ladhufe. Villa Winterberg.
Hasserode bei Wernigerode. Kurhaus der Frau Dr Kubel.
Heiligenhafen.
Herzberg am Harz.
Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz" und „zum roten Adler". Hotel Kreid.
St. Johann bei Heiden in Appenzell.
Juist.
Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Residenz-Hotel. Haus Grillparzer, Alte Wiese. Haus Römischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Oelzweig, Marienbaderstr. Haus Italia, Schloßberg. Haus Stadt Warschau, Kaiserstr. Haus Malta, Kaiserstr. Haus Rosenstock, Kaiserstr. Haus Brandenburger Thor, Kreuzstr. Haus Germania, Schloßberg. Haus Egeria, Egerstr. Haus Diamant, Egerstr. Haus Engl. Krone, Egerstr.
Kiefersfelden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kufstein.
Kitzbühel (Tirol).
Königsfeld im Schwarzwald.
Klausen. Gasthof zur Post.
Kudowa. Villa Wunsch.
Kufstein. Gasthaus zur Schanz bei K., Sandwirth zum Sparchen bei K.
Lakolk a. Röm.
Landeck in Schl. Logierhaus Elysium.
Langhampfen.
Ligau bei Dresden.
Metlisalp. (Berner Oberland).
Mezzolombardo. Rest. Gröbner.
Montavon. Inner Bartholomä und Bandaus (Voralberg).
Mühlenthal. (Ferienheim bei Wernigerode).
Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
Müllheim in Baden. Hotel zum Löwen.
Münchweiler, Bez Pirmasens.
Müritz
St. Nicolai bei Ebbs.
Oberaudorf a. Inn.
Oberbozen.
Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
Ottilienberg. Pensionat am Frauenkloster.
Pyrmont. Richters Pension.
Prag. Altstadt, Katholisches Kasino.
Reusch bei Bozen.
Ruppolding in Oberbayern.
Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhaus.
Schierke (Harz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schärding am Inn. Kuranstalt Dr. Ebenhecht.
Schwarzach bei Weigandstal.
Schreiberhau. Landhaus Maria Elisabeth.
Sellin. (?)
Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
Sielbeck bei Uklei. Hotel und Pension Kellersee.
Spindelmühle. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.
Swinemünde. Beckers Strandhotel (Bes. Wm. Becker). Villa Seeschloß (Bes. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Bes. F. Bötticher). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wwe. Hübner).
Tabarz (Großtabarz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel Schießhaus.
Thiersee.
Thiessow a. R.
Travemünde Villa „Mira Mare", Kaiser-Allee.
Unterriß (Bayern). Forsthaus.
Vilm, Insel im Rügenschen Bodden.
Volderbad bei Hall in Tirol.
Walchensee.
Wangerooge.
Warnemünde. Villa Seeblick.
Westerland auf Sylt. Pension Lambeck (Bes. Krome und Frau geb. Lambeck).
Wildbad im Schwarzwald. Villa Montobello. Pension Reuß u. Waldeck.
Wildungen. Villa Wald-Eck.
Wildbihl (Tirol).
Zellerfeld im Harz. Johanneser Kurhaus.
Zinnowitz.

Aus Norderney erhalten wir folgende Mitteilung:

In der am 8. Juli d. J. im Saale des Restaurants „Zum Deutschen Patrioten" stattgehabten Versammlung des deutschen Kellnerbundes (U. G.) gelangten die im hiesigen Hotel „Kaiser Franz Joseph", Besitzer Carl Pongrácz, vorhandenen Mißstände zur Verhandlung. Es wurde festgestellt, daß die Verpflegung und Behandlung der Angestellten in diesem Hause sehr viel zu wünschen übrig läßt. Ein von außerhalb engagierter Kellner wurde bei seinem Eintreffen lediglich deshalb nicht angestellt, weil er Jude sei, was mit Entrüstung zur Kenntnis genommen wurde. Durch ein Schreiben vom 5. d. Mts. verbat sich Herr Pongrácz sogar den Besuch seines Hauses von seiten der Gasthofsgehülfen.

Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Bei den am 8. Juli 1907 im „Deutschen Patrioten" zu Norderney versammelten etwa 200 Hotel- und Restaurant-Angestellten wird niemals das Bedürfnis vorliegen, das Lokal des genannten Herrn zu besuchen, weil die Behandlung der Kollegen dort eine äußerst schlechte und es mit unserer Standesehre nicht zu vereinen ist, in einer Wirtschaft als Gast zu verkehren, wo derartiges stattfindet. Auch halten wir es für unsere Pflicht, jeden Kollegen zu warnen, dort Stellung zu nehmen."

Briefkasten.

B. Es liegt eine Verwechselung vor. Nicht der kürzlich verstorbene Regierungspräsident a. D. und ehemalige Abgeordnete von Tiedemann war Mitbegründer des Ostmarkenvereins, sondern ein Namensvetter von ihm, Major v. Tiedemann-Seeheim.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 33. Berlin, 14. August 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der wissenschaftliche Antisemitismus.

Ein altes Motiv, zu dem man sehr schwer neue Variationen finden kann, ist der sogenannte wissenschaftliche Antisemitismus. Alle paar Monate erscheint so ein neuer Pfadfinder auf der Oberfläche mit der Ambition eines Propheten, und jedesmal wird mit stolzen Worten verkündet, nun sei mit strenger Wissenschaftlichkeit das spröde Problem der Judenfrage gelöst. Jedesmal greifen wir gierig nach solchen Büchern mit so vielversprechenden Titeln, hoffend, daß wir es endlich mit einem Manne zu tun haben, der ernst genommen zu werden verdient. Denn es ist wahrlich kein Vergnügen, immer von neuem gegen Lüge, Schmutz und Niedrigkeit kämpfen zu müssen, und ein wirklich interessantes, gediegenes Buch würde eine sehr angenehme Abwechslung bilden. Aber — jedesmal legen wir wieder bitter enttäuscht das Buch aus der Hand. Es war wieder nichts, höchstens neue Worte für alte, tausendmal widerlegte „antisemitische Wahrheiten". Selbst wirkliche Gelehrte und Denker wie Viktor Hehn, Dühring, Lagarde werden, sobald sie ihre antisemitischen Weisheiten verkünden, nicht nur einseitig, sondern direkt langweilig. Das ist kein Zufall, das liegt in der Natur der Sache. Der Antisemitismus ist ein Gefühl, ein Instinkt, er entspringt der Abneigung, dem Hasse gegen eine Gemeinschaft. Das Gefühl ist hier primär, die Erkenntnis sekundär. Wenn man mit diesem atavistischen Haß an das Problem herangeht, dann kann, selbst wenn man das Rüstzeug der Wissenschaft besitzt, nichts Gescheutes herauskommen, weil das Gefühl hier die Führung hat und die Wissenschaft sich als Magd unterordnen muß. Wenn man mit dem Axiom „die Juden sind unser Unglück" ans Studium tritt und eigentlich nur Belege für diese These sucht, dann kann von einer Vorurteilsfreiheit nicht mehr die Rede sein. Denn jede wissenschaftliche Erkenntnis kann nur auf deduktivem Wege erlangt werden. Man kann aber bei diesem Verfahren auch nicht einmal interessant sein, wenigstens nicht lange. Denn man wird ja bald entweder zu trivial oder zu sehr paradox, entweder die Suppe ist dann zu fad oder zu sehr versalzen.

Vor uns liegt ein Buch von Dr. Rost mit dem Titel: „Gedanken und Wahrheiten zur Judenfrage". Der Untertitel lautet: „Eine soziale und politische Studie" und der Verfasser ist Doktor oec. publ. *) Ja, da muß etwas Vernünftiges dabei herauskommen. Der Verfasser versichert in der Vorrede, er sei fern von jedem Judenhaß, er habe „Mitleid mit dem schicksalschweren Sein der jüdischen Rasse", er wolle nur Wahrheit und wissenschaftliche Erkenntnis suchen und er operiere nur mit feststehenden Tatsachen. Was kann man von einem Schriftsteller noch mehr verlangen? Aber, o weh, schon nach 10 Zeilen wird man gewahr, daß man es mit einem eingefleischten Judenhasser zu tun hat, und daß die ganze Wissenschaftlichkeit nur äußerer Aufputz ist. Es sind alte Behauptungen und alte Beweise in der alten, üblichen Schablone. Das einzige, was den Verfasser von den Männern der „Staatsbürgerzeitung" unterscheidet, ist der etwas anständigere Ton und die etwas vornehmere Schreibweise.

Schon in der Einleitung finden wir die alten antisemitischen Ladenhüter. Es wird behauptet, daß „der Kampf gegen den kapitalistischen Moloch, der Kampf für die Erhaltung des Christentums unzertrennlich mit der Bekämpfung des Judentums" sei, daß „das Uebergewicht und der Einfluß der Juden lawinenartig angewachsen" sei. Wenn man a priori solche Ansichten hat, dann kann man sich zu einer Objektivität des Urteils auf wissenschaftlicher Grundlage nicht mehr hinaufschwingen. Es ist in der Wissenschaft wie in der Natur: man muß ein klares Auge und ein freies Herz mitbringen, wenn sich einem die Geheimnisse offenbaren sollen. Der Verfasser legitimiert sich in der Einleitung als Antialkoholiker, Bodenreformer und — Judengegner. Ein seltenes Gemisch, aus dem sich ein modern wissenschaftlicher Extrakt kaum destillieren läßt. Er sieht 3 Grundübel in der Welt: den Alkohol, die Bodenverteuerung und das Judentum. Das letzte ist natürlich das schlimmste. Er schreibt:

„Seit Jahrtausenden sitzt dieser Völkersplitter den Nationen im Nacken, wie ein unabwendbares Verhängnis. Das Judentum von heute gleicht einer einzigen Riesenkreuzspinne, die ihr schlau gewebtes Netz über alle Volksschichten ausgebreitet hat. Ihr Sinnen ist auf Umgarnung und Ausbeutung gerichtet. Schon ein flüchtiger Blick in die Wirklichkeit zeigt uns das von großem Erfolge gekrönte Bemühen des Judentums. Unser Volk steht in einer ungeahnten Abhängigkeit von der Judenschaft der Gegenwart."

Wer kennt nicht diese Töne? Sie gehören zum alten Inventar der „antisemitischen Wahrheiten". Sollen wir sie widerlegen? Wozu? Man wird dabei nur trivial. Kein vernünftiger Mensch kann eine solche Kapuzinerrede ernst nehmen.

Es heißt weiter:

„In der breiten Oeffentlichkeit, in der Tagespresse wird die Judenfrage allerdings nur ganz stiefmütterlich behandelt, wenn man von den ausgesprochen antisemitischen Blättern absieht. Das rührt zum größten Teil daher, daß die von der

*) Dr. Rast, Gedanken und Wahrheiten zur Judenfrage. Trier 1907. Verlag der Paulinus-Druckerei.

Presse vertretene öffentliche Meinung von jüdischen Machthabern und jüdischen Journalisten und Redakteuren geleitet wird."

Das schreibt ein Bayer, in einem Lande, wo nicht eine einzige nennenswerte Zeitung einen jüdischen Verleger hat und wo es kaum ein halbes Dutzend jüdischer Redakteure gibt! Soll man da noch an den guten Willen des Verfassers glauben? Es ist eine echte Pückleriade, nur etwas feiner in der Form gestaltet. Auch die alte Klage über die ungeheure Macht der Juden fehlt nicht:

„Ueberall, wo sich die Möglichkeit bietet, materielle, ideelle Vorteile zu erringen, da drängt sich das Judentum vor und arbeitet mit rastloser Zähigkeit an seinen Zielen. Die hauptsächlichsten Geldadern sind im Besitze der Juden. Dem jüdischen Kapitale sind große Unternehmungen untertan. Weite Volksschichten sind in schmerzliche Abhängigkeit vom Judentum geraten."

Bleiben wir wieder in Bayern, in einem Lande, das dem Verfasser doch vertraut sein muß. Wie liegen hier die Verhältnisse? Die paar jüdischen Millionäre sind bald gezählt, dagegen besteht schon in der Stadt der weitaus größte Teil der jüdischen Einwohner aus solchen Elementen, die schwer um die Existenz kämpfen müssen, und zum Teil sogar aus direkten Proletariern. Auf dem Lande haben es die Juden in Bayern noch weniger leicht und Wohlstand zählt hier zu den größten Seltenheiten. Ein Nationalökonom sollte doch etwas von diesen Dingen verstehen. Und unser Verfasser wird ja nicht müde, zu behaupten, daß er sine ira et studio bei seinen Untersuchungen vorgeht!

Selbstredend wird in diesem Buche nach bekannten Mustern mit vielen Zitaten gearbeitet. Das nimmt sich gelehrt aus und verleiht den Glorienschein strengster Objektivität. In Wahrheit aber kann man nirgend so leicht eine verderbliche Tendenz bekunden wie bei den Zitaten. Wir verpflichten uns, aus einem jeden größeren Buche 20 Zitate pro und 20 Zitate kontra irgend einer Anschauung zu entnehmen. Man braucht nur die Zitate aus dem Zusammenhange zu reißen und sie richtig zu gruppieren. Aus Herder z. B., dem begeistertsten Verehrer der jüdischen Poesie, weiß der Verfasser nur ein Zitat zu bringen, das scheinbar gegen die Juden spricht. Wir könnten mit Leichtigkeit aus Herders Werken hundert Sätze zitieren, in denen er sich mit höchster Anerkennung über Juden und Judentum äußert.

In der Wirtschaftsgeschichte sieht der Verfasser die Juden nur als Händler und Geldverleiher und er stellt die Sache so dar, als wenn der Wucher eine spezifisch jüdische Erfindung wäre. Wir könnten ihm nachweisen, daß die Juden nicht nur von Hause aus Ackerbauer waren, sondern auch, daß im Mittelalter jede Art von Handwerk unter ihnen verbreitet war. Daß die Fürsten und Völker die Juden zum Wucher gedrängt haben, daß sie ihnen oft gar keine andere Existenzmöglichkeit gelassen haben, das weiß jeder, der sich mit historischen Dingen ernstlich befaßt hat. Der Wucher war ursprünglich nicht nur religionsgesetzlich verboten, sondern auch der jüdischen Natur zuwider. Was andere an der Judenheit gesündigt haben, das soll man billigerweise dem Judentum nicht als spezifisches Verbrechen anrechnen. Der Verfasser macht sich die Sache zu bequem. Er negiert einfach die Ansicht Stobbes, daß den Juden Ackerbau und Handwerk im Mittelalter häufig verboten waren. Er kann aber diese Dokumente in den Regestensammlungen nachlesen. Selbst für ihre eigenen Zwecke wurden der jüdischen Gemeinde oft die Handwerker verweigert, oder es wurde ein jüdischer Bäcker oder Schuhmacher gestattet, mit dem strengen Verbote, für Christen zu arbeiten. Unser Gelehrter scheint auch nicht zu wissen, daß die Juden häufig aus ganzen Länderstrichen vertrieben wurden, daß ihre Ausstände oft durch einen Federstrich annulliert wurden und daß sie fast immer eine erdrückende, sinnlose Steuerlast ertragen mußten. Natürlich, wenn man diese Tatsachen zugibt, dann erscheint der Wucher der Juden in einem ganz anderen Lichte. Uebrigens kann der Verfasser bei Stobbe nachlesen, daß die christlichen Wucherer häufig viel schlimmer als die jüdischen waren und daß die Städte oft um Wiederzulassung der Juden petitionierten, weil die christlichen Wucherer gar zu teuer waren.

Unser Autor hat ein besonderes Talent, bald zu schwarz und bald zu rosig zu malen, je nachdem es sich um Juden oder Christen handelt. Ueber die grausame Inquisition und die unmenschliche Judenvertreibung aus Spanien geht der Verfasser mit ein paar oberflächlichen Bemerkungen hinweg. Die Juden in Spanien waren wohl Aerzte, Beamte, Gelehrte, angesehene Kaufleute und keine Wucherer, aber — sie bedrohten die spanische Nationalität und den christlichen Glauben, daher mußten sie verjagt werden. Wie diese Leute aber, die die spanische Kultur mit ganzer Seele liebten, der Nationalität gefährlich werden konnten, ist uns nicht klar. Wir wissen auch nicht, wie die paar Marannen durch ihren geheimen Gottesdienst der gewaltigen christlichen Kirche hätten schädlich werden können. Daß diese ganze Politik neben dem Fanatismus ein gemeiner Raub und eine Spekulation auf das Vermögen der Juden war, will er nicht einsehen. Wenn man aber eine ganze Bevölkerungsklasse vertreibt und ihr verbietet, Gold und Silber mitzunehmen und es ihr unmöglich macht, die Immobilien zu veräußern, so kann das nicht anders als himmelschreiender Raub genannt werden.

Wie großartig die Beweisführung unseres Autors ist, dafür nur ein Beispiel. Die Juden sind Kirchenfeinde, argumentiert er, weil — sie bei Auflösung von Klöstern die Wertgegenstände aufgekauft haben. Ist das nicht logisch? Doch, es kommt noch schlimmer: Im Jahre 1901 vermachte Rothschild in Paris dem Louvre seine reiche Sammlung kirchlicher Kunstwerke aus dem 12. und 16. Jahrhundert. Also haben die Juden doch eine teuflische Freude an kirchlichen Gegenständen. So werden die edelsten Absichten in den Schmutz gezogen, wenn es sich um einen Juden handelt. Einem christlichen Mäcen würde man es wohl als großes Verdienst anrechnen, so viele christliche Kunstschätze der Welt erhalten zu haben.

Wenn man die Geschichte und die Wirtschaftsgeschichte in dieser Art mißbraucht, dann muß man natürlich zu dem Resultat des Verfassers gelangen, daß die Juden überall ein Fluch waren und daß Wucher und Betrug die Hauptmerkmale der jüdischen Rasse sind. Natürlich war dann die Verfolgung der Juden zwar nicht schön, aber eine begreifliche Abwehr, und so waren in der Geschichte im Grunde die Juden immer die Teufel und die Christen die Engel. Man glaubt gar nicht, wie einfach es ist, aus der Geschichte alles heraus zu lesen, wenn man nur die nötige antisemitische Brille hat. Und das nennt man dann „wissenschaftliche Ergebnisse"!

Um „Tatsachen und Wahrheiten" zur Judenfrage zu gewinnen, bietet der Verfasser einen gewaltigen statistischen Apparat auf. Es wird die Zahl der Juden und ihre Wohnsitze untersucht und ihr Prozentsatz innerhalb der Gesamtbevölkerung in Stadt und Land ausgerechnet. Wozu das alles? Um zu beweisen, daß die Juden ihrer inneren Natur nach Städter sind, weil es in der Stadt leichter ist, Geld zu verdienen, Millionäre und Kommerzienräte zu werden. Die Berufsstatistik wird herangezogen, um nachzuweisen, daß die Juden reicher sind als die Angehörigen anderer Konfessionen, daß eigentlich jeder Jude ein angehender Millionär ist. Es gibt Leute, denen man durch Zahlen sehr imponieren kann, und mancher wird ganz wirr,

wenn er die Tabellen vor sich sieht. Ein wenig gesunder Menschenverstand ernüchtert uns aber leicht und wir sehen ein, daß mit dieser Durchschnittsausrechnung im Grunde gar nichts bewiesen ist. Es mag sein, daß in Deutschland die Totalsumme des Vermögens von 10 000 Juden höher ist als die von 10 000 Christen, aber was will das beweisen? Drei Millionäre geben hier oft die Grundlage für das ganze Bild, abstrahiert man sie, dann ändert sich das Bild im Nu und es bleibt für die jüdischen Einwohner ein ganz mäßiger Durchschnitt. Denken wir uns eine jüdische Gemeinde von 200 Familien mit einem Gesamteinkommen von Mark 400 000 jährlich, so macht das für jede Familie 2000 Mark jährlich. Zieht nun plötzlich ein jüdischer hundertfacher Millionär mit einem Einkommen von fünf Millionen jährlich in diese Stadt, so wird gleich der Durchschnitt für jede jüdische Familie um 25 000 Mark jährlich höher. Ist nun wirklich jede jüdische Familie durch diesen Umstand reicher geworden? Man kann daraus sehen, wie verfehlt es ist, aus einer solchen Statistik Schlüsse zu ziehen. Es ist übrigens mit der Totalsumme jüdischer Vermögen auch nicht gar so schlimm. Nur in wenigen reichen Städten wie Berlin, Frankfurt und Hamburg findet man sehr reiche Juden, und auch da marschieren sie meistens erst in dritter oder vierter Reihe. Unter den Großindustriellen in Rheinland und Westfalen findet man fast gar keinen Juden, und auch im Handel sind es nur einige Zweige, in denen sie eine große Rolle spielen. Was soll überhaupt die sinnlose Phrase vom jüdischen Kapital? Logisch und nationalökonomisch, theoretisch und praktisch muß diesem Worte jede Existenzberechtigung abgesprochen werden. Das Kapital ist so interkonfessionell, wie die Natur. Es ist wohl eine Macht und kann zu einer gefährlichen Macht werden, ob es aber in jüdischen oder christlichen Händen ruht, das macht wahrlich keinen Unterschied. Den Kapitalismus zu verteidigen und nur den jüdischen Kapitalismus zu bekämpfen, das ist die Sozialpolitik der Torheit und der Feigheit.

Der Verfasser gibt zu, daß die Juden große Verdienste um den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands haben. Er schreibt:

„Es ist außer Zweifel, daß der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere der Aus- und Einfuhrhandel, der jüdischen Tatkraft und Geschicklichkeit viel zu danken hat. Auch die Belebung und Durchdringung zahlreicher Handelszweige durch die Juden zeigt neben den Kehrseiten erfreuliche, der Allgemeinheit nützliche Lichtseiten. Aber als ein großes Unglück für die ganze Nation muß es bezeichnet werden, daß die großen Vermögen und Reichtümer sich so intensiv in den Händen der Juden konzentrieren. Die Zuspitzung der Gegensätze von Arm und Reich in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß ohnedies als ein Nationalschaden betrachtet werden."

Betrachtet man die Aufhäufung großer Kapitalien in den Händen weniger und die Verschärfung der Gegensätze zwischen Arm und Reich für einen ungesunden Zustand, so mag das richtig sein, aber — was hat das mit der Judenheit zu schaffen? Wäre die Sache ohne die Juden auch nur um ein Haar anders? Geht denn dieser Prozeß der Konzentration in Amerika, wo die jüdischen Kapitalien gar nicht in Betracht kommen, nicht noch schneller und rücksichtsloser vor sich? Mit lächerlichen Phrasen und mit christlich-patriotischen Tönen kommt man über diese nüchternen Tatsachen nicht hinweg.

(Schluß folgt.)

Aus dem antisemitischen Lager.

Fremdenhetze. Es gibt kaum ein besseres Kriterium für die ethische Kultur eines Volkes, als die Art, wie dieses Volk die Fremden behandelt. Denn wo die gesetzliche Pflicht aufhört und die freiwillige Menschlichkeit anfängt, da zeigt es sich erst, auf welchem geistigen und sittlichen Niveau eine Bevölkerung steht. Auch für unsere Antisemiten ist die ewige Hetze gegen die Fremden charakteristisch. Natürlich werden dabei die fremden Juden als die höchste Potenz des Uebels geschildert. Was ein letzter Rest von Schamgefühl noch verhindert, von den deutschen Juden zu behaupten, das wird von den ausländischen Juden gesagt. Seitdem zwei russische Studenten in Leipzig die Ungehörigkeit begingen, sozialdemokratische Zettel zu verteilen, was übrigens von allen jüdischen Organen ohne Ausnahme aufs schärfste verurteilt wurde, werden die Antisemiten nicht müde, die Erschwerung des Studiums an den deutschen Hochschulen für Ausländer kategorisch zu verlangen. Ja, einige sind wenigstens ehrlich genug, gleich den Wunsch auszusprechen, daß die Stätten deutscher Wissenschaft den Ausländern überhaupt verschlossen bleiben sollen. Es zeigt sich darin die ganze Höhe der sittlichen Kultur unserer Antisemiten. Wie erniedrigend diese ganze Auffassung für die Wissenschaft ist, scheinen sie kaum zu ahnen. Nun ist das alles für den, der die Antisemiten kennt, nicht verwunderlich. Aber, es ist die alte Erfahrung, wo der Antisemitismus die Maske ablegt und sich in seiner wahren Natur zeigt, da wird er nicht nur widerlich, sondern auch lächerlich.

In der „Deutschen Volkswacht" vom 31. Juli leistet sich ein Judenfresser aus Friedberg in Hessen unter dem geschmackvollen Titel „Etwas aus der Friedberger Polakei" einen Artikel über die russischen Studenten des dortigen Technikums. Dieser Artikel ist im echten Marktweiber-Stile gehalten und er enthält mehr Entstellungen als Sätze. Darin werden diese russischen Studenten als ein Unglück für Friedberg geschildert. Man muß Friedberg kennen, um zu begreifen, wie unsinnig diese ganze Hetze ist. Diese kleine hessische Stadt hat sehr viele Schulen und sie dienen nicht allein der Bildung, sondern sie bilden auch eine Haupteinnahmequelle für die Einwohner. Die 100 russischen Schüler in Friedberg zählen mit ihren relativ großen Ausgaben beim Budget dieser kleinen und industriearmen Stadt gewiß nicht unwesentlich mit. Diese jungen Leute geben da ihr Geld aus, belästigen niemand und kehren nach Absolvierung ihres Studiums in ihre Heimat zurück. Man fragt sich mit Recht: Wo liegt hier ein vernünftiger Grund vor, ihnen das Studium zu erschweren und sie von Friedberg wegzuekeln? Auf die Einzelheiten dieses Artikels einzugehen, verbietet uns das Gefühl der Reinlichkeit, nur die Behauptung, daß diese russischen Studenten ihre deutschen Kommilitonen verscheuchen, möchten wir als tendenziöse Entstellung zurückweisen. Die Frequenz des Technikums hat zu- und nicht abgenommen, das beweist schon der Umstand, daß die Stadt beschlossen hat, das Technikum zu übernehmen. Es verhält sich hier wie mit allen antisemitischen „Wahrheiten", sie sind ein Ausfluß der Bosheit und der Torheit.

Die „unpolitische" Mittelstands-Vereinigung. Auf dem kürzlich in Hildesheim stattgehabten deutschen Tischlertage machte Herr Obermeister Rahardt, der Vorsitzende der Mittelstands-Vereinigung, die sich bisher immer geflissentlich als unpolitisch gebärdete, das dankenswerte Eingeständnis, daß die Vereinigung eine politische Organisation ist. Bisher haben das die Mittelstandsretter à la Rahardt, Küster usw., um besser im Trüben fischen zu können, stets bestritten, so offenbar es auch von Anfang an war, daß die Deutsche Mittelstandsvereinigung weiter nichts darstellte, als eine städtische Hilfstruppe des Bündlertums, dazu ausersehen, die Handwerker und Kaufleute für konservative, antisemitische und agrarische Wahlen einzufangen.

Die bei dieser Gelegenheit von Herrn Rahardt gegen die liberalen Parteien gerichteten Angriffe fertigt die „Breslauer Zeitung" mit gutem Humor also ab:

„Das dumme Zeug, das Herr Rahardt hier über den Freisinn sagt, lohnt sich gar nicht zu widerlegen. Wir nehmen Herrn Rahardt politisch überhaupt nur von der *komischen Seite*. Vor den letzten Reichstagswahlen schrieb er uns einen *albernen Drahtbrief*, in dem er in Aussicht stellte, den Freisinnigen alle Reichstagssitze in Schlesien abnehmen zu wollen. Als es dann zur Wahl kam, bestand die ganze Leistung Herrn Rahardts und der Seinen darin, daß sie eine verfehlte Kandidatur in Schweidnitz und eine noch verfehltere in Liegnitz aufstellten. Namentlich die Rahardtsche Kandidatur Buchholz in Liegnitz hat nicht wenig dazu beigetragen, unseren dortigen Parteifreunden den Sieg zu erleichtern, worüber wir bei dieser Gelegenheit Herrn Rahardt nochmals dankend quittieren. Es gibt keine lustigere und bequemere Agitation, als gegen diese Mittelständler, die im Bunde mit den Lebensmittel-Verteurern und den Verteurern aller Materialien, deren der Handwerker bedarf, mit allerlei mittelalterlichen Zunftschrullen angeblich dem Handwerk helfen wollen."

Hans von Mosch, der hinausgetane *Großmeister* des „Deutschen Volksbundes", will den Vorwurf der Unterschlagung nicht auf sich sitzen lassen; er versendet folgende „Berichtigung":

„Es ist *nicht wahr*, daß ich in der „Deutschen Hochwacht", G. m. b. H., oder im „Deutschen Volksbunde" irgendwelche große oder kleine *Unterschlagungen* verübt habe; wahr ist dagegen, daß ich mein ganzes Vermögen infolge schmählichen Vertragsbruches sogen. Antisemiten verloren habe, und daß ich durch *gemeine Intrigen* sogen. „Bundesbrüder" aus meiner Stellung hinausgedrängt worden bin."

Was ist nun Wahrheit? Das Einfachste wäre doch eine *gerichtliche Feststellung*, die ja auch f. Z. von der „Deutschen Hochwacht" in sichere Aussicht gestellt war. Nachher haben die antisemitischen boxenden Känguruhs freilich den Kampf in der Oeffentlichkeit schleunigst abgebrochen, weil sie vor der schmutzigen Wäsche, die dabei an's Tageslicht kam, selber ein gelindes Grauen erfaßte.

Die Antisemiten und das Wahlrecht. In ihren Parteiprogrammen bekennen sich die Antisemiten aller Schattierungen zu der Forderung des direkten, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Wahlen zu den Landesvertretungen. Neuerdings scheint die *deutschsoziale Gruppe* jedoch auch in dieser Beziehung sich den wahlrechtsfeindlichen Agrariern anpassen zu wollen; ihr Organ, die „Deutschsozialen Blätter", veröffentlicht nämlich einen Artikel, in dem es heißt:

„Selbstverständlich ist auch unser einzigster Vertreter im preußischen Landtage kein Anhänger des Dreiklassenwahlrechts. Unsere Partei tritt entschieden für eine Aenderung im freiheitlichen und sozialen Sinne ein. Aber nicht nach dem liberalen Schema F., sondern z. B. für ein *Proportionalwahlrecht* in Verbindung mit einem gemäßigten Pluralsystem. Es ist nicht ungefährlich, in solchen Fragen die Imponderabilien im Staatsleben zu mißachten. Ja, *wenn die Masse wirklich politisch reif wäre!* Aber machen nicht drei Millionen deutsche Wähler blindlings alle Dummheiten ihrer jüdischen oder verjudeten Führer mit?"

Da haben wir's. Hinter einer freiheitlichen Phrase verbirgt sich der reaktionäre Pferdefuß. Den Herren Deutschsozialen würde ja sofort von den Junkern die Kost gekündigt, wollten sie es wagen, für das gleiche Wahlrecht einzutreten.

Der Württembergische Bauernbund hat als Antwort auf eine sehr treffende Kritik seiner hetzerischen Agitation durch den volksparteilichen Landtagsabgeordneten Bauern Schod gegen die Volkspartei eine heftige Kanonade eröffnet in Form eines Flugblattes, das von giftigen Verleumdungen strotzt. Da wird z. B. behauptet, daß die Württembergische Fraktion der Volkspartei nur einen einzigen ausschließlichen Landwirt besitze. Das Organ der Volkspartei, der „Beobachter", stellt demgegenüber fest, daß die Partei bei der Auswahl ihrer Kandidaten nicht fragt, was er ist und was er glaubt, sondern *ob* er etwas ist und ob er sich zum *Volksvertreter eignet*. Deshalb können sich die volksparteilichen Fraktionen auch sehen lassen und leisten etwas Positives. Wenn aber der Bauernbund nach dem Beruf des Abgeordneten fragt: *wie* sieht es denn beim *Bauernbund* aus? Ein Pfarrer, ein Lehrer, ein Postbeamter, ein Privatbeamter, ein Fabrikant, ein Stadtschultheiß, ein Schultheiß, ein Offizier und Buchdruckereibesitzer, ein Schnapsbrenner, ein Parteigeschäftsführer und Buchdruckereibesitzer, ein Rechtsanwalt, ein Baron und drei „reine" Landwirte.

Eines freilich wagt der Agitator des Bauernbundes nicht zu leugnen: daß er und seine Mithelfer bezahlt wurden bzw. sind von Norddeutschland. Er sucht sich um eine bestimmte Antwort zu drücken, indem er behauptet, das sei gerade so, als wenn er sagen würde: die Redakteure, Parteisekretäre und Agitatoren der Volkspartei seien von dem *Geld der Frankfurter Juden bezahlt*. Wenn das behauptet würde in Beziehung auf die württembergische Volkspartei, schreibt der „Beobachter", würden wir eine solche Behauptung glatt als *Lüge* bezeichnen, weil wir beweisen können, daß es eine solche wäre.

Daß es ohne eine *antisemitische Hetze* nicht abgeht, ist selbstverständlich. Wenn freilich bauernbündlerische Kandidaten mit Juden Güterhandel treiben, oder in amtlicher Eigenschaft dazu verhelfen, das Gesetz über Grundstückzerstückelung zu umgehen, dann schweigt des Bauernbundes Höflichkeit. Und wenn die Herren Bündler eine Bahn wollen, damit Industrie in die Gegend kommt, dann sind ihnen *jüdische Fabrikanten so lieb* wie den Bauern die Viehjuden auf den Märkten, ohne die bekanntlich kein Handel läuft, weil viele Bauern, und nicht wenige Bundesgrößen, dem Juden mehr Gutes zutrauen als den eigenen Berufs- und Parteigenossen.

Die Geisteskrankheit des Grafen Pückler. Graf Pückler soll nach Beendigung seiner letzten Strafhaft durch ärztliches Gutachten für geisteskrank erklärt worden sein; eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt allerdings noch nicht vor und die Tatsache, daß Pückler auch nach dem 25. Juni noch versucht hat, öffentlich aufzutreten, macht uns einigermaßen mißtrauisch. In der „Königsb. Hart. Ztg." werden von *Dr. med. Hoppe* an diese Nachricht folgende medizinisch-kriminalistische Betrachtungen geknüpft:

„Handelt es sich dabei um eine akute Geistesstörung, die im Gefängnis zum Ausbruch gekommen ist? Sicherlich nicht. Denn sonst wäre Graf Pückler zur Heilung in eine Irrenanstalt übergeführt worden, und dann wäre auch die Anweisung des Polizeipräsidenten von Berlin nicht zu erklären, ihn nicht mehr in Volksversammlungen sprechen zu lassen. Es muß sich also um eine chronische, *unheilbare* Geistesstörung handeln, deren Bestehen eben im Gefängnis festgestellt wurde. Dabei bedürfen aber noch einige Punkte der Aufklärung. Die Feststellung der Geistesstörung wird doch sicher nicht erst gerade am Schluß der viermonatigen Strafzeit erfolgt sein. Wenn sie aber bereits inmitten der Strafhaft erfolgt ist, wie ist es zu erklären, daß Graf Pückler trotzdem weiter in Haft behalten wurde, da doch Paragraph 487 der Str.-Pr.-O. bestimmt, daß die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe aufzuschieben ist, wenn der Verurteilte in Geisteskrankheit verfällt. An einem Geisteskranken soll eben nach dem Willen des Gesetzgebers eine Freiheitsstrafe nicht vollstreckt werden. Dabei fällt noch ins Gewicht daß Graf Pückler unzweifelhaft schon zur Zeit der Begehung der Straftat, wegen der er die Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, an der Geisteskrankheit litt, die im Gefängnis bei ihm nachgewiesen wurde, daß also die Verurteilung zu Unrecht erfolgt war. Denn nach Paragraph 81 des R.-Str.-G.-B. ist eine strafbare Handlung nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war, und um eine solche Störung der Geistestätigkeit handelte es sich offenbar bei Graf Pückler. Es hätte also eigentlich sofort, als das Bestehen der chronischen Geistesstörung konstatiert wurde, die Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet werden müssen, da das Strafurteil auf der falschen Voraussetzung beruht hat, daß Graf Pückler geistig gesund sei.

Wie kommt es aber, so muß weiter gefragt werden, daß die chronische Geisteskrankheit des Grafen Pückler nicht schon früher bekannt wurde? Waren denn keine Erscheinungen, keine Handlungen zu konstatieren, die den Verdacht einer Geistesstörung zu erwecken geeignet waren? Die zahlreichen Richter, die über den Grafen Pückler seit einer Reihe von Jahren zu Gericht zu sitzen hatten, werden dies sicher nicht behaupten können. Seit Jahren lag das mehr als eigentümliche Leben und Treiben des Grafen Pückler, das sich nur allzusehr in der Oeffentlichkeit abspielte, offen vor aller Welt. Besonders die mystische Vergiftungsgeschichte, mit der Graf Pückler vor vier oder fünf Jahren hervortrat (er behauptete, er sei in der Schweiz von einigen Juden verfolgt worden, die den Versuch gemacht hätten, ihn in einem Hotel durch vergiftete Speisen umzubringen), die damit verbundene Größenidee, er sei auf wunderbare Weise von Gott gerettet worden, der ihn zu seinem Werkzeuge auserkoren habe, um Deutschland von der Herrschaft der Juden zu befreien, sein hochgradig gesteigertes Selbstbewußtsein, das er überall, auch vor Gericht, zur Schau trug und das ihn zusammen mit seiner Verfolgungsidee zu maßlosen Angriffen und Beleidigungen nicht nur gegen die Juden führte, sondern auch gegen alle Personen und Behörden, bis zu den höchsten, die seinem Treiben entgegentraten, dies alles mußte zum mindesten den Verdacht erwecken, daß man es mit einem bedauernswerten, von Verfolgungs- und Größenideen beherrschten Geisteskranken zu tun habe. Dieser Verdacht ist auch unzähligemal in der Presse offen ausgesprochen worden, und seit Jahren wurde Graf Pückler ziemlich allgemein nicht mehr ernst genommen.

Der Geisteszustand des Grafen Pückler ist auch zweimal vor Gericht in Frage gekommen. Bei einer Gerichtsverhandlung in Glogau vor vier Jahren erhob ein Arzt gegründete Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit, ohne daß sich aber der Gerichtshof dadurch beeinflussen ließ. Dann wurden vor zirka zwei Jahren bei einer Verhandlung vor der Berliner Strafkammer zwei Gerichtsärzte (keine Psychiater) als Sachverständige vernommen, die ohne genauere Beobachtung, nur auf Grund der Verhandlung, sich gegen das Bestehen einer Geistesstörung aussprachen. Das genügte dem Gerichtshof, um die Verurteilung auszusprechen. Weitere Ermittlungen haben nicht stattgefunden, und so wurde Graf Pückler, wenn er nicht aus andern Gründen freigesprochen wurde, immer und immer wieder verurteilt, während er in den straffreien Zeiten sein wüstes Treiben wieder aufnahm.

War es denn aber so schwierig, über seinen Geisteszustand endgültig und genügend sichere Aufklärung zu erlangen? Deutschland steht in dem unbestrittenen Rufe, auf dem Gebiet der Psychiatrie sowohl praktisch als theoretisch allen anderen Kulturländern voranzugehen, wie erst im vorigen Jahre in einem Artikel der vornehmsten französischen Zeitschrift „Archive générale de Médecine" neidlos anerkannt wurde. Sollte es aber wirklich so schwer gewesen sein, hinreichend zuverlässige Psychiater zu finden, um den Geisteszustand des Grafen Pückler sicher festzustellen? Stand nicht, da die einfache Begutachtung nach dem Resultat der öffentlichen Verhandlung vielleicht dazu nicht genügte, noch § 81 der Str.-Pr.-O. die eingehende sechswöchige Beobachtung in einer Irrenklinik oder Irrenanstalt offen, ja war sie nicht geradezu geboten? Und wenn ein auf Grund einer solchen Beobachtung erstattetes Gutachten dem Gerichtshof nicht genug maßgebend erschien, so konnte nach § 83 des Str.-Pr.-O. das Obergutachten der Fachbehörde, also des betreffenden Provinzial-Medizinalkollegiums und schließlich der königlichen wissenschaftlichen Deputation zu Berlin eingeholt werden, welche die größten medizinischen Autoritäten Deutschlands zu ihren Mitgliedern zählt. Keiner dieser zur Sicherung des Urteils offen stehenden Wege ist beschritten worden, obgleich es sich doch wirklich in gewissem Sinne um eine cause célèbre handelte."

Die Bedrückung der Juden in Rußland. Man schreibt uns aus Petersburg: Jüdische Akademiker und Handwerker haben auch außerhalb des Ansiedelungsrayons Wohnrecht in Rußland. Im letzten Jahrzehnt ist aber ein großes Heer von jüdischen jungen Leuten herangewachsen, die, obgleich sie Hochschulbildung genossen haben, von der Administration weder als Hochschuldiplomierte noch als Handwerker angesehen werden. Es sind diejenigen Juden, die ihre chemische, medizinische und technische Hochschulbildung im Auslande genossen haben. Die Zahl dieser Leute ist infolge der Beschränkungen bei der Aufnahme von Juden in russische Hochschulen ungeheuer groß. Das Hauptkontingent rekrutiert sich aus Chemikern und Technikern. Man sollte doch glauben, daß ein technisches Diplom einer d e u t s c h e n Hochschule dem Besitzer wenigstens ebensolche Rechte einräumen sollte, wie das Diplom eines russischen Schuhmachers oder Tischlermeisters. Es gehört der Stumpfsinn eines russischen Beamten dazu, um den jüdischen Absolventen einer deutschen Hochschule die Rechte eines russischen Tischlergesellen abzusprechen. Zu den seligen Zeiten Plehwes wurde auf die Pässe solcher Hochschuldiplomierten ohne weiteres der r o t e S t e m p e l aufgedrückt, und die armen Leute, denen das Studieren soviel Mühe und Leid gekostet hatte und die endlich in den russischen Industrierayons eine Brotstelle zu finden hofften, waren genötigt, in ihre trostlose Gegend zurückzukehren. Mit den Anfängen des russischen politischen Frühlings beginnt auch ein leiser Hoffnungsstrahl in die Reihen dieser modernen Parias einzudringen. Dank der unermüdlichen Vorarbeit von hervorragenden jüdischen Juristen wurde eine verwickelte Senatserklärung bekannt gegeben, nach welcher den Hochschuldiplomierten das Wohnrecht unter folgenden Bedingungen eingeräumt wurde. Sie müssen: 1. ein Zeugnis beibringen, daß sie einige Zeit in einer Fabrik oder Werkstätte innerhalb des Ansiedelungsrayons tätig waren; 2. ein Zeugnis ihrer politischen Reinheit (Blagonadioshnosti) vorweisen; und 3. nachweisen, daß sie schon eine Anstellung außerhalb des Ansiedelungsrayons besitzen.

Obgleich diese heilbringende Senatserklärung oft und ganz deutlich publiziert wurde, wollten die niederen Administrativbeamten in der ersten Zeit davon gar nichts wissen. Der Polizeikommissar des ersten Narva-Reaiers zu Petersburg erklärte einem Doktor der Chemie, der ihm alle die nötigen Papiere vorgelegt hatte, daß er erstens eine solche Senatserklärung überhaupt nicht kenne und daß er zweitens sie nach seinem Belieben deuten könne. Ein anderer Polizeikommissar drückte seine Verwunderung darüber aus, daß ein Doktor der Chemie als Handwerker gelten wolle. Schließlich opferte der Doktor ein D r e i r u b e l s t ü c k und die Senatserklärung trat in Kraft. Leider ist dieser Vorfall keine Anekdote, sondern er beruht auf Wahrheit. Noch bis zum heutigen Tage fällt es den jüdischen Doktoren der Chemie und den Ingenieuren, die ihre Ausbildung im Auslande genossen haben, recht schwer, die russischen Beamten an der Hand dieser gedruckten Senatserklärung von ihren Rechten zu überzeugen. Welche moralischen Erniedrigungen diese jungen Leute erdulden müssen, ist schwer wiederzugeben. Wenn ihnen auch zuguterletzt das Wohnrecht genehmigt wird, so ist ihre Lage doch immer unsicher. Sind sie gezwungen, ihre Wohnungen zu wechseln, so beginnt das traurige Spiel von neuem.

Vermischtes.

Der Abg. Dr. Potthoff und die „Judenkammer". Die konservativ-antisemitische Presse nimmt mit Behagen Notiz von einem Urteil der S t r a f k a m m e r zu K a s s e l, durch das der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. P o t t h o f f wegen B e l e i d i g u n g der W a l d e c k i s c h e n D o m ä n e n - V e r w a l t u n g zu 200 Mark und die mitangeklagten Redakteure zweier liberaler Waldeckischer Blätter zu je 50 Mark Geldstrafen verurteilt worden sind.

In den Artikeln, die unter Anklage standen, war die Domänenkammer mit dem Ausdruck „J u d e n k a m m e r" bezeichnet worden.

Da die gegnerische Presse hieran hämische Glossen mit Bezug auf den Abg. Dr. Potthoff knüpft, so stellen wir hiermit fest, daß diese Artikel nicht die leiseste Spur von Antisemitismus enthalten.

In dem Artikel „Der verfassungswidrige Landtag" war gegeißelt, daß alle Verhandlungen des Waldeckschen Landtages in den Kommissionen, also vertraulich, erledigt wurden. Auch machte der Verfasser für die zutage tretende allgemeine Unzufriedenheit zum Teil die fürstliche Domänenkammer verantwortlich, durch deren Vorgehen sich weite Bevölkerungskreise bedrückt fühlten. Dabei hatte Dr. Potthoff

einen Vorgang angezogen, der sich in früheren Jahren in einer Landtagskommission ereignet haben sollte, die Domänenkammer sollte „Judenkammer" heißen. Der Verfasser erklärte vor Gericht ausdrücklich, daß er sich die antisemitische Tendenz dieses Ausdruckes nicht zu eigen machen wolle, aber er beweise, daß eine allgemeine Bedrückung empfunden werde. Er schloß, daß er sich des Eindrucks nicht erwehren könnte, daß ein Abgeordneter, der in voller Oeffentlichkeit und mit Entschiedenheit der Domänenverwaltung ihre Sünden vorhielte, der populärste Mann in ganz Waldeck würde. — Darob fühlte sich die Domänenkammer beleidigt und stellte Strafantrag mit dem oben angegebenen Erfolg.

Gegen das Urteil ist sofort Revision angemeldet, die sich im wesentlichen darauf stützt, daß die Angeklagten in der Führung des Wahrheitsbeweises für die Behauptungen Dr. Potthoffs beschränkt worden seien.

Ueber den neuen Minister des Innern in Preußen, Grafen Moltke, wird der „Königsberger Hart. Ztg." geschrieben:

„Auch den Juden gegenüber hat er sich, ohne daß freilich hier besondere Beziehungen vorlägen, in durchaus wohlwollender Weise verhalten. Bei der Zweihundertjahrfeier unserer Chewra (1904) war er zum Festgottesdienst der Einladung gefolgt und hat sich in sehr sympathischer Weise geäußert. Ebenso war er bei der Einweihung des Koschschen Waisenhauses anwesend; seine Abwesenheit bei der Einweihung des israelitischen Waisenhauses für Stadt und Provinz hatte er entschuldigt. In den Ausweisungssachen ist er innerhalb der Schranken der Ministerialerlasse durchweg mit Milde und Wohlwollen vorgegangen."

In der Frage, ob Israeliten am Genusse von Stiftungen teilnehmen dürfen, die von Christen errichtet sind, besteht in Deutschland kein einheitliches Recht. In Baden z. B. ist, wie wir einem Aufsatze von Dr. Hans Heimberger in Nr. 11 der „Kirchenrechtlichen Abhandlungen" (Stuttgart, Ferd. Enke) entnehmen, die Rechtslage folgende:

Das sogenannte Judenedikt für Baden von 1809 bestimmte: „Die jüdische kirchliche Gesellschaft des Landes hat auf dessen bisherige Kirchenkassen und auf christliche milde Stiftungen keinen Anspruch, da solche der christlichen Kirche überhaupt und jenen Konfessionen, denen sie besonders angehörten, ungeschmälert vorbehalten bleiben."

Dieses Gesetz hatte in Baden zunächst darin seine Grundlage, daß prinzipiell die Christlichkeit des Staates galt und daher alle Staatseinrichtungen voll und ganz nur Christen zugute kommen sollten. Dieses Prinzip vom christlichen Charakter des Staates galt in Baden bis in das Jahr 1860 hinein. Sodann besaß jenes Gesetz sein Fundament darin, daß die Religion des betreffenden Stifters schon durch sich allein eine beschränkende Kraft in Bezug auf den Kreis der Nutznießer seiner Stiftung ausübte.

Jener Rechtsgrundsatz, daß Israeliten an keiner von einem Christen errichteten Stiftung Anteil haben, gilt aber heutzutage nicht mehr in Baden. Seine Beseitigung wurde durch das badische Kirchengesetz vom 9. Oktober 1860 grundsätzlich vollzogen, denn in diesem hat sich der badische Staat prinzipiell seines speziell christlichen Charakters entkleidet. Dies schloß aber folgende Konsequenz in sich: die Zugehörigkeit zur christlichen Religionsgemeinschaft ist nicht mehr notwendiges Erfordernis für die Anteilnahme an den nicht ausdrücklich beschränkten neuen Stiftungen, d. h. neue, seit dem Gesetz vom 9. Oktober 1860 ohne Einschränkungsklausel errichtete Stiftungen sind eo ipso interkonfessionell. Nur „hinsichtlich der schon vorhandenen Stiftungsmittel wird man es mit Rücksicht auf das durch langjährige Uebung geheiligte Herkommen und auf den mutmaßlichen, durch die zur Zeit der Stiftung geltenden Gesetze und Zeitanschauungen bestimmten Willen der Stifter bei der seitherigen Bestimmung bewenden lassen müssen."

Aber auch diese Einschränkung fiel — zum größten Leidwesen konfessioneller Eiferer, wie z. B. der „Kreuzzeitung", die sich noch heut nicht darüber beruhigen kann — mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten in Baden vom 4. Oktober 1862. Es wurde nun Praxis, das Genußrecht der Israeliten auf die vor dem Gesetz vom 9. Oktober 1860 errichteten allgemein christlichen Stiftungen anzuerkennen.

Die Frage der Anstellung israelitischer Volksschullehrer an der konfessionell gemischten Gemeindeschule in Kaiserslautern, über deren Entwicklungsphasen wir mehrfach berichtet haben, hat jetzt eine prinzipielle Entscheidung durch das bayerische Kultusministerium erfahren, die recht deutlich erkennen läßt, wie es mit der Kgl. bayerischen Toleranz bestellt ist, und die auch für die übrigen bayerischen Stadtverwaltungen von prinzipieller Wichtigkeit ist. An der dortigen konfessionell gemischten Volksschule wurde ein als Fachlehrer für den israelitischen Religionsunterricht und als Aushilfslehrer zur Vertretung behinderter Klassenlehrer angestellter israelitischer Volksschullehrer dauernd pensioniert und gleichzeitig genehmigt, daß er bis auf weiteres den israelitischen Religionsunterricht an der Volksschule erteile. Der Stadtrat stellte mit Zustimmung der staatlichen Lokalschulinspektion den Antrag, auf Grund eines zwischen der Stadtverwaltung und der israelitischen Kultusgemeinde getroffenen Abkommens die Wiederbesetzung der erledigten Stelle mit einem israelitischen Lehrer zu genehmigen, der neben der Erteilung des Religionsunterrichts an der Volksschule auch die Vertretungsstunden in den Volksschulen in allen Lehrfächern, mit Ausnahme natürlich des christlichen Religionsunterrichtes, zu übernehmen habe. Die Kreisregierung in Speyer versagte diesem Antrag die Genehmigung mit der Begründung, daß die Verwendung israelitischer Lehrkräfte an konfessionell gemischten Volksschulen nach der Verordnung von 1883 nicht zulässig sei. Die bisherige Verwendung israelitischer Religionslehrer als Aushilfslehrer an konfessionell gemischten Volksschulen sei nur ausnahmsweise zugelassen worden. Gegen diese Regierungsentschließung erhob der Synagogenausschuß Beschwerde beim Kultusministerium mit der Bitte, die Anstellung eines israelitischen Lehrers als Aushilfslehrer an der konfessionell gemischten Volksschule, wenn auch wie bisher nur ausnahmsweise, zu genehmigen, unter Hinweis darauf, daß das Ministerium kompetent sei, von den für die Entschließung der Kreisregierung maßgebenden Bestimmungen ad hoc zu dispensieren. Der Antrag war von der Stadtverwaltung unterstützt. Dieser Antrag wurde, wie der „Frankf. Zeitung" mitgeteilt wird, vom Ministerium jetzt zurückgewiesen, mit der Begründung, daß nach den Verordnungen von 1883 und 1873 an konfessionell gemischten Volksschulen nur christliche Lehrkräfte angestellt werden dürfen. Die ministerielle Entscheidung bemerkte zum Schlusse, der Synagogenausschuß berufe sich mit Unrecht auf die Gleichberechtigung der Konfessionen, denn es gebe keine Vorschrift, durch die jede Rücksicht auf Konfessionen bei Anstellungen an bestimmten öffentlichen Anstalten ausgeschlossen wäre. — Die verfassungsmäßig garantierte „Gleichberechtigung der Konfessionen" kann also in Bayern durch einfache, ministerielle Verordnungen nach Belieben „sistiert" werden. Man verlangt zwar von den jüdischen Lehrern die gleiche Vorbildung und seminaristische Ausbildung, wie von den christlichen Lehrern, gewährt jenen aber nicht die gleichen Rechte wie diesen.

Kaiser Wilhelm II. über Heinrich Heine. In der „Neuen Freien Presse" wird erzählt, daß in einem Gespräch über die Erwerbung des Schlosses Achilleion auf

der Insel Korfu der Kaiser auch auf das dort van der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich errichtete Heine-Denkmal zu sprechen gekammen sei. Es waar ihm berichtet worden, daß einige Zeitungen gemeldet hatten, er walle das Heine-Denkmal entfernen lassen. Kaiser Wilhelm sall darüber aufs Höchste erstaunt gewesen sein und dazu folgende Bemerkung gemacht haben:

„Weiß Gott, ich werde es wahl den Leuten nie recht machen können. Wenn ich Denkmäler errichten lasse, ist's nicht recht. Jetzt bringen sie selbst die Nachricht, daß ich eins abreißen lassen will. Das ist ihnen aber natürlich auch nicht recht."

Aus den weiteren Aeußerungen des Kaisers ging jedenfalls hervar, daß das Heine-Denkmal dart bleiben soll, wo es steht; schließlich sagte Kaiser Wilhelm: „Die Lareley ist doch ein deutsches Lied!"

Wir wissen nicht, ob die Aeußerung des Kaisers beglaubigt ist; pasitiv unwahr ist aber jedenfalls die „histarische" Reminiscenz, durch die das antisemitische Wiener „Valksblatt" die Glaubwürdigkeit dieser Stellungnahme Kaiser Wilhelms II. zu erschüttern sucht. Es behauptet nämlich, „daß es seinerzeit am Berliner Hafe unliebsam berührte, als sich weiland Kaiserin Elisabeth mit der Zeichnung einer sehr bedeutenden Summe an die Spitze der Liste stellte, die damals umging zu dem Zweck, Spenden für ein Denkmal des Dichters auf deutschem Baden zu sammeln. Deshalb sah sich der Reichskanzler Fürst Bismarck veranlaßt, an das Auswärtige Amt in Wien ein Schreiben zu richten, in welchem er zwar in liebenswürdigster Weise, aber doch sehr deutlich darauf hinwies, welchen unangenehmen Eindruck auf die kaiserliche Familie die Begeisterung der Kaiserin Elisabeth für einen Paeten machen müsse, welcher das Haus Hahenzallern samt dem deutschen Valke stets verhöhnt beschimpst und verspottet hat. Es unterliegt wohl nicht dem geringsten Zweifel, daß der eiserne Kanzler nicht auf eigene Faust, sondern auf Anregung des alten Kaisers Wilhelm das erwähnte Schreiben verfaßte, und die Annahme, daß dessen kaiserlicher Enkel weniger preußisch-deutsch gesinnt sei, läßt sich doch wohl kaum begründen."

Was hier über eine angebliche Intervention des Fürsten Bismarck gesagt wird, ist blanker antisemitischer Schwindel. Ganz abgesehen davan, daß der erste Kanzler des deutschen Reichs sich niemals zu einer solchen Ralle, wie sie ihm hier angedichtet wird, hergegeben hätte, widerspricht auch die prinzipielle Stellung des Fürsten Bismarck zur Denkmalsfrage dieser Schilderung. Der unlängst verstorbene Max van Rattenburg, Bismarcks langjähriger Mitarbeiter, hat im Februar v. Js. brieflich bestätigt, was damals in der Presse erörtert wurde, nämlich daß Bismarck den Dichter Heine gegen die Vorwürfe seiner Angreifer in Schutz nahm, und daß Bismarck sich für ein deutsches Heine-Denkmal erklärt hat. Herr v. Rottenburg schrieb damals: „Fürst Bismarck fand es durchaus gerechtfertigt, daß Heine ein Denkmal in Deutschland erhielte. Sa wenigstens hat er sich mir gegenüber ausgelassen."

Rattenburg bestätigte zugleich die Wahrheit dessen, was früher als Bericht durch die Presse gegangen ist: Bismarck hat im Hindlick auf die Widersacher des Denkmals tatsächlich das Wart gesprachen: „Und vergessen die Herren denn ganz, daß Heine ein Liederdichter ist, neben dem nur noch Gaethe genannt werden darf?"

Konfessionelle Kunst. In dem 2. Augusthefte des „Kunstwart" behandelt ein Katholik, Jaseph Heß-Wipperfürth, das Thema „Neukatholische Belletristik und kanfessianelle Kunst". Der Verfasser will durch seine Darlegungen augenscheinlich beweisen, daß die van manchen Seiten — sicherlich zu Unrecht — behauptete litterarische Rückständigkeit der Kathaliken nicht besteht. Er läßt zu diesem Zwecke eine Reihe von litterarischen Varkämpfern der madernen Belletristik Revue passieren, die sämtlich Katholiken sind. Uns interessiert an dieser Frage nur die Nutzanwendung, die der Verfasser aus seinem Material alsa zieht:

„Wer unter den namhaften deutschen Schriftstellern der Gegenwart gehärt seiner Konfessian nach zum Kathalizismus, ahne daß er sich in seinem künstlerischen Schaffen offiziell zu ihm bekennt? Die Frage ist nicht müßig. Der Natur der Sache nach muß es nämlich schlechterdings für ausgeschlassen gelten, daß der Katholizismus in der Belletristik nur durch die wenigen Namen vertreten sein sall, die wir oben anführten. Wa sind die anderen? Wir wären in der Lage, aus brieflichen Mitteilungen einer unserer bekanntesten Litteraturgrößen zu beweisen, daß der namhaften kathalischen Belletristen heute nicht wenige sind, Persönlichkeiten zugleich, die sich ihrer Konfessian gern und waarmherzig bewußt bleiben. Warum kennt man sie nicht als salche? Sollte die Antwart schwer zu erraten sein? Als unerträgliche Beschränkung muß der Künstler es empfinden, wenn er sich in seinem Schaffen eingeengter fühlt durch fartgesetzte Rücksichtnahme auf ein konfessionell abgegrenztes Publikum; das gilt für den protestantischen Künstler nicht weniger als für den kathalischen. Der Künstler will frei sein und muß frei sein van einer Kritik, die ihn in erster Linie mit dem Maßstabe des kanfessionellen Dogmas mißt. Ist er innerlich von seiner Weltanschauung überzeugt, sa wird er sie schon van selbst in seinem Kunstwerk nicht verleugnen. Traurig genug, daß durch die Lage der Verhältnisse unser bürgerliches Leben von der kanfessianellen Zerrissenheit in seiner inneren Kraft beeinträchtigt wird. Aus der Kunst wenigstens, saweit sie nicht unmittelbar religiösen Zwecken dient, sall konfessianelle Absonderung fernbleiben. Wenn irgendwa die Möglichkeit gebaten ist zur verständnisvollen gegenseitigen Würdigung der Kansessionen, sa auf dem Gebiete der Kunst."

Richard Wagner und Hermann Levi. Anläßlich des Gedenktages der var 25 Jahren stattgehabten Erstaufführung des „Parsifal" war in der Presse an die durch einen antisemitischen Zwischenfall zeitweise getrübten Beziehungen zwischen dem graßen Kamponisten und seinem genialen Interpreten erinnert worden. Houston Stewart Chamberlain gibt in seiner Einführung zu den Briefen Richard Wagners falgende Darstellung dieses Zwischenfalls, die wohl im allgemeinen zutreffend sein wird, da sie sich auf Quellenmaterial stützt.

Wagner hatte sehr wohl die offenbare Befähigung Levis erkannt und während der Vorbereitungszeit zu seiner lebhaften Freude und Genugtuung wahrgenammen, wie schnell und tief sich der Künstler mit seinem Werke vertraut gemacht hatte. Bereits während der Praben war dies deutlich hervorgetreten. Hatte Wagner dach früher schan, in langjähriger Korrespandenz mit dem Münchener Generalmusikdirektar, nicht nur dessen Auffassungsfähigkeit, sondern auch seine hohe Intelligenz und Bildung erkannt. Levi war aber nicht nur ein Mann von weitester und tiefster Bildung, sandern, was mehr ist, van haher Kultur. Und salche Männer kammen ja in Bayreuth var allem in Betracht. Hier spielten Stammesangehörigkeit aber gar „Konfessian" gar keine Rolle. Kurz ehe die Frage des Parsifal-Dirigenten brennend gewarden war, im Beginn des Jahres 1881, hatte der Meister auf eine Mitteilung Angelo Neumanns diesem nach Berlin geschrieben: „Der gegenwärtigen „antisemitischen"-Bewegung stehe ich vollständig fern; ein nächstens in den Bayreuther Blättern erscheinender Aufsatz von mir wird dies in einer Weise bekunden, daß Geistvallen es sagar unmöglich werden dürfte, mich mit jener Bewegung in Beziehung zu bringen." — Nach diesem Grundsatze verfuhr er auch bei Levi, als hier versteckte Böswilligkeit und Hinterlist einen Keil treiben wallte in die schöne Harmanie der Beziehungen. Es hängt dies zusammen mit dem zweiten Grunde, weshalb der Meister den

Künstler unbedingt als Bayreuther Parsifal-Dirigenten sehen wollte. König Ludwig der Zweite von Bayern hatte für die „Parsifal“-Aufführungen sein Münchener Hofopernorchester zur Verfügung gestellt. An dessen Spitze stand Hermann Levi. Damit war jeder Zweifel in Betreff der Dirigentenfrage für „Parsifal“ beseitigt. Gewisse Dinge intimer Art, wie die eingangs erwähnten, wären vielleicht gar nicht erörtert worden zwischen Wagner und Levi, wenn nicht ein anonymer Brief eine Diskussion hervorgerufen hätte. Levi selbst berichtet darüber, er sei von Mitte Juni 1881 an Gast des Hauses Wahnfried gewesen. Eines Tages habe ihn Wagner gebeten, einen anonymen Brief zu lesen, den er soeben erhalten habe. In diesem Briefe sollen nach Levis Ausdruck sein Charakter und seine Beziehungen zu Wahnfried in der schmählichsten Weise verdächtigt worden sein; Wagner sei darin beschworen worden, „sein Werk rein zu erhalten, es nicht von einem Juden dirigieren zu lassen“ usw. Natürlich war der Künstler darüber aufs tiefste betroffen und fragte den Meister, warum er ihm den Brief überhaupt zu lesen gegeben habe.

„Das will ich Ihnen sagen,“ habe Wagner geantwortet, „hätte ich den Brief niemandem gezeigt, ihn vernichtet, so wäre vielleicht etwas von seinem Inhalt in mir haften geblieben; so aber kann ich Sie versichern, daß auch nicht die leiseste Erinnerung an ihn mir bleiben wird.“

Nach einer bei Levi nicht mehr ganz deutlichen Erinnerung soll Wagner sogar von einer Ohrfeige gesprochen haben, die dem anonymen Briefschreiber von ihm zugedacht sei.

Trotz dieser deutlich ausgesprochenen Genugtuung für Levi hielt es dieser doch für besser, an jenem Tage gleich nach Tisch seine Sachen zu packen und, ohne sich zu verabschieden, abzureisen. Er glaubte wohl, Wagner werde in der Folge durch die Wahl seiner Persönlichkeit zum Dirigenten noch allerlei unberechenbaren Aerger haben. Von Bamberg schrieb er dem Meister einen ausführlichen Brief, der in der Bitte gipfelte, ihn der Direktion des „Parsifal“ zu entheben. Hier nun gab Wagner zwei noch deutlichere Beweise seiner Wertschätzung für Levi und seines unbedingten Willens, ihn nun gerade und trotz alledem als Dirigenten des Weihefestspiels zu erhalten. Er depeschierte zunächst: „Freund, Sie sind auf das ernstlichste ersucht, schnell zu uns zurückzukehren; es ist die Hauptsache schön in sichere Ordnung zu bringen.“ Levi bat darauf nochmals dringend, ihn zu entlassen, und erst der nachfolgende Brief veranlaßte ihn, zurückzukehren. Dieser Brief lautet:

„Liebster, bester Freund! Alle Ihre Empfindungen in Ehren, so machen Sie doch sich und uns nichts leicht! Gerade daß Sie so düster in sich blicken, ist es, was uns im Verkehr mit Ihnen etwa beklemmen konnte! Wir sind ganz einstimmig, aller Welt diese Sch . . . zu erzählen, und dazu gehört, daß Sie nicht einfach von uns fortlaufen und folgends Unsinn vermuten lassen. Um Gottes willen, kehren Sie sogleich um und lernen Sie uns endlich ordentlich kennen! Verlieren Sie nichts von Ihrem Glauben, aber gewinnen Sie auch einen starken Mut dazu!

Vielleicht gibt's eine große Wendung für Ihr Leben — für alle Fälle aber — sind Sie mein „Parsifal“-Dirigent! Nun herauf, herauf!

Ihr

R. W.“

Es ist begreiflich, daß Levi dieser Bitte nicht widerstehen konnte.

Levi errang mit der wahrhaft genialen Leitung des Orchesters einen Weltruf als prädestinierter „Parsifal“-Dirigent. Er schuf in musikalischer Hinsicht die sogenannte Parsifaltradition für Bayreuth, die so lange Jahre bestanden hat und heute noch besteht.

Ueber den Zionismus und die akademische Jugend finden wir in einem dem Zionismus sehr wohlgesinnten Organ eine Abhandlung aus der Feder des Herrn Dr. Felix Goldmann, aus der uns folgende Gedankengänge recht beachtlich erscheinen:

„Der gegenwärtige Zustand in konfessionellen Dingen ist an den deutschen Hochschulen ein unsagbar trauriger. Nicht das wollen wir als das Traurige ansehen, daß der jüdische Student aus der Menge der historischen Akademikerverbände ausgeschlossen ist, falls er sich nicht dazu erniedrigt, die Zugehörigkeit zu einem auf sein Geld spekulierendes Corps durch die Bezeichnung als „Dissident“ zu erkaufen, oder in irgend einer Reformverbindung als „Prozentjude“ ein geduldetes Dasein zu führen. Denn es wäre eines selbstbewußten jüdischen Studenten auf jeden Fall unwürdig, auch nur den leisesten Anschein zu erwecken, als ob ihm an der Gesellschaft derer etwas liege, die ihn zurückstoßen. Ob es aber darum richtig war, diesen ungerechtfertigten Zustand zu legalisieren und rein jüdische Vereine zu gründen, ist sehr zweifelhaft. Ich will hier die schlagenden Judenverbindungen dabei außer Acht lassen, da sie nur ein Trotzjudentum vertreten und zugestandenermaßen sich zu Tendenzen bekennen, die mit religiösen und nationalen Auffassungen nichts zu tun haben; erklären doch viele von ihnen ziemlich offen, daß ihre Existenzberechtigung mit dem Tage aufhört, da die jetzt „deutsch-nationalen“ Korporationen wieder Juden aufnehmen. Ich denke an die große Zahl von Verbindungen jüdischer Studenten, die unter dem Einfluß des beginnenden Zionismus von Zionisten begründet sind und — trotz einiger „Renommierantizionisten“ — auch auf dem Standpunkte der Bewegung stehen, sofern sie nicht überhaupt offiziell zionistische Verbindungen heißen. Der Judenparagraph dieser Korporationen, die Bestimmung, daß nur Juden aufgenommen werden sollen, hat zur Folge gehabt, daß der Ausschluß der Juden aus anderen Vereinen als ein berechtigter angesehen werden muß. Wir wollen an dieser Stelle uns über den Wert der jüdischen Kulturarbeit, die von jungen Studenten geleistet werden kann, nicht auseinandersetzen, aber selbst derjenige, der vor dieser studentischen Arbeit die größte Hochachtung hat, wird zugeben müssen, daß ein auffallender Widerspruch zwischen dem Betonen der Absonderung auf jüdischem Gebiete und der rein jüdisch-nationalen Arbeit einerseits und dem Jammern über den konfessionellen Ausschluß und die damit dokumentierte Zurücksetzung auf der andern Seite besteht. Wollen die jüdischen Studentenverbindungen nur einigermaßen konsequent sein, so müssen sie jede neue Sperrung von Vereinen, Lesehallen, Komitees usw. für Juden mit Freuden begrüßen . . . .“

Antisemitische Bade- usw. Orte. Wie uns von geschätzter Seite mitgeteilt wird, ist z. B. in Walchensee und in Urfeld am Walchensee von einer Animosität gegen jüdische Besucher nichts zu merken; wir werden daher diese Orte künftig von unserer Liste absetzen.

Der Besitzer des Hotels „Kaiser Franz Joseph“ in Norderney Karl Pongratz erläßt mit Bezug auf die in der letzten Nr. der „Mitteilungen“ erwähnte Protest-Versammlung der Kellner eine Gegenerklärung, worin es heißt:

„Ich habe den Angestellten der hiesigen Hotels den Besuch meines Lokales untersagt, weil meine Räume den hier weilenden Kurgästen reserviert bleiben sollen. Eine Anzahl Kellner hat trotz dieses Verbotes, in der Absicht, einen Skandal hervorzurufen, meine Räume aufgesucht.

Ich wies die Ruhestörer hinaus.

Die Flugschrift, welche die Kellner verteilen ließen, ist ein Racheakt der Gemaßregelten.

Die Behauptung, ich hätte einen Kellner seiner jüdischen Konfession wegen nicht engagiert, ist eine infame Lüge.

Gegen den mutmaßlichen Denunzianten ist bereits Anzeige erstattet; das amtliche Ergebnis wird von mir veröffentlicht werden.

Meine zahlreichen Gäste aller Konfessionen, die seit Jahren in meinem Hause verkehren, wissen, daß ich über derartig niedrige Gesinnungen erhaben bin. Mit dem antisemitischen Motiv glaubte man, mich besonders schädigen zu können.“

Gleichzeitig erhalten wir von jüdischer Seite aus Norderney eine Zeitschrift, worin gegen die Behauptung, daß Herr Pongratz Antisemit sei, unter Beifügung glaubhafter Zeugnisse Einspruch erhoben wird.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 34. — Berlin, 21. August 1907. — 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der wissenschaftliche Antisemitismus.

(Schluß.)

Die Statistik ist das Element, in dem unser Autor schwelgt. Er zerrt viele Zahlen und Tabellen herbei, um zu beweisen, daß die Juden in viel höherem Maße die Mittel- und Hochschulen besuchen, als Protestanten und Katholiken. Selbstredend wird als Grund der Reichtum der jüdischen Eltern angegeben. Daß sie aber im hohen Maße opferfreudig sind und sich oft Entbehrungen auferlegen, um nur ihren Kindern eine gute Erziehung angedeihen zu lassen, das wird verschwiegen. Tatsache ist, daß die jüdischen jungen Leute oft unter den größten Entbehrungen studieren. Die hervorragendsten Gelehrten und Schriftsteller jüdischer Konfession in Deutschland sind aus armen, manchmal ärmsten Kreisen hervorgegangen. Die Moral der antisemitischen Untersuchung wird so zusammengefaßt: Wissen ist Macht, also liegt in der Aneignung von Bildung und Wissenschaft seitens der Juden eine Gefahr für Staat und Volk. Der Verfasser schreibt:

„Infolge der großen Anteilnahme am Hochschulstudium ist der Jude heute bereits in beängstigender Weise der Vermittler der Güter geworden, welche die Wissenschaft zum Wohle des Volkes aufgespeichert und erforscht hat. Unter dieser starken jüdischen Interpretation der Errungenschaften der Wissenschaft hat aber die christliche Weltanschauung in bedauerlicher Weise zu leiden. Das Judentum hat längst seinen Weg auch in die Kreise der Hochschulprofessoren selbst gefunden. Einzelne Disziplinen, wie die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät, insbesondere aber die medizinisch-naturwissenschaftliche Fakultät, sind an manchen Universitäten sehr stark mit jüdischen Professoren und namentlich Privatdozenten besetzt. Für das Christentum mit seiner hohen Ethik und Sittenreinheit, seiner Kraft und Wahrheit ist da freilich kein Platz mehr."

Ja, auf welchem Planeten lebt denn unser Autor? Weiß er nicht, wie wenig ordentliche Professoren jüdischen Glaubens es in Deutschland gibt? Und wenn sie als außerordentliche Professoren oder gar als Privatdozenten Jahrzehnte hindurch wirken, so ist das sicherlich ein Beweis von Idealismus. Aber — bei den Juden wird eben alles zur Gefahr, sie sind sogar, wie der Verfasser meint, für den Darwinismus verantwortlich. Es scheine, daß die Juden Naturwissenschaften und Rechts- und Staatswissenschaften aus talmudischen und kabbalistischen Quellen studieren, sonst wäre es kaum zu begreifen, daß diese Disziplinen bei den Juden anders als bei den Christen wären. Es werde noch so weit kommen, daß auch Mathematik und Astronomie durch die jüdischen Professoren vergiftet werden.

Unser Psychologe dringt bis in die innersten Falten der jüdischen Seele ein und er entdeckt da immer neue Eigenschaften. Er schreibt:

„Das Prinzip der schrankenlosen individualistischen Wirtschaftsentwicklung, der Grundsatz: laisse faire, laisse aller, die Theoreme des Freihandels, die Negation des christlichen Solidaritätsprinzips im Wirtschaftsleben, fanden im Judentum energische und fanatische Verteidiger. So lange die Wirtschaftsmoral des politischen Liberalismus diesen Grundsätzen huldigte, waren die Juden seine warmen Freunde, darum heute die Abkehr des Judentums vom Liberalismus, nachdem er sein Programm verändert, nachdem die wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen des Volkes anders geworden sind."

Daß der Freihandel die Negation des christlichen Prinzipes ist, haben wir bisher wirklich nicht gewußt. Wir haben sogar immer die freihändlerischen Engländer für gute Christen gehalten. Daß die Juden dem Liberalismus untreu geworden sind, haben wir bisher auch nicht gewußt. Ja, der Liberalismus war ihnen nicht mehr schrankenlos frei in der wirtschaftlichen Entwicklung. Warum aber viele Juden sich zur Sozialdemokratie bekennen, die doch der Antipode der freien Wirtschaftsentwickelung ist, das leuchtet uns noch immer nicht ein. Dabei ist es derselbe Verfasser, der die Behauptung aufstellt, daß die Sozialdemokratie überall jüdisch ist. Ob dieser Widerspruch in der jüdischen Seele oder im Gehirn des Verfassers ruht, das können wir nicht sagen.

Auch die Kriminalstatistik wird breit aufgerollt und aus den amtlichen Ergebnissen in Holland, Oesterreich und Deutschland wird bewiesen, daß die Juden in einigen Delikten prozentual stärker beteiligt sind als die Christen. Woher diese Erscheinung? Der Verfasser antwortet einfach: „Moralische Minderwertigkeit der jüdischen Rasse". Wie oft ist dieses Kapitel schon in Büchern und Aufsätzen behandelt worden! Wie oft ist diese Behauptung ad absurdum geführt worden! Alles umsonst, für gewisse Schriftsteller gibt es nur heilige Zahlen und — antisemitische Gefühle. Es ist im 20. Jahrhundert schon wirklich Zeit, daß man aufhört, bei der Kriminalität Konfession und Abstammung mit in Betracht zu ziehen. Es ist geradezu unbegreiflich, daß eine moderne Kriminalstatistik noch eine besondere Rubrik für die Religion führt. Soziale Verhältnisse, Milieu und Erziehung sind wohl sehr wertvoll für die Beurteilung des Verbrechens und seiner Quellen, das religiöse Bekenntnis aber ist hier ebenso nebensächlich wie die Gestalt der Nase und die Farbe des Haares. Man braucht nur diejenigen Delikte etwas näher anzusehen, in denen die Juden stärker vertreten sind, um gleich die Erklärung dafür zu finden. Es sind nämlich fast

durchweg *Delikte*, die mit dem *Geschäftsleben* mittel- oder unmittelbar *zusammenhängen*. Die Juden treiben mehr Handel, kammen daher natürlich eher in die Lage, Bankerotte zu machen, Zeugnisse var Gericht abzulegen und Meineide zu leisten, als die Arbeiterklasse oder die Bauern auf dem Lande. Es ist hier keine Zauberei, es geht alles *mit natürlichen Dingen zu*, wie es andererseits ebenso begreiflich ist, daß die Juden bei den Delikten Raub, Mord, Totschlag, Erpressung usw. schwächer beteiligt sind, weil sie weniger trinken, mehr in der Familie leben und weniger verrohen. *Die sittlichen Tugenden und Untugenden haben nichts mit der Rasse und nichts mit der Religion zu tun, sondern sind in der Hauptsache von den sozialen Verhältnissen durch Generationen* **anerzogen**. Das ist van anständigen Christen tausendmal bereits betont worden, unter anderen auch von *Windthorst*. Unser katholischer Nationalökonom aber weiß von allem dem nichts. Wenn er ehrlich sein wollte, dürfte er auch die Tatsachen nicht verschweigen, daß alle diese Verbrechen, die in einer finsteren Zeit der Bedrängnis ihre Wurzel haben, von Jahr zu Jahr abnehmen, daß also die Tendenz des sittlichen Fortschrittes sich deutlich zeigt. Es ist eine unerhörte Fälschung der Tatsachen, wenn der Verfasser eine graße Anzahl von Verbrechen „spezifisch jüdische" nennt. Wenn ein Jude es wagen würde, Sittlichkeitsvergehen gegen Kinder als ein spezifisches Verbrechen des katholischen Klerus zu bezeichnen, weil durch einige Jahre katholische Geistliche wegen dieses Verbrechens verurteilt worden sind, sa würde es jeder anständige Mensch mit Recht als frech und gemein verdammen. Wie sollen wir nun die Handlungsweise dieses fromm katholisch sein wallenden Mannes nennen? Sophistisch ist auch der Schluß der kriminalistischen Betrachtung:

„Der sittliche Gehalt des modernen Judentums zeigt dabei vom Standpunkte der christlichen Moral einen sehr beachtenswerten Tiefstand, wenn auch zugegeben werden muß, daß der Vergleich mit der *Moralkraft der christlichen Wirtsvölker* für die letztere gerade *kein allzu rühmliches Zeugnis* ergibt."

Man könnte den Satz ebensa gut umkehren, ohne dabei weniger gerecht und weniger geistreich als unser Autor zu sein. Mit solchen Sätzen kann man alles behaupten, aber nichts wissenschaftlich beweisen.

Der Verfasser laidmet dem „Wesen des Judentums" ein besonderes Kapitel, aber das Bild, das er vom Judentum entwirft, ist ein gänzlich entstelltes, eine Karrikatur. Wenn man als Quellen Treitschke, Fromer und sagar das verworrenste Buch „Rembrandt als Erzieher" sich wählt, dann kann ein gesundes Produkt nicht herauskommen. Die Möglichkeit der *jüdischen Assimilation* wird aus inneren Gegensätzen zwischen Juden und Deutschen kategorisch verneint. Ja, wenn *Stahl* (Schlesinger) die Idee des christlichen Staates begründen, *Mendelssohn-Bartholdy* Kirchenmusik komponieren, *Kohn* Erzbischof werden und *Harden* antisemiteln kann, dann scheint doch die Assimilation nicht gar sa unmöglich zu sein. Dach bleiben wir ernst. Assimilation heißt gleich sein, anpassen, aber nicht verschmelzen. Dieses Ziel ist von 99 Prozent aller deutschen Juden längst erreicht worden. Die Juden bilden einen homogenen Teil des deutschen Volkes und sind aus der deutschen Kultur gar nicht mehr auszumerzen, *sie sind also assimiliert*. Ein Verschmelzen, ein „Aufgehen ohne Rest" ist unmöglich, ist aber auch absolut unnötig und kann vernünftiger Weise gar nicht verlangt werden. Unser Verfasser ist sehr streng, ihm genügt auch die christliche Taufe eines Juden nicht. Wenn aber die christliche Bekehrung eines Juden ganz unmöglich ist, warum in aller Welt stehlen die katholischen Klöster in Galizien jüdische Kinder, um sie mit Gewalt zu taufen?

Originell ist auch die *Definition*, die unser Autor vom *Christentum* gibt: „Das Christentum ist die vollkommenste Negation des Judentums. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich ein Hauptgrund für die Antipathie der Christen gegen die Juden." Das ist nicht nur paradax, sondern direkt falsch. Wer sa urteilt, der kennt das neue Testament ebensa wenig wie das alte. Nein, das Christentum ist nicht die Verneinung, sandern die Ergänzung, die Fortsetzung des Judentums. Es ist aus dem Judentum hervargegangen und hat seine wesentlichsten Merkmale behalten, wenn es sich auch nach einer anderen Seite entwickelt hat. Es ist also barer Schwindel, wenn man die Abneigung aber gar den Haß gegen das Judentum mit dem Gebote der christlichen Nächstenliebe in Einklang zu bringen sucht. *Wenn die christliche Nächstenliebe nicht für alles bestimmt wäre, was Menschenantlitz trägt, dann hätte sie keine ethische Bedeutung.* Daß man aber alle Menschen der Erde lieben und nur das Judentum hassen soll, weil es die Mutter des Christentums ist, das ist lagisch absurd und ethisch unannehmbar.

Es ist eigentümlich! Die Leute zerbrechen sich die Köpfe, um das Wesen des Judentums festzustellen, und sie ziehen alle möglichen und unmöglichen Bücher herbei, nur das eine naheliegende Buch, *die Bibel*, vergessen sie dabei. Und doch gibt es gar keine bessere Quelle als die Bibel, denn sie bildet das Lebensbuch der jüdischen Gemeinschaft aller Zeiten. Darin muß sich doch das Wesen des Judentums zeigen. Und auch dem Wesen der Judenheit muß dieses Buch wahl entsprechen, sonst könnte es nicht Jahrtausende hindurch die Grundlage des jüdischen Glaubens bilden. So nehmet dieses Buch zur Hand und leset es ahne künstliche und gekünsteste Interpretation, und ihr findet darin den Juden, wie er von der Natur ist, schlicht und treu gezeichnet.

Aber die Wahrheit wird gemieden, auch da, wo sie am bequemsten ist. Und mit der Bibel kann man ja auch nicht so umspringen wie mit den anderen „Beweisen". Es ist fast unglaublich, wie frival man bei diesen Argumentatianen zu Werke geht. Unser Verfasser betrachtet die Skrupellosigkeit als jüdisches Spezifikum und schreibt: „Leute mit weitem Gewissen gibt es überall, beim Juden ist dieses die Regel." Und das nennt sich wissenschaftlichen Beweis! Im Grunde genommen läuft diese ganze Betrachtung des jüdischen Wesens nur darauf hinaus, alles Schlechte und Gemeine als spezifisch jüdisch darzustellen. Das ist und bleibt eine traurige Erscheinung, daß man die Wissenschaft für salche Zwecke mißbraucht. Ihr seid von einem atavistischen Haß beseelt, dagegen ist nicht viel zu machen, aber habt wenigstens so viel Respekt vor der Wissenschaft, um nicht in ihrem Namen zu sprechen! Ihr wollt und könnt eure barbarische Natur nicht verleugnen, sa redet wenigstens nicht vam Christentum und von Menschenliebe!

Nach allen diesen tiefen Erkenntnissen waren wir ordentlich gespannt auf die „*Maßnahmen in der Judenfrage*", die dieser vielseitige Herr varzuschlagen hat. Aber auch hier findet man schließlich nichts Ganzes und man vermißt auf Schritt und Tritt die Konsequenz. Der Verfasser kanstatiert, daß in vielen Kreisen tatsächlich eine Abneigung gegen die Juden herrscht. Natürlich ist sie für ihn berechtigt, denn das Judentum bildet ja die größte Gefahr der Gegenwart. Und doch ist er gegen alle staatlichen Ausnahmegesetze, weil sie im Widerspruche zu dem Zeitgeist stehen. Ja, glaubt er denn, daß die Abneigung gegen eine Bevölkerungsklasse, mit der man zusammen lebt,

mit dem modernen Geiste in Einklang zu bringen ist? Von der Art der Bekämpfung schreibt er:

„Die erfolgreichste Bekämpfung des Judentums und die Ausmerzung seiner Schädlichkeiten wird dann erreicht, wenn die Gesellschaft wieder zu der Einfachheit, Erhabenheit, zum Idealismus des Christentums zurückkehrt und durch diese Wiedererneuerung des gesamten Lebens in Kultur, Politik, Wissenschaft, Erwerb das Judentum zwingt, sich der hohen sittlichen Kraft des Christentums zu beugen."

Eine solche Bekämpfung würden wir uns und wohl auch alle Israeliten der Welt gefallen lassen. *Nur muß dieser Kampf ehrlich geführt werden und vor allem muß die Liebe und nicht der Haß dabei die Triebfeder sein.* Daß es aber dem Verfasser damit ehrlich gemeint ist, möchten wir bezweifeln, denn was er gleich darauf vorschlägt, läuft auf eine wirtschaftliche Ruinierung und gesellschaftliche Isolierung der Juden hinaus. Er warnt nämlich davor, bei Juden zu kaufen, möchte den jüdischen Zwischenhandel überall ausgeschaltet haben, mit anderen Worten, die wirtschaftliche Existenz der Juden unmöglich machen. Soll das die sittliche Kraft des Christentums sein, vor der sich das Judentum beugen müßte? Ist das der Idealismus des Christentums?

Aber der gute Herr glaubt selbst nicht daran, daß diese „Ideen" realisiert werden können. Er schreibt: „Eine bange Furcht aber möchte uns beinahe beschleichen in dem Gedanken, ob es gelingen wird, den Einfluß des Judentums zu brechen, das Volk aus den drückenden Fesseln des Judentums zu befreien."

Also, wozu das ganze Buch? Um unter dem Deckmantel der Wissenschaft und des Christentums zu hetzen und die Köpfe zu verwirren? Tatsächlich wird kein vernünftiger Politiker irgend welchen Nutzen oder irgend welche Anregung von dieser „sozialen und politischen Studie" mit heim nehmen. Nur das eine betrübende Gefühl bleibt nach der Lektüre dieses Buches, daß man im 20. Jahrhundert über die einfachsten Probleme des Lebens noch so viel verworrenes Zeug schreiben kann. Wollt Ihr die Lösung dieses Judenproblems? Wohlan, ich will es Euch verraten: *Sehet in dem Juden, wie in jedem anderen, den Menschen, nicht mehr und nicht weniger, den Menschen mit Tugenden und Schwächen, und reichet ihm die Bruderhand, um gemeinsam alles Gute zu fördern und alles Böse zu bekämpfen!*

F. S.

Ein neues Zentrums-Witzblatt?

In gewissen Zentrumskreisen Bayerns, namentlich in denen, die dem Bauernbunde nahestehen, wird in jüngster Zeit die Gründung eines neuen katholischen Witzblattes als dringendes Bedürfnis empfunden. Im Grunde genommen ist die Einengung des Witzes durch parteipolitische Geleise und konfessionelle Scheuklappen ein Unsinn. Ein Witz muß frei sein, muß fliegen, blitzen und zünden können. Sein Reich muß unbeschränkt sein, er muß über alles spotten dürfen, sogar über sich selber, er muß nur die von der Vernunft und von der Aesthetik gestellten Grenzen inne halten und darf nicht verletzen.

Aber leider gehört auch dieser Widerspruch der Natur zu den Alltagserscheinungen und es gibt kaum eine Partei in Deutschland, die nicht ihr Witzblatt hat oder gehabt hat. Wie gesagt, darüer wundert sich niemand mehr, und im Zentrum gibt es ja Leute, die sich die Welt und ihre Erscheinungen nur in konfessioneller Gestalt denken können. Wir besitzen sogar Tanzkränzchen, Badeanstalten, Touristen- und Rauchklubs konfessioneller Natur und das Ziel scheint dahin zu gehen, daß der Mensch die ganze Natur in konfessioneller Beleuchtung erschauen und in allen Lebenslagen innerhalb des engen Zirkels bleiben soll. Je weniger er mit Menschen anderer Weltanschauung in Berührung kommt, desto weniger kommt er in die Versuchung, sich von der Bevormundung der Autorität emanzipieren zu wollen. Das Verlangen nach einem Zentrums-Witzblatt ist also psychologisch zu begreifen. Das Zentrum hat übrigens schon lange seinen „*Grobian*", da aber die Grobheit nur vorübergehend für den verweichlichten Ueberkulturmenschen einen Kitzel hat, scheint man diesem Blättchen auch im eignen Kreise nicht viel Geschmack abzugewinnen. Es muß also ein neues Blatt gegründet werden.

Welcher Art aber soll das neue Blatt sein? Das liebe „Vaterland" hat es sofort herausgefunden. Es soll ein Blatt vom *Typ* des Wiener „*Kikriki*" werden. Also, dieses niedrige Blatt ohne Geist und Witz, das von *sexuellem Schmutz wimmelt*, soll als Muster für ein Blatt gelten, das frommen Katholiken zur Unterhaltung und Ergötzung bestimmt ist! Und warum? Weil der liebliche „Kikeriki" neben dem sexuellen Kitzel noch eine zweite Würze hat: *den widerlichsten Judenhaß!* Gewissen Zentrumsleuten in Bayern scheint überhaupt die christlich-soziale Partei Luegers als höchstes Ideal vorzuschweben. Das schöne Bayernland liegt eben nicht gar zu weit von dem antisemitisch verseuchten Teile Oesterreichs entfernt, und — geistige Krankheiten wirken noch schneller ansteckend als physische. Wir meinen aber, wenn ein Witzblatt durchaus unentbehrlich ist, dann sollte das Zentrum das „Vaterland" als komisches Blättchen anerkennen, denn — ernst nimmt dies verwahrloste Kind Dr. Sigls doch niemand.

„O, diese Juden!"

Die Antisemiten äußern oft ihre Entrüstung über jüdische Reklame und Anreißerei. Sie selbst machen wahrhaftig nicht weniger, nur ungeschickter und dreister Reklame. Die ganze antisemitische Presse ereifert sich für ein überaus elendes Machwerk, betitelt „*O, diese Juden*", von dem wir überhaupt Notiz zu nehmen für unter unserer Würde gehalten haben würden, wenn wir nicht von dem antisemitischen Reklamegeschrei Notiz nehmen müßten.

Die Antisemitenblätter haben die Unverfrorenheit, das Opus mit den herrlichen humoristischen Dichtungen des waderen Wilhelm Busch zu vergleichen. Der arme Busch! Das hat er wahrlich nicht verdient. Allerdings hat Herr Richard Schmid ebenfalls vierfüßige Trochäen gewählt und sie auch gereimt, aber von Buschs Satire und Humor ist nicht ein noch so leiser Hauch zu verspüren. Die Illustrationen ähneln denen auf den berüchtigten antisemitischen Bilderbogen so sehr, daß man glauben könnte, es seien dieselben Clichés benutzt worden; daß sie den humorvollen Zeichnungen in Buschs köstlichen Büchern gleichen, kann nur ein Blinder oder ein ganz unverfrorener Anreißer behaupten. Vermutlich fühlt man selbst auf antisemitischer Seite den himmelweiten Unterschied, und die „Staatsb. Ztg." zitiert darum einen Buschschen Vers, der einen jüdischen Jobber zeichnet, gewissermaßen als Eideshelfer. Wir haben niemals etwas Besonderes darin gefunden, daß jemand hier und da einmal jüdische Schwächen und Eigenheiten ernst oder scherzhaft geißelt. Tun das doch die Juden selbst ausgiebig genug, und es ist nicht einzusehen, warum nicht Juden ebenso wie Deutsche, Engländer, Russen und andere mehr einige satirische Hiebe erhalten sollten. Aber ein *ganzes Opus* zusammenzudichten, nur um einen Volksstamm herabzusetzen und zu verleumden, ist eine Roheit und Nichtswürdigkeit. Noch viel nichtswür-

diger aber ist die Presse, die sich dazu hergibt, für ein solches Werk eine so tönende Reklame zu machen, wie es von der „Staatsb.-Ztg." an alle Antisemitenblätter bis herab zum letzten sich mit der Schutzmarke „Deutsch" drapierenden tun.

Der Verfasser soll lebenswahr schildern. Nun wir möchten einen Preis aussetzen für denjenigen, der deutsche Juden heutigen Tages so sprechend nachweisen kann, wie Herr Richard Schmid ihn „lebenswahr" reden läßt. Nicht minder schwer würde es fallen, einen deutschen Juden aufzutreiben, der denen gleicht, die der Maler „lebenswahr" gezeichnet haben soll.

Es widerstrebt uns zwar sehr, unsere Spalten so zu entweihen, aber just um zu zeigen, wie „lebenswahr" der Dichter geschrieben, wie er Wilhelm Busch „wohlgelungen" nachgeahmt, seien einige Zeilen hergesetzt, die nach dem „Deutschen Volksblatt" in München „kostbar" das jüdische Badeleben in Heringsdorf schildern sollen:

Plötzlich schreit das Isidorchen:
„Mammeleben, ach herrjeh,
Kommt nicht Onkel Lauskiglebeu
Dorch der schaltigen Allee?"
„Strof mer Gott," ruft Sarah willend,
„Kommt der mieße Schnorrer an,
Bloß damit er die Mischpoche
Bis aufs Blut blamieren kann.
Gott! de feinen Goldblalls kimmen
Grade von de andre Sail,
Deuen wird, wenn se lhn sehen,
De Bekanntschaft mit uns laid." — —

Das sollen Wilhelm Buschsche Verse, Satire und Humor, das soll lebenswahr sein?

Indessen, Verfasser, „Dichter" und Maler sind beide jung, und die Jugend mag ihnen als mildernder Umstand angerechnet werden. Der ein solches Machwerk über den grünen Klee lobenden Antisemitenpresse könnten wir als mildernden Umstand nur anrechnen, daß ihre Skribenten keine bessere Literatur kennen, und daß ihnen die Rohheiten der Feder und des Zeichenstifts wirklich Spaß gemacht haben mögen. Sie haben am Ende wirklich über Verse und Zeichnungen gelacht, aber am Lachen erkennt man wohl den Narren, nicht immer Humor und Satire.

Dagegen ist ganz unverzeihlich, daß man, um Reklame für den Schund zu machen, den Badefrieden von Heringsdorf durch ein Flugblatt gestört hat, das die Urteile der antisemitischen Presse, einige Probeverse und Karrikaturen enthält. Heringsdorf wird gerade von antisemitischer Seite als „Judenbad" verschrieen und in der Tat ist aus verschiedenen Gründen die Zahl der jüdischen Badegäste in Heringsdorf eine ungewöhnlich große. Welche Rohheit gehört dazu, das ekle Blatt gerade hier auf Straßen, Plätzen und in Gasthäusern zu verbreiten und so Patienten, Rekonvaleszenten und Erholungsbedürftige aufzuregen und zu kränken. Es wird uns mitgeteilt, daß unter den jüdischen Badegästen in Heringsdorf über diese Gemeinheit große Aufregung herrscht. Die Gemeinheit ist um so größer, als doch wahrlich wenig Aussicht vorhanden ist, daß das angepriesene Machwerk gerade unter diesem Publikum Käufer finden könne. Es war also nur beabsichtigt, die Gäste zu kränken bezw. aufzuhetzen. Von Rechtswegen müßte die Polizei gegen solche Aufreizung einschreiten. Auch die Badedirektion hätte allen Anlaß, dem Unfug ein schnelles Ende zu machen. Denn was würde wohl aus Heringsdorf, wenn die jüdischen Badegäste sich infolge solcher Hetze von dort zurückzögen? Es würde bald auf das Niveau antisemitischer Badenester herabsinken.

Wiener Brief.

XIV.

(Herbstsorgen der Christlichsozialen. — Maßregelungen. — Volkstümlichkeit in Wort und Tat. — Der erste Richter.)

Wien, den 15. August 1907.

Die Christlichsozialen fühlen sich ganz als Herren der Situation. Am 23. Juli, unmittelbar vor Schluß der Sommertagung des Parlaments, versammelten sich die Abgeordneten dieser Partei zu einem fröhlichen Abschiedsmahle, bei dem recht siegesbewußte Reden gehalten wurden. Dr. Karl Lueger war natürlich der Mittelpunkt der Huldigungen und der poetisch veranlagte Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Ebenhoch, der auch die Vereinigung des jung- und altklerikalen Flügels zuwege gebracht hatte, feierte den Bürgermeister der Stadt Wien als König Artus, ohne jedoch des näheren auszuführen, welches Bewenden es mit dem Vergleiche habe. Dr. Lueger rief stolz aus: „Unserer Partei huldigt jetzt das ganze Parlament" und er machte sich dabei nicht einmal einer Uebertreibung schuldig. Die erste kurze Beratung des Volksparlaments begann und endete im Zeichen der Vorherrschaft der zur „Reichspartei" umgewandelten Wiener Rathausgruppe. Nun drängt sich die Frage auf, was die Herbsttagung für die Christlichsozialen bringen wird. In Kreisen der sogenannten deutschfreiheitlichen Abgeordneten spielt man weiter den Vogel Strauß. Man leugnet frisch und fröhlich, unter eine antisemitisch-klerikale Führung gelangt zu sein und negiert deshalb auch jede Notwendigkeit, in Zukunft eine andere Taktik zu befolgen. Ein Teil der Provinzpresse, der sich noch einiges Ehrgefühl bewahrt hat, beginnt zwar den pflichtvergessenen Abgeordneten auf die Finger zu klopfen, aber es ist sehr zweifelhaft, daß diese Mahnrufe vorerst einen nachhaltigen Erfolg haben werden. So sehen denn die Christlichsozialen mit stolzen Machtgefühlen in die Zukunft. Dr. Lueger, der sich in einer Heilanstalt im südlichen Tirol einer Kur unterzieht, ist jetzt auf dem Höhepunkt seiner Macht angelangt, es heißt, daß der Ministerpräsident, der jetzt Italien in einem Automobil durchquert, auf seiner Rückreise den Kurs nach Brixen nehmen werde, um mit dem Bürgermeister von Wien über die aktuellen politischen Probleme und vor allem über die Rekonstruktion des Ministeriums zu sprechen. Auch die anderen Minister, die in Tirol Erholung suchen, werden den Weg nach dem südlich-heißen Brixen nicht verabsäumen.

Der Eintritt zweier Christlichsozialer in die Regierung steht bevor. Dr. Lueger, der sich früher ablehnend verhielt, scheint unter dem Drucke der portefeuillegierigen Mitglieder seiner Partei nachgeben zu wollen. Er selbst strebt nicht nach der Ministerschaft, wie er dieser Tage einem Interviewer versicherte, denn er fühle sich als Bürgermeister unabhängiger und mächtiger, allein die Rangerhöhung seiner Kollegen wies er durchaus nicht zurück, nur mögen sie nicht Pensions-, sondern Arbeitsminister sein. Was man vor zehn Jahren für undenkbar gehalten hätte, dürfte also zur Tat werden: Die Partei, die den Ritualmord-Schneider zum Paten hat, soll nun, nachdem sie schon dem Abgeordnetenhause einen Präsidenten schenkte, auch die Verwaltung des Reiches zum Teile in die Hand bekommen. Freilich, die Gruppe hat sich gemausert und Schneider ist heute ein toter Mann . . . Das Riesenglück, das den Christlichsozialen so oft lächelte, scheint ihnen treubleiben zu wollen.

An und für sich würde es keine angenehme und gefahrlose Sache sein, im Herbste auf der Ministerbank Platz zu nehmen, denn die Regierung wird den Ausgleich mit Ungarn durchzubringen haben. Ein „guter" Ausgleich dürfte nicht bevorstehen, da dieser unter normalen Verhältnissen geradezu eine Utopie zu sein scheint. Die Benachteiligung

Oesterreichs durch Ungarn liegt im Wesen der derzeitigen Verfassungseinrichtungen begründet, an denen ja nicht gerüttelt werden soll. Die Christlichsozialen, die im Kampfe gegen die „Judäo-Magyaren“ groß geworden sind, die erst für die Trennung von Ungarn geschwärmt und dann für die Unterdrückung der ungarischen Hegemonie durch die Aufrichtung Groß-Oesterreichs eine Lanze gebrochen haben, müssen sich auf das Aergste kompromittieren, wenn sie sich für die Verlängerung des „Sklavenverhältnisses“, wie sie oft den Zustand nannten, einsetzen. Doch wo kein Kläger ist, da gibt es keinen Richter; droht kein politischer Gegner, so fehlt die Gefahr. Die schlauen Dr. Lueger und Geßmann sind darauf bedacht, die deutschfreiheitlichen Parteien gleichfalls an die Regierung zu schmieden, um ihnen die Angriffskraft zu nehmen. Der Deutschnationale Verband und die Deutschfortschrittlichen sollen sich womöglich ungestört ihrer Ministerportefeuille erfreuen; die Antisemiten sind gar gefühlvoll und wollen sie nicht verdrängen. Sie sorgen auf andere Weise für Platz. Für sie dürfte ein neues Ministerium geschaffen werden, das die sozialpolitischen Agenden würde zugewiesen erhalten. Ein dahingehender Antrag wurde bereits von den intimsten Freunden der ehemaligen Korruptionstöter, von der moralisch skrupellosesten Gruppe des Parlaments, vom Polenklub eingebracht. Außerdem könnte durch eine Schiebung ein zweites Ressort für die Antisemiten um Dr. Lueger frei gemacht werden, da das Justizministerium derzeit von einem deutschen Beamten verwaltet wird. Ein Spitzbub kann den andern nicht mit Erfolg wegen seiner Spitzbüberei bekämpfen. Die Christlichsozialen sichern sich also genügend, indem sie ihre eigentlich „geborenen“ Gegner mit Würden blenden. Wohl bleiben noch die Sozialdemokraten übrig, doch diese können den Ausgleich mit Ungarn, dessen Details den Arbeitern wenig verständlich sind, schwer zum Ausgangspunkte für eine große Aktion wählen, und dann verschanzen sich die Christlichsozialen auch gegenüber der Partei Dr. Adlers, da sie einen ihrer Leute als sozialpolitischen Minister das große Werk der Arbeiter- beziehungsweise der Volksversicherung durchführen lassen. Hierdurch hoffen sie sich die breiten Schichten zu verpflichten. Man sieht: das Netz der christlichsozialen Politik erscheint, so fein es auch ist, lückenlos gesponnen, freilich bloß solange, als das Bürgertum, das sich zur Freiheit und zum Fortschritt bekennt, nicht freiheitliche, nackensteife, unabhängige Politik macht.

Doch nicht nur große Ziele schweben den christlichsozialen Glücksrittern vor. Sie haben auch kleine Sorgen. Bei den letzten Reichsratswahlen stimmten sehr viele Angestellte der Kommune Wien — die jetzt Riesenbetriebe hat — für die sozialdemokratischen Kandidaten. Diese Haltung hat den Zorn jener Leute entflammt, die einst von Gasthaus zu Gasthaus zogen, um gegen den Wahlterrorismus, gegen die Wahlbeeinflussung der Liberalen zu donnern. Wenn die Wiener Gemeinderatschristen zürnen, dann muß es Opfer geben. Nach den Wahlen wurden denn auch — 26 städtische „Straßenbahner“ gemaßregelt und rücksichtslos auf das Pflaster geworfen, obwohl sie zum Teile weit über zehn Jahre im Dienste des Unternehmens standen und mit Weib und Kind ins Elend gestoßen werden. Der Verdacht, daß jemand eine sozialdemokratische Gesinnung habe, rechtfertigt alles. Heute! Denn nicht immer schien Dr. Lueger die Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei etwas Bloßstellendes zu sein. Einst hatte der Mann, der jetzt keine Sozialdemokraten und Deutschnationale anstellt, den „jüdischen“ Führer der Arbeiterpartei aufgefordert, mit ihm gemeinsam gegen die damals in Wien noch mächtigen Liberalen zu kämpfen, also eine Waffenbruderschaft vorgeschlagen. Eine derbe Abfuhr war die Antwort. Mit den Deutschnationalen jedoch schloß Dr. Lueger in früheren Jahren gar manches Bündnis.

In einer sozialdemokratischen Protestversammlung gegen den Willkürakt der Kommune brachte ein entlassener „Straßenbahner“ einen hübschen Vergleich zwischen der ehemaligen jüdischen Tramwaygesellschaft und der jetzigen christlichsozialen Leitung der elektrischen Straßenbahn vor, der für die praktische christliche Sozialpolitik in vieler Hinsicht zu typisch ist, um nicht angeführt zu werden:

Die jüdische Gesellschaft zahlte 3 Kronen Lohn, die christlichsoziale Gesellschaft, die im Rathause regiert, 2 Kronen 60 Heller.

Von der jüdischen hat man bei der Entlassung das Doppelte der Einzahlungen in den Pensionsfonds bekommen; wenn man von der christlichsozialen etwas bekommen will, muß man noch Prozeß führen.

Die jüdische Gesellschaft hat für das Fahren auf dem letzten Wagen zwei Kronen gezahlt, die christliche zahlt achtzig Heller, höchstens eine Krone 20 Heller.

Die jüdische Gesellschaft hat Sylvester und Fasching für die Stunde achtzig Heller bezahlt, die christliche zahlt nur sechzig Heller.

Die jüdische Gesellschaft hat sich von einer Beförderungstaxe nichts träumen lassen, die christliche hat sie erfunden.

Die jüdische Gesellschaft hat zum Kuppeln zwei Mann beigestellt, die christliche hat diese Arbeit den Kondukteuren aufgetragt.

Die jüdische Gesellschaft hat zu jedem Wechsel einen Wechselrichter gestellt, die christliche hat statt dessen auf jeden Wagen einen eisernen „Zahnstocher“ gegeben.

Die jüdische Gesellschaft hat sich von einer Degradierung nichts träumen lassen, die christliche hat einen Bediensteten, der es in siebzehn Jahren auf 3 Kronen 60 Heller Taglohn gebracht hat, auf 2 Kronen 90 Heller degradiert.

Die Unehrlichkeit, die stets im Gehaben der christlichsozialen Partei zu Tage tritt, äußerte sich letzthin auch in einem anderen Falle. Im Jahre 1905, als der sozialdemokratische Abgeordnete Seitz die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im niederösterreichischen Landtage angekündigt hatte, bemühte sich die christlichsoziale Mehrheit, den Sozialdemokraten zuvor zu kommen. Sie ließ den Landesausschuß durch Dr. Lueger auffordern, in der „nächsten Session“ einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Grundsätze des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit Berücksichtigung der Interessen der seßhaften Bevölkerung enthalten und die Freiheit bei den Wahlen verbürgen sollte. Wie wenig ernst es den Herren von Niederösterreich mit der Verbesserung eines Wahlrechts ist, das ihnen die Mehrheit im Landtage sichert, geht aus der Tatsache hervor, daß die von den Antisemiten bediente Landtagskorrespondenz jüngst bei der Darlegung des Arbeitsprogrammes für die dreijährige Herbsttagung mitteilte, daß es fraglich sei, ob die Kurie der Landgemeindevertreter für die Erweiterung des Stimmrechts zu gewinnen sein werde. Wer sind nun die Abgeordneten dieser Kurie? Ausschließlich Christlichsoziale, Geschöpfe Dr. Luegers, die sozusagen aus seiner Hand fressen. Auf der einen Seite versprechen, auf der anderen die eigenen Leute zur Durchkreuzung der Erfüllung mobil machen: das ist christlichsoziale Politik, wie sie im Buche steht!

Aus welchem Loch jetzt in Oesterreich der Wind pfeift, lehrt die Ernennung Ignaz von Rubers zum ersten Richter des Staates, zum Präsidenten des obersten Gerichtshofes. Ruber war Justizminister, als der Polnaer Ritualmord in Szene gesetzt wurde. Damals sank er zur Marionette des Mechanikers Schneider herab, der die durchaus nicht einwandfreie Amtsführung dieses Mannes benützte, um ihm den Revolver an die Brust zu setzen und für den Fall, daß er sich nicht gefügig erwiese, mit Enthüllungen zu drohen. Die Akten über den Hilsner-Prozeß sind noch nicht geschlossen — dürfen es nicht sein —, die Akten über Herrn von Ruber wurden jedoch längst geschlossen. Allein ein Justizminister, der nach der

Pfeife Schneiders tanzte, gibt einen trefflichen Richter nach Herrn Dr. Geßmanns Geschmack. Nur schade, daß bei diesem Handel ganz das Recht und die Gebote des Anstands vergessen wurden! rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

An der Troppauer Skandalaffaire sind ausschließlich arische Kreise beteiligt. Auch einer der Gründer des deutsch-national-antisemitischen Arbeitnehmerverbandes, der gegenwärtig wegen Diebstahls eine fünfmonatige Kerkerstrafe abbüßt, wurde überführt, sich mit Schulmädchen vergangen zu haben, und wird sich deshalb noch vor Gericht zu verantworten haben. Die polizeilichen Erhebungen werden noch immer fortgesetzt, und die Liste der in die Affaire Verwickelten scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein. Bemerkenswert ist auch, daß es sich dabei besonders um Mädchen handelt, die die Klosterschule der Schwestern vom deutschen Ritterorden besuchen, also die „sittlichste, religiöseste Erziehung" genossen haben, und die die größte Verderbtheit und Sittenlosigkeit zeigten, so daß vier von ihnen bereits an eine Besserungsanstalt abgegeben wurden.

Wir empfehlen das Studium der bevorstehenden Verhandlungen insbesondere Herrn Stöcker, der ja s. Zt. die nichtswürdige Behauptung aufgestellt hat, daß an den meisten Sittlichkeitsverbrechen die Juden schuld hätten.

Ueber antisemitische Messerhelden wird aus Koschmin berichtet:

In der Nähe der Ortabrücke in Koschmin ging der Seminarlehrer Bidder mit dem Buchdruckereibesitzer Hermann Tuch spazieren. Sie hörten von weitem schon das Geschrei: „Nieder mit den Juden, Tod den Juden!" Da aber in der Dunkelheit niemand zu sehen war und man an eine ernstliche Gefahr nicht glaubte, gingen die beiden ruhig ihres Weges weiter. Als das Geschrei aber lauter wurde, drehten sie sich um und sahen fünf gezückte Messer in der Luft schwingen. Herr Tuch hatte das spitze Dolchmesser nur höchstens 1 Zentimeter vom Halse. Durch eine geschickte Wendung bückte er sich, dann schlug er mit der Faust gegen den rohen Patron und flüchtete, um Hilfe zu holen. Einer der Rohlinge stürzte Herrn Tuch mit gezücktem Dolchmesser nach, während die übrigen auf den Seminarlehrer Bidder mit den Worten: „Tod den Juden" losstürzten. Trotzdem Herr Bidder sagte: „Was wollt Ihr von mir?" wurde von einem Mitgliede der Bande ihm das Dolchmesser dicht vor die Brust gesetzt. Dem arg Bedrängten gelang es aber rechtzeitig, den Messerhelden mit der Faust von sich zu schlagen und in den Seminargarten zu flüchten. Hierauf stürzte die Bande auf den durch das Hilfegeschrei hinzugekommenen Molkereigehilfen Sawinski, der aber einen der Messerhelden niederschlug. Auch der Gymnasiast Czypicki und noch viele andere Personen wurden mit dem Messer arg bedroht. Durch schleunige Flucht konnten sich die Bedrohten alle in Sicherheit bringen. Wie von dem Gendarmeriewachtmeister Heder mitgeteilt wird, sind die Messerhelden als schlesische Maurer, die auf Ansiedlungsbauten in Lipowiec arbeiteten, ermittelt worden.

Die Judenhetze der „wahrhaft russischen Leute." In Petersburg, Moskau und anderen Städten sind einige Pestfälle beobachtet worden. Im gegenwärtigen Momente läßt sich schwer beurteilen, ob die Epidemie größere Dimensionen annehmen wird. Es ist aber andererseits nicht zu leugnen, daß die Oeffentlichkeit durch die offizielle Mitteilung beunruhigt ist. In einer solchen trüben und unruhigen Zeit also, wo die Volkslegende von den dunklen Massen genährt und betrieben wird, sorgen die „inneren Freunde" dafür, das blutige Märchen zu verbreiten, daß die Pest und die Cholera von polnischen und jüdischen Aerzten verpflanzt wurden. Das offiziöse Organ der „Nebenregierung", die „Russkoje Snamja", gibt unter dem Titel „Eine neue Revolution" den Traum eines „Judenhasses" wieder. In diesem Traum wird ausgeführt, daß die Bomben- und Revolverrevolution zu Ende sei und daß die Aerzte jüdischer und polnischer Herkunft eine neue Art von revolutionären Kampfmitteln ausgedacht haben.

„Ich träumte, erzählt der Mitarbeiter der „Russkoje Snamja", daß ich mich in einem medizinischen Experimentiersaale befinde. Ringsherum stehen Schränke mit Glaskolben und Glasgefäßen. An der Wand hängt das Bild von Herzenstein. Aus seinem Munde spricht eine Stichflamme, welche den ganzen Saal beleuchtet. Bei dem Lichte dieser Flamme begann der Saal sich mit Polen und Juden zu füllen, welche in weiße Kitteln gekleidet waren. Jeder trug auf der Schulter ein Doktorabzeichen und an der Brust einen sammetnen Totenschädel angenäht mit der Aufschrift „Gift" in roten Buchstaben. Die versammelten „unheilverkündeten Aerzte" nahmen ihre Plätze ein, und dann erschien aus dem Schranke ein „grauenerweckender Arzt" mit einem „Talles" (jüdischer Gebetmantel. Red.) auf dem Haupte. Dieser forderte die Polen und die Juden auf, gegen die russische Regierung nunmehr mit Hilfe von Cholera- und anderen Bazillen zu kämpfen. Diese Bazillen sollen sie in den Kosakendörfern und unter der dunklen „Bauermasse" verbreiten."

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieser Vorschlag des „grauenerweckenden Redners", mit dem „Talles" auf dem Haupte, von den „unheilverkündenden Aerzten" mit Jubel und Begeisterung aufgenommen wurde; sie schrieen, sprangen empor und applaudierten. Als der Redner sich von ihrem freudigen Einverständnis mit seinem Plane überzeugt hatte, ging man gleich ans Werk: Aus den Schränken wurden die Bazillen herausgeholt. Zuerst Pest, dann Typhus und zuletzt endlich auch Cholera.

„Und hier sind, so heißt es in der Erzählung weiter, die Agenten der Cholera, und er wies auf eine Gruppe von Aerzten, welche bei diesen Worten aufsprangen und mit ihren „Mäusehänden" einen geschlossenen Ring bildeten.

„Gehet in die Dörfer und Städte, lud er sie ein, wählet aus jeder Gruppe zu ganzen Parteien und wirket mit Hilfe dieser neuen volks-sozialistischen Partei."

Diese als Traum erzählte Schilderung ist eine Pogromflugschrift schlimmster Art. Sie ist dazu geschaffen, die niedrigsten Instinkte der rohen Masse und den finstersten Aberglauben zu wecken. Diese Hetzereien müssen um so wirksamer sein, weil sie aus der Feder einer quasi-medizinischen Autorität, des Herrn Dr. Dubrowin, kommen.

„Russkoje Snamja" und die Schwarzen Hundert stellen bereits die herannahende Cholera in den Dienst ihrer verbrecherischen Agitation. Noch sind aus den früheren Cholerajahren her die gräßlichen Untaten nicht vergessen, die die verhetzten Bauern gegen Aerzte, Studenten, barmherzige Schwestern 2c., welche ihnen Hilfe bringen wollten, begangen haben, weil verbrecherische Volksverführer sie als die Urheber der Seuche bezeichneten. „Cholerny bunt" (Choleraaufruhr) war damals ein Schreckwort, so schrecklich wie heute „Pogrom". Und wie in den mittelalterlichen Pestjahren in Westeuropa, so verleumden jetzt die echten Russen die Juden als Volksvergifter. Die Folgen solcher entsetzlicher Hetzen werden furchtbar blutig sein. Und diese Verleumder sind nach einem Zarenwort die „zuverlässigen Stützen des Thrones", gegen die selbst Stolypin machtlos ist.

Die Regierung wagt sich an die „wahrhaft russischen Leute" nicht heran. Es ist wohl ganz umsonst, daß das „Slowo" des früheren Handelsministers Feodorow schreibt:

„Wenn der Verband des russischen Volkes einen frechen Feldzug gegen die Regierungsgewalt führt, so handelt er revolutionär, indem er die Regierungsgewalt diskreditiert, aber wenn er zur „Cholera-Revolte" aufhetzt, so geht er in seinen revolutionären Schritten noch weiter. Und wenn im ersten Falle die Regierungsgewalt sich noch fragen kann, ob es lohnt, mit den Angriffen der „Russkoje Snamja" zu rechnen, ihnen besondere Bedeutung beizulegen, so kann es im zweiten Falle eine solche Frage nicht mehr geben: die Aufstachelung zum Aufruhr ist unzulässig."

Wie „Russkoje Snamja" auch auf allen anderen Gebieten gegen die Juden hetzt, dafür zitiert die „Bresl. Ztg." folgendes Beispiel:

„Mit Entsetzen erwarten die Eltern den Beginn des neuen Lehrjahres, wo die Juden wieder ihre lernenden Töchter und Söhne korrumpieren, sie wieder ins Gefängnis, in die Zwangsarbeit, an

den Galgen führen werden. Die Eltern haben nur ein Mittel, ihre Kinder zu retten, aber wir enthalten uns dasselbe anzugeben — man läßt uns dies nicht tun."

Unter dieser dunklen Andeutung können sich natürlich die Gefolgsleute der „Russkoje Snamja" denken, was sie wollen. Die übrige Gesellschaft denkt, daß wir es mit einer direkten Aufforderung zum Mord zu tun haben. Und das sind die Stützen des Thrones.

Vermischtes.

Das „helle" Sachsen marschierte früher bekanntlich an der Spitze des politischen Antisemitismus, obwohl die Zahl der Juden im Verhältnis zu der sächsischen Gesamtbevölkerung eine verschwindend geringe ist, von einem „jüdischen Druck" also schon aus diesem Grunde keine Rede sein kann. Nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1905 betrug die Zahl der Juden im Königreich Sachsen 14 697 unter einer Gesamtbevölkerung von 4 508 601 Personen; der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung stieg von 0,29 Prozent im Jahre 1900 auf 0,33 Prozent im Jahre 1905, ihre absolute Zahl um 2 281 gegen die frühere Volkszählung.

13 246 Juden, d. i. 90,2 Prozent sämtlicher Juden des Königreichs, wohnten in Städten, von diesen wiederum 12 470 (gleich 84,9 Prozent aller sächsischen Juden) allein in den drei Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz, in welchen nur 27,9 Prozent der nichtjüdischen Bevölkerung (1 253 125) lebten. Es zählten:

Chemnitz	244 927	Einwohner,	darunter	1280	Juden,
Dresden	516 996	"	"	3514	"
Leipzig	503 672	"	"	7676	"

Von den übrigen neun sächsischen Städten hatte Plauen 400, Zwickau 124, alle anderen weniger als 100 jüdische Einwohner.

Juden unter den rückfälligen Zuchthausgefangenen in Preußen. In den Strafanstalten des Ministeriums des Innern wurden nach der Preuß. Statistik v. J. 1905 rückfällige Strafgefangene eingeliefert:

	im ganzen	Juden
1902	3234	28
1903	3247	23
1904	3096	25
1905	2857	17
1902—1905	12534	93 = 0,77 %

Die Prozentzahl bei den Juden ist also wesentlich geringer, als ihrer Prozentzahl in der Bevölkerung entspricht, und würde, wenn man das Verhältnis zur Zahl der Strafmündigen berechnete, noch günstiger sein. Man sieht, daß die schweren Gewohnheitsverbrecher unter den Juden verhältnismäßig selten sind.

Otto Wolfskehl, dem verstorbenen früheren langjährigen hessischen Parlamentarier, widmet die „Köln. Ztg." folgenden Nachruf:

„Als eines der hervorragendsten Mitglieder der nationalliberalen Partei Hessens war Wolfskehl 22 Jahre lang Landtagsabgeordneter, sowie Vorsitzender des Finanzausschusses und während mehrerer Jahre auch zweiter Präsident der Ständekammer. Das Ehrenamt eines Stadtverordneten bekleidete er bis zu seinem Tode. Seit der Gründung der hessischen Landeshypothekenbank widmete Wolfskehl seine großen Erfahrungen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete diesem Institute als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Zahlreiche gemeinnützige private und öffentliche Vereine und Anstalten zählten ihn zu ihrem Förderer und Mitarbeiter, unter anderen auch der Musikverein Darmstadt, dessen Präsidium er 19 Jahre lang führte. In glänzenden Lebensverhältnissen blieb Otto Wolfskehl stets der einfache, bescheidene Mann von vornehmster Gesinnung, großer Wohltätigkeit und außerordentlichem Fleiß, eine Verkörperung des Gedankens: „Ich muß wirken, so lange es Tag ist". Sein Hinscheiden bedeutet einen empfindlichen Verlust in seinem weitverzweigten Wirkungskreis; er war ein Ehrenmann von seltener Begabung, ein aufopferungsvoller, treuer Berater, ein Muster an Bürgertugend."

Die „Frankf. Ztg." schreibt mit Bezug auf seine parlamentarische Tätigkeit:

„Seine reiche Begabung, sein rastloser Fleiß und sein klares Urteil erwarben ihm großes Ansehen in der Zweiten Kammer, die ihn im Jahre 1884 zu ihrem ersten Vizepräsidenten machte. Die Anwartschaft auf das Präsidium der Kammer, die er sich durch sein Wirken erworben hatte, wurde ihm im Jahre 1897 streitig gemacht: die antisemitischen Bauernbündler sträubten sich gegen einen jüdischen Präsidenten und auch bei seinen eigenen Parteigenossen fand Wolfskehl damals nicht den nötigen Rückhalt. Um die Mißhelligkeiten zu beseitigen, verzichtete er in selbstloser Weise auf sein Mandat, das ihm soeben wieder von den Wählern Darmstadts übertragen worden war, und zog sich aus dem parlamentarischen Leben zurück. Seiner Partei lieh er indessen auch fernerhin seine Kraft und bewährte sich vornehmlich als Organisator bei Wahlbewegungen. Hervorragenden Anteil hatte er an dem Abschluß der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft."

Theobald Kerner, der in diesen Tagen verstorbene demokratische Politiker und Dichter, der Letzte der schwäbischen Dichterschule, hat zur Zeit der Stöckerhochflut folgendes Gedicht verfaßt:

Einerlei.

Ich bin kein Jude, doch auch Christ
Laß ich mich ungern nennen,
Zum alten Wodan möcht' ich mich
Am liebsten noch bekennen;
Zuwider war mir jederzeit
Der Kirchen und der Sekten Streit,
Der Zank: „Wer hat die Seligkeit?
Wen muß die Hölle brennen?"

Doch tönt hep hep und Judenhaß
In Reden und in Blättern,
Spricht kontra Jud ein Hofpfaff wie
Jehova in den Wettern,
Da wird der Unsinn mir zu kraß,
Und gleich möcht' ich das Tintenfaß
Wie Luther einst dem Satanas
Ihm an den Schädel schmettern.

Ob Christ? Ob Jud? was lohnt es sich,
Einander drum zu schimpfen?
Warum ließ der Germane sich
Von dem Hebräer impfen!
Jetzt ist's so ziemlich einerlei
Ob Urjud, Christjud einer sei,
Vom alten oder neuen Brei —
Sie haben gleiche Lymphen!

Stilgebauers neuestes Opus „Der Börsenkönig" wird trotz der jüdischen Milieuschilderungen auch von der antisemitischen Presse abgelehnt. In einer Rezension der „Staatb. Ztg." heißt es u. a.:

„Mit Literatur hat der neue Stilgebauer nichts zu tun, ebenso wenig wie sein vierbändiger Vorgänger. In den Figuren des Romans steckt nichts Wahrhaftiges, alles ist auf eine grelle brutale Mache zugeschnitten, von einer wirklichen Charakterentwicklung ist keine Rede. . . .

An Erfindungsgabe, an äußerlicher Mache fehlt es Stilgebauer gewiß nicht, aber die Ausführung ist so grobschlächtig, so wenig künstlerisch, daß der Vergleich mit dem Kolportageroman, von dem wir Gebildeten freilich nur eine ziemlich nebelhafte Vorstellung haben, allzu nahe liegt. Und gerade wegen der Ansprüche auf eine höhere geistige Wertung, die Stilgebauer oder seine Freunde für ihn erheben, muß diesem neuen Versuch bestimmt entgegengetreten werden."

Ueber Joseph Joachim, den verstorbenen großen Meister der Töne, lesen wir in einem Nekrolog der „Voss. Ztg.":

Daß Joachim sich nicht ohne Kampf durchgesetzt, und daß auch seinem von Kindheit an sieghaften Talente die jüdische Abstammung in dunklen Tagen hindernd im Wege stand, wird mehrfach bezeugt. Liszt erzählte einst einem Freunde: Ich war immer duldsam allen Konfessionen gegenüber. Schon 1842, als ich in Berlin ein Wohltätigkeitskonzert gab, nahm man es mir sehr übel, daß ich

ein Drittel der Einnahmen den jüdischen Armen zukommen ließ. Gerade zu Lärm machte es aber, als ich Joachim in den fünfziger Jahren in Leipzig traf und ihn, der damals noch nicht der enorme Geiger war, aufforderte, mein Konzertmeister in Weimar zu werden. Ich bot ihm wenig Gehalt, doch viel freie Zeit, die er übrigens nicht ausnützte, nur von den Proben von "Hernani" machte er sich frei. Doch ich mußte zuvor meinen Herrn, den Großherzog, für die Idee zu gewinnen suchen. Ich nahm kurze Audienz und meldete mein Vorgehen. Der Fürst stutzte gewaltig und meinte: „Wie wollen Sie dann mit meinen Weimaranern fertig werden, Sie wollen einen Jude hierherbringen?" — Die Folge lehrte, daß ich ganz gut fertig wurde . . ."

Joachim, der in aller Stille schon in Hannover zum Christentum übertrat und diesen Schritt seinen orthodoxen Eltern, um sie nicht zu kränken, stets rücksichtsvoll verhehlte, hat seine jüdische Abkunft nie verleugnet. Daß dem so war, geht u. a. aus seiner Stellungnahme zu einer Angelegenheit hervor, die in den sechziger Jahren in Hannover viel Wellenschlag verursacht hat. In seiner Eigenschaft als lebenslänglich beamteter Konzertdirektor war Joachim darum eingekommen, einem Mitgliede der Hofkapelle, dem Cellisten Grün den Titel eines Kammermusikers und damit den Anspruch auf Ruhgehalt zu gewähren. Das Gesuch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß Grün Israelit sei. Darauf sandte Joachim dem für die Angelegenheit zuständigen Intendanten einen Brief, in dem er gegen den kränkenden Bescheid Verwahrung einlegte. „Unmöglich", heißt es da, „konnte ich vergessen (und das ist's, worauf ich nochmals besonders aufmerksam zu machen mir erlaube), daß Herr Grün durch mich im Auftrag der hohen Intendanz engagiert worden ist, mit der ausdrücklich erwähnten Aussicht, er würde allmählich in die seinerzeit durch Herrn Kammermusikus Kömpel eingenommene Stellung vorrücken. Könnte nun Herr Grün, ungeachtet seiner von allen Vorgesetzten anerkannten trefflichen Leistungen und Pflichttreue im Dienst, nach mehreren Jahren geduldigen Wartens, auf meine erinnernde Bitte nicht befördert werden, weil er ein Israelit ist, und gingen somit dadurch die von mir in höherem Auftrage gegebenen Versprechungen nicht in Erfüllung, dann bliebe mir, nach meiner Auffassung von Ehre und Pflicht, nichts anderes zu meiner Rechtfertigung übrig, als eventuell mit Herrn Grün gleichzeitig von meinem Posten zurückzutreten. Ohnehin würde ich, beim Beharren in meiner jetzigen Stellung, nach Zurückweisung des Herrn Grün, die rein persönliche Empfindung zeitlebens nicht überwinden durch meinen früher hier erfolgten Uebertritt zur Kirche Christi in der königl. hannoverschen Kapelle, weltliche Vorteile zu genießen, während meine Stammesgenossen in derselben eine demütigende Stellung einnehmen." Diese Vorstellungen konnten aber den Intendanten nicht abhalten, in seinem Bericht an den König u. a. auszuführen: „Wäre mir, als der p. Grün zum Engagement vorgeschlagen worden, bekannt gewesen, daß er Israelit sei, so würde ich in keinem Falle darauf eingegangen sein. Nachdem der Konzertdirektor zur christlichen Religion übergetreten war, lag mir aber der Gedanke völlig fern, daß er sich für einen seiner früheren Stammesgenossen (!) interessieren könnte, da ihm während seines hiesigen Engagements bekannt geworden sein mußte, daß Israeliten von einer lebenslänglichen Anstellung im Hofdienst ausgeschlossen seien." Da der Intendant Graf Platen mit dieser seiner Auffassung Oberwasser behielt, und eine Beförderung Grüns zum Kammervirtuosen (die einen Anspruch auf Ruhgehalt ausschloß) für Joachim eine ausreichende Genugtuung nicht bedeutete so trat der charakterfeste Künstler aus diesem Anlaß von seinem Posten freiwillig zurück.

Albert Ballin, dem General-Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, widmet das „Hamb. Fremdenbl." zu seinem 50. Geburtstage einen auf das Lebenswerk des Mannes rückschauenden Artikel, dem wir das Folgende entnehmen:

„Er hat sein Werk geschossen aus Verhältnissen heraus, die im Vergleich zum Lande der unbegrenzten Möglichkeiten klein erscheinen müssen. Müßig ists, zu fragen, wie ein Ballin, dem nichts unüberwindbar scheint, in jenem Lande die Spuren seiner Erdentage eingegraben hätte. Und doch hätte diese Frage eine praktische Bedeutung erhalten können, wenn ihn der Reichtum, den ein großer Concern ihm bot, gelockt hätte, die Arbeiten dieses Concerns zu übernehmen. Man bot ihm das jährliche Einkommen, das den Leiter des großen Stahltrusts belohnt: eine Million Dollar! Er dankte und blieb in Hamburg als kühner, unternehmender Hanseat.

So hatte ihn laut und vor allem Volk der Kaiser genannt. Es war 1901, bei einem Festmahl auf der „Prinzessin Viktoria Luise" der Hamburg-Amerika Linie: „Ich erkenne mit Dank an, daß der Direktor dieser Gesellschaft, der dieses wunderbare Schiff, nach dem Namen meiner Tochter getauft, uns heute zur Verfügung gestellt hat, als kühner, unternehmender Hanseat hinausgegangen ist, um uns friedliche Eroberungen zu machen, Eroberungen, deren Früchte dereinst unsere Enkel einheimsen werden." Und ein Bild des Kaisers, dessen Verleihung des Monarchen Anerkennung wiederholte, trug des Kaisers eigenhändige Unterschrift: „Dem weitblickenden, unermüdlichen Bahnbrecher für unseren Handel und unsere Ausfuhr."

Noch größere Auszeichnung ward Ballin zuteil. Der Kaiser besuchte ihn vor zwei Jahren in seiner Wohnung und fand sich auch, einer plötzlichen Eingebung folgend, eines Tages bei ihm im Verwaltungsgebäude der Hamburg-Amerika Linie ein. Da stand es für viele fest: Ballin sollte Minister werden. Eisenbahnminister oder Finanzminister. Wär's verwunderlich gewesen, wenn ihm der Kaiser ein Portefeuille angeboten hätte? Nein, verwunderlich wär's nur gewesen, wenn Ballin es angenommen hätte. Er wäre kein Dutzendminister geworden. Aber auf dem Platze, auf dem er stand, war ein Mann von der Qualität Ballins dringlicher als auf einem Ministersessel. Wir wissen nicht, ob Ballin jemals Minister werden sollte. Ballin selbst spricht, auch in seiner näheren Umgebung nicht, niemals über solche Dinge. Es ist auch kaum anzunehmen, daß ein Ruf ins Ministerium des Reichs oder Preußens, der seiner Wirksamkeit engere Grenzen gezogen, ihn gereizt hätte. Umspannen die Verbindungen seiner Gesellschaft doch den ganzen Erdball. Nahezu 20000 Menschen halten im Dienst der Hamburg-Amerika-Linie das gewaltige Räderwerk des grandiosen Betriebes in sausendem Schwung. Könnte sich da einer, dessen überlegener Persönlichkeit diese Machtwirkung zu danken ist, in einem Betrieb, dessen Budget dasjenige manches Königreichs übertrifft, nicht selbst als Herrscher fühlen?

Aber gerade seine stets gleich gebliebene prachtvolle Einfachheit ist es, die auf alle, auf Große und Geringe, so seltsam anziehend wirkt; jene große Einfachheit der Persönlichkeit, die nur Menschen von wahrhaft vornehmer Gesinnung und Geisteshoheit eigen ist; eine Einfachheit der Persönlichkeit, deren Bewußtsein ihrer Bedeutung und Kraft das Wesen schlichter Größe trägt.

Mit manchem anderen großen Industriemagnaten teilt auch er die Abneigung gegen Titelwesen, soweit seine Person in Frage kommt. Als er infolge einer Reorganisation in der Oberleitung den Titel „Generaldirektor" ablegte und sich Vorsitzender des Direktoriums nannte, wurde er von einem Angestellten gefragt, wie er in Zukunft tituliert werden möchte. „Gar nicht," antwortete er, „ich bin froh, daß ich es nach zwanzig Jahren erreicht habe, Ballin zu heißen."

Antisemitische Bade- und Kurorte.

Der in den letzten Veröffentlichungen unserer Liste enthaltene Ort heißt nicht Freudenstein, sondern Freudenstadt, der bekannte höchstgelegene klimatische Kurort Württembergs.

Neustadt an der Tafelfichte im Isergebirge wird neuerdings in der antisemitischen Presse als „judenrein" gerühmt. Der „Deutsche Volksbote" schreibt z. B.:

Es ist bis zur Stunde vollkommen judenrein und hat unter den 5200 Einwohnern nicht einmal einen Judenstämmling aufzuweisen. Wohl haben es schon seit einer langen Reihe von Jahren gar manche Juden immer und immer wieder versucht, sich hier häuslich niederzulassen und Geschäfte zu machen, allein nach kurzer Zeit mußten alle ihr Bündel schnüren und weiter wandern, wenn sie nicht verhungern wollten. Dabei herrscht unter der arischen Bevölkerung gar kein ausgesprochener Rassenantisemitismus. Man verfolgt hier keinen Hebräer, aber man nimmt ihn weder in die Gesellschaft auf, noch kauft man etwas von ihm und wenn er selbst etwas kaufen will, so findet er verschlossene Türen."

Auch den galizischen Kurort Szczawnica werden wir künftig bis auf weiteres in unsere Liste aufnehmen.

Nach einem Berichte der antisemitischen „Reichspost" werden nämlich in Szczawnica, dem galizischen Gleichenberg, obwohl von den 1900 Kurgästen mindestens 1500 Juden sind in allen der Kurverwaltung gehörenden Wohnungen keine Juden aufgenommen. Auch die schönsten Gärten und Promenaden dürfen von Juden nicht betreten werden. An der Kurquelle müssen die Juden außerhalb der Barriere solange warten, bis vorerst alle christlichen Kurgäste abgefertigt worden sind. Als kürzlich eine größere jüdische Gesellschaft im Kurhause einen Gartenpavillon besetzte, wurde sie aus demselben polizeilich verjagt und mußte den Platz zu Gunsten christlicher Kurgäste räumen. Die Juden haben nun an die Akademie der Wissenschaft in Krakau, welche Eigentümerin des Kurortes Szczawnica ist, eine mit mehreren Hunderten von Unterschriften versehene Beschwerde gerichtet, worin sie gegen diese systematischen Zurücksetzungen protestieren.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 35. Berlin, 28. August 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Marokko.

In Marokko sind wie gegen Franzosen so auch gegen Juden von den Eingeborenen Greuel verübt worden. Folglich haben die Juden schuld. Wenn Juden irgendwo beraubt oder gar ermordet worden, dann haben immer die Juden die Schuld. Der Jude wird eben immer verbrannt. Ob die Mörder Kabylen oder Russen sind, die Gemordeten sind die Schuldigen, nie die Mörder. Das ist einmal antisemitische Logik, antisemitische Gerechtigkeit.

Nach der „Staatsbürgerztg." sollen die Juden wie in Rußland so auch in Marokko Sturm gesät und den Orkan darum geerntet haben. Es fällt dem Stöckerschen Organ nicht ein zu fragen, warum die Juden in Rußland, Rumänien, Marokko — wenigstens nach der Behauptung der „Staatsbürgerztg." — Sturm säen, wo sie doch mit Sicherheit auf einen ganz barbarischen Orkan rechnen können, nicht aber in Amerika, England, Frankreich, Italien, Dänemark, Schweden, Holland 2c. Denn die Frage stellen, hieße schon sie beantwortet haben. Diese Antwort müßte nämlich lauten, wo die Juden menschenwürdig, ja nur halbwegs menschenwürdig behandelt werden, da fällt es ihnen gar nicht ein, das unbankbare Geschäft des Sturmsäens zu besorgen. Nur wo ihnen infolge des rückständigen Standes der Gesetzgebung die natürlichsten Menschenrechte vorenthalten, wo ihnen die Wege, sich schlecht und recht zu ernähren, nach Möglichkeit eingeschränkt werden, da säen sie, wenn ihre Geduld erschöpft, und sie gar nicht mehr weiter können, aus purer Not und Verzweiflung auch Wind und Sturm.

„Die wirtschaftliche Tätigkeit des Judentums — schreibt die „Staatsbürgerztg." — besteht auch in Marokko in der Hauptsache darin, durch Wucher und Schnapsverkauf die braunen Söhne des Landes um ihr Hab und Gut und ihr Wertvollstes, ihre Viehherden zu bringen." Uebergehen wir das ebenso ganz ungerechtfertigte wie überaus nichtswürdige „auch". Wenn ein Funke von Ehrlichkeit bei der jetzt zur Abwechselung in christlicher Frömmigkeit machenden „Staatsbürgerztg." vorhanden wäre, müßte sie zugeben, daß in ganz Europa mit Ausnahme der halbasiatischen Länder und auch in Amerika die Haupttätigkeit der Juden nicht in Wucher und Schnapsverkauf besteht, das „auch" daher eine ganz niederträchtige Verleumdung von Hunderttausenden ist. Aber bleiben wir bei den Juden in Marokko. Gewiß sie stehen nicht auf der Höhe, sind auch sittlich vielfach die besten Brüder nicht. Aber ist das nicht zum großen, zum größten Teil Schuld der marokkanischen Gesetzgebung und der marokkanischen Zustände? Weiß die „Staatsbürgerztg." nicht, daß in Marokko sogar auf Ermordung eines Juden nur eine Geldstrafe steht? Daß die Juden in Marokko in ausgedehntem Maße Wucher treiben, hat ebenso seinen ganz natürlichen Grund, wie es seinen Grund hatte, daß im Mittelalter die Juden auch bei uns Wucher getrieben haben. Noch viel strenger als je den Christen ist es den Mohamedanern verboten, Zinsen zu nehmen. Es ist geradezu ein Glück für das Land, daß Juden da sind, denen das odiose Privilegium, Geld gegen Zinsen zu verleihen, erteilt werden kann, da sonst das Geschäftsleben noch mehr darniederläge als jetzt. Weil aber das Zinsnehmen Privilegium und Monopol der Juden ist, kann es mißbraucht werden und wird auch nicht nur wie jedes Monopol in Privathänden mißbraucht, sondern es wird auch ganz besonders gehaßt, weil einmal das Zinsengeben überall unangenehm ist, zumal bei einem in wirtschaftlicher Erkenntnis so weit rückständigen Volke, wie das marokkanische es ist, und weil es zudem als ein nach göttlichem und menschlichem Gesetz verpönter bei den Marokkanern, die die strenggläubigen Mohamedaner sind, im höchsten Grade verachteter Erwerb ist. Wären Koran und Landesgesetz vernünftiger, dann hätten Juden in Marokko ebenso wenig die Vorteile und Nachteile des Zinsnehmens, wie sie es seit längerer, aber nicht gar zu langer Zeit bei uns haben.

Alsdann haben die Juden den Haß der Marokkaner auf sich geladen, weil sie Träger des den Mohamedanern im Allgemeinen und den Marokkanern im besonderen verhaßten kulturellen Fortschritts sind. Aber nicht nur als solche, sondern auch als durch Landesgesetz Gedrückte sympathisieren sie mit den Franzosen. Fürst Bismarck sagte, als man Heine in seinen Augen durch den Hinweis erniedrigen wollte, daß er für den ersten Napoleon sich begeistert habe, er wisse nicht, ob er selbst nicht unter den damaligen Verhältnissen ebenso wie Heine gedacht hätte. Die Verhältnisse, unter denen die Juden in Deutschland zu Heines und Napoleons Zeiten zu leiden hatten, waren aber im Vergleich zu den Verhältnissen, unter welchen sie in Marokko zu leiden haben, geradezu ideale. Ein erleuchteter Mann wie Fürst Bismarck hätte also erst recht begriffen, daß die Juden in Marokko für die französische „Penetration" sind, da ein französisches Protektorat sie aus Sklaven zu Freien, aus rechtlosen Menschen zu vollberechtigten Bürgern machen würde. Daß die Franzosen durch ihre Art, richtiger durch ihre Unarten, sich bei den Marokkanern verhaßt machen, das ist nicht Schuld der Juden. Sie sind für die französische Kultur und Gesetzlichkeit, nicht für die französische Unkultur. Die Juden sind genau so wenig schuld daran, ja ihnen ist das französische Vorgehen ebenso unangenehm, wie den Mächten, die Frankreich mit der Herstellung der

Ordnung betraut haben, welches Mandat zum Bombardement Casablancas und zur Plünderung und Ermordung von Marokkanern und Juden von der Soldateska mißbraucht worden ist. Aber den Antisemiten genügt, daß etliche Juden ermordet worden sind, um alle Juden schuldig zu sprechen.

Jüdische Händler in der Ostmark.

Die neueste Denkschrift der Ansiedelungskommission enthält u. a. folgende Tabelle über die Zahl der Juden in den Regierungsbezirken:

	Danzig	Marienwerder	Posen	Bromberg
1858. .	6386	19 513	47 850	24 225
1871. .	6782	19 850	39 786	21 651
1885. .	6526	18 128	32 891	17 975
1905. .	5247	10 892	19 392	11 041

Von je 1000 Juden im preußischen Staat wohnten in den Regierungsbezirken:

	Danzig	Marienwerder	Posen	Bromberg
1816. .	31	71	305	115
1843. .	26	77	265	120
1861. .	27	79	197	95
1885. .	18	49	90	49
1905. .	13	27	47	27

Die „Kreuz-Ztg." bezeichnet diese Tabelle als lehrreich. Das ist sie auch. Nur darf man nicht einseitige Schlüsse aus ihr ziehen, wie es die „Kreuzztg." tut. Noch besser als mit Worten läßt sich mit statistischen Daten und Tabellen streiten und ein System bereiten. Die „Kreuzztg." ersieht aus der kleinen Tabelle nur, daß die Abwanderung der Juden aus diesen Provinzen „sofort einsetzte, als die Getreidepreise um 1880 so rapide fielen und die verschuldeten Besitzer keine Chance mehr für den Geldvermittler boten". Hat die „Kreuzztg." nie davon gehört und hat sie nicht gar vielleicht selbst geklagt, daß die Abwanderung aus den hier in Rede stehenden Gebieten andauernd eine allgemeine ist? Es sind keineswegs nur Juden, die aus Posen und Westpreußen, beiläufig auch Ostpreußen, abgewandert sind. Will die „Kreuzztg." sie alle als Geldvermittler hinstellen, die nur deshalb den Staub ihrer Heimat von den Füßen geschüttelt haben, weil ihnen die verschuldeten Besitzer keine Chance mehr boten? Gewiß sind viele Juden von Posen und Westpreußen weggezogen. Aber die meisten von ihnen haben schwerlich jemals daran gedacht, Geldgeschäfte zu vermitteln. Sie haben als Handelsleute und Handwerker sich schlecht und recht durchgeschlagen. Dann aber kam just auch um 1880 die antisemitische Bewegung und da standen die Juden zwischen zwei und noch mehr Feuern. Die Polen wollten nichts von ihnen wissen und boykottierten sie, weil sie deutsch sprachen, deutsch dachten, deutsch handelten und deutsch wählten. Die Antisemiten boykottierten und beleidigten sie, weil sie Juden waren. Die Beamtenwelt schnitt sie, teils aus Kastengeist, der aus tausend Gründen gerade in jener Gegend so unangebracht als möglich war und ist, teils aus bei ihnen offen oder latent vorhandenem Antisemitismus. Die Regierung aber war kurzsichtig genug, nicht rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Geschäftlich und gesellschaftlich in den Hintergrund gedrängt, ohne Aussicht auf eine nahe und wirksame Aenderung sahen die Juden sich genötigt, an sich ohnehin wenig anziehende Gegenden zu verlassen und sich anderswo anzusiedeln. Glaubt die „Kreuzztg." etwa, daß die Juden in den Städten und Provinzen, in welchen sie sich ansiedelten, mehr Chancen bei den Besitzern haben? Sind die Getreidepreise etwa nur im Ansiedelungsgebiete gesunken? Und müßten nicht die Juden jetzt wieder zurückwandern, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich infolge der Ansiedelungspolitik hinreichend geändert haben, um im Sinne der „Kreuzztg." wieder dem Geldvermittler bessere Chancen zu bieten?

Aber selbst die „Kreuzztg." nimmt bisweilen und stellenweise Vernunft an. Sie schreibt weiter:

„Der solide jüdische Geschäftsmann beginnt sich dagegen in den Ansiedelungsbezirken einzuleben, wo er mit seiner Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit auch offenbar einem Bedürfnis entspricht."

Alsa gibt es auch für die „Kreuzztg." „salide jüdische Geschäftsleute" und können auch Juden „offenbar einem Bedürfnisse entsprechen". Wir werden uns dieses Zugeständnis merken und für den Fall, daß man es wieder einmal in der „Kreuzztg." anders liest, sie daran erinnern. Die unentwegt antisemitische Presse wird wegen dieser Entgleisung van antisemitischen Pfaden vermutlich über Verrat schreien. Nach richtiger antisemitischer Auffassung gibt es „jüdische solide Geschäftsleute" überhaupt nicht und können Juden germanischen Bedürfnissen niemals geschweige denn „offenbar" entsprechen.

Karl Hau und — der Talmud.

Der Fall Hau wird immer komplizierter. Zum Teil mag es daran liegen, daß eine Anklage, die nur auf Indizien beruht, immer etwas Unklares übrig läßt, zum Teil aber auch daran, daß hier vieles künstlich hinzugetragen worden ist, um die Sache immer mehr zu verwirren. Der Verurteilte ist eben selber geschickter Advokat und mit allen juristischen Kniffen vertraut. Da er sich nicht freireden konnte, so versuchte er, sich freizuschweigen. Die Sache erlangte dadurch etwas Dunkles, Mysteriös-Romantisches. Hau ist zum Tode verurteilt worden, aber niemand vermag mit absoluter Bestimmtheit zu sagen, ob er wirklich der Mörder ist. Die hervorragendsten Kriminalisten und Psychologen Deutschlands haben es abgelehnt, ein bestimmtes Urteil auszusprechen, weil das Bild, das nur auf Berichten beruht und der persönlichen Beobachtung entbehrt, immer lückenhaft bleibt. Nur einen gibt es in Deutschland, der mit apodiktischer Sicherheit weiß, daß Hau der Mörder ist. Dieser seltene Mann, der den Schlüssel zu allen Rätseln des Lebens und des Wissens besitzt, heißt Theodor Fritsch und wohnt in Leipzig an der Pleiße. Es ist unbegreiflich, daß dieser Mann, der alle Probleme spielend löst, nicht als Sachverständiger nach Karlsruhe geladen worden ist. Herr Fritsch weiß aber auch mit Bestimmtheit, wer daran schuld ist, daß Hau zum Mörder wurde — natürlich der Talmud! Es ist unerklärlich, daß unsere Gerichte in ihrer Verblendung noch immer nicht einsehen wollen, daß alle Verbrechen der Welt aus dem gefährlichen Talmud fließen. Das soll kein Scherz sein. Herr Fritsch schreibt in der neuesten Nummer seines „Hammer": „Wer an den spitzbübischen Lehren des Talmud einen großen Stil in der Moral erkennt, dem ist jedenfalls das Gefühl für die sittlichen Höhen des Lebens abhanden gekommen." Ja, nun wissen wir's endlich, wo der eigentliche Verbrecher sitzt. Statt Karl Hau sollte der Talmud zu Tode verurteilt werden, und die sittlich-germanische Welt wäre für immer erlöst. Doch nicht der mörderische Talmud allein, auch der böse Nietzsche ist schuld an der Missetat Haus. Fritsch stellt fest: „Er (Hau) war aus Nietzsches Schule hervorgegangen; er war angesteckt von jener Lehre eines krankhaften Geistes, der mit Bewunderung allem gegenüberstand, was rücksichtslose Willenskraft bekundet." Nun glaubten wir bis jetzt, daß die Wotan-Anbeter um Fritsch, welche Humanität und Gerechtigkeit als Gefühlsduselei und Perversität verhöhnen, ebenfalls Verehrer der „rücksichtslosen Willenskraft" wären, aber — die Pfade dieser potenzierten Neugermanen sind so dunkel, daß wir uns darin nicht zurechtfinden. Natürlich hat Fritsch recht, daß alle Verbrechen gar nicht denkbar wären, wenn es keinen Talmud

gäbe. Denn dieser antisemitische Geisteshero kann zwar den Talmud nicht lesen, aber er hat bereits Hunderte von Artikeln darüber geschrieben, also — ist er ohne Zweifel eine Autorität auf diesem Gebiete. Ja, Herr Fritsch hat auch Ursache, unzufrieden mit dem Falle Hau zu sein, denn von Rechtswegen hätte ja dieser Hau ein Jude sein müssen, da er es aber leider nicht ist, so muß wenigstens der staunenden Welt verkündet werden, daß er ein Opfer des Talmuds ist.

Die „Feigheit der Juden“.

Nicht nur Vorurteile, sondern auch gehässige Lügen vererben sich von Geschlecht zu Geschlecht. Das antisemitische Dogma von der „Feigheit der Juden“ findet tatsächlich in einem großen Teile des Volkes Glauben. Wenn man dem Juden des Ghetto Mangel an freiem Mannesmut vorgeworfen hat, so war das wohl berechtigt. Bei Leuten, die man künstlich zum Sklaventum erzog, konnte das Gefühl der Freiheit und Tapferkeit nicht stark ausgeprägt sein. Wenn man aber die Feigheit als Merkmal der „jüdischen Rasse“ hinstellt, so ist das Torheit oder Bosheit. Die Juden bildeten in Palästina ein sehr mutiges Völkchen, und ihre Heldentaten im Kampfe gegen die Römer, ihre Tapferkeit unter Judas Makkabäus und ihre Tollkühnheit unter Bar-Kachba wird kein Historiker leugnen wollen. Aber auch in der Gegenwart finden wir die Juden in allen Ländern, in denen sie Rechte genießen, als tapfere Soldaten. Es dürfte in den letzten 50 Jahren kaum einen Krieg in Europa gegeben haben, bei dem nicht jüdisches Blut reichlich floß. Aber auch die Kriminalstatistik der Gegenwart, die doch von unseren Antisemiten so oft herangezogen wird, zeigt uns, daß die Juden bei Vergehen wegen Zweikampf viel stärker beteiligt sind, als es ihrem Prozentsatz innerhalb der christlichen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Gewiß findet auch diese Tatsache ihre Erklärung darin, daß durch die antisemitischen Strömungen oft provoziert werden, aber jedenfalls bekundet der Zweikampf — mag man ihn mit Recht als Anachronismus verwerfen — persönlichen Mut. Es ist daher ein Unsinn, wenn die antisemitischen Schriftsteller behaupten, die Juden blieben allen Verbrechen und Vergehen fern, in denen für die eigene Person Gefahr vorhanden ist. Wir sind gewiß keine Lobsänger der Revolutionäre oder gar der Antisemiten, aber daß die Juden in der russischen Revolution auf den gefährlichsten Posten vertreten waren, ist eine Tatsache, die von großem Mut zeugt. Auch die spezifisch jüdischen Verbindungen an den deutschen Hochschulen haben wir stets und mit uns alle Liberalen christlichen und jüdischen Glaubens scharf bekämpft, daß diese jüdischen Studenten aber tapfere Schläger sind, dieses Zeugnis stellen ihnen auch ihre antisemitischen Kommilitonen aus. Freilich ziehen sie daraus nicht die Konsequenz, daß sie sie als gleichwertige akademische Bürger behandeln, sondern die entgegengesetzte: sie verweigern ihnen oft, um bequem und ohne Gefahr beleidigen zu können, die Satisfaktion. Man erinnert sich noch, daß vor einigen Jahren die Wiener antisemitischen Helden den Beschluß faßten, den unangenehmen schlagenden jüdischen Verbindungen jede Satisfaktion zu verweigern. In Heidelberg waren die antisemitischen Verbindungen so tapfer, die „Badenia“ so lange zu denunzieren, bis sie aufgelöst wurde. Wir wiederholen es, daß wir die Auflösung dieser Verbindung nicht bedauern, aber — daß die antisemitischen Studenten hier wie tapfere Germanen gehandelt haben, wird kein vernünftiger Mensch behaupten dürfen. Tapferkeit setzt eine vornehme ehrliche Gesinnung voraus, und diese muß gerade bei der Behandlung des Gegners zum Ausdruck kommen. Einem Kampfe durch eine bequeme Phrase oder gar durch eine Denunziation auszuweichen, — das ist ungemein feig und eines Deutschen unwürdig. Der Mut ist bei jedem normalen Menschen in der Anlage angeboren und kann durch eine gute Erziehung gehoben und in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Rasse und Religion haben damit nichts zu schaffen.

Ein Beitrag zur „Judenfrage“.*)

Von Geh. Rat Prof. Wilhelm Foerster.

Ihre soeben bei mir eingegangenen Darlegungen betreffend die „Judenfrage“ kann ich nur als sehr dankenswert bezeichnen. Es wirkt gewissenweckend und dadurch jedenfalls förderlich, wenn derartige „Fragen“ von Zeit zu Zeit einer möglichst gründlichen und objektiven Erörterung unterzogen werden.

Sie wünschen nun auch von mir eine „recht ausführliche“ Beantwortung der am Schluß Ihrer Darlegungen gestellten vier Fragen.

Gestatten Sie jedoch, daß ich meine Antwort in anderer Form gebe. Denn nach meiner tiefen Ueberzeugung ist es illusorisch, das vorliegende einzelne Problem getrennt von dem großen allgemeinen Gesittungsproblem einer Lösung näher führen zu wollen.

In der mittelalterlichen Entwickelungsstufe der europäischen Kultur hatte die Judenfrage allerdings eine ganz eigenartige Bedeutung. Die übrigen Nationalitäts- und Rassenunterschiede waren damals in den sozialen Höhen des Lebens fast ganz bedeutungslos.

Die Völker und Rassen Europas wurden von einer idealen Respublica Christiana umfaßt, und von der gleichgeordneten Zugehörigkeit zu diesem höheren Gemeinwesen, in welchem wesentlich die Kirche regierte, und in dessen Höhen auch eine gemeinsame Sprache galt, waren nur die Juden ausgeschlossen, und zwar hauptsächlich als „Feinde des Herrn“, und viel weniger nach Gesichtspunkten der Rassenunterschiede.

Daß den Juden zugleich gewisse geldwirtschaftliche Funktionen, insbesondere die von der Kirche gebrandmarkten Leih- und Zinsgeschäfte, eine zeitlang ausschließlich überantwortet waren, verschärfte natürlich und nicht bloß vorübergehend, sondern in den Nachwirkungen andauernd, diese Ausnahmestellung. — Als aber nun bei den verschiedenen Völkern und Rassen Europas die Entwickelung der Eigenart in Sprache, Literatur und Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft höher emporkam, und als dieselben sodann im zunehmenden Verkehr und weiterhin in ihrer Ausbreitung über die ganze Erde ihre eigenen Besonderheiten zugleich mit den noch größeren Verschiedenheiten der Eigenschaften und Begabungen bei den übrigen Völkern und Rassen der Erde immer deutlicher empfanden, da entwickelten sich allmählich diejenigen intensiven sittlichen und sozialen Wohlgefühle zu machtvoller Geltung, welche mit dem vollen Einklang in möglichst gleichartig zusammengesetzten sympatischen Gemeinschaften verbunden sind.

Zugleich aber steigerten sich hierdurch bei den Begegnungen und Konflikten zwischen den verschiedenen Rassen, Nationen, Parteien, Konfessionen usw. auch alle sozialen Spannungen, alle Feindseligkeiten politischer und wirtschaftlicher Art. Ich brauche hier den Zustand nicht näher zu schildern, in welchem sich jetzt infolge dieser leidenschaftlichen Entwicklungen trotz aller wissenschaftlichen Kultur, trotz aller

*) Im Modernen Verlagsbureau Curt Wigand, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserplatz 15 erscheint in diesen Tagen ein Sammelwerk: „Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, veranstaltet von Dr. Julius Moses.“ Aus den uns freundlichst vom Verlag zur Verfügung gestellten Aushängebogen geben wir obigen Aufsatz des stellvertretenden Vorsitzenden unseres Vereins wieder. D. Red.

„christlichen" Liebe und trotz aller Friedensbewegungen, Schiedsgerichte usw. die Menschenwelt immer kopfloser zu verrennen scheint.

Die Judenfrage ist in einigen Ländern allerdings eine der schmerzlichsten und wehtätigsten Erscheinungen dieser Art; aber wenn man von diesen besonderen Verschärfungen absieht, ist sie nur eines — und durchaus nicht das schwierigste — der vielen Probleme, unter deren Druck die Welt jetzt infolge des Uebermaßes jener sozialen Spannungen und Feindseligkeiten leidet. Man sieht es aber immer deutlicher, daß Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Menschlichkeit — da sie in den großen politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaftskämpfen immer häufiger aus den Augen gesetzt werden und dabei immer dreisteren sophistischen Trübungen, zumal bei den Fanatikern der biologischen Theorien des Kampfes ums Dasein, unterliegen — mehr und mehr auch innerhalb aller engeren Gemeinschaftsbildungen, ja sogar bis zur Familie und zum Einzelleben hinab, außer Geltung zu kommen drohen.

Von vielen hochgesinnten Seelen aus allen Rassen und Völkern wird der immer deutlicher wahrnehmbare Beginn dieses Verfalles beklagt. Und für diese in den geistig leitenden Kreisen aller Nationen unablässig wachsende Zahl von unbedingt gerecht und liebevoll gesinnten Menschen existiert auch die Judenfrage überhaupt nur noch traditionell als eine der ältesten sozialen Trübungen, deren Heilung durch einmütige Selbstbesinnung um so sicherer gelingen würde, als die wichtigsten ihrer Ursachen einer Vergangenheit angehören, deren Nachwirkungen immer mehr aus dem äußeren Zusammenleben in die Tiefen der mildernden Seelenwelt überzugehen beginnen.

Woher kommt es denn aber, daß jene große Zahl geisteskräftiger Menschenfreunde sich durch dieses ganze Elend von Rassenhaß, Völkerhaß, Klassenhaß, Glaubenshaß usw. fortwährend noch bedrücken läßt, statt energisch die friedliche Verständigung, Anpassung und Organisation auch in dem ganzen politischen und wirtschaftlichen Leben zur Geltung und Gestaltung zu bringen, und zwar mit bestmöglicher Erhaltung und Verwertung aller als unmittelbar wertvoll und lebensfähig oder doch als entwickelungsfähig erkannten Eigenarten und Selbständigkeiten!

Diese Ohnmacht der Guten und Gerechten kommt wesentlich davon her, daß die leidenschaftlichen Wohlgefühle, die sich mit machtvollen Gemeinschaftsentwicklungen verbinden, eine Zeitlang durch Erziehung und Unterricht, durch Geschichtsschreibung und Dichtung allzu einseitig in den Seelen kultiviert worden sind, und daß demzufolge bei sehr vielen der allerbesten Leute, da sie mit Recht die Pietät und Treue für die Gemeinschaft hoch halten, eine gefährliche Gleichgültigkeit obwaltet gegen die Uebel und Gefahren eines übertriebenen Vaterlandskultus und gegen die kindisch grausamen Einbildungen des fast paroxystischen Rassenfanatismus.

Solange in dieser Richtung eine solche schädliche Nachsicht und Duldung gegen die Unduldsamkeiten und Gewaltsamkeiten geübt wird, welche in den großen Gemeinschaftsbewegungen und -Einrichtungen in jener Richtung noch mehr als je an der Tagesordnung sind, wird es auch eine Judenfrage neben zahlreichen andern ebenso bedrängenden sittlichen Fragen und Nöten geben.

Und es ist eine unweise Halbheit, irgend eine dieser Fragen gesondert lösen und ordnen zu wollen, ohne daß der ganze Götzendienst des Gemeinschaftsrausches, der auch die einst so schlichten Deutschen sich jetzt als „das Salz der Erde" betrachten und rühmen läßt, und der auch die jüdischen Gemeinschaftsbildungen und -Bewegungen nicht selten ergreift, endlich ganz gründlich ernüchtert und aus den Gemeinschaften edlerer Menschen verwiesen wird.

Hierzu aber können die zahlreichen hochgesinnten Juden, welche jetzt in allen Regionen der Erde an der wirtschaftlichen und geistigen Kultur so wirksam mitarbeiten, das allermeiste beitragen. Und sie haben auch bereits in leuchtenden Beispielen begonnen, dies zu tun.

Diese und alle andern Menschenfreunde können zurzeit sich keine wichtigere Aufgabe vor die Augen stellen, als die Pflege der nachdenklichsten und weitblickendsten Volkserziehung im Geiste wahrhaft gemeinsamer höchster Menschlichkeit. —

Die Freude der Menschen an einem sympathischen Gemeinschaftsleben, dessen unmittelbare Wohltaten sie empfinden, ist an sich schon so machtvoll, daß es gänzlich verkehrt ist, in der Volkserziehung das Hauptgewicht auf die Pflege nationaler und konfessioneller Traditionen und Bestrebungen zu legen und darüber die Kultivierung der höheren und umfassenderen sittlichen Ueberzeugungen zu vernachlässigen, welche die eigentlichen Grundlagen des Charakters und des Gewissens bilden und allein ein wahrhaft beglückendes Zusammenleben sichern.

Die Bekämpfung dieser Verkehrtheiten der Volkserziehung ist aufs dringendste geboten und zwar durch soziale und literarische Veranstaltungen größten Stiles, welche die Lehrerschaft in der Ueberwindung solcher Umsturz-Tendenzen der oberen Volksschichten unterstützen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein Ueberrumpelungsversuch der zünftlerisch-antisemitischen Mittelstandspartei, durch den der Allgemeine deutsche Innungs- und Handwerker-Kongreß, der jetzt in Eisenach getagt hat, der politischen Mittelstandsbewegung dienstbar gemacht werden sollte, ist fehlgeschlagen, trotzdem der Agitator der Mittelstandsvereinigung, der aus dem Berliner konservativen Parteileben bekannte Schriftsteller Dr. Wegner, den Handwerkern die Vorteile des Anschlusses in den verlockendsten Farben schilderte. Durch die Annahme einer Resolution, welche die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien, die sich die parlamentarische Vertretung des Handwerks angelegen sein lassen, empfiehlt, hat der Eisenacher Handwerkertag diese für den Zusammenhalt seiner Mitgliederbestände gefährliche Klippe glücklich umschifft. Zwar den liberalen Parteien hätte dieser Beschluß wohl kaum etwas geschadet, da die liberalen Handwerker ja ohnehin mit dieser Vertretung des Zünftlertums nichts zu schaffen haben. Die zahlreich auf diesem Kongreß vertretenen Angehörigen des Zentrums und der Antisemiten, wie auch der Konservativen wären aber wahrscheinlich sehr bald aus ihm ausgetreten, wenn eine bestimmte politische Richtung, nämlich die Mittelstandspartei der Herren Rahardt und Küster, die Führung an sich gerissen hätte.

Der „Lib. Corr." wird über die Eisenacher Tagung des deutschen Innungs- und Handwerker-Verbandes noch geschrieben:

„Der Zentralausschuß vereinigter Innungs-Verbände Deutschlands hat einen äußerlich wohlgelungenen Deutschen Innungs- und Handwerkertag mit zirka 400 Vertretern von Innungen und Handwerkskammern in dem größten Saale von Eisenach abgehalten. Die Veranstaltung, deren Hauptakteure die bekannten konservativ-antisemitischen Mittelstandspolitiker Felisch, Hammer, Pauli, Rahardt und Bernard sind, war auch von dem Minister für Sozialpolitik und vom Handelsminister durch Delegierte beschickt und begrüßt. Sie stand ganz unter dem Doppelmotto: „Kampf gegen die Sozialdemokratie" und „Halt mit der Sozialpolitik". Die zahlreichen Referate über engere Handwerkerfragen (es standen für zwei sechsstündige Sitzungen 17 Hauptreferate auf der Tagesordnung!) begegneten ungleich geringerem Interesse als die sozialpolitischen Verhandlungen. Und selten war der Beifall so stark, wie bei den scharfmacherischen Reden der Dr. Westphal, Felisch, Rahardt, Bruhn usw. Dem Anschein nach waren auch die zahlreich anwesenden intelligenten Vertreter der Handwerkerkammern von

demselben Geiste beseelt, wenigstens hielten sie sich merklich zurück und widersprachen nirgends. Die kompakte Masse der Delegierten aber repräsentierte jenen Kleinmeistertyp im Handwerk, der sich mit seinen zwei oder drei Gesellen jahraus jahrein über Löhne, Kost- und Logisfragen herumzankt und die Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung sehr schmerzlich und drückend empfindet. Wer will es ihnen verübeln, daß sie den Scharfmacherreden lebhaft zujubelten, mit Dr. Westphal sogar die Tarifverträge für gefährliche, sozialdemokratische Kampfeswaffen erklärten, den gelben Gewerkschaften traditionelle Sympathie aussprachen, Arbeitgeberschutzverbände eifrig zu propagieren beschlossen und den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung entschieden bekämpften? Die reaktionären Wortführer trifft die Verantwortung allein. Sie wissen es auch und gebärden sich deshalb als Freunde einer „maßvollen" Sozialreform und protestieren schon im voraus gegen die Note „reaktionär", die der Eisenacher Tagung wohl von der liberalen Presse erteilt werden würde. Man muß die deutschen Handwerker bedauern, die sich diesen Führern so blindlings anvertrauen."

Ueber die pilzartig aus dem Boden emporschießenden Mittelstandsgruppen und Grüppchen, vor denen sich der arme Mittelstand kaum noch retten kann, gießt das Münchener „Deutsche Volksblatt" des Antisemiten Wengg, das, wie unsere Leser wissen, selbst die Mittelstandsretterei in Erbpacht genommen hat, neuerdings die volle Schale ihres Spottes aus; sie schreibt u. a.:

„Bedauerlicherweise ist es auch Tatsache, daß die Notlage breiter Schichten unserer Gewerbetreibenden und daneben auch ihre erstaunliche Unwissenheit und Naivität auf wirtschaftlichem Gebiete sie verleitet, oft genug erbärmlichen Charlatans, Schwindlern und Dummköpfen nachzulaufen, wenn sie ihnen nur das Blaue vom Himmel versprechen und weiß machen, daß sie ihre Lage ohne eigene Anstrengung und ohne selber Opfer zu bringen, verbessern können. Nichts ist charakteristischer für diese Tatsache als der Verlauf der Mittelstandsbewegung, welche unter dem Namen Mittelstandspartei vor zirka fünf Jahren in München einsetzte und die Mittelstandssache in Bayern in geradezu unheilbarer Weise geschädigt hat. Einige gänzlich unwissende und obskure Persönlichkeiten stellten aus den Programmen der verschiedenen Parteien kunterbunt zusammengewürfelt ein „Mittelstandprogramm" zusammen, verunstalteten es nach mit einigen elenden Phrasen eigener Fabrikation und traten dann damit an die Oeffentlichkeit. Und das Wunderbare geschah: Es fand sich eine Menge Leute, welche sich der neuen „Partei" anschloß, die ihnen versprach, gegen Bezahlung von einer Mark per Kopf und Jahr die Mittelstandsfrage radikal zu lösen, ohne daß die braven Spießer dabei hinter den Maßkrügen und Taroktischen hervorzugehen brauchten und es notwendig hätten, gegen die Juden aufzumucken. Der Verlauf der famosen Parteigründung ist bekannt; sie verkrachte nach wenigen Jahren und hinterließ nichts als eine Unmasse von Schulden und eine Reihe skandalöser Prozesse, in denen sich die „Mittelstandsretter" gegenseitig alle anderen Titel als den eines Ehrenmannes zuerkannten.

Eine aus dieser „Mittelstandspartei" hervorgegangene Gründung, deren Schöpfer und Leiter zu den „Führern" dieser Partei gehört hatten, die Krankenkasse selbständiger Handels- und Gewerbetreibenden Deutschlands mit dem Sitze in München, hat, nachdem verschiedene unter großem Spektakel verlaufene Versammlungen vorausgegangen waren, in welchen das skandalöse Treiben der „Macher" zugunsten des eigenen Geldbeutels in Brillantbeleuchtung erschien, in der vergangenen Woche beschlossen, den Konkurs anzumelden, da sich die vor etlichen Monaten neugewählte Vorstandschaft ebenso „uneigennützig" erwiesen hatte, als ihre Vorgängerin."

In dieselbe Kerbe haut die gleichfalls mittelständlerisch-antisemitische Magdeburger „Sachsenschau", die unter der Spitzmarke: „Es saust der Abgeordnete!" schreibt:

„Von allen Reichstagsabgeordneten benutzt wohl kein einziger die freie Fahrt so zur Propaganda wie der Abg. Rieseberg vom Mittelstande. Bald taucht er am Rhein, dann wieder in Schlesien, dann wieder in Mitteldeutschland auf, um seinen Mittelstandsvortrag zu halten. Nach der letzten Nummer der „Deutschen Volkspost" hat er am 26. Juli in Saargemünd, am 28. Juli in Olvenstedt und am 30. Juli in Barleben, zwei bei Magdeburg gelegenen Dörfern, gesprochen."

Ueber die parteipolitische Bewegung in der Provinz Hannover wird uns von dort geschrieben:

Die vereinigten Konservativen, Agrarier, Mittelstandsretter und Antisemiten, die Dr. Diederich Hahn hier im Bund der Landwirte vereinigt hat, entfalten augenblicklich in der Provinz Hannover eine außerordentlich lebhafte Tätigkeit, weil durch Zufall drei Landtagsmandate erledigt sind, nämlich Göttingen-Münden, Rotenburg Zeven und Geestemünde-Lehe, die bisher im Besitz der Nationalliberalen waren und deren Vertreter kurz hintereinander gestorben sind. Die Agrarier wollen diese Mandate mit ihren Kandidaten besetzen und haben den Nationalliberalen den Krieg bis aufs Messer erklärt, was um so befremdlicher ist, als gerade die hannoversche Spielart des Nationalliberalismus von jeher ziemlich stark agrarisch durchsetzt war, ja der nationalliberale Kandidat für Göttingen, dem in der Person des Kaufmanns Iserloh ein Gegenkandidat des Bundes erstanden ist, Administrator Heine, selbst Landwirt und Mitglied des Bundes ist, der also von seinen eigenen Bundesgenossen auf das schärfste bekämpft wird. In Rotenburg kandidiert der bekannte Reichstagsabgeordnete Held, dem die Agrarier den Landrat von Zeven, von Hammerstein, als Gegner gegenübergestellt haben, so daß also hier ein Regierungsvertreter ein recht erbauliches Beispiel für die Einigkeit des von seinem obersten Chef geschaffenen Blocks, der anscheinend nur für das Reich, nicht aber auch für Preußen gilt, gibt. Interessant wird es sein, wie sich die 1903 gewählten Wahlmänner, die natürlich nationalliberal stimmen sollen, den neuen Kandidaten gegenüber verhalten werden und wie sich die neuen Wahlmänner stellen werden.

Auch Geestemünde-Lehe wollen die Agrarier angreifen, nachdem es Dr. Hahn gelungen ist, das Reichstagsmandat für diesen Kreis zurück zu erobern. Es ist deshalb verständlich, daß allmählich auch in immer weiteren Kreisen der Nationalliberalen die Erkenntnis zum Durchbruch kommt, man müsse mit den Freisinnigen gemeinsam vorgehen und nicht weiter mit dem Bunde der Landwirte paktieren.

Als Vorpostengefechte für kommende Reichstagswahlen können die Ersatzwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause immerhin eine gewisse Beachtung beanspruchen und sie können als Vorzeichen dafür gelten, ob es dem Konservatismus, der hier unter der Aegide Dr. Hahns in ziemlich starker agrarischer und antisemitischer Verhüllung, da Konservative, Agrarier und deutschsoziale Antisemiten eine geschlossene Phalanx bilden, auftritt, wirklich gelingen wird, in Hannover dauernd festen Fuß zu fassen und den Nationalliberalen das Terrain mit Erfolg streitig zu machen.

Das in Königgrätz erscheinende tschechische Wochenblatt „Nase obrana" sucht durch die fortgesetzte Behauptung, daß die Juden zu rituellen Zwecken Christenblut brauchen, die Leidenschaften der christlichen Bevölkerung gegen die Angehörigen der jüdischen Religionsgemeinschaft aufzuwühlen.

In einem am 19. Juli d. J. unter dem Titel „Hilsneriada" publizierten Artikel stellte das genannte Blatt die verleumderische Behauptung auf, daß das Blut der ermordeten Agnes Hruza und Marie Klima sich in einer galizischen jüdischen Synagoge, als Parfüm bezeichnet, vorgefunden habe. Als dieser Artikel der Konfiskation verfiel, besprach die „Nase obrana" diese Beschlagnahme in der Nummer vom 26. Juli d. J. in einem Artikel unter dem Titel: „Ritualni vrazdy a státni zastupitelstvo", in dem es wörtlich heißt: „Gewiß ist, daß Agnes Hruza und Maria Klima von Hilsner ermordet worden sind, die Leichen

dann vom Blut entleert wurden, das Blut verschleppt und erst in Galizien, als „Parfüm“ bezeichnet, beschlagnahmt werden konnte.“ Die Fortsetzung des Artikels gibt den Teil der Kuttenberger Schwurgerichtsverhandlung wieder, in welchem sowohl der Vorsitzende, wie ein Votant und namentlich der Vertreter der Privatbeteiligten, Dr. Baxa, verfängliche Fragen wegen eines rituellen Mordes an den Sachverständigen stellen und dieser in sehr zweideutiger Weise die Möglichkeit des Ritualmordes zugibt.

Ferner erzählt das Blatt von der bekannten Schrift des Pfarrers Dr. Karl Mommert, worin die Uebung des Ritualmordes seitens der Juden behauptet wird, und schließt mit den Worten: „Nie kann der Verdacht des Ritualmordes im böhmischen Volk verwischt werden.“

Es ist nicht bekannt geworden, daß die k. k. Staatsanwaltschaft in Königgrätz auch in diesem zweiten Artikel ein Vergehen nach § 302 St.-G. erblickt hätte und gegen das Blatt eingeschritten wäre. Die Oesterreichisch-Israelitische Union hat infolgedessen an das Justizministerium die Bitte gerichtet, die k. k. Staatsanwaltschaft in Königgrätz anzuweisen, gegen die systematischen Aufreizungen der „Nase obrana“ mit allen gesetzlichen Mitteln einzuschreiten.

Ueber die „Verjudung“ der russischen Presse geht ein Waschzettel durch die deutschen antisemitischen Blätter, dessen tatsächliche, auf ihre Richtigkeit aber schwer zu kontrollierende Angaben, wie es scheint, einem Wiener Antisemitenblatt entnommen sind. Ob wirklich dieser aber jener Redakteur eines oppositionellen Blattes dem Judentum entstammt, ist aber bei den derzeitigen Preßverhältnissen in Rußland herzlich gleichgiltig. Die liberale Presse aller Schattierungen ist von der Zensur so geknebelt, daß sie sich hüten muß, auch nur ein verfängliches Wort zu schreiben. Es ist also geradezu absurd, von einer „Vergiftung“ der russischen Volksseele durch die „jüdische Presse“ zu fabeln. Zufällig finden wir in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel ihres Petersburger Korrespondenten: „Einiges über die russische Presse“, der die bedeutendsten russischen Blätter aufführt und sie nach ihrer politischen Haltung klassifiziert, von jüdischen Redakteuren oder Verlegern aber nicht mit einer Silbe spricht. Dahingegen entwirft er von dem Hauptorgan der russischen Reaktionäre folgende interessante und besonders für unsere Antisemiten lehrreiche Schilderung:

„Das Zentralorgan des Verbandes der wahrhaft russischen Leute ist die ebenfalls in Petersburg erscheinende „Russkaje Snanija“; in ihrem Ton und Gebaren erinnert sie fraglos an Sigls „Bayrisches Vaterland“, doch wäre es falsch, sie im gleichen Sinne wie dieses als eine ergötzliche Erscheinung für müßige Stunden anzusehen. Leider ist sie als ein gefährliches Propagandamittel der alten, traurigen Zeiten und ihrer ebenso traurigen Anhänger sehr ernst zu nehmen, wie ernst, geht wohl daraus hervor, daß sie allein trotz der Verfügung, daß öffentliches Kritisieren von Regierungshandlungen mit Geld oder Haft bestraft werden soll, prinzipiell jede Handlung des Ministeriums Stolypin in einer Weise kritisiert, die jeden anderen hinter Schloß und Riegel gebracht hätte. Ueber die Mitarbeiter der Zeitung ist nichts zu sagen, sie sind sämtlich eingeschworen auf ein Glaubensbekenntnis, welches etwa lautet: Das russische Volk ist das auserwählte, nur die wahrhaft russischen Leute sind zu seiner Führung berufen, alle anderen haben dankbar zu diesen als ihren Rettern aufzuschauen. Juden sind eine minderwertige Abart der Rasse Mensch.“

Vermischtes.

Juden als Schöffen und Geschworene. Nach der bereits erwähnten Verfügung des sächsischen Justizministers entspricht es nicht nur nicht dem Geiste des Gesetzes, sondern läuft auch dem Gesetze zuwider, wenn in einigen Bezirken ausnahmslos oder doch in der Regel keine Juden zum Schöffen- oder Geschworenendienst berufen werden, obwohl in größerer Zahl dort Juden vorhanden sind, die nach Bildungsgrad und sonst zu Schöffen und Geschworenen sich eignen. Die „Deutsche Tagesztg.“ legt Verwahrung dagegen ein, daß der Minister sagt, eine Ausschließung der Juden vom Schöffen- und Geschworenendienst würde dem Gesetz zuwiderlaufen. Das sei nicht der Fall; denn der Wortlaut des Gesetzes gehe dahin, daß die Auswahl der Schöffen und Geschworenen im freien Ermessen des betreffenden Ausschusses und des Landgerichts stehe. Seien diese zuständigen Stellen der Meinung, daß Juden nicht zum Dienst als Schöffen oder Geschworene geeignet sein, so werde man nicht behaupten können, daß sie dem Gesetz zuwider handeln.

Das ist unseres Erachtens eine Wortklauberei und Silbenstecherei. Es ist allerdings dem freien Ermessen der betreffenden Stellen überlassen, die Auswahl zu treffen, aber es wird dabei als selbstverständlich erachtet, daß keine parteiische Rücksicht genommen wird. Es ist dies nicht erst besonders betont, ja nur bemerkt, weil es eben wie alles Moralische selbstverständliche Voraussetzung ist. Wenn nun im Laufe vieler Jahre die Wahrnehmung gemacht wird, daß in größeren Bezirken, gar noch im Gegensatz zu früher, Juden nicht zu Schöffen und Geschworenen gewählt werden, obgleich sogar über Mangel an geeignetem Material geklagt wird, dann muß der Verdacht auftauchen, daß vom Gesetz nicht gewollte und daher dem Gesetz zuwiderlaufende Rücksichten obwalten. Schreiber dieser Zeilen ist beispielsweise seit dreißig Jahren in Berlin verheiratet, ist noch länger hier selbständig tätig, gehört den akademisch gebildeten Kreisen an, ist berufsmäßig Schriftsteller und ist doch noch niemals Schöffe oder Geschworener gewesen. Er sehnt sich nicht einen Augenblick darnach, würde es als eine sehr empfindliche Schädigung und Störung ansehen müssen, wenn er dazu ausersehen würde, hat also persönlich eher Grund, sich zu freuen, als sich zu beklagen, daß man ihn nicht zu dem zeitraubenden Ehrenamt herangezogen hat. Aber auffallen kann es ihm schon und ihm dabei der Gedanke kommen, daß da nicht nach Gesetz und Recht gehandelt wird. So geht es aber Tausenden von Juden, und diese betrachten es nicht nur als ihr Recht, sondern auch als ihre Pflicht, die oberste Justizbehörde darauf aufmerksam zu machen. Wenn diese das Verhalten der betreffenden Stellen als gesetzwidrig bezeichnet, dann nennt sie eben nur un chat un chat und Rollin un fripon. Die „Deutsche Tagesztg.“ scheint aber mit dem braven Riccaut de la Marlinière die deutsche Sprache für eine „dumme Sprak, eine häßliche Sprak“ zu halten, daß man eine so offenbare und vom Gesetz nicht gewollte Zurücksetzung gewisser Kreise und Gruppen der Bevölkerung eine gesetzwidrige nennt.

„Die Plutokratie auf Reisen.“ Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Kreuzztg.“ eine Uebersetzung eines Artikels der Londoner Wochenschrift „Truth“. Die einleitenden und schließenden Bemerkungen der „Kreuzztg.“ lassen zwar darauf schließen, das sie mit ihrer Reproduktion ganz wo anders hinzielt als auf die Juden, und dem Artikel der „Truth“ könnten wir von A bis Z zustimmen bis auf wenige Worte. Die englische Wochenschrift geißelt mit vollem Recht und nicht einmal in allzuscharfen Worten das widerwärtige Gebahren der amerikanischen Milliardäre und solcher Amerikaner, die es scheinen wollen, auf ihren Reisen in Europa. Ein wenig spricht ja sowohl bei der „Truth“ wie bei der „Kreuzzeitung“ der Aerger mit, daß die Amerikaner den Engländern im europäischen Reiseverkehr den Rang abgelaufen haben, bezw. daß die deutschen Aristokraten es mit den heimischen und ausländischen Plutokraten im Geldaufschwenden nicht aufnehmen können. Aber in der Hauptsache ist es richtig, daß die Plutokratie auf Reisen sich meist

ebenso widersinnig wie widerwärtig benimmt. Daß auch Juden, die viel Geld und wenig Geschmack haben, recht widerwärtig sein können, soll nicht einen Augenblick in Abrede gestellt werden, und sie verdienen vollständig die ausgeteilten Geißelhiebe. Was wir in Abrede stellen, ist, daß, wie es in dem hier in Rede stehenden Artikel heißt, „soweit Europa in Frage kommt, die Namen dieser ihren Reichtum in den ersten Gasthöfen protzig zur Schau Tragenden in neun unter zehn Fällen semitischen Klanges sind.“ Es ist direkt Unsinn von neunzig Prozent zu sprechen. Wenn Juden in Betracht kommen, wird ja immer übertrieben, sobald es gilt etwas Nachteiliges zu sagen. Ein vielleicht vorhandener verhältnismäßig größerer Prozentsatz mag zugegeben werden. Aber es muß berücksichtigt werden, daß von den reisenden reichen Juden sehr viele aus Halbasien kommen, wo sie wenig Gelegenheit haben, von ihrem Reichtum Gebrauch zu machen. Die reichen Juden in Rußland beispielsweise werden sich hüten, durch Geldausgeben in größerem Maßstabe den Neid und die Gier der pogromlustigen Bevölkerung zu erwecken. So wollen sie wenigstens einmal auf Reisen von ihrem Geld ausgiebig Gebrauch machen. Da sie in den halbasiatischen Ländern nicht einmal ausreichende Bildungsgelegenheit haben, ist es doch wahrlich nicht zu verwundern, daß sie weniger Takt und Geschmack besitzen als etwa deutsche Aristokraten. Immerhin ist es besser, wenn sie ihr Geld nur geschmacklos verausgaben, als wenn sie es in so barbarischer Weise tun, wie es beispielsweise die Moskauer jeunesse dorée tut, die Mobiliar in den Hotels und Restaurants oft im Werte von Tausenden von Rubeln vandalisch zerstört, lediglich um zu zeigen, daß es ihnen nicht darauf ankommt, mit einigen tausend Rubeln den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Aber wie schon gesagt, wir denken nicht einen Augenblick daran, jüdischen Protzen das Wort zu reden. Es bietet sich für alle Gelegenheit genug, Geld gut anzuwenden.

Im Uebrigen wollen wir davon Notiz nehmen, daß die „Truth“ sagt und die „Kreuzztg.“ widerspruchslos abdruckt, daß es ein weit verbreiteter Irrtum sei, Semiten für geizig zu halten. Das wird aber das preußische Junkerblatt nicht abhalten, bei nächster Gelegenheit wieder den Juden schmutzigen Geiz vorzuwerfen.

Eines antisemitischen Auslandsdeutschen Klage. Einem Deutschen in Brasilien hat es der „Deutsche Ueberseeverband“ angetan, dessen Seele der bekannte Stöckerianer Adolf Stein ist. Besagter Deutsch-Brasilianer möchte gern dem Verbande angehören, aber ihm fehlt das Geld zum Mitgliedsbeitrage, der ihm mit 60 Mk. für ihn und andere Auslandsdeutsche zu hoch dünkt, zumal es ihm schwer fällt, auch nur die sechs Mark aufzutreiben, die jeder Deutsche, der länger als zehn Jahre im Auslande weilt, Einschreibgebühr auf dem deutschen Konsulate entrichten muß, will er die deutsche Reichsangehörigkeit nicht verlieren. Man sollte meinen, ein tüchtiger Mann, der zehn Jahre und darüber in Brasilien gearbeitet hat, sollte für seine Liebe zum alten Vaterlande sechs Mark im Jahre auftreiben können, zumal sechs Mark in Brasilien auch nicht entfernt die Rolle spielen, die sie bei uns spielen. Wir sind fest überzeugt, daß die Herrschaften für Bier diesen Betrag jährlich schon auftreiben.

Fällt es aber einem Unglücklichen wirklich schwer, für seine Reichsangehörigkeit jährlich sechs Mark aufzutreiben, dann sollte er sich lieber Mühe geben, diese Summe zu verdienen und sich nicht blöden Träumereien über die vermeintlichen internationalen Zwecke der Juden hingeben.

Unser antisemitischer Deutsch-Brasilianer fürchtet, „die Hebräer werden Aas wittern — das Gleichnis machen Sie, Herr Brasilianer, nicht wir — werden sich sagen: „Für das billige Geld können wir gleich von vornherein die Finger hineinstecken und den Verband insgeheim unseren internationalen Zwecken dienstbar machen. Sie wären ja dumm — hat der edle Deutsch-Brasilianer ausgeknobelt — wenn sie sich diese Gelegenheit zur Befestigung ihrer Weltmacht entgehen ließen“, und statt sich den Kopf zu zerbrechen, wie er den Jahresbeitrag zu dem ihm so preiswert erscheinenden Uebersee-Verband verdient, zerbricht er sich den Kopf des Herrn Adolf Stein, daß dieser es nicht werde verhindern können, „daß aus dem Verbande ein stiller Teilhaber der — — alliance israélite wird.“ Denn daß es dem Verband nicht an jüdischen Mitgliedern fehlen wird, die ihm ihren Stempel aufdrücken und ihren Zwecken dienstbar machen werden, steht für den Braven fest, und ebenso, daß dann der Verband eine Fehlgeburt ist.

Der so sehr für Andere besorgte Auslandsdeutsche stellt die ihm unbeantwortbar erscheinende Frage auf, was wohl werden sollte, wenn der Verband die Bekämpfung des Mädchenhandels in Südamerika beschlösse und im Verbande jüdischer Einfluß wirksam wäre. Obwohl er wegen dieser perfiden Insinuation eine Antwort gar nicht verdient hätte, wollen wir sie ihm doch geben, schon damit er eine Sorge los sei und so vielleicht Zeit gewinne, genug zu verdienen, um trotz der 6 Mk. für Einschreibegebühr auf dem Konsulat noch den Beitrag für den Uebersee-Verband zu erschwingen. Unser Rat lautet: Wenn der Verband die Bekämpfung des Mädchenhandels in Südamerika sollte in die Hand nehmen wollen, dann solle er mit den in Europa und in Amerika bestehenden jüdischen Vereinen, die sich ausschließlich die Bekämpfung dieses infamen Handels zur Aufgabe gestellt haben, ein Kartell schließen, um mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Der Brave, der mit seinen Sorgen so sehr in räumliche und zeitliche Fernen schweift, statt einstweilen bei sich anzufangen, ist unzufrieden damit, daß in Blumenau ein Herr Salinger, in Buenos Ayres ein Herr Steifensand deutsche Konsuln sind. Ob die Genannten Juden sind, wissen wir nicht. Der Artikelschreiber nimmt es jedenfalls an, weiß es vielleicht sogar und fragt: „Woher soll diesen die lebendige Liebe zu unserm Volke, der Sinn für kulturelle Betätigung unserer Rasse kommen?“ — Der gute Herr scheint nicht zu wissen, daß annoch die deutsche Regierung Juden nicht einmal paritätisch bei der Verteilung von Aemtern behandelt, geschweige denn bevorzugt. Es ist also anzunehmen, daß die Herren Salinger und Steifensand immer noch die Geeignetesten am Platze waren. Im Uebrigen wollen wir dem guten Manne, da wir ihm in diesem Falle nicht mit einem Rate beistehen können, etwas zum Troste sagen. Er stellt dem deutschen Reiche hinsichtlich der Behandlung seiner Angehörigen im Ausland England als Muster hin. Nun England hat nicht das geringste Bedenken Juden als Konsuln, sogar Generalkonsuln zu verwenden und hat beispielsweise in den bedeutendsten deutschen Städten jüdische Konsuln. Ja es hat sogar einen jüdischen Gouverneur, der obendrein den gar nicht so jüdisch klingenden Namen Steifensand, sondern den viel deutlicheren Nathan trägt.

Ob unser antisemitischer Auslandsdeutscher, nachdem wir ihm so Rat und Trost zu erteilen uns bemüht haben, noch darauf bestehen wird, daß der ihm so sympathische Uebersee-Verband den Arierparagraphen einführe, wissen wir nicht. Wir möchten es aber beinahe glauben. Will er doch sogar Polen und Katholiken ausgeschlossen wissen. Ach Antisemiten bekümmert oft größere Not, als andere Menschen ermessen.

Antisemitisch gesinnte Renegaten. Die „Deutschsoz. Blätter“ bringen in der Nr. vom 14. August den Brief eines angeblich getauften Juden, namens Berthold Levy aus Kassel, zum Abdruck. In diesem Briefe

bietet sich der edle Mann an, gegen Honorar die Geheimnisse eines verstorbenen jüdischen Wucherers der Welt preiszugeben. Das vornehme Blatt weist dieses Anerbieten stolz zurück und zitiert den geschmackvollen Spruch: „Mit den getauften Juden nur gleich wieder ins Wasser, aber dort, wo es recht tief ist." Wir müssen gestehen, daß uns dieser Stolz nicht sehr zu imponieren vermag. Wir können uns noch der Zeit erinnern, wo die Berliner Antisemiten mit einem der widerlichsten getauften Juden, Paulus Meyer, Parade machten, ihn in ihren Volksversammlungen lange Reden gegen Juden halten ließen und ihn als Autorität für die Wahrheit des Ritualmordes ausriefen. Die Bücher getaufter Juden, soweit sie für die Juden ungünstig sind, werden heute noch als „wissenschaftliche Quellen" gern zitiert und in Wien ist der Enkel eines Juden eine christlichsoziale Größe und die rechte Hand Luegers. Die sittliche Entrüstung ist hier also gänzlich deplaziert. Wir gönnen dem Antisemitismus diese Elemente, denn sie passen mit ihrer Moral sehr gut zu der antisemitischen Kampfesweise. Daß ein Jude die Fehler seiner Gemeinschaft geißelt, ist eine sittliche Tat und niemand hat es schärfer getan als die Propheten in Israel. Auch heute kann man häufig in den jüdischen Zeitungen Artikel finden, in denen jüdische Schriftsteller auf Abstellung von schlechten Manieren und Gebrechen mit aller Energie dringen. Das rechnet ihnen kein vernünftiger Jude und kein anständiger Christ als Sünde an, denn überall ist das Ringen nach Fortschritt und Vollkommenheit auf geistigem und sittlichem Gebiete ein Symptom gesunden Entwicklungslebens. Wenn aber ein Jude sich bereit erklärt, gegen Bezahlung seine jetzigen oder früheren Glaubensgenossen in antisemitischen Zeitungen zu beschimpfen, so charakterisiert ihn eine solche Tat als jämmerlichen Menschen. Ein solcher Sittenrichter verdient es mit Recht, Ehrenmitglied der deutschsozialen Partei zu werden.

Die Magdeburger „Sachsenschau", die es den „Deutschsozialen Blättern" sehr übel nimmt, daß sie auf das „Geschäft" nicht eingegangen seien, schreibt noch hierzu:

„Wir bemerken übrigens hier ausdrücklich, daß viele reiche Christen sich auf die Halsabschneidereien jetzt ebenso gut wie jener jüdische Großkaufmann verstehen und diese mit demselben Erfolge betreiben."

Da hat das Hauptorgan der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg zugleich eine hübsche Antwort aus den ihm nächststehenden Kreisen auf seinen letzten Artikel über den „jüdischen Wucher".

Juden in der Gendarmerie. Der antisemitischen „Deutschen Volkswacht" in München wird geschrieben:

„Als alter christlichsozialer Leser Ihres werten Blattes erlaube ich mir, Ihnen eine berichtigende Mitteilung zu machen. Sie brachten in letzter Nummer eine Notiz über einen jüdischen Gendarmerieoberbrigadier Steinhart und bezweifeln, daß es einen solchen gegeben hat. Derselbe hat nun in der Tat gelebt und war bis zu seinem Tode mein Vorgesetzter. Es war der K. B. Gendarmerieoberbrigadier 1. Klasse (heutigen 1. Oberwachtmeister) Solomon Steinhart in München, welcher im Jahre 1893 starb und im Beisein fast aller damaligen Gendarmerie-Mannschaften auf dem Münchener jüdischen Friedhofe begraben wurde. Es gab noch einen zweiten jüdischen Oberbrigadier. Es ist dies der heute noch in München lebende K. B. pensionierte Gendarmerieoberbrigadier 1. Klasse und Oberwachtmeister Abraham Hänlein in München, der bis zur Formierung der Schutzmannschaft vor einigen Jahren noch Dienst tat. Die beiden jüdischen Oberbrigadiers waren bei der gesamten damaligen Mannschaft sehr beliebt und es waren auch wirklich ein paar prächtige Männer, wie man sie unter den Juden nicht allzuoft trifft.

Auch in der heutigen Schutzmannschaft befinden sich zwei jüdische Schutzleute, die ich selbst kenne. Der eine ist ein zum Judentum übergetretener Katholik. Ich glaube, daß die vorstehenden Mitteilungen Sie und Ihre werten Leser interessieren werden. Mit christlichsozialen Grüßen hochachtend! (Folgt die Unterschrift eines pensionierten Gendarmen.)"

× Ein Erlaß der Grafen Philipp und Heinrich von Isenburg-Büdingen vom Jahre 1581 gegen den Wucher. Wer hat von alters her, so fragen die Antisemiten, die christliche Bevölkerung ausgesogen, wer hat das schändliche Geschäft des Wuchers getrieben? Die Antwort lautet: Die Juden, einzig die Juden. In der Herrschaft Büdingen wird 1656 der erste Schutzjude geduldet. Mehr denn 70 Jahre früher wenden sich die Grafen von Büdingen an ihre christlichen Untertanen mit den Worten:

„Nachdem uns zu Bericht gekommen, daß der ungöttliche, schändliche Wucher in unserer Gemeinschaft zu Büdingen täglicher und je länger je mehr einreißt und überhand nimmt, dadurch denn unsere armen Unterthanen auf's Aeußerste erschöpft, ausgesogen und verderbt werden, und aber dieses schändlichen Uebels halber in den gemeinen beschriebenen Rechten und des heiligen Reichs Constitutionen und Abschieden nothdürftige und heilsame Vorsehung geschehen, als ordnen, setzen und wollen wir, daß unsere Amtleute, Schultheiße und andere Befehlhaber über solchen in den beschriebenen Rechten und des heiligen Reichs Abschieden verbotenen unchristlichen Wucher keineswegs verhelfen, auch sie selbst sich vor solchem wucherlichen Handeln hüten, noch viel weniger mit ihrem Consens oder Siegelung die deßwegen aufgerichtete Verschreibung und Instrument ratifizieren und bekräftigen sollen. Da auch künftig nach Publicirung dieser unserer Ordnung sich zutragen sollte, daß Einer oder Mehr etwas an Geld ausleihen und davon höhere als in Rechten zuläßige Pensiones und Zins jährlich nehmen würde, so soll der oder dieselbigen unserer willkührlichen und unablässigen ernsten Strafe unterworfen und gewärtig sein."

Der heilige Bernhard und die Juden. In der „Frankf. Ztg." war berichtet worden, daß Bischof Dr. Willi von Limburg beim Festessen, das sich der Einweihung der dortigen Bernardus-Kirche anschloß, darauf hinwies, daß vielleicht auch jüdische Einwohner zur Ausschmückung der Kirche ihr Scherflein beisteuern würden, wenn man sie daran erinnere, daß der hl. Bernhard einst in Worms einer Judenverfolgung Einhalt getan habe. Hierzu wird dem Frankfurter Blatt noch ergänzend geschrieben:

„Als im Jahre 1146 ein neuer Kreuzzug vorbereitet wurde, da trat ein fanatischer Mönch namens Rudolph auf, der, von Ort zu Ort fahrend, die Menge zum Kreuzzuge entflammte, doch, so meinte er in seinen Reden, nicht bei den Sarazenen, bei den Juden müsse dieser Kreuzzug anfangen, denn sie seien ebenso schändliche und todeswürdige Feinde Christi wie die Ungläubigen. Es bedurfte nur eines solchen Wortes, um die rohe Menge zu Raub und Totschlag zu veranlassen, wie bereits beim Ausbruch des ersten Kreuzzuges die Hetzreden der Fanatiker ihre Wirkung geübt hatten. Kaiser Konrad der Dritte tat sein Möglichstes, die Juden zu schützen, indem er ihnen in seinen Erblanden Asyle anwies, aber über die Gebiete der weltlichen und kirchlichen Fürsten hatte er keine Macht, und so begannen die Hetzereien Rudolphs Früchte zu tragen; hier und da wurden Juden gemordet, verstümmelt oder zur Taufe gezwungen. Es nützte nichts, daß der Erzbischof Heinrich der Erste von Mainz einzelnen Juden Schutz in seinem Hause gewährte, der Pöbel drang in den Palast des Erzbischofs ein und mordete die Schutzsuchenden vor seinen Augen. Da wandte sich Heinrich an Bernhard von Clairvaux, den damals angesehensten Mann der Christenheit, der als heiliger Mann verehrt wurde, er möge durch sein Wort dem Morden und Rauben in den Rheinstädten Einhalt tun. Bernhardt sandte an den Erzbischof und an die Geistlichkeit von Franken und Bayern ein Schreiben, das öffentlich verlesen werden sollte. Er nannte darin Rudolph einen ausgestoßenen Sohn der Kirche, der die Bischöfe verachte und gegen die Absicht der Kirche Mord und Totschlag predige. Wer die Juden berühre, berühre den Augapfel Christi, denn sie seien seines Gebeins und seines Fleisches. Einst sollten auch sie zu ihm bekehrt werden, wie könnte sich aber dieser Wunsch der Kirche erfüllen, wenn sie totgeschlagen wurden? Großen Eindruck machten diese Worte auf Rudolph nicht, er setzte seine Hetzarbeit fort, und Bernhard sah sich veranlaßt, selbst nach Deutschland zu kommen und persönlich einzugreifen. Er forderte Rudolph nach Mainz vor, machte ihm schwere Vorwürfe über sein unchristliches und kirchenwidriges Treiben und befahl ihm, in sein Kloster zurückzufahren. Damit verschwand dieser Mönch von der Bildfläche. Aber wenn auch an einigen Plätzen sich die Gemüter beruhigten, die Hetzreden hatten schon zu tief gewirkt, als daß es dem Einflusse Bernhards gelingen konnte, überall Frieden und Ruhe herzustellen. Im Gegenteil, das Ende dieses Jahres und der Verlauf des folgenden brachten noch unsägliches Elend über viele jüdische Gemeinden."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 36. Berlin, 3. September 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Ueber antisemitische Citate.

Sprüche, Aphorismen und Gedankensplitter sind kleine individuell gestaltete Mosaiksteine des Geisteslebens. Man kann aus ihnen schöne, farbenreiche Bilder herstellen, wenn man — selber Künstler ist. In der Hand des Charlatans, des Stümpers, werden sie zu unnützem oder gar häßlichem Spiel. Wenn man fertig behauene Steine findet, die harmonisch in das Gebäude hineinpassen, warum soll man sie nicht verwerten? Nur müssen Plan, Ziel und Geist bei der Verwertung eine Rolle spielen. Wer aber nur solche fremde Steine sucht und sie ohne Kunst verwendet, der bekundet dadurch sein Unvermögen am künstlerischen Gestalten. Oder ein anderes Bild: Zitate sind fremde Münzen, wer zitiert, der borgt. Macht man dieses Kapital fruchtbar, vermehrt man es, dann ist es eine nützliche Tätigkeit. Wer aber immer nur borgt, der bekundet dadurch seine eigene Armut. Noch schlimmer ist es, wenn jemand diese Münzen zu einem falschen Kurs veräußert und damit Manipulationen macht, die gegen die Natur des Besitzers sind.

Wir Menschen sind geistig wie physisch organische Teile einer großen Einheit und auch zeitlich stehen wir im Zusammenhang mit Vergangenheit und Zukunft. Wir bauen die Gedankenwelt immer weiter aus und bewußt oder unbewußt arbeiten wir mit dem geistigen Kapital, das uns unsere Geistesheroen hinterlassen haben. Wohl uns, wenn wir das Erbe vermehren und es vertieft und bereichert auf unsere Nachkommen übertragen. Aber hier ist ein bloßes Ererben nichts, ein Erwerben, ein individuelles Verarbeiten alles. Der Unterschied zwischen dem produktiven und passiven Geiste besteht darin, daß der schöpferische Kopf die fremden Gedanken harmonisch mit seiner Individualität verschmelzt und sie als s e i n e e i g e n e n G e d a n k e n wiedergibt, während der nüchterne Vielwisser den fremden Schatz wie den Kassenschrank verwahrt und ihn mechanisch als fremdes Eigentum wiedergibt, ohne daß seine Seele eine Bereicherung erfahren hätte. Es ist genau wie im physischen Leben: wer die zu sich genommene Nahrung nicht verarbeitet, der wird nie satt, der gelangt nie zur Gesundheit. Unsere Großen haben uns ihre Gedanken hinterlassen, damit wir sie genießen und Herz und Seele daran erheben, aber nicht, damit wir sie wie ein Phonograph mechanisch wiederholen.

Jeder Gedanken eines großen Geistes ist ein Teil seiner Gedankenwelt und kann n u r i m Z u s a m m e n h a n g e mit seiner ganzen Weltanschauung verstanden und gewürdigt werden. Losgerissen aus dem Zusammenhange bietet so ein einzelner Spruch oft ein ganz schiefes Bild. Denn jeder, auch der größte Geist, trägt in sich mannigfaltige Widersprüche, die nur durch das Leben, das Wesen und die Art des Gedankenschöpfers zu verstehen und zu einer Harmonie zu vereinigen sind. Dazu kommt der wichtige Umstand, daß jeder große Geist sich immer weiter entwickelt und in jeder Periode des Lebens etwas anderes ist. Es ist daher begreiflich, daß man über dieselbe Frage in verschiedenen Lebensepochen andere Meinungen äußert. Nur dem gediegenen Kenner des Lebens und der Schriften eines großen Mannes ist es möglich, die richtige Auswahl zu treffen, die Lücken auszufüllen und aus den einzelnen Farbenstrichen ein Miniaturbild herzustellen. Schon Breviere aus dem Gedankenreiche einzelner Literaturgrößen zusammenzustellen, wie es in jüngster Zeit oft geschehen ist, halte ich für sehr gewagt. Es ist hier ungemein schwierig, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu sondern, das Charakteristische herauszugreifen und ein wirkliches Bild vom Innenleben durch Mosaiksteine zu geben. Gedanken, die nicht als Aphorismen von vornherein geprägt sind, gehören dahin, wo ihr Schöpfer sie gesetzt hat, und es ist sehr gefährlich, sie aus ihrem Gefüge zu reißen. Man widersteht dabei selten der Verlockung, das Glänzende und nicht das Wesentliche herauszugreifen, und man kommt mit solchen Sammlungen nur der nervösen Halbbildung entgegen, die gewissermaßen per Automobil durch die Geisteswelt rasen möchte.

Geradezu frevelhaft aber ist es, aus einem aus dem Zusammenhange gerissenen Satze eines Denkers, Dichters oder Politikers seine ganze Weltanschauung und seine Stellung zu den wichtigsten Problemen des Lebens konstruieren zu wollen. Natürlich sind es unsere Antisemiten, die mit Vorliebe mit Zitaten paradieren. Sie sind ja mit den raffiniertesten Triks der Reklameliteratur vertraut. Im Grunde möchten diese merkwürdigen Kulturförderer nichts Geringeres beweisen, als daß die großen Männer aller Völker und aller Zeiten Bundesgenossen von Liebermann von Sonnenberg, Fritsch und Stöcker waren. Auf dem antisemitischen Jahrmarkt wird mit Ausschreier-Pathos der Artikel „A u s s p r ü c h e b e r ü h m t e r M ä n n e r ü b e r d i e J u d e n f r a g e“ angepriesen, in neuester Zeit sogar als Ansichtskarten, als Briefbogenschmuck und Briefverschluß. Durch diese auf seinem farbigen Papier gedruckten Sprüche wird „zur Evidenz bewiesen“, daß wer sich nicht zum antisemitischen Katechismus bekennt, ein Idiot oder ein Judensöldling ist. Diese Manipulation sieht wissenschaftlich aus und ist im Grunde der abscheu-

lichste Unfug auf geistigem Gebiete. In diesem Manöver kommt die ganze geistige Oberflächlichkeit und die niedrige Kampfesweise unserer Antisemiten zum Ausdruck. Selbst wenn diese zusammengestellten Aussprüche die wirklichen Ansichten dieser Männer wiederspiegeln würden, so wäre damit gar nichts bewiesen, solange man nicht weiß, wann diese Männer diese Ansichten geäußert haben, aus welcher Kausalität heraus und in welchem Zusammenhange. Es dürfte kaum einen deutschen Denker und Schriftsteller geben, der nicht gerade aus seinem blühenden Patriotismus her aus schon einmal ein hartes oder bitteres Wort über Deutschland und über die Schattenseiten des deutschen Charakters geäußert hätte. Nun denken wir uns, daß jemand diese Aussprüche sammeln und unter dem Titel „Aussprüche berühmter Männer über Deutsche und Deutschland“ veröffentlichen würde. Welch ein Bild erhielten wir und namentlich das Ausland von Deutschland und dem deutschen Wesen durch ein solches Buch!

Und ist es denn mit dem Problem der Judenfrage anders? Kann denn wirklich ein einzelner Spruch, der bei irgend einer Gelegenheit über die Juden gefallen ist, charakteristisch für die Stellung zum Judentum sein? Wer einmal ein ungünstiges Wort über die Juden sagt, ist darum noch lange kein Judenfeind und vor allem kein Bundesgenosse unserer heutigen Antisemiten. Die Juden haben nie das Privilegium beansprucht, daß man nicht auch sie kritisiert und über sie ein scharfes Wort sagt. Es kommt nur darauf an, aus welcher Gesinnung heraus und in welcher Absicht dieses Wort geäußert wird. Das Lächerliche dieser ganzen Manipulation wird dadurch klar, daß man sogar aus Herder, Virchow und Mommsen Sprüche zitiert und sie zu Antisemiten stempeln möchte. Daß diese Männer den Judenhaß mit allen seinen Auswüchsen aus dem Grunde ihrer Seele verabscheuten, — das ist doch wahrlich kein Geheimnis in Deutschland.

Doch, sehen wir uns diese merkwürdige Sammlung etwas genauer an. Sie wissenschaftlich zu untersuchen, ist kaum möglich, denn unsere Antisemiten machen sich die Sache sehr bequem, sie geben nicht einmal die Quelle an, wo diese Zitate stehen. Man muß oft tagelang suchen, bis man diesen Ausspruch in seinem Zusammenhange in den Werken des Schriftstellers findet, und es gehört die Arbeit eines ganzen Lebens dazu, um diese Aussprüche auf ihre Bedeutung und ihren Wert genau zu prüfen. Denn man müßte, wenn man streng wissenschaftlich verfahren wollte, über die Weltanschauung und die Stellung jedes Philosophen, Dichters oder hervorragenden Schriftstellers zu Juden und Judentum ein ganzes Buch schreiben. Aber schon bei der flüchtigen Untersuchung wird es sich zeigen, wie es mit dem „geistigen“ Arsenal der Antisemiten bestellt ist.

Wer sind die „berühmten Männer“ unserer Antisemiten? Wenn man Zeugen anruft, deren Wort genügen soll, um die Juden zu verdammen, dann müßten es Namen sein von einer Wucht, die erdrückend wirkt. Nun finden wir aber darunter Otto Glagau, dessen Namen außerhalb des Antisemitismus kaum gekannt wird, Eduard Drumont, der mit wenig Geist und Witz jeden Tag zwanzig Deutsche zum Frühstück und zehn Juden zu Mittag verzehrt, den giftgeschwollenen alten Wahrmund, Dr. Paul Förster, der aus seiner eigenen Partei ausgeschlossen wurde und von nur wenigen unter den Antisemiten selber ernst genommen wird, den halbverrückten und auch sittlich nicht einwandsfreien Schönerer und — in rührender Bescheidenheit — Herrn Theodor Fritsch selbst. Wahrlich eine Gallerie berühmter Geisteshelden! Es hätte nur noch gefehlt, daß auch noch Ahlwardt, Püdler und Bruhn mit ihren Sprüchlein aufgeführt werden.

Doch, versuchen wir die Aussprüche der wirklich bedeutenden Männer zu prüfen. Da ist zunächst Napoleon I. Wie verhält es sich mit seiner Gesinnung? Er war zuerst frei von jedem Vorurteil auch gegen die Juden, bis die Judenhasser in Straßburg sein Ohr gewonnen haben und ihm die gemeinsten Verleumdungen gegen die Juden vorbrachten. Am meisten gelang es diesen Hetzern, ihm dadurch einen Haß gegen die Juden zu suggerieren, daß sie sämtliche Juden als Spione und Verräter schilderten. Aus eigener Anschauung hatte Napoleon die Juden bis dahin kaum gekannt, so glaubte er schließlich, daß an diesen Verleumdungen etwas Wahres sein müsse. Daß aber diese Beschuldigung eine böswillige Erfindung war, weiß jeder, der die damaligen Verhältnisse studiert hat. Die Juden waren die begeistertsten Verehrer des großen Korsen. Als Napoleon dann die Vertreter der Judenheit im Jahre 1806 nach Paris zu einer Beratung berief und einsah, welche geistig und sittlich hervorragenden Männer sich unter seinen Juden befanden, ließ er ihnen seine freundlichste Gesinnung versichern und versprach ihnen, alle Ausnahmegesetze zu beseitigen und sie als Vater zu schützen. Ein Antisemit war er also trotz einiger ungünstiger Aussprüche, die er einmal fallen ließ, sicherlich nicht. Dazu war dieser gewaltige Mann viel zu vorurteilsfrei und großzügig angelegt. In seinem Heere dienten Juden als Offiziere und in Südfrankreich bekleideten Juden wichtige Zivilämter. Das beweist am besten, daß er von keinem Judenhaß beseelt war.

Moltke hat als ganz junger Leutnant ohne tiefe Menschenkenntnisse judenfeindliche Bücher gelesen und er hat diese Ansichten, ohne sie genau geprüft zu haben, zu den seinigen gemacht. Daß er aber später diese Stellen aus seinen Werken ausmerzen ließ, beweist doch, daß er als reifer Mann eine andere Ansicht von den Juden hatte. Wie dieser große Schlachtenlenker und vornehme Geist über Toleranz dachte, das kann man am besten aus seinem religiösen Testament ersehen. Es gehört eine ganze Portion Unverfrorenheit dazu, um solche Stellen zu zitieren, die der Autor selbst als minderwertig oder falsch vernichtet hat.

Bismarck dachte in der ersten Periode seiner politischen Laufbahn zwar nicht antisemitisch, wohl aber nicht vorurteilsfrei über Juden. Daß er sich aber später darin geändert hat, das beweist sein Verhältnis zu Bleichröder, Simson und Bamberger. In den 80er Jahren duldete er zwar den Antisemitismus, aber nur als Mittel, um dadurch den Liberalismus zu schwächen. Man weiß aber, wie ungern er später das Stöckersche Treiben sah und wie leicht er diesen frömmelnden Scheiterhaufen-Politiker fallen ließ.

Martin Luther war in der ersten Zeit seiner reformerischen Tätigkeit ein Judenverehrer und seine Bibelübersetzung ist nicht frei vom Einfluß jüdischer Gelehrter. Erst im späten Alter machte er einige verbitterte Bemerkungen über Juden, und es ist schwer zu sagen, ob persönliche Erlebnisse oder fremde Einflüsse diese Gesinnungsänderung hervorgerufen haben. Jedenfalls ist der lebensfrische Luther mindestens ein so guter Zeuge wie der greise Luther.

Richard Wagner nahm in seinen jungen Jahren von Meyerbeer Wohltaten an und stand zu Heinrich Heine in freundschaftlicher Beziehung. Erst viel später kam seine judenfeindliche Gesinnung zum Ausbruch und wahrscheinlich war es der Haß gegen einige Komponisten, der diese Leidenschaft in ihm aufwühlte. Antisemitisch im heutigen Sinne aber war er nie. Man weiß, wie sehr er den Generalmusikdirektor Levy verehrte und wie energisch er ihm gegenüber betonte, mit dem antisemitischen Treiben nichts gemein zu haben. Liszt hat erst durch den Ver-

sehr mit Wagner eine Aversion gegen die Juden bekommen. früher war er frei von diesen Vorurteilen. Daß man übrigens hervorragender Musiker sein und über die Juden eine falsche Ansicht haben kann, ist ja klar. Die Juden gehören heute zu den größten Anhängern der Wagnerschen Musik und es fällt ihnen gar nicht ein, sich den Genuß seiner Musik zu versagen, weil er vorurteilsvoll über sie dachte. Levy schuf die Wagnersche Tradition im Parsifal, jüdische Sänger und Sängerinnen verherrlichen die Wagnersche Musik und jüdische Musikfreunde füllen die Theater bei der Aufführung des „Ringes".

Der Spruch von Goethe bildet nicht seine eigene Meinung, sondern die Meinung einer seiner Figuren. Daß der Dichter sich nicht mit seinen Helden zu identifizieren braucht, ist ja einleuchtend, sonst würde der Verfasser nur immer sich selbst und seine eigene Meinung dichterisch gestalten können. Außerdem ist dieser Satz aus dem Zusammenhang gerissen. Goethe hat sich sehr oft mit großer Anerkennung über das jüdische Volk ausgesprochen und er hat namentlich für die geistigen Güter des Judentums großen Respekt gehabt. Man weiß ja, daß er gern die Sprache der Bibel verwertete und biblische Sentenzen dichterisch verarbeitete. Er stand auch persönlich während seines Aufenthaltes in Karlsbad mit Juden in Berührung. In der Seele dieses Universalgenies gab es keinen Platz für solche Jämmerlichkeiten, wie Antisemitismus.

Herder war gewiß noch weniger judenfeindlich gesinnt. Man braucht nur in seinen Werken nachzulesen, mit welcher Begeisterung er von der Bibel und der jüdischen Poesie spricht. Man kann ein Volk nicht hassen, dessen Volk man glühend liebt. Herders religiöse Gesinnung war philosophisch abgeklärt und stand ethisch so hoch, daß sie nur Liebe und nicht Haß ausströmte.

Soll man noch Virchow und Mommsen gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz nehmen? Virchow hat Juden zu seinen besten Freunden gezählt und er hat es nie versäumt, seine Stimme gegen die „Schmach des Jahrhunderts" zu erheben. Ich habe ihn am Grabe Ludwig Löwes mit Tränen in den Augen sprechen hören und in dieser Rede war es, wo er hervorhob, daß kaum ein zweiter Kirchhof in Berlin so viele ihm teure Männer birgt, wie der jüdische in der Schönhauser Allee. Dieser Mann, dessen ganzes Leben ein Kampf für Freiheit und Wissenschaft war, soll also antisemitische Sympathien besessen haben, weil er einmal im Leben ein hartes Wort ausgestoßen hat! Das ist zu komisch. Und Mommsen war der erste, der mit der ganzen Wärme seines Herzens gegen Treitschke und sein gefährliches Treiben auftrat. Und auch später bekundet er bei jeder Gelegenheit seine gerechte und humane Gesinnung und seine innerste Abneigung gegen die antisemitische Bewegung. Wenn er in einem historischen Werke von den Juden in Rom sagt, daß sie ein Ferment der Dekomposition bildeten, so hat diese Erscheinung eine ganz natürliche Erklärung. Solange die Juden recht- und heimatlos waren, konnten sie gar nicht anders als kosmopolitisch denken. Wenn man jeden Tag in der Furcht lebt, plötzlich ohne jeden Grund vertrieben zu werden, dann hängt man auch innerlich in der Luft und kann kulturell keinen nationalen Boden unter den Füßen fühlen. Mommsen ist es aber auch nicht im Traume eingefallen, den deutschen Juden die nationale Gesinnung abzusprechen.

Kant und Fichte waren nicht frei von Vorurteilen gegen die Juden. Kant war in seiner Weltfremdheit kaum in der Lage, die Juden aus eigener Anschauung zu beurteilen, und Fichte war eben ein nationaler Eiferer, dem der Verstand mit dem Patriotismus durchging. Wenn Voltaire als Kronzeuge angerufen wird, dann darf nicht vergessen werden, daß er über alles, was der Menschheit heilig ist, oft höhnte, und daß er die meisten Probleme mit mehr Witz als Gründlichkeit behandelte. Von Tacitus ist längst nachgewiesen, daß seine Beschreibung der Juden fast nur Dichtung und gar keine Wahrheit enthält. Er hat die Juden gar nicht verstanden und hat einfach alles erdichtet, was ihm in den Kram paßte. Sein Urteil hat schon für den Historiker wenig Wert, für die Gegenwart hat es gar keinen.

Dühring ist gewiß ein bedeutender Philosoph, wo er seine Subjektivität zu zügeln vermag, aber sein Haß gegen die Juden ist schon mehr pathologisch. Er hat zweifellos auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft große Verdienste, aber manchmal versucht er nicht einmal, objektiv zu sein, und wo er vom Haß beseelt ist, da wird er in Inhalt und Form unerträglich. Von einem Manne, der Goethe als einen Geist dritten Ranges behandelt, Helmholtz einen Plagiatoren und Ignoranten nennt, kann man es nicht ernst nehmen, wenn er auch alles Jüdische mit krankhaftem Hasse verfolgt. Dühring ist ein abschreckendes Beispiel dafür, wie leicht auch ein großer Geist zu Grunde gehen kann, wenn er sich von einer blinden Leidenschaft hinreißen läßt und von einem Größenwahn geplagt wird. Dühring ist psychisch ein Opfer seines Judenhasses. Jeder Psychiater würde ihn auf Grund seiner Aussprüche über die jüdische Religion als geistig nicht normal betrachten.

Abstrahiert man nun alle diese Männer, dann schrumpft die große Zahl der „klassischen Zeugen" gegen die Juden zu einem kleinen Häuflein zusammen und dieses Häuflein besteht aus reinen Parteiantisemiten, die sich den Judenhaß zum Lebensberuf erkoren haben. Wie die „berühmten Männer" Schönerer, Drumont, Fritsch, Dr. Förster und Wahrmund über die Juden denken und aus welchen Quellen sie schöpfen, das ist allzu bekannt. Kein vernünftiger Mensch aber fragt nach dem Urteil dieser Heroen, und von ihnen beschimpft zu werden, gilt beinahe als ein Beweis, daß man gerecht und anständig ist. Diese Leute stellen durch ihre oft schon in der Form zynischen und unsinnigen Sprüchlein keinen anderen als sich selber an den Pranger. Wenn diese Leute ihre Weisheit dann auf dem antisemitischen Jahrmarkte ausrufen und die Sprüchlein auf besonderen Zettelchen zu 3 Pfennig das Stück verkaufen, so kann man, da wir in der Zeit der Gewerbefreiheit leben, auch diese Geschmacklosigkeit nicht wehren. Nur würden wir wünschen, daß sie wenigstens keinen unlauteren Wettbewerb treiben und nicht von „berühmten Männern", sondern ehrlich von „berühmten Antisemiten" sprechen.

F. S.

Familienbäder.

Man kann heutzutage kaum noch den Allerdümmsten in Deutschland einreden, daß die Juden Pest, Cholera und andere Seuchen verschulden. Kriege und Revolutionen sind nicht häufig genug, um sie in einem für den antisemitischen Bedarf ausreichendem Maße den Juden in die Schuhe schieben zu können, so werden die Antisemitenblätter mit Freuden die neue Entdeckung des frommen „Reichsboten" begrüßen, daß die Juden schuld seien an der Einführung und Zunahme der Familienbäder. Solche Familienbäder, schreibt mit mit ihm so wohl anstehenden Pharisäertum der „Reichsbote", wurden zuerst in den Nordseebädern eingerichtet, die wesentlich von Badegästen orientalischer Abstammung besucht werden, wie z. B. Westerland auf Sylt.

„Auch an der Ostsee — fährt das fromme Blatt fort — wollten diese Leute, die ein bekanntes, durch seine herrliche Natur ausgezeichnetes Bad fast zu ihrem alleinigen Besitz gemacht haben, diesen zweifelhaften Vorzug genießen, und nach einigem Widerstreben der Behörden erreichten sie auch an der pommerschen Küste ihr Ziel. Die in der Nähe gelegenen Badeorte sahen sich nun aus

Konkurrenzrücksichten gezwungen, gleichfalls „Familienbäder" anzulegen, und so finden wir sie jetzt in den bisher solidesten Bädern des Ostseestrandes. Vergeblich hat vor einigen Jahren die Provinzialsynode von Pommern gegen die Einführung fremder bedenklicher Sitten Einspruch erhoben: Hohn und Spott in den Judenzeitungen war die Antwort."

So wird der Anschein erweckt, als hätten nur Juden die dem „Reichsb." nicht zusagende Einrichtung verschuldet. Denn wenn er auch gleich einleitend bemerkt, daß die Familienbäder bereits in den Weltbädern Belgiens und Frankreichs existiert haben, so deutet er doch durch Bemerkungen, wie „eine gewisse Presse", „moderne Berliner Gesellschaft (Berlin W.!)" genug an, daß seine feinfühligen Leser im Zusammenhang mit dem Folgenden gar nicht anders können, als an ein neues Verbrechen Israels, an eine neue Versündigung der Juden an dem sittenreinen Germanentum zu glauben!

Wir können dem „Reichsb." versichern, daß uns Juden bekannt sind, denen die Familienbäder ebenso unsympatisch sind, wie ihm. Auch wir, die wir keinen Anlaß haben, zu der prinzipiellen Frage Stellung zu nehmen, geben ohne weiteres zu, daß die Familienbäder mißbraucht werden können und sicher auch mißbraucht werden. Aber die Friedrichstraße in Berlin wird auch mißbraucht, und der Mißbrauch einer Einrichtung berechtigt noch nicht zur Verurteilung derer, die sie eingeführt haben, und noch weniger derer, die mit ihrer Einführung nichts zu tun haben. Wir nehmen aber an, daß das Treiben, wie es wenigstens der „Reichsbote" so eingehend schildert, auf anständige Menschen weit eher einen abstoßenden als einen anziehenden Eindruck machen muß, und die „frechen Weiber die sich des Badeanzuges oft vor den Blicken der herumstehenden Herren entledigen", werden von diesen gewiß für weiter nichts als Dirnen angesehen und behandelt werden. Mit dem Judentum hat alles das auch nicht das geringste zu tun.

Es können auch kaum alle Christen mit denselben Empfindungen das Treiben in den Familienbädern ansehen, wie der „Reichsb." Denn sonst würden doch nicht so viele Badedirektoren, die sämtlich nicht Juden sind, die Familienbäder eingerichtet haben. Es ist doch nicht anzunehmen, daß der Träger eines den Deutschen so teuren Namens wie v. Bismarck den Juden zu lieb etwas tun könnte, was sein Gewissen verurteilt. Wäre er ein solcher „Judenknecht," wie die antisemitische Presse sagen würde, dann hätte er gewiß nicht gestattet, daß ein Flugblatt, wie wir es jüngst beschrieben haben, in dem von Juden vorzugsweise besuchten Heringsdorf verbreitet werde. Aber die Konkurrenz! Ja, Herr Pastor Engel, Sie wollen doch nicht in den Konkurrenzrücksichten einen genügenden Grund zur Rechtfertigung oder auch nur Entschuldigung dafür anerkennen, daß lasterhafte Einrichtungen eingeführt werden? Das wäre ja der allerniedrigste gewerbliche Standpunkt. Wenn Ihr „Reichsbote", Herr Pastor, ganz unbedingt recht hätte mit seinen Ansichten über das Treiben in den Familienbädern, dann müßten ja die Badedirektoren als Kuppler und Zuhälter angesehen werden. Sie wollen doch nicht sagen, daß so viel angesehene christlich-germanische Badedirektoren, um einige Badegäste mehr anzulocken, zu Kupplerkniffen ihre Zuflucht nehmen? Wir denken besser über Christen und Juden bei uns und nehmen daher an, daß Sie wissentlich oder unwissentlich übertreiben, daß Sie viel zu schwarz sehen. Etwa nur um die Juden, denen Sie die Einführung und Patronisierung der Familienbäder zur Last legen, so recht von Herzen schlecht zu machen? Aber das dürfte Ihnen schwerlich gelingen, wenn es auch die antisemitischen Hetzer Ihnen nachtun und Ihnen für die schöne Erfindung dankbar sein werden. Die Badedirektoren aber, die Familienbäder eingeführt haben, werden nicht als Vorsteher von Animirbädern gelten wollen und sich bemühen, die Welt aufzuklären, daß auch Familienbäder ihre Berechtigung haben.

Wahn.

Das Drama „Wahn", von Jacob Scherek, dessen Aufführung das Breslauer Polizeipräsidium verboten hat, ist jetzt als Buchausgabe erschienen, (Richard Wöpke in Gotha und Leipzig). Wir sind, schon weil sie so oft die sonderbarsten Fehlgriffe gemacht, grundsätzliche Gegner der Zensur. Das hier in Rede stehende Zensurverbot wurde damit begründet, daß durch die Aufführung „die öffentliche Ordnung gestört werden würde." Das ist eine Begründung, die sich schon so häufig als falsch erwiesen hat. Den Beweis, daß durch die Aufführung des Schereckschen Dramas die Ordnung nicht gestört worden wäre, können wir ebenso wenig erbringen, wie das Breslauer Polizeipräsidium den, daß sie gestört worden wäre. Es ständen sich nur Behauptung und Behauptung gegenüber und darum unterlassen wir sie. Nur eine Aufführung könnte den Beweis für oder gegen die Richtigkeit erbringen. Die Ordnung könnte, da das Drama so gründlich als möglich den Konitzer Mordprozeß behandelt und die Tendenz ebenso gründlich gegen die Antisemiten gerichtet ist, deren Schüren und Hetzen mit seinen für Juden wie Christen so furchtbaren Folgen wahrheitsgetreu geschildert wird, nur von den Antisemiten gestört werden. Und diesen Leuten trauen wir allerdings jede Störung der Ordnung zu. Ob aber die Furcht vor antisemitischen Ruhestörungen ein ausreichender Grund ist oder sein sollte, mit Polizeigewalt einem ernsten, ein ideales Ziel verfolgenden Schriftsteller gleichsam in den Rücken zu fallen, ist eine Frage, die wir nicht zu beantworten haben, wenigstens nicht versuchen wollen zu beantworten.

Im Uebrigen glauben wir, daß die Zensur durch ihr Verbot dem Autor nur einen Gefallen erwiesen hat. Sie hat für das jetzt erschienene Buch die beste Reklame gemacht; noch immer haben Zensurverbote sich als die wirksamste Reklame erwiesen. Es geht dies schon daraus hervor, daß die Verleger es niemals unterlassen, auf ein solches Verbot in auffallendster Weise aufmerksam zu machen, was auch in diesem Falle geschieht. Das Buch wird also gelesen werden.

Ob das Stück bühnenwirksam gewesen wäre, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Eine zwölf Druckseiten lange Verteidigungsrede, noch dazu im letzten Akt und nachdem der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt hat, ist eine Bühnenunmöglichkeit. Sie ist es um so mehr, als die Rede für den größten Teil eines jeden Theaterpublikums nur offene Türen einrennt. Eine solche Rede kann man wohl noch mit Interesse lesen, nicht aber im letzten Akte von der Bühne herab anhören. Auch der 2. Akt, in welchem der Verleger der „Bürgerzeitung" das Neustädter, soll heißen das Konitzer, Publikum bearbeitet, würde auf der Bühne langweilen, weil er zu lang ist, der Steigerung entbehrt und gar zu wahrheitsgetreu rekapituliert, was aus den Konitzer Prozeßverhandlungen besser bekannt ist. Wie auf der Bühne ein Publikum besser bearbeitet werden muß, das hat Shakespeare mit seiner Rede Mark Antons prächtig gezeigt. Der „Wahn" der Neustädter, i. e. der Konitzer wird auch weder so geschickt erzeugt, noch kommt er so wuchtig zum Ausdruch, wie etwa die Verzweiflung der „Weber" Gerhart Hauptmanns gesteigert wird und dann mit elementarer Notwendigkeit und Kraft sich austobt.

So wie der Verfasser Juden in seinem Drama sprechen läßt, sprechen ferner heute Juden in dem Alter, in welchem sich der Fleischer Grünfeld, soll heißen Levy, etwa befindet, in Preußen nicht mehr. Der Sohn des Fleischers, der aus Rücksicht auf die weibliche Ehre eines Dienstmädchens nicht sein Verweilen bei ihr eingestehen will, obgleich er und seine Eltern wegen Mordverdachts unter Anklage gestellt werden, der so gewissermaßen zu einem Vorläufer Hau's gemacht wird, ist noch unwahrscheinlicher als dieser, umsomehr als Grünfeld junior die Entehrung des Dienstmädchens garnicht

hätte zur Sprache zu bringen brauchen, da es genügt hätte, nachzuweisen, daß er mit dem Mädchen in der kritischen Zeit nur zusammen gewesen ist.

Doch wir haben uns nicht weiter um die unwahrscheinlichen und bühnentechnischen Fehler des Werkes zu kümmern. Lesenswert ist es jedenfalls für alle, die sich an die Konitzer Vorgänge erinnern lassen wollen. In späterer Zeit, wenn die Konitzer Prozeßverhandlungen mehr in Vergessenheit geraten sein werden, wenn eine neue Generation herangewachsen sein wird, die von dem Konitzer Ritualmordprozeß kaum etwas gehört hat, wird das Drama „Wahn" ein interessantes Kulturbild darbieten. Daß uns der Prozeß so sehr bekannt ist, verringert ganz bedeutend das Interesse an dem Drama.

Teils um den Lesern eine Stilprobe zu bieten, teils weil sie einen von uns des öfteren in diesen Blättern ausgesprochenen Gedanken wiedergiebt, wollen wir eine Stelle aus der oben erwähnten Rede des Verteidigers hier zum Schluß anführen. Sie lautet:

„Ginge es nach mir, meine Herren Geschworenen, ich würde alle Zeugen, die unter dem Verdacht des Meineids stehen, laufen lassen. Sie haben nicht gewußt, was sie tun; es waren Fieberkranke, Wahnbefallene. Aber die Wahnerreger, diejenigen, die die dunkelen niedrigen Triebe im Menschen aufstacheln für selbstsüchtige Zwecke, die alles Edle vergiften, Freundschaften zerreißen, Krieg und Feuer in ruhige Städte tragen, nur zu eignem Gedeihen und zu eignem Vorteil: diesen sollte man das Brandmal der Gemeinheit, das Zeichen des moralischen Aussatzes auf den Rücken stempeln, oder noch besser auf die Stirn, daß jeder es sehe, und selbst die Hunde vor diesen verunstalteten Gesichtern Reißaus nehmen."

Darin stimmen wir mit dem Verteidiger oder er mit uns vollständig überein. Die **eigentlich Schuldigen**, das sind die **Hetzer** vom Schlage des Verlegers der „Bürgerzeitung" und ähnlicher Blätter; sie haben den deutschen Volkskörper vergiftet, sie sind schuld, daß die Antisemiten der Welt auf Deutschland als das Mutterland hinweisen dürfen. Vor der ganzen Kulturwelt tragen die deutschen Antisemitenführer bereits das Brandmal der Gemeinheit auf Rücken und Stirn.

Sie spotten ihrer selbst . . . .

Die „**Deutsche Tageszeitung**", die stets gern den Antisemitismus benützt, um ihre fade agrarische Suppe zu würzen, bringt unter dem Titel „Zionisten und jüdische Rasse" eine Betrachtung über die **jüdischen Typen auf dem letzten Zionisten-Kongreß**. Ihre Ausführungen bilden die **größte Parodie** auf die von ihr so hoch geschätzte Rassentheorie. Sie schreibt:

„Genau wie die Namen der Zianistenführer verschiedenen Sprachen entstammen, wie in ihnen deutsche, russische, polnische, tschechische, englische und andere Sprachelemente zum Ausdruck kommen, genau sa weisen Körperbau und Gesichtsbildung der Befreier Israels **alle möglichen Stammeselemente** auf, aber **auffallend wenig jüdische**. So ist der Entsandte der Juden des Zarenreiches, Temkin, ein geradezu typischer Kleinrusse und auch seinen Landsmann Tschlenow könnte man zwanglas den Ruthenen, vielleicht auch den Tschechen zuweisen. Gaster könnte an jedem deutsch-böhmischen Stammtisch unbeanstandet Platz nehmen und auch Schalit, Magnes, Braude und Greenberg weisen überwiegend **nichtjüdische** Merkmale auf. Was die bekannten Führer Nordau, Warburg und Wolffsohn betrifft, so stellen sie Mischrassetypen dar, aber solche, die man als beinahe varnehm bezeichnen kann, und die vielmehr mit den äußeren Eigentümlichkeiten ihrer mitteleuropäischen Gastvölker als mit Schmuhl und Cohn gemeinsam haben."

Nun wird der Verfasser dieses Aufsatzes doch nicht ernstlich glauben wollen, daß die nationaljüdische Bewegung zu ihren Führern Männer wählt, die der Abstammung nach keine Juden sind. Die Zionisten legen ja den Hauptwert auf die jüdische Abstammung und nicht auf den mosaischen Glauben. Es wäre auch wunderlich, daß gerade in den jüdischen Zentren Rußlands, Polens, Galiziens und Rumäniens unter den Juden weniger jüdische Typen vertreten wären als in Deutschland. In Wahrheit liegt es aber so, daß das, was man in Deutschland als jüdischen Typus bezeichnet, **ein Typus des Ghettos und nicht der semitischen Rasse ist**. Die Leiden im Ghetto haben diese nicht immer schönen Merkmale des Gesichtes geprägt und vom eigentlichen Rassentypus ist nur wenig übrig geblieben. Es ist überhaupt lächerlich, den jüdischen Typus an der Nase oder an den Haaren studieren zu wollen. Was unsere Antisemiten als **Judennase** bezeichnen, das ist schließlich auch die **gepriesene kühne Schillernase** und die in Frankreich als Zeichen höchster Vornehmheit geltende **Bourbonennase**. Und schwarze Haare gibt es bekanntlich unter allen Völkern. Ja, es ist nachgewiesen, daß die blonden Haare immer mehr im Verschwinden begriffen sind. Die Eigentümlichkeit des Typus zeigt sich mehr im Gesichtsausdruck, im Mundwinkel und an der Kopfbildung. Aber auch darin gibt es unter den Juden gar viele von einander abweichende Arten. Unter den russisch-jüdischen Studenten haben wir viel mehr blondes als schwarzes Haar gefunden und die Nasen waren oft so kurz, daß sie in jeder Pücklerversammlung ohne Gefahr hätten gezeigt werden können. Wo bleibt da der „bekannte unangenehme Semitentypus", wenn er nicht einmal auf dem Zionistenkongreß gefunden wird? Eher dürfte es wohl stimmen, daß dieser Semitentypus überhaupt nur künstlich konstruiert ist und keine wissenschaftliche Grundlage hat. Vom ersten Zionistenführer Theodor Herzl schreibt unser Anthropologe: „Er hatte ein vornehm und kühn geschnittenes Profil, freie Stirn und einen weiten, offenen Blick ohne jeden lauernden Zug um Augenwinkel und Nase." Daraus schließt der Verfasser, daß Herzl von einer Blutmischung stammt. Das können wir natürlich nicht untersuchen. Das Eine nur wissen wir, daß Herzl echt jüdisch aussah, allerdings im schönsten Sinne des Wortes, und daß gerade unter den orientalischen Juden, die sich doch wohl am reinsten erhalten haben dürften, viele solche Erscheinungen sind. Der Verfasser scheint gar nicht zu merken, welche unbewußte Ironie er ausspricht, wenn er diese Juden lobt. Diese Juden stehen geistig und sittlich gewiß nicht höher als die besten deutschen Juden, nur — leben sie nicht in Deutschland, daher werden sie gelobt. Einfach komisch ist es, wenn dieser merkwürdige Zionistenfreund die Tapferkeit, Tüchtigkeit und Vornehmheit der Zionistenführer darauf zurückführt, „daß sie sich des Fremdartigen in ihrer Blutmischung am meisten bewußt werden". Die meisten Zionistenführer Osteuropas stammen aus streng orthodoxen Familien und auch Nordau und Wolffsohn stammen von streng religiösen Eltern ab. Es ist also sehr unwahrscheinlich, daß bei ihren Vorfahren Mischehen stattgefunden haben. In Rußland ist bekanntlich die Mischehe überhaupt gesetzlich streng verboten. Wenn also diese Elemente vornehm sind, so wird es wohl das Jüdische in ihnen sein, daß diese Vornehmheit hervorgebracht hat. Wenn der Verfasser übrigens von dem Resultat dieser Blutkreuzung so entzückt ist, so müßte er konsequenter Weise für die möglichst weitgehende Verschmelzung von Juden und Christen in Deutschland eintreten, denn nur dadurch könnte dieses Ziel erreicht werden. Aber — wann wäre ein richtiger Antisemit je konsequent gewesen? Man dreht sich im Kreise, widerspricht sich auf Schritt und Tritt, verhöhnt seine eigenen Theorien und Grundwahrheiten, und — das nennt man dann vornehmen wissenschaftlichen Antisemitismus. Ja, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

* * *

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß im Gegensatz zu dieser überraschend wohlwollenden Beurteilung der Zionisten durch ein ausgeprägt antisemitisches Blatt die verbreitetste jüdische Zeitung in Westdeutschland, das „Israelitische Gemeindeblatt" sich über den Haager Zionisten-Kongreß sehr abfällig äußert. Das Blatt versieht die kritischen Ausführungen ihres Korrespondenten mit folgender Fußnote:

„Die Betrachtungen, die Herr Dr. Bernfeld hier an die Verhandlungen des Zionistenkongresses knüpft, dürften gerade das besondere Interesse der Nichtzionisten beanspruchen, denn in diesem Artikel kommt frank und frei die Meinung eines Mannes zum Ausdruck, der, obgleich er jahrelang an der zionistischen Aktion Anteil nimmt, den Blick sich frei gehalten hat für die Schwächen, an denen die zionistische Bewegung krankt."

Aus dem Artikel des Dr. Bernfeld geben wir in Folgendem den Schlußabschnitt wieder:

„Auf dem achten Kongreß kamen noch zwei Bestrebungen zum Vorschein. Der gemäßigte politische Zionismus, der die zionistische Bewegung vor einer Verzettelung ihrer Kräfte schützen möchte. Es ist dies die Politik der zielbewußten Arbeit, der Sammlung der Kräfte, der Aufbewahrung der Mittel für einen großen Zweck, der Stärkung ihrer Organisation und der Erhöhung ihrer Werbekraft, der vorsichtigen Gebahrung mit den vorhandenen Mitteln. Diese Richtung wurde auf dem Kongreß von ehrlichen Männern taktvoll behandelt und selbst Parteiführer, deren Liebe für Palästina Niemand bezweifeln darf, hielten zu ihr. Aber jede ruhige Diskussion wurde durch den Fanatismus der Gegner gestört. Die Leute wollen mit den kleinen vorhandenen Mitteln sofortige umfassende Arbeit, ohne Rücksicht auf die Unsicherheit der Lage, ohne Verständnis für die mit diesem unsinnigen Treiben verknüpfte Gefahr, ohne Sinn auch für die auf der Bewegung lastende Verantwortlichkeit. Eine zweite Richtung, die von geistig beträchtlichen Zionisten auf dem achten Kongreß vertreten wurde, zeigte sich in dem Streben nach kultureller Arbeit. Der Zionismus soll keine Phrase sein, soll sich nicht ausschließlich auf die kolonisatorische Tätigkeit in Palästina beschränken, zumal diese große Vorsicht erheischt und in der Hauptsache der Privatinitiative überlassen werden muß. Der kulturelle Zionismus fordert die Vertiefung der nationalen Ideen, die Rückkehr zum Judentum, das Erwachen des geschichtlichen Bewußtseins in den Juden, die Förderung der kulturellen Arbeiten, die Verbreitung der Kenntnis des Judentums und der hebräischen Sprache, die Hebung der hebräischen Literatur, die Erziehung der Jugend zur Liebe des Judentums und des jüdischen Volkes, die Anspannung aller sittlichen Kräfte in den Juden. Es ist dies gewiß eine vernünftige Forderung, die insbesondere den Zionisten als selbstverständlich erscheinen muß. Aber leider wurde sie von den meisten verständnislos angehört oder gar zurückgewiesen. Die Palästinafanatiker gaben die Parole aus: Dies alles gehöre nach Palästina; in der Diaspora habe das Judentum keine Daseinsberechtigung. Mit solchem kalten Hohn, mit solcher schnöden Mißachtung habe ich noch keinen Assimilationsjuden in Berlin von unseren Kulturschätzen sprechen hören, wie dies seitens der Palästinafanatiker und der saftigen Banausen geschehen ist.

Aber das Traurigste, was ich auf dem achten Kongreß erlebt habe, war das schamlose Hervortreten des Geschäftszionismus, des widerwärtigen Strebertums, wie sie kein Kongreß zuvor gesehen hat. Die zionistische Bewegung hat bereits eine Schar von bezahlten Agitatoren, deren Treiben jeden ehrlichen Zionisten mit Ekel und Abscheu erfüllen muß. Das ist der Krebsschaden des Zionismus, an ihm wird das zionistische Ideal zu Schanden werden. Die Leitung der zionistischen Bewegung, die in den Händen ehrlicher und gutmeinender Männer liegt, ganz gleich, ob ich mit allen ihren Bestrebungen einverstanden bin oder nicht, steht jetzt vor der Aufgabe, vor allem die Bewegung von diesen Elementen zu säubern. Eine sachliche Diskussion wird solange unmöglich bleiben, als zu den Kongressen gewisse „Interessenten" kommen werden, die blos ihr Töpfchen an dem Feuer der nationalen Begeisterung wärmen wollen. Noch ist die Bewegung stark genug, um diese Kraftprobe bestehen zu können. Der achte Kongreß wird einen Wendepunkt in der Geschichte des Zionismus bedeuten. Entweder bleibt der Zionismus eine belebende Kraft des jüdischen Volkes, oder er wird von dem Geschäftszionisten verhökert."

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom Katholikentage. Es scheint, daß auch gewisse Zentrumsführer die eigentümliche Taktik verfolgen, auf die Juden zu schimpfen, um den Liberalismus zu treffen. Wenn der Abgeordnete Gröber in seiner Rede über „Katholizismus und wirtschaftliches Leben" den Satz aufstellt: „Für uns liegt das Schwergewicht des wirtschaftlichen Lebens und Strebens nicht im Diesseits, sondern im Jenseits", so ist das zwar nicht nationalökonomisch gedacht, aber vom Standpunkt eines streng frommen Katholiken begreiflich. Wenn er ferner die Behauptung ausspricht: „Alle auf atheistischer Auffassung gegründeten Wirtschaftssysteme sind herzlos und gemütlos", so ist das sicherlich anfechtbar, aber eine Ueberzeugung, die wir achten, wenn wir sie auch nicht teilen. Wenn er aber die Behauptung ausspricht: „Die Einkommensteuer- und Vermögensstatistik weist mit grausamer Rücksichtslosigkeit nach, daß die größten Einkommen und Vermögen überhaupt nicht auf christlicher Seite sind", so müssen wir dem entschieden entgegentreten. Waren die Herren Krupp und Stumm etwa keine Christen? Gehören die Fürsten von Pleß, von Fürstenberg und Henckel von Donnersmarck und der Herzog von Ratibor nicht zum Christentum? Wer sind denn die Fürsten der Industrie und die Kohlenbarone in Rheinland und Westfalen? Sind das lauter Juden? Die ganze Theorie Gröbers scheint uns mit den Lehren Jesu nicht ganz zu harmonieren. Denn Christus verdammt den Reichtum überhaupt, weil es tatsächlich gleichgültig ist, ob er in christlichen, jüdischen oder heidnischen Händen ruht. Den Kapitalismus zu verteidigen und nur das jüdische Kapital zu bekämpfen, das ist eine gar zu bequeme Sozialpolitik. Mit solchen Redensarten, wie sie Herr Gröber mit vollem Pathos hinausschmetterte, schmeichelt man wohl dem Publikum und erringt leicht Beifall, der Wahrheit dient man dadurch aber nicht.

Das antisemitische Handbuch zur Judenfrage. Herr Theodor Fritsch will angeblich eine neue Auflage seines von uns unlängst sattsam gekennzeichneten Handbuchs zur Judenfrage veranstalten. Er behauptet, Berichtigungen für die neue Auflage mit Dank entgegennehmen zu wollen, und bittet solche baldigst an ihn gelangen zu lassen. Nun, wir haben bereits eine ganze Anzahl Berichtigungen veröffentlicht. Wenn er sie alle berücksichtigen wollte, dann würde er fast eine vollständige Umarbeitung seines Handbuchs vornehmen müssen. Das wird er, wie wir ihn kennen, natürlich nicht tun. Aber wenn er nicht wenigstens einige der Hauptverleumdungen, einige der empörendsten Lügen richtig stellt, dann werden wir nicht ermangeln, das Publikum aufzuklären, daß er absichtlich Lügen und Verleumdungen verbreitet, daß er Berichtigungen verlangt, ohne sie zu berücksichtigen, daß er belehrt, aber selbst Belehrungen unzugänglich ist, mit einem Worte, daß er fortfährt, das deutsche Volk zu verhetzen, irre zu führen und zu verdummen, daß also sein Handbuch nicht nur nicht das Papier wert, sondern auch eine verderbliche Giftquelle ist.

Graf Pückler kann verurteilt, für verrückt erklärt werden, aber mundtot ist er so wenig zu machen, wie der gerissenste Anreißer. Er hat in der an diesem Montag nach längerer Pause in Berlin stattgefundenen Pücklerversammlung zweimal das Wort ergriffen. Der edle Graf sprach nur zwei kurze Sätze, da der überwachende Polizeihauptmann ihn beim Arm ergriff und ihn abführen zu lassen drohte, wenn er weiter rede. Aber in jedem der kleinen Sätzchen war der ganze Pückler zu erkennen. Der Polizei-

präsident hätte ihm „einen Dr... zu verbieten", sagte er in dem einen, „den Polizeipräsidenten solle der Teufel holen" in dem zweiten Sätzchen. Dann ließ er einen seiner Scholaren reden, den früheren Stöckerschüler Arbeiter Weißenborn, der jetzt als „Schriftsteller" auftritt. Dieser wackere „Schriftsteller", der uns seinerzeit Material gegen die Antisemiten angeboten hat, forderte die Anwesenden auf, alle Juden zu verprügeln. Der Dreschgraf kann ruhig sein. Wenn er auch nicht mehr reden darf, weil sein Geist irre ist, dieser sein Geist lebt, redet und wirkt fort und das sogar in der Metropole der Intelligenz.

Der antisemitische „Verband der Freunde des russischen Volkes" hat, wie vorauszusehen war, nachdem ihm von „oben" her eine Rüge über seine Agitation gegen das Kabinet Stolypin erteilt wurde, mit erneuerter Kraft die Angriffe und Hetzereien gegen die Fremdgläubigen eröffnet und hauptsächlich gegen die Juden. In den Spalten der schwarzen Hundertschaften hören die Hetzen gegen die Juden nicht auf. Alle möglichen lügnerischen Gerüchte werden verbreitet, und charakteristisch für diese Leute ist es, daß sie jetzt folgende Erfindung zum besten geben. Ein Anonymus druckte im „Swjet" eine Unterredung über die russischen Juden ab, welche er mit dem Stadthaupt von New-York gehabt haben wollte. Das Stadthaupt von New-York soll geäußert haben, daß die Amerikaner deshalb für die Gleichberechtigung der Juden in Rußland seien, weil die Juden dann nach Rußland zurückkehren würden und Amerika somit von diesen lästigen Elementen frei würde. Als man Erkundigungen beim Stadthaupt von New-York anstellte, ergab sich, daß das Stadthaupt nie eine Unterredung mit einem Mitarbeiter vom „Swjet" gehabt hat. Wieder ein Beispiel für die Art der Kampfmittel der echt russischen Leute.

Vermischtes

Eine Kaiserrede. Der Kaiser hat in Münster eine Rede gehalten, die in mehr als einer Beziehung auch für unsere Spezialinteressen von Bedeutung ist. Er betonte, daß seinem landesväterlichen Herzen alle seine Landeskinder gleich nahe stehen. Landeskinder sind die im Lande Geborenen ohne Unterschied der Konfession und Abstammung, so lange sie „Untertanen" des Kaisers und deutsche Reichsbürger sind und sein wollen.

Mit dieser Erklärung scheint in einem gewissen Widerspruch zu stehen, was der Kaiser im weiteren Verlaufe der Rede sagte. Er meinte, daß „nur in der Person des Erlösers" der Mittelpunkt gefunden werden könne für die vollständige Einigkeit der Nation. Im Aufblick zum Erlöser müsse das deutsche Volk sich einigen; es müsse fest bauen auf seinen Worten. Wenn es das tue, werde es ihm auch gelingen. Zu solcher Mitarbeit fordere er auf und wer bereit sei, hierzu ihm die Hand zu bieten, dem werde er dankbar sein und er werde ihn freudig als Mitarbeiter annehmen, er sei wer und weß Standes er wolle.

Danach könnte es scheinen, als wollte der Kaiser nur Christen, nur solche, die gläubig zum Erlöser aufschauen, zu Mitarbeitern haben. Wenn das der Fall wäre, dann würde der Kaiser sich der Mitarbeiterschaft vieler tüchtiger Männer und von ihm selbst hochgeschätzter Kräfte begeben. Denn nicht nur würden die, die nicht als Christen geboren sind, sondern auch die zahlreichen als Christen Geborenen, die aber den Glauben nicht mehr besitzen, darauf nicht rechnen können, Mitarbeiter des Kaisers in Diensten des Landes zu werden. Es sind nämlich viele sehr bedeutende Männer oft nicht imstande zu glauben, auch wenn sie es noch so sehr wünschen. Wir möchten hier eine kleine Anekdote von dem berühmten englischen Professor Huxley wiedergeben, die Dr. Douglas Adam in einer in der Westminsterkapelle gehaltenen Predigt erzählt hat:

Ein Freund von mir, sagte er, arbeitete mit Prof. Huxley in einer königlichen Kommission, und eines Sonntags befanden sie sich in einer kleinen Provinzstadt. Ich vermute, daß Sie heute zur Kirche gehen werden, sagte Huxley. Ja, erwiderte mein Freund. Wie wär's, fragte Huxley, wenn Sie, statt in die Kirche zu gehen, hierblieben und mit mir sich über Religion unterhielten? Nein, lautete die Antwort, denn ich bin nicht gescheit genug, Ihre Argumente zu widerlegen. Aber wie wär's, wenn Sie mir nur Ihre eigenen Erfahrungen mitteilten, erzählten, was die Religion für Sie geleistet hat? An diesem Sonntag besuchte mein Freund die Kirche nicht; er blieb zu Hause und erzählte Huxley alles, was Christus für ihn getan habe. Da standen dem großen Agnostiker Tränen in den Augen und er sagte: „Ich gäbe meine rechte Hand, wenn ich das glauben könnte, aber ich kann nicht."

Wollte der Kaiser die Dienste, die Mitarbeiterschaft solcher Männer ersten Ranges entbehren? Wir glauben es nicht. Ein Mann wie Huxley kann dem Staate nach jeder Richtung hin unendlich mehr leisten als tausende mittelmäßiger Menschen, die den überkommenen Glauben hinnehmen.

In eben derselben Rede sagte der Kaiser ja auch, daß alle Menschen wie er seien, daß alle Träger einer Seele seien aus den lichten Höhen und durch ihre Seele ein Stück ihres Schöpfers in sich haben. Diese Seele kann auch ungläubigen Christen, ja Nichtchristen nicht abgesprochen werden. So werden auch die Antisemiten nicht imstande sein, aus der Rede des Kaisers Kapital für ihre Zwecke zu schlagen. Dem Kaiser stehen alle Landeskinder gleich nahe und selbst die Religion versteht er nicht in streng kirchlich-dogmatischem Sinne. Es sind aber nur die Dogmen, die Protestanten von Katholiken und beide von Juden trennen. Religion haben alle drei, haben auch meist und oft sogar mehr als Gläubige die sogenannten „Irreligiösen".

„Die Ehre." Der feinsinnige Marburger Aesthetiker Dr. Hermann Cohen hat der soeben erschienenen 2. Auflage seines viel beachteten Werkes „Die Ethik des reinen Willens" u. a. ein Kapitel über die Ehre eingefügt, dem wir die nachstehenden Ausführungen entnehmen:

„Unter allen Angriffen auf die Ehre dürfte kaum einer tiefer und innerlicher den Angegriffenen verletzen, als der Judenhaß in seinen verschiedenen Farmen und Nüancen. Shakespeare hat daher auch geglaubt, die Reaktion dagegen als einen weltgeschichtlichen Affekt verewigen zu dürfen. In der Tat, für einen Juden, der auf Grund geschichtlichen Verständnisses den Anteil kennt und mit natürlicher Pietät würdigt, welchen der Gedanke des Prophetismus an der Erziehung des Menschengeschlechts hat und in alle Ewigkeit haben wird; für ihn, als Kulturmenschen, kann es keinen tieferen Schmerz geben, als der durch den Undank gegen den ewigen Juden verübt wird. Würde das Vaterland in ähnlicher Weise verleumdet, so würde dieser Schmerz der gleiche werden. Hier handelt es sich nicht um die Ehre einer atavistischen Gemeinschaft, sondern um eine solche, welche als eine echte Vertretung der sittlichen Allheit sich fühlt; freilich, in wie weit diese durch die Religion vertreten werden kann. Es tritt unvermeidlich auch hier der Konflikt zwischen Religion und Ethik ein, insofern der Staat allein die Allheit zu vertreten hat, während die Religion in Rücksicht auf ihre angebliche Wahrheit Allheit bedeuten will. Indessen vermag der Staat doch auch nur dadurch Allheit zu bedeuten, daß er konzentrisch dem Staatenbunde der Menschheit eingeordnet ist. Das aber ist der Sinn der Religion der Propheten, und darauf beruht der Fortbestand des Judentums, daß es den Staatenbund der Menschheit vorbereitet in der messianischen Idee der vereinigten Menschheit. Es ist nicht die Anhänglichkeit an einen Stamm und an eine tausendjährige geschichtliche Besonderheit, welche das geschichtliche Rätsel von dem Fortbestande des Judentums zu erklären vermöchte; sondern es ist die Kraft der Ueber-

zeugung, daß eine Art von wahrhafter Allheit durch diese geschichtliche Idee vertreten wird. Aus dieser Allheit stammt die Ehre, die der Jude aus seiner Religion für sein Selbstbewußtsein schöpft. Und nun wird diese Ehre, eine wahrhafte Ehre, von demselben Blute, wie die Ehre des Vaterlandes, mit allen Mitteln und in allen Formen der Verkennung und der Abneigung angegriffen. Shakespeare hat in einem Drama, das an der Grenze der Komödie liegt, mit einer der Komödie durchaus angemessenen Psychologie verfahren, indem er die Geschichte, die von einem Christen berichtet wird, auf Shylok umdeutet, um nach der Weise des Mittelalters für die beleidigte Ehre die Rache eintreten zu lassen. Das aber ist nicht der Weg der Sittlichkeit. So würde die Ehre zu einem Reizmittel des Lasters. Das kann nicht die echte Ehre sein. Das Selbstbewußtsein des Juden diesen furchtbaren, unaufhörlichen, beinahe jeden Schritt seines bürgerlichen Lebens begleitenden Angriffen gegenüber hat die wahrhafte Ehre als Affekt zu suchen und zu behaupten. Der Staat allein kann sich als Erziehungsanstalt bewähren, um die sittliche Differenz auszugleichen, welche allerdings in dem religiösen Bewußtsein zwischen Christentum und Judentum besteht, insofern als das eine den Erfolg der Sittlichkeit von der Leitung und der Spendung Christi abhängig macht, das andere dagegen von dem einigen Gotte, der nicht zugleich Mensch ist. Der Staat allein kann für die sittliche gegenseitige Würdigung der Bekenner dieser beiden Religionen die Kenntnis, die Einsicht, die Unparteilichkeit, die Sympathie heranbilden, welche die Glieder des Staates in Eintracht verbinden muß. Auf den Staat setzt der Jude auch seine Hoffnung, wo und wie immer er in seiner Ehre getroffen wird. In dem Staate erkennt er keinen Widerspruch gegen seine Religion, sondern vielmehr das Einvernehmen mit ihr. Denn seine Religion hat nicht bloß den Staat verloren, sondern ihn aufgegeben; die Propheten haben den Staat preisgegeben, um die Menschheit zu gewinnen. Der Staat aber, obzwar er des Vehikels der Nation sich bedienen darf und bedienen muß, um vermittelst der nationalen Einheit die Einheit des Staates zu begründen; der nationale Staat selbst darf keinen methodischen Widerspruch bilden gegen den Staatenbund der Menschheit. Hinter dem Rechte der einzelnen Staaten steht das Völkerrecht, und wahrlich nicht in nebelgrauer Ferne, sondern als das Ideal des Rechtes. Die wahre Ehre ist ihres Trostes gewiß in dem Selbstbewußtsein, welches von dem Ideal des Rechtes erfüllt ist."

Das Judentum in der Berliner Gesellschaft hat bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts eine angesehene Stellung eingenommen. Charakteristisch hierfür ist, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, eine Schilderung des Philosophen Hennings aus dem Jahre 1772, der über die Verhältnisse der damaligen Juden in Berlin schreibt:

„Die jüdische Kolonie ist beträchtlich; man zählt 100 Familien, die auf 2000 Köpfe geschätzt werden. Sie hat den großen Vorzug, daß sie durch den Ruhm ihrer Gelehrten einen noch größeren Glanz erhält als durch die Schönheit der Damen. Ein Brief von Reimarus führte mich in das Haus der berühmten Mendelssohn ein. Wessely, ein Freund Lessings dessen Bruder ich in Kopenhagen kennen gelernt hatte, machte mich mit mehreren anderen Familien bekannt. Bei dem Bankier Itzig, der einen Palast bewohnt, sehe ich häufig den gelehrten Friedländer (gemeint ist David Friedländer), welcher in der gebildeten Welt sehr geschätzt wird. Auch die Aerzte Bloch und Herz haben sich einen bedeutenden Namen erworben."

Es ist dies der Beginn jener Epoche, in deren Ausgang eine Rahel Varnhagen und Henriette Herz die geistige Elite Berlins in ihren Salons versammeln sollten. Für die Entwicklung der sozialen Lage der deutschen Juden ist aber nicht zu verkennen, daß sie ihre Emanzipation zum wesentlichen Teile dem mannhaften Eintreten ihrer christlichen Mitbürger verdanken. Bereits in den vierziger Jahren äußerte sich eine Reihe hervorragender Staatsbeamten, wie etwa der Finanzrat Manitius, für die Aufhebung aller Beschränkungen in den Staatsrechten. Das entscheidende Wort hat dann im Jahre 1781 Christian Wilhelm v. Dohm mit seiner Aufsehen erregenden Schrift „Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden" gesprochen. Er führt hierin aus, daß bei dem großen Haufen selbst die ausgezeichnetsten Verdienste des Herzens und Geistes den Fehler, ein Jude zu sein, unverzeihlich machten. Die heute für die Behandlung der Juden noch geltenden Bestimmungen widersprächen allen Grundsätzen der Menschlichkeit und Politik und atmeten durchaus den Geist der früheren Jahrhunderte, in der sie entstanden seien. Und dabei hatte schon zwei Jahre vorher Lessing seinen freien ethischen Standpunkt in „Nathan den Weisen" gekennzeichnet!

Ein interessanter Beitrag zur Geschichte des Zionismus, der zugleich beweist, wie sehr sich die Humanität der Christen die bürgerliche Verbesserung der Juden angelegen sein ließ, ist nun folgender Brief, den der Reichsfreiherr von Monstr, über den nichts Näheres bekannt ist, unter dem 15. Februar 1785 an Moses Mendelssohn gerichtet hat. Er macht hierin den etwas utopistischen Vorschlag einer jüdischen Ansiedelung auf einem freien, reichsunmittelbaren Territorium, dessen Lage uns nicht näher angegeben wird.

„Ihre Nation, mein Herr, ist in der ganzen Welt mehr oder weniger unterdrückt; in keinem Lande genießt sie bürgerliche Rechte, in allen ist Ihnen die Zuziehung zu öffentlichen Aemtern und Geschäften versagt. Wollen nun etwa hundert Familien Ihrer Nation zu mir kommen, so sollen sie die Hälfte des zur Stadt bestimmten Grundes erb- und eigentümlich gegen einen mäßigen Grundzins und eine dem Werte des Grundes proportionierliche Summe haben; die andere Hälfte gebe ich Christen, weil ihre Leute sich mit vielen Sachen nicht abgeben, die doch notwendig sind. Die Landeshoheit und einige Vorzüge behalte ich. Keine Lasten, Accisen und dergleichen nie; eine Art von Magistrat, welcher aus einer gleichen Anzahl Juden und Christen bestehen soll und in welchem ich den Vorsitz behalte, soll alles bestimmen, was zur Unterhaltung der öffentlichen Bedienungen und Gebäude erfordert wird. Kurz der Punkt und die ganze innere Verfassung, welche die Rechte der Untertanen und des Herrn auf ewig bestimmt, soll festgesetzt werden, sobald ich mit einer gewissen Anzahl Familien kontrahieren kann; denn mit einzelnen würde ich mich nicht einlassen. Ich rechne, daß 300 bis 400 Häuser Platz hätten; die Hälfte also für Juden. Zum Handel ist wohl keine bessere Gelegenheit in Teutschland, Freiheiten werden nirgends mehr gegeben werden . . . . . Reichtum verlange ich nicht dadurch zu erlangen, nur Gelegenheit, einige Menschen glücklich zu machen und die Gewißheit der Welt zu geben, daß doch noch ein Fleckchen auf dem Erdboden ist, wo ein Mensch denken und sagen darf, was er will . . ."

Dieses Schreiben ist für den philantropischen Geist der Zeit ungemein bezeichnend. Mendelssohn bleibt etwas skeptisch. Er will den Plan einer Gesellschaft aufgeklärter Freunde, zu denen auch Dohm zählt, anvertrauen. Er hälte freilich eine öffentliche Bekanntmachung des Planes für geraten. „Ich setze voraus," meint Mendelssohn weiter, „daß Sie von Seiten des Kaisers und des Reichs gesichert sind und von keiner benachbarten Macht etwas zu befürchten haben, und daß Sie dafür die Gewähr zu leisten imstande sind, so werden Sie Subjekte genug finden, die sich Ihnen in die Arme werfen und die Bedingungen, welche Sie ihnen vorschreiben, herzlich gern annehmen werden." Monstr spinnt seine Pläne noch eine Weile fort, zur Ausführung sind sie aber nie gelangt.

Antisemitische Bade- und Kurorte. Der Gemeinde-Vorsteher des Ostseebades Thiessow auf Rügen erläßt gegenüber einer dem Antisemitismus entgegenkommenden Publikation der dortigen Badeverwaltung eine Erklärung, worin er darauf hinweist, daß diese Veröffentlichung ohne sein und des Gemeinde-Vorstandes Wissen abgefaßt sei, und alsdann fortfährt:

„Die Verantwortung hierfür trägt einzig und allein der Schriftführer, der übrigens auch keineswegs hat ausdrücken wollen, daß sich in Thiessow antisemitische Strömungen geltend machen sondern sich lediglich dahin äußern wollte, daß antisemitische Reibereien nicht vorgekommen seien, da jährlich nur zwei bis drei jüdische Familien Thiessow aufsuchen. Ich selbst kann die Erklärung abgeben, daß ich von antisemitischen Strömungen weder unter unseren Ortseingesessenen, noch unter den hier verkehrenden Badegästen etwas wahrgenommen habe."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nr. 37. Berlin, 11. September 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Henoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Parteitage der Reaktion.

Am vergangenen Sonntag und Montag haben merkwürdiger Weise wie auf Verabredung alle antisemitisch-chauvinistisch-zünftlerischen Parteichen bzw. wirtschaftlichen Organisationen ihren Parteitag abgehalten: die deutschsozialen Antisemiten in Frankfurt a. M., die Stöckerschen Christlichsozialen in Elberfeld, die Alldeutschen in Wiesbaden und die Mittelstands-Vereinigung in Straßburg i. E. Die innere Wesensgemeinschaft dieser im Grunde sich nur durch gewisse „Spezialitäten" unterscheidenden Parteichen wurde rein äußerlich schon dadurch dokumentiert, daß jede Partei bei der Tagung der anderen durch Delegierte offiziell vertreten war oder wenigstens mit der „Bruderpartei" Begrüßungstelegramme austauschte. Der Bund der Landwirte war natürlich sowohl bei der Mittelstands-Vereinigung wie auch bei den Deutschsozialen, die ja beide von ihm alimentiert werden, durch offizielle Delegierte vertreten.

In Frankfurt a. M. hielt Liebermann von Sonnenberg noch nachträglich eine kleine Siegesfeier; er verzeichnete mit Genugtuung die bei der letzten Reichstagswahl — nebenbei bemerkt bis auf ein Mandat durch Unterstützung seitens anderer, leider auch liberaler Parteien — erfochtenen Wahlsiege. Herr Raab konnte die für die Mitglieder jedenfalls sehr erfreuliche Mitteilung machen, daß die Wahlschulden (die sich früher immer von einer Wahl bis in die andere hineinschleppten) vollständig gedeckt seien und die Partei die Mitgliederzahl von über 10 000 überschritten habe. An der Opferwilligkeit der Antisemiten können sich auch die Liberalen ein Beispiel nehmen.

Die Christlichsozialen tagten in Elberfeld zum ersten Male ohne ihren Herrn und Meister Stöcker, dem die Aerzte nicht gestattet haben, sich den Anstrengungen eines Kongresses auszusetzen. Da auch der zweite Führer Lic. Mumm infolge eines vor wenigen Tagen erlittenen Armbruches den Verhandlungen nicht beiwohnen konnte, so verlief der Kongreß ziemlich matt. Die beiden anderen Reichstagsabgeordneten der christlich-sozialen Partei, Dr. Burckhardt und Behrens, die anwesend waren, sind ziemlich trockene Redner, die jedenfalls nicht entfernt die begeisterte Stimmung auszulösen verstehen, wie der Gründer der Partei, der „kühne Lanzenbrecher", wie Behrens den Vater der antisemitischen Bewegung in Deutschland charakterisierte. Auffallend war, daß der langjährige Organisator und Agitator der christlich-sozialen Partei in Elberfeld und Barmen, Reichstagsabg. Oberlehrer Linz, nicht zu den Teilnehmern zählt. Linz war der Stichwahlkandidat, der bei der letzten Reichstagswahl Elberfeld-Barmen, das 23 Jahre eine Hochburg der Sozialdemokratie war, den Genossen entriß. Er trat aber im Reichstag nicht an die Seite Stöckers, sondern ging zur Reichspartei als Hospitant. Wie die christlich-soziale Partei darüber denkt, zeigt eine Auslassung der Parteischrift „Die Arbeit". Darin heißt es:

„Mit dem tiefsten Bedauern und Schmerz haben wir den Anschluß des Abgeordneten Linz an die Reichspartei, wenn auch nur als Hospitant, hingenommen. Oberlehrer Linz ist ein warmer Freund des Volkes, den wir persönlich hochschätzen; um so mehr haben wir den Schritt, den er getan hat, bedauert. Christlich-soziale und freikonservative Partei sind in sozialen Fragen Gegensätze, die kein Mensch, auch nicht Oberlehrer Linz, überbrücken kann. Mit den geschworenen Feinden des Reichstagswahlrechts können wir nicht Sammelpolitik treiben."

Damit ist der Bruch der Christlichsozialen in Elberfeld-Barmen mit ihrem siegreichen Kandidaten eine Tatsache geworden, mit der alle anderen Parteien zu rechnen haben werden. Die politische Sinneseinheit mit den deutschsozialen Antisemiten und der Mittelstands-Vereinigung bekundeten die Christlichsozialen auch dadurch, daß sie in Elberfeld wiederholt den politischen Kreuzzug gegen den Liberalismus predigten.

Auf der Tagung der Mittelstands-Vereinigung in Straßburg beteuerte Herr Rahardt, der Vorsitzende, zwar ein über das andere Mal, daß die Vereinigung keine politische Partei sein wolle, sondern sich nur auf „rein wirtschaftlichem Gebiete" betätigen wolle. Nach dieser merkwürdigen Logik wäre aber auch die „Wirtschaftliche Vereinigung" im Reichstage, der ja auch die Abgg. Riesebera und Kölle angehören, die ausschließlich von der Mittelstandsvereinigung als Kandidaten auf den Schild erhoben worden waren, keine politische Partei. Der Bund der Landwirte beteuert freilich dieselbe politische Neutralität, was ihn indeß in keiner Weise geniert, überall über die ihm politisch nahestehenden Parteien die Peitsche zu schwingen. Das Hauptreferat hielt hier neben dem Vorsitzenden der aus der Berliner konservativen Bewegung bekannte Schriftsteller Dr. Wegner, den die Partei neuerdings als Wanderredner gewonnen hat. Auch der antisemitische Abg. Bruhn fügte sich kleidsam diesem Rahmen ein. Für die nächste Tagung der Mittelstands-Vereinigung, die in Düsseldorf stattfinden soll, sind neue Satzungen in Vorbereitung, in denen es u. a. heißt: „Religion und Parteipolitik im engeren Sinne sind ausgeschlossen". Das soll natürlich nur heißen: Oeffentlich wird auf die Juden nicht mehr geschimpft, desto intensiver

werden aber die Parteien, die den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen haben, unterstützt werden.

Von den Verhandlungen der Alldeutschen in Wiesbaden, die wie üblich von Herrn Prof. Hasse, den selbst viele seiner engeren nationalliberalen Parteifreunde lieber außerhalb wie innerhalb des Reichstags sehen, geleitet wurden, ist neben dem bei dem Verein ja nicht verwunderlichen scharfen Mißfallensvotum gegen die Regierung wegen ihrer angeblich schlappen Haltung in der Marokkofrage nur noch erwähnenswert die souveräne Verachtung, mit der sich Prof. Hoetzsch, der vormalige langjährige Redakteur der Verbandsorganes des Vereins deutscher Studenten, über Gesetz und Recht in der Polenfrage hinwegsetzt. Ihm sekundierte der Reichstagsabg. General von Liebert, der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der mit dürren Worten erklärte: „Macht muß vor Recht gehen" und sich in folgenden despektierlichen Worten über das mit uns verbündete Oesterreich äußerte:

„Wenn wir unseren deutschen Nationalstaat erhalten oder besser erst erreichen, wenn wir nicht zu einem Habsburger Konglomerat herabsinken wollen, so muß die Enteignung durchgeführt werden."

An diesen „Ordnungsstützen", die durch einen solchen Faustschlag gegen ein mit Deutschland verbündetes Herrscherhaus unsere Diplomatie in die peinlichste Verlegenheit bringen, wird der Herr Reichskanzler Fürst Bülow noch viel Freude erleben.

Gährungen im „Verein deutscher Studenten".

Im „Verein deutscher Studenten" steht wieder einmal die „Judenfrage" zur Diskussion. Aengstliche Gemüter scheinen nämlich von der neuen Redaktion der „Akadem. Blätter" eine „Verwässerung" des antisemitischen Programms des Vereins zu befürchten. Diese Befürchtung ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen daß nach dem Austritt des stramm antisemitischen Dr. Hoetzsch aus der Redaktion, der eine Professur an der Posener Akademie übernommen hat, die Haltung des Vereinsorgans im allgemeinen — nicht etwa in der Judenfrage — eine gewisse Unsicherheit gezeigt hat. Dr. Sevin, der interimistisch die Redaktion geführt hat, wird sie demnächst an die Herren Dr. Bergsträßer und Dr. Kormann abgeben, die schon jetzt in einer programmatischen Erklärung betonen, daß sie prinzipielle Kundgebungen nach Möglichkeit vermeiden wollen „in der Hoffnung, daß durch Hervortreten aller Meinungen im Verband die Freude am Verband nur gehoben wird".

Den Anlaß zur Neuaufrollung der Diskussion über die „Judenfrage" bildet der Abdruck der Festrede, die Prof. Dr. D. Meinhold zum 25jährigen Stiftungsfest des Bonner V. d. St. gehalten hat. Meinhold ist nichts weniger als Judenfreund, er hat sich aber doch ein gewisses Verständnis für die Realität der Dinge gewahrt, und so gelangt er denn in einem Rückblick auf die Gründungsepoche des Verbandes in dieser Festrede zu folgendem Ergebnis:

„Unsere Bewegung war im Anfang eine scharf antisemitische das war erklärlich, das war notwendig, besonders auf dem Berliner Boden. Aber niemand kann dauernd von der Negation leben. So haben viele von uns sehr bald auf die Ergänzung des antisemitischen durch das christliche Prinzip hingedrängt und so versucht, dem Antisemitismus die rechte Stellung innerhalb der Vereinsgedanken zu geben. Gewiß, bei der Eigenheit der Deutschen, die zu leicht aufgeben, die geneigt sind — auch heute noch —, träumerisch dahin zu leben, die Dinge einmal etwas laufen zu lassen, ist der große Bruchteil der jüdischen Bevölkerung eine große Gefahr. Und es gilt ihr zu begegnen, einmal durch Kräftigung des eigenen deutschen Sinnes, durch bewußte und klare Herausarbeitung des spezifisch Deutschen in allen Dingen. Es gilt, einer undeutschen Verwilderung in Kunst und Literatur, an der doch ein großer Teil unserer jüdischen Mitbürger Mitschuld trägt, energisch und scharf zu wehren und eine Fälschung des deutschen Charakters mit der größtmöglichsten Kraft zu verhindern. Aber es gilt das vor allem durch Arbeit nationaler Selbsterziehung und für die Erwachsenen und politisch Mündigen auch durch eine gesunde politische Tätigkeit. Darüber hinauszugehen hindert uns das christliche Prinzip ebensosehr wie das wohlverstandene nationale Interesse. Das erste lehrt uns, über der Betonung der völkischen Gegensätze das allgemein Menschliche nicht zu vergessen. Das zweite aber zwingt und nötigt uns durchaus dazu, aus dem, was man als Uebel empfindet, für unser Volk Nutzen und Segen zu ziehen. Wir müssen aus der Tatsache, daß unter uns so viele jüdische Mitbürger wohnen, die richtigen Konsequenzen ziehen, ihre Kräfte zur Mitarbeit an unserem Volk verwenden. Die geistige Beweglichkeit, wie sie den Juden meist zu eigen ist, mag und soll unserem deutschen Volk zu gute kommen, die Gewandtheit im Handel und Wandel soll uns, wo wir so stolz gerade hier voranschreiten, lehrreich und nützlich sein, die stetige gespannte Aufmerksamkeit, das Vorwärtsdrängen, wenn auch oft im eigenen Interesse, soll dem deutschen Michel die Schlafsucht vertreiben; ihre Begeisterung für Kunst, ihre unleugbare Begabung für die Reproduktion derselben, der wir Deutsche doch manches verdanken, ihre unzweifelhaft oft bewiesene Opferfähigkeit für diese Dinge, mag sie auch nicht immer den reinsten Beweggründen entsprungen sein, soll den Deutschen treiben und stacheln, daß er an noch etwas mehr denkt als an seinen Skat und Biertisch. Es ist also nationale Pflicht, das Gute, den Nutzen, der uns aus dem Zusammensein mit diesem begabten Volke erwachsen kann, auch wirklich herauszuziehen, ohne dabei der Gefahren zu vergessen, die gerade für den Deutschen von hier aus sich erheben. Vergessen wir nicht der großen Taten, die ein Dernburg für unsere Nation, gerade in unserem Sinne getan hat. Er aber entstammt dem jüdischen Volke."

Die Rede klang aus in einer Warnung vor der Ueberspannung des Nationalitätsprinzips:

„Wenn einst aus unsern Reihen der Ruf erklang: Die Nation ist der Messias, so braucht man nur warnend auf das Geschick der vielgescholtenen Juden zu weisen, deren Staat an diesem Irrwahn zugrunde ging, braucht nur nach Frankreich und England zu sehen, um den Schaden zu erkennen, den ein so enger Standpunkt dem eigenen Volksleben schlägt. Selbstvergötterung ist eine dem einzelnen wie den Völkern höchst schädliche Sache. Die großen Güter der Kultur sind Sache nicht eines Volkes, sondern der Menschheit. An ihrer Förderung sollen alle Völker in gemeinsamer Arbeit, in edlem Wettstreit tätig sein. In all diesem gilt es, die rechte Gesinnung zu pflegen, die das Recht und die Pflicht eines stolzen Nationalgefühls ebenso schätzt, wie sie die Gefahren eines übertriebenen chauvinistischen Treibens erkennt und bekämpft, und zwar dies alles gerade aus Liebe zum deutschen Volke. Aber auch hier in alledem handelt es sich durchaus nur um Erzielung einer rechten Gesinnung. Die Anwendung im einzelnen Falle kann sehr verschieden sein. Und wir sollen uns hüten, „national" zum Schlagwort werden zu lassen, in unseren Forderungen und Gedanken zu erstarren, und so dem eigentlich fortschreitenden Leben abzusterben. Was die Edelsten und Besten etwa 1830 als nationale Forderung aufstellten, galt als Hochverrat, so könnte ja auch manches, was heute manchem als schädlich erscheint, gerade von Vorteil für unser Volk sein, einst als eigentlich nationale Forderung anerkannt werden. Auch hier gilt es, sich vor Erstarrung zu bewahren, das was einst wahr und berechtigt war, als Gesetz für alle Zeiten aufzustellen. Der tote Prophet ist gar zu oft der Feind des lebenden. Die Vereine sind nicht und sollen nicht ein Gerichtshof sein, der festzustellen hätte, welche Handlung nun im gegebenen Fall national wäre oder nicht. Wer sein ganzes Sinnen und Denken mit vollem Bewußtsein in den Dienst unseres Volkes stellt, wer an der Größe, an der Macht, an dem Erblühen Deutschlands seine größeste Freude hat und von ganzem Herzen, wenn auch in noch so kleinem Umfange daran mit arbeitet, mit dem kann und darf ich nicht das Band zerschneiden, das uns als V. D. St. verbindet, mögen mir seine Wege auch noch so verkehrt erscheinen. Die Vereine sind nicht und sollen nicht sein die Schleppenträger irgend einer kirchlichen und politischen Partei. Wenn sie so einseitig ihre Aufgabe faßten, dann verfehlten sie ihres Zweckes, denn sie wollen dem ganzen Volke dienen; es ist ja doch das Ziel, daß ihre Gesinnung in allen den Parteien, in allen den Verhältnissen, in die ihre Glieder einst kommen, zur Herrschaft gebracht wird. Da kann es sich wohl ereignen, daß die verschiedenen A. H. A. H. sehr verschiedene Wege gehen, ja nach ihrer Führung und Stellung über dieselben Dinge anders, ja gegensätzlich urteilen. Mögen sie selbst darum kämpfen müssen — was tuts? Wenn nur die Sache gewinnt, wenn sie nur stets dem Ganzen — das ist national — nicht aber nur sich selbst, ihrer eigenen Rechthaberei, ihrem eigenen Dünkel dienen wollen — das wäre unpatriotisch, gegen das Interesse unseres lieben Volkes und Vaterlandes."

Man hat aus den Reihen des antisemitisch-alldeutschen Verbandes schon lange nicht mehr so vernünftige Anschauungen, wie sie hier insbesondere über die Gefahren der nationalen Phrase geäußert werden, gehört. Das entrüstete Echo aus den Kreisen der „Unentwegten" hat denn auch nicht lange auf sich warten lassen. In der nächsten Nummer des Vereinsorgans kanzelte Dr. Haenisch-Berlin den Mann, der es gewagt hat, der großen Mehrzahl seiner Bundesbrüder so unangenehme Wahrheiten ins Gesicht zu sagen, also ab:

„Den Punkt, an dem sich unsere Bewegung entzündet hat, den Gegensatz, an dem wir zuerst den nationalen Kampf kennen lernten, sie sollen wir jetzt herabdrücken lassen zu einer Verirrung oder Uebertreibung, wir sollen vom christlichen Prinzip lernen, über der Betonung der völkischen Gegensätze das allgemein Menschliche nicht zu vergessen, aus wohlverstandenem nationalen Interesse müssen wir die Kräfte unserer jüdischen Mitbürger zur Mitarbeit an unserem Volke verwenden. Was heißt das? Wollten wir früher die Juden totschlagen, ihres Eigentums berauben, für vogelfrei erklären? Auch diese Ansicht ist mir ernstlich nicht begegnet. Oder waren unsere Grundsätze so streng, daß wir im Falle eines Krieges jüdisches Kapital zurückgewiesen hätten? (um nur ein krasses Beispiel zu nennen!) Eine rein menschliche Duldung, ein Zusammenarbeiten unserer Alten Herren mit ihnen von Fall zu Fall war nicht ausgeschlossen. Dann aber kann Herrn Meinholds Forderung nur die Anerkennung völliger Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger bedeuten! Eine eigenartige „nationale" Weltanschauung, die vor dem ersten, auf Schritt und Tritt ihr aufstoßendem Problem die Augen zumacht bezw. zwar den Unterschied sieht, aber nicht die Konsequenzen zu ziehen wagt."

Ob die Erkenntnis überhaupt schon so weit gediehen ist, daß „Konsequenzen" zu ziehen wären, muß freilich erst noch abgewartet werden. Die Aussprache hat ja jetzt erst begonnen. Die Redaktion erklärt in einer Fußnote gegenüber der Annahme des Dr. Haenisch, daß sie sich um eine prinzipielle Stellungnahme herumdrücken wolle:

„Der Verdacht ist unbegründet. Was wir als Redaktion wollen, wird man aus der Leitung der „Ak. Bl." sehen. Ueber des Verbandes jetzige Ziele hat nur die V.-T. zu bestimmen. Wir Redakteure haben kein Recht, für unsere subjektive Meinung eine verbandsoffizielle Geltung zu beanspruchen, werden allerdings auch mit dieser Meinung nicht hinter dem Berge halten, wenn es uns nötig oder angebracht scheint. Die Anmerkung zur Rede war gemacht, damit niemand meinen sollte, wir identifizierten uns mit A. H. Meinhold. Eine Diskussion über die Ansichten M.s haben wir erwartet und werden sie in nichts hindern."

Nun haben also die Vereinsmitglieder das Wort.

Limonade oder Opium?

Die „Staatsb. Ztg." bezeichnet unseren Marocco-Artikel in Nr. 35 als matte Limonade. Wir hätten, meint sie, keinen neuen Wein in die alten Schläuche füllen können. Ja aber wenn stets derselbe Vorwurf gemacht und immer und immer wiederholt wird, dann müssen ja auch die alten Argumente wiederholt werden. Sonst wäre es ja für den Verleumder das einfachste Ding von der Welt, seine Verleumdung als nicht widerlegbar aufrecht zu erhalten.

Die Staatsb. Ztg." will nicht zugeben, daß die Unterdrückung der Juden die Hauptursache ist, daß Juden in den betreffenden Ländern minderwertige oder gar anrüchige Geschäfte betreiben, den Revolutionären sich anschließen usw. „Es ist, schreibt das Blatt, eben stets dieselbe monotone Melodie:" Weil die Juden im Mittelalter in Deutschland nicht Handwerker und Soldaten werden durften, deshalb sind sie „so" geworden." — „Weil die Juden in Rußland nicht die Gleichberechtigung haben, deshalb wurden sie Revolutionäre und Anarchisten."

Das ist denn doch die Frivolität zu weit getrieben. Im Mittelalter hatten die Juden, wie bekannt, über noch mehr zu klagen als nur darüber, daß sie nicht Handwerker und Soldaten werden durften. Sie durften noch manches andere auch nicht werden, ja sie durften fast alles nicht werden, sie durften nur Kleinschacher treiben und die den Christen nicht erlaubten Geldgeschäfte, die man doch nicht entbehren konnte, treiben. Dazu als Zugaben: Ghetto, markierte Tracht und nicht zu vergessen Scheiterhaufen und christlich-germanisch-mittelalterliche Pogroms. Nicht minder ist es eine Frivolität sondern Gleichen von „Nicht-Gleichberechtigung" der Juden in Rußland zu sprechen. In Rußland sind die Juden nicht nur nicht gleichberechtigt, sondern sie werden auch verfolgt, beraubt, ausgepreßt, ermordet, in ihren Bewegungen und im Erwerb beschränkt und auf jede mögliche Weise zur Verzweiflung getrieben. Verzweifelte Menschen aber sind nicht wählerisch in ihren Mitteln, ihrem verzweifelten Zustande ein Ende zu machen, können es nicht sein, dürfen es nicht sein. Das ist eine Wahrheit, die die Geschichte der Menschheit von Anfang an bis heute unzählige Male erhärtet hat, von den Heloten der Griechen und den Sklaven der Römer bis zu den Filippinos, den Kubanern, den nichtjüdischen und jüdischen Russen. Wer diese Wahrheit noch nicht erkannt hat, der hat nicht Augen und Ohren, nicht Herz und Verstand. Es kommt dann eben der Moment, da die Menschen darauf verzichten, um mit der „Staatsb. Ztg." zu reden, „unter die Kategorie jener Individuen eingereiht zu werden, die wir im allgemeinen mit dem Wort friedliche Bürger bezeichnen". Sie werden um so eher darauf verzichten, wenn sie überhaupt zu den Bürgern nicht gerechnet, als Bürger nicht behandelt werden, und behandelt zu werden hoffen dürfen, sobald sie sich nicht regen.

Darum ist es ganz lächerlich — es sei denn daß man die Redaktion der „Staatsb. Ztg." für absolut geistig minderwertig halten soll, die außer Stande ist Unterschiede zu machen, Vorgänge aus der Vergangenheit im Gedächtnis zu behalten usw. — wenn sie weiter schreibt:

Und wie siehts gar aus in sog. ganz freien Ländern, wie z. B. in der Schweiz, der gelobten Republik? Sollte man nicht meinen, daß hier die Juden ihre nihilistischen Gewohnheiten ablegen müßten, hier, wo sie doch ganz und garnicht „unterdrückt" werden?

Herr Grünthal hat in der Schweiz nicht als Jude Bomben fabriziert, sondern als Russe, und seine Bomben waren nicht gegen die Schweizer Republik, sondern gegen die russische Regierung gerichtet. Man könnte dem Herrn höchstens einen Mißbrauch des Gastrechts zum Vorwurf machen. Aber diesen Vorwurf haben auch Männer wie Mazzini, Fürst Krapotkin, die fenischen Führer und die exilierten oder geflüchteten Rebellen aller Länder und Zeiten sich zu Schulden kommen lassen.

Wie oft auch die „Staatsb. Ztg." und mit ihr andere Antisemitenblätter die Juden als die „geborenen Revolutionäre" verleumden, ihnen die Schuld an allen möglichen Revolutionen in die Schule schieben mögen, Menschen, die nur einigermaßen mit Verstand begabt sind, werden die Behauptungen als Verleumdungen erkennen. Diese werden aber wohl auch nur aufgestellt und so oft wiederholt, um die Dummen irre zu führen und sie aufzuhetzen. Da müssen wir gestehen, daß wenn uns schon der Vorwurf gemacht wird, durch die uns aufgezwungene Wiederholung matt gewordene Limonade den Lesern vorzusetzen, eine solche Verabreichung uns verzeihlicher zu sein scheint, als die fortwährende Verabreichung von Opium, durch das die Leser in einen Rausch gebracht, verdummt, entnervt und demoralisiert, ja schließlich vertiert und zu allen Verbrechen fähig gemacht werden.

Ueber Kriminalstatistik.

I.

Gesetz und Moral sind nur in den beiden Polen der Kultur miteinander kongruent: bei Urmenschen und bei dem ethisch höchstentwickelten Menschen. Auf der langen Linie aber, die diese beiden Pole verbindet, bilden Gesetz und Moral zwei Kreise, die einander tangieren, aber sich nicht miteinander decken. Der Urmensch hat das, was sich als Modus vivendi, als Bedingung für das soziale Zusammenleben als notwendig herausbildete, zum Brauch, zur Sitte, zum Gesetz gemacht. Zwischen Sitte und Sittlichkeit ist hier noch keine Kluft, und Leben und Empfinden, Denken und Handeln bilden hier eine Einheit. Der ethisch hochstehende Mensch wiederum betrachtet sein Gewissen als höchstes Gesetz. Was er als unrecht, als unschön und unrein empfindet, das meidet er aus sittlichem Antriebe. Seine ethische Kultur, seine zur Natur gewordene Sittlichkeit, ist die Norm seines Handelns, das Gesetz seines Lebens. Im gewöhnlichen Leben der Völker aber stellen leider Sittlichkeit und Gesetz zwei Welten dar, die nicht immer mit einander harmonieren. Das Gesetz erfaßt nur einen kleinen Teil der Unsittlichkeit, der Unmoral, und es bleibt noch ein großes gewaltiges Gebiet menschlichen Empfindens und Handelns übrig, das vom Gesetze nicht berührt wird und das doch jeder sittliche Mensch als schlecht, als niedrig, als unmoralisch bezeichnen wird. Schon zu behaupten, daß alles, was gesetzlich ist, zugleich moralisch sei, wäre gewagt. Noch weniger aber wird man sagen dürfen, was nicht ungesetzlich ist, sei auch nicht unmoralisch. Diese Differenz zwischen Gesetz und Sittlichkeit entspricht der Distanz zwischen Ideal und Wirklichkeit. Die Sittlichkeit setzt einen normal entwickelten, aufwärts strebenden Edelmenschen voraus, und diese Voraussetzung kann bei den gewöhnlichen Sterblichen nicht immer vorhanden sein. Unsere komplizierten sozialen Verhältnisse, die Unterschiede in der Erziehung, im Bildungsgang und in der Lebensweise müssen naturgemäß auch sittliche Abstufungen bilden. Denn auch die Sittlichkeit hängt nicht in der Luft und ist vom Leben abhängig. Das Gesetz kann seiner ganzen Natur nach nicht das ganze sittliche Leben ausfüllen, solange Innen- und Außenleben nicht immer miteinander identisch sind. Das Gesetz kann nur das Konkrete, die Handlung erfassen und das Wollen, die innern Motive, nur selten berücksichtigen. Die Moral aber beruht in erster Linie auf dem Wollen, denn im Wollen allein zeigt sich der Trieb, die zum Instinkt gewordene Sittlichkeit.

Es ist daher klar, das die Kriminalstatistik, mag sie noch so genau und zuverläßig sein, keine Moralstatistik ist und kein vollständiges Bild des sittlichen Lebens bieten kann. Die Bestrafungen des Gesetzes treffen nur einen kleinen Teil der strafbaren Handlungen, nur die zur Anzeige gebrachten, sie lassen die sonstigen unmoralischen Geschehnisse ungestraft und berühren die strafbaren Empfindungen, die noch nicht zur Tat gewordenen Unsittlichkeiten, überhaupt nicht. Und auch die gewonnenen Zahlen der Kriminalstatistik sind, wie alles im Leben, von nur relativem Wert. Sie bilden nur Werkzeuge, mit denen der Meister der Wissenschaft manches Nützliche herstellen kann. Manche Zahlen und Rubriken sind ohne Kommentar, ohne Erklärung der Quelle der Erscheinungen, gänzlich unverständlich. Vor allem muß man das soziale Leben, das Milieu, aus dem heraus das Verbrechen begangen worden ist, verstehen. Es ist klar, daß der Ehebruch einer Frau aus einer großen tiefen Leidenschaft sittlich anders zu bewerten ist, als das birnenhafte Treiben eines leichtsinnigen sich prostituierenden Weibes. Es leuchtet wohl ein, daß Diebstahl aus großer Not und Diebstahl aus Arbeitsscheu zweierlei Dinge sind. Man wird daher verlangen müssen, daß eine moderne Kriminalstatistik diese Umstände so weit als möglich berücksichtigt, und daß vor allem eine Brücke zwischen der Kriminal- und der Berufs-Statistik geschlagen wird.

Die moderne Richtung der Kriminalforschung bezeichnet die meisten Verbrechen als antisoziale Eigenschaften oder als atavistische Neigungen. Damit nähern wir uns dem Fortschritt der Moral, der Verschmelzung des sittlichen Empfindens mit dem Geiste des Gesetzes immer mehr. Denn die Quelle des Verbrechens und der Unsittlichkeit sind entweder die sozialen Verhältnisse, also das Außenleben, oder die unnormalen, krankhaften Empfindungen und Auffassungen, also das Innenleben. Der Volksmund sagt: Gelegenheit macht den Dieb. Gewiß, wo mehr Gelegenheit zum Verbrechen vorhanden ist, da kommt die sittlich ungestärkte Natur immer mehr zum Ausbruch. Die Verkäuferin im großen Geschäftshause wird bei gleicher Anlage viel häufiger stehlen als die Buchhalterin, das Dienstmädchen viel leichter als die Fabrikarbeiterin. Ebenso ist es andererseits begreiflich, daß das in normalen Verhältnissen aufgewachsene Kind einen viel besseren sittlichen Rückhalt hat, als das verwahrloste Kind schlechter Eltern. Daß innere Triebe und Erziehung, Vererbung und sittliches Beispiel hier eine große Rolle spielen, braucht nicht besonders betont zu werden.

Zu prüfen ist also bei der Kriminalstatistik: die innere Anlage, das Milieu, die Erziehung und das soziale Leben des Verbrechers. Nur wenn diese Kombinationen mit der Statistik vorhanden sind, wird man daraus gesunde Schlüsse ziehen und ein wirkliches Bild des sittlichen Lebens eines Volkes konstruieren können. Nur dann wird der Reformer die Bausteine für sein Werk und den richtigen Weg zur Besserung finden können. Heute muß der Reformer, der aus der Kriminalstatistik Nutzen ziehen will, gar viele Gebiete beherrschen und er muß vor allem die sozialen, ethischen und hygienischen Verhältnisse genau studieren.

Daß gewisse Verbrechen auch mit der Rasse, d. h. mit der physischen und psychischen Beschaffenheit eines Stammes zusammenhängen können, ist wohl möglich. Es ist theoretisch denkbar, daß eine Rasse andere Leidenschaften, andere Triebe und Empfindungen und daher über gewisse moralische Begriffe andere Meinungen haben kann als eine andere Rasse. Praktisch aber hat diese Kombination zwischen Rasse und Sittlichkeit nur noch für die wilden Stämme Bedeutung. In der Kulturwelt haben wir heute gar keine Rassen mehr, weil überall eine Blutvermischung stattgefunden hat. Die Deutschen sind heute ebensowenig reine Germanen, wie die Juden reine Semiten sind. Dann hat die menschliche Kultur, die anerzogene und von Geschlecht auf Geschlecht vererbte Gesittung, eine veredelnde Wirkung auf die Völker ausgeübt und die schlechten Rasseneigenschaften beseitigt oder mindestens gemildert. Wir sprechen heute mit Recht von einer gesitteten Menschheit, von einer Kulturmenschheit, und wir drücken damit die ethische und kulturelle Gemeinschaft des Völkerkreises aus, der sich im Lichte der Zivilisation entwickelt hat. Heute mag es wohl noch einen Unterschied der Sitten und Empfindungen in psychologischer Hinsicht geben. Die Begriffe der Sittlichkeit aber sind Gemeingut aller Völker geworden und über die wirklichen Verbrechen, die Verbrechen, die sozial und sittlich schädigend sind, denkt man heute in ganz Europa und Amerika so ziemlich gleich. Hie und da mögen noch Rudimente alter Auffassungen leben, aber wesentlich sind sie nicht und vor dem Forum der Oeffentlichkeit und des Gesetzes finden die unsittlichen Handlungen überall die gleiche Behandlung. Schon also die vergleichende Kriminalstatistik ganzer Völker, wie Deutschland und Frank-

reich, auf die Rasse zurückzuführen, wäre sehr gewagt. Noch weniger natürlich wird man bei der Kriminalstatistik einer Gruppe von Menschen, die seit Jahrhunderten unter der anderen Bevölkerung lebt und durch tausend Bande mit ihr verbunden ist, auf die Abstammung, auf die Rasse, zurückgreifen dürfen, ohne sich in falsche Gebiete zu verlieren und wage Hypothesen aufzustellen.

Ob man heute streng wissenschaftlich überhaupt noch von Rassen sprechen kann, ist sehr fraglich, *jedenfalls aber sind die Juden von heute wohl eine Bevölkerungsklasse, aber keine Rasse.* Wir haben nie bestritten, daß sie eine ausgeprägte Individualität bilden, wie jede Volksklasse, die Jahrhunderte hindurch gezwungen war, ein gleiches Leben zu führen und gleiche Schicksale zu teilen. Das gleiche Leben, der gleiche Kampf, die gleichen Bedingungen des Daseins und die gleichen Leiden kitten die Menschen fester aneinander als das Blut. Wir sind überzeugt, daß die wohl vorhandene ausgeprägte jüdische Individualität mehr auf diesen Umstand als auf die Abstammung zurückzuführen ist und mehr im Mittelalter als im frühen Altertum seine Quelle hat. Diese jüdische Individualität hat innerhalb des Deutschtums ebensolche Berechtigung, wie die schwäbische, fränkische, niederdeutsche und alemannische. Sie schaden dem Deutschtum nicht, sie bereichern es nur an Farben und Nuancen, sie stellen eine Symphonie aus einzelnen Tönen und Abstufungen dar. Diese Individualität der Juden hat wohl im Ghetto ausgereicht, um daraus einzelne Verbrechen und Sitten zu erklären. Heute aber leben die deutschen Juden seit Generationen in deutscher Kultur, deutscher Sitte und Moral, und es wäre psychologisch ganz unmöglich, daß sie nicht dieselben Anschauungen von Recht und Unrecht, von sittlich und unsittlich hätten wie die andern Deutschen. Wenn man den Juden eine andere Sittenlehre zuschreibt, so ist das Torheit oder absichtliche Verläumdung gegen besseres Wissen. Der moderne Mensch schöpft seine Sittlichkeit nicht mehr ausschließlich aus der Religion, aber sollte der Jude sein Innenleben immer nach seiner Religion einrichten, dann müßte er sittlich ungemein hoch dastehen. *Denn die Sittenlehre des Christentums ist nichts anderes als die in der Form unwesentlich abweichende Sittenlehre des Judentums.* Wie sollte also der Jude, der sich an denselben Quellen gebildet, dieselbe sittliche Luft eingeatmet und dieselbe Sittenlehre in sich aufgenommen hat, anders über sittliche Dinge denken und empfinden als der christliche Deutsche? Es wäre undenkbar, daß diese Juden, die sich mit so warmen Herzen der deutschen Kultur zugewendet haben, unter denen so viele sind, die tapfer an diesem Kulturbau mitgewirkt haben, in sittlicher Hinsicht nicht auch innerlich mit dem deutschen Volke verwachsen wären. Man müßte denn, wie einzelne antisemitische Idioten es tun, die ganze Judenheit als geheime Verschwörerbande betrachten, die nur darauf sinnt, das deutsche Volk zu ruinieren. *Heute ist es ebenso unsinnig, von spezifisch jüdischen Verbrechen zu sprechen, wie von spezifisch bayerischen oder badischen,* oder wenn man die Religion im Auge hat, *wie von spezifisch katholischen oder protestantischen Verbrechen.* Wo soll der Quell dieser spezifischen Verbrechen sitzen? In der Rasse, also im Blute! Nun wäre es noch zu begreifen, wenn sich die Differenzen auf sexuell-sittlichem Gebiete oder bei Gewaltakten zeigen würden, wo das Blut und seine Wärme eine Rolle spielen. Die Statistik aber zeigt merkwürdiger Weise bei allen Verbrechen sexueller Natur und bei Anwendung von Gewalt, wie Mord, Totschlag, Körperverletzung etc., für die Juden ein sehr günstiges Resultat. Sie haben darin viel weniger Bestrafungen aufzuweisen, als es ihrem Prozentsatze innerhalb der Bevölkerung entsprechen würde, ja, manchmal nur einen ganz kleinen Bruchteil davon. Dagegen kommen sie in allen Strafen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Handel zusammenhängen, etwas und manchmal wesentlich schlechter weg als die nicht jüdische Bevölkerung. Nun wird ja kein ernster Ethnolog behaupten, daß sich im Bankerott, oder im Betrug die Eigenschaft des Blutes zeigen kann. Für jeden gesund denkenden Menschen ist es klar, *daß hier nur das soziale Leben, der Beruf, der geschäftliche Kampf den Ausschlag gibt und daß Religion und Rasse hier gar nicht mitsprechen.*

Aber unsere Antisemiten haben nie ernstlich die Wahrheit gesucht und sind nie einem Problem ehrlich und gründlich entgegengetreten. Sie kommen ja mit fertigen Erkenntnissen, bevor sie noch die Sache untersucht haben. *Nicht weil die Juden schlecht sind, werden sie von ihnen gehaßt, sondern weil sie sie hassen, müssen sie schlecht sein.* Es ist hier die Logik des niedrigen Instinktes und nicht der Vernunft. Ihnen ist die Wissenschaft mit ihren Hilfsmitteln kein Werkzeug, um die Wahrheit zu erforschen, sondern sie gehen an die Wissenschaft mit der Absicht heran, für die „Schlechtigkeit der Juden" Beweise zu erhalten, um dadurch ihre niedrigsten, tierischen Triebe zu verhüllen. Daher wird man sie nie belehren und nie bekehren können, denn die Wahrheit verliert da ihre Macht, wo man sie nicht hören will.

(Schluß folgt).

Wiener Brief.

XV.

(Die christlichsoziale Presse. — Die Blattern und das Impfen. — Stadt und Land. — Eine fingierte Wahlreform.

Wien, den 6. September 1907.

Die christlichsoziale Partei setzt alle Hebel in Bewegung, um sich eine einflußreiche Presse zu schaffen. Herrn Verganis „Deutsches Volksblatt" ist selbst den anspruchslosen Antisemiten zu albern und die sinkende Ziffer der Tagesauflage zeigt, daß die „christliche Bevölkerung" von Wien die — man verzeihe — geistigen Erzeugnisse aus dem Antisemitenhofe gebührend ignoriert. Das andere parteioffiziöse Tageblatt, die „Deutsche Zeitung", erinnert an das im Verborgenen blühende Blümlein. Das Blatt erscheint wohl nur, damit einige Leute, die sich den Jux machen, in dieses Organ zu blicken, einen guten Tag haben. Die „Deutsche Zeitung" zeichnet sich nämlich durch die unglaublichste Ungeschicklichkeit und Unwissenheit aus, die zu den köstlichsten Schnitzern führt. Außerdem gibt es noch das „Neuigkeits-Weltblatt", das in der Provinz ziemlich verbreitet ist und den Bedürfnissen der Landbevölkerung angepaßt wird. Das Blatt hat von allem Anbeginne mit der christlichsozialen Bewegung sympathisiert, also schon zu einer Zeit, da Herr Vergani noch Bürgermeister von Mühldorf war und nicht einmal im Traume daran dachte, Millionär und Zeitungsherausgeber zu werden. Die „Deutsche Zeitung" aber begann sich in dieser Epoche erst aus einem liberalen Organe in ein deutschnationales Blatt umzuwandeln. Uebrigens hat sich das „Weltblatt" immer um einige Nuancen anständiger gebärdet als die Konkurrenzorgane, wenngleich es mit seinem Antisemitismus durchaus nicht hinterm Berge hielt. Außerdem verfügten die Christlichsozialen in Wien noch über ein allabendlich erscheinendes Blatt, das Herrn Hofrat Geßmann nahestand und im übrigen für die Kaplanokratie bestimmt war. Diese Zeitung, die „Reichspost", erscheint seit 1. September als umfangreiches Morgenblatt. An allen Plakatentafeln kann man jetzt eine Ankündigung sehen, die schwarz auf weiß ver

sichert, daß jeder Wiener nunmehr die „Reichspost“ lese. Das ist freilich so unwahr wie vieles, was von dem Blatte beteuert wird. Man kennt zum Schmerze Geßmanns dieses Preßprodukt in Wien kaum und man würde es sogar in den meisten Caféhäusern vergebens verlangen. Aus dem Wunsche des neuen Feldherrn der christlichsozialen Partei, sich mit einem mächtigen publizistischen Schwerte zu rüsten, ist nichts geworden. Ein Blatt, das nicht gekauft und nicht beachtet wird, bleibt eine stumpfe Waffe. Die Reorganisation der „Reichspost“ kostet zwar ein hübsches Sümmchen, allein der Herr Hofrat war vorsichtig genug, seinen „talentierten“ Sohn in die Redaktion zu stecken. Also bleibt wenigstens ein Teil der Ausgaben in der Familie. Die „Reichspost“ hat das edle Bemühen, den Antisemitismus zu vertiefen, die Probleme des Lebens von einer höheren Warte aus zu betrachten. Wie ihr das gelingt, muß nicht erst gesagt werden. So wenig die Goldmacher des Mittelalters Erfolge erzielten, so wenig können die modernen Alchimisten reussieren, die Verleumdungen zu einer „Wissenschaft“ erheben wollen. Zum christlichsozialen Zeitungstroß kann jetzt noch das Wiener „Vaterland“ gerechnet werden, das eine feudal-klerikale Gründung der Sechzigerjahre ist. Dieses Blatt war die erste Tageszeitung der Habsburgermonarchie, die nach der Revolution antisemitische Akzente anschlug. Vogelsang und Meyer, diese beiden einzigen politisch-theologisch geschulten Köpfe des österreichischen Antisemitismus, die damit anfingen, daß sie eine christliche Sozialreform predigten, füllten die Spalten des Blattes. Die antisemitische Bewegung aber wurde vom „Vaterland“ lange zurückgewiesen, solange als sich der Episkopat, der die Zeitung unterstützte, zu ihr feindlich verhielt. Anders heute! Das „Vaterland“ erscheint gleichfalls seit 1. September in erweitertem Umfange und mit Beilagen ausgestattet. Freilich auch ihm will die Sonne der Lesergunst nicht mehr leuchten. Außerdem ist jetzt die Gründung eines neuen Zwei-Kreuzer-Blattes „für das christliche Volk von Wien“ im Zuge. Gewaltige Anstrengungen und klägliche Erfolge! Wer ein rechter Christlichsozialer sein will, liest eben nichts.

Die Antisemiten haben als Bildungsfeinde ihren Weg gemacht. Mit ausgesuchter Verachtung behandelten sie die medizinische Wissenschaft; selbst der Bürgermeister von Wien hatte seine Zeit, in der er auf die „jüdischen Doktoren“ schlecht zu sprechen war und den „Kräutlerinnen“, den „Staubelweibern“ —, den Verkäuferinnen von heilsamen Kräutern — huldigte. Während des christlichsozialen Regimes ging dementsprechend die Zahl der Impfungen zurück, denn das klerikale Oesterreich kennt keinen Impfzwang. Impfen ist Schwindel, meinten die christlichsozialen Heilkünstler. Doch ein unglücklicher Zufall wollte es, daß in Wien in den letzten Tagen eine Blatternepidemie auszubrechen drohte. In dieser ernsten Stunde haben sich die Herren im städtischen Gesundheitsamte in begrüßenwerter Weise von den Parteivoreingenommenheiten losgelöst und nicht nur mit Umsicht alles getan, um der Seuche Einhalt zu gebieten, sondern auch mit Donnerstimme ins Volk gerufen: Lasset Euch impfen! In jedem Hause sind große Kundmachungen des christlichsozialen Magistrats affichiert, die das Impfen empfehlen und in allen Bezirken wurde für Massenimpfungen Vorsorge getroffen. Täglich holen Zehntausende nach, was sie bisher versäumt haben, und so kann man wohl hoffen, daß die Epidemie abgewehrt ist, denn die rund siebzig Blatternfälle der letzten Wochen können nicht als Epidemie bezeichnet werden. Der Energie und dem Zielbewußtsein der städtischen Sanitätsorgane gebührt — das sei nochmals hervorgehoben — alle Anerkennung. Aber wenn die Ausnutzung der medizinischen Errungenschaften Beifall finden muß, was verdient dann die gehässige, skrupellose Anfeindung der medizinischen Wissenschaft? Wir wollen in diesem kritischen Augenblick mit den Christlichsozialen nicht rechten, denn sie haben wenigstens in der Gefahr vernünftig gehandelt. Soll aber, wenn der Blattern-Rummel vorbei ist, das traurige Spiel von neuem beginnen? Der christlichsoziale Stadtrat Dr. Klotzberg hat es noch vor einigen Jahren als überflüssig erachtet, daß die Gemeinde für die Impfung der Schulkinder sorge. Sollen diese medizinisch gebildeten Verteidiger der „Kräutlerinnen“ nochmals die Oberhand gewinnen? Leider ist diese Wahrscheinlichkeit sehr groß. Bildungsfeinde bleiben Bildungsfeinde, auch wenn sie einmal unter der ungeheuren Verantwortung eines kritischen Moments Einkehr halten. Ist es doch viel einträglicher, vor der Dummheit und Unerfahrenheit der Massen zu kapitulieren als das Licht der Aufklärung in das Volk zu tragen! Da die Rathausherren so gerne den Lobspruch der Stadt Wien, den der biedere Schulmeister Wolfgang Schmälzl schon im sechzehnten Jahrhundert anstimmte, mit zeitgemäßen Variationen wiederholen, sei bei dieser Gelegenheit noch auf eine Schande Wiens hingewiesen. Die Haupt- und Residenzstadt Oesterreichs hat kein Epidemiespital, das modernen Anforderungen genügen würde. Wohl ist eine Abteilung eines großen Spitals für ansteckende Krankheiten reserviert; wie es aber dort mit der Isolierung aussieht, hat die Tatsache gelehrt, daß die Blattern durch einen Diener dieses Spitals verbreitet wurden und daß Kranke, die in anderen Abteilungen dieses Krankenhauses — des Franz Josefs-Spitals — lagen, gleichfalls infiziert worden sind. Man sieht also, daß die christlichsoziale Verwaltung Wiens nicht nur zu Lobsprüchen anregt.

Allerdings wäre die Frage: Sind die Christlichsozialen noch eine Partei der Hauptstadt? gerechtfertigt, denn immer mehr offenbart sich ihr bäuerlicher Charakter. Um die Volksfeindlichkeit der Antisemiten zu maskieren, hat sich Herr Hofrat Geßmann doch bewogen gefühlt, dem niederösterreichischen Landtage, der Mitte dieses Monats zusammentreten wird, einen Wahlreform-Entwurf vorzulegen. Wie der geriebene Stratege, der Wiener Geßmann, seine Vaterstadt gegenüber dem flachen Lande benachteiligen möchte, läßt die geplante Verteilung der Mandate erkennen. Wien mit 2 Millionen Einwohnern bekäme 26 Sitze zugeteilt, die Landgemeinden jedoch, die heute rund 1 Million Einwohner aufweisen, wären in gleichem Maße bedacht. Bei Geßmann läuft alles auf Wahlmache hinaus und es ist die geplante Preisgebung Wiens auf die Furcht vor der Sozialdemokratie, die Bevorzugung des Landes auf den klerikalen Sinn der Bauernschaft zurückzuführen. Treue gegen die Vaterstadt! Du lieber Himmel, ist es nicht genug schön, daß die Partei, die im Wiener Rathaus die Wiege ihres „Ruhms“ fand, in den hauptstädtischen Versammlungen ihr edles Wienertum anpreist? Das Hemd, meint Herr Geßmann, sei näher als der Rock; darum zuerst das Parteiinteresse und dann die Rücksicht auf Wien.

Aber man braucht sich über den Reformentwurf für die niederösterreichische Landtagswahlordnung nicht im geringsten aufzuregen. Es handelt sich bloß um ein christlichsoziales Manöver. Die Vorlage räumt mit der Interessenvertretung auf und schlägt für das Landesparlament das allgemeine, gleiche Wahlrecht vor, zu dessen Voraussetzung sie jedoch eine dreijährige „Seßhaftigkeit“ macht. Das sieht auf den ersten Blick sehr demokratisch aus, obwohl der Entwurf eine Menge Schönheitsfehler enthält. Herr Hofrat Geßmann trat als „echter“ Demokrat in das politische Leben ein und es wäre gar nett, wenn er sich in den alten Tagen seiner Jugendliebe erinnerte. Doch der mutmaßliche Erbe Dr. Luegers ist kein Gefühlsmensch. Nein, ganz und gar nicht. Er hätte dem Volke nie und nimmer eine Konzession gemacht, würde er nicht die Ueberzeugung gehabt haben, daß es sich um eine Gaukelei drehe. Die Regierung ist nicht geneigt, die Aufhebung der Interessenvertretung für die Landtage zuzulassen; sie gestattet bloß, daß

an die bestehenden Privilegienkurien eine Volkskurie angegliedert werde. Vorsichtig wie Herr Geßmann einmal ist, ließ er sich das sogar schriftlich bestätigen. Der Landtag wird trotzdem über den Entwurf beraten; damit geht viel Zeit verloren und eine ernste im Rahmen des Möglichen gehaltene Reform wird hintertrieben. Allein damit ist das eigentliche Ziel der Christlichsozialen erreicht. Freilich Herr Dr. Lueger und Herr Hofrat Geßmann brauchte nur mit den Wimpern zu zucken und die Regierung Beck stünde angsterfüllt zu Diensten; sie würde auch das allgemeine Wahlrecht für Niederösterreichs Landtag wie das für den Reichsrat schlucken. Doch die „Volksmänner" lassen die Wimpern ruhig und lachen sich versteckt ins Fäustchen. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die Mitglieder der Parteien und Parteichen, die im Laufe der Zeit von den Konservativen abgesplittert sind, scheinen oft selbst nicht zu wissen, wohin sie eigentlich gehören. Am drastischsten tritt diese Direktionslosigkeit bekanntlich bei den antisemitischen Konventikeln in die Erscheinung, bei denen es wie in einem Taubenschlage zugeht. Bei den „wilden" Agrariern, die in der „Wirtschaftlichen Vereinigung" eine lose Organisation bilden, scheint es aber nicht anders zu sein. Man hat bisher immer annehmen müssen, daß z. B. die württembergischen Bündler im Reichstage vorwiegend Agrarier seien. Jetzt verkündet aber das Stöckersche „Volk" triumphierend, daß „die zwei württembergischen Reichstagsabgeordneten Vogt I und Roth, der Pfälzer Stauffer, der württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Wolf, sowie ein badischer Landtagsabgeordneter eingeschriebene, zahlende Mitglieder der christlich-sozialen Partei" sind.

Die Vielseitigkeit dieser Herren, die z. B. als Agrarier grimmige Gegner einer Organisation der Landarbeiter sind und als Christlichsoziale programmmäßig für sie eintreten müssen, ist in der Tat eine ganz erstaunliche.

Zu den Landtags-Nachwahlen in Hannover wird uns von dort geschrieben:

„Die erste Schlacht anläßlich der Landtags-Nachwahlen in Hannover ist geschlagen und hat den Erfolg gehabt, den Kundige bestimmt erwarteten. In Verden-Rotenburg-Zeven ist der Kandidat der Nationalliberalen, Reichstagsabgeordneter Held, mit 132 Stimmen gewählt, während auf seinen konservativen agrarischen Gegner, Landrat von Hammerstein in Zeven, 79 Stimmen entfielen, die größtenteils im Kreise Zeven abgegeben wurden. Die immerhin stattliche Minorität erklärt sich zur Genüge aus der persönlichen Beliebtheit, deren sich der konservative Kandidat bei seinen Kreiseingesessenen erfreut, und bedeutet keineswegs ein Abschwenken größerer Wählermassen ins agrarische Lager.

In Lehe-Geestemünde kandidiert Geheimrat Witting, der frühere Oberbürgermeister von Posen, für die Nationalliberalen. Fehlerhaft war es, daß seine Aufstellung nur von den beiden genannten Städten erfolgte, während das Landgebiet mit annähernd gleicher Zahl von Wahlmännern nicht berücksichtigt wurde. Doch haben seine Kandidatenreden auch in verschiedenen Landgemeinden stark angesprochen. Die Agrarier stellten den Bürgerworthalter Allers in Geestemünde auf, der erklärt haben soll, nach seiner Wahl der nationalliberalen Partei beitreten zu wollen, wozu die nationalliberale Parteileitung allerdings bemerkt, daß der Kandidat der Nationalliberalen einzig Geheimrat Witting sei. Die Freisinnigen der Unterweserstädte haben beschlossen, in den Wahlkampf nicht einzugreifen. Doch werden sie bei den Hauptwahlen im nächsten Jahre jedenfalls mit einer eigenen Landtags-Kandidatur auftreten. Die Sozialdemokraten erzielten 1903 ca. 40 Wahlmännerstimmen, wollen sich aber bei der Nachwahl passiv verhalten. Hier wie in Göttingen-Münden muß das mutmaßliche Wahlergebnis als ungewiß angesehen werden und wird wesentlich von der Stellungnahme der neuen Wahlmänner abhängen, wenn auch nicht zu bezweifeln ist, daß die Persönlichkeit Wittings den liberalen Sieg als sehr wahrscheinlich erscheinen läßt.'

Hierzu möchten wir ergänzend bemerken, daß uns die jetzige Passivität der Freisinnigen ein schwerer Fehler zu sein scheint. Es ist von freisinniger Seite immer mit Recht betont worden, daß es vor allen Dingen darauf ankomme, den linken Flügel der nationalliberalen Partei zu stärken. Hier bewirbt sich nun ein solcher linksliberaler Kandidat, dem noch dazu ein Nationalliberaler von ausgesprochener agrarischer Färbung gegenübersteht, um das Mandat, und die Freisinnigen stehen Gewehr bei Fuß. Das ist nicht nur nicht konsequent, sondern zeugt auch von geringem realpolitischen Verständnis. Wir hoffen, daß die freisinnigen Wähler ein größeres Maß von Einsicht bekunden werden als ihre dortige Wahlkreisleitung und alles daran setzen werden, die Wahl des Geh. Rats Witting zu fördern.

Vermischtes.

Max Liebermann, dem hervorragenden Künstler, der in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag gefeiert hat, widmet der Generaldirektor der Berliner Museen, Geh. Rat Dr. Wilhelm Bode, in der Zeitschrift „Kunst und Künstler" (Jahrg. V., Heft 10) einen Glückwunschartikel, den wir insbesondere der Beachtung antisemitischer und zionistischer Kreise empfehlen; es heißt darin u. a.:

„Was Leibl für Süddeutschland war, wurde Liebermann gleichzeitig für Norddeutschland, und seit jener dahingegangen ist, kann Liebermann der Ruhm als Deutschlands erster Maler füglich nicht mehr streitig gemacht werden. Wir dürfen auch sagen: als einer der deutschesten unter den lebenden Künstlern, mehr als er selber weiß und zugeben will. Sehr mit Unrecht hat man ihn als fremden, als internationalen Künstler abfertigen wollen. Es ist richtig, daß Liebermann von fremder Kunst viel gelernt hat, daß er die künstlerische Form, das Ausdrucksmittel seiner Kunst in Frankreich gefunden hat; das haben aber fast alle tüchtigen Maler Deutschlands seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts getan. Als Fremder konnte Liebermann nur solange erscheinen, als der Impressionismus bei uns unbekannt war; seitdem er die herrschende Kunstform auch in Deutschland geworden ist, nicht am wenigsten gerade durch den Einfluß Liebermanns, kann kein Einsichtiger diesen mehr einen Internationalen, einen Fremdling unter den deutschen Künstlern nennen. Eine nationale Kunst in dem Sinne wie in alter Zeit gibt es freilich heute nicht mehr."

☐ **Die Lage und politische Stellung der Aerzte in Rußland.** Aus einem in der „Münch. Med. Wochenschrift" (20. v. M.) aus Rußland publizierten Berichte läßt sich die Stellung der russischen Regierung zu den Aerzten im Allgemeinen und besonders zu den jüdischen Aerzten ersehen.

Die russische Aerztewelt, heißt es, hat sich stets durch demokratische Weltanschauung vorteilhaft von den anderen Kreisen der russischen Intelligenz unterschieden. Nicht zum geringsten Teil ist das darauf zurückzuführen, daß die russische medizinische Welt viele fremdländische Elemente, besonders Hebräer beherbergt, die in der wenig organisierten Masse, dank ihrem geistigen Uebergewicht die politische

Stimmung der ganzen Aerztewelt beeinflußen. Dieser Umstand läßt die russische Regierung in jedem Arzt eine staatsgefährliche Person erblicken, die nicht aus den Augen der Polizei gelassen werden darf.

Begreiflich ist es daher, daß alles Mögliche von der Regierung daran gesetzt wird, um medizinische Kongresse zu vereiteln. — Der 10. altrussische Pirogow-Aerzte-Kongreß tagte in Moskau vom 7./14. Mai cr. und das Schicksal hat es gefügt, daß zur selben Zeit das sogen. „schwarze Hundert“ die Vertreter der äußersten Reaktion, an derselben Stelle ihren 4. Kongreß abhielten. Zusammenstöße dieser zwei feindlichen Lager konnten mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit erwartet werden, um so mehr, als noch lange vor Eröffnung des Kongresses in der russischen Presse eine förmliche Hetzjagd gegen die Mediziner, insbesondere solcher jüdischer Herkunft, inszeniert worden war.

Wider Erwarten ist aber alles ruhig verlaufen. Der Aerzte-Kongreß konnte ohne besondere Zwischenfälle zu Ende geführt werden und das „schwarze Hundert“, das statt der Tausende von Mitgliedern, die zum Kongresse erwartet wurden, nur einige hundert Analphabeten versammelt hatte, war überall dem Spott der Bevölkerung preisgegeben.

Der „deutsche Liberalismus“ in Rußland ist eine ganz seltsame Erscheinung, wie schon die eigenartige politische Haltung der „St. Petersburger Ztg.“ erkennen läßt. Für die Kriegs- und Feldgerichte ist sie z. B. auf das Lebhafteste eingetreten, sie hat sie geradezu als das einzige Heilmittel gegen alles Uebel im Lande angepriesen. Den Staatsstreich am 3./16. Juni hat sie mit Genugtuung begrüßt. Ebenso ist ihre Haltung in der Judenfrage eine durchaus reaktionäre.

Die „St. Petersburger Zeitung“ versicherte damals, daß sie in Fragen des Rechts keine Unterschiede kenne und für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten eintrete, der Juden nicht ausgeschlossen. — Bekanntlich steht aber die „St. Petersburger Ztg.“, wie der „Königsberger Hartungschen Ztg.“ geschrieben wird, zu der deutschen Gruppe des Verbandes des 17. Oktober. Es ist deshalb befremdend, daß die „St. Petersburger Zeitung“ zu folgender, höchst eigenortiger Resolution der deutschen Gruppe des Verbandes des 17. Oktober gar keine Stellung genommen hat. Die Resolution lautet:

„Gemäß den Anschauungen, welche als Basis für den Aufruf des Verbandes dienten, kann die Judenfrage nur bei einer völligen Gleichberechtigung der Juden mit den anderen Bürgern gelöst werden.“

Also recht liberal, — Aber hören wir den Schluß:

„Entsprechende Reformen können jedoch in vollem Umfange nicht sofort verwirklicht werden, ohne den Interessen der russischen, ebenso wie der jüdischen Bevölkerung Schaden zu tun. Es ist notwendig, diese Reformen allmählich im Verhältnis zum Wachsen der kulturellennnd ökonomischen Entwickelung des russischen Volkes durchzuführen. Eine sofortige Gleichstellung der Juden würde einerseits nur feindliche Gefühle gegenüber der jüdischen Bevölkerung hervorrufen, andererseits würde das russische Volk ohne Beseitigung seiner ökonomischen Lage nicht imstande sein, mit den Juden zu konkurrieren. Als Hauptbedingung für die Durchführung dieser Reformen betrachten wir die Abschaffung aller jüdischen Organisationen, welche gegen die Christen gerichtet sind (!!).“

Es ist schade, daß die deutsche Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober mit ihrer liberalen Färbung sich nicht der Mühe unterzieht, „diese Organisationen, welche gegen die Christen gerichtet sind,“ zu nennen. Solche dunklen Worte sind nur geeignet, den unbefangenen Leser irrezuführen und in ihm den Verdacht zu erregen, daß die „deutsche Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober“ eine leise Hindeutung auf den Ritualmord zu machen versucht. Mir ist es nicht zweifelhaft, daß die echt russischen Leute zu Minsk, die in manchen technischen Wahlfragen den Oktobristen sehr nahe stehen, diese geheimnisvollen Worte in obigem Sinne deuten werden. — Die deutsche Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober würde deshalb in ihrem eigenen Interesse gut daran tun, einen unzweideutigen Kommentar zu ihrer geheimnisvollen Resolution zu erlassen. — Die in dieser Resolution zum Ausdruck gelangenden Anschauungen sind die gleichen, welche unter der Regierung Alexanders III. gegen die Deutschen herrschten. Es wäre deshalb gerade der deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober zu raten, recht vorsichtig mit solch haltlosen Argumenten zu sein. — Daß die Gleichberechtigung der Juden nur feindselige Gefühle gegen sie hervorrufen werde, ist auch ein altes verbrauchtes Argument, das bei den grausamen Maipunkten im Anfang der 80er Jahre des verflossenen Jahrhunderts eine Rolle spielte.

Zu dem 40jährigen Amtsjubiläum des Rabbiners Dr. Stein in Worms gingen von dem Großherz. Kreisrat und dem Oberbürgermeister Glückwunschschreiben ein; die evangelische Geistlichkeit gratulierte teils schriftlich, teils persönlich. Der Reichstags-Abgeordnete Freiherr von Heyl sandte außer einem prächtigen Blumen-Arrangement ein herzliches Telegramm. Recht gefühlswarme Worte sprach der katholische Geistliche, Herr Wiedemann.

Ueber die Juden von Marokko veröffentlicht der bekannte Reiseschriftsteller Ernst von Hesse-Wartegg in der „Köln. Volksztg.“ ein Essai, dem wir das Folgende entnehmen:

„Von den Juden, die im Jahre 1492 aus Spanien, dier Jahre später auch aus Portugal vertrieben worden sind, haben jene, welche sich nach dem benachbarten Marokko wandten, ihr Gelobtes Land keineswegs gefunden. Vier Jahrhunderte schon schmachten sie unter der despotischen Herrschaft der Sultane, wie unter dem tödlichem Haß und der Verachtung der Marokkaner, allen möglichen Beschränkungen und Bedrückungen ausgesetzt. Die letzten Ereignisse in Casablanca haben gezeigt, daß die Marokkaner auch heute noch die Juden als erstenn willkommenste Opfer ausersehen, ihre Wohnungen zerstören, sie ihrer Habe, ihrer Frauen berauben und kalten Blutes niedermetzeln. Gewiß hätten sie im Laufe der Zeit schon viele dem marokkanischen Joch entzogen, wenn sie nur könnten. Die Marokkaner lassen sie nicht fort. Sie wissen sehr wohl, daß bei ihrer eigenen Indolenz Handel und Wandel ihres großen Landes dahingingen, wenn die Juden nicht mehr vorhanden wären, und so behandeln sie dieselben geradezu wie Gefangene. Bis in die jüngste Zeit durften Frauen Marokko überhaupt nicht verlassen, Männer nur dann, wenn sie ihre Familien gewissermaßen als Geiseln zurückließen. . .

Früher in krasser Unwissenheit und ohne jede Schulbildung aufwachsend, haben sie heute dank der Alliance Israélite in Tanger zwei vortreffliche Schulen für beiderlei Geschlechter mit ungefähr 100 Kindern. Hier werden sie natürlich auch im Französischen unterrichtet. Viele lernen privatim dazu noch Englisch, und da sie von Kindheit auf durch den Verkehr mit Mauren das Arabische beherrschen, bilden sie geradezu unentbehrliche Vermittler zwischen den Arabern und Europäern. Sogar die Regierung bedient sich ihrer dazu mit Vorliebe. Die Eintreibung der Steuern wird gerne an sie verpachtet, und so manche Regierungsgeschäfte fallen in ihre Hände. In den europäischen Postämtern sind sie geschickte, fleißige, ehrliche Beamte, im Geschäftsleben die rührigsten Bankiers, und die reichen Mauren bedienen sich ihrer als Strohmänner oder zur Verwertung ihrer Reichtümer, denn sie wissen sehr wohl, daß sie selbst damit nicht unter die Augen der Regierenden kommen dürfen, soll ihnen nicht alles wieder verloren gehen. In Tanger bilden die Juden jedenfalls den tatkräftigsten, wohlhabendsten und interessantesten Teil der Einwohnerschaft.

Antisemitische Bade- und Kurorte. Ueber das Nordseebad Wangeroog wird von einem Herren, der 4 Wochen dort geweilt hat, mitgeteilt, daß er nicht mehr das geringste von antisemitischen Aeußerungen wahrgenommen hat. Er versichert im Gegenteil, daß die Juden, die dort zur Kur weilen, sich sehr wohl fühlen, und keinerlei Belästigungen ausgesetzt sind.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 38. Berlin, 18. September 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Beleih des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Fenolt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die „Kreuzzeitung" über Juden und Judenfrage.

Die „Kreuzzeitung" beschäftigt sich in ihrer dieswöchigen Rundschau über die innere Politik eingehender mit den Juden, als diese erwarten können, zumal wenn sie die politische Bescheidenheit kultivieren, die nach Ansicht der „Kreuzzeitung" den Juden als einem „Gastvolk" geziemt. In ihrem Artikel wirft die „Kreuzzeitung" mit Behauptungen um sich, an denen nichts so sehr imponiert, wie die Sicherheit, während es mit der Richtigkeit genau so hapert, wie bei Unkel Bräsigs Leistungen im Rechnen.

Die Behauptung, daß die Juden ein „Gastvolk" seien, „das nicht in der deutschen Nation aufgehen will noch kann", ist eine Lüge. Denn tatsächlich wollen die weitaus meisten Juden Deutsche sein und sie haben Beweise geliefert, daß sie es auch sein können. Gleich die erste Behauptung in dem Artikel ist durchaus unrichtig. Es ist nicht wahr, daß die Börsengesetzreform „die erste und dringendste Forderung des Freisinns, wenigstens des preußischen, an die Blockpolitik" ist. Die erste und dringendste freisinnige Forderung ist eine Reform des Landtagswahlrechts. Die „Kreuzzeitung" will da mit ihrer Behauptung sagen, daß der Freisinn im Interesse der Juden in erster Reihe die Börsengesetzreform verlange. In Wirklichkeit sind alle Börsenkenner, sogar die Regierung längst zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Reform des Börsengesetzes im Interesse der Gesamtheit liege. Noch ehe von einem Block die Rede war, hat die Regierung erkennen müssen, daß es mit dem von den Agrariern ausgeheckten Börsengesetz nicht weiter gehen könne, daß wenigstens einige der absurdesten Bestimmungen ausgemerzt werden müssen. Das Interesse der Juden hat da nicht mitgesprochen, brauchte es auch nicht.

Nicht ohne Interesse ist die Behauptung der „Kreuzzeitung", daß „die politischen Talente unter den Juden sehr selten" seien. Es gibt über die Häufigkeit oder Seltenheit politischer und auch anderer Talente keine Statistik. Wenn man aber schon mit der Statistik das Blaue vom Himmel herunter behaupten kann, dann kann man sich denken, was alles ohne Statistik behauptet werden kann. Wir behaupten nicht, daß die politischen Talente bei den Juden sehr häufig seien, obwohl wir die Häufigkeit eher beweisen könnten, als die „Kreuzzeitung" die Seltenheit. Seltsam nur ist, daß das Hauptorgan derjenigen Partei, deren Begründer ein — Jude war, allerdings ein getaufter — aber die „Kreuzzeitung" wird sicher nicht behaupten wollen, daß mit der Taufe der politische Geist in dem Täufling erwache — eine solche Behauptung aufstellt. Die „Kreuzzeitung" hat sich auch seit ihrem Bestehen nicht wenig mit jüdischen politischen Talenten herumzuärgern gehabt. Wir erinnern sie nur an Johann Jacoby, an Lassalle, an Lasker, Bamberger u. A. m. Vielleicht war nicht einmal der geborene Reichstagspräsident Simson oder ist auch der Staatssekretär Dernburg nicht nach ihrem Geschmack. Von Disraeli-Beaconsfield hat die „Kreuzzeitung" wohl auch schon gehört, ebenso von verschiedenen Juden, die in England, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Amerika, Australien als Minister ihrem Vaterlande gedient und sich ausgezeichnet haben.

Das brave fromme Blatt aber begnügt sich nicht mit unrichtigen oder unbeweisbaren Behauptungen, es versteigt sich auch zu Drohungen. Es droht „daß wenn diejenigen bürgerlichen Parteien, zu denen sich das Judentum gewohnheitsmäßig hält, unter der heutigen Konstellation im Reichstage den Ausschlag gäben", die Judenfrage in den parteipolitischen Erörterungen wieder „ein stehendes Thema" werden würde. Wir glauben der „Kreuzztg." sogar, daß die Agrarier und überhaupt die Konservativen diese Drohung wahr machen würden. Denn die ganze Judenfrage war den Tivoliherren nichts weiter als eine Waffe gegen den Kapitalismus. Sie drohen den Freisinnigen, meinen die Juden und ganz besonders das mobile Kapital. Man wird also sehen, ob die Freisinnigen aus Furcht vor der Drohung und im Interesse, d. h. in dem von der „Kreuzzeitung" angenommenen Interesse der Juden sich von der Forderung der Börsengesetzreform abschrecken lassen werden. Wenn die Freisinnigen, unbekümmert um die angedrohte Wiedererweckung der Judenfrage die Börsengesetzreform nicht fallen lassen — und wir sind überzeugt, sie werden es nicht tun — wird da die „Kreuzzeitung" ihr Identifizieren der Juden mit dem Freisinn und des Freisinns mit den Juden fallen lassen?

Es ist rührend, wie die „Kreuzztg." mit einem Male sich der Juden annimmt. Weder sie, sagt sie, noch die Juden können das Wiederaufrühren der Judenfrage wünschen. Es gefällt ihr viel besser „wenn die Juden in der Politik so wenig wie möglich von sich reden machen". Das glauben wir dem Blatte einmal ausnahmsweise auf's Wort. Das Blatt sieht es lieber, wenn Juden auf dem Lande Hasenfelle kaufen und gute Preise dafür zahlen und in den Städten Hosen verkaufen. Leute, die nur solchen Handel treiben, ziemt in der Tat mehr Bescheidenheit, mit welcher, wie die gute „Kreuzztg." mütterlich ermahnt, die Juden „auch viel weiter kommen".

Die „Kreuzztg" geht in ihrer rührenden Besorgnis für die Juden noch viel weiter. Sie meint, „die deutsche Judenheit brauche notwendig eine längere Zeit der äußeren Ruhe zu ihrer eigenen Klärung." Alsdann bekundet sie ihre Sympathie für den Zionismus im allgemeinen und für den Dr. Emil Cohnschen, der ihr in einem noch „idealeren Lichte" erscheint, im besonderen. Wir wollen nun der „Kreuzztg." verraten, daß ihr Interesse für den Zionismus lebhafter zu sein scheint als der der weitaus meisten deutschen Juden. Wir haben die „Kreuzztg." und ihre Gesinnungsgenossen der verschiedenen antisemitischen Gruppen im Verdacht, daß sie den Zionismus nur loben, weil er dazu verwendet werden kann als „Beweis" zu dienen, daß die Juden keine Patrioten seien. Es fragt sich gar sehr, ob die „Kreuzztg." beispielsweise besonders erfreut sein würde, wenn die Juden Hüter des heiligen Grabes wären. Was aber den Vorwurf des mangelnden Patriotismus betrifft, so würden selbst nach der doch nach in weiter Ferne liegenden Begründung eines zionistischen und des in noch weiterer Ferne liegenden zionistischen Staates die in Deutschland zurückbleibenden 99 pCt. Juden nicht um Haaresbreite weniger treue deutsche Patrioten sein wie die 11 Millionen Deutsch-Amerikaner gute Patrioten sind, wenn sie auch in Liebe ihrer alten Heimat gedenken.

Der Zionismus, speziell der Dr. Cohnsche, hat es aber nun einmal der guten „Kreuzztg." angetan. Dieser „schöne Idealismus" gefällt ihr so sehr viel besser als die Art der „Assimilationsjuden". Wie leicht, meint sie, muß man sich mit einem wirklich jüdisch-national empfindenden Juden verständigen können, der frank und frei sich hinstellt: „Ich bin Jude, du bist Deutscher, jeder mache nach seiner Art sich geltend! Die liebe, gute, brave „Kreuzzeitung" meint es doch gar zu gut mit den Juden, besonders mit den jüdisch-national fühlenden Juden. Mit den doch christlichen Polen beispielsweise meint sie es lange nicht so gut. Wehe den Polen, die etwa frank und frei sich hinstellen wollten: „Ich bin Pole, du bist Deutscher —, jeder mache nach seiner Art sich geltend." Fast ist sie von den Juden sogar mehr entzückt als von den Germanen. Den Juden wirft sie nur vor, daß sie ihre Hauptaufgabe darin erblicken, „uns zu imitieren". Den Deutschen wirft sie vor, daß sie „in deutscher Anpassungsfähigkeit leicht diese unechte Art annehmen, in Haltung und Gebärde, in Sprache und Stil, in Kunst und Politik, sogar oft im sittlichen und religiösen Denken". Hat die „Kreuzzeitung" sich recht vorgestellt, was sie sagt? Nach ihr imitieren die modernen Juden schauspielerisch deutsche Art und die Deutschen nehmen die imitierte deutsche Art an, d. h. sie ahmen sich selbst nach. Wozu der Umweg? Warum sollten die Deutschen das imitierte Germanentum nachahmen, wenn sie das echte doch schon haben? Vermutlich hat die „Kreuzzeitung" in ihrer Schwärmerei für Dr. Cohn und seinen Zionismus selbst nicht mehr so recht gewußt, was sie denkt und schreibt. Sie war verliebt, und da war nur er „der Herrlichste von allen", und über ihn hat sie ganz ihr bischen Verstand verloren.

Nachträge zum Parteitage der Deutschsozialen.

Obwohl die Partei des Herrn Liebermann v. Sonnenberg sich neuerdings mit Vorliebe mehr als wirtschaftliche Partei geriert und sich als Kerntruppe der „Wirtschaftlichen Vereinigung" bezeichnet, ist doch auch der Antisemitismus auf der Frankfurter Tagung nicht zu kurz gekommen. Auf dem Kommers betonte Oberlehrer Dr. Werner-Gießen noch ausdrücklich die „Wichtigkeit der Judenfrage in unserer deutschsozialen Bewegung" und in dem sachlichen Teil der Verhandlungen waren alle Redner, die an das Referat des Weimarischen Landtagsabg. Frhrn. von Richthofen über „die Reform des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb" anknüpften, darüber einig, daß „gegen das Eindringen des Judentums in die deutsche Rechtsprechung entschieden Front gemacht werden müsse". Herr Schack verstieg sich sogar zu der dreisten Unterstellung, „ein jüdischer Richter würde über unlauteren Wettbewerb doch ganz anders urteilen wie ein deutscher" und ergänzte auf eine, wie es scheint, mißverstandene Auffassung dieser doch sehr deutlichen Ausführungen diese noch wie folgt: Er habe alle Hochachtung vor dem Richterstande, „soweit dessen Vertreter nicht dem Judentum angehören". Darum sei und bleibe der Angelpunkt: Fernhaltung der rassenfremden Juden von dem deutschen Richteramte. Der Vorsitzende, Herr Liebermann von Sonnenberg, war natürlich der gleichen Ansicht: In das innerste Wesen der deutschen Rechtsprechung könne der Jude nicht eindringen; „das Hindernis liege eben im Blut und in der Rasse".

Beim Begrüßungsabend überbrachte Redakteur Obersteiner-Frankfurt die Grüße des Bundes der Landwirte. Der Bund werde, so meinte der Redner, im Verein mit den Deutschsozialen imstande sein, bei der nächsten Reichstagswahl in der dortigen Gegend eine Anzahl Wahlkreise zu erobern und die jetzigen „Waschlappen" hinwegzufegen: „Wir sind stark in der Liebe, aber auch stark im Hassen. Wir hassen alles, was undeutsch ist, und lieben alles, was national ist."

Die Hoffnungen der vereinigten Bündler und Antisemiten, bei den nächsten Wahlen in dem Gebiete des diesjährigen Parteitages einen großen Fischzug zu machen, werden sich allerdings wohl kaum erfüllen, da diese Wahlkreise zum größten Teil sicherer Besitz anderer Parteien sind. Es sei denn, die Abgeordneten der Reformpartei Bindewald (Alsfeld—Lauterbach) und Werner (Hersfeld—Hünefeld) sollten ebenfalls von der „Wirtschaftlichen Vereinigung" bekämpft werden, was wir vorläufig noch nicht glauben. Sonst kämen in diesem Bezirk nur noch die Wahlkreise der Nationalliberalen Graf Oriola (Friedberg—Büdingen) und Haas (Bensheim-Erbach) in Betracht, die aber beide Mitglieder des Bundes der Landwirte sind. Dahingegen ist nicht zu verkennen, daß die Antisemiten aller Schattierungen, die in der „Wirtschaftlichen Vereinigung" organisiert sind, bei der letzten Reichstagswahl ein großes, geschlossenes Gebiet in Mitteldeutschland erobert haben, die Wahlkreise von Stoecker, Burckhardt, Behrens, Liebermann von Sonnenberg, Böhme, Lattmann, Köhler, Raab und Schack, die alle aneinander stoßen und sich gegenseitig festigen.

Es wird Sache der liberalen Parteien sein, sich über ein gemeinschaftliches Vorgehen in diesen Wahlkreisen beizeiten zu verständigen, damit über der Defensive in anderen Wahlkreisen die Offensive auf die antisemitischen Besitzstände nicht vernachlässigt wird.

Der „Hessischen Landesztg." wird zu dem Frankfurter Parteitage noch geschrieben:

„Wie sind wohl die Deutschsozialen auf den Gedanken gekommen, gerade hier in Frankfurt ihren heurigen Parteitag abzuhalten? Wenn sie hofften, hier für ihre krausen antisemitischen Gedankengänge ein besonders empfängliches Feld zu finden, so sehen sie sich empfindlich getäuscht. In unserer Bürgerschaft lebt — ein Erbe aus der alten reichsstädtischen Zeit — noch viel zu viel Sinn für geistige und politische Freiheit, als daß diese unbewußten Handlanger der finstersten Reaktion hier andere als komische Eindrücke erwecken könnten. Wer auf Schritt und Tritt sieht, welche Verdienste sich unsere jüdischen Mitbürger nicht nur um das wirtschaftliche, sondern auch um das geistige und soziale Leben unserer Stadt erworben haben, der hat für die antisemitischen Tiraden jener Herren nur ein Kopfschütteln übrig".

Das Fiasko der „Mittelstands-Vereinigung."

Der politischen Mittelstands-Vereinigung, wie sie von den extremen Zünftlern unter werttätiger Beihilfe des Bundes der Landwirte und der Antisemiten organisiert worden ist, erteilt die „Nordd. Allg. Ztg." in ihrer letzten Wochenschau eine deutliche Absage. Das offiziöse Organ knüpft an die Straßburger Verhandlungen des achten deutschen Handwerks- und Gewerbekammertags, die sich bekanntlich in voriger Woche unmittelbar an die Jahresversammlung der Mittelstands-Vereinigung in Straßburg anschlossen und an die Eisenacher Tagung der deutschen Innungsverbände an und erhofft von einem harmonischen Zusammenwirken beider Organisationen erhebliche praktische Vorteile für das Handwerk. In diesem Zusammenhange führt das Organ der Reichsregierung alsdann weiter aus:

„Die Eisenacher Tagung, zu der Delegierte der Kammern erschienen waren, bot das erfreuliche Bild großer Einmütigkeit unter den Vertretern des Handwerks. Die Klippe erneuter auseinanderstrebender Ziele, welche die Vertreter der Mittelstandspartei leicht in den einhelligen Kurs der Handwerkerbewegung hätten als Hemmnis einstellen können, wurde durch geschicktes Lavieren umschifft. Man darf wohl sagen, daß nach der Haltung der Innungsverbände in Eisenach die Mittelstandsbewegung zwar freundschaftlich behandelt werden wird, aber praktisch für die Handwerkerbewegung gegenstandslos geworden ist. Die Mittelstandsvereinler hatten in Straßburg vor dem Kammertag Versammlungen abgehalten. Ueber die Grenzen freundnachbarlichen Verkehrs wird man die Ergebnisse dieser Versuche der Mittelstandsvereinigung, mit den Handwerkerorganisationen zusammen zu arbeiten, indes nicht einschätzen dürfen. Zu dieser Annäherung der Handwerkerverbände hat nicht zuletzt der Sieg der gemäßigten Richtung beigetragen, welche in dem allgemeinen Befähigungsnachweise für das Handwerk keinen Nutzen erblickt, sondern eher einen Schaden. Die Beschränkung auf den sog. kleinen Befähigungsnachweis ist den Verbänden durch die Reichsregierung freilich erheblich erleichtert worden, welche einen auf seine Schaffung abzielenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Die extremen Zünftler, wie der Abg. Euler, bemühten sich, dieses Entgegenkommen als einen ersten Schritt der Regierung auf dem Wege zum allgemeinen Befähigungsnachweis hinzustellen, sie fanden aber keine Nachfolge, ebensowenig bei dem Bestreben einiger Kammern, den Handwerkskammern in diesen Fragen und darüber hinaus die Befugnisse der unteren Verwaltungsbehörden zu übertragen.

Danach wird also die Regierung wenigstens in der Frage des allgemeinen Befähigungsnachweises der Agitation der extremen Zünftler gegenüber auch in Zukunft einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die Mittelstands-Vereinigung der Herren Rahardt und Küster, die es trotz intensivster Agitation und reichlicher finanzieller Unterstützung aus den Kreisen des Bundes der Landwirte in jahrelanger Werbetätigkeit auf insgesamt noch nicht 3000 Mitglieder gebracht hat, wird wahrscheinlich sehr bald an ihrer inneren Schwäche und tiefgehenden Meinungsdifferenzen zu Grunde gehen. Auf der Straßburger Tagung hat sich, — was die Drahtzieher des Vereins bisher immer sehr entschieden bestritten hatten, — zur Evidenz gezeigt, daß es eben ganz unmöglich ist, alle Schichten des Mittelstandes unter einen Hut zu bringen. In der nationalliberalen „Hildesheimer Allg. Ztg." wird von einem Teilnehmer, der auch den geschlossenen Versammlungen beigewohnt hat, geschrieben:

„Der Vorstand ist augenscheinlich in einer schwierigen Situation, um die widerstreitenden Interessen der beiden Hauptgruppen — Handwerker und Beamte — miteinander in Einklang zu bringen. Bei dem Bericht über die parlamentarischen Verhandlungen traten die verschiedenartigsten Ansichten über die Beamtenfrage zutage."

Es wird alsdann weiter mitgeteilt, daß es wegen der Behandlung der Teuerungslagen in den Parlamenten zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem konservativen Abg. Hammer und dem antisemitischem Abg. Bruhn gekommen sei.

Die Frage der politischen Betätigung der Vereinigung führte ebenfalls zu den heftigsten Kontroversen; über die Beschlußfassung hierüber ist in der Presse ein absichtlich irreführender Bericht verbreitet worden.

Man nahm zwar eine Resolution an, die die Vereinigung als „unpolitische" Organisation charakterisiert, behielt sich aber gleichwohl vor, unter gewissen Umständen doch mit eigenen Kandidaten in die politischen Kämpfe einzugreifen.

Wie wenig aktionsfähig die Mittelstandsvereinigung bei politischen Wahlen wegen der vielfach weitauseinandergehenden Interessen der einzelnen Schichten des Mittelstandes ist, dafür hat sie die Probe auf das Exempel soeben bei den sächsischen Landtagswahlen machen können. Die „Deutsche Reform" des antisemitischen Abg. Zimmermann führt z. B. die Niederlage der Antisemiten und Zünftler darauf zurück, daß sich „in gewerblichen Kreisen eine Abneigung gegen die wachsenden Ansprüche der Beamten" mehre, die in bedauerlicher Weise „zu einer Uneinigkeit, Auseinandersetzung des auf Zusammenschluß aller Glieder angewiesenen Mittelstandes führen kann."

Nicht nur kann, sondern auch tatsächlich führt. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schöneberg bei Berlin zeigt sich genau dieselbe Erscheinung. Die Beamten, die seit Jahren von der Ortsgruppe der Mittelstandsvereinigung in der aufdringlichsten Weise umworben werden, haben sich dieses gleisnerische Liebeswerben sehr energisch verbeten und ziehen gemeinsam mit den Liberalen in den Kampf gegen die Mittelstandsvereinigung und ihre reaktionären Anhängsel.

Der Verband deutscher Hochschulen.

Mit dem krypto-antisemitischen „Verbande deutscher Hochschulen" geht es rasch bergab. Der Verband kommt aus den Krisen nicht heraus. Von den sechzehn Universitäten, die bei seiner Gründung Pate standen, sind ihm nur noch acht treu geblieben. Nur die Hälfte aller deutschen Hochschulen und Akademien haben überhaupt noch zu ihm Beziehung. Dabei muß man bedenken, daß nirgends die Studentenschaft einer Hochschule sich ihm vollzählig verschrieben hat, daß vielmehr überall starke Minoritäten abseits stehen, die von der Ortsgruppe des Verbandes nichts wissen wollen. Es ergibt sich daher das rechnerische Resultat, daß der mit so großem Tamtam vom hannoverschen „Verein deutscher Studenten" ins Leben gerufene Verband selbst nominell nur noch etwa 25 Prozent der deutschen Studentenschaft hinter sich hat. Die einsichtigeren Kreise haben bald eingesehen, daß es sich bei der ganzen Sache im großen und ganzen nur darum handelte, die eigene werte Persönlichkeit der „Herren Gründer" in bengalische Beleuchtung zu setzen. Die Abmeldungen trafen daher bei dem Leiter, Herrn Heile, in Menge ein. Trotzdem hielt man noch im Juli in Nürnberg einen „großen Verbandstag" ab, der freilich recht schwach besucht war und der im Zeichen der Langeweile stand. Bezeichnend ist, daß die Universität Marburg, die im Frühjahr sich dem Verbande angeschlossen hatte, nach dem Genuß dieses Verbandstages sofort ihren Austritt erklärte. Und doch war man sehr konziliant gegeneinander gewesen; ja man war sogar soweit gegangen, den antikonfessionellen Grundsatzungen des Verbandes eine neue Auslegung dahin zu geben, daß man sogenannten „nationalkatholischen" Korporationen die Bruderhand bot.

Die Charlottenburger Studentenschaft hat gegen diesen Systemwechsel allerdings nachträglich noch Protest erhoben. Formal ist dieser Protest freilich ungültig, denn der Nürnberger Beschluß ist rite gefaßt worden. Aber man ist vorsichtig geworden in der Geschäftsführung und will niemanden vor den Kopf stoßen, und so wird denn der Verband zu einer außerordentlichen Tagung nochmals am 15. November zusammentreten. Diesmal hat man sich Eisenach ausgesucht. Auf der außerordentlichen Tagung will man zunächst die „konfessionelle Frage", die den Anlaß zur Einberufung gegeben hat, behandeln, und da man nun gerade mal zusammen ist, wird man auch über die Judenfrage sprechen! — — —

Damit, daß der Verband jetzt auf einmal ohne ersichtliche äußere Veranlassung die Judenfrage zur Diskussion stellt — noch dazu auf einer Sondertagung, die zu einem ganz speziellen Zwecke einberufen ist — tritt die ganze „Entwickelung" des Verbandes in ein ganz neues Stadium. Sollte der antisemitische Pferdefuß, auf den man nach der notorischen Gesinnung der Verbandsgründer schließen mußte, jetzt wirklich zum Vorschein kommen? — Ein Wunder wäre es nicht; die Herren haben mit ihrer wahren Gesinnung lange genug hinter dem Berge gehalten. Vielleicht erhoffen sie größeren Zulauf, wenn sie die schmutzige Fahne des Antisemitismus zum Panier wählen. Der „Frieden von Nürnberg" war mindestens auffällig. Vielleicht läßt man jetzt den ganzen Kampf gegen die katholischen Verbindungen, der als vollkommen gescheitert gelten muß, fallen, und versucht es mit einem Feldzuge gegen die jüdischen Kommilitonen.

Wer kann wissen, was die „Führer" des Verbandes bewegt. Die außerordentliche Tagung mit ihrer Aussprache über die Judenfrage wird ja Aufklärung bringen müssen. — Inzwischen ist noch zu registrieren, daß in diesem Jahre auch die Universitäten Dresden, Bonn und Marburg dem Verbande Valet gesagt haben. Auch Halle ist für ihn verloren, da seine dortige Ortsgruppe der Auflösung verfiel.

Ueber Kriminalstatistik.

(Schluß.)

Seitdem Giese seine tendenziös zusammengestellte Broschüre über die Kriminalstatistik der Juden veröffentlicht hat, gehört es zum antisemitischen Repertoir, von Zeit zu Zeit einige statistische Tabellen zu veröffentlichen und „wissenschaftlich zu beweisen", daß die Juden Teufel in menschlicher Gestalt sind. Denn die „heiligen Zahlen" beweisen ja, daß die Juden bei verschiedenen Delikten ein Plus haben, also muß es an ihrer Rasse, ihrer Religion oder an beiden liegen. Daß sie viel weniger Mörder, Totschläger, Räuber, Diebe und erotische Scheusale als die andere Bevölkerung aufweisen, das liegt natürlich daran, daß sie zu feig oder zu vorsichtig und zu schlau sind. Daß sie aber an Wucher, Bankerott und Urkundenfälschung stärker beteiligt sind, das liegt im Blute, darin zeigt sich ihre echte Natur. Gegen eine solche ebenso dumme wie gemeine Beweisführung läßt sich schwer ankämpfen. Dr. Paul Nathan ist diesen Fälschern der geistigen Nahrung im Jahre 1896 in einer ausgezeichneten Schrift entgegengetreten und hat die statistischen Zahlen vom sozialethischen Standpunkte erklärt. Dr. Blau und unlängst Wassermann haben in vorzüglichen Broschüren den Aberglauben an die jüdischen Rassenverbrechen ad absurdum geführt und in den „Mitteilungen" sind häufig statistische Studien auf diesem Gebiete veröffentlicht worden. Die anständige Presse, auch die des Zentrums, hat diese Schriften gerecht und mit großer Anerkennung beurteilt. Aber — die Antisemiten selber haben sich nicht geändert und heute genau wie vor 20 Jahren geben sie immer die tausendmal widerlegten Behauptungen als Tatsachen aus. Nicht einmal in Kleinigkeiten haben sie jemals ihre falschen Behauptungen berichtigt, wie sollten sie in wichtigen Dingen ihre „großen Wahrheiten" einer Revision unterziehen?

In jüngster Zeit ist auch der Abgeordnete Friedrich Raab unter die Statistiker gegangen, um Waffen gegen die Juden zu schmieden. In einem Artikel in den „Deutschsozialen Blättern", der natürlich mit Wonne auch von der „Staatsbürgerzeitung" und anderen antisemitischen und konservativen Blättern abgedruckt wurde, sucht er den Beweis zu führen, „daß die beiden Völker (Deutsche und Juden) anders geartet sind". Wir wollen gleich anerkennend betonen, daß dieser Artikel — was für einen Mitarbeiter der „Deutschsozialen Blätter" ungemein viel sagen will — in der Form wenigstens nicht so schmutzig und gemein wie sonst ist. Herr Raab will nicht einmal behaupten, daß der Deutsche besser als der Jude ist, er ist nur (nach seiner Ansicht) „anders veranlagt". Wir werden ihm den Beweis liefern, daß auch diese Schlußfolgerung falsch ist. Als Argument führt Herr Raab die Tabellen aller Delikte an, in denen die Juden stärker vertreten sind, und er legt seinen Betrachtungen die amtliche Kriminalstatistik der Jahre 1900 bis 1903 zu Grunde. Diese Delikte hängen aber fast alle mittel- oder unmittelbar mit dem Geschäftsleben zusammen. Nun beweist die Berufszählung vom 14. Juni 1895, daß die Juden auf dem Gebiete des Handels mit 54,56 Prozent vertreten sind, während die andere Bevölkerung nur mit 9,18 Prozent daran teilnimmt, d. h. daß die Juden sechsmal so viel am Handel beteiligt sind als die Christen. Normal wäre es also, wenn die Juden in all diesen Delikten, die aus dem Handel resultieren, sechsmal so viel Bestrafungen aufweisen würden als die Christen. In Wirklichkeit aber erreichen sie diese Höhe fast nie und bleiben in den meisten Rubriken weit unter dieser alleinberechtigten Norm zurück. Sie stehen auch auf diesem Gebiete im Grunde noch viel günstiger da als die anderen Personen.

Es ist ja ganz selbstverständlich, daß man nur jüdische Händler mit christlichen Händlern, jüdische Handwerker mit christlichen Handwerkern vergleichen darf und nicht einfach wahllos Juden mit Christen. Unter hundert Händlern müssen sich viel mehr Bestrafungen wegen Betrug, Urkundenfälschung, Nahrungsmittelfälschung, Bankerott und Wucher finden, als unter Arbeitern oder Bauern, weil hier naturgemäß die Möglichkeit und der Anreiz zum Verbrechen häufiger ist. Da die Juden in ihrer größten Anzahl handeltreibend sind, haben sie mehr Möglichkeit, sich in allen diesen Delikten zu vergehen. Das Gewerbsleben ist es, das hier den wichtigsten Faktor bildet. Die mystische Rasse und die Religion haben mit diesen Dingen absolut nichts zu schaffen. Also sind diese Juden sittlich nicht anders als die andere Bevölkerung Deutschlands, wie Herr Raab meint. Das ganze Gebäude der Folgerungen und Betrachtungen über die Natur der Juden fällt so wie ein Kartenhaus zusammen und übrig bleibt nur die Erkenntnis, daß die Juden Menschen sind wie die anderen auch und daß sie in demselben Maße Sünder aufweisen, wie es der Beruf mit sich bringt, — genau wie die anderen Deutschen auch.

Wem das noch nicht einleuchtet, dem wollen wir das Königreich Sachsen als drastisches Beispiel anführen. Sachsen ist ja das gelobte Land der Antisemiten, wo also sich die reinste Sittlichkeit zeigen müßte. In diesem Lande wohnen noch nicht einmal 15 000 Juden, von einer „Verjudung“ und von einem verderblichen Einfluß der Juden kann hier also wohl nicht die Rede sein. Was zeigt sich aber in diesem Sachsen? Von den 35 Rubriken,*) die für die Juden ungünstig lauten, sind nicht weniger als 18, die in Sachsen bei den Christen genau dieselben Erscheinungen zeigen wie bei den Juden, d. h. daß in Sachsen Bestrafungen wegen dieser Delikte viel häufiger vorkommen als anderswo in Deutschland. Das beruht natürlich nicht auf der verbrecherischen Neigung der Einwohner des Sachsenlandes, sondern darauf, daß in Sachsen die Bevölkerung viel stärker kaufmännisch tätig ist, als in anderen Ländern Deutschlands. Es bleibt auch hier dieselbe Erklärung wie bei den Juden, daß das Geschäftsleben zu gewissen Vergehen und Verbrechen mehr Gelegenheit und Anreiz bietet.

Es ist leider im Rahmen eines Artikel nicht möglich, jede einzelne Rubrik näher zu betrachten und sie gründlich zu beleuchten. Wir wollen uns aber doch wenigstens flüchtig diese Rubriken in der Aufstellung Raabs ansehen. Da sind zunächst Betrug, Urkundenfälschung, Fälschung von Nahrungsmitteln, Münzvergehen, Verletzung fremder Geheimnisse, einfacher und betrügerischer Bankerott, Verletzung von Vorschriften über die Viehseuche, Verletzung der Vorschriften zum Schutze weiblicher und jugendlicher Arbeiter und strafbarer Eigennutz. All diese Delikte hängen unmittelbar mit dem Handel zusammen. Der Privatmann, der Arbeiter, der Bauer, der Gelehrte und Künstler kommt selten in die Lage, diese Verbrechen zu begehen. Wer keinen Kredit beansprucht, der begeht selten Betrug. Wer keine Wechsel ausstellt, kommt nicht in die Versuchung, Wechsel zu fälschen. Wer keine Nahrungsmittel verkauft oder fabriziert, der kann sie auch nicht fälschen. Wer nicht im kaufmännischen Leben steht, nimmt selten falsche Münzen ein und gibt sie daher auch selten weiter. Wer nicht im Handel als Angestellter beteiligt ist, kann keine Geschäftsgeheimnisse verraten, wer kein Viehhändler ist, kann nicht gegen die Vorschriften über Viehseuchen fehlen, und wer keine Verkäuferinnen und Arbeiterinnen, keine Lehrlinge und Laufburschen beschäftigt, kommt nicht in die Lage, sich gegen die betreffenden Vorschriften zu versündigen. Auch der strafbare Eigennutz in der konkreten Gestalt kommt naturgemäß am meisten im Geschäftsleben vor. Bankerott kann nur der machen, der eine Handelsfirma führt und Kredit beansprucht, also wiederum Dinge, die nur in der geschäftlichen Welt vorkommen. Wenn die Juden also hier sechsmal so stark vertreten wären wie die Christen, so wären sie dadurch noch nicht als moralisch inferior zu bezeichnen, sondern das würde dem Maße ihrer Beteiligung am Handel genau entsprechen. Sie erreichen aber selten diese Relativsumme und sind in den meisten dieser Delikte nur zwei- oder dreimal soviel beteiligt, wie die viel weniger handeltreibende christliche Bevölkerung.

Ein Verbrechen, der Wucher, will besonders behandelt werden. Hier sind die Juden allerdings sehr stark vertreten. Nun sind nach der Berufszählung von 1895 die Juden am Geld- und Kredithandel siebenunddreißigmal stärker beteiligt als die Christen, und daß beim Geldhandel der Wucher am leichtesten vorkommen kann, ist begreiflich. Also auch hier bleiben sie trotz der an sich hohen Ziffer weit hinter der Summe zurück, die dem Berufe entsprechen würde. Aber die berufliche Beschäftigung allein würde vielleicht noch keine genügende Erklärung bieten. Man muß aber bedenken, daß die Juden im Mittelalter zu verschiedenen Zeiten fast ausschließlich Geldverleiher waren, daß sie oft durch den Staat und die Gesellschaft zum Wucher gedrängt worden sind. Dieses Uebel, das noch vom Ghetto her resultiert, ist noch nicht ganz ausgerottet worden, aber es ist in stieter Abnahme begriffen und die Statistik zeigt hier eine ständige Besserung. Vor einigen Monaten brachten wir einen Artikel unter dem Titel „Der Wucher in antisemitischer Beleuchtung“ und suchten nachzuweisen, wie unsinnig es ist, den Wucher als spezifisch jüdische Einfindung darzustellen. Der „Gelehrte“ der „Deutschsozialen Blätter“ erwidert darauf sehr geistvoll, die Juden brauchten den Wucher nicht mehr zu erfinden, weil sie bereits zur Welt als Wucherer gekommen sind. Es wird nun die Aufgabe unserer Naturforscher sein, den Wucherbazillus im jüdischen Blute zu entdecken und ein Serum dagegen zu erfinden. Auf unseren Hinweis, daß der Wucher auch da blüht, wo gar keine Juden wohnen, fragt der geistreiche Herr: „Kann der Verfasser mir ein solches Land nennen?“ Nun, wir wollen gleich einige Zahlen anführen. In ganz Spanien leben 2500 Juden, also kommt ein Jude auf 10 000 Spanier, in Portugal befinden sich nur 1200 Juden, in Norwegen 642. Im Innern Rußlands gibt es ganze Provinzen, in denen sich kaum ein paar Dutzend Juden befinden. Bei Spanien und Portugal muß noch hervorgehoben werden, daß da bis vor einigen Jahren gar keine Juden lebten. Existiert nun in all diesen Ländern gar kein Wucher? Vielleicht ist unser Soziologe so freundlich, diese Frage zu untersuchen. Wir wollen und können uns mit „wissenschaftlichen Forschern“ von diesem Schlage nicht auseinandersetzen, möchten aber nur zeigen, wie diese Herren geistig kämpfen.

Eine zweite Gruppe dieser für die Juden ungünstigen Delikte hängt wenigstens mittelbar mit dem Handel zusammen. Es sind dies: Aergernis durch unzüchtige Handlungen und Verbreitung unzüchtiger Schriften, Bestechung von Beamten, Hehlerei und Vergehen in Bezug auf das geistige Eigentum. Die Verbreitung von unzüchtigen Schriften ist ein Vergehen, an dem Drucker und Buchhändler naturgemäß am meisten beteiligt sind. Diese Berufe sind aber unter den Juden stark verbreitet. Die Bestechung von Beamten wird auch meistens zu dem Zwecke versucht, um einen geschäftlichen Vorteil zu ziehen oder um einer Bestrafung wegen Vergehen im Geschäfte zu entgehen. Also ist es begreiflich, daß die Juden, von denen mehr als die Hälfte Kaufleute sind, bei diesen Delikten stärker vertreten sind. Hehlerei hängt häufig mit dem Handel von alten Kleidern und alten Metallen zusammen, also wiederum mit einem Berufe, von dem viele Juden leben. Herr Raab vergißt aber in seiner Ehrlichkeit anzuführen, daß die Juden sowohl bei gewöhnlicher wie bei gewerbsmäßiger Hehlerei besser als die Christen wegkommen, und nur bei Hehlerei im Rückfall etwas schlechter dastehen. Die Zahl ist auch an sich sehr gering (sechs), sodaß Schlüsse nicht ganz zulässig erscheinen. Vergehen in Bezug auf das geistige Eigentum knüpft sich an den Beruf der Verleger, Journalisten und Schriftsteller, der unter den Juden sehr häufig vorkommt. Also ist auch hier die Erklärung leicht gegeben.

Etwas schwieriger schon ist es zu begreifen, daß die Juden bei Verletzung der Wehrpflicht, bei Vergehen gegen die Religion und bei der Kuppelei stärker vertreten sind. Die häufige Verletzung der Wehrpflicht wird wohl damit zusammenhängen, daß die Juden häufiger nach anderen Ländern auswandern. Auch der Umstand, daß die Juden im Heere sich oft allerlei Chikanen wegen ihrer Religion gefallen lassen müssen, mag manchen vor dem Dienste zurückschrecken lassen. Die Vergehen gegen die Religion dürften am meisten in den kleinen ungebildeten Gemeinden vorkommen, wo in der Synagoge Streitigkeiten wegen der

*) Wir stützen uns hier auf die Ausführungen Dr. Nathans in seiner Schrift „Die Kriminalität der Juden in Deutschland“, Berlin, 1896, und unsere Angaben beziehen sich auf die Zeit 1882—1892.

lächerlichsten Dinge entstehen und zur Anzeige gebracht werden. Da die jüdische Religion in den meisten Ländern Deutschlands einer jeden staatlichen Organisation entbehrt, so ist es natürlich, daß hier die Disziplin im Gotteshause nicht streng genug ist und daß daher Vergehen wegen Störung des Gottesdienstes vorkommen. Wo das Vergehen gegen die Religion durch die Presse oder in der Literatur geschieht, ist diese Erscheinung dadurch zu erklären, daß die Juden als Journalisten und Schriftsteller sehr stark vertreten sind. Eine auffallende Erscheinung ist die starke Vertretung der Juden bei der Kuppelei (193 statt 143). Der Umstand, daß dieses Verbrechen hauptsächlich in den großen Städten vorkommt, wo die Juden oft einen großen Prozentsatz bilden, darf nicht außer Acht gelassen werden. Uebrigens ist hier die Differenz nicht gar zu groß und in einzelnen Großstädten wie z. B. Berlin und Hamburg, sind die Juden an diesen Verbrechen weniger beteiligt, als es ihrem Prozentsatze innerhalb der Bevölkerung entsprechen würde.

Eigentümlich ist es, daß Herr Raab, der die Nathan'sche Schrift in seinem Artikel so oft zitiert, sich nur die Zahlen, aber nicht die Erläuterungen in dieser Schrift angesehen hat. Herr Raab gibt auch offen zu, daß ihm die Nathan'sche Schrift nur darum angenehm war, weil sie ihm viel Arbeit erspart, in den amtlichen Statistiken die betreffenden Tabellen herauszufinden. Daß er sie aber auch zu benützen soll, wo sie ihm unbequem sind, das kann man von einem Antisemiten nicht verlangen. Von einer komischen Auffassung dieses Herrn zeugt auch die wunderliche Behauptung, daß das statistische Werk seitens der Abwehrorganisation darum nicht fortgesetzt worden ist, um es den Antisemiten nicht leicht zu machen. Jede anständige Abwehrschrift kann sich nur an anständige Menschen wenden, an solche, die die Wahrheit erkennen wollen. Die Abwehr war nie so naiv, daran zu glauben, daß die berufsmäßigen Antisemiten zu bekehren sind. Wenn diese Schriftsteller Mißbrauch mit der Bibel und mit jedem wissenschaftlichen Werke treiben, so können wir's nicht vermeiden, daß sie in unehrlicher Weise das aus unseren Schriften entnehmen, was ihnen paßt, und das andere feige unterschlagen.

Herr Raab besitzt eine Virtuosität darin, jede Tatsache zu verdrehen und aus ihr Kapital für den Antisemitismus zu schlagen. Er zitiert die Tatsache, daß von den wegen Betrugs angeklagten Juden 50 Prozent, von den Christen dagegen nur 20 Prozent freigesprochen werden. Aus dieser Tatsache schließt er mit dem antisemitischen Staatsanwalt Kobligk in Breslau, daß die Juden hier nach einem bestimmten Plane arbeiten und vom Richter schwerer zu fassen sind. Tatsächlich aber liegt die Sache so, daß infolge der antisemitischen Strömungen die Anzeigen gegen die Juden viel leichter erfolgen wie gegen Christen. Jeder jüdische Kaufmann macht oft die Erfahrung, daß, wenn er energisch seinen antisemitisch angehauchten Kunden um die Rückstände mahnt, oft die Drohung folgt, man werde ihn wegen Betrugs bei der Staatsanwaltschaft denunzieren. Es ist daher natürlich, daß sie dann häufiger freigesprochen werden müssen, weil oft nichts als eine vage Vermutung gegen sie vorliegt.

Falsch ist auch die Schlußfolgerung, daß die Juden ängstlich und ohne Mut sind und daher bei den schweren Verbrechen schwächer beteiligt sind. Es ist schon oft angeführt worden, daß die Juden bei Vergehen wegen Zweikampfes fünfmal stärker vertreten sind als die Christen. Das ist doch gewiß kein Beweis für ihre Feigheit. Der eigentliche Grund dafür, daß sie weniger Mörder, Totschläger und Räuber aufweisen, ist ihre Mäßigkeit im Trinken, ihr engeres Familienleben und ihre bessere Durchschnittsbildung.

Was bleibt nun von all den Behauptungen Raabs als wahr übrig? Nichts! Es zeigt sich für den ehrlichen Forscher, daß die Juden wohl auf der einen Seite ein Plus, auf der anderen Seite ein Minus in der Kriminalität haben, daß diese Erscheinung aber ihre natürliche Erklärung hat und daß sie vor allem mit Religion und Rasse absolut nichts zu schaffen hat. Für denjenigen, der die Welt ohne antisemitische Brille sieht, ist es klar, daß die Statistik gar kein anderes Resultat hätte bringen können.

Wir waren in diesem Artikel viel ausführlicher, als es ursprünglich in unserer Absicht lag, und doch war es uns nicht möglich all die Unehrlichkeiten und Schiefheiten unseres antisemitischen „Volksaufklärers" zu beleuchten. Man beweist auch damit nichts neues, wenn man zeigt, wie jämmerlich die Kampfesweise dieser Helden ist. Das höchste Ziel unserer Antisemiten ist, eine Scheidewand zwischen den jüdischen und christlichen Deutschen zu errichten, weil, wie sie behaupten, eine innere Kluft zwischen diesen beiden Elementen herrscht, die nicht überbrückt werden könne. Die Wissenschaft dagegen zeigt uns, daß nicht nur das soziale Leben Juden und Christen in Deutschland zusammenführt, sondern auch daß sie durch kulturelle und sittliche Bande aneinander geknüpft sind und daß die Welt- und Lebensanschauung bei beiden Gruppen dieselbe ist. Der Freund des deutschen Volkes und der deutschen Kultur kann daraus nur die eine Konsequenz ziehen, daß es bitter not tut, den gemeinsamen gefährlichen Kulturfeind, den Klassen- und Rassenhaß, mit allen Mitteln des Geistes zu bekämpfen, um die deutsche Zukunft im Sinne Lessings und Goethes und im Geiste des modernen Fortschrittes zu fördern.

Aus dem antisemitischen Lager.

Liebermänner und Zimmermänner. Als Antwort auf die Kriegserklärung, die die antisemitische Deutsche Reformpartei in Hessen der deutschsozialen „Bruderpartei" des Herrn Liebermann von Sonnenberg durch die Gründung eines neuen Wochenblattes „Der Reichsherold" hat zugehen lassen, der ganz in dem hanebüchenen Stile der verflossenen „Hess. Rundschau" gegen die Liebermänner polemisiert, hat die „Wirtschaftliche Vereinigung" in Kassel, hinter der natürlich die Deutschsozialen stehen, sich ebenfalls zur Herausgabe eines eigenen vom 1. Oktober ab erscheinenden Organs, das den Namen „Der Beobachter" führen wird, entschlossen.

Das wird also wieder ein erbauliches Preßgezänk werden. Wie steht es denn übrigens mit der Beleidigungsklage des Herrn Liebermann von Sonnenberg gegen den Redakteur der selig entschlafenen und jetzt in dem „Reichsherold" wieder neuerstandenen „Hess. Rundschau"? Herr Liebermann von Sonnenburg hat, wie erinnerlich, als die „Hess. Rundschau" ihn höhnisch daran erinnerte, wenige Tage vor Schluß der Reichstagssession erklärt, daß er die Klage eingereicht habe. Jetzt sind schon wieder Monate verstrichen, ohne daß man etwas Weiteres gehört hätte. Haben sich die Herren etwa, um den öffentlichen Eklat zu vermeiden und weil ihnen vor der schmutzigen Wäsche, die da enthüllt werden könnte, selber graute, privatim „miteinander verglichen", wie es die Herren Bruhn und Plack-Podgorski, Hans von Mosch und die „Deutsche Hochwacht" ebenfalls getan haben, die vor wenigen Monaten grimmig übereinander herfielen, diverse Beleidigungsklagen ankündigten und die seither ebenfalls mit keiner Silbe mehr die heikle Affäre berührt haben?

Als Stilprobe des „Reichsherold“, der sich besonders den Abg. Lattmann aufs Korn genommen hat, sei hier nur folgendes „Willkommen“ zum Wiesbadener Parteitag der Deutschsozialen wiedergegeben:

„Die ganze Geschichte wird sich damit abwickeln, daß die großen Helden sich gegenseitig kräftig loben und mit ihren Erfolgen, die nur sie selbst kennen, den uneingeweihten Parteitag-Besuchern die Ohren voll blasen.“

Das Blatt hat übrigens seine erste Aktion gegen die deutschsozialen Antisemiten damit eingeleitet, daß der Herausgeber, ein Herr Wallbach aus Kassel, den Abg. Lattmann, der, wie übrigens alle Antisemiten politische Agitation gern in sogenannten intimen „Nachsitzungen“ treibt, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz denunziert und seine Bestrafung erzielt hat. Die Stettiner „Deutsche Hochwacht“ ist hierüber wie über die ganze Art, wie das Blatt die Deutschsozialen „anpöbele“, sehr ergrimmt und „angeekelt“ und möchte nur die eine Frage von der zuständigen Stelle beantwortet wissen, „ob die Deutsche Reformpartei dieses wunderbare Blatt als Parteiorgan anerkennt! Wie steht das?“ Ob die Reformpartei diese Frage wohl beantworten wird?

Die Memorien des Fürsten Urussow. Der frühere Gouverneur, der sich, wie erinnerlich, in der zweiten Duma nicht gescheut hat, die geheimen Verbindungsfäden zwischen der schwarzen „Hundert“ und den einflußreichen Regierungskreisen und die aktive Mitschuld der Regierung an den blutigen Progroms von Kischinew schonungslos aufzudecken, hat jetzt Erinnerungen aus seiner Gouverneurzeit herauszugeben, die das Intriguenteil der leitenden Kreise grell beleuchten.

Nach dem Progrome von Kischinew, wo Amerika sich durch eine Deputation wegen der scheußlichen Verbrechen an einer unschuldigen Bevölkerung an den Zaren melden wollte, da erdachte Plehwe ein geschicktes Mittel, um sich vor Europa reinzuwaschen: Er ernannte den Fürsten Urussow, der von jeher als biederer und ehrlicher Charakter galt, zum Gouverneur von Kischinew. Plehwe hoffte, aus diesem wahrheitsliebenden Edelmann, der bei dem Antritt seiner Amtstätigkeit, wie Urussow selbst gesteht, über die Judenfrage wenig unterrichtet war, mit der Zeit einen russischtüchtigen Beamten im vollsten Sinne des Wortes zu machen. Die letzten Worte, welche Plehwe Urussow vor seiner Abfahrt nach Kischinew sagte, waren: „Handeln Sie, wie Sie es verstehen, die Hauptsache ist nur, daß Sie gute Resultate erzielen. Eins aber sage ich Ihnen beim Abschied, bitte weniger Reden und weniger sentimentale Judenfreundschaft.“ — Plehwe dachte in Urussow, wie in dem damaligen Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin, typisch-russische Beamte mit einer liberalen Färbung zu finden. Plehwe hat sich getäuscht. Fürst Urussow ist durch seine kurze Anwesenheit in Kischinew und durch seinen Verkehr mit den Juden ein „Judophil“ geworden. Der Fürst erklärt: „Für mich selbst nahm die Judenfrage eine klare Gestalt an, seit der Zeit, als ich diese Frage vom Standpunkte der moralischen Forderungen und Interessen des russischen Volkes betrachtete. Ich will versuchen, in kurzen Zügen meine Gedanken zu erläutern. Einer meiner nächsten Mitarbeiter in Bessarabien, der älteste Rat der Gouvernementsverwaltung v. P., ein Mann von gutmütigem Charakter, liebte immer zu erzählen von seiner Gewandtheit, die er im polizeilichen Dienste bekundete. Vor 20 Jahren war ich genötigt, der Hinrichtung eines Juden beizuwohnen. Der Verurteilte hing die nötige Minutenzahl am Galgen und wurde dann heruntergenommen, als der Arzt den Tod feststellte. Es erwies sich, daß man vergessen hatte, den langen, dichten Bart des Juden abzurasieren. Infolgedessen hatte die Schlinge nur eine Ohnmacht, nicht aber den Tod verursacht. „Stellen Sie sich meine Lage vor“, erzählte mir P., „als der Arzt mir sagte, daß der Jude (Shid),* nach fünf Minuten erwachte. Wie verfahren? Ein zweites Mal ihn aufhängen hielt ich für unbequem, andererseits mußte die Todesstrafe vollstreckt werden. „Was taten Sie?“ fragte ich, und erhielt die mir denkwürdige Antwort: „Ich befahl ihn schnell zu begraben, ehe er erwachte.“ — P. gestand, daß er einen Christen nicht lebendig begraben hätte, während ein ähnlicher Fall mit einem Juden ihn nicht in Verlegenheit setzte. Er war davon überzeugt, daß er gescheit und geschickt habe. Ein anderer charakteristischer Fall ereignete sich in Moskau. Eine junge Jüdin wollte Kurse besuchen, aber sie mußte die Stadt verlassen, weil sie kein Wohnrecht hatte. In ihrer Verzweiflung griff das junge Mädchen zu einer List und nahm den Schein für das Treiben desjenigen Gewerbes, durch welches junge Jüdinnen das Wohnrecht überall erlangen. Aber das Auge der Polizei wachte: man unterwarf sie einer medizinischen Begutachtung, welche erwies, daß sie ihr Gewerbe nicht betrieb, und schickte sie dann endgültig nach ihrer Heimat zurück — Bei diesen beiden Geschehnissen erschütterte mich weniger das Schicksal der Opfer, als jener geistige Prozeß, durch welchen unsere mittleren Beamten sich die Gewohnheit aneignen, für den rechtlosen Juden besondere moralische Normen zu gebrauchen. Meiner Ansicht nach ist es nicht sowohl für die Juden, wie für Rußland selbst die Abstumpfung des moralischen Gefühls von Schaden, welche sich bei dem Vollstrecken der Judengesetze ausgebildet hat und welche unbedingt als Merkmal eines zuverlässigen und treuen Untertanen dient. — Fürst Urussow fragt dann zuletzt: „ob die Haltung der russischen Offiziere und Soldaten während der jüdischen Progrome der Würde der russischen Armee entspreche? Ist es nicht eine Entartung christlichen Geistes, wenn die kirchliche Obrigkeit jene barbarische Predigt des Hasses gegen die Juden nur deswegen auf der Kanzel gestattet, weil die Zivilgewalt die Juden außerhalb des Gesetzes gestellt hat? Deshalb schrecke ich nicht im mindesten vor der Anerkennung der Gleichberechtigung der Juden zurück. Ich sehe darin nur ein Mittel, uns von den demoralisierenden Kampfesmitteln gegen die Juden zu befreien. Wenn es auch nötig ist, dem jüdischen Einflusse Widerstand zu leisten, so möge doch dieser Kampf bei einer friedlichen Entwicklung der Kräfte stattfinden. Ich bin überzeugt, daß das russische Volk dabei weder seiner materiellen Güter, noch seines geistigen Reichtums verlustig gehen wird.“

Vermischtes.

Die Frage der Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf den Parteitag der Freisinnigen Volkspartei. Auf der Tagesordnung des Parteitags der Freisinnigen Volkspartei stand auch folgender Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan:

„Der Parteitag erachtet es im Interesse des Gemeinwohls für unerläßlich, daß baldigst volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung Verwirklichung findet und daß sonst geeignete Elemente nicht mehr wegen irgend welcher Unterschiede des Glaubens oder der Geburt von Aemtern der Reichs- und Staatsverwaltung, vom Sanitäts- oder Offizierkorps ausgeschlossen oder bei Beförderung im Reichs- oder Staatsdienst zurückgesetzt werden.“

Der Abgeordnete führte zur Begründung seines Antrages aus:

*) Shid Jude ist ein Schimpfname, während die richtige Bezeichnung für Jude in russisch „Jewrei“ ist.

„Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich.“ Der Reichskanzler und der Kriegsminister sind ja vorurteilsfreier als alle ihre Vorgänger. Aber stärker als sie ist die Bureaukratie. Die gegenwärtigen Verhältnisse stehen im schreienden Widerspruch mit dem, was uns gewährleistet ist. Unter den kommandierenden Generalen befinden sich nur zwei bürgerliche. Von den Botschaftern und Gesandten ist alles vom Adel bis auf einen in Norwegen und einen in Peru. (Gelächter.) Unter den Oberpräsidenten gibt es nur einen bürgerlichen. Bei der Gardekavallerie gibt es keinen, bei der Gardeinfanterie einen, bei der Gardefeldartillerie zwei bürgerliche Offiziere. (Hört hört!) Wo aber eine sachliche Tätigkeit nötig ist, findet man die adligen nicht in dem Maße. (Sehr richtig.) Bei den drei zur Garde gehörigen Eisenbahnregimentern sind unter den 130 Offizieren nur 9 adlige. (Hört hört!) In der ganzen Armee haben wir weder einen aktiven jüdischen Offizier noch einen jüdischen aktiven Sanitätsoffizier. Glaubt man aber der Juden auf dem Schlachtfelde nicht entbehren zu können, so müssen sie auch in Friedenszeiten an die Stellen gesetzt werden, an die sie nach ihrer Befähigung gehören. (Bravo!) Wir haben infolgedessen die schwache Besetzung des Sanitätsoffizierkorps, die auch von der „Medizinischen Wochenschrift“ hervorgehoben wurde und die unsere Wehrhaftigkeit herabsetzen muß. Wir sind alle Deutsche. Das Nationalitätsprinzip, das viel zu sehr überspannt ist (Sehr richtig!), führt nach außen zu jenem Chauvinismus, den wir alle aufs tiefste beklagen, und führt nach innen zu jener Ungerechtigkeit, die vergiftend in den Familien und zerstörend auf das Vaterlandsgefühl weiterer Schichten der Bevölkerung wirkt. (Bravo!) Um alle diese Schäden auszumerzen, fordern wir vom Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten, daß er tut, was er tun kann, um baldmöglichst das, was in der Verfassung versprochen ist, zur tatsächlichen Verwirklichung zu bringen. (Lebh. Beifall.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

In einem Artikel der „Deutschen Tagesztg.“, des Organs des Bundes der Landwirte, über die anläßlich des Parteitages im Zirkus Busch veranstaltete Volksversammlung heißt es:

Das war unstreitig für den Freisinn eine ganz hübsche Versammlung, die sich gestern mittag um 12 Uhr im Zirkus Busch zusammenfand. Die unteren Ränge waren voll besetzt, die oberen füllten sich allmählich und schließlich mußte die Polizei sperren, weil die vorgeschriebenen 6000 Personen vollzählig geworden waren. Auf der erhöhten Tribüne saßen die Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei aus Reichstag und Landtag. Die gegenüberliegende Ehrenloge war augenscheinlich ganz für den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde vorbehalten. Mit Recht konnte am Schluß der Versammlung der Rektor Kopsch feststellen, daß es dem Freisinn gelungen sei, lockige Jünglinge mit Glut und Begeisterung für politische Ideale zu erfüllen, aber er hätte im Hinblick auf die Zweidrittelmehrheit der Anwesenden sich genauer ausgedrückt: Schwarzlockige Jünglinge. Auch die anwesenden Damen wohl ziemlich zahlreich durchweg in der Gegend der Börse und der „Grand Synagoge“ nicht fremd.

Entsprechend dieser Zusammensetzung der großen Versammlung war der Beifall mäßig und matt, so lange von den berechtigten Interessen von Handwerk und Landwirtschaft schüchtern die Rede war; er schwoll freudig an, so oft ein glücklicherweise abwesender Antisemit geschlachtet wurde; aber er wuchs zum Orkan, als man den braven, schnöd verkannten Männern, die sich auf der Börse schweißtriefend ihre Bratkrusten verdienen, Hilfe und Beistand versprach.

Im Hinblick auf solche Pöbeleien dürfte so manchem freisinnigen Wähler die Schamröte ins Gesicht steigen, der bei der letzten Reichstagswahl einem von dem antisemitischen Bund der Landwirte protegierten Kandidaten seine Stimme gegeben hat.

Die Angriffe der Antisemiten und Agrarierkonservativen gegen den Kohlenhandel beleuchtet der Reichstagsabg. Bergrat a. D. Gothein in einem Artikel der „Lib. Korr.“ und führt darin u. a. aus:

„Die „Deutsche Tagesztg.“ sieht die Ursache der Kohlenteuerung in den Riesenverdiensten des Großhandels, speziell der beiden den größten Teil der oberschlesischen Kohle vertreibenden Berliner Großhandelsfirmen. Auch ich halte die Gewinnprozente dieser Firmen für zu hoch; aber die Kohlenpreise werden nicht von ihnen, sondern von der oberschlesischen Kohlenkonvention festgesetzt, ebenso wie die sogenannten Listenpreise, nach denen die Großhandelsfirmen verkaufen; und schließlich müssen die oberschlesischen Kohlenproduzenten doch zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Herren Arnhold und Friedlaender ihnen ihre Kohlen besser und mit geringeren Spesen verkaufen, als sie das selbst vermöchten, denn um der schönen Augen dieser beiden Herren willen werden sie ihnen das Detaillieren ihrer Kohlen nicht überlassen. Die Geschäftsführung genannter Firmen hat sich aber seinerzeit vor dem Forum der Kohlenkommission des Abgeordnetenhauses, wie vor dem der Kartell-Enquete-Kommission als tadellos erwiesen. Es sind eben lediglich die antisemitischen Neigungen der „Dtsch. Tagesztg.“, die sie zu diesen Angriffen verführt. Geradezu lächerlich ist es aber, von einer Vorliebe der Freisinnigen für diese Herren zu sprechen. Der eine von ihnen ist nationalliberal, der andere freikonservativ. Wir haben also nicht im geringsten parteipolitische Gründe, uns für diese Herren ins Zeug zu legen...

Es ist aber doch auch eine arge Unverfrorenheit, für landwirtschaftliche Produkte immer höhere Preise zu verlangen und sich darüber aufzuregen, daß Industrieprodukte teurer werden. Wir haben die künstliche Verteuerung, wir haben die Förderung der Monopole bekämpft, wir sind uns konsequent geblieben und haben uns das Recht gewahrt, Front zu machen gegen die übertriebenen Preisforderungen der Kohlenbarone; die „Deutsche Tagesztg.“ und ihr Anhang haben dieses Recht verwirkt; sie muß gewärtigen, daß man sie mit dem Dieb vergleicht, der die Straße entlang rennt und schreit: „Haltet den Dieb!“

Bei unserem ehrlichen Kampf können wir keine Achtung für die empfinden, die die Saat ausgestreut haben und nun, da sie aufgeht, die Juden dafür verantwortlich machen wollen.“

Auf dem Prager internationalen Friedenskongreß wurde folgende Resolution zur **Judenfrage** angenommen:

„Der Kongreß spricht bezüglich der Judenfrage folgende Wünsche aus und erwartet von allen Organisationen eine stetige Arbeit für deren Realisierung:

Da der Antisemitismus der frappanteste Ausbruch des religiösen und Rassenhasses und die Juden stets seine ersten Opfer sind, da ferner die antisemitische Propaganda auf die niedrigsten menschlichen Instinkte spekuliert und deshalb eine schädliche Macht in jeder Hinsicht ist, fordert der Kongreß die Freidenker aller Länder auf, ihre Kräfte der Bekämpfung des Antisemitismus zu widmen, und die bürgerlichen Rechte für die Juden in allen Ländern, in denen sie dieselben noch nicht besitzen, zu erkämpfen“.

×× **Turnerisches.** Der antisemitische „Deutsche Turnbund“ zählt jetzt 127 österreichische und 45 deutsche, insgesamt 172 Turnvereine, denen 14 801 Mitglieder (11 845 österreichische und 2956 reichsdeutsche) angehören. Davon turnen 7463 Mitglieder. Die österreichischen Turner gehörten früher als Kreis VIII a der deutschen Turnerschaft an. Diesen 15 000 antisemitischen Turnern gegenüber zählt die freiheitlich gesinnte „Deutsche Turnerschaft“ mehr als 800 000 Mitglieder.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 39. Berlin, 25. September 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Bibel und der Antisemitismus.

Es ist ein Postulat aller menschlichen Gesittung, die Gefühle seines Nebenmenschen zu schonen, seine Ueberzeugung zu achten und seine Heiligtümer nicht zu verletzen. Wie ein gesundes soziales Zusammenleben der Menschen nicht möglich ist, wenn man auf die Interessen anderer keine Rücksicht nimmt und in fremde Sphären eindringt, so ist auch ein Kulturleben nicht denkbar, wenn man nicht die Gefühle und Empfindungen der menschlichen Gesellschaft achtet. Eine seelische Anarchie ist schlimmer als eine wirtschaftliche, und jeder Mangel an Achtung vor den inneren Gütern der anderen muß zu einer Zerstörung aller kulturellen Ordnung führen. Die Heiligtümer eines Menschen bilden seinen kostbarsten Besitz, den niemand zerstören oder verunreinigen darf, ohne das beste in ihm verletzt und die Voraussetzung aller menschlichen Versöhnung geschwächt zu haben. Besonders ist in religiösen Dingen die weitgehendste gegenseitige Rücksicht geboten. Denn die Religion ist für den gläubigen Menschen die letzte Zuflucht vor allem Niedrigen und Gemeinen, das innerste Gebiet der Seelenharmonie. Toleranz ist in Glaubenssachen ein zu armes, zu kaltes Wort. Nicht dulden sollen wir die anders glauben und denken als wir, sondern verstehen und achten. Nicht der Fanatismus, sondern die Liebe, die Nachsicht ist das Kennzeichen einer wahren abgeklärten Religiosität. Eine religiöse Natur muß auch die Religion Anderer achten.

Es scheint, daß unsere Antisemiten dieses selbstverständliche Gebot der ethischen Kultur nicht begreifen können oder wollen. Wie sie im Wirtschaftsleben jede soziale Aussöhnung und jeden modernen Fortschritt bekämpfen, so sind sie auch auf ethisch-religiösem Gebiete bestrebt alles zu verhöhnen und zu beschimpfen, was sie nicht verstehen und was dem Ideale des Barbarismus entgegensteht. In der Theorie behaupten sie zwar immer, sie bekämpften die Juden „nur als Rasse", in der Praxis aber bedrohen sie nicht nur die Gewissensfreiheit der Juden auf allen Gebieten, sondern sie greifen auch die religiösen Institutionen und die Heiligtümer aller Konfessionen mit einem Cynismus an, der an Vandalismus und Kannibalismus grenzt.

Wir sind gewiß keine Gegner der Wissenschaft und wir verlangen nicht, daß der wissenschaftlichen Kritik das große Gebiet der Religion verschlossen bleibe. Auch an heilige Bücher hat man das Recht, Kritik anzulegen und die Wissenschaft braucht nicht vor der Religion Halt zu machen. Die biblische Kritik, auch die freieste, ist also im Prinzip berechtigt, es kommt nur darauf an, aus welchen Motiven man sich mit der biblischen Kritik befaßt und in welcher Weise man dieses wissenschaftliche Richteramt ausübt. Wer die Wahrheit sucht, der darf überall eindringen, und niemand hat auch von ihm etwas zu befürchten. Wer aber die Kritik mißbraucht, um seinen niedrigen Trieben zu folgen und alles zu beschimpfen, was sich mit seiner vorgefaßten Meinung nicht verträgt, der wird der Wissenschaft nicht nützen und überall nur zarte Saiten verletzen und Verbitterung erzeugen. Schon in der Form zeigt es sich, von welchen Ideen jemand beseelt ist und welchen Zielen er zusteuert. Der wirklich Gebildete wird das durch Tradition Geheiligte, das, was Menschen Jahrhunderte hindurch eine Quelle der Erbauung und der Erhebung war, bei aller Kritik und aller modernen Erkenntnis nie besudeln. Wer das tut, der bekundet dadurch, daß ihm jede innere Gerechtigkeit, jedes ethische Empfinden fehlt. Dem freien Bibelforscher mag die Bibel wie der Koran kein göttliches Buch sein, aber — doch ein hervorragendes Buch der Weltliteratur, ein Buch menschlicher Sittlichkeit. Wer aber, wie unsere Antisemiten, das Alte Testament als ein „Räuberbuch" betrachtet, der wird mit seinem Gift nur zerstörend wirken und mit seinem Schmutz nur sich selber besudeln. Gewiß, der Freidenker kann ebensoviel Achtung und Rücksicht beanspruchen, wie der religiöse Mensch, nur muß er auch Freidenker sein und

sich nicht nur *so nennen*. Freidenker ist, wer innerlich frei von aller Voraussetzung und aller Voreingenommenheit ist und sich in seinem Denken nur von der Vernunft und der wissenschaftlichen Erkenntnis leiten läßt. Nimmt aber einer die Freiheit des Denkens für sich als ein unantastbares Recht in Anspruch, dann muß er dieses Recht auch den Andersdenkenden freimütig einräumen. *Ein fanatischer Freidenker à la Dühring ist ein Widerspruch in sich und er stiftet manchmal mehr Unheil als die Zeloten aller Kirchen.* Nicht im Negieren der positiven Religion, sondern in der gerechten, vorurteilsfreien Denkweise bekundet sich der Freidenker.

Was der Antisemitismus oft auf diesem Gebiete leistet, übersteigt alle Grenzen der Gerechtigkeit, des Anstandes und der Gesittung. Ein Leitartikel der „*Deutschen Hochwacht*“ vom 28. August „*Das naheliegende Buch*“, berührt einen wie das Wutgeheul eines tollen Indianers und liefert wieder einmal den Beweis, auf welchem niedrigem geistigen und sittlichen Niveau die antisemitischen „Volksaufklärer“ stehen. Wir müssen gestehen, daß sich in dem religiös sehr links Stehenden bei der Lektüre dieses Artikels alles empöri, und wir können es begreifen, daß jeder gebildete Jude oder Christ — es handelt sich ja um einen Teil der beiden Konfessionen heiligen Schrift — diese nach Inhalt und Form schmutzigen Aeußerungen als persönliche Beschimpfung, als Schmähungen seiner kostbarsten Erkenntnisse empfindet. Wir haben nie im Kampfe gegen die sittliche Gefahr des Antisemitismus nach der Polizei gerufen, wir sind aber überzeugt, daß, wenn ein Jude jemals so frech wäre, auch nur den kleinsten Teil dieses Schmutzerzeugnisses über irgend etwas im Neuen Testament zu sagen, unsere Antisemiten dann in sittlicher Entrüstung zum Staatsanwalt gelaufen wären.

Wir hatten in unserer Kritik des Rastschen Buches geschrieben, daß die Bibel die beste Quelle für die Kenntnis des Judentums ist. Nun greift der Leitartikel der „Deutschen Hochwacht“ diesen Gedanken auf und sucht zu „beweisen“, daß die Bibel eines der schlechtesten Bücher der Welt und daß die Bibeljuden sittlich sehr niedrig standen. Der Verfasser gibt sich gar keine Mühe, irgend welche Belege zu bringen und seine Behauptungen zu begründen, — für einen echten Antisemiten genügt es ja, Thesen aufzustellen: Seine erste These klingt geradezu wie eine karnevalistische Rede niedrigster Art. Sie lautet:

„Diese Bibeljuden haben gar kein eigenes *Religionssystem* geschaffen. Was da zusammengeschrieben ist, stammt aus jahrtausendalter Vergangenheit, aus andern Völkern. Nur, daß die Juden es *verunstaltet* haben. Ihr „*Gesetz*“ ist ihnen dann von einem *Aegypter* gegeben worden, den sie Mose nennen. Dieses Gesetz besteht im allgemeinen aus *Reinlichkeitsvorschriften*, die offenbar diesem Volke sehr not taten. Um aber diesem Volke Reinlichkeitsvorschriften annehmbar zu machen, mußte Mose sich an dessen abergläubische Veranlagung halten und setzte daher die „Gesetzgebung“ mit unglaublich komischem Hokuspokus, mit Feuerwerk und Böllerschüssen vom Sinaiberg herunter in Szene. Denn die ägyptischen Priester kannten das Pulver; und Mose hatte von ihnen, insbesondere von seinem Schwiegervater Jethro, dessen Herstellung erlernt.“

Der Verfasser hat die Broschüre von Delitzsch gelesen und nicht verdaut und das scheint ihn ganz in Verwirrung gebracht zu haben. Die jüdische Religion muß natürlich anderen Völkern entnommen sein, denn das heilige antisemitische Dogma behauptet, daß die Juden keines schöpferischen Gedankens fähig sind. Das eine aber ist uns bis heute nicht klar geworden, woher es kommt, daß dieser Monotheismus, der seit Jahrtausenden allen Völkern bekannt war, gerade den entwickeltsten Völkern des Altertums, den Griechen, Römern und Germanen fremd blieb. Daß dieser „Egypter Moses“ sich dazu hergeben konnte, sich mit diesen Juden zu befassen und sie gegen die Interessen seines eigenen Volkes zu befreien, konnte wohl nur daher geschehen, weil es damals noch keinen „Deutschen Volksbund“ und keine „Deutsche Hochwacht“ gegeben hat. Die Reinlichkeitsvorschriften der Bibel scheinen übrigens auch heute noch nicht Gemeingut aller Menschen zu sein, denn der Redaktion der „Hochwacht“ sind sie immer fremd geblieben. Wie gesagt, diese ganze These berührt trotz ihrer Geschmacklosigkeit sehr komisch.

Ernster schon ist die zweite These:

„Oberster Lehrsatz des Judentums war: „*Wir* sind „das“ *auserwählte* Volk; und Gott (Jehowah) hat uns befohlen, *alle Völker zu fressen*.“ (5. Mose 7, 16). In diesem Sinne begann damals ihr großer *Raubzug* durch die Länder der Erde, der jetzt seinem Endziele nahe ist. Ihre Waffe dabei war der *Wucher*: „Sie machten sich das Land *zinsbar*“ — das ist eine stehende Wendung im alten Testamente. Und gegen die unterworfenen Völker, deren Kultur sie sich zunutze machten, gingen sie mit unerhörter *Grausamkeit* zuwege.“

Der Begriff „auserwähltes Volk“ wurde den Juden sehr oft zum Vorwurf gemacht, aber mit Unrecht. *Die Juden führten nicht als Volk, sondern als Religionsgemeinschaft, als Träger des Monotheismus das Epitheton „auserwählt“*. Sie betrachteten sich als von Gott dazu berufen (auserwählt), den monotheistischen Gedanken allen Völkern zu verkünden und die Sittenreinheit der ganzen Menschheit zu predigen. Nie sind mit dieser Auserwähltheit materielle Vorteile verbunden gewesen. Ueberall nur gilt sie als Vorzug, ethisch höher zu stehen und viele sittliche Pflichten auf sich zu nehmen. Im Judentum galten eben diese religiösen Pflichten als höchstes Glück, als ruhmvolle Auszeichnung. Wenn eine kleine Kulturgemeinschaft innerhalb einer Barbarenwelt lebt, muß sie sich als auserwählt betrachten, weil das ihr einziger innerer Schutz ist. Das allein war der Gedanke der Auserwähltheit, der übrigens auch heute im Christentum gegenüber dem Heidentum vorhanden ist*). Der geistig und sittlich Hochstehende wird sich immer als von Gott begnadet betrachten, und wenn er diesen Vorzug nur dazu gebraucht, um der Menschheit neue Ideale zu geben und sie zu den sittlichen Höhen zu führen, dann ist es ein Glück für die Welt, daß es solche auserwählte Geister gibt.

Alle Völker zu vertilgen, war den Juden nie geboten worden, noch lag es in ihrer Absicht und in ihrer Kraft. Man weiß, daß tatsächlich die Juden, nachdem sie Palästina erobert hatten, in ihrer ganzen Geschichte nie wieder einen Eroberungskrieg geführt haben. Die angeführte Stelle im 5. Buche Moses (7, 16) lautet wörtlich: „Und du sollst vertilgen die Völker, die Gott dir anweist, dein Auge soll kein Erbarmen gegen sie haben und du sollst ihre Götter nicht anbeten, denn das würde dir zum Verderben werden.“ Es handelt sich also *nur um die Völkchen, die in Palästina leben*, und nur aus dem Grunde, um den Götzendienst zu vernichten und die Juden sittlich rein als Monotheisten zu erhalten. Gewiß ist dieses nach unsern heutigen Begriffen nicht human, aber es war im grauen Altertum, wo naturgemäß die Begriffe der Humanität andere waren, und noch viel später wurden von anderen Völkern viel grausamere Kriege geführt und aus viel niedrigeren Motiven. Von einem „Raubzug durch die Länder der Erde“ ist nirgends in der Bibel die Rede. Daß man durch Wucher ein Land erobern kann, das ist eine neue Strategik, die die Feldmarschälle des „Deutschen Volksbundes“ erfunden haben. Die Juden kannten damals den Wucher ebensowenig, wie die „Deutsche Hochwacht“ die Ehrlichkeit kennt. „Sie machten das Land zinsbar“ kann gar keinen andern Sinn haben, als daß sie es als tributpflichtig betrachteten, wie es jeder Eroberer im Altertum mit

*) Wenn Harnack sagt, das Christentum sei nicht *eine* Religion, sondern *die* Religion überhaupt, so ist das gewiß nichts anderes, als der Stolz, einer auserwählten Religion anzugehören.

fremden Gebieten machte. Der Verfasser des Artikels kennt die Bibel wohl nur aus den antisemitischen Auszügen des famosen Theodor Fritsch. Indessen ist diese Unwissenheit eine obligatorische Eigenschaft fast aller Antisemiten und befremdet uns nicht mehr. Auch diese These regt also niemand auf. Die dritte These aber strotzt geradezu von Schmutz und Gemeinheit. Sie teilt den auch vom Christentum verehrten biblischen Gestalten Abraham, Jakob, Josef und David folgende Zensuren aus:

„Abraham: Zuhälter, der zweimal seine Frau als seine „Schwester“ Köntgen zur Verfügung stellt und dafür Gold, Silber und Kamele erhält. Jakob: Erbschleicher (wird obenbrein noch dafür gesegnet). Josef: Getreidewucherer, der als Günstling des Pharao und Finanzminister das ganze Aegyptervolk an den Bettelstab gebracht und zu Leibeigenen gemacht hat. David: Ehebrecher, der dann den Gatten seiner Buhlin ermorden läßt.“

Das ist eine Sprache, wie sie wohl nur in den Verbrecherkreisen üblich ist. Diese Ausführung ist aber nicht nur nach Form gemein, sie ist auch eine direkte Fälschung der Tatsachen. Abraham hat in der Stunde der Gefahr, um dem sichern Tode zu entgehen, seine Frau als seine Schwester bezeichnet, hat sie aber weder Jemand zur Verfügung gestellt noch Geschenke dafür erbeten. Uebrigens ist es nach der Aussage der Bibel zu gar keiner Berührung zwischen Pharao und Sarah gekommen. Jakob hat nach der Würde der Erstgeburt getrachtet, die von Esau direkt verspottet wurde, er hat sich keine Erbschaft, sondern einen Segen erschlichen. Josef hat durch seine weise Fürsorge das Land vor Elend und Not bewahrt und den Staat finanziell für lange Zeiten befestigt. Das tat er im Dienste Pharaos, ohne irgend welchen Nutzen für sich zu ziehen. David hat wohl in schwacher Stunde gesündigt, wie andere Fürsten auch, nur daß er seine Sünden eingesehen und Buße getan hat. Die Bibel hat diese Sünden nicht verhüllt und nicht beschönigt, sie hat sie offen und schlicht erzählt und als das gekennzeichnet, was sie sind. Die Bibel schildert die Menschen in ihrer Naivität treu und ehrlich, mit ihren Sünden und ihren Tugenden, — das ist ihre Größe.

So erscheint diese Sache jedem, der etwas von biblischer Wissenschaft versteht und die Wahrheit erkennt und bekennt. Unseren Antisemiten aber fehlt jedes Verständnis für Wahrheit und Anstand und kein Mittel ist ihnen zu schlecht, um die Juden zu beschimpfen. So wird ein Buch, das allen Kulturvölkern heilig ist, ein Buch, das zur Mutter aller Religionen geworden ist, ein Buch, aus dem unsere größten Dichter ihre Inspirationen geschöpft haben, in den Kot gezogen und die religiösen Gefühle von vielen Millionen werden mit Füßen getreten, und niemand protestiert dagegen! Wo bleiben die christlichen Pastoren, deren Beruf es ist, die Heiligtümer der Bibel, mit denen ihre Religion steht und fällt, zu schützen? Wo bleibt das Zentrum, das doch sonst stets zur Hand ist, wenn jemand wagt, irgend eine katholische Einrichtung zu kritisieren? Darf die Bibel jeder rohe Bursche beschmutzen? Sehen diejenigen, die stets vom Christentum sprechen, noch immer nicht ein, daß dieser Antisemitismus nicht nur ein Feind des Judentums, sondern auch des Christentums ist? Sieht man immer noch nicht ein, daß diese antisemitischen Vandalen alles zerstören, was der Kulturmenschheit heilig und teuer ist? Es ist wahrlich hohe Zeit, daß man endlich erkennt, wohin der Antisemitismus steuert.

Wir haben immer den Standpunkt eingenommen, daß die Abwehr nicht dazu da ist, um die Juden zu schützen. Die Juden sind in Deutschland vollberechtigte deutsche Staatsbürger und sie bedürfen keines besonderen Schutzes. Wohl aber muß der Antisemitismus vom Standpunkte jedes ehrlichen Politikers bekämpft werden, weil er das größte Hindernis für jeden gesunden Fortschritt bildet, weil er ein Feind einer jeden Kultur ist. Das antisemitische Ideal ist nur auf den Ruinen der menschlichen Zivilisation zu erreichen.

F. S.

Wiener Brief.

XVI.

(Herr von Wittek. — Geßmann und Lueger. — Eine Reform.)

Wien, den 23. Sept. 1907.

Bisher wußte man, daß der Frömmste nicht in Frieden leben könne, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefalle. Nun haben wir aber ein Beispiel dafür, daß auch die Nachbarschaft eines Frommen den Frieden der Seele zu stören vermag. Das Wiener „Vaterland“, das dem Episkopat und dem klerikalen Flügel der Christlichsozialen dient, hat dieser Tage ein großes Unheil angerichtet. Von dem edlen Drange beseelt, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, schwatzte es einmal tüchtig aus der Schule. Unter anderem wurde erzählt, daß der ehemalige österreichische Eisenbahnminister Herr von Wittek den Ungarn aus freien Stücken Konzessionen in der Kaschau-Oderberger Bahnfrage gemacht hätte, während jetzt zwischen den zis- und transleithanischen Regierungen ein erbitterter Kampf entbrannt ist, weil Herr van Beck sich weigert, Herrn Wekerle den direkten Anschluß der Kaschau-Oderbergbahn an das preußische Eisenbahnnetz zu bewilligen. Solange diese Verbindung nicht hergestellt wird, besitzt Oesterreich einen bestimmenden Einfluß auf den ungarischen Export, denn das Stefansreich verfügt nach dem Westen hin über keinen direkten Schienenanschluß an das Ausland; seine Eisenbahnzüge müssen über österreichische Geleise rollen. Zisleithanien könnte das ungarische Wirtschaftsleben demnach durch eine feindliche Tarifpolitik schwer treffen, es hat also in seiner Bahnpolitik eine empfindliche Waffe und zwar fast die letzte, die ihm im Kampfe gegen Ungarn zur Verfügung steht. Herr von Wittek aber hat vor einem Jahrzehnt die Ungarn, diese Waffe gütigst in Empfang zu nehmen, und es war ein Glück, daß die ungarische Regierung die Sachlage damals nicht richtig erfaßte und ablehnte. Mittlerweile ist Herr von Wittek gefallen, seine Unfähigkeit hat ihm das Grab geschaufelt. Allein er ist kein stiller Mann geworden. Sein Ehrgeiz ließ ihn nicht ruhen und so schloß er sich den Christlichsozialen an, denen er immer zugetan war und übernahm eines der beiden Reichsratsmandate, die Dr. Lueger errungen hatte. Die Christlichsozialen sind begreiflicherweise auf die Exzellenz stolz und Herr von Wittek hoffte, daß ihm beim nächsten Ministerwechsel ein Portefeuille zufallen werde. Nun wird daraus nichts, denn ein Mann, der Oesterreich an Ungarn geradezu verschenken wollte, kann doch nicht österreichischer Minister werden. Alles hat das sonst so verschlafene „Vaterland“ mit seiner Geschwätzigkeit verdorben.

Uebrigens: Wie stellen sich die „Patentösterreicher“, die Christlichsozialen, zu Ungarn? In den Neunzigerjahren gingen die Anhänger Dr. Luegers mit ihrem Ungarnhaß krebsen; kein Tag verstrich, ohne daß in irgend einem Wirtshause gegen die „Judäa-Magyaren“ losgezogen ward. Aus dieser Haltung ergab sich die Stellung zum Ausgleichsprobleme von selbst: Jeder schlechte Ausgleich mit Ungarn mußte abgelehnt werden. Dabei ist zu beachten, daß bei der eigenartigen Kräfteverteilung in Oesterreich-Ungarn, bei der Tradition, daß die Magyaren doch immer recht behalten, jeder Ausgleich Oesterreich mehr oder minder verkürzt. Auch jetzt werden Ausgleichsverhandlungen geführt. Aber die Christlichsozialen sind merkwürdig rührig geblieben. Sie taten so, als ob sie die Sache gar nichts

anginge. Hofrat Dr. Geßmann, der die Krankheit Dr. Luegers dazu benützte, um die Zügel der Führerschaft an sich zu reißen, segelt bewußt im gouvernementalen Fahrwasser. Er zählt die Tage mit Ungeduld, die ihn noch von der ersehnten Ministerschaft trennen, und um ja nur sicher ein Portefeuille zu erhalten, läßt er Herrn von Beck tun, was er will. Und nicht blos das: Er wirft sich schon jetzt in die Pose eines Mannes, der zu allem, was da kommen mag, Ja und Amen sagen will. Der geschäftige Hofrat kümmert sich um die Vergangenheit und um die von ihr ererbten Pflichten recht wenig; ihm ist Politik ein Geschäft, das er mit großer Schlauheit möglichst rentabel zu führen sucht. Der gute Mann tut dabei so, als ob Dr. Lueger aufgehört hätte, etwas zu zählen, als ob das um die Partei verdiente Oberhaupt zu den politisch Toten gehören würde. Takt ist eben dem Hofrat Geßmann nicht eigen. Aber der Bürgermeister von Wien hat, obwohl krank und nur in geringem Maße arbeitsfähig, doch noch so viel Energie, um seinen Anhängern den Herrn zu zeigen. Als er dieser Tage von Neubruck nach Wien zurückkehrte, ließ er sich interviewen, um seinem Grimme Luft machen zu können. „Ich werde mir die Führung meiner Partei in der Ausgleichsfrage nicht aus der Hand nehmen lassen", bemerkte Dr. Lueger und er versicherte, daß seine Getreuen eine für Oesterreich unbefriedigende Lösung des Ausgleichsproblems geschlossen zurückweisen würden. Hofrat Geßmann muß jetzt das Gefühl eines begossenen Pudels haben.

Ein Meisterstück des künftigen Parteioberhauptes der Christlichsozialen ist die neue niederösterreichische Landtagswahlreform. Die Vorlage, die das allgemeine gleiche Wahlrecht bringen sollte, wurde rasch eingesargt; sie kam nicht einmal im Plenum zur Verhandlung. Nun hat Herr Hofrat Geßmann einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, der im Wesen auch schon vom Wahlausschuß des Landtages angenommen wurde. Herr Hofrat Geßmann überreichte seine Vorlage ohne jeden Motivenbericht und in derselben saloppen Weise betätigte sich der Ausschuß; man darf nicht vergessen, daß im niederösterreichischen Landtage eine ernst zu nehmende Opposition fehlt. Der Gesetzentwurf, dessen Annahme seitens des Plenums sicher ist, gehört zu den raffiniertesten Werken politischer Täuschungskunst. Er soll das Wahlrecht erweitern und sieht auf den ersten Blick einer volksfreundlichen Tat gleich — verlegt er doch das Schwergewicht in eine „allgemeine Wählerkurie —; in Wirklichkeit aber verschafft er in Wien nicht einem bisher vom Wahlrechte ausgeschlossenen Bürger das Mitbestimmungsrecht und auf dem flachen Lande begrenzt er die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten so sehr, daß sie kaum der Rede wert ist. Der niederösterreichische Landtag wird künftig aus folgenden Gruppen bestehen: Aus den Virilisten mit 3 Stimmen; aus 16 Großgrundbesitzern und aus 4 Vertretern der Handelskammer. Außerdem gibt es eine Kurie des „allgemeinen" Wahlrechts mit 48 Mandaten. In diese Kategorie fallen alle Sitze, die Wien zu vergeben hat, also 38 Mandate, ferner 10 Mandate des flachen Landes. Endlich bleibt eine Privilegienkurie mit 41 Abgeordneten, die von den Provinzstädten und Landgemeinden entsendet werden. Um in Wien in der „allgemeinen" Wählerklasse das Stimmrecht ausüben zu können, muß man erstens ein Gemeindemitglied sein (Zuständigkeit) und das Wahlrecht zum Gemeinderat besitzen, also zu mindestens noch drei Jahre seßhaft sein. Von den unteren Bevölkerungsklassen bleiben also alle Männer ausgeschlossen, die nicht nach Wien zuständig sind und von den Zuständigen dürfen blos die zur Urne gehen, welche innerhalb 8 Jahre niemals (auch nicht eine Woche) von Wien ferne waren, das heißt in dieser Zeit ihre ständige Wohnung in der Hauptstadt aufgegeben haben. Man kann sich vorstellen, was das für eine Großstadt mit starker Zuwanderung und mit beträchtlichem Abfluß der Arbeiterschaft politisch bedeutet. Es ist ein allgemeines Wahlrecht ohne Allgemeinheit! Die ganze Geßmann'sche Reform verrät die Furcht der Christlichsozialen vor der Sozialdemokratie, die Angst, daß eine wirklich demokratische Tat die Stellung der Partei im Landtage erschüttern könnte. Das stärkste Stück ist dabei wohl der Umstand, daß die „Deutsche Zeitung", das offizielle Organ der Christlichsozialen, die Sache so darzustellen sucht, als hätten die Herren von Wien und Niederösterreich zu den Beschränkungen nur gegriffen, um — den Liberalen einen Dienst zu erweisen. Wie rührend!: Der christlichsoziale Wolf hüllt sich in einen Schafspelz, um die Liberalen, die er grimmig zerfleischt, nun nicht wieder zu änstigen. Die Ausrede ist so unverschämt wie die Tat. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker ist jetzt bei der im „Volk" fortgesetzten Veröffentlichung seiner Erinnerungen: **„Aus meinem Leben"** an einem interessanten Abschnitt angelangt, bei seinem Zusammenstoß mit dem Kronprinzen und dem Evang. Oberkirchenrat im Jahre 1878, dem Beginn der christlichsozialen Bewegung. Er veröffentlicht den u. W. bis dato nicht bekannt gewordenen Wortlaut seiner Rechtfertigungsschreiben an den Kronprinzen, der damals für den durch das Attentat verwundeten Kaiser Wilhelm I. die Regierungsgeschäfte führte, und den Oberkirchenrat. Der Kronprinz hatte dem Hofprediger durch Vermittelung des Ministers Falk und des Präsidenten Hermes seine Mißbilligung über die agitatorische Tätigkeit Stöckers wissen lassen. Stöcker der schon damals für seine Stellung als Hofprediger zu fürchten schien, richtete ein in sehr unterwürfigem Ton an den Kronprinzen gerichtetes Schreiben, worin er zum Schluß um eine persönliche Audienz bat. Diese Audienz scheint ihm indeß nicht bewilligt worden zu sein. Stöcker schließt an dieses Schreiben unmittelbar seinen Briefwechsel mit dem Oberkirchenrat. Dieser hatte ihn auf die für das öffentliche Verhalten der Geistlichen bezüglichen Erlasse von 1863 und 1877 aufmerksam gemacht und daran die nicht mißzuverstehende Warnung geknüpft:

„Indem wir Ew. Hochwürden daher hierdurch zu erkennen geben, daß wir die stattgehabte Teilnahme Ihrerseits an den politischen Parteibewegungen und Wahlagitationen als den ebengedachten Erlassen direkt zuwiderlaufend, nicht billigen können, sprechen wir zugleich die Erwartung aus, daß schon diese Eröffnung genügen werde, um Sie für die Zukunft von jedem weiteren derartigen Vorgehen zurückzuhalten. Hermes."

Stöcker motiviert in seinem Antwortschreiben seine Beteiligung an der öffentlichen Tätigkeit mit „den Fehlern und Taktlosigkeiten", die während seiner zeitweiligen Abwesenheit (von seinen Freunden) begangen worden seien und versichert, daß er „selbstverständlich" der Erwartung des Oberkirchenrats entsprechen und sich „unter keinen Umständen persönlich an politischer Partei- oder Wahlagitation beteiligen werde". Zum Schluß beruft er sich auf den Kaiser, der „bei dem Beginn der Bewegung allergnädigst geruht" habe, ihm „in huldvollster Weise allerhöchst seine Teilnahme auszudrücken". Zu diesem Briefe wird der lakonische aber sehr bedeutungsvolle Zusatz gemacht:

„Das hier gegebene Versprechen, an politischen Agitationen nicht teilzunehmen, ist später durch die veränderten Verhältnisse unter Stillschweigen der geistlichen Behörde von selber modifiziert".

Also hat der evangelische Oberkirchenrat später, als Stöcker sich noch in der Gunst des Hofes und insbe-

sondere des alten Kaisers und seiner Gemahlin konnte, **ein Auge zugedrückt** und dem allmächtigen Hofprediger gegenüber seine eigenen Erlasse außer Kraft gesetzt!

Dieses Stillschweigen der geistlichen Behörde gegenüber einem Hofprediger, erscheint, bemerkt eine freisinnige Korrespondenz hierzu, unerhört, wenn man sich folgende Vorgänge vergegenwärtigt. Im Februar 1880 bezeichnete Kaiser Friedrich gegenüber dem Vorsitzenden der jüdischen Korporation, Stadtrat Magnus, die antisemitische Agitation als eine Schmach für Deutschland; er habe im Ausland den Ausländern gegenüber sich dieser Agitation geschämt. Im Jahre 1881 erklärte Kaiser Friedrich abermals gegenüber dem Stadtrat Magnus, daß er die antisemitischen Bestrebungen auf das entschiedenste mißbilige und verwerfe. Trotzdem durfte Stöcker seine Agitationen fortsetzen. Versuche von Behörden, Lehrer von der Beteiligung an der Stöckerschen Judenhetze zurückzuhalten, wurden höheren Orts sogar gemißbilligt. Erst als mehrfach Gewalttätigkeiten vorgekommen waren, wurde 1881 wenigstens den antisemitischen Ruhestörungen ein Ziel gesetzt durch ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Behörden, hervorgerufen durch den alten Kaiser Wilhelm, den ein Brief des späteren Kaisers Friedrich aus England auf den ungünstigen Eindruck dieser Ausschreitungen noch besonders aufmerksam gemacht hatte.

Seine Agitationen aber setzte Stöcker selbst trotzdem immer weiter fort. Insbesondere machte er den Versuch, sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm, des heutigen Kaisers, zu heften. Der Versuch, durch die vielgenannte Walderſee-Versammlung vom November 1887 den heutigen Kaiser gewissermaßen als Patron für die Stöckerschen Agitationen zu gewinnen, wurde gründlich zerstört durch einen Artikel der „Post“ über „Stöckerei und Muckerei“, worin ausgeführt wurde, daß gerade in den höher gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei bestehe und daß eine Regierung, die auf diese Richtung sich stützen wollte, sehr bald zu ihrem Schaden erkennen würde, daß sie auf Sand gebaut habe. Stöcker aber blieb trotzdem Hofprediger und Agitator. Als er 1889 vor die Wahl gestellt wurde, entweder auf die Pfründe als Hofprediger zu verzichten oder seine agitatorische Tätigkeit in politischen Vereinen und Versammlungen einzuschränken, zog er letzteres vor. Im Jahre darauf aber mußte er endlich sein Abschiedsgesuch nolens volens einreichen, als die vakant gewordene Stelle des ersten Hofpredigers besetzt werden mußte und er übergangen wurde, obwohl er nach seinem Dienstalter zum Aufrücken berechtigt war.

An diese wechselvollen Schicksale des Vaters der „Berliner Bewegung“ wird die Erinnerung wachgerufen durch sein Geständnis, daß er schon 1878 von seiner Behörde eine Warnung vor einer Fortsetzung seiner Agitationen erhalten hatte. Wie war es möglich, diese Frage bleibt auch heute unbeantwortet, daß er trotzdem ein Jahrzehnt hindurch seine verhetzende Tätigkeit ausüben konnte. Es gibt eben Einflüsse, die mächtiger sind als alle Maßnahmen der Behörden. Das weiß auch — Fürst Bülow.

Aus dem Wahlkreise Norden - Emden - Leer wird uns geschrieben:

Die Antisemiten deutschsozialer Richtung nehmen augenblicklich den 1. hannoverschen Reichstagswahlkreis energisch in Angriff. In den letzten Tagen hat der Reichstagsabgeordnete Raab in den größeren Städten Emden, Leer und Norden Vorträge über Wünsche und Forderungen des Mittelstandes gehalten. Auch früher schon haben die Antisemiten in diesem Wahlkreise gearbeitet, aber keine Erfolge erringen können, da die Ostfriesen trotz Borkum im Grunde durchaus liberal sind, und es wird schwerlich gelingen, daß der Antisemitismus unter dem tüchtigen Menschenschlage festen Fuß faßt, selbst wenn das „deutschsozial“ und die Mittelstands- und Handwerkerfreundlichkeit als Firma benutzt wird. Der jetzige Vertreter des Wahlkreises ist der Fürst Inn- und Knyphausen, der bekanntlich auch Präsident des preußischen Herrenhauses ist. Er wird demnächst 80 Jahre alt und sein Gesundheitszustand ist nicht der beste. Immerhin wäre unter diesen Umständen vielleicht mit einer Nachwahl zu rechnen, wenn Fürst Knyphausen auch keineswegs daran denkt, sein Reichstagsmandat niederzulegen und diesbezügliche, in der Presse aufgetauchte Gerüchte energisch hat dementieren lassen. Fürst Knyphausen ist der größte Grundbesitzer Ostfrieslands und erfreut sich weit über seine engere Heimat hinaus des größten Ansehens. Bei der letzten Wahl ist er denn auch gegen seinen liberalen Gegner Garrels, ebenfalls einen geborenen Ostfriesen, Sieger geblieben, aber seine Majorität war nicht erheblich und bei einer etwaigen Neuwahl könnte wohl mit Sicherheit ein liberaler Wahlsieg erwartet werden, umsomehr als Garrels gegen 1903 ca. 1500 Stimmen gewonnen hat und ihm bei einer Neuwahl schwerlich ein gemäßigt konservativer Gegner von dem Gewicht und Einfluß Fürst Knyphausens entgegentreten würde. Falls daher die Antisemiten vermeinen sollten, im 1. hannoverschen Wahlkreise Erfolge erringen und ev. sogar ein Mandat ergattern zu können, dürften sie eine arge Enttäuschung erleben und nicht besser abschneiden als bei allen bisherigen Versuchen, in Hannover Erfolge zu erzielen.

Die Antisemiten und die Beamten. Das Verhalten der „**Deutschsozialen Blätter**“ des Abg. Liebermann von Sonnenberg, die eine Rede des ihnen nachstehenden antisemitischen Abg. **Lattmann** über die **Teuerungszulagen der mittleren und unteren preußischen Beamten** mit einem Dithyrambus auf die Antisemiten einleiteten, denen allein die Beamten diese Zulagen angeblich zu verdanken hätten, charakterisiert sich als ein **unreeller politischer Wettbewerb** ersten Ranges, obwohl doch gerade die Antisemiten vorgeben, die größten Gegner des unreellen Wettbewerbes zu sein. Wie in einer Versammlung des **Kasseler nationalliberalen Vereins** mitgeteilt wurde, hatte der Vorsitzende des Vereins Anfang August den Abg. Lattmann **ersucht**, gegen diese tendenziöse Einleitung zu seiner Rede in den „Deutschsozialen Blättern“ Einspruch zu erheben, um den Quertreibereien seiner dortigen Parteigenossen, die diese mit einer solchen Einleitung versehene Rede als **Flugblatt** bei den mittleren Beamten aller Behörden verbreitet hatten, öffentlich **entgegenzutreten**. Herr Lattmann hat dies aber nicht getan. Erst Ende August hat er in einer Versammlung in Oberkaufungen auf einen Angriff von nationalliberaler Seite gesagt, er stände dieser Einleitung fern, ein **übereifriger Parteigenosse** hätte ohne sein Wissen und Willen diese Einleitung verfaßt und verbreitet. In dieser Erklärung kann natürlich eine öffentliche Berichtigung nicht erblickt werden. Jedenfalls hat Herr Lattmann, wenn er über **acht Wochen** gegenüber der Veröffentlichung in den „Deutschsozialen Blättern“ und gegenüber der Verbreitung des verleumderischen Flugblatts in Kassel **geschwiegen** hat, die Berechtigung verloren, die liberalen Blätter eines gehässigen Tones zu beschuldigen. Wer schweigt, wo er reden kann und muß, der stimmt zu.

Der „Reichsglöckner“ und die Antisemiten. Die antisemitische „Deutsche Hochwacht“ (20. Sept.) schreibt:

„Joachim Gehlsens „Reichsglocke“ soll jetzt ihre Auferstehung feiern. In Alfred Michaws Verlag soll am 30. d. M. die erste Nummer einer wöchentlich einmal erscheinenden neuen Zeitung „Deutsche Reichsglocke“ herauskommen, als deren politischer Redakteur Joachim Gehlsen zeichnet. — Nachdem der alte Reichsglöckner so glänzend seine Ehre hat wiederherstellen können, regen sich ihm die Schwingen zu neuem löblichen Tun. Wir wünschen ihm Glück zu seinem Unternehmen; denn die Gehlsensche Kritik ist als Regulator des öffentlichen Gewissens nicht zu unterschätzen. Zudem hat er gezeigt, daß sie auch fruchtbar sein kann.“

Was werden Herrn Wilhelm Bruhn und andere Antisemiten, mit denen Gehlsen manchen harten Strauß ausgefochten hat, zu diesem Hymnus sagen?!

Aus Hannover-Wülfel wird uns geschrieben: In der vor kurzem stattgehabten Wahl eines Vertreters in die Hannoversche Stadtverwaltung für unseren neueingemeindeten Vorort wurde trotz einer starken Opposition der jüdische Kaufmann Gustav Neuberg zum Bürgervorsteher gewählt. Welcher Art die gegen die Kandidatur Neuberg gerichtete hetzerische Agitation war, geht aus folgendem Passus in dem eine antisemitische Kandidatur empfehlenden Flugblatt hervor:

„Können wir Neuberg wählen? Nein und abermals nein! Denn wir halten es für eine Schmach, daß ein Ort von 5000 Christen, in dem nur 2 israelitische Familien wohnen, sein höchstes Ehrenamt an einen Israeliten vergibt.“

Und das Resultat? Der Kaufmann Neuberg wurde mit 65 Stimmen gewählt, während ein zweiter Kandidat 56 und der antisemitische Hofbesitzer Scheille — 16 Stimmen erhielt.

Eine originelle Kampfesweise. Die „Deutsch-soz. Blätter“ haben in jüngster Zeit ein neues, leider noch nicht patentiertes Verfahren erfunden, ihre Spalten zu füllen. Sie nehmen einen Artikel der „Mitteilungen“, stutzen ihn nach Belieben mit der Redaktionsschere zu, machen ein paar eben so dumme wie gemeine Randglossen dazu, und — der Artikel ist fertig. Mit welcher Gründlichkeit und Ehrlichkeit dieses Leibblatt Liebermann von Sonnenbergs dabei zu Werke geht, dafür mag folgendes Beispiel dienen. In der Kritik des Rost'schen Buches ironisierten wir die Meinung Rosts, daß die Juden Städter sind, weil in den Städten der Erwerb leichter ist. Jeder Mensch könnte aus dem Zusammenhang ersehen, daß es nicht unsere Ansicht ist, daß der Jude seiner inneren Natur nach Städter ist. Die „Deutsch-soz. Blätter“ führen diesen Satz in Anführungszeichen als unsere Meinung an. Wir wissen wirklich nicht, ob mehr Dummheit oder Niedrigkeit dahinter steckt. Man wird sich im Kampfe gegen den Antisemitismus bald die Ironie ganz abgewöhnen müssen. Wie sagt doch der geistvolle Lichtenberg? „Manchen Menschen gegenüber darf man nicht bescheiden sein, denn sie nehmen Einen beim Wort.“

Zum Kapitel Geschäftsantisemitismus. Daß unsere Antisemiten in ihrem politischen Kampfe praktisch, d. h. auf reale Ziele ausgehend sind, das möchten wir nicht behaupten, für ihre eigenen Interessen aber sind sie stets besorgt. Sie haben in ihrem langen Kampfe gegen den „Schachergeist der Juden“ dem Feinde, wie es scheint, alle Triks abgeguckt und nun verwenden sie sie gutem Erfolge für ihre eigenen Zwecke. Daß die „Staatsbürgerzeitung“ in ihrem Inseratenteil von einer weitherzigen Vorurteilslosigkeit beseelt ist, das weiß man. Aber auch Herr Theodor Fritsch, der große idealistische Obergermane, scheint den Profit nicht zu verachten. Vor allem versteht er es ausgezeichnet, seine Geistesprodukte bei jeder Gelegenheit herauszustreichen und sie auch in materieller Hinsicht fruchtbar zu gestalten. Dazu muß auch der Inseratenteil des „Hammer“ herhalten, in welchem u. a. ein fleißiger Hammerleser für seine schöne Schwester die Bekanntschaft eines Mannes von echt deutscher Denkart sucht. Wahrscheinlich haben die alten Germanen auch in dieser Weise gefreit. Diese Männer von echt deutscher Denkart scheinen übrigens auch in der Umgebung des Wotan-Priesters Fritsch sehr rar zu sein, denn das Inserat erschien dreimal; also in 6 Wochen fand sich noch kein Mann von deutscher Gesinnung. „Germania, verhülle dein Antlitz!“

Im Verein deutscher Studenten wird die Diskussion über die durch die Bonner Festrede des Prof. Meinhold von neuem aufgerollte „Judenfrage“ nahezu in jeder Nummer des Vereinsorgans fortgesetzt. In der letzten Nummer der „Akad. Bl.“ erwidert cand. theol. Horstmann-Kiel auf die unsern Lesern aus Nr. 37 bekannten Einwendungen:

„Ich weiß nicht, ob Herr Dr. H. leugnen wird, daß doch in unserm Verband oft etwas reichlich in Judenhaß gemacht wird. Ich könnte es nicht. Nun scheint aber Prof. M. die für Dr. H. ungeheuerliche Zumutung an uns zu stellen, unsere jüdischen Mitbürger als gleichberechtigt anzuerkennen. Ja, Herr Dr. H., ein Zusammenarbeiten unserer alten Herren mit Juden halten auch Sie ja nicht für ausgeschlossen. Aber ist es nicht eine einfache Pflicht der Gerechtigkeit, daß man die als gleichberechtigt anerkennt, mit denen man zusammen arbeitet? Dürfen wir wirklich als moderne Menschen die Hilfe der Juden, wo wir sie für die Größe und das Gedeihen des Vaterlandes gebrauchen — im Handel und Verkehr usw. —, dürfen wir sie da überall dankbar annehmen, aber denen, die uns so helfen, die Gleichberechtigung versagen? Dürfen wir die Hilfe von Leuten offen annehmen, die wir im Herzen verachten? Das dürfen wir nicht! Entweder ist den Juden alle Gleichberechtigung zu versagen, dann aber auch ihre Mitarbeit am nationalen Fortschritt nicht anzunehmen, oder wir nehmen ihre Mitarbeit an, erkennen dann aber auch jeden Juden, der mitarbeiten will am Wohl und an der Größe unseres Vaterlandes — M. hat auf Dernburg verwiesen — als gleichberechtigt an. Das ist kein Kompromiß der Gesinnung, sondern ein einfaches Nachgeben gegenüber der Forderung der Wahrhaftigkeit. Das soll uns natürlich nicht hindern, überall da, wo wir in unserem Volksleben, in Kunst, Literatur oder anderem die schädlichen Einflüsse des Judentums bemerken, mit aller Energie ihnen entgegenzutreten. Das ist, glaube ich, eine reinliche Stellung zur Judenfrage. Ob ich damit Prof. M.s Meinung ganz getroffen habe, weiß ich ja nicht, jedenfalls ist es die meine.“

×× **Vom akademischen Bund „Ethos“.** Man schreibt uns: „Der Bund, der vor zwei Jahren mit viel Reklame ins Leben trat, der sich vermaß, die akademische Welt aus den Angeln zu heben, ist in das Stadium seligen Entschlafens eingetreten. Er wollte die sündige akademische Bürgerschaft reformieren und lockte allerlei Schwärmer an. Auch die Gunst der akademischen Behörden wußte er sich zu sichern, und selbst der sonst in Geldsachen sehr zurückhaltende Quästor der Berliner Universität griff in die Tasche, um die „Ziele“ des Ethos-Bundes wirksam zu unterstützen.

Die „Ziele“ standen freilich nur auf dem Papier, und die jungen Herren ließen es dabei bewenden, sich an ihren eigenen Phrasen zu berauschen. Als einige „Altfreunde“ — ältere Herren, die sich zum Bunde freundlich stellen, und die dafür das Recht haben, ihn finanziell zu stützen — zu einer „Tat“ drängten, da wußte man nichts anderes zu tun, als daß man — die jüdischen Kommilitonen ausschloß.

Die meisten ehrlich Denkenden wandten damals dem Bunde den Rücken; sein Lebenslichtlein glimmt seitdem nur noch. Mühsam fristet er sein Dasein. Wo sind alle die hochfliegenden Pläne geblieben? Man moralisiert ein wenig in den Bundesblättern und läßt es damit gut sein.

Immer aber kommt wieder trotz aller Moralität der finstere Antisemitismus in diesen Blätichen zum Vorschein. In der letzten Nummer nimmt man sich die Mutterschutzbestrebungen sozial und human denkender Frauen vor, um sie zu verhöhnen und spricht von ihnen spöttisch als von einer „Berliner jüdischen Frauenbewegung“.

Es muß arg bestellt sein um die Moral dieser Herren, die andern Moral predigen wollten. Die ganze Herrlichkeit wird bald ein Ende haben. In ganz Deutschland zählt der Akademische Bund „Ethos“ nur noch 76 Mitglieder. Dazu kommen 47 Altfreunde und 18 Bundesfreunde. Ortsgruppen bestehen z. B. nur noch an den Universitäten Berlin und München.“

× × **Im antisemitischen Kyffhäuserbunde** sind jetzt 27 „Vereine deutscher Studenten“ vereinigt, die etwa 1200 aktive Mitglieder und 2800 Alte Herren zählen. Der stärkste Verein ist der Berliner, der etwa 100 aktive Mitglieder zählt und an dessen Kneipabenden die antisemitischen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg, Lattmann, Böhme, Schack usw. liebe Gäste sind.

Vermischtes.

Der Ritualmord vor dem Forum des deutschen Naturforscher- und Aerztetages in Dresden. Auf dem Naturforscher- und Aerztetag und zwar in der Abteilung für gerichtliche Medizin behandelte Universitätsprofessor Dr. Kenyeres aus Klausenburg das Thema: Anschuldigung wegen Ritualmords. Er führte aus:

Wie die Strafprozesse von Konitz, Polna beweisen, ist der Aberglaube des Ritualmordes noch immer nicht erloschen. Gleichsam wie die Kohlen unter der Asche glimmt er weiter und niemand kann wissen, wann er wieder zu hellen Flammen angefacht wird. Die allgemeine Aufklärung, die ihn aus der Welt schafft, wird sicher noch lange auf sich warten lassen; bis dahin hat die Wissenschaft die Pflicht, einesteils die eventuell vorkommenden verdächtigen Fälle der Wahrheit gemäß zu klären, andererseits die Fälle der Vergangenheit — die gelegentlich als Exempel herbeigezogen werden könnten — zu beleuchten. Von großer Bedeutung in dieser Beziehung ist das Werk des Reichstagsabgeordneten Karl v. Eötvös, welches den hochberühmten Prozeß von Tisza-Eszlár — der seinerzeit die ganze Welt in Erregung hielt — in aktenmäßiger Darstellung enthält. Vortragender erläutert einen von Eötvös erwähnten Fall der Vergangenheit. Im Jahre 1764 wurde ein Knabe von fünf Jahren vermißt und am dritten Tage tot im Walde aufgefunden. Der Verdacht des Ritualmordes wird dadurch bekräftigt, daß die Sachverständigen am Körper der Leiche hebräische Buchstaben entdeckten. Der Verdacht ist so stark, daß bei zwei Verdächtigen auf das Verhör mittels Tortur erkannt wird. Einer der Beschuldigten endet im Laufe der Untersuchung sein Leben im Kerker; alle andern werden freigesprochen. Vortragender beweist an einem Oelgemälde, welches seinerzeit von der Leiche verfertigt wurde, daß die verdächtigen Zeichen einfach Leichenerscheinungen sind, entstanden durch Fäulnis bei Lage der Leiche auf unebenem Boden. — In einem zweiten Falle aus dem Jahre 1791 folgerten die Sachverständigen einfach daraus, daß die große Kopfschlagader bei einer faulen Leiche leer befunden wurde, auf das Blutabtropfen. — Auch im Prozeß von Tisza-Eszlár ließen sich die Sachverständigen durch Leichenerscheinungen irreführen. Mit bewundernswertem Scharfsinn hat der Verteidiger Eötvös die Fehler und Lücken des Sachverständigenbeweises entdeckt und die Revision ihrer Tätigkeit erwirkt. Wir sehen in seinem Werke, wie sich der große Prozeß durch Mitwirken verschiedener Faktoren aufbaut und dann im Lichte der Wahrheit doch zusammenstürzt. Ein lehrreicheres Buch für die Praxis der Strafrechtspflege können wir kaum finden.

Eine antisemitische Entgleisung? Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

In dem Buche „Erziehung zur Mannhaftigkeit“ (3. Auflage) von Prof. Gurlitt befindet sich auf Seite 232 eine Aeußerung, die an einem so freidenkenden, vorurteilslosen Manne sehr auffallen muß. Es heißt daselbst:

„Jüdische Artikelschreiber schwärmen für die fröhliche, selige Weihnachtszeit, machen alle Wonnen des kirchengläubigen Herzens auf dem geduldigen Papiere mit, erglühen für liebenswürdige Prinzen, Prinzeßchen, die sie nie gesehen haben und die ihnen völlig gleichgültig sind, ereifern sich für hohe Gäste ihrer Landesherren, mögen diese auch innen und außen schwarz sein wie der Teufel, dulden keine öffentliche Erregung, obschon sie sie lebhaft teilen, besänftigen jede Lebenswelle, auf daß der Bürger ruhig weiter schlafe und kein Abonnent abspringe und berichten über Vorstellungen und Konzerte, die sie nicht mitgemacht haben, mit erdichteter Begeisterung und Entrüstung.“

Wenn dergleichen von jüdischen Artikelschreibern gesagt wird oder von ihnen geschieht, so muß solches Gebahren als höchst geschmack- und taktlos ganz entschieden verurteilt werden. Soll aber damit gesagt werden, daß sie als Vertreter des Judentums anzusehen seien, so muß eine solche Anschauung als unrichtig bezw. den Tatsachen nicht entsprechend ernstlich zurückgewiesen werden. Ist nun etwa der betr. Redakteur eines politischen Blattes zufällig ein Jude, so repräsentiert er mit derartigen Phrasen doch nicht das Judentum als solches, sondern höchstens die Tendenz seines Blattes — als Jude scheidet er völlig aus. Was nun ferner den jüdischen Artikelschreibern zur Last gelegt wird, so trifft der Vorwurf der höfischen Liebedienerei, der Kriecherei und Charakterlosigkeit 2c. ebensowohl christliche wie jüdische Artikelschreiber. In welchem Umfange ein solcher Vorwurf überhaupt berechtigt ist, soll hier nicht näher untersucht werden.

Zu gunsten eines so vornehm denkenden Mannes wie Prof. Gurlitt soll nun gern angenommen werden, daß ihm das Beiwort „jüdische“ vielleicht wider seine Absicht entschlüpft ist. Wenn aber die Behauptung mit allem Bedacht aufgestellt sein sollte, so hätte der Verfasser die positiven Beweise für diese Anschuldigung nicht schuldig bleiben dürfen. Daß endlich diese generalisierende Aeußerung etwa in Anwandlung einer antisemitischen Allüre getan worden sei, das steht nicht nur in Widerspruch mit der ganzen Tendenz des Buches, sondern entspricht auch keineswegs dem freimütigen Charakter des Verfassers. Was mag ihn nun wohl zu dieser Aeußerung veranlaßt haben?

Gegen Adolf Bartels. In Nr. 19 der Halbmonatsschrift „Der Volkserzieher“ schreibt Dr. Strecker-Nauheim:

Von E. Wernecke (Bremen) wird das Buch „Heinegenossen“ von Adolf Bartels empfohlen. Es wird dabei von einer „wüsten Hetze“ gegen Bartels gesprochen. Die Gegner von Bartels (zu denen ich mich sehr energisch mitzähle), werden überhaupt in einem Ton beiseite geschoben, der nichts weniger als sachlich ist. Bartels dagegen erscheint als der echte, edle, große Vorkämpfer deutschen Wesens.

Ich bin weder „Jude“ noch „Judengenosse“. Die Art aber, wie Bartels alle Probleme der Welt im „Antisemitismus“ gelöst findet, kommt mir trotzdem recht wenig befriedigend vor. Wenn er von Lessings „Nathan“ sagen kann, das Stück habe (in unserer von pfäffischer Intoleranz strotzenden Zeit!) nur noch rein historischen Wert, wenn er in der orthodoxen Lutherischen Kirchenzeitung die freie Religiosität unserer Klassiker zwar notgedrungen anerkennt, aber dann vom „Korpsgeist“ spricht, der auch die orthodoxesten Lieder mitsingt, in „ungeschminkter Wahrheit“ verschweigend, wie er eigentlich darüber denkt, wenn er liberalen Politikern (und ich bin das aus ehrlicher Ueberzeugung) vorzuwerfen wagt, er habe weiter kein Programm, als daß „alles ruiniert sein müsse“ — wenn man mit solcher Bartelschen „Ursprünglichkeit“ immer wieder zu tun bekommt, da ist es denn doch wahrlich begreiflich, daß man auch als guter, ehrlicher deutscher Mann einmal gegen Bartels das Wort ergreift. Wenn Herr Bartels feststellt, „daß auch nicht einer seiner Gegner ihn wissenschaftlich zu widerlegen vermocht hat,“ so ist das mindestens keine unparteiliche Feststellung. Es gibt Männer, die wirklich anders darüber denken, ohne etwa „Juden“ oder wissenschaftliche Rohlinge zu sein. Sogar über Bartels Literaturgeschichte, dieses

überaus fleißige Konglomerat, dem leider nur das geistige Band fehlt, werden nicht alle so befriedigt urteilen wie er selbst. Man ist deshalb allein noch nicht unwiderlegbar, weil man sich selbst dafür hält.

Also bitte nicht den Gegnern von Herrn Adolf Bartels so schlankweg Deutschtum, Wissenschaftlichkeit, Ehrlichkeit, Gesinnungsreinheit usw. absprechen. Selbst wenn Herr Bartels ein Engel wäre, so sind wir deshalb doch noch keine Schufte.

Mannheim. Ein interessantes Urteil hat das Kaufmannsgericht in seiner letzten Sitzung gefällt. In den Diensten einer hiesigen Eisenhandlung, deren beide Inhaber Juden sind, stand zuerst als Reisender, zuletzt als Verkäufer mit einem Gehalt von 150 Mark ein junger Mann. Am 12. August nachmittags erging sich dieser im Geschäfte einem Kunden und dem anderen Personale gegenüber in antisemitischen Redensarten. Als die Chefs davon hörten, entließen sie begreiflicherweise Weise sogleich ihren Angestellten mit sofortiger Wirkung. Dieser aber hatte nichts Eiligeres zu tun, als seine Chefs auf die Gehaltszahlung von dem Entlassungstage bis zum 30. September mit 245 Mk. zu verklagen. Nachdem im ersten Termin der junge Mann zur Zurücknahme seiner Klage nicht zu bewegen war, erfolgte eine weitere Klageabweisung, da das Gericht anerkannte, daß das Verhalten des Klägers seine Prinzipale zur sofortigen Entlassung berechtigte.

Eduard Grieg, der kürzlich verstorbene norwegische Komponist, hat sich s. Z. in wärmster Weise des „Gefangenen der Teufelsinsel", Alfred Dreyfus, angenommen. Seine Empörung über den Fall Dreyfus war derart stark, daß er 1899 wegen des Dreyfusfalles eine Einladung zu Konzerten in Frankreich entschieden ablehnte. Er ward darum auch von den Antisemiten aufs Heftigste angegriffen.

Ein geheimes Zirkular des „echtrussischen" Verbandes. Aus Petersburg wird geschrieben:

Der Verband des russischen Volkes erließ am 18. September unter Nr. 3139 ein geheimes Zirkular an alle Verbands-Filialen, das folgenden Inhalt hat: „Das Zentral-Komitee des Verbandes übersendet anbei ein Exemplar des Zirkulars des Ministers des Innern, welches das Wohnrecht der Juden in Rußland erweitert und fordert Sie auf, zunächst allen Verbandsfilialen Ihres Gouvernements klarzulegen, wie schädlich dieses Zirkular sei. Ferner müssen alle Verbandsfilialen an den Kaiser Telegramme richten, in denen Glückwünsche wegen der Errettung bei der Standart-Katastrophe" ausgesprochen werden sollen und die Bitte, es solle die Ausdehnung des Wohnrechts der Juden in Rußland auf Grund des oben genannten Zirkulars verboten werden; es soll der Ansiedelungsrayon wiederhergestellt werden, und es sollen alle Juden ausgewiesen werden, die ungesetzlich sich irgendwo außerhalb desselben angesiedelt haben.

Dem Zirkular sind beigelegt: 1. Eine Photographie des Präsidenten des Zentral-Komitees Herrn Dubrowin, 2. eine moderne Karte Europas. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Beilagen ist bestimmt zur Vermehrung der Mittel des Verbandsorgans, und wir empfehlen Ihnen daher, den Verkauf in möglichst größerem Umfange zu organisieren." Zum Schluß folgen die Preise der beiden Photographien. Das Zirkular, das noch nicht versendet ist, ist vom Präsidenten des Verbandes, Dubrowin, der also selbst die Verbreitung seiner Bilder empfiehlt, unterzeichnet.

In den nächsten Tagen ist also eine Flut von untertänigsten Depeschen an den Zaren zu erwarten, mit dem oben wiedergegebenen Inhalt. — Auf solche Weise wird also der „Volkswille" fabriziert. —

Ein Stolypin'sches Zirkular, welches das Wohnrecht der Juden erweitern soll, existiert überhaupt nicht. Es wird hier ein Zirkular gemeint, welches im August vorigen Jahres erlassen wurde und welches der Ortspolizei vorschrieb, diejenigen Juden, welche in der betreffenden Gegend, wenn auch ungesetzlich, sich seit vielen Jahren niedergelassen haben und eine Familie haben, in Ruhe zu lassen, falls sie in politischer Hinsicht nicht gefährlich sind. Von der ganzen Presse wurde das Zirkular seinerzeit als ein Bereicherungsmittel für die Polizei charakterisiert, als ein neues Erpressungsmittel, das die Polizei in die Hände bekommt, denn die Polizei hat die „politische Gesinnung" der Bürger festzustellen. Die „moderne Karte Europas", die dem Zirkular beiliegt, stellt einen Juden dar, der in Gestalt einer Spinne ganz Europa mit seinem Netze umspannt. —

Berichtigung. Die in der letzten Nummer der „Mitteilungen" abgedruckte Resolution zur Judenfrage ist von dem Prager Internationalen Freidenker-Kongreß — nicht Friedenskongreß, wie irrtümlich gedruckt war, beschlossen worden.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 40. Berlin, 2. Oktober 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W, Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W, Magdeburgerstr. 14.**

Großherzog Friedrich von Baden †.

Einer der populärsten und um Deutschland verdientesten Fürsten hat seine Augen für immer geschlossen. Großherzog Friedrich von Baden ist am 28. Sept. auf seiner Lieblingsinsel Mainau sanft entschlummert. Friedrich den Deutschen nannten sie ihn, sie hätten ihn aber mit demselben Rechte Friedrich den Gerechten oder den Edlen heißen dürfen, denn die Gerechtigkeit war die Norm seines Lebens, der Edelmut die Krone seines Herrschertums.

Es ist nicht unsere Art, byzantinische Phrasen zu machen und uns in Ueberschwänglichkeit zu ergehen. Das wäre hier aber auch herzlich schlecht angebracht. Denn die Schlichtheit war der Grundton im Leben des Großherzogs und darin liegt die Erklärung für seine beispiellose Beliebtheit. Er war das Ideal eines bürgerlichen liberalen Herrschers. Und seine Schlichtheit war keine Pose, sie entsprach seiner innerlichen Natur. Er war der erste und geliebteste Bürger Badens, das war sein Stolz und seine Freude. Das Wort Landesvater machte er zur herrlichen Wirklichkeit, denn er fühlte sich als Vater des Landes, dessen Wohlfahrt ihm am Herzen lag. Und auch seine Landeskinder verehrten in ihm den würdigen Patriarchen auf dem Throne, den Vater des Vaterlandes. Wer nicht in Baden gelebt hat, der kann sich kaum ein Bild von der rührenden Liebe machen, die man dem Großherzog überall entgegenbrachte. Die Einwohner Badens waren auf ihn stolz, wie Einer auf seinen großen Vater stolz ist. Ja, die schlichte Größe ist eine angeborene Kunst, die man heutzutage sehr selten findet. Friedrich von Baden besaß sie, und sie war es, die ihn vor allem auszeichnete. Er war in seinem Umgang stets schlicht und einfach, er mied jeden überflüssigen Prunk und jeden künstlichen Nimbus. Er hatte für jeden, der in seine Nähe kam, ein freundliches Wort, er freute sich über jeden arbeitenden Bauer auf dem Felde, über jedes spielende Kind in seinem Schloßgarten und er behandelte auch den geringsten seiner Diener mit einer natürlichen Freundlichkeit.

Ein zweiter Grundzug seines Wesens war die Gerechtigkeit, die aus einem Herzen voller Menschenliebe floß. Er kannte keine Konfessionen und keine Parteien, ihm waren alle Bürger des Landes lieb und teuer. Er empfand es als einen tiefen Schmerz und eine große Schmach, als die antisemitische Flut hochstieg, und er wurde nicht müde, immer wieder zu beteuern, wie sehr er diese Bewegung verabscheue und wie sehr ihm seine jüdischen Landeskinder lieb und teuer seien. Bei jeder Gelegenheit, wenn er einen angesehenen Israeliten empfing, erkundigte er sich nach dem Antisemitismus und versicherte stets, daß die Bewegung keine Berechtigung und keine Zukunft habe und daß er alle seine Landeskinder, ohne Ausnahme, stets schützen werde. Das waren keine leeren Worte in seinem Munde, denn er verkörperte das Prinzip der Gerechtigkeit durch herrliche Taten. In seinem Lande bekleideten Israeliten hohe Richterämter und waren sogar in der Verwaltung vertreten. Er machte einen Israeliten zu seinem Finanzminister und er und sein Land hatten es nie zu bereuen. In seinem Lande wurden israelitische Gelehrte zu ordentlichen Universitätsprofessoren gern ernannt, und an den Volks- wie an den Mittelschulen Badens werden Israeliten ohne jegliches Hindernis zu Lehrern. Er gab den Israeliten eine Kirchenverfassung, die als geradezu mustergiltig angesehen werden darf, behandelte die Vorstände und die Geistlichkeit der Israeliten genau wie die der Protestanten und Katholiken und machte auch in den kleinsten, äußerlichsten Dingen keinen Unterschied zwischen Israeliten und Christen. Die badischen Israeliten hingen aber auch mit einer geradezu kindlichen Dankbarkeit und Verehrung an ihrem geliebten Landesfürsten, und in den letzten Tagen seiner Krankheit herrschte wie man uns von dort schreibt, in allen jüdischen Familien eine düstere Stimmung und die Krankheit des vergötterten Großherzogs lastete schwer auf allen Gemütern.

Auch seine warme Sympathie für den Zionismus entsprang seiner allumfassenden Menschenliebe. Er empfand ein tiefes Mitleid mit den wegen ihres Glaubens verfolgten Juden des Ostens und bekundete es auch öffentlich dadurch, daß er bei der Sammlung für die Opfer der unmenschlichen Pogrome eine namhafte Summe zeichnete. Er glaubte also, daß der Zionismus für diese Unglücklichen eine dauernde Zuflucht schaffen wird. Er beteuerte aber immer, für die deutschen Juden sei kein Zionismus nötig, namentlich nicht für die Israeliten seines Landes.

Großherzog Friedrich machte sein schönes Land zu einem „liberalen Musterländle“ und zu einem geistig und wirtschaftlich fortgeschrittenen deutschen Staat. Ihm ist es hauptsächlich zu verdanken, daß der Einfluß Badens innerhalb des deutschen Reiches weit über seine numerische Bedeutung hinausragt. Er hat es bewiesen, daß gerade der

Fürst eines konstitutionell und liberal regierten Staates alle Kräfte zur gemeinschaftlichen Arbeit im Dienste der Gesamtheit heranziehen und dadurch seinem Lande am nützlichsten werden kann. Baden ist ein lebendiger Beweis dafür, daß der Liberalismus kein leerer Wahn und keine unfruchtbare Negation ist, daß er das Prinzip der allgemeinen Gerechtigkeit und der öffentlichen Wohlfahrt bedeutet. Großherzog Friedrich regierte im Geiste des Liberalismus und die gezeitigten glänzenden Resultate zeigen, daß er es zum Wohle seines Landes tat.

Was Großherzog Friedrich für Deutschlands Einheit, für Deutschlands Größe und Stärke getan hat, das steht in den Annalen der deutschen Geschichte für alle Ewigkeit verzeichnet. Wenn einst die Dokumente, welche heute noch in den Staatsarchiven schlummern, veröffentlicht werden, dann wird die Welt in noch höherem Maße erfahren, welche gewaltigen Verdienste dieser edle deutsche Fürst nicht nur um sein Land, sondern auch um das große deutsche Vaterland hat. Er war der treueste Begleiter und Ratgeber des greisen Kaisers Wilhelm I. in schweren und in glücklichen Tagen und er bewährte sich als echter deutscher Fürst in der großen Zeit, als Deutschlands Einheit geschmiedet ward. Er war einer der Ersten, der auf seine Reservatrechte freudigen Herzens verzichtete, und die großen Opfer, die er auf den Altar der Vaterlandsliebe niederlegte, wirkten nacheifernd und begeisternd auf viele deutsche Fürsten. Auch dem jungen Kaiser bewahrte er seine Liebe und Treue, und wohl kaum ein zweiter Fürst besaß soviel Einfluß auf den Kaiser und verwertete ihn in so segensreicher Weise wie der badische Großherzog.

Nun schlummert dieser edle Fürst den Schlaf des Gerechten, und ganz Deutschland trauert an seiner Bahre. Aber sein Andenken wird stets im Volke leben. Seine leuchtenden Tugenden und seine herrlichen Werke haben ihm im Herzen des deutschen Volkes ein Denkmal für alle Zeiten gesetzt.

Adolf Bartels als Sachverständiger.

In diesen Tagen fand vor dem Berliner Landgericht I eine interessante Prozeßverhandlung statt. Man hatte den Herausgeber der „Schönheit", einer Zeitschrift zur Pflege der Gesundheit, vor den Kadi zitiert, weil der Staatsanwalt vier Bilder einer Nummer, Freilichtaufnahmen nackter Gestalten, für unzüchtig erklärt hatte.

Der Angeklagte hatte einen kleinen Cercle von führenden Männern auf dem Gebiete der Kunst, der Literatur und der deutschen Sittlichkeitsbewegung geladen, um dem Gerichtshofe sachverständige Gutachten zur Frage der Unzüchtigkeit der inkriminierten Bilder zu bieten. Es waren Namen von gutem Klang, die man da vernehmen konnte. Von Karlsruhe kam Hans Thoma, der Nestor der deutschen Maler, von Dresden Johannes Gurlitt. Horra Magnussen aus Berlin war als Vertreter der Bildhauer erschienen, Geh. Sanitätsrat Dr. Küster, Professor Dr. Eulenberg und Dr. Gustav Fritsch-Berlin als Vertreter der Medizin, Professor Max Koch als Künstler, Perscheidt als Kunstphotograph und Dr. med. Marcinowski als Vorsitzender des Vollsbundes zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild.

Eigens auf Wunsch der Staatsanwaltschaft hatte sich aber auch Herr Adolf Bartels aus Weimar eingefunden. Er war gern gekommen, das sah man seinem vor Freude geröteten Gesicht deutlich an, er hatte sich gern eingefunden, um der bedrohten Sittlichkeit beizuspringen.

Alle diese genannten Sachverständigen sahen sich die Bilder prüfend an — sie kannten sie auch schon von früher her — sie fanden aber nichts Unsittliches an ihnen, es waren für sie höchstens harmlose Abbildungen.

Der jetzige Vorsitzende des Bundes zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, Dr. Marcinowski-Tegel, der Nachfolger Otto von Leixners, also der Vertreter einer Richtung, die sonst in künstlerischen Dingen wenig liberal denkt, bezeichnete sogar die staatsanwaltliche Anklage als höchst bedauerlich. Auch Herrn Lizentiat Bahn hatte man geladen, der Sittenstrengsten einen. Er konnte nicht erscheinen, da er in Düsseldorf den Mädchenhandel auf dem Kongreß des deutschen National-Komitees bekämpfte. Aber schon vorher hatte er dem Herausgeber der „Schönheit" geschrieben: „Gerne komme ich Ihnen im Kampfe gegen die Prüderie zu Hilfe —, daß ich in den vier Abbildungen nichts Unsittliches oder Anstößiges sehe, brauche ich wohl nicht hinzuzufügen. —"

So die Gutachten der Sachverständigen, darunter von Leuten, die als orthodox in jeder Hinsicht gelten.

Aber da trat ihnen allein entgegen Adolf Bartels, der gewaltige Kämpe aus Weimar, der freie Schriftsteller, wie er sich auf eine Frage des Verteidigers bezeichnete. Und mit gewaltiger Stimme hub er an:

„Das eine Bild „Im Mai" — es stellt ein nacktes Weib vor, das vor einer Brücke in der Landschaft steht und eine Blume in der Hand hält, nach der es träumerisch schaut — dies Bild ist unsittlich." —

Und raschen Wortes fuhr er weiter fort: „Ueberhaupt ist die ganze Photographie nach dem Leben ein Unfug. Das ist ja alles gemacht und arrangiert. Nackte Menschen kommen doch in der Landschaft nie vor, am wenigsten noch im Mai. Was soll aus einem jungen Kunstschüler werden, wenn er solche Bilder sieht, er muß in ganz falsche Bahnen getrieben werden. (Lachen im Zuhörerraum.) Wenn ein Mann aus dem Volke oder eine anständige Frau dieses Bild „Im Mai" sieht, dann muß ihr Schamgefühl verletzt werden, denn das Weib trägt ja eine ganz künstliche Haarfrisur und gar Diamantenboutons im Ohr. Niemand kümmert sich hier um das ganze Bild, jeder sieht nur das nackte pikante Weib, ein Frauenzimmer. Es ist weiter nichts als eine Fleischausstellung. (Heiterkeit bei den Sachverständigen.) Das große Publikum muß daran Anstoß nehmen. Das Bild mag technisch ganz famos sein, das Sujet wirkt aber ganz unkünstlich. Wenn man, ohne einen höheren künstlerischen Zweck, das Nackte ausstellt, so wirkt das unsittlich." —

Angeklagter: „Ich kann Herrn Bartels nicht als Sachverständigen anerkennen, er ist weder Künstler noch Arzt. Warum hat ihn der Herr Staatsanwalt erst von weit her herbeigeholt? Sind die Berliner Künstler sittlich schon so verrottet, daß sie in der vorliegenden Frage nicht unbefangen urteilen können?"

Adolf Bartels: „Ich stehe seit zwanzig Jahren in der Kunst und urteile über deutsche Dichter und deutsche Kunst. Unsittlich ist die Verführung eines nackten Weibes, wenn man nicht sieht, was die ganze Geschichte für einen Zweck haben soll." —

Verteidiger: „Warum ist denn das Bild unsittlich?" —

Adolf Bartels: „Weil die ganze Erscheinung des Weibes mit der modernen Haarfrisur und den Diamantboutons „gemacht" erscheint." —

Der Verteidiger Rechtsanwalt Werthauer läßt darauf von den andern Sachverständigen sich bestätigen, einen normal empfindenden Menschen sei das Bild unsittlich.

sogenannte Diamant höchstwahrscheinlich — genau läßt sich das nicht feststellen — ein Sonnenblitz ist. —

Adolf Bartels bleibt bei seiner Ansicht. Für einen normal empfindenen Menschen sei das Bild unsittlich.

Angeklagter: „Herr Bartels kann in dieser Frage nicht als Sachverständiger gelten." —

Vorsitzender: „Es kommt mir darauf an, festzustellen, wie das normale Publikum denkt." —

Verteidiger: „Wer sagt uns denn, daß der Herr normal ist?" (Heiterkeit.)

Angeklagter: „Herr Bartels wird in weiten Kreisen nicht ernst genommen. Die „Jugend" verspottete ihn als einen „Recken, stumpf an Urteil". Er ist außerordentlich einseitig und kann nicht als Vertreter des modernen Geschmackes gelten."

Vorsitzender: „Die „Jugend" hat mit unserm Urteil nichts zu tun." —

Adolf Bartels: „Die ganze „Schönheit" gefällt mir nicht. Wenn ich der Staatsanwalt wäre, hätte ich auch noch zwei literarische Beiträge unter Anklage gestellt." (Lärm im Zuhörerraum.)

Verteidiger: „Sie haben eine deutsche Literaturgeschichte verfaßt. Haben Sie darin nicht Frenssens „Hilligenlei" als Schmutzliteratur bezeichnet?"

Adolf Bartels: „Ich habe nur zwei Szenen daraus als unsittlich gekennzeichnet."

In den Plaidoyers, die sich unmittelbar an die Beweisaufnahme anschlossen, bezeichnete Verteidiger Rechtsanwalt Werthauer Herrn Bartels als den letzten Ausläufer einer glücklicherweise überstandenen Richtung. —

Der Angeklagte verwahrte sich darauf nochmals mit aller Energie dagegen, daß Herr Bartels als Sachverständiger anerkannt werde, da er als personifizierte Einseitigkeit bekannt sei. —

Nach kurzer Beratung verkündete der Gerichtshof die Freisprechung des Angeklagten — und Herr Bartels zog sich betrübt zurück.

Antisemitische Schlagworte.

Daß der Antisemitismus seit seinem Entstehen keine neuen Ideen zu erzeugen vermochte und heute noch die ollen Kamellen zu wiederholen verdammt ist, das ist eine psychologisch begreifliche Erscheinung. Der Judenhaß ist ein zu steriler Boden, um neue Gedanken erblühen zu lassen. Jeder Haß beengt den Gedankenkreis des Menschen und macht ihn verbittert, einseitig und ungerecht. Vollends der künstlich gezüchtete Haß gegen eine ganze Bevölkerungsklasse ist nicht dazu angetan, eine freie und tiefe Weltanschauung zu bilden, er muß nicht nur sittlich verrohend, sondern auch geistig beschränkend wirken. Merkwürdig aber ist es, daß auch die Ausdrücke die alten geblieben sind, daß also auch in der Form der Antisemitismus einen Petrefakt bildet, der keineswegs organischer Fortentwickelung fähig ist. Der Antisemitismus stand schon oft vor dem Bankerott, aber er machte es wie mancher Ritter in solcher Lage, er ging Vernunftehen mit allen möglichen und unmöglichen Richtungen ein, und diese Ehen verlängerten seine politische Existenz. Ja, nur seiner künstlichen Verquickung mit sozialen, agrarischen und Mittelstandsideen hat es der Antisemitismus in Deutschland zu verdanken, daß er heute noch politisch eine Rolle spielt. Als nur antisemitische Partei wäre er längst von der Oberfläche verschwunden.

Allein geändert hat sich im Grunde nur die Taktik, der Geist ist derselbe geblieben und auch das Rüstzeug darf einen antiquarischen Wert beanspruchen. Es ist traurig, daß diese alten Schlagworte immer wiederkehren dürfen, ohne dem Fluche der Lächerlichkeit zu verfallen. Das zeigt uns, daß die politische Reife leider noch kein Gemeingut des ganzen deutschen Volkes ist und daß viele Elemente sich von leeren Phrasen leicht einfangen lassen. Auf die gedankenlose Masse üben die Schlagworte, namentlich wenn sie klangvoll sind, eine Anziehungskraft aus, weil sie zu bequem ist, diese Schlager auf ihre Begriffe zu untersuchen. Man weiß ja, daß gerade mit unseren geläufigsten Worten wie Natur, Kunst, Nationalismus, Patriotismus, Deutschtum usw. der größte Mißbrauch getrieben wird. Sie sind eben so sehr geläufig, daß niemand ihren Wert und ihre Bedeutung prüft. Wo atavistische Gefühle, angelernte Vorurteile und nationale Eitelkeit mitspielen, da ist naturgemäß die Unklarheit noch größer, weil man hier am wenigsten geneigt ist, die Worte einer Revision zu unterziehen.

So wandern diese Schlagworte immer weiter und richten überall Unheil an, denn sie fördern die Denkfaulheit und lassen keine gesunde Erkenntnis aufkommen. Es tut daher Not, diese Irrlichter zu verscheuchen, die Schlagworte auf ihre Begriffe zu untersuchen und durch eine Analyse ihre Hohlheit aufzudecken. Aus der Fülle dieser Lockmittel für politische Kinder greifen wir heute nur zwei heraus.

Zu den bekanntesten geistigen falschen Münzen, die im deutschen Volke im Umlaufe sind, gehört das Wort vom Gast- und Wirtsvolk. Die Christen werden als die Wirte, die Juden als die Gäste in den deutschen Landen hingestellt. Aus dieser Prämisse wird dann gefolgert, daß die Juden die Pflicht haben, sich stets bescheiden und dankbar zu zeigen, nie in den Vordergrund zu treten und sich damit zu begnügen, was die gütigen Wirte ihnen großmütig einräumen. Die deutschen Christen aber haben das Recht, die Juden nach ihrem Geschmack zu behandeln, sie zu ignorieren und ihre Rechte einzuschränken, wo es ihnen paßt, kurzum: sie als solche zu betrachten, die von ihrer Gnade abhängen und von ihnen zu verlangen, daß sie ohne Murren sich mit der Rolle bescheiden, welche sie ihnen zuweisen. Das Wort Gastvolk ist, wenn wir nicht irren, von dem geistvollen, aber einseitig chauvinistischen Treitschke geprägt worden. Wer Gelegenheit hatte, die hochinteressanten Vorlesungen dieses Mannes zu hören, der weiß, wie leicht er sich von seinen subjektiven Gefühlen hinreißen ließ und wie wenig er sich Mühe gab, Richtungen und Ideen, die ihm nicht gefielen, gerecht zu werden. Tatsächlich ist dieses Wort, das eine so große Verwirrung in den unklaren Köpfen angerichtet hat, nicht nur ungerecht, sondern auch logisch unmöglich. Ein Volk kann nie bei einem andern zu Gast sein, es kann hier nie das Verhältnis wie zwischen Gastgeber und Gast herrschen. Wenn ein Volk das andere bei sich aufnimmt, so mag es aus Humanität oder aus Klugheit geschehen, von dem Moment der Aufnahme ab aber hat das fremde Volk Bürgerrecht erlangt. Es kann zwischen diesen beiden homogenen oder heterogenen Elementen nur die Norm von Pflicht und Recht, von Leistung und Gegenleistung Anwendung finden. Eine andere Grundlage gibt es im Leben der Völker nicht. Haben also die Juden alle Pflichten zu tragen, dann muß man ihnen auch alle Rechte einräumen, nicht nur auf dem Papier, sondern auch im Leben. Die Emanzipation der Juden war kein großmütiges Geschenk, sondern sie war das Postulat einer liberalen Weltanschauung. Ein moderner liberaler Staat kann keine Ausnahmegesetze dulden, er kann sich nur auf die Basis gleicher Bürger stützen. Es wäre also ein Zusammenleben gar nicht möglich, wenn die Juden nur geduldete Gäste wären. Und warum sollen die Juden in Deutschland Gäste sein? Weil sie andere Haare und andere Nasen haben? Oder weil sie in die Synagoge und nicht in die Kirche gehen? Ach ja, sie sind erst später in Deutschland eingewandert! Nun steht es geschichtlich fest,

daß viele Juden schon mit den Römern nach Deutschland gekommen sind, also bereits seit 2000 Jahren auf deutschem Boden ansässig sind. Ebenso ist es sicher, daß die weitgrößte Zahl der jüdischen Familien mindestens seit 7—800 Jahren in Deutschland leben. Genügt diese lange Zeit nicht, um Bürgerrecht zu beanspruchen? Aber — hängt denn das Heimatsrecht eines Bürgers überhaupt von der Zeit ab, wie lange seine Vorfahren im Lande lebten? Ist das ein moderner oder auch nur gerechter Standpunkt? Wißt ihr denn, seit wann die Vorfahren der christlichen Bevölkerung in Deutschland wohnten? Die meisten von euch wissen ja nicht einmal, wie eure Urgroßväter geheißen und was sie getrieben haben. Die Hugenotten sind erst sehr spät nach Deutschland gekommen und niemand wird es einfallen, ihren Nachkommen darum ihre Rechte zu kürzen. Haben die Juden nicht mindestens ebensoviel Anrecht auf deutsches Bürgertum wie diese Hugenotten?

Und wer sind die Wirte? Die Deutschen, die Nachkommen der reinen Germanen, denen Deutschland von Rechtswegen als väterliches Erbe gehört. Könnt ihr uns solche rein destillierte Germanen nennen? Wißt ihr nicht, daß in Millionen von Deutschen romanisches, slavisches und auch semitisches Blut fließt? Wer also darf sich hier als Wirt und Gastgeber aufspielen? Und seit wann ist es unter zivilisierten Menschen Sitte, Gäste schlechter als Einheimische zu behandeln? Im Gegenteil pflegt jeder gesittete Mensch das Gastrecht besonders heilig zu halten und seinem Gast wohlwollend und liebenswürdig entgegenzukommen. Und wahrlich, wir Deutsche haben am meisten Ursache, die Gäste in unserer Mitte höflich und vornehm zu behandeln, denn Millionen des deutschen Volkes leben in fremden Ländern, wo sie nur Minoritäten bilden und wo sie auf die Gerechtigkeit der andern Bevölkerung angewiesen sind.

Von welcher Seite man auch diesen Begriff anfaßt, er erweist sich als barbarisch ungerecht und logisch unmöglich. Es gibt in Deutschland keine Wirts- und keine Gastvölker, alle sind Söhne des Vaterlandes, welche ihre Pflichten zu tragen, dafür aber auch ihre Rechte als volle Bürger zu beanspruchen haben. Unter Pflichten verstehen wir nicht nur Steuerentrichtung und Dienstleistung im Heere, sondern auch die Förderung der sozialen und kulturellen Wohlfahrt des Vaterlandes, die Liebe zum Deutschtum und die Unterstützung alles Guten und Schönen. Aber ebenso verstehen wir auch unter Rechten nicht nur das Recht, sein Gewerbe auszuüben, seine Person und sein Eigentum geschützt zu sehen und von den staatlichen Einrichtungen Gebrauch zu machen, sondern auch das Recht, vom Staate in jeder Beziehung als gleichwertig angesehen zu werden und zu allen Ehren und Aemtern zugelassen zu werden, für die die sittlichen und geistigen Qualifikationen vorhanden sind. Und auch von den Bürgern andern Glaubens darf jeder anständige Mensch Achtung verlangen. Er darf fordern, daß seine Freude am Vaterlande ihm nicht durch jämmerliche Verleumdung und niedrige Beschimpfung verkümmert wird.

Ein vielleicht noch schlimmerer Mißbrauch wird mit dem Worte A s s i m i l a t i o n getrieben. Und das ist auch begreiflich. Denn bei einem Fremdwort ist die Unklarheit im allgemeinen noch größer. Bei fremden Münzen ist es natürlich noch schwieriger als bei den heimischen, die echten von den falschen zu unterscheiden. Seit Generationen kehrt der Vorwurf der offenen und versteckten Antisemiten immer wieder, die Juden wollten und könnten sich nicht assimilieren. Dem gegenüber klagen die Zionisten, die deutschen Juden seien zu sehr assimiliert. Man sieht schon daraus, wie viel Unklarheit hier herrscht. In Wirklichkeit versucht man auf beiden Seiten sehr selten, den Begriff Assimilation zu definieren und man verbindet daher hüben und drüben eine ganze Reihe falscher Vorstellungen. Sich assimilieren heißt ähnlich werden, sich anpassen. Wenn ein Franzose oder Engländer nach Deutschland zieht, die deutsche Sprache erlernt, sich in Kleidung, Sitten und Manieren den deutschen Verhältnissen anpaßt, so hat er sich assimiliert. Es braucht dabei nicht einmal ein psychischer Prozeß der inneren Umwandlung stattzufinden. Wer wird nun im Ernst bestreiten wollen, daß die Juden Deutschlands sich in diesem Sinne längst assimiliert haben? Die deutschen Juden sprechen deutsch, kleiden sich wie die andern und ihre Sitten und Manieren — von der Religion und ihren Zeremonien abgesehen — unterscheiden sich in nichts von denen der andern Bevölkerung. Nur muß man freilich nicht den Fehler begehen, den jüdischen Hausierer mit dem christlichen Geheimrat zu vergleichen. Vergleicht man den Juden mit dem Christen desselben Standes und derselben Bildungsart, dann wird sich als Resultat erweisen, daß sie in nichts voneinander abweichen. Aber auch i n n e r l i c h hat sich der Jude bereits seit Generationen den deutschen Verhältnissen angepaßt. Er lebt im deutschen Milieu und er gehört ganz der deutschen Kultur an. Man erkundige sich im Theater und im Konzertsaal, wer die fleißigsten Besucher sind, man frage beim Buchhändler, wer die meisten Bücher kauft, in der Leihbibliothek, wer die eifrigsten Leser sind, beim Künstler, wer die meisten Bilder kauft, und man wird überall die Antwort bekommen, daß die Juden hier einen wichtigen Faktor bilden. Wer in Mittelstädten gelebt hat, der wird es noch besser bestätigen können als der Berliner. Nur mag ja der größere Wohlstand der jüdischen Bevölkerung gewiß auch dabei eine Rolle spielen, aber niemand wird bestreiten dürfen, daß sich darin eine warme Liebe für die Erzeugnisse des deutschen Geistes und der deutschen Kunst bekundet. Der zuverlässigste Messer für die Liebe zu einer Kultur ist der Gebrauch, den man von ihr macht. Große Worte sind so billig wie Brombeeren, und wenn es danach ginge, wären allerdings unsere antisemitischen Phrasenhelden die mächtigsten Stützen der deutschen Kultur. Wenn aber unsere Dichter und Künstler warten müßten, bis die Antisemiten ihre Werke kaufen, dann müßten sie verhungern. Diese „echten Stützen des reinen Germanismus" sprechen zwar viel von den germanischen Tugenden, betätigen aber mit Vorliebe nur die germanische Untugend des unmäßigen Trinkens. Jeder Unbefangene wird also zugeben müssen, daß die Juden homogene Mitglieder der deutschen Gesellschaft und treue Anhänger der deutschen Kultur sind.

Aber — sagen unsere vornehmen Antisemiten — die Juden gehen nicht restlos im deutschen Volke auf. Das ist wahr, nur ist das kein vernünftiger, geschweige gerechter Vorwurf. Restlos aufgehen ist kein wissenschaftlicher Ausdruck. Psychologisch betrachtet ist das unmöglich und selbst durch einen Prozeß der Amalgamierung in Jahrhunderten kaum zu erreichen. Gewiß, die Juden bilden eine ausgeprägte Individualität in psychologischer Beziehung, genau so wie die Schwaben und Mecklenburger. Aber — ist das ein Unglück für das Reich? Wir haben lange kulturell unter dem Fluche der Nivellierung zu leiden gehabt und heute wissen wir wohl, daß es nichts Höheres gibt als die Individualität. Es ist ein Glück für Deutschland, daß hier eine Mannigfaltigkeit der Individualität, ein farbenreiches, prächtiges Bild in der Kultur vorhanden ist. Ein großes Reich kann nicht aus einer Menschenklasse bestehen. Bedingung ist nur, daß sich alle diese verschiedenen Töne zu einer einheitlichen Symphonie vereinigen, daß sie einander ergänzen und nicht be-

kämpfen, denn erst dann kommen die Dissonanzen zum Vorschein. Ja, die Juden sind seelisch differenziert und sie zeigen in ihrem Denken und Empfinden eine besondere Note. Das hat sie aber niemals daran gehindert, freudigen Herzens die deutsche Kultur zu fördern und voller Begeisterung für die Vertiefung und Veredelung des deutschen Wesens einzutreten. Vor allem haben diese seelischen Nüancierungen mit dem bürgerlichen Leben und mit dem Staatsorganismus nichts zu schaffen. Denn der Staat kann sich seiner ganzen Natur nach nur mit realen Dingen, mit konkreten Pflichten und Rechten und nicht mit Seelenregungen und zarten lyrischen Hauchen befassen. Wenn übrigens eine völlige Amalgamierung möglich wäre, so wäre sie nur durch eine lange und intensive Blutmischung zu erreichen. Die gesellschaftliche Isolierung der Juden aber — eine Frucht antisemitischer Volksverhetzung — macht die Mischehe zu einer ganz sporadischen Erscheinung. Unsere berufsmäßigen Judenhasser also, die eine Scheidewand zwischen Juden und Christen errichten möchten, haben am allerwenigsten das Recht, über die „jüdische Absonderung" zu klagen.

Auch dieses Schlagwort also erweist sich als ungerecht und unvernünftig und kann keine ernste Kritik vertragen. All und überall finden wir auf dem antisemitischen Gebiete dieselbe Erscheinung: Unklarheit und Verworrenheit. Aber wie sagt Goethe? „Wo die Begriffe fehlen, da stellt sich das Wort ein". Aber die Anhänger des Antisemitismus haben sich längst den überflüssigen Luxus des kritischen Denkens abgewöhnt. Sie wollen keine Klarheit haben, denn der Nebel ist das Element, in dem sie sich am wohlsten fühlen.

Amerikanischer Brief.

Unsere Einwanderungsgegner hatten es, wie Sie drüben ja wissen, durchgesetzt, daß eine Kommission Europa durchzog, um zu sehen, welche Einwanderungsbeschränkungen sich etwa noch empfehlen ließen. Die guten vorsorglichen Leute fürchten, daß die Vereinigten Staaten nicht Raum genug für die Amerikaner haben möchten, wenn der Einwanderungsstrom ungehindert zugelassen würde. Dabei könnten die Vereinigten Staaten noch weit über zehnmal so dicht bevölkert sein, als sie sind, d. h. noch gut achthundert Millionen Menschen aufnehmen, ehe sie die Bevölkerungsdichtigkeit von Deutschland erreichten, das doch nicht das dichtest bevölkerte Land in Europa ist. Dabei ist das Gebiet der nordamerikanischen Union in mehr als einer Beziehung viel reicher als Deutschland und hat diese viel größere und zukunftsreichere Hinterländer als Deutschland. Aber hat es ja doch bereits vor einem halben Jahrhundert, als die Vereinigten Staaten kaum etwa die Hälfte ihrer jetzigen Einwohnerzahl hatten, ängstliche, richtiger mißgünstige und kurzsichtige Leute hier gegeben, die dieselbe Furcht hatten und dieselben Wünsche äußerten.

Die jetzigen Beklemmungen sind verursacht worden ganz besonders durch die in der Tat große Zahl jüdischer Einwanderer, wie man zugeben muß, wenig voreinnehmender Qualität. Aber selbst diese akklimatisieren und assimilieren sich überraschend schnell, und es wird von jüdischer Seite außerordentlich viel getan, um die Assimilation zu beschleunigen. Die Einwanderer werden in der Sprache, der Geschichte, den amerikanischen Anschauungen unterrichtet, mit den politischen Einrichtungen, mit den Rechten und Pflichten amerikanischer Bürger bekannt gemacht und das wirtschaftliche Fußfassen und Fortkommen wird ihnen möglichst erleichtert. Um die Ueberfüllung der großen Städte zu verhindern, bemüht man sich, die jüdischen Einwanderer möglichst zu verteilen. Am meisten Erfolg verspricht die Einrichtung besonderer Dampferlinien nach südamerikanischen Häfen, von wo aus die Einwanderer nach den zahlreichen süd- und westamerikanischen Städten und Dörfern gehen, wo große Nachfrage nach Arbeitern herrscht. In Galveston und New Orleans werden die im Osten scheel angesehenen jüdischen Einwanderer mit Jubel aufgenommen und mit offiziellen Ansprachen und Erfrischungen empfangen. Es war geradezu rührend zu sehen, welchen Eindruck es auf die der grausamsten Verfolgung eben entflohenen Einwanderer machte, als sie in Galveston vom Bürgermeister der Stadt mit einer Ansprache und mit Händeschütteln empfangen wurden, und noch rührender, wie die Unglücklichen dem erstaunten Ausdruck gaben.

Der Hauptgrund der Furcht vor den jüdischen Einwanderern mehr noch wie vor den chinesischen, japanischen und indischen Einwanderern ist nicht Rassen- und Religionshaß, nicht eigentlicher Antisemitismus, sondern er ist wirtschaftlicher Natur. Das ginge schon aus obigem hervor, wenn es nicht die Arbeiterführer auch ausdrücklich eingeständen. Um eben nur notdürftig das Dasein zu fristen, übernehmen die jüdischen Einwanderer Arbeit für jeden Preis. Wenn das ein unerträgliches Uebel ist, dann wäre die Festsetzung eines Minimalarbeitslohnes jedenfalls ein richtigeres und würdigeres Auskunftsmittel als die Verfolgung der Einwanderer oder ihre Ausschließung, durch die sich so fortgeschrittene Länder wie die Vereinigten Staaten nicht beflecken sollten; beflecken und politisch möglicherweise Komplikationen allerernstester Natur heraufbeschwören.

Seltsam! In Europa macht man den Juden zum Vorwurf, daß sie nicht arbeiten — ein unbegründeter, aber doch ein allgemeiner Vorwurf —, in Amerika wird ihnen ein Strick aus ihrer Arbeitsfreudigkeit auf den verschiedensten Gebieten gewerblichen Lebens gedreht. Sie kommen zu Zehntausenden als gelernte und auch geschickte und brauchbare Arbeiter ins Land, und die kein Handwerk gelernt haben, werden hier durch jüdische Vereine in technischen Schulen als Elektriker, Zeichner, Maschinenarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede usw. ausgebildet und in diesen Gewerben und Handwerken verdienen sie dann ihr Brot. Ebenso werden die eingewanderten Mädchen, die nicht ein Handwerk bereits ausüben, als Schneiderinnen, Putzmacherinnen, Maschinenschreiberinnen ausgebildet oder zur Uebernahme von Hausarbeiten angehalten.

Besondere Anstrengungen werden gemacht, junge Juden in landwirtschaftlichen Schulen praktischen und theoretischen Unterricht in der Landwirtschaft zu erteilen und ihnen als Farmer fortzuhelfen, was zum Teil von unerwartetem Erfolge begleitet ist. Selbstverständlich werden für landwirtschaftliche Tätigkeit hauptsächlich solche ausgesucht, die sich für sie besonders eignen oder die besonderen Drang zu ihr verspüren. Man wird das begreifen, wenn man bedenkt, daß in den Ländern, von welchen die Einwanderer meist stammen, ihnen landwirtschaftliche Tätigkeit nicht gestattet oder doch infolge der historischen Entwicklung gänzlich unbekannt war. Mit welchem Erfolge man da gearbeitet hat, das lehrt am besten die jüdische Kolonie Woodbine, deren an dieser Stelle wohl bereits öfter Erwähnung getan worden ist, die aber nicht die einzige jüdische Bauernkolonie ist.

Eine Judenstadt mit jüdischer Selbstverwaltung ist Woodbine, in dem nordamerikanischen Staate New Jersey. Es ist dies eine Stadt von 2500 Einwohnern, darunter nur sechzehn Christen, die im besten Einvernehmen mit der jüdischen Majorität leben. Die Stadt ist erst sechzehn Jahre alt, und seit vier Jahren hat sie ihre eigene Verwaltung und somit seit der Zerstörung Jerusalems die erste jüdische Stadt, die sich selbst verwaltet. Was aber das merkwürdigste ist, das ist, daß

die jüdischen Bewohner durchweg Ackerbauer sind, also arbeiten und produzieren. Nicht minder bemerkenswert ist, daß die Einwohner Woodbines durchweg russische, und zu einem geringen Teile rumänische und galizische Juden sind. Sie waren, wie man sich denken kann, ursprünglich nicht Bauern, aber sie waren entschlossen, dem Stadtleben Valet zu sagen und sich dem Landleben zu widmen. Der Boden, den sie erst urbar zu machen hatten, war nicht sonderlich fruchtbar, namentlich eignete er sich nicht für den Weinbau, dem sie sich zunächst zugewandt hatten. Sie sahen das bald ein, gaben den Weinbau auf und begnügten sich mit dem Anbau von Kartoffeln. Der Melioration des Bodens wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt und mit geübtem Geschäftsblick suchten und fanden sie Absatz für ihre landwirtschaftlichen Produkte an der Küste. Der Ertrag des Bodens reichte trotzdem nicht aus, die Bewohner zu ernähren, und so wurde auch eine Industrie geschaffen. Es entstanden durchaus modern angelegte Fabriken, wie eine Trikotage-, eine Korsettfabrik; Konfektion kam hinzu, eine große Schlächterei usw. Die Einnahmen sind zwar etwas geringer als in den Städten, aber da jeder ansässige Arbeiter sein Haus mit Garten besitzt und dank dem Anbau von Gemüse und Obst so manche Ausgabe erspart, haben die Bewohner ihr gutes Auskommen. Woodbine ist elektrisch beleuchtet, hat landwirtschaftliche und andere Schulen, eine stattliche Bibliothek und ist auch in sanitärer Beziehung gut versorgt. Besonders viel wird für den Unterricht getan. Die landwirtschaftliche Schule ist eine der besten im Lande und die aus ihr hervorgegangenen Schüler finden, soweit sie sich nicht am Ort selbst ansässig machen, leicht Beschäftigung auf andern Farmen. Charakteristisch ist, daß für Schulzwecke in den letzten drei Jahren mehr als die Hälfte aller Einnahmen verausgabt worden ist. Nicht minder charakteristisch, daß in dem Orte nur ein Betrunkener festgenommen wurde, und dieser war ein Christ aus der Nachbarschaft. Bemerkt sei noch, daß es eine ganze Anzahl jüdischer Bauernstädte in den Staaten Massachusetts, Connecticut, Dakota, Michigan, Illinois usw. gibt.

„Die jüdische Bauernkolonie Woodbine ist eine praktische Widerlegung des oberflächlichen Beobachtern und Beurteilern am unwiderleglichsten scheinenden Vorwurfs, der den Juden gemacht wird, daß sie nämlich nicht schwere Arbeiten verrichten können bezw. wollen, nicht produktiv sich betätigen. Hier tun sie es sowohl landwirtschaftlich als auch industriell. Dabei unterscheidet sich Woodbine in nichts von anderen amerikanischen Städtchen gleicher Größe. Noch ein anderes Vorurteil über die Juden wird in Woodbine widerlegt. Es ist eine ständige Behauptung in der antisemitischen Presse, daß, wo die Juden in der Majorität seien, sie sich intolerant gebärden, zu tyrannisieren lieben. Nun hier, wo die Juden nicht nur in der Majorität sind, sondern die ganze in Amerika den sich selbst regierenden Kommunen eingeräumte Macht in Händen haben, herrscht das vollständigste Einvernehmen zwischen Christen und Juden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß man in Woodbine fast durchweg mit streng orthodoxen, weniger gebildeten Juden zu tun hat, daß modernere Juden als es russische, rumänische und galizische Juden gewöhnlich sind, sich weit eher assimilieren wollen und können, und naturgemäß viel toleranter sind.

In Woodbine wird man beispielsweise den religiösen Eifer und die Rücksichtslosigkeit gegen Andersgläubige niemals so weit treiben, wie in etlichen amerikanischen Städten und Staaten, die durch besondere kommunale und staatliche Bestimmungen Konfessionen und Sekten, die den Sabbath feiern, zwingen, auch den Sonntag streng zu halten, d. h. einen Arbeitstag mehr als die christlichen Konkurrenten zu verlieren. Alle Bemühungen durchzusetzen, daß, wer einen Tag in der Woche nachweislich ruht, nicht noch einen zweiten solle ebenso streng innezuhalten brauchen, scheitern an dem religiösen Uebereifer, zu dem sich allerdings ein gut Stück Konkurrenteneifer gesellt. Aber solche Rücksichtslosigkeiten gegen Andersgläubige, wie sie sich vielfach gegen Juden in der Erzwingung einer absoluten zweiten Sabbatruhe, in der Antischachtbewegung, zeigen, rächen sich manchmal auf gar seltsame Weise. Im Staate Georgia haben die Temperenzler das Heft in Händen. Sie haben das benutzt, um eine Bestimmung zu erlassen, die am 1. Januar 1908 in Kraft treten soll, nach der es verboten ist, beim Abendmahl Wein zu verabreichen. Der Geistliche, der es dennoch tut, wird so oft bestraft, als er Mitgliedern seiner Gemeinde den Weinpokal gegeben. Natürlich ist das den Christen, die in hergebrachter Weise das Abendmahl nehmen wollen, nicht recht und sie petitionieren, daß Jedem gestattet sein solle, nach seiner Façon das Abendmahl zu erhalten. Auch in religiösen Dingen gilt die Maxime: Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem Andern zu.

Da fühlen wir uns versucht, hier ein Beispiel jüdischer Toleranz anzufügen. Man weiß und wird begreifen, daß die Juden nicht gut zu sprechen sind auf die christlichen Missionen, die sich's viel, sehr viel Geld kosten lassen und obendrein nicht immer schöne Mittel anwenden, um Juden ihrer Religion abwendig zu machen. Dennoch ist ein Rabbiner voll des Lobes für die christliche Mission in Beirut, weil diese, obwohl sie die jüdischen Schüler ihrer Lehranstalt zwingen, dem christlichen Gottesdienste beizuwohnen, so sehr viel für die Bildung und Erziehung der zurückgebliebenen Bevölkerung tue. Er dankte, wie er in einem jüdischen Fachblatt berichtet, persönlich den „edlen" Leitern des Unternehmens für ihre der Humanität und der Bildung geleisteten Dienste. „Welches auch immer unsere Ansicht von der religiösen Seite der Missionstätigkeit sein mag", schreibt er in dem „American Israelite", „was wir auch über ihren Mangel an Achtung vor andern Konfessionen denken mögen, wie groß auch unsere Abneigung sein mag gegen das System, das mit Hilfe des Verrats und des Renegatentums Seelen zu gewinnen sucht, so können wir unsere Achtung nicht einem Unternehmen versagen, das so viel dauernd gutes für die eingeborene Bevölkerung Syriens vollbringt und gleichzeitig dieser Bevölkerung einen größeren Respekt einflößt vor der Christenheit als sie von der Bigotterie, der Unwissenheit und dem Fanatismus der eingeborenen Priester gewinnen kann." Der jüdische Berichterstatter des jüdischen Fachblattes ist geradezu stolz darauf, daß die so wohltätige christliche Mission eine amerikanische Schöpfung ist.

Toleranz erzeugt eben Toleranz, wie Liebe Gegenliebe erzeugt. Im großen und ganzen muß man es den Amerikanern lassen, daß sie trotz religiösen Eifers, der den europäischen weit übertrifft, immer in religiöser Hinsicht tolerant gewesen sind. Während man in Deutschland noch immer Bedenken hat gegen jüdische Schöffen, Reserveleutnants, hat der berühmte amerikanische Geistliche Henry Ward Beecher schon vor zwanzig Jahren den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Cleveland, gebeten, den jetzigen amerikanischen Handelsminister Oskar Straus zum Botschafter zu ernennen, weil er Jude sei. „Weil er Jude ist," schrieb er, „möchte ich seine Ernennung bringend befürworten, um so in schicklicher Weise diesem merkwürdigen Volke Anerkennung zu zollen, das in bedeutendem Maße zu dem amerikanischen Wohlstand beiträgt, und dessen Intelligenz, Moralität und weitgehende Liberalität bei allen Maßnahmen für die Wohlfahrt der

Gesellschaft von der Regierung solche Anerkennung verdient und darum erhalten sollte."

Nun nur noch einige kleine Notizen, die wir uns seit einiger Zeit gemacht haben. Vor mehreren Wochen hat in Louisville die Vermählung eines Juden mit einer Christin stattgefunden; das junge Paar wurde von einem christlichen und einem jüdischen Geistlichen getraut.

Die Juden sollen nach antisemitischen Behauptungen meist der Sozialdemokratie anhängen. Nun, in Newyork wurde über ein jüdisches Sozialistenblatt der Konkurs verhängt, während das nichtsozialistische jüdische Blatt prosperiert, und in Chicago konnte ein jüdisches Jargon-Bourgeoisblatt sich einen Bau für mehr als 600 000 Mk. errichten lassen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Das Organ der Deutschen Mittelstandsvereinigung, die „Deutsche Volkspost", war kürzlich von der „Freis. Ztg." an den Pranger gestellt worden, weil die „Deutsche Volkspost" am 7. September noch nicht wußte, daß der Reichstag bereits im Mai in die Ferien gegangen und daß Graf Posadowsky nicht mehr im Amte sei. Das Mittelstandsblatt suchte nach bewährten Mustern ihr Mißgeschick auf den großen Unbekannten zu schieben, der während einer Krankheit des Redakteurs, man weiß nicht, wie und wo, den Artikel in das Blatt hineinpraktiziert hat. Bemerkenswerter ist es, daß die „Deutsche Volkspost" ihre Entgegnung mit folgenden Sätzen schließt:

„Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen" — wir sind nicht so überempfindlich, daß wir ein bißchen Neckerei oder Verspottung aus solchem Anlaß, die nicht übel gemeint und witzig vorgebracht ist, nicht gern mit belacht hätten. Aber, — es geht, wohl über die Kraft gewisser Rassenangehörigen, harmlos zu verspotten — in den Spott der „Freisinnigen" kommt immer etwas, das abstößt: Und außer den eigenen Rassenangehörigen, so viel wir gesehen haben, haben Außenstehende auch diesem Witz der Freisinnigen keinen Beifall gezollt.

Hier bringt also die „Deutsche Volkspost" einmal recht deutlich in ihrem Aerger ihren Antisemitismus zum Ausdruck. Dieser Zug hat gerade noch gefehlt, um das Bild von dem in der Deutschen Mittelstandsvereinigung herrschenden Geiste zu vervollständigen.

Die deutsche Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober. Ein Mitarbeiter des Kadetten-Organs „Rjetsch" hatte eine Unterredung mit dem Vertreter der deutschen Gruppe beim Zentralkomitee des Verbandes vom 17. Oktober, Herrn Helmerson. Die Grundprinzipien dieses Programms sind denen des Programms des russischen Verbandes vom 17. Oktober nahe verwandt. Eine wichtige Abweichung ist das Eintreten für die sofortige Einführung der Gleichberechtigung der Juden, die nach dem Beschluß des letzten Kongresses der Oktobristen zwar zulässig ist, aber auf die lange Bank geschoben wird. Auf die Frage, welche Ursachen die Petersburger Gruppe veranlaßt hätten, sich vom Verbande abzuwenden, erklärte Herr Helmerson, daß hier die Hauptrolle der Wunsch spielte, auch die Kreise der deutschen Gesellschaft fest aneinander zu schließen, die sich mit dem Programm des 17. Oktobers nicht einverstanden erklären können. Soweit der Mitarbeiter vom „Rjetsch".

Es ist zu bedauern, fügt der Korrespondent der „Königsb. Hart. Ztg." hinzu, daß der Mitarbeiter des Herrn Helmerson nicht gleichzeitig darüber interviewte, wie es mit dem Programm der Moskauer deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober stehe, die nun unlängst mit der famosen Erklärung gegen die Gleichberechtigung der Juden auftrat. Allerdings ist wohl anzunehmen, daß Herr Helmerson dem Interviewer auch in diesem Falle jegliche Antwort verweigert hätte, wie er es bezüglich mancher konservativen (!) Punkte der Petersburger Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober tat. Jedenfalls dürfte es nicht zum Ruhme der deutschen Gruppe, welche jetzt als selbständige Partei auftritt, dienen, daß sie aus ihrem politischen Programme einen Hehl macht. Die Anhänger der deutschen Gruppe werden gewiß voraussetzen, daß es mit diesen sogenannten konservativen Punkten gar nicht so gefährlich ist. Aber aus dem feindlichen Lager werden so manche Verdächtigungen erhoben werden, welche früher oder später widerlegt werden müssen. Gerade jetzt bei der Wahlkampagne dürfte eine offene Aussprache der deutschen Gruppe für das Ansehen des deutschen Liberalismus in Rußland von großer Wichtigkeit sein. — Durch das unklare Verhalten des Verbandes vom 17. Oktober sind schlichte und einfache deutsche Kolonisten bei den vorjährigen Wahlen irregeführt worden und haben die Kandidatur des berüchtigten Purischkewitsch unterstützt. Diese Kolonisten sind jetzt durch das Auftreten Purischkewitschs genügend über die wahren Absichten und Ziele der Pseudo-Volksfreunde aufgeklärt worden und haben deshalb in diesem Jahre dem Spaßmacher in der zweiten Duma den Rücken gewandt. Man sieht daraus, wie notwendig eine offene Aussprache gerade für das Volk ist.

Es ist gewiß mit Freuden zu begrüßen, daß die deutsche Gruppe sich von dem kranken und siechen Organismus des Verbandes vom 17. Oktober losgetrennt hat. Sie möge auch dessen eingedenk sein, daß das chronische Leiden des Verbandes eben Unklarheit und Zweideutigkeit war. — Carte blanche — ist das sicherste und beste Programm.

Vermischtes

Der Großherzog von Baden und Berthold Auerbach. Ein hübsches Spiegelbild der einfach schlichten Persönlichkeit des verstorbenen Großherzogs von Baden ist sein wahrhaft freundschaftliches Verhältnis zu dem Dichter der Schwarzwälder Dorfgeschichten Berthold Auerbach, wie es sich in den Briefen des Dichters an seinen Vetter Jacob in Frankfurt am Main dokumentiert.

Der Großherzog schätzte in Auerbach nicht nur den Dichter von Bedeutung, sondern er ehrte in ihm auch den berühmten Sohn seines Landes und den begeisterten Verherrlicher badischen Volkslebens.

Beinahe niemals war der Großherzog von Baden in Berlin, ohne daß er den Dichter zu sich bescheiden ließ. Nicht selten aber auch brachte der Großherzog den Dichter und sein Haus in eine nicht geringe Aufregung, indem er sich ohne jede Anmeldung bei Auerbach einfand und mit ihm eine Stunde verplauderte.

Einmal berichtet Berthold Auerbach seinem Vetter: „Es ist eine wahre Wonne, diesem offenherzigen und offengeistigen Manne (dem Großherzog) gegenüber zu sein, und man möchte alles Gute vor ihm ausschütten, was man seit der letzten Begegnung erlebt und gedacht hat, und er hört so getreu zu und nimmt so getreu auf und ist auch mit, läßt nicht blos den andern abhaspeln. Wir redeten über Allgemeines und Persönliches. Der Großherzog erzählte mir auch viel von seinem Sohn, wie weit er in juristischen und philosophischen Studien sei, und wie schön, einander erziehend, das Verhältnis zu Prinz Wilhelm von Preußen

sei. Die beiden Vettern wollen jetzt zusammen auf der Universität sein. Der Großherzog sagte mir auch, daß er meine letzten Geschichten schon zwei oder dreimal gelesen habe."

Ganz besonders freundlich war die Aufnahme Auerbachs immer, wenn er in seiner badischen Heimat sich aufhielt, von seiten des großherzoglichen Paares. Und durch dieses war Auerbach auch mit der Kaiserin Augusta, der Mutter der Großherzogin, befreundet. Mit Freimut schüttete Auerbach diesen drei Fürstlichkeiten gegenüber oftmals in den Zeiten antisemitischer Hochflut sein Herz aus.

Im August 1881 fand in St. Moritz die letzte Begegnung des Dichters mit dem Fürsten statt. Der greise Dichter lag rauchend auf seinem Sofa in seinem Hotelzimmer. Da meldete das Mädchen einen Herrn, der ihn sprechen wolle. Auerbach sagte, er sei müde, aber der Herr möge hereinkommen. Er kam, es war der Großherzog. Er verlangte, daß Auerbach liegen bleibe, was dieser aber nicht tat, und als der Dichter die Zigarre weglegte, zündete der Großherzog ein Zündhölzchen frisch an und Auerbach mußte rauchen. „Wir sprachen natürlich," berichtet Auerbach, „bald über die Zeitverhältnisse. Wir sprachen auch über Ed. von Hartmann, der den Konstitutionalismus als nichtig erklärt, kurz über alles, und bei der Offenheit des Großherzogs halte ich mich berechtigt, auch nun Dir alles mitzuteilen. Der Großherzog ist sehr besorgt um meine Gesundheit und er rät mir, im Herbst nach Baden-Baden zu kommen. Der Großherzog deutete hier auch an, daß zu meinem 70. Geburtstag etwas geschehen solle, dem ich mich nicht entziehen werde. Er war lauter Liebe und Güte, und Du kannst Dir denken, wie wohl mir das tut."

Das war die letzte Begegnung des Dichters mit dem Fürsten. Am 8. Februar 1882 starb Berthold Auerbach.

Professor Gurlitt — Antisemit? Wir erhalten folgende Zuschrift: Man kann es kaum glauben, daß ein Professor Gurlitt, der als eifriger Förderer moderner Bestrebungen auf pädagogischem Gebiete gilt, antisemitische Anwandlungen zeigen sollte. Und doch ist es so. Nach in jeder literarischen Produktion, die mir von ihm zu Gesicht gekommen, ist eine oder mehrere antisemitische „Entgleisungen" zu finden. Vor kurzem las ich von ihm eine Abhandlung in der Zeitschrift: „E i n V o l k, e i n e S c h u l e", Jahrg. 1 Nr. 5, betitelt: Gegen die Herrschaft des Stoffes, worin mit der Redewendung „Der jüdische Geschäftsgrundsatz: Die Masse muß es bringen", den Juden ein Hieb versetzt wird. Wieder das Generalisieren, das als Spezifikum der Antisemiten gilt. Wenn Raubmörder durch den Zufall der Geburt Christen sind, so wäre es doch töricht, hier von einer c h r i s t l i c h e n Handlungsweise zu sprechen. Die Allgemeinheit sollte doch nicht für die Taten Einzelner verantwortlich gemacht werden. Wer in die j ü d i s c h e Ethik nur einen oberflächlichen Blick wirft, muß inne werden, daß die gegnerischen Angriffe auf Unkenntnis und Vorurteil beruhen. Trotz alledem würde es Professor Gurlitt als Beleidigung ansehen, ihn den Antisemiten zuzuzählen. In seiner Schrift „Der Deutsche und seine Schule", Berlin 1905, erzählt der Verf. Seite 136 von seinen Vorfahren, die evangelische Theologen waren, und bemerkt dabei: „Ich hoffe, daß alle ehrlich in ihrer Ueberzeugung gelebt haben und gestorben sind. Ein gleiches beabsichtige ich zu tun und eine gleiche Gesinnung meinen drei Buben mit ins Leben zu geben. Daran soll mich kein S t ö c k e r hindern. Die Kinder sind erst 12, 10 und 2 Jahre alt, aber das glaube ich heute schon versprechen zu können: Stöckerianer werden sie nicht werden. So sehr kann Art von Art nicht lassen. Sie werden es wohl bald herausmerken, daß mich von jener theologischen unduldsamen Richtung eine ganze Welt von Empfindungen trennt. Ehe ich zugäbe, daß sie in diese Richtung gezwungen würden, eher würde ich sie ins Ausland schicken." Wünschen wir, daß des Vaters Hoffnungen sich erfüllen mögen. Wenn wir von späteren Einflüssen absehen, so müssen vor allem die Eltern in religiösen Dingen v o r u r t e i l s f r e i d e n k e n und h a n d e l n. Exempla trahunt.

Dr. S p a n i e r - Mgdbg.

Konfession und Heeresverwaltung. Einem Amtsrichter, der preußischer Landwehroffizier ist, war aufgegeben worden, sein A b s c h i e d s g e s u c h a l s O f f i z i e r einzureichen, weil er D i s s i d e n t geworden war — er war aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten, um zur katholischen Kirche überzutreten, und war, da der Uebertritt sich verzögerte, Dissident. Darüber hatte er dem Bezirkskommando die erforderliche Meldung gemacht. Nach zwei Jahren wurde er dann aufgefordert, die Gründe seines Austritts anzugeben. Da er das ablehnte, weil er seine religiöse Ueberzeugung als seine private Angelegenheit ansah, wurde ihm, so lautet der Bericht, anheimgestellt, sofort seinen Abschied als Offizier einzureichen; sonst würde seine Verabschiedung verfügt werden. Er erklärte darauf, daß er um seinen Abschied nicht einkommen werde, da er in seinem Religionsbekenntnisse einen Grund zum Ausscheiden aus dem Heere nicht zu erblicken vermöge, und wartet nun auf die Nachricht, die ihm seine Entlassung aus dem Heere bekannt gibt. Die „F r a n k f. Z t g." macht hierzu folgende grundsätzliche Bemerkungen:

„Sollte so, wie geschildert, verfahren worden sein, so läge ein v ö l l i g u n z u l ä s s i g e s Vorgehen vor. Es w i d e r s p r i c h t dem Sinn und Wortlaut der v e r f a s s u n g s m ä ß i g e n G l e i c h b e r e c h t i g u n g, wenn konfessionelle Gründe bei der Beförderung oder Verabschiedung von Offizieren in Betracht gezogen werden. Niemand hat das Recht, einen Militär, auch nicht einen Offizier, auf seine religiösen Empfindungen hin zu prüfen. Allein militärische Gründe, und nicht konfessionelle, sollen bei militärischen Beförderungen ausschlaggebend sein. Das gilt erst recht, wenn eine Verabschiedung in Frage kommt. Es besteht keine Bestimmung, wonach ein Offizier wegen seines religiösen Bekenntnisses zur Einreichung seines Abschiedsgesuches gezwungen werden kann; niemand darf seines Glaubens wegen ausgeschlossen werden. Es dürfte aber selbst auf Antrag wegen des Glaubensgrundes nicht eine Verabschiedung eintreten, wenn das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht innegehalten werden soll; denn nur Dienstuntauglichkeit berechtigt zum Ausscheiden vor Ablauf der gesetzmäßigen Militärzugehörigkeit — sofern nicht besondere disziplinare Gründe vorliegen — und der religiöse Standpunkt hat doch gewiß mit der Diensttauglichkeit nichts zu tun. Sonst kommt man ja dahin, daß ein so Verabschiedeter eine kürzere Dienstpflicht hat als andere Angehörige der Armee. Der Fall gibt also, wie man ihn auch betrachtet, zu schweren Bedenken Anlaß, und es erscheint uns unerläßlich, daß eine volle Klarstellung über ihn von zuständiger Stelle gegeben wird."

Hierauf erwidert die „K ö l n. V o l k s z t g.", das angesehene Zentrumsorgan:

„Grundsätzlich ist das alles vollständig richtig. Die „Frankf. Ztg." hat anscheinend aber übersehen, daß die H e e r e s v e r w a l t u n g den Grundsatz, daß das Religionsbekenntnis als eine Privatangelegenheit die militärischen Behörden gar nichts angeht, p r a k t i s c h n i e m a l s a n e r k a n n t h a t. Nur zu ungunsten des protestantischen Bekenntnisses ist, soviel wir wissen, niemals jener Grundsatz durchbrochen worden. Was die Stellung zum katholischen Bekenntnis anlangt, so ist an die alte, unseres Wissens bis heute nicht aufgehobene Kabinettsorder zu erinnern, wonach evangelische Offiziere, die sich in einer katholischen Kirche trauen lassen, verabschiedet werden, während ein gleiches nicht für katholische Offiziere, die sich evangelisch trauen lassen, vorgeschrieben ist. Daß a k t i v e j ü d i s c h e O f f i z i e r e ü b e r h a u p t n i c h t vorhanden sind, jüdische Reserve- und Landwehroffiziere in Preußen auch nur sehr selten, ist bekannt und gerade auch in der „Frankf. Ztg." schon öfter Gegenstand der Beschwerde gewesen. An diesen beiden Punkten könnte der jetzt so einflußreich gewordene F r e i s i n n vielleicht mit Erfolg einsetzen, um dem Grundsatz der religiösen Gleichberechtigung im Heere zur vollen Durchführung zu verhelfen."

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 41. Berlin, 9. Oktober 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibsendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W, Magdeburgerstr. 14.

Der Mittelstand und die Reaktion.

Wie auf verschiedenen anderen Gebieten, so zeigt es sich auch auf sozialem Felde, daß unsere Sprache viele Rudimente längst abgestorbener Begriffe enthält. Die Begriffe sind im Laufe der Zeit gewichen, und die leere Hülle, das Wort, ist geblieben. Der Begriff Stand existiert, wissenschaftlich betrachtet, heute nicht mehr. Die Stände waren streng voneinander abgegrenzte Volksgruppen, mit besonderen Rechten ausgestattet. Solche Stände besitzen wir heute nicht mehr, und es ist im Grunde ein Mißbrauch, wenn wir das Wort Stände auf die Berufsarten anwenden. Wir haben heute Volksklassen, aber keine Stände mehr. Die große Revolution, die wie ein Sturm alle Erzeugnisse des Mittelalters hinwegfegte, hat auch das Stände-Ideal zerstört und an seiner Stelle das Bürgertum als neue Volkseinheit auf den Thron erhoben. Auch für die deutschen Staaten wurde seit dieser Zeit der Begriff Stand sehr schwankend. Die niederen Stände suchten, sich zu emanzipieren, und gelang es ihnen, so entstand bald ein neuer Stand als eine untere Schicht. Der soziale Aufschwung der letzten 50 Jahre hat die letzten Reste der Scheidewand zwischen den Ständen beseitigt. Heute kann es keine geschlossenen Stände geben, denn die soziale Entwicklung bringt es mit sich, daß die Stände ineinanderfließen.

Schon hier zeigt sich der innere Zusammenhang zwischen dem Stände-Ideal und der Reaktion. Das ganze Stände-Ideal bedeutet eine Verneinung der sozialen Entwickelung, ein Zurückgreifen auf das Mittelalter. Ja, das Mittelalter ist der Modellsaal, aus dem alle, welche nach einem Auferstehen der alten Stände lechzen, ihre Muster entlehnen. Das Mittelalter ist auch das Arsenal, aus dem diese merkwürdigen Schwärmer ihre geistigen Waffen leihen. Sie möchten die letzten Jahrhunderte aus der Geschichte löschen, all die Errungenschaften der Kultur und des sozialen Lebens vernichten und die Zeit zurückschrauben. Sie sprechen es freilich nicht aus, ja sie wehren sich gegen diesen Vorwurf, aber bewußt oder unbewußt ist doch ihr Ziel darauf gerichtet. Sie sehen im Mittelalter die einzige richtige soziale Gestaltung, die dem deutschen Wesen entspricht, und betrachten die Struktur der Neuzeit als fremdartig. Aber wenn man auf das Mittelalter zurückgreift, warum nicht auch auf das germanische Altertum? Wenn man die Entwickelung um Jahrhunderte zurückschrauben will, warum nicht auch um Jahrtausende? Wenn das Zunftwesen ein hohes heiliges Ideal ist, warum dann nicht auch das Nomadentum und die Fellbekleidung? Es ist eine alte Erfahrung: Der Fortschritt kann konsequent sein, denn er geht den Weg der Natur, der Rückschritt kann nie konsequent sein, weil er nicht weiß, wie weit er sich rückwärts wagen darf.

Das Stände-Ideal war bis vor kurzem die höchste Sehnsucht einzig und allein des Feudaladels. Dieser Adel, dem man die Rechte genommen und die leeren Titel gelassen hat, betrachtet die ganze moderne Entwickelung als schreiendes Unrecht, denn ihm allein gehört von rechtswegen alles Geld, alle Ehren und alle Macht. Er lebt, psychologisch betrachtet, eigentlich noch immer in der Vergangenheit und er krankt an seiner ehemaligen Bedeutung. Er hat nicht die Kraft gefunden, die neue Entwickelung mitzumachen, weil er das Mittelalter noch nicht überwunden hat, und da er mit der Zeit nicht vorwärts zu gehen vermag, möchte er, daß die Zeit mit seiner Weltanschauung sich rückwärts konzentrieren möchte. Die ganze agrarische Bewegung mit all ihren Auswüchsen wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht der ganze Adel dahinter stände. In der ganzen Art des agrarischen Kampfes hat es sich gezeigt, daß der Adel sich auch noch heute für den auserwählten Stand hält, für den der Staat die Pflicht hat, väterlich zu sorgen. Der Adel strebt nach Macht, nach politischer und wirtschaftlicher Macht, und er strebt sie an auf Kosten der andern Bürgerklasse. Dieser Adel als Stand ist überall das größte Hindernis für die moderne Entwickelung, weil er seiner inneren Natur nach reaktionär sein muß. Wo der Adel zur Macht gelangt, da bildet er ein Hemmnis jeder freien Richtung auf politischem und sozialem Boden.

In jüngster Zeit hat noch eine zweite Bewegung das Stände-Ideal zum Götzen erhoben, die Mittelstandsbewegung, und auch sie wandelt reaktionäre Bahnen, und auch sie möchte ihre Ziele auf den Trümmern der neuzeitlichen Entwickelung erreichen. Diese Bewegung krankt daran, daß ihre erste Voraussetzung eine falsche ist, daß es gar keinen geschlossenen Mittelstand in Deutschland gibt. Die Grenzen zwischen den einzelnen Ständen sind längst durch die Wogen des modernen Lebens verwischt worden, und wir haben heute, streng genommen, nur zwei Stände: Reiche und Arme. Eine mittlere Schicht — das liegt schon in ihrem Wesen — kann nie so streng abgegrenzt sein, wie die Extreme des sozialen Lebens. Die Theoretiker des Mittelstandes definieren: Mittelstand ist,

was nicht Großkapital und nicht Proletariat ist, also alles, was zwischen diesen extremen Gesellschaftsgebilden ruht. Eine solche rein negative Definition zeigt schon die Verschwommenheit des Begriffes. In der Tat ist der Begriff Mittelstand ganz künstlich konstruiert. Das staatswissenschaftliche Wörterbuch von Conrad kennt die Begriffe Mittelstand und Mittelstandspolitik nicht. Hier fehlt die genaue Begrenzung und die innere Geschlossenheit, um daraus einen wissenschaftlichen Begriff machen zu können. Der Mittelstand, wie ihn unsere heutigen Agitatoren verstehen, stellt eine soziale Gruppe dar, die den Aufschwung zur Industrie und zum Großhandel nicht mitgemacht hat und steril in ihrer Entwickelung geblieben ist. Dieser neu geschaffene Mittelstand umfaßt alle möglichen Berufe, Handwerker, Kleinhändler, Hausbesitzer, Bauern und Beamte aller Kategorien. Was allen diesen Gruppen als gemeinsames Merkmal anhaftet, ist eine gewisse Selbständigkeit im Gegensatze zu den Arbeitern und der Mangel an Reichtum im Gegensatze zur Großindustrie und zum Großhandel. Das Charakteristikon ist also wiederum ein negatives, denn die Selbständigkeit ist eine negative Sache und der kleine Besitz ist rein willkürlich aufgefaßt. Wenn man den Staatsbeamten als selbständig betrachtet, so kann man schließlich auch den Handels- und Industrie-Beamten selbständig nennen. Wenn man sagt, Mittelstand ist das, was ein jährliches Einkommen zwischen 2000 und 5000 Mark hat, so könnte man ebensogut sagen, was zwischen 1500 und 10 000 Mark sich bewegt. Wenn man den Handwerker mit einem Betriebe von 2 Maschinen und 10 Gesellen zum Mittelstand zählt, so könnte man auch die Grenze weiter verschieben und auch den Fabrikanten mit 10 Maschinen und 100 Arbeitern zum Mittelstand rechnen. Im kaufmännischen Berufe ist es noch schwieriger, die Grenze zu bestimmen, wo der Mittelstand aufhört und der Großhandel beginnt. Wir befinden uns also hier in der Luft und haben keinen festen Halt.

Psychologisch scheint uns das gemeinsame Charakteristikon dieser Gruppen das Kleinbürgertum zu sein. Es ist eine Art Philistertum, ein Ruhen im alten Geleise, eine Seßhaftigkeit, die in dem Hange nach Behäbigkeit ihre Quelle hat. Es ist das Streben nach Selbständigkeit, nicht, um seine Individualität zu entfalten, sondern um bequem leben zu können und sich nicht aufregen zu müssen. Man findet diese Art von Menschen in den kleinen und mittleren Städten am meisten. Das Ideal dieser Leute ist die Bequemlichkeit, die sogenannte Gemütlichkeit, das ewige Einerlei ohne Stürme und ohne Aenderung, die sichere Existenz und der kleinbürgerliche Stolz, am Stammtisch und in der Gesellschaft etwas zu bedeuten. Sozialpolitisch aber bilden diese Leute keine Einheit, sie unterscheiden sich nach ihren Interessen und sind schwer unter einen Begriff zu bringen. Im Grunde genommen bleibt, wenn man von allen nebelhaften Phrasen absieht, als einziges Kennzeichen dieses neuen Mittelstandes das mäßige Einkommen übrig.

Nun hat gerade nach dieser Richtung hin in der jüngsten Zeit eine wesentliche Verschiebung stattgefunden. In den letzten 20 Jahren ist eine neue Volksschicht entstanden. Die ganze Schar der besseren kaufmännischen und industriellen Beamten ist sehr angewachsen und die Zahl der mittleren Einkommen hat sich infolgedessen sehr vermehrt. Diese Tatsache, die den Agitatoren des Mittelstandes so unbequem ist, wird durch allerhand unhaltbare Einwendungen verschleiert. Diesen nach der Steuerstatistik feststehenden Mittelstand lassen unsere Theoretiker der Mittelstandsbewegung nicht gelten, weil hier das Merkmal der Selbständigkeit und Unabhängigkeit fehlt. Dabei begehen sie die Inkonsequenz, daß sie Staatsbeamte zum Mittelstand zählen. Diese sind aber ebensowenig selbständig und unabhängig wie die Privatbeamten. Der kleinere selbständige Handwerker ist meistens nicht nur materiell schlechter gestellt, sondern auch in seiner Existenz unsicherer und abhängiger als der Angestellte eines Warenhauses. Das Gewerbegesetz mag hier Unterschiede machen, die Nationalökonomie aber kann diese Schichten nur nach ihrem Einkommen einteilen, weil gar keine andere Norm vorhanden ist.

Charakteristisch für diese Mittelstandsbewegung ist die ausgesprochene Feindschaft gegen die liberale Weltanschauung und die Anbiederung an den Antisemitismus. Das Schimpfen auf die liberalen Parteien und das Kokettieren mit dem Klassen- und Rassenhaß gehört zu den geistigen Waffen dieser Bewegung, die dabei immer betont, daß sie keine politische Bewegung sein wolle. Die Furcht vor dem Liberalismus scheint darin ihren Grund zu haben, daß man den Mittelstand durch Mittel heben will, die ungerecht und unliberal sind. Das Kokettieren mit dem Antisemitismus wird wohl daher stammen, daß man törichterweise Judentum und Kapitalismus für identische Begriffe hält. Es ist aber nicht nur ungerecht, sondern auch unvernünftig, dem Liberalismus eine prinzipielle Mittelstands-feindlichkeit andichten zu wollen. Der Liberalismus hat gar kein Interesse daran, den Niedergang des Mittelstandes zu wünschen. Er vertritt politische Ideale und keine wirtschaftlichen Interessen irgend einer Gruppe und er kann daher nur eine Gesundung des Volkes in allen seinen Teilen herbeisehnen. In den achtziger und auch noch in den neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts waren alle, die zum Mittelstand zählten, politisch liberal. Der Liberalismus hat auch heute unter seinen Wählern nur wenige Arbeiter und noch weniger Großkapitalisten, die Hauptanhänger des entschiedenen Liberalismus sind Leute mit mittleren Einkommen. Sie sind also Mittelständler in dem Sinne, daß sie keine Proletarier und keine Kapitalisten sind. Schon aus taktischen Gründen also muß der Liberalismus dem eigentlichen Bürgertum, das man jetzt Mittelstand nennt, freundlich gesinnt sein. Aber auch prinzipiell kann der Liberalismus, der eine Partei des Volkes ist und keine einzelne Berufsgruppe vertritt, nur wünschen, daß die sozialen Gegensätze im Reiche sich nicht zu sehr zuspitzen und zu keiner Katastrophe führen. Er muß, soweit er es kann, dahin streben, daß einerseits das Kapital sich nicht zu sehr in einzelnen Händen konzentriert und daß andererseits keine Proletarisierung der Massen eintritt. Er hat also ein großes Interesse daran, daß das Bürgertum sich gesund entwickelt und einen Pufferstand zwischen Großkapitalismus und Arbeiterproletariat bildet.

Noch lächerlicher ist es, wenn man in der Judenheit den eigentlichen Feind des Mittelstandes sucht. Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist, der weiß, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen. Es sind nur wenige Juden, die zu großem Reichtum gelangt sind, und andererseits bestizt die Judenheit sehr wenig Fabrikarbeiter. Die allergrößte Anzahl der Juden sind kleinere Kaufleute und kaufmännische Beamte mit mittlerem aber gar bescheidenem Einkommen. Die Juden hätten also gar keine Ursache, die Mittelstandsbewegung zu bekämpfen. Ja, sie würden sie im eigenen Interesse gern unterstützen, wenn sie an die vorgeschlagenen Mittel zur Hebung der Lage dieser Volksklassen glauben könnten. Allein die liberal und politisch reif denkenden Männer glauben eben nicht an die Durchführbarkeit und an den Segen dieser Mittelstandspolitik. Sie verkennen nicht die traurige Lage mancher Kreise des mittleren Bürgertums, aber sie erhoffen von den neuen Palliativmitteln sehr wenig. Es handelt sich für den ernsten Politiker nur darum: kann man dem Mittelstande

durch staatliche Mittel helfen, ohne daß die andern Stände darunter leiden und ohne daß die soziale Entwickelung des Volkes dadurch Schaden erfährt? Das Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit ist ein wichtiger Bestandteil der liberalen Weltanschauung und diese wirtschaftliche Freiheit hat Deutschland zum wichtigsten Faktor auf dem Weltmarkt gemacht und hat Millionen von Arbeitern Brot und Existenz gegeben. Soll nun dieses bewährte Prinzip durchbrochen werden, um reaktionäre Bahnen einzuschlagen und sehr gewagte Experimente zu machen? Der Staat ist kein metaphysischer Begriff, er ist das Organ der gesamten Bürgerschaft, er ist nicht allmächtig, er kann nur geben, wenn man ihm gibt und er kann einem Stande nur helfen auf Kosten des andern. Darum ist es ein politischer und soziologischen Dilettantismus, einen Stand als den wichtigsten zu proklamieren und vom Staate zu verlangen, daß er ihn besonders unter seine Fittiche nehme. Gewiß ist das Leben stärker als das Prinzip, und wie in der Kultur durch Schulzwang das Prinzip der geistigen Freiheit durchbrochen ist, so ist es auch bereits auf sozialem Gebiete durch Regelung der Arbeitsbedingungen und durch den Schutz für Kinder, Frauen, Kranke und Altersschwache zum Wohle der Gesamtheit geschehen. Ja, zum Wohle der Gesamtheit! Das ist das wichtigste dabei. Das Wohl des gesamten Bürgertums muß der Leitfaden bei jeder gesunden Sozialpolitik sein. Ein Abweichen von diesem Grundsatz führt zur Ungerechtigkeit.

(Schluß folgt.)

Wiener Brief.

XVII.

(Die Wahlreform. — Die Impferei. — Defizite. — Automobilsteuer und Patriotismus.)

Wien, 5. Okt. 1907.

Die Christlichsozialen können aufatmen. Sie haben die neue Wahlordnung für Niederösterreich unter Dach und Fach gebracht und dadurch ihre Herrschaft in diesem Kronlande für Jahrzehnte gestützt. Allerdings ist das nun zustandegekommene Gesetz nicht so volksfeindlich wie es der zweite Entwurf des Herrn Geßmann gewesen, aber immerhin wurde die Reform des Wahlrechts so gestaltet, daß sie in erster Linie der herrschenden Partei und dann erst der Bevölkerung zu gute kommt. Die Verbesserungen betreffen lediglich die Bewohner der Stadt Wien und sind dem Bürgermeister Dr. Lueger zu danken, der nicht ruhig mitansehen wollte, wie der neue Generalissimus seiner Gesinnungsfreunde die Interessen der Hauptstadt des Reiches schmählich verriet. Dr. Lueger ließ deshalb von seinem engeren Vertrauten, dem Abgeordneten Silberer, im Landtage Aenderungsanträge stellen, die von den Christlichsozialen gutgeheißen wurden. Im neuen niederösterreichischen Landesparlament werden der Großgrundbesitz und die Handelskammer nach wie vor eine Ausnahmestellung einnehmen, denn ihre „Kurien" bleiben unberührt. Desgleichen wurde an den Virilstimmen der zwei Kirchenfürsten und des Rektors der Wiener Universität nicht gerüttelt. Das flache Land wählt — nach Städten und Landgemeinden gesondert — in einer Privilegienkurie, die aus der alten Landtagswahlordnung übernommen wird und in einer neuen „allgemeinen" Wählerkurie, die über 10 Mandate verfügt. Mit dem „allgemeinen" gleichen Wahlrechte für das flache Land ist es jedoch — wie man in Wien sagt — nicht „weit her", da die Ausübung des Stimmrechtes an die dreijährige Seßhaftigkeit und außerdem noch an die Gemeindeangehörigkeit geknüpft erscheint. Da die Gemeindemitgliedschaft von dem unbemittelten Bürger, der nicht in seinem Heimatsorte wohnt, erst nach zehnjährigem ununterbrochenem Aufenthalt in der Gemeinde erworben werden kann, bleiben die industriellen Arbeiter, welche von den Christlichsozialen so sehr gefürchtet werden, auf dem flachen Lande auch weiterhin rechtlos. Besser werden die Verhältnisse für die Arbeiterschaft in Wien liegen. Die Hauptstadt wählt nur in einer Kurie, für die jeder 24jährige österreichische Staatsbürger, der in Wien ununterbrochen drei Jahre weilt, in Betracht kommt. Von den 127 Mitgliedern des künftigen Landtages werden 48 von der Bevölkerung der Hauptstadt entsendet sein. Das sieht recht schön aus und man könnte fast von einem demokratischen Wahlrechte für Wien sprechen, wenn nicht nach christlichsozialer Manier auf der einen Seite heimlich genommen würde, was man auf der andern Seite selbstgefällig und lärmend gegeben hatte. Die Christlichsozialen haben sich für Wien ein eigenartiges System des Wahlverfahrens zurecht gelegt. Da sie in den einzelnen politischen Bezirken zum Teil blos geringe Mehrheiten besitzen, teilten sie die 48 Mandate nicht auf 48 Wahlkreise auf — für die Reichsratswahlen gilt der Grundsatz: 1 Wahlkreis 1 Mandat — sondern sie machten die 21 politischen Bezirke, in die Wien zerfällt, zu 21 Wahlkreisen, die mit einer verschiedenen Anzahl von Mandaten ausgestattet wurden. Der 1. Bezirk — die City — erhielt beispielsweise 6 Mandate; in diesem Bezirke kann aber jeder Wähler gleichzeitig 6 Abgeordnete wählen. Im 1. Bezirke haben die Antisemiten bei den letzten Wahlen eine unbeträchtliche Majorität erreicht. Gelingt es ihnen nun diese zu erhalten — sie haben ja den Wahlapparat in Händen — dann fallen ihnen alle sechs Sitze zu und die fast gleich starke Minderheit geht leer aus. Daß dieses „System" aller Gerechtigkeit Hohn spricht, ist klar. Geradezu ulkig wirkt aber die Willkür, mit der die einzelnen Bezirke bei der Mandatszuweisung berücksichtigt wurden, so zum Beispiel der 4. Bezirk, der als gut christlichsozial gilt. Der sozialdemokratische 12. Bezirk wird von 68 000 Einwohnern bevölkert und erhielt ein Mandat, der 4. Bezirk jedoch wurde mit vier Mandaten beschenkt, obgleich er nur 53 000 Einwohner beherbergt. Erwähnt zu werden verdient, daß die Christlichsozialen die Stirne hatten, diese himmelschreiende Verletzung der Gleichberechtigung damit zu rechtfertigen, daß im 4. Bezirk — Baron Rothschild wohne. Dadurch sei dieser Bezirk unverhältnismäßig steuerkräftig und erheische eine Bevorzugung. Zu Ehren Rothschilds werden demnach 4 Antisemiten gewählt werden. Es geht wirklich nichts über jesuitische Logik und christlichsoziale Kühnheit!

Dr. Lueger hat sich in der letzten Zeit politisch im Hintergrund gehalten und es scheint, daß ihn die ehrgeizige Geschäftigkeit des Hofrats Geßmann sehr verstimme. Begreiflicherweise! Es ist für niemanden ein Vergnügen, lachende Erben um sich zu sehen und empfinden zu müssen, daß man im Wege stehe, weil man für den Antritt des Erbes verzögere. Dennoch hatte man jüngst Gelegenheit, wieder einmal einen „echten" Lueger genießen zu können. Der Bürgermeister fiel im Wiener Gemeinderate über die Sanitätsorgane her, die den „Blattern" energisch entgegengetreten sind und dadurch nur ihre Pflicht erfüllt haben. Dr. Lueger ärgerte sich ganz gewaltig über die „Impferei", die ja ohnehin keinen Wert habe und erinnerte an jene Zeiten, in denen er noch für die „Dürrkräutlerinnen" schwärmte. Augenscheinlich ist dem Bürgermeister wieder die Zunge entglitten, denn ein kranker Mann, der sozusagen in den Händen der Aerzte ruht, der sein Leben überhaupt lediglich der aufopfernden Sorgfalt seiner medizinischen Ratgeber dankt, sollte vernünftiger reden. Wir haben vor einiger Zeit lobend hervorgehoben, daß der

Wiener Magistrat trotz seiner antisemitischen Aerztescheu gegen die kleine Pockenepidemie entschiedene und zweckmäßige Vorkehrungen getroffen habe — der Gemeinderat bewilligte sogar in einer Anwandlung verspäteter Reue 100 000 Kronen für Impfzwecke —, aber wir betonten schon damals, daß Unkultur Unkultur bleibe, auch wenn sie gelegentlich moderne Errungenschaften anerkennt. Dies sieht man an den Christlichsozialen. Nach den Ausfällen Dr. Luegers ist wenig Hoffnung vorhanden, daß wir in Oesterreich endlich ein Seuchenschutzgesetz bekommen.

In den letzten Tagen fiel auf die christlichsoziale Verwaltungstätigkeit ein recht trübes Licht. Endlich mußte die Gemeinde mit dem ungebührlich verzögerten Bericht über die Geschäftsergebnisse des städtischen Brauhauses herausrücken und sofort wurde klar, weshalb man mit der Veröffentlichung so lange gesäumt hatte. Das Unternehmen brachte für das erste Geschäftsjahr einen Verlust von 488 000 Kronen, und alle Fachmänner sind darin einig, daß die städtische Brauerei noch unzählige Tausendkronen Scheine verschlingen werde, ohne in absehbarer Zeit eine bescheidene Verzinsung möglich erscheinen zu lassen. Daher rät man auch: Fort mit Schaden. Das derzeitige kommunale Brauhaus ist eine verkrachte Gründung christlichsozialer Größen, die einmal Genossenschaft spielen wollten. Die Verstaatlichung hatte wohl nur den Zweck, das Unternehmen vor dem Zusammenbruch zu retten und dadurch Skandale zu verhüten. Die Kassen der Gemeinde sind groß und die Steuerträger haben tiefe Taschen. Das Brauhaus ist natürlich nicht die einzige verlustreiche Bescherung der christlich-sozialen Verwaltung. Die städtische Großschlächterei, der ein gesunder Gedanke zu Grunde lag, wurde fallen gelassen, weil der Bürgermeister nicht den Mut hatte, den Fleischhauern den Herrn zu zeigen. Ehe er seine Partei den Gefahren einer Fleischhauer-Rebellion aussetzte, lieferte er ein gegen den „Fleischwucher" errichtetes Etablissement den „Fleischwucherern" aus; daß die Gemeinde viele Hunderttausende als verloren ansehen muß, bedeutet ihm anscheinend nichts. . . .

Nun wird auch Niederösterreich eine Automobilsteuer einführen. Die Aktion ging von dem Landesausschuß Monsignore Scheicher aus, dem der moderne Verkehr ein Greuel ist. Interessant waren die Debatten, die über die Steuer im niederösterreichischen Landtage geführt wurden. Ein christlich-sozialer Bauer meinte offenherzig, man würde — wenn die Regierung den Antisemiten nicht zu Willen sein sollte — die zwei Zeilen der Kaiserhymne: Gut und Blut für unsern Kaiser, Gut und Blut fürs Vaterland! streichen. Fürwahr: Die Christlichsozialen sind neue Patrioten! Wenn die Automobilsteuer nicht sanktioniert würde, dann fände ihre Loyalität ein Ende . . . rm.

Kyffhäuserbund und Akademischer Turnbund.

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Zwei große Gruppen studentischer Vereine sind es vornehmlich, die den Antisemitismus in ihren Reihen pflegen, die sich rühmen, „judenrein" zu sein. Es ist der Kyffhäuserbund der Vereine Deutscher Studenten und der Akademische Turnbund der schwarzen Turnvereine. Freilich geberden sich auch andere Korporationen mehr oder weniger antisemitisch, die Korps, die „alten" Burschenschaften und verschiedene wissenschaftliche Verbindungen — ganz abgesehen von einzelnen örtlichen Vereinen, die keinerlei Bedeutung haben —, aber entweder verschweigen sie ihren antisemitischen Charakter schämig, vielleicht aus Scheu vor der Oeffentlichkeit oder aus Scham vor etwaigen jüdischen „Alten Herren" aus einer besseren Zeit, oder sie lassen sogar einzelne Ausnahmen zu. Die Korps und „alten" Burschenschaften gebrauchen den Kniff, in ihren Satzungen überhaupt nicht zum Antisemitismus oder zur Frage der Aufnahme jüdischer Kommilitonen Stellung zu nehmen, aber in der Praxis keine jüdischen Akademiker in ihre Reihen aufzunehmen.

Der Kyffhäuserbund mit 27 Vereinen, 1200 aktiven Mitgliedern und 2800 Alten Herren macht aus seiner antisemitischen Gesinnung kein Hehl, er lebt von der antisemitischen Propaganda. Der Akademische Turnbund, der in 33 Vereinen 1488 Mitglieder und 3900 Alte Herren zählt, gehörte bisher zu der schämigen Sorte von studentischen Korporationen, die wohl antisemitisch sind, aber es nach außen hin nicht wahr sein lassen wollen. Fühlte ihm jemand auf den Zahn und wies er darauf hin, daß er keine jüdischen Mitglieder hat, so entschuldigt man sich eben damit, daß sich keine jüdischen Kommilitonen zur Aufnahme gemeldet hätten, was meist den Tatsachen entsprach, da der antisemitische Charakter der aktiven Turnvereine notorisch ist. Man muß zunächst sagen, „der aktiven Turnvereine," denn in der Alt-Herrenschaft wehte bis vor kurzem ein anderer Wind, und als die Berliner akademischen Turnvereine vor einigen Jahren die Leitung der Deutschen Turnerschaft angegriffen wegen ihrer Haltung zu den antisemitischen österreichischen Turnern, da wurden sie von den Alten Herren scharf rektifiziert. Eine Zeitlang war es dann still in den aktiven Kreisen von Antisemitismus und „derlei Teufelswerken", wie Professor Gothein bei der Tagung des Nationalvereins in Heidelberg sagte.

Jetzt hebt der antisemitische Gedanke aber wieder keck sein Haupt. In den „Akademischen Turnbunds-Blättern", dem offiziellen Organ des Akademischen Turnbundes, wird in zwei Monatsheften ein Aufsatz eines Grazer Turners veröffentlicht, den dieser zuerst in der Grazer Turnerzeitung erscheinen ließ und der das Verhältnis des Akademischen Turnbundes zum Kyffhäuserbunde der Vereine Deutscher Studenten behandelt. Der Leiter der „Akademischen Turnbunds-Blätter", Dr. jur. Thinius-Berlin, hielt diesen Aufsatz für so wertvoll und maßgebend, daß er ihn sich zum Abdruck im offiziellen Vereinsorgan erbat, mit der Bemerkung: „Er lenkt in die richtige Bahn." — —

Welche Bahn das ist, versteht man aus folgendem Zitat des Artikels, das der ganzen Arbeit des Turnbundes als Leitmotiv gilt: „Der Kampf der Vereine Deutscher Studenten in Wort und Schrift gegen den Internationalismus der Sozialdemokratie und des Judentums ist einer der wichtigsten Punkte, der den Akademischen Turnbund den Bestrebungen der Vereine Deutscher Studenten ungemein näher gebracht hat." — Hier wird also von einem Turnbündler der Antisemitismus der akademischen Turnvereine, die noch zur liberalen Deutschen Turnerschaft zählen, unumwunden zugegeben. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine belanglose Einzeläußerung, nein, der Schriftleiter des offiziellen Organs ist von dem Artikel so entzückt, daß er ihn sich sogar extra zum Abdruck ausbittet; und er veröffentlicht ihn in seinem Blatt, ohne irgendwie einen abweichenden Standpunkt zu dokumentieren.

Die ganze Arbeit ist ein Loblied auf den Verein Deutscher Studenten, neben den als schwacher Abglanz der Akademische Turnverein gestellt ist, dessen Bestreben es nun sein soll, dem Verein Deutscher Studenten nachzueifern.

Es heißt da: „Die Beziehungen zwischen den beiden Korporationen, dem Verein Deutscher Studenten und dem Akademischen Turnverein, sind auf den meisten deutschen

Universitäten und technischen Hochschulen recht herzliche und freundliche, auf einigen Hochschulen ist das Verhältnis sogar zu einer Art Kartell gediehen. Freundschaftsverhältnisse bestehen z. B. in Königsberg und Straßburg." — Es wird dann das innige Verhältnis zwischen dem Berliner Verein Deutscher Studenten und dem Berliner Akademischen Turnverein gerühmt und hervorgehoben, daß man die großen Festlichkeiten stets gemeinsam gefeiert habe, besonders 1881. „Später," heißt es weiter, „ist es leider zwischen dem Verein Deutscher Studenten und dem Akademischen Turnverein Berlin zu Streitigkeiten und zum Bruche gekommen, infolge der Wahlen in den Lesehallenausschuß, doch gelang es wieder dem guten Geiste, der in beiden Korporationen herrschte, die Feindschaft zu überwinden." — „Nach Streitigkeiten von geringerer Bedeutung aus den Jahren 1888 und 1894 herrscht erfreulicherweise heute wieder das alte, freundliche Verhältnis zwischen beiden Korporationen." —

„Die Gegner des Vereins Deutscher Studenten, und wie viele gibt es leider unter den übrigen Korporationen, haben denselben wegen seiner Kommerse und nationalen Festveranstaltungen, durch die er berühmt und bekannt geworden ist, vielfach angefeindet und haben dieselben als die einzige, ganz wertlose Art seiner nationalen Betätigung hingestellt, allein wer den Verein Deutscher Studenten kennt, wer die großen Bismarck-, Reichs- und Moltkekommerse selbst mitgemacht oder davon gehört hat, wer die prächtigen Reden, die von den größten Männern der Zeit (!) oft daselbst gehalten wurden, gelesen . . . hat, der wird entschieden anders hierüber urteilen." — — —

Der Verfasser schildert dann weiter die Verbindungspunkte zwischen Verein Deutscher Studenten und Akademischen Turnverein und rühmt den beiderseitigen Antisemitismus, „stehen doch heute die A. T. V.-Korporationen, ein Muster für andere Studenten- wie Philistervereinigungen, judenrein da." —

„Durch seine „Alten Herren", die in geradezu einzig dastehender Weise auf die Geister ihrer Korporationen bedacht sind, hat es der Verein Deutscher Studenten so weit gebracht, daß er sich heute schier mit Fug und Recht als der geistige Führer der Deutschen Studentenschaft in nationalen Fragen rühmen und bezeichnen kann."

Aus diesen Sätzen spricht wieder ein feuchtfröhlicher Optimismus, der nach nirgends seine Bestätigung gefunden hat. Die Studentenschaft hängt an und für sich meist an so viel Gängelbändern, daß das des Vereins Deutscher Studenten gar nicht in Betracht kommt.

Der Verfasser schreibt schließlich:

„Ich kann mit Freuden feststellen, daß uns mit dem V. D. St. nicht nur ein Verhältnis der gegenseitigen Achtung, sondern vielmehr eines der Freundschaft und Wertschätzung verbindet. Im gegenseitigen Gruß-, Bank- und Verkehrsverhältnis, im gegenseitigen Chargieren bei Festlichkeiten, Antrittskneipen, Stiftungsfesten, Bällen usw. findet dieses Verhältnis äußeren Ausdruck. Aber nicht nur äußerlich soll es sich kundtun, nicht nur das äußerliche, nichtfarbentragende Prinzip ist es, das uns eint, — wir müßten sonst mit allen möglichen schwarzen Korporationen sympathisieren — sondern der gemeinsame verwandte Geist ist es, der beide Korporationen zusammen vereint." —

Der Artikel weist dann darauf hin, daß schon im vorigen Jahre die Verbandsblätter die nahe Verwandtschaft des A. T. V. mit dem V. D. St. anläßlich des 25jährigen Stiftungsfestes des Kyffhäuserbundes betont haben.

Der Artikel schließt mit der Versicherung, daß Kyffhäuserbund und Akademischer Turnbund stets an ihren alten reaktionären Grundsätzen festhalten werden, trotz aller Reformbewegungen in der Studentenschaft. „Darum" so klingt der Artikel aus „V. D. St. und A. T. V. vivant in aeternum!" —

Ein sauberes Bündnis ist es, das hier an die Oeffentlichkeit tritt, die sich politisch gebärdenden Vereine Deutscher Studenten Hand in Hand mit dem Turnvereine! — Was werden die Alten Herren des Akademischen Turnbundes, die zum Teil in der liberalen Deutschen Turnerschaft führende Stellungen einnehmen, zu ihren jungen Bundesbrüdern sagen?!

Aus dem antisemitischen Lager.

Gegen das Treiben des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hat der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das folgende Flugblatt erlassen:

Der von dem antisemitischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schack begründete und geleitete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, dem heute nach den Versicherungen seines Vorstandes bereits über 100,000 kaufmännische Angestellte angehören, bestimmt im § 2 seiner Satzungen wörtlich:

„Juden und sich in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum befindende Angehörige anderer Nationen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben."

Ausländer sind demnach nur bedingungsweise von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, Handlungsgehilfen jüdischen Glaubens unter allen Umständen. Warum?

„Weil sich" — nach den Worten des Vorstandsmitgliedes W. Gräf — „das Bedürfnis nach einer bewußten Absonderung von dem gesellschaftlich minderwertigen und wirtschaftlich unbequemen (!) Judentum" herausgestellt hat,

Weil nach der von Herrn Schack und seinen Mitarbeitern ins Land getragenen Legende alles, was im deutschen Handelstande ehrlich ist, arischer Herkunft ist, der Abschaum des deutschen Handelsgewerbes aber sich in denjenigen Häusern konzentriert, deren Chefs jüdischer Abkunft und jüdischen Glaubens sind, und endlich — um nicht mehr Anschauungen und Aussprüche aus dem Reiche der „Deutschnationalen" zu zitieren —

Weil „ein in Deutschland geborener Jude ebenso wenig ein Deutscher ist, wie ein im Pferdestall geborener Esel ein Pferd!"

In diesem verrohenden Hetzerton spricht der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in seinen Versammlungen von den „daitschen Kaufleuten"; dieser antisemitische Geist durchweht sein Verbandsorgan, die „Deutsche Handels-Wacht", deren Wesen und Tendenz vor einigen Jahren zur Genüge in dem amtlichen „Beirat für Arbeiterstatistik" von bekannten Abgeordneten dahin charakterisiert wurde, daß es ihr Prinzip zu sein scheine, Verdächtigungen zu bringen und andere kaufmännische Vereine herabzusetzen.

Nach alledem braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Bruhn, Böckler, Raab, Liebermann von Sonnenberg und andere Vertreter des Antisemitismus die geborenen Festredner des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes sind, der diesen Politikern bei den Wahlen willkommene Schlepperdienste leistet.

Einen Teil seiner Erfolge verdankt der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband neben seiner unermüdlichen Werbetätigkeit und dem leider in unserem Vaterlande noch immer zugkräftigen antisemitischen Programm seinen prahlerisch angepriesenen, angeblich für die Mitglieder besonders vorteilhaften sozialen Einrichtungen, insbesondere seiner Krankenkasse. Als aber im Jahre 1906 der bekannte Nationalökonom May-Hamburg in einer eingehenden Untersuchung über kaufmännische Krankenkassen den Nachweis erbrachte, daß manche anderen kaufmännischen Organisationen auf diesem Gebiete viel Ersprießlicheres leisten, da fiel dem schon oben charakterisierten Verbandsorgane nichts anderes als der Vorwurf ein, daß der Verfasser jener Arbeit Jude sei.

Besonders stolz ist der Verband auf seine Auskunftei und Stellenvermittelung. Gerade diese aber rechtfertigt die Mahnung vor der Anstellung „deutschnationaler" Handlungsgehilfen, die wenigstens heute noch auf Stellungen in jüdischen Häusern mit angewiesen sind.

Eine „Sperre der jüdischen Häuser" ist seitens des Verbandes erst in Aussicht genommen, wenn sie zeitgemäß ist. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, sucht der Verband auch aus der Tätigkeit seiner Mitglieder in jüdischen Häusern Vorteile zu ziehen. In geheimen Auskünften werden Mitteilungen über allerhand geschäftliche und private Verhältnisse der

Prinzipale, die Behandlung, Beköstigung und Bezahlung des Personals, private Beziehungen der Familie und anderes mehr extrahiert. Und damit der jüdische Prinzipal selbst nicht bemerkt, daß er einen antisemitischen Spion unter seinem Dache beherbergt, ist die fürsorgliche Einrichtung der geheimen Mitgliederliste getroffen, die es den Angestellten ermöglicht, eine vom Verbandsvorstande ausgestellte Abmeldung vorzuzeigen, ohne deshalb tatsächlich die Mitgliedschaft aufgeben zu müssen. Zwar nicht deutsch, auch nicht national, aber echt antisemitisch!

Dazu paßt denn das Bild jenes Haynauer Deutschnationalen, der nach der Ladenschlußzeit einen jüdischen Kaufmann aus Gefälligkeit um den Verkauf einer Krawatte bat, um ihn sofort der Polizei zu denunzieren, aber jenes Hamburger Verbandsmitgliedes, das, da es nicht wahlfähig war, unter falschem Namen bei den Kaufmannsgerichtswahlen für die Liste der Deutschnationalen seine Stimme abgab, freilich diesen Beweis seiner Gesinnung mit einer Woche Gefängnis büßen mußte.

Ihren Standesgenossen, wenn sie anderen Glaubens und anderer Anschauungen sind, treten die Anhänger des Verbandes in Versammlungen mit den Allüren der Radau-Antisemiten entgegen und lassen sich auch von groben Insulten und Tätlichkeiten nicht zurückhalten. An ihren Sitzungsabenden dient zur Pflege „deutscher" Geselligkeit das in über 85,000 Exemplaren verbreitete Liederbuch, das auch spezifisch antisemitische Texte enthält.

Wer verlangt nach alledem weiteres Beweismaterial dafür, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband ein zu antisemitischen Zwecken gegründeter Verband ist, dessen Tendenz dahin geht, Gegensätze zwischen den deutschen Kaufleuten christlichen und jüdischen Glaubens hervorzurufen, die „wirtschaftlich unbequemen" jüdischen Standesgenossen in ihrem Ansehen herabzusetzen und gesellschaftlich wie wirtschaftlich zu isolieren.

Wer es mit seinem Stande, seinem Vaterlande und seinen eigenen materiellen und ideellen Interessen gut meint, der wird die von uns schon früher betonte Mahnung beherzigen:

Warnt Eure christlichen Mitarbeiter vor dem Beitritt zu diesem hetzerischen Verbande, ihr jüdischen Handlungsgehilfen!

Haltet Eure Häuser rein von diesen antisemitischen Hetzern und Spionen, ihr deutschen Prinzipale jüdischen Glaubens!

Tretet freimütig und fest jenen dünkelhaften Chauvinisten entgegen, die sich etwas Besseres zu sein rühmen, als Ihr, nur weil sie das wahre Deutschtum in Erbpacht zu haben wähnen!

Ueber den Bund der Landwirte spricht sich das neu gegründete Organ der **Wirtschaftlichen Vereinigung** in Kassel, der „Beobachter", also ein Blatt, das den Agrariern sehr nahe steht und von ihnen finanziell unterstützt wird, sehr abfällig aus. Es weist darauf hin, daß es eine Zeitlang geschienen habe, daß dem Bund der Landwirte ein dauernder Einfluß auf die Reichspolitik beschieden sein werde, und fährt dann fort:

„Der von selbst gekommene Zusammenschluß verlor seine Bedeutung nicht, als die Regierung einer Reihe von Agrarforderungen stattgab. Aber: die Beteiligten selbst verloren das Interesse an der Bewegung. Und so hat denn der Bund der Landwirte es in 14 Jahren zu noch nicht ganz 300 000 Mitgliedern im Reiche gebracht bei ausgiebigster Agitation. Die Zunahme der Mitgliederzahl ist von Jahr zu Jahr geringer. Zahlen — 10—12 000 — beweisen hier nichts. Die denkenden und urteilenden jüngeren Leute wenden sich vom Bunde ab, dessen Einseitigkeit und dessen Hinneigung zum Großbesitz sie erkannt haben."

Wir können zwar dem Urteil des Kasseler reaktionären Blattes in einem Punkt nicht zustimmen, da der politische Einfluß des Bundes der Landwirte leider auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens nur zu deutlich und fühlbar in die Erscheinung tritt, seine Charakteristik des Bundes als eines politischen Instruments der Großgrundbesitzer ist aber doch überaus interessant und wertvoll.

Aus Kassel wird berichtet:

Eine derbe Abfuhr wurde dem antisemitischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Lattmann-Schmalkalden, dem Vertreter Kassels, in einer am 30. v. Mts. abgehaltenen öffentlichen Versammlung der beiden hiesigen nationalliberalen Vereine zuteil. Der Abg. Lattmann hat den sonderbaren Brauch hier eingeführt, in gegnerischen Versammlungen zu erscheinen, in die Besprechung einzugreifen und die Versammlung ziemlich lange mit seiner Person zu beschäftigen. Dadurch war in das politische Leben unserer Stadt ein Zug von Gehässigkeit gekommen, der erst unlängst der „Nationalliberalen Korrespondenz" Veranlassung gab, in scharfer Form gegen einen Sonderabdruck der „Deutschsozialen Blätter" Einspruch zu erheben, weil in der Einleitung dieses Sonderabdrucks der nationalliberalen Partei die Verantwortung dafür zugeschoben war, daß den mittleren und unteren Beamten Preußens nicht die gleichen Teuerungszulagen wie denen des Reichs zugebilligt wurden. Um den politischen Frieden in unserer Stadt wieder herzustellen, verweigerte der Leiter der Versammlung, Prof. O. Hebel, als sich nach den trefflichen Ausführungen des Landtags-Abgeordneten Landesrats Dr. Schroeder der Abg. Lattmann zum Wort meldete, diesem das Wort, worauf Lattmann die Versammlungsteilnehmer einlud, ihm in eine von ihm vorher bereits fürsorglich angemeldete Versammlung zu folgen. Nur etwa 40 seiner Getreuen folgten ihm; die Hoffnung, die nationalliberale Versammlung zu sprengen, erfüllte sich nicht. Die Art des Vorgehens Lattmanns, der heute auf eine Erklärung der beiden Vereine in Sachen des Sonderabdrucks der „Deutschsozialen Blätter" „ausführlich" antworten wollte, verdient deshalb Beachtung, weil sie zeigt, mit welchen Mitteln die Antisemiten politische Kämpfe zu führen sich bestreben.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. Gelegentlich der Wahlen zum Kaufmannsgericht fand im Kompostellhof eine Versammlung der deutschnationalen Handlungsgehilfen statt. In der Diskussion wies ein Redner vom Kaufmännischen Verein antisemitische Angriffe zurück und wurde hierbei von dem Kaufmann Landeck, einem Rayonchef der Firma Robinsohn, mit dem Zuruf: „Halt's Maul" und einer weiteren nicht verständlichen Bemerkung unterbrochen. Die „Kaufmännische Zeitung" berichtete über jene Versammlung und erwähnte dabei u. a., daß Landeck einen Redner vom Kaufmännischen Verein mit ungezogenen Redensarten unterbrochen habe. Landeck erhob hierauf Privatklage gegen den Redakteur der „Kaufmännischen Zeitung", Richard Baum, der vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer wurde festgestellt, daß das Statut des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, dem Landeck angehört und für den er früher bereits bei Wahlen kandidiert haben soll, dem Sinne nach den Passus enthält, daß Juden und Feinde des Deutschtums nicht Mitglieder des Verbandes werden können. Während des Plaidoyers machte Rechtsanwalt Reichard, der Vertreter Landecks, die Bemerkung, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband eintrete für Kaiser und Reich und daß es ein Glück sei, daß es noch Verbände gebe, die Juden ausschlössen. Das Gericht hob das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach den Redakteur Baum frei. Durch die Beweisaufnahme sei erwiesen, daß Landeck, was er energisch bestritten habe, die Aeßerung getan habe, die sich als eine ungezogene Redensart qualifiziere. An jener Bemerkung Kritik zu üben, sei Baum berechtigt gewesen. Die Privatklage sei daher ungerechtfertigt. Dem Kläger Landeck wurden die Kosten der Klage auferlegt.

Vermischtes.

Pharisäer. Von geschätzter Seite schreibt man uns: Nicht nur Bücher haben, wie der lateinische Schriftsteller sagt, ihr Schicksal, sondern auch Wörter. Ja, es gibt Wörter, die durch Jahrhunderte ungerecht leiden und eine Schmach auf sich laden müssen, die sie nicht verdient haben. Zu diesen gehört auch das Wort Pharisäer. Mit Pharisäer pflegt man stets auch in der Sprache der Gebildeten und der Literatur, ja auch der Wissenschaft, einen Heuchler, Frömmler und Lügner zu bezeichnen, einen, der unter dem Scheine der Frömmigkeit das Recht und die Wahrheit meidet. Das ist aber eine gänzlich falsche Auffassung des Wortes und ein Jahrhunderte altes Unrecht wird darin verkörpert. Pharisäer, hebräisch parusch, kommt von parsch — absondern, dem Lebensgenuß entsagen. Die Pharisäer bildeten eine religiöse Sekte zur Zeit des Unterganges des jüdischen Reiches und der Entstehung des Christentums. Sie standen im Gegensatz zur Sekte der Sadduzäer. Während die Sadduzäer dem Leben und seinen sozialen und kulturellen Forderungen Konzessionen machten, waren die Pharisäer unerbittlich und streng darauf bedacht, das Religionsgesetz nach seinem starren Wortlaute zu beobachten. Sie waren also orthodox und bekämpften jede Reform auf religiösem Gebiete. Philosophisch betrachtet waren sie die Männer der Askese, die Vertreter des Prinzips der Entsagung. Aber nirgends ist in der Geschichte eine Spur davon zu finden, daß sie Heuchler waren. Fanatiker waren sie wohl, wie alle, die sich ausschließlich einer einseitigen religiösen Idee hingeben, aber ihr Leben war getragen von einer hohen, strengen Sittlichkeit und ihre Ueberzeugung war echt. Sie bekämpften Christus, weil er im Gegensatz zu ihnen das Wort verneinte und den Geist der Schrift hochhielt. Er hatte daher auch das Recht, gegen sie und ihre Ideen zu streiten. Wenn man sie aber als Menschen hinstellt, die sittlich niedrig dachten und lebten, so ist das ein geschichtliches Unrecht. Wir leben in einer Zeit, wo die Ehrenrettung aller zu Unrecht verschrienen geschichtlichen Personen angestrebt wird. Es ist Zeit, daß wir auch den Wörtern Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Die „undankbaren Juden". Aus Baden erhalten wir folgende Zuschrift: Die Undankbarkeit der Juden gehört bekanntlich zu den antisemitischen Dogmen. Bei all den andern teuflischen Eigenschaften, die man ihnen andichtet, wäre es auch ein Wunder, wenn man ihnen die Dankbarkeit einräumen würde. In Wirklichkeit aber verhält es sich mit diesem Dogma wie mit den übrigen antisemitischen: s i e w e r d e n v o n C h a r l a t a n e n a u f g e s t e l l t u n d v o n N a r r e n g e g l a u b t. Wer die Verhältnisse kennt und sie ohne Voreingenommenheit beurteilt, der weiß, wie häufig man gerade in jüdischen Kreisen die tiefste Dankbarkeit findet. Das ist keine Tugend ihrer „Rasse", sondern ihrer Leidensgeschichte, wie überhaupt die meisten menschlichen Tugenden und Untugenden Produkte des sozialen Lebens sind. Eine Bevölkerung, die Jahrhunderte hindurch rechtlos dastand und allen Verfolgungen ausgesetzt war, muß die Dankbarkeit in höherem Grade empfinden und jede edle Handlung freudig anerkennen. Im Mittelalter wurden diejenigen Fürsten, die den Juden einige Erleichterungen gewährten, von ihnen geradezu vergöttert und als Hilfsboten Gottes gepriesen. In Rußland hingen die Juden an Kaiser Alexander II. mit rührender Liebe und in Oesterreich wurde Kaiser Josef von den Juden als Heiliger verehrt, weil diese Monarchen den Juden Menschenrechte einräumten. In den letzten Tagen hat sich das wieder beim Hinscheiden des Großherzogs Friedrich von Baden gezeigt. Es gibt kaum eine Synagoge in Deutschland, in der nicht dem hohen Toten ein warmer Nachruf gewidmet worden ist, und in allen jüdischen Blättern finden wir geradezu begeisterte Nekrologe auf diesen Fürsten. Die Juden Deutschlands haben es ihm nie vergessen, daß er seine jüdischen Landeskinder mit derselben Liebe und derselben Gerechtigkeit behandelt hat wie die andern und daß er durch sein ganzes Handeln das Muster eines konstitutionellen Fürsten bildete.

Die judenfreundliche „Staatsbürgerzeitung". Die gute „Staatsbürgerzeitung" macht in ihrer ihr so gut anstehenden Judenfreundlichkeit den Vorschlag, j ü d i s c h e R e g i m e n t e r zu bilden. Erst hatte sie den Vorschlag nur „scherzhaft" gemacht, aber bald fühlte sie sich veranlaßt, in ihrer Judenfreundlichkeit noch weiter zu gehen und eine Wehrsteuer anzuregen, die den Juden besonders sympathisch sein dürfte. Auch damit hat die Judenfreundlichkeit dieses höchst schätzbaren Preßorgans nicht ihre Grenze erreicht. Es fühlt sich angeregt, die Frage zur Erörterung zu stellen, ob es nicht überhaupt besser sei, allen Juden zu gestatten, dem Militärdienst fernzubleiben und dafür eine angemessene Wehrsteuer zu zahlen. Das Blatt meint, man würde so den jüdischen Helden dadurch einen großen Gefallen getan haben.

Wir anerkennen die große Judenfreundlichkeit der „Staatsbürgerzeitung", aber wir müssen ihr mitteilen, daß nach unseren Informationen die Juden von ihrer Liebenswürdigkeit keinen Gebrauch machen möchten. Und zwar aus Rücksicht auf die Ehre des deutschen Vaterlandes nicht. Es ist nämlich schon schlimm genug, daß man im Auslande, wenn von deutschen Antisemiten die Rede ist, Deutschland mit Rußland auf eine Stufe stellt. Würde der Vorschlag der „Staatsbürgerzeitung" angenommen — wir sprechen davon sozusagen als einem Problem —, dann würde Deutschland gar auch mit der Türkei auf eine Stufe gestellt werden. Denn in der Türkei, wo, wie bei uns der militärische Dienst für alle obligatorisch ist, unterwirft man der Militärpflicht nicht die — C h r i s t e n. Man ist nämlich dort der Ansicht, daß sie, die Christen, militärisch unbrauchbar seien und daß durch das christliche Element das ganze Heer geschwächt werden könne. Das ist ja noch schlimmer als das Frontverderben, das nach Herrn Liebermann von Sonnenberg eine Spezialität der Juden sein soll. Die „Staatsbürgerzeitung" ist so liebenswürdig, die Juden nur für eine „nicht sonderlich große Zierde des Heeres" zu erklären, zu konstatieren, daß ein viel größerer Prozentsatz Juden untauglich zum Militärdienst befunden werde, während die Türken alle Christen für militärisch untauglich und sogar als schädlich erklären.

Die „Staatsbürgerzeitung" und mit ihr gewiß alle christlichen wie heidnischen Antisemitenblätter werden mit uns übereinstimmen, wenn wir sagen, die Türken seien geradezu blödsinnig, daß sie Christen aus solchen törichten, ganz und gar unhaltbaren, unbeweisbaren und durch die Tatsachen unendliche Male widerlegten Gründen von der Wehrpflicht ausschließen. Sie werden sicher alle mit uns der Ansicht sein, daß die Türken sich durch solchen Tun und Denken vor der ganzen Welt kolossal blamieren und obendrein sich selbst schädigen. Die Juden möchten nun nicht, daß ihr deutsches Vaterland, in dem es sich ebenso den Juden gegenüber verhält wie die Türkei den Christen gegenüber, sich in gleicher Weise blamiere.

Richtig allerdings ist, was die „Staatsbürgerzeitung" sagt, daß die Juden sich „nicht nach kriegerischen Lorbeeren reißen". In dieser Beziehung denken die Juden, und zum Glück die Juden in Deutschland nicht allein so, sondern Millionen anderer Deutscher, vor allem unser Kaiser, der, obwohl ihm die anerkannt gewaltigste Kriegsmaschine

zur Verfügung steht, in den zwanzig Jahren seiner Regierung sich nicht nur nicht nach kriegerischen Lorbeeren gerissen hat, sondern sogar sich selbst als Commis voyageur des Friedens bezeichnet hat.

Um aber auf die scherzhaft gemeinten jüdischen Regimenter zurückzukommen, so wollen die Juden schon aus Bescheidenheit, aber auch aus Opportunitätsgründen von solchen nichts wissen. Sie sind zu gering an Zahl und zu sehr über das ganze deutsche Reich zerstreut, als daß nicht die Organisation besonderer jüdischer Regimenter ganz außerordentliche Schwierigkeiten verursachen müßte, abgesehen davon, daß sie gern mit ihren Mitbürgern in Reih und Glied stehen und daß eine solche Absonderung im Widerspruch stehen würde mit der ganzen Heeresenrichtung. Die Juden nehmen für sich kein Privileg in Anspruch, wie der Adel, der gewisse Regimenter nur für sich in Beschlag legt, zumal es ein privilegium odiosum ist. Dagegen würden sie, falls das Vaterland einmal in Gefahr und Not sein sollte, mit Freuden, wie sie das in andern Ländern getan haben, eigene Freiwilligenregimenter ausrüsten, selbst wenn diesen Regimentern nicht gestattet würde, von jüdischen Unteroffizieren oder gar Leutnants kommandiert und ins Feuer geführt zu werden.

Leo Tolstoi über die Juden. Aus Petersburg wird dem „Pester Lloyd" geschrieben: Eine hervorragende Persönlichkeit hatte mit Leo Tolstoi in Jaßnaja-Poljana eine Unterredung über die Judenfrage und teilt nun in dem Blatte „Tulskija Wjedomosti" die Worte mit, die der greise Dichter geäußert hat. Tolstoi sagte wörtlich: „Eine spezielle „jüdische Frage" darf es gar nicht geben. Alle Menschen sind Brüder. Die Hetzereien und Aufreizungen der antisemitischen Presse werden auf anständige Leute keine wie immer geartete Wirkung haben. Was nun die Frage der Gleichberechtigung betrifft, so dürfen die Juden als Menschen von dieser Gleichberechtigung nicht ausgeschlossen werden. Sie sind in humanitärem Sinne Brüder aller andern Nationalitäten und keine Einschränkung ihrer Menschenrechte darf geduldet werden. Meiner Ansicht nach liegt auch keine Notwendigkeit vor, die Assimilation der Juden mit den christlichen Völkern anzustreben, denn sehen Sie (Tolstoi machte dabei mit einem Stäbchen einige Zeichen), hier stehen Juden, hier Christen, aber über den Juden und Christen erhebt sich das allgemeine Menschheitsideal. Diesem Ideal müssen Juden und Christen in gleicher Weise zustreben und dann wird die Assimilation von selbst kommen. Worin besteht dieses Ideal? In der Selbstvervollkommnung, im Wohltun nach Kräften und in lebensfreudigem Sinn des wahrhaften Glaubens, der das Leben erneuert. Dieser Glaube muß nun von den Wucherungen befreit werden, die verschiedene Irrlehren der Juden und Christen erzeugt haben."

Hans von Bülow hat zeitweilig, als der Antisemitismus üppig in die Halme schoß, ihm ebenfalls stark Avancen gemacht. Die „Deutsche Ztg." zitiert aus den in der „Neuen deutschen Rundschau" veröffentlichen Briefen Bülows ein an einen ungenannten Adressaten gerichtes Schreiben aus Bad Liebenstein, das folgenden Passus enthält:

„Herr Dr. B. Förster hat mich ersucht, die Antisemitenpetition an den Reichskanzler zu unterzeichnen. Natürlich habe ich diesem Appell an meinen bürgerlichen Mut entsprochen, mir dabei vollkommen der Tragweite dieses Schrittes bewußt. Da derselbe notorisch werden wird — ist dies doch recht eigentlich der Zweck — so darf ich mich auf eine gewisse Verfehmtheit in der Presse ebensowohl gefaßt machen, als auf eine Reduktion meiner Konzerteinnahmen um mindestens 50 v. H. Es ist ein auf allen meinen Reisen bestätigtes Faktum, daß Sem und Hebron das empfänglichste und ausgebendste Publikum in die Konzerte liefert, noch mehr, daß von iheer Beteiligung die der Nichtsemiten völlig abhängig ist. Mißverstehen Sie mich nicht, hochgeehrter Herr, ich bin weit entfernt, über diesen Prospekt — mich zu beklagen. Mein höchster Ehrgeiz ist seit Jahren gewesen, das zu erreichen, daß man mir nicht nachnekrologisieren könne, ich sei insolvent abgegangen. Ich fühle eine große Erleichterung durch das Bewußtsein, mit „Bin" und „habe" gezahlt zu haben und nun berechtigt geworden zu sein, meine eigenen Wege, so gut es gehen will, weiter zu hinken. Wenn die Bayreuther Schule nicht zustande kommt (sie kommt ebensowenig zustande, wie daß wir die Juden los werden) — so wäre es mein Wunsch, wie Ihnen ja wohlbekannt, daß der 40 000 Mark-Obolus zur Errichtung eines Wagner-Standbildes in B. verwendet würde — das Bismarck-Monument in Köln hat gerade so viel gekostet. — Doch premire ich diesen Wunsch so wenig, daß ich mich vielmehr im Voraus vollkommen mit jedem anderen Verwendungsmodus einverstanden erkläre, den das Komitee proponieren oder der Meister dekretieren würde."

Später hat Hans von Bülow, wie wir zu wissen glauben, erheblich kühler über den Antisemitismus gedacht und sich die aufdringliche Bundesgenossenschaft aus diesen Kreisen gelegentlich sehr energisch verbeten.

Prälat Dr. Schneider, der vor kurzem verstorbene Domkapitular von Worms, hat an Herrn S. Rotschild-Worms noch am 18. August d. J. folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr! Sie erzeigen mir durch Ihr Schreiben vom 17., das Sie mit der Sendung Ihrer Veröffentlichung zur Geschichte der dortigen israelitischen Gemeinde begleiten, eine Aufmerksamkeit, für die ich besonders dankbar bin. Die freundliche Stellung zu Ihren Glaubensgenossen, die mich mein ganzes Leben begleitet hat, ist ein Erbe meiner Eltern: mein Vater war in seinen geschäftlichen Beziehungen ein freundlicher Förderer der vermittelnden Geschäftsleute, deren nächste und selbst spätere Nachkommmen dessen mit Dank sich erinnern. amicus gentis nostrae. An die ehrwürdige Synagoge zu Worms knüpft sich für mich die Erinnerung an den Besuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und der Kronprinzessin, die ich damals begleitete. Vielleicht freut Sie, ein kleines Begebnis zu erfahren, das sich an den Besuch der Synagoge knüpfte. Einer Ihrer Glaubensgenossen ging erklärend zur Seite. Daraufhin äußerte die Kronprinzessin zu dem im Gefolge befindlichen Archäologen, Oberst von Cahansen, der ihr Vertrauen in hohem Grade besaß, in liebenswürdig scherzendem Ton: „Prophete rechts, Prophete links; das Weltkind in der Mitte." Das war ein Wort aus noch sonnigen Tagen, wo freilich dunkle Wolken schon drohten. Unter hochachtungsvoller Begrüßung zeichne ich ergebenst

Prälat Dr. Friedr. Schneider.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 42. Berlin, 16. Oktober 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk.
sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Juden als Schöffen und Geschworene.

Es gab eine Zeit, wo die Aufhebung der Juden emanzipation einen Programmpunkt aller antisemitischen Parteien bildete. Die Zeit ist längst dahin. Unsere Antisemiten sind zwar nicht gerechter und anständiger, wohl aber klüger und vorsichtiger geworden. Heute verlangen sie keine Aenderung, sondern nur eine Ignorierung der Verfassung. Den Juden soll durch die Hintertür der Verwaltung das erlangte Bürgerrecht verkümmert werden. Dahin geht die Sehnsucht aller Antisemiten und darauf ist ihre Taktik zugeschnitten. Mit der bekannten Schoenstedt'schen Logik wird gesagt, in der Verfassung stehe wohl, daß der Jude alles im Staate werden könne und dürfe, nicht aber daß er's werden müsse. Also dürfen die Juden von allen Staatsämtern und allen Ehren ausgeschlossen bleiben. Daß diese Logik eine trügerische ist und daß die ganze Verfassung und das Bürgerrecht dadurch zum Hohn wird, ist ja klar. Man könnte schließlich mit derselben Logik sagen, in der Verfassung stehe nur, daß die Juden leben dürfen, nicht aber, daß sie leben müssen. Aber die Antisemiten sind ja heute mehr als früher auf die Erhaltung des Scheins bedacht, denn der heutige Antisemitismus will ja in der praktischen Politik eine Rolle spielen.

Nun lassen sich aber diese unbescheidenen Juden das nicht gefallen und mit ihnen sind alle wirklich liberalen Männer der Meinung, daß Rechte erworben werden, um sie zu besitzen, und daß daher stets darüber gewacht werden müsse, daß das Bürgerrecht zum lebendigen und nicht blos zum geschriebenen Recht wird. Der „Verband der deutschen Juden" hat unlängst eine Beschwerde an die Justizministerien vieler deutscher Staaten gerichtet, worin er sich beklagt, daß die jüdischen Bürger häufig bei der Auswahl von Schöffen und Geschworenen ohne jeden Grund übergangen werden. Die betreffenden Ministerien scheinen auch die Gerechtigkeit der Beschwerde einzusehen und einige haben bereits an die Behörden Weisungen in diesem Sinne ergehen lassen.

Das verursacht in den Reihen der Antisemiten eine große Aufregung und die tapfere Schar der „Hammer-Gemeinde" schlägt Alarm, daß Deutschland wieder einmal in großer Gefahr sei. In der Nr. des „Hammer" vom 1. Okt. schien ein Artikel über diese Thema, der geradezu von Lügen, Verleumdungen und Verdächtigungen strotzt. Fast jede Zeile darin enthält eine krasse Unwahrheit. Der Verfasser — wahrscheinlich Herr Fritsch selbst — schreibt:

„Tatsache ist, daß der Israelit in weiten Schichten unseres Volkes — und wahrlich nicht in den schlechtesten — nicht das Zutrauen genießt, um in Rechtsfragen als ein unparteiischer Richter und Mitrichter angesehen zu werden."

Das mag sein, nur bestreiten wir den Satz in Parenthese. Diese Kreise sind die besten sicherlich nicht und gewiß auch nicht die intelligentesten. Ja, der Mangel an Zutrauen zu Juden in manchen Kreisen mag Tatsache sein, aber ebenso ist es Tatsache, daß in ausgesprochen katholischen Gegenden ein noch größeres Mißtrauen gegen Protestanten herrscht: Sollen die Regierungen auch dieser Tatsache Rechnung tragen und in solchen Gegenden keine Protestanten zu Schöffen und Geschworenen ernennen? Nein, die Aufgabe der Behörden ist es, Vorurteile zu bekämpfen und nicht ihnen zu schmeicheln, denn nur so können sie geistig und ethisch erziehlich auf die Bevölkerung einwirken. Der Verfasser schreibt weiter:

„Das sittliche Empfinden des Juden ist ein anderes als das des Deutschen; seine Rechtsbegriffe sind anders, sein Wesen ist uns fremd, und der Deutsche wird sich immer beschwert fühlen, wenn er die Entscheidung über Recht und Unrecht in die Hände eines Juden gelegt sieht."

Das ist direkt unwahr. Das sittliche und rechtliche Empfinden des Juden ist nicht um ein Haar anders als das des Christen in Deutschland. Der Christ, wenigstens der rechtlich und vernünftig denkende, kann sich daher auch nicht beschwert darüber fühlen, daß die Entscheidung in die Hände eines Juden gelegt wird. In Baden und in Bayern, wo häufig Juden als Schöffen und Geschworene herangezogen werden, ist noch nie eine Klage der Bevölkerung darüber laut geworden. Da der jüdische Schöffe oder Geschworene mit so und soviel christlichen Kollegen zusammensitzt, kann auch garnicht die Entscheidung in seiner Hand liegen.

Der Verfasser beruft sich auf einen Ausspruch Bismarcks im Landtage von 1847, der den Juden alle Rechte einräumt, „nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden". Nun ist dieses Urteil ein Widerspruch in sich, denn wenn man einem alle Rechte gönnt, dann kann man keine Ausnahme machen. Auch ist der Ausdruck „christlicher Staat" staatsrechtlich und logisch falsch, denn wir leben heute im modernen und nicht im christlichen Staate. Tatsächlich war Bismarck damals noch ein junger Mann und mit junkerlichen Vorurteilen vollgepfropft. Daß er später in seiner Größe über diese Frage anders dachte, weiß jeder. Unter ihm war ein Jude, allerdings ein getaufter, Justizminister in Preußen, und ein anderer, ebenfalls getaufter, wurde

auf seine Veranlassung zum Präsidenten des Reichsgerichts ernannt. Auch viele nicht getaufte Juden bekleideten während seiner Reichskanzlerschaft und sicherlich nicht gegen seinen Willen, Richterämter in Preußen, allerdings nur an Amts- und Landgerichten. Man sieht also, wie verfehlt es ist, Bismarck hier als Zeuge anzurufen. Unser „Gelehrter" fährt fort: „Noch mehr aber wird derjenige über die Geneigtheit der Juden für die Mitwirkung in der Rechtsprechung in Zweifel geraten, der einigen Einblick in die jüdische Geheimgesetzgebung besitzt." Wir antworten: einen Einblick in die jüdische Geheimgesetzgebung kann nur derjenige tun, der in einem Irrenhause residiert. Denn es gibt keine jüdische Geheimgesetzgebung. Wenn man den Talmud, der in allen Staatsbibliotheken aufliegt und sogar in Rußland unter der strengsten Zensur in tausenden von Auflagen gedruckt worden ist, als geheimes Gesetzbuch betrachtet, so ist das pathologisch. Die Juden des Altertums hatten eine schriftliche Lehre und eine mündliche (Lehre! nicht Gesetz!). Die schriftliche Lehre bilden die 5 Bücher Mosis. Die mündliche entstand im Laufe eines Jahrtausends durch die oft weitschweifige Auslegung und die uferlose exegetische Weiterbildung in vielen Schulen. Die Lehre hieß darum mündliche, weil es verboten war, sie aufzuschreiben, damit man sie nicht zum Gesetz mache. Erst viel später fürchtete man, daß die aufgesammelte Gelehrtheit in Vergessenheit geraten und verloren gehen könnte, daher schrieb man unter der Redaktion berühmter Rabbinen alles nieder und schloß das Werk ab. Der Talmud galt für die Gelehrten als Quellenbuch, aber nie war er in Israel Gesetzbuch. Das konnte schon darum nicht geschehen, weil der Talmud auch Fabeln, Parabeln, historische Partien, medizinische Regeln und philosophische Betrachtungen enthält. Ja, selbst in seinem halachischen (juristischen) Teile enthält der Talmud über jede Frage die Ansichten verschiedener Thanaiten und Amoraiten (Gelehrte), die einander widersprechen. Bei verschiedenen Stellen bemerkt der Talmud selbst, „das sei nur gesagt worden zur Verstandesübung. Verschiedene talmudische Schulen waren tatsächlich Diskussionsschulen, ähnlich wie die scholastischen. Ihr Hauptziel war die Schärfung der Vernunft und die Ausbildung der Kombinationsgabe. Ein solches Werk kann also seiner ganzen Natur nach nie als Gesetzbuch benützt werden. Es ist also direkt frech gelogen, wenn hier von Talmud als von „einem jüdischen Gesetzbuche, dessen Gültigkeit von Rabbinern und andern Sachverständigen wiederholt vor Gericht bekundet worden ist," gesprochen wird. Man nenne uns erst die Rabbiner und Sachverständige, die dieses Urteil vor Gericht abgegeben haben! Heraus mit der Sprache, Ihr Lügner, Fälscher und Verleumder!

Aber unser „Gelehrter" zitiert eine Stelle aus dem Talmud über die Sittlichkeit der jüdischen Richter, er schreibt:

„Da soll (dieses „soll" ist charakteristisch!) z. B. in diesen Geheimgesetzen geschrieben stehen — als Rat für den jüdischen Richter: „Wenn ein Jude mit einem Nichtjuden einen Prozeß hat, so lässest du deinen Bruder gewinnen und sagst dem fremdlich: so will es unser Gesetz (so in einem Lande, in dem die Gesetze der Juden gelten.) Wenn die Gesetze der Völker dem Juden günstig sind, so lässest du deinen Bruder gewinnen und sagst dem Fremden: so will es euer eigenes Gesetz. Wenn die Juden weder Herren im Lande sind, noch das Landesgesetz ihnen günstig ist, so soll man die Fremden durch Ränke plagen, bis daß der Gewinn den Juden bleibt." — So heißt es im Traktat Baba k. f. 113,1 . . . . ."

Nun ist es schon an sich eine Charlatanerie sondergleichen, aus einem Werke zu zitieren, dessen Original man zu lesen nicht fähig ist und von dem eine authentische Uebersetzung nicht existiert. Noch schlimmer aber ist es, wenn man solche Zitate benutzt, um eine ganze Bevölkerungsklasse, eine ganze Religionsgemeinschaft zu verdächtigen. Doch sehen wir uns diese Stellen genau an. Der vorangehende Abschnitt handelt von den räuberischen Zoll- und Steuerbeamten, die willkürlich jeden brandschatzen. Von ihnen wird verboten sogar Geld für Wohltätigkeitszwecke anzunehmen, weil dieses Geld als Raub angesehen wird. Als besonders räuberisch wird der Kussite bezeichnet, ein Stamm, von dem die ehrliche Bürgerschaft viel zu leiden hatte. Und nun folgt die Stelle, die wir hier in wörtlicher Uebersetzung wiedergeben:

„So ein Israelit und ein Kussite zu dir zu Gericht kommen, kannst du ihm (d. h. dem Israeliten) zu seinem Rechte verhelfen nach israelitischem Gesetze, so tue es und sage ihm: Es ist unser Gesetz. Kannst du es nach dem kussitischen Gesetze tun, so tue es und sage ihm: so ist es nach eurem Gesetze. Das ist die Meinung des Rabbi Ismael. Rabbi Akiba aber urteilt: man darf ihm (d. h. dem Kussiten) nicht so kommen, weil die Heiligkeit des Namens Gottes dadurch leidet."

Die Kommentaristen des Talmuds, namentlich Maimonides, bemerken zu dieser Stelle: „Es bleibt als feststehende Norm: Dina d'malchuta dina — das Staatsgesetz hat gesetzliche Kraft."

Man sieht also, daß diese Stelle doch etwas anders aussieht. Es ist hier nicht die Rede von „Bruder" und vom „Nichtjuden". Es ist also tendenziös übersetzt. Der Nachsatz von den Fremden ist gänzlich erdichtet, die viel maßgebendere Ansicht des Rabbi Akiba ist unterschlagen. Und solche schamlose Fälscher wagen es, sich als Sittenrichter aufzuspielen und einer ganzen Religion die Moral abzusprechen! Und solche Volksvergifter wollen die Hüter der deutschen Sittlichkeit sein! Wahrlich, es ist Zeit, daß man einsieht, mit welchen niedrigen und gemeinen Mitteln unsere Antisemiten arbeiten.

Wir haben nicht den Beruf und auch nicht die Absicht, den Talmud in seiner Totalität zu verteidigen. Er ist gewiß kein unsittliches Buch, aber er ist ein Sammelwerk, das die kulturellen und sittlichen Anschauungen einer Zeit enthält, die fast 2000 Jahre hinter uns liegt, und die Anschauungen der heutigen deutschen Juden basieren so wenig auf dem Talmud, daß die allermeisten von ihnen ihn ebensowenig lesen können wie — der große Theodor Fritsch. Wie es unsinnig wäre, das heutige deutsche Volk nach den Ansichten der Germanen von vor 2000 Jahren zu beurteilen, ebenso widersinnig ist es, die Juden von heute für das verantwortlich zu machen, was im Talmud steht oder nicht steht. Daher ist es töricht und niedrig zugleich, wenn der „Hammer" mit dreister Stirn schreibt:

„Selbst wenn man absehen wollte von der berechtigten nationalen Forderung, daß der Deutsche nur von einem Deutschen gerichtet werden soll, so wird man doch Bedenken tragen müssen, einem Fremdvolke das in seinen Geheimgesetze obige Anschauungen bekundet, richterliche Funktionen in einem nichtjüdischen Staate einzuräumen."

Die jüdischen Bürger sind innerlich und rechtlich, der Kultur und der Sittlichkeit nach, Deutsche und es ist für den rechtlich Denkenden ganz selbstverständlich, daß sie ebenso wie die Bürger anderer Konfessionen an allen Pflichten und Rechten des Staates teilnehmen und nirgends zurückgesetzt werden. Wenn jüdische Bürger zu Schöffen oder Geschworenen gewählt werden, dann holen sie sich wahrlich nicht vom Rabbiner die Normen ihres Handelns, am allerwenigsten aber erkundigen sie sich nach den Weisungen des Talmuds. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß ein jüdischer Schöffe einen jüdischen Angeklagten milder beurteilt. Meistens hat sogar der Angeklagte in diesem Falle eine besondere Strenge zu erwarten, weil der jüdische Schöffe glaubt, hier besonders seine Objektivität bekunden zu müssen. Das ist eine Schwäche, aber sie ist psychologisch begreiflich. Wir können also beim besten Willen keine Gefahr darin erblicken, wenn die Behörden endlich darauf bedacht sind, dem Prinzip der Verfassung auch auf diesem Gebiete gerecht zu werden.

Unser Wahrheitsapostel schließt seine Betrachtung mit der Bemerkung:

„Und Rabbi Dr. Emil Cohn (siehe Hammer Nr. 126, S. 565) hat uns ja wieder gestanden, daß die Juden ihr besonderes Volkstum um jeden Preis aufrecht erhalten wollen und nicht an eine Verschmelzung denken."

Es ist wirklich traurig, daß unsere Antisemiten nun in dem früheren Berliner Prediger Dr. Emil Cohn einen Eideshelfer gefunden zu haben glauben. An dem Verhalten des jungen zionistischen Theologen haben wir herbe Kritik üben müssen, aber das Schicksal hat er wahrlich nicht verdient, daß „Kreuzzeitung" und „Hammer" ihn zu ihrem Bundesgenossen stempeln. Vielleicht sieht er nun ein, wie viel Verwirrung er mit seinem jugendlichen Eifer angerichtet hat.

Der Mittelstand und die Reaktion.

(Schluß.)

Faßt man den Staat sozial als eine große Maschine auf, dann entsteht für den Werkmeister, die Regierung, wenn auch keine ewige Direktive, so doch eine Grundlinie, auf der sie ihre Tätigkeit entfalten kann und darf. Die Regierung muß sorgen, daß die einzelnen Teile der Maschine gesund bleiben, sie darf aber keinen Augenblick vergessen, daß jede Schraube zwar eine große Bedeutung hat, aber nur so lange sie sich dem Ganzen fügt und den Gesetzen der Mechanik gehorcht. Die Regierung darf keinen Stand vernachlässigen, denn die ganze Staatsmaschine könnte darunter leiden, sie muß aber stets den ganzen Betrieb und den Zweck der Maschine im Auge haben. Ja sie muß, um die Maschine zu erhalten, manchmal eine morsch gewordene Schraube durch eine neue ersetzen, sie muß die Leistungsfähigkeit der Maschine nach den Errungenschaften der neuesten Technik stets zu erhöhen suchen. Die mittleren Volksschichten, oder wie der neue Ausdruck lautet, der Mittelstand, bilden einen wichtigen Teil der sozialen Staatsmaschine, aber sie sind nicht die Maschine selbst. Die einzelnen Berufe sind bedeutende Schrauben, die die Maschine zusammenhalten, aber — nichts mehr als das. Werden die einzelnen Teile und die Schrauben nervös und fügen sich nicht dem Ganzen, arbeiten sie gegeneinander statt mit- und nebeneinander, dann gibt es eine Verwirrung, und die Maschine kracht in allen ihren Teilen. So ergibt sich in großen Zügen die Sozialpolitik des Staates von selbst. Sie muß nach der Erhaltung und Kräftigung der einzelnen Teile und nach dem harmonischen Arbeiten des Ganzen streben. Mit der Gesundung der einzelnen Teile allein ist noch nichts getan, sie müssen auch richtig ineinander arbeiten, sie müssen sich als Teile fühlen, die dem Ganzen dienen.

Daß es einzelnen Berufen der Mittelschichten, namentlich dem Handwerk und dem Kleinhandel, in Deutschland nicht gut geht und daß sie um ihre Existenz schwer kämpfen müssen, welcher gerecht denkende Mensch wird es leugnen wollen? Und welcher sozial denkende Mensch wird nicht den Wunsch hegen, ihnen helfen zu können? Aber mit der Konstatierung der Krankheit und mit dem bloßen Mitgefühl ist hier nichts getan. Eine richtige Diagnose muß auch die innere Natur der Krankheit und ihre Ursachen erforschen, erst dann kann die Therapie einsetzen und mit dem Werk der Heilung beginnen. In jedem Falle wird es für den Kranken vorteilhafter sein, sich dem kundigen, ernsten Arzt anzuvertrauen, als dem baldige Heilung versprechenden Kurpfuscher. Unsere heutigen Mittelstandsretter sind tatsächlich soziale Kurpfuscher, die den Ernst der Sache gar nicht erfaßt haben. Es ist interessant, wenn die Agitatoren des Mittelstandes klagen, die Handwerker hätten kein Verständnis für sozialen Fortschritt und für ihren eigenen Nutzen. Also soll der Staat Vorsehung spielen und an Stelle der Einsicht treten. Man sieht darin die ganze Ratlosigkeit unserer Mittelständler. Der ernste Sozialpolitiker muß hier die Lage gründlich prüfen, er muß sich fragen: woher kommt die Krankheit? Liegt sie in der Natur, oder ist sie durch Selbstverschulden entstanden? Ist die Krankheit akut oder chronisch? Kann sie durch natürliche Pflege oder durch einen kühnen operativen Eingriff beseitigt werden? Oder ist diese Krankheit das Symptom der Senilität, die naturgemäß lang sam zum Absterben führen muß? In der Prüfung dieser Fragen und in ihrer richtigen Beantwortung liegt die Lösung des Problems.

Die Krankheit des Mittelstandes besteht darin, daß er mitten in einer großen sozialen Umwandlung, in einer Umwertung aller Werte, allein stehen geblieben ist und den großen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten 20 Jahre nicht mitgemacht hat. Jeder Stillstand ist ein Rückgang und wenn man bei einer großen Flut nicht mit dem Strom mitzuschwimmen versteht, dann wird man zertrümmert oder wenigstens sehr geschwächt. Es mag ja sein, daß diese Flut zu plötzlich, zu überraschend kam und daß die Kraft dieser Schichten nicht ausreichen konnte, um ihr einen Damm zu setzen. Indessen ganz wird sie der objektive Beurteiler nicht freisprechen können und eigenes Verschulden spielt hier gewiß auch eine Rolle. Die größten Feinde des Handwerks und des Kleinhandels sind die Warenhäuser. Nun sind diese Warenhäuser eine noch ganz junge Erscheinung, und der heutige Mittelstand hat ihrem Entstehen und ihrem Entwickeln gemächlich zugeschaut, ohne die Gefahr zeitig abzuwenden. Man hat geschimpft, das ist ein billiges Vergnügen, damit aber treibt man keine vernünftige Wirtschaftspolitik. Die Warenhäuser haben nicht mit der großen Macht und mit den gewaltigen Kapitalien angefangen, wie sie sich uns heute repräsentieren, und am Anfang ihrer Entwickelung war es sehr leicht, ihnen wirksam entgegenzutreten. Hätten die Kleinhändler und auch die Handwerker vor 15 bis 20 Jahren sich zusammengetan, um genossenschaftlich vorzugehen, um möglich gemeinsam einzukaufen und einheitliche gemeinsame Grundbedingungen für den Verkauf zu schaffen, so wären die Warenhäuser nicht so groß geworden. Damals aber arbeiteten sie gegeneinander, und während sie im kleinlichsten, kurzsichtigsten Kampfe gegeneinander ihre Kräfte zersplitterten, hatte der gemeinsame Feind freies Feld, sich ungehindert zu entfalten. Die Warenhäuser bilden wohl nach mancher Richtung hin keine erfreuliche Erscheinung des Wirtschaftslebens, aber sie haben zwei gute Seiten. 1. Sie bieten alle Waren auf einem Raume vereinigt, sodaß man ohne Verlust an Zeit und Mühe den ganzen Bedarf an einer Stelle decken kann, und 2. sie erziehen die Leute dazu, nur das zu kaufen, was man wirklich braucht, weil man das Bewußtsein hat, alles sofort bar bezahlen zu müssen; das ist sozialpädagogisch von großem Wert.

Hätten unsere Handwerker und Kleinhändler durch Errichtung gemeinsamer Gebäude mit verschiedenen Spezialläden darin, wie es vor einigen Jahren in Hagen i. W. geschehen ist, und vor allem durch das Aufrechterhalten des Grundsatzes der Barzahlung eine gemeinsame gesunde Basis geschaffen, so wären sie heute sicherlich viel weiter. Sie aber fürchteten damals jede Gemeinschaft, außer der des gemeinsamen Schimpfens, blieben in der neuzeitlichen Entwickelung zurück und eröffneten jedem in unvernünftigster Weise Kredit. So trieben sie die Leute direkt ins Warenhaus. Tatsächlich gehen die meisten klei-

neren Geschäftsleute an der sinnlosen Kreditgewährung zu Grunde. Sie veranlassen die Leute, Sachen zu kaufen, die sie nicht dringend brauchen und deren Bezahlung ihre Kräfte übersteigt.

Auch heute noch sind diese Mittel nicht ganz ohne Erfolg, und ich kenne Städte, wo die reellen Kaufleute sich zu einem gemeinsamen Verein für Rabattgewährung bei Barbezahlung zusammengetan und damit ausgezeichnete Erfolge erzielt haben. Natürlich wäre dieser Erfolg ein weit größerer, wenn die Einsicht früher gekommen wäre. Die Entwickelung des Genossenschaftswesens unter Handwerkern und Kaufleuten ist ebenfalls auch heute noch in vielen Fällen möglich, wenn auch nicht mit dem Erfolg, wie man ihn vor 20 Jahren hätte erwarten dürfen. Aber freilich, wenn man diese Leute auf den Weg der Selbsthilfe verweist, wird man zum Mittelstandsfeind gestempelt. Es geht hier dem Politiker genau wie dem Arzt mit mancher hysterischen Patientin: spricht man zu ihr von energischer Selbstaufrichtung, dann wird die Holde verschnupft. Man soll sie bedauern und ihr Hilfe versprechen, und sei es auch durch Quacksalbereien und durch Gesundbeten, – nur dann hat man ihre Sympathie gewonnen. Deswegen wird der Liberalismus, der das Prinzip der Selbsthilfe und der gesunden Selbstentwickelung auch im wirtschaftlichen Kampfe für richtig hält, so sehr gehaßt. Deswegen läuft man so gern zum Antisemitismus, dem Allerweltspfuscher, welcher alles mögliche verspricht, weil er an die Einlösung des Versprechens gar nicht denkt. Graf Posadowsky war gewiß der sozialfreundlichste Minister, den Deutschland jemals hatte; sobald er es aber wagte, zum Mittelstande von Selbsthilfe zu sprechen, wurde er zum bestgehaßten Manne in diesen Kreisen.

Ist hier überhaupt auf dem Wege der Staatshilfe etwas zu erreichen? Ich antworte: Nein. Soweit eine Hilfe überhaupt möglich ist, kann sie durch eigene Arbeit besser und freier entstehen. In vielen Fällen ist aber eine Hilfe gar nicht mehr möglich. Unter den Handwerkern gibt es viele Zweige, die für die Neuzeit gänzlich überflüssig geworden sind, sie sind abgestorbene Glieder des Wirtschaftskörpers, die der Geist der Neuzeit für immer beseitigt hat. So ist der selbständige Schuhmacher in den Großstädten heute schon fast nur noch in der Gestalt des Flickschusters zu finden. Von hundert Menschen ist kaum einer, der sich heute Stiefel nach Maß anfertigen läßt. Die meisten wissen, daß ihnen die Fabrik einen viel besseren Stiefel zum relativ geringen Preise zu liefern vermag. Auch das Schneiderhandwerk scheint sich im Stadium des Absterbens zu befinden. In England und Amerika kauft heute schon jeder Bürger seine Kleider fertig im Laden, und es werden kaum 20 Jahre vergehen, und wir werden auch in Deutschland dahin angelangt sein. Der selbständige kleine Schneider hat schon heute bei uns schwer zu kämpfen, weil er ohne Stofflager und ohne Kreditgewährung nicht arbeiten kann, und er steht sich oft als Zuschneider in einem großen Atelier viel besser. Da hilft keine Sentimentalität, das Gesetz der Entwickelung ist stärker als unser Mitleid. In der Uebergangsperiode mögen manche Existenzen darunter leiden, dafür aber entstehen immer neue Erwerbsquellen. Ebenso haben die ganz kleinen Kaufleute keine Zukunft mehr und sie werden wohl nur noch eine kurze Zeit ihre Existenz zu fristen vermögen. Existenzfähig in der Großstadt ist heute nur noch das bessere Spezialhaus. Tatsächlich haben auch die besseren Spezialhäuser am wenigsten unter der Konkurrenz der Warenhäuser gelitten. Gewiß, jede Zeit hat ihre Umwälzungen und unter jeder Umwälzung leiden viele Personen, aber kein Mensch wird deswegen wünschen, daß die wirtschaftliche Entwickelung zurückgehen soll. Wir wünschen auch nicht, daß die Eisenbahn wieder der Postkutsche weichen möchte, daß Dampf und Elektrizität der Handarbeit Platz machen möchten. Und ebenso wie durch jene Umwandlungen keine Verarmung, sondern eine Bereicherung des Volkes eingetreten ist, ebenso wird nach der Ueberwindung der Krise auch hier eine wirtschaftliche Besserung eintreten.

Der Staat kann hier höchstens dafür sorgen, daß die Umwandlung nicht so schroff vor sich geht. Den Gang der Entwickelung zu hemmen, ist er nicht imstande, und wäre er dazu imstande, so dürfte er das im Interesse des Volkes nicht tun. Und auch die einzelnen Schichten des Volkes würden besser tun, sich dieser sozialen Neugestaltung zu fügen und sich im Rahmen des neuen Gebildes einzurichten, statt vergebens die Staatsmaschine aufzuhalten und ihren Gang mit Klagen und Schimpfen zu begleiten. Woher kommt es, daß in Amerika sich dicke Warenhäuser und Riesenbazare entwickeln konnten, ohne Schaden für irgend einen Stand anzurichten? Weil Amerika frei von jedem alten Zopf und jeder morschen Tradition ist. Amerika hat kein nach Zunft lechzendes, nach Staatshilfe schreiendes, psychisch noch im Mittelalter steckendes Kleinbürgertum. Amerika besitzt nur gleiche Bürger, die nach aufwärts streben und den Weg gehen, den die Entwickelung ihnen vorzeichnet. Der Amerikaner sträubt sich nicht mit kindischem Trotz gegen die Bewegung der Zeit, sondern er macht sie mit, und er fährt gut dabei. Der Großhandel und die Großindustrie sind moderne Wirtschaftsformen, die niemand zu bekämpfen imstande ist. Man muß mit ihnen rechnen wie mit jeder Tatsache und die Konsequenzen daraus ziehen. Es ist nicht absolut notwendig, daß dadurch der Zwischenhandel und das Handwerk ausgeschaltet werden, aber andere Formen müssen sie annehmen, um neben und unter diesem großen Strome bestehen zu können. Gegen diese Flut können sie sich nicht stemmen, weil sie dazu zu schwach sind.

Charakteristisch für die Halbheit und den reaktionären Geist unserer heutigen Mittelständler ist, daß sie die Großindustrie glimpflich behandeln, den Latifundienbesitz sogar begünstigen und das Großkapital nur in der Form des Großhandels und des Bankwesens aufs heftigste bekämpfen. Sie sind nicht so naiv, um nicht zu begreifen, daß es derselbe Prozeß der Konzentration ist, der hier wie dort in die Erscheinung tritt, aber — sie reden sich ein, daß Großindustrie und Großgrundbesitz nationale Formen sind und auf Tradition beruhen, während Großhandel und Bankwesen als liberale, ja jüdische künstlich erfundene Gebilde verschrieen werden. Das trägt, wie alles Halbe, den Fluch der Lächerlichkeit mit sich. Geld ist eine große gefährliche Macht, in welcher Form es uns auch entgegentritt. Ob das Großkapital im Grundbesitz, in der Industrie oder im Großhandel und in den Warenhäusern verkörpert ist, spielt dabei nur eine ganz untergeordnete Rolle. Schon technisch ist hier schwer ein Unterschied zu machen, weil das Großkapital des Bankwesens nicht nur die Aktien der Großindustrie und die Hypotheken des Grundbesitzes in ihren Händen hat. Wahrscheinlich würden unsere Mittelständler auch den Großgrundbesitz aufs heftigste bekämpft haben, wenn er in bürgerlichen oder gar jüdischen Händen wäre. Da aber der Großgrundbesitz sich zum allergrößten Teile in den Händen des Feudaladels befindet, wird dieser Bundesgenosse, mit dem man die rückschrittliche Weltanschauung und die romantische Schwärmerei für „alles durch Tradition Geheiligte“ gemein hat, sehr geschont. Dafür sind unsere Konservativen so liebenswürdig, sich das Epitheton ornans „Mittelstandsfreunde“ beizulegen. Das klingt schön, kostet nichts und — nützt auch nichts. Denn die Konservativen, die ausgesprochene Industrie- und Arbeiterfeinde sind und jeden sozialen Fortschritt bekämpfen, finden hier einen Helfer, der mitschreit und mitschimpft,

wenn es gilt, jeden liberalen Zug des Staates als nicht national und jede soziale Maßnahme als Kathedersozialismus zu verdächtigen. Ja, die Paarung mit der Reaktion in all ihren Schattierungen ist ein Grundzug der heutigen Mittelstandsbewegung. Ob es eine Neigungs- oder eine Vernunftspartie ist, soll hier nicht untersucht werden, es genügt zu konstatieren, daß der dienstbereite Antisemitismus hier den Vermittler spielt, der die Parteien zusammenbringt. Tatsächlich geht es hier wie bei vielen zusammengebrachten Partien: der Vermittler ist der einzige, der Nutzen davon zieht. Manchmal sind unsere Mittelständler sogar direkt mittelstandsfeindlich. So zählen sie wunderbarerweise die Hausbesitzer zum neuen Mittelstand und möchten die Interessen der Hausagrarier künstlich schützen. Das kann natürlich nur auf Kosten der Mieter geschehen, und die Miete ist ja gerade für die mittleren Volksklassen die brennendste Frage. Aber — es wird eben gedankenlos nach der Schablone gearbeitet und im Grunde eine antisoziale Sozialpolitik getrieben.

Die Reaktion wird dem Mittelstand sicherlich nicht helfen. Sie hat nicht einmal den ehrlichen Willen dazu, sie besorgt dabei nur ihre eigenen Geschäfte und das Ganze ist ihr eine leere Dekoration. Wenn noch etwas gefehlt hat, um die Mittelstandsbewegung in ihrer heutigen Gestalt zu diskreditieren, so geschieht es durch diese den Agrariern und Antisemiten entlehnte Kampfesweise. Man kann kaum einen Artikel oder ein Flugblatt dieser Mittelständler lesen, ohne darin Seitenhiebe auf den Liberalismus und mehr oder minder deutliche antisemitische Anspielungen zu finden. Ueberall, wo der Antisemitismus hinzutritt, da zeigen sich die beiden Grundeigenschaften seines Wesens: Z e r f a h r e n h e i t und V e r w i r r u n g. Es gibt kaum eine Bewegung, in der die Zerfahrenheit so groß ist, wie unter diesen Mittelständlern. Jeden Tag entstehen unter allen möglichen Namen neue Mittelstandsvereine und jeder hat sein eigenes Programm und seine eigene patentierte Lösung. Die Mittelstandsvereinigung ist vorläufig ein leerer Name und keine geschlossene Organisation. Es sind zu viele divergierende Meinungen und differenzierende Interessen unter den einzelnen Gruppen, um sich organisch und für die Dauer einigen zu können. Es zeigt sich hier als einheitlicher Zug nur der M a n g e l a n Z i e l b e w u ß t h e i t und die U n k l a r h e i t. Ja, alles trägt hier den Stempel des seichten Dilettantismus, des ziellosen Tappens im Dunklen. Es ist hier ein chaotisches Gemisch aller möglichen Ideen, aller möglichen Forderungen und Bestrebungen, und nur ein Gott wäre imstande, aus diesem Tohu-wabohu ein soziales Bild zu schaffen. Jeder weiß, daß soziale Strömungen nichts mit Rasse und Religion zu tun haben, trotzdem muß auch hier wieder die Judenheit die Rolle des Sündenbocks spielen. Es ist geradezu töricht, dem Kapitalismus eine Judennase aufzusetzen und ihn als jüdische Erfindung hinzustellen. Das Großkapital sieht nicht um ein Haar anders aus, wenn es sich in christlichen Händen befindet. Unsere großkapitalistische Richtung folgte in den letzten Jahren dem amerikanischen Muster, und in Amerika spielt das jüdische Kapital überhaupt keine Rolle. An den gefährlichsten Erscheinungen des Kapitalismus, Trusts und Syndikaten sind die Juden in Deutschland überhaupt nicht beteiligt. Auch die Warenhäuser sind amerikanischen Mustern nachgeahmt und bilden keine jüdische Erfindung. Die deutschen Warenhäuser sind nicht alle in jüdischen Händen und sie sind nicht um ein Haar anders, wenn ihre Besitzer sich Christen nennen. Es ist auch nur noch eine Frage der Zeit, wann diese Warenhäuser zu Aktiengesellschaften werden, und das unpersönliche Kapital ist gewiß auch unkonfessionell. All und überall sehen wir hier Halbheiten, Inkonsequenzen und Unklarheiten.

Von all den Flugblättern der Mittelstandsbewegung, die in den letzten Jahren wie Pilze aus der Erde hervorsprangen, gehört sicherlich die vor kurzem erschienene Denkschrift*) zu den bedeutendsten. T h e o d o r F r i t s c h, der wahrscheinlich auch der Verfasser ist, zitiert sie in seinem „Hammer" bei jeder Gelegenheit, und viele Antisemiten betrachten sie als die Bibel des germanischen Wirtschaftslebens. Und doch kenne ich kaum eine zweite sozialpolitische Schrift, die auf 72 Seiten so viele Schiefheiten, so viele Unmöglichkeiten und hohle Phrasen enthält, wie diese. Unter einer Denkschrift pflegten wir uns eine besonders sachliche, klare und in der Form vornehme Darstellung vorzustellen. Alle diese Eigenschaften fehlen dieser Denkschrift gänzlich, und sie steht nach Form und Inhalt wie eine Serie von Artikeln aus dem zur Genüge bekannten „Hammer" aus. Jede Berufsklasse hat eine hohe Meinung von ihrer Wichtigkeit und ihrer Bedeutung für den Staat. Das liegt in der Natur der Sache und bildet gewissermaßen den idealen Hintergrund ihrer Existenz. Wenn aber auf jeder Seite wiederholt wird, daß der Mittelstand der wichtigste Stand ist, die alleinige Stütze des Staates bildet, und wenn er sich namentlich den Regierungen als den alleinigen Sozialistentöter anbiedert und mit dem Untergang der Monarchie droht, wenn das Staatsgetränk nicht nach seinen Rezepten gebraut wird, so muß das einen widerlichen Eindruck machen. Und hinter all diesen Behauptungen stecken ja nur Phrasen. Es ist gar nicht wahr, daß der Mittelstand das einzige stabile Element, der Felsen im brausenden Meere ist. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter revolutionär und international sind. Das ist eine ungerechte Beleidigung der deutschen Arbeiterschaft. Zunächst sind nicht alle Arbeiter Sozialdemokraten, aber selbst die sozialdemokratischen Arbeiter glauben nicht sämtlich an die auf dem Papier stehenden Dogmen und sie hängen im Grunde ebenso an ihrer Heimat, an deutscher Eigenart und deutschen Sitten, wie die andern Stände. Es ist noch weniger wahr, daß die Vertreter des Großkapitals und der Großindustrie keinen Sinn für das deutsch-nationale Leben haben. Sie sind mindestens so gute Patrioten wie die Vertreter des Immobilienkapitals und sicherlich so gute wie die Antisemiten. Gerade unter dem Feudaladel sind am meisten ausländische Frauen zu finden, und den „Patriotismus auf Widerruf" unserer Antisemiten kennt man ja zur Genüge. Es ist ferner nicht wahr, daß dieser Mittelstand die Macht und die Fähigkeit besitzt, die Sozialdemokraten zu beseitigen oder auch nur zu schwächen. Das alles sind Phrasen, die wie eine Kriecherei anmuten. Die Mittelstandsvereinigung behauptet, sie wolle das werden, was der Bund der Landwirte geworden ist. Ja, in der Form des Kampfes und in der Hetze hat sie schon heute beinahe das Ideal erreicht. Die ganze Weisheit der Denkschrift läßt sich dahin zusammenfassen: alles im Staate ist krank, die Kultur, die ganze Zukunft Deutschlands ist in Gefahr, und es gibt nur ein Universalmittel dagegen, den auserkorenen Mittelstand in seine Rechte einzusetzen und seine Existenz durch den Staat zu garantieren. Das ist die Politik eines Unreifen oder eines Charlatans.

Es ist unglaublich, mit welcher Leichtfertigkeit hier alle Grundbegriffe der Nationalökonomie auf den Kopf gestellt werden. Mit der Kühnheit des Dilettanten wird behauptet, daß das Vermögen Deutschlands durch den Aufschwung der letzten Dezennien nur seine Besitzer gewechselt, sich aber nicht vermehrt hat. Ein flüchtiger Einblick in die Steuerlisten zeigt uns aber, daß das Einkommen fast aller Stände sich sehr wesentlich vermehrt hat

*) Denkschrift der Mittelstandsvereinigung. Leipzig, 1907. Verlag von Julius Mäser.

und daß das ganze Nationalvermögen sich in kurzer Zeit mehr als verdoppelt hat. Allerdings ist auch der Lebensunterhalt wesentlich teurer geworden, aber niemand wird bestreiten wollen, daß man in Deutschland durchweg heute besser lebt als vor 20 Jahren. Es ist ebenso töricht, wenn bestritten wird, daß die Möglichkeit, selbständig zu werden, für den Arbeiter und den Kaufmann heute weniger vorhanden ist. Heute ist es tatsächlich ein Wagnis, ohne großes Kapital sich selbständig zu machen, und jeder Vernünftige muß dem strebsamen jungen Manne raten, lieber Angestellter mit sicherem Gehalte zu bleiben. In jedem größeren kaufmännischen Betriebe findet man heute Angestellte, die schon selbständig waren, Schiffbruch gelitten haben und nachher in diesem Hafen wieder gestrandet sind.

So sehen die Grundwahrheiten der reaktionären Mittelstandsvereinigung aus, und diesen großen Ideen entsprechen auch die Mittel, die zur Sanierung des Mittelstandes vorgeschlagen werden. Die guten Leutchen verlangen nichts geringeres, als die Abschaffung des spekulativen Kapitals, natürlich nur wegen seiner sittlichen Schäden. Nun glaube ich überhaupt nicht, daß man bei dem Kapital von Sittlichkeit sprechen kann. Das Kapital ist eine Macht wie der Strom, der Wind, der Dampf; Mächte aber sind an sich weder sittlich noch unsittlich. Wenn aber das Kapital unsittlich geheißen wird, warum nur das spekulative? Dann sollte man doch konsequent sein, das Kapital überhaupt abschaffen und zur Naturalwährung zurückkehren. Und wie soll dieses Kapital abgeschafft werden? Soll der Staat das mobile Privateigentum konfiszieren? Die Denkschrift stellt den schön klingenden Satz auf: „Oberstes Gesetz der Volkswirtschaft muß sein, möglichst gerechte Verteilung von Arbeit und Besitz; niemand soll besitzen, ohne zu arbeiten, niemand arbeiten, ohne die Möglichkeit, Besitz zu erlangen.“ Ja, aber w i e soll das gemacht werden? Durch welches Zaubermittel soll diese ausgleichende Gerechtigkeit auf Erden erlangt werden? Kann man solche geschwollene Phrasen überhaupt ernst nehmen? Die Denschrift verlangt eine progressive Erbschaftssteuer. Nun ist dieses eine alte liberale Forderung, aber der reaktionäre Pferdefuß kommt hier bald zum Vorschein, die Erbschaftssteuer wird nur für das m o b i l e Kapital verlangt. Also sollen die Erben des Fürsten von Pleß, des Herzogs von Ratibor und des Fürsten von Fürstenberg, die Hunderte von Millionen bekommen, steuerfrei bleiben, der Sohn des kleinen Bankiers aber, der eine halbe Million erbt, soll eine hohe Steuer bezahlen. Das ist die soziale Gerechtigkeit unserer Mittelstandsretter!

Wo die Mittelstandsvereinigung das lustige Reich der Utopie verläßt und den Boden der Wirklichkeit betritt, da erweist sie sich als die Politik der kleinen und kleinlichen Mittel. Sie verlangt von den Regierungen eine ganze Reihe kleiner Geschenke, die ihr zwar nicht viel nützen, wohl aber dem verhaßten mobilen Kapital schaden können. Umsatzsteuer auf Großbetriebe, spanische Stiefel für die Warenhäuser, Bekämpfung der freien Konkurrenz, Verbot des Ausverkaufs, und wie die Dinge alle heißen, sind längst wiederholt worden und schon tausendmal ist bewiesen worden, daß diese Maßregeln größtenteils ungerecht und meistens unwirksam sind. Als eine neue und gerechte Forderung ist nur zu nennen die Schaffung eines gewerblichen Beirats für die Regierungen. Diese Forderung ist in vielen Staaten bereits erfüllt und in den andern kann sie leicht zur Wirklichkeit werden, ohne daß es dazu einer gehässigen Agitation und eines so großen Parteiapparates bedarf.

Spießbürgerlich und reaktionär erweist sich diese ganze neue Mittelstandsbewegung in ihren Ideen, ihren Wünschen und ihren Kampfmitteln, und daher wirkt sie auf niemand belebend, auf niemand befruchtend. Sie schaut nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit, — das ist das Merkmal aller künstlichen Bewegungen, aller rückschrittlichen Bestrebungen. Man wird vom Standpunkte der sozialen Gerechtigkeit aus aufrichtig wünschen, daß alle Volksteile wirtschaftlich gesunden, aber gänzlich verfehlt ist die Politik, die die neuen Volksretter einschlagen. Jede gesunde Wirtschaftspolitik wird dahin streben, die Gegensätze im Volke zu mildern, Katastrophen zu vermeiden und extreme Erscheinungen soviel als möglich zu bekämpfen. Auch für die Kultur ist ein solches Streben von Segen, denn wahre Kultur kann weder in der verkümmernden Dürftigkeit noch in dem verweichlichenden, entarteten Ueberfluß gedeihen. Ihr natürlicher Boden ist der mäßige Wohlstand, die Sorglosigkeit, die Raum für Aufwärtsstreben übrig läßt. Aber diese großzügige Politik kann nur auf dem Wege einer gesunden Entwickelung, auf dem Wege des Fortschritts erreicht werden. Ein großes Ziel ist noch nie durch kleinliche Mittel erlangt worden. Eine hohe Idee muß reine Wege wandeln. N i c h t r ü c k w ä r t s , s o n d e r n v o r w ä r t s f ü h r t d e r W e g i n w i r t s c h a f t l i c h e r s i t t l i c h e r u n d k u l t u r e l l e r B e z i e h u n g , — d e m L i c h t e e n t g e g e n.

F. S.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und Bismarck. Stöcker ist jetzt in der im „Volk“ fortgesetzten Artikelserie „Aus meinem Leben“ bei seinem Z u s a m m e n s t o ß m i t d e m F ü r s t e n B i s m a r c k im Jahre 1880 wegen seines antisemitischen Angriffs auf Bleichröder angelangt. Er erzählt, daß deswegen sowohl der Kanzler wie der Kultusminister Bericht eingefordert hatten, und gibt den Wortlaut seines in dieser Angelegenheit an den Kaiser gerichteten Rechtsfertigungsschreibens wieder; alsdann fährt er fort:

„Fürst B i s m a r c k hat, wie ich später in den Tagen der Walderseeversammlung erfuhr, von zwei Ministern gefordert, sie sollten mich aus B e r l i n a u s w e i s e n wie alle Sozialdemokraten, natürlich geschah dies nicht. Die Blätter des Reichskanzlers haben dies immer geleugnet; aber ein M i n i s t e r hat mir e r z ö h l t, er habe dem Reichskanzler offen erklärt, er könne das nicht; ich sei schan als Militärgeistlicher als einer der känigstreuesten Männer bekannt gewesen. Darauf sei es unterblieben. Nachher sei dann durch ein kaiserliches Schreiben die Sache, offenbar Bismarck zu Liebe getadelt. Der K a n z e r aber sei, das erzählte mir der O b e r k i r c h e n r a t s p r ä s i d e n t, bei dieser Gelegenheit über die Aussprache bei S. M. dem Kaiser sa in Z o r n und W u t geraten, daß er dieselbe nicht habe hören wollen.“

Diese Darstellung, bemerkt die „Lib. Korr.“ hierzu, beweist jedenfalls, mag sie auch sehr subjektiv zu Gunsten des Erzählers gefärbt sein, daß Fürst Bismarck nach anfänglichem Gewährenlassen die Gefährlichkeit der von Stöcker betriebenen Judenhetze sehr bald erkannt hat und daß er, wenn nicht starke Kräfte gegen ihn gewirkt hätten, mit dem „teuren Gottesmann“ sehr bald kurzen Prozeß gemacht hätte.

Konservative und Antisemiten. Die Antisemiten deutschsozialer Richtung warten bekanntlich mit Schmerzen auf den Augenblick, wo das R e i c h s t a g s m a n d a t d e s F ü r s t e n z u I n - u n d K n y p h a u s e n entweder durch Verzicht infolge seines hohen Lebensalters und andauernder Kränklichkeit oder durch das Ableben des derzeitigen Inhabers frei wird, um den W a h l k r e i s N o r d e n - E m d e n - L e e r ihrem Besitzstand einzuverleiben. Die „K r e u z z t g.“, die diese Absichten kennt und die agitatorische Tätigkeit der Gefolgschaft des Herrn Liebermann von Sonnenberg im Wahlkreise schon lange mit wachsendem Mißbehagen verfolgt, rafft sich jetzt zu folgender geharnischten Protesterklärung auf:

„Wenn die deutsch soziale Partei, deren Vertreter im Kreise Emden-Norden tätig sind, ferner auf ein gutes Verhältnis zur konservativen Partei Wert legt, so möge sie davon ablassen, ihre Eroberungsgelüste auf konservative Wahlkreise zu richten. Schon früher haben die antisemitischen Richtungen vorwiegend konservative Wahlkreise als Objekte für ihre Mandatsgelüste in Aussicht genommen und damit das Verhältnis zur konservativen Partei stark getrübt. Will jetzt die deutsch-soziale Partei wieder in diese Bahnen einlenken, so kann sie sich nicht wundern, wenn die konservative Partei sich energisch dagegen wehrt und auch ihrerseits keinerlei Rücksicht auf den deutsch-sozialen Besitzstand mehr nimmt."

Hat sich die „Kreuzztg." die Folgen dieser Drohung auch reiflich überlegt? Es ist nicht die deutschsoziale Partei allein, welche den Wahlkreis agitatorisch bearbeitet. Hinter ihr steht die Wirtschaftliche Vereinigung, die Elitetruppe des Bundes der Landwirte. Glaubt sich die konservative Partei stark genug, es auch mit dem Bunde dem Landwirte aufnehmen zu können?

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Am 9. d. Mts. wurde hierselbst eine Versammlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes abgehalten, die sich mit der „Frauenarbeit im Handelsgewerbe" befaßte. Auch hier wieder zeigte sich die Harmonie gleichgestimmter Seelen, indem, als Glanznummer des Programms gewissermaßen, der Abg. Zimmermann das Wort ergriff, um unter den jauchzenden Heilrufen der Anwesenden zu erklären, daß sich der D. H. V., obwohl er gegen den Strom schwimme, „unserer", d. h. der Antisemiten, voller Sympathie erfreue. Obwohl in der Versammlung widerspruchslos festgestellt wurde, daß ein großer Teil der billigen weiblichen Arbeitskräfte in den kleineren und kleinsten Ladengeschäften, deren ganze Struktur es verbiete, gut bezahlte Handlungsgehilfen sich zu halten, beschäftigt sei, verbürgte sich Herr Zimmermann für das Eintreten seiner Partei für völlige Beseitigung der Frauenarbeit im Handelsgewerbe. Die kleinen Ladeninhaber, der am meisten wiegende Teil des sogen. Mittelstandes wird gut tun, sich dies zu merken, denn es liegt wohl nicht im Bereiche der Unmöglichkeit, daß Herr Zimmermann in Versammlungen dieser Bevölkerungsgruppen auch ihnen vollste Unterstützung zusagen wird. Man sieht, die Herren Antisemiten verstehen das Ausnützen günstiger Konjunkturen aus dem ff. Doch auch sonst zeigte der D. H. V. an diesem Abend, wie stets, daß er den Israeliten an Geschäftskundigkeit absolut nicht nachsteht; im Gegenteil, ich habe selten mit solcher Ausdauer und mit Mitteln, die man im Geschäftsleben als unlauteren Wettbewerb bezeichnen würde, die Stimmen der Anwesenden erschachern sehen. Die sich bei jeder Gelegenheit stramm antisemitisch zeigende Organisation, ihre sichtbare Anlehnung an die politischen Parteien dieser Richtung, sollte die jüdische und liberale Prinzipalität veranlassen, mit viel größerer Energie darauf zu achten, daß sich kein Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in die Reihen ihrer Angestellten schleiche.

Antisemitische Gesinnungstüchtigkeit. Die „Altenburger Landeszeitung", ein antisemitisch-agrarisch-konservatives Blatt, hatte sich im Wahlkampfe besonders darin gefallen, über den „verjudeten Liberalismus" herzuziehen. Jetzt ist in einem Prozesse die Tatsache festgestellt worden, daß der Redakteur dieses edelgermanischen Blattes, Künz, versucht hat, einen jüdischen Warenhaus-Besitzer um 300 Mark anzupumpen. Der Redakteur des sozialdemokratischen Blattes, das diese Tatsache veröffentlichte, wurde zwar wegen der maßlosen Form seiner Angriffe verurteilt, doch gelang es ihm, den vollen Beweis der Wahrheit für seine Behauptung zu erbringen. — Die antisemitischen Heldenseelen scheinen sich in diesem Punkte überall gleich zu sein. Das Kasseler antisemitische Sonntagsblatt empfiehlt sich in jüdischen Zeitungskatalogen besonders den Versandhäusern, das Marburger Antisemitenorgan nimmt ohne jeden Skrupel jüdische Geschäftsanzeigen auf und die antisemitischen Häuptlinge im Marburger Kreise machen ihre Hauptgeschäfte mit jüdischen Geschäftsleuten. Es geht doch nichts über antisemitische Charakterstärke!

Ueber den Bund der Landwirte sprach sich kürzlich das neugegründete Organ der Wirtschaftlichen Vereinigung in Kassel, der „Beobachter", also ein Blatt, das den Agrariern sehr nahe steht, sehr abfällig aus. Dieser Tage wandte sich nun auch der antisemitische „Deutsche Generalanz." dagegen, daß der Bund der Landwirte als Vorspann für die reaktionären Machtbestrebungen des Adels auf politischem und kulturellem Gebiet benutzt wird. Die Bauern seien nicht dazu da, auf rein politischem, kommunalem Gebiet den Junker in den Sattel zu heben, damit er nachher vom hohen Pferd auf sie herabsieht. Auch der antisemitische „Reichsherold" in Kassel spricht sich in demselben Sinne aus. Er bemerkt, die Einigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung werde von den Bündlern nur betont, damit die Bauern Order parieren und zusehen, wie die Führer des Bundes der Landwirte unter dem Deckmantel der Wirtschaftspolitik den Bauern und den Gemeinden, die in einem Jahrtausend langen Ringen gegen den Adel erworbenen Rechte wieder tropfenweise nehmen. Die Beschneidung der Selbstverwaltungsrechte seien bereits Früchte der törichten Handlung unseres Bauernstandes. „Da der Adel beispielsweise außerhalb der Gemeinde und des Gemeindebezirks steht und hinsichtlich der Schul- und Kirchenlasten, der Steuern, der Jagd usw., meist ganz entgegengesetzte Interessen hat, so ist es vollkommen erklärlich, daß seine gesetzgeberischen Maßnahmen nicht in der Richtung einer Erweiterung bäuerlicher Rechte und Freiheiten liegen können." — Man sieht, die wahren Tendenzen des Bundes der Landwirte werden auch auf nichtliberaler Seite immer deutlicher erkannt.

Die feindlichen antisemitischen Brüder in Hessen sind sich wieder einmal gründlich in die Haare geraten. Das von der Reformpartei neugegründete Kasseler Parteiorgan „Der Reichs-Herold" setzt seinen Feldzug gegen die Deutschsozialen und speziell gegen Herrn Liebermann von Sonnenberg an dem Punkt fort, wo die verflossene „Hessische Rundschau" ihn wegen ihres plötzlichen Hinscheidens hatte abbrechen müssen. Den Prozeß, den Liebermann von Sonnenberg gegen den verantwortlichen Redakteur der „Hess. Rundschau", die ihm die despektierliche Aeußerung in den Mund gelegt hatte, „Meine Schwälmer Bauern sind treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine", angestrengt hatte, ist nämlich noch immer nicht erledigt, obwohl schon 14 Monate seit Erscheinen des Artikels verflossen sind. Die für den 2. d. M. angesetzte Versammlung hat aus nicht bekannt gewordenen Gründen wiederum vertagt werden müssen. Hier hakt nun der „Reichsherold", der sich ausdrücklich als ein Organ der Reformpartei ausgibt, ein, indem er schreibt:

„Wir sind nun in der Lage, heute zu berichten, daß Herr Liebermann von Sonnenberg tatsächlich Aeußerungen gemacht hat, die nicht nur seine hessischen Wähler, sondern den ganzen deutschen Bauernstand auf das schwerste beleidigten.

Herr von Liebermann hat auf seinen Agitationsreisen nicht einmal, sondern wiederholt geäußert, daß die Bauern dumm seien.

Wir übernehmen die Verantwortung für diese Behauptung und bitten Herrn von Liedermann das Erforderliche zu veranlassen."

Vermischtes.

Der Verbandstag der deutschen Juden, der am 13. d. M. in Frankfurt am Main unter dem Vorsitz des Justizrats Dr. Lachmann-Berlin tagte und von ca. 400 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besucht war, wurde namens der Regierung durch den Regierungsrat Walter-Wiesbaden mit dem Ausdruck aufrichtiger Teilnahme seitens des verhinderten Regierungspräsidenten begrüßt. Er versicherte, daß die Wünsche und Anträge der Juden, soweit sie an die Regierung kommen werden, dort stets freundliche Aufnahme und Berücksichtigung finden würden, da man namentlich in Hessen-Nassau für diese Wünsche Sinn habe, weil hier durch das alte Gesetz die jüdischen Gemeinden in steter Berührung mit der Verwaltung ständen. Der Regierungsvertreter schloß mit den besten Wünschen für die Verhandlungen. Namens der Stadt Frankfurt begrüßte Stadtrat Schaumann in herzlicher Weise die Gäste; er führte aus, daß die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Juden für die Stadt Frankfurt, wie seit jeher, nur nutzbringend sein könne.

Der erste Redner, Geheimrat Professor Cohen-Marburg, sprach über religiöse Postulate, die Gottesidee. Unser Verhältnis zum Staat, führte er aus, beruht auf dieser Idee; ebenso die Sorge für Kultur und Wissenschaft.

Der zweite Redner, Professor Philippson-Berlin, sprach über Staatsinteresse und Judenpolitik vom historischen Standpunkt, Rechtsanwalt Dr. Loeb-Mainz vom politischen aus.

Hierauf wurden folgende Resolutionen durch Rechtsanwalt Dr. Cohn-Dessau, begründet und ohne Debatte einstimmig angenommen:

1. Die durch Reichsgesetz und Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens wird sowohl im Heere wie bei der Besetzung öffentlicher Aemter fortdauernd verletzt. Der Verband wiederholt seine Forderung endlicher Durchführung der Gleichberechtigung im Reich und in den Einzelstaaten. Er fordert dies auch im Interesse des Staates selbst, dessen Daseinsberechtigung und wesentlichste Aufgabe in dem Schutz und der Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz bestehen. Der Verband erhebt Widerspruch dagegen, daß durch Gewährung staatlicher Vorteile eine Belohnung des Glaubenswechsels erfolgt.

2. Der Verband erblickt eine Kränkung auch der deutschen Juden in der Ausweisung von Ausländern nur wegen ihres Bekenntnisses zum Judentum und in der fast ausnahmslosen Nichtgewährung der inländischen Staatsangehörigkeit an Ausländer jüdischen Glaubens.

3. Der Verband fordert, daß entsprechend den Grundsätzen des modernen Staatsrechtes der Staat, soweit er den Religionsgemeinschaften Berücksichtigung und Förderung gewährt, diese der jüdischen Religionsgemeinschaft in gleichem Maße wie den christlichen zuteil werden lasse.

Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen bringen wir in nächster Nro.

Randolph Guggenheimer und das Deutschtum in Amerika. Einer Newyorker Korrespondenz der „Köln. Ztg." vom 25 September entnehmen wir folgende Stellen:

.... Für die Deutschen hierzulande kann nur die neue Aera der deutsch-amerikanischen Beziehungen nur von Vorteil sein. Gerade der demokratische Charakter des Amerikaners neigt zu glatten Verallgemeinerungen, und so wird er leicht willens sein, die Hochachtung, ja Bewunderung, die ihm das heutige Deutschland auf Grund von Zeugnissen, wie den oben genannten, einflößen muß, auf die Vertreter des Deutschtums innerhalb der Union zu übertragen. Er wird sich von der Vorstellung entwöhnen, in dem faulen und schmierigen Schenkwirt des Arbeiterviertels den typischen Vertreter eines großen Volkes zu erblicken, und wird dem amerikanischen Deutschtum, wenn es ihm mit selbstbewußter Würde entgegentritt, nicht mehr die gesellschaftliche und politische Geringschätzung angedeihen lassen, wie sie jener Bierwirt allerdings verdiente. Die Deutschen selbst aber, denen in der freien Republik alle Wege zum Ansehen und Einfluß genau so offen stehen wie jedem andern eingewanderten Volke, werden hoffentlich aus dem lauten Ruhm ihres Vaterlandes, der ihnen hier fast tagtäglich in die Ohren klingt, etwas mehr selbstbewußte Würde lernen, die hier zur Gewinnung von Ansehen und Einfluß allerdings unerläßlich ist. Sie haben im Wettkampf der Nationen auf dem Boden der Neuen Welt Stellungen genug verloren, um nicht endlich zu einer stärkeren Besetzung der deutschen Stimmen im internationalen Orchester dieses Landes verpflichtet zu sein. Sie haben in den letzten Tagen hier in Newyork einen Mann zu Grabe getragen, der ihnen als Vorbild solchen notwendigen Kampfes für das Deutschtum dienen konnte. Randolph Guggenheimer war zwar in Amerika geboren und hat seinem Vaterlande in zahlreichen öffentlichen Stellungen seine Lebenskraft gewidmet. Als man aber zu Anfang der neunziger Jahre den deutschen Unterricht in den Schulen Newyorks abschaffen wollte, trat Guggenheimer, der damals Schulkommissar war, mit glühender Begeisterung für das gefährdete Gut ein. „In einem kosmopolitischen Lande wie Amerika", sagte er damals vor der entscheidenden Abstimmung im Schulrat, „wo unter den Fremdgeborenen das deutsche Element vorherrscht, ist der Unterricht in der deutschen Sprache nicht nur wünschenswert, sondern unerläßlich. Mit Recht mag man die Frage aufwerfen, ob eine Sprache, die zehn Millionen unserer Bevölkerung sprechen, überhaupt eine fremde Sprache genannt werden darf. Ich möchte sie die zweite Sprache unseres Landes nennen. Die große Masse von gesetzliebenden, steuerzahlenden, fleißigen und gebildeten Bürgern deutscher Abstammung hat ein natürliches Recht zu verlangen, daß ihre Sprache geachtet und in unsern Schulen anerkannt wird, Schulen, zu deren Erhaltung sie gerade so beitragen wie die eingeborenen Amerikaner. Daß das Studium einer zweiten Sprache notwendig ist, das steht über jedem Zweifel. Daß diese zweite Sprache die deutsche sein muß und nicht die französische, italienische, skandinavische oder irgend eine andere, das wird jeder zugeben, der aufrichtig den Verhältnissen Rechnung tragen will." Nach dieser Rede wurde der Antrag auf Abschaffung der deutschen Sprache mit 13 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

In einem Lande wie Amerika, dem „Schmelztiegel der Nationen", gilt jedes Volk genau soviel, wie es von seiner nationalen Wesensart zu behaupten und durchzusetzen weiß. Jeder Tag kann das Deutschtum irgendwo in den Vereinigten Staaten in eine gefährdete Lage bringen gleich jener, aus der es Guggenheimer damals in Newyork gerettet hat. Möchte dann immer ein Mann gleich ihm aufstehen, der für sein Volk das Maß von Geltung und Einfluß verlangt, das ihm kraft seiner Zahl und Bedeutung gebührt. Leichter als damals wird er heute Gehör finden, wo Deutschland als Vorbild von der atlantischen bis zur pazifischen Küste mit lauten Zungen gepriesen wird.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 43. Berlin, 23. Oktober 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Fenott, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemitismus und freie Gesinnung.

Es entbehrt nicht der Komik, wenn gewisse Führer der antisemitischen Bewegung sich mit dem Nimbus der Freigeistigkeit umgeben. Herr Theodor Fritsch hält sich nicht nur für einen großen, sondern auch für einen freien Geist, weil er etwas mehr Witz und Bildung als unsere antisemitischen Durchschnitts-Journalisten besitzt. Bei näherer Betrachtung aber sieht man, daß er auf allen Gebieten des kulturellen und sozialen Lebens eine rückschrittliche Anschauung vertritt und daß er alles, was frei und liberal ist, ebenso heftig wie Stöcker und Liebermann von Sonnenberg bekämpft, nur freilich von einem andern Gesichtspunkte aus und mit andern Worten. In seinem von uns schon gewürdigten Handbuch der Judenfrage, das von vielen Leuten als objektives wissenschaftliches Werk gehalten wird und das in Wirklichkeit mehr Fälschungen und Irrtümer als Seiten enthält, schreibt er nach dem Muster des Mädchens aus der Fremde, das für jeden eine Gabe hat:

„Wer das Judentum ablehnt, braucht deswegen weder politisch rückschrittlich noch kirchlich reaktionär zu sein. Männer des freiesten Geistes, die jeden kirchlichen Aberglauben verwarfen, wie Giordano Bruno, Voltaire, Goethe, Fichte, Feuerbach, Schopenhauer, Dühring, Lagarde haben sich als Judengegner bekannt, und sie gerade haben die schärfsten Worte gegen den Feind der Geistes-Freiheit und Wahrheit, der Sitte und Kultur geschleudert.“

„Ablehnt“ ist gut! Wenn man eine Bevölkerungsklasse tagtäglich mit Schmutz bewirft, sie immer wieder verleumdet und in der Sprache der Marktweiber beschimpft, so nennt das Fritsch „ablehnen“! Nein, wer mit solchen schmutzigen Mitteln wie unsere Antisemiten kämpft, kann nicht einmal anständig, geschweige frei, modern und großzügig sein. Herr Fritsch liebt es immer, Zeugen zu zitieren und sich auf große Männer zu berufen. Das ist ein antisemitisches Manöver. Wir haben schon oft hervorgehoben, daß, wenn jemand in irgend welchem Zusammenhange ein hartes und ungerechtes Wort über Juden und Judentum äußert, er darum noch lange kein Antisemit und vor allem kein Bundesgenosse unserer heutigen Antisemiten zu sein braucht. Ueber jemand ein ungünstiges Wort sagen und ihn mit Haß und Fanatismus verfolgen, ist zweierlei. Uebrigens ist diese Zusammenstellung nicht einmal geschickt. Voltaire hat über die Deutschen sich auch nicht besonders günstig geäußert. Betrachtet Herr Fritsch auch diese Urteile über Deutschland als Ausfluß eines freien Geistes? Schopenhauer hat die Frauen noch mehr als die Juden gehaßt und bekanntlich seine eigene Mutter sehr schlecht behandelt. Sollen wir uns etwa auch diese Maxime des Philosophen des absoluten Pessimismus zur Lebensmaxime machen? Der giftgeschwollene Dühring stellt Bürger viel höher als Goethe, nennt Helmholtz einen Plagiator und Ignoranten, bezeichnet das Christentum als Schmach des Jahrtausends. Soll auch das die Frucht eines freien Geistes sein? Wenn Herr Fritsch von der Judenheit als von einem Feinde der Wahrheit spricht, so ist das dummdreist. Er, der mit dreister Stirn die oft widerlegten Behauptungen immer wieder als Wahrheiten veröffentlicht, hat wahrlich alle Ursache, sich etwas vorsichtiger auszudrücken. Nein, Antisemitismus und freie Gesinnung verträgt sich eben so wenig wie Wahrheit und Lüge.

Die Zurücksetzung der Juden im Justizdienst.

Der Verband der Deutschen Juden veröffenlicht folgende, von seinem ersten Schriftführer Justizrat Bernhard Breslauer verfaßte Denkschrift:

Bei der Beratung des Preußischen Gesetzes vom 23. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden ist im Preußischen Landtage der Vorschlag gemacht worden, die Juden zwar zu den Staatsstellen, „nicht aber zu Dirigentenstellen bei den Verwaltungsbehörden“ zuzulassen. Dieser Vorschlag hat zwar im Gesetz keinen Ausdruck gefunden, in Wirklichkeit ist er aber, soweit die Justizbehörden in Frage kommen, zur Durchführung gelangt. Und auffallenderweise werden nicht nur in Preußen, sondern überall in Deutschland noch jetzt nach 60 Jahren Juden nicht zu den „Dirigentenstellen“ in der Justizverwaltung zugelassen. Zu dieser Fernhaltung der Juden von gewissen Dienststellen, welche in den Gesetzen keine Grundlage hat, kam dann in den letzten 30 Jahren in den Justizverwaltungen noch ein weiteres Zurückdrängen der Juden im Justizdienst überhaupt. Ueberall wurde die Zurücksetzung der jüdischen Richter empfunden, überall wurden über diese Zurücksetzung Klagen laut, und da ist es denn notwendig geworden, den wahren Sachverhalt festzustellen. Das Ergebnis der angestellten Untersuchung wird hier niedergelegt. Vorausgeschickt sei folgendes:

Die Untersuchung konnte sich, insbesondere soweit Preußen in Frage kam, nur auf einen festbegrenzten Raum erstrecken.

Als Anfangstermin erschien hierbei die Zeit kurz vor und nach Einführung der neuen deutschen Justizorganisationsgesetze besonders geeignet; fiel doch in diese Zeit zugleich der Aufschwung des Antisemitismus in Deutschland. Es ist daher bei den Ermittlungen mit dem Jahre 1875 begonnen worden; die wenigen Fälle aus früherer Zeit konnten nur zur Erläuterung hier oder da Erwähnung finden.

Als Endpunkt mußte ein solcher Zeitpunkt festgelegt werden, der für die Juristen noch die Möglichkeit des Vorrückens in höhere Posten ergab. Für preußische Juristen, welche etwa während des letzten Jahrzehnts in die Justizverwaltung eingetreten sind, konnte die Frage der Zurücksetzung noch nicht aufgeworfen werden, denn für sie kam das Aufrücken in höhere

Aemter und damit eine ungleichmäßige Behandlung und Zurücksetzung noch nicht in Frage. Als Endpunkt ist hiernach das Jahr 1895 ausgewählt worden.

Endlich traten in den Verhältnissen der Juristen aus den Jahrgängen 1875—1895 unausgesetzt Veränderungen ein; es mußte daher zur Herbeiführung einer gewissen Gleichmäßigkeit ein Zeitpunkt festgesetzt werden, über den hinaus Veränderungen nicht mehr berücksichtigt wurden. Als dieser Zeitpunkt ist der Anfang des Jahres 1907 festgesetzt worden; hierbei ist in Ansehung Preußens der Terminskalender für preußische Justizbeamte betr. das Jahr 1907 zugrunde gelegt, wenngleich die darin enthaltenen halbamtlichen Veröffentlichungen die letzten Wochen des Jahres 1906 nicht vollständig mitberücksichtigen.

Die nachstehende Untersuchung betrifft sonach alle Veränderungen, die in der Stellung derjenigen preußischen Juristen bis Anfang 1907 eingetreten sind, welche in den Jahren 1875 bis einschließlich 1895 das Assessor-Examen bestanden haben; von jedem einzelnen derselben war sein Entwicklungsgang an der Hand der veröffentlichten Materialien festzustellen.

Was das übrige Deutschland anbetrifft, so ist der Stand von Anfang 1907 überhaupt festgehalten worden, ohne daß bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Personen, welche in Frage kamen, eine Beschränkung auf gewisse Jahrgänge erforderlich geworden wäre.

Es war zu untersuchen, ob und inwieweit jüdische Juristen gegen ihre christlichen Kollegen zurückgesetzt werden. Diese Untersuchung war aber erst dann vollständig, wenn zugleich festgestellt wurde, ob und inwieweit die Taufe von der Zurücksetzung befreite. Hierbei war die Feststellung, wann und wo sich jüdische Juristen der Taufe unterworfen haben, nicht ganz leicht; denn so mancher von den hier zu berücksichtigenden Herren hat dies — wohl aus einem gewissen Schamgefühl — außerhalb seines Wohnortes getan; mancher hat sich zwar taufen lassen, dies aber der jüdischen Gemeindeverwaltung, zu der er nach Gesetz und Recht gehörte, nicht mitgeteilt, sondern auch dorthin ruhig weiter seine Kultussteuern bezahlt; mancher hat zwar die Taufe genommen, ist aber erst später aus dem Judentum ausgetreten, sodaß erst später der Austritt seitens der zuständigen Amtsgerichte den Vorständen der jüdischen Gemeinden mitgeteilt werden konnte; endlich haben auch einzelne jüdische Gemeindeverwaltungen die Austrittsbenachrichtigungen nicht immer aufbewahrt.

Wenn daher in den nachstehenden Feststellungen hinsichtlich einzelner Personen ein Irrtum unterlaufen sein sollte, so kann er nur darin bestehen, daß der eine oder andere Richter — es kann sich im ganzen nur um ganz wenige Personen handeln, deren Zahl an sich unerheblich ist — noch als Jude in Anrechnung gebracht ist, während er zu den Getauften gehört, ein Umstand, der also nicht bewirken könnte, daß die hier gegebene Darstellung der Verhältnisse der Juden eine für diese zu ungünstige ist.

Unter Christen sind in der vorstehenden Besprechung und ihren Tabellen diejenigen Juristen verstanden, die bereits längere Zeit, ehe sie sich der Justizkarriere widmeten, Christen waren, unter Getauften diejenigen, die kurz vor oder die nach Beginn der juristischen Laufbahn vom Judentum zum Christentum übergetreten sind. —

Von den preußischen Assessoren sind nicht alle im Justizdienst verblieben; ihre Zahl ist für die Untersuchungsjahre in der anliegenden Tabelle ermittelt. Von sämtlichen Juristen, die in einem jeden Jahre das große Staatsexamen bestanden haben, waren diejenigen in Abzug zu bringen, welche in andere Aemter übergetreten sind. Hierher gehören diejenigen Assessoren, welche den Staatsverwaltungsdienst (Allgemeine Staatsverwaltung, Steuer-, Berg-, Kirchen-, Militär-, Unterrichts- u. dergl. Verwaltungen) erwählt haben, diejenigen, die in den Kommunaldienst, und ferner die große Zahl derer, die zur Rechtsanwaltschaft übergetreten sind. Sodann waren diejenigen in Abzug zu bringen, die bis Anfang 1907 durch Tod, Pensionierung oder ohne Angabe der Gründe aus dem Justizdienst ausgeschieden sind. Endlich findet sich in einem jeden Jahrgang eine kleine Anzahl, bei der nicht zu ermitteln war, wann sie ausgeschieden oder in welche Stellung sie übergetreten ist. Trotz sorgfältiger Nachprüfung war nämlich von 91 Personen in der hier fraglichen Zeit, d. h. von 4,5 Personen für das Jahr, nicht festzustellen, in welcher Stellung sie sich Anfang Januar 1907 befanden; teils versagten die halbamtlichen Materialien, teils trat der Gleichklang der Namen (z. B. Müller, Meyer) hinderlich entgegen.

In dieser Weise ist festgestellt worden, daß 3628 derjenigen, die in der Zeit von 1875—1895 einschließlich in Preußen die Assessorenprüfung abgelegt haben, bis Anfang 1907 im Justizdienst verblieben sind, und daß sich unter ihnen 155 Juden befunden haben.

Von diesen 3628 Justizbeamten sind 665 in höhere Stellungen befördert worden, wenn man zunächst die Staatsanwaltschaft bei Seite läßt und als höhere Stellen die Aemter der Direktoren, Oberlandesgerichtsräte und Präsidenten in Betracht zieht.

Von den 665 Beförderten sind 631 Christen und 4 Juden (von den 30 Getauften, die hierher gehören, wird weiter unten die Rede sein). Das ergibt folgendes Verhältnis:

3628 Justizbeamte,	darunter	665	in höheren Stellen	= 18,3 Proz.
3365 Christen	„	631	„ „ „	= 18,8 „
155 Juden	„	4	„ „ „	= 2,6 „

Betrachtet man nur die Oberlandesgerichtsräte, so bleibt das Verhältnis der Juden ein ähnliches, denn:

3628 Justizbeamte,	darunter	316	Oberlandesgerichtsräte	= 8,7 Proz.
3365 Christen	„	290	„	= 8,6 „
155 Juden	„	4	„	2,6 „

Zieht man dagegen nur die Direktoren und Präsidenten („Die Dirigenten bei den Verwaltungsbehörden") in Betracht, so ergibt sich folgendes Bild:

3628 Justizbeamte,	darunter	349	Dir. und Präs.	= 9,6 Proz.
3365 Christen	„	341	„ „ „	= 10,1 „
155 Juden	„	0	„ „ „	= 0 „

Es ergibt sich hieraus klar, daß die Juden in der Beförderung erheblich gegen ihre christlichen Kollegen zurückgesetzt sind, und daß sie zu den „Dirigentenstellen bei den Justizverwaltungsbehörden" überhaupt nicht berufen werden.

Die bloße Zahl beweist natürlich noch nichts bezüglich der Gerechtigkeit bei der Verteilung der Aemter, da Fähigkeit, Kenntnisse, Eifer und Ausdauer mit in Berücksichtigung zu ziehen sind. —

Immerhin kann man sich aber an der Hand der Zahlen die Gesamtlage im wesentlichen klar machen:

Die 155 Juden stellen 4,2 Prozent sämtlicher 3628 Justizbeamten dar.

Es gab in jenem Zeitabschnitt 316 Oberlandesgerichtsräte, darunter 4 Juden, es hätten aber 4,2 Prozent, d. h. 13 Juden darunter sein müssen.

Es gab 280 Landgerichtsdirektoren, darunter 0 Juden, es hätten aber bei Berücksichtigung des Satzes von 4,2 Proz. 12 Juden darunter sein müssen.

Es gab 69 Präsidenten, darunter 0 Juden. Es hätten aber, da 155 jüdische Richter — 4,2 Prozent vorhanden waren, darunter 3 Juden sein müssen.

Ergeben schon die bloßen Zahlen so erhebliche Unterschiede, wie sie hier gefunden worden sind, ergibt sich insbesondere, daß in 21 Jahren nur 4 jüdische Richter zu Oberlandesgerichtsräten ernannt sind, und daß nicht ein einziger zum Direktor oder Präsidenten bestellt worden ist, so liegt die Absicht, die hiermit verfolgt wird, klar zu Tage.

Diese Absicht tritt aber noch deutlicher in die Erscheinung, wenn die Zahl der Getauften aus jenem Zeitabschnitt, welche mehr oder weniger kurze Zeit nach der Taufe das erstrebte Amt erreicht haben, mit berücksichtigt wird.

			Proz.
Von all. 3628 Justizbeamten	sind in höh. Stell. beförd. worden	665 =	18,3
„ den 3865 Christen	„ „ „ „ „ „	631 =	18,8
„ „ 155 Juden	„ „ „ „ „ „	4 =	2,6
„ „ 108 Getauften	„ „ „ „ „ „	30 =	**27,8**
Von all. 3628 Justizbeamten	wurden Oberlandesgerichtsräte	316 =	8,7
„ den 3365 Christen	„ „	290	8,6
„ „ 155 Juden	„ „	4 =	2,6
„ „ 108 Getauften	„ „	22 =	**20,4**
Von all. 3628 Justizbeamten	wurden Direkt. u. Präsidenten	349 =	9,6
„ den 3365 Christen	„ „ „ „	341 =	10,1
„ „ 155 Juden	„ „ „ „	0 =	0
„ „ 108 Getauften	„ „ „ „	8 =	**7,4**

Diese Zahlen ergeben zugleich das erschreckende Resultat, daß von der Justizverwaltung geradezu eine Prämie auf die Taufe gesetzt worden ist, denn in höhere Stellen wurden überhaupt von den Christen nur **18,8** Prozent, von den Getauften **27,8** Prozent, und zum Amt eines Oberlandesgerichtsrats, insbesondere von den Christen **8,6** Prozent, von den Getauften **20,4** Prozent befördert — eine so erhebliche Bevorzugung selbst den Christen gegenüber hätte man wohl kaum für möglich halten sollen.

Wie hatte doch im Jahre 1860 der Abgeordnete und spätere Kultusminister Dr. Falk aus gleicher Veranlassung dem Justizminister Simons geantwortet?

> „Das also ist die Ausführung einer Verfassung, welche die Heiligkeit der Religion, als eine Sache des Gewissens und der Ueberzeugung, von der unlauteren Berührung mit äußeren Interessen trennen wollte!"

Stellt man den obigen Zahlen die Verhältnisziffern zwischen Juden und Getauften gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

155	Juden	darunter in	höheren Aemtern	4 =	2,6 Proz.
108	Getaufte	„	„ „	30 =	27,8 „
155	Juden	„	Oberlandesgerichtsräte	4 =	2,6 „
108	Getaufte	„	„	22 =	20,4 „
155	Juden	„	Präsidenten und Direktoren	0 =	0 „
108	Getaufte	„	„ „ „	8 =	7,4 „

Der Vollständigkeit halber seien nunmehr auch die Verhältnisse der Staatsanwaltschaft herangezogen.

Die Staatsanwaltschaft bildete von jeher in Preußen eine besonders bevorzugte Kategorie der Justizbeamten. Anfangs 1907 stellte sich die Sachlage so dar:

Unter	3628 Justizbeamten	befanden sich	258	Staatsanwälte	= 7,1 Proz.
„	3365 Christen	„ „	255	„	= 7,6 „
„	155 Juden	„ „	0	„	= 0 „
„	108 Getauften	„ „	3	„	= 2,8 „

Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen der Aufnahme von Getauften in die höheren Richterposten und ihrer Aufnahme in die Staatsanwaltschaft.

Unter den höheren Richtern	befanden sich	30	Getaufte	= 4,5 Proz.
„ „ Oberlandesgerichtsräten	„ „	22	„	= 7,0 „
„ „ Direkt. und Präsidenten	„ „	8	„	= 2,3 „
„ „ Staatsanwälten	„ „	3	„	= 1,2 „

Das Ergebnis unserer Feststellungen ist, daß die Juden in jeder der hier erörterten Beziehungen in der Justizverwaltung *absichtlich*, und, wie aus der Vergleichung mit den Getauften sich ergibt, nur wegen ihres Religionsbekenntnisses zurückgedrängt worden sind. Hiernach ist es nicht merkwürdig, daß der Wunsch, in diese Verwaltung einzutreten, von Jahr zu Jahr mehr geschwunden ist. Auf die Dauer haben eben viele den Kampf aufgegeben und sich der Rechtsanwaltschaft oder anderen Berufen zugewandt. Es mag dies bedauerlich sein, die Tatsache ist aber nicht wegzuleugnen, wie die nachstehende Tabelle ergibt. Von den aus der Zeit von 1875—1895 herstammenden Justizbeamten bildeten die Juden Anfang 1907 4,2 Prozent. Für die einzelnen Perioden stellt sich aber das Verhältnis wie folgt:

Es stammen aus der Zeit

von	im Ganzen					
1875—1880	680	Justizbeamte,	darunter	46	Juden	= 6,8 Proz.
1881—1885	865	„	„	38	„	= 4,4 „
1886—1890	1080	„	„	42	„	= 3,9 „
1891—1895	1004	„	„	29	„	= 2,9 „

Hiernach haben diejenigen, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Juden in der Justizverwaltung zurückzudrängen, ihr Ziel erreicht, denn diese Ziffern sind keine zufälligen. Man kann auch nicht sagen, daß die jüdischen Richter sich zu höheren Stellen nicht geeignet hätten, denn *vertretungsweise* haben sie gar oft jene höheren Aemter versehen. Ein Oberlandesgerichtsrat (allerdings Assessor von 1873) hat viele Jahre hindurch den Präsidenten des Oberlandesgerichts, welcher nicht selten vom Gerichtssitz abwesend und auch sonst vielfach verhindert war, in der Führung des Vorsitzes im Senat vertreten. Eine große Anzahl jüdischer Richter hat viele Monate, ja sogar Jahre hindurch den Vorsitz in Zivilkammern an Stelle des Direktors geführt und an vielen Orten sind jüdische Richter Vorsitzende der Kammern für Handelssachen. Also die Leitung der materiellen Justizpflege hat man den Juden anvertraut, nur in die Verwaltungsposten selbst — „die Dirigentenstellen bei den Verwaltungsbehörden" — hat man sie nicht hineingelassen. In 60 Jahren ist in dieser Beziehung alles beim alten geblieben zum Schaden der beteiligten Justizbeamten, aber auch — wie ausgesprochen werden muß — zum Schaden der Allgemeinheit. Denn wenn die Hüter der Gerechtigkeit bewußt und zum Schaden eines Teiles der Bevölkerung die Verfassung und das Gesetz verletzen, wenn sie bei der Beförderung gerade diejenigen bevorzugen, deren Verhalten auf eine in der Regel geringe Charakterfestigkeit deutet, wie kann dann die Gerechtigkeit gedeihen, und wie kann die Allgemeinheit zur Justizpflege das erforderliche, unumstößliche Vertrauen finden? —

Außerhalb Preußens haben sich die Verhältnisse zwar verschiedenartig, aber im wesentlichen ebenso gestaltet wie in Preußen.

Am *Reichsoberhandels-* und *Reichsgericht* gab es früher zwei jüdische Räte, jetzt gibt es am Reichsgericht keine mehr, andererseits aber einen getauften Senatspräsidenten und zwei getaufte Räte.

Bayern macht insofern eine Ausnahme von allen übrigen Staaten, als hier nur eine geringe Anzahl Getaufter in Frage kommt, also von einer Bevorzugung der Getauften bisher nicht gesprochen werden kann, und als die Staatsanwaltschaft nicht ausschließlich den Christen vorbehalten geblieben ist.

Es gibt in Bayern 47 jüdische Justizbeamte.

Hiervon ist einer am obersten Landesgericht, allerdings ein Herr, der seine ganze Familie dem Christentum zugeführt hat; 4 sind Oberlandesgerichtsräte, 39 sind Richter erster Instanz. Ein Jude ist Staatsanwalt, einer Amtsanwalt, und 8 der obenerwähnten jüdischen Richter waren Staatsanwälte, bevor sie wieder in ihre jetzigen Stellen einrückten. An Getauften gibt es in der bayerischen Justizverwaltung nur drei, 1 Staatsanwalt und 2 Richter erster Instanz.

Aber auch in Bayern ist kein einziger Jude Direktor oder Präsident.

Sachsen dagegen bringt das Reichsgesetz von 1869 nicht zur Anwendung. Es gibt in Sachsen überhaupt keinen jüdischen Richter. Es war nur einmal ein jüdischer Richter erster Instanz in Sachsen angestellt, nach seinem Tode ist keiner wieder ernannt worden. Jüdische Juristen sind genug in Sachsen vorhanden, aber sie wissen, daß sie keine Aufnahme in die Justizverwaltung finden und melden sich nicht mehr.

Württemberg. Hier gibt es nur drei jüdische Richter erster Instanz. Es ist besonders merkwürdig, daß gerade hier und unter der jetzigen Verwaltung nicht mehr Juden als Richter angestellt worden sind und keiner in ein höheres Amt einrückt oder Staatsanwalt geworden ist.

Baden hat zwei jüdische Oberlandesgerichtsräte und sechs jüdische Richter erster Instanz.

Kein Jude ist Direktor, keiner Präsident, keiner Staatsanwalt.

Dagegen befinden sich *unter sechs Getauften* ein *Landgerichtspräsident* und ein *Landgerichtsdirektor.*

Hessen hat Juden bisher nicht zu Richterstellen zugelassen. Es gibt zurzeit hier sechs Assessoren und einen Oberlandesgerichtssekretär jüdischen Glaubens. Ob sie es zum Richterposten bringen werden, steht dahin. Die überwiegende Mehrzahl der jüdischen Juristen mußte sich der Anwaltschaft zuwenden.

Unter den Getauften ist ein Richter erster Instanz und ein Staatsanwalt.

Mecklenburg-Schwerin, *Mecklenburg-Strelitz* und *Sachsen-Weimar-Eisenach* haben keinen jüdischen Richter.

Oldenburg hat einen jüdischen Richter erster Instanz.

Braunschweig hat keinen jüdischen Richter.

Sachsen-Meiningen hat einen jüdischen Richter erster Instanz.

Sachsen-Altenburg, *Sachsen-Koburg-Gotha*, *Anhalt*, *Schwarzburg-Sondershausen*, *Schwarzburg-Rudolstadt*, *Waldeck*, *Reuß ä. L.* und *Reuß j. L.*, *Schaumburg-Lippe* und *Lippe-Detmold*, haben keinen einzigen jüdischen Richter.

Was die freien Reichsstädte anbetrifft, so findet sich weder in *Bremen* noch in *Lübeck* ein jüdischer Richter. In *Hamburg* befanden sich Anfang 1907 8 jüdische Richter erster Instanz, dagegen unter den 8 Getauften ein Oberlandesgerichtsrat und ein Landgerichtsdirektor.

Elsaß-Lothringen endlich hatte Anfang 1907 4 jüdische Richter, nämlich 2 Oberlandesgerichtsräte und 2 Richter erster Instanz. Drei Getaufte waren zugleich zu verzeichnen, von denen einer Oberlandesgerichtsrat und zwei Richter erster Instanz waren.

Ueberall ergibt sich hiernach in Deutschland dasselbe Bild, überall werden die Juden entweder vollständig von der Justizverwaltung ausgeschlossen oder von ihr zurückgedrängt, und von den „Dirigentenstellen" ganz fern gehalten. Daß in Sachsen, in Hessen und in einer ganzen Reihe der kleineren Staaten kein Jude als Richter angestellt ist, dürfte auf die Dauer unerträglich sein; man braucht nur an die große Zahl der in jenen Ländern angesessenen Juden, an die daselbst tätigen Rechtsanwälte, an ihre Mitwirkung in allen öffentlichen Angelegenheiten, an ihre Berufung zur Ausübung von Ehrenämtern zu denken, um jeden Zweifel an ihrer Fähigkeit zur Bekleidung von Aemtern in der Justizverwaltung auszuschließen. Die Verweigerung ihrer Anstellung in dieser Verwaltung ist den bestehenden Gesetzen gegenüber geradezu ein Rechtsbruch.

Und wenn in Staaten, wie Preußen, Bayern, Baden durch die Anstellung der Juden in der Justizverwaltung die Wirksamkeit der bestehenden Gesetze insoweit anerkannt wird, dann ist die grundsätzliche Fernhaltung der jüdischen Juristen von *gewissen* Aemtern auf dem Verwaltungswege zum mindesten als eine nicht genug zu verurteilende, kleinliche Maßregel zu erachten, deren baldige Beseitigung mit allen zulässigen Mitteln erstrebt werden muß. Nicht daß es sich um die Erlangung eines Ehrenpostens handelt, obwohl auch hierin für Mitglieder einer Beamtenhierarchie nichts Bedenkliches gefunden werden könnte, nein! *darum* handelt es sich, daß den Juden *in vollem Umfange* das Recht gewährt werde, das ihnen nach Gesetz und Verfassung zusteht. Wenn ein jüdischer Richter

fähig ist, den Kammern der Landgerichte oder den Senaten der Oberlandesgerichte vorzustehen, dann hat er ein gleiches Anrecht wie sein christlicher Kollege, zum Direktor oder zum Senatspräsidenten befördert zu werden; wenn er sich für das Amt eines Staatsanwalts berufen fühlt und eignet, dann hat er ein gleiches Recht darauf, zum Staatsanwalt ernannt zu werden. Die „Dirigentenstellen bei den „Verwaltungsbehörden" sind nach dem Gesetz nicht einem Teil der Bevölkerung allein vorbehalten.

Im Jahre 1907 scheint eine kleine Wendung zum Bessern sich anbahnen zu wollen.

In Hamburg und Elsaß-Lothringen sind in diesem Jahre die ersten beiden jüdischen Landgerichtsdirektoren ernannt worden, in Hamburg allerdings ein Herr, der seine Kinder vorher der Taufe zugeführt hat; immerhin ist in jenen beiden Staaten der Bann gebrochen. In Preußen sind zwei weitere jüdische Richter an Oberlandesgerichte berufen worden.

Das sind Veränderungen, die wohl beachtenswert sind und auf ein größeres Wohlwollen der gegenwärtigen Leiter dieser Justizverwaltungen hindeuten. Sie gewährleisten aber noch keinen Umschwung im Verhalten der Justizverwaltungen gegenüber den jüdischen Richtern; insbesondere ist in Preußen noch kein Jude zum Direktor, Präsidenten oder Staatsanwalt ernannt worden. Deshalb dürfen die beteiligten Kreise in ihrem Kampfe nicht ermatten, sondern müssen nach wie vor mit allen gesetzlichen Mitteln dahin wirken, daß die bestehenden Gesetze auch den jüdischen Richtern gegenüber zur vollen Durchführung gelangen.

Ueber Staatsinteresse und Judenpolitik

sprach auf der zweiten Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Juden in Frankfurt a. M. Prof. Martin Philippson-Berlin. Er führte etwas folgendes aus:

Das Altertum habe das Staatsinteresse auf dem Gebiete der Religionspolitik lediglich in der Bewahrung des altüberlieferten Religionskultus bei den Bürgern des eigenen Staates gesucht; den Fremden gegenüber habe es sich aber konfessionell gleichgültig verhalten, wenn sie nicht die Staatsreligion angriffen. Die christliche Kirche dagegen habe geglaubt, im Alleinbesitz der Wahrheit zu sein, und deshalb jedermann gezwungen, sich ihr zu unterwerfen, soweit ihr Machtbereich sich erstreckte. Nur die Juden wurden als Zeugen für die Entstehung des Christentums in ihrem Glauben belassen, aber als hartnäckige Leugner der Wahrheit mit Demütigungen behandelt, die oft in Verfolgungen oder gar Vertreibungen ausarteten. Ihre Ausschließung von allen Zünften und Gilden habe sie genötigt, den Lebensunterhalt allein im Geldhandel und Geldverleihen zu suchen, was ihnen auch sozial viel Haß und Verachtung eintrug. Erst die Gleichberechtigung der verschiedenen christlichen Kirchen infolge des westfälischen Friedens (1648) und die daraus sich ergebende Befreiung des Staatsinteresses von den ausschließlich kirchlichen Rücksichten, sowie die „Aufklärung" des 18. Jahrhunderts brachten hierin insoweit eine Aenderung hervor, als der offizielle und persönliche Religionshaß gegen die Juden verschwand; aber ihre tatsächliche Gleichstellung sei erst durch die französische Revolution und die Verbreitung der Ideen derselben ermöglicht worden. Es sei auch in Deutschland eine neue Anschauung vom Staate, seinen Pflichten und Interessen entstanden. Die aus der Revolution hervorgegangene liberale Schule des Staatsrechtes habe die Aufgaben des Staates in völliger Gleichberechtigung aller Bekenntnisse und Volksklassen, in freier Entfaltung und Ausnutzung der Kräfte aller Bürger gefunden. Im Gegensatz dazu habe sich die auf mittelalterlicher Ueberlieferung beruhende Lehre vom „christlichen Staate" gebildet, die wieder die Ausschließung der Israeliten von allen staatlichen Rechten verlangt habe, und die herrschende Meinung der streng konservativen und der diesen anhängenden Regierungen geworden ist. Die Judenpolitik der deutschen Staaten und dann des Reiches sei seit 70 Jahren durch den Kampf dieser beiden Ansichten über das Wesen und die Interessen des Staates bestimmt worden. Alle größeren deutschen Länder hätten jetzt mehr oder weniger die liberale Richtung dem Judentum gegenüber betätigt, mit Ausnahme Sachsens und Preußens. In beiden hätte das Judentum als Religionsgemeinschaft Nichtachtung, als Inbegriff von Staatsbürgern mannigfache tatsächliche Zurücksetzung, trotz Verfassung und Reichsgesetz erfahren. Entgegen dem Interesse des Deutschtums in den Ostprovinzen sei die Einwanderung selbst der tauglichsten jüdischen Elemente gewaltsam verhindert worden. In keinem deutschen Staate aber genössen die Juden vollständig das ihnen verfassungsmäßig zustehende Recht auf gleiche Verwendung im Staatsdienste. Wenn schon den Regierungen das Recht der Anstellung oder Nichtanstellung des einzelnen gehörte, sei doch die generelle Ausschließung jüdischer Beamten oder Offiziere nur deshalb, weil sie Juden seien, ein Gesetzes- oder Verfassungsbruch. Der Umstand, daß man solche jüdische Bewerber sofort anstelle oder befördere, wenn sie einen Religionswechsel vorgenommen hätten, bedeute eine Verlockung zur Heuchelei und eine Gewissensbedrängung, und damit eine schwere Schädigung der öffentlichen Moral; ebenso wie die Versagung der den Israeliten vermöge der Verfassung zukommende Gleichstellung eine Verneinung und Untergrabung der Daseinsbedingungen des Staates, und in letzter Linie eine Rechtfertigung der Sozialdemokratie und des Anarchismus ausmache. Deshalb müsse in der Gegenwart der alleinige Standpunkt für das Staatsinteresse in der Judenpolitik der sein: gleiches Recht für Alle, ohne Rücksicht auf Abstammung und Religionsbekenntnis. Diese Wahrheit zu verbreiten und immermehr zur Anerkennung zu bringen, sei die Hauptaufgabe des Verbandes der Deutschen Juden.

Als Korreferent sprach alsdann Rechtsanwalt Dr. Loeb-Mainz. Er führte aus:

Als vor kurzem die hessische Landesuniversität ihre Jubelfeier beging, habe General von Eichhorn im Namen des Kaisers darauf hingewiesen, wie bitter nötig es im Interesse der Zukunft unseres Vaterlandes sei, soziale und religiöse Gegensätze auszugleichen. Die staatliche Judenpolitik zeige, warum dies nicht gelingt. Der Staat selbst erweitere nicht nur bestehende Gegensätze, er schaffe dieselben vielmehr erst. In der Hochflut nationaler Begeisterung bei der Begründung des Deutschen Reiches gab es keinen Gegensatz zwischen Juden und Deutschen. Die Jugend der Generation, die diese große Zeit denkend miterlebt hat, sei gefüllt mit patriotischen Erinnerungen. Bamberger und Lasker hätten bewiesen, daß die Zugehörigkeit zum Judentum mindestens kein Hinderungsgrund zu fruchtbarer politischer Mitarbeit ist. Gerade die Juden hätten in ihrer tausendjährigen Leidensgeschichte gelernt, auch in politischer Betätigung tolerant zu sein und ausgleichend zu wirken, wenn religiöse oder soziale Gegensätze aufeinanderstoßen. Als die Judenhetze populär wurde, habe eine rückständige Bureaukratie mitgewirkt, die Juden aus politischer Betätigung und öffentlichem Wirken hinauszudrängen. Das Judentum selbst habe vielleicht gerade hierdurch sich innerlich gestärkt und neue Kräfte gewonnen; aber auf das öffentliche Leben habe der Antisemitismus und seine staatliche Förderung korrumpierend gewirkt. Die allgemeine Verekelung politischer Arbeit, das Emporsteigen extremer Strömungen zeige, wie schwer der Staat die Summe von Intelligenz, Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit missen kann, die im deutschen Judentum vorhanden ist. Das Staatsinteresse fordere die Respektierung der Ideale des Glaubens und der Glaubensfreiheit. Die Judenpolitik der deutschen Staaten aber belohne den Glaubenswechsel und degradiere den Glauben zum Handelsartikel. Das Staatsinteresse fordere, daß jeder nach seinem Charakter und seinen Fähigkeiten die Möglichkeit habe, dem Vaterlande zu nützen; die deutsche Judenpolitik stoße den fähigen Charaktervollen zu gunsten des Unfähigen und Charakterlosen zurück. — Das Asylrecht für die ihres Glaubens wegen Verfolgten existiere nicht, wenn der Verfolgte ein Jude ist. Das Judentum sei absoluter Hinderungsgrund für die Gewährung der Naturalisation, obwohl doch die aus Rußland vertriebenen Juden, deren Muttersprache heute noch die deutsche ist, als Ferment des Deutschtums in den Ostmarken unserm Vaterlande wertvolle Dienste leisten könnten. Diese Zurückweisung, die des jüdischen Bekenntnisses halber erfolgt, sei zugleich eine schwere Kränkung der deutschen Juden; denn diesen werfe man damit vor, daß ihr Glaube sie weniger geeignet mache, nützliche Bürger unseres Staatswesens zu sein. Auch der eigentlichen Bekenntnisgemeinschaft gegenüber versage die Gerechtigkeit des Staates. Das Judentum brauche keine staatliche Alimentation. Es könne aber verlangen, daß, solange das Geld jüdischer Steuerzahler für andere Kultuszwecke Verwendung findet, auch ihm gleiche und gleichmäßige Berücksichtigung zu teil werde. Dadurch werde auch verhindert, daß man Religion mit Christentum identifiziere und einseitig Bekenner einer bestimmten Konfession bevorzuge. Der Kampf für die Gleichberechtigung der Juden bedeute den Kampf für die Gleichberechtigung Aller, für die Ausgleichung der inneren Gegensätze, für das Glück des Vaterlandes. Bescheidenheit ist bei dem Freien Feigheit. Wir kämpfen einen guten Kampf, für uns und unser Vaterland, denn wir wollen Einigkeit und Recht.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand;
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe deutsches Vaterland!

Wiener Brief.

XVIII.

(Die Rassenantisemiten. — Warenhaussteuer. — Die Industriellen auf Abwegen. — Die Gehaltsregulierung für die Kommunal-Beamten. — Ungarn.)

Wien, den 19. Okt. 1907.

Den deutschen Rassenantisemiten geht es in Oesterreich nicht gut. Die Freialldeutschen, die sich um den Abgeordneten Wolf sammeln, haben gelegentlich sogar die Liebenswürdigkeit gehabt, zwischen braven und schlechten Juden zu unterscheiden und den ersteren ihre Sympathien auszudrücken. Das geschah vor allem in Wahlzeiten, da sich die Freialldeutschen, die sich jetzt übrigens Deutschradikale nennen, sagen mußten, daß sie sonst übel abschneiden würden. Den Rassenantisemitismus haben nur die Alldeutschen unentwegt hoch gehalten, denen in der letzten Zeit Niederlage auf Niederlage beschieden war, so daß sie heute nicht viel mehr als ein Fähnlein bilden. Ihr Führer Schönerer gehört zu den politisch toten Männern und zwar fehlt es an Leuten, die einen neuen Anhang werben könnten. Die kleine alldeutsche Tischgesellschaft leistet sich nun den Luxus, in Wien ein Tagblatt herauszugeben, das allerdings sowohl dem Umfang, als dem geistigen Inhalt und der Bedeutung nach die Partei würdig vertritt. Das „Alldeutsche Tagblatt“ hat niemals einen größeren Leserkreis gehabt; es vermochte sich bloß zu halten, weil sich immer der eine oder andere Gesinnungsfreund bereit fand, in die volle Tasche zu greifen, um die zwei Schriftleiter zu erhalten und den Drucker zu zahlen. Der letzte alldeutsche Idealist ist der Herausgeber des „Alldeutschen Tagblatt“, Herr Hauck, gewesen, der von seinem vielen Gelde 20 000 Kronen opferte. Mehr aber scheint ihm die Partei nicht wert zu sein. Deshalb erklärte das Blatt letzthin offen, daß es sein Erscheinen einstellen werde, wenn sich nicht 600 neue Abnehmer fänden, die das kleine Unternehmen angeblich über Wasser halten können. Bisher hat ganz Alldeutschland erst 300 weitere zahlende Abonnenten auftreiben können und es wird sich Ende dieses Monats zeigen müssen, ob das Blatt der Partei in den Orkus folgen wird. Das kleine Schimpforgan würde niemand vermissen, am allerwenigsten die paar unentwegten Alldeutschen, die zu den Abnehmern der Zeitung gehören, die sie aber — und das wurde in Parteikreisen oft besprochen — vorsichtigerweise ungelesen und unaufgeschnitten zur Seite legen.

Die niederösterreichischen Landhaus-Christlichsozialen haben beschlossen, daß der Landesausschuß im nächsten Jahre einen Gesetzentwurf über eine Warenhaussteuer vorlegen soll. Der Anreger hierzu war der berüchtigte Mechaniker Schneider, der wieder einmal das Gewerbe „retten“ wollte. In ganz Oesterreich gibt es gegenwärtig bloß ein Geschäft, das man ein großes Warenhaus nennen kann. Die Firmeninhaber sind Juden und das erklärt den Haß des wütendsten Antisemiten unter den Christlichsozialen. „Natürlich“ sind diese Juden an dem Untergang so und so vieler „ehrlicher“ Geschäftsleute schuld, wie denn das Judentum überhaupt das goldene Gewerbe zu einem bleiernen mache. Herr Schneider scheint von der Welt wenig zu wissen, aber sein vielgereister Parteikollege Silberer, der — wie er, in der Debatte selbst sagte — in Paris immer zuerst die Warenhäuser aufsucht, hätte ihn aufmerksam machen können, daß die drei größten Kaufhäuser der Seinestadt — Bon marché, Printemps und Louvre — eifrigen Katholiken gehören. Das ist für uns selbstredend gleichgiltig und wir bemerken es nur, damit die Argumentation von Männern à la Schneider ins richtige Licht gerückt wird. Uebrigens machen den kleinen kapitalsschwachen und untüchtigen Kaufleuten die vielen ansehnlichen Spezialgeschäfte, die sich mitunter über mehrere Häuser erstrecken, viel schwerere Konkurrenz, als das eine Warenhaus, das vorhanden ist. Diese Spezialgeschäfte hat Herr Schneider jedoch in sein Herz geschlossen, weil — nun weil einige der opferwilligsten Christlichsozialen Eigentümer solcher Riesenetablissements sind. Man forsche nur Sonntags im Annoncenteil des „Deutschen Volksblattes“, das Schneiders Spielpartner Vergani gehört, nach, wo man am besten einkaufe und man wird zum Modehaus Herzmansky gewiesen, das drei Häuser umfaßt und vom Giebel bis zum Keller judenrein ist — sofern nicht gerade jüdische Kunden im Lokale sind — oder man findet das Herrenmodehaus Esders empfohlen, das drei langgestreckte Gassenfronten hat und drei Stockwerke für den Geschäftsbetrieb benutzt. Diese Riesengeschäfte waren schon lange da, ehe das „jüdische“ Warenhaus eröffnet wurde, doch Herr Schneider hatte damals ganz vergessen, das Gewerbe zu „schützen“.

Wenn man den Firnis falscher Gewerbefreundlichkeit, mit dem sich die Wiener Klerikalen bedecken, abkratzt, dann kommt eine ganz gewöhnliche Agrarpartei zum Vorschein, die auf dem Lande die Wurzeln ihrer Kraft hat und in der Hauptstadt bloß vermöge der Wahlprivilegien oder der Wahlkreisgeometrie am Ruder ist. Trotzdem und alledem spricht man jetzt in Oesterreich von etwas für vernünftige Menschen ganz Unfaßbarem: Die Großindustrie macht Miene, sich unter christlichsozialen Schutz zu begeben. Als die Antisemiten ihren Siegeszug begannen, da waren sie eine reine Stadtpartei, die sich in erster Linie an die wirtschaftlich Schwachen hielt und das „mobile Kapital“ in der maßlosesten Weise beschimpfte. Die Großindustrie, die man die „jüdische“ hieß, wurde wie eine Staatsgefahr behandelt und die reaktionäre Gewerbepolitik der Christlichsozialen zielte darauf ab, soweit es ankommen, daß dem Handel und der Industrie die Flügel gestutzt wurden. Erdrosselung der wirtschaftlich Starken: das war das aufs Innigste gewünschte Ziel. Seither hat sich zwar vieles geändert, aber aus den Antisemiten sind innerlich noch schärfere Gegner der Großproduzenten geworden, wenngleich sie das nicht mehr so roh und undiplomatisch heraussagen. Die Partei lernte eben den Umgang mit Menschen, die Führer zogen über die derben Fäuste blendend weiße Handschuhe. Was die Industriellen anzieht, ist vor allem die Macht der Klerikalen, das heißt also der Christlichsozialen. Allein sie irren sich bedenklich, wenn sie glauben, daß für sie vom Tische etwas abfallen werde. Die von Hofrat Geßmann geführte Gruppe, die in der Arbeiterschaft fast jeden Anhang verloren hat, möchte sich jetzt ganz gerne mit den Unternehmern verbünden, weil sie den Anschein erwecken will, als vertrete sie Stadt und Land und alle Schichten der Bevölkerung in gleichem Maße. Doch sich mit den Christlichsozialen alliieren, das ist gleichbedeutend mit der Unterwerfung. Die Industriellen — denen man allerdings ihre jüdische Abstammung verzeihen würde, sofern sie sich zu Sklaven der Greisler, Kleinbauern und Pfaffen machen wollten — müßten es bitter bereuen, wenn die Annäherungsversuche, die in den letzten Monaten auf beiden Seiten angestellt wurden, ihre Fortsetzung fänden. Es ist besser und mannhafter, sich selbst das Grab zu schaufeln, als sich in falschen Gewinnhoffnungen den ärgsten Feinden auszuliefern.

Die Christlichsozialen als Arbeitgeber: dieses Kapitel eröffnet für den Kritiker dieser Partei ein weites reiches Untersuchungsfeld, es ist eine wahre Goldgrube. Jetzt, nachdem bereits eine große Zahl von Privatunternehmungen den Anfang gemacht haben, läßt sich auch die christlichsoziale Gemeindevertretung in Wien dazu herbei, die Lebenslage ihrer Beamten zu verbessern und die Gehälter in Anbetracht der allgemeinen Teuerung zu erhöhen. Wer noch einige Versprechungen aus der Zeit der christlichsozialen Erobe-

rungszüge in Erinnerung hat, der wird meinen, daß die Leute, die sozialempfindende Christen nur so lange waren, als sie Hunger hatten, zuerst der niederen Kategorien und in zweiter Linie erst der höheren Schichten gedachten. Die großen Gehälter waren den Herren früher, als sie nicht in die Taschen ihrer Häuptlinge flossen, höchst zuwider; mit Herz und Seele gehörten sie den Kleinen an, denen sie helfen wollten. Nun aber tun sie das Gegenteil. Die dem Wiener Stadtrate vorgeschlagene Gehaltsregulierung gestaltet sich folgendermaßen:

Rangsklasse	Zahl der Beamten	Erhöhung in Kronen	Erhöhung in Prozenten
I	3	6.000.—	50
II	4	2.000.—	22
III	76	800.—	11
IV	147	800.—	14
V	280	400.—	3
VI	447	300.—	8
VII	658	300.—	10
VIII	453	200.—	9

In Ungarn wird der Antisemitismus in der letzten Zeit wieder stärker fühlbar. Die Juden sind allerdings nicht ganz unschuldig, denn sie haben es mit den ärgsten magyarischen Chauvinisten gehalten und diese dadurch übermütig gemacht. Die Israeliten ließen es sich nicht angelegen sein, zur Verständigung der vielen Nationen Ungarns beizutragen und gleichsam als völkische Mittler zu fungieren, sondern sie gingen zuerst mit der gänzlich abgekrachten liberal-konservativen parlamentarischen Mehrheitspartei, um sich nach dem Debacle der Tisza-Gruppe den Kossuthisten zuzuwenden. Als die Kossuthpartei noch schwach war und in der Opposition stand, hatte sie wohl freiheitliche Anwandlungen, allein sie verband sich später mit der antisemitischen Ugrongruppe und nahm auch den klerikalen Anhang des Grafen Apponyi in ihre Mitte auf. Dadurch erhielt sie einen antisemitischen Einschlag, der nun unangenehm bemerkbar wird. Bei den letzten Besetzungen der Ausschußstellen wurden bewährte jüdische Mitglieder der Partei übergangen, und zwar bloß wegen ihrer Konfession. Männer wie Visontai, Szatmari und Perta mußten abtreten. Doch das scheint erst der traurige Anfang zu sein. Bemerkenswert ist allenfalls, daß sich die katholische Volkspartei, die allerdings schon seit ihrer Geburt einen schwachen antisemitischen Anstug zeigte, in den jüngsten Tagen in eine christlichsoziale Partei umwandelte. Das österreichische Beispiel lockt, der österreichische Erfolg zieht an. Hoffen wir, daß die Voraussetzungen für die Uebertragung einer bisläng in Ungarn doch landesfremden Politik fehlen und daß die Herren an einem ausgiebigen Fiasko erkennen, wie rein zufällig der Sieg der „Luegerei" in der westlichen Reichshälfte des Habsburger Staates war. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und Bismarck. Es war zu erwarten, daß die Preßorgane, denen der Bismarckkult wie der Antisemitismus in gleicher Weise ans Herz gewachsen ist, gegen die Verunglimpfung des ersten Reichskanzlers in der Memoiren-Publikation Stöcker's einen leisen Protest einlegen würden. Das ist auch geschehen. Sowohl die „Hamb. Nachr". wie die „Deutsche Tages-Ztg". als auch die „Leipz. Neuesten Nachr." vertreten unter möglichster Schonung der Person Stöcker's die Auffassung, daß ihn sein Gedächtnis trüge oder daß er das Opfer schleichender Verdächtigungen geworden sei. Wir geben hier die Replik des Leipziger Bismarckblattes wieder, das sich den Anschein der allein zutreffenden Informierung gibt:

„Herr Stöcker hatte allen Grund, die Glaubwürdigkeit seines Gewährsmannes noch einmal gründlich zu prüfen. Urteilt er doch nicht aus eigenem Wissen, sondern nur vom Hörensagen. An und für sich trägt schon die Erzählung von dem kaiserlichen Schreiben, das ihm, Bismarck zuliebe, die Ausweisungsabsicht tadelt, und von der Aussprache mit dem Kaiser, bei der der Kanzler in solche Wut geraten sei, daß er dem Monarchen das Gehör verweigerte, so stark den Stempel der mangelhaftesten Logik, daß man billig über die Darstellung des Herrn Stöcker erstaunt sein muß. Hier wird gröblicher Klatsch als eine historisch beglaubigte Tatsache hingestellt.

Wir unsererseits müssen demgegenüber ausdrücklich feststellen, daß Fürst Bismarck nach seiner Entlassung in persönlichen Unterredungen und auch auf die ausdrückliche Anfrage unseres Berliner Vertreters wiederholt erklärt hat, daß er niemals daran gedacht habe, mit einem Ausweisungsbefehl gegen Herrn Stöcker vorzugehen. Er habe vielmehr stets geglaubt, Anspruch auf seinen besonderen Dank zu haben, denn er persönlich habe es in den Tagen des Kaisers Friedrich gerade verhindert, daß der unsinnige und gefährliche Plan zur Ausführung kam. Fürst Bismarck empfand zwar starke Antipathien gegen alle kirchliche Herrschsucht, aber dies hinderte ihn nicht, Stöcker in seinem politischen Auftreten vielfach zu fördern. Im Mai 1892 ließ er daher ausdrücklich erklären; „Die Agitation seiner Partei ist durch den früheren Reichskanzler niemals gehindert worden, vielmehr hat derselbe ihre Wahlerfolge mit Freude gesehen." Wenn also eine Feindseligkeit bestand, so bestand sie dort, wo der berüchtigte Scheiterhaufenbrief fabriziert und geflissentlich den Verdacht genährt worden ist, als ob das Verhältnis des Fürsten Bismarck zu dem verstorbenen Bankier Bleichröder auf unlauterer Grundlage ruhte. Zum Ueberfluß sei bemerkt, daß diese Tatsachen schon im Jahre 1895 ausdrücklich auf Veranlassung und mit Zustimmung des Fürsten Bismarck öffentlich festgestellt wurden, so vor allem in unserem eigenen Blatt, in dem wir ausdrücklich schrieben: „Schon Kaiser Wilhelm war nach dem Ausgang des bekannten Prozesses Stöcker-Bäcker geneigt, den Einflüssen nachzugeben, die ein Verbleiben des Hofpredigers in seiner Stellung unmöglich zu machen versuchten. Damals war es Fürst Bismarck, welcher seine Meinung dahin abgab, daß man Gras über die Sache wachsen lassen möchte. Als Kaiser Friedrich dann zur Regierung gekommen war und sehr bald von neuem die Beseitigung des Herrn Stöcker aus seinem geistlichen Hofamt in Frage stand, da hat wiederum Fürst Bismarck seinen ganzen Einfluß gegen eine solche Maßregel geltend gemacht, indem er seinen kaiserlichen Herrn nachdrücklich darauf hinwies, daß Stöcker gegen die staatsfeindlichen Elemente gekämpft habe wie ein Löwe." Den immer wiederholten falschen Behauptungen gegenüber hat dann Fürst Bismarck im November 1895 deutlich erklärt, daß der Gedanke der Ausweisung überhaupt von ihm niemals gehegt worden sei: „Herr Stöcker glaubt sich einen Märtyrernimbus dadurch zu geben, daß er es behauptet."

Mit dieser Charakteristik dürfte Bismarck das Richtige getroffen haben. Merkwürdigerweise hat keins von den drei Stöckerblättern — „Staatsb.-Ztg." „Volk" und „Reich" — von den kritischen Auslassungen der Presse zu der Behauptung ihres Herrn und Meisters bisher auch nur mit einer Silbe Notiz genommen. Warum wohl?

Auf dem II. Kongreß der christlichen Arbeitervereine, der vom 20.—22. d. Mts. in Berlin tagte, war ein gewisser antisemitischer Einschlag nicht zu verkennen. Bei jeder Gelegenheit wurde der antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfen gedacht, deren Vorsitzender, Herr Schack, freilich auch im Vorstande des Kongresses sitzt. Daß die freiheitlichen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine unter solchen Umständen der Veranstaltung fernblieben, ist nicht weiter verwunderlich. Herr Stöcker war mit seinem Adjutanten Lizentiaten Mumm erschienen. Man feierte ihn als Urheber der „Berliner Bewegung" und jubelte ihm demonstrativ zu. Herr Liebermann von Sonnenberg fand pathetische Töne des Wohlwollens. Er stellte es als die Pflicht jeder Partei hin, Arbeitervertreter in die Parlamente zu senden, vermied es aber darauf einzugehen, inwieweit sein Parteichen schon nach diesem Grundsatze gehandelt hat.

Was sich der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband alles herausnehmen zu können glaubt, zeigt ein von der „Freis. Ztg." veröffentlichter interessanter Briefwechsel, der kürzlich zwischen der Iserlohner Ortsgruppe dieses Verbandes und dem Vertreter des Wahlkreises, dem zur Freisinnigen Volkspartei gehörigen Abg. Müller-Iserlohn, stattgefunden hat. Der Vertrauensmann der Deutschnationalen in Iserlohn richtete an den Abg. Müller-Iserlohn (Vorstandsmitglied

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus) unter dem 6. Oktober das nachstehende Schreiben:

Sehr geehrter Herr Reichstagsabgeordneter!

Da die Mehrzahl der Mitglieder der unterzeichneten Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gelegentlich der letzten Reichstagswahl für Ihre Kandidatur eingetreten ist, so glauben wir ein gewisses Recht zu haben, uns in der folgenden Angelegenheit an Sie zu wenden.

Der Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens steht unserer Organisation, die keine Juden aufnimmt, sich aber von jeder Betätigung des Antisemitismus grundsätzlich fernhält, feindlich gegenüber. Er geht in seinem Fanatismus so weit, den jüdischen Chefs die Entlassung der Mitglieder unseres Verbandes zu empfehlen. Die Haltung des genannten Zentralvereins hat uns nicht sonderlich empört. Tief empört hat es uns aber, daß das Zentralorgan der Freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung", in ihrer Nummer vom 4. Oktober den Beschluß des Zentralvereins nicht nur abdruckt, sondern auch durch Hinzufügung der Worte „mit Recht" zu erkennen gibt, daß sie diese brutale Aufforderung zur Maßregelung Andersdenkender billigt!

Sie können sich darum vorstellen, wie diese Verleugnung aller liberalen Grundsätze in den Kreisen unserer Kollegen gewirkt hat. Hatte die „Freisinnige Zeitung" irgend etwas an den Bestrebungen unseres Verbandes auszusetzen, so stand es ihr frei, ihrer Meinung in einer anständigen Form Ausdruck zu geben. — Als nicht anständig, um uns nicht schärfer auszudrücken, müssen wir es bezeichnen, daß die „Freisinnige Zeitung" es befürwortet, eine abweichende Meinung dadurch zu unterdrücken, daß man unsere Mitglieder auf die Straße setzt!

Sollte infolge der Haltung der „Freisinnigen Zeitung" hier auch nur eine einzige Maßregelung vorkommen, würde von seiten deutschnationaler Handlungsgehilfen wohl keine freisinnige Stimme je wieder abgegeben werden. Viele unserer Mitglieder haben sich besonders bei der Stichwahl sehr ernstlich um Ihre Wahl bemüht und sie glauben es nicht verdient zu haben, daß sie jetzt von seiten Ihrer Partei in ihrer Existenz bedroht werden.

Zu der Notiz der „Freisinnigen Zeitung" (Abschrift legen wir bei) bemerken wir noch, daß die Fassung, soweit es sich um Vorwürfe gegen unsern Verband handelt, durchaus irreführend ist. Gewiß haben wir Antisemiten in unsern Reihen, welcher größere Verein hat das aber nicht? Wenn im Handlungsgehilfenstande verhältnismäßig viele Antisemiten sind, so ist das doch nicht unsere Schuld, sondern dürfte ganz andere Gründe haben. Ganz unbegründet ist der Vorwurf der Spionage in jüdischen Geschäftshäusern. Der Verband besitzt eine Auskunftei, die, da sie Handlungsgehilfen vor dem Antritt einer Stellung in übelbeleumdeten Häusern, vor Kautionsschwindlern usw. bewahrt, sehr segensreich wirkt. Diese Auskunftei behandelt selbstverständlich Juden und Christen ganz gleichmäßig! Eine Fabel ist schließlich die sogenannte geheime Mitgliederliste. Seit Jahren empfängt kein Mitglied, das nicht ausgetreten ist, vom Verbande eine Austrittsbescheinigung. Die falsche Ansicht der „Freisinnigen Zeitung" dürfte lediglich darauf zurückzuführen sein, daß es begreiflicherweise keinem Mitgliede, das man zum Austritt nötigt, einfallen wird, dem Verbande auf die Dauer den Rücken zu kehren. Dem Austritt folgt in der Regel der Wiedereintritt, sobald die Verhältnisse es erlauben. (Ei, ei! D. Red.)

Ist es aber überhaupt die Sache einer Partei, die sich mit Stolz liberal nennt, solche Gesinnungsschnüffelei zu befürworten? Wo bleiben die schönen Worte von der freien Meinung, wenn man unsere Meinung unterdrücken will?

Unsere Bitte an Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist die folgende:

Bringen Sie die Verstöße der „Freisinnigen Zeitung" gegen das Koalitionsrecht der Handlungsgehilfen geeigneten Orts zur Sprache und sorgen Sie sowohl im Interesse der freisinnigen Parteien als auch im Interesse unserer Mitglieder dafür, daß Angriffe dieser Art aufhören.

Wir bitten höflichst um recht baldigen Bescheid und möchten in Anbetracht der Erregung, welche sich unserer Mitglieder bemächtigt hat, möglichst schon in nächster Sitzung, welche am Donnerstag, den 10. cr. stattfindet, über Ihre Antwort Bericht erstatten.

Hochachtungsvoll D. H. V. Ortsgruppe Iserlohn. Ernst Urbach, Weststr. 23, Vertrauensmann.

Hierauf erwiderte der Abgeordnete Müller-Iserlohn aus Köln unter dem 10. Oktober folgendes:

Sehr geehrter Herr!

Sie beschweren sich in Ihrem Briefe vom 6. ds. M. auf Grund eines Zeitungsartikels vom 4. ds. über „Verstöße der Freisinnigen Zeitung gegen das Koalitionsrecht der Handlungsgehilfen", sowie über Befürwortung der „Gesinnungsschnüffelei" und der „Unterdrückung der freien Meinung" des „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes". Sie wünschen durch mich Abhilfe.

Indes habe ich ebenso wenig Einfluß auf die Haltung der „Freisinnigen Zeitung", wie darauf, ob Iserlohner jüdische Kaufleute Mitglieder Ihres Verbandes entlassen. Geschieht letzteres, so ist dies wohl nicht die Folge des teilweisen Abdruckes des Flugblattes des Zentralverbandes durch die „Freisinnige Zeitung", sondern des Flugblattes selbst und der darin enthaltenen Behauptungen über das Verhalten Ihres Verbandes. Nur bezüglich dieser Anschuldigungen sagt die „Freisinnige Zeitung", daß sie „mit Recht" erhoben seien.

Ob letzteres der Fall, kann ich nicht prüfen. Ich glaube daher am besten im Sinne Ihres mir ausgesprochenen Wunsches zu handeln, wenn ich den Brief heute der Redaktion der „Freisinnigen Zeitung" einsende, damit diese darüber und über Ihre Ausstellungen sich äußern kann, direkt Ihnen gegenüber.

Es wird ja darauf ankommen, ob die Ihrem Verbande in dem Flugblatte des „Zentralvereins" gemachten Vorwürfe begründet sind. Wäre dies — wenn vielleicht auch nicht gerade in Iserlohn — auch nur teilweise der Fall, so läge sicher kein Anlaß vor, von „Fanatismus" des Zentralvereins zu sprechen; demselben könnten Sie doch nicht das Recht absprechen, dann gegen solches Verhalten sich zu wehren und zu schützen.

Auch ist mir nicht ersichtlich, inwieweit Ihr Koalitionsrecht angefochten wird. Da in Deutschland der Grundsatz: Gleiches Recht für alle — gilt, so müssen Sie dasselbe doch auch den „gleichberechtigten Staatsbürgern jüdischen Glaubens" einräumen. Wenn dieselben nun Ihre Vereinsgenossen, weil Sie die Juden von Ihrer Organisation ausschließen, von der Anstellung ausschließen, so scheinen sie mir nur Gleiches mit Gleichem zu vergelten und nach dem Grundsatze zu handeln: was du nicht willst, das man dir tu', das füg auch keinem andern zu.

Von Interesse war mir übrigens, aus Ihrem Briefe zu entnehmen, welch großes Gewicht Ihr Verband, obgleich er selbst die Juden ausschließt, darauf legt, daß seinen Mitgliedern die Anstellung bei Juden gesichert bleibt.

Mit Hochachtung (gez.) Müller-Iserlohn, M. d. R.

Den treffenden Ausführungen des Abg. Müller-Iserlohn haben wir nichts zuzufügen. Bemerkt sei nur, daß die Ortsgruppe Iserlohn des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ungefähr 50 Mitglieder zählt, die zum Teil noch nicht einmal wahlberechtigt sind. Man teilt der „Freis. Ztg." weiter mit, daß diese Deutschnationalen im Sommer 1906 bei der Nachwahl für Lenzmann gegen die freisinnige Kandidatur gearbeitet haben. Ob es bei den allgemeinen Wahlen 1907 anders war, darüber hat sich Bestimmtes nicht feststellen lassen.

Uebrigens scheint es sich um ein systematisches Vorgehen der deutschnationalen Handlungsgehilfen zu handeln; u. a. sind auch die Abgg. Dr. Mugdan und Schmidt-Halle mit solchen Schreiben behelligt worden. Von einer Unverfrorenheit sondergleichen zeugt es, wenn diese Leute auch hier wieder behaupten, daß ihre Organisation „sich von jeder Betätigung des Antisemitismus grundsätzlich fernhält." Wir haben an der Hand zahlreicher Fälle den Beweis geliefert, daß das Gegenteil der Fall ist.

Konservative und Antisemiten. Auf die Drohung der „Kreuzztg.", die Konservativen würden, wenn die Antisemiten auf den Wahlkreis Norden-Emden-Leer weiter ein lüsternes Auge haben sollten, mit Vergeltungsmaßnahmen in andern Kreisen antworten, wagen die Deutschsozialen nicht selbst zu antworten; sie schieben ein unparteiisches Blatt, den „Allg. Anz. für Ostfriesland", vor, der der „Kreuzztg." auseinandersetzt, daß Fürst zu In- und Knyphausen „nur" Hospitant der deutschkonservativen Fraktion ist und seine Wahl „dem Zusammengehen aller rechtsstehenden Wähler zu danken" habe. Was von Agitationsarbeit für ihn geleistet worden sei, das stehe „zum allergrößten Teil" auf dem Konto des Bundes der Landwirte und der deutschsozialen Partei". Auch bei einer zukünftigen Wahl könne es sich „immer wieder nur um eine Kompromißkandidatur handeln, deren Aufstellung die „Kreuzztg." dann gütigst dem Ermessen der Wahlbeteiligten überlassen muß." —

Nun weiß die „Kreuzztg." also, an wen sie sich zu halten hat: an den Bund der Landwirte und die Deutschsozialen. Mit den letzteren würden die Konservativen schon fertig werden; mit dem Bund der Landwirte aber anzubinden, werden sie sich wohl sehr reiflich überlegen. Es bleibt also dabei, daß Fürst Knyphausen der **letzte** konservative oder wenigstens dem konservativen Fraktionsverband nahestehende Vertreter des Kreises gewesen sein wird.

Im übrigen haben die rechtsstehenden Parteien des Kreises es jetzt auch mit dem Zentrum verschüttet, dessen zirka 100 Stimmen das letzte Mal den Ausschlag zu gunsten des Fürsten gegeben haben. Der Abg. Malkewitz hat vor einigen Tagen im Wahlkreise gesprochen und ist dabei mit dem Zentrum wenig glimpflich umgesprungen, sodaß die „Köln. Volksztg." entrüstet schreibt:

„Der **konservativen Sache** ist durch dieses Auftreten ihres heutigen Redners **sehr schlecht gedient** worden, da zugestandenermaßen und statistisch nachgewiesen der Sieg des jetzigen Mandatsinhabers, Fürsten Knyphausen, gegen den liberalen Mischmaschkandidaten Garrels nur durch die „100" Zentrumsstimmen möglich geworden ist. **Malkewitz** brachte aber heute derartige **Invektiven gegen das Zentrum**, „olle Kamellen" vor, daß sich die Zentrumsanhänger im 2. Hann. Wahlkreise bei der nächsten Wahl sehr besinnen werden, ob sie sich als Vorspann für die konservativ-bündlerisch-nationalsoziale (soll heißen deutschsoziale. D. R.) Sache mißbrauchen lassen wollen."

Der Krach in der Mittelstands-Vereinigung, deren letzte Generalversammlung in Straßburg i. E. schon ein stark hippokratisches Gesicht zeigte, ist nunmehr eingetreten. Die **schlesischen** Mittelständler werden sich, nachdem die Schweidnitzer Ortsgruppe in der Hauptversammlung so schmählich behandelt worden ist, voraussichtlich selbständig organisieren, irgendwelche politische Potenz werden aber auch sie niemals zu bilden vermögen, da der Mittelstand in Schlesien in seiner erdrückenden Mehrheit den Rattenfängermelodien der Hilfstruppen des Bundes der Landwirte nach wie vor nichts wissen will und treu zu den liberalen Parteien hält.

Hochinteressant ist der Wortlaut der umfangreichen Beschwerdeschrift, die die Schweidnitzer Ortsgruppe wegen ihres Ausschlusses an die Straßburger Generalversammlung gerichtet hat, der sie jedoch von dem Vorstand auffälligerweise nicht unterbreitet worden ist, wahrscheinlich aus der Befürchtung heraus, daß alsdann die ganze Mittelstands-Vereinigung in Straßburg aufgeflogen wäre. Die Schweidnitzer Ortsgruppe beschwert sich insbesondere über die Preßtreibereien der Zentralstelle gegenüber den Bestrebungen der Schweidnitzer Mittelständler, in dem Landtagswahlkreise Schweidnitz-Striegau den bisher im Kompromiß mit den Konservativen gewählten Zentrumsabg. Erzpriester Hoheisel durch einen Kandidaten der Mittelstands-Vereinigung zu ersetzen; der Zentralleitung wird insbesondere zum Vorwurf gemacht:

„Das **amtliche Nachrichtenblatt** der deutschen Mittelstands-Vereinigung hat ohne hinreichende Unterlagen eine unsere Bewegung betreffende gegnerische Behauptung zu Unrecht als in jedem Wort unwahr gebrandmarkt; ihre vollständige Unkenntnis von Tatsachen aus dem eigenen Lager dargetan; die einfachste Handlung zur Ermittelung der Wahrheit unterlassen; sich selbst den Freunden und Feinden gegenüber **bloßgestellt**: den Wahlkreisverband Schweidnitz-Striegau zu diskreditieren und in seinen programmatischen Bestrebungen zu hemmen gesucht und alles dies in **einer Weise, die geeignet ist, Treue und Glauben zu erschüttern.**"

Und zum Schluß wird das von der Zentrale an die Ortsgruppe gestellte Ansinnen, den **Konservativen Schleppenträgerdienste** zu leisten, sehr energisch zurückgewiesen:

„Wir sind der Gefahr ausgesetzt, nicht mit dem bisherigen Unrecht, sondern mit **Recht als „verkappte Konservative", „verkappte Bauernbündler"** und dergl. angesprochen zu werden. Bei aller Sympathie für die Konservativen und die Landwirte müssen wir doch auch dem konservativen Wahlverein und dem Bund der Landwirte gegenüber völlig **frei dastehen** und dies dadurch beweisen, daß wir uns in unseren Wahlkreisen als gleichberechtigter politischer Faktor geberden und im Sinne der Kandidatur von wirklichen Mittelstandsmännern handeln."

Diese Erklärung ist überaus wertvoll und wird den politischen Gegnern der verkappten Hilfstruppe der Agrarier in zukünftigen Wahlkämpfen gute Dienste leisten.

Vermischtes.

× × **Die Freien Studentenschaften,** Wilden- oder Finkenschaften an den deutschen Hochschulen setzen sich meist aus freiheitlichen Elementen zusammen. Der Antisemitismus hat in ihnen nie Wurzeln schlagen können, wenn auch hier und da einmal antisemitische Neigungen sich geltend machten. Der gesunde freistudentische Gedanke machte aber den antisemitischen Bestrebungen bald wieder den Garaus. Heute ist in den Freien Studentenschaften vom Antisemitismus nur selten noch etwas zu spüren. Sie segeln ganz im Fahrwasser der neuen Zeit und lassen es sich vor allem angelegen sein, durch die Einrichtung von Arbeitsämtern den Studierenden einen Erwerb zu vermitteln, durch ein Bücheramt den An- und Verkauf von Büchern billig zu regeln und durch geeignete Vorträge und Rezitationen das Interesse am geistigen Leben der Zeit zu heben. Auch für die Gleichberechtigung der Frauen treten die Freien Studentenschaften ein.

In den „Finkenblättern", dem offiziellen Organ der Freien Studentenschaften, gibt nun Dr. Paul **Ssymank** einen Bericht über die freistudentische Entwickelung der letzten Zeit. Die Freien Studentenschaften werden vielfach noch von den Korporationen über die Achsel angesehen. Man verweigert ihnen gern alle Rechte, und so sind sie vielfach zu allen andern Verbänden in Opposition getreten und haben sich hier und dort den gleichfalls verfehmten katholischen Korporationen angeschlossen. In **Berlin** blühte das freistudentische Leben an der Universität, wo die erste Finkenschaft sich im Jahre 1900 organisierte; auch an der Landwirtschaftlichen und Tierärztlichen Hochschule ging die Entwickelung weiter. In Charlottenburg, Bonn, Braunschweig, Koethen, Darmstadt, Frankfurt am Main, Freiberg, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Königsberg, Marburg, Münster, Straßburg, Dresden, Stuttgart, Zürich sind an den Universitäten, Technischen Hochschulen und Handelshochschulen Fortschritte zu verzeichnen.

In Breslau, Halle und Würzburg kam es zu Streitigkeiten mit den Farben tragenden Korporationen. In Bonn brachte die Rassenfrage vielerlei Auseinandersetzungen. In **München**, wo vor wenigen Semestern sich eine antisemitische Gruppe abgezweigt hatte, die später zerfiel, herrscht wieder volle Einigkeit. Auch an der **Berliner** Universität, wo vor einigen Jahren heftige antisemitische Streitigkeiten jede praktische freistudentische Arbeit unmöglich machten, sind wieder Ordnung und Vorwärtsstreben die Leitmotive.

In **Marburg** gab es allerlei unerquickliche Händel, und als man hier Vortragsabende einrichtete und dergleichen mehr, da erhoben die Buchhändler der Stadt Protest gegen diese „soziale Maulwurfsarbeit". Warum sich gerade die Buchhändler gegen den Fortschritt auflehnten, ist unerfindlich. In **Leipzig** gingen an der Universität im letzten Semester zeitweise die Wogen der Erregung hoch. Hier wollte man die Freie Studentenschaft wieder „deutsch" machen. Und eifrige Agitatoren schlugen schon die Gründung einer „Deutschvölkischen Freien Studentenschaft" vor, der nur „Urgermanen" angehören sollten. Der Plan fiel aber ins Wasser.

Die Freien Studentenschaften befinden sich also zur Zeit auf dem rechten Wege, ihre moderne Konstitution wird sie aber auch stets verhindern, antisemitischen Ideen Unterschlupf zu gewähren.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 31.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 44. Berlin, 30. Oktober 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemitische Verwirrungen.

Noch stehen wir mitten im Toben und Wüten der Elemente, noch sehen wir vor uns den heftigen Kampf der politischen Leidenschaft, — und da ist keine Zeit für abgeklärte philosophische Betrachtungen und seine psychologische Beobachtungen. Wenn aber einst die Zeit kommt, wo die Menschheit sich zu einer höheren Weltanschauung hinaufgerungen hat und wo mit allen Torheiten auch der Antisemitismus verschwunden sein wird, dann wird die Geschichte dieser merkwürdigen Bewegung für den Forscher eine unerschöpfliche Fundgrube psychologischer und kulturhistorischer Studien bilden. Wenn man heute im pathologischen Museum alle Abnormitäten des menschlichen Körpers sammelt, um sie zu studieren, so braucht der Psychologe eine Sammlung aller Abnormitäten der menschlichen Seele. Nirgends aber findet er sie schön vereinigt wie im Antisemitismus. Hier kann man die Entartung des Geistes in jeder Gestalt studieren, hier hat man eine reiche Auswahl kranker, verkrüppelter Seelen. **Verwirrung** ist der Gesamtbegriff für den Komplex dieser Erscheinungen.

Das ist keine problematische Erscheinung, und die Erklärung dafür ist nicht schwer zu finden. Die Instinkte und Leidenschaften bewegen sich nie auf einer graden Linie, sie gehen auf und ab wie die Wogen des Meeres, sie haben kein klares Ziel und können keine bestimmte Richtung einschlagen. Der berufene Führer und Ordner in diesem Chaos ist die Vernunft, ihr allein gebührt die Führung, weil sie göttlich ist, weil sie allein zur Klarheit und Hoheit über all die Sümpfe und Abgründe des Lebens führen kann. Wo sich die Instinkte dieser Macht nicht unterordnen, da ist keine gesunde Kultur, keine geläuterte Weltanschauung möglich. Der Antisemitismus aber meidet die Vernunft oder degradiert sie zur Magd niedriger Instinkte, und so muß er sich im Kreise drehen, jeden Tag neue Richtungen einschlagen, ohne einen Ausweg zu finden.

Das Merkmal des normalen Geistes ist die Konsequenz. Der Antisemitismus kann nicht konsequent sein, denn seine Konsequenz würde zur Umwandlung der ganz modernen Gedankenwelt, zur geistigen Anarchie, zum Wahnsinn führen. Die tieferen Denker des Antisemitismus, wie **Dühring** und **Weininger** führen uns tatsächlich in die fruchtlose Sandwüste der gänzlichen Negation und des völligen Skeptizismus. Nur unsere Antisemiten verehren heute noch in Weininger den großen Forscher. Die ernste Kritik hat längst in diesem genialen Geist das pathologische Element entdeckt. Dühring wird bei all seinem gewaltigen Wissen von den Philosophen als Verirrter und Irreleitender betrachtet. **Chamberlain** ist ein geistreicher Mann, aber er meidet kluger Weise die Konsequenz, weil er ahnt, wohin sie führt. **Max Bewer** ist als Lyriker wohl nicht ohne Bedeutung, als Denker aber ist er der Vertreter der **Philosophie des Wahnsinns.** Die Gesetze der Vernunft sind wie die der Natur ehern und unerbittlich, wer sich gegen sie versündigt, der zerstört den Boden, auf dem er steht.

Auch die Verwirrung hat, wie jede krankhafte Erscheinung, ihre charakteristischen Kennzeichen. **Falsches Folgern, Verwechslung von Ursache und Wirkung und sprunghaftes Kombinieren** sind ihre wichtigsten Züge.

Die gesunde Folgerung ist die wichtigste Voraussetzung für die Erlangung einer jeden tiefen Erkenntnis. Diese Eigenschaft aber ist im Antisemitismus sehr selten zu treffen. Wenn man in der ganzen Natur nur ein drohendes Fragezeichen sieht, **die Judenfrage,** und alles Unglück, das auf Erden passiert, mit den Juden in Zusammenhang bringt; wenn man die ganze Tragödie des menschlichen Geschlechtes mystisch vom Judentum ableitet, — so ist das sicherlich nicht die Bahn des gesunden Denkens. Wir haben es schon erlebt, daß man sogar für Volksrevolutionen und Epidemien die Juden verantwortlich machte und wir werden es wahrscheinlich auch noch erleben, daß man für die Stürme des Meeres und die Eruptionen der Erde die Juden zur Rechenschaft zieht. Das ist die Frucht der falschen Folgerung, der Mangel an richtigem Denken, denn Denken heißt eben: Gleiches vom Gleichen ableiten.

Und auch die Verwechslung von Ursache und Wirkung ist eine fast alltägliche Erscheinung auf antisemitischem Gebiete. Untersucht man die Vorwürfe, die die Antisemiten den Juden machen, so findet man, daß sie, soweit sie überhaupt einen realen Boden haben, **die Frucht des antisemitischen Treibens sind.** Die meisten Vorwürfe sind allerdings ganz erdichtet und bewegen sich auf der lustigen Höhe der Phantasie. Gewisse unerfreuliche Erscheinungen aber, die man in der Judenheit hie und da findet, sind meistens entweder durch die volksvergiftende Hetze hervorgerufen oder wenigstens wesentlich durch sie gestärkt worden. Es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, **wie sehr die Entwickelung vom Ghettotum zum freien Bürgertum durch die antisemitische Wühlerei ge-**

hemmt worden ist. Wenn man sich jeden Tag in seinen besten Absichten verkannt sieht, dann muß die Freude am öffentlichen Wirken verkümmert werden. Wenn man jeden Tag sein Deutschtum angezweifelt und verhöhnt sieht, dann gehört schon ein großer Mut dazu, sich dennoch für alles Gute und Schöne im Vaterlande zu begeistern. Wenn gewisse Rudimente des Ghettos in einzelnen Teilen der jüdischen Bevölkerung noch nicht ganz geschwunden sind, so ist die gesellschaftliche Exklusivität, der passive Antisemitismus, der den Juden immer wieder in seine eigenen Kreise zurückdrängt, am meisten Schuld daran. Wenn man jemand verwundet und sich hinterher darüber beklagt, daß der Anblick dieser Wunde so häßlich sei, so ist das ein bitterer Hohn und kein gerechter Vorwurf.

Noch charakteristischer für den Antisemitismus ist der Mangel an gesunder Kombination und die Verkennung aller Normen des Denkens. Wenn man die Juden bald als Rasse, bald als Religion betrachtet, bald ihre Fehler im Blute begründet, und sie bald auf den Talmud zurückführt, so ist das eine Logik, von der ein Aristoteles sich nicht hätte träumen lassen. Täglich kann man es beobachten, daß unsere Rassentheoretiker mit aller Gewalt für ein Schächtgebot eintreten und sich darüber aufregen, daß in Bayern jüdische junge Leute, die den Sabbath streng halten, in jüdischen Geschäften hinter geschlossenen Türen am Sonntag einige Stunden arbeiten dürfen. Bald spricht man von „geheimer Gesetzgebung", bald von Rasseneigentümlichkeiten; in einem Zuge versichert man, daß man sich um die Religion garnicht bekümmere, und gerät in Wut, wenn die Juden ihre religiösen Zeremonien beobachten und höhnt cynisch über jüdische Sitten und Bräuche. Man erhebt das Germanentum zum höchsten Ideal und möchte die alte nordische Götterwelt zu neuem Leben wecken und, — spricht dabei vom christlichen Staate. Das ist die eigenartige Kombinationsgabe unserer Antisemiten.

Und alle diese Erscheinungen vereinigen sich zu einem seltenen Gemisch und zeigen uns die antisemitische Verwirrung in ihrer ganzen Blüte. Es fehlt eben die gesunde Bahn des gründlichen, konsequenten Denkens. Und diese Verwirrung wirkt ansteckend wie eine Epidemie und wer mit dem Antisemitismus in Berührung kommt, der wird von ihr infiziert. Es ist keine seltene Erscheinung, daß Leute, die sonst gerecht und vernünftig denken, sobald sie den antisemitischen Irrgarten betreten, jede Konsequenz, jede Logik und jede Gerechtigkeit vermissen lassen. Es geht ihnen wie vielen Leuten mit der Religion, hier hört das Denken auf und das Credo quia absurdum est wird zur Regel.

Wir sprechen nicht von der „Staatsbürgerzeitung" und der „Hochwacht" oder ähnlichen Blättchen, welche den geistigen Kehricht unserer Zeit bilden. Sie stehen auf solchem Niveau, daß man von ihnen nichts anderes erwarten kann. Aber auch die „Kreuzzeitung", das Organ der Edelsten der Nation, gewisse Pastorenblätter und konservative tonangebende Zeitungen lassen in der Behandlung jüdischer Fragen jede Konsequenz und jede Klarheit vermissen. Wenn der Verband der Deutschen Juden vor der ganzen Welt verkündet, daß jeder gute Jude in Deutschland ein guter Deutscher ist, so wird darüber gespöttelt, wenn aber ein unausgereifter junger Schwärmer künstliche Gegensätze zwischen Judentum und Deutschtum konstruiert, so wird das als die höchste Weisheit gepriesen. Wenn sämtliche Rabbiner Deutschlands feierlich im Namen der jüdischen Religion erklärten, daß die jüdische Sittlichkeit keine andere als die des Christentums ist, so wird das mit Mißtrauen entgegengenommen, wenn aber in Afrika oder Amerika irgend ein Jude sich gegen das Gesetz vergeht, dann wird dafür die „jüdische Moral" zur Rechenschaft gezogen.

Herr Theodor Fritsch hat sich eine besondere „Hammergemeinde" großgezogen, deren Priester er ist, und in dieser Gemeinde befinden sich viele ehrenwerte Beamte, Offiziere und Bürger, die sonst gewiß die Gerechtigkeit zur Norm ihrer Handlungen machen. In dem Tempel dieser Gemeinde aber ist der Widerspruch das Dogma und die Lüge der Kultus. In jeder Nummer dieser Zeitschrift kann man es studieren, wie viel Unklarheit in den Köpfen dieser Männer herrscht und wie oft sie hier gegen die elementarsten Begriffe der Gerechtigkeit sündigen. Da klagt Einer, daß man die ausländischen Juden nicht schnell genug aus dem Lande weist und hier und da einen ausländischen Juden gar naturalisiert. Nun ist das Gastrecht eines der vornehmsten Rechte der Naturvölker, und daß man dieses Recht gerade denen versagen soll, die wegen ihrer religiösen Ueberzeugung verfolgt sind, ist gewiß weder mit der Humanität, noch mit den Begriffen der deutschen Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Es wird in Deutschland nicht zu wenig, sondern zu viel grundlos ausgewiesen. Naturalisationen ausländischer Juden gehören heute zu den seltensten Erscheinungen in Deutschland und es wird dabei, selbst in Süddeutschland, mit der größten Vorsicht vorgegangen. Wenn also jemand ausnahmsweise naturalisiert wird, so ist seine soziale Stellung gewiß gesichert und sein Leben sittlich und politisch einwandsfrei. Die 3—4 Juden, die jährlich naturalisiert werden, gefährden gewiß nicht den Bestand Deutschlands. Aber hier hört eben jede ruhige Ueberlegung auf und das Unbedeutendste wird leidenschaftlich zu einer Staatsaktion aufgebauscht.

Ein anderer Herr beklagt sich über die Namensänderung mancher Juden und stellt die Sache so dar, als wenn sie damit ihre Herkunft verschleiern wollten. Das ist falsch. Die Aenderung der jüdischen Namen geschieht lediglich als Flucht vor der antisemitischen Hetze. Ohne Antisemitismus würde sie kaum vorkommen. Dem englischen Juden fällt es nie ein, seinen biblisch klingenden Namen abzuändern, weil der englische Christ viel zu vornehm ist, über einen Namen zu spotten und jemand dafür verantwortlich zu machen, daß er den ererbten Namen führt. In England schaut die Regierung wie die Gesellschaft nicht auf den Namen, sondern auf den Charakter des Trägers. Bei uns aber ist es tatsächlich ein Martyrium, mit einem Namen wie Cohn, Hirsch, Abraham oder Schmuhl zu leben und vollends für die Kinder in der Schule bilden diese Namen ewige Qualen und Schmerzen. Bei uns lacht man ja schon in manchen Cafés, wenn man nur den Namen Cohn oder Levy nennt, und die Jungen in der Schule glauben, ihre germanische Tapferkeit zu begründen, wenn sie dem kleinen Schmuhl das Leben möglichst sauer machen. So weit hat es die antisemitische Kultur in Deutschland schon gebracht. Gewiß ist es an sich eine Charakterschwäche, seinen ererbten ehrlichen Namen abzulegen, aber diejenigen, die diese Erscheinung verschuldet haben, haben am wenigsten das Recht, sich darüber zu beklagen. Die Juden haben ursprünglich schöne deutsche Namen gewählt, heute aber meiden manche Christen diese Namen, als wären sie orientalische Produkte. Die Namen mit den Endungen -thal, -berg und -heim oder in Süddeutschland -thaler, -berger, -heimer, ebenso die Namen, die von Städten her resultieren, sind echt deutsch und man findet sie sogar beim alten Adel stark vertreten, heute aber werden sie als „jüdisch" verlacht. Mit den Vornamen ist es noch schlimmer. Früher nannte sich der Jude, wie der Eng-

länder noch heute, Isaak und Abraham; als später darüber gehöhnt wurde, modernisierte man sie durch Isidor und Adolf, heute aber gelten bereits auch diese Namen als spezifisch jüdisch. Dabei sollte jeder Kundige doch wissen, daß Isidor ein griechischer und Adolf ein deutscher Name ist. Der Name Moritz wird heute in antisemitischen Kreisen nur noch spöttisch genannt, man scheint gar nicht mehr zu wissen, daß Moritz ein alter deutscher Name ist. Die Folge davon ist, daß die Juden für ihre Kinder heute die feudalsten und romantischsten Namen aussuchen, was natürlich oft grotesk wirkt. Ja die Juden sind eben auch ein Produkt der Entwickelung und sie sind vom Antisemitismus nicht unbeeinflußt geblieben. Aber unsere Antisemiten haben wahrlich keinen Grund, sich hier ihrer Erfolge zu rühmen, denn alles, was vom Antisemitismus berührt ist, zeigt einen kranken und verkrüppelten Charakter.

Manchmal ist es interessant, wenn diese Herren unbeabsichtigt ihre eigenen Theorien verspotten und sich selber zum Narren halten. Betrübt schildert ein Mitarbeiter des „Hammer“, der selbst ein „von“ ist, die Verjudung des Adels. Er schreibt:

„So verwandeln sich Schlesinger in van Ukro nach einem frisch gekauften Besitz, um dann im Heer und der Verwaltung als „deutsche“ Edelleute zu prangen. Aus Moses wird v. Maßner —, ein General d. K. Auch die v. Läsch und v. Oppenfeld, v. Mischke-Kollande, Grafen v. Schwanenfeld und v. Renard, alles schlesische Juden, haben ihren angeborenen Namen abgelegt und gelten als Blüte des deutschen Volkes.“

Nun, wenn diese Herren dann die Vornehmheit der Gesellschaft repräsentieren und sich mit dem alten Adel so harmonisch verschwägern, so muß ihre Rasse nicht gar so schlecht sein. Ja, auch mit dem Dogma der militärischen Untauglichkeit der Juden scheint es schlecht bestellt zu sein, wenn ein Jude nach der Taufe General der Kavallerie werden kann. Vielleicht treten unsere Antisemiten doch noch dafür ein, daß auch ungetaufte Juden Offiziere werden, um endlich zu vergleichen und zu konstatieren, ob die Untüchtigkeit in der Religion oder in der Rasse liegt.

Ohne Unsinn geht es natürlich bei unseren Antisemiten nie ab. Der gute Herr blamiert sich, wenn er schreibt:

„Der Hamburger Jude Levy nimmt den holländischen Namen seiner ebenfalls jüdischen Mutter van Halle an und ändert das van in von. Er wird Professor der größten Hochschule und Berater eines Reichsamtes. Seine wissenschaftlichen Ansichten schmiegen sich stets der Regierung an, ohne daß er zur Bretano-Schule gehört.“

Das Wörtchen „von“ vor dem Familiennamen findet man bei den rheinischen Juden schon im 18. Jahrhundert. Dieses „von“ ist kein Zeichen des Adels, ganz genau wie im Holländischen das „van“ auch kein Adelsprädikat ist, es bedeutet nur so viel wie *aus*. Der Süddeutsche setzt ja noch heute häufig „von“ statt „aus“.

Ja, die Judenheit hat gewiß auch ihre komischen Erscheinungen und es fällt uns nicht ein, sie verschleiern zu wollen, aber all' diese Namensänderungen, all' diese Taufen ohne Ueberzeugung wären nicht möglich, wenn Regierung und Gesellschaft in Deutschland das Prinzip der Gleichberechtigung hoch hielten und den alten mittelalterlichen Zopf radikal abschnitten. *Das beste Mittel, um Schwächen zu bekämpfen, ist die kulturelle Erziehung, die Verwirklichung der Grundforderungen der Vernunft und der Gerechtigkeit.* Nicht eine Scheidewand zwischen Juden und Christen zu errichten, sondern sie einander äußerlich und innerlich näher zu führen, — dahin muß eine kluge gerechte Staatspolitik zielen. Die äußere Einheit Deutschlands hat die innere zur Voraussetzung. So lange nicht die deutschen Bürger gelernt haben, alles Trennende in den Hintergrund zu drängen, um gemeinsam ihre Kräfte in den Dienst des Volkes zu stellen, so lange ist das Ideal der deutschen Einheit noch nicht erreicht. Einigen kann nur die Liebe, der Haß bildet ein trennendes Element. Daher sind alle Bestrebungen, welche auf Klassen- und Religionshaß basieren, das größte Hindernis für den innern Fortschritt, für die Entwicklung eines äußerlich und innerlich starken modernen Deutschlands. Die Verwirrung muß weichen, um der klaren Erkenntnis Platz zu machen, der kleinliche Haß muß schwinden, um Raum für das einheitliche bürgerliche Bewußtsein zu schaffen.

Entartung.

Wir gehören gewiß nicht zu den frömmelnden Moralisten, die in jeder zutage tretenden abnormen Erscheinung ein Symptom unserer Zeit erblicken und über die Verkommenheit unseres Zeitalters klagen. Wer die Kulturgeschichte kennt, der weiß, daß die Entartung zu allen Zeiten existiert hat und daß wir auch auf dem Gebiete der sexuellen Ethik heute viel höher stehen als das Mittelalter. Wir wissen auch, daß diese perversen Erscheinungen, wie die moderne Psychopathie zur Evidenz bewiesen hat, Krankheiten sind, die weder durch Gesetze noch durch Moralpredigten beseitigt werden können. Wir bedauern es mit jedem Freunde des Vaterlandes, daß die traurigen Dinge, die sich im *Prozeß Moltke-Harden* so kraß gezeigt haben, das deutsche Heer in den Augen des Auslandes herabsetzen und wir wünschen und hoffen, daß hier bald Remedur geschaffen wird. Eins aber müssen wir bemerken, — nicht aus Schadenfreude, sondern zur Charakteristik der wahren Verhältnisse. Unsere Antisemiten und auch unsere vornehm sein wollenden Konservativen pflegen jede sexuelle Entartung zu einer spezifisch jüdischen Erscheinung zu stempeln und Degeneration und Judenheit als identische Begriffe zu betrachten. Ja, als Hauptgrund für die Fernhaltung jüdischer Elemente von der christlichen Gesellschaft, von den Staatsämtern und namentlich vom Offizierstand wird immer wieder die „sittliche Minderwertigkeit“ des jüdischen Stammes angeführt. In diesem traurigen Prozeß aber hat es sich gezeigt, daß leider auch unter den höhern Offizieren und unter den Vertretern des höchsten Adels, wo gewiß kein Tropfen jüdischen Blutes fließt, abscheuliche Perversitäten stark vertreten sind. In den Leibregimentern, wo ein Jude nicht einmal als Einjährig-Freiwilliger angenommen wird, kann gewiß von „jüdischer Verseuchung“ nicht die Rede sein und es scheint, daß auch der „reinste Germanismus“ vor Unsittlichkeit nicht gefeit ist. Kein vernünftiger und gerechter Mensch wird es darum wagen, zu generalisieren und den ganzen Offizierstand oder den ganzen Adel als pervers zu bezeichnen. Jeder weiß, daß auch hier die Krankheit die Ausnahme und nicht die Regel ist. Man sollte aber endlich in der konservativ-agrarisch-antisemitischen Presse aufhören, das Judentum als den einzigen Quell aller sozialen und sittlichen Gebrechen auszugeben. Krankheiten und Verbrechen haben weder mit der Rasse, noch mit der Religion etwas zu schaffen, und ihre Bekämpfung dürfte am besten gelingen, wenn man hier jeden Aberglauben und jede Engherzigkeit ausschaltet.

Die neueste Kriminalstatistik.

Soeben ist der 176. Band der „Statistik des Deutschen Reichs“, welcher die Kriminalstatistik für das Jahr 1905 enthält, veröffentlicht worden. Danach stellt sich die *Kriminalität der Juden* folgendermaßen dar:

Es wurden im Jahre 1905 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 511 519 Christen und 5109 Juden verurteilt. Unter den Verurteilten befanden sich bei den Christen 285 195, d. i. 44 pCt., bei den Juden 3407, d. i. nur 33 pCt. Vorbestrafte.

Die absolute Kriminalitätsziffer der Christen hat gegenüber dem Vorjahre um 3561, die der Juden um 56 zugenommen, ohne daß hierbei die Zunahme der Bevölkerung berücksichtigt ist. Die Steigerung bei den Juden hat ihren Grund vornehmlich in einer Zunahme der Vergehen gegen die Gewerbeordnung, welche sich aus der Berufsgliederung der Juden ohne weiteres erklären. Die Vermehrung dieser Delikte beträgt 177, sodaß, wenn man die Gewerbevergehen ausscheidet, im Jahre 1905 sogar 121 Verurteilungen weniger als im Jahre 1904 stattfanden.

Eine — allerdings auch nicht erhebliche — Vermehrung der Bestrafungen findet sich eigentlich nur beim Hausfriedensbruch, bei der Urkundenfälschung und beim Zweikampf, welch letzterer im Vorjahre gänzlich „judenrein" war und im Jahre 1905 mit 5 Fällen vertreten ist. Bei einigen anderen Delikten ist die Zunahme so gering, daß sie bei einer statistischen Betrachtung nicht in Frage kommen kann.

Demgegenüber ist insbesondere eine stärkere Abnahme bei denjenigen Verbrechen und Vergehen festzustellen, welche den Juden am meisten vorgeworfen werden, beim Meineid, beim betrügerischen Bankerott, beim Arrestbruch, bei der Unterschlagung und bei der Beleidigung. So sind wegen Meineids nur 2 (im Jahre 1904 noch 9) und wegen Arrestbruchs 8 (im Vorjahre 15) Bestrafungen von Juden vorgekommen. Ganz besonders ist hervorzuheben, daß im Jahre 1905 nicht ein einziger Jude wegen betrügerischen Bankerotts verurteilt worden ist. Die Unterschlagungen haben um 38, die Betrugsfälle um 18 und die Beleidigungen um 79 abgenommen.

Eine weniger erhebliche Verringerung der Bestrafungen hat ferner bei folgenden Delikten stattgefunden: Gewalt und Drohung gegen Beamte, Unzucht mit Gewalt, von Kindern usw., Kuppelei, schwerer Diebstahl, Erpressung, Hehlerei, Verbrechen und Vergehen im Amte, leichte Körperverletzung.

Sehr niedrig sind auch die Kriminalitätsziffern für Münzverbrechen (2), Brandstiftung (2), Wucher (7) und Totschlag (1); wegen Mordes ist kein Jude verurteilt.

Für die großen Deliktsgruppen ergibt sich im Vergleich mit dem Vorjahre folgende Zusammenstellung:

Es wurden verurteilt	im Jahre	Verbrechens u. Vergehens gegen Staat, öffentliche Ordnung usw.	Verbrechens u. Vergehens gegen die Person	Verbrechens u. Vergehens gegen das Vermögen	Verbrechens u. Vergehens im Amte	Verbrechens u. Vergehens gegen Reichsgesetze überhaupt
Christen	1904	87 630	218 300	200 768	1260	507 958
	1905	89 527	217 328	203 517	1147	511 519
Juden	1904	1 601	1 580	1 857	15	5 053
	1905	1 780	1 491	1 725	13	5 109

Aus dem antisemitischen Lager.

Aus Hannover wird uns geschrieben:

Im 1. Wahlkreise Emden-Norden-Leer artet der Kampf um das übrigens noch gar nicht erledigte Mandat zu einem förmlichen Bruderkrieg zwischen Antisemiten und Konservativen aus. Der Abg. Raab eröffnete den Kampf mit einer Agitationstour im September und Abg. Lattmann setzt seine Arbeit fort, der sich das Rheiderland, die fruchtbare Marschniederung an der Ems, wo eine ziemlich starke deutschsoziale Lokalorganisation besteht, als spezielles Arbeitsfeld ausgesucht hat, wahrscheinlich weil er von seiner früheren Tätigkeit als Amtsrichter in Freiburg her mit den Verhältnissen der hannoverschen Marschen eine ziemliche Vertrautheit besitzt. Er behandelt überwiegend das Thema: „Kolonialpolitik und Heimatpolitik." Die Konservativen haben, um ihren bedrohten Besitzstand zu wahren, den Abg. Malkewitz entsandt, der in Norden über die konservative Partei und die Blockpolitik sprach und es dabei mit den Zentrumsleuten verschüttet hat. Lattmann scheint allerdings sehr siegesgewiß und des Mitgehens der Konservativen sicher zu sein, wozu freilich die energische Abwinkung durch die „Kreuzztg." schlecht stimmt.

Für die Liberalen kann es günstigere Umstände gar nicht geben. Schon bei der letzten Wahl handelte es sich um ein geringes Plus des konservativen Kandidaten, und ein Fürst Knyphausen wird Garrels nicht wieder gegenüberstehen, da die Konservativen jedenfalls nachgeben und der Kandidatur eines Mitgliedes der wirtschaftlichen Vereinigung bezw. des Bundes der Landwirte zustimmen werden. Für Knyphausen haben auch viele Nationalliberale gestimmt, da diese Partei gar keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Es ist aber als sicher anzunehmen, daß sie sich bei der nächsten Wahl ihrer liberalen Grundanschauung mehr bewußt und mit den Freisinnigen gemeinsame Sache machen werden. Die Vorgänge in Hannover haben das Tischtuch zwischen Agrariern, Deutschsozialen und Mittelstandsleuten einerseits und Nationalliberalen andererseits zerschnitten, wofür noch eine kürzlich im Himmelpforten abgehaltene Versammlung eine Illustration bietet. Dr. Hahn proklamierte für die nächste Landtagswahl die Kandidatur des Stader Landrats Dr. Dumrath. Der aber erklärte, er denke gar nicht daran, den bewährten bisherigen (nationalliberalen) Abgeordneten Holtermann zu verdrängen und sei selbst überzeugter Anhänger der nationalliberalen Partei, wie er denn auch entschieden für liberale Forderungen wie z. B. die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht usw. eintrete.

Nach alledem ergibt sich als Signatur für die bevorstehenden Wahlen in Hannover: Gründliche Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und den rechtsstehenden Gruppen unter Führung des Bundes der Landwirte, und dabei wird aller Voraussicht nach dem Liberalismus, der hoffentlich einig in den Kampf geht und sich in seinen verschiedenen Schattierungen nicht gegenseitig befehdet, der Sieg auf der ganzen Linie zufallen.

Den von dem nationalliberalen Abg. Held vertretenen Wahlkreis Verden-Hoya, dessen Reichstagsmandat wohl bald frei werden dürfte, möchten gewisse agrarisch-antisemitische Kreise den Nationalliberalen gar zu gern abnehmen, wenn es nicht anders sein kann mit welfischer Hilfe. Die „Deutschsozialen Blätter", das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg, haben nämlich ausgerechnet, daß der Bund der Landwirte, der das letzte Mal die Nationalliberalen schon im ersten Wahlgange unterstützte, im Bunde mit den Welfen die stärkste Stimmenzahl aufbringen würde, und schließen daran folgende spekulative Betrachtung:

„Es ist ein Jammer, daß der Eigensinn der welfischen Bauern auch in diesem ländlichen Kreise stets dem wirtschaftlichen Gegner den Braten bereitet. Bei einem Zusammengehen der konservativ gesinnten Elemente könnte der liberale Feind zur Strecke gebracht werden."

Man beachte die feine Unterscheidung zwischen konservativ und liberal. Die Welfen, die sonst gerade die antisemitische Presse immer zu den Reichsfeinden rechnet, werden

hier mit einem Male zu gut konservativen Elementen, die freundlichst eingeladen werden, als Sturmbock gegen die Liberalen mitzuwirken. Wär der Gedank' nicht so verwünscht gescheidt, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.

Die konservative Presse und der Verbandstag der Deutschen Juden. Der Verbandstag in Frankfurt scheint in allen reaktionären Kreisen ein Gefühl des Unbehagens auszulösen. Und da müssen wir wieder die alte Erfahrung machen: Die „reinen“ antisemitischen Organe schimpfen wie die Marktweiber und die Reaktion in Glacéhandschuhen stichelt vornehm und witzelt. Die Sprache der „Deutschsozialen Blätter“ wiederzugeben, ist überflüssig, es ist die sattsam bekannte Sprache des politischen Pöbels. Die „Deutsche Tagesztg.“ ist ungehalten darüber, daß ein Vertreter der Wiesbadener Regierung die Versammlung begrüßt hat und sie korrigiert liebevoll seine Ansprache. Sie kritisiert dann die Resolution des Verbandstages in folgender Ausführung:

„Damit, daß durch Gewährung staatlicher Vorteile keine Belohnung des Glaubenswechsels erfolge, sind wir willkommen einverstanden. Auch gegen die entsprechende Berücksichtigung der jüdischen Religionsgemeinschaft auf dem Gebiete der Schule haben wir nichts einzuwenden; im Gegenteil, wir wünschen, daß die Errichtung jüdischer Sonderschulen mit staatlicher Beihilfe überall, wo es möglich ist, gefördert werde.

Was die Ausweisung ausländischer Juden anbelangt, so hatten wir diese aus selbstverständlichen nationalen Rücksichten für geboten. In der Angelegenheit der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung möchten wir die Frage wiederholen: Wo steht es in der Verfassung geschrieben, daß Juden in öffentliche Aemter berufen und Offiziere werden müssen? Die Regierung handelt nur pflichtgemäß, wenn sie bei allen Ernennungen und Berufungen die Tatsache berücksichtigt, daß die weit überwiegende Mehrheit des Volkes deutsch und christlich ist. In einem solchen Staate können gewisse Aemter gebeihlich nur von Männern verwaltet werden, die dem deutschen Volkstume und einem christlichen Bekenntnisse angehören.“

Wir meinen, unsere Konservativen könnten am besten dadurch verhindern, daß auf die Taufe eine staatliche Belohnung gesetzt wird, daß sie mitwirken, daß sittlich und geistig qualifizierten Männern auch ohne die Taufe Aemter verliehen werden. Für die großmütige Gabe der jüdischen Kinderschule werden die jüdischen Bürger sich ebenso wie alle liberal gesinnten Männer bestens bedanken. Wir brauchen deutsche und keine konfessionelle Schulen und die Aufgabe des Staates ist es, gute Bürger und gebildete Menschen, aber nicht Christen oder Juden zu erziehen. Daß die nationalen Rücksichten gebieten, harmlose Ausländer auszuweisen, weil sie sich zum Judentum bekennen, das vermag nur ein antisemitisches Gehirn zu begreifen. Am lächerlichsten aber ist die sophistische Verdrehung des Grundprinzips der Verfassung. Was würde die „Deutsche Tageszeitung“ sagen, wenn die bayerische Regierung grundsätzlich jeden Protestanten vom Staatsamte ausschließen würde mit der Begründung: wo steht es in der Verfassung geschrieben, daß Protestanten in öffentliche Aemter berufen und Offiziere werden müssen? Wäre das auch im Sinne der Verfassung und des deutschen Volkes? Ueber die Begriffe deutsch und christlich werden wir uns wohl kaum mit diesem Blatte verständigen können. Wenn unsere Konservativen unter deutsch mittelalterlich und unter christlich Unduldsamkeit verstehen, so steht diese Interpretation sicherlich nicht im Einklange mit dem modernen Zeitgeist.

In ähnlicher Art polemisiert die „Kreuzzeitung“ gegen die Wünsche des Verbandstages und es ist geradezu köstlich, wenn dieses Blatt naiv tut, als wenn die Grundsätze der bürgerlichen Gleichberechtigung in Preußen gegenüber den Juden nie verletzt worden wären. Wäre das wirklich der Fall, dann hätte allerdings der Verband der deutschen Juden keine Existenzberechtigung. Leider aber sind wir noch sehr weit von diesem Ideale und es wird wohl noch lange gekämpft werden müssen, bis der Geist der Verfassung zur Norm der Behörden und zur Richtschnur aller Klassen der Bevölkerung wird.

Auf die Rohheit mancher Elemente unter den deutschnationalen Handlungsgehilfen werfen ein bezeichnendes Schlaglicht zwei in der „Erfurter Tribüne“ veröffentlichte Schreiben des dortigen deutschnationalen Beamten Schambach an einen Hamburger Beamten des Verbandes; in dem einen Schreiben wird über eine Erfurter Versammlung des Vereins der deutschen Kaufleute und über den Referenten Grünwald in folgender Weise berichtet:

„G. macht den Eindruck eines Schwindsuchtskandidaten....“

„.... Nach langen Auseinandersetzungen bekam ich endlich auf 15 Minuten das Wort. Ich ging aber anständig zu Werke, weil eine ganze Reihe kleiner Söhne für unsere D.-H.-V.-Liste stimmen werden.“

„.. Das Schlußwort benutzte nun Grünthal, um uns (die Deutschnationalen) in einer ganz hinterlistigen und impertinenten Weise anzuöden. Jedes gehässige Mittel war ihm recht....“

„Neu war mir Grünthals eigenes Geständnis, daß er Jude ist. Neu, daß er Kollegen Thamas (einen anderen deutschnationalen Beamten. D. R.) als bewußten Lügner bezeichnet habe, von ihm aber nach nicht verklagt worden ist, obwohl er (G.) sich bereit erklärt habe, für etwaige Kosten im Voraus 100 Mk. für 4 Wochen bei einer Bank zu hinterlegen. Neu, daß die Familienanzeige in der Handelswacht (Deutschnationales Organ. D. R.) im Februar von unserm Mitglied Isidor Sahds, Samatschin, eine jüdische Anzeige sei.“

„Grünthal ist ein ungebildeter, unsympathischer Mann ... dazu sieht er aus wie eine Leiche.“

Heil uns!

In einem andern Schreiben heißt es:

Grünthal (der Referent) ist aber eine lungenschwindsüchtige Nummer. Uebrigens ist der Kerl seiner eigenen Angabe nach ein Jude.

Von deutschem und christlichem Empfinden ist in diesem Schreiben auch nicht eine Spur!

München, 27. Oktober. Der christlichsoziale Volksverein München hatte in der Tagespresse für Freitag abend seine diesjährige ordentliche Generalversammlung mit „wichtiger Tagesordnung“ angekündigt. Zu der festgesetzten Zeit waren, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, 4 bis 5 Mitglieder, die später noch auf 8 stiegen, erschienen und außerdem zwei Vertreter der Presse. Diese schienen übrigens bei den Generalversammelten eine etwas unbehagliche Stimmung hervorzurufen. Nachdem bis nach 9 Uhr noch nichts zu vernehmen war und die Einsamkeit nur ab und zu durch Erzählung eines Witzes unterbrochen wurde, fragte der eine Preßvertreter an, ob am Ende die Versammlung eine geschlossene sei, was mit einem Seufzer der Erleichterung zugestanden wurde. — Gleichzeitig wurde erklärt, daß die Tagung für die Oeffentlichkeit absolut kein Interesse habe, da nur Vereinsangelegenheiten und das — „Zukunftsprogramm“ zur Sprache kämen.

Darauf wurde das Zukunftsprogramm der sieben Christlichsozialen Münchens entworfen. Man ist sehr gespannt darauf, es genauer kennen zu lernen.

Vermischtes.

Juden als Offiziere. Unsere Antisemiten sehen wieder einmal das Vaterland in Gefahr, denn sie fürchten, es könnten einige Juden in Deutschland Reserveoffiziere werden. Der „Hammer“ läßt sich „von einem alten Militär“ schreiben: „Daß die semitische Rasse für Kriegsdienste untauglich ist, weiß ich aus eigener Erfahrung; ich hatte

Juden in meiner Schwadron". Man wird es uns, nach allen Erfahrungen, die wir mit der Wahrheitsliebe des Herausgebers dieser Zeitschrift gemacht haben, nicht verargen, wenn wies nicht ganz sicher sind, ob dieser „alte Militär" nicht sein Lebenlang mehr mit der Redaktionsschere als mit dem Degen kommandiert hat. Aber selbst, wenn es ein wirklicher Offizier wäre, so fällt diese Meinung nicht schwer ins Gewicht gegenüber den hervorragendsten Generälen, die ihren Soldaten ein gutes Zeugnis ausgestellt haben. Eine ganz eigenartige Logik hat dieser Herr jedenfalls, denn er schreibt:

„Wenn man sich darauf beruft, daß Italien, Oesterreich und Frankreich seit langem Hebräer im Offizier-Korps haben, so möge man aber auch die bekannte Korruption im Heerwesen dieser Staaten nicht außer Acht lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß mit dem Eintritt der Juden in den Offizierstand der Geist dieses Standes eine verhängnisvolle Abwandelung erleiden und die tüchtige, aber weniger bemittelte deutsche Landjunker zur Rolle des Aschenbrödels gegenüber den Söhnen reicher jüdischer Bankiers verurteilt werden würde".

Dieser „alte Militär" wird wohl wissen, daß im russischen Heere keine jüdischen Offiziere vorhanden sind. Wir möchten nun wissen, woher die Korruption in der russischen Armee kommt? Die Türkei nimmt bekanntlich nicht einmal jüdische Soldaten. Wir möchten diesen Herrn fragen, woher denn eigentlich die beispiellose Korruption des osmanischen Heeres kommt. Und wie gering muß dieser Offizier von seinen Kameraden denken, wenn er befürchten kann, daß ein Dutzend jüdischer Offiziere diesen ganzen Stand korrumpieren könnte. Da haben wir wahrlich zu unsern Offizieren mehr Zutrauen.

Unser „alter Militär" behauptet, daß das Bestreben der Juden, Offiziere zu werden, nicht dem herrischen Temperament, sondern der Eitelkeit entspringt. Das mag bei manchen wohl der Fall sein. Aber ist es nicht mitunter auch bei den christlichen Offizieren der Fall und füllen sie nicht trotzdem ihre Posten aus? In jedem Berufe finden sich Elemente, die andere Motive als innere Neigung dazu geführt haben. Der Offizierstand macht darin keine Ausnahme. Die Offiziere sind keine Halbgötter und die Phrase vom „vornehmsten Stand," die eine Beleidigung unserer Gelehrten und Künstler bedeuten, wird heute nur noch von den Backfischen ernst genommen. Wir wissen nicht, ob Aussicht vorhanden ist, daß schon in nächster Zeit mit den alten Vorurteilen gebrochen wird. Zu wünschen aber wäre es, im Interesse des Vaterlandes und seiner Verteidigung, daß unser Offizierstand durch den Zuzug bürgerlicher Elemente eine Auffrischung und Neubelebung erlangt. Und zu wünschen wäre auch ferner im Interesse Deutschlands und im Sinne seiner Verfassung, daß qualifizierte junge Leute nicht wegen ihrer Konfession zurückgewiesen werden.

Ein jüdischer Marineoffizier. Am 9. Oktober starb in St. Louis im 51. Lebensjahre der Kommandant S i m o n C o o k, einer der besten Marineoffiziere Amerikas, der sich namentlich im spanisch-amerikanischen Krieg auf den Philippinen auszeichnete. Er galt als einer der tüchtigsten und schneidigsten Offiziere, unter dessen Kommando die militärische Disziplin eine geradezu mustergültige war. Seinen ersten Dienst im Kriege leistete er auf der „Wheeling", später auf der „Princeton". Cook nahm auch teil auf der „Princeton" an der Demonstration der amerikanischen Flotte vor England und Deutschland in Samoa. Vor mehreren Jahren erhielt er das Kommando der „Supply". Der im besten Mannesalter jetzt Dahingeschiedene war Mitglied der Beacon-Loge. Die Beerdigung fand auf dem Mount Sinai-Friedhof unter großen militärischen Ehren statt. An der Beisetzung nahm u. a. auch Oberst Evans teil. Die ergreifende Grabrede hielt Rabbiner Sleitz. Kommandant Cook ist als a k t i v e r höherer Marineoffizier der amerikanischen Flotte gestorben. Auch sein Werden und Wirken straft die antisemitische verleumderische Behauptung Lügen, daß Juden sich nicht zu Offizieren eignen.

Pharisäer. Im Anschluß auf die Notiz in Nr. 41 der „Mitteilungen" werden wir von geschätzter Seite auf Bemerkungen in einer „Sadduceäer und Pharisäer" betitelten Broschüre des Provinzialrabbiners in Hanau, Dr. S a l o m o n B a m b e r g e r aufmerksam gemacht. Es heißt dort:

„ . . . Kurze Zeit nur hatten die Pharisäer ungehindert ihre Ziele verfolgen können; aber in dieser kurzen Zeit haben sie Großes erreicht. Alle schädlichen Folgen der verflossenen Unglückszeit wurden beseitigt, das durch grundlose Kriege verarmte Land nahm in wenigen Jahren einen ungeahnten Aufschwung und errang sich eine geachtete, ja, zum teil gefürchtete Stellung unter den Nachbarländern. Den Segen allgemeinen Aufschwunges und hoher Blüte haben sie geschaffen, und es wäre ihnen sicherlich gelungen, für lange Zeit hinaus die Wohlfahrt des Landes zu erhalten, wenn nicht die unbezähmbare Feindschaft und Herrschsucht der Gegner den ersten günstigen Moment benutzt hätte, um jene wieder zurückzudrängen und sich selbst den früheren Einfluß zurückzuerobern.

Ueberhaupt — das bestätigt auch ein Blick auf diese kurze Zeit des Ueberwiegens pharisäischen Einflusses und ein Vergleich derselben mit den vorausgehenden und den nachfolgenden Perioden der Vorherrschaft der Sadduceäer — waren diese nicht die Wohltäter des Volkes, sondern förderten sie, von Eigennutz und Streben nach Macht geleitet, nur so lange das Wohl ihres Vaterlandes, als sie dabei ihren eigenen Vorteil fanden; unbedenklich aber waren sie bereit, sich den erbittertsten und gefährlichsten Feinden des Vaterlandes anzuschließen und ihnen das eigene Volk und dessen höchste Interessen preiszugeben, wenn ihnen selbst Nutzen daraus erwachsen konnte. Die vielverlästerten Pharisäer andererseits verbanden mit der Treue gegen das heilige Geisteserbe der Väter unwandelbare Treue und Liebe zum Vaterlande, Tüchtigkeit und Lebensweisheit, sie lieferten — so oft die Verhältnisse es gestatteten — den Beweis ihrer vorzüglichen Eignung zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, und die Vorwürfe, die man ihnen und ihrer Wirksamkeit zu machen pflegt, verdanken ihren Ursprung der tendenziösen Darstellung ihrer Gegner, die vor dem Lichte gründlicher Quellenforschung nicht standhalten kann."

Das konfessionelle Abc-Buch. Aus einer Stadt an der Saar teilt der „Frankf. Ztg." ein Leser folgendes kleine Erlebnis mit: Mein fünfjähriger Junge quälte mich seit geraumer Zeit mit der Bitte, ihm ein Abc-Buch zu kaufen, damit er, wenn er zur Schule gehe, „schon etwas könne." Ich entschließe mich also zur Anschaffung eines solchen Buches und betrete den Laden des erstbesten Schulbedarfsgeschäfts „Womit kann ich Ihnen dienen?' „Ein Abc-Buch, bitte!" „Wünschen Sie ein katholisches oder ein evangelisches?" Ich war sprachlos. Der Herr, wie es mir erschien, der Inhaber selbst, wiederholte die Frage. Ich erklärte, daß für meinen Begriff das Abc noch nicht nach Konfessionen gelehrt zu werden brauche. Darauf erfolgte die Belehrung, daß es in gewissen Schulen bestimmte Vorschriften gäbe! Ich erklärte, daß ich Israelit sei, und fragte, welches Abc-Buch nun mein Junge gebrauchen werde. „Das evangelische." Ich verließ kopfschüttelnd den Laden.

Prof. Masaryk, der bekannte tschechische Gelehrte und österreichische Reichsratsabgeordnete, hat anläßlich seines jüngsten Besuchs in Amerika auf Einladung des Verbandes galizischer und Bukowinaer Juden am 30. v. M. in New

York ein Vartrag gehalten, den er mit folgenden Rückblick auf die H i l s n e r = A f f ä r e schloß:

„Ein tiefes Dankbarkeitsgefühl erfaßt mich in diesem Augenblicke für die große Ehre, die Sie mir erwiesen, aber ich lege Gewicht darauf, Ihnen zu erklären, daß ich mich nicht als Märtyrer fühle; ich habe nur das getan, was mir zu tun mein Menschlichkeitsgefühl diktiert hat und was zu tun meine menschliche Pflicht war. Ich will mich nicht besser geben als ich bin und ich bekenne hier offen und freimütig, daß es eine Zeit gegeben hat, da ich selbst daran glaubte, daß die Juden zu ihrem Opferfeste Christenblut brauchen. Zu meiner Entschuldigung bemerke ich, daß ich damals noch ein Kind war. Ich habe damals so sehr an diesen Irrwahn geglaubt, daß ich in der Schule verstohlenen Blickes die Kleider meiner jüdischen Schulkameraden musterte, ob sie nicht blutbefleckt seien.

Ich habe daran geglaubt, weil meine Mutter, die eine strenggläubige, fromme Christin war, mir davon erzählt hat, und sie selbst glaubte auch nur deshalb daran, weil ihr van anderen Christen dieser Irrglaube beigebracht wurde. Als ich älter wurde, da geschah es, daß meine christlichen Kollegen einen jüdischen Schulgenossen verhöhnten und mißhandelten, weil er abseits stand und mit dem Gebetriemen an Arm und Stirne leise betete. Auch ich habe mich an dieser Mißhandlung beteiligt. Der junge Mann kümmerte sich aber nicht um den Hohn und Spott seiner christlichen Studiengenossen, er verrichtete sein Gebet ruhig weiter, bis er damit zu Ende war. An diesem Tage begann ich über Juden und Judentum nachzudenken, den psychologischen Regungen dieses Volkes nachzugehen und von diesem Tage an ist auch allmälig eine Aenderung meiner Gesinnung den Juden gegenüber eingetreten.

Als Leopold Hilsner wegen Mordverdachtes verhaftet und unter Anklage gestellt wurde, interessierte mich die Sache herzlich wenig, ich habe kaum was von der Sache in den Zeitungen gelesen. Einige Monate später jedoch, ich befand mich gerade auf einer Ferienreise, erhielt ich von einem meiner gewesenen Schüler, einem Journalisten, einen Brief, in welchem er mir mitteilte, daß Hilsner im Sinne der Anlage verurteilt worden sei, ein Christenmädchen ermordet zu haben, um dessen Blut den Juden zu rituellen Zwecken für die jüdischen Osterfeiertage zu liefern. Der Journalist bat um meine Meinung.

Ich antwortete meinem Schüler kurz und bündig, was er mir mitteile, sei einfach unmöglich, das Gericht hat in diesem Falle ein ungerechtes Urteil gefällt. Der Journalist veröffentlichte meinen Brief mit meiner Erlaubnis in der „Neuen Freien Presse“. Jetzt fielen die Antisemiten über mich her, überhäuften mich mit Schmähungen, wie ich dazu käme, mich in diese Affäre zu mengen, gegen das Gericht Stellung zu nehmen und dergleichen mehr. Ich ließ mich von alledem nicht beirren.

Mittlerweile begegnete ich einem meiner Freunde, der ebenfalls Universitätsprofessor ist und von jüdischen Eltern stammt. Er erklärte mir im Vertrauen, daß er jetzt die Berechtigung des Ritualmordglaubens gegen die Juden anerkenne, ein Beweis hierfür sei das Urteil gegen Leopold Hilsner. Ich war ungemein überrascht und konnte die Frage nicht unterdrücken, wie ein gebildeter Mensch einen solchen Unsinn glauben könne, besonders wenn er von jüdischen Eltern geboren wurde und er daher wissen müsse, daß er in seinem Elternhause nie Aehnliches gesehen oder erfahren hat. Der Professor erwiderte, daß er wohl tatsächlich im Hause seiner Eltern niemals etwas gehört, was den Gebrauch von Christenblut durch Juden bestätigen würde, er glaube jedoch, es müsse unter den Juden eine geheime Sekte bestehen, die an die Verwendung von Christenblut zu rituellen Zwecken glaubt und deren Mitglieder diese Mordtaten begehen.

Diese Aeußerung hat mich über alle Maßen interessiert und ich entschloß mich nun, in die Oeffentlichkeit zu treten und gegen den verbrecherischen Unsinn der Ritualmordlüge mit aller Energie anzukämpfen. Ich hatte mir die stenographischen Berichte über den Prozeß Hilsner verschafft und alsbald die krassen Widersprüche derselben herausgefunden. Ich mußte nach gründlichem Studium der Akten zu dem Schlusse kommen, daß noch niemals und nirgends die Lügenhaftigkeit des Ritualmordmärchens so klar und deutlich erwiesen wurde, wie gerade im Hilsnerprozeß.

Ich veröffentlichte hierauf eine Broschüre, deren Ausführungen die Regierung zwangen, die Revision des Prozesses anzuordnen. Der zweite Prozeß hat die Ergebnisse des ersten Prozesses völlig über den Haufen geworfen. Ich bin wegen meines Auftretens in dieser Sache stark verfolgt worden. Ich wurde auch angeklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Wahrheit kann nicht ewig unterliegen. Ich erblicke einen Sieg dieser Idee in der Tatsache, daß das Volk, das mich bei meiner ersten Stellungnahme zur Hilsner-Affäre verdammte, mich später in den Reichsrat gewählt hat.“

Von dem bemerkenswerten Urteil eines rumänischen Konsuls über die Juden gibt Herr N a b o n, Direktor der Schule der Alliance israélite universelle in S m y r n a, in nachstehendem, von dem Deutschen Bureau uns zur Verfügung gestellten Schreiben vom 8. d. M. Kenntnis: „Heute habe ich zum ersten Mal den rumänischen Kansul Herrn K e u n besucht. Es geschah zur Regelung einer Paßangelegenheit für einen Zögling aus Or-Jehuda. Bei dieser Gelegenheit tat Herr Keun Aeußerungen über unsere Glaubensgenossen, die bei einem rumänischen Kansul erstaunlich sind, und die ich deshalb wiedergebe (Allerdings ist Herr Keun, wie ich vorausschicken muß, nicht Rumäne von Geburt.) Nachdem die Paßangelegenheit erledigt war, die mich zu ihm geführt hatte, erzählte mir Herr Keun von den sehr herzlichen Beziehungen, die zwischen ihm und meinem verstorbenen Amtsvorgänger Herrn P a r i e n t e bestanden hatten. Er fügte hinzu: „Ich stehe mit den Israeliten von Smyrna seit sehr langer Zeit in Verbindung. Die Umwandlung, die Sie bei ihnen durch Ihre Schulen bewirkt haben, ist eine vollständige. Sie haben aus einer Bevölkerung, die nur zu niedriger und herabwürdigender Beschäftigung geeignet war, eine Bevölkerung gemacht, die auf die angesehensten Stellungen Anspruch erheben darf und sie auch erlangt. Niemals hat ein Werk so tiefgreifende und andauernde Wirkungen gehabt, wie die, die den Anstrengungen der Alliance israélite universelle zu danken sind. Ich kenne die verschiedenen Bevölkerungsteile der Stadt sehr genau und habe konstatiert, daß die j ü d i s c h e B e v ö l k e r u n g d i e e h r e n h a f t e s t e, f l e i ß i g s t e, k l ü g s t e u n d s a u b e r s t e i s t“ Dieses Urteil wird auch von Herrn G u i f f r a y, einem französischen Katholiken, Direktar der Quai-Anlagen und der Straßenbahnen von Smyrna, geteilt. Herr Keun, der neben seinem Konsulatsamt ein graßes Kammissiansgeschäft betreibt, und Herr Guiffray haben eine Anzahl jüdischer Angestellte, denen sie das günstigste Zeugnis geben.“

Petersburg, 24. Oktaber. Zu Beginn des Winter-Semesters wurden, wie dies seit zwei Jahren üblich war, 150 jüdische Studenten über die prozentuale Norm in das P o l y t e c h n i k u m z u K i e w aufgenammen. Der „Verband echtrussischer Leute“ beeilte sich, diese „Schandtat“ in Petersburg zu denunzieren. Ministerpräsident S t o l y p i n farderte durch den Generalgauverneur Aufklärung von dem Direktor des Polytechnikums. Letzterer berief eine Konferenz des Professorenkollegiums, das einstimmig eine Petition wegen Belassung der aufgenommenen Juden beschlaß, und reiste zur unmittelbaren Begründung der Petition nach Peterburg. Hier wurde ihm der feste Wille Stalypins kundgegeben, daß die 150 Juden safart aus dem Polytechnikum ausgeschlassen werden müssen. Daraus haben der Direktar und sämtliche Dekane des Polytechnikums, die zu einer solchen Grausamkeit die Hand nicht bieten wollten, i h r e E n t l a s s u n g g e n o m m e n.

„Eine ungekannte Welt.“

Es ist schon aft und mit Fug bedauert worden, daß die nichtjüdische Welt, und zumal der gemeine Mann, über jüdische Religion und Sitte, jüdische Denk- und Empfindungsart sich meist in größter Unkenntnis befindet. Bedenkt man, mit welcher Sorgfalt und brennendem Eifer gerade heute das Leben und Treiben der unzivilisiertesten und entlegensten Volksgruppen und Nomadenharden beobachtet und zum Gegenstand eingehendster wissenschaftlicher, vor allem rechtsvergleichender und soziologischer Studien gemacht wird, so erscheint einem die obige Tatsache umso befremdender. Und doch handelt es sich hier zweifelsohne — man mag im

übrigen darüber denken, wie man will — um eine der ältesten Kulturen der Welt, die zu beobachten und würdigen zu lernen man oft nur in das nächste Haus, ja ins nächste Stockwerk zu gehen nötig hätte. Wir wollen hier nicht untersuchen, warum dieser mühelose Gang so oft, ja fast immer unterbleibt, bedauerlich ist es auf alle Fälle, nicht nur in wissenschaftlicher Hinsicht.

Nie und nimmer hätte eine auf die niedrigsten Volksinstinkte rechnende Bewegung selbst in besseren Kreisen sich Eingang zu verschaffen gewußt, wenn sie nicht für ihre maßlosen volksverhetzenden Verleumdungen einen wohl vorbereiteten Boden gefunden hätte: Die Unwissenheit weitester Kreise über den inneren Kern, das eigenste Wesen einer Volksgruppe, deren Talente und Rührigkeit man mit umsomehr Scheu anstaunte, je weniger man neben und hinter einem rein zielbewußten und erwerbsstrebenden Tun rein menschliche, dem Gefühlsleben angehörende Züge wahrzunehmen sich die Mühe gab, Züge, die, weil dem Innenleben angehörend, darum nicht so sichtbar in die Erscheinung treten. In der Vorstellung weitester Kreise hatte sich so allmählich eine Karrikatur des Juden festgenistet, wenn nicht eine reine Geldmaschine, so im besten Falle ein Shylock. Was hin und wieder von jüdischen Gebräuchen an die Oeffentlichkeit drang, war auch nicht dazu angetan, hier Wandel zu schaffen. Selbst jüdische Schriftsteller, die in ihren Werken auf jüdisches Leben Bezug nahmen, haben mehr geschadet als genützt, indem sie, meist selber längst dem jüdischen Leben entfremdet, mehr das Bizarre, das Seltsame daran, das ihnen am meisten in der Erinnerung haftete, zur Darstellung brachten, als daß sie es in seiner Totalität erfaßt und ihren Lesern menschlich näher gerückt hätten.

Unter solchen Umständen ist ein vor wenigen Monaten erschienenes Buch mit Freuden zu begrüßen, das unter dem Titel „Eine ungekannte Welt“*) sich zur Aufgabe gemacht hat, in schlichten, anspruchslosen Schilderungen das jüdische Familienleben, wie es sich unter unmittelbarem Einfluß des so viel geschmähten Talmud vollzieht, weiteren Kreisen, auch solchen, denen dieses Leben unbekannt ist — schon der Titel weist darauf hin, — in charakteristischen Zügen zu zeichnen. Es sind meist keine außerordentlichen Menschen, die der Autor uns vorführt. Sehr mit Recht. Die Kultur eines Volkes bemißt sich nicht nach einzelnen Kulturblüten, sondern nach der durchschnittlichen geistigen und sittlichen Tüchtigkeit, die dem Mittelstand inne wohnt. Es ist eine Klippe, an der schon viele in belletristischer Form die Sitten eines Volks schildernden Schriftsteller gescheitert sind, daß sie entweder stets sich an große, hervorragende Männer hielten, deren Leben ihnen die nötigen dramatischen Konflikte und Seelenkämpfe bot, oder aber dem Fluche der Langeweile verfielen. Beides ist in diesem Buche glücklich vermieden. Vor unseren Augen enthüllt sich das Geheimnis der von Neidern so viel gehaßten jüdischen Lebenskraft, die die Jahrtausende überdauert hat, das jüdische Familienzimmer, wo der Knabe mit der Muttermilch die Kraft einsaugt, in gläubigem Gottvertrauen allen Stürmen des Lebens zu trotzen, der Mann sich an der Seite der liebenden Gattin den Mut holt, immer wieder von neuem den Bau seines Lebens zu zimmern, bis ihm Gelingen gegönnt ist und er als Greis in Frieden sein Erbe den Kindern überlassen kann, die auch seine geistigen Erben sind — zeigt sich der jüdische Mann aus dem Volke mit seinen kleinen Leiden und Sorgen, seinen kleinen Erlebnissen und Schicksalen — aber nie langweilig, nie trivial, denn er ist zum Typ erhoben durch den über ihn gegossenen feinen und echten Humor, einen Humor, der vornehmlich auch seine Fehler erfaßt und sie einem fast lieb und wert macht. Das ist das Beste an diesem Buche, daß es uns ganze, wahre Menschen schildert, ohne Schminke und ohne Uebertreibung. Und so erlangen die starren Züge des Shylock allmählich menschliches Aussehen, durch warmes Blut beginnen sie sich zu beleben, und wenn man näher hinschaut — siehe, da ist es ein Mensch, wie wir auch. —

Das Buch ist keine Apologie, gerichtet an die Adressen von Antisemiten oder antisemitisch Verhetzten. Es ist für solche bestimmt, die das ehrliche Streben haben, das vielgeschmähte jüdische Leben kennen zu lernen. Möge es unter ihnen weiteste Verbreitung finden. O.

*) Eine ungekannte Welt. Erzählungen aus dem jüdischen Familienleben. Von Jubäus, Frankfurt a. M. Verlag von Sänger & Friedberg, 1907.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 45. Berlin, 6. November 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die antisemitische Presse und der Moltke-Harden-Prozeß.

Wir hatten geglaubt, es nicht nötig zu haben, auf den Prozeß Moltke-Harden überhaupt einzugehen, und dann uns der Hoffnung hingegeben, ihn mit unserer Notiz in der letzten Nummer abgetan zu haben. Aber die Haltung der antisemitischen Presse zwingt uns geradezu, auf ihn zurückzukommen. Denn diese Haltung ist so charakteristisch, so unglaublich perfide, so echt antisemitisch, daß es unverzeihlich wäre, wenn wir uns die Festnagelung entgehen ließen. Mit wenigen Ausnahmen schreiben die antisemitischen Blätter so, daß ihre Leser glauben müssen, die eigentlichen Uebeltäter seien nicht etwa die vom Kaiser gemaßregelten Offiziere und Hofleute, nicht die in dem Prozeß bloßgestellten Männer, sondern die Juden, ja als handelte es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine Art Verschwörung der Juden zur Vernichtung des guten Rufes der deutschen Nation.

Die antisemitische Presse tut so, als handle es sich bei den sittlichen Verfehlungen, die in dem Prozesse eine so große Rolle spielen, um ein spezifisch jüdisches Laster. Aber selbst die antisemitischen Artikelschreiber müßten doch so viel wissen, daß Griechen und Römer das in Rede stehende Laster gekannt und daß ihm nicht einmal heimlich bei ihnen gefröhnt wurde. Umgekehrt ist dasselbe Laster bei den Juden schon ein Jahrtausend früher mit dem Tode bestraft worden. Wie man unter solchen Umständen von einem orientalischen, deutlicher noch von einem kanaanitischen Laster sprechen kann, ist nur bei vollständig unwissenden oder verleumderischen Leuten verständlich.

„Es handelt sich — so schreibt die „Deutsche Hochwacht" — „um die Freigabe orientalischer Sitten in Deutschland und damit in germanischen Ländern — ein Ziel, worauf ja nach den Beobachtungen der neueren Zeit die ganze Hebräerschar planmäßig hinarbeitet." Nach den Ergebnissen des unseligen Prozesses könnte man mit weit mehr Recht glauben, daß ganz andere Kreise ein Interesse daran haben, die angeblich jüdischen Sitten in Deutschland einzuführen. „Man hat," schreibt ehrlich der konservativ-orthodoxe „Reichsbote", „den Eindruck, als ob die Perversität, die hier ihr Wesen treibt, typisch ist für eine gewisse übersättigte und depravierte Schicht b e s o n d e r s e x k l u s i v e r K r e i s e. Harden hat in seinem Schlußplaidoyer ganze Kavallerieregimenter als durch dieses Laster verseucht bezeichnet. Das entspricht der in Berlin i n w e i t e s t e n K r e i s e n h e r r s c h e n d e n U e b e r z e u g u n g." Die sonst doch auch fromme „Kreuzzeitung" hat kein Wort des Tadels für die hocharistokratischen Sünder, dagegen registriert sie eine angeblich bestehende ungeheure Entrüstung über „den jüdischen Denunzianten und seinen jüdischen Verteidiger." Auch dem Prozeßleiter erteilt die „Kreuzzeitung" eine Rüge, und nur den hochgeborenen Lüstlingen wagt sie nicht einen Vorwurf zu machen. Sie läßt wie „den König absolut", so lange er ihren Willen tut, so auch die Religion und Sitte nur so lange gelten, als sie in ihren und ihrer aristokratischen Leser Kram passen.

Wie in aller Welt man dazu gekommen ist, den Prozeß Harden überhaupt mit den Juden in Verbindung zu bringen? Nur Antisemiten konnten das fertig bekommen. „Angeklagter-Jude, Verteidiger-Jude, Sachverständiger-Jude" ruft die „Deutsche Hochwacht" aus. Gewiß ist Harden jüdischer Abkunft. Aber die antisemitischen Blätter vergessen, daß sie bisher mit Vorliebe Harden, den vom Judentum Abgefallenen, als Kronzeugen zitierten, wenn er nach Renegatenart etwas an seinen früheren Glaubensgenossen und seiner Stammesgenossenschaft auszusetzen hatte. Da dachten sie nicht daran, daß Harden gegen alles polemisierte, daß er, wie sie jetzt behaupten, überhaupt keine Ueberzeugung hatte. Sie beriefen sich eben auf ihn. Jetzt, da er etwas getan hat, was ihnen nicht paßt, ist er der Jude, vertritt er das Judentum, kämpft er mit jüdischen Waffen.

Gerade die „Judenpresse" hat niemals mit Harden sympathisiert und tut es auch heute nicht. Es zeugt deshalb von einer maßlosen Verlogenheit, wenn die „Tägl. Rundschau", das Organ des Salonantisemitismus, schreibt von „jenen meist nicht arischen Elementen, die im Verein mit dem Moabiter Janhagel Harden als Triumphator und Retter des Vaterlandes feiern." Graf Kuno Moltke selbst ist nicht der Ansicht, daß die „Judenpresse" sich ganz besonders für Harden ins Zeug gelegt hat. Sagte er doch einem Mitarbeiter des „Berliner Börsencourier":

„Ich danke Ihnen für die mir bewiesene Teilnahme, die ich darin erblicke, daß Sie mich aufsuchen, um auch mich, den sogenannten Verurteilten zu hören, und ich bitte Sie, auch der gesamten Presse meinen warm empfundenen Dank für ihre unparteiische, ja geradezu wohlwollende Haltung, die sie gerade seit Verkündung des Urteils eingenommen hat, auszusprechen. Ich muß betonen, daß ich mit der Stellungnahme der Presse und mit ihrer ganzen Auffassung der Angelegenheit sehr zufrieden gewesen bin, denn mehr Sympathie für einen Kläger, der in der Verhandlung zu einem Angeklagten wurde, und dessen innerstes Seelenleben man wie unter einem Mikroskop und wahrlich unter keinem richtig vergrößernden zergliedert hat, kann ich nicht verlangen, auf mehr Teilnahme kann ich nicht Anspruch

erheben, als mir seit dem Freispruche des Herrn Harden sowohl in Blätterstimmen, als durch direkte Zuschriften und persönlichen privaten Ausspruch zuteil geworden ist."

Harden hat bei seinem Vorgehen genau so wenig an die Juden wie an die Bewohner des Mars gedacht. Er hat, als er den Dr. Bernstein sich zum Verteidiger wählte, genau so an dessen jüdische Zugehörigkeit gedacht, wie Dr. Dietz, der Verteidiger Haus, an Bernsteins Judentum gedacht hat, als er ihn jetzt zu seinem Verteidiger gewählt hat. Beide wählten ihn, vielleicht weil sie ihn persönlich kennen, und jedenfalls weil sie Zutrauen haben zu seinen juristischen Kenntnissen und zu seiner advokatorischen Geschicklichkeit. Was den Sachverständigen betrifft, so vergißt man ganz, daß der andere Sachverständige, Dr. Merzbach, der den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen hat, gleich dem Dr. Magnus Hirschfeld Semit ist.

Die in Patriotismus machende antisemitische Presse jammert über den durch den Prozeß hervorgerufenen dem Deutschtum angeblich abträglichen Eindruck im Auslande. Aber den Prozeß hat doch, wie schon gesagt, nicht Harden angestrengt, sondern Graf v. Moltke, und daß die Oeffentlichkeit nicht ausgeschlossen wurde, hat doch auch nicht der frühere Jude Harden, sondern der arische Richter verschuldet. Nun ist aber gar nicht wahr, daß, von sehr vereinzelten deutschfeindlichen Ausnahmen abgesehen, der Prozeß dem deutschen Ansehen im Auslande geschadet hat. Man könnte eher das Gegenteil behaupten. Es ist in englischen wie sogar französischen Blättern anläßlich dieses Prozesses und auf Grund desselben dem deutschen Volke, dem deutschen Kaiser und dem deutschen Kronprinzen sogar ein glänzendes moralisches Gesundheitszeugnis sozusagen ausgestellt worden, und der Pariser Korrespondent des „Reichsboten" bezeugt dies ausdrücklich.

Nach dem Gesagten wird man die folgenden Auslassungen antisemitischer Blätter einzuschätzen wissen. Schreiben doch die „Deutschsoz. Blätter", nachdem sie u. a. behauptet, Moltke habe talmudischen Advokatenkniffen wehrlos gegenübergestanden:

„Selten hat ein Prozeß einen solchen Schmutz aufgewirbelt, selten auch ein solches Streiflicht auf die eigenartige Veranlagung des Judentums geworfen, wie dieser. Wohl wissen wir, daß auch in den oberen Schichten unseres Volkes unnatürlichen Lastern gehuldigt wird, aber es sind doch immerhin nur einzelne Personen, genau wie unten im Volke auch nicht alle verkommen und schlecht sind. Inwieweit der jüdische Geldadel zum Verfall der Sitten beiträgt und der sybaritische Luxus emporgekommener Millionäre aus dem Ghetto einen Teil des deutschen Volkes zermürbt, oben so gut wie unten, das wird von Tag zu Tag deutlicher werden. Der Geist des Mammonismus frißt die zuerst die ihn anbeten. Was wir in diesem Schmutzprozeß erblickten ist nur ein Vorspiel, es wird noch ganz anders kommen mit den scheußlich kanaanitischen Lastern, wenn der jüdische Einfluß in den oberen Schichten nur einige Jahrzehnte gewirkt hat. Auch dort sündigt man nicht ungestraft an dem Rassengeist des Volkes und deshalb empfinden wir eine Art schmerzlicher Genugtuung, wenn ein persönlich Unschuldiger, noch dazu der Träger eines großen deutschen Namens, öffentlich vor Gericht von Juden moralisch zerrissen wird. Hoffentlich steckt noch so viel gesundes Empfinden in der dem Hofe nahestehenden Gesellschaft, — die insgesamt die Folgen dieses Skandalprozesses zu tragen hat — daß sie innerlich und äußerlich von dem Judentum abrückt. In der Person des Generals v. Moltke, eines bisherigen persönlichen Freundes des Kaisers, trafen die jüdischen Lästerzungen die ganze obere Schicht; auf diese fällt es zurück, wenn der eine Vertreter sich vor Gericht als ehrloser Lügner und perverser Schurke behandeln lassen muß. Das germanische Ehrgefühl in den unverdorbenen Vertretern aus diesen Kreisen sollte entschieden Front machen gegen den unheilvollen jüdischen Einfluß, der heute wie früher durch orientalische Scheußlichkeiten und Laster alle vergiftet, die mit ihm in Berührung kommen.

Der gesund empfindende Teil unseres Volkes schaut mit spöttischen Blicken auf die Affenliebe die gewisse Kreise für das jüdische Wesen zur Schau tragen und denkt bei sich: Na, wartet nur, Ihr werdet noch einmal auf Händen und Füßen zur Erkenntnis hinauskriechen müssen."

In der „Deutschen Hochwacht", die die „Hebräische Blutbeimischung" für die Entartung des Adels wenigstens teilweise verantwortlich macht, heißt es u. a.:

„Abzug vom Lande, Zusammenballung in den Großstädten, kurzum alles, was Juda planmäßig fördert und mit seinem „Freiheits"-Stempel versieht — alles das bildet die Grundlage für diese schreckliche Entartung des Deutschtums. Asien in Deutschland — das ist auch hier wieder des Pudels Kern. Und deutsche Träumer und Phantasten lassen sich schieben, eine derartige Entwicklung zu fördern. Es ist ganz wie im Römerreiche, kurz ehe es zusammenbrach. Wann wird der Retter kommen diesem Lande?

Welch eine Geistesverwirrung! Welch leichtfertige Behauptungen und Jeremiaden. Die Keckheit, diesen Prozeß gegen die Juden zu verwerten, überschreitet alle Grenzen und ist doch so überaus bezeichnend für die Antisemiten. Um so mehr müssen wir anerkennen, daß dieses Mal die „Staatsbürgerzeitung" der weiße Rabe ist, denn ihr Plauderer schreibt in der letzten Sonntagsnummer ganz richtig: „Aber es muß doch gesagt werden, daß keine Klasse der Bevölkerung das Recht hat, auf die andere als allein verderbt hinzuweisen." Wir wollen hoffen, daß die „Staatsbürgerzeitung" sich nicht blos ein Kuckucksei ins Nest hat legen lassen und sie künftig eingedenk sein wird ihres eigenen Wortes, „daß keine Klasse der Bevölkerung das Recht hat, auf die andere als allein verderbt hinzuweisen". Bisher hat die „Staatsbürgerztg." das stets und ohne mit der Wimper zu zucken getan. Es wäre eine der guten Folgen des Prozesses, wenn aus dem Saulus ein Paulus geworden wäre, oder da das zu viel verlangt wäre, wenn die „Staatsbürgerzeitung" mit ihrer Gewohnheit, die Juden als die allein Verderbten hinzuweisen, endlich gebrochen hätte.

So können auch diejenigen, die von der antisemitischen Praxis noch nichts wissen oder die glimpflich über sie urteilen, hier an einem geradezu klassischen Schulbeispiel diese kennen lernen. Man wirft den Juden Fehler und Laster vor, die andere haben; sind Personen, die zufällig jüdischer Abstammung sind, an einer den Antisemiten unangenehmen Sache beteiligt, dann sind nicht diese einzelnen, sondern die Juden insgesamt die Uebeltäter. Das Gute, das geschieht, wird nicht den Juden gutgeschrieben, wohl aber das viel geringere Unangenehme in groteskter Uebertreibung ihnen zur Last gelegt. Das eingebildete Gespenst der „Judenpresse" muß immer wieder als Schreckmittel dienen, obgleich es oft genug als nur in der Einbildung bestehend nachgewiesen worden ist.

Lassen wir sie. Es muß uns genug sein, wenn wenigstens andere auf die antisemitischen Gepflogenheiten hingewiesen werden und sie richtig würdigen lernen. Sie werden, wenn sie Verstand im Kopfe und Ehre im Leibe haben, sich hüten, den antisemitischen Lockrufen zu folgen, vielmehr vom Antisemitismus möglichst weit abrücken.

Antisemitische Zauberkünstler.

Wer kennt nicht die edle Kunst unserer Zauberkünstler auf den Spezialitätenbühnen und auf den Jahrmärkten? Sie stecken ein gewöhnliches Tuch in die Tasche und lassen durch „magische Künste" duftende Blumen hervorsprießen, sie nehmen einen Streifen Papier in die Hand und bunte Fahnen in allen Farben fliegen aus dem Aermel, sie ziehen Bindfaden aus der Nase und blanke Goldstücke aus dem Munde, — kurzum sie zaubern uns die schönsten Dinge vor und versetzen uns in eine Wunderwelt. Unsere Antisemiten sind Virtuosen in dieser edlen Kunst

und sie übertragen sie auf das Gebiet der Politik und der Literatur. Nur sind sie dabei weniger ästhetisch als ihre Kollegen in der Jahrmarktsbude. Die politische Bühne liegt nicht im Bereiche der Aesthetik und die Aesthetik ist ja ohnehin eine stark verjudete Wissenschaft, von der sich ein richtiger Antisemit grundsätzlich fernhalten muß. Unsere Antisemiten wandeln stets originelle Bahnen, sie marschieren rückwärts und auch ihre Zauberkünste bewegen sich in dieser Richtung. Sie machen aus Papier Lumpen, aus gesunden Ideen häßliche Karrikaturen und aus der Politik eine Komödie. Ja, oft möchten sie die ganze Welt in ein Irrenhaus verwandeln. Die Verwandlungskunst scheint ihre eigentliche Domäne zu sein, denn sie leisten darin Erstaunliches. Sie verwandeln Lüge in Wahrheit, stellen alle Tatsachen auf den Kopf, geben jedem Begriff einen entgegengesetzten Sinn, verleihen jedem Gedanken eine neue Farbe, verwandeln jeden Denker in einen Antisemiten und sie lassen uns Dinge in der Welt schauen, die kein Verstand der Verständigen sieht. Als Redakteure sind sie ganz unbezahlbar, denn durch einige Kunstgriffe mit der Schere verwandeln sie jeden Artikel in ein antisemitisches Elaborat. Ja, es wäre eine große Lücke in der Kunstgeschichte ausgefüllt, wenn einmal ein Buch unter dem Titel erschiene „Die Kunst, aus jedem Aufsatz eine antisemitische Manifestation herzustellen." Oder ist das eine geheime Wissenschaft, die das Tageslicht scheut und ihre Kraft verliert, wenn ein Unberufener einen Blick auf sie wirft?

An diese unheimliche antisemitische Verwandlungskunst werden wir wieder einmal erinnert durch einen Artikel in dem Leibblatte des bekannten Judentöters F r i e d r i c h L a n g e. Der Artikel, der den Titel „Das Ideal des Kaufmanns?" trägt und mit H. K. unterzeichnet ist, ist nach dem geheimen Rezept der antisemitischen Apotheke hergestellt und verdankt einer erstaunlichen Verwandlungskunst sein Dasein. Im ersten Oktoberhefte des „Kunstwart" ist nämlich eine Arbeit von J o h a n n e s B u s c h m a n n „Die Arbeit des Kaufmannes" erschienen. Diese Arbeit untersucht das persönliche Verhältnis des Kaufmanns zu seinen Handelsobjekten und den wirtschaftlichen und kulturellen Wert der kaufmännischen Arbeit. Der Aufsatz ist sehr vornehm und sachlich gehalten und es ist natürlich kein Wort von Juden und Semiten darin. Das paßte selbstverständlich dem verehrten Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung" nicht, und so nahm er den Aufsatz unter seine geniale Schere, und es entstand daraus ein Machwerk im echten antisemitischen Geiste.

Buschmann schildert die Arbeit des Kaufmanns als produktiv im volkswirtschaftlichen Sinne, weil sie die Erzeugung der Ware, so weit sie für fremden Bedarf berechnet ist, in Werte umsetzt. Er fürchtet aber, daß der s i t t l i c h e W e r t der Arbeit, der sich im Wesentlichen nach den Wirkungen, die sie im Individuum hervorruft, nach den aufbauenden persönlichkeitbildenden Kräften, die ihr innewohnen, bemißt, beim heutigen Kaufmann in Frage gestellt sei, weil sie häufig nur darauf zielt, die Preisspannung zu vergrößern, ohne danach zu fragen, ob sie auf Kosten des Herstellers oder des Konsumenten geschehe. Als noch größeres Uebel empfindet er es, daß die kaufmännische Wirtschaftspolitik sich oft in den Dienst einer kulturverlassenen Produktion stellt und mitwirkt, daß Sachen produziert werden die geschmack- und kunstwidrig sind.

Diese Gedanken wird man wohl unterschreiben können. Wenn Buschmann aber das Epigonentum im Kunstgewerbe, das uns eine lange Periode beherrscht hat, und die sinnlose nivellierende Schablone, den leeren, billigen Prunk nicht dem ästhetischen Unvermögen, sondern dem Umstande zuschreibt, daß „der ganz und gar privatwirtschaftlich eingerichtete Handel der Produktion auf ihren Irrwegen willig Heeresdienste geleistet hat," so braucht man diese Auffassung nicht zu teilen. Die sterile Periode hatten wir auch in der Kunst und in der Literatur, wo der Kaufmann keinen Einfluß hatte. Was die Gegenwart betrifft, so ist es heute mit dem Erwachen der neuen Kunstrichtung auch auf dem Gebiete der Fabrikation häuslicher Gegenstände viel besser geworden. Man findet jetzt auch in den Mittelschichten des Volkes künstlerisch schön eingerichtete Wohnungen und einfache zweckdienliche geschmackvolle Gegenstände. Auch an Gediegenheit und Haltbarkeit sind die deutschen Fabrikate in den letzten Jahren zweifellos viel besser geworden. Das beweist die gewaltige Zunahme des Exports und die Konkurrenzfähigkeit mit einem so alten Exportlande wie England. Es darf aber auch nicht vergessen werden, daß das Verhältnis zwischen dem Kaufmann und dem Fabrikanten ein reziprokes ist und daß der Einfluß des Fabrikanten in den meisten Fällen wohl größer als der des Kaufmannes ist. Dazu kommt noch, daß der Kaufmann schließlich doch in erster Reihe mit dem Geschmacke seiner Kunden rechnen muß und nicht gegen den Strom schwimmen darf, wenn er seinen wirtschaftlichen Ruin nicht herbeiführen will. Das innere persönliche Verhältnis zum Gegenstand seiner Arbeit, das Buschmann so sehr betont, fehlt oft beim Arbeiter und beim Beamten ebenso wie beim Kaufmann. Das liegt an der Kompliziertheit unserer heutigen wirtschaftlichen Struktur. Aber, wir wiederholen es gern, auch da, wo man dem Autor in seinen Konsequenzen nicht zu folgen vermag, wird man die Gedanken Buschmanns als sehr ernst und frei von aller einseitigen Kleinlichkeit beurteilen müssen.

Unser Herr H. K. aber schlägt einen andern Weg ein. Er sucht nach dem Ideale des Kaufmannes, denn nach seiner Auffassung muß jeder Stand sein eigenes Ideal haben. Was dieses spezifisch kaufmännische Ideal sein soll, verrät er uns leider nicht, wohl aber klagt er, daß dieses geschichtlich deutsche Ideal heute fehlt. Er schreibt:

„Wer die Geschichte, und vor allem die d e u t s c h e Geschichte beherrscht, ist besser beraten. Der Kaufmannsstand hat ein Ideal, und eines, das hinter keinem irgend eines anderen Standes zurückzustehen braucht; aber kennt es der Kaufmann von heute noch? Ist er sich bewußt, daß es für ihn auch noch andere Dinge gibt, als in möglichst kurzer Zeit ein möglichst großes Vermögen zusammenzuscharren? Eine einzige Wanderung durch das Geschäftsviertel einer großen Stadt lehrt, daß dieses Bewußtsein unserer Kaufmannschaft fast ganz abhanden gekommen ist. Ausnahmen sollen mit Freuden anerkannt werden; zweifellos aber marschiert die Schundproduktion an der Spitze."

Man merkt gleich, worauf diese zarte Anspielung zielt. Man weiß ja zur Genüge, was gewisse Schriftsteller unter „deutsch" und „geschichtlich" verstehen. Diese Begriffe sind für sie unzertrennbar mit einer antisemitischen Gesinnung verschmolzen. D e u t s c h ist für sie der Antipode von j ü d i s c h und ihre germanische Sonne kann ohne semitische Schatten nicht leuchten. Jeder vernünftige Mensch weiß, wie wenig kaufmännische Dinge mit Religion und Abstammung zu schaffen haben. Es ist nicht schwer zu beweisen, daß die Schundproduktion und der Vertrieb minderwertiger Waren nur zum sehr geringen Teile in jüdischen Händen ruht und daß es viele jüdische Kaufleute in Deutschland gibt, die die Gediegenheit ihrer Ware und die reelle Behandlung ihrer Kunden als ihr kaufmännisches Ideal ansehen. Unter den hervorragendsten Spezialhäusern aller deutschen Großstädte findet man viele jüdische Namen.

Aber unser Autor wird noch deutlicher und er schüttelt sein ganzes antisemitisches Herz aus, um sein schweres Gemüt zu erleichtern. Er schließt seine Betrachtungen mit dem Stoßseufzer:

„Das Beklagenswerteste ist, daß der deutsche Kaufmann sich immer weiter von den alten deutschen Traditionen entfernte. Denn das wird doch niemand behaupten wollen, daß in dem heute üblichen Geschäftsbetrieb auch nur ein Funken deutscher Art enthalten ist. Der Amerikanismus und vor allem die Juden haben das Ideal der Zahl in den Handel hineingeschmuggelt, und der zahlenmäßige Erfolg der mit keinem nationalen Gewissen belasteten Hebräer und Yankees hat gedient. Aber nicht nur den Kaufmann — genau so blindlings ist auch der Käufer der Zahl und mit ihr dem Simili verfallen."

Wir glauben nicht, uns mit diesem Herrn über den Begriff „deutsche Art" verständigen zu können. Nach unserer Auffassung entspricht z. B. eine unanständige Kampfesweise durchaus nicht der deutschen Art. Aber — das „Ideal der Zahl" ist gewiß nicht von Juden erfunden worden, sonst wäre es wohl nicht so häufig bei unseren Antisemiten zu treffen. Das alte Manöver, alles Deutsche als rein destillierten Idealismus und alles Jüdische als krassen Materialismus darzustellen, ist zu lächerlich und zu verlogen, um bei vernünftigen Menschen Anklang zu finden. Daß der Deutsche die deutsche Art und das deutsche Wesen liebt und sich für seine Kultur begeistert, das ist nicht nur berechtigt, sondern im gesunden nationalen Sinne freudig zu begrüßen. Der Begriff Chauvinismus aber ist, wie Kaiser Friedrich einmal bemerkte, so undeutsch wie das Wort.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ueber den antisemitisch-reaktionären Charakter der Berliner Tagung des „christlichen" Arbeiterkongresses schreibt der Stuttgarter „Beobachter", das Organ der Deutschen Volkspartei u. a.:

„Daß die Berliner Tagung des „christlichen" Arbeiterkongresses tatsächlich unter der Flagge konservativ-ultramontan-antisemitischer Bestrebungen vor sich ging, zeigt sich immer deutlicher, je mehr man sich in die genauere Betrachtung dieser Veranstaltung vertieft. „Wir erwarten von den bürgerlichen Parteien . . .", hieß es immer wieder. Dann müßte man aber auch allen bürgerlichen Parteien gleich freundlich gegenüberstehen, und wenn man eine einlädt, mußte man auch die andere heranziehen. Das hat man auch mehrfach behauptet, es sei geschehen. Man hat es aber wider besseres Wissen behauptet, das stellen wir hiermit fest. Weder die Freisinnige Vereinigung, noch die Freisinnige, noch die Deutsche Volkspartei waren zum Kongreß geladen. Dafür durfte der konservative Abgeordnete Pauli eine Rede halten, und der Antisemit Herr Liebermann von Sonnenberg stritt mit Matthias Erzberger um die Palme, wer am meisten Verdienste um die christliche Arbeiterbewegung habe. Einsam saß dann noch als Vertreter der nationalliberalen Fraktion der Abgeordnete Schwabach dort. Schon das charakterisiert den Kongreß deutlich genug. Noch weiter aber:

Kein einziger Referent stand außerhalb der drei angegebenen Farben. Dabei ist es zweifelsohne, daß Leute vorhanden waren, mit denen man wenigstens den Schein der Neutralität hätte wahren können. Der Sekretär der württembergischen evangelischen Arbeitervereine, Fischer, ist ein Mann, der geistig die Größen, die als Referenten auftraten, um Hauptes länge überragt. Tut nichts, er kann weder als Referent auftreten, noch wählt man ihn ins Bureau, denn — er ist politisch liberal.

Das Walten der konservativ-antisemitisch-ultramontanen Klüngel zeigte sich aber auch noch in folgender Tatsache. Ein preußischer Arbeiterführer hatte sehr ergiebig über das preußische Landtagswahlrecht losgezogen. Hieraus zog der württembergische Arbeitersekretär Fischer die Konsequenzen und brachte folgenden Antrag ein:

Der 2. deutsche Arbeiterkongreß bedauert, daß die Arbeiterinteressen in den meisten deutschen Landtagen noch völlig ungenügend vertreten sind. Diesem Mißstande kann nur durch die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Einzellandtage abgeholfen werden. Es werden deshalb Parlamentarier, denen die Arbeiterinteressen am Herzen liegen, aufgefordert, mit aller Energie auf die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in allen Einzellandtagen, besonders in Preußen zu dringen.

Was war die Folge? Man bestellte eine Komission, angeblich zur Beratung aller Entschließungen, die man aus dem Plenum entfernt hatte. Der Wahlrechtsantrag gehörte hierzu. Er wurde in der Kommission begraben, nicht ohne daß es hier, wie man erfuhr, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen ist.

Auch diese Erfahrungen werden deutlich zeigen, welcher Geist tatsächlich über diesem Kongreß herrschte. Und besonders die württembergischen evangelischen Arbeitervereine werden sichs doch überlegen müssen, ob sie sich gut genug dünken, unter einer scheinbar neutralen Flagge in Wirklichkeit den ultramontan-antisemitisch-konservativen Troß zu stärken.

Der Streit zwischen Antisemiten und Konservativen um den Reichstagswahlkreis Norden-Emden-Leer fängt jetzt an hochinteressant zu werden. Die „Konservative Korr." erklärte peremptorisch, daß Fürst Knyphausen gar nicht daran denkt, das Reichstagsmandat niederzulegen und fügt hinzu:

„Wenn nun auch die Abgg. Liebermann von Sonnenberg, Raab und Lattmann sich die größte Mühe geben, den Wahlkreis Emden-Leer zu gewinnen, so wird ihre Agitation unter allen Umständen scheitern."

Danach müßte man doch also annehmen, daß der Fürst Knyphausen ein entschiedener Gegner der antisemitischen Quertreibereien im Wahlkreise ist. Nun wird uns aber berichtet, daß der Abg. Lattmann am Mittwoch voriger Woche in einer öffentlichen Versammlung in Emden erklärt hat, Fürst Knyphausen habe sich bei ihm über den Verlauf seiner letzten Agitationsreise erkundigt und sei sehr erfreut gewesen, als er (Lattmann) ihm einen günstigen Bericht habe geben können.

Wenn Fürst Knyphausen und Herr Lattmann politisch so intim miteinander verkehren, wie kommt dann die „Kons. Korr." dazu, die Antisemiten so grob anzufahren? Oder hat hier etwa jemand geflunkert?

Zur Kampfesweise der Antisemiten. In der „Hess. Landesztg." lesen wir:

Ein Leser der „Oberhessischen Volksztg." sendet seinem Blatte einen Ausschnitt aus einer der letzten Nummern des Gießener „deutschsozialen Organs", das in der Hauptsache von dem antisemitischen Oberlehrer Dr. Werner zurechtgemacht wird. Darin wird gesagt, daß der antisemitische Abgeordnete Böhme Versammlungen im Kreise Marburg abgehalten und „begeisterte Zustimmung" gefunden. Dann heißt es weiter:

Die „Hess. Landesztg.", die sonst über jeden Mückenstich zu berichten weiß, ist taubstumm und schreibfaul geworden, sie bringt gegenwärtig keine Neuigkeiten aus den „böhmischen Dörfern". Ihr Obermaschores, Hello v. Gerlach, hat bei den Frankfurter Juden diese Woche sein Gesarres über das preußische Landtagswahlrecht losgelassen. Allgemeine Scholemachei wurde dem „geschätzten" Redner von der Mischpoke zuteil. Die Frankfurter Börsenjudenschaft ist von dem liberalen Wechselbalg so entzückt, daß seine baldige Ernennung zum Ehrenschächter in Aussicht steht. Jau!

Es muß für die Marburger Konservativen ein besonderes Vergnügen sein, sich von diesen politischen Rohlingen als Bundesgenossen ansprechen lassen zu müssen, und die 916 Böhme-Wähler der Stadt Marburg mögen ersehen, welche Früchte abgeklärter antisemitischer Kultur die von ihnen gewünschte Politik zeitigt. Im Uebrigen beweist die schmutzige Phantasie des Gießener deutschsozialen Blattes nur, daß zwischen den Lattmann, Liebermann, Böhme und Pückler nicht nur nicht im Geiste, sondern auch im Tone ein Unterschied nicht besteht.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und die Wahlkundgebungen vom 25. Januar d. J. Bisher ist es immer so dargestellt worden, daß die Ovationen, die dem Kaiser und dem Reichskanzler am Abend der diesjährigen Reichstagshauptwahlen von der Berliner Bevölkerung dargebracht worden sind, ein elementarer Ausfluß der Begeisterung der nationalen Berliner Bevölkerung waren. Jetzt belehrt uns ein eminent „nationales" Blatt eines besseren; es schildert die „geschickte Regie", die sich auf dem zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongreß gezeigt habe, und fährt alsdann fort:

„Das ist das Werk des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der überhaupt in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung eine fabelhafte Gewandheit zeigt. Auch die bekannten Massendemonstrationen vor dem Reichskanzlerpalais und dem Königlichen Schloß in der Wahlnacht des vergangenen Winters waren das Ergebnis einer Schar geschickt unter das Publikum verteilter deutschnationaler Handlungsgehilfen."

Die „Deutsche Handelswacht", das offizielle Organ des antisemitischen Verbandes, übernimmt schmunzelnd diesen Hymnus und hebt die entscheidenden Stellen noch durch Sperrdruck hervor; es reklamiert also vollinhaltlich das Verdienst der Deutschnationalen an diesen politischen Kundgebungen; andere Kreise werden freilich der Meinung sein, daß die Ovationen durch diese Klarstellung, an deren Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, erheblich an Bedeutung verlieren.

Selbst die alldeutsch-antisemitische „Deutsche Zeitung" spricht von der „unbegreiflichen Taktlosigkeit" der „Deutschen Handelswacht".

Freilich wird der „Nordd. Allg. Ztg." von einem Teilnehmer an jener Demonstration, der ganz anderen Kreisen angehört, geschrieben: Diese Behauptung entspringt denn doch einer erheblichen Selbstüberschätzung. Jenem Zuge gehörten nicht bloß Leute aller Berufsschichten und Gesellschaftsklassen und verschiedenen Glaubensbekenntnissen an, sondern mindestens eine Anzahl Teilnehmer war auch unabhängig von jenen deutschnationalen Handlungsgehilfen durch den über Erwarten glücklichen Ausfall der Hauptwahlen bereits zur Absicht einer Kundgebung gelangt, an jenem Tage allerdings noch ohne den weithin sichtbaren Erfolg, den die Kundgebung am Stichwahltage hatte. An diesem woren begeisterte, jüngere Politiker von den Stammtischen nach der Zimmerstraße zur Erkundung des Wahlergebnisses gemeinsam gezogen und fanden dort allerdings neben recht betrübten Genossen große Scharen hochbegeisterter gleichgestimmter Männer vor. Dem Zuge hatten sich eine Anzahl von Damen und Herren, die aus dem Theater, aus Gesellschaften usw. heimkehrten, in Droschken angeschlossen, die sicherlich auch nichts vom Stichworte der Deutschnationalen gewußt hatten, trotzdem aber sich an der patriotischen Kundgebung zu beteiligen wünschten. Auf dem Wilhelmsplatz konnte man infolgedessen eine große Menge Damen und Herren in Gesellschaftstoilette, trotz der unfreundlichen Witterung, den Worten des Kanzlers lauschen sehen. Aehnlich war es auf dem Schloßplatz.

Der „Herold" des Herrn Dr. Böckel ist nach Erscheinen nur weniger Nummern wieder seelig entschlafen, wie das bei Neugründungen antisemitischer Winkelblätter ja einer Regel ohne Ausnahme geworden ist. Die antisemitische „Magdeburger Sachsenschau" knüpft hieran folgende von Konkurrenzinteressen nicht ganz unbeeinflußte boshafte Bemerkungen:

„Als im Frühjahr d. Js. das Gründungsfieber in Berlin epidemisch auftrat, sagten wir voraus, daß das totgeborene Gründungen seien. Vernünftige und gutgemeinte Ratschläge finden in unserer Bewegung kein Gehör. Wir geben seit einer Reihe von Jahren eine Zeitung in unserer Richtung heraus und haben die Schwierigkeiten und Sorgen durchgekostet, welche damit verbunden sind. Jeder Deutsche will seine Zeitung für sich allein haben. Jeder nörgelt an der Redaktion herum, während er sonst alles das ruhig in Kauf nimmt, was ihm von den unparteiischen Blättern in den Hals gestopft wird. Die Gesinnungsgenossen hätten doch wohl allen Anlaß, sich die wenigen bestehenden Blätter zu erhalten und alle Neugründungen so lange zu bekämpfen, bis die alten Blätter erst zu Einfluß gelangt sind. Was ist in unserer Bewegung nun schon in Zeitungen gegründet und welche horrenden Summen sind nicht schon verloren worden? Und doch hört man nicht auf sachkundige Warnungen, gründet wie wild darauf los, schädigt die schon schwer kämpfenden Blätter und bringt die ganze Bewegung in Mißkredit. Juden würden solche Dummheiten nicht machen, das müssen wir offen zugestehen."

Vermischtes.

Prof. Ludwig Traube. Die „Mitteilungen" haben schon kurz nach Traubes Tode auf die hervorragende, von allen Fachgenossen anerkannte Bedeutung dieses „geborenen" Philologen und auf die beklagenswerte Tatsache hingewiesen, daß lediglich sein Glaubensbekenntnis lange Zeit die Ursache war, daß ihm die verdiente äußere Anerkennung versagt wurde.

Nun widmet, wie der Münchener Rechtsanwalt Wilhelm Levinger in der Zeitschrift „Im deutschen Reich" mitteilt, Prof. Boll in Würzburg, der dem Gelehrten als Fachgenosse und Freund nahestand, dem Heimgegangenen in der Beilage zur „Allg. Ztg." einen Nachruf voll feinsinniger und rühmender Schätzung seiner menschlichen und wissenschaftlichen Eigenschaften. Die darin vorgeführte glänzende Kette wertvoller Arbeiten, beginnend mit einer Abhandlung, die Traube als siebzehnjähriger Gymnasiast veröffentlichte, wird nur der Fachmann zur würdigen verstehen. Jeden wird es ergreifen, zu lesen, wie er in aufopfernder Hingebung an die wissenschaftlichen Interessen anderer trotz seines schweren Leidens sich den täglich an Zahl steigenden Anfragen niemals versagte und einen wissenschaftlichen Briefwechsel führte, der eine Reihe von Bänden füllt.

Besonderes Interesse wird aber bei den Lesern dieses Blattes die Darstellung der tragischen Periode seines Lebens erwecken, der Kampf um die Professur, für die ihn nach 10jähriger Lehrtätigkeit die Fakultät vorschlug, die ihm aber erst nach häßlichen Verhandlungen mit Ministerium und Abgeordnetenhaus und unter dem Druck auswärtiger Berufungen nach drei Jahren verliehen wurde und zwar zunächst ohne Besoldung! Hier mögen die Worte angeführt werden, mit denen Boll die Wirkung dieser Zurücksetzungen auf die Gemütsstimmung des Betroffenen schildert:

„Genug von diesen unerquicklichen und für Traube so aufreibenden Kämpfen. Es kann ja kein Zweifel sein, daß Traubes jüdische Abstammung eine gewisse Rolle dabei gespielt hat. Es hat lange gedauert, bis die Verehrung, die auch katholische Gelehrtenkreise, namentlich hervorragende Benediktiner für Traube empfanden, die Abneigung der herrschenden Partei gegen seine Ernennung genügend abgeschwächt hatte. Ueber die Zumutung, durch einen Uebertritt ohne Ueberzeugung seine Laufbahn zu erleichtern, hat Traube wohl kaum je ein Wort verloren. Dem orthodoxen Judentum stand er fern, wenn ihm auch sein konsequenter Monotheismus sympathisch, wenigstens verständlich war. Aber in der Rassenfrage haben bei ihm

die Erinnerungen an die leidenschaftliche Berliner antisemitische Bewegung zu Ende der 70er Jahre lange nachgewirkt und ihn mit Trauer und Erbitterung erfüllt.

Die Vorstellung, als ob er, der in Goethe und Lessing seine Lebensführer suchte und seine Arbeit der Geschichte der europäischen Kultur geweiht hatte, sich nun seiner Abstammung wegen nicht mehr als gleichberechtigter Deutscher und Europäer fühlen sollte, verletzte ihn umso schwerer, da auch der Vater, auf den er stolz war, damals viel gelitten hatte."

Ob nicht manchen seiner Gegner doch ein leises Gefühl der Scham beschleicht, wenn er sieht, wie ein vornehmer Geist unter Verkennung und Ungerechtigkeit gelitten hat?

Das konfessionelle ABC-Buch. Zu der in Nr. 44 der „Mitt." enthaltenen Notiz erhalten wir eine Zuschrift aus unserem Leserkreise, welche der darin vertretenen Auffassung entgegentritt und zu dem Fall selbst folgendermaßen Stellung nimmt:

„Dem Verfasser kann es doch wohl nicht unbekannt sein, daß ein sogenanntes ABC-Buch auch kleine Lesestücke für die Anfänger in der edlen Lesekunst enthält, unter denen sich gewiß auch das eine oder andere mit religiösem Inhalte befindet. So gibt es z. B. außer dem für das ganze G r o ß h e r z o g t u m W e i m a r vorgeschriebenen ABC-Buch in der allgemeinen Ausgabe noch eine für rein katholische Schulen, mit einigen Gedichtchen und Lesestückchen spezifisch katholisch-konfessioneller Fassung, meist gebräuchliche Kindergebete enthaltend. Im Gegensatze zu dieser „k a t h o l i s c h e n" Fibel wird die a l l g e m e i n e Ausgabe in Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung kurzweg die „e v a n g e l i s c h e" Fibel genannt.

Es ist also gar kein Grund vorhanden, sich über konfessionell verschiedene Lesefibeln aufzuregen, so lange in deutschen Landen schon die ABC-Schützen getrennt unterrichtet werden."

Staat und Judentaufen. In jüdischen Blättern lesen wir: In B u l g a r i e n setzt der Staat k e i n e Prämie auf die Judentaufe. Darum prosperiert dort das „Uebertrittsgeschäft" auch nicht. Der heilige Synod veröffentlicht soeben in seinem offiziellen Organ eine Statistik über die seit Errichtung des Fürstentums zur orthodoxen Kirche übergetretenen Juden. Darnach haben sich in den letzten d r e i ß i g J a h r e n insgesamt 74 Juden in Bulgarien taufen lassen. In dieser Zahl sind acht spaniolische Jüdinnen enthalten, die vor ihrer H e i r a t mit Christen übergetreten sind. Die übrigen Täuflinge waren hauptsächlich galizische, rumänische und russische Emigranten. Es ist kaum anzunehmen, daß die Taufbewegung in Bulgarien größere Fortschritte machen wird, und zwar nicht zum wenigsten deshalb, weil die Uebergetretenen von der b u l g a r i s c h e n G e s e l l s c h a f t und der Regierung nicht eben mit allzufreundlichen Augen angesehen werden. Der folgende Fall ist für diese Stellungnahme bezeichnend. Vor einigen Jahren kam ein russischer Jude mit seiner Familie nach Sofia. Er ernährte sich durch Stundengeben in christlichen Familien. Da wurde im Gymnasium in Sofia eine Stelle frei, und der Jude bewarb sich beim Minister um diesen Posten. Zur selben Zeit l i e ß e r s i c h t a u f e n und zwang auch seine Familie das gleiche zu tun, mit Ausnahme eines Sohnes, der nach London auswanderte. Der Unterrichtsminister Dr. S c h i s c h m a n o w hatte bis dahin die Bewerbung des Juden unterstützt und ihm seine Förderung zugesagt. Als er aber von seiner Taufe erfuhr, sandte er ihm sein Bewerbungsschreiben in Stücke zerrissen mit der Bemerkung zurück: Verräter ihres Volkes können nicht zur Erziehung der bulgarischen Jugend zugelassen werden. — Man sollte in andern Staaten, die sich auf ihre vermeintliche höhere Zivilisation und fortgeschrittenen Anschauungen nicht wenig zu gut tun, sich an diesem Verhalten ein Beispiel nehmen.

×× **Im Verbande Deutscher Hochschulen** nimmt das Kriseln kein Ende. Jetzt macht die Charlottenburger Technische Hochschule, die einst den Verband begründen half, den Leitern bedenkliche Kopfschmerzen. Auf dem Nürnberger Verbandstage hat man — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — den Beschluß gefaßt, die studentischen Ausschüsse der Universitäten Marburg und Tübingen in den Verband aufzunehmen, obwohl ihnen auch katholische Korporationen angehören. Darob große Empörung bei einigen unentwegten Verbandsangehörigen. Charlottenburg fiel gleich mit der Tür ins Haus, indem es mit dem Austritt drohte. Um dies zu vermeiden, wurde nun für den 15. November ein außerordentlicher Verbandstag nach Eisenach einberufen. Inzwischen ist die Universität Marburg wieder aus dem Verband ausgeschieden. Es handelt sich also nur noch um Tübingen. Der Charlottenburger Ausschuß hat in der Zwischenzeit sich die Sache noch einmal überlegt und geht nun mit dem festen Entschluß nach Eisenach, den Verband zu zwingen, die katholischen Tübinger Korporationen aus dem Verbande auszuschließen oder selbst zu gehen.

Außer dieser heiklen Frage soll in Eisenach noch einmal die konfessionelle Frage besprochen werden. Vor vier Wochen kündete das offizielle Verbandsorgan „Die Deutsche Hochschule" noch an, daß auch über die J u d e n f r a g e disputiert werden solle. Davon ist's nun still geworden. Fürchtet man, in ein Wespennest zu stechen? Oder ist Herr Heile (vom Verein Deutscher Studenten) so sehr damit beschäftigt, die Austrittsgesuche der verschiedenen Hochschulen zu registrieren, daß er nicht dazu kommt, sein Referat auszuarbeiten? Vielleicht will man die Sache auch in einer geheimen Sitzung abtun. Qui vivra, verra!

Der bedeutendste amerikanische Brückenbautechniker ein Jude. Die Geschichte einer glänzenden Karriere, die vom Ghetto ihren Ausgang nahm, erzählt die Newyorker „Times". Vor ungefähr 25 Jahren verließ die Familie M o i s i e f f das Ghetto einer russischen Stadt und kam nach Newyork. Die Leute hatten nicht so viel Geld bei sich, um einem „Floh ein paar Blendlappen zu kaufen" — wie der Amerikaner sagt. Ihre erste Arbeit war, in einer der Schwitzbuden Arbeit zu finden, um von dem Verdienst das Geld zurückzuzahlen, das ihnen gute Freunde für die Reise vorgestreckt hatten. Leon Moisieff, ein Junge von kleiner schwächlicher Gestalt, mußte den übrigen in der Arbeit helfen. Seine Kinderhände waren den ganzen Tag beschäftigt. Aber auch Nacht und Tag mußte er arbeiten, bis er müde entschlief, um aber ebenso rasch von seinem Arbeitgeber wachgerüttelt zu werden. Beim Morgengrauen stand die Familie Moisieff wieder auf, um zu Schere und Nadel zu greifen. Aber Leon Moisieff war ambitiös. Wie so viele junge Juden verzehrte auch ihn ein unauslöschlicher Wissensdurst. Kaum war er in der englischen Sprache so weit, United States englisch aussprechen zu können, trat er auch schon in eine Schule ein. Er fiel seiner Familie nicht zur Last und durfte es auch nicht. Wenn er nicht mithalf verdienen, konnte sie ihm auch nicht zu essen geben. So peddelte

er denn früh morgens und spät abends mit Schuhschnüren, verkaufte Briefpapier, führte kleinere Aufträge aus oder holf die Geschäftsläden scheuern und auskehren. Auf diese Weise kam er durch die Elementarschulen. Dann trat er in das College der Newyork City ein, während er zur selben Zeit seinen Unterhalt durch Stallarbeiten und Verrichtung von Laufburschendiensten deckte. Frühzeitig zeigte sich seine Vorliebe für das technische Studium. Die außerordentliche Begabung und der unermüdliche Fleiß des jungen Menschen erweckten die Aufmerksamkeit des berühmten Professors der technischen Abteilung der Columbia-Universität, Carl S. Burr. Dieser nahm sich nun seiner an, Dank dessen Intervention erlangte er eine Stellung im technischen Departement der City von Newyork. Leon Moisieff war noch nicht 25 Jahre alt, als er die Pläne für die große neue Manhattanbrücke über den East River entwarf. Nicht viel älter war er, als er die Pläne für die neue Hendrik-Hudsonbrücke fertigstellte und kaum dreißig Jahre zählte er, als ihn die Regierung mit der Untersuchung der Ursachen des Brückeneinsturzes über den St. Lawrence-Strom betraute, bei welchem Unglücksfalle viele Menschen ihr Leben einbüßten. In Fachkreisen gilt dieser äußerlich unansehnliche Ingenieur Leon Moisieff „mit dem Affengesichte", wie das Blatt bemerkt, als der bedeutendste Brückenbautechniker unserer Zeit.

Der Verband des russischen Volkes gegen das Ministerium. Aus Petersburg wird der „Russ. Korr." geschrieben:

Der Verband des russischen Volkes ist jetzt eine Macht. Obwohl er nur 34 Deputierte in die Duma schickt, wird er dank der Haltung der Hofkreise eine gewichtige Macht in der dritten Duma darstellen. Seinen Sieg hat der Verband nur Stolypin zu verdanken. Der konstitutionelle Minister Stolypin war es, welcher der antikonstitutionellen Propoganda des Verbandes freien und weiten Spielraum gewährte. Der revolutionäre Verband des russischen Volkes ist legalisiert, er durfte frei und ungehindert seine verhetzende Agitation unter den dunklen Massen des Volkes treiben, er durfte mit Hilfe der käuflichen Geistlichkeit und der Polizei sogar öffentlich gebrandmarkte Spione in die Duma schicken. Mit welcher Münze bezahlt nunmehr der Verband seinen Gönner Stolypin? — Die letzte Konferenz der Führer des Verbandes gibt Aufschluß darüber. In der Konferenz ging es sehr lebhaft zu. Man behandelte die Frage, wie die „Dumafraktion" des Verbandes sich zum Kabinett stellen solle. — Die Konferenz konstatierte, daß das gegenwärtige Kabinett nicht allein ein Feind des Verbandes des russischen Volkes sei, sondern ein Feind der gesamten „wahrhaft-russischen" Bevölkerung, denn es stelle sich zwischen sie und die allerhöchste Gewalt. So sei infolge des Widerspruchs des Kabinetts die jüngste Deputation des Verbandes, die den Zaren über die wahren Forderungen des Volkes aufklären sollte, abgewiesen worden. Außerdem seien viele Maßregeln des Kabinetts nur darauf gerichtet, die Bedeutung und den Einfluß des Verbandes zu schmälern zum Vorteil der Kadetten, welche dem Kabinett am nächsten stehen. Es wurde schließlich beschlossen, mit doppelter Energie den Kampf gegen das Ministerium aufzunehmen und es zu stürzen. — — Stolypin hat somit eine Schlange am eigenen Busen genährt. Jetzt spritzt sie ihr Gift gegen ihren Wohltäter. — Der Verband des russischen Volkes redet nicht nur, er handelt auch energisch. Das hat er schon oft zur Genüge bewiesen. — Wird Herr Stolypin auch gegen den Verband das Mittel der Duma-Auflösung anwenden? — Die Verbändler haben einen Trumpf in den Händen gegen den konstitutionellen Minister, und das ist die heikle Frage, ob nicht schon die Idee der „Konstitution" an und für sich ein Staatsverbrechen bedeutet? — Herr Purischkewitsch kündigte schon längst an, daß er in diesem Sinne eine Interpellation an das Ministerium richten werde.

Was wird unter solchen Umständen die dritte Duma und die Konstitution bedeuten?

Sprechsaal.

Sie sind anders.

Man hat sich einigermaßen geniert, in unserer Zeit den Juden bei uns den Religionskrieg zu erklären, man hat vielleicht auch gedacht, daß man nicht allzuviel heutzutage beim deutschen Volke ausrichten würde mit Behauptungen, wie: die Juden haben Christus gekreuzigt oder die Juden schänden Hostien u. dgl. m., und man hat daher den Antisemitismus erfunden. Das heißt, man hat den Rassenhaß und die Rassenverfolgung proklamiert, man hat es für gerecht, gut, zweckmäßig und geboten erklärt, die „inferiore" semitische Rasse zu verfolgen, ihre Entrechtung und Knechtung zu verlangen. Nach zwei Jahrzehnten stolzen Herumreitens auf dem arischen Rosse und hochmütigen Herabblickens auf die „inferioren" Juden hat man es wiederum einigermaßen genierlich gefunden, daß man von der erdrückenden Uebermacht der durch nur wenige Exemplare im Lande vertretenen „inferioren" Rasse spreche, und man ist in neuerer Zeit darauf gefallen, den Kampf gegen die Juden zu verlangen, weil sie „anders" sind. Einst wird kommen der Tag, da man die Unhaltbarkeit und Lächerlichkeit auch dieser Parole erkennen, da man einsehen wird, daß selbst für das antisemitische Gefolge eine solche unvernünftige Parole nicht ausreichen könne, und man wird nach einer andern suchen. Sie sind anders. So sind denn nicht auch Amerikaner, Engländer, Russen, Franzosen anders als die Germanen? Soll man diese verfolgen? Doch wozu ins Ausland schweifen? Sind die Bayern nicht anders wie die Sachsen, diese nicht anders wie die Pommern, Rheinländer, Westfalen, Schwaben? Doch wozu auch nur in die Provinz hinausgehen? Sind die Bewohner der Müllerstraße nicht anders wie die der Leipzigerstraße, der Bellevuestraße, der Lennéstraße? Doch wir brauchen nicht einmal auf die Straße hinaus. Haben die Antisemiten schon die Hinter- und Vorderhaus-Literatur vergessen, die vor kurzem bei uns grassierte und die zu zeigen sich bemühte, wie ganz anders man in dem einen Milieu denkt und handelt, liebt und haßt als in dem andern? In demselben Hause, in derselben Wohnung, in derselben Familie sind diese so, die andern anders. Wollte man aus dem Lande ausschließen oder im Lande alle anders behandeln, die anders sind, dann käme man auf das anarchische Prinzip hinaus, dann würde der Staat vollständig atomisiert werden. Wenn also die Antisemiten ihre antisemitischen Forderungen nicht anders begründen, als weil die Juden „anders" sind, dann könnten sie nur gleich einpacken oder sich mit Anarchisten verbünden.

Worin aber besteht das Anderssein der Juden? In einem Leitartikel „Die Juden in der Kriminalstatistik" in Nummer 275 kommt die „Staatsbürgerzeitung" zu dem Schluß, daß die Kriminalstatistik alles beweise, was sie zu beweisen habe: „Vielleicht nicht, daß unser deutsches Volk besser ist als das jüdische, aber doch daß es anders ist." Wie erfreulich auch das Aufgeben des bisherigen pharisäischen Standpunktes, daß „wir Germanen" besser als alle Andern und ganz besonders besser als die Juden seien,

so kann doch auch der neue Standpunkt nicht für richtig erklärt werden, als höchstens insofern nicht ein einziger Mensch genau so ist wie der andere und Jeder eben „anders“ ist. Die Folgerung: „Es können nicht zwei verschiedengeartete Völker unter gleichem Recht und Gesetze leben, ohne daß dadurch schwerer Schaden entsteht,“ ist also nicht als richtig, auch mit Bezug auf die Juden, anzuerkennen. Das Antisemitenblatt gibt selbst zu, „daß im Durchschnitt aller Straftaten der Jude k e i n e stärkere Neigung zu Verbrechen aufweise als der Deutsche.“ Früher las man bekanntlich anders.

„Man kann — heißt es dann weiter — im allgemeinen sagen, daß der Deutsche mehr zu Straftaten neigt, die in der Trunkenheit, in der Erregung oder aus Not begangen werden, auch zu solchen Verbrechen, die einen gewissen, wenn auch grauenhaften Mut erfordern, bei deren Ausführung der Täter, wie etwa beim Raubmord, sein eigenes Leben aufs Spiel setzen muß. Anders der Jude. Ihn finden wir hauptsächlich da, wo es sich darum handelt, mit List und Vertrauensbruch den Mitmenschen um Hab und Gut zu bringen. Ob nun ein Raubmörder wirklich viel schlechter ist als ein Wucherer, der vielleicht Jahre lang sein Opfer mit freundlichem Lächeln umschleicht, um es im gegebenen Augenblicke ruhig zum Selbstmord zu treiben, ist wohl noch nicht ausgemacht. Doch wollen wir zugeben, daß leider unser deutsches Volk an den sogenannten „schweren Verbrechen“, beim Morde usw. stärker beteiligt ist, als das jüdische. Viel Schuld daran trägt sicher u n s e r e Stammesart, wie andererseits die Stammesart der Juden diese zu den besonders von ihnen verübten Verbrechen anleitet.

Darauf zunächst eine allgemeine Bemerkung. Die Tendenz der zunehmenden Kultur geht überall dahin, daß die mit Gewalt verübten Verbrechen verdrängt werden durch solche, die durch List verübt werden. Auf dem Lande überwiegen die gewaltsamen Verbrechen, ebenso in den zivilisierteren Ländern und in den gebildeteren Ständen. Die Schlußfolgerung der „Staatsbürgerzeitung“ aus der Kriminalstatistik würde eigentlich nur beweisen, daß die Juden sich einer älteren Kultur erfreuen, und daß sie als vorzugsweise Städtebewohner mehr zu listigen als zu gewaltsamen Verbrechen hinneigen. Es ist aber auch in diesen Blättern bereits darauf hingewiesen worden, daß die Beschäftigung der Juden ganz natürlich ihnen mehr Gelegenheit bietet zu verschiedenen Bankerott-, Betrugs- u. dgl. mehr kaufmännischen Verbrechen.

Das Verbrechen des sächsischen Bürgermeisters-Töchterchens, das sich von dem Bräutigam zur Erbin einsetzen läßt, ihn unter dem Vorwande, dem Schatz etwas zur Ueberraschung mitgebracht zu haben, veranlaßt, sich die Augen verbinden zu lassen und den Mund zu öffnen, und ihm den Revolver in den Mund steckt, ihn erschießt und dadurch sowie durch weitere raffinierte List den Verdacht, daß ein Mord vorliegt, abzulenken und den Glauben an einen Selbstmord zu erwecken sucht, beweist wohl zur Genüge, daß auch Germanen auf listigen Wegen wohl beschlagen sind, weiter noch gehen als Juden bisher in der List gegangen sind.

Doch wenden wir uns einer besonderen Rubrik zu. Die „Staatsbürgerzeitung“ findet es zwar „etwas beschämend für uns, aber auch von Interesse für die Beurteilung unseres Gastvolkes“, daß unser deutsches Volk 49 Mal so stark zum Jagdfrevel, zur Wilddieberei und dergleichen neigt als das jüdische. Was die „Staatsbürgerztg.“ damit sagen will, ist klar genug. Aber sie ist doch damit auf gänzlich falschem Wege. Wir erinnern daran, daß die Juden nicht nur n i c h t a l l e J a g d t i e r e e s s e n d ü r f e n, s i e d ü r f e n a u c h g a r k e i n g e s c h o s s e n e s W i l d e s s e n. Wozu sollten sie dann jagen? Daß sie ferner im Laufe der Jahrhunderte auch nicht jagen durften, daß Juden keine Anstellung im Forstdienste fanden und finden, daß die Juden meist Städter und in friedlichen Berufen tätig sind, erklärt wahrlich auch zur Genüge, daß selbst diejenigen Juden, die sich heute über die religiösen Speisegesetze hinwegsetzen, nicht geborene Nimrode sind. Nicht also Mangel an Mut u. dgl., nicht Wesensunterschiede, sondern Religion, Tradition, Beschäftigung, Gewohnheit und Mangel an Gelegenheit erklären zur Genüge die geringe Beteiligung der Juden an Jagdfreveln. Ist aber das Nichtessen von Wild Grund, eine Bevölkerungsklasse für „anders“ im Sinne der „Staatsbürgerzeitung“ zu halten? Wahrscheinlich ißt der weitaus größte Teil der deutschen Nation aus anderen als religiösen Gründen kein Wild und jagt auch kein Wild. Die Tierschutzvereine sollten nichts dagegen haben, daß nicht auch noch die Juden als Sonntagsjäger die armen Tiere anschießen.

Sollten die nicht Wild essenden — wohl die weitaus meisten, Germanen, sollen die Vegetarier nicht „unter gleichem Gesetz und Recht leben“ dürfen wie die anderen Deutschen? Und unendlich viel mehr als die zum Teil seit zwei Jahrtausenden in Deutschland und mit den Deutschen lebenden Juden, die die deutsche Sprache sprechen, die deutsche Geschichte und Literatur kennen, deutsche Sitte und Kleidung angenommen haben, weichen, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die Polen ab von den Germanen. Diese sprechen die deutsche Sprache nicht, w o l l e n sie nicht sprechen, wollen von deutscher Literatur und Geschichte, deutschen Sitten nichts wissen. Sollen sie nicht, da sie doch noch in vielen anderen Beziehungen so ganz „anders“ sind, wie die Germanen, nicht mit diesen unter gleichem Gesetz leben?

R. L.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. **Expedition:** Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 46. Berlin, 13. November 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die **Expedition**, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „**Mitteilungen**" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach **Berlin W., Magdeburgerstr. 14**, und alle für den **Bezirk des Bureaus Berlin** bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. **Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.**

Perversität der Gefühle.

Wenn uns auch für viele Vorgänge des psychischen Lebens die Erklärung noch fehlt, so wissen wir doch heute, daß die Erscheinungen der psychischen Welt von der physischen Beschaffenheit und von der vita sexualis stark beeinflußt sind. Ja, auch das Reich des Geistes ist keine absolute Monarchie, auch es hängt sehr oft vom Sexualleben ab, denn die Empfindungen sind primär, die Vorstellungen sekundär. Wir wissen heute psychologisch zu differenzieren, alle Nuancen des Empfindens mit Namen zu nennen und wir haben für jede Abnormität eine Bezeichnung gefunden. Es ist gar kein Zweifel, daß alle Abnormitäten, auch die sexueller Natur, im Gefühlsleben ihre Wurzel haben und von der Zentrale aller Kraft und allen Lebens, vom Gehirn, ihren Ausgang nehmen. Jede Abnormität beginnt als unklares, dumpfes Gefühl, sie verdichtet sich zu einer krankhaften Vorstellung und drängt, wo die Möglichkeit gegeben ist, zur psychischen Betätigung. Mannigfaltig sind diese psychischen Abnormitäten, sie dehnen ihre Macht auf alle Gebiete des Innenlebens und des Wissens aus und sie zeigen sich in allerlei Schattierungen und Abstufungen. Es ist daher nicht leicht, sie zu klassifizieren und stets ihren Gang zu verfolgen. Man wird sie aber alle an gewissen Merkmalen als Ausstrahlungen entarteter, degenerierter Menschen erkennen und man wird wohl mit Recht von einer P e r v e r s i t ä t d e r G e f ü h l e sprechen dürfen. Diese Entartung des Gefühlslebens ist die Quelle aller ungesunden Vorstellungen, der Ausgangspunkt aller unsozialen und unethischen Handlungen. Als perverse Gefühle wird man solche Gefühle bezeichnen dürfen, die der Selbsterhaltung und der Erhaltung des Geschlechts nicht dienen oder gar diese beiden Haupttriebe des Lebens stören. Alle Gefühle, die nicht darauf gerichtet sind, das Individuum zu stärken und zu veredeln und das soziale Leben in seinen mannigfaltigen Zweigen zu fördern, sind ungesund. Alle Empfindungen, die dahin streben, das Leben des Individuums zu erschweren und die sozialen Einrichtungen zu vernichten, sind zweifellos pervers, mögen sie sich als soziale, kulturelle oder politische Strömungen zeigen. Die Natur ist kein sinnloser Mechanismus, sondern sie trägt in sich die Ordnung und die Bestimmung des Lebens. Gesund, vernünftig und lebensfördernd sind identische Begriffe. Es gibt für die Ethik wie für die Soziologie keine andere Norm des Erstrebenswerten als die B e r e i c h e r u n g , V e r s c h ö n e r u n g , V e r e d l u n g u n d V e r t i e f u n g d e s L e b e n s. Was diesem Bestreben sich hemmend und störend entgegensetzt, ist Unnatur, ist krank und pervers.

Wenn unsere R a s s e n t h e o r e t i k e r die Erhaltung der Rasse an Stelle der Gattung und die Blutbeschaffenheit an Stelle der menschlichen Qualitäten setzen, so ist das nicht der Weg der Natur. Denn die Pfade der Natur führen zur Höhe, zur Entwickelung aller starken und schönen Triebe. Daher bedeutet die Rassenlehre in ihrer letzten Konsequenz die Verneinung des sozialen und des ethischen Fortschritts. Die zur Schau getragene Kraftmeierei unserer Pseudogermanen kann uns darüber nicht hinwegtäuschen, daß ihre Bestrebungen keine Verstärkung, sondern eine Verfälschung und Verschlechterung des Lebens bedeutet. Eine Menschenauslese kann nicht nach den Prinzipien der Rasse, sondern nur im Sinne der Entwickelungstheorie und nach den Gesetzen des sozialen Lebens vor sich gehen. Das soziale Leben aber zeigt überall die Tendenz, die Rassen zu durchkreuzen und die Unterschiede der Abstammung zu verwischen. Kraftmeierei ist keine Kraftentfaltung, sondern nur eine Vorspiegelung. Wer wirklich reich ist, der braucht nicht mit Goldstücken in der Hosentasche zu klimpern. Die wirkliche Stärke bedarf keiner künstlichen Mittel und keiner engen Geleise für ihre Entfaltung. Wenn unsere Reaktionäre jede weiche Regung der menschlichen Seele als ungesund bezeichnen und die Humanität in Gegensatz zur Natur stellen, so ist das eine Verkennung und Entwürdigung der menschlichen Natur. Das soziale Gesellschaftsleben ist ebenso natürlich wie das individuelle, die Erhaltung der Gesamtheit ebenso notwendig wie die Selbsterhaltung und schon Aristoteles bezeichnete den Menschen im Gegensatz zum Tiere als gesellschaftliches Geschöpf. Im sozialen Leben aber kommen wir ohne gegenseitige Hilfe, ohne Mitleid und Erbarmen nicht aus, weil sie allein die Möglichkeit besitzen, die soziale Ungleichheit wenigstens zu mildern. Mag die Sentimentalität manchmal auch übertreiben und dadurch vom eigentlichen Ziele etwas ablenken, die Humanität aber ist kein leeres Wort, sie ist in der Kulturmenschheit garnicht zu entbehren, weil sie die Quelle aller sozialen Tugenden bildet. Es ist seit Nietzsche Mode geworden, über die Barmherzigkeit zu spotten und die Kraft als ein hohes Ideal zu betrachten. Diese Verhöhnung der edelsten menschlichen Triebe aber ist nicht nur ein törichtes, sondern auch ein frevelhaftes Spiel. Nein, n i c h t d i e H u m a n i t ä t , s o n d e r n i m G e g e n t e i l d i e G r a u s a m k e i t , d a s P r e i s e n d e r b e s t i a l i s c h e n M a c h t i s t d a s

Merkmal des perversen Lebens. Die Perversität äußert sich nicht immer in der Verweichlichung, gerade ihre schlimmsten Erscheinungen sind mit tierischer Grausamkeit verbunden. Ueberhaupt ist jede Grausamkeit, wenn sie nicht im Dienste einer sozialen Notwendigkeit ausgeübt wird, die Aeußerung eines perversen Triebes. Es ist kein Zufall, daß die *grausamsten Judenverfolger* in Rußland, Rumänien und Galizien die *perversesten Scheusale* sind. Auch bei uns äußert sich der Judenhaß oft in einer so cynischen Freude an der menschlichen Qual, daß man ihn auf die Perversität der Gefühle zurückführen muß. Wir wissen keine andere Erklärung für die Tollwut, welche oft unsere antisemitischen Agitatoren ergreift, als die *Entartung des Gefühlslebens.* Oft erscheint das ganze Treiben als kein politischer Kampf, sondern als das Wüten einer blinden Leidenschaft, welche weder Ziel noch Maß kennt.

In den Volksvertretungen und auf den Parteitagen kommen diese krankhaften Erscheinungen des Antisemitismus weniger zum Vorschein, weil hier die Leidenschaft durch parlamentarische Formen gedämpft wird und weil man hier bestrebt ist, den politischen Schein zu wahren und daher dem Temperament Zügel anlegt. In der Presse aber, wo das eigentliche antisemitische Leben sich frei und ungeschminkt zeigt, kann man häufig den innern Zusammenhang zwischen Judenhaß und perverser Anlage studieren. In der Art der Stellungnahme zu allen Tagesfragen und in der Form der Behandlung aller Lebensprobleme zeigt sich sehr oft die perverse Natur des Judenhasses. Das Judentum ist der Sündenbock, um allen Haß auf sich zu laden und den Ausbruch aller Bestialität auf sich zu nehmen. Das scheint die Grundlage dieser krankhaften Vorstellung zu sein. Kann man durch irgendwelche künstliche Mittel die Juden in Zusammenhang mit irgend einem Uebel des öffentlichen Lebens bringen, dann geschieht es mit Wonne. Ist das Judentum gänzlich unbeteiligt, dann wütet man darüber, daß es so frech ist, unschuldig sein zu wollen. Das klingt komisch, und doch kann man dies täglich in unserer antisemitischen Presse beobachten. Das ganze ist als System des Wahnsinns anzusehen Die Liberalen haßt man als „Judenliberale“, weil sie eben in ihrer Weltanschauung auch Gegner des Klassen- und Rassenhasses sind. Die Sozialdemokraten bekämpft man als spezifisch jüdische Partei, weil unter ihren Führern auch Juden sich befinden, und noch mehr, weil das sozialdemokratische Programm für die „brennende Judenfrage“ keinen Raum hat. Die Engländer haßt man als „Halbjuden“, weil sie keinen Antisemitismus kennen, dagegen liebt man die Russen als die edelsten Vertreter des antisemitischen Ideals. Jede moderne Strömung in Kunst und Wissenschaft wird als jüdisch verhöhnt, jeder Barbarismus als germanisch gepriesen. Jeder, der jemals ein gutes Wort über Juden und Judentum geäußert hat wird als Judenstämmling oder wenigstens als Judenknecht verschrieen Jeder Schriftsteller dritten Ranges aber, der das Judentum verflucht, wird zum Genie erhoben. Das sind keine gesunden Erscheinungen, das sind Merkmale perverser Gefühle Denn diese Gefühle sind darauf gerichtet, das soziale Zusammenleben der Volksklassen zu erschweren und den gesunden Fortschritt zu hemmen

Wer diese Betrachtungen für übertrieben hält, der braucht nur die Artikel zum *Prozeß Moltke-Harden* in der antisemitischen Presse zu lesen. Er wird sich dann überzeugen, wie wenig diese Art zu denken mit dem gesunden Sinn in Einklang zu bringen ist. Hätte dieser Prozeß die sittliche Entartung jüdischer Elemente aufgedeckt, dann wäre man natürlich mit Freuden darüber hergefallen, hätte lange Artikel über die „Verderbtheit der jüdischen Rasse“ geschrieben und geschlossen, daß die Juden zum Schutze der deutschen Sittlichkeit aus dem Lande gejagt werden müssen. Nun sind aber die Bloßgestellten keine Juden, sondern Vertreter des höchsten Adels. Das ist doch ein Skandal, daß diese Juden es wagen, bei einer solchen Sache nicht beteiligt zu sein! Ja, wozu haben wir dann die Juden überhaupt? Aber der Antisemitismus weiß sich zu helfen und seine Presse hat es tatsächlich fertig gebracht, bei dieser Gelegenheit auf Juden und Judentum in wildester Weise zu schimpfen. Unsere Antisemiten sind ja bekanntlich furchtbar patriotisch, wenn dieses mit Worten zu erreichen ist, und sie finden hier die beste Gelegenheit, ihrem Gefühle Luft zu machen. Das trifft sich hier besonders gut, denn Harden ist der Geburt nach Jude Dieser Harden antisemitelt zwar sehr gern und er bekundet seine Unparteilichkeit nach der Art mancher Renegaten dadurch, daß er die jüdische Religion und die jüdische Gesellschaft gern verhöhnt. Er galt auch oft als antisemitische Autorität, aber — wo er es wagt, sich von einem germanischen Grafen verklagen zu lassen, sich von einem jüdischen Anwalt verteidigen und zum Schlusse gar freisprechen zu lassen, da ist er natürlich wieder der Jude Isidor Witkowsky. Und nun wird nicht nur geschimpft. nein gewütet über ihn und — über die Juden. Wie soll man dieses Betragen anders als krankhaft bezeichnen?

Wir haben gewiß keine Ursache, uns für Hardensche Manier und die Hardensche Politik zu begeistern. Er stand stets den Antisemiten viel näher als den Liberalen, und er hat den russischen Massenmörder *Plehwe* viel anständiger als *Virchow* behandelt. Er ist so wenig Jude, daß er stets bereit ist, das Judentum in seinem Blatte beschimpfen zu lassen, ohne einer Erwiderung Platz einzuräumen. Er ist so sehr Antisemit, daß Fritsch ihn in seinem Handbuche als Kronzeugen gegen die Juden zitiert. Wir haben also gewiß keinen Grund, für Harden einzutreten. Aber wie liegt hier die Sache? Er hat in seinem Blatte große Mißstände aufgedeckt, und, von welchen Motiven er sich auch leiten ließ, dadurch dem Vaterlande einen Dienst erwiesen, daß er den Kaiser von einer unwürdigen Umgebung befreite. Er ist nicht der Kläger, sondern der Beklagte, er ist also für den aufgewühlten Schmutz, der gewiß bedauerlich ist, sicherlich nicht verantwortlich. Unsere Antisemiten aber stellen die Sache so dar, als wenn Harden das Vaterland an den Rand des Ruines gebracht hätte In keinem antisemitischen Blatte fanden wir eine objektive Beurteilung des Sachverhaltes, manche aber schwelgen in Haß und Wut und machen das Judentum für den ganzen Skandal verantwortlich.

Aus einem allerdings sehr unsaubern antisemitischen Blatte wollen wir einige Proben zur Beleuchtung der Logik und der Ungerechtigkeit unserer Antisemiten bringen. Der Verfasser des schon kurz gekennzeichneten Artikels bezeichnet natürlich das *Laster als altkanaanitisch*, was für ihn ungefähr soviel wie semitisch bedeutet. Er schreibt: „Das Laster, um das es sich in diesem Schmutzprozeß handelt, ist ein altkanaanitisches, hat es doch von Sodom seinen Namen erhalten.“ Der gute Mann könnte sich von Krafft-Ebing belehren lassen, daß auch die griechische Jünglingsliebe unserer heutigen Wissenschaft in nicht idealem Lichte erscheint. Das Verbrechen scheint bei allen alten Völkern verbreitet gewesen zu sein und bei den kulturell am höchsten stehenden wohl am meisten, wie wir überhaupt die Perversität mit jeder Ueberkultur Hand in Hand gehen sehen. Unser Schmock scheint überhaupt nicht begreifen zu können, daß man aus andern Motiven als Eigennutz und Sensationsmacherei einen politischen Kampf führen kann. Er orakelt: „Herr Maximi-

lian Harden hieß früher, als er noch Jude war: Isidor Witkowsky. Als kluger Geschäftsmann, der er trotz der Taufe blieb, der seine „Zukunft" hochbringen will, macht er seit Jahren in deutscher Politik — die meisten nennens jedoch Sensation. Er hat zweimal wegen Majestätsbeleidigung vor dem Richter gestanden, das hat aber seine „Zukunft" durchaus nicht gesichert."

Jeder, der auch nur oberflächlich die Berliner Preßverhältnisse kennt, muß darüber lachen. Harden mag an Größenwahn leiden und sich in der Rolle des Vaterlandsretters wohlgefallen, ans Geldrückfichten aber handelt er sicherlich nicht, und er hat es auch gar nicht nötig. Noch lächerlicher ist die Darstellung seines Verhältnisses zu Bismarck. Es ist unsinnig, Harden als Kriecher hinzustellen und so zu tun, als wenn Bismarck das heute bedauern würde, diesem Schriftsteller seine Türe geöffnet zu haben. Es steht fest, daß Bismarcks Verhältnis zu Harden tatsächlich ein sehr freundschaftliches war, und mag es noch so schmerzlich für unsere „Germanen" sein, es ist und bleibt wahr, daß der Altkanzler im Sachsenwalde diesem Juden Harden viel mehr Vertrauen als der ganzen konservativen Partei schenkte. An Wahnsinn aber grenzt die Schilderung, daß die Kamarilla eine jüdische Machination wäre. Unser Autor erzählt uns mit ernstem Gesichte:

„Herrn Isidor Hardens „politischer" Kampf, der übrigens zur Politik im selben Verhältnis steht wie das Perverse zum Sittlichen, galt der Kamarilla, dem Ring, der angeblich mehr oder weniger perversen und verweibischten Günstlinge um den deutschen Kaiserhof. Leider Gottes ist diese Gegend ja stark verjudet, nicht nur im Blut, sondern auch in der Gesinnung und es ist deshalb viel Fäulnis vorhanden. Das wußte Herr Isidor Harden als Jude — dem Blute nach — instinktiv genau zu beurteilen."

Also auch die nächste Umgebung des Hofes, die Diplomatie und Hocharistokratie, ist stark verjudet und sogar mit jüdischem Blute vermengt. Nächstens werden wir wohl hören, daß Fürst Eulenburg von einem polnischen Hausierer und Graf Moltke von einem jüdischen Viehhändler abstammt. Die antisemitischen Redaktionen haben wohl schon diesen Stammbaum in ihrem Archiv. Ja, wo gibt es denn noch reine Germanen in Deutschland, wenn sogar der höchste Adel, der auf reines Blut soviel Gewicht legt, verjudet ist? Alles, alles ist in Deutschland verjudet, sogar die Reihen des Antisemitismus sind von dieser Seuche nicht frei geblieben. Was helfen all die schönen Rassentheorien, wenn es in Wirklichkeit nur eine Judenrasse gibt, die alle andern unterdrückt und mit der Zeit ganz verschlingt? Wenn es so weitergeht, dann werden in zwanzig Jahren noch alle antisemitischen Redakteure Synagogendiener und Herr Stöcker predigt dann nur noch hebräisch. Nein, diese Tragödie ist zu schrecklich. Was kann das deutsche Volk dagegen machen? Es ist ja den Juden gegenüber zu schwach. Unser Heer, unsere Diplomatie, unsere Richter und Behörden, — alle bücken sie sich vor dem Judentum und gehorchen seinen Befehlen. Unser Verfasser klagt:

„Ueberhaupt schien, wie frei herausgesagt werden darf, der vorsitzende Richter seiner Aufgabe nicht gewachsen zu sein; die gerissenen Juden hatten die Führung vollständig an sich gerissen. Wie sie mit dem Kläger umsprangen, besonders der Verteidiger Bernstein in seinem Plädoyer, das übersteigt denn doch die Grenzen des Zulässigen. Fast wehrlos mußte der einfache Soldat den talmudischen Advokatenkniffen standhalten. Er hätte entschieden einen besseren Eindruck gemacht, wenn er seiner Empörung Ausdruck gegeben hätte, eine stillschweigende Verachtung war solchen Gegnern gegenüber nicht am Platze. Während der Zeuge General v. Kessel die kniffligen Fragen der Juden mit soldatischer Ruhe und Kürze abtat, zeigte ein anderer Zeuge, Platzmajor v. Hülsen, eine geradezu klägliche Hilflosigkeit. Wie ein unmündiges Kind ließ er sich einwickeln und verwirren."

Ja, diese Richter sollten lieber statt des überflüssigen Corpus juris die Rassenprobleme studieren und nachher vor dem großen Theodor Fritsch ein Examen ablegen, um dann den Juden — und wir besitzen nach der Anschauung unserer Antisemiten mindestens 40 Millionen Juden in Deutschland — endlich gewachsen zu sein. Der Justizrat Bernstein hat sich aus München den Talmud in neuester Auflage mitgebracht, hat ihn unterwegs noch einmal auswendig gelernt und damit hat er das ganze Deutsche Recht erdrückt. Das ist doch einfach unerträglich. Da muß doch endlich der leider ganz kleine noch nicht verjudete Teil Deutschlands einsehen, welcher schrecklichen Katastrophe wir entgegengehen.

Und die Moral der Geschichte ist ja klar. Der Prozeß hat uns nicht etwa gezeigt, daß in den obern Schichten manches faul ist, sondern er hat Streiflichter auf die teuflische Macht des Judentums geworfen. Unser Herr schreibt: „Selten hat ein Prozeß einen solchen Schmutz aufgewirbelt, selten auch ein solches Streiflicht auf die eigenartige Veranlagung des Judentums geworfen, wie dieser." Das ist doch überzeugend. Es ist gar kein Zweifel, es beruht auf der Veranlagung des Judentums, daß manche hohe Kreise des christlichen Adels sich in Schmutz wälzen. Es liegt im jüdischen Blute, daß ihre ausgesprochensten Gegner mit allen Entartungen behaftet sind. Das ist doch klar. Durch kabbalistische Mittel haben die Juden es fertig gebracht, diese Kreise sittlich zu verderben, sie dann unmöglich zu machen, um den geheimen Oberrabbi Harden zum Reichskanzler zu machen und die Judenmacht für alle Zeiten zu befestigen. Schlimm, sehr schlimm sieht es im heutigen Deutschland aus und die Perspektive in die Zukunft ist noch trauriger. Unser besorgter Patriot schreibt:

„Der Geist des Mammonismus frißt die zuerst, die ihn anbeten. Was wir in diesem Schmutzprozeß erblicken, ist nur ein Vorspiel, es wird noch ganz anders kommen mit den scheußlich kanaanitischen Lastern, wenn der jüdische Einfluß in den oberen Schichten nur einige Jahrzehnte gewirkt hat. Auch dort sündigt man nicht ungestraft an dem Rassengeist des Volkes und deshalb empfinden wir eine Art schmerzlicher Genugtuung, wenn ein persönlich Unschuldiger, noch dazu der Träger eines großen deutschen Namens, öffentlich vor Gericht von Juden moralisch zerrissen wird."

Ja, so sieht es aus. Der Mammonismus verdirbt alles, — sogar den Antisemitismus. Die „Affenliebe, die gewisse Kreise für das jüdische Wesen zur Schau tragen," rächt sich, und unser Prophet ruft mit Recht sehr geschmackvoll und poetisch aus: „Na, wartet nur, ihr werdet noch einmal auf Händen und Füßen zur Erkenntnis hinaufkriechen müssen!"

Doch, versuchen wir einmal ernst zu bleiben, wie schwer es auch fallen mag. Wir halten es trotz aller inneren Verlogenheit des Antisemitismus für psychologisch unmöglich, daß jemand alles dieses niederschreiben könnte, ohne daran zu glauben. Er müßte ja fürchten, dem Fluche der Lächerlichkeit zu verfallen. Nur der Wahnsinnige fürchtet nicht, sich lächerlich zu machen, weil er die Logik und den Mut des Wahnsinns besitzt, weil er all die andern für Narren und sich allein für klug hält. Schließlich ist auch die innere Verlogenheit, wie wir sie so häufig bei unseren antisemitischen Journalisten finden, keine normale Erscheinung. Nein, das alles ist nur durch die Perversität der Gefühle, durch die Entartung des Geistes zu erklären. Der Judenhaß, wie er in manchen antisemitischen Blättern zum Ausdruck kommt, ist eine durchaus krankhafte Erscheinung und in der Empfänglichkeit mancher Gemüter für diese wider natürliche geistige Kost zeigt sich die perverse Anlage, die im Natürlichen keine Befriedigung mehr findet. Diese zur Schau getragene Kraftmeierei, die die innere Zerrüttung verbergen soll, dieses Delirium des Hasses, diese Sehnsucht nach Grausamkeit, nach Bestialität, diese Wollust an menschlichen Leiden, sind echte Symptome perverser Gefühle. Mit Vernunftgründen kommt man hier eben so weit wie etwa mit der aristotelischen Logik im Irrenhause, und eher könnte man Kannibalen zur Ethik erziehen, als manche unserer

Antisemiten. Es wird aber bald Zeit, auf Mittel bedacht zu sein, um diese Krankheit zu zügeln und ihren unheilvollen Einfluß zu beschränken, denn die Gefahr der Ansteckung und des weiteren Umsichgreifens dieser geistigen Epidemie liegt nahe. Man sollte endlich aufhören, den Antisemitismus als politische Richtung zu betrachten, er ist eine krankhafte Erscheinung unserer Zeit und er gedeiht überall da, wo eine ungesunde Anlage vorhanden ist.

Wiener Brief.

XIX.

(Zwei christlichsoziale Minister.)

Wien, den 9. Nov. 1907.

Es ist erreicht: Zwei Christlichsoziale treten in die Regierung Beck ein, die so eben eine gründliche Umgestaltung erfährt. Hofrat Geßmann wird vorläufig als Minister ohne Portefeuille fungieren, aber für ihn soll ein neues Arbeitsministerium geschaffen werden. Dr. Ebenhoch jedoch übernimmt das Ackerbauministerium. So wäre denn eingetreten, was man seit Jahren kommen sah und erst jetzt, da es zur Tatsache wird, die Irrwege, auf die die österreichische Politik geraten ist, mit voller Deutlichkeit erkennen läßt. Die Wiener Antisemitenpartei hat nunmehr den Gipfel der Macht erklommen, denn wenn sie unter den 13 Regierungsmitgliedern auch nur zwei Angehörige ihrer Richtung zählt, so bildet es doch ein offenes Geheimnis, daß der Minister des Innern Herr von Bienerth den Christlichsozialen zumindestens sehr nahe steht und daß der Ministerpräsident Herr von Beck gleichfalls ein Freund der Luegerpartei ist. Es dreht sich also eigentlich nicht um zwei, sondern um vier antisemitische Minister und dieser Umstand gibt ernstlich zu denken. Freilich das Kapitol und der Tarpejische Felsen sind nicht weit voneinander entfernt und die Geschichte lehrt, daß die Parteien in Österreich an Kraft verlieren, wenn sie zur Herrschaft gelangen. Die Altliberalen, die Alttschechen und die Jungtschechen bestätigen diese Wahrnehmung und so darf man hoffen, sie werde auch bei den Siegern von heute eine Bekräftigung finden.

Eines steht fest: Unter widerlicheren Begleiterscheinungen hat wohl noch keine Partei die Ministerbank erreicht wie die Christlichsozialen. Sie haben nämlich mit dem Regierungschef einen ganz gewöhnlichen Handel abgeschlossen, ohne sich irgendwie moralische Sorgen zu machen. Herr von Beck braucht im Abgeordnetenhause eine Majorität für den Ausgleich mit Ungarn. Wer ihm einen gewissen Anhang sicher zu stellen versprach, der bekam dafür ein Ministerportefeuille. Selbstredend mußte es dem Regierungschef in erster Linie darum zu tun sein, die Unterstützung der Christlichsozialen zu erlangen, denn damit gewann er auf einen Schlag mehr als 90 Stimmen. Die Partei Dr. Luegers befand sich nun in einer sonderbaren Lage. Ihr Führer — und von ihm konnte man früher sagen, daß er die Partei sei — hat in seiner Stellung zum wirtschaftlichen Ausgleiche drei Wandlungen durchgemacht. Zuerst war er für eine dauernde Festsetzung der zoll- und handelspolitisch!n Gemeinschaft beider Reichshälften, dann eröffnete er einen erbitterten Kampf gegen Ungarn, der von wüsten Schimpfereien über die „Judäomagyaren“ widerhallte und zuletzt trat er für ein großösterreichisches Programm ein, das den selbständigen ungarischen Staat von der Landkarte wegwischt. Der Feldzug gegen Ungarn hat Dr. Lueger und seine Partei fast nicht weniger populär gemacht als das antisemitische Schlagwort, das den Denkfaulen gewaltig imponierte. Die Christlichsozialen haben in der Zeit, in der sie im Parlamente etwas galten, zu den Gegnern des Ausgleiches gehört und man hätte von ihnen voraussetzen können, daß sie die Abmachungen der Herren Beck und Wekerle, mit denen ein magyarischer Chauvinist wie Franz Kossuth zufrieden ist, genauer prüfen würden. Doch nein! Als die österreichische Regierung die Ausgleichsvorlagen dem Abgeordnetenhause vorgelegt hatte, erklärte Dr. Lueger, daß er und seine Partei mit der Festlegung ihrer Haltung warten wollten, bis ihnen von Seite der Regierung die nötigen Aufschlüsse zu teil würden. Der Bürgermeister von Wien dachte jedoch gar nicht daran, die Vorlagen sachlich zu prüfen, sondern er wollte vom Ministerpräsidenten nur hören, welche Portefeuilles er seiner Partei zum Danke für die eventuelle Annahme des Ausgleichs zu überlassen gedenke. Auch Dr. Lueger stand demnach auf dem Geschäftsstandpunkt und er konnte kaum anders verfahren, denn er wußte zu gut, daß die Altklerikalen den Anschluß an die jungklerikal-antisemitische Gruppe nicht aus politischem Idealismus vollzogen haben und nun auf ihre Entlohnung warten, ebenso wie es ihm bekannt sein mußte, daß es unter seinen engeren Freunden Männer gebe, die den Tag nicht mehr erwarten können, an dem sie zu Ministerwürden emporsteigen dürfen. Allein der Bürgermeister von Wien wollte auf die Oeffentlichkeit doch wenigstens ein bischen Rücksicht nehmen und darum sollte der Eintritt in die Regierung erst vollzogen werden, wenn der Ausgleich bereits erledigt sein wird. Aber Dr. Lueger übt nur mehr eine Schattenherrschaft. Sein Wille bleibt ein frommer Wunsch, denn man weiß den geschwächten Mann zuletzt immer umzustimmen. Hofrat Geßmann ist der Herr der Situation und das geduldige Warten verträgt na.. seinem glühenden Ehrgeize wenig. Mit einem meisterhaften Schachzug verstand der geriebene Taktiker die Christlichsozialen in den letzten Tagen der Ministerkrise in den Vordergrund zu schieben, indem er mit einemmale sein deutsches Herz entdeckte, den Zusammenschluß der Deutschen bewirkte und damit den Schlüssel der Situation in seine Hände bekam. Herr von Beck sah sich genötigt, den Christlichsozialen die Portefeuilles anzubieten und er ging sogar persönlich zu Dr. Lueger ins Rathaus, um seine Einwilligung zu erwirken. Diese wurde nicht versagt und so verpflichtete der Ministerpräsident die Partei für den Ausgleich zu stimmen, während er ihr zwei Portefeuilles hinwarf. Für ein Amt selbst den Glauben, so etwa denkt der „schwarze Hofrat“, dem das Ziel seines Ehrgeizes alles, der Weg dahin nichts bedeutet. Wie plump der Aemterhandel betrieben wurde, möge die eine Tatsache bekunden, daß Herr Geßmann den dummen Kerl von Wien noch Freitag in seinem Blatte — der „Reichspost“ — einreden ließ, daß er nur das Handelsportefeuille übernehmen werde, weil die christlichsoziale Partei eine Partei des städtischen Mittelstandes sei und weil er von dem Drange erfüllt sei, dem Gewerbe und dem Handel zu nützen. Heute aber sieht man, daß der eine Christlichsoziale, wie schon gesagt, Ackerbauminister, der andere Arbeiterminister werden wird . . . .

Man ist in Oesterreich leider politisch so verwahrlost, daß man die prinzipielle Seite der Rekonstruktion des Ministeriums kaum beachtet. Daß eine klerikal-antisemitisch-agrarische Regierung bevorsteht — in der freilich auch Herr Marchet sitzt, der einmal liberal war und sich jetzt in der reaktionären Gesellschaft sehr behaglich zu fühlen scheint — wird wenig bedacht; man begnügt sich mit der Frage, ob die neuen Minister persönlich liebe oder unangenehme Kerle sind. Ein Teil der sogenannten freiheitlichen Presse ist von der Ministerschaft Dr. Ebenhochs fast entzückt, weil dieser waschechte Klerikale, der den Wiener

Antisemiten schon anfangs der neunziger Jahre Wahldienste geleistet hat, angenehme Umgangsformen aufweist. Wahrlich: Es ist ein bases Zeichen der Zeit, daß die Hüter der öffentlichen Moral und der kulturellen Güter wie Backfische nur nach Aeußerlichkeiten urteilen.

Der neue Ackerbauminister gehört dem Reichsrate und dem oberösterreichischen Landtage an, dessen Vorsitz er bisher führte. Er ist 52 Jahre alt und wurde von den Jesuiten erzogen. Dr. Ebenhoch hat dichterische Neigungen und verschiedene Theaterstücke haben ihn zum Autor; ebenso betätigte er sich als politischer Schriftsteller. Da Dr. Ebenhoch bisher hauptsächlich in einem Kronlande wirkte, wo die Juden sehr schwach vertreten sind, machte sich sein Antisemitismus weniger geltend. Als er vor einigen Monaten mit den übrigen Altklerikalen zu Dr. Luegers Heerbann stieß, legte er ein regelrechtes antisemitisches Glaubensbekenntnis ab, das er religiös und geschichtsphilosophisch zu „begründen" suchte.

Aus einem ganz anderen Holze ist Dr. Geßmann geschnitzt. Während sich Dr. Ebenhoch innerlich stets gleich blieb, hat der künftige Arbeitsminister als Demokrat begonnen und dann sein Fähnchen nach dem Winde gerichtet. Früher war er nur als ruder Drauflosgänger bekannt und so manche gegnerische Versammlung wurde unter seinem Kommando gesprengt. In den Vertretungskörpern, denen Dr. Geßmann angehörte — Reichsrat, niederösterreichischer Landtag, Gemeinderat — rief er, wenn er sprach, meistens Lärmszenen hervor, denn seine Rede war wie sein Tun aggressiv und verletzte den Gegner immer persönlich, ohne ihn sachlich zu treffen. Besonders hervorgetan hat sich Dr. Geßmann als niederösterreichischer Landesausschuß, da er das ihm zugefallene Schulreferat dazu benützte, die Schule zu klerikalisieren. Der neue Arbeitsminister lenkte die Aufmerksamkeit seiner Gesinnungsfreunde auf das flache Land und machte die Christlichsozialen allgemach zur Bauernpartei: Seine besondere Stärke lag in der instinktiven Erkenntnis der richtigen Wahltaktik; Dr. Geßmann gab seit Jahren die Wahlparolen aus. Kalt berechnend, trocken, ohne jeden Humor, abstoßend in seinem Wesen, unerbittlich rücksichtslos, maßlos ehrgeizig, dabei aber einer der besten und erfolgreichsten Taktiker: So hat der Mann, der jetzt erst 55 Jahre zählt, die oberste Sprosse der sozialen Stufenleiter erstiegen. Die vielen Orden, die er besitzt, wird er nun bald an den Geheimratsfrack heften können.

Exzellenz Dr. Geßmann! Dazu hat sich der „kleine Mann" erhoben und in den Wirtshäusern Politik gemacht, jahrelang treue Gefolgschaft geleistet und gläubig auf bessere Zeiten gehofft und geharrt. Von der „Knechtung der Juden", von der „jüdischen Korruption", von dem „Aemterhunger der Jungliberalen" versprachen die neuen Männer die Masse zu befreien und nun kann diese sehen, daß sie nur dazu da war, statt der altliberalen Ehrgeizlinge antisemitische Egoisten und Streber in die Höhe zu bringen.

rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hagemann, Vertreter von Erfurt, hat jüngst einen auffälligen Kotau vor dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband vollzogen, ein Vorgang, der in der breitesten Oeffentlichkeit bekannt zu werden verdient. Die Vorgeschichte der Angelegenheit ist folgende: Bei der Kaufmannsgerichts-Beisitzerwahl, die am 10. Oktober in Erfurt stattfand, war ein heftiger Kampf zwischen den alten Handlungsgehilfenverbänden (Verein Deutscher Kaufleute, Leipziger und Hamburger Verband und katholische Unitas), die eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, einerseits, und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband andererseits entbrannt. In diesem Kampfe wurde die demagogische Art der Agitation des Deutschnationalen Verbandes von der Erfurter nationalliberalen „Thüringer Zeitung", wenn auch scharf, doch vollständig zutreffend geschildert. Ihrer Gewohnheit gemäß schrieben nun die Deutschnationalen an den parlamentarischen Vertreter, den Abg. Hagemann und erkundigten sich danach, wie sich dieser Herr zu der Angelegenheit stelle. Abg. Hagemann antwortete darauf unter dem 25. Oktober folgendes:

> Sehr geehrter Herr!
>
> Nehmen Sie meinen verbindlichsten Dank für Ihr Schreiben vom gestrigen Tage. Die „Thüringer Zeitung" ist, wie Sie richtig annehmen, ein unabhängiges Organ, auf das wir als Partei keinen Einfluß haben. Ich hatte jedoch schon vor einiger Zeit mit Rücksicht auf mehrere mir dem Ton nach nicht zusagende Artikel den Redakteur gebeten, seine Feder etwas zu zügeln und habe heute sofort nach Empfang Ihres Briefes sowohl den Besitzer als auch den Redakteur aufgesucht, beide auch auf die Geschmacklosigkeit und die zumal bei der jetzigen politischen Situation mindestens ungeschickt zu nennende Redeweise aufmerksam gemacht.
>
> Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß meine eindringlichen Vorstellungen Erfolg haben werden und brauche meinerseits wohl kaum zu versichern, daß meine Stellung gegenüber dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande eine ganz entgegengesetzte ist, wie mir auch mein Kollege Schack gern bestätigen dürfte.

Herr Hagemann ist ja schon seit langem als eine höchst eigenartige Erscheinung innerhalb der nationalliberalen Partei bekannt; niemals aber hätte man annehmen sollen, daß er seine Sympathie mit den Antisemiten so energisch kundgäbe, daß er sogar das Organ der eigenen Partei dabei gründlich desavouierte. Das Bekenntnis des Herrn Hagemann zur antisemitischen Fahne ist um so auffallender, als er mit Hilfe der Freisinnigen gewählt worden ist und als bei den letzten Reichstagswahlen in dem Nachbarwahlkreise Eisenach die Schackschen Antisemiten in der skrupellosesten Weise gegen den Kandidaten der Nationalliberalen, den Archivar Dr. Winter aus Magdeburg, gekämpft haben.

Herr Schack, der antisemitische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des **Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes** fühlt sich nunmehr gedrungen, in höchsteigener Person den ungünstigen Eindruck, den die Renommisterei seines Verbandsorgans, der „Handelswacht" bezüglich des Anteils der Deutschnationalen an den „nationalen" Kundgebungen am Abend des Wahltages gerade in den rechtsstehenden Blättern hervorgerufen hat, abzuschwächen. Er hat zu diesem Zwecke der „Nordd. Allg. Ztg." eine „Richtigstellung" — lucus a non lucendo — geschickt, in der er jede Absicht des Verbandes, das Verdienst an diesen Ovationen den antisemitischen Handlungsgehilfen zuzuschreiben, entschieden in Abrede stellt. Der uns vorliegende Artikel der „Handelswacht", der den II. christlich-nationalen Arbeiterkongreß behandelte und auch hier den hervorragenden Anteil der antisemitischen Handlungsgehilfen an dem Gelingen der Veranstaltung rühmend hervorhob, beweist aber das strikte Gegenteil. Freilich ist das Handlungsgehilfenorgan nicht so unvorsichtig gewesen, gewissermaßen von Verbandswegen die Mitglieder des Vereins wegen ihrer „geschickten Regie" zu rühmen, er hat andere sprechen lassen und hat zu diesem Zweck die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und das „Hannoversche Tageblatt" vorgeschoben. Gerade das den Verein bei den rechtsstehenden Parteien so kompromittierende Lob bildete die Quintessenz des Artikels des Hannoverschen Blatts und war auch von der „Handelswacht" durch Sperrdruck hervorgehoben worden. Wenn das Verbandsorgan das darin den deutschnationalen Handlungsgehilfen erteilte

Lob nicht hätte acceptieren können, wie es Herr Schack jetzt bescheiden ablehnen zu müssen glaubt, warum hat er denn da nicht sofort dagegen protestiert? Der Grund ist ein sehr einfacher. Die Anerkennung schmeckte so süß und erst die gallige Kritik der anderen „nationalen“ Parteien hat sie ihm vererkelt.

„Deutsche Männer“ hinter den Kulissen. Unter dieser Spitzmarke schreibt der antisemitische reformerische „Reichsherold“:

„Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, hat auf dem letzten deutschsozialen Parteitage in Frankfurt eine geheime Sitzung stattgefunden, in der unter anderem beschlossen wurde, in den reformerischen Wahlkreisen Hersfeld-Rotenburg und Alsfeld-Lauterbach vorzugehen. Die deutschsozialen Einlagspolitiker, die nur von anderer Leute Gnade ihr jammervolles Dasein fristen, werden unserem Ludwig Werner in seinem Wahlkreise hochwillkommen sein; sie mögen nur kommen. Ludwig Werner wird sie heimschicken, genau, wie er den Lattmann-Kandidaten Vodelschwingh abgefertigt hat.

Der Frankfurter Beschluß hat erfreulicherweise den Erfolg gezeitigt, daß die Leitung der deutschen Reformer mit dem Vorgehen der hessischen Reformer ihr volles Einverständnis erklärt hat und in Zukunft keinerlei Rücksicht mehr auf die deutschsoziale Partei nehmen wird. Wir sind zu dieser Erklärung ausdrücklich ermächtigt worden.“

Schlimmer als die Juden. Die deutschsozialen Antisemiten gelten ihren Brüdern von der Reformpartei noch schlimmer als die Juden — der härteste Vorwurf, den ein Antisemit dem andern machen kann! Der reformerische „Reichsherold“ in Kassel stellt in ergötzlicher Weise einige „Schwindel“-Nachrichten deutschsozialer Flugblätter und Agitationen zusammen und fügt dem hinzu:

„Leider gibt es unter den Reformern immer noch Leute, die von diesen Leuten als von einer verwandten Richtung faseln. Wir danken schon aus Reinlichkeitsgründen für eine solche Verwandtschaft. Der Jude muß nach gedorten werden, der es im Schwindeln mit der Truppe des Herrn von Liebermann aufnehmen kann.“

Die Stadtverordnetenwahlen von Groß-Berlin. Die reaktionären Parteien, deren Kerntruppen die Antisemiten bilden, haben nicht nur in Berlin bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen keinen Kandidaten durchzusetzen vermocht, auch in Groß-Berlin wirtschaftet der reaktionäre Mischmasch immer mehr ab. Es ist der Zeitpunkt gar nicht mehr fern, wo sich auch in den großen städtischen und ländlichen Vorortgemeinden von Berlin nur noch liberale und sozialdemokratische Stadtverordnete in den Gemeindevertretungen gegenüberstehen werden. In Schöneberg haben die Wahlen der zweiten Klasse den rechtsstehenden Parteien ein förmliches Debacle gebracht; in der dritten Klasse haben sie überhaupt keinen Kandidaten durchgebracht und die noch ausstehenden Wahlen der ersten Klasse sind für sie ebenfalls vollkommen aussichtslos. Die erst vor 1½ Jahren mit sechs Mann gegründete liberale Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung wird wahrscheinlich schon jetzt, obwohl doch nur für ein Drittel der Stadtverordneten Ergänzungswahlen stattgefunden haben, die stärkste Fraktion werden. In Charlottenburg erhält die liberale Fraktion durch die jetzigen Ergänzungswahlen zum ersten Male die Majorität in der Stadtverordnetenversammlung trotz der größten Anstrengungen der sogen. „Unpolitischen“, welche Flagge die Reaktionären aller Schattierungen decken mußte, das Zustandekommen dieser Majorität zu verhindern. Der liberale Zuwachs an neuen Mandaten in der zweiten und ersten Klasse dürfte ein so erheblicher sein, daß die Zahl der „Unpolitischen“, welche noch bis vor wenigen Jahren in der Charlottenburger Stadtvertretung dominierten, auf ein kleines Häuflein zusammenschrumpfen wird, die bei den nächsten Wahlen voraussichtlich ganz verschwinden werden.

Vermischtes.

Nietzsche und die Antisemiten. Unsere Antisemiten waren nie gut auf den kühnsten aller modernen deutschen Philosophen zu sprechen. Er ist trotz seiner echt aristokratischen Gesinnung ein ausgesprochener Gegner aller Rassentheorien und ein erbitterter Feind des Antisemitismus, — und das sind Todsünden, für die es keine Sühne gibt. Vor kurzem veröffentlichte die unermüdliche Schwester des Philosophen, Frau Förster-Nietzsche, einige letzten Briefe ihres Bruders. Im letzten lobt der Philosoph den deutschen Kaiser, weil er „Front gegen die Antisemiterei und die „Kreuzzeitung“ gemacht hat“. Das paßt unsern Antisemiten natürlich nicht und sie machen die angestrengtesten Versuche, den Philosophen als Wahnsinnigen hinzustellen, weil er im selben Briefe einige unfreundliche Worte über die Deutschen gesagt hat. Die „Deutschsozialen Blätter“ glauben, die Herausgeberin der Briefe schulmeistern zu dürfen und sie schreiben:

„Die Schwester des unglücklichen Mannes hätte diese Briefe aus der letzten Zeit als persönliche Andenken zurückhalten sollen. Nun sie aber in die Oeffentlichkeit hineingeworfen sind, muß man, der Wahrheit die Ehre gebend, auch öffentlich darauf hinweisen, daß ein unvermittelter Ausbruch des Wahnsinns in dem Falle Nietzsche wissenschaftlich nicht zu verteidigen ist. Das beweisen u. a. die wenigen hier festgehaltenen Sätze. Das Judentum und sein Gefolge wird sich aber kaum abhalten lassen, von diesem Urteil ausgiebigen Gebrauch zu machen, obwohl jeder Vernünftige sich sagen wird, daß das, was ein unglücklicher Wahnsinniger einige Wochen vor dem unverhüllten Ausbruch der Krankheit schreibt, schon von dem Einfluß des unheilvollen Dämons nicht frei gewesen ist.“

Dieser Versuch scheint uns gänzlich mißlungen zu sein. Kein vernünftiger Mensch kann in diesem Briefe auch nur die leiseste Spur geistiger Gestörtheit entdecken. Nietzsches Urteil über die Deutschen halten wir für ungerecht, aber diese Worte sind der Ausdruck einer persönlichen Verbitterung. Es gibt kaum einen zweiten deutschen Philosophen, der im Leben so wenig Anerkennung in Deutschland fand, wie Nietzsche. Jeder Dutzendprofessor war populärer als er, der uns die tiefsten und feinsten Bücher schenkte, und sogar im Konservationslexikon war sein Namen nicht zu finden. Das mußte ein Temperament wie Nietzsche verbittern und ihm ungerechte Worte entlocken. Wollte man aber jeden, der einmal ein bitteres Wort über die Deutschen äußerte, als wahnsinnig erklären, dann müßten wir gar vielen unserer Geisteshelden die Vernunft absprechen. Goethe und Bismarck haben sich sehr hart über die Schattenseiten des deutschen Charakters geäußert, niemand aber wird es einfallen, ihnen deswegen die klare Urteilskraft und die deutsche Gesinnung abzusprechen. Nein, die Verachtung Nietzsches für die Antisemiten wie seine warme Begeisterung für alles Große und Schöne zeigen uns nur den edlen Menschen und den tiefen Denker.

Der antisemitische Reichs- und Landtagsabgeordnete Köhler tut für die Bildung seines Volkes, wie für seine eigene so viel er kann und so viel er es versteht. Herr Köhler wählt für seine Volksbibliothek ein Buch wie Chamberlains Grundlagen des 19. Jahrhunderts. Er zitiert in einer Polemik aus J. J. Rousseaus „Bekenntnissen“. Was Herrn Köhler an diesen Werken besonders anzieht, ist leicht ersichtlich. In dem einen ist es die rassenpolitische

Grundanschauung, in dem andern die Feindschaft gegen die Kultur.

Im „Gieß. Anz." kam es im Anschluß an den Antrag Köhler, betreffend das vierte hessische Lehrerseminar, zu einer kleinen Polemik. Herr Köhler, der dabei für die Errichtung des Seminars in Lich plädierte, zitierte dabei die folgende Stelle aus Rousseau:

„Es kommt mir sehr lustig vor, daß ihr Philosophen die Leute in den Städten als die einzigen ansieht, denen wir Pflichten zu erfüllen haben. Gerade auf dem Lande ist es, wo man einander lieben und die Pflichten der Menschlichkeit ausüben lernt, in den Städten lernt man die Menschen nur verachten."

Ob Herr Köhler, der mit seinen krausen Einfällen schon oft bei seinen eigenen Gesinnungsgenossen ein starkes Schütteln des Kopfes hervorgerufen hat, gerade ein geeigneter Interpret Rousseau'scher Gedankengänge ist, darf billig bezweifelt werden. Immerhin ist es vielleicht ein nicht unnützliches Werk, wenn Herr Dr. Strecker ihm in der „Hessischen Liberalen Wochenschrift" ein kleines Privatissimum darüber liest, was Rousseau mit seinem Ausspruch wirklich gemeint hat:

„Ob Herr Köhler, als er diese Worte schrieb, wohl ein deutliches Bild von dem Charakter Rousseaus hatte? Ob er wohl die Frage mit absoluter Gewißheit beantworten könnte, inwieweit wirklich nur die damalige französische Kultur an Rousseaus Urteil schuld war, oder inwieweit auch vielleicht auch auf Seite Rousseaus Charakterschwäche und Mangel an Verständnis an dem radikalen Urteil beteiligt war? Was war ferner auch jene französische Kultur im Vergleich zu der heutigen? Dürfen wir wirklich alle kulturellen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts mit derselben Wegwerfung behandeln, wie es die schauderhaften Zustände vor der französischen Revolution in der Tat verdienen? Wenn sich Herr Köhler überlegt, daß zu unserer mühsam verknüpften Kultur nicht nur Eisenbahn und Telegraph, industrielle und landwirtschaftliche Maschinen, Musik und Malerei usw. gehört, sondern z. B. auch die konstitutionelle Verfassung, die ihm als Reichs- und Landtagsabgeordneten allein einen Einfluß auf die Regierung ermöglicht — ob er dann wohl auch ebenso leichten Sinnes wie Rousseau die Kultur seiner Zeit bei Seite schieben möchte? Oder weiß er nicht, daß die Ideen, in denen Rousseau eine Rückkehr zur Natur sah, in Wahrheit nur eine gewaltig fortgeschrittene Kultur der gesamten Menschheit voraussetzen? Ist nicht auch die Einrichtung eines Lehrerseminars an und für sich schon wieder eine Kulturtat? Und wie wenig hat sie außerdem mit dem Rousseauschen Erziehungsideal zu tun, das vollständig auf die Einzelerziehung zugeschnitten ist? Gewiß ist Rousseau voller Anregungen auch noch für unsere Zeit, und vor allem könnten wir eine große Hauptsache von ihm lernen, daß Kultur und Natur nicht in Gegensatz zu einandern treten sollen, sondern daß die erstere nur das Werk der letzteren zu ergänzen und fortzusetzen habe."

Den deutschen Heine-Verunglimpfern ins Stammbuch. In einer Pariser Korrespondenz der „Köln. Ztg." vom 4. November lesen wir:

„Der Père Lachaise war am Tage Allerheiligen von nicht weniger als 25 000 Personen besucht. Eine kleinere Zahl besuchte den Friedhof Montmartre, den zweiten unter den berühmten Pariser Friedhöfen. Er wird für uns Deutsche des Heine-Grabes wegen immer das Ziel unserer Wallfahrten sein, nicht bloß am Totensonntag. Es ist eine wohltuende Erscheinung, zu bemerken, daß fast nie die frischen Blumen am Grabe Heines fehlen, auch während des Restes des Jahres. Die deutschen Reisenden vergessen ihn nicht. Aber ich habe auch Franzosen, die zufällig zu meinen Bekannten gehörten, am Tage Allerseelen Kränze an Heines Grab niederlegen sehen; sie sprachen mit Tränen in den Augen davon, welche Eindrücke sie Heines Poesien zu verdanken hätten. Für die Franzosen, für die Schiller und Goethe fernstehende Erscheinungen sind, ist Heine einfach „der" deutsche Dichter. Wenn man weiß, daß in jeder Woche mindestens einmal die großen Pariser Zeitungen Heine zitieren, daß erst jetzt wieder ein ganz allerliebster französischer „calendrier de Heine" mit einer Auswahl seiner Gedichte herausgekommen ist, und wenn man ihn dann liest, was noch heute in Deutschland gegen Heine gebrucht wird, dann schämt man sich, wenn man in der Fremde lebt. . . Aber lassen wir das. Auf dem Friedhof Montmartre, der an künstlerischen Denkmälern nicht arm ist, locken noch andere berühmte Dichternamen: Murger, Meilhac, Emile Zola, Dumas Fils; das Grabmal des letztern ist vielleicht das vollendetste, was man auf Pariser Friedhöfen finden kann. Der Tag neigt sich zu Ende; wir hören die Glocke des Wärters, die den Torschluß verkündet".

Juden als Schöffen und Geschworene. Der antisemitische Abgeordnete Zimmermann hatte sich im sächsischen Landtage gegen eine Mitteilung des Justizministers von Otto an die Ausschüsse für Auswahl der Schöffen und Geschworenen gewandt, in der darauf hingewiesen wurde, daß es verfassungswidrig sei, grundsätzlich Juden von diesen Ehrenämtern auszuschließen. Der Justizminister ergriff das Wort, um nachdrücklich zu betonen, daß die grundsätzliche Ausschließung eine Ungerechtigkeit sein würde, denn es gelte bei uns das gleiche Recht für alle ohne Unterschied der Konfession. Es sei daher völlig hinfällig, ihm den Vorwurf zu machen, er habe mit jener Mitteilung in die Selbständigkeit der Ausschüsse eingegriffen.

„Judenangst". Die Antisemiten sind entzückt, weil nach dem Generalstabswerk über die Kämpfe in Südwestafrika der Witboi Samuel Isaak das Wort „Judenangst" gebraucht haben soll. Wir glauben kaum, daß der Witboi die Bedeutung dieses Worts kannte, wir gönnen aber unsern Antisemiten diesen schwarzen Bundesgenossen. Wahrscheinlich wird dieser Spruch bald unter den „Aussprüchen berühmter Männer über die Juden" in der neuesten Auflage des „Handbuches der Lüge und Niedrigkeit" glänzen. Wir würden sogar raten, möglichst bald einen schneidigen Agitator nach Südwestafrika zu entsenden, um die Schwarzen für die schwarzen Ideen des Antisemitismus zu gewinnen. Die Witbois würden ein sehr dankbares Publikum abgeben, denn sie haben ein tiefes Verständnis für Rassenkämpfe und sie würden den praktischen Antisemitismus sehr gut begreifen und im Geiste Pücklers kämpfen. Wir möchten uns dafür verbürgen, daß für die Grundsätze „Afrika den Afrikanern!" und „Kauft nur bei Rassengenossen!" unsere Schwarzen sofort zu begeistern wären. Das wäre ja nur das antisemitische Prinzip ins Schwarze übertragen.

Ein charakteristischer Beitrag zu dem Thema der Behandlung deutscher Staatsangehöriger jüdischen Glaubens in Rußland liefert eine Schilderung, die dem „Fränk. Kurier" von einer angesehenen Nürnberger Firma zugegangen ist:

In Deutschland ist es ungesetzlich, das Religionsbekenntnis dem Paß beizufügen; die Erfüllung dieser russischen Forderung bedeutet eine Umgehung des Gleichheitsprinzips. Wenn es nun damit abgetan wäre, so wäre das zwar bedauerlich vom ethischen Standpunkt, aber schließlich zu ertragen. Allein durch diese amtlicherseits gestattete Kennzeichnung der Religion wird der russischen Willkür Vorschub geleistet; es werden von den Reisenden jüdischen Glaubens erpresserische Abgaben eingezogen, es werden ihnen Beschränkungen und Unannehmlichkeiten persönlicher Art auferlegt, denen der Reisende christlichen Glaubens und der jüdische Angehörige der englischen, amerikanischen und französischen Nation nicht ausgesetzt ist, weil diese Nationen einen Unterschied in der Paßbehandlung ihrer gleichberechtigten Staatsbürger nicht gestatten. Seit 20 Jahren reise ich besonders nach Russisch-Polen. Ich habe zu wiederholten Malen die Unannehmlichkeit gehabt, daß mein Paß, der bei der Ausreise aus Rußland das Visum der Polizei der letzten russischen Stadt tragen muß, mir nicht erteilt wurde mit der Angabe: „Wir visieren keinen jüdischen Paß, damit müssen Sie in die Gouvernementsstadt fahren!" Da das Gouvernement häufig eine Tagreise entfernt ist, kann man sich denken, welche Kosten und Zeit hierauf verwendet werden müssen, abgesehen von den Gefühlen, die man empfindet, wenn es heißt „jüdischer Paß" statt „deutscher Paß". Es sind acht Tage her, da erhielt ich in Rußland meinen Paß wieder zurück mit dem Bemerken: „Jüdische Pässe visiere ich nicht, Sie müssen nach Warschau!" Ich hatte noch

Warschau 6 Stunden Bahnfahrt, dort $1\frac{1}{2}$ Tage Aufenthalt, da Uebernachten erforderlich ist, und wieder 10 Stunden Bahnfahrt zurück, da mein Reiseziel in ganz anderer Richtung lag. Um diese schwerwiegende Unannehmlichkeit und auch um Zeit und Geld zu sparen, begab ich mich selbst auf das Polizeibureau der betreffenden Stadt, konnte jedoch keinen anderen Bescheid erzielen, und es versagte auch das sonst erfolgreiche Mittel einer „Abgabe". Ich mußte nach Warschau, um dort ebenfalls erst zu hören: „Einen jüdischen Paß visiere ich nicht!", und ich erhielt ihn visiert erst, nachdem ich eine „freiwillige" Abgabe von 15 Rubel bezahlt hatte!

Ein böser Reinfall eines rumänischen Antisemitenführers. Aus Bukarest wird der „Frankfurter Zeitung" geschrieben:

Ganz Rumänien lacht jetzt über ein Journalistenstücklein, welches das demokratisch-unabhängige Blatt „Adeverul" dem ehemaligen Führer der rumänischen Sozialdemokratie Jon Nadejde gespielt hat. Nadejde, der seinerzeit zur liberalen Partei übergetreten ist, einer Partei, die freilich alles andere nur nicht liberal ist, hält es für seine Hauptaufgabe, die Anhänger jener Lehren, die er einst vertreten, mit Schmutz zu bewerfen, sie der Polizei als Anarchisten zu denunzieren, ihre Ausweisung zu fordern und jede Gewaltmaßregel gegen sie zu billigen. Da Nadejde Leiter des offiziösen Regierungsblattes „Vointza Nationala" geworden ist, kann er seine neuen Neigungen an maßgebender Stelle anbringen. Mit besonderer Wut kämpft er gegen den „Adeverul", dem er im Bunde mit den meisten rumänischen Blättern der sogenannten Regierungsparteien, als im Dienste des Auslandes, der Fremden stehend und vaterlandsverräterisch bezeichnet und auch wegen seiner Stellung zur Judenfrage befehdet. Nadejde hat in diesem Kampfe aus der „Vointza Nationala", welche schon früher judenfeindlich war, ein richtiges antisemitisches Hetzblatt gemeinsten Stiles gemacht. Vor einigen Tagen veröffentlichte nun die „Vointza" einen Brief, welchen der Jassyer Arzt und Führer der jüdischen Arbeiter Dr. Gelerter an ein amerikanisches Komitee gerichtet haben soll. Dr. Gelerter hat die Authenticität dieses Briefes bestritten. Für Nadejde wollte dies aber nichts bedeuten. Er griff Dr. Gelerter, den er übrigens einst selbst zum Sozialismus bekehrt hat, in heftigster Weise an, forderte seine Ausweisung usw. Dabei zog er auch den „Adeverul" in die Debatte. Dieser antwortete: Will die „Vointza" eine Debatte über die Judenfrage, so kann sie diese haben, und als erster Artikel erschien ein Aufsatz über die Judenfrage, über den die „Vointza" in heftigster Weise herfiel. Nadejde meinte in seinem eleganten Stile, „in einem andern Lande müßte das Haus dieses Blattes (des „Adeverul") samt der darin wohnenden Wanzen in die Luft fliegen." Diesen Angriffen schlossen sich alle Blätter der nationalistischen Parteien ohne Ausnahme an. Ja in Jassy beriefen die nationalistisch-antisemitischen Studenten für den Sonntag eine Protestversammlung ein. Der „Adeverul" schien vernichtet! Aber nur 24 Stunden vergingen und er konnte nachweisen, daß der in Frage stehende Artikel eine, dazu noch abgeschwächte Wiedergabe der Ideen war, die Nadejde selbst seinerzeit allein unter den andern Führern der Sozialdemokratie vertreten hatte. Sämtliche Angriffe und Schimpfereien Nadejdes sowie der ganzen Presse fielen also auf ihn selbst zurück. Die Lektion war eine wohlverdiente, aber ob sie etwas nützen wird, ist fraglich. Renegaten pflegen eine dicke Haut zu haben.

Roosevelt und Ahlwardt. In einer Biographie Roosevelts „Vom Reitersmann zum Präsidenten" von Dr. Max Kullnick, die im Verlage von Mittler u. Sohn in Berlin erschienen ist, findet sich eine kleine, bisher noch nicht bekannt gewordene Episode aus der Agitationsreise Ahlwardts, die dieser im Jahre 1895 nach Amerika unternommen hatte. Roosevelt war um diese Zeit Polizeipräsident von Newyork. Ahlwardt sollte in einer öffentlichen Versammlung sprechen, seine Freunde aber fürchteten für seine Sicherheit und begaben sich zu Roosevelt, um ihn zu bitten, für den Schutz des Gastes zu sorgen. „Was befürchten Sie denn?" fragte Roosevelt. „Herr Ahlwardt ist oft sehr scharf in seinen Ausdrücken," erwiderten sie. „Da könnten sich möglicherweise die Juden zusammenrotten und ihn beschimpfen." „Das ist Unsinn," war seine Antwort, „es gibt in Newyork keine friedlicheren Bürger als die Juden." Da die Abgesandten dabei beharrten, das Erscheinen einer besonderen Leibwache von Schutzleuten würde etwaige Ruhestörer am besten im Zaume halten, so entließ sie Roosevelt mit der Versicherung, Ahlwardt solle an dem betreffenden Abend einen ausreichenden Schutz erhalten. Kaum hatte sich die Tür hinter den Männern geschlossen, als er einen Polizeikommissar zu sich berief und ihm befahl, aus der gesamten Schutzmannschaft dreißig Leute jüdischen Glaubens auszuwählen. Je deutlicher sie die Kennzeichen ihres semitischen Ursprunges an sich trügen, um so besser. Der Kommissar kannte seine Leute, und als Roosevelt die „Garde" musterte, mußte er gestehen, daß er seine Auswahl gut getroffen hatte. Er gab den Leuten ihre Anweisungen und schickte sie am Abend nach dem Lokal, in dem Ahlwardt reden sollte. Man male sich das Gefühl von Ahlwardts Freunden aus, als sie gleich an der Tür von ein paar Schutzleuten empfangen wurden, über deren Abstammung nicht der geringste Zweifel möglich war. Ueberall an den Pfeilern und Fenstern standen sie umher, selbst wie steinerne Säulen, mit ihren gebogenen Nasen und schwarzen Haaren, um Ahlwardt zu schützen. Und sie beschützten ihn auch. Unter den Zuhörern befanden sich natürlich auch einige Juden, und als einer von ihnen versuchte, die Rede zu stören, packte ihn einer der Schutzleute mit dem „reinen" Profil beim Kragen und beförderte ihn glatt auf die Straße.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 47. Berlin, 20. November 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Judentum und Theater.

Neue Glossen zu einem alten Thema.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

Die „Deutsche Tageszeitung", die gegenwärtig über ein von Richard Nordhausen — trotz mancher prinzipieller Gegnerschaft sei das anerkannt — geschickt und energisch geleitetes Feuilleton verfügt, besitzt daneben seit Jahr und Tag noch eine eigene Wochenbeilage, die „Zeitfragen", deren Leitung man das Prädikat „geschickt" jedenfalls auch mit sehr viel Wohlwollen nicht zugestehen könnte. Namentlich in den künstlerisch-literarischen Beiträgen macht sich hier vielfach ein anmaßender Dilettantismus breit. Man sagt nicht allzu viel, wenn man sagt, die Beiträge, die Adolf Bartels dort gelegentlich veröffentlicht, seien noch die besten; schlimmer kommt es meistens, wenn die Jünger, die auf die verba dieses magistri schwören, zu Wort kommen. In der neuesten Nummer macht einer dieser Herren seinem gepreßten Herzen in einer längeren Diatribe über „Das Judentum auf dem Theater" Luft, ein Lieblings- und Paradethema der antisemitischen Presse, das allerdings noch nicht oft mit mehr Aufwand an trivialsten Gemeinplätzen und in schlechterem Deutsch behandelt worden ist, als hier. Die tönende Ueberschrift läßt irgend eine allgemeine und grundsätzliche Erörterung erwarten — aber worum handelt es sich? Der angeblich in Düsseldorf ansässige Artikelschreiber regt sich über den Saisonspielplan des Stadttheaters in Elberfeld auf und eine große Berliner Zeitung hält diese Jeremiade eines literarischen Pickwickiers, die allenfalls einem Lokalblättchen zur Zierde gereicht hätte, für wichtig und wertvoll genug, um ihre Spalten damit zu füllen — nur der Tendenz und dem unwiderstehlichen Verlangen zu liebe, damit dem „Judentum" etwas am Zeuge zu flicken. Dieser Zweck scheint nachgerade bei manchen Redaktionen auch das platteste Geschwätz zu heiligen.

Der Tatbestand ist denn auch freilich welterschütternd genug, um von Düsseldorf (?) und Elberfeld her in Berlin furchtbar zu wiederhallen. Nämlich: das Saisonprogramm des Elberfelder Stadttheaters (dessen Direktor nicht etwa ein Jude ist) weist neben „manchem guten älteren Werk" — wie der Verfasser selbst einräumt — auch folgende Novitäten auf: „Die Rabensteinerin" von Wildenbruch, „Die Schmuggler" von Dinter, „Frühlings Erwachen" von Wedekind, „Der Gott der Rache" von Schalom Asch, „Der Dieb" von Bernstein und „Der heimliche König" von Fulda. Darüber nun ist der fremde Herr aus Düsseldorf völlig aus dem Häuschen und findet darin die „Vorherrschaft des Judentums" wieder einmal erschreckend deutlich ausgeprägt. Denn alle sechs Verfasser sind entweder Juden oder Judengenossen (sagt der fremde Herr aus Düsseldorf). Wildenbruch ist zwar kein Jude (wenigstens bis jetzt noch nicht), aber da er „die Judenfrage stets wie ein Kräutchen Rührmichnichtan behandelt hat, so hat man keinen Grund, ihn irgendwie kaltzustellen". (Geistvoll, nicht wahr?) Der zweite Autor ist („wenn ich nicht sehr irre," sagt der fremde Herr aus Düsseldorf) Dramatiker eines jüdischen Theaters in Berlin geworden, hat sich „also unter sichere Aufsicht begeben". (Scherzhaft, nicht wahr?) Was Wedekind betrifft, so ist er „ein solcher sittlicher Schmutzfink, daß man ihn „in jenem Lager, in welchem man alle sittlichen Begriffe zu verwirren trachtet, sehr gut verwenden kann." Die übrigen Herren „sind alle Juden", ihre Stücke also von vornherein verwerflich. „Kann man da," schreit der Artikelschreiber laut zum Himmel auf, „nicht mit vollem Rechte von einer Vorherrschaft des Judentums reden?" Und nach dieser rhetorischen „Zeitfrage" folgt die alte Litanei von dem „zersetzenden" Einfluß des Judentums in Literatur und Theater und seiner allmächtigen Rolle auf diesen Gebieten, verbrämt mit den abgegriffensten Phrasen, von denen sich allenfalls noch der Redner eines kleinen Lokalvereins deutschnationaler Handlungsgehilfen einigen Eindruck versprechen darf, für die aber einem Organ der großstädtischen Presse — selbst einem antisemitischen — Druck und Papier zu schade sein sollten.

Da aber dieses Organ sich nun einmal selbst auf ein so niedriges Niveau stellt und seine Leser dementsprechend einschätzt, wollen wir den furor teutonicus des rheinländischen Unbekannten, der in seinen kontorfreien Stunden in Theater- und Literaturkritik dilettiert, versuchsweise etwas ernster nehmen und mit ein paar Worten auf seinen Jammer eingehen. Wir stellen zunächst fest, daß es sich um den Spielplan einer Provinzbühne zweiten Ranges handelt, die ein nichtjüdischer Direktor leitet; daß es sich innerhalb dieses Spielplans nur um die sechs Novitäten handelt, die im Laufe des Winters gegeben werden sollen, also vielleicht bestenfalles um den achten Teil aller Vorstellungen des Jahres; daß von diesen sechs Novitäten nur drei von jüdischen Autoren herrühren, auf die von 250 Spieltagen günstigen Falles 15—20 entfallen können. Und daher der Name „Vorherrschaft des Judentums"! — Nun zu den Stücken und Autoren selbst. Die Bemerkung, daß Wildenbruch nur deshalb gespielt werde, weil er bisher nie in antisemitischem Sinne aufgetreten sei,

richtet sich durch ihre tiefsinnige Albernheit von selbst. Was den Verfasser der „Schmuggler" betrifft, so heißt er Dr. Arthur Dinter, ist gut arischer Herkunft und als Regisseur und Dramaturg an dem von Direktor Schaper (gleichfalls einem Nichtjuden) geleiteten Stadttheater in Rostock tätig. Folgt als Nummer drei: Frank Wedekind, der katholische Schweizer, den man als eine Art Abbadonna oder Luzifer beständig dem „Judentum" zuzuschieben beflissen ist. Wir haben keinerlei Neigung, für diesen Autor eine Lanze einzulegen, aber ihm Unsittlichkeit und Schmutzigkeit aus seinen Werken vorwerfen kann nur jemand, der (wie offenbar der Herr aus Düsseldorf) noch nichts davon gelesen oder gesehen, sondern sein ganzes Wissen aus Zeitungsberichten, Witzblättern oder ähnlichen Quellen geschöpft hat. Mag sich Wedekind bisweilen in der Wahl seiner Mittel bis zur Geschmacklosigkeit vergreifen, der Zweck und die Tendenz seiner Arbeiten sind in sittlichem Sinne so b i t t e r e r n s t gemeint, daß schon die Borniertheit von Gevatter Schneider und Tütenkleber dazu gehört, mit pharisäischem Naserümpfen von „Unsittlichkeit" zu sprechen.

Aber dies nur beiläufig; hier kam es bloß darauf an, den blanken Unsinn zu beleuchten, daß durch die Aufführung von Werken Wildenbruchs, Dinters und Wedekinds eine „Vorherrschaft des Judentums" zum Ausdruck komme. Dieser Vorwurf für den bedauernswerten Elberfelder Direktor reduziert sich somit auf das Verbrechen, von d r e i jüdischen Autoren Novitäten akzeptiert zu haben. Eines davon ist „Der Gott der Rache" von dem polnisch-jüdischen Jargonschriftsteller Schalom Asch — ein Stück, das gerade in den Kreisen des gebildeten Judentums den größten Abscheu erregt und dessen Aufführung man allenthalben der sonst künstlerisch exklusiven Leitung des Deutschen Theaters auf das schärfste zum Vorwurf gemacht hat. Glaubt der ahnungslose Herr aus Düsseldorf im Ernst, daß das „Judentum" ein Interesse daran oder auch nur den Wunsch haben kann, ein Stück verbreitet zu sehen, dessen fragwürdiger Held ein jüdisch-polnischer Bordellbesitzer ist und das als abstoßend naturalistisches Unkulturbild aus dem dunkelsten Rußland bei der urteilslosen großen Masse höchstens antisemitische Instinkte wachrufen oder stärken kann? Wir glauben vielmehr, daß der Elberfelder Direktor seitens seiner jüdischen Abonnenten und Besucher alles eher denn Dank für diese Acquisition ernten wird — desto mehr vielleicht bei dem Düsseldorfer Herrn, wenn er das Stück erst kennen sollte. Sonach hätte er sich nur noch dafür zu verantworten, daß er ein Versdrama von Ludwig Fulda und ein Unterhaltungsstück des Franzosen Henry Bernstein auf sein Programm gesetzt hat — allerdings eine beängstigende „Vorherrschaft" des Judentums! Unseliges Elberfeld! Und dabei ist das letztgenannte Stück („Der Dieb") unglücklicher Weise noch von demjenigen unverfälscht christlichen Theaterdirektor Berlins zuerst in Deutschland ein- und aufgeführt worden, der königlich preußischer Leutnant der Reserve ist und die besondere Gunst des Kaisers besitzt: Dr. Alfred Schmieden vom Neuen Theater . . .

So also sieht es mit der jüdischen „Vorherrschaft" auf dem Theater der Provinzstädte aus, über die der „Düsseldorfer" Menschenfreund (mit dieser Ortsangabe glaubt sich der Verfasser offenbar verstecken zu können) sein Lamento im Interesse seiner unglücklichen Elberfelder Landsleute glaubt anstimmen zu müssen. Auf derselben imponierenden Höhe provinzieller Sachkenntnis stehen seine Ausführungen über das, was „unsere eigenen (d. h. nichtjüdischen) ernststrebenden Dichter" unter der jüdischen Theokratie zu leiden haben und warum sie vernachlässigt werden. Er findet es „geradezu skandalös", daß Fritz Lienhards Stücke so selten gegeben werden; weil er blind dafür ist, daß Lienhard zwar ein liebenswürdiger und feiner Poet, auch ein ideenreicher Ethiker und Aesthetiker, aber absolut kein Mann der Bühne ist, trotz der dramatischen Form mancher seiner Dichtungen. Ferner hat er — wohl durch eine Empfehlung und einen Probeabdruck im „Kunstwart" — etwas von Otto Erlers Drama „Zar Peter" läuten hören und schimpft nun, daß man dieses Stück nicht an allen deutschen Bühnen aufführe. Der geschätzte Herr weiß natürlich nicht, daß dieses — ziemlich schwer zu inszenierende — Drama außer in Dresden bereits am Stadttheater in Hamburg aufgeführt worden ist, dessen Direktor sowohl als stellvertretender Direktor Juden sind, und er ahnt auch nicht, daß gerade augenblicklich eine große Berliner Bühne (das Neue Schauspielhaus), deren Direktor gleichfalls Jude ist, Erlers Drama vorbereitet und als nächste Novität herausbringt. Zum dritten hat der aufgeregte Herr aus Düsseldorf etwas von dem früh verstorbenen Hamburger Fritz Stavenhagen gelesen und fragt empört, warum man sich nicht gerade in Elberfeld dieses Niedersachsen liebevoll annehme, durch die man doch die Zuschauer „für etwas Hohes wahrhaft begeistern" könne. Schon diese Banalität beweist, daß der Verfasser Stavenhagens Stücke überhaupt nicht kennt, deren bestes („Mutter Mews") eine realistische Familientragödie in der Art von Gerhart Hauptmanns unerquicklichem „Friedensfest" enthält, das Charakterdrama einer Schwiegermutter aus dem Volke: sehr talentvoll bei mancher Unfertigkeit, aber nichts weniger als geeignet, für „Hohes zu begeistern", und außerdem im plattdeutschen Dialekt geschrieben, den ober- und süddeutsche Darsteller nicht beherrschen und ohne den das Stück sehr viel von seiner Urwüchsigkeit einbüßen würde. Zum Ueberfluß hat der Artikelschreiber auch mit Stavenhagen Pech, wenn er an dessen Zurücksetzung seitens der Theater die „jüdische Vorherrschaft" demonstrieren will. Denn unglücklicherweise war es die „Literarische Gesellschaft" in Hamburg, an deren Spitze ein jüdischer Kunstfreund steht und in deren Mitgliederschaft das jüdische Element vorwiegt, die dem schwer kämpfenden jungen Dichter durch Aufführung eines seiner Stücke zum ersten Erfolge verhalf; unglücklicherweise war es ein jüdischer Berliner Theaterdirektor, Dr. Otto Brahm, der Stavenhagen durch Aussetzung eines festen Jahresgehalts die drückende Existenzsorge erleichterte, um ihm ein freieres Schaffen zu ermöglichen; unglücklicherweise waren es auch jüdische Persönlichkeiten, speziell in Hamburg und Berlin, die sich bei Stavenhagens tragisch frühem Tode für seine unversorgten Hinterbliebenen interessierten, wofür die Zusammensetzung des Komitees der „Stavenhagenstiftung" und die Quittungen über die eingegangenen Spenden (ca. 20 000 Mark, so viel uns bekannt) den Beweis liefern. Wenn trotzdem unsere Bühnenleiter — speziell die niederdeutschen — Stavenhagen noch manches schuldig geblieben sind, so mag man das bedauern und sich darüber aufhalten, so viel man will, aber es ist ebenso dumm als unverfroren, für diese Tatsachen das „Judentum" verantwortlich zu machen. Was hat überhaupt das Judentum damit zu tun, wenn irgend ein Provinztheaterdirektor d i e Novitäten erwirbt, die er für die erfolgreichsten hält — wer hindert denn den Mann daran, die Stücke zu wählen, die dem Düsseldorfer Herrn wünschenswerter erscheinen? Welche kolossale Beschränktheit gehört dazu, für die Auswahl, die solch ein Direktor als Geschäftsmann trifft, das „Judentum auf dem Theater" herhalten zu lassen! Weshalb zetert man nicht lieber dagegen, daß reiche Stadtgemeinden, wie Elberfeld, ihre Theater nicht in eigene Verwaltung nehmen, anstatt sie einem gewinnbedürftigen Unternehmer auszuliefern? Weshalb wendet man sich mit den Klagen über die angebliche Nichtbeachtung von Dichtern wie Lienhard, Erler

usw. nicht an die Adresse der *Hoftheater*, die die Mittel und die künstlerische Freiheit besitzen, ihr Repertoire von Kassenrücksichten unabhängig zu gestalten, und es doch nicht tun?

Ein solches Mindestmaß von Einsicht darf man freilich von einem „Kunstpolitiker" nicht erwarten, der in vollem Ernste so lapidaren Blödsinn niederschreiben kann, wie diesen:

„Es ist ja bedauerlicherweise so weit gekommen, daß die Art der besonderen Pflege von Werken, die Juden zum Träger (sic) haben oder von Juden verfaßt wurden, schon gar nicht mehr auffällt, und doch hat die Anhäufung von Werken wie Kaufmann von Venedig, Jüdin von Toledo, Judith usw. ganz gewiß eine symptomatische Bedeutung, den *einen Zufall* wird doch *wohl auch der Harmloseste in dieser Anhäufung nicht erblicken*."

Man muß das dreimal lesen, um es für möglich zu halten, daß eine große Berliner Tageszeitung derartiges zu drucken wagt. Also die Aufführung von Meisterwerken eines Shakespeare, Grillparzer und Hebbel ist eine „Verbeugung vor dem Judentum"! (Diese Entdeckung haben selbst die antisemitischen Leuchten im Wiener Gemeinderat bisher noch nicht gemacht; vielleicht waren sie immer noch literarisch zu gebildet dazu). Und der „Kaufmann von Venedig", in dem ein jüdischer Wucherer verspottet und mißhandelt wird, oder die „Jüdin von Toledo", in dem eine junge spanische Jüdin eine Dirnenrolle spielt, sollen *Huldigungen* vor dem Judentum sein? (Darauf ist sogar Adolf Bartels einstweilen noch nicht verfallen.) Und wo, wenn man fragen darf, hat der kundige Thebaner in Düsseldorf, der in Wahrheit nur ein Böotier ist, die „Anhäufung" der genannten Stücke wahrgenommen, in der auch der Harmloseste keinen Zufall erblicken kann? Unseres Wissens haben sich die genannten klassischen Stücke in den letzten Jahrzehnten im Spielplan aller großen Bühnen befunden, in letzter Zeit nicht mehr als früher — aber selbst wenn dem zufällig so wäre (Hebbel wird ja überhaupt erst in neuester Zeit stärker berücksichtigt), welche Geistesarmut gehört dazu, aus dieser Tatsache antisemitische Folgerungen zu ziehen!

Damit können wir wohl den Artikelschreiber der „Zeitfragen" sich selbst und seiner Unerheblichkeit überlassen. Wir hätten es ganz und gar tun können, wenn nicht gerade ein vielgelesenes, großes Blatt der Reichshauptstadt die . . . Selbstverleugnung so weit getrieben hätte, diese nach Form, Sachkenntnis und Logik gleich unzulängliche Stilübung eines provinziellen Wichtigmachers durch den Abdruck zu sanktionieren. Das mag es erklären, warum wir uns vielleicht über Verdienst ausführlich mit der rheinländischen epistola viri obscuri beschäftigt haben: ist doch auch im Leben oft der Stich eines winzigen giftigen Insekts gefährlicher, als die Tatze eines großen Raubtiers.

Nationalliberale und Antisemiten.

Aus **Thüringen** wird uns geschrieben:

Die antisemitische *Wahltaktik* zeichnet sich seit Jahren durch ein unwürdiges Spiel mit dem „*nationalen*" Schlagwort aus. Zur Zeit der Reichstagswahlen wird von den Antisemiten jeder Gegenkandidat in seiner nationalen Gesinnung angezweifelt und der Antisemit brüstet sich mit *seiner* nationalen Denkart, als habe er diese in Erbpacht genommen. Man macht bei dieser Taktik nicht etwa einen Unterschied in der Parteizugehörigkeit des Gegenkandidaten — bei den Januarwahlen wurden selbst erprobte *Nationalliberale* als zweifelhafte „nationale" Männer bei den Wählern zu verdächtigen versucht. Diese Manipulation wird natürlich nur vor der Hauptwahl angewandt und in der Stichwahl verlangt man von den oft schwer brüskierten nationalliberalen Kandidaten Aufforderungen zur Wahl des Antisemiten. Derartige Wahlpraktiken wirken aber umso bedenklicher, als man meist schon vor Beginn der Wahlbewegung das Einverständnis der Nationalliberalen: „falls der Antisemit mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt, den Antisemit als *nationalen* Kandidaten zu wählen", in der Tasche hat. Hierzu bedienen sich die Antisemiten des Vereins zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der, ob aus Neigung oder in Wahrnehmung berechtigter Interessen, das bleibe dahingestellt, in den Wahlkreisen der Antisemiten sehr tatkräftig eingegriffen hat. Dieser antisozialdemokratische Verein tritt vor der Hauptwahl an die einzelnen Kandidaten bezw. Parteien heran, für die Stichwahl, falls es zu einer solchen mit dem Sozialdemokraten kommt, eine bindende Erklärung zu gunsten des *nationalen Kandidaten* abzugeben. So kann der Antisemit seinen nationalliberalen und freisinnigen Gegenkandidaten nach Herzenslust verleumden und herabwürdigen, weiß er doch, daß diese für die Stichwahl gebundene Marschroute haben. *Hierin* liegt auch ein gut Teil des antisemitischen *Wahlerfolges*, denn ohne die nationalliberalen und freisinnigen Krücken hätten die Antisemiten bei den letzten Wahlen nicht so viele Mandate in Thüringen und Hessen heimbekommen. Es wäre als sehr erfreulich zu bezeichnen, wenn die Nationalliberalen, die, fast ausnahmslos, bei den letzten Wahlen, durch derartige, vor der Hauptwahl abgegebene bindende Erklärungen, sich den Antisemiten in der Stichwahl verschrieben, nunmehr zur Einsicht kämen, daß alle *vor der Hauptwahl* abgegebenen taktischen Verbindlichkeitserklärungen Antisemiten gegenüber vom Uebel sind. Vielen Nationalliberalen dürfte es im letzten Wahlkampf schwer gewesen sein, ihr Wort zu halten. Die Reue hat sich denn auch bei den Nationalliberalen bereits eingestellt und es ist zu erhoffen, daß die Erkenntnis: zwischen dem Antisemitismus, als Sozialismus der Dummen und dem Sozialismus selbst ist in Wahlzeiten kein Unterschied zu machen und wenn *Sozialdemokrat und Antisemit* in der Stichwahl stehen, ist, wenn dies nur irgend zu ermöglichen ist, *Wahlenthaltung* zu proklamieren — sich durchzuringen beginnt. Der Antisemitismus ist fast allenthalben in die bürgerlichen Wahlkreise Thüringens und Hessens eingefallen und es liegt für die bürgerlichen Parteien keine zwingende Notwendigkeit vor, selbst dazu beizutragen, daß ihr alter Besitzstand einer Partei überliefert wird, deren Agitation, was Unwahrhaftigkeit, Volksverhetzung und Demoralisierung breiter Volksschichten anbetrifft, die sozialdemokratische Wahlagitation weit in den Schatten stellt. Durch die jesuitisch-antisemitische Wahltaktik, die vorstehend gekennzeichnet wurde, sind 1907 wieder eine ganze Reihe Wahlkreise an diese Spekulantenparteien gefallen, von denen hier nur Kassel, Eschwege-Schmalkalden, Weimar und Eisenach genannt sein sollen. Speziell der Wahlkreis *Eisenach* ist, seit er von dem Antisemiten Wilhelm *Schack* vertreten wird, stets ein Schulbeispiel für die antisemitische Wahlmache gewesen und hat schon oft von sich reden gemacht.

Neuerdings ist nun zwischen den *Nationalliberalen*, die bei der Stichwahl 1907, wie bei der Stichwahl 1905 dem Antisemiten *Schack* zum Siege verhalfen und dem Reichstagsabg. Schack ein *Konflikt* ausgebrochen, der von prinzipieller Bedeutung ist:

Bekanntlich hatten die Freisinnigen und Nationalliberalen des Wahlkreises Eisenach bei der letzten Reichstagswahl gemeinsam den nationalliberalen Archivdirektor

Dr. W i n t e r als Kandidaten aufgestellt. Winter war, nachdem er in der Hauptwahl unterlegen war, in einem längeren „A u f r u f a n s e i n e W ä h l e r“, in überaus warmer Form für den Antisemiten Schack eingetreten und hatte damit speziell bei seinen freisinnigen Wählern großen Anstoß erregt, weil bereits seitens der nationalliberalen Partei eine o f f i z i e l l e Stichwahlparole für Schack ausgegeben war.

Am 6. September d. J. hatte nun in Eisenach eine vertrauliche Sitzung der vereinigten liberalen Parteien in Eisenach stattgefunden, bei der auch der Reichstagskandidat dieser Parteien, Dr. Winter, eine Rede hielt, die bei den Antisemiten Anstoß erregte. Bereits am 18. September wurde ein Flugblatt der Antisemiten durch Schacks Freund Eugen C l a u ß aus Hamburg im Wahlkreise verbreitet, das endlich den Nationalliberalen die Augen geöffnet hat und so hoffentlich auch auf die Haltung der Nationalliberalen in den übrigen Wahlkreisen in günstigem Sinne einwirken wird.

Am 2. November veröffentlichte Herr Archivdirektor Dr. W i n t e r ein Gegenflugblatt, in dem er u. a. erklärte:

„Bei dem Tone, den das Flugblatt gegen den Kandidaten und die Partei anschlägt, durch deren Hilfe allein Herr Schack in der Stichwahl gewählt werden konnte und mit einer k n a p p e n, n o c h d a z u a n g e f o c h t e n e n M e h r h e i t v o n r u n d 300 S t i m m e n gewählt worden ist, kann es zweifelhaft erscheinen, ob eine Verteidigung gegen diesen in u n e r h ö r t h e f t i g e r F o r m erfolgten Angriff notwendig ist. Ob ein solcher Streit die Aussichten des Herrn Schack bei einer etwaigen nochmaligen Stichwahl zu erhöhen geeignet ist, muß ich dem Urteile des Herrn Schack überlassen, der ja nach seinem Flugblatte „im öffentlichen Leben (w o h l n i c h t g a n z o h n e m e i n e H i l f e) auf einem viel weiter sichtbaren Platze steht, als ich“. Herr Clauß erklärt, er glaube nicht, „daß sonst noch ein Kandidat mit so viel G e m e i n h e i t (!) und Unanständigkeit bekämpft wurde, wie Herr Schack.“

Herr Dr. Winter gibt sodann recht liebliche Enthüllungen von dem M a n d a t - K u h h a n d e l, den Schack m i t d e m Z e n t r u m getrieben hat. Die Nationalliberalen und ihr Kandidat hatten sich während des Wahlkampfes von Schack düpieren lassen. Es wurde seinerzeit Schack der Vorwurf gemacht, er habe dem Zentrum w e i t g e h e n d e Z u g e s t ä n d n i s s e gemacht. Dies wurde von Herrn Schack mit seinem Ehrenwort b e s t r i t t e n und durch Führer der Zentrumspartei durch Depeschen als unrichtig bestätigt. Nun hat es sich herausgestellt, daß Herr Schack an einen bekannten Zentrumsmann in der Wahlzeit einen Privatbrief gerichtet hat, in dem er u. a. erklärt hat, f ü r k o n f e s s i o n e l l e S c h u l e n u n d f ü r d e n T o l e r a n z a n t r a g des Zentrums stimmen zu wollen. Hierzu schreibt Dr. Winter:

„Mit meinen Begriffen von höheren sittlichen Forderungen absoluter E h r l i c h k e i t, die man an einen im öffentlichen Leben stehenden Mann stellen darf, verträgt es sich nicht die Erklärung abzugeben, daß man mit einer politischen Partei keinerlei Verhandlungen gepflogen, ihr k e i n e r l e i V e r s p r e c h u n g e n und Erklärungen abgegeben habe, wenn man solche einem e i n z e l n e n Mitgliede dieser Partei gegeben hat.“

Dieser „j e s u i t i s c h e W a h l k n i f f“ des Antisemiten Schack hat, wie Dr. Winter weiter ausführt, dem Hamburger Handlungsgehilfenführer zu seinem Mandat verholfen. Nach Herrn Winter zugegangenen Nachrichten dürfte Herr Schack, dessen Wahlstrategie im Claußschen Flugblatt mit N a p o l e o n I. (!) verglichen wird, zum l e t z t e n Male als Volksvertreter im Reichsparlament eingezogen sein, da auch unter den Anhängern Schacks die Zahl derer nicht gering ist, die eine Wiederkehr der Erscheinung, daß im W a h l k r e i s e d e r R e f o r m a t i o n das Z e n t r u m gerufen oder ungerufen, die Entscheidung über die Hauptwahl in der Hand hat, vermieden sehen wollen. Zum Schluß schreibt Dr. Winter:

„Und nun ein Wort über die unerhörte Insinuation des antisemitischen Flugblatts, daß ich unter Umständen auch für den Sozialdemokraten sei, ein verschämtes Techtelmechtel mit der Sozialdemokratie unterhielte. Das wagt man einem Manne zu bieten, der trotz seiner ausgesprochen scharfen Gegnerschaft gegen die politische Richtung speziell des Herrn Schack, getan hat, was in seinen Kräften stand, um diesen selben Herrn Schack über die Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen? — Ich weise diese unwahre Insinuation mit aller Entschiedenheit zurück.“

Im Anschluß an diese Erklärungen des Dr. Winter richtete am 6. November der nationalliberale Reichsverein in Eisenach an Schack eine ö f f e n t l i c h e A u f f o r d e r u n g, in der es heißt: „So lange Schack den Adressaten und den wörtlichen Inhalt des von ihm während des Wahlkampfes 1907 an „einen Zentrumswähler“ gerichteten Briefes nicht bekannt gibt, sind wir nicht in der Lage, ihn davon loszusprechen, daß er d i r e k t oder i n d i r e k t mit der Zentrumspartei b r i e f l i c h e A b m a c h u n g e n getroffen hat.“

U n e h r l i c h k e i t und U n w a h r h e i t sind u. E. die schlimmsten Vorwürfe, die man einem Politiker und Reichstagsabgeordneten machen kann. Die Manipulationen und die Wahlmache Schacks sind an dieser Stelle schon vor langer Zeit als unqualifizierbar bezeichnet worden. Jetzt haben es die N a t i o n a l l i b e r a l e n selbst erfahren, daß die hier gegebene Charakteristik des Antisemiten Schack, die aber im übrigen von der Feder seiner Freunde nicht weiter abweicht, den T a t s a c h e n e n t s p r o c h e n hat. Wenn man in den leitenden Kreisen der nationalliberalen Partei hieraus die richtigen Schlüsse zu ziehen weiß und die taktischen Erwägungen bei Reichstagswahlen von diesen Gesichtspunkten aus dirigiert, dürfte auch in diesem Fall Eisenach ein Schulbeispiel abgeben, aus dem heilsame Lehren gezogen werden und die Legende vom „a n t i s e m i t i s c h e n T h ü r i n g e n“ vollends zerstört.

—op—

Das „Adelsblatt“ und die Juden.

Das unter der verantwortlichen Leitung eines Freiherrn von S a ß stehende „Adelsblatt“, das offizielle Organ der Adelsgenossenschaft, hat schon oft genug Proben seiner urreaktionären Gesinnung gegeben. Die Frankfurter Tagung des Verbandes der Deutschen Juden gibt dem Blättchen wieder Gelegenheit zu den schwersten Verleumdungen und Entstellungen.

„Die Juden und das allgemeine Interesse“ überschreibt Herr von Saß seine Darlegungen. Er beginnt:

„Die Juden in Deutschland lieben es, sich als bedrückte und verfolgte Volksklasse hinzustellen, während ihr Einfluß auf das öffentliche Leben, insbesondere auf die wirtschaftliche Leitung tatsächlich von großer Bedeutung ist. Um so eigentümlicher muß es berühren, wenn die Juden dessenungeachtet mit Forderungen hervortreten, die ihre angeblich bedrängte Lage bessern sollen, in Wirklichkeit aber darauf gerichtet sind, ihren Einfluß noch erheblich zu stärken.“

Es ist nur sonderbar, daß die Juden trotz ihres „großen Einflusses“ noch immer die tatsächliche G l e i c h b e r e c h t i g u n g mit den anderen Staatsbürgern f o r d e r n müssen. Herr v. Saß ist erbittert darüber, daß die Juden es wagen, die G l e i c h b e r e c h t i g u n g m i t d e r a n d e r e n B e v ö l k e r u n g zu fordern und daß sie diese Gleichberechtigung auch „im Interesse des Staates“ fordern. Das geht dem hochfeudalen Herrn denn doch über die Hutschnur. Wie kann jemand verlangen, daß alle Staatsbürger gleich sein

sollen! Das ist ja geradezu unerhört! Ja, wenn die Juden nur Gleichberechtigung mit der misera plebs contribuens verlangen würden, dann ginge es noch allenfalls an. Aber sie fordern Gleichberechtigung mit der g a n z e n Bevölkerung, also auch mit dem hohen Adel!! Das ist für Herrn von Saß doch des Guten zu viel. Darum sagt er: „Die Forderungen des Verbandstages in Frankfurt zeigen die jüdische Anmaßung in hellem Licht. Bezeichnend an sich ist schon der Umstand, daß die Resolution nicht von Bitten oder Wünschen, sondern von „Forderungen" spricht, die unter allen Umständen im Interesse des Staates erfüllt werden müssen."

Ja, Herr von Saß, soll man um G e r e c h t i g k e i t winseln? Die Herren Junker schreien und fordern ja auch, freilich nicht Gerechtigkeit — die ist ihnen gegenüber nie verletzt worden — nein sie schreien nach Privilegien, nach Ausnahmegesetzen zu ihren Gunsten.

Herr von Saß ergeht sich dann weiter:

„Wie bereits erwähnt, behauptet der Verband, daß die Gleichberechtigung fortdauernd im Heere und bei der Besetzung der öffentlichen Aemter verletzt wird. In letzterer Hinsicht ist es bemerkenswert, daß in den vielen niederen Stellen, die der Staat zu besetzen hat, die Juden in niedriger Zahl aber gar nicht vertreten sind. Diese Erscheinung erklärt sich lediglich daraus, daß die Juden sich niemals um solche zu bewerben pflegen. Anderenfalls würden sie sicher Berücksichtigung finden."

Aber, Herr von Saß, wie wenig sind Sie mit dem praktischen Leben vertraut. In allen Ländern haben wir Juden in den niederen Staatsstellen — in Nordamerika sind sie sogar Policemen — nur in Deutschland nicht, weil in unserem Vaterlande so gut wie alle unteren Beamtenstellen von ehemaligen Unteroffizieren besetzt werden. Nun besteht aber fast allgemein bei den Regimentskommandeuren der Brauch, schon die jüdischen Einjährig-Freiwilligen nicht avancieren zu lassen, viel mehr gilt das dann noch von den jüdischen Soldaten.

Es heißt weiter in dem Elaborat:

„Was sie (die Juden) wünschen, ist Zutritt zu den höheren Aemtern, um ihren Einfluß auf die Staatsverwaltung zur Geltung zu bringen. Und sie sind erbittert, wenn sie bei dem starken Zudrang die gewünschte Berücksichtigung nicht finden können."

Die Juden verlangen keine Bevorzugung, sie verlangen nur, nicht wegen ihres Glaubens hinter anderen Beamten zurückgesetzt zu werden. Ferner heißt es:

„Es kommt aber ein weiterer Umstand hinzu, der der Anstellung von Juden in den Weg tritt. Ein Recht auf Anstellung haben sie so wenig, wie andere Staatsbürger. Auch die wissenschaftliche Qualifikation kann hier nicht genügen, es muß zugleich die P e r s ö n l i c h k e i t vorhanden sein. Aber gerade an dieser fehlt es nur zu oft. Auch fällt hier die Volksstimmung ins Gewicht, die sich direkt gegen die Juden erklärt."

Die Juden sollen keine „Persönlichkeiten" sein. Wie kommt es dann aber, daß sie sich zu solch hoher Bedeutung, wie Herr von Saß sagt, im wirtschaftlichen Leben emporgeschwungen haben? Das reimt sich nicht zusammen. Und wo erklärt sich denn das „Volk" gegen die Juden? In den Großstädten vielleicht, wo aufgeklärte Massen wohnen? Nein, in gewissen ländlichen Bezirken, wo das Volk künstlich von den Junkern in der Dummheit gehalten wird. Und auch dort muß es erst speziell gegen die Juden aufgehetzt werden, ehe es sein antisemitisches Herz erkennt. Herr von Saß schließt aus seinen haltlosen Darlegungen:

„So erscheint die abweichende Haltung der Behörden den Juden gegenüber nicht nur begreiflich, sondern geradezu pflichtgemäß."

Das ist der Gipfel der Unverfrorenheit, im Blatte einer Adelsgruppe, einer „Stütze von Thron und Altar", Verfassungsverletzungen zu glorifizieren.

Weiter:

„Was sie ganz besonders empfindlich berührt, ist der Umstand, daß sie in der A r m e e keine Verwendung als Offiziere finden. In ihren diesbezüglichen Beschwerden verschweigen sie aber ein Moment, dem sie nach ihren politischen Anschauungen die Berechtigung nicht gut absprechen können. Die Aufnahme in ein Offizierkorps hängt bekanntlich von dessen selbständiger Entscheidung ab. . . . . Ihre Forderung nach Minderung oder Beseitigung des Wahlrechts des Offizierkorps dürfte schwerlich jemals Erfüllung finden".

Herr von Saß darf sich beruhigen, es gibt schon genug jüdische Offiziere, wenn auch nicht in Deutschland. Was er über die Offizierswahl sagt, ist blasse Theorie. Weht der Wind erst einmal von oben anders, dann werden die Offizierkorps sich danach richten.

„Darüber (daß nach der Hoffnung des Herrn von Saß Juden nicht Offiziere werden), geht es weiter, „werden alle, die den Geist der Königstreue und Vaterlandsliebe im Heere erhalten wollen, lebhafte Genugtuung empfinden."

Das ist eine Dreistigkeit, andeuten zu wollen, als ob die Juden nicht königstreu und vaterlandsliebend wären. Sie haben seit ihrer Emanzipation ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt, wie jeder andere Deutsche. Sie haben auf den Schlachtfeldern geblutet und in jeder Weise bewiesen, daß sie ihr Vaterland lieben

Der Verfasser tischt dann zum Schluß noch allerlei alberne Märchen auf im Sinne des sattsam bekannten Verbandes der „echtrussischen" Leute, mit dessen rühmlichen Führer Purischkewitsch er sich in eine würdige Parallele stellt.

So weit also einer der Führer der deutschen Adelsgenossenschaft! Zur Charakterisierung dieser Herren noch ein paar kurze Angaben. Schrieb da einer der Gründer der Adelsgenossenschaft, ein Herr von Wedel, vor einigen Wochen im Adelsblatte einen Artikel: „Die deutsche Adelsgenossenschaft und die politischen Parteien", der auf einem so kindlich-naiven Standpunkte basierte, daß sofort einige Edelleute ihren Austritt aus dieser sonderbaren Genossenschaft erklärten. Unter anderen trat auch ein Graf Friedrich von B r o d h a u s e n aus der Genossenschaft aus. Er erklärte zugleich öffentlich, daß sich die Adelsgenossenschaft unter Leitung der bisherigen Führer auf ganz falschem Wege befinde. Er sagte wörtlich:

„Diese Bestrebungen gehen aus auf eine Rückkehr zu überlebten Zuständen, die in den heutigen Verkehrs-, wirtschaftlichen und Bildungsverhältnissen keinerlei Stützpunkt mehr finden können. M. E. wird sich in heutiger Zeit der Adel eine gewisse führende Rolle nur dann bewahren können, und wird politischen Einfluß nur dann ausüben können, wenn sich seine Mitglieder durch besondere Tüchtigkeit auszeichnen. Nicht Wiederauflebenlassen veralteter Einrichtungen, sondern im Gegenteil Bruch mit ererbten Vorurteilen und Verständnis für die Erfordernisse moderner Zeiten, das scheint mir die richtige Lösung. Ich weiß, daß der Verfasser des oben angeführten Artikels solchen Anschauungen für ö d e n L i b e r a l i s m u s hält, dem er Feindschaft gegen Christentum, mangelnden Patriotismus usw. vorwirft. — Er irrt und beweist nur, daß er die Zeit und ihren Geist nicht versteht."

Und auf diese mannhaften Worte hatte Graf Wedel, der Führer der Adelsgenossenschaft, nur folgende Erklärung:

„Diese Vermessenheit entspringt jener maßlosen geistigen Ueberhebung und Selbstüberschätzung, die das charakteristische Merkmal der „modernen" Jugend bildet. Sie fühlt sich überall berufen, ihre dem liberalen Phrasentum entlehnte Weisheit in möglichst apodiktischem Tone urbi et orbi zu proklamieren, und sie auch dort anzubringen, wo ihr jede Berechtigung zu solcher Sprache fehlt."

Diese lendenlahme Attacke ist die ganze Antwort auf ein offenes ehrliches Bekenntnis. Das kennzeichnet die Herren von der Adelsgenossenschaft am besten.

Das „Schwarze Hundert" in Deutschland.

Wir haben bis jetzt diese edle Garde des praktischen Messer-Antisemitismus für eine spezifisch russische Einrichtung gehalten. Die „Deutschsozialen Blätter" aber beweisen uns, daß sie sich allmählich zu einem Organe dieser

blutigen Schar entwickeln und diese „Ideen" auch nach Deutschland verpflanzen möchten. In fast jeder Nummer bringt dieses Blatt die phantastischen Schilderungen der „schändlichen Verbrechen" der russischen Juden aus der Feder seines Petersburger Mitarbeiters. Die Nachrichten sind teils gänzlich erdichtet, teils Reproduktionen des sattsam bekannten russischen Zentralorgans des „schwarzen Hunderts". Diese Schilderungen gehen alle dahin, daß das arme russische Volk von den allmächtigen Juden ernstlich bedroht sind und täglich verfolgt werden. Die Juden, die stets die Herren in Rußland waren und denen es immer zu gut ging, sind jetzt ganz übermütig geworden, sie morden und plündern, zerstören alles, was nicht jüdisch ist, und streben danach, die Russen aus dem Lande zu verdrängen, um Rußland auch offiziell in ein Judenreich zu verwandeln. Wie blödsinnig diese Berichterstattung ist, kann man daraus ersehen, daß selbst in den konservativen Zeitungen Rußlands kein Wort von diesen Phantastereien zu finden ist. Einige Leseblüten aus diesen widerlichen Hetzberichten wollen wir hier wiedergeben, um das sittliche Niveau unserer antisemitischen Presse zu charakterisieren. Der Autor, der ein Agent des „schwarzen Hunderts" zu sein scheint, leistet sich folgende Erfindung:

„Sie gehören hinaus! In Odessa wütet die jüdische Blutgier. Besonders die letzte Zeit ist reich an terroristischen Akten des kriegerischen Israel. Alle Woche wird ein Polizist hingeschlachtet. Die Mord findet fast stets am Sonnabend statt, als ob dafür gesorgt werden müsse, daß die Sonntagsblätter einen neuen Hinweis auf die „Unzufriedenheit im Lande" bringen müssen. Die Morde finden in den jüdischen Vierteln statt. Das Blut muß im Ghetto bleiben. Die Mörder haben das ganze Judentum zu Helfershelfern — sie entkommen stets. Unterscheide da einer, wer vom Judentum ein Mörder ist und wer nicht!"

Dabei wohnt dieser edle Mann in Petersburg, weiß aber ganz genau zu berichten, was in Odessa vorgeht und was kein Einwohner Odessas weiß. Eine solche Tüchtigkeit im Berichterstatten ist echt antisemitisch. Es kommt noch besser. Es gibt ja kein Verbrechen, das für diese allmächtigen Juden zu schwer wäre. Der olle ehrliche Judenfresser schreibt:

„Außer den Meuchelmorden liefert die kriegerische jüdische Jugend auch ganze Straßenscharmützel. Truppen und Polizeiabteilungen werden aus dem Hinterhalte angegriffen. Es findet ein „regelrechter" Partisanenkrieg statt. Angegriffen werden auch alle Zugehörigen zu den russisch-nationalen Verbänden. Im letzten Monat erinnert die jüdische Frechheit an die blutigen Oktobertage 1905. Auch jüdische Strauchdiebereien sind alltäglich, Passanten werden überfallen und ihnen ihre Börse expropriiert."

Was müssen diese Juden für eine unheimliche Kraft besitzen, wenn Soldaten und Polizisten, Bajonette und Kanonen ihnen gegenüber machtlos sind! Das Merkwürdigste aber ist, daß die Toten und Verwundeten dann fast durchweg Juden sind. Wie wenig wir auch von der Intelligenz der meisten antisemitischen Blätter halten, so können wir doch unmöglich annehmen, daß die Redaktion der „Deutschsoz. Blätter" ernstlich an diese scheußlichen Märchen glaubt. Aber — gehetzt muß ja in jeder Nummer gegen die Juden werden, denn das ist ja die Hauptwürze dieser faden Kost, und wenn es in Deutschland an Hetzstoff gebricht, dann muß dieser antisemitische Paprika eben aus dem lieben Nachbarlande Rußland importiert werden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Aus Hannover wird uns geschrieben:

Die dritte Ersatzwahl zum preußischen Abgeordnetenhause hat ebenso wie die beiden voraufgegangenen Nachwahlen in Zeven-Rotenburg und Göttingen-Münden den Sieg der Liberalen gebracht, da in Geestemünde-Lehe der Geheimrat Witting mit 199 Stimmen gewählt ist, während auf den Kandidaten des Bundes der Landwirte, Allers, 87 Stimmen entfielen. Die liberalen Wähler sind einig vorgegangen und haben dem Wahlkreise in der Person des bekannten ehemaligen Posener Oberbürgermeisters einen bedeutenden Vertreter gewonnen, der im Landtage jedenfalls bald eine führende Rolle einnehmen wird und, da er auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei steht, auch die Sympathieen der linksliberalen Parteien für sich gewinnen wird, wie er ihnen denn ja auch seine Wahl mit verdankt. Die Sozialdemokraten haben, ihrer Parteiparole folgend, Gewehr bei Fuß gestanden, und ihr Verdienst ist es demnach nicht, daß ein entschieden Liberaler und nicht ein extremer Agrarier Vertreter des Wahlkreises geworden ist. Den vereinigten Agrariern, Konservativen und Antisemiten werden die drei hannoverschen Nachwahlen den Beweis erbracht haben, daß in der Provinz Hannover ihr Weizen nicht blüht und daß sie nicht einmal, wenn sie geschlossen vorgehen, imstande sind, die liberalen Hochburgen zu stürmen, geschweige denn, wenn sie, wie im Reichstagswahlkreise Emden-Norden-Leer, getrennt marschieren und mit antisemitischen Sonderkandidaturen vorgehen, und daraus kann man den Schluß ziehen, daß die Provinz Hannover sowohl bei den 1908 bevorstehenden Landtagswahlen als auch bei den Reichstagswahlen nach wie vor liberal wählen wird. Erfreulich ist es, daß der rührigen Agitation der Agrarier jetzt überall, besonders im Süden der Provinz, eine gleich rührige und erfolgreiche Agitations- und Organisationsarbeit der liberalen Partei entgegengesetzt wird. Uebrigens bringt das „Niedersächsische Wochenblatt" zu der Wahl in Geestemünde-Lehe eine pikante kleine Geschichte. Es soll nämlich aus den Kreisen des Bundes der Landwirte an die nationalliberale Partei das Ansinnen gestellt sein, daß die Agrarier ihre Sonderkandidatur (Allers) zurückziehen und für Witting stimmen würden, falls die Nationalliberalen sich verpflichten würden, Geheimrat Witting nicht als Kandidaten des 19. Wahlkreises, dessen Mandat jetzt bekanntlich der Bundesdirektor Dr. Hahn besitzt, für die nächste Reichstagswahl aufzustellen. Natürlich ist dies Ansinnen rundweg abgelehnt, aber es sieht doch darnach aus, als ob die Agrarier selbst nicht recht an die Dauer und Festigkeit ihrer Herrschaft glaubten und selbst ihren Wahlerfolg im Reichstagswahlkreise Geestemünde-Otterndorf nur für einen Pyrrhussieg ansähen, als welcher er sich aller Voraussicht nach ja auch nur erweisen wird.

Sonderbare Geschäftsgepflogenheiten scheinen bei dem in Stettin erscheinenden Antisemitenblättchen „Deutsche Hochwacht" zu herrschen. Wie so viele Blättchen dieses Schlages lebt es vom Skandal. Seine letzte Sensation war die wochenlange Ausbeutung von Unregelmäßigkeiten in einer Stettiner Wurstfabrik, zu deren Inhabern auch Juden gehörten. Der ebenfalls in Stettin erscheinende „Volksbote" hatte gemeldet, daß die „Hochwacht" es nicht verschwiegen hätte, noch vor dem Prozeß, in den die Inhaber verwickelt wurden, von einem der angeklagten Firmeninhaber, Herrn Krüger, „größere Inseratenaufträge" und ein „Darlehn von 250 Mark" anzunehmen.

Die Festnagelung einer solch eigenartigen Geschäftsmoral war der „Deutschen Hochwacht", die in großem Druck an ihrem Kopfe den Vermerk: „Unbestechliche völkische Tageszeitung" trägt, natürlich etwas unbequem. Wohl oder übel mußte sie sich aber zu einer Erklärung verstehen, in der sich das Antisemitenblatt unter allerlei Ausfällen auf das „sozialdemokratische Organ" von der Beschuldigung frei zu machen sucht. Der Kern der Sache ist aber, daß die „Hochwacht" folgendes Zugeständnis macht:

„Die „Deutsche Hochwacht" hat nämlich nicht ein Darlehen von 250 Mark erhalten, sondern einen umfangreichen Inseratenauftrag, für den Herr Krüger eine „à conto-Zahlung von 250 Mark geleistet hat".

Der „Volksbote" bemerkt zu dem antisemitischen Reinwaschungsversuch:

„Demgegenüber sei zunächst nur festgestellt, daß die „Hochwacht" nicht bestreiten kann, die 250 Mk. empfangen zu haben. Sie will das Geld aber als à conto-zahlung eines Inseratenauftrages genommen haben.

Hm, hm! Die „Hochwacht" dürfte aber wohl das einzige deutsche Blatt sein, das von einem am Orte wohnenden zahlungsfähigen Geschäftsmann sich auf Inserate Vorschuß zahlen läßt. Selbst das gerissenste Judenblatt wird solche Manöver verschmähen, vorausgesetzt, daß es sich nicht im schwersten Dalles befindet. Ist das vielleicht bei der „Hochwacht" der Fall?"

Im Anschluß hieran stellt das Blatt, das über die geschäftlichen Praktiken des Antisemitenorgans anscheinend gut informiert ist, die verfängliche Frage:

„Sollte der Wechsel über 170 Mark, welchen die „Hochwacht" Herrn Krüger zur Einlösung übersandte, vielleicht auch à conto verrechnet werden?"

Sonderbarer Art scheint die geschäftliche Handhabung bei der „unbestechlichen" „Hochwacht" jedenfalls zu sein.

Die Beleidigungsklage des Abg. Liebermann von Sonnenberg gegen seinen antisemitischen Bruder, den früheren verantwortlichen Redakteur der reformerischen „Hessischen Rundschau", Hermann Wilke, wurde am 13. d. Mts. endlich vor dem Schöffengericht in Kassel verhandelt.

Die Anklage gegen Wilke hatte die Staatsanwaltschaft erhoben. Liebermann v. Sonnenberg war Nebenkläger. Den Anlaß zu der Beleidigungsklage gab die Reichstagswahl im Kreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen im Sommer 1906, wo die deutschsoziale Partei den Bürgermeister Herzog-Obernkirchen, die Reformer den Privatmann Dietrich Helmerich aus Kassel aufgestellt hatten. Ein Flugblatt der Deutschsozialen, das die Unterschrift des Reichstagsabgeordneten Liebermann v. Sonnenberg trug, redete mit Bezug auf die Reformer von „Diätenjägern", „gescheiterten Existenzen", und „anderen Elementen." Darauf erschien in der „Hessischen Rundschau" vom 19. August 1906 ein Artikel unter der Ueberschrift „Aus dem Leben eines deutschsozialen Parteiführers", in dem gesagt wurde, daß Reichstagsabgeordneter Liebermann v. Sonnenberg seine Wähler gering einschätze, denn er habe von ihnen gesagt, die Schwälmer Bauern seien treu wie die Hunde, aber dreckig wie die Schweine. Diese angebliche Aeußerung Liebermanns hielt ihm der Reichstagsabgeordnete Scheidemann aus Kassel im Parlament vor, wodurch sie weitesten Kreisen bekannt wurde. In einem Artikel der „Staatsbürgerzeitung" hatte Liebermann v. Sonnenberg in bezug auf die Reformer von „politischen Hausknechten" gesprochen, worauf in der „Hess. Rundschau" vom 16. Dezember 1906 dem Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg vorgeworfen wurde, die Führer der Deutschen Reformpartei auf das brutalste beleidigt zu haben. Auch dieser Artikel wurde unter Anklage gestellt.

Der Angeklagte Wilke erklärte, daß das Vorgehen der Deutschsozialen seiner Partei gegenüber ihn zu einer scharfen Abwehrmaßregel berechtigt habe; er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und könne als seine Gewährsmänner den Generalkommissionszeichner Poul Siegner-Treysa, ferner Reichs- und Landtagsabgeordneten Werner-Charlottenburg nennen. Liebermann v. Sonnenberg bekundete unter seinem Eide, daß er sich niemals in der genannten oder ähnlichen Weise verächtlich über die Schwälmer Bauern ausgesprochen, niemals jemanden brutal beleidigt habe. Zeuge Landessekretär Kreiß bemerkte auf Befragen, in einer Zeitung einmal eine Aeußerung gelesen zu haben, wonach Abgeordneter Liebermann v. Sonnenberg früher einmal gesagt haben soll, daß hier in Hessen sogar der Nachtwächter von Ritzebüttel gewählt werden könne, wenn er nur antisemitisch sei. Sonst könne Zeuge nur bekunden, daß Reichstagsabgeordneter Liebermann v. Sonnenberg sich stets anerkennend über die Schwälmer Bauern geäußert habe.

Abgeordneter Liebermann erklärte jene Zeitungsmeldung für falsch; er habe nie einen so schmutzigen Ausdruck gebraucht.

Zeug: Redakteur Wallbach behauptete, daß der Reichs- und Landtagsabgeordnete Werner ihm mehrfach gesagt habe, daß Liebermann die reformerischen Abgeordneten und Führer brutal beleidigt hätte.

Nach langer Beratung verkündigte das Gericht, daß die Verhandlung ausgesetzt werde, um eine Anzahl Zeugen, unter ihnen Regierungsrat Klocke-Treysa, Dr. Breithaupt-Kassel, Reichs- und Landtagsabgeordneter Ludwig Werner-Charlottenburg sowie Generalkommissionszeichner Paul Siegner-Treysa zu vernehmen, damit festgestellt werden könne, ob Wilke Gewährsmänner hatte, so daß ihm bei der Strafausmessung der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugute kommen könne. Die Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Wie die antisemitische Agitation von einem Gericht beurteilt wird. Vor dem Schöffengericht in Bayreuth hatte sich am 12. d. M. der Redakteur des „Bayreuther Tagblatts", Kunkel, wegen Beleidigung des Antisemitenführers Wengg-München zu verantworten. Wengg, der auch die Geschäfte des Bundes der Landwirte führt, hatte am Tage vor den Landtagswahlen in fast allen bayerischen Wahlkreisen Flugblätter verteilt und sich selbst als Zählkandidaten für die Antisemiten aufgestellt. Damit trat dieser Vertreter des Bauernbundes in Bayreuth als Gegenkandidat seines eigenen Parteifreundes, des bauernbündlerischen Kompromißkandidaten Brendel auf. Das „Bayr. Tagblatt" beleuchtete dieses politische Vorgehen Wenggs in einem scharfen Artikel. Wegen dieses Artikels, in dem die Ausdrücke „angeborene unerhörte Frechheit", „politischer Ignorant", „ordinäre Judenhetze" vorkamen, stellte Wengg gegen Redakteur Kunkel Beleidigungsklage, wurde aber, nach der „Frankf. Ztg.", auf Grund der Zeugenaussagen und der Ausführungen des Beklagten über die politische Tätigkeit Wenggs im allgemeinen und in diesem besonderen Falle, kostenfällig abgewiesen. In der Urteilsbegründung wurde dem Beklagten nicht nur der Schutz des § 193 zugebilligt, sondern auch hervorgehoben, daß die gefallenen Ausdrücke zwar sehr scharf seien, aber angesichts des politischen Vorgehens des Klägers in diesem Falle die Grenze des Zulässigen nicht überschritten hätten.

Neues von Kröfell. Dem „B. T." wird geschrieben:

Es gibt doch noch Männer in dieser „männerarmen" Zeit. Wenigstens bei unseren braven — Antisemiten. Ist das etwa verwunderlich? Nein, haben doch diese Herren alle guten und schönen Seiten des deutschen Volkstums in Erbpacht genommen. Nicht zuletzt den „kühnen Mut, den Zorn der freien Rede. . . ."

Ein Beispiel aus den letzten Tagen beweist es. Herr Kröfell, der Volkstribun von Pyritz, der Reichstagsabgeordnete a. D. (ach, wie wählten die undankbaren Bäuerlein des Pyritz-Saatziger Wahlkreises am 25. Januar d. J. ihren „einzigen" Freund so gottesjämmerlich hinaus!) und Pastor a. D. — Herr Kröfell also stand in grimmer Fehde wider den Verleger des (konservativen) „Kreisblattes", Herrn Bade, weil das Kreisblatt ihn anno 1905 beschuldigt hatte, durch sein hartnäckiges Verbleiben im Vorstande des Pyritzer Ein- und Verkaufsvereins die Sanierung des Vereins vereitelt und den Konkurs desselben herbeigeführt zu haben. Die Verhandlung konnte erst jetzt angesetzt werden, weil nach Gerichtsbeschluß vorher die anderen aus dieser Konkurssache entsprungenen Prozesse erledigt werden sollten. Voll stolzer Zuversicht verkündete Herr Kröfell in seinem Blatte, dem „Mittelstand" (welch sympathische Namen doch alle antisemitischen

Gründungen führen), blutige Abrechnung mit Herrn Backe. Fanfarenklänge . . . .

Da kam der kritische Tag. Doch — Herr Kröseil kam nicht. Seelenvergnügt hatte er sich wenige Tage vorher nach Misdroy begeben. Seelenvergnügt dort einen langen Schreibebrief abgeschickt: er lehne das ganze Gericht wegen Befangenheit ab; er finde in Pyritz überhaupt keine unbefangene Schöffen — kurz: er wolle nicht in Pyritz „Abrechnung" halten. „Seid klug wie die Schlangen!"

Herrn Krösells Freunde wußten von alledem nichts. Kein Sterbenswörtchen hatte er ihnen verraten. Nicht einmal der „Mittelstand", dessen „Direktor" er ist, hatte Kenntnis davon. Sie alle mußten es aus dem „Kreisblatt" entnehmen, wie tapfer Herr Krösell zu Felde zog. Und trotz einer gewissen „Abhärtung" in solchen Dingen waren „die um Krösell" konsterniert. Selbst Herr Otto Böckler, der den „Mittelstand" verantwortlich zeichnet, fand, vor solch blamable Tatsache gestellt, kräftige Töne. Die Redaktian des „Mittelstands" veröffentlicht eine geharnischte Erklärung. Sie lautet:

„Wie das „Pyritzer Kreisblatt" mitteilt, hat Herr Direktor Krösell den für gestern angesetzten Termin vor dem hiesigen Schöffengericht in seiner Beleidigungsklage gegen Herrn F. Backe, verantwortlichen Redakteur des „Pyritzer Kreisblattes", durch einen eingereichten Schriftsatz vereitelt. Daß mußte um so mehr überraschen, als erst kürzlich im „Mittelstand" auf diese seit dem Sommer 1905 schwebende Sache hingewiesen war. Wir haben dazu zu bemerken, daß die Redaktion des „Mittelstandes" auch in dieser Angelegenheit nicht, wie es nötig gewesen wäre, unterrichtet war. Weder hat Herr Krösell die Redaktion des „Mittelstandes" von der erfolgten Vertagung, noch von dem Inhalt des von ihm eingereichten Schriftsatzes in Kenntnis gesetzt. Die Redaktion des „Mittelstandes" sieht sich infolgedessen gezwungen, die Angelegenheiten des Herrn Krösell bis zu einer etwaigen Aufklärung dieser befremdlichen Vorgänge völlig aus dem Rahmen des Blattes auszuschalten.

Armer Herr Krösell! Wie lange — und er wird selbst „aus dem Rahmen des Blattes" ausgeschaltet sein und seinen vielen Titeln „a. D." nach den eines „Direktors a. D." beifügen können. Und das alles ob seines unzerbrechlichen Heldenmuts, der ihn so oft singen und sagen ließ:

„Daß er bestände bis aufs Blut,
Bis in den Tod die Fehde!"

Die antisemitische „Volkswacht", das Organ des Abgeordneten H i r s c h e l in Friedberg, das seither zweimal wöchentlich erschien, soll vom 1. Jan. 1908 ab in eine täglich erscheinende Zeitung umgewandelt werden. Das neue Blatt wird als unparteiisches Bauern-Organ „ohne antisemitischen Einschlag" angekündigt. — Die Unparteilichkeit eines von Herrn Hirschel herausgegebenen Bauernorgans erscheint von vornherein sehr zweifelhaft. Bisher hat sich dieser Herr in der krassesten agrarischen Einseitigkeit hervorgetan. Ebensowenig glauben wir, daß Hirschel sein ödes Geschimpfe auf unsere Mitbürger israelitischen Glaubens wird lassen können.

Aus dem Odenwald, 14. Nov. In unserer in politischer Beziehung sonst ziemlich ruhigen Gebirgslandschaft ist neuerdings eine starke Erregung zu verzeichnen. Die Ursache davon sind die Antisemiten, die sich hierzulande als „Christlichsoziale" einführen und die Leichtgläubigen über ihre wahren Absichten zu täuschen suchen. Jüngst wandten sie sich in einem Zirkular an die evangelischen Pfarrämter und baten um Förderung ihrer Bestrebungen. Daß sie nicht erfolglos operieren, lehrt die Erfahrung. So wurden im letzten Sonntagsgottesdienst in einer Ortschaft des vorderen Odenwalds von der K a n z e l herab die Anwesenden in warmen Warten zum Besuche einer A n t i s e m i t e n v e r s a m m l u n g aufgefordert. Die liberalen Gemeindemitglieder sind über diesen Mißbrauch der Kanzel sehr verstimmt und stellen Beschwerde an zuständiger Seite in Aussicht.

Vermischtes.

Der erste jüdische Notar in Braunschweig. Der Ausschuß des Verbandes der Deutschen Juden schreibt uns:

„Wie wir aus Braunschweig erfahren, ist dort zum ersten Male ein jüdischer Notar ernannt, und zwar in der Person des Justizrats Heymann.

Inwieweit diese mit einer vam Verband der Deutschen Juden am 11. Juli 1907 an die herzogliche Regierung gerichteten Vorstellung in Verbindung steht, entzieht sich unserer Beurteilung."

Das „Kanaanitische Laster". Die Ignoranten der „Deutschsozialen Blätter" können sich trotz unserer wiederholten Abfertigung noch immer nicht beruhigen und, wie es immer geht, wenn man die Bahn der Logik verläßt und sich vam blinden Hasse leiten läßt, sie geraten immer mehr in Absurditäten und Widersprüche. Wenn etwas kanaanitisch ist, dann kann es nicht spezifisch jüdisch sein, denn das Land Kanaan war ja Jahrtausende lang van nichtsemitischen Völkern bewohnt, bevor die Juden dahin kamen. Die „Deutschsozialen Blätter" schließen:

„Schon ein Jahrtausend früher als bei Griechen und Römern wurde das Laster bei den Juden bestraft. Es war also in seiner Schändlichkeit bei den Kindern Israel bekannt, sonst hätte man keine Strafe dafür festgesetzt."

Das ist die Logik des Irrenhauses. Wenn in einem Lande etwas verboten ist, so beweist das nicht, daß das Verbrechen da besonders blüht, sondern daß die Gesetzgebung dieses Landes auf einer hohen sittlichen Stufe steht. In Italien ist bekanntlich die Homosexualität überhaupt nicht verboten; sollen wir daraus schließen, daß Italien dieses Laster nicht kennt und daß es sittlich höher als Deutschland steht? Unser antisemitischer „Kulturhistariker" hat sich seine Methode schön zurecht gelegt:

„Von den Juden, die es schon 1800 v. Chr. kannten, gelangte das Laster zu den Griechen, die es zuerst in reiner Weise zur freundschaftlichen Knabenliebe veredelten. Seit dem Peloponnesischen Kriege 430 v. Chr. und dem Zeitalter Alexander des Großen 330 v. Chr. artete die „edele Päderastie" immer mehr zur Unzucht aus; entsprechend dem allgemeinen Verfall der Sitten und dem Niedergang der Kultur."

Man muß staunen, wie genau dieser Herr in den Geheimnissen der prähistarischen Zeit Bescheid weiß. Jeder mittelmäßig begabte Tertianer könnte ihm beweisen, wie töricht diese Methode ist. Sittliche Krankheiten sind keine neuen Industrieartikel, die exportiert werden. Die Sinnlichkeit braucht nicht gelehrt zu werden und auch die Abarten und Irrwege des sexuellen Lebens sind allen Völkern von jeher bekannt gewesen. Auf den Grad der Verbreitung kommt es nur an und dieser hängt fast immer mit der Entartung der Kultur zusammen. Spezifisch jüdisch ist dieses Laster ebensowenig wie Mord, Diebstahl oder Wahnsinn.

Briefkasten.

L. in Stettin. Wir haben die Notiz gelesen, worin es heißt, der Schriftleiter der „Hochwacht", Herr H ü b b e sei in seinem Vortrage zu dem Ergebnis gekommen, daß C h r i s t u s a r i s c h e r H e r k u n f t sein müsse. Herr H. ist nicht der erste Antisemit, der diese Weisheit zum Besten giebt. Die antisemitischen Harlekins dürfen ihren Lesern viel bieten. So deuten die „Deutschsoz. Blätter", das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg, geheimnisvoll an, daß M a x i m i l i a n H a r d e n im Dienste der A l l i a n c e I s r a é l i t e stehe. Und mit solchen Leuten muß man sich herumschlagen!

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Curt Bürger, Magdeburgerstr. 14. — F. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81.
Expedition: Berlin, W. Magdeburgerstr. 14.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 48. Berlin, 27. November 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Senolt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Lösung der Judenfrage.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

Unter diesem viel, nur allzuviel versprechenden Titel ist jüngst ein dreihundert Seiten starker Band erschienen (Berlin, Modernes Verlagsbureau Kurt Wigand), in dem die Antworten von 98 Persönlichkeiten auf eine von Dr. Julius M o s e s veranstaltete Rundfrage mitgeteilt worden. Der Fragebogen ist in den ersten Monaten dieses Jahres an — wenn wir uns einer darin enthaltenen Angabe richtig entsinnen — etwa 3000 Personen von Ruf, Verdienst und Geltung verschickt worden: das Ergebnis ist somit schon rein zahlenmäßig recht gering, da sich danach nur 3 Prozent der Befragten mit Antworten eingestellt hätten. Das wäre nun ja an und für sich noch kein Schaden, denn mehr noch als in vielen anderen Fällen gilt es in diesem, die Stimmen zu w ä g e n , nicht zu zählen. Aber gerade diese Probe verträgt das nun vorliegende Buch besonders schlecht, denn von wirklich führenden Persönlichkeiten, von Autoritäten großen Stils findet man in diesem kleinen Parlament so gut wie keine. Bedeutende Politiker, Historiker, Soziologen, Philosophen, Theologen, Mediziner, Juristen, Naturwissenschaftler, maßgebende Größen des Handels, der Industrie, der technischen Fächer, bekannte Männer des praktischen Lebens, der öffentlichen Verwaltungszweige, Koryphäen der bildenden Künste, des Kunstgewerbes, der Musik, des Theaters usw. sucht man darin nahezu vergeblich. Rund zwei Drittel der ohnehin kleinen Zahl von Antworten entfallen auf Dichter, Schriftsteller, Journalisten, also zum mindesten nur auf e i n e bestimmte kleine Einzelgruppe der gesamten deutschen Intelligenz, und auch hier überwiegen die Namen zweiten Ranges und die Vertreter der jungen Generation durchaus. Nicht als ob nicht auch ein mittelmäßiger Lyriker oder ein liebenswürdiger Humorist zu dem gestellten Thema etwas Vernünftiges oder Nutzbringendes sagen könnte; aber wenn diese Elemente in einem anspruchsvoll auftretenden Sammelwerke dank ihrer relativen Ueberzahl den Vordergrund beherrschen, so verliert dieses naturgemäß noch mehr an spezifischem Gewicht. Junge Lyriker z. B. wie Rilke, Salus, Schaukal, Busse-Palma, Seeliger, Brandenburg, Rolf W. Mertens, Dramatiker auf halbem Wege wie Geucke, Bloem oder Lilienfein, Novellisten der zweiten Rangklasse wie Hanns H. Ewers, Albert Geiger, Otto Hauser, Hans Land, Fürst Wrede u. a., Vertreterinnen der erotischen Lyrik, wie Marie Stona oder Julia Virginia, spaßhafte ältere Herren wie Johannes Trojan oder Wippchen-Stettenheim, alte Damen vom Marlitt-Stamme wie Eufemia von Adlersfeld oder A. von der Elbe, Unterhaltungsschriftsteller von vorgestern wie Hermann Heiberg, Gerhard v. Amyntor, Rudolf Elcho: alle diese Herrschaften mögen ihre Meriten haben und in einem sehr weit gezogenen literarischen Kreis auch ihre unbestreitbare Stelle (wenn auch vielfach nur eine Dezimalstelle) einnehmen, aber daß man in ihnen bei der Erörterung einer der schwierigsten modernen Kulturfragen eine irgendwie repräsentative oder autoritative Gesamtheit sehen soll, darf niemand im Ernste verlangen. Und doch machen die Angeführten allein schon fast die Hälfte aller literarischen Persönlichkeiten aus, die sich an der Beantwortung der Enquête beteiligt haben. Und doch ist auch unter der andern Hälfte — von den zwei namhaften Kritikern Fritz Mauthner und Leo Berg etwa abgesehen, die sich aber beide sehr lakonisch gefaßt haben — kein einziger Name, den man in der e r s t e n Reihe unserer besten Poeten und Schriftsteller zu finden gewohnt ist, man müßte sich denn schon an Talenten wie Bierbaum, Otto Ernst, Rudolf Huch, Thomas Mann oder Johannes Schlaf genügen lassen. Die beiden einzigen Größen des literarischen Auslandes, Hall Caine und Maxim Gorki, sind nicht mit Originalbeiträgen, sondern nur mit früher gelegentlich gehaltenen Reden vertreten, die deutsche Bühnenkunst ist es einzig und allein durch Franziska Ellmenreich, die literarische Kritik außer den beiden schon Genannten nur durch Konrad Alberti, Adolf Bartels, Dr. Rudolf Fürst, Franz Servaes. Dafür findet man Namen, von denen bisher kein Lied, kein Heldenbuch etwas zu melden wußte und deren Ansichten deshalb auch für die Oeffentlichkeit auf den Wert von Offenbarungen keinen Anspruch machen können.

Nach dieser kleinen Charakterisierung des Buches, das uns in seinem Titel „Die Lösung der Judenfrage" zu bringen verspricht, wird man von der Publikation kaum noch besondere positive Werte erwarten, und solche Erwartung würde in der Tat getäuscht. Wir glauben denn auch, daß in erster Linie der Herausgeber selbst von seinem Buche enttäuscht gewesen sein wird, denn jedenfalls hat er gehofft, die Antworten sehr viel zahlreicherer und vor allem sehr viel maßgebenderer und namhafterer Persönlichkeiten für seinen Zweck einzusammeln. Was so zustande gekommen ist, ist eine Sammlung allgemeiner Betrachtungen, Urteile, Rat- und Vorschläge, in der manches Törichte und Banale neben manchem Vernünftigen und einigem Scharfsinnigem zu finden ist, die aber als Ganzes nur die Riesenscheuer gebrauchter Gemeinplätze, die im

Laufe der Jahrhunderte innerhalb unseres Schrifttums, schon herangediehen ist, um eine besonders stattliche Garbe vermehrt. Denn trotz einzelner treffender und kluger Bemerkungen, auf die man hier und dort stößt: der praktische Nutzen solcher Meinungs-Kollekten ist herzlich gering, wenn es nicht gelingt, die Leute heranzuziehen, deren Meinungen schon um ihrer Persönlichkeit und ihrer geistigen oder realen Macht- und Einflußsphäre willen in der großen Oeffentlichkeit auf Resonanz zu rechnen haben. Und dies gerade wird sich auch beim besten Willen nur von dem allerkleinsten Teile der hier zu Wort gekommenen Männer und Frauen behaupten lassen.

Die Frage erstreckte sich auf vier Punkte: „1. Worin besteht nach Ihrer Anschauung das Wesen der Judenfrage? 2. Glauben Sie, daß das Judenproblem ein für alle Länder gleiches Problem ist oder glauben Sie, daß die Judenfrage in den verschiedenen Ländern auch eine verschiedene Lösung erheischt? 3. Worin besteht nach Ihrer Anschauung die Lösung der Judenfrage? 4. Wenn Sie für die verschiedenen Länder eine verschiedene Lösung der Judenfrage für nötig erachten, worin besteht diese Lösung a) für Deutschland, b) für Rußland?" Die letzte Unterfrage konnte vorweg ausscheiden, denn zu ihrer Beantwortung ist die eigene Kenntnis der russischen Verhältnisse nötig, die wohl den allermeisten deutschen Intellektuellen abgeht. Auch die zweite Frage hätte füglich unterbleiben können, weil sie ihre Antwort in sich selber trägt. Die Frage 4a ist eine genaue Wiederholung der Frage 3, es bleibt also nur diese und die erste übrig, an die sich denn auch die meisten Antworten gehalten haben.

In den Aeußerungen selbst wiegt der vermittelnde Standpunkt vor. Nur ganz wenige nehmen eine entschieden antisemitische Stellung ein (woraus wir keineswegs optimistische Folgerungen ziehen), die Mehrzahl findet Schuld und Fehle auf beiden Seiten, rät zu Konzessionen, zur Geduld, zum Vertrauen auf den allgemeinen Kulturfortschritt. Die allmähliche Assimilation erscheint wohl den meisten als einzig mögliche Lösung, den zionistischen Staat verwerfen manche unbedingt, andere halten ihn für einen theoretisch schönen, praktisch unverwirklichbaren Traum, wieder andere sehen in ihm das einzige Heil. Verschiedentlich wird auf die grundverschiedene Sachlage in Ost- und Westeuropa hingewiesen und als ein Palliativmittel die Schließung der östlichen Grenze gegen jüdischen Zuzug empfohlen. Anderwärts wird zwischen der jüdischen Intelligenz und Bildung und der unteren Bevölkerungsklasse unterschieden, weil sich innerhalb der ersteren die Assimilation größtenteils schon vollzogen habe, während die niedrige Masse noch die Merkmale des Ghettos trage. Fast allgemein wird das Wesen der sogenannten „Judenfrage" als reines Rassenproblem, nicht als wirtschaftliches und noch weniger als konfessionelles aufgefaßt: dementsprechend herrscht — ein paar unerhebliche Ausnahmen abgerechnet — eine erfreuliche Uebereinstimmung darüber, daß die Taufe kein Mittel sei, die Gegensätze zu überbrücken. Vielmehr raten selbst solche, die an eine „Lösung" der Frage überhaupt nicht glauben wollen, den Juden zum Stolz, zu charaktervoller Bescheidenheit. Im übrigen fehlt es nicht an alten, verwaschenen Phrasen von Humanität und Toleranz und an der Wiederholung unzählige Male gehörter, gesagter und gelesener Dinge.

Nach alledem scheint uns der Wert der ganzen Enquête am schärfsten und treffendsten durch das charakterisiert, was Fritz Mauthner nicht ohne Ironie darauf geantwortet hat. „Ich wüßte," schreibt der scharfsinnige Kritiker, „auf Ihre Anfrage eine Antwort schon darum nicht zu geben, weil ich nicht weiß, welche Judenfrage Sie meinen. Die Judenfrage wird von jedem Frager anders gestellt, anders zu jeder Zeit, anders an jedem Ort. Und die Beantwortung dieser unzähligen Fragen hat die Weltgeschichte übernommen, anders an jedem Ort, anders zu jeder Zeit. Die Weltgeschichte ist mit der Antwort bis heute nicht fertig geworden. Wie sollte ich die Antwort kennen? Wir werden wohl das Ende der Geschichte abwarten müssen."

Von den übrigen Antworten ist bemerkenswert u. a. diejenige des Freiherrn Börries von Münchhausen, der mit seinem von E. M. Lilien künstlerisch illustrierten Balladenbuche „Juda" auf dem Gebiete der jüdischen Renaissancepoesie Achtenswertes geleistet hat. Dieser für Alt-Juda poetisch begeisterte, zum mindesten von der historischen Tragödie des jüdischen Volkes innerlich ergriffene Dichter bekennt sich mit immerhin anerkennenswerter Ehrlichkeit zu dem Grundsatz, daß jeder Nichtjude gegen jeden Juden eine nie erlöschende, angeborene, weder durch Vernunft noch Erziehung zu ertötende Abneigung hege. Aus dieser Ueberzeugung heraus verwirft er jede Vertuschung und Verwischung des Judentums durch Taufen, Mischehen oder dergl., sondern appelliert an den Stolz des „rassebewußten" Juden, der allein Achtung abnötige, und sieht den einzigen Rettungsweg in der Rückkehr zum „alten Israel", d. h. im Zionismus.

Hanns Heinz Ewers, der Freund (und deutsche Uebersetzer) des englischen Ghetto-Novellisten Israel Zangwill, des Malers E. M. Lilien und anderer Zionisten, hält diese letztere Lösung schon wegen der großen Gegensätze innerhalb der Judenheit noch auf lange hinaus für ausgeschlossen. Auf Grund seiner in mehreren Weltteilen gesammelten Erfahrungen glaubt er sagen zu können: „Die Zeit der Judenhetzen ist noch nicht vorbei, und Rußland ist nicht das letzte Land, das ihr Schauplatz ist. Ich weiß nicht, ob diese traurige Prophezeiung schon irgendwo ausgesprochen worden ist, aber doch ist sie nicht weniger wahr und den mit den Verhältnissen Vertrauten durchaus bekannt: in fünfzehn bis zwanzig Jahren werden in den Vereinigten Staaten Judenhetzen ausbrechen, gegen die die russischen Pogroms Kinderspiele sind. Die Massenauswanderung des niedrigsten osteuropäischen Judenproletariats in die Oststaaten der Union ist ein gefährliches Beginnen, das den Kindern der Einwanderer den Fluch, dem die Eltern entronnen, doppelt wieder eintragen wird. Und da der Jude mit seiner zähen Intelligenz und Lebenskraft sich niemals in jene selbstverständliche Helotenstellung drängen lassen wird, in der sich der Nigger und der Chinese in den Staaten befinden, so wird die Judenfrage in den dicht bevölkerten Oststaaten viel schneller zu Gewaltsamkeiten führen, als die Niggerfrage in dem menschenleeren Süden oder die Kulifrage im Westen. Caveant consules! Mögen die Leiter des Baseler Kongresses und der „Ito" (Jüdische Territorial-Organisation) rechtzeitig ihr Augenmerk auf die Zustände richten, die mit Naturnotwendigkeit aus der Ostseite von Manhattan herauswachsen."

Anton von Perfall, der in München lebende Romanschriftsteller, bekennt sich als Feind jeder Unduldsamkeit, hält aber positive Vorschläge zur Lösung der „Judenfrage" durchweg für wertlos. „Kehrt man vom Osten, Rußland, Balkan, Ungarn, Galizien, Polen zu uns zurück, so erscheint einem die Judenfrage schon fast gelöst. Das deutsche Judentum ist mit dem des Ostens in keiner Weise zu vergleichen. Ja, ich denke mir zuletzt so: wenn das Judentum des Ostens sich einmal zu einer Mitarbeiterschaft auf allen Gebieten des Wissens, des Könnens und der Arbeit hinaufarbeitet, wie das deutsche Judentum bereits längst getan, dann ist die Judenfrage überhaupt so weit gelöst, als sie in absehbarer Zeit überhaupt zu lösen

ist. Vom staatlich und kulturell schlecht entwickelten Osten kommt der ganze unheilvolle Brand."

In den Ausführungen des prager Arztes, Lyrikers und Novellisten Hugo Salus heißt es: „Bei der Judenfrage (im Gegensatz zur Neger-, Chinesen-, Boxerfrage usw.) kommt ein Moment hinzu, das meines Erachtens diese Frage vertieft und ihre schwere Lösbarkeit erklärlicher macht: nämlich die Beharrlichkeit der Juden, sich trotz aller Schicksalsschläge, trotz ihrer Verfolgungen selbst für ein Edelvolk zu halten, an ihre Auserwähltheit trotz der immer wiederkehrenden Unterdrückung fest und innig zu glauben. Dieser Stolz scheint mir die stärkste Rasseneigentümlichkeit der Juden zu sein, er schürt den Haß ihrer Unterdrücker und schützt dieses kleine zerstreute Volk gleichzeitig vor dem Untergang . . . Und darum steht meine Ueberzeugung fest, daß die Judenfrage niemals „gelöst" werden kann, daß sie sich aber vielleicht einmal selbst lösen wird, wenn die Vermischung der Rassen — von denen einige erst jetzt anfangen, handelnd auf die Weltbühne zu treten — eine allgemeine sein wird, wenn andere Motive für den Stolz der Einzelnen bestehen werden, an seine Zugehörigkeit zu einer Rasse, wenn es keine Religionen mehr geben wird." — Schärfer und bitterer faßt sich Salus' engerer Landsmann, Glaubensbruder und Genosse in Apoll, Dr. Friedrich Adler zusammen, wenn er sagt: „Die Lösung der Judenfrage liegt meines Erachtens — in der Erziehung der Christen." — Ein dritter jüdischer Schriftsteller, der in Hamburg als Arzt tätige, begabte Novellist Dr. Richard Huldschiner, mahnt zur Geduld: „Verlangen wir nicht, daß die völlige Emanzipation uns wie eine reife Frucht in den Schoß falle! Nur was wir selber in mühseliger Arbeit erringen, kann uns wirklich gehören. Es ist daher das Wesen der Judenfrage ein eminent unsentimentales, ist jenseits von Gut und Böse und wurzelt im primitiven Urgrund der menschlichen Dinge, im instinktiven Gegensatz von Ich und Du."

Aehnliches spricht Otto Ernst im Verlaufe seines Gutachtens aus, wenn er sagt: „Die Juden können nicht in wenigen Jahrzehnten, auch noch nicht in einem Jahrhundert in unserer Nation aufgegangen sein. Aber der Prozeß vollzieht sich unaufhaltsam; er vollzieht sich um so schneller, je weniger man die Juden durch Verfolgung in ihre jüdische Sonderart und Solidarität zurückdrängt. Wo viele Juden nahe zusammenleben, vollzieht sich die Germanisierung natürlich langsamer; schon der ausgeprägtere Typus weist darauf hin; wo sie dagegen weit versprengt zwischen lauter „Germanen" wohnen, da macht die Assimilation sichtliche Fortschritte . . . Die minderwertigen Bestandteile des jüdischen Blutes werden wir schon überwinden; es wäre ja ein hundserbärmliches Nationalbewußtsein, das sich nicht einmal zu dieser Zuversicht aufschwänge, und die vielen guten Bestandteile des jüdischen Blutes könnten wir ruhig willkommen heißen. Es kann uns Deutschen garnicht schaden, wenn wir ein bischen jüdisch werden." — Nicht anders, wie Thomas Mann, der Verfasser des vielgelesenen Romans „Buddenbrooks" im Hinblick auf die Möglichkeit einer zionistischen Auswanderung erklärt: „Diesen unentbehrlichen europäischen Kultur-Stimulus, der Judentum heißt, heute noch, und zumal in Deutschland, das ihn so bitter nötig hat, in irgend einem feindseligen und aufsässigen Sinne zu diskutieren, scheint mir so roh und abgeschmackt, daß ich mich ungeeignet fühle, zu solcher Diskussion auch nur ein Wort beizusteuern."

Mit erfreulicher Bestimmtheit meint Dr. Hugo Ganz, der neu berufene Feuilletonredakteur und Kritiker der „Frankfurter Zeitung": „Das Wesen der Judenfrage besteht meiner Meinung nach in der kulturellen Rückständigkeit aller Kulturvölker, die Juden mit inbegriffen! Unter guten Europäern gibt es keine Judenfrage." Diese These erläutert Ganz im folgenden näher dahin: „Man muß in Geduld abwarten, bis die konfessionellen Verschiedenheiten sich in der höheren Einheit einer gemein-europäischen Weltanschauung aufgelöst haben und die nationalistischen Instinkte dem freudigen Gefühl der Kulturgemeinschaft gewichen sind. Bis dahin dürfen die Juden nicht zu wehleidig sein; ihr Ausschluß aus zahlreichen Karrieren schadet ihnen nicht, denn diese Karrieren sind wohl gesellschaftlich hoch bewertet, aber der Entwickelung des Mannes keineswegs förderlich. Sie dürfen aber auch nicht vergessen, daß sie in Erscheinung und Gebahren vielfach noch eine dicke Ghettokruste tragen, an der die alte, ästhetisch gebildete Gesellschaft mit Recht Anstoß nimmt, und müssen unausgesetzt an ihrer körperlichen und seelischen Regeneration arbeiten. Der Glaubenswechsel ist dazu das ungeeignetste Mittel; er ist ein Unterkriechen, bei dem das Rückgrat verbogen wird. Ruhiger Stolz auf den alten edlen Stamm verträgt sich sehr wohl mit dem Bewußtsein des Regenerationsbedürfnisses. Mischehen sind nur da erfreulich, wo wirklich untrügliche starke gegenseitige Neigung die Paare zusammenführt. An sich bedarf das jüdische Blut keiner Mischung, um Prachtexemplare hervorzubringen. Der Einzelne muß sich nur bewußt sein, daß er sich nicht fort-, sondern höherpflanzen soll. Körperlicher und seelischer Adel sind Züchtungsprodukte und Erziehungsergebnisse. Sport, Studium und Selbstbeherrschung sind die Mittel dazu, bescheidene Würde und Wohlgelittenheit ihr Lohn. Zu Sorge und Angst sehe ich nirgends Anlaß. Die weiße Rasse kann das jüdische Nervenkapital nicht entbehren." — Auch der spezielle Kollege von Hugo Ganz, der Feuilletonredakteur der „Neuen Freien Presse" Dr. Franz Servaes wünscht den Juden (für die er alle Sympathie bekundet) weniger Empfindlichkeit und mehr Selbstkritik. „Wenn man erst einmal wagen darf, unumwunden und furchtlos von den Fehlern und Gebrechen der Juden zu reden, ohne sofort in den Verdacht des heimlichen Antisemitismus zu geraten, so wird vieles gewonnen sein."

Mit Absicht haben wir diese Aeußerungen von leitenden Redakteuren gerade derjenigen beiden großen Tageszeitungen zitiert, die von den Herren Adolf Bartels und Genossen stets mit besonderer Wonne als „Judenpresse" bezeichnet zu werden pflegen, denn wir glauben, daß solche freimütigen Ansichten innerhalb dieser „Judenpresse" gerade für Herrn Bartels äußerst unbequeme Kundgebungen sein müssen. Was dieser antisemitische Doktor Eisenbart selber in dem vorliegenden Buche als Rezept zur „Lösung der Judenfrage" verschreibt, haben wir uns der Kostbarkeit halber für den Schluß aufgespart. Die ebenso menschlich schöne, wie sozialpolitisch interessante Offenbarung lautet wörtlich:

„Da ich den deutschen Juden, die nun so lange Gäste bei uns sind, ein gewisses Recht auf das Wohnen unter uns zugestehe, dies Wohnen unter uns auch an und für sich kein Unglück halte, da das deutsche Volk nur durch das fortwährende Empfinden eines scharfen Rassengegensatzes zu dem für seine weitere Entwickelung notwendigen Rassegefühl und Rassenstolz gelangen kann, so würde für mich zur Lösung der Judenfrage nur die staatliche Fixierung des Charakters der Juden als eines fremdrassigen Volkes in Betracht kommen. Die Juden müssen im allgemeinen die staatlichen Rechte ihrer deutschen Mitbürger behalten, nur:

1. geschlossene Gesellschaften innerhalb der politischen Gemeinden bilden, die bis zu einem gewissen Grade für die Schädigungen, die von einzelnen ihrer Mitglieder dem wirtschaftlichen Leben der Gesamtheit zugefügt werden (betrügerische Bankerotte, Bankkrache, die den Charakter einer öffentlichen Kalamität annähmen usw.) haftbar wären;

2. Sie müßten bestimmte ihnen zugewiesene Namen führen und dürfen geistige Tätigkeit nicht unter dem Schleier der Anonymität üben (doch wäre ich hier mehr für ein allgemeines Verbot der Anonymität in Zeitschriften); Uebertritt zum Christentum berechtigte weder zur Namensänderung noch zum Austritt aus der Judenschaft;

3. in Zeiten allgemeiner Not, Kriegszeiten usw. hätten die Juden dem Staate bestimmte, durch loyale Verhandlungen in ihrer Höhe festzustellende Beisteuern oder Anleihen zu gewähren (auch hier wäre mir eine allgemeine Bestimmung gegen den Großkapitalismus fast lieber).

Jedes Wort der Kritik würde den Blütenstaub von dieser zarten Pflanze antisemitischer Edelmenschlichkeit abstreifen; nur die eine Frage fühlt man sich versucht an Herrn Bartels zu richten: worin denn nach dieser seiner wahrhaft lykurgischen Gesetzgeberweisheit noch die „staatlichen Rechte“ bestehen sollen, die den Juden „im allgemeinen“ zu belassen wären? Wir vermuten, es sind etwa folgende: 1. das Recht auf Steuerzahlung bis zu unbegrenzter Höhe; 2. das Recht auf jederzeitige Auswanderung nach Patagonien oder dem Kongostaat; 3. das Recht auf gebührenfreien Selbstmord mit unbedingt freier Wahl der Todesart; 4. das Recht, jederzeit krank zu werden und eines natürlichen Todes zu sterben; 5. das Recht auf unbeschränkten Genuß von frischer Luft; vielleicht auch noch 6. das Recht auf Heeresdienst im Frieden und im Kriege mit Anspruch auf sämtliche Chargen vom Gemeinen an abwärts . . . .

Alles in allem: die angestellte Rundfrage hat eine kleine Anzahl immerhin lesenswerter und eine große Anzahl unerheblicher Aeußerungen zu dem Gegenstande zutage gefördert, aber sie hat — wie einleitend schon bemerkt wurde — durch das verhältnismäßig geringe Gesamtgewicht der daran beteiligten Persönlichkeiten leider nur einen sehr mäßigen dokumentarischen und zeitgeschichtlichen Wert, und sie gibt denjenigen, die sich mit dem dahingehörigen Komplex von Fragen länger und eingehender beschäftigen, weder neues Material, noch neue Fingerzeige für die Zukunft. Wer auf unserem Standpunkte steht und das erstrebenswerte Ziel in dem allmählichen Ausgleich vorhandener Gegensätze, im Kampfe gegen Unwahrhaftigkeit, Roheit und Ungeschlichkeit, in der Schonung der persönlichen Freiheit und individuellen Ueberzeugung sieht, wird das Buch als theoretischen Beitrag zur Kenntnis nehmen: eine praktische Bedeutung auf dem Wege der Verständigung darf man ihm leider nicht zuerkennen.

Wiener Brief.

XX

(Katholikentag. — Lueger gegen die Universitäten. — Andere Zeiten, andere Meinungen.)

Wien, den 23. November 1907.

Wien, ja ganz Oesterreich stand in der letzten Woche im Zeichen des vierten allgemeinen österreichischen Katholikentages. Es war ein großes Verbrüderungsfest der Christlichsozialen und der Klerikalen, bei dem zum Kampfe gegen die freie Schule und vor allem gegen die freien Universitäten gerüstet wurde. Das „Deutsche Volksblatt“, das seit der Umgestaltung der „Reichspost“ zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist und darum überall Verrat wittert, zeigte sich allerdings sehr ungehalten, weil die Herren von Wien aus dem Katholikentag nicht deutlich und nachdrücklichst einen Antisemitentag gemacht haben, aber das bitter gekränkte Organ des an die Wand gedrückten Herrn Vergani tröstete sich selbst rasch, indem es sich die Reden des Bürgermeisters von Wien Dr. Lueger und des Landmarschalles von Niederösterreich Prinz Liechtenstein zu Gemüte führte. Hier funkelte noch echtes Gold. Der einstens schöne Karl beklagte sich darüber, daß an den Hochschulen unter acht neuernannten Professoren sieben Juden seien — ein Faktum, das freilich nur im Kopfe des siechen Parteioberhauptes lebt — und wünschte die Zeit herbei, in der unter acht Universitätsprofessoren sieben Christen sein werden. Dieser Witz wurde von den Besuchern des Katholikentages sehr belacht, ebenso wie der schwarze Prinz ein dankbares Publikum fand, als er mit der Genugtuung des Siegers der „traurigen“ Jahre gedachte, da Wien noch von dem „judenliberalen Freimaurertum“ unterdrückt, von einer „orientalischen Presse“ geknechtet ward.

Der Katholikentag fand unmittelbar nach der Klerikalisierung der Regierung Beck, nach ihrer Umwandlung in ein Ministerium Geßmann-Beck statt, und man kann sich denken, daß es hoch herging. Das offizielle Oesterreich lag buchstäblich zu Füßen der streitbaren schwarzen Herren, die die Nächstenliebe predigen sollen und in den Führern der Antisemiten ihre Heiligen sehen. Allein so glanzvoll und geräuschvoll auch der Verlauf der Demonstrationstagung war, die Nachwirkungen der Veranstaltungen sind für die Hauptarrangeure und Akteure: für die Christlichsozialen, nichts weniger als erfreulich. Der Bürgermeister von Wien hat wieder einmal seine Zunge nicht zu beherrschen vermocht und mehr gesprochen, als er verantworten kann. Das Alter macht geschwätzig und da ist es kein Wunder, daß der — wir sagen es wahrlich nicht mit Hohn, sondern in Anbetracht der Verhältnisse mit Bedauern — sehr gealterte Bürgermeister von Wien aus der Schule schwatzte. Nach dem Berichte des „Deutschen Volksblattes“ sagte Dr. Lueger in seiner Ansprache auch:

Es ist viel erreicht worden, aber alles ist nicht erreicht. Es ist in meiner Vaterstadt Wien so weit schon gekommen, daß die Volksschule eigentlich kein Gegenstand des Streites mehr ist; einig wirken Lehrer und Katecheten (Beifall) und auch das Kreuzzeichen werden sie uns nicht mehr zu nehmen wagen. (Neuerlicher Beifall.) Aber wir haben noch andere große Arbeit zu leisten, es gilt die Eroberung speziell der Universität. (Demonstrative Zustimmung.) **Die Universitäten dürfen nicht weiterhin ein Boden für Umsturzideen, ein Boden für Revolution, ein Boden für Vaterlands- und Religionslosigkeit sein.** (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, wir alle werden nicht ermüden. Vereint mit der Geistlichkeit, von der man uns oft trennen will, vereint mit allen, welche gleichen Sinnes sind, werden wir vorwärts schreiten in dem Kampfe für unsere teuersten Güter und, so Gott es will, werden wir im Kampfe siegen. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne begrüße ich Sie alle als meine Brüder in meinem Vaterlande Oesterreich und rufe Ihnen zu: Vorwärts, vorwärts, endlich muß doch das Licht zur Geltung kommen! (Brausender, sich stets erneuernder Beifallssturm.)

Die hier fett gedruckten Worte waren wohl in den Berichten der anderen klerikalen Blätter weggelassen worden, wahrscheinlich weil die Redakteure sofort einsahen, daß sie in der am Katholikentage nicht vertretenen großen Oeffentlichkeit einen Sturm des Unwillens auslösen müßten. Das „Deutsche Volksblatt“ aber ließ die Vorsicht nicht walten, denn es weidet sich jetzt an den Verlegenheiten der Partei, die so treulos ist, das Geschäftsunternehmen, das im Wiener Antisemitenhof seinen Sitz hat, preiszugeben. Da Herr Vergani zu seinem Schmerze nicht ebenso rasch liberal werden kann, wie er christlichsozial geworden ist, bleibt ihm nur die eine Genugtuung, den Hausfrieden im eigenen Lager zu stören. In der Tat wurde die kriegerische Aeußerung Dr. Luegers über die Universitäten, die zugleich eine nichtswürdige Verleumdung beinhaltete, nicht ruhig hingenommen. Die Volksschule ist leider schon zum Teile verloren, obwohl das alte freiheitliche Reichsvolksschulgesetz noch in Kraft steht, doch die Hochschulen dürfen nicht ausgeliefert werden. Was die Klerikalisierung der Universitäten bedeutet, das hat man in der düsteren Konkordatsära erfahren, und es gibt genug Leute, die nicht erst in der Geschichte nachblättern müssen, sondern die es am eigenen Leibe und Geiste verspürt haben, wie es aussieht, wenn die freie Forschung, die voraussetzungslose Wissenschaft dem Dogmenglauben weichen muß. Als die Wiener alma mater ihr 500jähriges Gründungsfest feierte, wurde die „Umkehr der Wissenschaft“ von dem klerikalen Festredner proklamiert und Männer wie Virchow verschwan-

den von der Liste der auszuzeichnenden Gelehrten. Gegen diese unwürdige Geistesknechtung lehnt sich glücklicherweise der größere Teil der Bevölkerung auf, denn so leichtfertig gleichgültig sich auch weite Kreise im allgemeinen zeigen: es gibt doch Güter, für die sie zu kämpfen bereit sind.

Vor allem protestierte ein Dutzend Universitätsprofessoren gegen die Rede Dr. Luegers in der „Neuen Freien Presse". Daraufhin schickte der Bürgermeister jedem der Herren einen Brief, der die Behauptung aufstellte, daß Dr. Lueger „über die freie Wissenschaft überhaupt nicht gesprochen habe"; seine Ausführungen hätten sich fast ausschließlich auf Skandalszenen (Studentendemonstrationen) bezogen, deren Schauplatz die deutschen Universitäten Oesterreichs in der letzten Zeit gewesen seien. Von Dr. Lueger ist man zu vieles gewohnt, um durch diese feige Ableugnung überrascht zu werden. Hoffentlich haben die Professoren den lügenhaften Brief entsprechend behandelt; daß einige es taten, weiß man. Eine weitere Folge der unvorsichtigen Enthüllung der geheimen Pläne, die das Ministerium Geßmann-Beck hat, war eine zwar ziemlich lendenlahme Kundgebung der sogenannten deutschfreiheitlichen Parteien im Abgeordnetenhause, die sich vom Minister Geßmann wie unbeholfene Kinder an der Nase herumführen lassen. Die Fortschrittsgruppen des Deutschtums bilden mit den Christlichsozialen eine Vereinigung, die keinen andern Zweck hat, als die Unterstützung der deutschen Minister, die in der klerikalen Ministerium sitzen. Wohl meinte der gegenwärtige Vizechef Ministerpräsident Beck unlängst in einem Moment der Selbstironie, seine Regierung suche die „mittlere Linie", aber es ist zu offenkundig, als daß man es ernstlich leugnen könnte, daß die Richtungslinie dorthin weist, wo Geßmann und Ebenhoch stehen. Der „Zwölfer-Ausschuß" — das parlamentarische Exekutivkomitee der vereinigten Vorwärts- und Rückwärtsstreber — ist nach den Vorfällen am Katholikentag leider nicht aufgelöst worden, aber die drei wirklich freiheitlichen Wiener Abgeordneten, die bekanntlich von den Schein-Fortschrittlichen boykottiert wurden — haben an den Unterrichtsminister eine Interpellation gerichtet und von ihnen wurde auch ein Dringlichkeitsantrag unterfertigt, der von dem tschechischen Universitätsprofessor und Abgeordneten Masaryk ausging.

Die Erstickung des freien Geisteslebens: das ist das Ziel! Angesichts dieser Bestrebungen, die das Wesen der antisemitisch-klerikalen Reaktion so scharf hervortreten lassen, scheint es fast kleinlich, noch andere Momente hervorzuheben, die den demagogischen Charakter der herrschenden Partei illustrieren. Aber ein Beispiel, das jüngst von der „Arbeiter-Zeitung" zum besten gegeben wurde, möge doch Platz finden. Im Januar 1904 wurde vom christlichsozialen Wiener Gemeinderat ein scharfer Beschluß gegen die Regierung gefaßt, von der es hieß, daß sie argentinisches Fleisch, das auf dem Wege nach Wien war, nicht zum Konsum zulassen werde. „Die Einfuhr überseeischen Fleisches sei unter den gegebenen Verhältnissen die einzige, zur raschen Behebung der Fleischnot und Fleischteuerung in Wien dienliche Maßnahme", meinte damals der Wiener Gemeinderat in richtiger Erkenntnis der Sachlage. Besonders lebhaft setzte sich der Gemeinderat Bielohlawek für die Zulassung des argentinischen Fleisches ein. „Unter dem Deckmantel der Hygiene werden bloß die ungarischen jüdischen Mäster geschützt" und die Bevölkerung werde wissen, was sie vom „Bazillenschwindel zu halten habe". Doch: Tempora mutantur! Am 19. d. M. wehrte sich der christlichsoziale Ackerbauminister Dr. Ebenhoch mit Händen und Füßen gegen die Einfuhr überseeischen Fleisches und wurde dafür von den Christlichsozialen mit rauschendem Beifall bedankt. Selbstredend bildete das Bazillenargument seinen Hauptschlager. Der Abgeordnete Bielohlawek jedoch, der den edlen Ehrgeiz hat, der dumme August seiner Partei zu sein, tat ein Uebriges. Er schimpfte wie ein Rohrspatz über die Sozialdemokratie, die fremdländisches Fleisch nur verlange, um Wählerfang zu betreiben. Der possierliche Bielohlawek hat, wie man sieht, ein sehr schwaches Denkvermögen, denn seine Erinnerung umfaßt nicht einmal drei Jahre. Andere Leute sind jedoch so glücklich, ihr Hirn durch die Agitation in antisemitischen Versammlungen nicht verwüstet zu haben; andere freilich lesen gar Bücher und Sitzungsprotokolle — was Herr Bielohlawek, der Bücherfeind, allerdings nicht tut. Wozu auch? Er hat es ohne geistige Arbeit weit genug gebracht. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ein gerichtliches Nachspiel zu einer Reichstagswahl. Aus Hanau, 19. November, wird uns geschrieben:

Kurz vor der vorjährigen Reichstagswahl war der Kandidat des Blocks für den Wahlkreis Schlüchtern-Gelnhausen-Fulda, Amtsrichter Hengsberger in Schlüchtern, von jüdischen Wählern über seine Stellung zum Antisemitismus befragt bezw. war eine ihn als antisemitisch ausgebende Meinung verbreitet worden. Er erließ daraufhin in öffentlichen Blättern eine Erklärung des Inhalts, daß er dem Antisemitismus fernstehe, ihn mißbillige, ihn nie betätigt habe und alle gegenteiligen Aeußerungen als Lüge und Verleumdung von sich weisen müsse. Daraufhin traten die jüdischen Wähler für seine Zählkandidatur ein; u. a. war auch bereits vorher für seine Wahl durch Unterschrift eines Wahlaufrufes der Fabrikant Viktor Wolf, ein angesehener und in städtischen Ehrenämtern tätiger Jude, eingetreten. — Einige Monate später interpellierte Wolf den Amtsrichter darüber, ob es wahr sei, daß, wie ihm berichtet wurde, der Tennisklub, dessen Vorsitzender der Amtsrichter ist, statutengemäß die Aufnahme von Juden ausschließe. Dieser antwortete, es stehe nicht im Statut, er gebe aber zu, daß es Prinzip sei, keine Juden aufzunehmen, er selbst sei nicht dafür. Wenn auch nichts gegen W. und seine Familie vorliege, so könne er doch einem event. Aufnahmegesuch keine gute Prognose stellen. „Es tue ihm leid, auf zwei Schultern tragen zu müssen, aber er könne nicht anders." Der Amtsrichter erklärte bei der kurz darauf tatsächlich erfolgten Anmeldung, er wiederhole seine frühere Aeußerung und werde in der Versammlung das pro und contra auseinandersetzen. Die Ablehnung des Aufnahmegesuchs erregte W. sehr, er erklärte in einem Schreiben an den Amtsrichter als Vertrauensmann des Flottenvereins seinen Austritt aus diesem Verein und fügte hinzu, daß nach den nun gemachten Erfahrungen die seinerzeit öffentlich abgegebene Erklärung des Amtsrichters mit der Wahrheit nicht in Einklang zu bringen sei.

Dieser Brief bildete in seinem Schlußpassus den Gegenstand der heutigen Verhandlung, in der sich Wolf zu verantworten hatte, weil er den Amtsrichter beleidigt und durch Mitteilung einer Abschrift an den Bürgermeister Albrecht und seinen Hausarzt Dr. Stern (Christ) diese Beleidigung noch verbreitet habe.

Als Zeugen sind außer dem Beleidigten, der als Nebenkläger zugelassen ist, geladen die beiden Genannten, der Brauereibesitzer Thallo und Seminardirektor Walter.

Die Aussage des Nebenklägers stellt den Vorgang ungefähr wie oben dar. Er erklärt, er sei kein Antisemit, seine Erklärung sei rein politischer Natur gewesen und könne nur politische Bedeutung haben. Er habe

Wolf auf seine Anfrage wegen der Klubstatuten und seiner event. Anmeldung ausdrücklich erklärt, er verspreche ihm keinen Erfolg. Auch in Gelnhausen sei ein sonst blühender Geselligkeitsverein nach dem (bezw. durch den) Eintritt von Juden in seiner bestehenden Harmonie geschädigt und zur Auflösung gekommen. Auch in Schlüchtern seien Streitigkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensgemeinschaften vorgekommen und dadurch das gegenseitige Verhältnis ungünstig beeinflußt worden. Mit Rücksicht auf die möglichen Folgen für den Fortbestand des Vereins habe er gegen die Aufnahme stimmen müssen. Seine Wahlerklärung vereinbare er wohl mit diesem seinem Vorgehen; dort habe es sich um politischen Antisemitismus (Störung der Juden in ihren rituellen Sitten, Verdrängung der Juden aus öffentlichen Aemtern) gehandelt. Damit habe es nichts zu tun, wenn er unter den in Schlüchtern obwaltenden Verhältnissen die Aufnahme von Juden in einen Geselligkeitsklub, das Eindringen des „jüdischen Elements" in denselben nicht für empfehlenswert halte. Er sei keineswegs im allgemeinen gegen geselligen Verkehr mit Juden. Die Ablehnung sei mit 16 gegen 6 Stimmen erfolgt. (Auf die Frage des Verteidigers, ob er annehme, daß, wenn seine Erklärung sich dahin genauer ausgesprochen hätte, die Stimmen der jüdischen Wähler ihm ebenfalls zugefallen wären, antwortet der Amtsrichter: Nein). Mit dem Antisemitismus habe er sich nicht genauer befaßt, er kenne sein Wesen daher nicht; wie er später in seinem Plädoyer hinzugefügt hat, weil er die Bestrebungen auf Verkürzung der Rechte der Juden für absurd halte und für absolut nicht ernst zu nehmen.

Die Aussagen der Zeugen ergeben wenig neues; der Direktor Walter hat an W. nach der Ablehnung seines Aufnahmegesuchs einen tröstenden Brief geschrieben und darin seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß er nicht Mitglied des Klubs und dadurch nicht in der Lage gewesen sei, für die Aufnahme zu wirken. Der Brief ist von dem Angeklagten dem Bürgermeister mit dem Bemerken mitgeteilt worden, er könne davon jeden beliebigen Gebrauch machen und der Amtsrichter dürfe ihn wohl nicht ruhig hinnehmen.

Aus dieser letzteren Bemerkung schließen die Richter die Absicht einer Beleidigung. Trotz der eloquenten Beweisführung des Verteidigers, Dr. Ernst Auerbach, der den Nachweis versucht, daß das Vorgehen des Amtsrichters in Widerspruch mit seiner Erklärung stehe, und daß dem Angeklagten als Menschen, als öffentlich wirkenden Manne und als Juden der § 193 zur Seite stehen müsse, kommt der Gerichtshof zu einer Verurteilung. Der Staatsanwalt hatte insgesamt eine Geldstrafe von 800 Mk. (500 und 300) beantragt, das Urteil lautet auf 150 Mk. Als erschwerend sei die Stellung des Beleidigten und damit die Wirkung der Beleidigung in Betracht gezogen, als mildernd die Meinung des Angeklagten, daß der Amtsrichter sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht habe, die Erregung, in der er sich befunden habe, und seine bisherige Unbescholtenheit.

Aus der mündlichen Urteilsbegründung sind folgende Stellen von Interesse:

Es könne sehr wohl jemand den praktischen Antisemitismus mißbilligen und doch das gesellige Zusammenleben mit Juden aus irgendwelchen Gründen nicht für gut halten.

Selbst wenn man den Begriff Antisemitismus weiter faßt, so sei trotzdem der Beweis der Wahrheit des im inkriminierten Briefe ausgesprochenen Vorwurfs nicht gelungen, denn der Amtsrichter habe nicht gegen die Aufnahme des Fräulein W. gestimmt, weil sie Jüdin ist, und weil er mit den Juden nicht gesellig verkehren wolle, sondern weil er der Anschauung sei — ob sie begründet war oder nicht, darauf komme es nicht an — die Aufnahme eines Juden bezw. einer Jüdin in den Klub in Schlüchtern sei mit Rücksicht auf die geselligen Verhältnisse in Schl. mit Unzuträglichkeiten für den Verein verknüpft. Damit habe er den Antisemitismus, eine Gegnerschaft gegen die Juden als solche durchaus nicht an den Tag kommen lassen. Wenn man aber auch geselligen Antisemitismus als Gegnerschaft gegen die Juden auffassen will, sei darunter nicht zu verstehen, daß man die Juden als „minderwertig und nicht ebenbürtig" halte, wie von der Verteidigung dem Nebenkläger unterstellt ist; man habe vielfach Abneigung gegen den Verkehr mit Personen, ohne sie für minderwertig zu halten, sondern weil sie einem nicht gefallen. Der Beweis der Wahrheit sei also nicht geführt. Er sei auch um deswillen nicht als geführt zu erachten, weil möglicherweise die Erklärung im Winter eine damals bestehende Mißbilligung des Antisemitismus behauptet, im Laufe der mehreren Monate bis zur Ballotage im Tennisklub aber die Gesinnung des Amtsrichters sich geändert habe.

So der Bericht des Herrn Einsenders. Nach unserer Ansicht kann das Verhalten des Wahlkandidaten, Amtsrichters H. nicht als einwandsfrei angesehen werden.

Hans v. Mosch und der Deutsche Volksbund. Wie der Beirat des Vaterländischen Volksbundes in einem Rundschreiben seinen Mitglieder bekannt gibt, hat die Königliche Staatsanwaltschaft die seinerzeit vom Deutschen Volksbunde gegen seinen Begründer und langjährigen Leiter Herrn von Mosch erstattete Strafanzeige zurückgewiesen, weil die angestellten Ermittelungen die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben hat.

So zu lesen in der Bruhnschen „Wahrheit". Merkwürdig, daß die „Deutsche Hochwacht", das Organ des Volksbundes, sich ausschweigt.

Graf Pückler ist in der Dalldorfer Irrenanstalt interniert worden, weil, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, die begründete Annahme besteht, daß er gemeingefährlich krank sei.

Im Anschluß an diese Meldung schreibt die antisemitische „Deutsche Hochwacht":

„Vielleicht schlägt nun seinen Helfern das Gewissen, die mit diesem kranken Mann Geschäfte gemacht und ihn in seinen Wahnvorstellungen bestärkt haben."

Damit ist, wie unsere Leser wissen, Herr Wilhelm Bruhn gemeint, der Reichstagsabgeordnete für Friedeberg-Arnswalde und Herausgeber eines pornographischen Wochenblattes. Daß ihm jetzt das Gewissen schlägt, glauben wir allerdings nicht.

Vermischtes.

Antisemitisch angehaucht? Wir erhalten folgende Zuschrift:

Auf die Artikel in Nr. 39 und 40 Ihres geschätzten Blattes: „Eine antisemitische Entgleisung" und „Professor Gurlitt, ein Antisemit" hat der Herr Professor bisher geschwiegen, vermutlich, weil darauf nichts zu erwidern war. Aber das Beispiel des Herrn Reformers für Schule und Erziehung hat Schule gemacht, denn in Nr. 44 der „Allg. deutschen Lehrerzeitung." vom 1. Nov. ist folgendes zu lesen:

Sozialdemokratische Jugenderziehung.

Herr Dr. Frank aus Nonnenweier*), der Herausgeber der „Jungen Garde", veröffentlicht in seinem Organ des Verbandes deutscher Arbeiter folgende Darstellung eines 16jährigen Gymnasiasten, den in der griechischen Stunde die Langeweile plagt: Ich mußte nur still sitzen wegen der Disziplin und die ganze schleichende Gewalt der fürchterlichsten Langeweile, die ich unendlich empfand, in mich hinein verar-

---

*) In der Korrespondenz heißt es: Nonnenweier Dr. Frank ist Mitglied des Reichstages und Rechtsanwalt in Mannheim.

beiten. Und da ist plötzlich jener wütende Haß gegen den Schulmeister entstanden, und ich glaube ihn zu fühlen wie eine kleine, harte, schwarze Kugel in meinem Innern. Mit der ganzen Energie meines Gehirnes begann ich zu denken. Du infamer Hund du! du infamer Hund! Da hockst du, und wenn du nicht wärest mit deiner elendiglichen Schulmeistergewalt, so könnte ich fortlaufen. Woher nimmst du denn das Recht, mir gerade das zu befehlen, daß ich mich so entsetzlich langweilen muß bei dir? Muß ich? Natürlich muß ich, das ist ja die Schule. Aber ich will dich hassen, still, heimlich, inbrünstig hassen, wie ich nach nie einen Menschen auf dieser Welt gehaßt habe, du infamer Hund! Ich habe mit jenem Menschen nichts mehr zu tun, und darnach wird mir wohl nicht möglich sein, jenen Haß gänzlich zu vernichten, weil ich ihn nicht in eine Handlung umsetzen kann. Aber jene Situationen, aus deren Haß entsteht, gibt es immer noch, und unsere Gesellschaft schafft sie für die Mehrzahl der Menschen in unerhörter Zahl. Immer befiehlt sie, immer verbietet sie, immer steht sie mit Zwangsmitteln bereit und schafft Haß. Das gibt bei 100 000 jenen Klassenhaß, der sich gegen die Unternehmer und dann gegen die Polizei und dann auch gegen das Militär rüstet. Dann kommen die Zeiten, wo der Haß sich in Handlungen umsetzt, denn er ist furchtbar qualvoll zu ertragen, und er peinigt die Menschen um so grausamer, je sicherer sie wissen, daß wir eine neue Gesellschaft gestalten könnten, in der die Macht der Herren zerbrochen ist.

So weit der Artikel aus der „Jungen Garde". Jedenfalls hat die „Allg. D. Lehrerzeitung" sich über die rüpelhaften Flegeleien dieses jungen Bengels ebenso amüsiert wie wir, und so weit wäre alles gut.

Aber die „Allg. D. Lehrerzeitung", dieses ernsthaft gerichtete Blatt, kann nicht umhin, diese albernen Tiraden eines unreifen Jungen mit der Bemerkung zu schließen: „Gott, was forn Talent."

Wenn ein antisemitisches Winkelblättchen so etwas sagt, so lächelt man eben darüber, weil man das bei dem Bildungsgrade nicht anders erwarten kann; allein von einem so vornehmen Organ wie die „Allg. D. Lehrerztg." muß ein solcher Ton äußerst befremden. Oder glaubt sie, weil der Herausgeber der „Jungen Garde" zufällig ein Jude ist, sich solche Bemerkung erlauben zu dürfen? Sehr geschmacklos ist diese Bemerkung gerade nicht.

Worms. L. Oppenheimer

Kassel, 20. Nov. Eine Vertrauensmännerversammlung der liberalen Parteien aus den Kreisen Kassel-Land und Witzenhausen hat hier stattgefunden, um einen gemeinsamen liberalen Kandidaten im vierten hessischen Wahlkreis, dessen Vertretung gegenwärtig der antisemitische Abgeordnete Amtsgerichtsrat Lattman-Schmalkalden hat, zu nominieren. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit für den Papierfabrikanten Eduard Staffel in Witzenhausen.

In der Ortsgruppe Stendal des Alldeutschen Verbandes hielt am 19. November der Ingenieur Knabenschuh einen Vortrag über Rassenfragen und ging dabei an der Hand des berüchtigten Buches von Theodor Fritsch über die Judenfrage auf diese ein. Zu diesen Ausführungen äußerte sich auch der in der Versammlung anwesende nationalliberale Reichstagsabgeordnete Fuhrmann. Er führte aus, daß er durchaus nicht auf dem Standpunkt Fritschs stehe. Es sei möglich, daß die Juden einer eigenen Kultur unfähig seien, aber Fritsch sei ein Träumer und Phantast. Mit der Tatsache, daß die Juden unter uns leben, müsse man sich abfinden, dagegen sei auch er der Meinung, daß der Zuzug aus dem Osten nicht mehr gestattet werden dürfe. Zwischen dem deutschen und dem russischen Juden bestehe ein Unterschied, größer als zwischen dem Juden und dem Deutschen. Wenn man mit einem Vorurteil an die Judenfrage herangehe, so sei das ein Fehler. Und man könne sagen, wenn jemand den Antisemitismus totgeschlagen hat, so ist es Ahlwardt gewesen. Die Juden haben sympathische und unsympathische Züge. Die sympathischen Züge wollen wir nicht verschweigen, ich rechne dazu den ausgeprägten Familiensinn Familiensinn und den großen Wohltätigkeitssinn, auch Andersgläubigen gegenüber.

Er kenne eine große Anzahl Juden, vor denen er in jeder Beziehung den Hut tief abnehme. Man müsse immer die Persönlichkeit ansehen. Vor allem möge man sich vor dem Chauvinismus hüten, und das möchte er vor allem seinem lieben alldeutschen Verband ans Herz legen. Berechtigter Stolz sei am Platze, aber nicht Nationaldünkel. Man möge sich nicht immer einbilden, daß man durchaus etwas Besseres sei als andere. Das sei gefährlich, eben das sei es gewesen, was uns bei den andern Völkern in eine so schlimme Lage gebracht hat. Daß der Zuzug aus dem Osten eingeschränkt werden müsse, darüber herrsche bei allen Parteien eine Meinung.

Rom. Zum Bürgermeister von Rom wurde ein Jude, Ernesto Nathan, gewählt. Es wird darüber der „Voss. Ztg." aus Rom unter dem 26. November gemeldet:

Bei der gestrigen Wahl des römischen Bürgermeisters fielen sämtliche sechzig Stimmen des liberalen Blocks des Gemeinderats auf Ernesto Nathan, den republikanischen Deputierten und Apostel des Mazzinianismus und der Humanität, früheren Großmeister des italienischen Freimaurerbundes, sowie bewährten Patrioten, Denker und Publizisten. Im Augenblicke der neuen brutalen Vorstöße des Vatikans gegen alle modernen Ideen gewinnt die Wahl die Bedeutung einer entschiedenen Kriegserklärung der römischen Gemeindevertretung gegen Klerikalismus und Jesuitismus. Die über zwölf Stimmen verfügende klerikal-konservative Minderheit enthielt sich der Abstimmung, ihre bezügliche Erklärung wurde von der Mehrheit und dem Publikum mit stürmischen Entrüstungsrufen aufgenommen.

Paris. Gaston Raynal, ein Jude, ist zum Kabinettschef des französischen Ackerbauministers ernannt worden. Eine interessante Notiz für die antisemitisch-agrarische „Deutsche Tagesztg.", die sie ihren Lesern doch gewiß nicht vorenthalten wird.

London. Die Manchester-Universität hat beschlossen, das Andenken des jüngst verstorbenen Professors der Pathologie und Medizin, Dr. Julius Dreschfeld, durch die Stiftung eines Stipendiums für Studierende der Medizin zu ehren. Ein Ausschuß wurde gewählt, um den gefaßten Beschluß zur Durchführung zu bringen, und es sind bereits namhafte Beträge für den gedachten Zweck angemeldet. Außerdem wird auch in der Universität eine Büste Dr. Dreschfelds aufgestellt werden. D. war ein Würzburger Jude.

London. Sir Matitijahu, früher ein hoher Staatsbeamter in Indien, wurde von der englischen Regierung zum Statthalter der englischen Kolonie Natal ernannt. Er ist durch diese seine Stellung auch Generalleutnant und Oberkommandant der dortigen Armee, sowie die höchste Instanz in allen administrativen Angelegenheiten. M. ist Jude.

Vom Büchertisch.

von Liszt, Franz, ord. Professor der Rechte in Berlin. Das Problem der Kriminalität der Juden. 11 Seiten Quart. Gießen, Alfred Töpelmann (vorm. J. Ricker). 1907. Preis 0,50 Mk.

Gelegentlich des dreihundertjährigen Jubiläums der Universität Gießen haben eine Reihe früherer Dozenten der Gie-

zener juristischen Fakultät dieser eine Festschrift überreicht, in welcher auch der bekannte Berliner Kriminalist Prof. Dr. von Liszt das Problem der Kriminalität der Juden behandelt.

Er stellt hier zunächst fest, daß die allgemeine Kriminalität der Juden wesentlich günstiger als die der Christen ist, und weist nach, daß nur eine scheinbare Verschlechterung der jüdischen Kriminalität vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1901 vorliegt, in Wirklichkeit aber die Zunahme bei den Juden nicht größer ist als bei den Christen. Die höhere Zunahmeziffer bei den Juden erklärt sich daraus, daß die Kriminalität der Juden in den Jahren 1882 bis 1901 starken Schwankungen ausgesetzt, insbesondere in den Jahren der wirtschaftlichen Depression von 1889—1895 ungünstig war.

Es mag hierzu bemerkt werden, daß man eine Vermehrung der jüdischen Kriminalität auch dann verneinen muß, wenn man die Gesamtziffer, welche sich aus der Kriminalstatistik ergibt, in die Ziffern für die einzelnen Delikte auflöst. Dann ist, worauf ich schon früher hingewiesen habe, namentlich auch festzustellen, daß die sich für das Jahrzehnt von 1892 bis 1901 ergebende hohe Gesamtziffer für die Kriminalität der Juden vor allem durch die Vergehen gegen die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, welche mangels gesetzlicher Vorschriften in der Periode von 1882 bis 1891 überhaupt nicht vorkommen, ungünstig beeinflußt wird.

von Liszt weist weiter darauf hin, daß die Beteiligung der Juden an den einzelnen Delikten eine ganz verschiedene ist, daß ihre Kriminalität bei einigen Delikten außerordentlich günstig, bei anderen außerordentlich ungünstig ist. Die aus dem 146 Bande der „Statistik des Deutschen Reichs“ übernommenen diesbezüglichen Berechnungen dürften allerdings geeignet sein, ein teilweise unzutreffendes Bild hervorzurufen. Wenn sich z. B. aus jener Berechnung ergibt, daß im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 13 mal so viel Juden als Christen wegen Wuchers bestraft worden sind, so muß man sich doch vor Augen halten, daß die absoluten Ziffern beim Wucher — wie auch bei andern Delikten — für derartige Verhältnisberechnungen bei weitem zu klein sind; es wurden nämlich im Deutschen Reiche von 100 000 Juden jährlich durchschnittlich nur 1,2 als Wucherer verurteilt, was im ganzen 7 Bestrafungen entsprechen würde. Derartig kleine Zahlen sind aber für die Statistik, die eine Wissenschaft der großen, und nicht der kleinen Zahlen ist, unbrauchbar, da sich mit einer jeden Verurteilung bei den Relativzahlen das Bild naturgemäß völlig verschiebt. Der gleichen Ansicht ist übrigens auch von Liszt selbst, wenn er (Seite 8) eine von Wassermann für die Brandstiftung berechnete Ziffer wegen der geringen absoluten Zahlen für wertlos erklärt.

Die günstige Gestaltung der jüdischen Kriminalität erklärt von Liszt damit, daß die Juden in Bezug auf Bildung und Wohlstand günstiger gestellt seien als die christliche Bevölkerung. Dies mag für die westeuropäischen Länder zutreffend sein; von einer günstigen materiellen Lage der osteuropäischen Juden kann aber nicht gut gesprochen werden. In welchem Elend sich dieselben vielmehr befinden, kann ich hier nicht näher darlegen, es mag statt aller andern auf das Werk Ruppins „Die Juden der Gegenwart“, S. 180 ff. verwiesen werden. „Ich kann versichern, daß es in Europa nichts ärmeres gibt, keine Wesen denen es mühseliger wird, sich täglich ihr Stückchen Roggenbrot zu verdienen als neun Zehntel der russischen Juden“. So urteilt Leroy-Beaulieu. Nicht anders ist es in Rumänien und Galizien. Und ähnlich liegt es auch mit den Bildungsverhältnissen; im Osten Europas ist das hauptsächlichste Unterrichtsmittel der Juden das Cheder, welches den Anforderungen eines modernen Schulwesens in keiner Weise gerecht wird. (vergl. Ruppin, a. a. O., S. 167 ff.) Die Tatsache nun, daß gleichwohl auch in den Ländern Osteuropas die Kriminalität der Juden, insbesondere bezüglich der Eigentumsdelikte, eine durchaus günstige ist, zeigt also, daß die Erklärung, welche von Liszt für die günstige Kriminalitätsstellung der Juden gibt, nicht hinreichend zu sein scheint, daß für sie vielmehr noch andere Gründe ausschlaggebend sein müssen.

von Liszt geht sodann auf die Versuche ein, welche gemacht worden sind, um die ungünstige Kriminalität der Juden aus ihrer Berufsverteilung zu erklären, und beschäftigt sich namentlich mit der auch in dieser Zeitschrift (Seite 240 des laufenden Jahrgangs) besprochenen Schrift von Wassermann „Beruf, Konfession und Verbrechen“. Er kommt abweichend von seinem früher (vgl. diese Zeitschrift, Jahrgang 1906, Seite 78) vertretenen Standpunkte zu dem Ergebnis, daß die Kriminalität der Juden als Berufskriminalität restlos nicht erklärt werden könne. Wenn ich in Besprechungen der Wassermann'schen Arbeit (in dieser Zeitschrift, Jahrg. 1907, Seite 240 und in den „Kritischen Blättern für die gesamten Sozialwissenschaften“, Jahrgang 1907, Seite 376) das gleiche betont habe, so darf ich jetzt zu meiner Freude konstatieren, daß ich mich in Uebereinstimmung mit dem großen Meister befunden habe.

Was übrigens die bisher für die Juden ungünstigen Delikte anlangt, so lassen die kriminalstatistischen Ergebnisse der letzten Jahre erwarten, daß sich das Bild bald zu gunsten der Juden ändern wird; so sind im Jahre 1905 wegen Meineids im ganzen zwei und wegen betrügerischen Bankeratts überhaupt keine Verurteilungen von Juden erfolgt.

Eine völlige Erklärung der Kriminalität der Juden hält von Liszt sowohl im Interesse der Kriminal- als auch der allgemeinen Sozialogie für äußerst wertvoll, und zwar aus der Anschauung heraus, daß das Leben der Gesellschaft in dem Leben der gesellschaftlichen Gruppen bestehe und daß auch die Kriminalität aus der Lebensbetätigung der Gruppen erklärt werden müsse. Als einen Ausschnitt aus dem großen Problem der Gruppenkriminalität will von Liszt die Kriminalität der Juden aufgefaßt wissen, und er ist der Ansicht, daß gerade ihre Ursachen leichter aufgefunden werden können als die Faktoren der Kriminalität anderer Gruppen.

Hoffentlich wird dies durch die künftige wissenschaftliche Untersuchung bestätigt werden. Dr. Bruno Blau.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 49. Berlin, 4. Dezember 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht. Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Antisemiten und Renegaten.

Die blutigste Satire auf den Antisemitismus braucht nicht von den Gegnern geschrieben zu werden, — die Antisemiten selber liefern sie täglich durch ihre Handlungen. Es ist der Fluch eines jeden Gedankens, der dem Instinkte seine Existenz verdankt, daß er an seiner Halbheit und seiner Inkonsequenz zur Lächerlichkeit wird. Es gibt keine Strömung auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiete, die so viele Widersprüche in sich birgt, wie diese antisemitische. Wie soll man zur Konsequenz gelangen, wenn man die verschlungenen Pfade des Gefühlslebens ohne zuverlässigen Führer wandelt?

Unsere Antisemiten sind ja treue Anhänger der Rassenlehre und sie haben längst im semitischen Blute den Bazillus des Verderbens und den Keim alles Bösen auf Erden entdeckt. Sie hassen daher den getauften Juden noch mehr als den ungetauften. Das ist ja begreiflich, denn der getaufte Jude hat meistens den Wunsch, unterzutauchen und zu verschwinden, während die Antisemiten hinter jedem Juden einen Steckbrief erlassen möchten, damit er ja erkannt wird. Von der Heilswirkung der christlichen Taufe scheinen sie nicht viel zu halten. Ja, sogar D. Stöcker, der christliche Priester, hat schon oft über die Judentaufe bitter gehöhnt. Und doch waren die getauften Juden, allerdings die elendesten unter ihnen, stets die größten Stützen der „antisemitischen Wissenschaft". In den früheren Jahrhunderten war ein elendes, verlogenes Subjekt wie Pfefferkorn der Held der antisemitischen Weisheit, und am Ende des vorigen Jahrhunderts waren es die sittlich verkommenen Renegaten Brimann und Paulus Meyer, mit denen man Parade machte und deren Fälschungen man trotz aller Proteste bedeutender christlicher Gelehrter als wissenschaftliche Wahrheiten hinnahm. Sobald sich jüdische Subjekte dazu hergaben, gegen Bezahlung dem Antisemitismus gute Dienste zu leisten, wurde ihnen ihre jüdische Abstammung großmütig verziehen.

Es ist auch heute noch auf diesem Gebiete nicht viel anders geworden und das System der antisemitischen Menschenbeurteilung ist kaum in der Form etwas anders geworden. Man ist natürlich heute furchtbar wissenschaftlich und steht ganz auf dem Boden der Rassenforschung und der Blutanalyse, aber — man ist nicht engherzig und läßt gern Ausnahmen gelten. Wagt es jemand, liberale Ansichten zu äußern oder gar ein ungünstiges Urteil über den Antisemitismus zu fällen, dann wird ihm, und mag er auch ein Dichter von der Bedeutung Paul Heyses sein, die jüdische Großmutter nachgerechnet. Ja, selbst wenn er gar keine hat, wird ihm eine jüdische Großmutter oder Urgroßmutter angedichtet. Aeußert aber ein Jude eine schlechte Meinung über Juden und Judentum, dann braucht er sich nicht einmal taufen zu lassen, er erhält sofort einen Ehrensessel in der antisemitischen Walhalla. Unsere Antisemiten waren es, die den genialen, aber durchaus krankhaft veranlagten Weininger zum Propheten der modernen Wissenschaft erhoben haben. Die Antisemiten waren es, die für das seelisch verkrüppelte Ghettoopfer Jakob Fromer warm Partei nahmen, und sie sind noch heute zu jeder Zeit bereit, jeden Juden mit offenen Armen anzunehmen, wenn er sich durch eine antisemitische Gesinnung legitimieren kann. Ein einziger recht gehässiger Artikel über die Juden hat für sie viel mehr Kraft, als die christliche Taufe und die christliche Abstammung durch viele Generationen.

Die neueste Erscheinung auf diesem Gebiete ist Robert Jaffe, dessen Name heute nicht nur in vielen konservativen Zeitungen, wie z. B. in der „Kreuzzeitung", sondern auch im Zentralorgan der antisemitischen Wotananbeter zu finden ist. Dieser Neogermane ist ein begeisterter Anhänger der Fritsch'schen Mittelstandspolitik, ein treuer Freund der Agrarier, und er schmäht mit einem heiligen Zorn auf alles Liberale und Jüdische wie ein geborener Antisemit. Das ist doch Grund genug, ihm seinen Geburtsfehler zu verzeihen. Getauft ist er erst seit fünf oder sechs Jahren und seine konservativ-antisemitische Gesinnung ist auch noch jungen Datums. In den Jahren 1897—1900 war er unter dem Pseudonym „Max Aram" und auch unter vollem Namen einer der fleißigsten Mitarbeiter der zionistischen Zeitschrift „Die Welt" und ein treuer Anhänger Theodor Herzls. In seinen zahlreichen Artikeln kämpfte er mit viel Wärme für das zionistische Ideal und er schrieb dann auch einen jüdischen Roman unter dem Titel „Ahasver". Dann bekehrte er sich plötzlich zu einer extrem konservativen Weltanschauung und schrieb in der „Gegenwart" unter Richard Nordhausens Redaktion kampffrohe Artikel gegen den Liberalismus in der Politik und in der Literatur. Manche dieser Aufsätze waren geradezu abscheulich antisemitisch gehalten und sie berührten Jeden, der seine früheren Arbeiten kannte, sehr unsympathisch. Nun hat er es dahin gebracht, ein geschätzter Mitarbeiter des „Hammer" zu werden. Das ist für die relativ kurze Zeit eine respektable Leistung auf dem Gebiete der Verwandlungskunst.

Wir gehören durchaus nicht zu denen, die in jedem Gesinnungswechsel das Merkmal der Charakterlosigkeit er-

blicken. Jeder entwickelungsfähige Mensch schreitet mit der Zeit fort, d. h. er schaltet erkannte Irrtümer und seiner Natur nicht adäquate Ideen aus und nimmt neue, reifere, seiner Individualität zusagende Ansichten an. Wie man sich vom Konservativen zum Liberalen oder Sozialisten entwickeln kann, so kann man den Weg auch in entgegengesetzter Richtung machen und aus ehrlicher innerer Ueberzeugung konservativ werden. Auch der Religionswechsel kann das Resultat einer inneren Erkenntnis sein und ist durchaus nicht immer auf äußere Motive zurückzuführen. Das menschliche Herz birgt so viele Widersprüche in sich, daß man über das, was man nicht leicht versteht, nicht gleich den Stab brechen darf. Das aber darf wohl gesagt werden: wenn ein Jude zum Antisemiten wird, seine frühere Gemeinschaft verleugnet, seine Abstammung und seine Familie beschimpft, dann ist er entweder ein krankhafter Fanatiker des Hasses oder ein sittlich niedrigststehender Mensch. Man denkt hier unwillkürlich an die Analogie des Deserteurs und jede feinere Natur bleibt solchen Elementen fern.

Herr Robert Jaffe scheint bei den Antisemiten die Stellung gefunden zu haben, die seiner inneren Natur zusagt, und wir haben keine Ursache, ihm den Antisemitismus und dem Antisemitismus ihn nicht zu gönnen. Wir möchten nur konstatieren, daß auch die Rassentheorie für die Antisemiten eine leere Phrase ist, die sie selber durch ihre Handlungen lächerlich machen. Auch die germanische Abstammung, von der sie soviel reden, ist nur eine leere Komödie, die dem Volke vorgespielt wird. Im Grunde gibt es für die Antisemiten nur eine Theorie: Wer ein anständiges Wort über Juden sagt, ist und bleibt Jude, mag er auch seine christliche Abstammung bis in die zehnte Generation nachweisen. Wer aber schön antisemitelt und seinen Geist in den Dienst des Judenhasses stellt, der gilt als echter Germane, mag er auch direkt aus der Synagoge kommen.

Aus Elsaß-Lothringen.

Ein Artikel des „Israelitischen Familienblattes" wird zur Zeit in beteiligten Kreisen viel verbreitet und erregt dort ein gewisses Aufsehen, verbunden mit einer gewissen Beunruhigung. Der Artikel lautet:

„Eine auffallende Zurücksetzung eines jüdischen Arztes seitens der elsaß-lothringischen Regierung, so schreibt uns unser Straßburger Mitarbeiter, erregt zur Zeit in weiten, auch nichtjüdischen Kreisen peinliches Aufsehen. Um so größer ist dieses Aufsehen, als die Stellung der Juden in Elsaß-Lothringen unter deutscher Herrschaft bisher eine denkbar günstige war, besonders verglichen mit den Verhältnissen in Alt-Deutschland. Zwar fanden auch hier in der Verwaltung die jüdischen Bürger bisher keinen Eintritt; indes ist das jüdische Element in dem Justizpersonal durchaus vertreten und eine systematische Zurücksetzung scheint nicht vorhanden zu sein. Leider ist jedoch der antisemitische Geist Preußens auch in Elsaß-Lothringen nach und nach eingedrungen. Sein erstes Opfer ist — und das ist vor allem für das Land von unermeßlichem Schaden — die Straßburger Universität. Hatte man in den 1870er Jahren mit beiden Händen zugegriffen, wo man eines großen Gelehrten habhaft werden konnte, ohne nach Religion oder Abstammung zu fragen, so hat man sich seit etwa 20 Jahren daran gewöhnt, vor allem den Taufschein zu verlangen oder, wie einmal ein hochgestellter Herr gesagt haben soll, zu fordern, daß die Kinder derer, die „höher" kommen wollten, der Kirche zugeführt würden. Es ist nachgerade soweit gekommen, daß man die großen Gelehrten, die wegen ihrer jüdischen Religion nicht angestellt wurden oder keinen ordentlichen Lehrstuhl erhielten, im einzelnen kennt und benennen kann. Die Kenner der akademischen Verhältnisse in Straßburg, wie überhaupt alle, die sich im Elsaß mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, wissen von den Zuständen manch Liedchen zu singen. Ein Stückchen, das seinerzeit berechtigtes Kopfschütteln erregte, war folgendes: Eine ordentliche Professur war durch Tod des bisherigen Inhabers erledigt. Für dasselbe Fach waren zwei Privatdozenten von gleicher wissenschaftlicher Bedeutung vorhanden. Beide waren Juden. Folge: die Regierung suchte auswärts Ersatz. Aus Gründen, die hier nicht von Belang sind, lehnten verschiedene Gelehrte ab. In der Zwischenzeit ließ sich einer der Privatdozenten mitsamt seiner Familie taufen. Kurz nachher war er außerordentlicher Professor und Direktor des X-Instituts. Die Regierung suchte nicht mehr auswärts. Solcher Beispiele ließen sich noch einige anführen.

Der Fall, von dem wir ausgingen, hat eine gewisse Verwandtschaft mit dem genannten. Es handelt sich um folgendes: Die Stelle eines Medizinalreferenten im Ministerium für Elsaß-Lothringen war zu besetzen. Dieser Beamte, der natürlich Arzt sein muß, hat die gesamte öffentliche Gesundheitspflege in Elsaß-Lothringen unter sich. Ueber die Besetzung entspannen sich Intriguen, die uns zum größten Teil nicht interessieren. Nur in einer Richtung fordern dieselben unsere Aufmerksamkeit, nämlich: soweit sie sich gegen den außerordentlichen Professor der Medizin an der Universität Straßburg, Dr. Levy, richteten. Dieser Arzt, der als Mann der Praxis wie als theoretischer Forscher den besten Ruf genießt, war, wie feststeht, von Autoritäten auf dem Gebiete der Medizin, besonders auf dem Gebiete der Hygiene, nachdrücklich empfohlen worden. Mit seiner Anstellung hätte die Regierung dem Lande den größten Dienst erwiesen. Jedoch stand seine Religion im Wege. Gegen das Urteil der Fachgelehrten, gegen das Gutachten des abgehenden Medizinalreferenten verzichtete die Regierung auf den jüdischen Arzt, um sich den Bezirksarzt von Lothringen zu holen. Bedeutet diese Uebergehung dem Lande gegenüber einen Schaden an der öffentlichen Gesundheitspflege, so bedeutet sie der jüdischen Bevölkerung gegenüber eine Brüskierung, die man im Reichslande nicht gewohnt ist, und die im höchsten Grade verbitternd wirken muß. Auf die Bevölkerung kann sich die Regierung in ihrem Vorgehen nicht stützen. Man ist im Elsaß wie in Lothringen den jüdischen Mitbürgern gegenüber durchaus tolerant und weiß sie nach ihren persönlichen Fähigkeiten einzuschätzen. Das beweisen die Wahlen, besonders in den Gemeindeparlamenten, wo Juden als Volksvertreter sich gern in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Sollte in Elsaß-Lothringen eine systematische Zurücksetzung jüdischer Bürger auch auf den Gebieten eintreten, wo bisher die Persönlichkeit vor allem galt, so wäre das — neben der Ungerechtigkeit — ein Fehler, der sich noch bitter rächen könnte."

Hierzu bemerkt die der Regierung der Reichslande nahestehende nationalliberale „Straßburger Post" (27. November):

„Was den ersten Teil des Artikels, die Universitätsverhältnisse, angeht, so geht der Verfasser von irrigen Voraussetzungen aus. Die Universität ergänzt sich aus sich selbst heraus! Die Fakultäten schlagen vor, wen sie haben wollen, und es ist niemals — mit einziger Ausnahme des Falles Spahn — vorgekommen, daß die Regierung den Vorschlägen der Fakultäten die Sanktion verweigert hätte. Wenn also „der antisemitische Geist Preußens auch in Elsaß-Lothringen eingedrungen" wäre, so hätte, soweit die Universität in Frage kommt, die elsaß-lothringische Regierung nichts damit zu tun. Denn sie hat, wie eben schon gesagt, stets die Vorschläge der Fakultäten ausgeführt. Daß aber im Professorenkollegium ein antisemitischer Geist wehen sollte, das wird doch selbst der stärkste Mann nicht glauben können!

Was den angeblichen Fall Levy angeht, so sei folgendermaßen der Sachverhalt authentisch festgestellt: Als die Notwendigkeit der Neubesetzung der Stelle des Medizinalreferenten sich ergab, hat die Regierung, in der Absicht, die Stelle mit einem Eingeborenen zu besetzen, ihr Augenmerk auf den Kreisarzt, Geh. Medizinalrat Dr. Hoeffel in Buchsweiler gerichtet, der aber nicht geneigt war, in den Staatsdienst einzutreten. Alsdann hat die Regierung ihre Auswahl unter den zunächst in Frage stehenden beamteten Aerzten getroffen. Die Absicht, einen nicht im Beamtenverhältnis stehenden Arzt in die Stelle zu berufen, hat bei der Regierung niemals bestanden, und der in Frage stehende, als wissenschaftlicher Forscher bestens bekannte und auch von der Regierung geschätzte Gelehrte ist für die Stellung des Medizinalreferenten niemals in Frage gekommen. Also hat auch seine Religion selbstverständlich bei der ganzen Angelegenheit niemals eine Rolle gespielt.

Wie unter diesen Umständen von einer „Brüskierung der jüdischen Bevölkerung“ die Rede sein kann, bleibt unerfindlich. Wenn etwas „verbitternd wirken muß“, so sind es solche Artikel, wie der des „Israelitischen Familienblattes“, der ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse geschrieben ist, lediglich auf Grund von Schwätzereien, wie sie schließlich bei jeder Stellenbesetzung von Mund zu Mund gehen. In eine ernsthafte Zeitung sollten sich solche Bierbankklatschereien doch nicht verirren!“

Antisemitische Berichterstattung.

Es ist psychologisch interessant, zu beobachten, daß der Antisemitismus mit seiner kranken Weltanschauung sich immer mehr zu einem Mikrokosmos, zu einer Welt für sich ausbildet. Unsere Antisemiten denken und empfinden anders als die gewöhnliche Menschheit, sie sehen die Welt und ihre Erscheinungen mit anderen Augen an und sie urteilen über alles mit anderen Normen.

Es ist daher wohl begreiflich, daß die Antisemiten die Welt auch mit einer ganz eigenartigen Methode der Berichterstattung beglückt haben. Niemand kann aus seiner Haut heraus und die Urteilskraft eines jeden ist determiniert durch das Milieu, in dem er lebt, und durch die äußeren und inneren Eindrücke, die er im Leben empfangen hat. Vollends auf politischem Gebiete, wo der leidenschaftliche Kampf der Parteien herrscht, ist das Ideal der Ob.ektivität sehr selten zur Wirklichkeit geworden. Jede Partei lebt mehr oder minder in ihrem engen Rahmen, und ihre Presse ist auf einen gewissen Ton gestimmt. Diese Presse lobt häufig ihre eigenen Führer über Gebühr und streicht die Tätigkeit der Partei und die Verdienste ihrer Abgeordneten besonders heraus. Das gehört einmal zu den menschlichen Schwächen. Indessen findet man in den besseren Blättern fast aller Parteien politische Stimmungsbilder, die ein klares Bild der wirklichen Verhältnisse geben. Unsere Antisemiten können aus ihrer engen Welt nicht hinaus und ihre Augen sind so verdorben, daß sie nur noch durch die antisemitische blaue Brille sehen können. In den Reichstagsberichten ihrer Presse werden die Reden mancher Parteien kaum erwähnt, und die Reden der Gegner dienen nur als Schatten, um die hervorragenden rhetorischen und sachlichen Leistungen der antisemitischen Abgeordneten leuchten zu lassen. Diese Reden erscheinen natürlich wörtlich, manchmal wiederholt und mit Kommentaren versehen und selbstverständlich stets über alle Maßen gelobt und verherrlicht. Wer nur diese Zeitungen liest, der könnte beinahe glauben, der ganze Reichstag lebe nur noch von den Reden der Antisemiten.

Noch origineller ist die Berichterstattung der Antisemiten über die Agitationsversammlungen und das Vereinswesen, weil hier, wo die Kontrolle schwieriger ist, die Phantasie freie Bahn hat. Jede antisemitische Agitationsrede, und sei es auch die eines gänzlich unbekannten Parteisekretärs oder eines schüchternen Schneiderleins, ist eine glänzende Leistung, eine erlösende Tat. Das Volk jubelt natürlich diesen Vaterlandsrettern zu, und in Scharen strömen die Neubekehrten heran und verlangen stürmisch ihre Aufnahme als Mitglieder. Die in diesen Versammlungen sprechenden Gegner werden von den Helden des Abends gründlich abgeführt und gänzlich vernichtet. Dagegen wirkt die Diskussionsrede eines Antisemiten in einer gegnerischen Versammlung stets wie eine Bombe, die den Feind zerschmettert, und beschämt müssen die Gegner vor soviel Geist, Geschick und wahrer Volksfreundschaft die Waffen strecken. Das Publikum,. namentlich das bessere, patriotisch denkende, noch nicht korrumpierte, ist dann stets auf Seiten der Antisemiten, und sie siegen daher immer glänzend.

Daß die Antisemiten bei dieser so günstigen Volksstimmung nicht mindestens 150 Abgeordnete im Reichstage haben, ist nur dadurch zu erklären, daß alle politischen Parteien, nicht einmal die konservative ausgenommen, schlecht und treulos gegen sie handeln und unvornehm gegen sie kämpfen, während sie selber sich nur der vornehmsten Taktik und der ehrlichsten Waffen bedienen. Dazu kommt, daß den anderen Parteien stets reiche unheimliche Geldmittel zufließen, während die Antisemiten nur über bescheidene Mittel verfügen, weil sie in Geldsachen bekanntlich sehr zurückhaltend und jeden Pfennig prüfen, ob er ehrlich verdient ist und ob er nicht gar aus jüdischen Quellen fließt. Durch diese rein äußeren Umstände gestaltet sich die Sache für die Antisemiten etwas ungünstig, und die Früchte ihres gewaltigen Wirkens im Dienste des Vaterlandes werden ihnen noch vorenthalten. Aber — die antisemitische Wahrheit muß schließlich doch siegen, und ihre Führer versprechen in ihren Versammlungen und in ihrer Presse heilig und sicher, daß sie schon bei der nächsten Reichstagswahl ihre Mandate mindestens verfünffachen werden. Erst dann natürlich wird eine echte deutsche Politik einsetzen können.

So spiegelt sich die politische Welt in der antisemitischen Presse ab, und viele der Leser glauben an diese dogmatisch gewordenen Lügen, wie die Wilden an Fetische glauben. Wo die ganze Weltanschauung eine verkrüppelte ist, da erscheint nichts absurd, nichts unmöglich. Die Aufklärung vermag hier viel, aber sie arbeitet nur langsam. Gründlich kuriert werden die Leutchen meistens erst, wenn sie an ihrer eigenen Person erfahren, wie verlogen und innerlich hohl dieser ganze Antisemitismus ist. Das Leben wirkt viel stärker als alle schönen Theorien.

Amerikanischer Brief.

Seitdem es in Rußland etwas ruhiger, wenn auch nicht viel besser für die Juden geworden ist, ist auch die Einwanderung russischer Juden nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Allerdings kann dazu auch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten beigetragen haben. Immerhin kommen noch genug ins Land, um nicht in den Maßnahmen zu erschlaffen, die ergriffen worden sind, um die Anhäufung jüdischer Einwanderer aus dem europäischen Osten in New York zu verhindern. Im Süden und Westen sieht man die Einwanderer recht gern. Von Galveston und New Orleans aus werden sie von den jüdischen Komitees über das ganze weite Gebiet verteilt und ihnen, wenn irgend möglich, gleich Arbeit verschafft. Hier werden die jüdischen Einwanderer nicht als „undesirables“ angesehen. Im Gegenteil wird auch von nichtjüdischer Seite mit Recht geltend gemacht, daß die jüdischen Einwanderer aus Rußland eigentlich die wünschenswertesten Einwanderer seien, da sie nicht wie die Chinesen, Japaner, Italiener nur ins Land kommen, um mit möglichst viel Geld wieder in die Heimat zurückzukehren. Sie wollen vielmehr im Lande bleiben, und nur in vereinzelten Ausnahmefällen dürften sie Lust verspüren, nach Rußland zurückzukehren, wo ihnen eine unmenschliche Behandlung sicher ist. Die neue Duma, in der sich nur zwei, nicht einmal besonders hervorragende, Juden befinden, wird ja nichts für die Juden tun wollen und, selbst wenn sie wollte, nichts tun können. Auch das wird von nichtjüdischer Seite gern anerkannt, daß diese Einwanderer sich ganz ungewöhnlich schnell assimilieren, was nicht zum wenigsten dem Eifer und den Opfern der bereits im Lande ansässigen Juden zu danken ist, die den russischen Flüchtlingen systematisch hel-

sen, nicht nur die englische Sprache und die amerikanische Geschäftsweise zu erlernen, sondern auch darauf halten, daß sie die amerikanische Verfassung, die Gesetze des Landes, die Sitten und Gebräuche kennen lernen und in möglichst kurzer Zeit sich aneignen. Bezeichnend für die schnelle Assimilation ist, daß Zangwill sie fast bedauert, da sie, wie er sagte, das größte Hindernis sei zur Verwirklichung seines Traumes, einen jüdischen Staat zu begründen. In Amerika, bemerkte Zangwill weiter, verlieren selbst die russischen Juden in verhältnismäßig ganz kurzer Zeit ihre charakteristischen Rasseneigenschaften. Diese Bemerkung ist durchaus richtig und sie gilt im Grunde von allen Ländern, wo die Juden als gleichberechtigte Bürger behandelt werden.

Beiläufig beweist dieser Verlust nicht nur den Wert gerechter und menschlicher Behandlung der Juden, sondern auch die Hinfälligkeit der Rassentheorien. Man braucht nur daran zu denken, daß von ernsten Forschern, Reisenden und Gelehrten in fast allen Ländern der Erde Nachkommen der verlorenen „zehn Stämme" vermutet worden sind. Abessynier, Afghanen, Scythen, die Massai, Hindus, Azteken, Peruaner, Indianer, die australischen Wilden, Chinesen, Japaner sollten von den verlorenen zehn Stämmen abstammen, und was für die germanischen Rassenfexe besonders schmerzlich sein muß, fast alle germanischen Völker, so die Dänen, die Engländer 2c. 2c. Man kann daran erkennen, wie viel von der Weisheit derer zu halten ist, die einem an der Nase ansehen wollen, woher er stamme.

Doch zurück zu den Juden in Amerika. Ganz besonders interessant sind die mit Hilfe der Baron Hirsch'schen Gelder in verschiedenen Ländern des amerikanischen Kontinents, von Argentinien im Süden bis Kanada im Norden, gegründeten jüdischen Ackerbaukolonien. Dr. Sonnenfeld, der an der Spitze der Baron Hirsch'schen Koloniegründungen steht, bereist jetzt Amerika und er erklärt, mit den Ergebnissen, von denen er sich überall persönlich überzeugt hat, sehr zufrieden zu sein. In Argentinien, sagte er in den Interviewern, haben wir 12 000 jüdische Landwirte angesiedelt, die weitere 10 000 Juden beschäftigen. Es geht ihnen durchweg gut, und die meisten haben die Gelder abbezahlt, die ihnen zur Ansiedelung gegeben worden waren. Einige sind sogar reich geworden. Wir haben 1½ Millionen Acres gekauft, und bis jetzt sind von den Ansiedlern eine Million Francs zurückgezahlt worden. Was aber Europäer, namentlich deutsche Antisemiten, als ganz besonders seltsam berühren würde, das ist, daß in den argentinischen Ansiedelungen ausschließlich Juden das Land bebauen und Christen Handel treiben. Es wird keinem Juden einfallen, zu sagen, die Christen seien dort Parasiten, Ausbeuter und dergl. Ob aber die Antisemiten von ihrem Wahne lassen werden, daß die Juden nicht arbeiten wollen?

Es gibt Schwarzseher, die prophezeien, daß der Antisemitismus früher oder später auch in Amerika sich einstellen werde. Wir sind keine Propheten, würden uns aber nicht wundern, wenn jene Prophezeiung sich wirklich einmal erfüllen sollte. Das würde nichts gegen die Juden beweisen, sondern nur, daß geistige Epidemien auch keine Landesgrenzen kennen und sich höchstens mit der Zeit abschwächen. Die eigentlichen Amerikaner kennen keinen Antisemitismus, und in den Gesetzen des Landes ist nichts, das den Antisemitismus begünstigen könnte. Aber jedes Schiff bringt jeden Tag Einwanderer aus allen Ländern. Unter diesen befinden sich auch wirkliche „undesirables", d. h. Leute, die den Bazillus des Antisemitismus wie Ratten den Pestbazillus mitbringen und ihn hier nicht so schnell los werden. Wäre es da gar zu sehr zu verwundern, wenn, besonders in schlechten Zeiten, die bekanntlich alle Epidemien fördern und die Menschen empfänglich für die Krankheitserreger machen, hier und da welche infiziert würden? Das Land, nicht den Geist verändern die deutschen, russischen und anderen Antisemiten, die übers Meer kommen, und sie finden dort Freunde, die einige Zeit vor ihnen hinübergekommen sind, bereits als Amerikaner gelten, aber dennoch den alten Adam noch nicht los geworden sind. Also möglich ist schon, daß hier und da sich ein antisemitischer Seuchenherd bildet. Es wäre Vogel Strauß-Politik, sich verhehlen zu wollen, daß auch in Amerika antisemitische Pestfälle vorkommen, die aber zum Glück noch schnell isoliert und dort bekämpft werden. So hatte in Hattiesburg im Staate Mississippi der Unterrichtsausschuß, weil es zu einigen Streitigkeiten zwischen amerikanischen Kindern und Kindern von Einwanderern gekommen war, beschlossen, die Behörde aufzufordern, daß für italienische, syrische und jüdische Kinder eine besondere Schule gebaut werde. Die Juden, eingedenk des Principiis obsta, ließen sich das nicht gefallen und protestierten gegen diesen Beschluß, der denn auch einfach ad acta gelegt wurde. Ja, die Mitglieder des Ausschusses gaben sogar ihrem Bedauern Ausdruck, daß in dem Beschlusse das Wort Jude Platz gefunden hatte. Im Ganzen handelte es sich um etwa ein Dutzend jüdischer Kinder, die nicht schlimmer wie andere Kinder auch waren. In der Tat gaben die Väter jenes Beschlusses nicht den jüdischen Kindern schuld, sondern den — eigenen. Aus Rücksicht auf die jüdischen Kinder, die von den Kindern der Eingeborenen schlecht behandelt würden, sollte ein so gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Da wäre es doch viel richtiger, diesen eigenen ungezogenen Kindern im allgemeinen wie in deren eigenem Interesse eine tüchtige moralische oder reale Pauke angedeihen zu lassen. Gerade das Zusammenleben und Zusammenlernen der Kinder verschiedener Bekenntnisse und Nationalitäten ist ein Hauptgrund der wunderbar schnellen Assimilation der verschiedenen Nationalitäten und speziell der Juden in Amerika.

Noch einen anderen kuriosen Fall, der sogar das Gericht beschäftigt hat. Ein Herr Abbot hatte im Hotel „Renaissance" in New York auf elf Monate eine Wohnung für 100 Dollars monatlich gemietet. Nach drei Tagen schon überzeugte er sich, daß die Wohnung seinen Zwecken nicht entsprach, und er bat, von seinen Verpflichtungen entbunden zu werden. Der Direktor des Hotels erklärte, es könne das nur geschehen, wenn er einen andern Mieter, der eben so viel zahlte, bewegen könnte, die Wohnung zu übernehmen. Herr Abbot fand durch eine Annonce, die er in den „New York Herald" setzen ließ, einen solchen Mieter in der Person eines gewissen Walter Salomon. Aber der Hoteldirektor weigerte sich, diesen Mieter zu akzeptieren, weil er Jude sei Abbot wurde von dem Hoteldirektor auf Zahlung der Miete verklagt, und das Gericht hatte nun zu entscheiden, ob ein Jude ein einwandsfreier Mieter ist.

Kurios das, nicht? Juden können in Amerika alles werden, sind auch Senatoren, Minister, Gesandte u. s. w., aber ein Gericht muß erst entscheiden, ob ein Jude auch ein richtiger Mieter sein kann. Da es in New York auch jüdische Richter gibt, wäre es sehr pikant, wenn ein jüdischer Richter zu entscheiden hätte, ob jemand eine ihm gehörende Wohnung an einen Juden weiter vermieten darf. Das Kurioseste aber ist, daß der Herr Hotelier mit demselben Juden, den er jetzt als Mieter lediglich seines Glaubens wegen zurückweist, und überhaupt mit Juden andere Geschäfte des öfteren gemacht hat. Der Gerichtshof entschied natürlich, daß ein Jude ein geeigneter und daher nicht zurückzuweisender Mieter sei.

Von ganz besonderem Interesse aber ist die Motivierung des Urteils.

Die juristischen Vertreter des klagenden Hoteliers verlangten, daß der Gerichtshof Notiz nehmen solle von der

Tatsache, daß in der christlichen Bevölkerung von New York ein Vorurteil bestehe gegen das Zusammenwohnen mit Juden, und daß in Kenntnis dieses Vorurteils die Besitzer von Hotels und manchen Häusern im ganzen Lande es ablehnen, ihre Räume an Mitglieder der jüdischen Rasse zu vermieten.

Darauf erklärte der Richter: Dieses Verlangen sei ungesetzlich und stehe im Widerspruch mit den Tatsachen. Das Vorurteil möchte wohl vorhanden sein bei unwissenden, ungebildeten und irreligiösen Personen, aber es bestehe nicht bei den wirklich christlichen Elementen der Bevölkerung. Es finde auch keinen Boden bei irgend einem sich selbst achtenden amerikanischen Bürger. Während kein Gerichtshof Notiz nehmen kann von einem solchen Vorurteil, kann es Notiz nehmen und nimmt es Notiz von der Geschichte unseres Vaterlandes und von der Politik unserer Regierung.

Der Richter zitierte dann aus einem Briefe Georg Washingtons an die jüdische Gemeinde von Newport aus dem Jahre 1790 und aus Präsident Roosevelts Botschaft an Jacob H. Schiff, die vor zwei Jahren in der Carnegie Hall verlesen worden ist. Er fügte hinzu, daß zur Aufklärung des juristischen Beistandes des Klägers und aller derjenigen, die seine Ansichten teilen, die Ausführungen des unsterblichen Washington betont werden sollten. Er will nicht verweilen bei der langen Liste der ausgezeichneten Staatsmänner und Juristen jüdischer Rasse und jüdischen Glaubens, die jetzt das Richterkollegium zieren, und die den Staat beraten und führen, sondern er möchte nur die Bemerkungen Anatole Leroy Beaulieus über Disraeli, Lassalle und Gambetta zitieren.

Sicherlich, schließt die Begründung, kein Gerichtshof irgend eines zivilisierten Gemeinwesens würde erklären, daß es von Rechts wegen ein vernünftiger Grund sei, von jemandem als Mieter nicht befriedigt zu sein, weil er zufällig von jüdischer Abstammung ist. Darum muß das Urteil gegen den Kläger ausfallen. Er hätte Herrn Salomon als Mieter akzeptieren müssen.

Bei dieser Gelegenheit soll hier noch von einem anderen Protest gegen Rassenvorurteile Notiz genommen werden, von dem des republikanischen Klubs in New York gegen die Behandlung der Neger. Auch hier ist die nähere Ausführung das Interessante. Es werden auch speziell die Juden aufgefordert, an dem Kampfe gegen das Rassenvorurteil teilzunehmen, die ja seit Generationen unter Rassenvorurteilen zu leiden gehabt haben und in Rußland und Rumänien die entsetzlichen Resultate des Rassenhasses erleben.

„Was kann geschehen, heißt es zum Schluß, diesen Rassenhaß und das Vorurteil gegen Farbige auszurotten? Wir wissen wohl, welche Schwierigkeiten alle Völker seit den frühesten Zeiten im Kampfe gegen Rassenhaß zu bewältigen hatten. Diese Schwierigkeiten wuchsen, weil der Rassenhaß vernunft- und gewissenlos ist. Er ist festgewurzelt und verankert in Vorurteilen. Aber etwas kann doch geschehen und sollte geschehen. Wir müssen auf den Rassenhaß losschlagen, nicht furchtsam und schüchtern, sondern offen und frei, wo immer er zutage tritt. Wir müssen stets vor Augen haben, daß der Rassenhaß rapide zunimmt und daß sein wilder und barbarischer Geist ausgerottet werden muß. Wir fordern alle Bürger und besonders die aus dem Auslande hergekommenen auf, sich uns anzuschließen in der Forderung, daß die Verfassung, auf die sie geschworen, von allen befolgt werde."

Aus dem antisemitischen Lager.

Hans v. Mosch und der Deutsche Volksbund. Berliner Anhänger des ehemaligen Antisemitenhäuptlings Hans v. Mosch versenden soeben unter der Firma eines „Beirats des Vaterländischen Volksbundes" eine „Entschließung", in der mit Freude Kenntnis genommen wird, „daß die Königliche Staatsanwaltschaft nach eingehender Voruntersuchung die Klage-Erhebung gegen Herrn v. Mosch strikte abgewiesen hat, wodurch die Haltlosigkeit der gehässigen und verleumderischen Denunziation des Geschäftsführers Herrn Snell (eines Antisemiten! D. Red.) dargetan ist." Weiter heißt es in der Entschließung, „die ganze Denunziation trug ja von Anfang an den Stempel niedrigster Rachsucht an der Stirn, und hat nur durch die beispiellose Unverfrorenheit des Tones viele Bundesbrüder, die sonst nimmermehr an dem alten Vorkämpfer H. v. Mosch gezweifelt hätten, in den falschen Glauben versetzt, daß H. v. Mosch doch irgendwo gefehlt habe. Die Tatsache, daß Herr Snell die ganze schwere Verunglimpfung der gesamten Judenpresse und der breitesten Oeffentlichkeit übergeben hat, ist ganz zweifellos eine schwere Schädigung der gesamten antisemitischen Bewegung und ein erbärmlicher Streich an seinem ehemaligen Mitarbeiter Hans v. Mosch. H. v. M. will nun — was ihm wohl niemand verdenken kann — seinerseits mit schwer belastendem Material und rücksichtsloser Schärfe gegen seine Verleumder vorgehen. Seine zahlreichen Freunde haben ihn aber gebeten, vorher erst bestimmte Genugtuungsforderungen an die gegenwärtige Oberleitung des D. V. B. zu richten und dann erst seine Entschlüsse zu fassen."

In der Stettiner „Deutschen Hochwacht", dem Organ des Deutschen Volksbundes, vom 30. November finden wir folgende Erklärung:

> Herr Hans von Mosch hat mich wegen Beleidigung und Verleumdung verklagt. Trotzdem hat dieser in der Versammlung am Donnerstag, 21. d. Mts., bei Keller, Köpenickerstraße, auf sein Ehrenwort erklärt, daß er mich nicht verklagt hätte.
>
> Ich stelle hiermit fest, daß Herr von Mosch unter seinem Ehrenworte die Unwahrheit gesagt hat.
>
> Ich bitte jeden Bundesbruder oder ehemaligen Bundesbruder, von der Klageanstellung bei mir Einsicht zu nehmen.
>
> Theodor Goulbier, Großmeister im D. V. B.,
> Berlin, Alte Schönhauserstr. 32.

Eine nette Gesellschaft, diese antisemitischen Vaterlandsretter und Moralpächter!

Der antisemitische Reichstags- und Landtagsabg. Lattmann will bei den nächstjährigen Wahlen, angeblich wegen „Ueberbürdung", für den Landtag nicht wieder kandidieren. In seinem Wahlkreise Kassel-Land-Witzenhausen ist nun dieser Tage an seiner Stelle der Vorsitzende der Kasseler Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer v. Stockhausen-Abgunst, vom Bund der Landwirte aufgestellt worden. Dieser Herr ist konservativ. Die Antisemiten lassen sich also ihren schwer errungenen Wahlkreis von den Konservativen wieder abnehmen, ohne mit der Wimper zu zucken. Es ist das der beste Beweis dafür, daß ihre Herrschaft auf dem Lande in Hessen lediglich auf der Zuneigung des Bundes der Landwirte beruht. Zieht dieser seine Hand von ihnen ab, so sind sie verloren. Die Antisemiten sind nur noch Kostgänger des Bundes der Landwirte. — Freisinniger Kandidat für den genannten Wahlkreis ist bekanntlich Fabrikant Staffel-Witzenhausen.

XX **Studentisches.** Die Monatsschrift des Rudolstädter Seniorenkonvents, das amtliche Organ der Korps an den Tierärztlichen Hochschulen, hatte bei einer Besprechung der Korporationsverhältnisse an den deutschen Hochschulen sich bei der Behandlung des „Allgemeinen Deutschen Burschenbundes" u. a. auch auf einen Artikel aus den „Mitteilungen" berufen. In dem Artikel war die Tatsache festgestellt, daß in dem liberalen A. D. B. leider auch hier und dort antisemitische Strömungen sich geltend gemacht haben, die aber bisher stets glücklich überwunden wurden. Der kgl. bayerische Militärbauinspektor Florian K a i s e r aus Nürnberg, der zur Zeit immer noch die A. D. B.-Zeitschrift verantwortlich zeichnet, ist über diese Behauptung, die wir seinerzeit durch Anführung von Tatsachen beweisen haben, sehr erbost. Er ist erbost über die Rudolstädter Monatsschrift, und er ist erbost über die „Mitteilungen" und spricht von „entstellten Tatsachen".

Jedem, der hin und wieder die A. D. B. - Zeitschrift zur Hand nimmt, ist es schon oft genug mit Bedauern klar geworden, daß ihr jetziger Leiter mit den Verhältnissen im studentischen Leben nicht im geringsten vertraut ist, daß er keine Ahnung davon hat, daß in der Studentenschaft politische Strömungen sich geltend machen. Er weiß selbst über die inneren Vorgänge im A. D. B. nicht im entferntesten Bescheid, und um seine bedauerliche Unwissenheit zu verbergen, gefällt er sich in öden Anrempeleien. Das Organ des liberalen Burschenbundes, in dem so viele tüchtige Kräfte vorhanden sind, besteht zwar erst seit wenigen Semestern, es steckt noch in der Kinderzeit, aber im A. D. B. ist doch eine solche Fülle gesunder Kraft vorhanden, daß es ein Leichtes sein muß, den rechten Mann an eine wichtige Stelle zu setzen. Selbst von maßgebenden Angehörigen des A. D. B. sind die bisherigen Zustände in der Leitung des Verbandsblattes als unleidlich bezeichnet worden.

XX **Akademische Lesehallen-Wahlen.** Im Dezember vorigen Jahres brach die a n t i s e m i t i s c h e Herrschaft in der Akademischen Lesehalle bei der Berliner Universität zusammen. Eine freie Verwaltungspartei nahm die Zügel in die Hand und leitete mit Geschick und Umsicht die Verwaltungsgeschäfte in den letzten beiden Semestern. Nun stehen neue Wahlen bevor, und schon setzen die Herren von der „nationalen Partei", d. i. der Verein Deutscher Studenten und Konsorten, mit einer wilden Agitation ein. Sie verfolgen die „sehr geehrten Herren Kommilitonen" mit Zuschriften und Flugblättern aller Art, in denen sie die Verwaltungspartei aufs schnödeste angreifen und die alten Korporationen, die darin mit anderen vereinigt sind, zum Austritt auffordern. Sie führen den Kampf mit allen Mitteln, wollen sie doch alles daran setzen, wieder die Herrschaft in der Lesehalle zu erlangen. Ihnen sekundiert eine kleine Gruppe wissenschaftlicher Vereine, die sich „Deutscher Verband wissenschaftlicher Vereine" nennt. Der alte Trick der „Nationalen" ist wieder der, alle Gegner als „unnational" zu bezeichnen und die Verwaltungspartei „verjudet" zu nennen, weil auch jüdische Kommilitonen darin zu Worte kommen. Die Herren „Nationalen" wissen natürlich ganz gut, daß unter den 6—8 Direktionsmitgliedern der Verwaltungspartei nur ein oder zwei jüdisch sind. Mit edler Dreistigkeit schreiben sie:

„Es darf nicht wieder geschehen, daß alte nationale Korporationen aus bloßen Opportunitätsrücksichten sich unter die Führung rassefremder Elemente stellen, es darf nicht wieder geschehen, daß deutscher Sinn sich fremden Sinne beugt, daß deutsche Studenten artvergessen Volksfremden die Sturmfahne tragen und ihnen den Sieg verschaffen."

Die Berliner Studentenschaft wird den Herren bei den Wahlen die richtige Antwort auf ihre Unverfrorenheit geben.

Die „deutschnationalen" Handlungsgehilfen. Selbst bei ihren reaktionären Parteifreunden stehen die antisemitischen Handlungsgehilfen in keiner hohen Wertung. Bei der diesjährigen Generalversammlung des Zentralvereins für Handel und Gewerbe, der auf dem politischen Niveau der reaktionären Landtagsabgeordneten H a m m e r und S t r o s s e r steht, kam man auch auf die „Deutschnationalen" zu sprechen, und einer der Redner fällte das harte Wort, dem niemand widersprach: „Die deutschnationalen Handlungsgehilfen sind Genußstreber, aber keine Tätigkeitslieferer."

Meiningen. Der bekannte a n t i s e m i t i s c h e Agitator O t t o R a u s c h ist kürzlich von der ersten Strafkammer des Landgerichts Meiningen wegen u n l a u t e r e n W e t t b e w e r b s zu einer G e l d s t r a f e v o n 100 M a r k und zu den Kosten des Strafverfahrens verurteilt worden. Außerdem wurde die Publikation des Urteils im „Meininger Tageblatt" und im „Werraboten" angeordnet. Ueber die Gerichtsverhandlung berichtete der „Werrabote":

Der Schuhmachermeister Otto Rausch hier stand vor Gericht, um sich wegen unlauteren Wettbewerbs zu verantworten. Als Nebenkläger ist der Verein der Schuhwarenhändler von Meiningen und Umgebung zugelassen. Der Angeklagte hat in zwei Anzeigen, die im „Meininger Tageblatt" erschienen sind, Chevreaux- und Boxkalf-Knopfstiefel angepriesen. Zwei Käufer, die von dem als Nebenkläger zugelassenen Verein geschickt worden waren, haben die annoncierten Stiefel erhalten; es stellte sich heraus, daß die Sohlen aus ganz dünnem Leder hergestellt und mit Pappe unterklebt waren, und die Schuhe im übrigen nicht, wie die Käufer nach der Anpreisung erwarten mußten, aus besonders zugerichtetem Ziegen- bezw. Kalbleder, sondern aus Leder von bedeutend geringerer Qualität bestanden. Der Angeklagte behauptet, er habe in seinen Inseraten „Imitation der genannten Lederarten" gemeint. Nach dem Gutachten des Herrn Sachverständigen, Kommerzienrat Heimann aus Schweinfurt sind die auf dem Gerichtstisch niedergelegten Stiefel von durchaus geringem Wert. Dem Sinne nach stimmen auch die anderen Sachverständigen, Herr Fabrikant Keil aus Arnstadt und der in Berlin kommissarisch vernommene Herr Sondermann, dessen Aussage verlesen wird, überein. Der Vertreter der Anklage, Herr Assessor Dr. Rüdiger, beantragt nach längerem Plaidoyer eine Geldstrafe von hundert Mark und Publikation des Urteilstenors in beiden Meininger Zeitungen. Der Rechtsbeistand des Nebenklägers, Herr Rechtsanwalt Dr. Härtrich, spricht in demselben Sinne. Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Rechtsanwalt Grötzner, plaidiert für Freisprechung, da Herr Rausch nur unwissentlich falsche Bezeichnungen für seine Waren gewählt habe.

Das Gericht erkannte, wie oben angegeben.

Vermischtes.

Zur Kriminalität der Juden. Das kgl. sächsische statistische Bureau brachte in seiner Zeitschrift (52. Jahrg. 1906 1. Heft) eine Bearbeitung der s ä c h s i s c h e n K r i m i n a l s t a t i s t i k (1882—1903) durch Dr. jur. Frhr. Heinrich v. F r i e s e n und Dr. phil. Rudolf B a n c k. Der Erstere weiß dort über die Kriminalität der Juden zu sagen:

„Dieses schlimme Resultat für die Israeliten (auf 10 000 Juden treffen 1898—1902 12,9 wegen Betrug Verurteilte, auf 10 000 Christen 3,9) darf man als Christ nicht mit zu viel Hochmut betrachten mit Rücksicht darauf, daß die Juden, seitdem sie sich aus einem ackerbautreibenden in ein gewerbetreibendes Volk umgewandelt haben, kaum je wieder zum Pfluge gegriffen haben, mithin in weit höherem Maße der Begehung obiger Delikte ausgesetzt sind."

Hierzu bemerkt Dr. R u d o l f W a s s e r m a n n - München in einem in der Monatsschrift für Kri-

minalpsychologie und Strafrechtsreform veröffentlichten Aufsatze:

„Friesen begeht denselben Fehler, den ich bei seinem Vorgänger Böhmert rügen mußte (vgl. Beruf, Konfession und Verbrechen S. 98), er zieht die eigenartige Verteilung der Juden auf Stadt und Land nicht in Betracht.

Hierüber soll uns eine Tabelle Aufschluß geben, die ich nach Berechnungen von Paul Drey (im 3. Heft der Veröffentlichungen des Bureaus f. Stat. d. J.) zusammengestellt habe.

In Sachsen wohnten 1900:

		Von 100 Nichtjuden	V. 100 Juden
In Städten	bis 5 000 Einw.	46,1	9,8
„ „	von 5—20 000 „	20,1	2,0
„ „	„ 20—100 000 „	8,8	4,9
„ „	„ über 100 000 „	25,0	83,3
		100	100

Wir sehen, daß die Juden, die bis zur Mitte der 50er Jahre nur in Leipzig und Dresden wohnen durften, auch heute noch in erster Linie Großstadtbewohner sind (83 Prozent), so daß man ihre Kriminalität nur mit der der Großstädte Sachsens hätte vergleichen dürfen, aber nicht mit der des ganzen Landes.

Für das Jahr 1887 habe ich diesen Vergleich auf S. 99 meiner oben zitierten Studie angestellt und bin dabei zu folgenden Resultaten gekommen:

1. Die Behauptung Böhmerts „Namentlich treten auch diejenigen Delikte, deren verhältnismäßige Häufigkeit der jüdischen Kriminalität eigen ist, Beleidigung und Betrug, durch hohe Verhältniszahlen hervor", ist unrichtig.

2. Es besteht eine ganz außerordentliche Aehnlichkeit zwischen der Kriminalität der Großstädte und der Verfehligkeit der Juden.

Genau dieselben Beobachtungen lassen sich auch bei dem vorliegenden Material machen.

Auf 10 000 Juden treffen im Jahrzehnt 1893 bis 1902 13 Verurteilungen wegen Betrugs

auf 10 000 Einw. der Stadt Leipzig	8,5
auf 10 000 Einw. der Stadt Chemnitz	11,0
auf 10 000 Einw. der Stadt Dresden	11,7

so daß also von einem einigermaßen beträchtlichen Unterschied nicht gesprochen werden kann.

Damit ist gleichzeitig aber auch ein neuer Beweis für die a. a. O. S. 90 von mir aufgestellte Behauptung erbracht, daß die zukünftige Entwicklung zu einer immer größeren Annäherung der Kriminalität der Juden an die der Christen führen werde, da ja gerade „die spezifisch kapitalistischen Züge des Wirtschaftslebens, die dem jüdischen Charakter adäquat sind", sich immer mehr ausbreiten.

Dies soll aber keineswegs verstanden werden, wie dies von seiten Schallmayers im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie geschieht (S. 409 ff.), als ob ich die Kriminalität der Juden als allein durch soziale Verhältnisse verursacht auffassen würde.

Sondern es soll damit nur gesagt sein, die Kriminalität der Juden ist nicht wesentlich anders als die der sozialen Schichten, aus denen sie sich zusammensetzen.

Warum sich die Juden gerade aus diesen Schichten zusammensetzen (hier spielen historische und, wie ich gern zugebe, auch biologische Momente mit), das zu untersuchen ist eine Aufgabe, die nicht der Kriminalist und der Nationalökonom, sondern in erster Linie der Vertreter der Naturwissenschaften zu lösen hat.

Das Kuratorium der Israelitischen Erziehungsanstalt zu Ahlem (zur Heranbildung jüdischer Knaben und Mädchen in Handwerk, Gärtnerei, Landwirtschaft bezw. Hauswirtschaft) hielt am 17. November seine diesjährige Sitzung in Hannover ab. Die finanzielle Stellung der Anstalt beruht zum größten Teile auf freiwilligen Spenden ihrer Freunde, daneben aber auch auf Beiträgen zu den Erziehungskosten, die von den Angehörigen der Zöglinge zu zahlen sind. In den diesmaligen Etat konnte nunmehr ein Einnahmeposten von 10 000 Mark eingesetzt werden, der von der kürzlich begründeten großen Simonschen Stiftung in Hannover für die Anstalt bewilligt worden ist; der größere Teil dieser Summe soll zur Herabsetzung jener Erziehungskostenbeiträge bezw. Einrichtung von Freistellen verwendet werden. Nach dem vom Vorstande erstatteten Bericht haben seit dem 1. Januar d. J. 13 Lehrlinge (11 Gärtner, 1 Schuhmacher und 1 Bäcker) nach vollendeter Lehrzeit die Anstalt verlassen und sämtlich Stellung gefunden. Aus dem Mädchenhause gingen 11 Haushaltungsschülerinnen ab, davon 4 in Stellung als Dienstboten bezw. Stützen, die anderen zu ihren Angehörigen. Die Berichte der früheren Zöglinge, mit denen die Anstalt einen regelmäßigen Briefverkehr unterhält, beweisen, daß die jungen Leute in ihren Stellungen zufrieden sind und in ihnen auch gut vorwärts kommen.

München, 1. Dezember. Das hiesige antisemitische „Deutsche Volksblatt" stimmt beweglische Klagen wegen des Ausfalls der Wahlen zum Kaufmannsgericht an. Es schreibt:

„Ein dritter Jude! Bei den Kaufmannsgerichtswahlen haben die verschiedenen kaufmännischen Karparationen usw. ein Kampromiß abgeschlossen und sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Unter den 45 Kaufleuten, welche auf Grund dieser Listen gewählt wurden, befinden sich nicht weniger als — 16 Juden.

Wenn auch unter den Münchener Kaufleuten das jüdische Element stark vertreten ist, so kann doch keine Rede davon sein, daß sich unter drei Kaufleuten schan ein Jude befände, wie das angesichts der oben erwähnten Kampromißwahl angenommen werden könnte. Ein Uebereinkommen auf falcher Grundlage wie hier ist vam nichtjüdischen Standpunkt aus einfach unbegreiflich. Statt van jüdischer Ueberhebung zu sprechen, sollte man angesichts derartiger Vorgänge wirklich anfangen, die Bescheidenheit unserer masaischen Mitbürger zu bewundern, die sich mit nur einem Drittetl begnügen, wa sie anscheinend ebenso leicht die Hälfte oder mehr hätten erlangen können."

Antisemitismus und Antiklerikalismus. Anatole Leroy-Beaulieu schreibt in der letzten Nummer des „Eveil démocratique" über den Zusammenhang des französischen Antisemitismus mit der „Kirchenverfolgung" in Frankreich: „Man fragt sich oft, woher in unserem Frankreich der Mißerfolg der weitausschauenden Politik Leos XIII. und die Gehässigkeit der antichristlichen Bewegung und der antireligiösen Leidenschaft kommt. Sie haben zu einem großen Teil ihren Ursprung in den Ausfällen des Antisemitismus. Der fanatische Kreuzzug gegen die Juden und gegen die Protestanten, die Absicht, mehr als ein Jahrhundert nach der Revolution, der religiösen Einheit die nationale Einheit unterzuordnen, haben sich jetzt gegen die Katholiken gewandt. In einem so mannigfaltigen und aufgeregten Lande wie dem unsrigen erregt man nicht ungestraft die konfessionellen Leidenschaften und die wilden Kräfte des Fanatismus. Die Intoleranz erweckt die Intoleranz, und ich habe schon vor 10 Jahren, leider vergeblich, meinen Hörern im „Institut catholique' gepredigt, daß der Antisemitismus den Antiklerikalismus nach sich ziehe.

Indem die Führer des Antisemitismus jeden Morgen nach Ausnahmegesetzen gegen die Juden schrien, bereiteten sie den Boden vor für Ausnahmegesetze auch gegen andere als Juden. Wenn sie eine Revision der jüdischen Vermögen verlangten und mit der Konfiszierung der Reichtümer der jüdischen Banken kokettierten, dachten sie nicht daran, daß die von ihnen propagierte Methode der Enteignung eines Tages vom Staat und dem antiklerikalen Parlament auch gegen andere als jüdische Bankiers und jüdische Taschen angewendet werden könnte.

Wenn sie indessen die Geschichte gefragt hätten, würde sie ihnen gesagt haben, daß es so kommen mußte. Sie würde sie belehrt haben, daß das, was den Völkern und den Parteien an Ausnahmegesetzen und Konfiskationsprojekten gefällt, das Prinzip ist, und daß dieses Prinzip, wenn es einmal zur Anwendung gelangt, sich unbedingt und schnell im Wechsel der Interessen und der Leidenschaft des Tages gegen die kehren wird, die es heraufbeschworen haben."

Päpste und Juden. Ernesto Nathans Ernennung zum Bürgermeister erregt die Klerikalen in Rom. Die römischen Klerikalen sind aber hier wieder einmal klerikaler als die Päpste. Zwischen den Päpsten und geistig oder wirtschaftlich hochstehenden Juden haben nämlich — so plaudert der vatikanische Berichterstatter des „Secolo" — von jeher ausgezeichnete Beziehungen bestanden. Man braucht nur an die fast königlichen Huldigungen zu erinnern, die in Rom unter der Regierung des Papstes Gregor XVI. dem Baron Rothschild dargebracht wurden. Rothschild hatte damals allerdings den Kirchenstaat durch Gewährung eines Darlehens vor dem Bankerott bewahrt. Rom war in Not, der Staatsschatz leer; der Schatzmeister Mgr. Mattei und sein Nachfolger Mgr. Tosti hatten Gelder unterschlagen und den „durch Interventionen des Auslandes, durch Truppen-Anwerbungen, durch Ausgaben für die Polizei" (Farinis „Storia delle stato romano") herbeigeführten Ruin vervollständigt. Da erschien Rothschild — der „abbreo", wie die echten Römer ihn nannten — und gab das Geld her; der Papst war so glücklich, daß er Dankgottesdienste anordnete und in den Kirchen Roms zu allgemeiner Verehrung das Sakrament ausstellen ließ. Ein anderer Israelit, der einen Papst zum Freunde hatte, ist der noch lebende Samuele Alatri. Als sein Stadtverordneten-Mandat erloschen war, trat Pius IX. persönlich für seine Wiederwahl ein, indem er erklärte, „daß Alatri von allen ausscheidenden Stadträten der christlichste sei". Leo XIII. stand im Ruf antisemitischer Gesinnung; es ist aber bekannt, daß er anläßlich eines österreichischen Katholikenkongresses dem Dr. Lueger, der damals noch nicht Bürgermeister von Wien war, durch den Nuntius mitteilen ließ, daß er die Vermischung von Religion und judenfeindlicher Politik aufs schärfste verurteilen müsse. In hohen Ehren standen bei dem greisen Papste die jüdischen Finanziers Bischoffsheim und Oppenheim. Und nun zu Pius X. . . . Als er noch Pfarrer in Salzano war, war einer seiner besten Freunde der jüdische Abgeordnete Romanin-Jacur. Der Papst erzählte selbst einmal, daß er, als er zum Bischof von Mantua ernannt wurde, in solcher Geldverlegenheit war, daß er den sehr reichen Romanin-Jacur um ein Darlehn von 10 000 Lire bat. Romanin-Jacur schickte die verlangte Summe sofort, erklärte aber, daß er „aus Freude über die Ernennung" seinem Freunde 5000 Lire schenke; die andern 5000 Lire solle Mon Sarto ihm wiedergeben, wenn er sie vollständig beisammen haben würde. Pius X. fügte scherzend hinzu: „Das kam natürlich auch einer Schenkung gleich, denn ich habe in meinem ganzen Leben noch nicht 5000 Lire beisammen gehabt!" Daß der Papst auch dem viel gehaßten Ernesto Nathan Gerechtigkeit widerfahren läßt, beweist er durch eine Aeußerung, die er jüngst im Gespräch mit einer angesehenen Persönlichkeit — einem „pezzo grosso", wie die Italiener sagen — der klerikalen Welt fallen ließ. Als ihm auf seine Frage nach dem mutmaßlichen Ausgang der bevorstehenden Bürgermeisterwahl erwidert wurde, daß Nathans Wahl sicher sei, sagte er: „Ich habe Nathan in Venedig kennen gelernt; wenn er nicht Freimaurer wäre, wäre er besser als alle . . ." „Er ist aber Jude, Heiliger Vater," glaubte der andere einwerfen zu müssen. „Ja . . .", sagte der Papst, „aber er ist ein Ehrenmann!" Dann brach er die Unterhaltung kurz ab.

Der Dumapräsident über die Judenfrage.

Aus Petersburg wird der „Russ. Korr." geschrieben:

Eigenartige Aeußerungen gab der Dumapräsident Chomjakow über die Judenfrage zum Besten. Ein Kommentar für diese von Haß und Vorurteil zeugenden Worte ist überflüssig. „Wir Oktobristen," sagte Chomjakow, „haben über die Judenfrage keinen Beschluß gefaßt und denken überhaupt nicht auf diesem Gebiete etwas Entscheidendes zu tun. Ist denn jetzt die Zeit dafür geeignet, sich mit solcher relativ wenig wichtigen Frage, wie die Judenfrage, zu beschäftigen? Es ist klar, daß diese Frage in keiner direkten Beziehung weder zum russischen Volke noch zum russischen Reiche steht. Wie dürfen wir uns mit Nebenfragen befassen, wenn die Grundlagen des Reiches stürzen? . . . . Die zwecklosen und dummen Judenbeschränkungen müssen abgeschafft werden. Nehmen Sie z. B. das Wohnrechtsverbot, für wen ist es nötig? Durch dieses Verbot werden die Beamten nur demoralisiert und bestechlich, die Juden aber wohnen doch überall. Ich glaube, daß es nicht einen Dummkopf geben wird, der es nicht für notwendig fände, diese Beschränkungen sofort abzuschaffen, denn wenn man sich auch mit einer chinesischen Mauer umgibt, die Juden würden doch eindringen, da das Leben sie dazu drängt. Ich mache aber kein Hehl daraus, daß ich im höchsten Grade froh wäre, wenn ich an einem schönen Morgen erwachen und Rußland ohne Juden finden würde. Ich wäre deshalb froh, weil die Juden — ein nicht seßhaftes Volk sind und auch bleiben werden. Das bedeutet, daß sie überall als Parasiten, auf fremde Rechnung leben werden. Die Ansiedelung der Juden in Palästina, Argentinien und Kanada kann nicht als Gegenbeweis dienen, da das alles nur Kinderspiel ist.

Es ist auch unzweifelhaft, daß es eine universelle jüdisch-finanzielle Frage gibt; der ganze Welthandel ist von den Juden mit Beschlag belegt. Nicht mit solchen Beschränkungen, wie sie bei uns existieren, kann man diese Weltfrage lösen. Alle diese Beschränkungen berühren nicht die reichen, sondern die armen Schichten der jüdischen Bevölkerung, die die Mehrheit der russischen Judenheit ausmachen. Was die Handwerker, Arbeiter usw. betrifft, so mache ich keinen Unterschied zwischen Russen, Juden und Polen . . . Ueberhaupt würde ich den Juden raten, keine großen Worte zu gebrauchen. Man soll nicht mit einem Male die Judenfrage in ihrem ganzen Umfang aufrollen. Diese Frage muß man zergliedern und teilweise in die Duma einbringen. Ein besonderes Gesetzesprojekt über das Wohnrecht in den Dörfern, ein Gesetzesprojekt über die Abschaffung des „Ansiedelungsrayons", ein Gesetzesprojekt über die Abschaffung der prozentualen Aufnahmenormen in den Schulen usw. — dann wird niemand von uns etwas dagegen haben. Da ich die Lösung der Judenfrage als Sache der kommenden Generationen ansehe, so zweifle ich noch, ob die jüdische Frage, selbst so geteilt, sobald in der Duma, sei es in der ersten oder zweiten Session, eingebracht werden wird." — Es sei noch hinzugefügt, daß auch über die Polenfrage der Präsident der „Herrenduma" sich ähnlich gehässig äußerte. Er sagte: „Ich würde den Polen raten, alle ihre großen Losungsworte und ausgesuchten Phrasen zu vermeiden, die nur unnötige Aufregung hervorrufen, ihnen aber nicht helfen. Wenn die Polen nicht unaufhörlich einem jeden von uns die Autonomie unter die Nase gehalten hätten, würden sie viel mehr bekommen haben, als es jetzt der Fall sein wird." —

Solche Aeußerungen eines Präsidenten in einem Parlamente sind, wie gesagt, keines Kommentars und keiner Kritik würdig.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: F. Sommer, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 81.

Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post.

Nr. 50. | Berlin, 11. Dezember 1907. | 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen" direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benalt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Berthold Auerbach und das Judentum.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

I.

Fünfundzwanzig Jahre waren im Februar d. J. verflossen, seitdem Berthold Auerbach, fast siebzigjährig, im fernen Cannes die Augen zum letzten Schlummer schloß und dann auf dem jüdischen Friedhofe seines schwäbischen Heimatsdorfes Nordstetten neben seinen Eltern und Geschwistern zur Erde bestattet wurde. Wenige Stunden vor seinem Tode hatte er noch klaren Geistes letztwillige Verfügungen getroffen, durch die die Ordnung und Verwertung seines gesamten literarischen Nachlasses neben seinem Sohne Eugen, seinem Vetter Jakob und seinem Freunde Friedrich Spielhagen dem jungen Wiener Schriftsteller Dr. Anton Bettelheim übertragen wurde. Dieser, den erst unlängst die Kgl. bayerische Akademie der Wissenschaften an Stelle des greisen Freiherrn Rochus von Liliencron zur Leitung der Allgemeinen Deutschen Biographie berufen hat, hat jetzt seine Dankesschuld für das Vertrauen, das ihm einst der Sterbende bewiesen, durch eine in langjähriger liebevoller Arbeit herangereifte, groß angelegte Biographie abgetragen: Berthold Auerbach. Der Mann — sein Werk — sein Nachlaß. (Stuttgart, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger 1907. X u. 450 S. Preis 8 Mk.)

Gerade recht kommt dieses biographische Denkmal, einmal um den durch den rasch wechselnden Strom der literarischen Tagesmode etwas in Vergessenheit geratenen Volksschriftsteller Auerbach der Mitwelt wieder ins Gedächtnis und auf die ihm zukommende Stelle zu rücken; mehr noch beinahe, um den an seltenen Eigenschaften so ungewöhnlich reichen Menschen zum ersten Male in seiner Gesamtentwicklung von der Wiege bis zur Bahre, in seinen Kämpfen und Leiden, seinem Suchen und Wirken nach Verdienst zu würdigen. Ohne alles bengalische Rotfeuer, ohne jede Ueberschätzung der im Werte ungleichen und zum größeren Teile heute verblichenen Produktion Auerbachs, ohne Umgehung seiner mancherlei kleinen menschlichen Schwächen, hat Bettelheim mit vollkommener Beherrschung des weitschichtigen Materials und Erschließung unbekannter Quellen ein Lebensbild von größter Treue und Geschlossenheit geschaffen und, vom literargeschichtlichen Verdienst ganz abgesehen, das erstrebte Ziel jedes Biographen erreicht, daß niemand sein Buch aus der Hand legen wird, ohne seinen Gegenstand buchstäblich lieb gewonnen zu haben. Etwas von dem gewinnenden Persönlichkeitszauber, den Auerbachs helles und frisches Wesen, seine Herzensgüte und Menschenliebe auf alle übte, die ihm näher traten, ist auch auf diese Darstellung seines Lebens und Schaffens übergegangen und nimmt selbst den widerstrebenden oder in Vorurteilen befangenen Leser in seinen Bann.

Hier ist natürlich nicht der Ort, die literarische Bedeutung von Auerbachs Lebenswerk an der Hand seines Biographen nachzuprüfen und abzuschätzen, wieviel davon heute nach einem oder zwei Menschenaltern noch lebendig ist und zu sein verdient. Was uns näher liegt und stärker interessiert, ist Auerbachs Menschentum und die — man darf ohne Uebertreibung so sagen — wahrhaft vorbildlich schöne Art, wie er sein Judentum und sein Deutschtum innig und unlösbar zu verschmelzen wußte, ohne je auch nur mit einem Atemzuge sich selbst und seinen Ueberzeugungen untreu zu werden. Von diesem Gesichtspunkt aus bietet seine Biographie so viel des Idealen, daß man sie schon allein um deswillen in recht vielen Händen sehen möchte. Mehr, als Hunderte von Büchern und Flugschriften zur „Lösung der Judenfrage" beizutragen vermöchten, lehrt der Lebens- und Werdegang dieses unverfälscht deutschen Juden das verstehen, was von hüben wie von drüben nottut. Besonders in zwei Epochen seines Lebens hatte Auerbach Gelegenheit und Veranlassung, den noch herrschenden Zwiespalt zwischen Deutschtum und Judentum an sich selbst wahrzunehmen und sein ganzes Fühlen dadurch bestimmt zu sehen: in seinen jungen Jahren bis etwa zum Beginn der Dreißig; dann wieder in den letzten paar Jahren vor seinem Tode, als die neu aufkeimende antisemitische Bewegung ihre häßlichen Schatten auf seinen zu Ende gehenden Lebensweg werfen sollte.

Auf dem Lande als neuntes Kind eines vielgewanderten Handelsmannes geboren und in kleinsten Verhältnissen herangewachsen, lernte der kleine Baruch in seinem Heimatsdorfe, wo mehr als ein Drittel der Einwohnerschaft aus Juden bestand, wenig von den Ghetto-Empfindungen kennen, die sonst wohl den ärmeren Kindern seines Glaubens nicht erspart bleiben. „Die Nordstetter," erzählt er selbst gelegentlich, „halfen einander ohne Unterschied der Konfession," und als der Junge eines Tages von halbwüchsigen Rowdies der nahen Amtsstadt Horb verhöhnt und mißhandelt wurde, übernahm die christliche Dorfjugend von Nordstetten das Rächeramt. Mit dreizehn Jahren mußte der zum Rabbiner bestimmte Knabe eine Talmudschule beziehen und kam zunächst auf das seit 1803 bestehende Seminar (Beth-Hamidrasch) in dem hohenzollernschen Residenzdorfe Hechingen; da aber die Mittel der Eltern auf die Dauer nicht ausreichten, die kleine kümmerliche Pension zu bezahlen, schickte man ihn 1827 nach Karlsruhe, wo ein besser bemit-

telter Onkel von ihm lebte und wo er zugleich mit den rabbinischen Studien als Hospitant das Lyzeum besuchen konnte. Hier, wo er ganz auf Freitische und die Hilfe wohltätiger Glaubensgenossen angewiesen war, ohne je seine Kinderfröhlichkeit zu verlieren, lernte er seinen entfernten Verwandten Jakob Auerbach kennen, der dann sein Lebensfreund und der Adressat der vielbewunderten „Briefe an Jakob von Berthold Auerbach" werden sollte. Dieser Briefwechsel, der bis zu Bertholds Tode dauerte, begann 1829, als der verspätete Lyzeumsschüler nach der eigenen Landeshauptstadt Stuttgart übersiedelte, um hier endlich unter vielen Sorgen um den knappsten Lebensunterhalt sein Maturitätsexamen zu bestehen. 1832 konnte er die Universität Tübingen beziehen und zu Füßen Ludwig Uhlands und David Friedrich Straußens sitzen, aber nur zwei Semester, dann veranlaßten ihn politische Beunruhigungen, die in jener Zeit der Burschenschaftsverfolgung an der Tagesordnung waren, seine Studien nach München zu verlegen, wo er verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurde. Er war der Teilnahme an den burschenschaftlichen Bestrebungen verdächtig, mußte sich in Tübingen dem Richter stellen, wurde von der Universität verwiesen und hatte nach mehrjähriger Untersuchung 1837 eine mehrmonatige Festungshaft auf dem berüchtigten Hohenasperg abzusitzen, wobei es ihm allerdings wesentlich glimpflicher erging, als vordem seinen Landsleuten Schubart und Schiller.

Ehe es dahin kam, hatte der relegierte Studiosus in Heidelberg eine neue alma mater gefunden: die Mittel dazu verschaffte er sich durch eine für den Stuttgarter Verlag Scheible verfaßte, in Lieferungen erscheinende Geschichte Friedrichs des Großen. Der Theologe Daub und der durch seine Weltgeschichte bekannte Historiker Schlosser waren in Heidelberg seine speziellen Lehrer, und hier hatte der junge Auerbach zum ersten Male Gelegenheit, für sein Juden- und Deutschtum mutig einzutreten. Daub hatte im Kolleg einige judenfeindliche Bemerkungen einfließen lassen, worauf Auerbach ihn aufsuchte und sich offen darüber beklagte. Daub verwies auf seine nächste Vorlesung, sagte aber in dieser u. a., die Juden wollten heutzutage immer nur Rechte, aber keine Pflichten übernehmen, keine Kriegsdienste leisten und nur Christenblut vergießen lassen; deshalb könnten sie auch nie und nimmer Rechte erlangen. Darauf begaben sich mehrere jüdische Studenten mit Auerbach als Sprecher zu dem berühmten Dozenten, um seine Behauptungen zu widerlegen, und da er sie aufgebracht anließ, erklärten sie, sein Kolleg fortan nicht mehr betreten zu wollen.

Infolge seines politischen Prozesses konnte er nicht zum Examen zugelassen werden, und so erwiesen sich alle seine theologischen Fachstudien in letzter Stunde als vergeblich. Es blieb' ihm nur übrig, als Literat seinen Unterhalt zu fristen, und die erste Schrift, die der Vierundzwanzigjährige mit seinem Namen veröffentlichte, war die Broschüre „Das Judentum und die neueste Literatur. Kritischer Versuch von Berthold Auerbach" (Stuttgart 1836), deren Inhalt bei aller Unfertigkeit und Gespreiztheit der Form als erstaunlich gedanken- und zukunftsreich bezeichnet werden darf. „Auf vier Bogen," sagt sein Biograph, „setzt sich der junge Auerbach nicht nur selbständig und streitbar mit Vergangenheit und Gegenwart, Freunden und Feinden des Judentums auseinander; sicher und kraftvoll kündet er kommende Entwicklungen auf deutschem Boden an, die erst durch die Lebensarbeit des mit heranwachsenen Geschlechts in Staat und Wissenschaft, in Kunst und Gesellschaft Wahrheit werden konnten und sollten." Schon hier offenbart sich der bezeichnende und später noch schärfer zutage tretende Gegensatz Auerbachs zu Heine. Dessen Verherrlichung der „selbsttrunkensten Subjektivität der weltentzügelten Individualität der gottfreien Persönlichkeit mit all ihrer Lebenslust" ist Auerbachs Natur schroff zuwider. Mit anderen Gleichstrebenden, mit Abraham Geiger und dem edlen Gabriel Rießer vereinigte ihn der ehrliche und warme Wunsch, den Glauben und die Sitten des deutschen Vaterlandes ehren und mit Erhaltung des selbständigen Glaubens dem Vaterland ihre Kräfte weihen zu dürfen. Im Gymnasium und auf der Universität waren ihm Geist und Charakter der neuen jüdischen Generation vertraut geworden, und von den Besten war ihm bekannt, daß sie weder Schutzjuden der Mendelssohnzeit, noch Trutzjuden vom Schlage Börnes und Heines, sondern deutsche Vollbürger werden, an allen Pflichten und Rechten deutschen Gemeinlebens teilhaben wollten. „Gestützt auf das Palladium unseres Glaubens," schloß die freimütige Schrift, „und auf die in der Nation lebende Sitte streben und hoffen wir, die Verirrungen der Zeit nach Kräften zu heilen. Wir stützen uns auf die in der Nation lebende Sitte, ja! wir achten und lieben deutsche Sitte und deutsches Herz, denn es ist auch unsere Sitte, unser Herz. Ich lebe der frohen, zuversichtlichen Ueberzeugung, die Gesinnungen der ganzen jungen Generation der Juden auszusprechen, wenn ich hinzufüge: Erprobet uns in der Feuerprobe der Gefahr, und ihr werdet uns rein finden, rein von allen Schlacken des Egoismus und raffinierter Unsitte. Gebt uns das Vaterland, dem wir durch Geburt, Sitte und Liebe angehören, und freudig legen wir Gut und Blut auf seinen Altar; vergesset und lasset uns vergessen der finsteren Scheidewand, die uns trennte, und ersparet uns die schmerzliche Mühe, gegen Euch in die Schranken zu treten, weil ihr so oft Euren vaterländischen Bestrebungen den Dämon des Judenhasses beigesellet. Wir halten fest an dem Wahlspruche, den Rießer uns gewählt:

> Einen Vater in den Höhen,
> Eine Mutter haben wir,
> Gott, ihn! aller Wesen Vater,
> Deutschland unsre Mutter hier."

Die Antisemiten im Reichstage.

Die ernsten Debatten im Reichstage über die bedauerlichen Militärskandale hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg durch einige antisemitische Ausfälle zu verwässern gesucht. Ihn störten weniger die traurigen Vorkommnisse, die zur Verhandlung standen, als daß man von einem Harden-Prozeß anstatt von einem Wittkowski-Prozeß spricht. Das Recht, sich einen nom de plume beizulegen, steht überall dem Schriftsteller frei, und es ist nicht einzusehen, warum er nicht das Recht haben sollte, unter Beobachtung der vorgeschriebenen Formalitäten ihn auch im Privatleben zu behalten und zu seinem bürgerlichen machen zu lassen. Wenn es wahr wäre, daß in der Beibehaltung seines Familiennamens der Antrieb liege für jeden, diesen Namen hochzuhalten, dann fehlte der Hälfte des Menschengeschlechts in zivilisierten Ländern dieser Antrieb, nämlich den Frauen, die ja mit der Verheiratung einen anderen Namen erhalten. Nein, der Antrieb, ein anständiger Mensch zu sein, liegt nicht im Namen, der Schall und Rauch ist, sondern in dem Charakter und der Erziehung. Wer nur des äußerlichen Grundes wegen recht tut und Großes und Gutes erstrebt, der kann uns leid tun. Das wird Herr Liebermann von Sonnenberg vielleicht gar nicht verstehen, aber da kann er uns auch leid tun. Der antisemitische Herr vergißt auch ganz oder hat es überhaupt noch nicht gewußt, daß es ganze Völker gegeben hat und noch gibt, die keine Familiennamen hatten und haben, und die dennoch recht respektable Leute unter sich haben. Bei uns sind es nur erst etwa drei Generationen, seitdem die Juden überhaupt Familiennamen haben. Und wenn, wie Herr v. L. sagt, „unsere jüdischen Mitbürger eine ganz besondere Vorliebe für Aenderung ihrer Namen haben" — was ja hier und da zu-

treffen mag —, wer anders als die Antisemiten tragen die Schuld? Hat man nicht mit antisemitischem Witz den Juden die widerwärtigsten Namen oft aufgezwungen, und ist es nicht verzeihlich, wenn die unschuldigen Nachkommen mit mehr ästhetischem Gefühl als die bürgermeisterlichen Machthaber im achtzehnten Jahrhundert sich solcher Namen zu entledigen den Wunsch haben? Wer spottet so häufig über die biblischen Namen der Juden, wie die Antisemiten, die sich wunder weiß wie witzig vorkommen, wenn sie über Namen wie Schmuhl und Itzig oder Abraham und Cohn spotten und es in Ordnung finden, daß antisemitische Lehrer den jüdischen Kindern schon in der Schule ihre jüdisch klingenden Namen gründlich verekeln! Der Name Cohn hat soviel Anspruch auf Achtung, ja Ehrerbietung, wie die Namen Müller, Schulze oder Neumann. Wenn Herr Liebermann von Sonnenberg glaubt, daß diesem angeblichen Bestreben der Juden, ihre Namen zu ändern, ein Riegel vorgeschoben werden müßte, dann sollte er seinen Einfluß auf die antisemitische Gefolgschaft dahin ausüben, daß sie mit der geistlosen Verspottung jüdischer Namen aufhöre, nicht schon auf Grund des bloßen Namens einen Menschen schlecht behandle, so daß manche Träger solcher Namen aus Schwäche oder Notwehr ihn zu ändern trachten.

Der brave Herr Liebermann von Sonnenberg gibt auch indirekt — direkt ihn zu geben, hält ihn doch eine gewisse Scheu oder etwas anderes zurück — nach bekanntem Agitatorenrezept den Rat, jüdische Advokaten, die wie Bernstein im Moltke-Harden-Prozeß vorgehen, mit körperlicher Züchtigung auf frischer Tat, also vor Gericht, zu bedenken. Wir würden keinem Menschen raten, die Verachtung des Gerichtshofes soweit zu treiben, ebenso wie wir keinem geraten hätten, den blumenreichen Aufforderungen des jetzt im Irrenhause untergebrachten Grafen Pückler zu Mord und Totschlag, zu Raub und anderen Gewalttaten nachzukommen.

Der Abg. Zimmermann fühlte das Bedürfnis, sein Mütchen an dem Dichter Heine zu kühlen. Er zerrte förmlich die Gelegenheit herbei, ein bekanntes Gedicht Heines gegen das Hohenzollernhaus im Reichstage zu zitieren. Das Gedicht hat, trotzdem es seit Jahrzehnten in allen den zahlreichen Auflagen der Heineschen Gedichte von Unzähligen gelesen wurde, dem Hohenzollernhause weiter nichts geschadet, und die Hohenzollern, die Zensoren und Staatsanwälte waren weise genug, sich weiter nicht an dem Gedicht zu stoßen. Der antisemitische Abgeordnete glaubt aber hohenzollernscher als die Hohenzollern sein zu sollen. Wahrscheinlich wollte er weniger den Hohenzollern, die es ja auch Gott sei Dank nicht nötig haben, Ritterdienste leisten, als dem toten Dichter einen Eselstritt versetzen. Dem Dichter wird dieser nicht im allergeringsten schaden, dagegen hat er Geist und Charakter und Absicht des antisemitischen Abgeordneten richtig gekennzeichnet.

Endlich hat auch Herr Raab sein antisemitisches Licht im Reichstag leuchten lassen. Die Herren von den diversen Grüppchen scheinen das Bedürfnis zu fühlen, dem Reichstag und dem Publikum draußen ab und zu zu zeigen, daß sie noch immer ein gemeinsames Band, das antisemitische, verbindet. Man könnte es bei den zahlreichen Umgruppierungen und Namensänderungen der antisemitischen Herrschaften beinahe wirklich vergessen. Herr Raab also macht die Entdeckung, daß in den kaufmännischen Mittelstand zu viele jüdische Elemente eingedrungen seien. Die antisemitischen Mediziner sagen dasselbe von dem medizinischen, die antisemitischen Juristen von dem juristischen, die antisemitischen Akademiker von dem Gelehrtenstand und so weiter mit Grazie in infinitum. Wir werden uns nicht weiter dabei aufhalten, auf die weltbekannten historischen Gründe dieser Zustände einzugehen oder die oft genug empfohlenen rationellen Mittel zur Abhilfe, falls diese wirklich nötig sein sollte, nochmals zu wiederholen. Nur ganz allgemein sei gesagt, man teile den Juden frei, gleich allen anderen Bürgern sich auf die verschiedenen Berufe und Gewerbe zu verteilen, und mit einiger Geduld wird man den natürlichen Ausgleich dann in nicht zu ferner Zeit ganz von selbst erfolgen sehen. Im übrigen können wir Herrn Raab und seinen Gesinnungsgenossen nur raten, fleißig und mit Verständnis nachzulesen, was im Laufe der Jahre in diesen Blättern hierüber gesagt worden ist, oder den — gesunden Menschenverstand zu befragen. Herr Raab müßte nicht Antisemit sein, denn er nicht gleichzeitig in Generalverleumdungen machte. Die Juden sollen die allerproduktivsten Entdecker immer neuer Formen des unlauteren Wettbewerbs sein. Nun, man kannte in Deutschland und in anderen Ländern den unlauteren Wettbewerb recht gut, ehe die Juden im kaufmännischen Leben sich überhaupt an dem Wettbewerb beteiligen durften. Herr Raab brauchte sich nur, wenn ihm das nicht zu viel zugemutet heißt, in der belletristischen, kulturhistorischen oder sonst einschlägigen Literatur der verschiedenen Völker umzutun. Beiläufig wird auch vieles unlauterer Wettbewerb genannt, was nur in den Augen der minder tüchtigen Geschäftsleute als solcher gilt. Dumme und faule Schuljungen betrachten es, wie wohl jeder aus seiner Schulzeit wissen wird, schon als unlauteren Wettbewerb, wenn andere begabt, fleißig und strebsam sind, verachten und mißhandeln sie sogar deswegen. — Herr Raab verleumdet weiter, daß die Juden es verstehen, mit Geschick die Gesetze zu umgehen. Man sollte meinen, die russischen Großen wie Kleinen, die Amerikaner, und wenn wir nicht sehr irren, auch — andere Leute, verstehen das Geschäft mindestens ebenso gut. Jedenfalls sollte Herr Raab als Gesetzgeber mit seinem vermutlichen Scharfsinn dazu beitragen, die Gesetze so zu formulieren, daß sie nicht umgangen werden können. Wir kennen deutsche Antisemiten, die nicht das Geringste dagegen hätten, wenn in irgend einem Lande gegen das Gesetz, ja gegen das Grundgesetz den Juden gegenüber vorgegangen würde. Ja, es soll dies sogar hier und da seitens der nichtjüdischen Exekutive gewisser Länder geschehen. Nein, wir wissen sogar, daß es geschieht, daß Regierungen die Verfassung umgehen und so das Beispiel geben zur Umgehung viel gleichgültigerer Gesetze. Herr Raab würde, auch wenn er reichlich Gelegenheit dazu hätte, gewiß nicht dahin wirken, daß beispielsweise Juden als Schöffen, Geschworene, Offiziere und Verwaltungsbeamte Verwendung finden, obwohl die Verfassung die Gleichheit aller Bürger gewährleistet, und obwohl Herr Raab sich sagen müßte, daß ein solches Beispiel von oben demoralisierender wirken muß, als die Umgehung eines Gesetzes durch irgend einen unbedeutenden und verlotterten Krämer.

Aber mit Antisemiten im Hause wie außer dem Hause ist nicht zu rechten. Es ist nur gar zu kurios und gleichzeitig unerträglich, die Leute, die einem Pückler Beifall gezollt, andere der Umgehung der Gesetze zeihen, Leute, die den Herausgeber eines berüchtigten pornographischen Blattes zu ihrem Parteigenossen zählt, gegen einen Dichter wie Heinrich Heine sich entrüsten zu sehen. Quis tulerit Grachos de seditione querentes!

Judenreine Chokolade.

In den letzten Jahren hat die Chokoladenfabrikation große Fortschritte gemacht, und die Schweizer haben es in der Herstellung dieser modernen Götterspeise bis zum höchsten Raffinement gebracht. Unsere holden Backfische, die einige Semester auf einer Schweizer Pension geweilt haben, bringen gewöhnlich eine gründlichere Kenntnis der Choko-

lade als der französischen Literatur heim. Die eine Marke zeichnet sich durch ihre pikante Bitterkeit, die andere durch ihr feines Aroma, die dritte durch den milden Rahmgeschmack aus. Die Firma **Stollwerck** in Köln sucht ihren Chokoladen noch eine neue Eigenschaft hinzuzufügen, den eigenartigen Reiz der — **Judenreinheit**. Die Firma ist durchaus nicht engherzig, sie verkauft ihre Fabrikate sehr gern auch an jüdische Kundschaft. Ja, sie geht in ihrer Toleranz soweit, daß sie eine besondere Chokolade für streng rituell lebende Juden herstellt und sie mit einem „Koscherstempel" versieht. Du lieber Gott, man ist ja im alten lieben Köln stets sehr entgegenkommend und verachtet das Geld der Juden nicht. Aber — nach der anderen Seite hin wenigstens ist die Firma bestrebt, ihre Erzeugnisse rein christlich-germanisch zu erhalten, denn sie stellt grundsätzlich keinen jüdischen Reisenden und wahrscheinlich auch keinen jüdischen Bureaubeamten an. Auf die Bewerbung eines jüdischen Reisenden um einen Posten kam von der Firma falgende Antwort, die als wertvolles Dakument zur Psychologie der Chokolade es wohl verdient, der Nachwelt überliefert zu werden:

Köln, den 26. Nov. 1907.

Herrn — — — — — — — Köln.

Wir besitzen Ihre gefl. Zuschrift von gestern und danken für Ihre erneute Anstellung. Wir müssen indessen bemerken, daß Sie für uns doch noch nicht genügend Erfahrungen haben würden; außerdem **beschäftigen wir prinzipiell nur Reisende christlicher Konfession.**

Ueberlassene Photographie usw.

Hochachtend
Stollwerck.

Ob dieses „Prinzip" in der etwas dunklen Religionsphilosophie oder in der noch dunkleren Rassentheorie seine Begründung hat, vermögen wir natürlich nicht zu sagen. Aber wir haben einen unheimlichen Respekt vor jedem hohen judenreinen Prinzip, namentlich wenn es seine Anwendung auf Wurst und Chokolade hat. So ein antisemitisches Prinzip mit Kakao und Zucker gepaart gibt eine gute Mischung. Wie singt doch unser Schiller? Wo Strenges sich mit Zartem paarte, da gibt es einen guten Klang.

Wenn die Juden diesem hohen Prinzip kein Verständnis entgegenbringen, so zeigt das nur, daß ihnen für das heilige Rassenideal das Organ fehlt. Was wollen diese stets unzufriedenen Juden eigentlich? Man erlaubt ihnen, diese kostbare rassenreine Chokolade zu kaufen und sogar zu essen, weiter kann man doch in der Vorurteilslosigkeit kaum gehen. Die Verkäufer müssen allerdings Christen sein, das gebietet die Moral, da heißt es: Principiis obsta! Wie gesagt, Chokolade-Prinzipien — das ist eine heilige Sache. Nur würden wir der Firma Stollwerck empfehlen, die Namen ihrer Marken sinngemäß zu reformieren, so z. B. Marke „Graf Pückler" (nicht zu verwechseln mit der Eismarke „Fürst Pückler"!), **streng koscher**, Marke „Ahlwardt", unter Aufsicht des Rabbinats für **Pessach** hergestellt, Marke „Fritsch", Wotan-Aroma, geeignet für Purim usw. Das würde die Fabrikate erst in das richtige Licht setzen, und das Publikum würde schon beim Lesen einen Vorgeschmack von dieser herrlichen Prinzipien-Chokolade bekommen.

Wiener Brief.

XXI.

(Eine Kulturdebatte. — Die „Verjudung" der Universitäten. — Das Lied vom Pflasterer.)

Wien, den 8. Dezember 1907.

Die Rede, die Wiens Bürgermeister Dr. Karl Lueger auf dem letzten Katholikentag gehalten hat, führte zu einer Kulturdebatte im Reichsrate. Der tschechische Abgeordnete Prof. Masaryk hatte mit Unterstützung seiner freisinnigen Kollegen aus allen nationalen Lagern einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von der Regierung dafür Garantien verlangte, daß sie die Lehr- und Lernfreiheit, die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützen werde. Ueber diesen Antrag entwickelte sich eine mehrtägige Debatte, die manches interessante Resultat zutage förderte. Vor allem ist es bemerkenswert, daß der Unterrichtsminister Prof. Marchet den klerikalen Eroberungsgelüsten mit dem Hinweis auf die Staatsgrundgesetze entgegentrat. Prof. Marchet gehörte früher zur liberalen Partei, die ihn als ihren Vertrauensmann in den Rat der Krone sandte. Als Minister zeigte er ein ungewöhnliches Beharrungsvermögen und diesem Umstand muß es auch zugeschrieben werden, daß er ruhig im Amte blieb, als aus der politisch neutralen Regierung Beck ein Ministerium Geßmann-Beck ward. Trotzdem will Herr Marchet nach wie vor an dem Gesetze festhalten, das alle Staatsbürger gleich macht. Dieses Bekenntnis hat in den freiheitlich gesinnten Kreisen große Befriedigung ausgelöst; uns aber kann es nicht mit Ruhe erfüllen. Die Politik der Regierung wird nicht vom Unterrichtsminister bestimmt, sondern von den Klerikalen. Herr Marchet persönlich mag ja das Beste erstreben, allein ihm fehlt die Kraft, sich durchzusetzen, ebenso wie es ihm an dem richtigen Verständnis für seine Niederlagen gebricht. Ihm scheint es ein großer Erfolg zu sein, wenn er ab und zu einen jüdischen Privatdozenten oder Gymnasialprofessor beruft, den Christlichsozialen also gleichsam ein Opfer aus den Händen reißt. Doch das herrschende System wird dadurch nicht erschüttert, und dieses entspricht den Wünschen Dr. Luegers, wenngleich er sie nicht mit einem Male, sondern nur allgemach erfüllen will. An den Universitäten entscheidet schon längst nicht mehr die Begabung, sondern die Konfession; der Weg, den die Staatsgrundgesetze vorschreiben, wurde bereits verlassen und wenn man erst vom Pfade der Tugend abgewichen ist, dann gerät man immer mehr auf Abwege. Die paar Ernennungen, auf die sich Professor Marchet etwas zugute tut, bleiben Einzelerscheinungen, Ausnahmen. Sie reichen aber gerade aus, damit die Antisemiten sagen können: Wir sind weit davon entfernt, die Universitäten erobern zu wollen; sehet, es amtiert sogar ein „liberaler" Unterrichtsminister. Dadurch wird das Volk nur irre geleitet.

Eigenartig war das Verhalten der Christlichsozialen. Sie spielen sich als die Führer und Beherrscher des Parlaments auf und es gelingt ihnen tatsächlich, immer imposante Mehrheiten aufzubringen, wenn es sich um die Isolierung der Sozialdemokratie handelt. Anders wäre es bei der Universitätsfrage gewesen. Das „hohe Haus" hätte sich jedenfalls — so unzuverlässig und gesinnungsschwach es auch ist — durch die Annahme der Dringlichkeitsanträge gegen die Christlichsozialen ausgesprochen. Um jeden Preis mußte es deshalb verhindert werden, daß die allmächtige Partei von allen Gruppen verlassen dastehe. Was taten nun die Christlichsozialen? Sie gaben die Parole aus, daß ihre Gesinnungsfreunde den Antrag Masaryk mit einigen Abänderungen annehmen mögen. Schon früher hatten sie geleugnet, die Universitäten erobern zu wollen, und behauptet, nur gegen die „Verjudung" der Hochschulen anzukämpfen. Sie konnten sich daher mit zwei blauen Augen aus der Affäre ziehen und das Strafgericht der Abstimmung von sich abwenden. Freilich, die moralische Niederlage blieb ihnen nicht erspart.

Die Debatte zeigte, daß die freiheitlichen Elemente durchaus nicht gesonnen seien, die Christlichsozialen so widerstandslos zu Leitern des ganzen Unterrichtswesens werden zu lassen, wie man sie sich zu Beherrschern Wiens und Niederösterreichs aufwerfen ließ. Wie kommt es dennoch,

daß die christlichsoziale Presse in ein Siegesgeheul ausbrach, als die Verhandlung über den Antrag Masaryk zum Abschlusse kam? Die Antisemiten hatten ein wenig Glück gehabt. Ihr letzter Sprecher war der Abgeordnete von Bregenz, Dr. Karl Drexel, ein Religionsprofessor, der mit einer äußerst sympathischen Gestalt alle Vorzüge des gewiegten, anziehenden Redners verbindet. In einem Hause, in dem ein Bielohlawek Triumphe feiert, mußte ein christlichsozialer Parteimann Beachtung finden, der Bücher nicht haßt, sondern liest, der das Bestreben hat, zum Verkünder und Verfechter der klerikalen Weltanschauung zu werden. Da Dr. Drexel als Redner großen Eindruck machte, konnte sich seine Parteipresse mit der üblichen Uebertreibung eines geistigen Erfolges rühmen. Kritisch geschulte Köpfe werden in der Rede des Vorarlberger Religionsprofessors kaum eine tiefe Stelle finden. Daß jemand eine Geschichte der Päpste gelesen hat, ist doch wahrlich kein Weltwunder; dagegen ist es schon überraschender, daß ein immerhin gebildeter Mann über den Antisemitismus in so seichter Weise spricht wie Dr. Drexel. Er bekannte sich als Rassenantisemit, ohne in den üblichen rüden Ton zu verfallen. Aber seine Argumente sind aus den trivialsten antisemitischen Broschüren geholt, ja sie könnten selbst auf Umwegen — durch die eifrige Lektüre des „Deutschen Volksblattes" — erworben sein. Allein was besagt es schließlich, daß einmal ein Christlichsozialer eine wenigstens formvollendete, in ihrem Aufbau durchdachte Rede hielt? In der Debatte rückte ja als antisemitischer Wissenschaftler auch Herr Professor Dr. Michael Mayr heraus, der an der Innsbrucker Universität lehrt, dem Tiroler Statthalterei-Archiv vorsteht und nebenbei noch christlichsozialer Politiker ist. Was wußte nun dieser sonderbare Wissenschaftler vorzubringen? D e n u n z i a t i o n e n, nichts als D e n u n z i a t i o n e n! Er denunzierte sogar seinen Kollegen, den bekannten und geschätzten Lehrer des Kirchenrechtes an der Innsbrucker Universität, den Professor Dr. Ludwig Wahrmund. Als dieser nun an Prof. Mayr „mit der ihm gebührenden Achtung" die öffentliche Aufforderung richtete, die Verleumdungen zu beweisen, da berief sich der „wackere" Volksvertreter schleunigst auf die Unverantwortlichkeit des Abgeordneten. Oder was soll man von der Rede des Dr. Lueger halten? Der senile Mann, der es später ableugnen wollte, den Kampf gegen die freie Wissenschaft proklamiert zu haben, bewegte sich auf einem Niveau, das wahrhaftig tiefer liegt als das der Vorstadtschenken. Der „Hauptschlager" war die Bemerkung, daß Prof. Masaryk wohl nur deshalb um die freie Forschung so besorgt sei, weil er fürchte, daß ihn die Christlichsozialen stören würden, die Unschuld Leopold Hilsners zu erweisen. „Ich werde ihn in diesen Bemühungen nicht stören," höhnte der Bürgermeister von Wien, „vielleicht findet er dann das vergossene Blut des Opfers, das wird uns sehr freuen." Die Christlichsozialen sind wirklich sehr anspruchslos, wenn sie unter solchen Umständen von geistigen Erfolgen sprechen.

Die „Verjudung" der Universitäten bildete während der Debatte ein vielbesprochenes Thema. Das „Deutsche Volksblatt" wollte die Verhandlungen offenbar würdig einleiten und brachte Dienstag, den 3. d. M., einen ebenso langen als fulminanten Artikel über „Das Judentum an unseren Hochschulen". Wir wollen über die Tabellen, die das Blatt aufstellte, nicht weiter reden und uns auf die Bemerkung beschränken, daß es nicht schwer ist, Ziffern zu gruppieren. Weit schwieriger deucht uns das richtige Verständnis der Zahlen zu sein, das zu Schlüssen führt, die dem „Deutschen Volksblatt" Unrecht geben. Uns scheint es nützlicher zu sein, hier einige Stellen aus der sehr beachteten Rede des Abg. Prof. R e d l i c h wiederzugeben. Nach seinen Ausführungen sind an der j u r i s t i s c h e n Fakultät der W i e n e r Universität 15 Ordinarii, von denen 11 im Sinne der Rassentheorie makellos dastehen; 2 sind getaufte Juden, 2 Juden. Von den 6 Extraordinarii sind 5 nichtgetaufte Juden, einer ist ein getaufter Jude. Von den 31 Privatdozenten sind 17 Arier. Daß die Juden an dieser Fakultät nicht vorrücken, bewies der Redner mit einem schlagenden Beispiele. Die p h i l o s o p h i s c h e Fakultät beherbergt 48 Professoren, von denen nur 3 Nichtarier sind; von den dreien sind zwei getauft. „Ist das die Judenherrschaft?" rief Herr Prof. Redlich mit Recht aus. Von den außerordentlichen Professoren an dieser Fakultät sind 17 Arier, vier Nichtarier. An der m e d i z i n i s c h e n Fakultät wirken 23 Ordinarii, darunter z w e i Juden. Von den 40 Extraordinarien sind 13 Nichtarier. Allerdings zählen von 156 Privatdozenten blos 66 zu den Ariern; allein die jüdischen Dozenten werden nur dann Professoren, wenn, wie Prof. Redlich meinte, „keine arischen Privatdozenten auf Lager sind". „Wenn Sie eine Eroberung der Universität zu dem Zwecke wünschen, um die Verjudung hintanzuhalten" — rief er den Christlichsozialen zu — „so brauchen Sie sich nicht mehr zu bemühen; das geschieht Schritt für Schritt seit einer Reihe von Jahren." Und dennoch das Geschrei der blindwütenden Antisemiten.

Zum Schlusse eine Notiz ohne jeden Kommentar. Sie spricht für sich und lehrt die geistige Beschaffenheit Dr. Carl Luegers und die Dankbarkeit der Antisemiten erkennen, denn die Lehrer haben sich vor einem Jahrzehnt mit Enthusiasmus an die Christlichsozialen angeschlossen.

D i e T e u e r u n g s a u d i e n z d e r L e h r e r b e i D r. L u e g e r.

W i e n, 5. Dezember.

Wir haben im Morgenblatte berichtet, daß in der gestrigen Versammlung des Deutschdemakratischen Vereins der gewesene Gemeinderat Hahensinner mitteilte, Bürgermeister Dr. L u e g e r habe einer Lehrerdeputation gegenüber das Vorhandensein einer Teuerung rundweg in Abrede gestellt und die Deputatian mit dem Ausspruch entlassen: „So lange ich Bürgermeister bin, geschieht für die Lehrerschaft nichts."

Ueber den Verlauf dieses Empfanges bei Dr. Lueger geht uns noch der folgende Bericht zu:

Eine Abordnung des Vereins „Bürgerschule" überreichte letzten Montog dem Bürgermeister eine Petitian um Besserstellung der Bürgerschullehrer in Wien. Der Bürgermeister sagte, daß die Bürgerschullehrer seit der letzten Gehaltsregulierung ahnehin glänzend gestellt sind.

Auf den Hinweis, daß in den letzten Jahren alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise gestiegen sind, entgegnete der Bürgermeister, daß nur das Fleisch teurer geworden sei, sonst habe die Teuerung keine Fartschritte gemacht.

Auf die Frage des Bürgermeisters, waher das Geld zu einer Aufbesserung zu nehmen sei, rechnete ihm die Abordnung var, daß auf Grund des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien für das Jahr 1906 die Biersteuer, welche zur Bestreitung der Lehrergehaltsregulierung bewilligt wurde, der Kammune Wien in diesem Jahre 4,278,000 Kranen getragen hat, und daß nach Abrechnung der Mehrauslagen für die Lehrerschaft der Gemeinde Wien nach immer über 2¼ Millionen Kronen übrig bleiben.

Mit der Erwiderung des Bürgermeisters, daß er das nicht wisse, und der bündigen Erklärung, „so lange ich Bürgermeister bin, geschieht für die Lehrerschaft nichts", wurde die Abordnung mit der Frage entlassen, ab die Herren das Lied vam Pflasterer kennen?

Ein Herr verneinte dies, warauf der Bürgermeister bemerkte: „Donn lassen Sie sichs vam Volkssänger Waldemar vorsingen."

Der Volkssänger Waldemar als Beseitiger der Lebensmittelteuerung; ein Kouplet anstatt Brot: fürwahr ein „origineller" Einfall. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

Wie traurig es in der Deutschen Mittelstandsvereinigung aussieht und wie sehr die Renommistereien der Mittelstandsretter nur darauf berechnet sind, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, zeigt ein v e r t r a u l i c h e s S c h r e i b e n, das der bekannte

Antisemit und Mittelstandsmann Theodor Fritsch-Leipzig kürzlich versandt hat und das der „Freisinnigen Zeitung“ durch einen günstigen Wind auf den Redaktionstisch gelegt worden ist. Das Schreiben lautet (die gesperrt gedruckten Worte sind auch im Original unterstrichen):

Abschrift! Leipzig, den 13. November 1907.

Privatim, vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Gestatten Sie mir ein offenes Wort und eine persönliche Anfrage.

Eine Anzahl unabhängiger Männer sind zusammengetreten, um auf parteiloser Grundlage die Interessen des Mittelstandes zu verfechten. Sie arbeiten seit Jahren mit ehrlichem Eifer an diesem Werke, finden aber eine merkwürdig geringe Unterstützung draußen im Lande.

Meine Frage geht nun dahin: was ist Schuld daran, daß im Kreise Ihrer Kollegen und sonst in den dortigen Mittelstandschichten so wenig Interesse und Verständnis für die gemeinschaftlichen Mittelstandsbestrebungen besteht? Hegen die Betreffenden ein Mißtrauen gegen die Führer, oder woran liegt es sonst? Ich erbitte eine freimütige Antwort hierüber.

Wenn die Gegner des Mittelstandes fortwährend behaupten, die Mittelstandsvereinigung stehe im Dienste einer reaktionären Parteipolitik, so tun sie dies nur, um Mißtrauen zu säen und eine kraftvolle Vereinigung der Mittelstandes zu verhindern. Es ist eine pure Verleumdung, denn wir weisen in unserer Vereinigung grundsätzlich alle einseitigen Parteibestrebungen zurück. Ich selber habe seit zwölf Jahren jede Parteitätigkeit abgelehnt. Ich gehöre keiner Partei an.

Ich bemerke auch, daß ich sowohl als die meisten meiner Mitkämpfer nicht den mindesten Vorteil bei diesen Bestrebungen suchen. Die meisten von uns sind gutsituierte Geschäftsleute, die nicht nötig haben, auf einen Gewinn bei der Sache zu rechnen. Wir alle tun es vielmehr aus Gemeininteresse, um dem schwer bedrängten Mittelstand zu helfen, und wir alle bringen dabei erhebliche Opfer an Zeit und Geld. Dieses Opfer würden wir jedoch gern tragen, wenn es wenigstens anerkannt würde und auf fruchtbaren Boden fiele. Daran fehlt es aber. Einige Tatsachen mögen Ihnen dies bestätigen.

Die sehr geringen Beiträge, die die Mittelstandsvereinigung fordert, werden aus den meisten Städten nur zögernd oder gar nicht bezahlt. Und es ist doch ein unbilliges Verlangen, daß für die Mittelstandssache agitiert werden soll, ohne daß Mittel dafür vorhanden sind. Die mittelständ. Blätter finden nur geringe Unterstützung und werden nur von wenigen gehalten; sie können sich daher nicht entwickeln. Man verlangt von uns Redner, die das ganze Land bereisen und Vorträge halten sollen, um über die Mittelstandsziele aufzuklären. Aber womit sollen wir besolden, wenn niemand Mittel zur Verfügung stellt? Wir haben Flugblätter drucken lassen, um für wenige Pfennige jeden in den Stand zu setzen, andere über die Ziele unserer Bewegung aufzuklären, aber nur selten werden sie verlangt. Wir haben eine Denkschrift verfaßt, die in vortrefflicher Weise die praktischen Bedürfnisse des Mittelstandes mit wissenschaftlicher Klarheit und Gründlichkeit verbindet und selbst von den Gegnern als eine gediegene Leistung anerkannt wird. Jeder Mittelstandsmann sollte stolz sein auf diese Denkschrift, denn seine Interessen sind hier in der besten Weise verteidigt. Ein Verdienst ist mit dem Verkauf der Denkschrift auch nicht verknüpft, denn das 72 Seiten starke Buch wird in Partien für 50 Pfg. verkauft, was gerade nur die Herstellungskosten deckt. Von dieser Denkschrift sind im Königreich Sachsen etwa 5000 Stück, im übrigen Deutschen Reiche aber noch keine 500 Stück abgesetzt — trotz wiederholten Angebots an 1200 Innungen und Vereine. Und doch müßte jeder Mittelstandsmann die Schrift in der Tasche haben, um seine Gegner damit zu widerlegen, denn sie ist die beste Waffe, die wir bis jetzt besitzen. Die Mitarbeiter an dem Werk haben keinerlei Entschädigung dafür bekommen und auch sonst keinen Nutzen davon.

Ich frage Sie, sehr geehrter Herr: wer soll noch Lust haben, für die Mittelstandssache zu arbeiten, wenn die Mittelstandsleute selber jede solche Arbeit mißachten, die in ihrem Interesse geleistet wird?

Will der Mittelstand überhaupt, daß ihm geholfen wird oder nicht?

Ich für mein Teil muß bekennen, daß ich meine Arbeitskraft und Fähigkeiten anderswo fruchtbringender anwenden kann, als es hier geschieht.

Ich bitte Sie also um eine freimütige Antwort und stelle Ihnen anheim, sich mit Ihren Kollegen über diese Angelegenheit zu besprechen. Ich möchte mir gern Klarheit verschaffen, worin diese allgemeine Teilnahmslosigkeit ihren Grund hat. Aber soviel kann ich Ihnen sagen: wenn es jetzt dahin kommt, daß wir unsere Tätigkeit einstellen, so ist es um den Mittelstand endgültig geschehen. Es wird sich dann niemand wieder die Mühe machen, etwas für ihn zu unternehmen.

Leipzig, Königstr. 27. Theodor Fritsch.

Theodor Fritsch (Hammer-Verlag) Hochachtungsvoll

Dieses jämmerliche Schreiben spricht so sehr für sich, daß wir nicht nötig haben, einen ausführlicheren Kommentar dazu zu liefern. Eine besondere Bemerkung verdient nur, daß auch in diesem vertraulichen Zirkular der politische Charakter der deutschen Mittelstandsvereinigung geleugnet wird. Das steht in striktem Widerspruch zu den Erklärungen, die noch auf der letzten Tagung der Mittelstandsvereinigung gemacht worden sind, und ebenso in striktem Widerspruch zu den Tatsachen. Hat doch die Mittelstandsvereinigung ihren Parteicharakter so schroff dokumentiert, daß sie bei den Reichstagswahlen und jüngst noch bei der Landtagswahl in Reuß eigene Kandidaten aufgestellt hat. Welcher Art aber die Parteipolitik der Mittelständler ist, beweist, daß sie die lebhafteste Unterstützung der Reaktionäre erhalten hat. Wenn Herr Fritsch alle einseitigen Parteibestrebungen in der Mittelstandsvereinigung in dem obigen Schreiben leugnet, so geschieht das lediglich aus dem Grunde, weil er auf pekuniäre Unterstützungen auch von Handwerkern rechnet, die einer nichtreaktionären Partei angehören. Diese Rechnung wird aber kläglich zu Schanden werden, denn nachgerade kennt man die Herren von der Deutschen Mittelstandsvereinigung genau genug.

Daß aber die Herren Fritsch und Rahardt pekuniäre Unterstützung für ihr Grüppchen dringend gebrauchen, das wird in dem Klagebrief so deutlich auseinandergesetzt, daß jedes weitere Wort überflüssig ist. Komisch berührt es aber, daß diese Herren, trotzdem sie ihren kleinen Kahn nur mit Mühe über Wasser halten können, auch heute noch von einem Selbstbewußtsein ohnegleichen erfüllt sind. Wenn Herr Fritsch behauptet, daß es bei dem Auffliegen der Mittelstandsvereinigung um den Mittelstand endgültig geschehen sei, so sagen wir umgekehrt: es wird ein Segen für den Mittelstand sein, wenn jene ungesunde Parteigründung sobald wie möglich vom Erdboden verschwindet. Keine schlimmeren Feinde besitzt der Mittelstand, als seine sogenannten Retter von dem Schlage der Fritsch und Genossen. Gerade sie sind daran mitschuldig, daß immer noch ein Teil der Handwerker und Gewerbetreibenden, anstatt sich auf den Boden der modernen Volkswirtschaft zu stellen und die Vorteile auszunutzen, die hier geboten werden, das längst überwundene und nie mehr zum Leben zu erweckende Zunftwesen des Mittelalters zurücksehnt und dabei den realen Boden der Dinge unter den Füßen verliert.

Der Führer der Mittelstandsvereinigung, Obermeister der Tischlerinnung zu Berlin, Rahardt, ein brennend ehrgeiziger Mann, hat schon verschiedentlich als Mittelstandskandidat für den Reichstag kandidiert, ohne sein Ziel erreichen zu können. Jetzt scheint er durch Anlehnung an die Konservativen endlich in den Besitz eines Mandats, wenn auch „nur“ eines Landtagsmandats, gelangen zu sollen. Im Wahlkreise Neuhaldensleben haben nämlich die Konservativen, vermutlich „sanftem“ Drucke nachgebend, beschlossen, neben dem bisherigen Abg. Gutsbesitzer Böder Herrn Rahardt als Kandidaten aufzustellen. Der zweite Abgeordnete des Kreises ist bislang der Konservative Himburg-Rogätz. Da der Kreis unter dem famosen preußischen Wahlrecht sichere Domäne der Konservativen ist, so wird also Herr Rahardt

vom nächsten Jahre an sein Licht im preußischen Parlament leuchten lassen können."

Der durch seine hohe Intelligenz bekannte antisemitische Abgeordnete Köhler, der sich bisher im Reichstage durch sein beharrliches Schweigen und Schwänzen (wenigstens so lange es keine Diäten gab) hervorgetan, hat einen Artikel geschrieben. An sich ist das keine welterschütternde Tatsache, aber Herr Köhler hält es für angezeigt, die Nachricht davon auf Kosten des Reiches verbreiten zu lassen. Die „Tagesordnung" des Reichstages vom 6. Dezember teilt nämlich mit, daß unter „anderweiten Druckschriften" nichtamtlichen Charakters beim Reichstagsbureau eingegangen ist:

„Nr. 282 des „Gießener Anzeiger", enthaltend einen Artikel des Abgeordneten Köhler."

Wer sich also über die politische Lage orientieren will, weiß nun, wo er das tun kann. —

Vermischtes.

Die Antisemiten und das Ausländertum an den deutschen Hochschulen. Aus Leipzig wird berichtet:

Die Angriffe, die neulich in der zweiten Kammer des sächsischen Landtages von konservativ-antisemitischer Seite gegen die hiesige Handelshochschule und das hier vorherrschende Ausländertum gerichtet wurden, hat am 3. Dezember der hiesige Handelskammer-Präsident, Geh. Kommerzienrat Zweiniger, bei der Etatsberatung in der ersten Kammer sehr energisch zurückgewiesen. Die Ausländer, die hier studierten, brächten die Kosten, die sie der Handelshochschule verursachten, selbst auf, ja sie trügen noch dazu bei, viele Inländer auf der Hochschule erhalten zu können. Technische Geheimnisse würden nicht gelehrt und die Befürchtung, daß die hier ausgebildeten Ausländer unserem Handel und unserer Industrie gefährlich werden könnten, sei durchaus unbegründet. Wohl aber könnte die in gewissen Kreisen vorherrschende Abneigung gegen die ausländischen Studierenden nur dazu beitragen, unsere Handelsbeziehungen zum Auslande zu beeinträchtigen und das Ansehen der Handelshochschule zu diskreditieren.

Die hiesigen Stadtverordneten haben am 4. Dezember mit großer Mehrheit eine Erhöhung des städtischen Beitrages für die hiesige Handelshochschule, der bisher 6000 Mark betrug, auf 10000 Mark beschlossen. Nur die Antisemiten nahmen dagegen Stellung. Ihr Antrag, diese Erhöhung des städtischen Jahresbeitrages nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß der Senat der Handelshochschule sich verpflichte, so lange keine Ausländer mehr aufzunehmen, bis deren Zahl auf 25 v. H. der Gesamtzahl der Studierenden zurückgegangen sei, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Bürgermeister Dr. Dittrich und mehrere Vertreter des Handelsstandes hatten vorher, namentlich auch unter Hinweis auf die intimen Handelsbeziehungen Deutschlands und Rußlands betont, daß ein so engherziger Standpunkt der internationalen Handelsstadt Leipzig nicht würdig sei. Auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten für die Erhöhung des städtischen Beitrages.

Ein antisemitischer Amtsrichter. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte bei dem Präsidenten des königlichen Landgerichts Thorn Beschwerde gegen einen Amtsrichter in einer Stadt Westpreußens erhoben, der beim Konkurse eines jüdischen Glaswarenhändlers die Ernennung eines Juden zum Konkursverwalter mit Rücksicht auf die Konfession abgelehnt hat. Zur Begründung seiner Ablehnung erklärte der Amtsrichter: „Die Juden bilden einen Staat für sich, sie unterstützen sich gegenseitig und ergreifen einer für den anderen Partei." Die Beschwerde wurde abgewiesen, mit dem Hinweis, daß der Amtsrichter überhaupt nicht verpflichtet gewesen sei, die Gründe seiner Ablehnung anzugeben, und deshalb dieser Teil seiner Erklärung als außeramtlich anzusehen sei. Der Zentralverein beruhigte sich dabei nicht. Er wandte sich beschwerdeführend an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder und erhielt folgenden, vom 9. November datierten Bescheid: „Die über den Amtsrichter N. erhobene Beschwerde habe ich geprüft und insofern für begründet erachtet, als die von dem betreffenden Richter in bezug auf das Judentum getanen Aeußerungen meines Erachtens besser unterblieben wären. Dies ist von mir dem Amtsrichter eröffnet worden."

Antisemitische Rüpelei. Aus Heppenheim (Bergstraße), 4. Dezember, wird der „Frankf. Ztg." geschrieben:

Im hiesigen Rathause, auf dem Vorplatz vor dem Bureau der Großh. Bürgermeisterei, sind an einer der sonst ganz kahlen Wände drei Plakate befestigt. Das eine enthält den Fahrplan der Automobil-Omnibus-Verbindung Bensheim-Lindenfels aus dem Jahre 1905, das zweite eine Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Mainz aus dem Jahre 1904 und das dritte den Aufruf des Hessischen Vereins zur Beschaffung billiger Sommeraufenthalte für Beamte, datiert aus dem Jahre 1903. Dieses letztere Plakat aber trägt mitten auf dem unter dem Texte noch reichlich vorhandenen freien Raume in blauer Stempelfarbe den Aufdruck: Judenreines Haus. Auch ein Kommentar zu dem Antrage des Abgeordneten Köhler auf Aufhebung der in Hessen gegen die antisemitische Bewegung bestehenden Erlasse. (Gibt es in Heppenheim nicht auch Steuerzahler jüdischen Glaubens? D. Red.)

Die Bezeichnung „Jüngling hebräischer Abstammung" ist nach einer Entscheidung eines Berliner Amtsgerichts, der das Landgericht beitrat, keine Beleidigung! An die Direktion einer in Berlin veranstalteten Ausstellung gelangte vor einiger Zeit ein Reklamationsbrief, worin der Absender bemerkte, er habe seine Beschwerde bereits mündlich im Bureau vorgebracht, sei aber „von einem Jüngling hebräischer Abkunft in ungeziemender Weise abgefertigt" worden. Der betreffende Bureau-Beamte stellte Strafantrag gegen den Briefschreiber, wurde aber von der Kgl. Staatsanwaltschaft auf den Weg der Privatklage verwiesen. In dem die Klage ablehnenden Beschlusse des Amtsgerichts wurden als Gründe angeführt:

„In der Bezeichnung des dem Beschuldigten dem Namen nach unbekannten Klägers nach Alter und Abkunft ist eine Beleidigung des Klägers nicht zu finden. Wenn Beschuldigter das Verhalten des Klägers als ungeziemend bezeichnet hat, hat er hierbei in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Weder Form, noch begleitende Umstände ergeben ein bewußtes Ueberschreiten der Grenzen des § 193 des Strafgesetzbuches oder eine Absicht der Beleidigung."

Die gegen diesen Bescheid eingereichte Beschwerde des Privatklägers wurde kostenpflichtig abgewiesen. In der Begründung heißt es:

„In dem Briefe an die Direktion bringt der Beschuldigte lediglich Beschwerden an. Seine Aeußerung macht er somit zur Wahrung berechtigter Interessen. Wenn er sich hierbei der Wendung bedient, er sei von einem Jüngling hebräischer Abkunft in ungeziemender Weise abgefertigt worden, so geht aus der Form der Aeußerung noch nicht die Absicht hervor, den Privatkläger zu beleidigen. Der Beschuldigte wollte vielmehr anscheinend den ihm dem Namen nach unbekannten Privatkläger nur in einer Weise kennzeichnen, daß er unter der großen Zahl der Bureauangestellten ermittelt werden konnte. Hierzu konnte dem Beschuldigten gerade die Angabe des Lebensabschnittes, in dem sich der Privatkläger befindet, und seines äußeren Aus-

lebens besonders geeignet erscheinen. Hierdurch ist der Privatkläger mit Recht mit seiner Privatklage abgewiesen, und es ergab sich somit die Zurückweisung der Beschwerde."

Jüdische Arbeiter in Deutschland. Aus Baden wird uns geschrieben:

Durch die traurigen Verhältnisse der letzten Jahre in Rußland sahen sich viele jüdische Fabrikarbeiter veranlaßt, im Auslande Arbeit zu suchen. Viele von ihnen fanden, namentlich in Süddeutschland, Anstellung in Fabriken, und ihre Arbeitgeber waren, wie uns versichert wird, durchaus zufrieden mit ihnen. In letzter Zeit aber gestaltet sich durch polizeiliche Maßregeln der Aufenthalt dieser Parias der menschlichen Gesellschaft immer schwieriger, und aus dem Großherzogtum Baden, wo man es am wenigsten erwartet hätte, kommen Klagen, daß diesen jüdischen Arbeitern die Existenz unmöglich gemacht wird. Die Polizei fordert die Arbeitgeber direkt auf, diese Arbeiter zu entlassen, und droht mit der Ausweisung. Wir müssen gestehen, daß uns dieses rigorose Verfahren gegen Leute, die sich anständig ernähren und gegen die moralisch und politisch nichts vorliegt, absolut unbegreiflich ist. Wir würden es verstehen, wenn man revolutionäre Elemente ausweisen würde, aber harmlosen Leuten das Brot zu rauben, weil sie das Unglück haben, russische Juden zu sein, ist gewiß nicht im Sinne einer liberalen und gerechten Verwaltungspolitik. Die Anordnungen des Großherzoglichen Bezirksamtes sprechen freilich nicht von Juden, sondern von polnisch-russischen Arbeitern, aber — auf den Namen kommt es nicht an. Das Bezirksamt stützt sich auf eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 19. Februar 1900, diese Verfügung aber scheint erst seit zwei Jahren rigoros gehandhabt zu werden. Der Sinn der ministeriellen Verfügung ist wohl die Verhinderung der Einwanderung polnischer Elemente. Diese jüdischen Arbeiter aber wird kein vernünftiger Mensch als polnische Elemente bezeichnen dürfen, weil ihr Paß zufällig aus einer polnischen Stadt stammt. Sie verstehen meistens gar kein Polnisch, und nichts liegt ihnen ferner, als für polnisch-nationale Ideen Propaganda zu machen. Wir vermögen wirklich keine Gefahr für die Kultur Badens darin zu erblicken, daß 5 oder 6 russisch-jüdische Arbeiter in Mannheim leben. Wenn auf den ostelbischen Gütern Tausende wirklich polnischer Landarbeiter sich aufhalten können, ohne das Land zu gefährden, dann liegt wohl kein Grund vor, einigen jüdischen Arbeitern das Leben zu verkümmern. Wir wollen hoffen, daß die liberalen Abgeordneten in der zweiten Kammer Veranlassung nehmen werden, die badische Regierung in dieser Sache zu interpellieren, — schon des Prinzips wegen.

Zur Judenfrage in Rußland wird der „Russ. Korrespondenz" aus Petersburg geschrieben:

Welchen Kurs die russische Regierung in der Judenfrage steuert, zeigt deutlich folgender Vorgang. Vor zwei Jahren hatte der damalige Justizminister die Verfügung getroffen, daß alle Senatsbestimmungen über die Beschränkungen der Juden, welche an die 600 aufzählen, bis zur endgültigen Lösung der Judenfrage nicht weiter angewendet werden sollen. Jetzt erließ Justizminister Schtschealowitow den Befehl, diese Senatsbestimmungen strengstens zu befolgen.

Zur Judenfrage in Finland wird der „Frankf. Ztg." aus Helsingfors geschrieben:

Der Gouverneur der Provinz Nyland (Helsingfors) lenkt die Aufmerksamkeit des hauptstädtischen Polizeimeisters darauf, daß zahlreiche russische Juden während der letzten Zeit nach Finland gekommen sind, die namentlich in Helsingfors ihren Aufenthalt genommen haben. Auf eine alte Verordnung vom Jahre 1872 Bezug nehmend, durch welche es den Juden gestattet wurde, in den drei Städten Stockholm, Gothenburg und Narrköping gewisse näher bezeichnete Wirksamkeiten auszuüben, ersucht der Gouverneur den Polizeimeister, nur solchen Juden den Aufenthalt in Helsingfors zu gestatten, die sich dazu von der Polizei einen sechsmonatlichen Erlaubnisschein verschafft haben. Durch dieses Auftreten des Gouverneurs wird die finländische Judenfrage ganz unerwartet wieder auf die Tagesordnung gebracht. Unsere größte liberale Zeitung, „Hufondstadsbladet", die sich mit der Angelegenheit beschäftigt, bezeichnet es mit vollem Recht als eine Schande für ein fortschrittliches Land wie Finland, daß es innerhalb seiner Grenzen noch im zwanzigsten Jahrhundert überhaupt eine „Judenfrage" geben könne, und spricht die Hoffnung aus, der Senat werde dem nächsten Landtage eine Gesetzesvorlage unterbreiten, wodurch den in Finland wohnenden Juden volle Gleichberechtigung mit allen anderen im Großfürstentum ansässigen Ausländern zuerkannt werde. Schon früher ist ein solcher Beschluß dem Landtag nahegelegt worden, zum ersten Male bereits vor ungefähr vier Jahrzehnten; die Altfenomanen und die Bauern haben sich aber immer gegen ein solches Gesetz ausgesprochen.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: F. Sammer, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 81.

Nur 50 Pf. und 12 Pf. Bestellgeld vierteljährlich bei der Post.

Nr. 51/52. Berlin, 18. Dezember 1907. 17. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüreau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk. sind an die Expedition, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14 zu senden, wenn man die „Mitteilungen“ direkt im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Bezirk des Bureaus Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einschreibesendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Baurat a. D. Benoit, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Der Weihnachtsfeiertage wegen fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen“ aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als

die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus

sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Berthold Auerbach und das Judentum.

II.

Auf Auerbachs gegnerische Stellung zu Heine kann nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden, denn sie ist — besonders im Hinblick auf die jüngste Aera der Heine-Polemiken — von geradezu typischer Bedeutung. Sie widerlegt vielleicht am schlagendsten die von antisemitischer Seite genährte Auffassung, als ob gerade auf jüdischer Seite die blinde Heine-Verehrung und der übertriebene Heine-Kultus zu finden seien resp. gewesen seien, und ferner, als ob die abstoßenden Seiten in Heines Dichtung und Charakter mit seinem Judentum zu erklären seien. Wenn ein Voll- und Kernjude (im besten Sinne des Wortes) wie Auerbach sich von so manchem Undeutschen und Frivolen in Heines dichterischer Persönlichkeit so entschieden antipathisch berührt findet und diesem Empfinden offen Ausdruck gibt, so zeigt dies Beispiel am besten, daß in der jüdischen Intelligenz genau so wie in der nichtjüdischen die Meinungen über Heine geteilt sind, und daß ein ebenso stark jüdisch wie deutsch empfindender Schriftsteller vom Schlage Auerbachs sich geradezu als einen Antipoden seines damals schon weltberühmten und vielbewunderten Glaubensgenossen fühlen konnte.

Es war kein Wunder, daß der einstige Talmudschüler und Rabbinatskandidat sich beim Erwachen seines Erzählertalentes zunächst zu Stoffen aus der Geschichte des eigenen Volkes hingezogen fühlte. Als Mitherausgeber der von dem Grafen Breza und Gustav Schlesier begonnenen, dann von Naphtali Frankfurter geleiteten „Gallerie der ausgezeichnetsten Israeliten“ schrieb er um jene Zeit (1836) die Lebensbilder von Rothschild, Michael Beer und dem von ihm damals erst noch aus der Ferne verehrten Gabriel Riesser und veröffentliche in Kühnes „Zeitung für die elegante Welt“ eine biographische Darstellung des Dichters Ephraim Moses Kuh, eine Vorstudie zu dem späteren Roman „Dichter und Kaufmann“. Mehr und mehr aber fesselte ihn gleichzeitig die Beschäftigung mit dem größten jüdischen Denker der Neuzeit, dessen Bild ihn dann auf seinem ganzen Lebenswege begleitete: Spinoza. Mit dem Verlag J. Scheible in Stuttgart schloß er einen Vertrag über die Herausgabe eines historischen Spinoza-Romans, für dessen zwei Bände ihm 400 Gulden Rheinisch als Honorar zugesichert wurden. (Dreißig Jahre später erhielt er von der Wiener „Presse“ nur für den Erstabdruck seines Romans „Das Landhaus am Rhein“ etwas über 30 000 Mark.) Die Hälfte dieses Honorars mußte er als Vorschuß nehmen, um bei der schon erwähnten Festungshaft auf dem Hohenasperg, die kurz nachher wegen der verjährten Burschenschaftsbeziehungen über ihn verhängt wurde, seine Selbstbeköstigung bestreiten zu können. In knapp sieben Monaten wurde der „Spinoza“ niedergeschrieben, eine erstaunliche Leistung, wenn man den bitteren Mangel an Mitteln bedenkt, mit dem der junge Autor um diese Zeit noch zu kämpfen hatte, wo er in Stuttgart überdies noch seinen jüngeren Bruder Julius bei sich wohnen ließ und ihn in Latein und Griechisch für das Gymnasium vorbereitete, dabei von polizeilichen Ueberwachungsschikanen und dem Herzeleid einer unglücklichen Liebe gequält. Was ihn veranlaßte, den Roman des holländisch-portugiesischen Philosophen zu schreiben, legte er in den einleitenden Blättern dar. „Das jüdische Leben zerfällt nach und nach,“ heißt es da, „ein Stück nach dem andern löst sich ab, darum scheint mir, daß es an der Zeit ist, Poesie und Geschichte und beide vereint seine Bewegungen im Bilde festhalten zu lassen.“

Nach dem Erscheinen dieses Erstlingsromans wurde Auerbach durch August Lewald als Literaturkritiker an der von diesem geleiteten Zeitschrift „Europa“ mit etlichen hundert Gulden Jahresgehalt bestellt, und es verlohnt sich, einen Blick auch auf diese seine Tätigkeit zu werfen und zu verfolgen, wie der Sechsundzwanzigjährige gerade für salche Persönlichkeiten und Erscheinungen das liebevollste Verständnis offenbart, für die nach der Meinung gewisser teutomanischer Literarhistoriker dem Juden das Organ fehlen sall. Wärmer als Auerbach hat kaum jemand die innig-deutsche Poesie Eduard M ö r i k e s begrüßt, die eigentlich erst innerhalb des letzten Jahrzehnts ein Besitz weiterer Volkskreise geworden ist, besseres schwerlich jemand über I m m e r m a n n s „Münchhausen“ gleich bei dem ersten Erscheinen geschrieben. Es klingt wie ein Märchen und zeigt eigentlich so recht schneidend, wie herrlich weit wir es im Geiste der Versöhnung seither gebracht haben, wenn man liest, daß Auerbach gemeinsam mit seinen Freunden Hermann Kurz (dem Verfasser von „Schillers Heimatsjahre“) und Rudolf Kausler die Weihnachtstage 1837 im P f a r r h a u s e von Buoch im Remstal als Gast des Pfarrers Glück (des Kamponisten van Eichendorffs „In einem kühlen Grunde“) verbrachte, ehe er sich nach Frankfurt a. M. wandte, um dort ansässig zu werden. Hier, wo u. a. der treffliche „Struwwelpeter“-Dichter Dr. Heinrich Hoffmann zu seinem Verkehrskreise gehörte, trat er in engere Beziehungen zu dem feinsinnigen Forscher und Kanzelredner Abraham Geiger, der im nahen Wiesbaden als Rabbiner tätig war, und zu Gabriel Riesser, diesem edelsten Vorkämpfer der jüdischen Menschenrechte, den selbst ein gegnerisch gesinnter Mann wie Treitschke als selten lauteren Charakter ehrte und schätzte. In die Frankfurter Zeit fällt die Ausarbeitung des zweiten jüdisch-historischen Ramans „Dichter und Kaufmann“, eines Zeit- und Sittengemäldes aus den Regierungstagen Friedrichs des Graßen, in dessen Mittelpunkt Mases Mendelssahns Freund Ephraim Mases Kuh gestellt war. Zugleich wurde er durch die Vararbeiten für diesen Roman näher an Mases Mendelssohns Werke geführt, die er nun, nach B o n n übergesiedelt, in einer würdigen Gesamtausgabe neu an die Oeffentlichkeit brachte. Mit gleichem Eifer ging er darauf an die deutsche Uebertragung sämtlicher Schriften Spinazas, die ihn oon Anfang 1840 bis August 1841 fast aöll'g in Anspruch nohm.

In dieser Zeit aerlar er seinen alten, daheim in Nordstetten lebenden Vater und ließ sich durch den Wunsch, das Andenken an diesen und die schwäbische Heimat zu verewigen, von einer schon kurz vorher gefaßten Idee aallends erfüllen, als deren Verwirklichung 1842 die ersten der „Schwarzwälder Dorfgeschichten“ erschienen. Mit ihrem Erfolg, der tatsächlich bald mehr als ein eurapäischer werden sallte, war Auerbachs Lebensgeschick befestigt: auf ihre literarische Bedeutung einzugehen, sei hier nicht erst versucht, nur faatel in Kürze erwähnt, daß selbst der aan Auerbach in seiner früher erwähnten Schrift „Das Judentum und die neueste Literatur“ heftig angegriffene Wolfgang Menzel sich ihrer Wirkung nicht entziehen konnte und diese Erzählung als „gesunde Kast“ und „wahrhafte Natur“ dem oon Unnatur und Konoenienz überreizten Gaumen des Lesepublikums warm empfahl. Bekannt ist das begeisterte lange Gedicht, mit dem Ferdinand Freiligrath die Dorfgeschichten in der „Kölnischen Zeitung“ (Nooember 1843) begrüßte; unbekannt dagegen war bisher Auerbachs oan Bettelheim jetzt erstmals veröffentlichter Dankbrief an Freiligrath, aus dem besanders die folgenden Sätze heraorgehoben zu werden verdienen:

„Ich muß dir auch nach sagen, daß es mir besandere Freude macht, daß es mir, einem Juden, gelungen ist, etwas aus dem Innersten des deutschen Volksgeistes zu offenbaren. Du weißt, lieber Freund, was ich vom Judentum halte, aber jede innere und äußere Gehässigkeit gegen die Juden tut mir in tiefster Seele weh. Es ist mir daher besanders lieb, dir sag ich es frei, daß die Gehässigkeit die Juden nicht mehr sa leicht Fremde heißen kann. I c h g l a u b e, i c h b i n e i n D e u t s c h e r, i c h g l a u b e e s b e w i e s e n z u h a b e n, w e r m i c h e i n e n F r e m d e n h e i ß t, m a r d e t m i c h z e h n f a c h. *) Ich kamme aft auf dieses Thema, aber du weißt nicht, l. Freiligrath, was ein Judenkind auf der Welt zu dulden hat; auch ich hab viel, viel geduldet, und gattlab, die reine Menschenliebe hat den Sieg davangetragen und sall ihn behalten. Ich habe hier einen kleinen Vetter, der ins Lyzeum geht. Die Knaben haben dort als Verstandesübungen Sätze aus dem Kapf an die Tafel zu schreiben, da geht ein dreizehnjähriger Junge heraus und schreibt: Die Juden betrügen alle anderen Menschen. Der Lehrer sagte gar nichts darauf. Die zitternde Stimme und die Tränen, mit denen mein kleiner Vetter das erzählte, das schnitt mir tief durch die Seele. Oh, es ist schrecklich, in ein jugendliches Herz den Haß und die Zwietracht zu säen. — In meinem Innersten sagte mir eine Stimme: Nie mehr will ich mich durch die Häßlichkeiten der Juden von ihrem Schmerze trennen lassen, und was ich vermag und tue, möge auch ihnen zugute kommen Hier, in diesem Schand = Karlsruhe wäre ich nie zu jener Friedensstimmung gekommen, die mich mein Herz für mein deutsches Vaterland offenbaren ließ. Wie ich in meinem ganzen Leben eine Vorsehung erkenne, so sehe ich sie auch besanders darin, daß ich nach Mainz zu edlen echten Menschen, die geborene Christen sind, kam,**) dort war mir's wohl und frei, und ich konnte einen Klang aus mir rein und ungetrübt erklingen lassen. Jetzt, glaube ich, werde ich stets frei bleiben, keine Bitterkeit will ich in mir aufkommen lassen. Ich weiß es, wenn ich hinaustrete unter die Bauern, eine Seele voll Wohlwallen auf den Lippen, das einzige Wort Jud! würde sie von mir verscheuchen. Immer war es aber so, daß die Liebe nicht erkannt und gekreuzigt wurde, ich habe dappeltes zu besiegen, ich will mir die Kraft dazu bewahren, und meine Freunde werden mir dazu helfen. . .“ Ich will fortan auch für das sogenannte niedrige Volk schreiben, unmittelbar für die Bauern; es fehlt ihnen ein Mann, der ihren Herzen Luft macht, bei unserer sonst so reichen Literatur hat man das eigentliche sagenannte Volk den Pietisten und anderen dergleichen überlassen, ich will einmal sehen, was ich vermag, ich will die Religion, dieses Grundwesen des deutschen Volkes; nach Kräften in ihr markiges Recht einsetzen. Auf die sagenaunten Liberalen ist dabei nicht zu rechnen, die habens stets blaß auf unmittelbare Zwecke, auf Wahlen, Oppasitian und dergleichen abgesehen, gar viele wollen nur einen Wechsel der regierenden Personen, von Veredelung und Selbständigkeit, van wahrer Freiheit des Menschen wollen sie nichts.“

Der Erfolg der Dorfgeschichten, die bis heute mehr als 100 Auflagen erleben durften, ist bekannt. „Sie erschienen,“ sagt Gustao Freytag in seinen Erinnerungen, „als eine Erlösung oon der öden Salanliteratur, die französischen Varbilder nacheiferte, sie brachten Schilderungen aus dem deutschen Volksleben zu Ehren, Charaktere und Sitten, die auf unserem Boden gewachsen waren.“

III.

Mit dem Erscheinen der Schwarzwälder Dorfgeschichten war Auerbach ein gefeierter Schriftsteller geworden und hatte in der Tat nun, wie er es sich in seinem Briefe an Freiligrath vornahm, keinen Anlaß mehr, Bitterkeit in sich aufkommen zu lassen. Ueberall wohin er kam — und er war oiel unterwegs — wurde er mit Herzlichkeit, Wärme, aielfach mit Begeisterung aufgenommen, und zum mindesten für seine Person durfte er das Odium der jüdischen Abkunft ein für allemal aufgehoben glauben. Die nächsten Jahrzehnte seines Lebens, die Blütezeit seines Schaffens und Wirkens, können deshalb hier kurz abgetan werden. Nach seiner ersten überglücklichen, aber bei der Geburt des ersten Söhnchens durch den Tad zerrissenen Ehe mit Auguste Schreiber aus Breslau — Abraham Geiger hatte das Paar getraut, Gustao Freytag war Auerbachs Trauzeuge gewesen — schlaß er einen zweiten Lebensbund mit Nina Landesmann, einer Schwester Hieranymus Larms, und ließ sich 1849 für ein Jahrzehnt in Dresden nieder, dann in Berlin, das von da an sein eigentlicher Wohnsitz blieb. Trotz seiner Erfalge blieben ihm namentlich in der Dresdener Zeit auch jetzt nach materielle Lebenssargen nicht erspart, da ihm noch immer

*) Im Original nicht gesperrt. D. Red.

**) Es ist speziell die Familie des Dr. Strecker gemeint, in der Auerbach damals viel und freundschaftlich verkehrte und wo er auch seine ersten Darfgeschichten varlas. Eine Tochter des Hauses wurde die Gattin Moleschotts, eine Enkelin ist die Gattin des bekannten Literarhistarikers Praf. Ernst Schmidt.

die Unterstützungspflicht für die Seinen in Nordstetten oblag, und manche seelische Trübung der zweiten Ehe drückte zeitweise auf seine Gemütsverfassung, in der die angeborene Heiterkeit, der unverwüstliche Kindersinn und das goldene Herz des echten Sanguinikers doch schließlich immer wieder den Sieg behielt. Neben den literarischen Ehren, die ihm zufielen, verschönten unzählige Freundschaften und Beziehungen zu den besten Männern seiner Zeit den Lebensweg des Dichters, dessen mitteilungsfrohe, gesellige, freundschaftsbedürftige Natur ihm leicht die Sympathie erwarb, die er als Lebenselement gebrauchte. Nicht zuletzt waren es eine Anzahl deutscher Fürsten und Fürstinnen, deren Zuneigung Auerbach erwarb, ohne sie gesucht zu haben: der Prinz und die Prinzessin von Preußen (das nachmalige Kaiserpaar), der Kronprinz und die Kronprinzessin, der kunstsinnige Großherzog Karl Alexander von Weimar, Herzog Ernst von Koburg, Gustav Freytags Freund und Gönner, die Königin von Württemberg und ganz besonders, wie man weiß, der jüngst verstorbene Großherzog Friedrich von Baden und seine für alles Schöne lebhaft interessierte Gemahlin.

Solche Ehrungen von hoher Seite taten Auerbach wohl, ohne ihn im geringsten je zum Streber werden zu lassen, doppelt wohl, weil er die Auszeichnung als Angehöriger eines lang unterdrückten und rechtlos gewesenen Volksteiles doppelt empfand. Wohl durfte er glauben, durch seine Lebensführung, sein Schaffen, seine Persönlichkeit und den ganzen reichen Schatz an Liebe und Freundschaft, den er eingesammelt hatte, den Beweis und das lebendige Beispiel dafür gegeben zu haben, daß man gleichzeitig ein guter Jude und ein von Herzen national empfindender Deutscher sein könne. Um so mehr mußte den Alternden die Wahrnehmung erregen, daß eine neue Saat des Hasses gegen seine Glaubensgenossen im Aufkeimen begriffen sei. Die Gründung des Deutschen Reichs hatte keiner mit größerem Herzensjubel begrüßt als Auerbach, der schon im frühesten Vormärz die richtige Erkenntnis von Preußens führender Mission gewonnen und stets überzeugungstreu vertreten hatte. Wie der Kronprinz Gustav Freytag, so berief ihn der Großherzog von Baden während des Feldzugs ins Hauptquartier, von wo er eine Anzahl Briefe an die Augsburger „Allgemeine Zeitung" schrieb. Doch hielt es ihn nur wenige Wochen im Felde, dann trat er die Heimreise an, mit der echt Auerbach'schen humoristischen Begründung einem befreundeten Karlsruher Redakteur gegenüber: „Wisset Se, i baß ebe net doher, so a kleiner Jud ander dene mächtig große Offizier, ond geschtern . . . geschtern Abends bin i mit 'em Graßherzag 'nausg'fahra ond da heut se en Dode an mer vorbeitrage, ond dees kann i amol net verbuza."

Und nun wurde dem menschenfreundlichen und vaterlandstreuen Manne die Freude am neu erstandenen, lang ersehnten Reiche durch die ganze Häßlichkeit der antisemitischen Bewegung getrübt und zuletzt fast verbittert, denn seine letzten Lebensjahre standen ganz unter diesem schmerzlichen Eindruck. Er selbst hatte seit Jahrzehnten nur einmal im Jahre 1868 Anlaß gehabt, öffentlich für seine Glaubensgenossen einzutreten: die Not und Verfolgung der rumänischen Juden erregten damals seinen Zorn derart, daß er mit Moses Montefiore selbst nach Bukarest reisen wollte. Im Uebereifer beging er dabei die Unbedachtsamkeit, einen langen Brief des Fürsten von Hohenzollern, König Karols Vater, in dem dieser auf Auerbachs Klagen mit eingehenden privaten Darlegungen geantwortet hatte, in der „Neuen freien Presse" zu veröffentlichen, was zu diplomatischen Erörterungen in der offiziösen Presse führte: doch trug der Fürst dem von ihm hochgeschätzten Dichter die ihm bereitete Unbequemlichkeit nicht nach und wußte dessen aufrichtige Bestürzung rasch zu beruhigen. Im folgenden Jahre 1869 war es Richard Wagners Kampfschrift „Das Judentum in der Musik", die Auerbach erregte, zumal darin auf ihn, der in Dresden freundschaftlich mit Wagner verkehrt und von diesem 1860 aus Paris die Nibelungendichtung mit schmeichelhafter Widmung erhalten hatte, direkt Bezug genommen war. „Ein offenbar hoch begabter", hieß es in Wagners Schrift, „wirklich geist- und talentvoller Schriftsteller jüdischer Abkunft, welcher in das eigentümlichste deutsche Volksleben wie eingewachsen erscheint und mit dem ich längere Zeit auch über den Punkt des Judentums mannigfach verkehrte, lernte späterhin meine Dichtungen „Der Ring des Nibelungen" und „Tristan und Isolde" kennen; er sprach sich darüber mit solch anerkennender Wärme und solch deutlichem Verständnis aus, daß die Aufforderung meiner Freunde, zu weichen er gesprochen hatte, wohl nahe lag, seine Ansicht über diese Gedichte, welche von unseren literarischen Kreisen so auffallend ignoriert wurden, auch öffentlich darzulegen. Dies war ihm unmöglich." Auerbach, dem diese Broschüre sehr nahe ging, beabsichtigte eine öffentliche Entgegnung, doch kam es dazu nicht; dagegen trat er dann 1875 in einem offenen Briefe an den ihm befreundeten großen Wiener Chirurgen Theodor Billrath (in der „Gegenwart") gegen dessen Schrift „über das Lehren und Lernen an den medizinischen Fakultäten" auf, die ihm Billroth arglos selber zugeschickt hatte. Billroth hatte u. a. darin gesagt, trotz aller persönlichen Sympathien sei es ihm klar, daß er die Kluft zwischen rein deutschem und rein jüdischem Blut so tief empfinde, „wie von einem Teutonen die Kluft zwischen ihm und einem Phönizier empfunden werden mag". Auerbach, der noch ganz kurz vorher in Aussee bei Billroth als dessen Gast einen heiteren Tag verlebt hatte, sparte in seiner Antwort die Schärfe nicht:

„ . . . Glauben Sie, es ist kein Martyrium, noch heute einem Manne Ihres Rufes erklären zu müssen: wir sind nicht zufällig deutschredende, zufällig in Deutschland erzogene Juden, wir empfinden vollkommen als Deutsche? Sie sagen: den Juden fehlt die gesamte mittelalterliche Romantik. Welchen Anteil an der Romantik haben denn die Bauern, die bis zu Anfang des Jahrhunderts Leibeigene waren? Sie verbannen uns ins Exil der Fremdheit und wollen nicht wissen, daß die Geschichte des Judentums zumal in Deutschland alle Phasen der deutschen Kulturentwicklung mit durchgemacht hat. Die Juden waren von germanischer Bildung erfüllt, bevor Ihre Landesgenossen, die Slaven und Wenden, germanisiert wurden."

Wenn einer, so war Auerbach so zu sprechen berechtigt, denn niemand war weniger einseitig für alles Jüdische eingenommen, niemand weniger blind für die häßlichen und üblen Erscheinungen, die auch auf jüdischer Seite zu finden waren. Er wollte absolut keine Bevorzugung für die Juden, stellte die höchsten Ansprüche an ihre Lebensführung und verlangte, daß sie ihre Pflichten mit Bescheidenheit und Würde erfüllten. „In Briefen an Salomon Marx", berichtet Betteiheim, „wetterte er gegen die ‚Freßbäuche der Börse', gegen die überputzten Modejüdinnen, gegen den ‚Witzschnaps' heineſierender Feuilletonisten . . . So wenig man, um ein guter Deutscher zu sein, aufhören muß, sich als Schwabe oder Pommer zu fühlen, dachte er jemals daran, seiner Abkunft von Landjuden sich zu schämen, deren Vorfahren auf deutschem Boden länger domestiziert waren, als unzählige zu vollen Preußen erwachsene Slaven und Franzosen. Den Kriegsdienst hatte er vor allem als besonderen Segen, gemeinsam vergossenes Blut als besten Kitt des Bundes aller Deutschen angesehen. Daß gerade die Siege des Jahres 1870, die Neuaufrichtung des Reiches, die Einigung von Nord und Süd eine Steigerung des germanischen Stammesgefühls, eine Verdichtung des alten Judenhasses zur Folge haben könnte, ahnte er so wenig, wie andere, in politischer Hinsicht ihm weit überlegene Männer, Bamberger und Lasker."

Desto weniger täuschte er sich alsbald über die Bedeutung der Bewegung, sobald die ersten Anzeichen in die Erscheinung traten. So wenig, daß er gleich zu Beginn in den Klageruf ausbrechen konnte, sein Leben sei verloren

sein ganzes Wirken eitel und vergeblich. Aeußere Ehrungen, wie die Ernennung zum Ritter des hohen Maximiliansordens durch König Ludwig II. konnten den tiefen Gram über die judenfeindliche Bewegung nicht lindern, denn es war ja nicht seine allgemeine verehrte und mit Rücksicht behandelte Person, um die er litt, sondern die Sache, die Sache der Gerechtigkeit und Menschenliebe. 1879 sah er sich durch einen russischen Schandprozeß veranlaßt, in der „Gegenwart" gegen das Ritualmord-Märchen aufzutreten. Im November 1880 wohnte er tief erregt der zweitägigen Judendebatte im Deutschen Reichstag auf der Tribüne bei, deren Verlauf ihm den Schmerzensruf erpreßte: „Vergebens gelebt und gearbeitet!" Jede Gelegenheit, die ihn mit Fürstlichkeiten zusammenführte, mit der Kaiser'n, dem kronprinzlichen Paar, dem Großherzog von Baden, der ihn in Berlin und St. Moritz mehrfach aufsuchte, benutzte er, seinem Kummer Ausdruck zu geben, und die letzten Zeilen, die er drucken ließ, waren ein aus St. Moritz am 7. August 1881 an Döllinger gerichteter Dankbrief für dessen Vortrag in der königl. bayrischen Akademie über die Geschichte der Juden. „Sie haben denen", schrieb er darin, „die das Wort von der Religion der Liebe zu lügnerischer Phrase mißbrauchten, Sie haben denen, die den Schaden nicht beachtend, welchen die deutsche Volksseele erleidet, in leichtfertiger Frivolität den Fanatismus gewähren ließen und die Judenhetze als einen belebenden Sport betrachteten, sie haben ihnen allen den Frevelmut ihres Tuns vor Augen gestellt." Seine ohnehin leidende Gesundheit wurde durch diese seelischen Erschütterungen noch stärker und rascher mitgenommen, wenn es auch übertrieben war, darin allein die Ursache seines Todes zu sehen, wie von mancher Seite behauptet wurde.

„Wer nahezu vierzig Jahre," sagt Bettelheim in seiner gründlichen, Licht und Schatten gerecht verteilenden, von jeder Ueberwertung freien Biographie, „niemals mit unedlen Mitteln, immer von edlen Absichten für Volk und Vaterland geleitet, solche Bedeutung behauptet hat, ist aus der Geschichte deutschen Lebens nicht mehr wegzudenken." Das gilt und wird noch lange gelten, wenn von Auerbachs sämtlichen Schriften vielleicht nur mehr ein paar seiner besten Dorfgeschichten lebendig sind. Denn über schriftstellerische Werke geht allmählich die Zeit hinweg, aber unveraltet und immer liebenswert bleibt die menschliche Erscheinung Berthold Auerbachs, des gesinnungstapferen, gemütreichen und wahrhaft guten Mannes und Volksfreundes, dem Theodor Fontanes Worte aufs Grab hätten gesetzt werden dürfen:

„Der ist in tiefster Seele treu,
Der die Heimat so liebt, wie Du!"

Die Judenfrage und ihre Lösungen.

Die Nervosität ist das wichtigste Merkmal unserer Zeit und sie zeigt sich auch auf geistigem Gebiete — ja, hier vielleicht am meisten. Es ist charakteristisch für den Nervösen, daß er plötzlich, durch einen Griff von seiner Krankheit befreit sein möchte, daß er nicht einsieht, daß hier nur Geduld und Energie, Selbstbeherrschung und Ruhe allein helfen können. Es will uns scheinen, daß auch die moderne Sucht, alle Probleme des sozialen und politischen Lebens plötzlich und gewaltsam zu lösen, dieser Quelle entspringt und daß auch hier die nervöse Gereiztheit mitspielt. Auch der Pessimismus unserer Tage, der eine Begleiterscheinung aller Ueberkultur ist, wirkt hier sehr mit. Man hat kein Zutrauen mehr zu der natürlichen Entwickelung, man glaubt nicht mehr an den Fortschritt der Kultur, und so fängt man an, auf eigene Faust zu experimentieren und gewaltsame Lösungen zu suchen. Daß man dabei zu allen möglichen Extremen gelangt, ist ja begreiflich.

An keinem Problem aber ist in den letzten Jahren soviel herumkuriert worden, wie an der Judenfrage. Jeder versuchte daran seinen Witz und jeder kam zu anderen Konsequenzen, nur daß das Resultat meistens praktisch wertlos blieb. Wehe dem Patienten, der zum Versuchskaninchen der Medizin gemacht wird! Tatsächlich ist diese Frage durch all diese Versuche von berufener und unberufener Seite nicht nur nicht gelöst worden, sondern es ist nicht einmal eine Klärung der Meinungen eingetreten, ja häufig ist durch diese Lösungen nur noch eine größere Verwirrung entstanden. Das liegt nicht allein an der unzureichenden Kraft der Löser, sondern auch an der Natur des Problems. Es ist übrigens bei allen großen Fragen der Menschheit nicht anders. Die Natur mag sie der Lösung näher führen, die Entwickelung mag wesentlich mitwirken, sie zu mildern oder gar zum Ziele zu führen, — der einzelne Mensch aber ist machtlos.

Gibt es überhaupt eine Judenfrage als politische oder soziale Frage in Deutschland? Wir müssen diese Frage entschieden verneinen. Gewiß, psychologisch ist der Jude noch immer ein interessantes Rätsel und für den Dichter wie für den Forscher ein anziehendes Gebiet des Studiums. Für den Politiker aber gibt es in Deutschland im 20. Jahrhundert keine Judenfrage, weil sie politisch durch die Verfassung längst gelöst und — was noch mehr sagen will — von der Entwickelung längst beantwortet worden ist. Die Sache liegt hier so klar, daß man gar nicht begreift, wie vernünftige Menschen sich darüber den Kopf zerbrechen können. Die Juden Deutschlands haben auf Grund gleicher Pflichten gleiche Bürgerrechte bekommen und sie sind in allen Dingen ein homogener Teil der deutschen Bevölkerung geworden. Der ehrliche Politiker hat hier nur die eine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die verbürgte Gleichberechtigung auch praktisch durchgeführt wird, daß die Verfassung keine Lüge, keine hohle Phrase bleibt. Psychologische und ethnologische Probleme sind keine Gegenstände der Politik und des öffentlichen Lebens. Ob Differenzen und Nuancen in der Art der Empfindung und des Gefühllebens bei den Juden vorhanden sind, damit hat sich die Politik nicht zu befassen. Es ist nie das Ziel einer klugen Politik gewesen, die Menschen innerlich zu uniformieren. Wo das versucht worden ist, da gab es nur klägliche Resultate. Der deutsche Jude ist in dem Sinne assimiliert, daß er freudigen Anteil an der deutschen Kultur nimmt, daß er die deutschen Sitten angenommen hat. Das genügt und muß genügen. Denn der Politiker kann nur mit konkreten Dingen rechnen. Kein Mensch mit gesunden Sinnen glaubt ernstlich daran, daß die deutschen Juden jemals freiwillig aus Deutschland auswandern werden oder gar, daß sie gesetzlich dazu gezwungen werden könnten. Sie sind und bleiben ein Teil der deutschen Bevölkerung und diesem Umstand muß politisch und sozial Rechnung getragen werden. Hat man dieses erkannt, dann muß man der Entwickelung den Weg bahnen, daß die Bürger immer mehr einander verstehen und achten lernen, daß sie freudigen Herzens gemeinsam im Dienste des Vaterlandes arbeiten können. Politisch und sozial muß dahin gewirkt werden, daß die Menschen einander näher rücken, daß sie das, was sie verbindet, kräftiger betonen als das, was sie trennt. Da müssen alle atavistischen Gefühle verstummen und alle morschen Traditionen und ungesunden Vorurteile in den Hintergrund treten. Wenn die Politik das Wohl aller Bürger bedeutet und wenn ferner die Politik sich nicht in uferlose Phantastereien verlieren soll, dann gibt es für den Politiker gar keinen andern Standpunkt. Daher muß der freiheitlich denkende Politiker den Antisemitismus aus seiner innersten Weltanschauung heraus bekämpfen, daher muß er die Rechte der Juden als gleiche Bürger politisch verteidigen.

Daß in verschiedenen Schichten des Volkes eine Abneigung, ja oft ein Haß gegen die Juden lebt, das wollen

wir gewiß nicht bestreiten. Diese Abneigung mag als Rudiment einer finstern Zeit latent in manchen Herzen schlummern, es ist aber gar kein Zweifel, daß sie durch die antisemitische Hetze künstlich gesteigert worden ist. Hier kann nur die Kultur heilsam wirken. Eine gesunde **Volksaufklärung** muß einsetzen, um dem Volke zu zeigen, daß der Jude in erster Reihe Mensch und Deutscher, wie er selbst, und dann erst Jude ist, und daß der christliche Bürger mit dem jüdischen gar vieles gemein hat. Es ist auch gar kein Zweifel, daß der Judenhaß bei Vielen mit religiösem Fanatismus; mit sozialer Verdrossenheit und mit Neid und Mißgunst verbunden ist. Ringen sich nun die Religionen zu der von ihnen angestrebten ethischen Höhe empor, nimmt die Kultur ihren gesunden Lauf und veredelt die Menschen und wir gelangen zu einer gerechten sozialen Ordnung, — dann wird zweifellos auch der Judenhaß schwinden. Das ist natürlich ein Weg, der nur langsam führt. aber es ist der einzige überhaupt beschreitbare, der einzige, auf dem ein hohes Ziel winkt. Große Aufgaben erwachsen hier der Humanität und der Kultur, aber sie verheißen Segen, wenn auch die Früchte erst spät kommen.

So sieht die Judenfrage für den aus, der nüchtern über die Erscheinungen des öffentlichen Lebens nachdenkt. Aber wir leben eben in einer Zeit der Nervosität, wo das nüchterne Denken als philisterhaft, als seicht verschrien ist. Man muß über alles klügeln, geistreich witzeln, um zu dem Resultat zu gelangen, daß, wie der Berliner sagt, „nichts gewisses weiß man nicht“. Erst dann gilt man als tiefer Denker und moderner Mensch. So werden die einfachsten Dinge zu gewaltigen Problemen aufgebauscht und man verwirrt die Köpfe, daß sie gar keinen Ausweg mehr finden. Diese gewaltsamen Lösungen der Judenfrage bilden die traurigsten Erscheinungen unserer Zeit, denn sie zeigen uns, wie sehr wir die Bahn der gesunden Vernunft und der natürlichen Entwickelung verlassen haben. Innerhalb der Judenheit selber herrscht heute eine heillose Verwirrung, wie sie die jüdische Geschichte der letzten 50 Jahre kaum kennt. Die einen möchten auf eigene Faust Geschichte machen und, da ihnen die völlige Assimilation nicht schnell genug vor sich geht, stürzen sie sich in den Taufbecken und nehmen ohne innere Ueberzeugung für sich oder wenigstens für ihre Kinder das Christentum an, um nur ihre Abstammung vergessen zu machen. Die andern verzweifeln ganz an der Zukunft, flüchten sich in die Reihen des Zionismus und träumen von einem Judenstaat in Palästina. Das sind die Früchte dieser Nervosität, die wohl bei den Juden noch mehr als bei den anderen Bürgern grassiert. Aber auch in christlichen Kreisen scheint man die Judenfrage als brennende Frage der Gegenwart zu betrachten und man debattiert gern darüber, ohne zu einem nennenswerten Resultat zu gelangen.

In diesem Sinne ist die Rundfrage über die Judenfrage von Dr. Julius **Moses** ein Zeichen unserer Zeit. Das Buch zeigt uns wohl nicht den gegenwärtigen Stand der Judenfrage und gibt uns keinen Ausblick in die Zukunft. Es bringt uns keine Klärung der Meinungen und kein greifbares Ergebnis, aber — es zeigt uns, wie weit die Begriffsverwirrung in unserer Zeit gediehen ist. Ueber die Dichter und Schriftsteller, die in dieser merkwürdigen bunten Sammlung zu Wort gekommen sind, ist in den „Mitteilungen“ bereits gesprochen worden. Hier wollen wir uns mit den **Politikern** und den Männern der **Wissenschaft**, die in diesem Buche ihre Ansicht vertreten, befassen. Gewaltig sind auch auf diesem Gebiete die Namen nicht. Nur wenige ragen aus dem Dutzendmaß hervor, viele kennt man kaum, wenn man nicht den „Kürschner“ nachschlägt. Indessen können gewiß auch Männer ohne klangvolle Namen große Gedanken und wichtige Meinungen äußern. Leider aber sind hier die gesunden Ansichten in der Minorität und nach neuen Gedanken sucht man vergebens. Hat man das Buch zu Ende gelesen, dann weiß man wohl, wie es in manchen Köpfen aussieht, nicht aber wie es mit der „Judenfrage“ in Gegenwart und Zukunft steht.

Das liegt an der ganzen Natur des Problems und an der unglücklichen Fragestellung. Vor allem ist die Judenfrage des Ostens etwas, was den Politiker in Deutschland, wenn er nicht Jude ist, gar nicht interessiert. Dann muß auch der ernste Politiker selbst für Deutschland eine strikte Lösung der Judenfrage und eine ernste Beantwortung der aufgeworfenen Probleme ablehnen. Die damit verbundene Einleitung wirkt sicherlich nicht dazu, die Beantwortung der Frage zu erleichtern. Die darin geäußerten Gedanken sind sehr anfechtbar und vor allem scheint der Fragesteller selbst keine geschlossene konsequente Weltanschauung zu haben. Selbst die tüchtigsten Politiker würden wohl zu keiner präzisen Antwort gelangen können. Es wäre gewiß interessant, die Ansichten von hervorragenden Parteiführern zu hören, aber — eine „Lösung“ der Judenfrage hätten wahrscheinlich auch sie nicht bieten können. Es hat wohl einen Sinn, die Ansichten praktischer Politiker über eine streng umgrenzte Frage zu hören, aber nicht ihre Hypothesen über so verwickelte Probleme zu vernehmen. Wir wollen offen gestehen, auch auf die Gefahr hin, als Fachsimpler angesehen zu werden, uns wäre eine einfache Frage: „Wie denken Sie über die Berechtigung und die Aussichten der antisemitischen Bestrebungen?“ viel wichtiger und interessanter. Wir glauben auch, daß dabei wenigstens eine Demonstration bedeutender Männer gegen die Politik der niedrigen Instinkte herausgekommen wäre. Das Buch von Dr. Moses aber ist, das wiederholen wir, für den Juden wie für den Politiker ohne großen Wert.

Das Resultat des Buches ist keine Klärung der Frage, sondern eine Steigerung der Verwirrung. Eine Meinung widerspricht hier der anderen; ja, nicht einmal über die Natur der Judenfrage findet man hier zwei Aussprüche, die einander kongruent sind. Es wäre eine interessante Aufgabe, all die Widersprüche, die sich hier befinden, zusammenzustellen. Es wäre sogar von Nutzen, aus diesen Widersprüchen zu beweisen, daß es mit der Judenfrage ungefähr so steht wie mit der Frauenfrage. Man sucht gewöhnlich in der Frau zuerst das Weib und nicht den Menschen und gelangt zu den seltsamsten Ansichten. Ebenso muß man, solange man in dem Juden zuerst den Juden erblickt, zu den unmöglichsten Anschauungen gelangen. So wiederholt sich in vielen Gutachten der Rat, in corpore das Christentum anzunehmen. Sieht man denn nicht ein, daß die Taufe ein religiöser Akt ist, dem eine religiöse Erkenntnis vorangehen muß? Und ist schließlich nicht die Religion die privateste, intimste Angelegenheit eines Menschen? Sollen hier, im Reiche des Gemüts, politische Erwägungen den Ausschlag geben? Einige geistreiche Herren gehen noch weiter und verlangen eine zwangsweise Taufe für alle Juden, die in Deutschland bleiben wollen, während die anderen das Land verlassen sollen. Manche schweben in ihren Ansichten in der Luft und pendeln zwischen den beiden Polen **Zionismus** und **Assimilation**. Kann man über solche Ansichten ernstlich diskutieren? Wäre es nicht besser, daß die verehrten Herren ihre Meinungen für sich behielten? Und nun gar ausgesprochene Antisemiten, dazu noch von sehr mäßigem Geist, über die Judenfrage zu befragen, — das ist direkt komisch. Wer die Meinungen **Bartels'** und **Paul Försters** kennen lernen will, der kann sie aus ihren Artikeln in den antisemitischen Zeitungen studieren. Wir müssen gestehen, daß eine solche „Objektivität“ uns keinen besonderen Respekt abzugewinnen vermag. Es scheint uns auch kein glücklicher Gedanke zu sein, die Meinungen von Juden und Christen über die Judenfrage mit einander zu vermengen. Beide Gebiete sind ihrer ganzen Natur nach streng von einander zu trennen. Es ist klar, daß der Jude,

der die Schmerzen des Antisemitismus am eigenen Leibe erlebt hat, sich nicht zu einer ganz objektiven kühlen Ansicht hinaufschwingen kann. Hier zittert meistens die Erregung nach und oft ist sie von einer ungesunden Empfindelei begleitet.

Am meisten gelungen scheinen uns noch diejenigen Meinungen zu sein, die, ohne zu geistreicheln, schlicht und ernst das Problem erfassen und vom Standpunkte der Kultur und der Humanität zu erörtern suchen. Unter den jüdischen Stimmen dürfte die des Dr. Paul Nathan die bedeutendste sein. Man merkt hier in jeder Zeile, daß man es mit einem reifen Politiker und einem praktischen Arbeiter auf dem Gebiete des sozialen Lebens zu tun hat. Nathan verwirft die Taufe, so weit sie nicht der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung ist, als Mittel zur Lösung der Judenfrage, weil sie ungerecht und — was noch mehr sagen will — unmöglich ist. Er hält das Ziel des Zionismus für unrealisierbar und verweist als einzigen Ausweg auf die kulturelle und ethische Entwickelung der Menschheit. Klar und energisch tritt er der übertriebenen pessimistischen Auffassung von der Ewigkeit des Antisemitismus entgegen und bekämpft sie durch geschichtliche und soziologische Gründe. Er weist nach, daß ein Fortschritt auf diesem Gebiete zu verzeichnen ist, wenn er sich auch nicht immer auf gerader Linie bewegt, und er weist ferner nach, daß das humane Kulturideal das staatliche Prinzip der Zukunft werden muß. Er schreibt:

„Wenn man sagt, solche Entwickelung bedeute einen Zielpunkt der Kultur, so sagt man sehr wenig; denn die Zielpunkte der Kultur wähnen die verschiedenen Menschen bekanntlich in sehr verschiedener Richtung zu erblicken. Was dem einen Ideal, ist dem andern Teufelsfratze. Auf die Durchsetzung dieses humanen Kulturideals könnte man darum noch nicht vertrauen, weil es viele Menschen für schön und edel erachten; es setzt sich aber durch, weil jene Staaten, die sich von ihm abwenden, dem Untergang geweiht sind. Das humane Kulturideal erobert sich die Welt, weil es in unseren Tagen zugleich die realistische Nützlichkeit und die realistische Staatsnotwendigkeit darstellt. . . . Das Ziel kann nicht sein, jede Gegensätzlichkeit abzuschleifen und zu einer charakterlosen Uniformität zu gelangen. Ist dem so, dann bleibt gewiß damit zu rechnen, daß das Aufeinanderstoßen von Eigenart und Eigenart im Staatsleben und im Privatleben auch weiter Reibungen erzeugen wird. Auch zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Orthodoxie und Atheismus, zwischen den sozialen Schichten, zwischen verschiedenen Nationalitäten innerhalb derselben Staatsgrenzen und über die Staatsgrenzen hinüber — vom Judentum ganz abgesehen — herrscht nicht eitel Harmonie, diese Reibungen an sich sind kein Unglück; sie sind sogar die Voraussetzungen jeder gesunden Fortentwicklung. Nur darauf kommt es an, daß solche Reibungen sich in Formen vollziehen, die die allgemeine Kultur und die nationale Kultur und Größe der einzelnen Staaten fördern, statt daß das Austragen der Gegensätze den Verfall einleitet und die Barbarei aller steigert."

Darin wird ihm jeder, der sich in der Verwirrung der Zeit noch einen idealen Sinn bewahrt hat, Recht geben. Eine Negation des Fortschrittes bedeutet nichts geringeres als eine Bankerotterklärung der Kultur. Auch darin wird man Nathan Recht geben müssen, daß er zwar kein schnelles Verschwinden, wohl aber eine stete Milderung der Reibungen zwischen den Ständen und Klassen und auch zwischen Juden und Christen erwartet. Von solchen nüchternen politischen Urteilen versprechen wir uns viel mehr, als von dem gesuchten oft krankhaft verzerrten Verzweiflungstönen unserer Weltschmerzler. Und auch unter den christlichen Stimmungen begrüßen wir diejenigen am freudigsten, die sich klar und offen gegen den Antisemitismus aussprechen. Wir nennen in erster Reihe Herrn Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Förster,*) der noch treu zum Glauben an die Humanität hält und sich von einer gesunden Volkserziehung viel verspricht. Er weist nach, daß die Vernachlässigung des Ideals der Gerechtigkeit und der Humanität überall Unheil anrichtet und daß namentlich die verwirrende Rassenlehre unsern Blick von den wichtigsten und heiligsten Aufgaben ablenkt. Er schließt:

„So lange in dieser Richtung eine falsche schädliche Nachsicht und Duldung gegen die Unduldsamkeiten und Gewaltsamkeiten geübt wird, welche in den großen Gemeinschaftsbewegungen und Einrichtungen in jener Richtung noch mehr als je an der Tagesordnung sind, wird es auch eine Judenfrage neben zahlreichen andern ebenso bedrängenden sittlichen Fragen und Nöten geben."

Diese Worte eines ergrauten hervorragenden Forschers auf dem Gebiete der exakten Wissenschaft, der nie den Sinn für die höchsten Ideale der Menschheit verliert und das Wissen nur als Mittel zur Veredelung betrachtet, wirken wohltuend in dem modernen Wirrsal, wo man jeden Tag neuen Idealen nachjagt und nichts erreicht.

Auch die Worte des verdienstvollen gelehrten Orientalisten Prof. Dr. August Wünsche berühren in ihrer Einfachheit und Klarheit sehr sympathisch, denn sie bilden das Todesurteil des „wissenschaftlichen Antisemitismus". Er schreibt:

„Nur hinsichtlich des Antisemitismus, soweit derselbe religiös sittlicher Natur ist, gestatte ich mir auszusprechen, daß all die Dinge, die von den Antisemiten gewöhnlich ins Feld geführt werden, auf völliger Unwahrheit beruhen und dreist erlogen sind. . . . Die jüdischen Moralvorschriften sind rein und stehen hinter den christlichen nicht zurück, sie dürfen daher auch nicht minder bewertet werden."

Aber freilich, solche Worte nennt man heute auf beiden Seiten, im Lager der antisemitischen Theoretiker und in dem der jüdischen Trübsalbläser, banal und veraltet. Geistreich ist es, sich im Kreise zu drehen, alles zu verwerfen und doch keinen Ausweg zu finden. Wissenschaftlich objektiv ist, dem Antisemitismus entgegenzukommen und den Judenhaß als Naturgesetz zu proklamieren. Wir wiederholen es: in dieser Beziehung ist das Buch von Dr. Moses für den krankhaften Pessimismus unserer Zeit sehr charakteristisch.

Der nüchterne Mensch, der eine triviale Wahrheit einem geistreichen Sophismus vorzieht, legt das Buch ohne jeden Nutzen aus der Hand. Er wird theoretisch nicht klarer und weiß noch weniger, was praktisch mit all den Meinungen anzufangen wäre. Er sieht daraus nur, welche traurigen Früchte der Antisemitismus gezeitigt hat. Denn es gar kein Zweifel, daß diese babylonische Verwirrung auf Konto der antisemitischen Wühlarbeit zu setzen ist. Gewiß leiden die Juden in Deutschland seelisch unter den verschiedenen Formen des Antisemitismus, aber — durch Lösungen, die problematischer sind als das Problem selbst, wird die Sache wahrlich nicht besser. Der Antisemitismus soll und muß mit den Mitteln der Gerechtigkeit und der Kultur bekämpft werden, mehr noch im Interesse Deutschlands als in dem der Judenheit. Aber — eine brennende Judenfrage gibt es in Deutschland nicht und es liegt gar kein Grund vor, so trübe in die Zukunft zu schauen. Der Fortschritt der Zeiten läßt sich auch hier nicht verleugnen und zwischen dem Mittelalter und der Gegenwart ist gewiß ein großer Unterschied. Es ist also mit Wahrscheinlichkeit zu hoffen, daß wir weitere Fortschritte sittlicher Natur zu erwarten haben. Arbeiten und nicht verzweifeln! Dieses Wort Carlyles muß auch unsere Parole sein. Tun wir unsere Pflicht und bekämpfen wir politisch und kulturell jede Reaktion, jede Lüge und jede Ungerechtigkeit, dann wird es allmählig in Deutschland besser werden. Bahnen wir der natürlichen Entwickelung einen Weg und überlassen wir die endgiltige Lösung aller großen menschlichen Fragen der Zukunft!

Antisemitische Zitierkunst.

„Und wer's nie gekonnt der stehle
Weinend sich aus diesem Bund."

So heißt es in Schillers Gedicht „An die Freude". Aus diesen Versen läßt sich unter Anwendung einer gewissen

*) Wir haben seine Auslassungen bereits in Nr. 35 der „Mitteilungen" vollinhaltlich wiedergegeben.

Zitiermethode, die man nachgerade wohl als die „antisemitische" Zitiermethode bezeichnen darf, mit Leichtigkeit und Sicherheit nachweisen, daß Schiller den Diebstahl gutheißt und und sogar empfiehlt; man braucht nämlich nur den ersten Vers für sich allein zu lesen und den zweiten fortzulassen. Das ist das Rätsels Lösung!

Diese Methode befolgte jüngst auch der Abg. Raab im Deutschen Reichstage.

In der Sitzung vom 7. Dezember 1907 hat Herr Raab nämlich gesagt:

„Ich will nur eine amtlich feststehende Ziffer bekannt geben, die uns einen Einblick eröffnet über die Tätigkeit des Judentums im Geschäftsleben. Ich habe hier das Original der Zeitung, die herausgegeben wird von dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Hier sind Angaben über die deutsche Kriminalstatistik enthalten und zwar von einem anscheinend jüdischen Gelehrten, einem Professor Paul Nathan, zusammengestellt. Dieser stellt die Delikte, soweit sie Juden und soweit sie Deutsche betreffen, zu einander in Vergleich. Und was stellt Herr Nathan in dem Blatte des zu unserer Bekämpfung gegründeten Vereins fest? Betrügerischer Bankerott kam vor in 1714 Fällen, nach ihrer Kopfzahl durften sich unter den Bestraften 20 Juden befinden, statt der 20 waren es aber 191.

(Hört! hört! rechts.)

Weiter: wegen einfachen Bankrotts durften nach ihrer Kopfzahl 69 Juden bestraft werden — in dem hier behandelten Zeitraum von 11 Jahren — es wurden aber statt der 69 nicht weniger als 1116 Juden bestraft!

(Hört! hört! rechts.)

Ich könnte noch andere Zahlen geben, die das Erwerbsleben betreffen, ich will Sie aber damit heute nicht aufhalten. Das aber möchte ich als meine Ueberzeugung aussprechen; wir werden auf dem Gebiet des Mittelstandsschutzes, namentlich mit der technischen Gestaltung der Schutzgesetze nicht viel erreichen, wenn wir nicht von vornherein mit der Neigung vieler jüdischer Elemente rechnen, geschickt jedes Gesetz zu umgehen. Ohne eine klare Berücksichtigung des jüdischen Wesens werden wir an der Oberfläche der Mittelstandsfragen herumkurieren und kaum etwas Gründliches zustande bringen."

Offenbar zitiert Herr Raab hier aus der im Jahre 1896 erschienenen und von Dr. Paul Nathan verfaßten Schrift „Die Kriminalität der Juden in Deutschland". Und Herr Raab hat als Mitglied des Deutschen Reichstags selbstverständlich richtig zittert. Denn die von ihm mitgeteilten Ziffern finden sich tatsächlich in der Nathan'schen Schrift; es findet sich darin aber noch mehr, nämlich das, was jeder verständige Mensch erwartet: die Erklärung für die Zahl der in den Jahre 1882—1892 vorgekommenen Verurteilungen von Juden wegen der Konkursdelikte. Dr. Nathan zeigt in einwandsfreier Weise, daß die hohe Zahl der Bestrafungen von Juden mit deren starker Beteiligung am Handel zusammenhängt — übrigens eine Tatsache, welche schon so oft, insbesondere auch in den „Mitteilungen", hervorgehoben und nachgewiesen und auch so natürlich ist, daß sie sogar Herr Raab und den „hört, hört" rufenden Mitgliedern der rechten Seite des Reichstags bekannt geworden sein könnte. Die diesbezüglichen Ausführungen Nathans nun hat Herr Raab dem Reichstage mitzuteilen — vergessen. Wenn dies auch recht bedauerlich ist — der Reichstag hätte doch gewiß gern die Erklärung für jene auffälligen Ziffern erfahren —, so wird Herr Raab mit seiner Vergeßlichkeit und mit seiner Zitiermethode im großen und ganzen nur offene Türen eingerannt haben. Wenigstens trauen wir der Mehrheit des Deutschen Reichstags mehr Urteilsfähigkeit zu, als Herr Raab dies zu tun scheint, und sind davon überzeugt, daß sie Raabs echt antisemitischen Versuch, die Schrift eines hervorragenden Juden gegen die Juden auszuspielen, als das erkannt hat, was er in Wirklichkeit ist. Aus diesem Grunde hat es auch kein anderes Mitglied des Hauses für nötig gehalten, das Zitierkunststück des Herrn Raab niedriger zu hängen.

Es ist übrigens merkwürdig, daß Herr Raab sich die — für ihn sicherlich nicht geringe Mühe genommen hat, seine Zahlen aus einem heute sowohl bezüglich der Ergebnisse als der statistischen Technik längst überholten Buche herauszusuchen. Hätte er aus neueren, leichter zugänglichen Quellen Belehrung schöpfen wollen, so wäre er vielleicht zu anderen Resultaten gelangt, die ihm aber wohl nicht so gut in den Kram gepaßt hätten. Ja, er hätte nur die Bände der offiziellen Kriminalstatistik aufzuschlagen brauchen; dann hätte er ohne jede Mühe gefunden, daß sich die Verurteilungen von Juden wegen betrügerischen Bankerotts von dem Jahrzehnt 1882—1891 bis zu dem Jahrzehnt 1892—1901 um 25% verringert haben und daß sie von 1902—1905 die absoluten Zahlen von 8 bis auf 0 gefallen sind, daß auch die Fälle des einfachen Bankerotts viel seltener geworden sind, nämlich von 1902—1905 um 43%, also beinahe um die Hälfte, sich vermindert haben, wobei nicht einmal die Zunahme der Bevölkerung berücksichtigt ist.

Wenn wir auch durchaus nicht den Ehrgeiz haben, Herrn Raab und Genossen zu belehren, so wollen wir doch im Interesse der Wahrheit die Ziffern der deutschen Reichsstatistik für die letzten Jahre unseren Lesern nicht vorenthalten.

Danach wurden Juden verurteilt:

1) wegen betrügerischen Bankerotts

1902 : 8
1903 : 5
1904 : 4
1905 : 0

2) wegen einfachen Bankerotts:

1902 : 158
1903 : 111
1904 : 88
1905 : 90

3) wegen anderer Konkursdelikte:

1902 : 1
1903 : 7
1904 : 3
1905 : 2

Der große Stratege Raab hat, als er sich anschickte, mit dem schweren Geschütz der Statistik vorzufahren, nicht nur seine Unwissenheit auf diesem Gebiete, sondern auch seine Unehrlichkeit bewiesen.

Theater und Judentum.

Unter dieser Aufschrift hatten wir uns im Leitartikel der Nr. 47 mit einem Beitrag der „Zeitfragen" beschäftigt. Die Redaktion dieses Wochenblattes, einer Beilage der „Deutschen Tageszeitung", hat ziemlich lange Zeit gebraucht, um in ihrer Nummer vom 15. Dezember zu einer Entgegnung auszuholen; dafür ist diese denn nun auch um so matter ausgefallen. Die „Zeitfragen" lehnen es — mit jenem besseren Teil der Tapferkeit, der sich publizistische Vorsicht nennt — „dankend ab", mit uns über ihre „Volksziele" zu streiten. Sie lehnen es ab, weil sie auf unseren Nachweis sachlicher Unrichtigkeiten oder Entstellungen in ihrem Artikel nichts zu erwidern wissen. Der einzige Punkt, zu dessen Erwähnung sie sich bequemen, ist der Passus unserer Auslassungen, in dem beiläufig dagegen protestiert wurde, daß man den katholischen Schweizer Frank Wedekind und seine Theaterstücke fortgesetzt auf das Konto des Judentums zu setzen beliebe. Die „Zeitfragen" beharren demgegenüber darauf, daß für Wedekinds „schamlose Sudeleien" das Judentum verantwortlich zu machen sei. Denn dieses selbst erkläre sich bei jeder Gelegenheit für ihn. Als Beweis dafür führt das Blatt triumphierend unsere Bemerkung an, daß wir keinerlei Neigung hätten, für Wedekind eine Lanze zu brechen, aber der Meinung seien, Unsittlichkeit oder Schmutzigkeit sei in seinen Werken nicht zu finden. „Mag sich", hatten wir geschrieben, „Wedekind bisweilen in der Wahl seiner Mittel bis zur Geschmacklosigkeit vergreifen, der Zweck und die Tendenz seiner Arbeiten sind im sittlichen Sinne bitter ernst gemeint". Dazu bemerken die „Zeitfragen":

„Geben wir einmal Herrn Frank Wedekind selbst das Wort zur Antwort! In der Zeitschrift „Morgen" vom 21. Juni 1907 hat er seinem neuesten Drama „Musik" ein Vorwort vorausgeschickt, in dem er schreibt:

In meinem Sitten-Gemälde habe ich darzustellen versucht, daß der Mann mit dem § 218 des Strafgesetzbuches (dem Verbote der Fruchtabtreibung) nicht etwa das entstandene Leben zu schützen sucht, sondern daß es ihm . . . lediglich darauf ankommt, dem heranwachsenden jungen Weibe die selbständige körperliche und geistige Entwickelung unmöglich zu machen und die Eingeweide des weiblichen Körpers als eine Domäne männlichen Unternehmungsgeistes straffrechtlich einzuhegen.

Wir versagen es uns aus Achtung vor dem Anstandsgefühle unserer Leserinnen, die logische Verschrobenheit dieser Darlegung zu beleuchten. Hier war es nur nötig, einmal dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus zu beweisen, mit welcher sittlichen Berechtigung wir den von ihm verteidigten Herrn Wedekind dem Judentume zuschieden! Wir müßten den letzten Rest gesunden Menschenverstandes, deutschen Herzensinstinktes und schlichter Selbstachtung verloren haben, wenn wir mit diesen Leuten über unsere deutschen Ideale uns unterhalten wollten!"

Also darum weil Herr Wedekind „logisch verschrobene" Behauptungen aufstellt und in einem Thesenstück verficht, glauben die „Zeitfragen" ihn dem Judentume „zuschieben" zu dürfen! Wir wollen dahin gestellt sein lassen, wo man in diesem Falle mit größerem Rechte von logischer Verschrobenheit reden müßte, und nur so viel bemerken: was Herr Wedekind im Vorwort zu seinem neuesten Stücke sagt, das erst in diesen letzten Wochen erschienen ist, kommt zunächst für das, was die „Zeitfragen" von seiner bisherigen Produktion behauptet hatten, überhaupt nicht in Frage, und es ist ein sehr mäßiges Taschenspielerkunststückchen, den Boden der Diskussion derart zu verschieben. Wir hatten ausdrücklich betont, daß wir für die Wedekindsche Muse keinerlei Sympathie hegten (das nennen die Zeitfragen „für Wedekind eintreten"), haben aber der Gerechtigkeit halber festgestellt, daß man dem Autor, wie immer er in seiner Paradoxie bisweilen über die Stränge schlage, eine unsittliche Tendenz nicht vorwerfen könne. Und dabei bleiben wir, und selbst das Zitat der „Zeitfragen", obwohl es in den Rahmen der ursprünglichen Polemik gar nicht hineingehört, kann daran nichts ändern. Wedekinds Standpunkt ist paradox, und die Bühne zum Kampfplatz für derartige Streitfragen zu machen, darf man aus ästhetischen und ethischen Gründen ablehnen, aber Unsittlichkeit in dem Sinne von Cochonnerie und Zoten kann darin nur ein böswilliger oder mit den Scheuklappen der Borniertheit behafteter Beurteiler finden. Wenn die „Zeitfragen" weiter nichts zum Beweise dafür, daß das Judentum „bei jeder Gelegenheit" für Wedekind eintrete, anführen können, als unser objektives Bestreben, einen vielleicht in gewissem Sinne amoralischen, aber keinesfalls unmoralischen Autor nicht oberflächlich nach dem famosen Schema des dolus eventualis abzutun, so ist es eben so schwach um ihre Argumentation bestellt, wie wir es vorausgesetzt hatten.

In Wahrheit hat Wedekind seine entschiedensten Verteidiger und Schildknappen gerade bei nichtjüdischen Kritikern und Schriftstellern gefunden. In Wahrheit sind fast alle Aufsätze, die in den letzten Jahren über Wedekind erschienen sind, von Nichtjuden verfaßt. Nichtjüdische Autoren, wie Max Halbe, O. J. Bierbaum, Kurt Martens u. a. m., sind öffentlich für Wedekind eingetreten, während etwa ein von antisemitischer Seite mit Vorliebe als „Halbjude" bezeichneter Dichter wie Paul Heyse vor Jahr und Tag in einem geharnischten Gedicht scharf gegen Wedekind zu Felde zog. Als die Zensurbehörde in Berlin den Kammerspielen „Frühlings Erwachen" verbot, war es der Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Erich Schmidt, der sich dafür einsetzte, daß die Aufführungserlaubnis erteilt wurde, und als in München die Wiederholung des Stückes verboten wurde, schrieb der dortige ebenso feinsinnige, als kerndeutsche Kritiker Josef Hofmiller in den „Süddeutschen Monatsheften" zornig: „Es gibt keine Posse, so dumm, so ordinär, so zotig, die in München nicht anstandslos (anstandslos in jedem Sinne) aufgeführt werden könnte. Eines der dichterisch bedeutendsten Werke der letzten zwanzig Jahre, ein mit glühendem Griffel riesengroß an die Wand hingeworfenes J'accuse, ein gerade durch die strenge Reinheit der Gesinnung hervorragendes Stück darf nur ein einziges Mal in geschlossenem Kreise einem geladenen Publikum aufgeführt werden!"

Genügt das, um zu zeigen, wie gewissenlos ins Blaue hinein gefaselt wird, wenn man dem eigenen Aerger oder Abscheu Wedekinds Stücken gegenüber an den als Sündenbock allezeit bequemen Judentum auszulassen sucht? Wir wünschen der Redaktion der „Zeitfragen" wenigstens so viel „gesunden Menschenverstand, deutschen Herzensinstinkt, und schlichte Selbstachtung", daß sie sich im stillen Kämmerlein eingesteht, wie gründlich sie sich verrannt hat. Es handelt sich dabei nicht um die Frage: für oder gegen Wedekind? sondern um die wichtigere: Lüge oder Wahrheit? Nur für diese letztere einzutreten, war der Beweggrund unserer Polemik.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die „Tägliche Rundschau" und Liebermann von Sonnenberg. In letzter Zeit richtete die „Tägliche Rundschau" heftige Angriffe gegen die Wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage wegen ihres angeblich ungenügenden Eintretens für den Ausbau der Flotte. Sie ist so weit gegangen, von den „Hauswurstereien" des Abg. Liebermann von Sonnenberg zu sprechen. Die „Staatsbürgerztg" und gesinnungsverwandte Blätter drücken ihre Mißbilligung darüber aus; eine solche Form des Angriffs richte sich von selbst und könne nicht ohne Folgen bleiben. Und die „Deutschsozialen Blätter" sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung einmütig die Angriffe gegen ihren Vorsitzenden (L. v. S.) auf das Schärfste verurteilt. „Offenbar, so fügt das Liebermannsche Blatt hinzu, „legt die „Tägliche Rundschau" auf ihre zahlreichen Leser in unseren Freundeskreisen keinen Wert mehr."

Nachdem der Organ des Salon-Antisemitismus so oft den Abg. Liebermann von Sonnenberg in allen Tonarten gepriesen und auch sonst mit den „reinen" Antisemiten gute Kameradschaft gehalten hat, kann es nicht Wunder nehmen, wenn man in diesen Kreisen über das Verhalten der „T. R." sich entrüstet.

Der arme Fritsch. Der Herausgeber des „Hammers" entdeckt mit Entsetzen, daß sein Blatt immer antisemitischer wird. Ach, der arme Mann würde so gern von den Juden ganz schweigen, aber der glühende Patriotismus, der heilige Nationalismus, — die zwingen ihn dazu. Ja, es ist tragisch, wenn ein Prophet gegen seinen Willen eine schwere göttliche Mission übernehmen muß. Und unser Theodor Fritsch hat gar viele hohe Missionen übernommen. Er soll das deutsche Volk aus dem Schlafe wecken und es zur Höhe Wotans und zum chemisch reinen Germanismus zurückführen. Er soll den Mittelstand gegen seinen eigenen Willen aus den Klauen des modernen Industrialismus und des verderblichen Großkapitals retten. Er soll Gartenstädte gründen, Bodenreformen durchführen, neue Bahnen auf allen Gebieten des Lebens und des Wissens zeigen und Deutschlands Glück auf alle Ewigkeiten sichern. Das übersteigt natürlich auch die Kraft eines Riesen, und so hat er in der letzten Zeit melancholische Anwandlungen bekommen und ist oft der Verzweiflung nahe. Namentlich ist er darüber unglücklich, daß das undankbare deutsche Volk noch immer nicht seinen einzigen Retter in

Leipzig erkannt hat und nicht zu ihm wie zu einem Nationalheiligen wallfahrtet.

Gewiß, es ist schrecklich, gezwungen und gegen seinen eigenen Willen immer von den Juden sprechen zu müssen. Aber, was will man machen, wenn die Pflicht gebietet, über den Fall Harden allein fünf Artikel zu bringen und die Juden und das Judentum wegen dieses großen Verbrechens zu verdammen? Es ist unangenehm, ein ganzes Buch über die Juden zusammenzuschwindeln, aber — der Kampf für den Germanismus will doch sein „wissenschaftliches" Rüstzeug haben, und wer soll es liefern, wenn nicht der treue Fritsch? Er hat sogar wegen dieser hohen Mission übersehen, daß wir ihm wiederholt Fälschungen und tendenziöse Entstellungen nachgewiesen haben. Mein Gott, wer hat Zeit für solche Kleinigkeiten? So setzt sich der treue Fritsch schweren Herzens an den Schreibtisch und zu Ehren des Vaterlandes lügt er noch 5 Seiten zusammen. Was tut man nicht alles fürs Vaterland! Man höre, wie schrecklich es in Deutschland aussieht. Die Juden beherrschen Handel und Industrie, sie gebieten in der Politik, sie sind tonangebend in der Wissenschaft, sie sind die Machthaber in Theater und Kunst, sie leiten das deutsche Reich, und — das alles genügt ihnen noch nicht, sie wollen noch Reserveoffiziere werden. Wer kann angesichts einer solchen Gefahr noch schweigen? Da gibt es nur noch ein Mittel zur Rettung der germanischen Welt: Weiterlügen, Handbücher und Artikel über Juden und Judentum schreiben!

Mit den „Deutschsozialen Blättern" und ihrer Wahrheitsliebe beschäftigt sich ein Artikel in Nr. 4 des reformerischen „Reichsherold". Von dem Bericht des Liebermann'schen Blattes über die (auch von uns mitgeteilte) Gerichtsverhandlung in dem Prozeß des Abg. Liebermann von Sonnenberg gegen den Redakteur Wilcke von der inzwischen eingegangenen „Hessischen Rundschau" sagt der „Reichsherold":

„Das traurige Machwerk, das einen politischen Karlchen Mießnick zum Verfasser zu haben scheint, ist ganz in dem bekannten unnoblen Stile der deutschsozialen Gentlemen geschrieben, es wimmelt nur so von kraftvollen Schimpfereien, ein Beweis, wie schlecht es um die Liebermannsche Sache bestellt sein muß. Aus der reichen Blütenlese widerlichster Beschimpfungen, die auf einen erschreckend atavistisch belasteten Artikelschreiber schließen lassen, geben wir nur diese Kraftstellen zum besten: „Frecher Schwindel, Bösartige Verleumdung, Prahlerische Behauptungen, Klägliche Niederlage, Spitzbubenartikel, Erbärmliche Art, Gewissenlose Kerle, Revolver-Journalisten, Preßfrechheit, Schmutziger Beruf, Elender Verleumder, Vater der Lüge, Solche Elemente usw." Man wird zugeben, daß diese Ausdrucksweise an Häßlichkeit und Verrohtheit nicht mehr leicht überboten werden kann."

Der „Reichsherold" bringt auch folgende Tatsache in Erinnerung: Als im Jahre 1895 v. Hammerstein flüchtig und so ziemlich aller Verbrechen schuldig war, welche das Strafgesetz vorsieht, die schrieb Liebermann v. Sonnenberg in seinen „Deutschsozialen Blättern" vom 26. September 1895 über diesen: „Wie alles bei diesem außergewöhnlichen Menschen, so haben auch seine Vergehungen einen Zug ins Großartige!"

„Diese Reminiszenz, meint das Bruderorgan, charakterisiert den ganzen Herrn v. Liebermann und seine Genossen. Das Sympathisieren mit dem Verbrecher bildet zu der Beschimpfung eines anständigen Staatsbürgers, als der sich Wilcke glücklicherweise bezeichnen darf, eine vortreffliche Ergänzung, Wilcke hält sich fern von Verbrechern und übel beleumdeten Subjekten, W. sucht mit keinem Händel und Streit, W. will niemanden beleidigen und verletzen und weit lieber in Frieden an der Höherführung des deutschen Volkes mitarbeiten."

Sehr schlimm wäre es mit dem deutschen Volke bestellt, wenn es darauf angewiesen wäre, von den Antisemiten, mögen sie der Fahne Liebermann v. Sonnenbergs oder Wilhelm Bruhns folgen, „höhergeführt" zu werden.

Aus Kurhessen. Die antisemitische „Reformpartei" hat sich neuerdings unter der Bezeichnung „Reichsbund der Reformpartei" eine neue Organisation geschaffen. Ihr Hauptkampf gilt hier, namentlich in den Wahlkreisen Marburg, Hofgeismar-Rinteln und Waldeck den antisemitischen Brüdern von der deutschsozialen Partei.

Zu dem Verhalten der deutschsozialen Antisemiten im Landtagswahlkreise Kassel Land—Witzenhausen bemerkt der reformerische „Reichsherold":

Interessant ist das Verhalten der Deutschsozialen. Zunächst versprach Herr Lattmann am 28. 12. 06 in öffentlicher Versammlung, daß er im Falle seiner Wiederwahl zum Reichstage sein Landtagsmandat niederlegen würde. Hierauf die Nachricht, daß eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte Herrn Lattmann ersucht habe, das Mandat bis zum Ablauf der Legislaturperiode beizubehalten, womit sich Herr Lattmann einverstanden erklärt habe. Dann Nachricht der „Deutschsozialen Blätter", Herr Lattmann habe nie daran gedacht, sein Landtagsmandat niederzulegen. Am 29. September d. Js. erklärte dann der deutschsoziale Parteisekretär Müller in öffentlicher Versammlung, es sei eine Lüge, wenn man behaupte, Herr Lattmann kandidiere nicht wieder zum Landtage. Aehnlich soll sich Herr Lattmann in Kaufungen selbst ausgesprochen haben. Und nun lehnt Herr Lattmann die Kandidatur ab und liefert somit den Wahlkreis einer Partei aus, die ausgesprochene Gegnerin des Reichstagswahlrechtes rc. ist. Wer kandidiert von deutschsozialer Seite gegen den Konservativen? — Warum gibt die deutschsoziale Partei ihr Landtagsmandat sang- und klanglos hin? — Wir wissen die Antwort! Weil die Ablehnung der Kandidatur seitens des Herrn Lattmann lediglich eine Täuschung ist, daß bereits im Sommer 1906 zu Rinteln ein konservativ-deutschsoziales Wahlkartell die Angelegenheit geregelt hatte. Das Wahlkartell verpflichtete die Konservativen zur Unterstützung der Deutschsozialen bei den Reichstagswahlen, dafür mußten die Deutschsozialen den Konservativen die Landtagswahlkreise überlassen. Der Landtagsabgeordnete Lattmann hat den Beweis geliefert, daß die Deutschsozialen mit Recht die „Schleppenträger der Konservativen" genannt werden.

Von den deutschnationalen Handlungsgehilfen. Ueber den „guten" Ton bei den deutschnationalen Handlungsgehilfen äußert sich eine Erklärung des Hamburger 58er Vereins, nachdem ein Deutschnationaler gegen den Vorwurf des verrohenden und verhetzenden Tones in einer Zuschrift Verwahrung eingelegt hat. „Die Zuschrift führt Beschwerde über den Vorwurf eines „verrohenden und verhetzenden Tones." Wenn von einem deutschnationalen Führer dem Referenten des Leipziger Verbandes in Hannover „Schwindelmeier" entgegengerufen wird, wenn bei anderer Gelegenheit Zentralverbändler als „Waschweiber in Männerkleidern" und in Schrift und Wort stereotyp als „Josefsöhne" bezeichnet werden, wenn eine anständige Organisation, wie der Verein der Deutschen Kaufleute in der „Handelswacht" und in sonstigen D. H. V. Blättern meist nur als „der kleine Cohn" figuriert und schließlich die 58er als „Jammerlappen" und „Erbschleicher aus alter Zeit" ausgesprochen werden, so genügt, dieses Bruchteilchen der Tatsachen zu dem Urteil, daß hierin alles andere liegt, nur kein Kampf mit geistigen Waffen."

In der „Kaufmännischen Rundschau" dem Organ der Vereins der Deutschen Kaufleute, lesen wir: „Einen kleinen Dämpfer hat deutschnationale Döring bekommen. Die „Handelswacht" brachte in der Nummer 10 folgende Briefkastennotiz: „V. d. D. K. Unseren Glückwunsch zur Erwerbung des Herrn Wystryk-Beuthen. Dieser edle Pole war früher Mitglied des Leipziger Verbandes, dann versuchte er sich uns zu nähern, aber wir winkten ab. Darauf wurde Wystryk Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes und nun ist er beim Verein der „Deutschen" Kaufleute gelandet, wie wir bereits vor Jahren vorhergesagt haben. Beim kleinen Cohn wird es ihm gefallen, denn da paßt er

bln." Unser Mitglied W. fühlte sich durch diesen Artikel beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Döring Strafantrag. Wie die „Oberschl. Grenzztg." berichtet, erblickte das Beuthener Schöffengericht in dieser Briefkastennotiz eine schwere Beleidigung des W. und verurteilte D. zu 50 Mk. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle 10 Tage Haft treten. Gleichzeitig wurde auf Publikation des Urteils in der „Deutschen Handelswacht" und der „Oberschles. Grenzztg." erkannt. So geht's, wenn man seine „deutschnationale" Phantasie nicht zu zügeln weiß."

Der frühere antisemitische Abg. Kröfell ist ein sehr schlagfertiger Herr. Dies geht aus einer, in der „Kösliner Ztg." enthaltenen Mitteilung aus Pyritz hervor, die auch im übrigen Herrn Kröfell in keinem sonderlich guten Licht erscheinen läßt. Demnach hatte Kröfell gegen den Verleger des Kreisblattes in Pyritz geklagt, weil dieser in mehreren Artikeln Herrn Kröfell den Vorwurf gemacht hatte, daß er — damals Vorstandsmitglied — an dem Konkurse und dem Zusammenbruche des Pyritzer landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins die Schuld trage. Nach längerer Beratung lautete das Urteil des Pyritzer Schöffengerichts: Der Angeklagte ist freigesprochen, da ihm der Schutz des § 193 zur Seite stehe. Den Privatkläger Kröfell treffe ein wesentliches Verschulden an dem Konkurse des Ein- und Verkaufsvereins. Kröfell wurde in der Widerklage zu 10 Mk. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft verurteilt. Nach der für ihn blamablen Verhandlung schlug Kröfell einen Zeugen, Kaufmann Dröscher, der ungünstig gegen ihn ausgesagt hatte, mehrere Male ins Gesicht. Dieses „tapfere" Vorgehen wird Herrn Kröfell natürlich einen neuen Prozeß einbringen.

Vermischtes.

Vortrag des Prof. Dr. Wilhelm Förster. Der in der Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 2. März d. J. von seinem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Wilhelm Foerster in Aussicht gestellte öffentliche Vortrag über die biologischen und psychologischen Irrungen, die man unter der Bezeichnung „Rassen-Aberglaube" zusammenfassen kann, wird nunmehr am 30. Dezember abends 8¼ Uhr im Bürgersaale des Berliner Rathauses stattfinden.

Auf Wunsch des Herrn Vortragenden und der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, von welcher diese öffentliche Veranstaltung ausgeht, werden die Mitglieder unseres Vereins hierzu ergebenst eingeladen.

Gießen. In einer Versammlung des hiesigen Bürgervereins hielt dieser Tage Prof. Dr. Biermer einen kommunalpolitischen Vortrag. An der Diskussion beteiligte sich auch der antisemitische Redakteur Reuther, der an verschiedene antisemitische Aeußerungen Professor Biermers erinnerte. Professor Biermer sollte nach dem „Bericht der „Oberhess. Volksztg." in seiner Erwiderung gesagt haben, er verzichte auf die Stimmen der jüdischen Bürgerschaft. Mit Bezug darauf sandte Prof. Dr. Biermer der „Frankf. Ztg." eine Berichtigung, worin er erklärte: Der Bericht enthalte das gerade Gegenteil von dem, was er wirklich gesagt habe. „Meine Erklärung ging in Wahrheit dahin, daß ich auch in Zukunft auf antisemitische Stimmen verzichten müsse, wenn ich diese Stimmen nur dadurch gewinnen könne, daß meine israelitischen Bürger mich nicht mehr wählten."

Straßburg, 10. Dezember. Das Israelitische Konsistorium des Bezirks Unterelsaß wurde heute früh vom Kaiserlichen Statthalter Grafen Wedel zur Vorstellung empfangen. Erschienen waren der Präsident des Konsistoriums, Sanitätsrat Dr. med. G. Levy, der Vizepräsident, Oberrabiner A. Ury, die Mitglieder des Konsistoriums A. Durlach-Straßburg und Meyer-Scheyen-Oberehnheim, sowie der Konsistorialsekretär Asch. Der Statthalter begrüßte die Herren im großen Empfangssalon aufs Herzlichste und drückte jedem die Hand. Hierauf ergriff Dr. Levy das Wort zu folgender Ansprache:

„Ich fühle mich glücklich, im Namen des Israelitischen Konsistoriums des Bezirks Unterelsaß und der Israeliten des ganzen Bezirks Ew. Exzellenz herzlich begrüßen zu dürfen und die Treue und Anhänglichkeit der Israeliten unseres Bezirks an das Vaterland hier vor Ew. Exzellenz, als dem würdigsten Vertreter unseres allergnädigsten Kaisers, beteuern zu können. Ew. Exzellenz dürfen versichert sein, daß die israelitische Bevölkerung ganz Elsaß-Lothringens treu und fest zu Kaiser und Reich steht und sich glücklich fühlen wird, wenn Ew. Exzellenz uns ein treuer Beschützer sein werden. Ein jeder von uns wird sich bemühen, dieser Gunst sich würdig zeigen zu können. Wir danken Ew. Exzellenz für die uns heute gewordene Audienz. Dieselbe dürfte durch den herzlichen Empfang ein gutes Omen für die kommenden Zeiten sein!"

Der Statthalter erwiderte ungefähr Folgendes:

„Ich freue mich, meine Herren, Sie als Vertreter der Israeliten des Bezirks Unterelsaß begrüßen zu können und versichere Sie, daß ich stets unparteiisch, ohne Unterschied der Konfession meines Amtes walten werde. Ein jeder braver Bürger, ob Jude oder Christ, wird, wenn er sich an mich wendet, mit einer gerechten Bitte in mir einen wohlwollenden Beschützer finden. Ich habe vier Feldzüge mitgemacht, hatte viele jüdische Soldaten zu befehlen und habe stets gesehen, daß diese jüdischen Soldaten freudig ihr Blut für König und Vaterland — also hier im Elsaß für Kaiser und Vaterland — hingaben, und da dürfen Sie versichert sein, daß ich der jüdischen Bevölkerung dasselbe Wohlwollen wie der christlichen zeigen werde".

Der Oberrabbiner Ury begrüßte den Statthalter im Namen der jüdischen Geistlichkeit. Der Statthalter überraschte dann den Präsidenten Dr. Levy durch Ueberreichung der ihm aus Anlaß des 50 jährigen Doktorjubiläums vom Kaiser verliehenen Kronenordens dritter Klasse. Herr Durlach brachte noch die Bitte vor, daß künftig bei Anwesenheit des Kaisers in Straßburg zu den Festlichkeiten und Mahlzeiten auch Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft eingeladen würden. Der kaiserliche Statthalter versprach, die Sache zu prüfen; jedenfalls hätten aber bei der diesjährigen Umgehung der jüdischen Religionsvertretung keine konfessionellen Rücksichten mitgesprochen; möglich sei es, daß einfache Rangrücksichten eine Rolle gespielt hätten.

×× **Akademische Lesehallen-Wahlen.** Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die diesmaligen Wahlen zum Direktorium der Akademischen Lesehalle an der Berliner Universität haben die alten unerfreulichen Erscheinungen der vergangenen Wahlen wieder in verstärktem Maße gezeigt. Der antisemitische Klüngel, der sich nationale Partei nennt, tobte in wilder Agitation und überschwemmte die Studentenschaft mit Flugblättern, die in Entstellungen und Verleumdungen kleine Kabinettsstücke sind. Um die freien Studenten zu fangen, stellte man Kandidaten auf, die einer sogenannten „Nationalen Finkenschaft" angehören sollten. Die offiziell anerkannte „Berliner Freie Studentenschaft" sah sich schließlich ver-

anlaßt, öffentlich festzustellen, daß es eine „Nationale Finkenschaft“ an der Berliner Universität **nicht** gibt, daß hier nur eine einzige freistudentische Organisation besteht. Der Verein Deutscher Studenten und die wissenschaftlichen Vereine, die ihm getreue Folgschaft leisten, hatten schon die alljährliche **Mitgliederversammlung** der Lesehalle in den ersten Tagen des Dezembers dazu benutzt, um Haß und Zwietracht in die Studentenschaft zu tragen. Ein Rudel wohldisziplinierter Vertreter begleitete jede Erklärung des gegnerischen bisherigen Vorsitzenden, der die Versammlung leitete, mit wüstem Trampeln und Scharren, je nach Lage der Dinge. Dieses unwürdige, unakademische Verhalten machte in der Versammlung den denkbar schlechtesten Eindruck. Als ein Mitglied der Versammlung Protest erheben wollte gegen die Entstellungen einer der antisemitischen Flugblätter, und als dieses Flugblatt verlesen werden sollte, da erhoben die Herren Antisemiten wilden Protest dagegen — sie **schämten** sich ihres Elaborats.

Die **Wahlen** dauerten vom 6. bis 10. Dezember. Sie brachten als erste tief bedauerliche Tatsache **einen Zwist** in der „Allgemeinen Freien Verwaltungspartei“. Einige Korporationen unter der Führung des Neuphilologischen Vereins, dem sich die „Liedertafel“, der Wingolf, der historische Verein u. a. anschlossen, **zwingten sich** wegen persönlicher Differenzen **ab** und verbanden sich zu einer „**Freien deutschen Partei**“, die im Grunde dieselben Tendenzen verfolgt, wie die „Freie Verwaltungspartei“. Diese in letzter Stunde erfolgte Sezession ist überaus schmerzlich, denn sie erleichterte den Antisemiten den Kampf ungemein. Ein paar hundert Stimmen haben die Antisemiten immer sicher, weil der V. D. St. seine 100 Mitglieder und die ihm tributpflichtigen Vereine ihre Mitglieder dazu **zwingen**, Lesehallenmitglieder zu werden. Mit den Dummen, die ihnen noch ins Garn gehen, können die Antisemiten stets auf 500 bis 600 Stimmen mindestens rechnen. Die national-jüdischen Korporationen bringen 200, die katholischen Vereine ebenfalls meist etwa 200 Stimmen auf, bleiben bei den durchschnittlich 1500 Lesehallenmitgliedern und bei **voller** Wahlbeteiligung für Verwaltungsparteiler aller Richtungen 600 Stimmen. Gehen diese Verfechter der Verwaltungsidee **geschlossen** vor, so ist ihnen, wie im vorigen Jahre, **der Sieg sicher**. Nehmen sie aber in kleinlicher Eifersüchtelei verschiedene Wege, dann bereiten sie den Antisemiten das Bett. Zunächst verbittern solche kleinlichen Zänkereien die rechtlich Denkenden, denen nur daran liegt, Ordnung in der Lesehalle zu schaffen. Man kann es niemandem verdenken, wenn er überhaupt die Lust verliert, mitzumachen, wenn er zusehen muß, wie man die Macht, die man in Händen hat, leichtsinnig dem skrupellosen Gegner in den Schoß wirft. Denn sobald die Partei der Verwaltungsmitglieder sich spaltet, in demselben Augenblick ist auch der Antisemitismus bei seinem festen Kern, den er sich teuer genug werben läßt, hoch. Von dem Augenblicke an, als die „Freie deutsche Partei“ sich von der Verwaltungspartei loslöste, war der Kampf zu Gunsten der Antisemiten schon im Grunde entschieden. Der **Vorsitz** war den Antisemiten schon sicher und der weitere Erfolg dadurch, daß viele Anhänger der Verwaltungssache sich verbittert von dem ganzen Treiben abwandten. Wenn man durchaus nicht beisammen bleiben wollte, warum schlug man nicht noch die Entscheidungsschlacht gegen den gemeinsamen Gegner in **einer Linie**? Man handelte man nicht nach dem Grundsatze: „Getrennt marschieren und vereint schlagen!?“ Man hat es den Antisemiten ja leicht gemacht, die Scharte vom vorigen Jahre auszuwetzen, und die Schuld daran tragen die Vereine, die sich von der Verwaltungspartei absentiert und zu einer „Freien deutschen Partei“ zusammen geschlossen haben, ein Name, der ebenso sinnlos ist, wie das Kränzchen, mit dem sich die Antisemiten schmücken, wenn sie sich „nationale Partei“ nennen. Einem solchen Gegner gegenüber kann nur etwas erreicht werden, wenn alle liberalen Elemente der Studentenschaft allen kleinlichen Hader begraben und fest zusammenstehen.

Die Beteiligung an den Wahlen war normal. Die Lesehalle zählt diesmal nur etwa 1500 Mitglieder, gegen 2000 bis 2400 in anderen Wintersemestern. Die liberalen süddeutschen Elemente fehlten, sie waren an andere Universitäten gegangen. Dagegen hatten die Antisemiten ihre Vereinsmitglieder in rigoroser Weise gezwungen in Berlin zu bleiben der Lesehallenwahlen wegen. Die Minderzahl an Lesehallenmitgliedern gegen frühere Jahre ging also ganz auf Kosten der Verwaltungspartei. Der Sieg war darum den Antisemiten nicht schwer. Sie brachten etwa die gleiche Zahl wie früher auf, 633 Stimmen, die national-jüdischen Vereinigungen 231, die liberale Freie Verwaltungspartei 214, die katholischen Korporationen 189 und die liberale „Freie Deutsche Partei“ 152 Stimmen, die Antisemiten haben somit allein soviel Stimmen erhalten, wie alle anderen Parteien zusammen.

Das Resultat konnte nicht Wunder nehmen. Es wird an den Verwaltungsparteien liegen, dafür zu sorgen, daß beim nächsten Mal nicht die politische, sondern die Verwaltungsidee wieder die Oberhand gewinnt.

XX **Studentisches.** Auch in der **Berliner** Studentenschaft beginnt es sich zu regen, wenn auch der Antisemitismus bei den meisten Korporationen noch seine Blüten treibt. Es gibt aber auch bereits entschieden **liberale** Korporationen, die aus ihrer Gesinnung kein Hehl machen, es gibt auch eine große liberale „Freie Studentenschaft“. Nun hat sich ein ganz neuer Bund liberaler Studenten aufgetan, der sich „**Freibund**“ nennt. Aehnliche Organisationen existieren bereits an mehreren Universitäten. Der „Freibund“ hatte dieser Tage eine öffentliche Versammlung einberufen, die außerordentlich gut besucht war und in der auch der volksparteiliche Reichs- und Landtagsabgeordnete **Kopsch** teilnahm, der wiederholt in die Debatte eingriff. Das Treiben der **Lesehallen-Antisemiten** wurde in schärfster Weise gegeißelt. Dem neuen Bunde hat sich bereits eine stattliche Schar von liberalen Studenten angeschlossen.

Die **freien Studenten** an den deutschen Hochschulen, die in den liberalen Finkenschaften, Freistudentenschaften und Wildenschaften organisiert sind und die bis jetzt einen erfolgreichen Kampf gegen den **Antisemitismus** geführt haben, hielten unlängst im Charlottenburger und Berliner Rathause ihre „Erste freistudentische Konferenz“ ab, zu der sich Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands eingefunden hatten. Die Verhandlungen leitete Privatdozent **Ohr**-Tübingen, der Generalsekretär des Nationalvereins für Deutschland. Man beschäftigte sich mit sittlichen und künstlerischen Fragen, die für den Studenten von hohem Werte sind, und anerkannte Autoritäten gaben umfassende Berichte.

Der Wiener Verein zur Abwehr des Antisemitismus veröffentlicht eine Erklärung, in welcher gegen die unwürdige Hetze protestiert wird, die in jüngster Zeit vom Standpunkte des Judenhasses gegen die **Hochschulen** inszeniert wurde. Die Erklärung verweist auf die zahlreichen hervorragenden Namen, welche das Judentum auf dem Felde der Wissenschaft, der Kunst und der Poesie aufzuweisen hat, und kommt zu dem Schlusse, daß es nur die Schuld der Antisemiten sei, wenn die Juden auf dem Gebiete der Medizin und Jurisprudenz zusammengedrängt werden, weil ihnen außer dem Handel andere Gebiete der Betätigung nicht offen stehen.

Juden in der Medizin. In der Nummer vom 8. d. M. enthält die Wiener „Neue Freie Presse“ nachstehende Zuschrift:

„Sehr geehrter Herr Redakteur! Vor vier Jahren bin ich im Wiener Allgemeinen Krankenhause an der Augenklinik an Staar operiert worden. Daß das Resultat dieser Operation so gut war, daß ich Ihnen heute schreiben kann, verdanke ich — wie man mir damals erzählte — nicht nur der Geschicklichkeit des Operateurs, sondern auch der Anwendung des Cocains, dessen schmerzstillende Wirkung von einem jüdischen Wiener Arzt, Dr. Koller, entdeckt worden ist. Als ich dann fragte, ob dieser Arzt noch lebe, hörte ich, daß dieser Wohltäter der Menschheit, weil er Jude war, nicht Assistent an der Augenklinik werden konnte und nach Amerika ausgewandert sei. Seither ist es mein sehnlicher Wunsch, daß an der Front des Allgemeinen Krankenhauses eine Gedenktafel angebracht werde, auf der verzeichnet ist, daß in diesem Hause im soundsovielten Jahre — ich weiß das Jahr nicht — der jüdische Arzt Dr. Koller der Menschheit die segensreiche Anwendung des Cocains vermittelt hat. Unter dem tief betrübenden Eindrucke der christlichsozialen Hetzreden der letzten Tage und dem noch betrübenderen Eindruck, daß in diesem Volksparlament keine mächtige Zurückweisung dieser nur vom Brotneid diktierten und daher unchristlichen Angriffe erfolgt, bitte ich Sie, beifolgende Krone als ersten Beitrag zu einer solchen Tafel entgegenzunehmen. Ein Katholik.“

Um den Heimgang des Königs Oskar II von Schweden trauern auch die Juden in Schweden. Er hat ihnen während seiner ganzen Regierungszeit herzliches Wohlwollen und warme Teilnahme entgegengebracht. Sie waren noch bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mannigfachen Beschränkungen unterworfen. Erst seit dem Regierungsantritt König Oskars fielen auch diese Schranken in dem Staate, der früher die äußerste Unduldsamkeit gegen die Juden gezeigt hatte. Die Gleichstellung, die König Oskar ihnen gewährte, war eine vollständige; sie blieb auch nicht bloß auf dem Papier. Ein besonders warmes Interesse brachte der königliche Poet der Geschichte und Literatur der Juden entgegen; namentlich die biblische Dichtung und Religionsphilosophie erregten sein lebhaftes Interesse. Ueber diese und verwandte Themata ließ er sich von dem gelehrten Rabbiner Professor Dr. Klein in Stockholm besondere Vorträge halten. Zu seinem Biographen, zugleich auch zum Uebersetzer seiner Gedichte und Prosaschriften, hatte er selbst den greisen Kammerrat Emil Jonas in Berlin ausgewählt, der diese schwierige Aufgabe zur vollen Zufriedenheit des Monarchen und mit großem Geschick ausführte. Auch andere jüdische gelehrte Dichter und Künstler erfreuten sich der Huld des Königs.

Die Unterdrückungsmaßregeln der russischen Regierung gegen die Juden werden in neuerer Zeit immer schärfer. Vor zwei Jahren, als die Regierung sich genötigt sah, die jüdische Bevölkerung durch Versprechungen zu beruhigen, wurde eine Verordnung erlassen, daß alle jene Senatsbeschlüsse, die in den massenhaft anhängigen einzelnen strittigen Fragen der Judengesetzgebung zuungunsten der jüdischen Bevölkerung ausgefallen waren, nicht in Ausführung gebracht werden sollen. In den letzten Tagen erfolgte nun, wie der „Russ. Korr.“ aus Petersburg telegraphiert wird, eine neue Verordnung, daß alle diese bis jetzt unausgeführt gebliebenen Beschlüsse, gegen 600 an der Zahl, sofort in Kraft treten. Außerdem sind noch zwei neue schwerwiegende Beschlüsse gefaßt worden. In Moskau ist es den nicht ansässigen Kaufleuten erster Gilde verboten worden, wie bisher in der Stadt Handel zu treiben. Ferner sollen die Diplome der höheren weiblichen Lehranstalten nach einem eben erfolgten Senatsbeschluß kein Wohnrecht mehr verleihen, so daß die von solchen Anstalten diplomierten jüdischen Frauen nicht mehr wie die übrigen jüdischen Akademiker außerhalb des Ansiedlungsrayons wohnen dürfen. Kürzlich brachte der Ministerrat in der Duma einen Gesetzentwurf über die Organisation des Rechtsanwaltsstandes ein. In dem Entwurf wird vorgeschlagen, die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte prozentual zu beschränken.

Der „Hilfsverein der Deutschen Juden“ erhält aus Odessa folgenden Bericht: „Am 5. Dezember fanden gelegentlich der Beerdigung eines Verbändlers neue Ausschreitungen gegen die Juden statt. Etwa ein Dutzend unserer Glaubensgenossen wurden wurden wiederum verwundet, die meisten von ihnen durch Dolchstiche. Am anderen Tage besuchten der Stadthauptmann und der Polizeimeister die Verwundeten im jüdischen Krankenhause und hatten so Gelegenheit, sich von den Ausschreitungen der Verbändler zu überzeugen. Der Stadthauptmann sagte den Verwundeten, daß die Administration nichts gegen den „Verband der echt russischen Leute“ unternehmen könne, weil der Verband eine patriotische Organisation sei, und riet den Verwundeten, gegen Diejenigen, die ihnen die Wunden beigebracht haben, Anzeige zu erstatten. Das ist natürlich unmöglich, da die Verbändler nicht festgenommen wurden. So müssen auch diese Untaten wieder unbestraft bleiben. Die telegraphischen Berichte, welche dem „Hilfsverein“ über die blutigen Vorkommnisse am 27. und 28. November zugingen, werden nunmehr auch brieflich von mehreren angesehenen Glaubensgenossen in Odessa bestätigt, deren Gewissenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit nicht angezweifelt werden können. „In gleicher Weise, wie die betreffenden Nachrichten, waren“, so schreibt uns das Bureau des „Hilfsvereins“, „von derselben Seite und gleichzeitig von der russischen Telegraphen-Agentur auch die Unruhen, deren Schauplatz Odessa im August und September gewesen ist, bestritten worden. Jetzt liegt dem „Hilfsverein“ eine offizielle Mitteilung des jüdischen Krankenhauses in Odessa vor, wonach mehr als dreihundert Opfer der damaligen Unruhen das Hospital haben aufsuchen müssen und außerdem noch einige Vierzig an ihren Wunden im Krankenhause schwer darniederlagen. Diese Zahlen geben ein Bild von dem Umfang der Unruhen, die deshalb nicht weggeleugnet werden können.“

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag: F. Sommer, Berlin W. 35, Steglitzerstraße 81.